

**ANISATION
UND
TECHNIK
DES
ZÄHLUNGSWERKES
1960/62**



STATISTISCHES BUNDESAMT, WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Statist. Bundesamt - Bibliothek



13-01507



(68.3479) 4

Erschienen im Oktober 1968

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 17,—

Bestellnummer: 110 500-62

Vorwort

Zentraler Teil des großen Zählungswerkes 1960/62 war die Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, mit der organisatorisch eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und eine Gebäudezählung gekoppelt waren. Bei diesen Zählungen — im folgenden kurz als »Volkszählungswerk 1961« bezeichnet — wird das Schwergewicht der Darstellung liegen. Dieser Komplex stellt einen herausragenden Ausschnitt des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik dar, für ihn wurde eine gemeinsame Erhebungsorganisation errichtet. Der arbeitsmäßige, organisatorische und technische Aufwand war beträchtlich. Die ermittelten Ergebnisse sind von großer Allgemeinbedeutung, sie stellen unentbehrliche Eckzahlen für Strukturuntersuchungen dar und liefern die Auswahl- und Fortschreibungsgrundlage für zahlreiche laufende Statistiken und Bereichszählungen.

Weitere Bestandteile des Zählungswerkes 1960/62 waren die Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 mit ihren Nacherhebungen (Gartenbauerhebung vom Juli 1961, Forsterhebung 1961/62, Binnenfischereierhebung vom Juni 1962; die landwirtschaftlichen Kleinflächen unter 0,5 ha wurden bei der Volks- und Berufszählung mit erfaßt), die erstmals durchgeführte Handels- und Gaststättenzählung 1960 mit repräsentativer Ergänzungserhebung und Zusatzerhebung für den Außenhandel im Jahre 1962, schließlich der ebenfalls zum erstenmal durchgeführte Verkehrszensus vom 28. September 1962.

Die Darstellung für diese übrigen zum Zählungswerk gehörenden, jedoch zeitlich davon getrennt und mit eigener Erhebungsorganisation durchgeführten Bereichszählungen beschränkt sich im Textteil auf die Wiedergabe der Konzeptzusammenhänge sowie auf die wesentlichen organisatorischen und technischen Fragen. Außer der beschreibenden Darstellung, die eine Vorstellung über die notwendigen organisatorisch-technischen Maßnahmen vermitteln soll, wird ein Überblick über die bei Durchführung der einzelnen Arbeiten und Arbeitsabschnitte gesammelten Erfahrungen gegeben, die zum Teil auch als Anregungen für die Zukunft dienen können.

Die methodischen und systematischen Grundlagen dieser Zählungen sind in folgenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes dargestellt:

Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961

— Heft 1: Methodische Grundlagen;

Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961

— Heft 1: Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung;

Gebäudezählung vom 6. Juni 1961

— Heft 1: Methodische Einführung — Bewohnte Gebäude und Unterkünfte — Wohnungen und Wohngelegenheiten;

Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 (Haupterhebung)

— Heft 1: Methodische Grundlagen

(Methodische Erläuterungen zu den Nacherhebungen und zur Erhebung der bewirtschafteten Kleinflächen unter 0,5 ha Gesamtfläche wurden den einzelnen Quellenbänden vorangestellt);

Handels- und Gaststättenzählung 1960

— VII: Methodische und systematische Grundlagen;

Verkehrszensus 1962

— Heft 1: Methodische Einführung, Arbeitsstätten und ihre Ausstattung mit Verkehrsmitteln.

In Heft 21 der Einzelveröffentlichungen zur Volks- und Berufszählung 1961 werden außerdem die Ergebnisse zahlreicher »Untersuchungen zur Methode und Genauigkeit der Volks- und Berufszählung 1961« wiedergegeben.

Wie schon für das Zählungswerk 1950, werden auch für das Zählungswerk 1960/62 diese methodisch-fachlichen Einführungsbände zu den einzelnen Zählungsteilen durch vorliegende zusammenfassende Darstellung der organisatorischen Voraussetzungen und der methodisch-technischen Durchführung des Zählungswerkes ergänzt.

Im Anhang sind die technischen Unterlagen für die einzelnen Zählungsteile wiedergegeben. Es sind dies die Rechtsgrundlagen, die Erhebungspapiere, die Rahmen der Tabellenprogramme und Systematiken, die Signierhilfsmittel und sonstige Unterlagen der Aufbereitung, ferner eine Auswahl von Ablauf- und Zeitplänen sowie eine Übersicht über die Veröffentlichungen und die Kartographie. Für die Zählungen mit eigenem Erhebungstermin werden aus Platzgründen die verwendeten Fragebogen nicht abgedruckt, sondern nur aufgezählt; auch wird auf die Wiedergabe von Ablauf- und Zeitplänen verzichtet, da jede dieser Zählungen mit eigener Organisation durchgeführt wurde. Diese Zusammenstellung hat vor allem dokumentarischen Charakter, gibt aber darüber hinaus dem Praktiker einen Überblick über Zahl, Art und Inhalt der benötigten Drucksachen und Hilfsmittel.

Wichtige Grundlage für die Auswahl und Zusammenstellung des Materials waren neben den Sitzungsprotokollen die von den Landesämtern gelieferten Erfahrungsberichte sowie die im Auftrag des Deutschen Städtetags vom Verband Deutscher Städtestatistiker herausgegebene Veröffentlichung »Städte und Volkszählung 1961 — Erfahrungen bei Durchführung, Lehren für die Zukunft« (München 1963).

Diese Veröffentlichung wurde in der früheren Abteilung »Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik« des Direktors beim Statistischen Bundesamt, Professor Dr. Szameitat, im damaligen Hauptreferat des Oberregierungsrates Thiel von Regierungsrat Dr. Grüner bearbeitet.

Wiesbaden, im September 1968

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Dipl.-Kfm. Patrick Schmidt

Inhalt

	Seite
I. Begründung, Zweck und Inhalt des Zählungswerkes	7
1. Historischer Rückblick	7
2. Die Aufgabe von Großzählungen und ihre Einordnung in das statistische Arbeitsprogramm	8
3. Begründung des Zählungswerkes 1960/62 und Verknüpfung der einzelnen Zählungsteile	9
4. Inhalt der einzelnen Zählungsteile	11
a) Zählungen vom 6. Juni 1961	11
Volks- und Berufszählung	11
Allgemeine (nichtlandwirtschaftliche) Arbeitsstättenzählung	12
Gebäudezählung	13
Zusätzliche Fragen der Statistischen Landesämter und der Gemeinden	13
b) Bereichszählungen mit eigenem Erhebungstermin	14
Landwirtschaftszählung 1960	14
Handels- und Gaststättenzählung 1960	16
Verkehrszensus 1962	17
5. Wahl des Zählungstichtages	19
a) Periodizität	19
b) Zählungstichtag	19
II. Vorbereitung	21
1. Internationale Empfehlungen	21
2. Zusammenarbeit der an der Vorbereitung mitwirkenden Stellen und Gremien	22
3. Zählungsgesetz	23
4. Kosten des Zählungswerkes	25
5. Systematiken	29
6. Probebefragungen	31
7. Öffentlichkeitsarbeit	32
8. Arbeits-, Zeit- und Ablaufplanung	36
III. Organisation und Durchführung der Zählung bis zur Aufbereitung	38
1. Aufgaben und Aufbau der Zählungsorganisation	38
a) Allgemeine Aufgabenverteilung	38
b) Bildung von Zählbezirken	38
c) Einrichtung stabiler Zählflächen	40
d) Die Gebäudevorerhebungen und ihre organisatorische Funktion	40
e) Schulung der Zählungsdienststellen und der Zähler	41
f) Zählungstechnische Sonderfragen	43
g) Durchführung des Zählgeschäftes	46
h) Die Arbeit der Zählungsdienststellen nach der Zählung	47
2. Erhebungspapiere	48
a) Drucklegung und Auflage	48
b) Form und Bewahrung der Erhebungspapiere	50
3. Zähler	52
a) Gesetzliche Grundlagen der Zählerbestellung	53
b) Einsatz von Oberzählern	54
c) Zusammensetzung und Bewahrung der Zähler	55
IV. Aufbereitung	57
1. Bemerkungen zum System der Ergebnisfeststellung	57
2. Allgemeine Organisationsfragen der Aufbereitung	58
3. Manuelle Aufbereitung der Zählungsteile	60
a) Volks- und Berufszählung	60
b) Haushalts- und Familienstatistik und sonstige repräsentative Aufbereitungen	63
c) Gebäudezählung	64
d) Allgemeine Arbeitsstättenzählung	67
4. Maschinelle Aufbereitung	70
a) Vorbereitung und Planung	70
b) Durchführung der Aufbereitungsarbeiten	72

	Seite
V. Kontrollsystem	76
1. Allgemeine Überlegungen	76
2. Kontrollen zur Volks- und Berufszählung 1961	77
a) Erhebungskontrollen	77
b) Maschinelle Signier- und Kombinationskontrollen	78
c) Haushalts- und Familienstatistik	79
3. Kontrollen zur Arbeitsstättenzählung 1961	80
a) Manuelle Vorbeiführungs- und Zusammenführungsaktionen	80
b) Maschinelle Signier- und Kombinationskontrollen	80
VI. Veröffentlichung der Ergebnisse	83
1. Allgemeine Fragen	83
a) Arbeitsschnitt	83
b) Rangordnung der Dringlichkeit	83
c) Form der Darbietung	83
d) Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten	83
e) Veröffentlichungen anderer Stellen	83
f) Geheimhaltungsbestimmungen	83
2. Veröffentlichungsprogramme	84
a) Volks- und Berufszählung	84
b) 10%-Haushalts- und Familienstatistik	85
c) Arbeitsstättenzählung	86
d) Gebäudezählung	87
3. Kartographie	87
4. Bibliographie	87
VII. Erfahrungen und Ausblick	88
1. Internationale Empfehlungen	88
2. Zensus-Gesetzgebung	89
3. Geheimhaltung	89
4. Öffentlichkeitsarbeit	90
5. Zähler und Zählbezirke	90
6. Regionales Ordnungssystem	91
7. Zählungskonzept	91
8. Methodik und Technik	92
9. Zeitfaktor	92
10. Aufbereitung	93
11. Analyse des Materials	94
Anhang (lt. besonderem Verzeichnis)	95

Abkürzungen

VZ	Volkszählung	HGZ	Handels- und Gaststättenzählung
BZ	Berufszählung	LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
AZ	Arbeitsstättenzählung	BGBI.	Bundesgesetzblatt
GZ	Gebäudezählung	StatGes.	Gesetz über die Statistik
LZ	Landwirtschaftszählung		für Bundeszwecke

I. Begründung, Zweck und Inhalt des Zählungswerkes

Bevor mit der konkreten Planung der mit der Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung des Zählungswerkes zusammenhängenden organisatorischen und technischen Fragen begonnen werden konnte, mußte eine Vorstellung über den Charakter und Umfang der bevorstehenden Aufgaben geschaffen werden. Das geschah in einem Beitrag, den das Statistische Bundesamt Ende 1956 als Ergebnis der ersten Verhandlungen und Überlegungen veröffentlichte¹⁾. Bei der Erarbeitung des Konzepts war davon auszugehen, daß sich — vor allem durch den Ausbau der laufenden statistischen Berichterstattung und im Hinblick auf die Schaffung eines statistischen Gesamtbildes — die heutigen Aufgaben von Großzählungen nicht nur an früheren Programmen orientieren dürfen.

Aus organisatorischen und arbeitstechnischen Rücksichten mußte einerseits darauf geachtet werden, eine Überlastung der Erhebungsorganisation und der Aufbereitungsstellen zu vermeiden. Andererseits war jedoch anzustreben, die recht kostspielige Erhebungsorganisation möglichst umfassend auszunutzen. Es mußte ein Mittelweg gefunden werden, der beiden Gesichtspunkten Rechnung trug.

Es wurde festgelegt, mit der Volks- und Berufszählung eine allgemeine (nichtlandwirtschaftliche) Arbeitsstättenzählung und eine Gebäudezählung zu verbinden. Da eine weitere Massierung großer Zählungsvorhaben in einem einzigen Jahr nicht vertretbar erschien, wurden die Landwirtschaftszählung und der Handels- und Gaststättenzensus auf das der Volkszählung vorangehende Jahr, ein Verkehrszensus auf das Jahr nach der Volkszählung anberaumt. Im Rahmen der Totalzählungen sollten — sachlicher Bedarf und Feststellungsmöglichkeit nur mittels einer geschlossenen Zählerorganisation vorausgesetzt — nur Tatbestände erhoben werden, die

- a) anderweitig überhaupt nicht erfaßt wurden,
- b) anderweitig sachlich nur unvollständig erfaßt wurden,
- c) durch Fortschreibung und Stichprobenerhebungen regional unvollständig erfaßt wurden,
- d) zwar laufend durch Fortschreibung oder Stichprobenerhebungen erfaßt wurden, aber einer Berichtigung oder Überprüfung durch die Ergebnisse aus einer Gesamtzählung bedurften.

Im folgenden werden die Bereichszählungen mit eigenem Erhebungstermin nur kurz und im wesentlichen in einem Abschnitt behandelt. Hauptaufgabe wird es sein, die organisatorischen und technischen Fragen bei Vorbereitung und Durchführung des Volkszählungswerkes 1961 zu beleuchten.

Auf Grund der obengenannten Voraussetzungen und unter Berücksichtigung überkommener Erfahrungen aus früheren Zählungen wurde im Verlauf der Vorbereitungsarbeiten stufenweise ein detaillierter Arbeits- und Zeitplan über die in den einzelnen Bearbeitungsphasen erforderlichen Maßnahmen aufgestellt. Eine Vorstellung über Art und Dauer der einzelnen Arbeitsgänge beim Volkszählungswerk 1961, die vielfach miteinander verknüpft waren und deshalb koordiniert werden mußten, vermittelt die Zusammenstellung in II. 8, die alle Bearbeitungsstadien umfaßt.

Der nachstehende einleitende Abschnitt befaßt sich mit Fragen, die im weiteren Sinn zwar zu den Zählungsvorbereitungen gerechnet werden können, ihrem Wesen nach aber nur die Grundlagen für die in den folgenden Abschnitten dargestellten Aufgaben — das sind die eigentliche

Vorbereitung, die Durchführung und teilweise auch die Aufbereitung — bilden. Nach einem kurzen historischen Rückblick und allgemeinen Betrachtungen über Zweck und Bedeutung der Großzählungen wird auf die Stellung des Zählungswerkes 1960/62 im Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik und den Inhalt der einzelnen Zählungsteile eingegangen. Es folgen einige Überlegungen zur Zeitplanung von Volkszählungen und damit gekoppelten Statistiken, wobei vor allem die Fragen der Periodizität und des Erhebungsstichtages behandelt werden.

1. Historischer Rückblick

Nach Errichtung des Deutschen Bundes wurde die erste Volkszählung 1816 in Preußen durchgeführt. Da auch die anderen deutschen Länder um die gleiche Zeit ihre Bevölkerungszahlen ermittelten, liegen gegenwärtig für eine Zeitspanne von etwa 150 Jahren genauere Unterlagen über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland vor.

In der Zeit zwischen 1816 und 1871 fanden zwar in den meisten Ländern des Deutschen Bundes Bevölkerungszählungen statt, jedoch lagen diesen weder einheitliche Erhebungsstichtage noch ein einheitliches Erhebungsverfahren zugrunde.

Bei der ersten Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dezember 1871 wurde zum ersten Mal für alle Teile des Reichs eine gewisse Einheitlichkeit der Fragestellung und Aufbereitung vorgeschrieben. In einem Zeitabstand von jeweils 5 Jahren fand dann in den auf 0 und 5 ausgehenden Kalenderjahren bis zum Jahre 1910 am 1. Dezember (1885 am 2. Dezember) eine Volkszählung statt. Losgelöst von den Volkszählungen wurden zum 5. Juni 1882, 14. Juni 1895 und 12. Juni 1907 jeweils gemeinsam eine Berufszählung sowie eine landwirtschaftliche und eine gewerbliche Betriebszählung durchgeführt. Nach dem Plan sollten diese Zählungen innerhalb von 25 Jahren zweimal stattfinden, woraus sich die Zeitabstände von 13 und 12 Jahren erklären.

Durch den Ersten Weltkrieg und seine Folgen wurde der Rhythmus der Zählungstermine unterbrochen. Erst 1925 kam wieder eine Volkszählung zustande, die aus Gründen der Kosten- und Arbeitersparnis zum ersten Mal mit einer Berufszählung sowie einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung verbunden wurde. Wegen der am herkömmlichen Volkszählungstichtage, dem 1. Dezember, aus saisonalen Gründen atypischen Beschäftigungslage entschloß man sich zu einer Verlegung des Zählungstermins in die Jahresmitte, und zwar auf den 16. Juni 1925. Die Verbindung der Volkszählung mit anderen Großzählungen wurde in der Folgezeit beibehalten und weiter ausgebaut. Alle Versuche, für die folgenden Zählungen den Fünfjahres-Turnus wieder einzuführen, scheiterten teils an Finanzierungsschwierigkeiten, teils gaben politische Ereignisse den Ausschlag für Verschiebungen. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und weil keine Einigung über die Kostenverteilung auf Reich und Länder erzielt werden konnte, wurde die für 1930 vorgesehene Zählung nach mehrmaliger Terminverschiebung schließlich zum 16. Juni 1933 durchgeführt. Auch die auf den 17. Mai 1938 festgesetzte Zählung wurde, obwohl die Erhebungspapiere schon ausgedruckt waren, wegen der Eingliederung Österreichs erst genau ein Jahr später durchgeführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zunächst einige regionale Einzelzählungen durchgeführt. Am 29. Oktober 1946 fand dann eine Volks- und Berufszählung in allen vier Besatzungszonen und in Berlin statt. Diese unter großen

¹⁾ Fürst, G., und Mitarbeiter: »Gedanken zum Zählungsprogramm 1960«. In »Wirtschaft und Statistik«, 1956/12, S. 617 ff.

Schwierigkeiten vorbereitete und durchgeführte Zählung lieferte erstmals nach dem Krieg Ergebnisse, die den dringlichen Bedarf an statistischen Unterlagen deckten. Die Zählung lag freilich in einer Zeit, die durch ungemein lebhaft Veränderungen im Strukturbild von Bevölkerung und Wirtschaft charakterisiert war. Die Ergebnisse waren dementsprechend verhältnismäßig bald veraltet und überholt. Neues umfassendes Material, das eine Beurteilung der durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung eingetretenen Veränderungen erlaubte, lieferte die »Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe« vom 13. September 1950, die im Rahmen der vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen empfohlenen Weltzählung stattfand.

Eine Rückkehr zum fünfjährigen Zählungsturnus der Vorkriegszeit wurde nun nicht mehr erwogen. Durch Ausbau der laufenden statistischen Berichterstattung und Einführung repräsentativer Erhebungen — unter letzteren ist vor allem der seit 1957 durchgeführte Mikrozensus zu nennen — wurde es möglich, die Zeitabstände zwischen den Großzählungen zu verlängern. Internationalen Empfehlungen folgend, strebten die amtliche Statistik und Regierungsstellen einen zehnjährigen Turnus an. Mit der Durchführung des Volkszählungswerkes 1961 blieb die Bundesrepublik innerhalb des vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen empfohlenen Zeitrahmens für die »Weltzählung um 1960«.

Die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland

Zählungsstichtag	Volks- zählung	Berufs- zählung	Gewerb- liche Betriebs- zählung ¹⁾	Landwirt- schaftliche Betriebs- zählung ²⁾
1. 12. 1871	X			
1. 12. 1875	X		X	
1. 12. 1880	X			
5. 6. 1882		X	X	X
1. 12. 1885	X			
1. 12. 1890	X			
14. 6. 1895		X	X	X
2. 12. 1895	X			
1. 12. 1900	X			
1. 12. 1905	X			
12. 6. 1907		X	X	X
1. 12. 1910	X			
8. 10. 1919 ³⁾	X			
16. 6. 1925	X	X	X	X
16. 6. 1933	X	X	X	X
17. 5. 1939	X	X	X	X
29. 10. 1946	X	X		
22. 5. 1949				X
13. 9. 1950	X	X	X	
31. 5. 1960				X
6. 6. 1961	X	X	X	
Insgesamt ...	16	9	9	8

¹⁾ Ab 1939 durch Einbeziehung der Zweige der öffentlichen Verwaltung, der freien Berufe sowie der öffentlichen und privaten Dienstleistungen zu einer »Allgemeinen (nichtlandwirtschaftlichen) Arbeitsstättenzählung« ausgeweitet. — ²⁾ 1960 als »Landwirtschaftszählung« bezeichnet. — ³⁾ Erste, die gesamte Bevölkerung umfassende Zählung nach dem ersten Weltkrieg, jedoch mit eingeschränktem Frageprogramm; diente in erster Linie Zwecken der Lebensmittelbewirtschaftung. Schon während des ersten Weltkrieges waren — zum 1. Dezember 1916 und 5. Dezember 1917 —, ebenfalls um Unterlagen für die Lebensmittelbewirtschaftung zu gewinnen, Zählungen der Zivilbevölkerung durchgeführt worden.

Der Vollständigkeit halber werden einige Bemerkungen über die Gebäude- und Wohnungszählungen angeschlossen.

Die ersten deutschen Wohnungszählungen wurden etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von den Städten durchgeführt, veranlaßt durch die zunehmende Abwanderung vom flachen Land in die Städte. In Frankfurt a. M. fand im Jahre 1854 eine solche Erhebung statt. Auch einzelne deutsche Bundesstaaten, z. B. Baden, Württemberg und Sachsen, veranstalteten Wohnungszählungen.

Um der äußerst angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt nach dem ersten Weltkrieg zu begegnen, war genaues

und umfassendes statistisches Material notwendig. Deshalb wurde im Mai 1918 die erste allgemeine Reichswohnungszählung in den Gemeinden mit 5000 und mehr Zivileinwohnern durchgeführt, wobei die Landeszentralbehörden die Zählung auch auf Industrie- und Vorortgemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern ausdehnen durften.

Die ursprüngliche Absicht, mit der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 eine allgemeine Erhebung über die Wohnungsverhältnisse zu verbinden, ließ sich nicht verwirklichen. Im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1925 hat lediglich eine Reihe von Groß- und Mittelstädten auch Feststellungen über den Wohnungsbestand getroffen.

Eine zweite allgemeine Reichswohnungszählung, die am 16. Mai 1927 stattfand, erstreckte sich auf alle Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern, den größten Teil der Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern sowie eine Reihe ausgewählter kleinerer Gemeinden.

Ende der 30er Jahre wurden Vorbereitungen für eine umfassende Reichswohnungszählung getroffen, die aber nicht mehr realisiert werden konnte. Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde in der Bundesrepublik mit der Volks- und Berufszählung vom 13. September 1950 eine Gebäude- und Wohnungszählung verbunden. Es folgte mit Stichtag 17. Mai 1956 eine Wohnungszählung, der sich im Jahre 1957 repräsentative Erhebungen anschlossen. Zweck dieser Statistik war es, Aufschlüsse über die Wohn- und Mietverhältnisse und den Wohnungsbedarf zu erhalten.

Zusammen mit der Volks- und Berufszählung 1961 wurde dann eine Gebäudezählung durchgeführt, die sich allerdings im Hinblick auf die vorausgegangene größere Zählung von 1956/57 auf ein verhältnismäßig kurzes Programm beschränken ließ.

Die nächste Gebäude- und Wohnungszählung wird nach den Verhältnissen im Monat Oktober 1968 durchgeführt und wurde durch das »Wohnungszählungsgesetz« vom 13. März 1968 ¹⁾ angeordnet.

2. Die Aufgabe von Großzählungen und ihre Einordnung in das statistische Arbeitsprogramm

Aufgabe von Großzählungen ist es, sachlich und regional tiefgegliederte Ergebnisse über wichtige bevölkerungs- und wirtschaftsstatistische Tatbestände zu liefern. Ermittelt werden gewöhnlich Bestandsmassen für einen bestimmten Stichtag, seltener Bewegungsmassen für einen Bezugszeitraum. Wenn auch die Zählungsergebnisse mit zunehmender Entfernung vom Zählungstichtag veralten, so behalten doch die Aufschlüsse über die strukturellen Gegebenheiten für längere Zeit ihren Aussagewert.

In früheren Jahrzehnten war man bei der Beurteilung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur und ihrer Veränderungen nahezu ausschließlich auf die Ergebnisse der großen Zählungen angewiesen. Mittlerweile ist das Programm der amtlichen Statistik jedoch so ausgebaut worden, daß sich zumindest ein Teil dieser Erkenntnisse auch aus den laufenden — jährlichen, vierteljährlichen, monatlichen — Erhebungen ergibt. Schon seit langem werden die Geburten, Sterbefälle und Wanderungsbewegungen fortlaufend registriert und zur Fortschreibung der Bestandszahlen herangezogen; doch erst in neuerer Zeit liefert dieses als »Fortschreibung des Bevölkerungsstandes« bekannte Verfahren durch eine Verfeinerung der Wanderungsstatistik hinreichend genaue Zahlen auch für regionale Einheiten bis hinab zu den Gemeinden, wie sie für Verwaltungszwecke benötigt werden. Seit 1957 wird mit einem Auswahlsatz von dreimal 0,1% und einmal 1% im Jahr eine Stichprobenerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens, der sogenannte Mikrozensus, durchgeführt; mit seiner Hilfe werden vierteljährliche und jährliche Angaben darüber gewonnen, wie sich die Bevölkerung zusammensetzt und welchen Wirtschaftsbereichen

¹⁾ BGBl. I S. 225.

und sozialen Stellungen sie einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Hierüber waren in früheren Jahren nur unzureichende Unterlagen vorhanden. Auch in den Wirtschaftsbereichen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Baugewerbe und Handel finden laufend Erhebungen statt, mit denen kurzfristig Angaben über Beschäftigte, Produktion, Umsatz usw. ermittelt werden. Das durch eine Reihe von Repräsentativerhebungen ergänzte und durch die Steuerstatistiken vervollständigte Material findet Eingang in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die mit ihren jährlichen Unterlagen über die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts einen Überblick über die Struktur der Volkswirtschaft bieten und die Beziehungen zwischen wichtigen volkswirtschaftlichen Größen offenlegen.

Unter Hinweis auf diese Tatsachen ist schon öfter die Frage gestellt worden, ob nicht überhaupt auf die kostspieligen und zeitraubenden Totalerhebungen verzichtet werden könne. Das ist aber aus verschiedenen Gründen zu verneinen. Die laufenden Statistiken, und zwar insbesondere die auf repräsentativer Grundlage durchgeführten, erlauben meist keine eingehenden regionalen Untergliederungen. Da jedoch bis zu den Gemeinden reichende regionale Daten für viele Zwecke unentbehrlich sind, müssen zeitweise Gesamtzählungen durchgeführt werden. Bei Repräsentativstatistiken, die sich nur auf einen Teil der Gesamtmasse beschränken, muß außerdem eine Hochrechnung der Darstellungseinheiten auf die Gesamtzahl der überhaupt vorhandenen Einheiten vorgenommen werden. Dies ist nur mit Hilfe von einigermaßen zeitnahen Zählungsergebnissen möglich, die ihrerseits zudem noch die Auswahlgrundlage für neue bzw. auf den neuesten Stand gebrachte Stichprobenerhebungen liefern. Auch für Kontrolle und Berichtigung von Fortschreibungen, die mit zunehmendem Abstand vom alten Zählungstichtag unsicherer werden, sind Zählungsergebnisse unentbehrlich. Außerdem gibt es Tatbestände, die so eng an die Person gebunden sind, daß ihre Erfassung im Rahmen laufender Statistiken nur schwer möglich ist.

Umfassende Bestandsaufnahmen sind also trotz des Ausbaues des laufenden Programms keineswegs entbehrlich geworden. Es hat sich lediglich ihre Aufgabe und ihre Bedeutung im Rahmen des gesamten statistischen Arbeitsprogramms gewandelt. Durch die laufende Erfassung wichtiger Tatbestände kann nicht nur der Abstand zwischen zwei Zählungen vergrößert, sondern auch der Inhalt des Frageprogramms wechselnden Bedürfnissen angepaßt werden. Die Zählungen gewinnen auf diese Weise immer mehr den Charakter von Rahmenerhebungen, durch welche bestimmte Grunddaten in tiefer regionaler Aufgliederung zur Verfügung gestellt werden, während andere Tatbestände, bei denen es nicht auf die Erfassung aller Erhebungsobjekte ankommt, im Rahmen von Teil- oder Stichprobenerhebungen erfragt werden können. So sind z.B. aus dem Volkszählungsprogramm 1961 die ursprünglich vorgesehenen Fragen über die Alters- und Invaliditätsvorsorge, den Krankenversicherungsschutz und die Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Flüchtlinge herausgelöst und auf den Mikrozensus verlagert worden (vgl. auch II 6). Eine solche Arbeitsteilung setzt allerdings eine Verknüpfung und gegenseitige Abstimmung der Zählungs- und sonstigen Erhebungsprogramme, sowohl hinsichtlich der Methoden und Definitionen als auch der Termine, voraus.

Bei künftigen Zählungen wird die Aufteilung des Frageprogramms in einen total und einen repräsentativ zu erfassenden Teil eine wesentliche Rolle spielen. Es ist nicht nur aus Gründen der Arbeits- und Kostenersparnis, sondern auch zur Entlastung der recht umfangreich gewordenen Zählungsprogramme dringend notwendig, diejenigen Tatbestände, die nicht in feiner regionaler Gliederung geboten werden müssen, in repräsentativen Befragungen unterzubringen.

Im dem Maße, wie nach dem Krieg die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausgebaut wurden, wuchs auch der Bedarf an international vergleichbaren statistischen Nach-

weisungen wichtiger wirtschaftlicher Tatbestände. Das Statistische Amt der Vereinten Nationen wirkt mit seinen Empfehlungen auf eine Vereinheitlichung der Zählungstermine und der Grundprogramme sowie der systematischen Grundlagen hin. Während auf weltweiter Ebene nur verhältnismäßig bescheidene Anforderungen realisierbar sind, entspringen aus engerer wirtschaftlicher Partnerschaft und aus supranationalen Zusammenschlüssen — wie etwa der Montanunion oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — schon wesentlich umfangreichere Wünsche an die Ausführlichkeit und Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse. Bei der Vorbereitung des Zählungswerkes 1960/62 spielten Fragen der internationalen Koordinierung eine große Rolle (vgl. II 1).

Die Anforderungen an die Zählungen haben sich also in mehrfacher Hinsicht gewandelt. An die Stelle einer mehr oder weniger isolierten Behandlung einzelner Erhebungen ist die Gesamtschau getreten. Zu dem Wunsch inländischer Benutzerkreise nach feinerer fachlicher und regionaler Gliederung zahlreicher Ergebnisse kam der wachsende Bedarf an international vergleichbaren Daten. Den gestiegenen Anforderungen mußte mit verfeinerten Methoden begegnet werden, die ihrerseits wieder eine Verbesserung der organisatorischen Vorbereitung sowie der technischen Durchführung und der Aufbereitungsverfahren verlangten. So ergab sich vom Beginn der Vorbereitungen an die Notwendigkeit, das Zählungswerk 1960/62 unter dem Aspekt seiner Einordnung in das gesamte statistische Arbeitsprogramm — sowohl hinsichtlich des Inhalts der einzelnen Zählungen und der Konzeption als auch der technischen und zeitlichen Abwicklung — zu sehen.

3. Begründung des Zählungswerkes 1960/62 und Verknüpfung der einzelnen Zählungsteile

Wohl selten waren in verhältnismäßig kurzer Zeit so tiefgreifende Veränderungen in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur vor sich gegangen wie nach der Währungsreform 1948. Durch den Zustrom von Millionen Vertriebenen und Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ergaben sich, neben den Auswirkungen auf die Strukturmerkmale der Bevölkerung, zahlreiche wirtschaftliche und soziale Probleme, wie etwa bei der regionalen Verteilung dieses Personenkreises in Verbindung mit seiner beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung. Die Wirtschaft kam schon wenige Jahre nach der Währungsreform zu Beginn der fünfziger Jahre aus dem Stadium der Neuordnung und des ersten Aufbaus in eine Phase anhaltenden Aufschwungs und beständiger Hochkonjunktur. Technik und Struktur der Wirtschaft haben sich in dieser Zeit von Grund auf geändert.

In der Zeit zwischen den beiden Volkszählungen von 1950 und 1961 fand die Bundesrepublik auch wieder den Anschluß an das internationale politische und wirtschaftliche Leben. Sie wurde Mitglied des Europarates und der UNESCO (1951), der Westeuropäischen Union und des Nordatlantik-Paktes, erlangte nach Aufhebung des Besatzungsstatuts die Stellung eines souveränen Staates und richtete die Bundeswehr ein (1955). Das Saarland wurde zunächst politisch (1957) und etwas später (1959) auch wirtschaftlich der Bundesrepublik angegliedert. Hand in Hand mit der politischen Neuorientierung ging der Aufbau supra- und internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Die Bundesrepublik wurde Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, der Montan-Union (1952) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957). Liberalisierung des internationalen Warenverkehrs und freie Konvertibilität der Währungen waren die erklärten Ziele der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik sowie in den meisten europäischen und vielen außereuropäischen Staaten.

Aus der lebhaften innerdeutschen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung und aus den sich festigenden internationalen Beziehungen erwuchsen der amtlichen Statistik neue Aufgaben.

Um diese erfüllen zu können und darüber hinaus die dringend notwendige Erneuerung und Konsolidierung der Grundlagen der statistischen Berichterstattung zu ermöglichen, war die Durchführung des Zählungswerkes 1960/62 unaufschiebbar geworden. Doch wird dadurch nicht die weiter oben (vgl. I. 2) betonte Notwendigkeit entkräftet, zur Erneuerung des Arbeitsfundamentes der amtlichen Statistik auch in »normalen« Zeiten regelmäßig Gesamtzählungen durchzuführen.

Im Jahre 1925 wurden zum ersten Mal mehrere Zählungsteile — damals waren es die Volks- und Berufszählung sowie die landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung — gemeinsam durchgeführt. Das Verfahren wurde seitdem beibehalten und vervollkommen. Für diese Maßnahme waren vor allem organisatorische und arbeitstechnische Gründe ausschlaggebend. Doch spielte auch die Erwägung eine Rolle, daß durch die Verbindung mehrerer Großzählungen Strukturdaten über Bevölkerung und Wirtschaft für einen einheitlichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen, wodurch die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse verbessert wird. Diesem Argument kommt unter den heutigen Voraussetzungen, daß nämlich die wichtigsten Tatbestände in laufenden Statistiken erfaßt werden, nicht mehr ganz das gleiche Gewicht wie früher zu.

Mit der Volks- und Berufszählung 1961 wurde organisatorisch wieder eine nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung und eine Gebäudezählung gekoppelt, um die einmal aufgebaute Zählungsorganisation möglichst umfassend auszunutzen. Neben dem Grundsatz, öffentliche Mittel sparsam zu verwenden, sprach dafür die zunehmende Schwierigkeit, ehrenamtliche Zähler in genügender Zahl zu gewinnen. Wenn der mühselige und kostspielige Aufbau eines Zählungsapparates einmal vollzogen ist, bietet sich die Gelegenheit, nicht nur die Personen und Haushalte, sondern auch die Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten, d. h. die Unternehmen und Betriebe der Wirtschaft, die Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung (Ministerien, Stadtverwaltungen, Schulen, Krankenhäuser, Büchereien usw.) sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter (Kirchen, wissenschaftliche Institute, Verbände, Gewerkschaften usw.), vollständig zu erfassen.

Weitere Teile des Zählungswerkes, die mit jeweils eigenem Erhebungstermin und eigener Erhebungsorganisation durchgeführt wurden, waren die Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 mit vier Nacherhebungen, die Handels- und Gaststättenzählung vom 30. September 1960 mit repräsentativer Ergänzungserhebung und Zusatzerhebung für den Außenhandel im Jahre 1962 und der Verkehrszensus vom 28. September 1962.

Die einzelnen Zählungsteile waren aber nicht nur organisatorisch miteinander verbunden. Zwischen ihnen bestanden auch methodische Beziehungen, die einen inneren Zusammenhang herstellten. Struktur und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung werden beide über Erhebungsmerkmale ermittelt, die an die Person anknüpfen. Um ein Gesamtbild des Wirtschaftsgefüges zu erhalten, müssen die Ergebnisse der Berufs- und Arbeitsstättenzählung miteinander verglichen und abgestimmt werden. Für die Verbindung einer Arbeitsstättenzählung mit der Volkszählung spricht — neben den organisatorischen Gründen — auch die häufige Verbindung privater Haushalte mit einem Unternehmen. In Landwirtschaft, Handwerk, Einzelhandel, Gaststättengewerbe und Kleingewerbe helfen gewöhnlich Familienangehörige im Betrieb mit. Die gleichzeitige Zählung der Personen, Haushalte und Arbeitsstätten erleichtert die Erfassung der Erwerbstätigkeit in Familienbetrieben, vor allem, wenn es sich um Nebenbeschäftigungen neben einer anderen vollen Berufstätigkeit oder neben Hausfrauentätigkeit handelt. Zwischen der Volkszählung 1961 und der Gebäudezählung wurde eine Beziehung hergestellt, indem in die Gebäudeliste die Nummern der zum Gebäude gehörenden Haushaltslisten und die Zahl der darin eingetragenen Personen zu übernehmen waren. Dadurch konnte an Hand der Gebäudelisten die Vollzähligkeit der Haushaltslisten überprüft werden.

Sofern die ausgefüllten Gebäudelisten rechtzeitig vorlagen — etwa wenn eine Gebäudevorerhebung durchgeführt worden war —, konnten sie als Leitpapier für die Verteilung der Haushaltslisten benutzt werden.

Die Arbeitsstättenzählung stellte ihrer Funktion nach eine Rahmenzählung dar, die den Zweck hatte, einen vollständigen Überblick über die nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen und Arbeitsstätten zu vermitteln sowie für Bereichszählungen, Nacherhebungen oder sonstige Sondererhebungen — auch für Stichprobenerhebungen — die Auswahlgrundlage zu liefern (vgl. hierzu auch I. 4 a). Mit Hilfe der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung wurde z. B. die Auswahlgrundlage für den Verkehrszensus 1962 zusammengestellt. Die Bereichszählungen haben in erster Linie die Aufgabe, umfassende Informationen über einzelne Bereiche zu liefern. Das galt z. B. für die Landwirtschaftszählung 1960, die Handels- und Gaststättenzählung 1960 und den Verkehrszensus 1962, die aus organisatorischen, arbeitstechnischen und finanziellen Gründen einzeln und getrennt von dem Volkszählungswerk 1961 durchgeführt wurden. Diese Strukturuntersuchungen wurden 1963 mit dem Industriezensus und einer Handwerkszählung für 1962, die Teile einer gemeinsamen EWG-Erhebung im Produzierenden Gewerbe waren, fortgesetzt.

Die Verteilung der Zählungen auf einen längeren Zeitraum war notwendig, da Beschränkungen durch die verfügbaren Arbeitskräfte, Maschinen und Räume auferlegt waren, ferner sollten eine möglichst gleichmäßige Auslastung der vorhandenen Kapazitäten und eine Verteilung der finanziellen Belastung auf einen längeren Zeitraum angestrebt werden.

Hier wird freilich deutlich, daß ein Mittelweg zwischen zwei sich widersprechenden Prinzipien gefunden werden mußte: der möglichst umfassenden Ausnutzung der aufgebauten Zählungsorganisationen durch gleichzeitige Durchführung mehrerer Zählungen einerseits und der zeitlichen Verteilung der Arbeiten, um Belastungsspitzen zu vermeiden, andererseits. Schließlich war aber auch zu bedenken, daß möglichst die Aktualität der Ergebnisse nicht durch die »Streckung« der Arbeiten beeinträchtigt werden sollte.

Großzählungen bringen wegen der mit ihnen verbundenen außerordentlichen großen arbeitsmäßigen und finanziellen Belastungen stets auch schwierige Probleme für die Arbeits- und Zeitplanung. Bei dieser stand herkömmlich der Grundsatz des möglichst weitgehenden zeitlichen Belastungsausgleichs im Vordergrund. Dieses Prinzip hat nichts an Wichtigkeit verloren, doch wurden neuerdings im Zusammenhang mit langfristigen Konzeptüberlegungen auch andere Aspekte, und zwar die sachlichen und organisatorischen Beziehungen zwischen den einzelnen Statistiken, etwas stärker herausgestellt. Um eine sinnvolle Verbindung zwischen den einzelnen Statistiken zu erzielen, muß berücksichtigt werden, ob eine Statistik von einer anderen hinsichtlich der Auswahlgrundlage abhängig ist; ob die Ergebnisse verschiedener Statistiken zusammengeführt werden und deshalb möglichst für das gleiche Jahr vorliegen sollten; ob eine gemeinsame Erhebungsorganisation zweckmäßig ist usw. Im Interesse einer Konsolidierung und Stabilisierung der gesamten Arbeitsplanung wäre es darüber hinaus zweckmäßig, so weit wie möglich einen regelmäßigen Turnus auch für alle in längeren Abständen wiederkehrenden Statistiken zu erreichen. Die Vorteile einer klar umrissenen langfristigen Arbeits- und Zeitplanung, innerhalb derer die Großzählungen als Orientierungspunkte ihren festen Platz haben, wären offenkundig.

Für die Interpretation der Zählungsergebnisse ist über den bloßen Zahlenvergleich hinaus auch die Kenntnis der methodischen und systematischen Grundlagen sowie weiterer Umstände, die einen Einfluß auf die Ergebnisse haben können, notwendig. Bis zu einem gewissen Grade können Spezialuntersuchungen Aufschluß über Art, Richtung und Ausmaß der mutmaßlich anzubringenden Korrekturen liefern.

Auf diese Fragen wurde ausführlich in den im Vorwort aufgeführten einschlägigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes eingegangen.

4. Inhalt der einzelnen Zählungsteile

Während bei früheren Großzählungen die konventionellen Fragestellungen dominierten, gewinnen unter den heutigen Bedingungen neuartige, auf aktuelle Bedürfnisse abgestellte Fragen zunehmend an Bedeutung. Aber auch altbekannte Probleme wurden in ein neues Licht gerückt, es wurden neue Zusammenhänge beleuchtet und verfeinerte Konzepte entwickelt. Internationale Anregungen und Empfehlungen blieben nicht ohne Einfluß bei der Überarbeitung der methodischen und systematischen Grundlagen und der inhaltlichen Gestaltung der Programme. Da über methodische und systematische Fragen in Spezialveröffentlichungen ausführlich berichtet wird, möge hier eine kurze Darstellung des Inhalts der einzelnen Zählungsteile genügen.

Die Bereichszählungen mit eigenem Erhebungstermin — das sind die Landwirtschaftszählung 1960, die Handels- und Gaststättenzählung 1960 und der Verkehrszensus 1962 — werden nur in groben Zügen und nur in diesem Abschnitt behandelt. Neben dem Inhalt werden dabei auch Fragen der Organisation und Technik berührt.

a) Zählungen vom 6. Juni 1961

Volks- und Berufszählung¹⁾

Im Programm der Volks- und Berufszählung waren, trotz aller Abweichungen und Neuerungen gegenüber früheren Zählungen, die »klassischen« Merkmale — Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftszweig, Beruf, Stellung im Beruf — tragendes Element der Zählung. Eine Übersicht über die Auszählungsmerkmale bei den Volks- und Berufszählungen seit 1925 im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland vermittelt die folgende Zusammenstellung²⁾:

Auszählte Merkmale (+)

bei den Volks- und Berufszählungen im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West)

Merkmale ³⁾	1925	1933	1939	1946	1950 ⁴⁾	1961
X Geschlecht, X Alter	+	+	+	+	+	+
X Geburtsort	—	—	—	+	—	—
X Familienstand	+	+	+	X	+	+
Eheschließungsjahr	—	+	+	—	+	+
X Geborenenzahl	—	+	+	—	+	—
Religionszugehörigkeit ..	+	+	+	+	+	+
X Staatsangehörigkeit	+	+	+	+	—	+
X Muttersprache	+	+	+	+	+	—
X Nationale Abstammung bzw. Volkszugehörigkeit	—	—	+	+	—	—
Abstammung	—	—	+	—	—	—
Wohnort vor dem Krieg	+	—	—	+	+	—
Vertriebenenausweis ...	—	—	—	—	+	+
Zuzug ins Bundesgebiet	—	—	—	—	—	+
Körperbehinderung	—	—	—	—	+	—
X Stellung im Erwerbsleben	+	+	+	+	+	+
X Wirtschaftszweig	+	+	+	+	+	+
X Beruf	+	+	+	+	+	+
Stellung im Beruf	+	+	+	+	+	+
Wochenarbeitszeit	—	—	—	—	—	+
Nebenberuf	+	+	+	—	+	+
Alters- und Krankenversicherung	—	—	—	—	+	—
Arbeitsweg (Zeitaufwand und Verkehrsmittel) ..	—	—	—	—	—	+
Pendelwanderung	—	—	—	—	+	+
X lese- und schreibkundig	—	—	—	+	—	—
Hoch- oder Fachschulbildung	—	—	—	+	—	+
Dienst in der Wehrmacht	—	—	—	+	—	—
Kriegsgefangener und dergleichen	—	—	—	—	—	+

¹⁾ Vgl. auch Schubnell, H.: »Die Volks- und Berufszählung 1961«. In: Allg. Stat. Archiv, 46. Band, 1962, Heft 1 und 2. — ²⁾ Nach Horstmann, K.: »Volkszählungen«. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 11, S. 413, Stuttgart, Göttingen und Tübingen 1961. — ³⁾ Die mit einem (X) versehenen Merkmale sind in den Empfehlungen der Vereinten Nationen aufgeführt. — ⁴⁾ Die Angaben für 1950 gelten bis auf die im Zusammenhang mit der Vertriebenenstatistik stehenden auch für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und den Sowjetsektor von Berlin.

Auf die Ermittlung der Muttersprache wurde 1961 verzichtet, da für die Personen mit fremder Muttersprache 1950 nur ein Anteil von 0,5% an der Gesamtbevölkerung festgestellt wurde. Bei der endgültigen Festlegung des Frageprogrammes wurden die Ergebnisse der Probebefragungen berücksichtigt. Einige als besonders schwierig erkannte Fragen, die keine Aussicht auf hinreichend genaue Beantwortung hatten, wurden aus der Haushaltsliste gestrichen (vgl. II. 6). So wurde auf die zur Feststellung der Bevölkerungsverchiebungen im Krieg und in der Nachkriegszeit und zur Ermittlung der Vertriebenen und der Deutschen aus der SBZ vorgesehene Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 verzichtet und auf die Mikrozensus-Zusatzbefragung im April 1964 über »Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Flüchtlinge« übertragen. Wegen mangelhafter Beantwortung bei den Probebefragungen wurde ferner auf die Feststellungen über die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung und der sozialen Rentenversicherung oder Angestelltenversicherung sowie auf die Ermittlung der Schwerbeschädigten und Körperbehinderten verzichtet. Die Frage nach Art und Umfang der Körperbehinderung war von 1957 bis 1962 im Grundprogramm des Mikrozensus enthalten und wurde 1966 wieder gestellt. Eine Wiederholung dieser Befragung in größeren Abständen ist vorgesehen. Auch die Feststellung der Versicherungsverhältnisse ist seit 1957 Bestandteil des Mikrozensus-Grundprogramms. In beiden Fällen wurden befriedigende Ergebnisse erzielt. Eine weitere Volkszählungsfrage nach der »Zahl der in der bestehenden Ehe lebendgeborenen Kinder«, die Unterlagen für die Berechnung der künftigen Bevölkerungsentwicklung, die Feststellung der Abhängigkeit der Geburtenzahl von Heiratsalter, Ehedauer, sozialer Stellung und anderen Zusammenhängen im Rahmen einer Fruchtbarkeitsstatistik liefern sollte, wurde vom Innenausschuß des Bundestages gestrichen, weil sie als Eindringen in die Intimsphäre des Staatsbürgers und der Familie betrachtet wurde.

Um aktuellen Informationsbedürfnissen sowie der Erweiterung oder Modifizierung statistischer Konzepte gerecht zu werden, wurden neue Fragen in das Programm aufgenommen.

Mit der Frage nach der abgeschlossenen Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule wurden erstmals die Voraussetzungen geschaffen, einen Gesamtüberblick über den Bestand an Personen mit qualifizierter Schulbildung und damit wichtige Grundlagen für die Bildungsplanung zu gewinnen. Zuvor war lediglich in Preußen bei der Volkszählung 1871 die Frage nach der Schulbildung gestellt worden. Bei der Volkszählung 1939 wurde auf einer Ergänzungskarte die Frage nach dem Abschluß eines Hoch- oder Fachschulstudiums gestellt; die Angaben wurden nicht aufbereitet, sondern sollten nur Anschriften für eine Sondererhebung, die aber nicht mehr zustande kam, liefern. Neu waren bei der Zählung 1961 ferner die Ermittlungen über den Weg zur Arbeits- und Ausbildungsstätte einschließlich des Schulweges, die sich auf die Angaben über den durchschnittlichen Zeitaufwand für den täglichen Hinweg und das wichtigste Verkehrsmittel, das normalerweise benutzt wird, stützten. Diese Informationen wurden durch die Ergebnisse aus Sonderbefragungen, die zahlreiche Städte über verkehrstechnische Fragen stellten (vgl. I. 4. a), ergänzt und der Verkehrsplanung nutzbar gemacht. Die Feststellung ehemaliger Kriegsgefangener, Zivilinternierter und Zivilversleppter des Zweiten Weltkrieges war auf Grund eines Bundestagsbeschlusses vom 2. Juli 1953 durchzuführen; die Angaben wurden zur Prüfung der Frage einer Erweiterung des Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes benötigt. Mit der Frage, wer selbständig Flußfischerei usw. betreibt, sollte Adressenmaterial für die im Juni 1962 durchgeführte Binnenfischereierhebung gewonnen werden. Zur Ergänzung der Angaben aus der Landwirtschaftszählung 1960 wurde, wie auch schon 1950, die Frage nach der selbständigen Bewirtschaftung oder Nutzung von Gärten sowie land- oder forstwirtschaftlichen Flächen unter 0,5 ha gestellt.

Um die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zu heben und neuen Anforderungen anzupassen, wurden neue Konzepte entwickelt. Durch entsprechende Aufgliederung und Zuordnung der gezählten Personen wurde es möglich, außer der »Wohnbevölkerung« auch die »Bevölkerung nach dem Familienwohnsitz« oder eine Art »wohnberechtigte Bevölkerung« zu ermitteln. Viel Mühe wurde darauf verwendet, die berufliche und soziale Schichtung der Bevölkerung besser zu charakterisieren. Als wichtigster Schritt in dieser Richtung ist die Gliederung der Bevölkerung nach einem zweifachen Prinzip — einmal der Beteiligung am Erwerbsleben (»Erwerbskonzept«), zum anderen nach der überwiegenden Quelle des Lebensunterhaltes (»Unterhaltskonzept«) — zu nennen. Bei dem Versuch, zu einer befriedigenden sozialen Gliederung der Bevölkerung zu gelangen, zeigten sich immer wieder die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Totalzählungen für die Beantwortung komplizierter Fragen. Ein weiteres Vordringen in die schwierige Materie wird den Stichprobenbefragungen, vor allem dem Mikrozensus, vorbehalten sein.

Aus dem Material der Volkszählung 1961 wurde eine 10%-Aufbereitung für eine »Haushalts- und Familienstatistik« durchgeführt. Untersuchungen über Zahl, Größe und Struktur der Haushalte waren zuletzt bei der Volks- und Berufszählung 1950 vorgenommen worden. Den bei der Wohnungszählung 1956 und den ergänzenden 1%-Erhebungen im Jahre 1957 ermittelten Ergebnissen über Haushalte lagen Begriffsabgrenzungen zugrunde, die unter wohnungspolitischen Gesichtspunkten getroffen worden waren, wobei der Haushalt vor allem als Wohnpartei nachzuweisen war. Das im Statistischen Bundesamt entwickelte neue Konzept wurde am Material der 1%-Mikrozensusaufnahme vom Oktober 1957 methodisch, systematisch und aufbereitungstechnisch erprobt. Das Schwergewicht lag auf einer eingehenden Ermittlung der Haushaltsstruktur in Verbindung mit Art und Größe der Haushalte. Dazu sollte Material über Zahl und Struktur der Familien gewonnen werden. Besondere Aufmerksamkeit wurde einer weitgehenden Gliederung und Kombination von Individual- und Gruppenmerkmalen geschenkt. Voraussetzung für die Durchleuchtung der Haushalts- und Familienstruktur war eine Typisierung der Haushalte und Familien nach bestimmten Merkmalen (z. B. Zahl der Generationen im Haushalt; »Normalfamilie«; verwitwete oder geschiedene Personen mit ledigen Kindern; Ehepaare ohne Kinder usw.). Die Ergebnisse sollen wichtige Grundlagen für sozialpolitische Überlegungen und soziologische Forschungen liefern.

Allgemeine (nichtlandwirtschaftliche) Arbeitsstättenzählung¹⁾

Die Arbeitsstättenzählung 1961 war, wie die ihr vorausgegangene lange Reihe ähnlicher Erhebungen (vgl. Übersicht in I.1.), eine allgemeine Bestandsaufnahme aller Betriebe und Unternehmen ohne die Betriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie die Betriebe der Binnenfischerei. Bis 1933 wurden ausschließlich oder überwiegend gewerbliche Betriebe — d. h. Arbeitsstätten des produzierenden Gewerbes, des Handels, des Verkehrs, des Bank- und Versicherungsgewerbes — erfaßt, daneben in wechselndem Ausmaß die Arbeitsstätten freiberuflicher Tätiger und einige andere kleine Teilgebiete, die außerhalb des gewerblichen Bereichs lagen, einbezogen. Bei der Zählung 1939 wurden erstmals außer den Arbeitsstätten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe auch alle Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbscharakter, der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger erhoben. Damit wurden die Zähler der oft schwierigen Abgrenzung zwischen gewerblichem und nichtgewerblichem Bereich entzogen. Doch war für die Ausweitung des Konzepts weniger dieses erhebungstechnische Argument ausschlaggebend als der Wunsch,

ein umfassendes Strukturbild aller Sektoren der Wirtschaft zu erhalten.

Erhebungseinheit war von jeher die örtliche, durch ihre räumliche Umgrenzung charakterisierte Einheit. Für jede selbständige Arbeitsstätte, Haupt- und Zweigniederlassung, Werkstätte, Büro usw., worin regelmäßig mindestens eine Person erwerbstätig war, mußte ein Erhebungsbogen ausgefüllt werden. Als Darstellungseinheiten dienten lange Zeit die »technischen Einheiten«, heute als »fachliche Unternehmenseinheiten« bezeichnet, die auf eine Zusammenfassung gleichartiger wirtschaftlicher Tätigkeiten zu Wirtschaftsbereichen abzielten. Ab 1925 wurde — zunächst neben der technischen Einheit — auch die örtliche Einheit als Darstellungseinheit verwendet. Neuerdings gewann für Zwecke der ökonomischen Analyse die Darstellung nach Unternehmen, die in ähnlicher Form schon seit 1895 vorgenommen wurde, zunehmend an Bedeutung²⁾.

Mit der zunehmenden Einführung laufender und wiederkehrender Statistiken, die ständig oder in regelmäßigen Zeitabständen Unterlagen über Struktur und Entwicklung in Teilbereichen der Wirtschaft liefern, hat sich die Funktion der Arbeitsstättenzählung gewandelt. Früher war sie die wichtigste statistische Quelle zur Beurteilung von Struktur und Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige sowie der gewerblichen Wirtschaft insgesamt. Unter den heutigen Bedingungen ist sie vor allem eine Rahmenczählung für den Gesamtbereich der Wirtschaft (ohne Land- und Forstwirtschaft). Ihre wesentliche Aufgabe liegt darin, ein — wenn auch grobes — Gesamtbild der Struktur der Wirtschaft, einen Gesamtüberblick über die Erwerbstätigen, gegliedert nach Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößenklassen, Stellung im Betrieb usw., Unterlagen über die von der sonstigen Berichterstattung nicht oder nur lückenhaft erfaßten Bereiche (z. B. Dienstleistungsbereich, Organisationen ohne Erwerbscharakter) zu liefern, Grundlagenmaterial für totale und repräsentative Bereichsstatistiken zur Verfügung zu stellen und schließlich Ergebnisse in tiefer Regionalgliederung bereitzustellen. Bei der Zählung 1961 wurde dieser Funktionswandel besonders deutlich.

Auf Grund der gewandelten Stellung der Arbeitsstättenzählung im System der Statistik wurden auch Änderungen im Frageprogramm vorgenommen. Bei der Zählung 1961 entfielen gegenüber 1950 die Fragen nach dem Umsatz und einige spezielle Fragen über den Groß- und Einzelhandel, ferner wurde auf die Ermittlung der Schwerbeschädigten und Knappschaftsvollrentner verzichtet. Der Begriff der Heimatvertriebenen von 1950 wurde 1961 in der Weise umgeformt, daß die Vertriebenen (Inhaber des Ausweises A/B) und die Sowjetzonenflüchtlinge (Inhaber des Ausweises C) erfaßt wurden. Das Frageprogramm enthielt eine Reihe allgemeiner Fragen nach der ausgeübten Tätigkeit bzw. dem Aufgabengebiet (Abschnitt B des Arbeitsstättenbogens), die eine richtige fachliche Zuordnung der Arbeitsstätten ermöglichten.

Erstreckte sich die Tätigkeit einer Arbeitsstätte auf mehrere Gewerbezweige, so hatte der Meldepflichtige selbst anzugeben, in welchem Bereich seiner Meinung nach die überwiegende Tätigkeit, der »wirtschaftliche Schwerpunkt«, lag. Zur Kennzeichnung der Arbeitsstätte wurden ferner die Beteiligung an der Industrie- und Bauberichterstattung, die Zugehörigkeit zur Industrie- und Handelskammer, die Eintragung in die Handwerksrolle sowie die Heimarbeitereigenschaft erhoben. Weitere Fragen bezogen sich auf die beschäftigten Personen und deren Stellung im Betrieb (wobei erstmals die Teilbeschäftigten gesondert festgestellt wurden), die Niederlassungsart, die Rechtsform des Unternehmens, die Ermittlung der Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen. Die Frage nach den vorhandenen Transportmitteln und Verkehrseinrichtungen sollte gleichzeitig Auswahlmaterial für den Verkehrszensus 1962 bringen. Die Fragen nach der Niederlassungsart erlaubten

¹⁾ Vgl. Anton, W.: »Die allgemeine Arbeitsstättenzählung 1961«. In: Wirtschaft und Statistik, 1961/4, S. 220 ff.; Anton, W., und Spilker, H.: »Die Arbeitsstättenzählung 1961 — Methodische und organisatorische Probleme«. In: Allg. Stat. Archiv, 47. Band, Heft 3/1963, S. 224 ff.

²⁾ Vgl. Fürst, G., und Mitarbeiter: »Unternehmen, fachliche Unternehmenseinheiten und örtliche Einheiten als Grundlage für die Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände«. In: »Wirtschaft und Statistik«, 1957/12, S. 643 ff.

die Aufbereitung nach Unternehmen und ermöglichten Strukturuntersuchungen über Unternehmen.

In die Arbeitsstättenzählung 1961 waren nicht die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (diese waren bei der »Landwirtschaftszählung 1960« befragt worden) sowie die privaten Haushalte als Arbeitsstätten einzubeziehen. Kein Arbeitsstättenbogen war ferner für die Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes auszufüllen (vgl. auch III. 1. f).

Gebäudezählung¹⁾

Unterlagen über die Wohnverhältnisse hatten bereits die Wohnungszählung 1956 und die repräsentativen 1%-Zusatzerhebungen 1957 und 1960 gebracht. Es wurde deshalb — im Gegensatz zu 1950 — darauf verzichtet, zusammen mit der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 eine Wohnungszählung durchzuführen. Man beschränkte sich vielmehr auf Ermittlungen über die Gebäude, und zwar nur die bewohnten Gebäude. Befragt wurden die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, nicht aber die Inhaber der einzelnen Wohnungen. Die Gebäudeeigentümer hatten eine ins einzelne gehende Beschreibung des Gebäudes zu geben und die im Gebäude vorhandenen Wohnungen und Arbeitsstätten aufzuführen.

Zur Gebäudebeschreibung wurden neben den auch bei früheren Zählungen üblichen Angaben über Art des Gebäudes, Geschoßzahl und Baualter auch Auskünfte über die Bauart, Bedachung, Wasserversorgung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung und über die sanitären Verhältnisse eingeholt. Damit standen für die Beurteilung der Qualität der einzelnen Gebäude zahlreiche Kriterien zur Verfügung. Als Indiz für den Erhaltungszustand des Gebäudes wurde der Zustand des Daches herangezogen, man erfragte das Mate-

rial der Dachbauten und stellte fest, wann das Dach letztmals gedeckt oder erneuert worden war. In Verbindung mit anderen Angaben ließen sich Rückschlüsse auf den Pflegezustand des Gebäudes ziehen. Durch Kombination der Angaben über Wasserversorgung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung, Art und Zustand der Bedachung, Baujahr und Bauart wurden acht Qualitätsstufen für Wohngebäude gebildet.

Da für jedes Gebäude die Zahl und die Lage der Wohnungen im Gebäude festgestellt worden war und Angaben über die Zahl der darin lebenden Personen und Wohnparteien vorlagen, konnten auch Ergebnisse über die Zahl der Wohnungen im Gebäude und der in einer Wohnung lebenden Haushalte und Personen gewonnen werden. Diese Zahlen konnten, obwohl keine spezielle Wohnungszählung durchgeführt worden war, als neue Grundlage für die Fortschreibung des Wohnungsbestandes verwendet werden. Auswertungen über die Raumzahl wurden aber nicht gemacht, da hierfür weitere Informationen — z. B. über Größe der Räume — erforderlich gewesen wären.

In zahlreichen — meist größeren — Gemeinden fanden in der Zeit von Januar bis Mai 1961 fakultativ totale oder partielle Gebäudevorerhebungen statt (vgl. III. 1. d). Diese waren lediglich eine Vorwegdurchführung der Gebäudezählung, um von ortsabwesenden Hausbesitzern, von Eigentümern großer Mietshäuser, von Wohnbaugesellschaften usw. fristgerecht die Fragebogen zurückzuerhalten. Teilweise wurden die Ergebnisse der Gebäudevorerhebung als Grundlage für die Zählbezirkseinteilung herangezogen.

Zusätzliche Fragen der Statistischen Landesämter und der Gemeinden

Einige Großstädte, darunter die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (West) stellten, um lokalen Bedürfnissen zu entsprechen, im Rahmen der Zählungen vom 6. Juni 1961

¹⁾ Vgl. Sobotschinski, A.: »Die wohnungsstatistischen Feststellungen 1961«. In: »Wirtschaft und Statistik«, 1961/4, S. 222 ff.

Übersicht über die Zusatz-Frageprogramme in den einzelnen Bundesländern

Land	Zusatzfragen
Hamburg	Für Erwerbstätige der Zeitpunkt des Arbeitsbeginns; Ermittlung der »Zubringerverkehrsmittel«; Zahl der Führerscheininhaber für Kraftfahrzeuge, Art und Häufigkeit der Fahrzeugausnutzung; Zahl und Art der von Betrieben und Haushalten gehaltenen Fahrzeuge sowie Art ihrer Abstellung bei Nacht. In die Gebäudeliste wurde die Frage nach Art und Zahl der vorhandenen Abstellplätze für Kraftfahrzeuge aufgenommen.
Niedersachsen	U. a. Abstellmöglichkeiten und bestimmte Fahrtrouten von Personenkraftwagen (Hannover und Wolfsburg); Wohnraumbedarf der Haushalte (Salzgitter).
Bremen	Garagen und sonstige Stellplätze; Beginn und Ende der Arbeit oder des Unterrichts; Besitz eines Pkw oder Kraftrades.
Nordrhein-Westfalen	Zusatzerhebungen in zwölf kreisfreien Städten, zumeist Feststellung von Garagen und Ein- bzw. Abstellplätzen für Kraftfahrzeuge (Essen, Dortmund, Aachen, Mönchengladbach, Wanne-Eickel, Lüdenscheid, Iserlohn), ferner Beheizungsart der Gebäude (in Bochum im Rahmen der Gebäudevorerhebung), Erneuerungsdaten der Personalausweise (Solingen), private und betriebliche Kraftfahrzeuge (Bonn), Berufseinspendler (Bocholt).
Bayern	München: Zugang nach München, Besitz eines Kraftfahrzeuges und dessen Abstellung (Laternen- garagen); Beginn und Ende der Arbeitszeit; Benutzung von Bundesbahn oder Zubringeromnibus und Straßenbahn. Würzburg: Wohnungswünsche und Bauabsichten (in Anlehnung an 1%-Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1957); Relation zwischen Mietpreis und Nettoeinkommen des Haushalts; Besitz von Kraftfahrzeugen und deren Abstellmöglichkeiten. Nördlingen: Erfassung der Hundebesitzer für steuerliche Zwecke. Regensburg: Durchgehende oder geteilte Arbeitszeit.
Saarland	Verbindung der Gebäudezählung mit einer Erfassung der Grubenschäden in den durch Grubensenkung gefährdeten Gebieten.
Berlin (West)	Erfassung aller, auch der unbewohnten, Gebäude mit Hilfe eines besonderen Grundstückbogens, worauf alle, auch die in unbewohnten Gebäuden befindlichen, Arbeitsstätten anzugeben waren. Grundstücks- und Gebäudeeigentümer oder -verwalter wurden gebeten, die Untermieter im Verzeichnis C der Wohnungen, Praxen, Büros u. dgl. anzugeben. In Abschnitt III der Haushaltsliste »Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte« wurden alle benutzten Verkehrsmittel erfragt. Frage an Erwerbstätige, die auf dem Weg zur Arbeitsstätte Verkehrsmittel benutzen, nach Beginn und Ende der Arbeitszeit. Unterstellung von Personenkraftwagen während der Nacht, Zeitbedarf für den Weg zum Abstellplatz.

zusätzliche Fragen, die entweder in den Fragebogen aufgenommen (Hamburg) oder auf Zusatzfragebogen gedruckt wurden. Die Beantwortung der Zusatzfragen erfolgte auf freiwilliger Basis.

Die Übersicht kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da über die Zusatzfragen der Gemeinden keine umfassende Aufstellung vorliegt. Von vorrangigem Interesse waren, vor allem in den Großstädten, ganz offensichtlich die mit der Verkehrsplanung zusammenhängenden Fragen. Dazu gehörten eine detaillierte Erforschung von zeitlichem und richtungsmäßigem Umfang des Berufsverkehrs, darunter des innerstädtischen, und der Parkraumfrage. Die sonstigen Zusatzfragen hatten nicht das gleiche Gewicht und die gleiche Allgemeinbedeutung.

b) Bereichszählungen mit eigenem Erhebungstermin

Wie schon erwähnt, war die gemeinsame Durchführung der im Volkszählungswerk 1961 zusammengefaßten Zählungen aus mehreren Gründen zweckmäßig: Einmal sollte die mit viel Arbeits-, Zeit- und Kostenaufwand errichtete Zählungsorganisation gut ausgenutzt werden; zum anderen bestanden zahlreiche Wechselbeziehungen — sowohl fachliche als auch organisatorische —, die für eine erhebungstechnische Verbindung sprachen.

Das sehr umfangreiche Zählungsprogramm brachte jedoch eine so starke Beanspruchung der Erhebungsorganisation und der Aufbereitungsstellen (d. h. der Landesämter) mit sich, daß eine Vergrößerung der Anforderungen nicht mehr möglich gewesen wäre, ohne die gesamte Terminplanung zu gefährden. Deshalb wurden weitere zum Gesamtkonzept gehörende Bereichszählungen mit einem eigenen Erhebungstermin durchgeführt. Im Jahre 1960 wurde eine Landwirtschaftszählung (mit Nacherhebungen in den Jahren 1961 und 1962) durchgeführt, die schon als herkömmlicher Bestandteil des Zählungskonzepts zu betrachten ist. Darüber hinaus wurden erstmals 1960 eine umfassende Erhebung für das Handels- und Gaststättengewerbe und 1962 für den Verkehrssektor einbezogen. Eine gründliche Untersuchung dieser Bereiche war wegen des schnellen Strukturwandels, der sich in den letzten Jahren vollzogen hatte, erforderlich geworden.

Landwirtschaftszählung 1960

Die Landwirtschaftszählung wurde mit Stichtag vom 31. Mai 1960 durchgeführt. Sie war Bestandteil des gesamten Zählungswerkes 1960/62 und wurde zeitlich vorgezogen, um vor allem die Belastung im Zähljahr der Volks- und Berufszählung 1961 zu vermindern. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen werden für zahlreiche Zwecke der Wirtschafts- und Agrarpolitik, der Verwaltung und Forschung benötigt, unter anderem für den von der Bundesregierung jährlich vorzulegenden Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Grüner Bericht). Entsprechend den Empfehlungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) mußte durch die Landwirtschaftszählung ein den internationalen Erfordernissen entsprechendes Mindestprogramm erfüllt werden. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960 bildeten außerdem die Grundlage für Sonderuntersuchungen sowie die Auswahlgrundlage für repräsentative Erhebungen. Über die methodischen Grundlagen der Zählung, u. a. auch die Abgrenzung zu anderen Wirtschaftsbereichen, unterrichtet die Veröffentlichung »Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 (Haupterhebung), Heft 1: Methodische Grundlagen« (Stuttgart und Mainz 1966).

Auf Grund des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960¹⁾ und der Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960 vom 3. März 1961²⁾ waren im Rahmen der Landwirtschaftszählung folgende Erhebungen durchzuführen:

Bezeichnung der Erhebung	Durchführungszeit lt. Rechtsgrundlage	Stichtag bzw. Berichtszeitraum
1. Landwirtschaftszählung (Haupterhebung)	Mai und Juni 1960	31. Mai 1960
2. Nacherhebungen		
a) Gartenbauerhebung	Juli 1961	25. bis 31. Juli 1961
b) Forsterhebung	April 1961 bis März 1962	1. Oktober 1960
c) Binnenfischerei-erhebung	Juni 1962	1. Juni 1962 und Kalenderjahr 1961 ¹⁾
d) Arbeitskräfte-erhebung	monatlich für 1 Jahr im Anschluß an die Haupterhebung bis spätestens Oktober 1961	Monate November bis Oktober 1961

¹⁾ Berichtszeitraum für einzelne Tatbestände.

Im Landwirtschaftszählungsgesetz wurde ferner die Verbindung der Bodennutzungshaupterhebung mit der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung sowie die Verbindung der Gemüsehaupterhebung mit der Gartenbauerhebung angeordnet. Die Länder erließen zum Teil besondere Verordnungen und Durchführungsbestimmungen.

Ab November 1958 wurden Probeerhebungen durchgeführt, an denen sich die Statistischen Landesämter mit je 500 bis 1 500 Betrieben beteiligten. Bei den Probeerhebungen sollte festgestellt werden, ob die Fragen eindeutig und verständlich formuliert und im Betriebsbogen optimal angeordnet waren. Ferner wurden damit Untersuchungen über die zweckmäßigste Außenorganisation (z. B. Zählereinsatz, Abgrenzung der Zählbezirke) verbunden. Es ergaben sich wertvolle Erkenntnisse über den Zeitbedarf der Zähler. Schon bei 20 Betrieben je Zählbezirk mußte der Zähler mehrere Tage tätig sein. Diese Aufgabe konnte nur bei einer angemessenen Entschädigung zugemutet werden.

Die Zählung sollte ursprünglich bereits im Januar 1959 durchgeführt werden. Da über die Kostenbeteiligung des Bundes nicht rechtzeitig eine Einigung herbeigeführt werden konnte (die endgültige Kostenregelung erfolgte erst in § 10 des Volkszählungsgesetzes 1961; vgl. Anhang Seite 102), mußte die Zählung um ein Jahr verschoben werden. Diese Verlegung hat sich außerordentlich ungünstig auf die Durchführung und Aufbereitung der Zählung sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse ausgewirkt. Auch waren finanzielle Verluste nicht mehr zu vermeiden. Druckaufträge, die schon weitgehend eingeleitet waren, mußten zurückgezogen werden. In einigen Ländern waren zusätzlich Räume gemietet worden, die wieder aufgegeben werden mußten. Im Jahre 1960 konnten z. T. die erforderlichen Räume nicht rechtzeitig beschafft werden, was Verzögerungen bei der Aufbereitung zur Folge hatte.

Da mit der Verlegung des Zählungstermins auch Änderungen im Frageprogramm notwendig wurden, war eine nochmalige Durchführung von Probeerhebungen erforderlich, die Anfang März 1960 in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen in jeweils 1000 Betrieben sowie in anderen Ländern in einer kleineren Zahl von Betrieben stattfanden. Neben dem Test der veränderten Fragestellung wurde besonderes Augenmerk auf Fehleruntersuchungen gelegt. Es ergaben sich wertvolle Informationen für die Zählerschulung und die Prüfung der Angaben in dem Betriebsbogen.

Da das Zählungsgesetz erst am 27. April 1960 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, blieb bis zum Zählungstichtag, dem 31. Mai 1960, nur ein äußerst kurzer Zeitraum. In dieser kurzen Frist mußten der Aufbau der Zählerorganisation in den Gemeinden, die Unterweisung der Kreis- und Gemeindebeauftragten durch die Statistischen Landesämter, die Durchführung der Zählerschulung sowie Druck, Versand und Verteilung der Erhebungspapiere erledigt werden. Die rechtzeitige Durchführung der Vorarbeiten konnte z. T. nur durch den Sondereinsatz aller beteiligten Stellen, denen ein erhebliches Maß an Mehr-

¹⁾ BGBl. I, S. 217; abgedruckt im Anhang S. 109. — ²⁾ Bundesanzeiger Nr. 46, S. 1; abgedruckt im Anhang S. 111.

arbeit abgefordert wurde, fristgerecht ausgeführt werden. Die Hauptehebung lieferte wichtige Grundlagen für die Nacherhebungen und für die Beurteilung der Ergebnisse der verschiedenen Statistiken. Die Verbindung der Bodennutzungshauptehebung mit der LZ-Hauptehebung war auch deshalb vorteilhaft, weil die Betriebsinhaber nur einmal befragt werden mußten.

Ähnlich wie bei der Volkszählung waren mit der technischen Durchführung der LZ die Gemeinden beauftragt. Auf Kreisebene fungierten als Zwischeninstanz die Kreisstatistiker (soweit diese Einrichtung besteht) bzw. Landwirtschaftsämter. Durch sie wurde bei den Gemeinden der Bedarf an Erhebungspapieren ermittelt. Die ausgefüllten Fragebogen wurden über diese Stellen an die Statistischen Landesämter zurückgeleitet.

Die Gemeinde- und Kreisverwaltungen wurden von den Statistischen Landesämtern durch Drucksachen und mündliche Schulungen über ihre Aufgaben unterrichtet.

In den Gemeinden waren die Bürgermeister oder die von ihnen eingesetzten Zählungsleiter für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung verantwortlich. Dazu gehörten die Bildung von Zählbezirken, die Zählerbestellung, die Aufstellung eines Verzeichnisses der Zählbezirke, die Unterweisung der Zähler, die Meldung des Bedarfs an Zählpapieren an die Kreisverwaltung, die Vorbereitung der Betriebsbogen und Kontrollisten, die Verteilung und das Wiedereinsammeln der Betriebsbogen durch die Zähler und die örtliche öffentliche Bekanntmachung der Zählung. In größeren Gemeinden wurden diese Aufgaben besonders errichteten Zählungsdienststellen übertragen.

Bei der Zählbezirkseinteilung wurde weitgehend von der Zählflächeneinteilung der Viehzählung ausgegangen. Jeder Zählbezirk sollte etwa 20 bis 30 Betriebe umfassen. In kleineren Gemeinden wurden keine Zählbezirke gebildet, sondern die Auskunftspflichtigen zum Ausfüllen der Betriebsbogen in die Gemeindeverwaltung gebeten. Eine sehr schwierige Aufgabe war die Zählergewinnung. Soweit Angehörige des öffentlichen Dienstes mitwirkten, wurde ihnen vielfach Dienstbefreiung gewährt. Jedoch konnte in Agrargebieten auf diesen Personenkreis nur in geringem Umfang zurückgegriffen werden.

Die Kosten des Zählerapparats lassen sich nur schwer schätzen. In der Kalkulation für das Bundesgebiet wurde dafür ein Betrag von rund 700 000 DM angesetzt, der vornehmlich als Kostenerstattung für notwendige Fahrten gedacht war. Das ergab 0,40 DM je erfaßten Betrieb. Die Höhe der Zählerentschädigung schwankte — von Land zu Land und sogar innerhalb eines Landes zwischen den Gemeinden — sehr stark. Viele ehrenamtliche Zähler arbeiteten ohne Entschädigung. Eine größere Stadt zahlte für jeden ordnungsgemäß ausgefüllten Betriebsbogen »A« 3,50 DM, für jeden Betriebsbogen »B« 2,50 DM. Vergleichsweise hohe Sätze wurden in Schleswig-Holstein gezahlt (bis unter 2 ha LN 0,75 DM, von 2 bis 50 ha 1,50 DM und über 50 ha 2,— DM je Betrieb). Die bessere Bezahlung wirkte sich positiv auf die Ergebnisse aus.

Die Schulung der Zähler wurde von den Bürgermeistern oder Gemeindebeauftragten, z.T. auch von den Kreisstatistikern, durchgeführt. Die Landesämter konnten sich wegen der sehr kurzen Zeitspanne, die bis zum Zählungstermin noch blieb, kaum in die Unterweisung der Zähler einschalten. Sie beschränkten sich gewöhnlich auf die Schulung der Gemeinde- und Kreis-Zählungsleiter. Hierbei mußten innerhalb von 2 Wochen bis zu 4000 Personen von den Landesämtern geschult werden. An den Schulungen, die etwa 4 bis 5 Stunden dauerten, nahmen im Durchschnitt 30 bis 50 Personen teil. Am besten bewährte sich jedoch die Besetzung der Gruppe mit etwa 20 Personen.

Durch Öffentlichkeitsarbeit wurde die Landbevölkerung über Sinn und Zweck der Landwirtschaftszählung sowie über

einzelne Fragen der Ausfüllung des Betriebsbogens aufgeklärt. Als Werbemittel wurden u. a. Plakate, Artikel in der Lokal- und Fachpresse, Rundfunkbeiträge usw. eingesetzt. Leider stand die Aufklärungsarbeit unter großem Zeitdruck. Die der Presse übersandten Notizen trafen z. T. zu spät ein oder häuften sich. Dennoch hat die Aktion, wie aus den Berichten der Kreisstatistiker geschlossen werden darf, zum Gelingen der Zählung beigetragen.

Die Einbeziehung landwirtschaftlicher Organisationen und Schulen in die Aufklärungsarbeit für die Zählung hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen.

Wie alle übrigen Vorbereitungsarbeiten mußte auch der Druck und Versand der Erhebungspapiere mit größter Eile durchgeführt werden. Nur durch die gute Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen war es überhaupt möglich, die Termine einzuhalten.

Die Kostenkalkulation wurde vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern gemeinsam vorgenommen, wobei verfügbare Leistungsansätze zugrunde gelegt und z. T. auch Sonderuntersuchungen zur Ermittlung solcher Ansätze durchgeführt wurden.

Die Kosten der Landwirtschaftszählung 1960 wurden mit 19,6 Mill. DM (davon 1,4 Mill. DM beim Bund und 18,2 Mill. DM bei den Ländern) ermittelt.

Die Kostenregelung zwischen Bund und Ländern entsprach den allgemein für das Zählungswerk festgelegten Grundsätzen und wurde für alle Teile des Zählungswerkes 1960/62 gemeinsam im Volkszählungsgesetz vorgenommen (vgl. II. 4).

Für die im Rahmen der Volkszählung 1961 erfaßten bewirtschafteten Kleinflächen unter 0,5 ha wurden Länderkosten in Höhe von rund 706 000 DM angesetzt.

Die Verbindung der LZ-Hauptehebung mit der Bodennutzungshauptehebung führte in den Gemeinden zu einer Arbeitsspitze, da die Hilfslisten für die Gemeindeergebnisse der Bodennutzungserhebung aufgestellt und gleichzeitig die Fragebogen der LZ geprüft werden mußten. Ferner war in dieser Zeit die repräsentative Viehzählung nach besonderen Erfassungsprinzipien durchzuführen.

Zunächst erwogen alle Landesämter die vollmaschinelle Aufbereitung des Materials. Bei der weiteren Diskussion kamen jedoch einige Landesämter zu der Auffassung, daß eine teilweise manuelle Aufbereitung billiger und in einem kürzeren Zeitraum als bei maschineller Aufbereitung durchführbar sei. Das gemischte Aufbereitungsverfahren bewirkte, daß die vom Bundesamt vorgeschlagene Reihenfolge für die Aufstellung der einzelnen Tabellen und damit auch die Liefertermine nicht immer eingehalten werden konnten.

Für die manuellen Arbeiten vor der Tabellierung wurde vom Bundesamt ein Aufbereitungsplan aufgestellt und den Landesämtern zugeleitet. Darin waren auch genaue Anleitungen für die internen und die intertabellarischen Prüfungen der Liefertabellen enthalten. Um den Aufbereitungsgruppen, die überwiegend aus Hilfskräften bestanden, die Arbeit zu erleichtern, wurde der ganze Arbeitsgang in kleinere Teilabschnitte zerlegt. Es wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

1. Eingangs-Kontrolle
2. Sortiergruppe
3. Rechengruppe
4. Prüfgruppe
5. Signiergruppe

Im Hessischen Statistischen Landesamt wurde für die nachstehend aufgeführten Arbeiten folgender Arbeitsaufwand ermittelt:

Zeitraum	Zahl der eingesetzten Arbeits- kräfte	Zahl der Arbeits- stunden	Zahl der Betriebs- bogen je Arbeits- kraft und Stunde
1. Eingangskontrolle 1. 7. 1960 bis 29. 7. 1960	18	2 865	61
2. Prüfung auf Vollständigkeit und sachliche Richtigkeit 1. 8. 1960 bis 15. 9. 1960	35	10 246	17
3. Rechnerische Prüfung und Sum- menbildung 16. 9. 1960 bis 21. 10. 1960	35	9 032	19

Die vorgesehene repräsentative Nachprüfung der Zuverlässigkeit der einzelnen Angaben wurde nur sporadisch durchgeführt.

Der Umfang des Frageprogramms führte zu einer starken Beanspruchung in der Phase der Lochung. Ein Landesamt verwandte 15 Lochkarten je Erhebungsbogen. Diese Belastung war auch einer der Gründe, weshalb manche Landesämter von der vollmaschinellen Aufbereitung absahen. Jedoch war auch die manuelle Aufbereitung infolge des umfangreichen Programms sehr aufwendig. Auf eine breite Darstellung kann hier verzichtet werden, da sich in der Zukunft infolge der Ausstattung der Statistischen Ämter mit neuen elektronischen Anlagen andere und verbesserte Möglichkeiten der Materialbearbeitung ergeben.

Die Landwirtschaftszählung war mit der Begründung vor die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 gelegt worden, eine kontinuierliche Beschäftigung der Aushilfskräfte und eine möglichst gleichmäßige Belastung des Maschinenparks zu erreichen.

Die Arbeiten an der LZ-Haupterhebung verzögerten sich jedoch, da größere Vorarbeiten, insbesondere für die nachfolgende Arbeitskräfteerhebung, eingeschoben wurden. Die Zeitreserve gegenüber der VZ war bald verbraucht, und damit traten in einigen Landesämtern Verzögerungen in der Bearbeitung der LZ auf. Der allgemeine Personalmangel hatte zur Folge, daß eingearbeitete Kräfte aus der LZ für die Aufbereitung anderer großer Zählungen abgezogen wurden; außerdem war auch die Aufbereitung der Nacherhebungen zur LZ (Gartenbauerhebung, Forsterhebung) zu bewältigen.

Grundsätzlich ist die Aufteilung in Haupterhebung und Nacherhebungen aus verschiedenen Gründen logisch und zweckmäßig. Sie muß aber zeitlich und arbeitsmäßig so geplant und durchgeführt werden, daß keine Engpässe und Zusammenballungen eintreten.

Die ursprünglich vorgesehene Befragung nach dem Anbau von Kartoffeln und Gemüse auf den Bodenflächen unter 0,5 ha wurde zur Entlastung der Volkszählung im Rahmen einer Zusatzbefragung zum Mikrozensus im Oktober 1962 durchgeführt.

Zur frühzeitigen und umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit wurden vom Statistischen Bundesamt vorläufige Ergebnisse der Haupterhebung in 48 Vorberichten veröffentlicht. Sie erschienen in der Zeit zwischen März 1961 und 1964.

Das erste Heft des Quellenbandes mit endgültigen Ergebnissen erschien im September 1963. Die endgültigen Ergebnisse der LZ-Haupterhebung wurden vom Bundesamt in 13 Heften veröffentlicht. Davon enthielten 11 Hefte Ergebnisse und 2 Hefte textliche Darstellungen. Heft 1 enthält die methodischen Grundlagen und Heft 12 eine zusammenfassende Darstellung. Da seit der Zählung 1949 methodische Veränderungen und Gebietsveränderungen eingetreten waren, wurden zur Ermöglichung des Vergleichs der Ergebnisse aus beiden Zählungen in den Veröffentlichungen entsprechende Hinweise gegeben.

Die EWG-Agrarstrukturerhebung 1966/67 berührte in mancher Hinsicht auch Konzept, Programme, Erhebungs- und Aufbereitungsmethoden (in Verbindung mit den verfügbaren Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung [EDV]) einer kommenden LZ. Ihre Ergebnisse werden Grundlage auch für Überlegungen bezüglich des »Themas« der für 1971 vorgesehenen LZ sein. Ohne weiter vorzugreifen, kann jedoch schon jetzt bezüglich der Erhebungsmethoden und der Aufbereitungstechnik gesagt werden, daß vorgesehen ist, bestimmte komplizierte Fragestellungen in einem repräsentativen Teil durch besonders geschulte Personen erheben zu lassen und die Aufbereitung aller Angaben weitgehend zu automatisieren und zu »mechanisieren« (Plausibilitätskontrollen, maschinelle Zusammenführung der Daten). Die o. a. Erhebung hat dafür ausgezeichnete Erfahrungen geliefert, indem die früher mit einem großen Signier-, Prüf- und Korrekturaufwand verbundenen, von menschlichen Arbeitskräften durchgeführten Tätigkeiten nunmehr in möglichst großem Ausmaß mit entsprechendem Zeitgewinn durch Datenverarbeitungsgeräte übernommen wurden. Dazu sind allerdings komplizierte und umfangreiche Vorarbeiten (»vorgedachte Arbeit«) notwendig, die nur durch relativ wenige, aber entsprechend qualifizierte Kräfte geleistet werden können.

Handels- und Gaststättenzählung 1960

Die Handels- und Gaststättenzählung 1960 war die erste Bereichserhebung, die sowohl einen Gesamtüberblick über den Verteilungsbereich der Wirtschaft als auch einen weitgehenden Einblick in dessen Detailbereiche vermittelte. Der Bedarf an solchen Unterlagen war durch die rasche Entwicklung und Strukturwandlung der Verteilungs- und Absatzwirtschaft erforderlich geworden.

Die Erhebung — im folgenden kurz als »Handelszensus 1960« bezeichnet — wurde durch das »Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960)« vom 27. Mai 1960¹⁾ angeordnet. Das Programm berücksichtigte weitgehend auch die Empfehlungen der Vereinten Nationen über die Absatzwirtschaft. Aus erhebungstechnischen Gründen untersuchte der Handelszensus die Institutionen, die überwiegend in der Absatzwirtschaft tätig waren. Eine funktionelle Betrachtungsweise hätte wegen der dann erforderlichen Aufgliederung der Tätigkeiten der einzelnen Institutionen nach Wirtschaftsbereichen die Erhebung ungemein erschwert.

Der Handelszensus erstreckte sich auf den Großhandel, die Handelsvermittlungen, den Einzelhandel sowie auf das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (im folgenden kurz als Gastgewerbe bezeichnet) und den Verlagsbuchhandel. Ferner wurden die eigenen offenen Verkaufsstellen der Industrie in die Erhebung einbezogen. Auskunftspflichtig waren die Unternehmen. Als Stichtag für den Handel wurde der 30. September 1960 gewählt, da zu diesem Termin das Beschäftigungsniveau annähernd dem Jahresdurchschnitt entspricht. Der Stichtag für das Gastgewerbe war der 31. August 1960. Dieser Termin erschien besonders geeignet, um das Gastgewerbe auf dem Höhepunkt seiner Beschäftigung zu erfassen. Zeitraumgrößen bezogen sich jeweils auf das Kalenderjahr oder Geschäftsjahr 1959.

Im Saarland, dessen wirtschaftliche Eingliederung in das Bundesgebiet am 3. Juli 1959 erfolgte, fand die Zählung erst ein Jahr später als im übrigen Bundesgebiet, also im Herbst 1961, statt.

Die Erhebung wurde von den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Grundlage bildeten die von den Finanzämtern mitgeteilten Anschriften und Gewerbekennziffern der Umsatzsteuerpflichtigen (natürliche und juristische Personen). Die Einzelheiten über die Bereitstellung des Adressenmaterials wurden durch einen Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 5. Mai 1960 geregelt.

¹⁾ Abdruck im Anhang S. 112.

Die auf dem Adremadruk der Finanzämter zusammen mit der Anschrift des Unternehmens gelieferte Gewerbeziffer erlaubte die Auswahl der in die Erhebung einzubeziehenden Unternehmen nach Bereichen.

Da der Handelszensus 1960 von den Anschriften der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen ausgegangen ist, sind praktisch alle Einheiten erfaßt worden, die umsatzsteuerlich als Unternehmen anzusehen waren.

Die Vollständigkeit der Erfassung der in den Handelszensus einzubeziehenden Unternehmen hing somit von der Vollständigkeit des Anschriftenmaterials und von der Richtigkeit der Gewerbeziffer ab. Bei der Aufbereitung erfolgte die Zuordnung zu den Wirtschaftszweigen jedoch nicht nach der in den Adremadruk- vermerkten Gewerbeziffer, sondern grundsätzlich auf Grund der Angaben in den ausgefüllten Fragebogen nach der »Systematik der Wirtschaftszweige«¹⁾.

Ergab sich aus den Eintragungen im Fragebogen, daß der Schwerpunkt eines Unternehmens in einem nicht vom Handelszensus erfaßten Wirtschaftsbereich — also z. B. in der Industrie — lag, so wurde das betreffende Unternehmen ausgeschieden. War dagegen z. B. ein Unternehmen mit einer Gewerbeziffer des Großhandels auf Grund der Angaben dem Einzelhandel zuzuordnen, so wurde es umgruppiert. Entsprechend wurde innerhalb der einzelnen Bereiche nach den Branchen bzw. Betriebsarten (Klassen der Systematik) verfahren. Auf diese Weise konnte zwar das verfügbare Erhebungsmaterial bereinigt werden, zu vermeiden war jedoch nicht, daß gewisse Lücken insofern auftraten, als Unternehmen, die eigentlich vom Handelszensus zu erfassen gewesen wären, nicht in die Erhebung einbezogen werden konnten, weil sie mit einer Gewerbeziffer eines Wirtschaftsbereiches gekennzeichnet waren, auf den sich die Zählung nicht erstreckte.

Der Erhebung lag ein einheitliches Frageprogramm zugrunde. Mit Rücksicht auf die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsbereiche ist jedoch bei der Gestaltung der Fragebogen und der Organisation der Erhebung einer zweckmäßigen Spezialisierung und Differenzierung weitgehend Raum gegeben worden. So wurden für alle Wirtschaftsbereiche besondere Fragebogen versandt, die zwar in den Grundfragen übereinstimmten, aber in speziellen Fragen den besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Bereichs angepaßt waren.

Wegen des Umfangs und der Schwierigkeit des Frageprogramms und der Vielzahl der Unternehmen (rd. 900 000) wurde die Erhebung in eine Grunderhebung und eine repräsentative Ergänzungserhebung gegliedert. Der Fragebogen der Grunderhebung war von allen Unternehmen zu den vom Gesetz genannten Stichtagen auszufüllen. Die repräsentative Ergänzungserhebung wurde als Stichprobenerhebung nach dem Prinzip der geschichteten Zufallsauswahl bei rund 90 000 Unternehmen durchgeführt. Ihr waren die meist schwierigen und eingehenden Fragen, die tiefer in die Struktur der Unternehmen eindringen, vorbehalten.

Um einerseits den Wünschen nach regionalen Ergebnissen Rechnung zu tragen, andererseits neben den Unternehmensstrukturen auch die Verhältnisse der Betriebsstätten, ihre Zahl und Größe untersuchen zu können, ist die Erhebung so angelegt worden, daß außer den Unternehmen auch die einzelnen räumlich getrennt liegenden Arbeitsstätten erfaßt werden konnten.

Die Fragebogen der Grunderhebung und der Ergänzungserhebung wurden in den zuständigen Ausschüssen in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden entwickelt. Drei Bundesländer nahmen für regionale Untersuchungen zusätzliche Fragen in die Erhebungspapiere auf und ließen die Fragebogen mit Hilfe der vom Statistischen Bundesamt überlassenen Druckmatern in eigener Regie drucken. Für die übrigen Länder wurden die Fragebogen zentral über das Statistische Bundesamt in Druckauftrag gegeben.

¹⁾ Näheres darüber bei Bartels-Spilker: »Die Systematik der Wirtschaftszweige«. In: »Wirtschaft und Statistik«, 1959/2, S. 55 ff.

Die Erhebungspapiere der Grunderhebung wurden den Auskunftspflichtigen im August bzw. September 1960 mit der Post zugestellt. Die zu befragenden Industrieunternehmen mit eigenen offenen Verkaufsstellen wurden mit Hilfe eines Vorfragebogens ermittelt, der im September 1960 zusammen mit den Erhebungspapieren zur monatlichen Industrieberichterstattung versandt worden war.

Bei der Aufbereitung des Handelszensus 1960 traten gegenüber der ursprünglichen Zeitplanung unerwartete Verzögerungen ein, die insbesondere auf den schleppenden Eingang der Fragebogen zurückzuführen waren. Außerdem war ein nicht unerheblicher Teil der Fragen mangelhaft beantwortet, so daß mehr Rückfragen als erwartet erforderlich waren. Dies führte nicht nur zu Verzögerungen bei der Aufbereitung, sondern auch zu erheblichen Mehrkosten, so daß bei einigen Landesämtern die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichten, das vorgesehene Auswertungsprogramm vollständig durchführen zu können. In der Gesetzesbegründung waren für Bund und Länder Kosten in Höhe von 9 Mill. DM angegeben worden. Eine spätere Überprüfung an Hand der Betriebskostenrechnungen ergab, daß die tatsächlichen Kosten insgesamt 12,6 Mill. DM betragen haben. In diesem Betrag sind auch die Kostensteigerungen enthalten, die nach der Kostenkalkulation für den Entwurf des Handelszählungsgesetzes eingetreten waren.

Die Bundesergebnisse der Grunderhebung 1960 wurden im Statistischen Bundesamt aus den von den Landesämtern übermittelten Liefertabellen zusammengestellt. Dieses damals noch allgemein übliche Verfahren war nicht sehr zweckmäßig, da von den Landesämtern Tabellen gefertigt werden mußten, die sowohl in regionaler als auch in sachlicher Hinsicht sehr tief gegliedert und deshalb für Länderzwecke z. T. überdimensioniert waren. Da dem Statistischen Bundesamt künftig an Stelle von Liefertabellen die Angaben zur weiteren Konzentration für Bundeszwecke auf Magnetband oder anderen modernen Datenträgern zur Verfügung gestellt werden sollen, werden solche Schwierigkeiten nicht mehr auftreten. Die Tabellenprogramme können dann so gestaltet werden, wie es den Verwendungszwecken bei Bund und Ländern am besten entspricht.

Die repräsentative Ergänzungserhebung wurde zentral im Statistischen Bundesamt aufbereitet. Die teilweise recht mangelhafte Beantwortung der Fragen machte jedoch eine nochmalige gründliche manuelle Überprüfung der Angaben notwendig, was die Veröffentlichung der Ergebnisse auch dieses Zählungsteiles erheblich verzögerte. Die Aufbereitung der Ergänzungserhebung wurde in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes durchgeführt. Da es sich um eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Fragebogen handelte, erfolgte die Tabellierung weitgehend mit Hilfe von Buchungsmaschinen. Dieses Aufbereitungsverfahren hat sich bewährt.

Um die Konsumenten über die wichtigsten Ergebnisse der Zählung möglichst schnell zu informieren, gab das Statistische Bundesamt vor der eigentlichen Veröffentlichungsserie für alle Bereiche Vorberichte heraus. Die endgültigen Ergebnisse wurden in den Jahren 1965/66 in 22 Heften veröffentlicht²⁾.

Umfang und Inhalt der veröffentlichten Länderergebnisse sind von Land zu Land unterschiedlich. Von den meisten Ländern wurden auch Ergebnisse nach Kreisen und Gemeinden veröffentlicht.

Verkehrszensus 1962³⁾

Aus den laufenden Verkehrsstatistiken liegt Material über die Verkehrswege und -mittel über Betriebs- und Verkehrsleistungen vor. Es fehlte aber ein umfassendes Strukturbild der Unternehmen und Betriebe (Institutionen) im

²⁾ Abdruck im Anhang S. 209. — ³⁾ Vgl. Schweda, Trüstedt, H.: »Das Programm des Verkehrszensus 1962«. In: Wirtschaft und Statistik, 1962/8, S. 452 ff. — Reeb A.: »Verkehrsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Verkehrskapazitäten. Erste Ergebnisse des Verkehrszensus 1962«. In: Wirtschaft und Statistik, 1964/11, S. 638 ff.

Bereich »Verkehr und Nachrichtenübermittlung« wie auch ein Gesamtüberblick über den Verkehr im funktionellen Sinn. Um diese Lücke zu schließen, wurde unter den Bereichserhebungen im Rahmen des Zählungswerkes 1960/62 auch ein Verkehrszensus angeordnet. Schon 1951 war — im Anschluß an die Arbeitsstättenzählung 1950 — für ein Teilgebiet, den Straßenverkehr, eine Zusatzbefragung durchgeführt worden. Aber erst der Verkehrszensus 1962 umfaßte erstmals alle Zweige der Verkehrswirtschaft einschließlich der Hilfszweige und der Nachrichtenübermittlung. Er erstreckte sich auf alle Unternehmen und Betriebe des Verkehrsgewerbes, darüber hinaus aber auch auf die Verkehrstätigkeit aller Institutionen mit Werkverkehr, zu dem die nicht unmittelbar für den Markt bestimmten Tätigkeiten rechnen, also die Personen- und Güterbeförderung mit eigenen Transportmitteln für eigene Rechnung, die für Zwecke der eigenen Unternehmen vorgenommen wird. Festgestellt wurden die Zahl, Art und Größe der Verkehr betreibenden Betriebe und Unternehmen, die Zahl der darin tätigen Personen, die Verkehrskapazitäten an Verkehrsmitteln und Umschlagsanlagen, ferner Daten aus der Aufwands- und Ertragsrechnung. Die Erhebung erstreckte sich auch auf die Spezialzweige — Spedition, Lagerei, Schiffsmaklerei, Reisebüro, Hafenverwaltungen, Autohöfe usw.

Aus den Unterlagen der Landwirtschaftszählung 1960 und der Arbeitsstättenzählung 1961 wurden Ergebnisse über den Werkverkehr mit Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds gewonnen, so daß dieser Teil der Verkehrswirtschaft beim Verkehrszensus nicht mehr berücksichtigt zu werden brauchte. Diese Zählungen lieferten auch das Adressenmaterial für den Verkehrszensus und die Auswahlgrundlage für die Stichprobenerhebungen im Bereich der Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr.

Wegen der in der Zwischenzeit eingetretenen Veränderungen — zahlreiche Unternehmen waren erloschen, andere neue entstanden — besaß das Anschriftenmaterial nicht die letzte Aktualität. Es mußte eine Erfassungslücke bei den Neugründungen in Kauf genommen werden, die aber vermutlich keinen nennenswerten Einfluß auf die Ergebnisse hatte.

Nicht befragt wurden die privaten Haushalte, da für diesen Bereich die Ergebnisse der Kraftfahrzeugbestandsstatistik als ausreichend betrachtet wurden.

Nicht in den Verkehrszensus einbezogen wurden ferner bei den Gebietskörperschaften und privaten Institutionen ohne Erwerbscharakter, die Arbeitsstätten von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei, technischem Hilfswerk und ähnlichen Institutionen, da deren Verkehrsmittel nicht wirtschaftlichen Zwecken dienen. Auf die Erfassung der Verkehrsleistungen innerhalb eines Werks oder Werkgeländes wurde verzichtet. Zu erheben waren aber Einrichtungen, die der Verbindung eines Werks mit der Außenwelt dienen, wie Gleisanschlüsse, Verladerampen, Werkhäfen.

Arbeitsstätten und Unternehmen, die gewerblichen Verkehr betreiben, wurden vollständig in den Verkehrszensus einbezogen. In Anlehnung an die Systematik der Wirtschaftszweige wurden folgende Gruppen gebildet, wobei die Zuordnung nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit vorgenommen wurde:

- Deutsche Bundesbahn
- Nichtbundeseigene Eisenbahnen
- Straßenverkehr
- Binnenschiffahrt
- Seeschiffahrt
- Häfen (Hafenverwaltungen)
- Hafenbetriebe
- Luftfahrt

- Flugplätze
- Rohrleitungen
- Deutsche Bundespost
- Spedition und Lagerei
- Schiffsmakler und andere Güterverkehrsvermittlung
- Reisevermittlung, Reiseveranstaltung
- Autohöfe

Total einbezogen wurden ferner Arbeitsstätten mit Werkverkehrstätigkeiten, die zu Mehrbetriebsunternehmen gehörten, die selten waren oder in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen ungleichmäßig vorkamen. Bei Werkverkehr betreibenden Arbeitsstätten von Einbetriebsunternehmen mit nur Lastkraftwagen oder Kraftfahrzeuganhängern zur Lastenbeförderung genügte eine Erfassung durch Stichprobe (Auswahlsatz rund 15%).

Die Tatbestände wurden im allgemeinen für Arbeitsstätten erfragt. Die ständig bemannten Schiffe und ihre Besatzung wurden bei der ortsfesten örtlichen Einheit gezählt, von der aus die Schiffe betrieben wurden.

Die Angaben aus der Aufwands- und Ertragsrechnung wurden für Unternehmen als die kleinsten selbstbilanzierenden Einheiten geliefert.

Insgesamt wurden 18 verschiedene Arten von Zählpapieren verwendet, jedoch lag der Erhebung ein in seinen Grundzügen einheitliches Frageprogramm für alle Bereiche zugrunde, das sich in folgende Abschnitte gliederte:

- a) Kennzeichnung der Arbeitsstätte
- b) Ausgeübte Wirtschaftstätigkeiten und wirtschaftlicher Schwerpunkt
- c) Ausstattung mit Verkehrsmitteln, und zwar mit
 - Straßenverkehrsmitteln
 - Binnenschiffen
 - Seeschiffen
 - Güterwagen
 - Luftfahrzeugen
- d) Ausstattung mit Umschlagsanlagen und Lagern
- e) Spezialisierung
- f) Beschäftigte
- g) Angaben aus der Aufwands- und Ertragsrechnung der Unternehmen, und zwar
 - wirtschaftlicher Umsatz nach Umsatzarten
 - ausgewählte Kostenarten
 - Investitionen nach Verwendungszwecken.

Das Adressenmaterial und die Auswahlgrundlagen für den Verkehrszensus wurden aus der Arbeitsstättenzählung 1961, der Landwirtschaftszählung 1960 und der Gartenbauerhebung 1961 gewonnen. Die Anschriften und andere für den Versand der Fragebogen wichtige Merkmale über Arbeitsstätten, die in den Verkehrszensus einzubeziehen waren, wurden auf Karteikarten festgehalten.

Aus den Eintragungen in Abschnitt B (»Kennzeichnung der Arbeitsstätte«) des Arbeitsstättenbogens konnte festgestellt werden, ob eine Zugehörigkeit zum Verkehrssektor gegeben ist. In Abschnitt G wurden Einzelheiten über Transportmittel und Verkehrseinrichtungen erfragt. Bei der Landwirtschaftszählung 1960 wurden aus Betriebsbogen A die Fragen 9a und 91 für Zwecke des Verkehrszensus ausgewertet. War bei Frage 9a ein Verkehrsbetrieb eingetragen oder waren bei Frage 91 Lastkraftwagen angegeben oder lagen in beiden Fällen Eintragungen der genannten Art vor, so wurden für den Verkehrszensus Anschriftenzettel ausgefüllt. War in Betriebsbogen B bei der Frage 8a ein Verkehrsbetrieb eingetragen, so war ebenfalls ein Anschriftenzettel für den Verkehrszensus auszufüllen.

Die Statistischen Landesämter haben in der Zeit von Ende August bis Anfang September 1962 die Zählpapiere für den Verkehrszensus auf dem Postwege den befragten Arbeitsstätten zugesandt. Als Rücksendetermin für die ausgefüllten Fragebogen war der 15. Oktober 1962 festgesetzt worden. Der Rücklauf verzögerte sich jedoch. Erst nach einer umfangreichen Mahnaktion lagen die Zählpapiere bis Anfang 1963 nahezu vollständig bei den Landesämtern vor.

In zahlreichen Fällen waren die Fragebogen mangelhaft ausgefüllt. Zur Bereinigung waren viele Rückfragen erforderlich.

Die Fragebogen für die Deutsche Bundesbahn und die Bundespost wurden von den Bundesbahndirektionen bzw. den Oberpostdirektionen in die einzelnen Dienststellen versandt, die ausgefüllten Bogen wieder eingezogen und geschlossen an die örtlich zuständigen Statistischen Landesämter geleitet. Als Erhebungseinheiten wurden bei der Bundesbahn die Dienststellen und bei der Bundespost die Ämter bzw. Amtsstellen verwendet. Dadurch konnte der Ablauf der Zählung in diesen Bereichen wesentlich vereinfacht werden.

Die Antworten in den Fragebogen wurden in den Landesämtern verschlüsselt, auf Lochbelege (Signierblätter) übertragen und abgelocht. Vor der weiteren Verarbeitung wurden die auf Lochkarten übernommenen Angaben einer maschinellen Plausibilitätskontrolle unterzogen, die nach einem bundeseinheitlichen Programm durchgeführt wurde. Die Materialprüfung bestand aus mehr als 1000 Kontrollgängen. Diese intensive Prüfung war nur mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitungsanlage möglich und hat sich gut bewährt. Vor der Tabellierung konnte eine Fülle unvollständiger Angaben geklärt und bereinigt werden.

Die Aufbereitung in den Landesämtern war zweistufig.

Die erste Stufe enthielt die Aufbereitung nach Arbeitsstätten. Das Tabellenprogramm berücksichtigte im wesentlichen Merkmale, die für regionale Untersuchungen von Interesse sind. In der zweiten Stufe wurden die Ergebnisse nach Unternehmen aufbereitet. Dabei mußten die Angaben über die Arbeitsstätten von Mehrbetriebsunternehmen zusammengefaßt werden. Wenn die Arbeitsstätten eines erfaßten Unternehmens auf mehrere Bundesländer verteilt waren, mußten die Unterlagen zwischen den beteiligten Landesämtern ausgetauscht werden. Die von den Landesämtern nach einem bundeseinheitlichen Tabellenprogramm aufbereiteten Ergebnisse wurden dem Bundesamt in Form von Maschinentabellen übermittelt. Im Bundesamt wurden die Länderergebnisse zu Bundesergebnissen zusammengefaßt.

Da in einem Land die Einbetriebsunternehmen des Werkverkehrs mit Lastkraftwagen nicht erfaßt wurden, sind die Ergebnisse des Verkehrszensus in dieser Hinsicht nicht ganz vollständig. Der Verkehrszensus 1962 wurde im Volkszählungsgesetz 1961¹⁾ angeordnet. Als Stichtag wurde der 28. September 1962 festgesetzt.

5. Wahl des Zählungstichtages

Bei der Wahl des Zählungstichtages für das Volkszählungswerk 1961 waren zwei grundsätzliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Zunächst war zu entscheiden, in welchem Jahr gezählt werden sollte; damit verknüpft war die allgemeinere Frage nach der Periodizität von Volkszählungen. Sodann war die Frage des Erhebungstichtages zu klären, wobei eine Reihe verschiedener, zum Teil divergierender, Gesichtspunkte zu beachten war. Der vorgesehene Erhebungstermin bildete schließlich die Grundlage und den Ausgangspunkt für eine detaillierte Ablaufplanung des gesamten Arbeitsprogramms von der Vorbereitung der Zählung über die Durchführung bis zur Ergebnisfeststellung; dieses Problem wird an anderer Stelle behandelt (vgl. II. 8).

¹⁾ BGBl. I S. 437; Abdruck im Anhang S. 101.

a) Periodizität

In der Bundesrepublik hat sich, beginnend mit der Zählung 1950, die Auffassung durchgesetzt, daß unter den gegenwärtigen Voraussetzungen die Durchführung von Volks- und Berufszählungen in Zehnjahresabständen anzustreben ist (vgl. I. 1. und I. 2.). Diese Auffassung wurde anlässlich der Beratungen des Volkszählungsgesetzes 1961 bestätigt. Vom Ausschuß für Inneres des Deutschen Bundestages »wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Bundesregierung in Zukunft diese Zählung in einem zehnjährigen Turnus durchführen wird«²⁾. Die Zehnjahres-Periodizität entspricht auch den internationalen Empfehlungen³⁾ und der in zahlreichen Ländern geübten Praxis. Zur Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit von Zensus-Ergebnissen empfiehlt das Statistische Amt der Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten, die Zählungen möglichst etwa zur gleichen Zeit, und zwar in den auf »0« endenden oder benachbarten Jahren, durchzuführen.

Für den Zehnjahresturnus sprechen also gleichermaßen der unabweisbare nationale Bedarf an neuen bevölkerungs- und wirtschaftsstatistischen Eckdaten als auch die internationalen Empfehlungen. Der zehnjährige Abstand ist unter den heutigen Gegebenheiten als ausreichend anzusehen, sollte jedoch nicht überschritten werden.

In einigen Ländern — z. B. den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz — werden Volkszählungen nicht nur in ganz regelmäßigen Abständen, sondern auch immer mit dem gleichen Stichtag durchgeführt. Volkszählungen sind in diesen Ländern auch formal-rechtlich zu Dauereinrichtungen geworden, wobei trotz des strikten Zeitrahmens und des im Prinzip wiederkehrenden Grundprogramms eine elastische Berücksichtigung aktueller Bedürfnisse im Frageprogramm gesichert ist. Der Vorteil dieser Regelung besteht vor allem darin, daß die Statistischen Ämter auf ganz sicherer Grundlage diese großen und kostspieligen Zählungen vorbereiten und dabei langfristig disponieren können. Da Volkszählungen nicht nur für sich allein, sondern im Gesamtzusammenhang der um sie gruppierten Bereichszählungen und laufenden Statistiken gesehen werden müssen, ergibt sich aus einer dauerhaften Regelung der Volkszählung auch eine weitgehende Konsolidierung eines großen und wesentlichen Teils des übrigen statistischen Arbeitsprogramms. Aus diesem Grunde wurde schon wiederholt eine Dauerregelung für die Volkszählung diskutiert und die Möglichkeit der gesetzlichen Fundierung erwogen (vgl. auch II. 3).

b) Zählungstichtag

Als Erhebungstichtag für die Volks- und Berufszählung 1961 wurde der 6. Juni festgesetzt. Maßgeblich für die Erfassung oder Nichterfassung waren die Verhältnisse um 0 Uhr, also zur Mitternacht vom 5. auf den 6. Juni. Diese genaue zeitliche Festlegung war notwendig, um Zweifel über die Behandlung von Grenzfällen auszuschließen. Dazu zählten die Ereignisse, die um den Zählungstichtag herum eingetreten waren, wie Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge, Firmenneugründungen und -löschungen usw.

Bei der Wahl des Zählungstichtages ist eine Reihe von Umständen zu beachten, die Rückwirkungen auf den Ablauf und Erfolg der Zählung haben können.

Der Zählungstichtag soll so gelegt werden, daß nach Möglichkeit ein Zusammentreffen oder Überschneiden der Zählung mit anderen, nicht verschiebbaren größeren Arbeiten bei den Statistischen Ämtern und den an der Zählung maßgeblich mitwirkenden kommunalen Dienststellen vermieden wird. So ist im Rahmen der langfristigen Arbeits- und Zeitplanung darauf zu achten, daß das Zählungsjahr von anderen größeren einmaligen statistischen Arbeitsvorhaben möglichst freigehalten wird. Ferner soll die Volkszählung zeitlich nicht mit den Bundestags-, Landtags- oder Kommu-

²⁾ Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 2487. — ³⁾ Vgl. United Nations, Handbook of Population Census Methods, Vol. 1 — General Aspects of a Population Census, ST/STAT/SER. F/5 Rev. 1, S. 8, New York 1958.

nalwahlen kollidieren, da sonst die vor allem in den Gemeinden, aber auch in den Städtestatistischen Ämtern und Statistischen Landesämtern entstehenden Belastungsspitzen sich nachteilig auf die Qualität der Ergebnisse auswirken können und zu Verzögerungen der Aufbereitung und damit der Ergebnisfeststellung führen. Die Bundestagswahlen finden jeweils im letzten Vierteljahr einer Wahlperiode statt (Art. 39 Abs. 1 GG). Die Abstimmung des Volkszählungstermins auf den Bundestagswahltermin bringt keine besonderen Schwierigkeiten mit sich, da die beiden Ereignisse nur selten in ein und dasselbe Jahr fallen (wie etwa 1961) und schon lange vorher Klarheit über den Termin der nächsten Bundestagswahlen besteht. Etwas problematischer ist die Berücksichtigung der Termine für die Landtags- und Kommunalwahlen, die zwar auch in einer landesrechtlich festgelegten Periodizität stattfinden, aber sich auf verschiedene Jahre verteilen und auch jahreszeitlich unterschiedlich liegen. Aber auch hier kann ein Zusammenfallen von Zählungs- und Wahlterminen vermieden werden, indem einmal bei der Festsetzung des Zählungstichtages die voraussichtlichen Wahltermine berücksichtigt werden, zum anderen von dem Land oder den Ländern, bei denen eine Überschneidung möglich wäre, die Wahltermine unter Berücksichtigung des Zählungstichtages angesetzt werden; da für die Festlegung der Wahltage ein bestimmter Spielraum gegeben ist, entstehen auch hier keine unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Aus erhebungstechnischen Gründen sollte der Zählungstichtag nicht in eine Zeit gelegt werden, in der die vollständige Erfassung der Bevölkerung oder bestimmter Bevölkerungsgruppen an ihrem ständigen Wohnort mit erhöhten Schwierigkeiten verbunden ist. Deshalb sollte nicht in der Haupturlaubs- und Reisezeit gezählt werden. Hierunter fallen vor allem die Monate Juni bis August und weitgehend auch noch der September, wenngleich in neuerer Zeit eine klare Tendenz zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Urlaubszeit auf das ganze Jahr erkennbar wurde. Auch die Zeit der Schul- und Semesterferien ist für die Durchführung

einer Volkszählung ungünstig. Von Familien mit schulpflichtigen Kindern wird häufig der Urlaub in die Ferienzeit der Kinder gelegt; die meisten Studenten sind in den Semesterferien nicht am Hochschulort, wo sie ja erfaßt werden sollen. In diesem Zusammenhang ist ferner darauf hinzuweisen, daß die ohnedies schon schwierige Zählergewinnung in der Haupturlaubs- und Reisezeit zu einem fast unlösbaren Problem würde (vgl. auch III. 3).

Die früher für die Durchführung reiner Volkszählungen — d. h. ohne die jetzt damit gekoppelten Erhebungen — bevorzugten Wintermonate eignen sich wegen des aus saisonalen Gründen vom Jahresdurchschnitt stark abweichenden Beschäftigungsstandes nicht gut für die berufsstatistischen Feststellungen.

Die aufgezählten Gesichtspunkte wurden auch bei der Auswahl des letzten Volkszählungstichtages beachtet. Nachdem die Haupturlaubs- und Reisemonate Juni bis September, die Zeit der Semesterferien März und April sowie August bis Oktober (hier liegt also teilweise ein Zusammentreffen mit der Hauptreisezeit vor) und die für die Berufszählung ungünstigen Wintermonate ausgeschieden waren, bot sich also schon nach diesem groben Sondieren der Monat Mai als relativ günstigster Monat für die Zählung an. Als Stichtag wurde ursprünglich der 19. Mai 1960 vorgesehen. Als die Unhaltbarkeit dieses Termins offenkundig wurde, entschloß man sich zu einer Verschiebung auf den 9. Mai 1961. Aber auch für diesen Termin kam das Volkszählungsgesetz zu spät; als endgültiger Stichtag wurde schließlich der 6. Juni 1961 bestimmt. Zwar hatte die Reisezeit schon begonnen, doch ergab sich daraus keine entscheidende Beeinträchtigung für die Durchführung der Zählung. Im Hinblick auf die bevorstehenden Haupturlaubsmonate und die im Herbst 1961 fälligen Bundestagswahlen war das der letzte für 1961 noch mögliche Zählungstermin. Eine nochmalige Verschiebung um ein ganzes Jahr wäre wegen der damit verbundenen Mehrkosten infolge nutzlos geleisteter Vorarbeiten kaum zu rechtfertigen gewesen.

II. Vorbereitung

Zu der im folgenden dargestellten Vorbereitungsphase werden die Beratungen und sonstigen Maßnahmen gerechnet, die konkret auf die Schaffung der für die spätere Durchführung des Volkszählungswerkes 1961 notwendigen Voraussetzungen gerichtet waren. Die Abgrenzung zu den vorausgehenden und nachfolgenden Arbeitsabschnitten konnte nicht nach streng logischen Gesichtspunkten erfolgen, da die Übergänge fließend sind. Bei weitherziger Auslegung können unter der Vorbereitung auch alle im vorhergehenden Abschnitt dargestellten Maßnahmen, die zur Schaffung eines allgemeinen Zählungskonzeptes notwendig waren, verstanden werden; ferner könnten die der Durchführung des Zählgeschäfts vorangehenden Maßnahmen (Aufbau der Zählungsorganisation in den Gemeinden, Zählergewinnung, Druck der Erhebungspapiere usw.), die im folgenden Abschnitt dargestellt werden, hierher gerechnet werden. Die getroffene Abgrenzung ist vor allem vom Arbeitsablauf her, als gliederungsmäßige Zusammenfassung der auf Grund der organisatorischen Verknüpfung zusammengehörenden Arbeitsphasen, zu betrachten.

Als mit den Vorbereitungen zum Volkszählungswerk 1950 begonnen werden mußte, war der amtliche statistische Dienst in der Bundesrepublik noch im Aufbau begriffen. Bei der Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961 waren organisatorischer Aufbau und rechtliche Fundierung der amtlichen Statistik abgeschlossen; die Aufgabenverteilung war geregelt. Das Statistische Bundesamt in seiner Funktion als zentrales koordinierendes Organ war für die gesamte technische und methodische Vorbereitung des Zählungswerkes verantwortlich und hatte auf die Einheitlichkeit der Vorbereitung und Durchführung sowie die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse hinzuwirken.

Bei der Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961 war zu beachten, daß die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine außerordentlich starke Entwicklung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen mit sich gebracht hatte. Hand in Hand damit war der Bedarf an international vergleichbaren statistischen Daten gewachsen. Während auf weltweiter Ebene nur verhältnismäßig bescheidene Anforderungen gestellt wurden, verstärkten und konkretisierten sich die Wünsche für den europäischen Raum beträchtlich. Um eine Koordinierung der Zählungsprogramme im gewünschten Umfang zu erzielen, mußte von den Teilnehmerstaaten noch vor der Zusammenstellung der nationalen Zählungs- und Tabellenprogramme eine Einigung über das gemeinsam durchzuführende Mindestprogramm erzielt werden. Das Statistische Bundesamt nahm an den Beratungen der internationalen Gremien teil und wirkte an der Ausarbeitung der Empfehlungen zum gemeinsamen europäischen Zählungsprogramm mit. So wurde vom Statistischen Beirat schon im Dezember 1954 ein »Arbeitskreis zur Vorbereitung der Volkszählung 1960« einberufen, dessen Hauptaufgabe zunächst die Erörterung jener Fragen war, die von deutscher Seite als Beitrag zum europäischen Programm an die Konferenz Europäischer Statistiker herangetragen werden sollten.

1. Internationale Empfehlungen

Internationale Organisationen konnten auf die Gestaltung der nationalen Zählungsprogramme keinen unmittelbaren Einfluß ausüben. Sie konnten lediglich in Form von Empfehlungen darauf hinwirken, die einzelnen Teilnehmerstaaten zu einem gewissen Maß einheitlichen Vorgehens zu veranlassen. Dazu gehörten die Aufnahme bestimmter Fragen in das Frageprogramm, die Verwendung einheitlicher Systematiken (die gewöhnlich den Sonderaufbereitungen für in-

ternationale Zwecke zugrunde gelegt wurden), die Zusammenstellung ausgewählter Ergebnisse nach einheitlichen Richtlinien u. dgl. Das nationale Programm wurde durch die Berücksichtigung dieser Wünsche nicht gestört, jedoch mußten zusätzliche Arbeiten in Kauf genommen werden.

Das Statistische Amt der Vereinten Nationen arbeitete, um einen Rahmen für ein in allen Ländern durchführbares »Weltprogramm« zu geben, verhältnismäßig leicht erfüllbare Empfehlungen aus¹⁾. Diese beschränkten sich im wesentlichen darauf,

den Zählungstermin in das Jahr 1960 oder ein benachbartes Jahr zu legen;

eine zusammengestellte Auswahl von Fragen, die auf Grund jahrzehntelanger Zensuserfahrungen von größtem Wert sowohl für nationale als auch für internationale Belange sind, in das Erhebungsprogramm aufzunehmen;

einheitliche Definitionen und Gliederungen anzuwenden;

die Ergebnisse nach einem entwickelten Muster eines »Tabellenprogramms erster Priorität« zu tabellieren und darüber hinaus nach Möglichkeit auch einheitliche »Tabellierungen zweiter Priorität« vorzunehmen, die speziellen Zwecken dienen oder eine aufwendigere Aufbereitung erfordern.

Das Amt gab auch allgemein gefaßte Richtlinien für die von vielen Ländern in enger Verbindung mit den Volkszählungen geplanten Wohnungszählungen heraus²⁾.

Zur Vorbereitung der im Rahmen des Weltzensus für 1960 stattfindenden europäischen Zählungen setzte die Konferenz Europäischer Statistiker³⁾ eine eigene Arbeitsgruppe ein. Diese Expertengruppe arbeitete in vier Sitzungen (August 1955, November 1956, Dezember 1957 und November 1958) ein europäisches Programm für die Volks- und Berufszählung aus, das weit über die Empfehlungen der Vereinten Nationen hinausging und den europäischen Verhältnissen und Erfordernissen Rechnung tragen sollte. Die aus dem Weltprogramm abgeleiteten europäischen Empfehlungen sind als Dokumente der Konferenz veröffentlicht worden⁴⁾. Darin sind neben konventionellen Programmpunkten einige Verbesserungen und Neuerungen enthalten, die auch bei künftigen Volks- und Wohnungszählungen wieder Beachtung finden dürften.

Um tieferen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung zu erhalten, strebte man erweiterte Kombinationsmöglichkeiten der herkömmlichen Gliederungen (nach der Stellung zum Erwerbsleben, nach Wirtschaftszweigen, nach dem Beruf und der Stellung im Beruf) der Bevölkerung an, womit ein verfeinertes Konzept, die genauere Erfassung der sozialen Schichten nach der »sozioökonomischen« Gliederung, erprobt werden sollte.

Die Konferenz befaßte sich — nicht zuletzt auf deutsche Anregung und gestützt auf deutsche Beiträge — eingehend mit der international noch nicht geregelten Definition und statistischen Erfassung der Haushalte und Familien. Die auf

¹⁾ Vgl. United Nations, Principles and Recommendations for National Population Censuses, ST/STAT/SER. M/27, New York 1958. Inzwischen sind auch die »Principles and Recommendations for the 1970 Population Censuses«, ST/STAT/SER. M/44, New York 1967, erschienen. — ²⁾ General Principles for a Housing Census, ST/STAT/SER. M/28, New York 1958. — ³⁾ Vgl. hierzu auch: Statistisches Bundesamt: »Die Statistik in den internationalen Organisationen«, Heft 3; »Die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker 1953—1959«, Stuttgart und Mainz 1960. — ⁴⁾ Conf. Eur. Stat./WG. 6/81 mit Rev. (vom 17. April und 23. Juli 1959) betr. Volkszählungen und Conf. Eur. Stat. WG. 6/82 mit Rev. 1 (vom 24. April und 23. Juli 1959) betr. Wohnungszählungen.

dem deutschen Konzept beruhende Klassifikation nach Haushaltstypen, die eine eingehendere Analyse der Zusammensetzung der Haushalte ermöglichte, ist im wesentlichen auch in das Weltprogramm übernommen worden. Die Notwendigkeit scharfer Unterscheidung zwischen Haushalten und Familien wurde anerkannt und berücksichtigt. Neben der Haushalts- und Familienstatistik wurde auch die »Fruchtbarkeitsstatistik« (Ermittlung der von Ehefrauen in der Ehe geborenen Kinder) in das europäische Programm aufgenommen, doch aus dem deutschen Programm — als unzulässiges Eindringen in die Intimsphäre der Familien — wieder gestrichen.

Auf Veranlassung der Konferenz Europäischer Statistiker hatte sich die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit der Frage beschäftigt, wie man den Bestand und den zukünftigen Bedarf an hochqualifizierten Berufstätigen statistisch ermitteln oder schätzen kann. In das Weltprogramm und das europäische Programm wurden Empfehlungen aufgenommen, spezielle Fragen nach dem höchsten erreichten Ausbildungsstand, nach der Art der absolvierten Ausbildungsstätte, nach den erworbenen akademischen Graden und Diplomen und evtl. der Ausbildungszeit zu stellen, um über Akademiker und andere hochqualifizierte Kräfte und darüber hinaus über den Bildungsstand der ganzen Bevölkerung Auskunft zu erhalten. In der Bundesrepublik beschränkte man sich auf die Ermittlung der Ausbildung an Berufsfach-, Fach- und Hochschulen.

Vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen wurde das alte Problem der Abgrenzung zwischen Stadt und Land wieder aufgegriffen. Nach den europäischen Empfehlungen¹⁾ sollte die geographische Verteilung der Bevölkerung durch Auszählen siedlungsgeographischer und sozioökonomischer Einheiten (»localities«, die etwa den deutschen »Wohnplätzen« entsprechen) festgestellt werden. Die Einwohnerzahl als Indikator der Siedlungsweise wird mit der Zahl der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft als Indikator der Wirtschaftsweise kombiniert. Zur Aufbereitung der Volks- und Berufszählung für internationale Zwecke wurden Standard-Klassifikationen nach Berufen und nach Wirtschaftszweigen ausgearbeitet (Internationale Berufssystematik — ISCO — und Internationale Standard-Klassifikation aller wirtschaftlichen Tätigkeiten — ISIC (vgl. auch II. 5)).

Die Konferenz Europäischer Statistiker gab, nachdem die Erfahrungsberichte der Mitgliedsstaaten zur Volkszählung um 1960 vorlagen, eine zusammenfassende Studie heraus²⁾. Darin wird noch einmal das Europäische Programm dargestellt. Darüber hinaus wird eine revidierte Zusammenfassung und Analyse der verfügbaren Informationen über die nationalen Praktiken, die bei der Zählung um 1960 angewandt wurden, gegeben. Die Studie enthält auch eine Darstellung darüber, inwieweit die internationalen Empfehlungen von den europäischen Staaten beachtet wurden, ferner wird der Grad der Vergleichbarkeit der nationalen Zählungsergebnisse untersucht.

Die unmittelbare Einflußnahme sonstiger überregionaler Organisationen auf die Gestaltung der Zählungsprogramme war nicht von praktischer Bedeutung. Da eine ständige Zusammenarbeit zwischen der Konferenz Europäischer Statistiker und den überregionalen Institutionen — ECE, FAO, ILO, WHO usw. — besteht, ferner die Leiter der nationalen statistischen Zentralämter zugleich in überregionalen statistischen Gremien — z. B. der Montanunion, der EWG usw. — und in der Konferenz Europäischer Statistiker vertreten sind, waren die Voraussetzungen für zureichende Verständigung gegeben.

Das Ziel übernationaler und internationaler Koordinierung wurde bei der Volkszählung 1961 in weit höherem Maße als jemals zuvor erreicht. Bei künftigen Zählungen muß damit gerechnet werden, daß die Anforderungen der

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) für die angeschlossenen Länder an Bedeutung gewinnen werden. Wegen der bestehenden vertraglichen Bindungen wird hier eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten notwendig sein.

2. Zusammenarbeit der an der Vorbereitung mitwirkenden Stellen und Gremien³⁾

Für die Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben bei der Vorbereitung des Zählungswerkes galten die allgemeinen rechtlichen und organisatorischen Prinzipien, die im Grundgesetz und im »Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)⁴⁾ festgelegt sind. Das Statistische Bundesamt trug insbesondere die Verantwortung für die technische und methodische Vorbereitung, die einheitliche Durchführung der Zählungen und die Erzielung vergleichbarer Ergebnisse. In der Begründung zu § 2 Ziff. 1 StatGes werden die Ausarbeitung der Fragebogen und sonstigen Erhebungspapiere, des Erhebungsverfahrens, des Tabellenprogramms, des Verlaufs der Aufbereitung und des Veröffentlichungsprogramms ausdrücklich als Aufgaben des Statistischen Bundesamtes zur Vorbereitung von Bundesstatistiken aufgezählt. Daraus ergaben sich die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes auch für die Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961. Das Amt hatte alle Unterlagen für die zahlreichen Verhandlungen und Gespräche auszuarbeiten. Dazu gehörten z. B. der Entwurf des Zählungsgesetzes nebst Begründung, Kostenberechnungen, Aufstellen von Zeit- und Ablaufplänen, Überarbeiten der Systematiken, Vorbereiten der Probebefragungen, Ausarbeiten der Fragebogen und der anderen Erhebungspapiere, der Tabellen- und Veröffentlichungsprogramme sowie der Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren. Ferner kann in diesem Zusammenhang die Organisation und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene genannt werden. Auch noch in den späteren Stadien der Durchführung (Erhebungsphase) und Aufbereitung der Zählungen, wofür die Statistischen Landesämter und teilweise die Gemeinden zuständig waren, hatte das Statistische Bundesamt bei auftretenden Unklarheiten oder Schwierigkeiten darauf hinzuwirken, daß eine einheitliche Behandlung aller Probleme gewährleistet war.

Sowohl die fachliche als auch die organisatorische und technische Vorbereitung und Durchführung der Zählung waren zu überwachen. Dem Statistischen Bundesamt als Koordinierungsstelle oblag es also, alle erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten, einzuleiten und bis zu ihrem Abschluß zu betreuen. Während hierbei zunächst die amtsinternen Arbeiten überwogen, gewann später immer mehr die koordinierende Funktion an Bedeutung. An der Vorbereitung und Durchführung war eine Vielzahl von Stellen beteiligt, die Auftraggeber (Ministerien) ebenso wie die verschiedenen Benutzerkreise, schließlich die Statistischen Ämter als die mit der praktischen Abwicklung befaßten amtlichen Organe. Das Statistische Bundesamt hatte für den Kontakt zu und zwischen allen beteiligten Stellen zu sorgen, sie fachlich zu beraten, die einzelnen Programmwünsche auf ihr Allgemeininteresse und auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen, die Ergebnisse der zahlreichen Verhandlungen für die weiteren Diskussionen zusammenzufassen.

Wichtigstes Bindeglied zwischen dem Statistischen Bundesamt und den übrigen beteiligten Stellen und Gremien war der Statistische Beirat mit seinen Einrichtungen — den Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Referentenbesprechungen sowie den Amtsleiterkonferenzen beim Statistischen Bundesamt. Der Statistische Beirat trat 1953 die Nachfolge des 1948 eingesetzten und mit etwa gleichen Funktionen ausgestatteten Statistischen Ausschusses des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an. In ihm sind Auftraggeber, Benutzer, Befragte und durchführende Organe der amtlichen Statistik vertreten: die Ministerien, einige Bundesbehörden, die Statisti-

¹⁾ Conf. Eur. Stat./WG. 6/83. — ²⁾ United Nations, European Population Censuses: The 1960 Series. International Recommendations and National Practices, New York 1964.

³⁾ Eine allgemeine Darstellung der Organisation und Aufgabenverteilung in der amtlichen Statistik findet sich in: »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«. — Zuletzt herausgegeben mit Stand Mitte 1966, Stuttgart und Mainz 1966, S. 15 ff. — ⁴⁾ BGBl. I/1953, S. 1314.

schen Landesämter, die Kommunalen Spitzenverbände, ferner die gewerbliche Wirtschaft, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, die Landwirtschaft, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Die grundlegenden Fragen der Zählungen wurden auf den Beiratstagungen, den Amtsleiterkonferenzen, den Fachausschußsitzungen und den Arbeits-

kreisen beraten. In den Referentenbesprechungen wurden grundsätzlich nur Fragen des praktischen Arbeitsablaufs und der technischen Aufbereitung behandelt. Die folgende Übersicht zeigt, in welchem Umfang der Statistische Beirat und seine Einrichtungen sich mit Fragen des Volkszählungswerkes 1961 befaßten:

Tagungen des Statistischen Beirats, seiner Fachausschüsse und Arbeitskreise sowie Referentenbesprechungen, auf denen Fragen des Volkszählungswerkes 1961 behandelt wurden

Bezeichnung	Tagungen							
	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Statistischer Beirat	1	1	1	1	1	1	1	1
Amtsleiterkonferenz	—	2	1	1	2	—	—	—
Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung	2	3	2	6	3	4	3	3
Fachausschuß »Bevölkerungsstatistik«	2	2	1	1	1	1	1	—
Besprechungen der Referenten für die Volks- und Berufszählung 1961	—	3	3	7	6	5	—	—
Arbeitskreis »Volks- und Berufszählung 1961 — Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder«	—	—	—	—	—	4	—	—
Fachausschuß »Flüchtlingsstatistik«	—	1	—	1	—	—	—	—
Arbeitskreis »Arbeitsstättenzählung 1961«	1	2	—	1	1	—	—	—
Referentenbesprechungen »Arbeitsstättenzählung 1961« ..	—	—	—	2	2	1	—	—
Fachausschuß »Wohnungs- und Baustatistik«	—	2	1	1	2	1	1	—
Arbeitskreis »Gebäudezählung 1961«	—	1	—	—	—	—	—	—
Referentenbesprechungen »Gebäudezählung 1961«	—	—	1	2	3	1	—	—
Fachausschuß »Handels- und Verkehrsstatistik«	—	1	—	2	1	1	1	—
Arbeitskreis »Verkehrszensus 1962«	—	—	—	—	1	2	—	—
Referentenbesprechungen »Verkehrszensus 1962«	—	—	—	—	—	4	5	3
Arbeitskreis »Einheitliche Zuordnung der Unternehmen und Betriebe«	—	—	—	—	1	1	—	—
Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	—	1	—	—

Außerdem behandelten die Statistischen Landesämter — erstmals in Bremen im Jahre 1956 — das Volkszählungswerk 1961 unter besonderer Berücksichtigung der Länderinteressen und -wünsche auf den »Tagungen der Leiter der Statistischen Landesämter«, an denen das Statistische Bundesamt und der Deutsche Städtetag als Gäste teilnahmen. Es wurden Aussprachen über grundlegende Fragen des Inhalts und der Methoden geführt.

Neben den Statistischen Landesämtern nehmen vor allem die Kommunalverbände regen Anteil an den Zählerfragen¹⁾. Da bei ihnen die Hauptlast der technischen Durchführung der Zählungen lag, waren sie vor allem an den die Gemeinden betreffenden organisatorischen Problemen interessiert. Die Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961 wurde im Statistischen Ausschuß des Verbandes Deutscher Städtestatistiker behandelt. Der Vorstand setzte schon im November 1956 einen Ausschuß »Organisation und Technik der Großzählungen 1960« ein. Eine besondere Arbeitsgruppe diskutierte die Zählerfragen. Vor allem von den Großstädten wurde eindringlich eine straffere gesetzliche Regelung der Zählergewinnung gefordert, die dann auch bei der Formulierung des Volkszählungsgesetzes 1961 (§ 7, Ziff. 2) berücksichtigt und durch landesrechtliche Bestimmungen²⁾ wirkungsvoll unterstützt wurde.

Die Vertreter der Städte setzten sich bei den Verhandlungen nachdrücklich für eine Kürzung des Frageprogramms ein, weil nach ihren Erfahrungen ein zu umfangreicher Fragenkatalog das Zählgeschäft erheblich erschwerte und die Qualität der Antworten entscheidend mindert. Demgegenüber wurden vor allem von den Großstädten zusätzliche Wünsche an das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm geäußert, die sich überwiegend auf die Gewinnung zuverlässiger Unterlagen für städtebauliche und verkehrsplanerische Zwecke bezogen; besondere Bedeutung hatten dabei Ermittlungen über die Pendelwanderung einschließlich der innerstädtischen. Auch für die Haushalts- und Familien-

statistik wurden Sondertabellierungen mit hinreichend repräsentativen Ergebnissen für Großstädte vorgesehen.

Schließlich ist zu vermerken, daß zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Bundesministerien sowie den verschiedenen Interessenten zahlreiche Einzelgespräche geführt wurden, mit denen ein sehr umfangreicher Schriftwechsel verbunden war.

3. Zählungsgesetz

Wegen des inneren Zusammenhangs zwischen den einzelnen Teilen des Zählungswerkes 1960/62 und zur Vereinfachung der Gesetzgebungsprozedur wurde ursprünglich angestrebt, mit einem einzigen Gesetz alle Zählungsvorhaben zu regeln. Damit wäre zugleich den Organen der amtlichen Statistik die Grundlage für genaue Dispositionen auf längere Sicht gegeben worden, freilich unter der Voraussetzung rechtzeitiger Verkündung des Gesetzes. Aus zeitlichen Gründen wurde es dann aber notwendig, für die Landwirtschaftszählung 1960 und die Handels- und Gaststättenzählung 1960 eigene Gesetze zu schaffen. Im »Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)« vom 13. April 1961³⁾ wurden eine Volks- und Berufszählung, Feststellungen über die bewohnten Gebäude, eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten (allgemeine Arbeitsstättenzählung) sowie ein Verkehrszensus angeordnet. Als Ergänzung zur Landwirtschaftszählung 1960 waren die bewirtschafteten Bodenflächen und die Art der Nutzung bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha einschließlich der Kleingärten zu erfassen. Die Frage nach Vorhandensein und Art von Binnenfischereibetrieben diente der Beschaffung von Adressenmaterial für die im »Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)« vom 13. April 1960⁴⁾ angeordnete und im Juni 1962 durchgeführte Binnenfischereierhebung.

¹⁾ Vgl. Katsch, K. H.: »Mitwirkung der Städte bei der Zählungsplanung«. In: Städte und Volkszählung, a. a. O., S. 1 ff. — ²⁾ Vgl. Anhang S. 115 ff.

³⁾ BGBl. I S. 437. — ⁴⁾ BGBl. I S. 217.

Gliederung und Besonderheiten des Gesetzes

In der Bundesrepublik Deutschland werden nach der gegenwärtigen Regelung Volkszählungen jeweils durch ein Einzelgesetz angeordnet. Bei der Abfassung des Volkszählungsgesetzes 1961 konnte berücksichtigt werden, daß seit der Zählung von 1950 die amtliche Statistik mit dem »Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)« vom 3. September 1953¹⁾, ergänzt durch Änderungsgesetze vom 8. August 1955²⁾ und 15. Juli 1957³⁾, eine allgemeine Grundlage für ihre Arbeit erhalten hatte. Darin sind die wichtigsten mit der Statistik für Bundeszwecke zusammenhängenden Fragen, wie die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes, die Auskunft- und Geheimhaltungspflicht sowie die anwendbaren Strafen und Geldbußen geregelt. Entsprechende Bestimmungen brauchten deshalb nicht in das Volkszählungsgesetz 1961 aufgenommen zu werden.

Das Volkszählungsgesetz 1961 enthält in groben Zügen folgende Bestimmungen: In § 1 werden die einzelnen Zählungsteile angeordnet und als Zählungstichtag für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung der 6. Juni 1961 und für den Verkehrszensus der 30. September 1962 festgesetzt. Die Genehmigung von Probe- und Kontrollbefragungen sowie einer Gebäudevorerhebung enthält § 2. In den §§ 3 bis 5 sind die Erhebungstatbestände festgelegt. Während 1950 noch jeder Erhebungstatbestand einzeln genannt werden mußte, wozu zwei Anlagen zum Gesetz benötigt wurden, konnten dieses Mal die Tatbestände in Gruppen zusammengefaßt und in das Gesetz selbst aufgenommen werden. Diese Verbesserung war möglich, weil nach der Begründung zu § 7 Abs. 1 StatGes bei der Anordnung einer statistischen Erhebung »nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der große Rahmen umschrieben werden soll«. § 6 nennt die Auskunftspflichtigen. In den §§ 7 und 8 sind die Zuständigkeit der Landesregierungen für die Einrichtung der örtlichen Erhebungsstellen, die Bestimmungen für die Übernahme des Zähleramtes und die Verpflichtung der Behörden zur Zählergestellung enthalten. In § 9 wird, entsprechend § 12 StatGes, nochmals die Verpflichtung aller an der Volkszählung Beteiligten zur Geheimhaltung festgelegt. Die Weiterleitung anonymisierter Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke sowie eine zusätzliche Nutzbarmachung einiger Angaben der Gebäude- und Haushaltslisten für die Berichtigung von Unterlagen der Gemeinden wurden erlaubt. Der § 10 befaßt sich mit dem Kostenausgleich zwischen Bund und Ländern. Die Behandlung auch des Verkehrszensus im Volkszählungsgesetz schien gerechtfertigt, weil der Verkehrszensus auf Unterlagen aus Ergebnissen der mit der Volkszählung verbundenen Arbeitsstättenzählung aufbauen sollte.

Bei der Schaffung des neuen Zählungsgesetzes wurden Erfahrungen aus der Volkszählung 1950 berücksichtigt. Da es damals recht schwierig war, die erforderliche Anzahl von Zählern zu gewinnen, sind in das Zählungsgesetz 1961 zusätzliche Bestimmungen für die Übernahme des Zähleramtes aufgenommen worden. Danach war jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit verpflichtet, sofern nicht ein wichtiger Grund entgegenstand. Jugendliche mit vollendetem 16. Lebensjahr konnten mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden (§ 7 Ziff. 2). Bund, Länder, Gemeinden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts mußten ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung stellen, es sei denn, daß dadurch eine lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste unterbrochen worden wäre (§ 8).

Um die Geheimhaltungsbestimmungen, deren grundsätzliche Gültigkeit nicht berührt werden durfte, nicht zu einem Hemmnis für wichtige Auswertungen des unter hohem Aufwand gewonnenen Zahlenmaterials werden zu lassen, wurde ausdrücklich die Weiterleitung von anonymisierten Einzelangaben — d. h. ohne Namens- und Anschriftennennung — aus den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung für wissenschaftliche Zwecke zugelassen (§ 9 Ziff. 2).

Die beim Verkehrszensus gewonnenen Angaben wurden von der Weiterleitung ausgeschlossen, da sie einen weitgehenden Einblick in die Betriebsstruktur gewährt hätten. Ferner wurde eine Bestimmung aufgenommen, die einen Vergleich der Gebäude- und Haushaltslisten mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden und die Benutzung der Angaben über Namen, Geburtsdatum und Anschrift zur Berichtigung der Melderegister erlaubte (§ 9 Ziff. 3). Damit wurde die wechselseitige Überprüfung der Ermittlungen der Zähler und der Einwohnerverzeichnisse ermöglicht; die Geheimhaltung der sachlichen Angaben blieb gewahrt. Durch diese Regelung sollte eine allzu enge Auslegung der Geheimhaltungsbestimmungen für die genannten speziellen Anwendungsfälle ausgeschlossen werden.

Da in der Bundesrepublik als einem föderativen Bundesstaat grundsätzlich die Bundesgesetze von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt werden (Art. 83 GG), war auch die Durchführung der Volkszählung Sache der Länder. Beim Statistischen Bundesamt lagen die im Interesse der notwendigen Einheitlichkeit wahrzunehmenden koordinierenden Funktionen bei Vorbereitung und Durchführung der Zählung (§ 2 Ziff. 1 und 6 StatGes).

Umfangreiche Diskussionen gab es um verfassungsrechtliche Aspekte der Kostenregelung. Die Durchführung von Bundesgesetzen als eigene Angelegenheit durch die Länder impliziert, daß auch die Finanzverantwortung bei den Ländern liegt (Art. 106 Abs. 4 Nr. 1 GG; § 8 StatGes). Beim Zählungswerk 1960/62 wären bei dieser Regelung außergewöhnlich hohe finanzielle Mehrbelastungen der Länder entstanden, weshalb man einen Kostenausgleich zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 106 Abs. 5 Satz 2 GG für gerechtfertigt hielt (vgl. auch II. 4).

Beteiligte Stellen und zeitlicher Werdegang

Federführend beim Entwurf der Gesetzesvorlage war das Bundesministerium des Innern. Das für die technische und methodische Vorbereitung verantwortliche Statistische Bundesamt legte im Frühjahr 1958 als Diskussionsgrundlage einen ersten Rohentwurf des Zählungsgesetzes vor. In der Folgezeit wurden vom Statistischen Bundesamt zunächst vor allem mit den Ressorts und den Statistischen Landesämtern zahlreiche Gespräche und Beratungen geführt, in die dann auch andere Gremien — der Statistische Beirat, der Deutsche Städtetag, Fachverbände der Wirtschaft usw. — einbezogen wurden. Während in der Anfangsphase die redaktionelle Bearbeitung des Gesetzentwurfs nebst Begründung im Vordergrund stand, wandte sich später die Behandlung mehr den Spezialproblemen des Fragenkatalogs und der erhebungstechnischen Bestimmungen zu. Von Beginn der Arbeiten an bis kurz vor Verabschiedung des Gesetzes dauerten die Beratungen um Kostenfragen.

Unter den erhebungstechnischen Bestimmungen wurden vor allem die schon oben erwähnten Maßnahmen zur Neuregelung der Zählergewinnung sowie die Zulässigkeit der Weiterleitung anonymisierter Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke und des Vergleichs einiger Angaben aus den Haushalts- und Gebäudelisten mit den entsprechenden Unterlagen der Gemeinden gründlicher diskutiert, doch wurde über diese Probleme ohne nennenswerte Schwierigkeiten Übereinstimmung erzielt. Unterschiedliche Auffassungen, die teilweise zu Verzögerungen in der gesamten Prozedur führten, bestanden über einzelne Punkte des Frageprogramms. Bei einigen Fragen konnte eine Entscheidung erst herbeigeführt werden, nachdem die Ergebnisse der Probebefragungen vorlagen, die mit Schwergewicht erst in der Zeit von April bis Juni 1960 durchgeführt wurden. Auf Grund der aus den Probeerhebungen gewonnenen Erkenntnisse wurde auf die Fragen nach der Körperbehinderung und der Zugehörigkeit zu Sozial- und Krankenversicherung verzichtet, ebenso auf die — ohnedies im Gesetzentwurf nicht gedeckte — Erfassung heimatloser Ausländer und ausländischer Flüchtlinge. Vor allem auf Anregung des Deut-

¹⁾ BGBl. I S. 1314. — ²⁾ BGBl. I S. 507. — ³⁾ BGBl. I S. 721.

schen Städtetages wurde vorgesehen, daß Jugendliche ab dem vollendeten 16. Lebensjahr mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden durften. Vom Innenausschuß wurden bei den Beratungen im Januar 1961 die Frage nach der Ordnungszahl der Ehe sowie die von allen Frauen zu beantwortende Frage nach Zahl und Geburtsjahr der lebendgeborenen Kinder (»Fruchtbarkeitsstatistik«) mit der Begründung gestrichen, daß solche Ermittlungen in die Intimsphäre der Staatsbürger und der Familien eindringen.

Einer vom Ausschuß für Verteidigung des Deutschen Bundestages auf Grund eines Beschlusses vom Mai 1960 gewünschten Erfassung kriegsgedienter Jahrgänge im Rahmen der Volkszählung 1961 konnte nicht entsprochen werden, da die bei einer solchen Befragung notwendige Bekanntgabe persönlicher Verhältnisse durch die Befragten als Eindringen in die Privatsphäre angesehen und deshalb abgelehnt wurde. Es wurde festgestellt, daß eine solche Befragung gegen ein Grundprinzip des Zensus verstoßen würde, nur statistischen Zwecken zu dienen; man hätte mit mangelhaften Auskünften und darüber hinaus mit negativen Auswirkungen auf die Auskunftsbereitschaft der Bevölkerung auch ganz allgemein rechnen müssen.

Anfang September 1960 wurde der Gesetzentwurf nebst Begründung dem Kabinett vorgelegt, nachdem der Bundesminister der Justiz die Rechtsförmlichkeit geprüft, die beteiligten Bundesminister dem Entwurf in der vorgelegten Fassung zugestimmt und der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung keine Bedenken geäußert hatten. Mit der Behandlung im Kabinett Anfang Oktober 1960 begann die eigentliche parlamentarische Prozedur, die insgesamt über ein halbes Jahr dauerte. Die Gesetzesvorlage wurde zunächst an den Bundesrat weitergegeben. Nach Beratungen in den zuständigen Ausschüssen (federführend: Ausschuß für Innere Angelegenheiten; mitbeteiligt: Agrarausschuß, Ausschuß für Flüchtlingsfragen, Finanzausschuß, Ausschuß für Verkehr und Post, Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen, Wirtschaftsausschuß) nahm am 28. Oktober 1960 das Plenum des Bundesrates im ersten Durchgang dazu Stellung.

Der Bundesrat erhob gegen den Entwurf keine generellen Einwendungen, sondern gab nur einige Empfehlungen, und zwar u. a., daß in § 7 des Volkszählungsgesetzes 1961 der Absatz: »Die Landesregierungen bestimmen die Erhebungsstellen« aufgenommen werden solle. Damit sollte den Landesregierungen die Feststellung erlaubt werden, inwieweit neben den Gemeinden und Statistischen Landesämtern auch sonstigen Behörden die Eigenschaft von Erhebungsstellen und die Möglichkeit zur Anforderung ehrenamtlicher Zähler und zur Verpflichtung der Behörden zur Abstellung ihrer Bediensteten gegeben werden soll. Dem Vorschlag, auf die Ermittlung der ehemaligen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Zivilverschleppten zu verzichten, stimmte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme vom 30. November 1960 nicht zu. Unter Hinweis auf einen Bundestagsbeschluß vom 2. Juli 1953 wurde festgestellt, daß diese Angaben zur Prüfung der Frage einer Erweiterung des Kriegsgefangenen-Entsündigungsgesetzes notwendig sind. Die Bundesregierung gab dann die Vorlage weiter an den Bundestag, der sie am 7. Dezember 1960 in erster Lesung beriet und ohne Aussprache dem Ausschuß für Inneres federführend und dem Ausschuß für Heimatvertriebene sowie dem Haushaltsausschuß mitberatend überwies.

Im schriftlichen Bericht des federführenden Ausschusses für Inneres des Deutschen Bundestages¹⁾ wurde als Stichtag für die Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie die allgemeine Arbeitsstättenzählung der 6. Juni 1961 und als Stichtag für den Verkehrszensus der 30. September 1962 festgesetzt. Ferner wurden neben einigen redaktionellen Änderungen die schon erwähnten Vorschläge über Streichung der Fruchtbarkeits-

statistik und Neuregelung der Zählergestellung in den Gesetzestext eingearbeitet. Die Höhe der Finanzaufweisung des Bundes an die Länder wurde endgültig auf 1,35 DM je Kopf der Wohnbevölkerung zum Zählungsschichttag festgelegt. Auf Grund dieses Berichts nahm der Bundestag am 22. Februar 1961 das Gesetz in zweiter und dritter Lesung an. Nachdem der Innenausschuß des Bundesrates das Gesetz ohne Änderungen angenommen hatte, stimmte ihm auch der Bundesrat am 29. März 1961 ohne Berichterstattung und Aussprache im zweiten Durchgang zu. Das Volkszählungsgesetz 1961 wurde am 18. April 1961 verkündet.

Von der Vorlage eines ersten Rohentwurfs durch das Statistische Bundesamt im Februar 1958 bis zur Verabschiedung des Gesetzes vergingen also über drei Jahre. Rückschauend kann man feststellen, daß — ähnlich wie 1950 — die eigentlichen Schwierigkeiten und zeitraubenden Beratungen in der vorparlamentarischen Bearbeitungsphase lagen.

Als besonders kritisches Problem erwies sich — nicht zum erstenmal — die Kostenaufteilung auf Bund und Länder. Da der Haushaltsausschuß bis zum Schluß einen Finanzausschuß von 1,20 DM je Einwohner für ausreichend hielt, war noch bis zum letzten Augenblick zu befürchten, daß über die Höhe des Bundeszuschusses keine Einigung erzielt werde. Das hätte bedeutet, daß die Durchführung der Zählung zum angeordneten Stichtag unmöglich geworden wäre, darüber hinaus wäre aber 1961 als Zählungsjahr nicht mehr in Frage gekommen. Unter diesen Umständen wären umfangreiche Vorbereitungen wertlos geworden, insbesondere hätte die Gebäudevorerhebung in vollem Umfang wiederholt werden müssen. Die Mehrkosten hätten sich auf mindestens 10 Mill. DM belaufen.

Nach § 7 Abs. 1 StatGes ist die Rechtsgrundlage mit Fundstelle durch entsprechende Hinweise auf den Erhebungspapieren bekanntzugeben, damit die Auskunftspflichtigen überprüfen können, ob und in welchem Umfang sie zur Auskunftserteilung verpflichtet sind. Ebenso ist laut § 12 Abs. 2 StatGes die Zulässigkeit der Weitergabe von Einzelangaben in den Erhebungsdrucksachen bekanntzumachen. Ursprünglich war vorgesehen, diese Hinweise in der sonst üblichen Form von Präambeln zu den einzelnen Fragebogen zu geben. Infolge der Verzögerungen in der Gesetzgebungsprozedur wurde aber schon Ende 1960 klar, daß noch vor Verabschiedung des Zählungsgesetzes mit dem Ausdruck der Fragebogen begonnen werden mußte, um eine zusätzliche Gefährdung des Zählungstermins auszuschalten. Das Statistische Bundesamt entschloß sich deshalb zu der bereits mit den Statistischen Landesämtern abgesprochenen und vorbereiteten Lösung, ein eigenes Formular herauszugeben, worauf den Befragten für alle Zählungsteile die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen mitgeteilt wurden. Um der im StatGes vorgeschriebenen Form zu genügen, daß diese Informationen »auf den Erhebungsvordrucken anzugeben« sind (§ 7 Abs. 1) bzw. »in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben« werden müssen (§ 12 Abs. 2), wurde das Formular zu einer eigenen Erhebungsdrucksache mit der Nummer 12 gemacht und durch die Zähler zusammen mit den Fragebogen ausgeteilt. Das Volkszählungsgesetz 1961 wurde durch landesrechtliche Vorschriften — Erlasse, Verordnungen, Durchführungsanweisungen, Beschlüsse u. dgl. — sehr wirkungsvoll ergänzt²⁾. Von den Ländern wurde aber allgemein festgestellt, daß keine Notwendigkeit bestand, eigene Landesgesetze für die Zählungen zu erlassen.

4. Kosten des Zählungswerkes

Allgemeine Fragen

Bei den Beratungen des Gesetzentwurfes zum Zählungswerk 1960/62 nahm die Behandlung von Kostenfragen einen breiten Raum ein. Die generellen Überlegungen befaßten sich mit der Frage, wie die Gesamtkosten des Zählungswerkes gesenkt bzw. möglichst niedrig gehalten werden

¹⁾ Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 2487.

²⁾ Die landesrechtlichen Bestimmungen zur Durchführung der Zählung sind im Anhang S. 115 ff. abgedruckt.

können. Daneben wurden schwierige und langwierige Verhandlungen darüber geführt, wie die Zählungskosten auf Bund und Länder aufgeteilt werden sollen (Problem der »Kostenregelung«). Um die Kosten des Zählungswerkes möglichst niedrig zu halten, war zunächst darauf zu achten, daß die Programme, und zwar sowohl die Frage- als auch die Aufbereitungsprogramme, auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wurden. Die Limitierung der Frageprogramme war nicht nur aus Kostenrücksichten notwendig, sondern auch deshalb, weil bei Großzählungen ein zu umfangreicher Fragekatalog den Widerstand der Befragten hervorruft. Einsparungen wurden ferner durch die Anwendung repräsentativer Methoden bei der Aufbereitung angestrebt. Auch die organisatorischen und technischen Rationalisierungsmöglichkeiten waren zu nutzen.

Bei der Aufstellung der Frageprogramme wurde genau geprüft, ob die angemeldeten Fragen von Allgemeininteresse sind, ob die gewünschten Informationen aus anderen Quellen bezogen werden können, ob schließlich auf bestimmte Fragen nicht besser verzichtet werden sollte, weil wegen eines zu hohen Schwierigkeitsgrades oder aus sonstigen Gründen keine hinreichend genaue Beantwortung zu erwarten war.

Das Programm der Arbeitsstättenzählung 1961 war, ihrem Charakter als Rahmencensenzählung entsprechend, ohnedies auf ein als Minimum anzusehendes Maß reduziert worden. Auf die Frage nach dem Umsatz, die 1950 noch gestellt worden war, wurde 1961 wegen der mangelnden Auskunftsbereitschaft verzichtet. Auch das Programm der Gebäudezählung 1961 konnte wegen der vorangegangenen Wohnungszählung mit einer allgemeinen und repräsentativen (10%-) Erhebung 1956 sowie anschließenden 1%-Zusatzerhebungen 1957 und 1960 knapp gehalten werden. Aus dem Programm der Volks- und Berufszählung 1961 wurden auf Grund der Ergebnisse der Probefragungen (vgl. II. 6) einige Fragen gestrichen und zum Teil in den Mikrozensus verwiesen. Sorgfältige Überlegungen waren bei der Festlegung der Aufbereitungs- und Veröffentlichungsprogramme notwendig. Vor allem galt es hier der Versuchung zu widerstehen, mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen eine zu extensive Aufbereitung des Materials vorzunehmen. Trotz der enorm gestiegenen Auswertungsmöglichkeiten mußte bei der Tabellierung vor allem der angemeldete und als vordringlich anerkannte Bedarf zur Richtschnur genommen werden (vgl. auch IV.). So wurde z. B. von den meisten Statistischen Landesämtern die ursprüngliche Absicht aufgegeben, in Form des sogenannten Nachschlage-Tabellenprogramms eine umfassende Informationsquelle zu schaffen. Statt dessen wurde meist vorgesehen, später eventuell noch auftretende Auswertungswünsche durch Sonderaufbereitungen der Summenkarten zu befriedigen. Durch den Wegfall des Nachschlageprogramms wurden beträchtliche Einsparungen erzielt.

Die Repräsentativmethode als weiteres Mittel der Kosteneinsparung wurde im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 nur bei der Aufbereitung angewandt. Die Aufbereitung der Haushalts- und Familienstatistik, der Angaben über ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte sowie über die Wege zur Arbeitsstätte wurden repräsentativ durchgeführt, wobei der Repräsentationsgrad von den ursprünglich geplanten 20% auf 10% herabgesetzt wurde. Nach überschläglicher Schätzung ergab sich daraus und aus den obenerwähnten Kürzungen des Frageprogramms eine Reduzierung der Kosten um rund 5,6 Mill. DM.

Unter den organisatorisch-technischen Maßnahmen ist an erster Stelle die Umstellung der Aufbereitungsarbeiten auf elektronische Datenverarbeitung zu nennen. Der mögliche Rationalisierungseffekt und Kosteneinsparungseffekt konnte freilich bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 wegen der unvermeidlichen Übergangsschwierigkeiten noch nicht in vollem Umfang erzielt werden. Es mußten Programmierer und Fachpersonal zur Bedienung der Maschinen ausgebildet werden. Über die Arbeitsweise, Leistungsfähigkeit und Eigenarten der Maschinen mußten noch Erfahrungen

gesammelt werden. Die kostensparende Arbeitsweise gegenüber den herkömmlichen Methoden war bei der Aufbereitung und Tabellierung der Ergebnisse offensichtlich. Zwar wurde diese Tatsache durch die mit den technischen Möglichkeiten rapide gestiegenen Anforderungen an die Aufbereitungs- und Veröffentlichungsprogramme zum Teil etwas verwischt, bleibt aber unbestreitbar.

Kostenregelung

Hinsichtlich der Aufteilung der bei der Durchführung von Bundesstatistiken entstehenden Kosten auf Bund und Länder gilt der im Grundgesetz (Art. 106 Abs. 4 Ziff. 1) festgelegte und in § 8 StatGes übernommene Grundsatz, daß Bund und Länder gesondert die Ausgaben tragen, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben. Wenn aber den Ländern durch ein Bundesgesetz zusätzliche Ausgaben auferlegt werden, die auf einen kurzen Zeitraum begrenzt sind, so kann diese Mehrbelastung mit Finanzzuweisungen des Bundes ausgeglichen werden (Art. 106 Abs. 5 Satz 2 GG). Zunächst gingen bei Bund und Ländern die Meinungen darüber, welche der genannten Bestimmungen auf die Finanzierung der Durchführung des Zählungswerkes anzuwenden seien, auseinander. Der Bund vertrat die Auffassung, daß auch für die bevorstehenden Großzählungen die grundsätzliche Regelung gemäß Art. 106 Abs. 4 Ziff. 1 GG und § 8 StatGes anzuwenden sei. Im Gegensatz dazu machten die Länder geltend, daß bei der Durchführung der durch Bundesgesetz anzuordnenden statistischen Großzählungen erhebliche finanzielle Mehrbelastungen entstehen, die von den Ländern nicht allein getragen werden können und daß deshalb vom Bund angemessene Finanzzuweisungen zu leisten seien. Um eine Annäherung und einen Ausgleich der Standpunkte zu erreichen, wurden zahlreiche Kompromißlösungen vorgeschlagen und geprüft. Man versuchte z. B. die Ausgaben danach aufzuteilen, ob sie »im Bundesinteresse« oder »nicht im Bundesinteresse« zu tätigen seien; ein anderer Vorschlag warf darauf gerichtet, bestimmte Arbeiten von den Statistischen Landesämtern auf das Statistische Bundesamt zu übertragen, was gleichzeitig eine Verlagerung von Kosten auf den Bund bedeutet hätte; ferner wurde angeregt, daß der Bund zum Ausgleich der auf die Länder zukommenden finanziellen Belastungen die Verzinsung und Tilgung von Ausgleichsforderungen übernehmen möge. Da keiner der genannten Vorschläge praktische Bedeutung gewinnen konnte und sich auch sonst keine erfolgversprechenden Maßnahmen anboten, wurde schließlich doch eine Lösung durch Finanzzuweisungen des Bundes an die Länder gemäß Art. 106 Abs. 5 Satz 2 GG angestrebt.

Die Frage der Kostenregelung hatte schon Ende 1958, bei den Beratungen des Gesetzes über die Landwirtschaftszählung 1960, eine Rolle gespielt. Die Länder forderten seinerzeit in Anlehnung an einen Bundesratsbeschluß vom 24. Oktober 1958 eine Finanzzuweisung des Bundes in Höhe von 80% zu den bei der Landwirtschaftszählung entstehenden Länderkosten. Um die Terminplanung des Zählungswerkes, bei der ohnedies schon Verschiebungen um etwa ein Jahr notwendig geworden waren, nicht erneut ernsthaft zu gefährden, wurde die Kostenregelung für das gesamte Zählungswerk 1960/62 — also auch für die Landwirtschaftszählung und die Handels- und Gaststättenzählung 1960 sowie den Verkehrszensus 1962 — zur geschlossenen Behandlung in das Volkszählungsgesetz 1961 verwiesen. In die Begründungen zum Gesetz über die Landwirtschaftszählung 1960 und zum Handelszählungsgesetz 1960 wurden deshalb nur die für diese Zählungsteile veranschlagten Gesamtkosten nach ihrer Entstehung bei Bund und Ländern aufgenommen, nicht aber die vom Bund und Ländern zu tragenden Kostenanteile.

Im Spätsommer 1959 zeichnete sich dann schließlich eine Annäherung der Standpunkte von Bund und Ländern ab. Immer stärker wurde, diesmal mit Unterstützung des Bundesministeriums der Finanzen, das Angebot einer etwa fünfzigprozentigen Übernahme der berechneten Länderkosten durch

den Bund in die Beratungen hineingetragen. Man erwog dabei von Anfang an die Zuweisung eines kalkulatorisch zu ermittelnden festen Betrages je festgestellten Einwohner zum Zählungstichtag, um komplizierte Abrechnungen mit den Ländern und schwierige Kontrollen der tatsächlich entstandenen Kosten zu vermeiden. Eine Einigung in der Kostenfrage kam schließlich zustande, als der Finanzausschuß des Bundesrates auf seiner Sitzung am 18. Februar 1960 beschloß, die vom Bundesfinanzministerium vorgeschlagene Regelung einer fünfzigprozentigen Beteiligung des Bundes an den für die Länder kalkulierten Kosten zu akzeptieren. Der Ausgleich sollte durch eine Finanzzuweisung von 1,20 DM je Einwohner erfolgen (bisher war man von einem Betrag je Einwohner von 1,— DM ausgegangen), wobei sich das Bundesfinanzministerium bereit erklärte, die Höhe der Finanzzuweisung erneut zu besprechen, sofern sich gegenüber der angenommenen Berechnungsgrundlage eine nennenswerte Verschiebung ergeben sollte. Eine abschließende Überprüfung der Höhe der Finanzzuweisung erfolgte Anfang 1961. Unter Berücksichtigung der eingetretenen Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Sachkosten wurde vom federführenden Innenausschuß eine Heraufsetzung des Betrages je Einwohner von 1,20 DM auf 1,35 DM vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde entgegen der Ansicht des Haushaltsausschusses, der eine Erhöhung der Finanzzuweisung angesichts der sehr günstigen Haushaltslage der Länder nicht für erforderlich hielt, am 22. Februar 1961 vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung angenommen. Erst jetzt war das Volkszählungsgesetz 1961 praktisch gesichert und gleichzeitig auch die Kostendebatte abgeschlossen.

In der Begründung zu § 10 des Volkszählungsgesetzes 1961 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der allgemeine Lastenverteilungsgrundsatz entsprechend Art. 106 Abs. 4 Ziff. 1 GG und § 8 StatGes durch diese Regelung nach Art. 106 Abs. 5 Satz 2 GG unberührt bleibt.

Berechnung der voraussichtlichen Gesamtkosten

Da die Finanzzuweisung des Bundes an die Länder von dem Gesamtaufwand für das Zählungswerk 1960/62 ausging, mußten im »Kostenparagrafen« (§ 10) des Volkszählungsgesetzes 1961 und in der Begründung dazu auch die durch eigene Gesetze angeordneten Zählungen in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie der Verkehrszensus berücksichtigt werden.

Die Berechnung der Kosten erfolgte im Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern. Die bei den Gemeinden entstehenden Kosten wurden mangels genauerer Unterlagen in Zusammenarbeit mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden geschätzt.

Um eine Vorstellung über die voraussichtlichen Kosten des Zählungswerkes 1960/62 zu bekommen, rechnete das Statistische Bundesamt im Herbst 1957 die Kosten des Volkszählungswerkes 1950 auf Preise und Bevölkerungsstand von 1957 um. Die Gesamtkosten des Zählungswerkes einschließlich Landwirtschaftszählung und Handelszensus wurden damals auf rund 108 Mill. DM geschätzt. Detaillierte Berechnungen ergaben — nach dem Stand Mitte 1958 — eine Kostensumme von rund 130 Mill. DM. Durch weitere Berichtigungen ergab sich schließlich der in die amtliche Begründung zum Gesetzentwurf¹⁾ übernommene Betrag von 146,1 Mill. DM.

Grundlage für die Kostenberechnungen bildeten die fortgeschriebenen oder geschätzten Zahlen über Bevölkerungsstand, bewohnte Gebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten, Betriebe des Handwerks und Gaststättengewerbes, Verkehrsbetriebe und landwirtschaftliche Kleinbetriebe. Zur Errechnung der persönlichen Kosten

im Statistischen Bundesamt wurden die gleichen Grundsätze angewandt, wie sie für die Aufstellung der Haushaltspläne gelten und in den »Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden (RWB)« vom 11. Februar 1929²⁾, § 8 Anlage 1, festgelegt sind. Für die Berechnungen der Statistischen Landesämter galt grundsätzlich die gleiche Regelung, aber mit variierten Durchführungsbestimmungen. In Verbindung mit Leistungsansätzen, die auf Erfahrungen aus früheren Zählungen beruhten oder durch Probearbeiten ermittelt worden waren, ließen sich dann der erforderliche Arbeitsaufwand und die Kosten berechnen.

Die Höhe der Sachkosten wurde auf Grund des Ausstattungsbedarfs, der zu erwartenden Raum- und Maschinenmieten, Postgebühren, Reisekostenzuschüsse, des Materialbedarfs usw. errechnet. In den Sachkosten der Länder waren auch die Zuschüsse der Länder an die Gemeinden enthalten. Bei ihrer Berechnung ging man von der jahrzehntelangen Erfahrung aus, daß bei der vorgesehenen Zählmethode im Durchschnitt für etwa 100 Personen ein Zähler und für 10 Zähler ein Oberzähler gebraucht werden. Als Entschädigung für die benötigten rund 650 000 ehrenamtlichen Zähler wurde ein Betrag von durchschnittlich 20,— DM je Zähler, insgesamt also 13 Mill. DM, veranschlagt. Daneben sind für den Aufbau der Erhebungsorganisationen in den Gemeinden, wozu die Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke, die Errichtung von Zählungsdienststellen, die Überwachung der Durchführung der Zählung u. a. m. gehörten, je Einwohner 0,20 DM oder insgesamt 11 Mill. DM veranschlagt worden. Die gesamten in den Gemeinden zu erwartenden Kosten wurden also auf rund 24 Mill. DM geschätzt.

In der folgenden Übersicht wird gezeigt, wie sich nach dem Stand von Ende 1959 die Verteilung der veranschlagten Gesamtkosten des Zählungswerkes 1960/62 auf die Zählungsteile und hinsichtlich ihrer Entstehung auf Bund und Länder darstellte.

Indem man diese Kostensumme zur fortgeschriebenen Bevölkerungszahl in Beziehung setzte, errechnete man die Pro-Kopf-Kosten von etwa 2,40 DM und setzte den Bundeszuschuß an die Länder auf 1,20 DM je Kopf der zum 6. Juni 1961 ermittelten Wohnbevölkerung fest (Begründung zu § 10 des Volkszählungsgesetzes 1961). Bei der endgültigen Festlegung der Gesamtkosten und des daraus resultierenden Bundeszuschusses von 1,35 DM je Kopf der Wohnbevölkerung (§ 10 Volkszählungsgesetz 1961) wurden nur noch die auf Grund von Lohn- und Gehaltssteigerungen eingetretenen Steigerungen der persönlichen Kosten berücksichtigt, während die Ansätze für die sächlichen Kosten beibehalten wurden.

Abrechnung der Finanzzuweisungen des Bundes

Die endgültige Höhe des Kostenzuschusses des Bundes zu den in den Ländern entstandenen Kosten des Zählungswerkes, womit die Hälfte der nach dem Stand von Mitte 1961 errechneten voraussichtlichen Gesamtkosten des Zählungswerkes 1960/62 bei Ländern und Gemeinden abgedeckt werden sollte, konnte erst ermittelt werden, als die Wohnbevölkerungszahlen aus der Volkszählung vorlagen.

Nachstehende Aufstellung nennt die Beträge, die an die Länder in drei gleichen Teilbeträgen am 1. Juli der Jahre 1961, 1962 und 1963 zu überweisen waren.

Da der Bund bewußt auf eine Überprüfung der Länderausgaben für das Zählungswerk 1960/62 verzichtete, können die effektiven Gesamtausgaben bei Bund und Ländern insgesamt nicht genau festgestellt werden. Doch dürften die Vorausberechnungen, die von Bund und Ländern gemeinsam durchgeführt wurden, den tatsächlich entstandenen Kosten ziemlich genau entsprechen.

¹⁾ Bundesdrucksache Nr. 2255 vom 30. November 1960.

²⁾ Reichsministerialbl. S. 49.

Aufteilung der veranschlagten Gesamtkosten des Zählungswerkes 1960/62 auf die Zählungsteile
sowie nach ihrer Entstehung bei Bund und Ländern*)

1 000 DM

Zählung	Bund			Länder			Bund und Länder		
	Gesamtkosten								
	per- sönliche	säch- liche	zu- sammen	per- sönliche	säch- liche	zu- sammen	per- sönliche	säch- liche	ins- gesamt
Landwirtschaftszählung 1960	497	876	1 373	12 430	5 776	18 206	12 927	6 652	19 579
Haupterhebung	497	876	1 373	9 854	5 108	14 962	10 351	5 984	16 335
Gartenbauerhebung	—	—	—	1 009	278	1 287	1 009	278	1 287
Forsterhebung	—	—	—	860	298	1 158	860	298	1 158
Binnenfischereierhebung	—	—	—	45	10	55	45	10	55
Arbeitskräfteerhebung	—	—	—	662	82	744	662	82	744
Handels- und Gaststättenzählung 1960	520	480	1 000	6 100	1 900	8 000	6 620	2 380	9 000
Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961	6 000	2 900	8 900	62 149	42 188 ¹⁾	104 337	68 149	45 088	113 237
Volks- und Berufszählung	5 080	2 320	7 400	50 941	39 963	90 904	56 021	42 283	98 304
Feststellungen über bewohnte Gebäude	170	80	250	4 700	727	5 427	4 870	807	5 677
Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe	—	50	50	610	96	706	610	146	756
Arbeitsstättenzählung	750	450	1 200	5 898	1 402	7 300	6 648	1 852	8 500
Verkehrszensus 1962	223	77	300	3 000	1 000	4 000	3 223	1 077	4 300
Zählungswerk 1960/62 ...			11 573			134 543			146 116
Anteil an den Gesamtkosten in %			7,9			92,1			100

*) Stand 1959.

¹⁾ Davon: Sachkosten 18,2 Mill. DM, Gemeindkosten 24,0 Mill. DM.

Finanzzuweisung des Bundes an die Länder zu den Kosten
des Zählungswerkes 1960/62

Land	Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961 Anzahl	Finanzzuweisung des Bundes 1 000 DM
Schleswig-Holstein	2 317 441	3 129
Hamburg	1 832 346	2 474
Niedersachsen	6 640 855	8 965
Bremen	4 814 383	6 499
Nordrhein-Westfalen ..	706 366	954
Hessen	15 901 678	21 467
Rheinland-Pfalz	3 417 116	4 613
Baden-Württemberg ...	7 759 154	10 475
Bayern	9 515 479	12 846
Saarland	1 072 600	1 448
Berlin (West)	2 197 408	2 966
Insgesamt ...	56 174 826	75 836

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes
entstanden Kosten

beim Bund 14 105 000 DM, d. s. 8,5%

bei den Ländern 151 672 000 DM, d. s. 91,5%

Insgesamt ... 165 777 000 DM

Durch die Finanzzuweisung des Bundes an die Länder er-
gab sich aber folgende tatsächliche Kostenverteilung:

Bund 89 941 000 DM, d. s. 54,3%

Länder 75 836 000 DM, d. s. 45,7%

Insgesamt ... 165 777 000 DM

Kosten des Zählungswerkes 1960/62
im Statistischen Bundesamt

Die Gesamtausgaben des Statistischen Bundesamtes für
das Zählungswerk 1960/62 wurden im Haushalt des Statisti-
schen Bundesamtes mit 11 573 000 DM veranschlagt. Dieser
Betrag erhöhte sich infolge der Steigerung der Personal-
kosten, die seit der Zeit der ersten Berechnung eingetreten
war, auf 14,5 Mill. DM. Davon entfiel auf das Volkszählungs-
werk 1961 ein Betrag von etwa 11,8 Mill. DM. Aus diesen
Mitteln wurden die Vorbereitung des Zählungswerkes, die

Zusammenstellung der Bundesergebnisse, deren Drucklegung
und Veröffentlichung, die zentrale Öffentlichkeitsarbeit für
die Volks- und Berufszählung und die zentrale Aufberei-
tungsarbeiten — z. B. die Aufbereitung der Haushalts- und
Familienstatistik aus dem Material der Volks- und Berufs-
zählung — finanziert.

Verteilung der Volkszählungskosten auf die
Rechnungsjahre

Am Beispiel der Volks- und Berufszählung 1961 soll dar-
gelegt werden, wie sich die finanzielle Belastung der Statisti-
schen Ämter auf die einzelnen Rechnungsjahre verteilt hat.
Die Hauptlast der Aufbereitung war von den Statistischen
Landesämtern zu tragen. Erst wenn die Länder ihre Arbeiten
bis zu einem gewissen Abschluß gebracht hatten, konnten
dem Bundesamt die Unterlagen für die Konzentration zu
Bundesergebnissen zur Verfügung gestellt werden. Dement-
sprechend lag bei den Landesämtern die Belastungsspitze in
der Anfangszeit der Aufbereitung, nämlich im zweiten Halb-
jahr 1961 und im Jahre 1962, im Jahre 1963 war schon ein
Rückgang der Belastung zu beobachten, bis Ende 1964 waren
die Arbeiten im wesentlichen abgeschlossen. Demgegenüber
begann die Belastung wegen der Vorbereitungsarbeiten im
Bundesamt früher und erreichte ihren höchsten Wert erst im
Jahre 1964, die Belastungskurve verteilte sich über einen
längeren Zeitraum als bei den Landesämtern. Die Arbeiten
kamen 1966 im wesentlichen zum Abschluß. In nachfolgender
Zusammenstellung wird eine Übersicht über den geschätzten
Mittelbedarf bei Bund und Ländern in den einzelnen Rech-
nungsjahren gegeben.

Mittelbedarf für die Aufbereitung der Volks- und
Berufszählung in den einzelnen Rechnungsjahren

Prozent

Rechnungsjahr	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	Insges.
Statistische Lan- desämter ¹⁾	—	25	45	24	6	—	—	100
Statistisches Bundesamt	5	12	19	20	26	15	3	100

¹⁾ Nach Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes; bei den
übrigen Landesämtern ist ein ähnlicher Verlauf zu vermuten.

Erstattung der den Gemeinden entstandenen Kosten

Den Gemeinden oblag es, Zählungsdienststellen einzurichten und für die sachgerechte Vorbereitung und reibungslose Durchführung der Erhebung zu sorgen. In der »Anleitung für die Gemeindebehörde« (Drucksache Nr. 8, Abdruck im Anhang S. 284) waren die Aufgaben der Gemeinden ausführlich dargelegt. Die mit den übertragenen Arbeiten verbundenen Kosten konnten nicht den Gemeinden allein aufgebürdet werden. Um einen Ausgleich herbeizuführen, wurde durch landesrechtliche Regelungen eine Finanzzuweisung der Länder an die Gemeinden zur teilweisen Erstattung der entstandenen Kosten angeordnet. Jedes Land erließ seine eigenen Durchführungsbestimmungen zum Volkszählungswerk 1961 (Abdruck im Anhang S. 115), in denen auch die Höhe der

Finanzzuweisungen an die Gemeinden enthalten war. Nachstehend werden die in den einzelnen Bundesländern verfügbaren Bestimmungen wiedergegeben.

Maßgebend für die Berechnung der Zuschüsse war überwiegend die zum Zählungsschichttag festgestellte Wohnbevölkerung; in Bayern war die auf Grund der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 1960 festgestellte Wohnbevölkerung ausschlaggebend.

Wie aus der Zusammenstellung hervorgeht, waren die Pro-Kopf-Erstattungsbeträge überwiegend nach Gemeindegrößenklassen gestaffelt. Nordrhein-Westfalen zahlte an alle Gemeinden einen einheitlichen Betrag je Einwohner. In Baden-Württemberg wurden die Zuschüsse lediglich danach differenziert, ob in den Gemeinden eine Gebäudevorerhebung durchgeführt wurde oder nicht.

In den Stadtstaaten entfiel die Erstattung, da dort Land und Gemeinde identisch sind.

Höhe der Finanzzuweisungen der Länder an die Gemeinden

Bundesland	Höhe der Finanzzuweisung	
Schleswig-Holstein ..	für Gemeinden bis	2 000 Einw. 20 Pf. je Einw.
	über 2 000 bis	5 000 Einw. 25 Pf. je Einw.
	über 5 000 bis	10 000 Einw. 29 Pf. je Einw.
	über 10 000 bis	20 000 Einw. 34 Pf. je Einw.
	über 20 000 bis	50 000 Einw. 39 Pf. je Einw.
	über 50 000 bis	100 000 Einw. 46 Pf. je Einw.
	über 100 000	50 Pf. je Einw.
Nieder-sachsen ...	für Gemeinden bis	20 000 Einw. 16 Pf. je Einw.
	über 20 000 bis	100 000 Einw. 25 Pf. je Einw.
	über 100 000	Einw. 30 Pf. je Einw.
(Gemeinden, die eine vollständige Gebäudevorerhebung durchführten, erhielten zusätzlich 10 Pf. je Einwohner; bei teilweiser Durchführung der Gebäudevorerhebung wurde der zusätzliche Zuschuß nach dem Verhältnis der erfaßten Gebäude zu dem gesamten Gebäudebestand entsprechend errechnet.)		
Nordrhein-Westfalen	für alle Gemeinden	40 Pf. je Einw.
Hessen	für Gemeinden bis unter	1 000 Einw. 20 Pf. je Einw.
	von 1 000 bis unter	3 000 Einw. 24 Pf. je Einw.
	von 3 000 bis unter	20 000 Einw. 30 Pf. je Einw.
	von 20 000 bis unter	100 000 Einw. 38 Pf. je Einw.
	von 100 000 bis unter	500 000 Einw. 50 Pf. je Einw.
	von 500 000 und mehr	55 Pf. je Einw.
	Als Mindestsatz wurde eine Pauschale von 30,— DM je Gemeinde festgesetzt. Die Gemeinden, die eine Gebäudevorerhebung durchführten, erhielten zusätzlich 10 Pf. je Kopf der hierbei erfaßten Bevölkerung.	
Ferner erhielten		
Landkreise mit weniger als 50 Gemeinden		250,— DM
Landkreise mit 50 bis 100 Gemeinden		350,— DM
Landkreise mit mehr als 100 Gemeinden		450,— DM
Rheinland-Pfalz	für Gemeinden bis unter	500 Einw. 31 Pf. je Einw.
	500 bis unter	1 000 Einw. 32 Pf. je Einw.
	1 000 bis unter	3 000 Einw. 33 Pf. je Einw.
	3 000 bis unter	5 000 Einw. 34 Pf. je Einw.
	5 000 bis unter	10 000 Einw. 36 Pf. je Einw.
	10 000 bis unter	20 000 Einw. 38 Pf. je Einw.
	20 000 bis unter	50 000 Einw. 40 Pf. je Einw.
	50 000 bis unter	75 000 Einw. 43 Pf. je Einw.
	75 000 bis unter	100 000 Einw. 46 Pf. je Einw.
	100 000 bis unter	500 000 Einw. 50 Pf. je Einw.
	Die den Landratsämtern bei Durchführung der Zählung entstandenen zusätzlichen Baraufwendungen (z. B. Transportkosten, Reisekosten) wurden gegen Vorlage der Nachweisungen erstattet.	
Baden-Württemberg ..	für Gemeinden, in denen eine Gebäudevorerhebung durchgeführt wurde,	36 Pf. je Einw.
	für die übrigen Gemeinden	29 Pf. je Einw.
Bayern	für Gemeinden	
	mit weniger als	20 000 Einw. 22 Pf. je Einw.
	mit 20 000 bis	50 000 Einw. 27 Pf. je Einw.
	mit mehr als 50 000 bis	100 000 Einw. 32 Pf. je Einw.
	mit mehr als 100 000 Einw.	42 Pf. je Einw.

5. Systematiken

Bei der Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961 mußte Vorsorge getroffen werden, daß die für die Aufbereitung vorgesehenen Erhebungsmerkmale nach einheitlichen Prinzipien gruppiert werden konnten, wofür sowohl Unternehmens- und Arbeitsstätten-systematiken (für die Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung) als auch Personensystematiken (zur Gruppierung der Personen nach Berufen) und Regionalsystematiken notwendig waren. Zwar wurden die systematischen Grundlagen nicht nur und nicht speziell für die Zwecke des Volkszählungswerkes geschaffen, doch wurde die »Systematik der Wirtschaftszweige« für die Bedürfnisse der Arbeitsstättenzählung und der Berufszählung in zweckentsprechende Kurzfassungen gebracht (vgl. unten). Ohne Zweifel wurde die Neubearbeitung der Systematiken durch die Notwendigkeit, sie für das Zählungswerk zur Verfügung zu haben, wesentlich beschleunigt.

Bei der Bearbeitung mußten einige ganz verschiedenartige Gesichtspunkte beachtet werden. Zunächst war der aktuellen Entwicklung im Wirtschafts- und Berufsleben durch Überprüfung und Vervollständigung der Nomenklaturen Rechnung zu tragen. Sodann mußte dafür gesorgt werden, daß durch wechselseitige Abstimmung der Systematiken und den Einbau von »Umsteigeschlüsseln« eine weitgehende Vergleichbarkeit von nach anderen Systematiken aufbereiteten Statistiken ermöglicht wurde. Einmal sollte dadurch eine Beziehung zu früheren Zählungsergebnissen hergestellt werden, die nach anderen Bearbeitungen oder Ausgaben einer Systematik aufbereitet worden waren; ferner sollte damit die Zuordnung von Erhebungsmerkmalen in verschiedenen Zählungsteilen oder Statistiken nach unterschiedlichen, aber vergleichbaren Prinzipien ermöglicht werden.

Da das Zählungswerk auch im größeren Rahmen des Weltzensus um 1960 gesehen werden mußte, war es erforderlich, die wichtigsten Systematiken, nämlich die Systematik der Wirtschaftszweige und die Klassifizierung der Berufe, international vergleichbar aufzustellen. Bei diesen Bestrebungen wurde zwar schon eine recht gute Annäherung zwischen den nationalen und internationalen Interessen, aber noch nicht der wünschenswerte und mögliche Grad der Übereinstimmung erreicht. Einmal lassen sich nicht immer die spezifisch nationalen Erfordernisse, denen im Zweifelsfalle der Vorrang zu geben ist, restlos mit den internationalen Belangen in Einklang bringen. Zum anderen kann mit der Fertigstellung oder der Überarbeitung von Systematiken nicht länger gewartet werden, wenn sie für ein bevorstehendes Zählungsvorhaben gebraucht werden, selbst wenn die Bearbeitung entsprechender internationaler Systematiken, deren Berücksichtigung wichtig wäre, kurz vor dem Abschluß steht. Für internationale Zwecke gaben die Statistische Kommission und das Statistische Amt der Vereinten Nationen 1958 eine revidierte Fassung der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (International Standard Industrial Classification

of all Economic Activities, ISIC)¹⁾ heraus. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen empfahl zur Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit der Wirtschaftsstatistiken allen Mitgliedstaaten, die ISIC entweder als nationales Klassifizierungssystem zu übernehmen oder eine zusätzliche Aufbereitung der statistischen Daten nach der ISIC vorzunehmen. Auch die Vereinten Nationen, das Internationale Arbeitsamt, die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft und andere internationale Gremien benutzten die ISIC bei der Klassifizierung der Daten nach der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit. Für die speziellen deutschen Verhältnisse konnte diese Systematik allerdings nicht immer als Richtschnur benutzt werden.

Vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften wurde etwa zur selben Zeit, als die deutschen Systematiken überarbeitet wurden, eine revidierte Ausgabe der »Systematik der Zweige des produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften« (Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes, N.I.C.E.) vorbereitet. Obwohl von deutscher Seite die Vorarbeiten des Amtes der Europäischen Gemeinschaften zu Rate gezogen wurden, war später, da zeitlich die Bearbeitungen etwa nebeneinander vonstatten gegangen waren, keine widerspruchsfreie Umstellung von der deutschen Systematik der Wirtschaftszweige auf die N.I.C.E. möglich. Mit der Überarbeitung der deutschen Systematik konnte aber, da sie zu den schon im fortgeschrittenen Stadium der Vorbereitung befindlichen Großzählungen 1960 bis 1962 gebraucht wurde, nicht bis zur Fertigstellung der EWG-Systematik gewartet werden.

Als Ergebnis einer gründlichen Revision des seit 1950 geltenden Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten wurde schließlich im Juli 1961 die Systematik der Wirtschaftszweige — Grundsystematik mit Erläuterungen — herausgegeben, deren Gliederung 10 Abteilungen, 29 Unterabteilungen, 206 Gruppen, 669 Untergruppen und 1 397 Klassen umfaßt. Die grundsätzlichen Überlegungen dazu waren schon Anfang 1959 abgeschlossen²⁾. Diese Systematik wurde nicht für eine bestimmte Statistik aufgestellt, sondern sollte vielmehr als »Grundsystematik« bei allen nach Wirtschaftszweigen gegliederten Statistiken dienen. Sie sollte die Voraussetzungen schaffen, wirtschaftliche Institutionen und alle erfaßten und zu erfassenden Eigenschaften, Tatbestände und Vorgänge möglichst einheitlich in allen Statistiken nach bestimmten Merkmalen zu gliedern. Die Systematik konnte dabei nicht immer in voller Gliederungstiefe angewandt werden. Die Befragung in großen Zählungswerken kann oft nicht so eingehend gestaltet werden, daß die notwendigen Voraussetzungen für die Einordnung nach der feinsten systematischen Gliederung gegeben sind. Deshalb mußten für die Arbeitsstättenzählung und noch mehr für die Berufszählung gekürzte Fassungen aufgestellt werden. Die ausführliche Fassung wurde z. B. für die Handels- und Gaststättenzählung 1960 verwendet. Die Vergleichbarkeit mit dem früheren Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten wurde, soweit das möglich war, gewahrt. Im allgemeinen ist, wegen der feineren Untergliederung der neuen Systematik, eine zusätzliche Gliederung neuer Statistiken nach der alten Systematik leichter möglich als eine nachträgliche Gliederung der Ergebnisse früherer Statistiken nach der neuen Systematik. Weiterhin ist die neue Systematik auch auf das »Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht« abgestimmt, so daß Unterlagen nach dieser Gliederung auch nach der Grundsystematik geordnet werden können und umgekehrt. Für die Aufbereitung der Arbeitsstätten- und der Berufszählung 1961 wurden neben der Grundsystematik der Wirtschaftszweige noch folgende Spezialbearbeitungen dieser Systematik herausgegeben:

Das »Alphabetische Verzeichnis der Betriebs- und ähnlichen Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige«, worin alle Benennungen alphabetisch geord-

net sind und für jede Benennung die Nummer der Grundsystematik sowie die Signierkennziffer für die Arbeitsstätten- und die Berufszählung angegeben wird.

Die »Systematik der Wirtschaftszweige und Betriebs- und ähnlichen Benennungen«, in der die Betriebs-, Waren-, Dienstleistungs- und ähnlichen Benennungen in alphabetischer Reihenfolge jeweils bei der zutreffenden Klasse der Grundsystematik gezeigt werden. Ferner werden die besonderen Zusammenfassungen (Zwischenpositionen) der Grundsystematik für die Arbeitsstätten- und für die Berufszählung gekennzeichnet. Für alle Positionen werden die Nummern der Grundsystematik und der Signierschlüssel für die Arbeitsstätten- und für die Berufszählung angegeben. Die Veröffentlichung stellt gleichzeitig die Verbindung zwischen der Grundsystematik und den abgeleiteten Systematiken und untereinander her.

Die »Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961« ist eine für die Zwecke der Arbeitsstättenzählung 1961 gekürzte Fassung der Grundsystematik der Wirtschaftszweige, in der völlig oder teilweise auf die in der Grundsystematik enthaltene Untergliederung einer Reihe von Positionen verzichtet wurde.

Eigens für Zwecke der Berufszählung 1961 wurde, ebenfalls als gekürzte Fassung der Grundsystematik der Wirtschaftszweige, die »Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961« ausgearbeitet.

Mit der »Klassifizierung der Berufe. Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen« (Ausgabe 1961), die die bis dahin getrennt geltenden Berufssystematiken von 1950 und 1949 für die Statistik und die Arbeitsverwaltung ersetzte, sollte eine Anpassung der Beobachtungsgrundlagen für das Berufsleben an dessen neuzeitliche Formen und die Vergleichbarkeit mit der »Internationalen Standardklassifikation der Berufe« (ISIC) erreicht werden. Wie die Systematik der Wirtschaftszweige wurde auch die neue Berufssystematik als Grundklassifizierung angelegt. Sie soll immer Anwendung finden, wenn eine geordnete Zusammenstellung von Informationen über das Berufsleben benötigt wird, für die Statistik ebenso wie für die Arbeitsmarktbeobachtung, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung usw. Die Systematik enthält eine Übersicht über die systematische Ordnung der Berufsklassen sowie einen systematischen und alphabetischen geordneten Katalog der Berufsbenennungen

Das Verzeichnis der Berufsbenennungen ist, wie auch die Beschreibungen der systematischen Einheiten, das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie des Statistischen Bundesamtes. An den Arbeiten waren außerdem Sachverständige sowie zahlreiche andere Dienststellen, Fachverbände und Firmen durch aktive Mitwirkung oder Auskunftserteilung beteiligt.

Als Ergänzung zu dem systematischen und alphabetischen Berufsverzeichnis wurde vom Statistischen Bundesamt eine »Klassifizierung der Berufe, Beschreibungen der systematischen Einheiten« (Vorläufige Ausgabe 1961) herausgegeben, die ausführliche erläuternde Beschreibungen der einzelnen Berufe enthält und als Arbeitsunterlage in den Statistischen Ämtern und den Arbeitsverwaltungen dienen sollte.

Als weitere systematische Unterlagen wurden für die Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 ein Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1961), ein Umsteigeschlüssel von den Signierkennziffern der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961« zu den Wirtschaftsgruppen der Berufszählung 1950 und ein Verzeichnis der Anstalten und Beherbergungsbetriebe (in systematischer und alphabetischer Gliederung) zur Verfügung gestellt. Ferner wurde für den Nachweis der regionalen Gliederung der Schlüssel für die administrative Gliederung des Bundes-

¹⁾ ST/STAT/SER. M/4/Rev. 1, New York 1958. — ²⁾ Vgl. Bartels, H., Spilker, H.: »Die Systematik der Wirtschaftszweige«. Revidierte Arbeitsstättenstatistik. In: »Wirtschaft und Statistik«, 1959/2, S. 55 ff.

gebietes — kurz als Statistische Kennziffern, Kennziffern oder Gemeindeschlüssel bezeichnet — verwendet, nach dem auch das »Amtliche Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland«¹⁾ aufgebaut ist. Im achtstelligen Gemeindeschlüssel bezeichnen die erste und zweite Stelle das Land, die dritte den Regierungs- (Verwaltungs-)bezirk, die vierte und fünfte den Landkreis oder die kreisfreie Stadt, die sechste bis achte schließlich die Gemeinde.

Erwähnt sei schließlich noch, daß 1950 zum letzten Mal für die Zählungen in der Bundesrepublik und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eine gemeinsame Berufs- und Arbeitsstättensystematik verwendet wurde.

6. Probebefragungen

Wie schon anläßlich früherer Zählungen, wurden auch im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zum Volkszählungswerk 1961 Probebefragungen durchgeführt. Sie begannen Ende 1958/Anfang 1959 mit Prüfungen im Statistischen Bundesamt und in einigen Statistischen Landesämtern, bei denen die Fragen von Amtsangehörigen auf ihre Verständlichkeit hin beurteilt wurden. Im Sommer 1959 wurde dann in Schleswig-Holstein die erste Befragung in der Öffentlichkeit vorgenommen, der Ende 1959 und im Frühsommer 1960 Probebefragungen im ganzen Bundesgebiet folgten.

Der Zweck dieser Maßnahmen war, die formale Gestaltung der Erhebungspapiere zu erproben, die Verwendbarkeit erweiterter Konzepte zu überprüfen, die Fragen auf Verständlichkeit der Formulierung und hinsichtlich der Aussicht auf zureichend richtige und vollständige Beantwortung zu untersuchen und Informationen über die Zweckmäßigkeit sonstiger organisatorischer Maßnahmen, wie den Aufbau der Zählungsorganisation in den Gemeinden, zu erhalten.

Die Rechtsgrundlage für die Probebefragungen bildete § 2 des Volkszählungsgesetzes, wo sie zwar nicht verbindlich angeordnet, aber zugelassen wurden. Da das Gesetz aber erst im April 1961 verkündet wurde, war die Bestimmung in § 2 nur noch eine nachträgliche Legalisierung der zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossenen und ausgewerteten Probebefragungen. Die praktische Bedeutung der Gesetzesbestimmung beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Vorwegbewilligung von Haushaltsmitteln und deren Verausgabung nachträglich zu rechtfertigen.

Methodische und organisatorische Vorbereitung

Bei der Ausarbeitung des Erhebungsplanes wurde davon ausgegangen, daß in die Befragungen etwa 0,1% der Bevölkerung einbezogen werden sollte. Diese Richtgröße wurde auch bei der Schätzung der Kosten, die unter den Kosten für die Vorbereitung der Zählungen zu berücksichtigen waren, zugrunde gelegt. Auf Grund späterer Überlegungen wurde der Auswahlatz auf 0,2% erhöht. Unterschiedliche Auffassungen wurden über das anzuwendende Auswahlverfahren vertreten. Bei der Entscheidung über diese Frage war zu berücksichtigen, daß die Ergebnisse über einen guten Repräsentationsgrad hinsichtlich der regionalen Streuung, der Verteilung auf Stadt und Land und der Erfassung der verschiedenen sozialen Schichten verfügen sollten. Im Hinblick darauf und auf ursprünglich beabsichtigte Fehlerberechnungen wurde erwogen, nach einem strengen Stichproben-Auswahlverfahren vorzugehen. Dieser Plan wurde aber verworfen, da es bei den Probebefragungen nicht auf die Erzielung statistischer Ergebnisse, sondern auf die Gewinnung von Informationen für operative Entscheidungen ankam. Diese waren aber auch mit einfacheren Auswahlverfahren zu erreichen, durch die Arbeitsaufwand und Kosten reduziert werden konnten. Die Entscheidung fiel zugunsten der Auswahl geschlossener Flächen (Gemeinden, Stadtbezirke), für die weder die Auswahl noch die Bearbeitung durch die Zähler besondere Pro-

bleme aufwarfen. Um dennoch eine nach dem Zufallsprinzip ermittelte Streuung der Zählflächen zu erreichen, wurde für die Probebefragungen im Frühsommer 1960 aus den Wahlbezirken der repräsentativen Wahlstatistik eine Unterstichprobe gezogen, die eine Erfassung von 0,2% der Bevölkerung erwarten ließ.

Sofern für die Durchführung der Probebefragungen nicht das Personal der Statistischen Ämter zur Verfügung stand, verursachte die Zählergewinnung Schwierigkeiten. Da noch keine Rechtsgrundlage zur Verfügung stand, gab es auch keine Handhabe zur Verpflichtung von Zählern. Im allgemeinen entstanden aber daraus keine unüberwindlichen Probleme.

Verschiedentlich wurde der Einwand geäußert, daß der Einsatz von Bediensteten der amtlichen Statistik als Zähler für die Durchführung der Probebefragungen eine nicht als repräsentativ für die späteren Zählungen zu betrachtende Situation geschaffen habe. Dem konnte entgegengehalten werden, daß die von den Zählern gesammelten und mitgeteilten Erfahrungen ein wichtiger Bestandteil der Befragungen waren. Brauchbare Informationen waren aber nur von tauglichen und gut geschulten Zählern zu erhalten, so daß der Einsatz von Bediensteten der Statistik auch aus dieser Sicht gerechtfertigt war. Meist wußte die Bevölkerung über die bevorstehende Befragung Bescheid und begegnete den Zählern entgegenkommend. Gelegentlich wurde aber die unzureichende Unterrichtung der Öffentlichkeit bemängelt. In solchen Fällen kam es vor, daß die Zähler Erklärungen über Sinn und Zweck der Befragung abgeben mußten, was zu einer Erschwerung und Verzögerung ihrer Arbeit führte. Bei künftigen Probebefragungen wird auf eine ausreichende Öffentlichkeitsarbeit zu achten sein, die mit Schwerpunkt auf regionale Basis (Regionalpresse, Anschlagsäulen) zu stellen ist. Es hat sich gezeigt, daß diese Maßnahmen zusätzlich zu den in der Regel versandten Begleitschreiben, worin den Befragten die notwendigen Erklärungen mitgeteilt wurden, zu empfehlen sind.

Ablauf und Inhalt der Befragungen; Folgerungen

Zeitplan, Inhalt und Umfang der Probebefragungen wurden so angelegt, daß bei jeder folgenden Befragung die Erkenntnisse aus der vorhergegangenen berücksichtigt werden konnten. Deshalb mußte zwischen den einzelnen Befragungen genügend Zeit bleiben, um jeweils die Ergebnisse auswerten und für die Vorbereitung der nächsten Befragung berücksichtigen zu können. Der Zeitplan insgesamt mußte so festgelegt werden, daß einerseits die abschließenden Ergebnisse der Probebefragungen rechtzeitig für die letzten Vorbereitungen der Zählungen vorlagen; andererseits sollte im Interesse möglicher Aktualität der Ergebnisse der zeitliche Abstand zum Zählungstichtag nicht größer als nötig sein.

Der Befragtenkreis wurde von Befragung zu Befragung gewechselt und vergrößert. Bei den ersten Ermittlungen Ende 1958/Anfang 1959 beschränkten sich das Statistische Bundesamt und einige Statistische Landesämter darauf, das Frageprogramm der Volks- und Berufszählung durch Amtsangehörige beantworten und auf Verständlichkeit beurteilen zu lassen. Die gesammelten Informationen wurden für die Gestaltung des Fragebogen-Entwurfs herangezogen.

Im Juni 1959 führte das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein die erste Probebefragung durch, bei der es eine selbstentwickelte Haushaltsliste verwendete, die aber in der Anordnung der Fragen und in den Fragestellungen im wesentlichen dem Entwurf des Statistischen Bundesamtes entsprach. Die Listen, denen ein Anschreiben an die Haushalte beigelegt war, wurden durch die Post an rund 600 Haushalte in 12 Gemeinden versandt; die Adressen waren dem Material der Wohnungszählung 1956 entnommen worden. Mit dem Einsammeln wurden Zähler beauftragt, die dabei ein Interview mit vorgegebenen Fragen

¹⁾ Neueste Ausgabe nach dem Bevölkerungs- und Gebietsstand 6. Juni 1961. Herausgeber: Statistisches Bundesamt; Stuttgart und Mainz 1963.

durchzuführen hatten. Geprüft wurden die Verständlichkeit der Fragen und die formale Gestaltung des Fragebogens. Die Bevölkerung war aufgeschlossen, doch hätte, wie schon oben erwähnt, zur Erleichterung der Zählerarbeit eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Zweck der Befragung vorausgehen können.

Im November und Dezember 1959 folgten Probebefragungen in allen Ländern des Bundesgebietes außer in Baden-Württemberg und im Saarland, bei denen in 129 Gemeinden und Stadtbezirken rund 7 800 Haushaltslisten ausgefüllt wurden. Verwendet wurden vier in der Frageformulierung einheitliche, in Form und Anordnung verschiedene Muster der Haushaltsliste sowie der Arbeitsstättenbogen. Die mit dem Ausfüllen zusammenhängenden Auskünfte der Befragten waren in ein Berichtsblatt einzutragen.

Die Ergebnisse dieser ersten Serie von Probebefragungen lieferten wichtige Aufschlüsse über die Bewährung der einzelnen Fragebogenmuster und ließen erkennen, bei welchen Fragen die Beantwortung besondere Schwierigkeiten bereitete. Die Mitarbeit der Bevölkerung war besser als erwartet. Die Entwürfe der Fragebogen wurden unterschiedlich beurteilt, eine eindeutige Überlegenheit des einen oder anderen Musters hat sich nicht ergeben. Bei der städtischen und vor allem großstädtischen Bevölkerung sprach der Entwurf mit der Senkrechanordnung der Fragen in der Vorspalte, worin teilweise die Antwort durch Ankreuzen von Kästchen zu geben war, besonders gut an. Da dieser Entwurf nach übereinstimmender Auffassung auch in anderer Hinsicht, z. B. für die Signierarbeit, Vorteile hatte, wurde er allein später für die zweite Runde der Probebefragungen im Frühsommer 1960 verwendet. Auf Grund der sonstigen Erfahrungen wurden die Formulierung, Reihenfolge und Anordnung der Fragen verbessert sowie einige drucktechnische und graphische Änderungen vorgenommen. Für einige Fragen wurde deutlich, daß wegen unzuverlässiger oder unterbleibender Beantwortung nur Ergebnisse von begrenztem oder zweifelhaftem Wert zu erwarten seien. Das galt vor allem für die Fragen nach der Kranken- und der Renten- bzw. Angestelltenversicherung sowie nach der weiteren Tätigkeit.

Die Ergebnisse und Erfahrungen wurden für die Vorbereitung der zweiten, umfassenden Serie von Probebefragungen ausgewertet, die zwischen dem 28. April und dem 22. Juni 1960 in allen Ländern des Bundesgebietes außer im Saarland durchgeführt wurden. In über 100 Gemeinden und Verwaltungsbezirken wurden rund 40 000 Haushalte mit 120 000 Personen, das waren etwa 0,2% der Bevölkerung, befragt. Von den meisten Landesämtern wurden auch Anstalten und Arbeitsstätten in die Befragung einbezogen. Die Auswertungen mußten so rechtzeitig bereitgestellt werden, daß sie noch voll für die Gesetzgebungsprozedur nutzbar gemacht werden konnten. Neben der nochmaligen Erprobung des Fragebogens sowie der Überprüfung der Frageformulierungen und der Aussicht der Fragen auf Beantwortung wurde angestrebt, Erfahrungen über Gewinnung und Qualität der Zähler zu erhalten und Untersuchungen über operative Kontrollverfahren anzustellen. Über die Zählerbewährung konnten verallgemeinernde Aussagen kaum abgeleitet werden, weil eine Vielzahl von Faktoren — persönliche Eignung, Höhe der Aufwandsentschädigung, örtliche Verhältnisse, Schulung und Betreuung usw. — Einfluß haben (vgl. III. 3. c). Deutlich wurde, daß ohne entsprechende Entschädigung kaum Aussicht besteht, genügend geeignete und bereitwillige Zähler zu gewinnen.

Da nach allgemeiner Auffassung die Gebäudeliste bei der Probezählung die ihr zugeordnete Funktion als Ordnungspapier unzureichend erfüllte, wurde — wie schon 1950 — die Verwendung einer Zählbezirksliste als Kontrollpapier beschlossen. Hinsichtlich der Haushaltsliste ergaben sich keine wesentlich neuen Erkenntnisse. Es erhärtete sich die Erfahrung, daß auf eine auch nur einigermaßen zuverlässige Erfassung der Versicherungsverhältnisse keine Aussicht besteht. Auch die Auskünfte über die weitere Tätigkeit

schießen in der bis dahin ausführlich gehaltenen Fragestellung wenig erfolgversprechend. Eine erhebliche Untererfassung war bei der Ermittlung der Schwerbeschädigten und Körperbehinderten sowie der heimatlosen Ausländer und nichtdeutschen Flüchtlinge festzustellen. Die Ergebnisse der Probebefragungen bildeten die Grundlage für abschließende Verhandlungen mit den Ressorts über das Frageprogramm. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß auf die besonders schwer zu beantwortenden Fragen nach der Krankenversicherung, der sozialen Rentenversicherung bzw. der Angestelltenversicherung und auf die Erfassung der Schwerbeschädigten und Körperbehinderten verzichtet werden soll. Diese Angaben sollten, ebenso wie die Unterlagen über die Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Flüchtlinge, durch den Mikrozensus bereitgestellt werden.

Eine wichtige Zielsetzung der Probebefragungen vom Frühsommer 1960 waren schließlich die Kontrollen auf Vollständigkeit der Eintragungen und Erfassung der Personen mit weiterem Wohnraum. Geprüft werden sollten lediglich die technischen Voraussetzungen dieser als »Rot-Weiß-Aktion« bezeichneten operativen Kontrolle. Auf Grund späterer Entscheidungen wurde in kleinerem Rahmen nur eine deskriptive »Alphabet-Kontrolle« durchgeführt, die eine Schätzung des Erfassungsfehlers der Wohnbevölkerung im Bundesgebiet erlaubte (vgl. V. 2 a).

7. Öffentlichkeitsarbeit

Zweck der Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit für das Volkszählungswerk 1961 konzentrierte sich vor allem auf die Volks- und Berufszählung. Zwar wurden auch die Arbeitsstättenzählung und die Gebäudezählung in den Plan einbezogen, jedoch in einem verhältnismäßig geringen Umfang. Das entsprach auch den praktischen Gegebenheiten, da sich die Volkszählung an die gesamte Wohnbevölkerung wendete — an Angehörige aller sozialen Schichten und aller Altersstufen, an Großstädter und Landbewohner, an Ausländer und deutsche Staatsangehörige. Für das Gelingen der Zählung war die gewissenhafte und bereitwillige Mitarbeit der Bevölkerung, sei es durch sorgfältiges Ausfüllen der Fragebogen oder durch zusätzliche Übernahme des ehrenamtlichen Zähleramtes, von größter Bedeutung. Zu dieser Mitarbeit aufzufordern und gleichzeitig über Sinn und Zweck der Volkszählung zu unterrichten war Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit. Ihre Hauptanliegen waren, psychologische Widerstände oder Gleichgültigkeit gegenüber der Statistik zu beseitigen, die Tatsache und Bedeutung der bevorstehenden Zählung bekanntzumachen, die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Durchführung zu heben, durch Erläuterung einzelner Fragen und Fragekomplexe das Verständnis zu fördern, die Qualität der Beantwortung zu verbessern, ehrenamtliche Zähler zu werben. Das alles sollte durch eine breitgestreute, allgemein verständliche, psychologisch geschickt angelegte, in der zeitlichen und sachlichen Dosierung systematisch aufgebaute Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden.

Arbeits- und Zeitplan

Wie alle organisatorischen Vorarbeiten zum Zählungswerk, wurde auch die Planung der Öffentlichkeitsarbeit durch die späte Verkündung des Zählungsgesetzes erschwert. Trotz vieler Unsicherheiten mußte ein detaillierter Ablaufplan vorbereitet werden, nach dem zu gegebener Zeit unverzüglich vorgegangen werden konnte (vgl. Übersicht »Zeitplan für den Ablauf der Öffentlichkeitsarbeit zur Volkszählung 1961«, Abdruck im Anhang S. 200). Bei der Ausarbeitung des »Werbefeldzuges« wurden alle Werbeträger und -mittel berücksichtigt, die zur Erreichung des Zieles geeignet und kostenmäßig vertretbar erschienen. Mit der Abwicklung des Hauptprogramms konnte erst im April 1961 begonnen werden, als der Zählungstichtag endgültig fest-

stand. Die planmäßige überregionale Öffentlichkeitsarbeit konzentrierte sich also auf die fünf Wochen vor dem Zählungstichtag. Den Auftakt aller Maßnahmen bildete eine Pressekonferenz am 2. Mai 1961 im Statistischen Bundesamt, zu der Vertreter von Nachrichtenagenturen, Korrespondenzunternehmen, Redaktionsgemeinschaften, Tageszeitungen, Zeitschriften sowie der Wochenschauen, des Funks und Fernsehens eingeladen wurden. Die Beteiligung daran blieb hinter den Erwartungen zurück; es wurde die Meinung geäußert, daß ein günstiger gelegener Konferenzort, etwa Bonn, empfehlenswert gewesen wäre. Den Journalisten wurden, in Ergänzung zu einem Referat und der anschließenden Diskussion und als Grundlage für die Berichterstattung, Pressemappen mit Texten über wichtige Fragen zur Volkszählung überreicht.

Die Öffentlichkeitsarbeit erreichte ihre größte Intensität Anfang Juni 1961. Regionale Streuung, ausgewogene Verteilung der einzusetzenden Publikationsmittel und den verschiedenen Bevölkerungsschichten angepaßte, differenzierte Darstellungsformen gewährleisteten den wirkungsvollen Einsatz der nicht sehr reichlich verfügbaren Mittel.

Organisation

Eine Öffentlichkeitsarbeit auf breiter Basis, wie sie für das Volkszählungswerk 1961 notwendig war, erforderte einen hohen Grad von Einheitlichkeit sowohl im fachlichen Aufbau als auch in der zeitlichen Disposition. Voraussetzung hierfür war, daß zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern weitgehende Einmütigkeit über die allgemein durchzuführenden Maßnahmen erzielt wurde. Neben einer wechselseitigen Abstimmung der überregionalen und der regionalen Öffentlichkeitsarbeit war aber auch die Kontaktaufnahme und -pflege mit den Werbemedien zu koordinieren. Sowohl das Statistische Bundesamt als auch die Statistischen Landesämter stehen in ständiger Verbindung zur Presse und arbeiten fallweise mit Tonrundfunk und Fernsehen zusammen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, daß sich das Statistische Bundesamt und die einzelnen Statistischen Landesämter gegenseitig über ihre Vorhaben unterrichteten und diese gegebenenfalls aufeinander abstimmten. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter waren übereingekommen, daß zur Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961 eine Öffentlichkeitsarbeit wesentlich größeren Umfangs als anläßlich der Zählung 1950 betrieben werden sollte, sowie darüber, daß das Statistische Bundesamt für das gesamte Bundesgebiet, die Länder für ihren jeweiligen Bereich entsprechende Pläne ausarbeiten und durchführen sollten.

Mit der Durchführung der zentralen Planung, Gestaltung und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene wurde vom Statistischen Bundesamt erstmals eine private Werbeagentur beauftragt. Bestimmend für diesen Entschluß war, daß das Statistische Bundesamt personalmäßig und organisatorisch nicht auf die Durchführung einer Öffentlichkeitsarbeit in größerem Maßstab eingerichtet ist, daß wichtige Unterlagen, wie Adressenkarteien, Kosten- und Kalkulationsgrundlagen, Auflagennachweise der Presse, Übersichten über die Zahl der vorhandenen Anschlagstellen und Litfaßsäulen, Erfahrungen über die Werbewirksamkeit der einzelnen Publikations- und Propagandamittel usw., nicht zur Verfügung stehen. Zu den Aufgaben, die von der Werbeagentur übernommen wurden, gehörten u. a.

- die Ausarbeitung der Grundkonzeption für alle publizistischen und Werbemaßnahmen,
- die Aufstellung eines Durchführungsplanes,
- die Einholung von Angeboten und die Ausarbeitung von Kostenvoranschlägen für gegebenenfalls herzustellende Werbemittel,
- die Erteilung von notwendig werdenden Aufträgen an Werbemittel- und Druckvorlagen-Hersteller,
- die sachliche und rechnerische Prüfung von Fremdrechnungen,

- die Aufstellung von Zeit- und Kostenplänen für vorge-sehene Werbemittel,
- die kostengünstige Auswahl und Streuung der Werbemittel,
- die Durchführungskontrolle und Abrechnung der Werbung,
- die ständige Kontaktpflege zu den publizistischen Medien,
- die Vorbereitung von Pressematerial, von Pressekonferenzen usw.,
- die Koordinierung der Berichterstattung der verschiedenen publizistischen Medien.

Neben der vom Statistischen Bundesamt gesteuerten überregionalen Öffentlichkeitsarbeit betrieben die Statistischen Landesämter eine mit Schwergewicht auf die jeweiligen landmannschaftlichen und regionalen Besonderheiten abgestimmte Werbung für die Zählung. Alle vom Statistischen Bundesamt oder in dessen Auftrag entwickelten Propagandamittel wurden auch den Statistischen Landesämtern zu beliebiger Weiterverwendung unentgeltlich überlassen oder — wie Plakate, Schulungsmaterial, Zählernadeln — gegen Kostenerstattung angeboten. Die Aufklärungsarbeit auf Landes- und Gemeindeebene machte von diesem Material ausgiebig, wenn auch von Land zu Land in unterschiedlichem Umfang, Gebrauch. Darüber hinaus stellten die Statistischen Landesämter eigene Pressemeldungen, Aufsätze, Glossen, Plakate usw. zur Verfügung. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützten durch Aufrufe über Rundfunk und Presse sehr wirksam die statistischen und kommunalen Organe. Ein großes Hauptpostamt benutzte einen vom dortigen Statistischen Landesamt entworfenen Freistempler; dieser Einrichtung bedienten sich auch die Statistischen Landesämter und einige Behörden. Zahlreiche Großbetriebe und öffentliche Dienststellen gestatteten den Aushang von Plakaten; aber auch örtliche Verkehrsmittel, wie U-Bahnen, Straßenbahnen und Omnibusse, konnten mit gutem Erfolg für die Plakatierung gewonnen werden. In einem Land, das die vom Statistischen Bundesamt angebotenen und von der Agentur angefertigten Plakate verwendete, befürchtete der Einzelhandelsverband, daß der auffallende Entwurf die Käufer von der Eigenwerbung des Einzelhandels ablenken könnte; dies sprach durchaus für Aufmachung und Wirkung der Plakate.

In einem Land veranlaßte die Kultusverwaltung die Behandlung der Volkszählung im staatsbürgerlichen und zeitgeschichtlichen Unterricht; vom Statistischen Landesamt wurden dafür Unterlagen geliefert. Diese Maßnahme war geeignet, über die Schüler indirekt auch die Eltern anzusprechen. Ferner wurde dadurch auch die Zählergewinnung und -schulung gefördert, da zahlreiche Lehrer und Schüler als Zähler mitwirkten. Ferner ist zu erwähnen, daß zahlreiche Gemeinden, vor allem Städte, intensiven und fruchtbaren Kontakt mit der lokalen Presse aufnahmen und bei der Bevölkerung durch Wort- und Bildreportagen über die Vorbereitungen in der eigenen Gemeinde Interesse und Verständnis für die Zählung weckten. Überregionale und regionale Öffentlichkeitsarbeit ergänzten sich bei der Vorbereitung des Volkszählungswerkes 1961 wechselseitig, durch größere Mannigfaltigkeit der werblichen Medien und Ausdrucksformen konnte die Wirksamkeit der Werbung beträchtlich gesteigert werden.

Orientierungsstudie

Vor der Konzipierung der Öffentlichkeitsarbeit wurden Mitte Januar 1961 Interviews mit 53 Personen durchgeführt, die sich aus Angehörigen verschiedener Bevölkerungsschichten — Arbeitern, Angestellten, Hausbesitzern, Landwirten, Gewerbetreibenden, Beamten und Rentnern — zusammensetzten. Ziel dieser Untersuchung war, ein allgemeines Bild von der Einstellung der Bevölkerung zur Statistik im allgemeinen sowie zur Volkszählung und einigen damit zusammenhängenden Fragen zu erhalten, wie

z.B. der Fähigkeit der Befragten, den Fragebogen allein auszufüllen, oder der Einstellung gegenüber den Zählern. Da nur die Meinungen selbst, nicht aber deren Gewicht und Verbreitung ermittelt werden sollten, genügte die Befragung einer kleinen Testgruppe.

Es stellte sich heraus, daß trotz einer im allgemeinen positiven Beurteilung der Statistik eine starke Abneigung gegen Fragebogen aller Art und eine überwiegend passive Einstellung zur Volkszählung vorhanden war. Weit verbreitet war die Meinung, daß durch Einsichtnahme unerwünschter Stellen in die Erhebungsbogen Nachteile für die Auskunftspflichtigen erwachsen könnten. Viele Befragte trauten sich nicht zu, den Erhebungsbogen ohne Unterstützung richtig ausfüllen zu können. Teilweise war Mißtrauen gegen die Zähler, besonders wenn sie aus dem gleichen Wohnbezirk stammten, festzustellen.

Publikationsmedien und meinungsbildende Mittel

Wie schon gesagt, mußte die Werbung so angelegt sein, daß ihr Programm auf alle Bevölkerungsschichten abgestimmt war und alle geeigneten Publikationsmittel im Rahmen der verfügbaren Mittel optimal nutzte. Die anzustrebende differenzierte Information der verschiedenen Bevölkerungsschichten konnte durch Beiträge erreicht werden, die auf den spezifischen Leser- oder Benutzerkreis der einzelnen Publikationsmittel zugeschnitten waren. Publizistische Form und »Mentalität« des benutzten Mediums mußten sich entsprechen. Während zum Stil der überregionalen und regionalen Zeitungen der realistische Bericht paßte, eignete sich für Boulevardzeitungen eher die feuilletonistische Darstellung. In Unterhaltungs-, Bildungs-, Werk-, Haus- und Kundenzeitschriften empfahl sich eine unterhaltende Berichterstattung mit realistischem Hintergrund, in Standes-, Berufs- und Fachzeitschriften war der informatorische und dokumentarische Bericht vorzuziehen. Politische Wochenzeitungen waren prädestiniert für Dokumentation; eine Verwendung der unterhaltenden Wochenpresse als Werbeträger mußte jeweils den besonderen Zielsetzungen der einzelnen Blätter Rechnung tragen. Film, Tonfunk und Fernsehen sind sehr wirksame Werbemedien, doch waren ihrer Verwendung für Zwecke der Statistik von der Kostenseite her Beschränkungen auferlegt. Beim Film kamen für die Öffentlichkeitsarbeit vor allem die Wochenschau, beim Fernsehen die Regionalprogramme und beim Tonfunk wegen der Aufteilung in regionale Sendegebiete die Programme der einzelnen Sender in Betracht. Auf

kostspielige meinungsbildende Mittel, wie den Werbe-, Dokumentar- oder Spielfilm sowie auf Diapositivwerbung mußte verzichtet werden. Alle publizistischen Bemühungen wurden in einer Kurzform, der »institutionellen Werbung«, zusammengefaßt, bestehend aus dem »Markenzeichen« (den Buchstaben VZ mit dem Text »Volkszählung 61«) mit der erläuternden Aussage (headline) »...mal Inventur machen« und der Aufforderung, mitzumachen, denn: »Nur wer gezählt ist, zählt...!« Dieser Slogan und die »headline« wurden für die »institutionelle Werbung« durch Anzeigen (z. T. kostenlose Füllanzeigen), Plakate und Freistempler verwandt, waren aber auch Bestandteil und Leitgedanke bei allen Werbemaßnahmen. Für Fernseh- und Tonfunksendungen wurde zur Ankündigung und Einleitung ein akustisches Erkennungszeichen (Tonsymbol) in Form eines musikalischen Motivs entwickelt. In einigen Bundesländern wurden an die Zähler Anstecknadeln mit dem Volkszählungssymbol ausgegeben.

Um die Journalisten an dem Thema »Volkszählung 1961« zu interessieren und für eine positive und konstruktive Behandlung der damit zusammenhängenden Fragen in Presse, Tonfunk und Fernsehen zu gewinnen, wurde ein journalistischer Leistungswettbewerb ausgeschrieben. Von 104 eingereichten Beiträgen aus dreizehn verschiedenen Formengruppen wurden die besten prämiert. Tatsächlich haben, von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen, alle Publikationsmittel sehr aktiv und wohlwollend die Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Wiederholt wurde der journalistische Leistungswettbewerb als beste zentrale Werbemaßnahme bezeichnet.

Der Propagandadienst stellte den Werbungsträgern und den Statistischen Landesämtern 32 Presseartikel, 13 Beiträge zur »Sonderaktion für die Frau«, 7 Karikaturen, 55 Fotos und Zeichnungen, 1 Schaubild »Volkszählung in fast allen Ländern der Erde«, 1 Bildstreifen (comic strips) in 13 Fortsetzungen über das Thema: »Mal Inventur machen: heute wie vor 4000 Jahren« zu beliebiger weiterer Verwendung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. In 48 Ausstrahlungen der 10 Tonrundfunk-Sender und 12 Ausstrahlungen von 5 Fernseh-Sendern wurden Fragen der Volkszählung behandelt. Fast alle Sendungen zeichneten sich durch gute Fachkenntnisse und eine bemerkenswert positive Einstellung zum Zählungswerk aus. Die nach Ansicht von Fachvertretern beste Fernsehsendung war eine Darstellung statistischer Fragen im allgemeinen und der mit dem Zählungswerk verbundenen Problematik im besonderen durch gezeichnete Bilder. Die Sendung erhielt den für die Formengruppe »Fernsehen« des journalistischen Leistungswettbewerbs ausgesetzten Preis zuerkannt.

Kosten der überregionalen Öffentlichkeitsarbeit

Schon bei der Planung der zentralen Öffentlichkeitsarbeit mußte davon ausgegangen werden, daß für diesen Zweck nur verhältnismäßig geringe Mittel — es waren gegen 200 000 DM — zur Verfügung standen. Diese Summe war in adäquater Form auf die einzelnen Werbeträger so zu ver-

Kosten der überregionalen Öffentlichkeitsarbeit

Verwendungszweck	DM	%
Insatkosten einschl. Klischeeherstellung	57 000	31,0
Herstellung und Versand der Pressedienste ...	16 000	8,7
Sonderwerbeaktion »Für die Frau«	33 000	18,0
Journalistischer Leistungswettbewerb einschl. Preise	28 000	15,2
Rundfunk, Fernsehen	2 000	1,1
Material für Zählerschulung	1 000	0,5
Pressekonferenz	1 000	0,5
Wirkungskontrolle	14 000	7,6
Agenturhonorar	30 000	16,3
Sonstiges	2 000	1,1
Insgesamt ...	184 000	100

..mal Inventur machen:



6. Juni 1961

Nur wer gezählt ist, zählt ...!

teilen, daß insgesamt davon ein optimaler Wirkungsgrad der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu erwarten war. Einen Überblick über die Verwendung der für die überregionale Öffentlichkeitsarbeit verfügbaren Mittel gibt nachstehende Übersicht, in der eine Zusammenfassung nach Ausgabengruppen vorgenommen wurde.

Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit

Nach einmütigem Urteil war die Öffentlichkeitsarbeit zum Volkszählungswerk 1961 wesentlich besser und erfolgreicher als für die Zählung von 1950. Die von der Werbeagentur geleistete Arbeit wurde — von einigen Einschränkungen abgesehen — als gelungen bezeichnet. Anfangs erhoben sich allerdings gelegentlich Einwände dagegen, die Statistik auf Methoden der modernen Werbung in das Bewußtsein der

Bevölkerung zu rücken, weil ein solches Vorgehen zu unseriös sei. Auch wurden die fehlenden statistischen Kenntnisse der Werbefachleute als Argument angeführt. Diese verhältnismäßig seltenen, in einer grundsätzlichen Ablehnung moderner Werbetechnik für Zwecke der Statistik resultierenden Bedenken konnten aber überwunden werden. Andere Kritiken zielten auf ganz bestimmte Werbemittel oder -maßnahmen, wie etwa das VZ-Symbol, den Plakatentwurf usw. und bedeuteten insofern keine prinzipielle Ablehnung der Beauftragung einer Agentur. Die Tätigkeit der Werbeagentur hat, das kann an Hand der nun vorliegenden Ergebnisse festgestellt werden, eine Reihe von Erkenntnissen vermittelt, die für die künftige Arbeit auf diesem Gebiet von Nutzen sein werden. Über die eigentliche Zielsetzung hinaus, die in einer Propagierung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 bestand, wurde ein Klima

Die überregionale Öffentlichkeitsarbeit zum Volkszählungswerk 1961
Benutzte Medien, zeitlicher Einsatz, Umfang

Werbemittel	Zeitlicher Einsatz (1961)	Art und Umfang der Werbung
A. Publizistische Mittel		
1. Presse		
Pressebeiträge	April—Juni	4 200 Pressebeiträge, Auflage 132 Mill.
darunter:		
Karikaturen		65 Abdrucke, Auflage 4,2 Mill.
Fotos, Illustrationen		515 Abdrucke, Auflage 9 Mill.
Bildstreifenserie		57 Abdrucke, Auflage 3,9 Mill.
Sonderveröffentlichungen für die Frau ..		611 Abdrucke, Auflage 13,4 Mill.
2. Rundfunk		
Tonrundfunk	April—Juni	10 Sender strahlten insgesamt 51 Sendungen ¹⁾ mit zusammen 634 Sendeminuten aus; es wurden schätzungsweise 40 Mill. Hörer angesprochen (insgesamt etwa 221 Mill. Fälle)
Fernsehen	Mai—Juni	5 Sender strahlten insgesamt 15 Sendungen ¹⁾ aus, die von rund 4,5 Mill. Zuschauern gesehen werden konnten (insgesamt etwa 8 Mill. Fälle)
3. Wochenschau		Zwei Wochen vor dem Zahlungsstichtag beginnend, wurde in 1 700 Filmtheatern des Bundesgebietes ein Beitrag gezeigt, den rund 4 Mill. Besucher sahen
4. Publizistische Organisation		
Pressekonferenz	2. Mai	Den Vorsitz führte der Präsident des Statistischen Bundesamtes; es nahmen Vertreter der Presse sowie die Leiter der Statistischen Landesämter und Vertreter des Statistischen Bundesamtes teil
Journalistischer Leistungswettbewerb	Mai—Juni	104 Einsendungen aus 13 Formengruppen, von denen die besten prämiert wurden
Schautafel »Gang durch einen Zählbezirk«		Von 3 Statistischen Landesämtern wurden 8 200 Tafeln für die Schulung der Zähler abgenommen
Zählernadeln		An 3 Statistische Landesämter wurden 62 000 Zählernadeln geliefert
B. »Institutionelle Mittel«		
1. Anzeigen	1., 2. und 5. Juni	Zweimaliges Inserieren in ausgewählten Tageszeitungen mit täglicher Gesamtauflage von 8,4 Mill. (= rund 50 % der Gesamtauflage aller in der Bundesrepublik erscheinenden Zeitungen); kostenlose Füllanzeigen vorwiegend in Zeitschriften und einigen Heimatzeitungen
2. Plakate	30. Mai ²⁾ —8. Juni	Versand von 24 000 Anschlagplakaten und 155 000 Aushangplakaten. 3 Statistische Landesämter verwendeten eigene Entwürfe
3. Freistempler		Vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern zum Frankieren der Dienstpost benutzt

¹⁾ Nur die festgestellten und/oder von den Rundfunk- und Fernsehanstalten mitgeteilten Sendungen einschl. Regionalsendungen. — ²⁾ Im Saarland vom 2. bis 8. Juni.

geschaffen, das der gesamten amtlichen Statistik zugute kam. Die positive Einstellung der Presse hat maßgeblich dazu beigetragen, daß kaum negative Kritik an der Zählung geübt wurde, wie das etwa bei der Volkszählung 1950 oder bei der Wohnungszählung 1956 der Fall war.

Um eine Vorstellung über Reichweite und Resonanz der Öffentlichkeitsarbeit bei der Bevölkerung und über die Wirksamkeit der einzelnen Werbemaßnahmen zu bekommen, wurde eine als »Wirkungskontrolle« bezeichnete spezielle Untersuchung durchgeführt. Diese bestand aus zwei Befragungen — die erste vor Beginn und die zweite nach Abschluß der Öffentlichkeitsarbeit — von jeweils etwa 2000 Personen. Bei der ersten Befragung (15. bis 24. April) wurde festgestellt, was die Bevölkerung von der Volkszählung wußte und wie sie dazu eingestellt war. Bei der zweiten Befragung (18. Mai bis 5. Juni) wurde die Verände-

rung von Wissen und Einstellung der Bevölkerung nach Durchführung der Werbeaktion festgestellt und über welche Werbeträger der Erfolg erzielt wurde. Aus Gründen der Kostenersparnis wurden beide Befragungen in sogenannte Mehrthemen-Untersuchungen eingebettet. Es ergab sich, daß rund 60 % der Befragten die Notwendigkeit von Volkszählungen bejahten und die Fragebogen richtig und vollständig auszufüllen bereit waren. Mit einem Anteil von nur 6 % war die Zahl der offenbar unbelehrbaren »Statistikfeinde« verhältnismäßig klein. Besondere Beachtung verdient der Rest, immerhin etwa ein Drittel der Bevölkerung, der sich aus Indifferenten zusammensetzt. Bei dieser Gruppe, die trotz grundsätzlich positiver Einstellung zur Statistik erst einer Ermunterung bedarf oder Unterstützung braucht, damit sie mitmacht, hatte die Öffentlichkeitsarbeit offenbar die besten Erfolge. Die Ergebnisse der Wirkungskontrolle,

aus denen sich keine recht signifikanten Wandlungen in der Einstellung der Bevölkerung zur Volkszählung ableiten lassen, scheinen unter diesem Aspekt nicht dem tatsächlichen Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit zu entsprechen. Bei der Interpretation der Resultate der Wirkungskontrolle darf nicht übersehen werden, daß die Einstellung der »indifferenten« Gruppe zur Statistik sich kaum geändert hat, wohl aber eine entscheidende Umstellung der Verhaltensweise zugunsten der Statistik zu verzeichnen war, worauf es aber letzten Endes ankam.

Aufschlußreich waren die Ergebnisse über die Wirksamkeit der einzelnen Informationsquellen. Von den 80% der Erwachsenen, die etwas von der Volkszählung gehört hatten, waren

- 58% durch Zeitungen und Zeitschriften,
- 20% durch den Rundfunk,
- 18% durch das Fernsehen,
- 19% durch Plakate an Anschlagsäulen und Verkehrsmitteln,
- 8% durch Gespräche,
- 2% durch den Fragebogen selbst

unterrichtet worden. Die hervorragende Bedeutung der Presse für die Öffentlichkeitsarbeit läßt sich daraus deutlich erkennen.

Aus den Erfahrungen von 1961 darf gesagt werden, daß eine etwas zeitigere Kontaktaufnahme mit einigen Werbeträgern, der aber die späte Verkündung des Zählungsgesetzes im Wege stand, zweckmäßig gewesen wäre. Rundfunk und Fernsehen pflegen ihre Programme auf mindestens ein halbes Jahr im voraus zu planen. Dem muß Rechnung getragen werden, wenn nicht nur Hinweise auf die bevorstehende Zählung und Reportagen im Nachrichtendienst, Zeitfunk und in den Regionalprogrammen, sondern auch Berichte, Vorträge, Dokumentationen u. dgl. im Hauptprogramm des Rundfunks und Fernsehens angestrebt werden. Litfaßsäulen und andere öffentliche Anschlagstellen sind häufig für längere Zeit im voraus gemietet und deshalb nicht kurzfristig verfügbar, wodurch die Plakataktion behindert werden kann.

Eine wirkungsvolle Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit sind Aufrufe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an die Bevölkerung. Starke Beachtung fanden z. B. die Ansprache des Bundespräsidenten (1950) oder des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (1961). Maßgebliche Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sollten noch nachdrücklicher als bisher auf die große Bedeutung von Volkszählungen hinweisen.

Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und sonstige Berufs- und Fachorganisationen könnten der Statistik helfen, indem sie ihren Mitgliedern die Wichtigkeit der Zählung für die eigenen Belange darlegen, in den Plakataushang einwilligen usw.

Ob zur Durchführung der überregionalen Öffentlichkeitsarbeit für ein kommendes Zählungswerk wieder eine Werbeagentur in Anspruch genommen werden soll, wird noch eingehend zu prüfen sein. Überwiegend wurde die erfolgreiche Arbeit der Agentur anerkannt. Es wurde eingeräumt, daß die Öffentlichkeitsarbeit fachmännisch und nach modernen werbetechnischen Erkenntnissen organisiert war und Erfolge zeitigte, wie sie mit den Mitteln der Verwaltung allein nicht hätten erzielt werden können.

Im Jahre 1962 wurde ein »Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit« gegründet, dessen Aufgabe unter anderem darin besteht, den Erfahrungsaustausch zwischen Bundesamt und Landesämtern auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit zu fördern.

8. Arbeits-, Zeit- und Ablaufplanung

Die rechtzeitige Durchführung der sehr umfangreichen und vielfältigen Vorbereitungsarbeiten und deren fristgerechter Abschluß kann nur durch eine sehr sorgfältige Planung aller notwendigen Arbeiten gewährleistet werden. Dafür ist es notwendig, zunächst eine möglichst lückenlose Übersicht über die Vorbereitungsarbeiten und den dafür erforderlichen Aufwand an Personal, Maschinen und Zeit zu schaffen. Darüber hinaus muß aber auch frühzeitig Klarheit über Personal-, Maschinen- und Zeitbedarf für die Durchführung und Aufbereitung der Zählung herbeigeführt werden, damit termingerecht die notwendigen zusätzlichen Räume, Maschinenkapazitäten und Arbeitskräfte bereitgestellt werden. Die Ablaufplanung muß außerdem noch zwischen allen Statistischen Landesämtern als den Trägern der Aufbereitung und dem Statistischen Bundesamt, das für die Koordinierung der Arbeiten und für die Zusammenstellung der Ergebnisse für Bundeszwecke verantwortlich ist, abgestimmt werden. Ohne detaillierte Planung und ständige Überwachung und gegebenenfalls Berichtigung der vorgesehenen Termine kann eine so umfangreiche, in den Einzelabschnitten vielfach verzahnte Aufgabe nicht rationell gelöst werden.

Die Notwendigkeit einer rechtzeitigen und gründlichen Ablaufplanung wurde bei der Zählung 1961 besonders deutlich. Die erstmals für die Aufbereitung eingesetzten elektronischen Datenverarbeitungsanlagen eröffneten im Vergleich zu den herkömmlichen Verfahren neue und bessere Möglichkeiten bei der Aufbereitung und Ergebnisfeststellung, stellten aber auch wesentlich höhere Anforderungen an die Arbeits- und Zeitplanung. Obgleich die Vorbereitung der Zählung 1961 sehr frühzeitig eingeleitet wurde und umfangreicher als jemals zuvor war, stellte sich heraus, daß künftig noch früher und noch umfassender mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen werden muß. Vor allem die Probe-

Zeitliche Folge und Dauer der Hauptarbeitsabschnitte der Volks- und Berufszählung 1961

Vorbereitung

1. Aufstellen des Tabellenprogramms	Januar 1958
2. Beginn mit dem Aufstellen eines Erhebungsprogramms auf Grund der Forderungen der Ressorts und Wünsche von interessierten Stellen	Sommer 1958
3. Festlegen der Erhebungs- und Auszählungsmerkmale	April 1958
4. Entwerfen der Zähl- und Organisationspapiere	September bis Oktober 1960
5. Zeit- und Ablaufpläne	Juli 1960
6. Kostenpläne Erste überschlägliche Kostenberechnung Endgültige Kostenkalkulation und Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern	Mai 1958 November 1959
7. Arbeiten an Systematiken und sonstigen Signiervzeichnungen	bis November 1960
8. Probebefragungen Probebefragungen von 600 Haushalten in 12 Gemeinden Schleswig-Holsteins Fragebogentest mit 4 Entwürfen der Haushaltsliste bei 7 800 Haushalten in 129 Gemeinden Probezählungen in 40 000 Haushalten mit 100 000 Personen	März 1959 November bis Dezember 1959 April bis Juli 1960
9. Zählungsgesetz Erster Rohentwurf des Statistischen Bundesamtes Abstimmung des Ressortentwurfs nebst Begründung mit den Statistischen Landesämtern Beratung im Kabinett Beratungen in den gesetzgebenden Körperschaften Verkündung des Zählungsgesetzes	Februar 1958 Juli 1960 Oktober 1960 Oktober 1960 bis März 1961 18. April 1961
10. Aufstellung der Aufbereitungspläne, Signieranleitungen, Signierschlüssel	ab Juli 1960
11. Ausbildung von Programmierern	im Jahre 1960
12. Programmierung	ab Mai 1961

Durchführung

13. Druck der Zähl- und Organisationspapiere	Februar bis April 1961
14. Durchführung einer Gebäudevorerhebung	März bis April 1961
15. Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke	Februar bis April 1961
16. Errichtung von Zählungsdienststellen in den Gemeinden	Februar bis Mai 1961
17. Öffentlichkeitsarbeit	
Pressekonferenz	2. Mai 1961
Versand von 21 Pressediensten	April bis Juni 1961
Anzeigen	Mai bis Juni 1961
Rundfunk	April bis Juni 1961
Fernsehen	Mai bis Juni 1961
18. Versand der Erhebungspapiere an die Gemeinden	März bis Mai 1961
19. Zählerfrage (Zähler, Oberzähler)	
Werbung	März bis Mai 1961
Bestellung	April bis Mai 1961
Schulung	April bis Mai 1961
20. Vorbereiten der Zählpapiere in den Gemeinden (Eintragen der Ordnungsangaben in die Zählpapiere; Zusammenstellen der Zählernappen)	März bis Mai 1961
21. Austeilen der Zählpapiere durch die Zähler und Oberzähler	23. Mai bis 2. Juni 1961
22. Zählpapiere bei der Bevölkerung ..	23. Mai bis 13. Juni 1961
23. Einsammeln der Zählpapiere durch die Zähler	6. bis 13. Juni 1961
24. Prüfen der Eintragungen in den Zählpapieren durch Zähler und Oberzähler	6. bis Ende Juni 1961
25. Ablieferung der Zählpapiere an die Zählungsdienststellen in den Gemeinden	bis Ende Juni 1961
26. Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden auf Vollständigkeit der Erfassung (einschl. Vergleich mit den Einwohnerverzeichnissen) und Vollständigkeit der Angaben	Juni bis Ende 1961

27. Kontrollstichprobe (»Sofortkontrolle«) in 0,33 % (ursprünglich geplant: 1 %) aller Zählbezirke ...	Juni/Juli 1961
28. Fertigung von Anschriftenlisten für die Gartenbauerhebung 1961	Juli 1961
29. Ablieferung der Zählpapiere an die Statistischen Landesämter	Juni bis Dezember 1961

Aufbereitung

30. Vollzähligkeitskontrolle; Vergleich der Zählpapiere; Trennen der Zählpapiere	Juli bis Oktober 1961
31. Prüfen, Berichtigen und Ergänzen der Angaben in der Haushaltsliste; Feststellen der Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung	August 1961 bis Januar 1962
32. Zusammenführen der Haushaltslisten mit den Kontrollinterviews	Dezember 1961 bis Januar 1962
33. Signieren; Signierprüfen; Heraus-schreiben der Karteikarten für deskriptives Kontrollverfahren (»Alphabetkontrolle«)	Dezember 1961 bis Dezember 1962
34. Lochen; Lochprüfen	Mai 1962 bis Februar 1963
35. Maschinelle Plausibilitätskontrollen	Juni 1962 bis Juni 1963
36. Ergebnissfeststellung	
Vorwegergebnisse zum Sofortprogramm	Juli 1963
(darunter Jahrbuchtabellen)	
Rest des Sofortprogramms	November 1963
Maschinelle Aufbereitung in den Statistischen Landesämtern bis einschließlich Summenkartenerstellung	April 1962 bis Ende 1964
Erstellung der Maschinentabellen für die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter	Oktober 1963 bis Ende 1965
Erstellung der Reinschrifttabellen für das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes	Mitte 1964 bis Ende 1965

Veröffentlichung der Bundesergebnisse

37. Statistisches Jahrbuch	1962 ff.
38. 19 Vorberichte	Juni 1962 bis März 1965
39. 21 Einzelveröffentlichungen der Fachserie A	Januar 1966 bis 1968

erhebungen, die zur Erprobung der für die nächste Volkszählung vorgesehenen neuen Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren in beträchtlich größerem Maße als etwa für die Zählung 1961 notwendig sind, müssen wesentlich früher — etwa 4 bis 5 Jahre vor der Zählung — beginnen. (Tatsächlich wurde der erste Fragebogentest für die Zählung 1970 bereits Ende 1965 durchgeführt; vgl. VII. 9.).

Um eine Vorstellung vom Gesamtablauf der Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung der Zählung 1961 zu vermitteln, wird nachstehend eine stichwortartige Auflistung der wichtigsten Arbeiten gegeben. Graphische Darstellungen zu einzelnen Arbeitsabschnitten und vergleichende Darstellungen sind im Abschnitt VI des Anhangs wiedergegeben.

Der Arbeitsablauf bei Durchführung und Aufbereitung der Zählung 1961 wurde herangezogen, um die Auswirkungen neuer Techniken der Erhebung und Aufbereitung im einzelnen untersuchen zu können. Da der Ablauf der Arbeiten für die bevorstehende Zählung 1970 noch komplizierter und vielschichtiger als bei der Zählung 1961 sein wird, werden neue Wege der schematischen Ablaufdarstellung gesucht, um den Gesamtablauf im Zusammenhang überschaubar zu machen. Neben den bisherigen Orientierungsmitteln über den Bedarf an manuellen Kräften und Maschinenstunden, wie die üblichen Zeitpläne und Graphiken, sollen auch die erst in neuester Zeit entwickelten Ablaufmodelle treten (vgl. VII. 9.).

III. Organisation und Durchführung der Zählung bis zur Aufbereitung

1. Aufgaben und Aufbau der Zählungsorganisation

a) Allgemeine Aufgabenverteilung

Der folgende Abschnitt befaßt sich mit der Einrichtung und den Aufgaben des Zählungsapparates sowie der unmittelbaren Durchführung der Zählung in den Gemeinden. Zur Durchführung im weiteren Sinne müßte auch die Aufbereitung gerechnet werden, doch wird dieser arbeitstechnisch klar von der Erhebungsphase abgrenzbare Teil später gesondert in Abschnitt IV dargestellt. Da die organisatorischen Voraussetzungen für alle Zählungsteile die gleichen waren, ist hier auf eine getrennte Darstellung, die zahlreiche Wiederholungen mit sich gebracht hätte, verzichtet worden. Auch zwischen den vorbereitenden und durchführenden Maßnahmen läßt sich kaum eine eindeutige Grenze ziehen. So hatte das Statistische Bundesamt nicht nur bei der Vorbereitung, sondern auch noch während der Durchführung auf die Einheitlichkeit des Vorgehens in allen Bundesländern zu achten und für die Klärung von Zweifelsfragen zu sorgen (vgl. auch II. 2).

Die Statistischen Landesämter waren für die ordnungsgemäße und termingerechte Abwicklung der Erhebung verantwortlich.

Unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse erließen die Länder Durchführungsbestimmungen, die den jeweiligen Voraussetzungen angepaßt waren¹⁾. Die vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten Vorlagen für den Rahmenterminplan, das Zählbezirksbuch und den Zählbezirksbericht wurden in einigen Ländern teilweise umgestaltet. Ferner mußten die Statistischen Landesämter ihren Bedarf an Erhebungspapieren berechnen, deren Druck sowie Verteilung an die Stadt- und Landkreise und schließlich den Rücktransport veranlassen.

Die Hauptarbeitslast während der Erhebungsphase lag bei den Gemeinden, deren Aufgaben in der »Anleitung für die Gemeindebehörde« (Drucksache Nr. 8)²⁾ erschöpfend niedergelegt waren. Regionale Besonderheiten, Mentalität der Bevölkerung, Siedlungsweise und andere Unterschiede in den persönlichen und sachlichen Voraussetzungen konnten von den Statistischen Landesämtern bei der Gestaltung der Anleitung berücksichtigt werden.

In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern besteht die Institution der Kreisstatistiker, die ein Bindeglied zwischen den Statistischen Landesämtern und den Gemeinden darstellen und die Durchführung der Zählung durch sachliche Beratung der Gemeinden, Überwachung der Arbeiten und der Termine, Beteiligung an der Schulung der Zählungsdienststellen und Zähler unterstützten, für die fristgemäße Weiterleitung der Erhebungsbogen an die Statistischen Landesämter sorgten usw. Einen Überblick über die Aufgabenverteilung bei der Durchführung der Zählung gibt das Organisationsschema (S. 39).

b) Bildung von Zählbezirken

Die Grundsätze für die Zählbezirkseinteilung waren in der »Anleitung für die Gemeindebehörde«, Abschnitt B II 4, aufgeführt. Das gesamte Gemeindegebiet war vollständig in Zählbezirke einzuteilen, deren Größe so zu bemessen war, daß die Zähler in ihrer Arbeitskraft nicht überfordert wurden. Auf Grund früherer Erfahrungen wurde empfohlen, einem Zähler die Erfassung von nicht mehr als 30 Haushalten

oder 100 Personen zu übertragen. Bei der Einteilung war darauf zu achten, daß sowohl eine nicht vollzählige als auch eine mehrfache Erfassung von Gebäuden und Grundstücken vermieden wurde. Die Abgrenzung sollte möglichst in Anlehnung an schon bestehende Verwaltungsgliederungen — Polizeireviere, Wahl-, Amtsgerichts-, Arbeitsamts-, Pfarramtsbezirke usw. — erfolgen, deren Grenzen von den Zählbezirksgrenzen möglichst nicht durchkreuzt werden sollten. Damit siedlungsgeographische Auswertungen gemacht werden konnten, war für jeden Wohnplatz ein eigener Zählbezirk zu bilden. Häufig tragen solche außerhalb der geschlossenen Hauptortschaft liegende Ansiedlungen einen besonderen Namen oder eine Bezeichnung, wie Kolonie, Vorwerk, Forsthaus, Bahnhof. In Bayern wird statt »Wohnplatz« der mit ähnlichem Begriffsinhalt versehene Ausdruck »Gemeindeteil« verwendet.

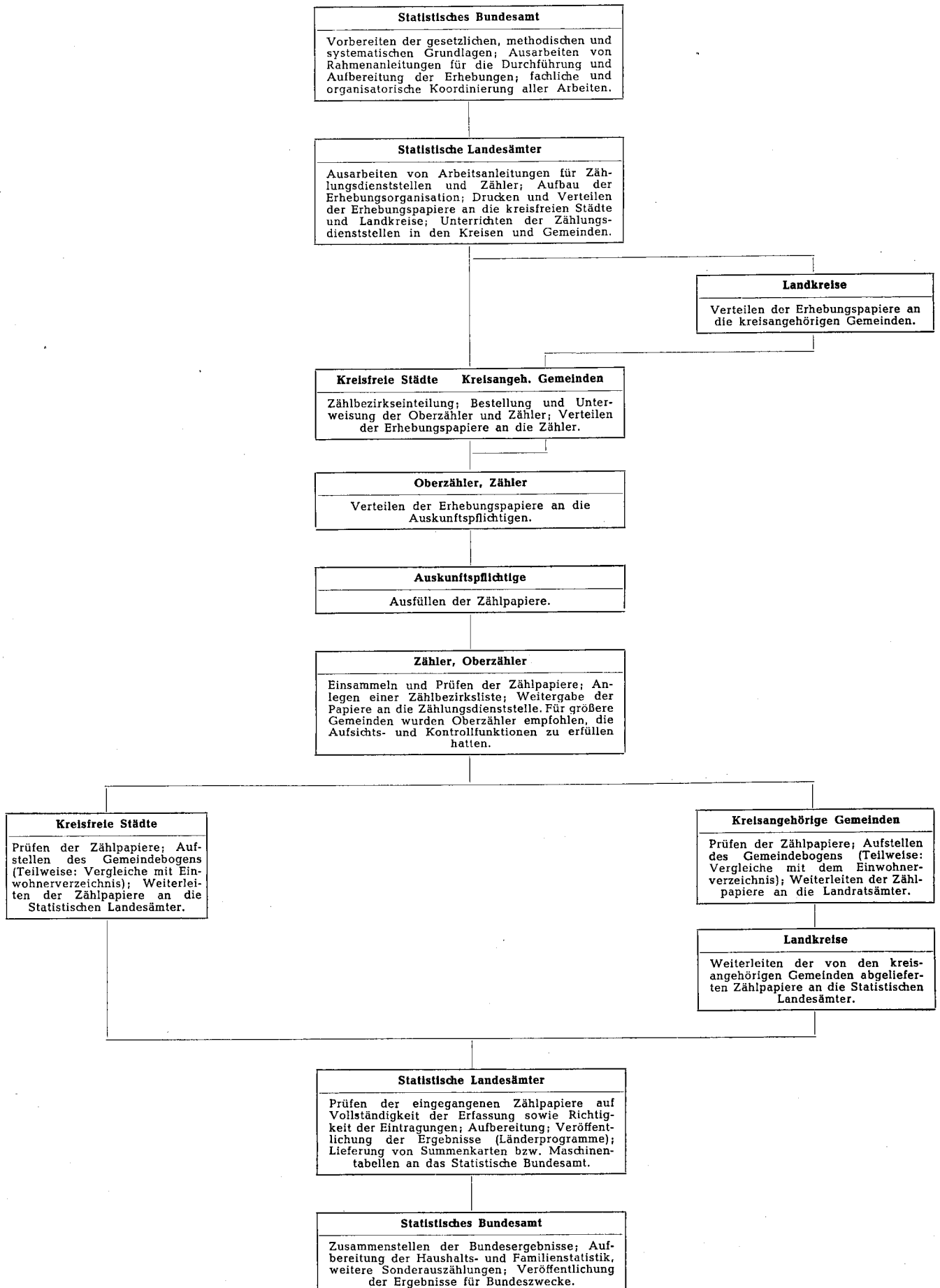
Für Anstalten, Laubenkolonien, Kleingartengebiete, Wohnlager, Wohngebäude und Arbeitsstätten auf dem Gelände der Bundesbahn, der Bundespost, von Kasernen usw. und für besonders schwierig zu erfassende Wohn- und Arbeitsstätten wurden Sonderzählbezirke gebildet. Hierbei konnten freilich die allgemeinen Richtlinien für die größenmäßige Abgrenzung der Zählbezirke nach Haushalten oder zu zählenden Personen meist nicht eingehalten werden. Besondere arbeitstechnische Schwierigkeiten ergaben sich daraus nicht. Einem Zähler konnten z. B. zwei oder mehr kleine Sonderzählbezirke übertragen werden, andererseits konnten in sehr großen Sonderzählbezirken mehrere Zähler eingesetzt werden. Vielfach stellten die Sonderzählbezirke ihre Zähler selbst, so Bundeswehr und Bundesgrenzschutz, Bundesbahn und Bundespost, Heime, Krankenhäuser usw. Die organisatorischen Fragen der Zählbezirksbildung und des Zählereinsatzes konnten hierbei gewöhnlich der Leitung dieser Anstalten und Institutionen überlassen werden.

Als Hilfsmittel für die Zählbezirkseinteilung wurden Grundstücks-, Häuser- und Meldekarteien, Adrema-Platteien, kartographische Unterlagen, die Ergebnisse der Gebäudevorerhebung und ähnliches Material benutzt. Um den Zählern die Arbeit zu erleichtern, erhielten sie — vor allem in den größeren Städten — von den Statistischen Ämtern oder den Zählungsdienststellen angefertigte Unterlagen, wie Zählbezirksbeschreibungen, Kartenausschnitte mit genauer Markierung des Zählbezirks, eine Auflistung der im Zählbezirk vorhandenen Gebäude (die vom Zähler zu überprüfen und gegebenenfalls zu berichtigen oder zu ergänzen war). In Neubaugebieten, für die keine zureichenden Unterlagen vorhanden waren, mußten für die Zählbezirkseinteilung Schätzungen der dort wohnenden Personen vorgenommen werden.

In zahlreichen Fällen mußte wegen Zählermangels von dem Grundsatz, die Zählbezirke zur Vermeidung einer Überlastung der Zähler klein zu halten, abgewichen werden. So umfaßten in Hamburg die Zählbezirke im Durchschnitt 100 Haushalte. Auch in ländlichen Gegenden entstand häufig die Notwendigkeit, den nicht in ausreichender Zahl vorhandenen Zählern relativ große Zählbezirke zu übertragen. Im übrigen ergaben sich Abweichungen von der empfohlenen Durchschnittsgröße eines Zählbezirks aus dem regional unterschiedlichen Zeitbedarf für die Durchführung des Zählgeschäfts. In dünn besiedelten ländlichen Gegenden benötigte der Zähler relativ viel Zeit für den Weg, welchem Umstand nach Möglichkeit durch die Bildung schwächer besetzter Zählbezirke Rechnung zu tragen war. Selbst in Großstädten wurde eine Differenzierung im Umfang der Zählbezirke vorgenommen, indem in den locker besiedelten

¹⁾ Vgl. Anhang S. 115 ff. — ²⁾ Vgl. Anhang S. 284.

Schema des Ablaufs der Zählungen vom 6. Juni 1961



Außenbezirken niedrigere Besetzungszahlen zugrunde gelegt wurden als im dichtbebauten Stadtkern. In Geschäfts- und Industrievierteln war ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Arbeitsstättenbogen zu bearbeiten, weshalb dort im allgemeinen Zählbezirke mit einer geringeren Personenzahl gebildet wurden. Schließlich spielten die persönliche Qualifikation, Leistungsfähigkeit und Bereitwilligkeit eines Zählers eine nicht unerhebliche Rolle bei der Entscheidung darüber, welches Arbeitspensum ihm aufgetragen oder zugemutet werden konnte.

Bei der Zählbezirkseinteilung war also in jedem einzelnen Fall zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Einhaltung der bundeseinheitlich empfohlenen Zählbezirksgröße gegeben waren oder ob wegen der besonderen örtlichen Bedingungen ein Abweichen von dieser Norm empfehlenswert oder notwendig wurde.

c) Einrichtung stabiler Zählflächen

Im Zusammenhang mit der Frage der Zählbezirkseinteilung wurden schon wiederholt Überlegungen darüber angestellt, wie durch verfeinerte Einteilungsprinzipien eine gewisse zeitliche und räumliche Stabilität einer einmal vorgenommenen Gliederung erzielt werden könnte. Die Vorzüge einer solchen Lösung wären offensichtlich. Dadurch würden Voraussetzungen dafür geschaffen, den zeitlichen und räumlichen Vergleich statistischer Ergebnisse für kleine Regionen wesentlich auszubauen; eine stabile Zählbezirkseinteilung wäre eine vielseitig verwertbare Grundlage für die Auswahl von Stichproben für Repräsentativstatistiken; durch entsprechende Abstimmung der statistischen Zählbezirke auf andere Verwaltungsgliederungen ergäben sich weitere Möglichkeiten des Datenvergleichs; für die städtebauliche Zwecke und die Verkehrsplanung sowie andere lokale und kommunale Vorhaben könnte wichtiges Material gewonnen werden.

Bei der bisherigen Handhabung wurden Zählbezirke vor allem unter dem arbeitstechnischen Gesichtspunkt gebildet, daß ein Zähler durch das ihm zugeteilte Arbeitspensum nicht überfordert werden soll. Vereinzelt wurden aber die Zählbezirke schon so abgegrenzt, daß sie die Gewinnung von Regionaldaten für örtliche Verwaltungszwecke gestatteten. Vor allem größere Städte, die eigene statistische Ämter unterhalten, nahmen verschiedentlich die Zählbezirkseinteilung so vor, daß sie bestehende Verwaltungsgliederungen, z. B. Stadtteile, Stadtbezirke, Wahlbezirke, Stimmbezirke usw. weiter unterteilten. Diese in mehrere Zählbezirke eingeteilten Verwaltungseinheiten wurden als »statistische Bezirke« od. dgl. bezeichnet und verfügten z. T. über Voraussetzungen, die für die Einrichtung konstanter Zählflächen brauchbar erschienen. So wurden für die Zählungen 1961 in Hamburg die Wahlbezirke — das sind die nach den Ortsteilen nächst kleineren Verwaltungseinheiten — als Oberzählbezirke eingerichtet. Dadurch wurde eine willkürliche Einteilung vermieden sowie eine Vergleichbarkeit mit wahlstatistischen Erhebungen und eine gewisse Kontinuität der regionalen Grundeinheiten gewährleistet. Ein anderes Einteilungsprinzip knüpfte an die Wohnblöcke an. In Bremen wurde aus jeder der vier Straßenseiten eines Wohnblocks ein Zählbezirk gebildet, woraus sich vor allem für die Verkehrsplanung nützliche Informationen gewinnen ließen. In Berlin (West) wurde eine gewisse Stabilität der Zählflächeneinteilung erzielt, indem 1961 ebenso, wie schon für die Zählungen 1950 und 1956, das gesamte Stadtgebiet in rund 8 000 Wohnblöcke eingeteilt wurde. Innerhalb der Wohnblöcke mußten in den meisten Fällen die Zählbezirke von Zählung zu Zählung neu festgelegt werden, da infolge der regen Bautätigkeit erhebliche Veränderungen in den Haushalts- und Personenzahlen eingetreten waren.

Einige neuere Überlegungen zum Problem der Zählflächenbildung werden in VII 6 wiedergegeben.

d) Die Gebäudevorerhebungen und ihre organisatorische Funktion¹⁾

In § 2 des Volkszählungsgesetzes 1961 wurde die Möglichkeit eingeräumt, die Gebäudezählung zeitlich vorzuverlegen und als Gebäudevorerhebung durchzuführen. Mit dieser Bestimmung wurden vornehmlich arbeitstechnische und organisatorische Ziele verfolgt. Vor allem sollte damit dem Zähler die Durchführung des Zählgeschäfts erleichtert werden. Wenn, wie bei der Gebäudezählung 1961, die Hauseigentümer auskunftspflichtig sind, entstehen für den Zähler mit der Gebäudeliste beträchtliche, manchmal sogar unüberwindliche Schwierigkeiten dadurch, daß der Gebäudeeigentümer außerhalb des Gebäudes, des Zählbezirks oder gar außerhalb der Gemeinde wohnt. In besonderem Maße gilt das für den umfangreichen Hausbesitz in Händen von Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften, Behörden u. dgl. Auch schwer überschaubare Stadtteile oder Flächen, wie Laubenkolonien usw., gehören hierher. Die Auskunftspflichtigen konnten in solchen Fällen vom Zähler nur unter großen Schwierigkeiten oder überhaupt nicht ausfindig gemacht werden, so daß eine ordnungsgemäße und vollständige Durchführung der Zählung nicht gewährleistet war. Vor allem die bautechnischen Angaben über die Gebäude konnten nur vom Gebäudeeigentümer selbst oder seinem Vertreter geliefert werden.

Bei den »Groß-Hausbesitzern« (Eigentümern mehrerer Häuser; Wohnungsgesellschaften, die mitunter über Tausende von Wohnungen verfügen) kam hinzu, daß ihnen genügend Zeit zum Ausfüllen der Fragebogen gelassen werden mußte. Schließlich waren die bei der Vorerhebung ausgefüllten Gebäudelisten, die zählbezirksweise sortiert und den Zählern mitgegeben wurden, ein wichtiges Leitpapier für die Durchführung der Haupterhebungen, da die Eintragungen auf der Rückseite über die im Gebäude vorhandenen Wohnungen und Arbeitsstätten unterrichteten. Vielfach bildeten die Gebäudelisten auch die Grundlage der Zählbezirkseinteilung, vor allem dann, wenn keine zureichenden Gebäude- oder Grundstückskarteien zur Verfügung standen.

In zahlreichen Gemeinden fanden in der Zeit von Januar bis Mai 1961 fakultativ totale oder partielle Gebäudevorerhebungen statt. An der Aktion beteiligten sich fast alle Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern, aber auch viele kleinere Gemeinden. Schon Ende 1960 begannen die statistischen Landesämter, die Gemeinden auf Sinn und Zweckmäßigkeit der Durchführung von Vorerhebungen hinzuweisen. Das geschah meist durch schriftliche Unterrichtung oder aber durch Besuche zu persönlichen Vorbesprechungen (z. B. in Nordrhein-Westfalen bei allen kreisfreien Städten). Außerdem wurden in der Anleitung für die Gemeindebehörden (Zählungsdrucksache Nr. 8) sämtliche Gemeinden auf die Möglichkeit der Durchführung von Gebäudevorerhebungen hingewiesen. Von der bevorstehenden Vorerhebung wurden aber auch — in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Umfang — die Organisationen der Wohnungsunternehmer und Häusermakler, Grundeigentümerverbände, Grundstücksverwaltungen der öffentlichen Hand, Liegenschaftsverwaltungen usw. in Kenntnis gesetzt und um Unterstützung gebeten.

Die Zweckmäßigkeit der Durchführung einer totalen oder partiellen Vorerhebung wurde, in Abhängigkeit von den lokalen Gegebenheiten, verschieden beurteilt. In Berlin, das hier beispielhaft für die eine Alternative genannt werden soll, sah man in der rechtzeitigen Durchführung einer totalen Gebäudevorerhebung die Vorbedingung für den reibungslosen Ablauf der Zählungen zum 6. Juni 1961 und die Voraussetzung für den Aufbau einer ordnungsgemäßen Zählungsorganisation, um eine lückenlose Erfassung aller Gebäude, Wohnungen, Arbeitsstätten und Haushalte zu sichern. In allen übrigen Ländern wurden nur partielle Gebäudevorerhebungen durchgeführt, an denen sich aber vor allem größere Gemeinden — meist in Form einer Totalerhebung — beteiligten.

¹⁾ Vgl. auch Hüsck, K.: »Gebäudevorerhebung«. In: Städte und Volkszählung 1961, a. a. O., S. 125 ff.

Hinsichtlich der partiellen Gebäudevorerhebung wurde vielfach deren Beschränkung auf die vorzeitige Erfassung des Gebäude-Großbesitzes für zweckmäßig gehalten. Einer generellen partiellen Gebäudevorerhebung für alle die Gebäude, in denen der Gebäudeeigentümer selbst nicht wohnt, hätte erst eine Feststellung dieser Gebäude vorausgehen müssen, worauf man aber meist wegen des erheblichen damit verbundenen Arbeitsaufwandes verzichtete.

Für die Zusammenstellung des Adressenmaterials wurden mannigfaltige, von Land zu Land wechselnde Unterlagen benutzt. Man griff zurück auf Grundstücks- und Gebäudekarteen, Gebäude- und Hausnummernverzeichnisse, Katasterkarten und -unterlagen, Grundbücher, Adrema-Platteien der Grundsteuerpflichtigen, Einwohnermeldekarteien, Gebäude-, Straßen- und Hauslisten, Verzeichnisse der Haus- und Brandkassennummern, Gebäudeversicherungsanträge, Unterlagen der Wohnungstatistik 1956, Flurkarten, genaue Stadtpläne mit sämtlichen Grundstücks- und Hausnummern, Katasterplankarten, Unterlagen der Bau-, Liegenschafts-, Kataster- und Planungsverwaltungen, Unterlagen der Gewerbesteuerkataster, gemeldete Baufertigstellungen, Bauüberhangstatistik, Karteien der Benutzer städtischer Einrichtungen (Müllabfuhr, Licht, Gas, Wasser usw.), Adreßbücher, Verzeichnisse der Wohnungsbaugesellschaften sowie der Makler- und Immobilienbüros u. a. Erwähnt sei, daß gegen die Benutzung der Unterlagen des Grundsteueramtes durch die Statistik keine Bedenken bestanden, weil die Verwaltung berechtigt ist, bei Großzählungen und statistischen Feststellungen alle Hilfsmittel und Organisationsmittel ihrer Ebene zu verwenden, wenn nur die Geheimhaltung statistischer Einzelangaben gewahrt bleibt. Da nur Adressen zur Verfügung gestellt werden, bleiben Steuergeheimnisse unberührt.

Das Verteilen und Einsammeln der vorbeschrifteten Erhebungsbogen erfolgte sowohl auf postalischem Weg (Hessen, Berlin) als auch durch Ermittler und Zähler (Bremen); überwiegend wurden beide Verfahren nebeneinander angewandt. In Hamburg, wo man sich grundsätzlich der Post bediente, wurden die Bogen den Wohnungsunternehmen und Grundstücksverwaltungen durch Boten zugestellt.

Aus der verspäteten Verabschiedung des Zählungsgesetzes haben sich nach übereinstimmender Feststellung der Statistischen Landesämter kaum Auskunftsverweigerungen oder sonstige Schwierigkeiten seitens der Befragten ergeben. Aus den wenigen Angaben über eine ablehnende Haltung gegenüber der Gebäudevorerhebung geht hervor, daß es sich hierbei um Rechtsanwälte, Inhaber größerer Betriebe und sonstige Personen handelte, die wußten, daß sie bei Fehlen der Rechtsgrundlage nicht zur Auskunft verpflichtet sind und sich auch dementsprechend verhielten. Doch wurde es als nachteilig empfunden, daß wegen der Ungewißheit über den endgültigen Zählungstermin die Arbeiten mit dem Risiko finanzieller Verluste bei nochmaliger Terminverschiebung begonnen werden mußten. Das bewirkte, daß z. B. vielfach nur sehr zögernd an die Vorarbeiten gegangen wurde, der Ausdruck der Erhebungspapiere unterbrochen wurde oder in einzelnen Gemeinden wegen der entstandenen Terminnot die Vorerhebung unterblieb.

Wegen des erforderlichen zusätzlichen organisatorischen Aufwands bei der Vorerhebung waren die Erhebungskosten je Gebäudeliste höher als in den Fällen, bei denen die Gebäudeliste erst gleichzeitig mit den Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen verteilt und eingesammelt wurden.

e) Schulung der Zählungsdienststellen und der Zähler

Zu den Maßnahmen, die eine einheitliche und den Vorstellungen der für die Zählung verantwortlichen Stellen entsprechende Durchführung der Zählung gewährleisten sollten, gehörte eine ausreichende Schulung der mitwirkenden Stellen und der Zähler. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte in organisatorischer Hinsicht für die Übermittlung der notwendigen Informationen von der Zentrale bis zu allen Zählungsdienststellen, Zählern und Ersatzzählern gesorgt werden. Sachlich mußte sich die Unterrichtung wegen der not-

wendigen Begrenzung des vorzutragenden Stoffes auf die Vermittlung der wichtigen Kenntnisse beschränken und allgemeinverständlich sein. Zeitlich sollte die Schulung so angelegt sein, daß sie kurz vor dem Tätigwerden der Zähler zum Abschluß kam, damit die übermittelten Kenntnisse auch noch im Gedächtnis waren. Die Dauer der Unterrichtung sollte — einschließlich Pause — nicht über 2½ bis 3 Stunden hinausgehen, da sonst die Aufnahmefähigkeit der Zähler überfordert worden wäre und die Aufmerksamkeit nachgelassen hätte. Vielfach wurde sogar eine Dauer von 1½ bis 2 Stunden als obere Grenze angesehen. Zusammensetzung des Zuhörerkreises, Tageszeit und Räumlichkeit spielten bei der Festsetzung der Schulungsdauer eine wesentliche Rolle. Behördenbedienstete sollten nach Möglichkeit während der Dienstzeit in den Vormittagsstunden, Schüler im Beisein ihrer Lehrer unterwiesen werden. Berufstätigen Zählern sollte zwischen Arbeitsende und Schulungsbeginn eine angemessene Pause gewährt werden. Der Einsatz zentral ausgebildeter Schulungsleiter war eine wichtige Voraussetzung für die einheitliche Durchführung der Schulungen sowie dafür, daß Zweifelsfragen in gleicher Auslegung geklärt wurden. Um auch weniger gewandten Schulungsleitern einen sicheren Leitfaden zu geben, wurden Mustervorträge ausgearbeitet. Wichtigster Bestandteil der Zählerunterweisungen war gewöhnlich eine gründliche Durchsprache der Zähl- und Ordnungspapiere.

Es hat sich erwiesen, daß unter den Voraussetzungen, wie sie 1961 bestanden, die Gründlichkeit der Zählerschulung zugunsten einer Straffung und Konzentrierung auf die wichtigsten Zähleraufgaben und schwierigen Fragen zurücktreten mußte. Eine Schulung mit dem Ziel, ein möglichst umfassendes Wissen zu vermitteln, überforderte die Teilnehmer und erfüllte in den meisten Fällen nicht ihren Zweck. Statt dessen empfahl es sich, einen Überblick zu vermitteln und bestimmte als schwierig bekannte Einzelfragen zu behandeln. Das übrige mußte der sorgfältigen Arbeit der Zähler überlassen werden. Wichtig war, daß den Zählern bei später auftauchenden Zweifelsfragen eine Person oder Dienststelle zur Verfügung stand, bei der sie Auskunft einholen konnten.

Vor allem in Städten mit einer größeren Zahl von Sonderzählbezirken war es zweckmäßig, die dort einzusetzenden sog. Anstaltszähler in kleineren Gruppen gesondert zu unterweisen.

Die Notwendigkeit der Zählerunterweisungen wurde allgemein anerkannt. Doch ergab sich auf Grund vielfältiger Erfahrung, daß der Umfang und die Dauer der Schulung für die erfolgreiche Durchführung des Zählgeschäfts nicht so ausschlaggebend waren wie Eignung und Gewissenhaftigkeit der Zähler. Gewandte Zähler konnten den schriftlichen Anweisungen auch ohne langdauernde Schulung alle wichtigen Informationen entnehmen und brauchten sich für die praktische Arbeit nur noch mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen. Umgekehrt blieben uninteressierte oder unfähige Zähler trotz aller Schulung schlechte Mitarbeiter. Vielfach wurde die Erfahrung gemacht, daß sich die Zähler mit den ihnen vor den Schulungen ausgehändigten Unterlagen nicht oder nur sehr flüchtig beschäftigt hatten. Das Bestreben mußte also darauf gerichtet sein, als Zähler befähigte Personen auszusuchen, von denen auch nach einer kurzen, auf die wichtigsten Punkte und Sonderfragen sich beschränkenden Einweisung eine gute Leistung zu erwarten war. Die Unterrichtung selbst dürfte nicht zu theoretisch und »akademisch« gefaßt sein, sondern sollte möglichst auf praktische und organisatorische Einzelheiten eingehen.

Die einzelnen Statistischen Landesämter sind bei der Organisation und Durchführung der Zählerschulung unter Berücksichtigung der in ihrem Land gegebenen besonderen Bedingungen vorgegangen. Da überall die Aufgabe darin bestand, die zu übermittelnden Kenntnisse in einem sich verästelnden System bis zum letzten Zähler und Ersatzzähler weiterzugeben, haben die angewandten Verfahren viel Gemeinsames. Trotzdem dürfte die nachstehende knappe Darstellung, wie von den einzelnen Statistischen Landesämtern die Schulung angelegt und durchgeführt wurde, aufschlußreich sein.

Organisation der Zählerschulung in den einzelnen Statistischen Landesämtern

Schleswig-Holstein

Die Ämter und Gemeinden des Landes, die zu 78 Schulungsbezirken zusammengefaßt worden waren, meldeten dem Statistischen Landesamt die voraussichtliche Zahl der Schulungsteilnehmer und die verfügbaren Schulungsräume. Danach wurde vom Statistischen Landesamt ein Zeitplan für die Schulungen aufgestellt, die Gemeinden wurden einzeln zur Teilnahme eingeladen. In rund 80 Schulungen, die von durchschnittlich 31 Teilnehmern besucht waren, wurden von 13 Angehörigen des Statistischen Landesamtes, die in Zweiergruppen arbeiteten, fast 2500 Vertreter der Gemeinden geschult, und zwar hauptsächlich Bürgermeister und Zählungsleiter. Daneben wurden in Sonderbesprechungen Angehörige der stadtstatistischen Ämter Kiel und Lübeck in ihre Aufgaben als Hauptzähler, Angehörige des Statistischen Landesamtes in ihre Aufgaben als Oberzähler oder Zähler eingeführt. Die Vertreter von Kranken- und sonstigen Anstalten in Schleswig sowie Vertreter der Vollzugsanstalten des Landes wurden gesondert geschult. In einer anderen Besprechung wurden Vertreter des Bundesgrenzschutzes über dessen Erfassung unterrichtet.

Hamburg

Schulung und Betreuung der Zähler lag in Händen der sieben Hamburger Bezirksämter. Durch das Statistische Landesamt wurden 112 Bedienstete des gehobenen Dienstes — d. s. etwa 20 je Bezirk — zu Zählerunterweisern ausgebildet. Die Schulungsteams, bestehend aus jeweils zwei Unterweisern, unterrichteten in durchschnittlich je 5 Schulungen, die durchschnittlich zwei Stunden dauerten, jeweils rund 40 Zähler, insgesamt rund 11 000 Zähler (einschl. Ersatzzähler).

Niedersachsen

Außer in den kreisfreien Städten Hannover, Braunschweig und Hameln erfolgte die Schulung durch amtliche Beauftragte des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes (»Oberzähler«), die in zweiwöchigen Kursen ausgebildet worden waren. Den Oberzählern oblag die Schulung der Gemeindebeauftragten und Zähler, sie standen ferner den Landkreisen und Gemeinden bis Ende Juni 1961 zur Klärung von Zweifelsfragen zur Verfügung. Sie wurden auch bei der Durchführung der Sofortkontrolle und später bei der Aufbereitung eingesetzt. Die Schulungspläne wurden durch die Kreisbeauftragten der Landkreise festgelegt. Von 66 Oberzählern wurden in 1349 regulären Schulungsversammlungen, 90 Sonderschulungen für Anstaltszähler und 111 Nachschulungen 48 407 Zähler ausgebildet. An den Versammlungen nahmen durchschnittlich 30—40 Zähler teil. Es wurde angeregt, in Zukunft die Bürgermeister und Gemeindedirektoren kleinerer Gemeinden an den Schulungen teilnehmen zu lassen.

Bremen

15 vom Statistischen Landesamt ausgebildete Unterrichter führten Zählerversammlungen durch, die von durchschnittlich 40 Teilnehmern besucht waren und etwa 1½ Stunden dauerten.

Nordrhein-Westfalen

Das Statistische Landesamt bestellte 30 Gebietsbeauftragte, die in jeweils zwei bis drei Kreisen die Ämter und Gemeinden bei den Vorbereitungsarbeiten, bei der Durchführung der Zählung und bei den anschließenden Prüfarbeiten unterstützten. Die Gebietsbeauftragten führten 600 der rund 1000 Schulungsveranstaltungen durch, die restlichen wurden von den Zählungsleitern, Gemeindebeauftragten oder deren Mitarbeitern abgehalten. In einigen Fällen half die Census-Abteilung des Statistischen Landesamtes aus, die außerdem die Überwachungsfahrten durchführte.

Raumnot, eine gewisse Unlust vieler Zähler, die Schwierigkeit der Wahl eines für alle passenden Zeitpunktes, die Fülle der zu behandelnden Fragen, Mangel an Schulungs-

leitern und andere Probleme machten die Zählerunterweisung zu einer äußerst schwierigen Aufgabe. Nur selten konnte die Schulung, wie eigentlich anzustreben wäre, in kleinen Gruppen von etwa 30—40 Teilnehmern erfolgen. Meist wurden auf einer Versammlung bis zu hundert und mehr Zähler eingewiesen. In einigen Großstädten wurden sogar Veranstaltungen mit bis zu 2000 und 3000 Zählern abgehalten.

Hessen

10 Amtsangehörige des Statistischen Landesamtes übernahmen die Schulung der Gemeindebeauftragten. An 12 Schultagen in der Zeit vom 26. April bis 15. Mai 1961 wurden an 67 Schulungsorten insgesamt 106 Schulungen durchgeführt, die jeweils 4 bis 5 Stunden dauerten. Damit war gewährleistet, daß die mit der unmittelbaren Durchführung der Zählung Beauftragten in den Gemeinden nach einheitlichen Richtlinien geschult wurden. An den Schulungen nahmen die Zählungsleiter — gewöhnlich die Bürgermeister oder deren Beauftragte — teil, wobei zahlreiche Gemeinden zwei Vertreter entsandten. Viele der Versammlungen wurden in Gasthäusern abgehalten, wo erhebliche Störungen in Kauf genommen werden mußten. Bei den Unterweisungen auf Kreisebene war es zweckmäßig, Gemeinden etwa gleicher Struktur zusammenzufassen, um eine gewisse Einheitlichkeit der auftretenden Fragen zu erzielen.

Die Zählungsleiter und ihre Mitarbeiter übernahmen dann die Zählerschulungen in den einzelnen Gemeinden und Städten. An den Veranstaltungen, die im allgemeinen 1½ bis 2 Stunden dauerten, nahmen zwischen 50 und 150 Personen teil.

Das Statistische Landesamt stellte als Hilfsmittel für die Schulung auf Tonband aufgenommene Dialoge zur Verfügung, in denen der erste Gang des Zählers durch seinen Zählbezirk behandelt (4 Min.) und die Gebäudeliste, Haushaltsliste und der Arbeitsstättenbogen besprochen wurden (je 10 Min.). Trotz einiger technischer Mängel der Aufnahme, schlechter Akustik in großen Räumen usw. wurde der Gedanke, durch Tonbandvorführungen die Schulungsarbeit zu unterstützen, allgemein anerkannt. Die Bandaufzeichnung wurde bei der Schulung der Gemeindebeauftragten abgespielt, von den Gemeinden wurden etwa 160 Stück zur Verwendung bei der Zählerschulung angefordert.

Rheinland-Pfalz

Das Statistische Landesamt hielt zunächst mit den Vertretern der Landratsämter, der kreisfreien Städte und der Gemeinden mit über 8000 Einwohnern zweimal ein- bis zweitägige Arbeitstagungen ab, auf denen die für die Durchführung von Zählerversammlungen notwendigen Kenntnisse vermittelt wurden. In etwa 900 kleineren Gemeinden übernahmen dann die Landratsämter und Amtsverwaltungen die Schulung der Zählungsdienststellenleiter; für die Gemeinden bis etwa 8000 Einwohner führte diese Aufgabe das Statistische Landesamt durch. Die Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern waren selbst für die Schulung des Zählungsleiters zuständig. Die Schulung der Oberzähler und Zähler war Sache der Zählungsleiter, wobei das Statistische Landesamt nur in geringem Umfang mitwirkte.

Baden-Württemberg

Anfang April wurden in jeweils ganztägigen Einweisungen die Zählungsleiter der Stadtkreise und großen Kreisstädte unterrichtet, im Anschluß daran die Kreiszahlungsleiter der Regierungsbezirke in ebenfalls jeweils ganztägigen Schulungen mit ihren Aufgaben vertraut gemacht. Die Kreiszahlungsleiter hatten die Vorbereitung der Zählung sowie die Kontrollarbeiten nach der Zählung in den Gemeinden zu überwachen und zu überprüfen. Für diese Funktion waren am besten erfahrene, mit den Verhältnissen in den Gemeinden gut vertraute Beamte der Landratsämter geeignet.

Für die Schulung der Gemeindezahlungsleiter bildete das Statistische Landesamt 13 Schulungsteams aus, bestehend aus je 2 Bediensteten des Landesamtes. Die Einweisung der Ge-

meindezählungsleiter und deren Vertreter erfolgte anschließend in insgesamt 130 jeweils ganztägigen Schulungen. Das Statistische Landesamt legte die Termine fest, den Landratsämtern oblag die Einberufung und Leitung.

Von den Gemeinden wurde dann im wesentlichen die Schulung der Oberzähler und Zähler vorgenommen. Bei kleineren Gemeinden schalteten sich häufig die Kreiszählungsleiter ein, indem sie die Zähler mehrerer Gemeinden zu einer gemeinsamen Einweisung zusammenriefen. In einigen größeren Gemeinden und Städten führten Angehörige des Statistischen Landesamtes die Schulungen durch.

Bayern

Das Statistische Landesamt bildete 40 Mitarbeiter — Referenten und Sachbearbeiter — aus, die später auf den Bürgermeister- und Zählerversammlungen die Einweisung der Kreiszählungsleiter und Gemeindebeauftragten vornahmen. Insgesamt wurden 258 Versammlungen mit Bürgermeistern und Gemeindezählungsleitern, teilweise auch mit Zählern, durchgeführt. Die Gemeindebeauftragten schulten die Zähler ihrer Gemeinden. Das Statistische Landesamt bot den größeren Städten für die Durchführung der Zählereinweisungen seine Mitarbeiter an, die auch in kleineren Gemeinden in der Nähe Münchens diese Aufgabe übernahmen. An den Versammlungen für Bürgermeister und Gemeindebeauftragte nahmen durchschnittlich 100 bis 200 Personen teil. Den Gemeinden wurde empfohlen, die Zahl der Teilnehmer an Zählerversammlungen möglichst auf 100 Personen zu begrenzen, doch diese Zahl mußte aus Mangel an Schulungskräften häufig überschritten werden. Auf das übungsweise Ausfüllen der Zählpapiere mit anschließendem wechselseitigem Überprüfen dieser Arbeiten wurde verzichtet. Wichtige Detailfragen der praktischen Durchführung wurden jedoch gründlich behandelt.

Saarland

Das Statistische Landesamt bildete aus Bediensteten 10 Schulungsgruppen zu je zwei Personen, die die Unterrichtung der Gemeindezählungsleiter und Oberzähler durchführten. Die Unterweisung der Zähler wurde teils von den Gemeindezählungsleitern, in zahlreichen Fällen jedoch durch Bedienstete des Statistischen Landesamtes — oft außerhalb der Dienstzeit — vorgenommen. An den vom Statistischen Landesamt durchgeführten Versammlungen nahmen durchschnittlich 70—80, in den Städten manchmal 200 und mehr Personen teil.

Berlin (West)

Auf Wunsch der Zählungsdienststellen der Bezirke wurde die Einweisung der Zähler in ihre Aufgaben in der Hauptsache von 43 Angehörigen des Statistischen Landesamtes, 18 Bediensteten der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes und 6 Angehörigen von Senatsverwaltungen übernommen, die im Statistischen Landesamt auf ihre Aufgabe vorbereitet worden waren. Von diesen Schulungskräften wurden 350 Zählerversammlungen mit je 80 bis 120 Teilnehmern abgehalten. Schüler und die als Oberzähler eingesetzten Lehrer nahmen nicht daran teil. Für die Lehrer, denen man bessere Voraussetzungen als dem Gros der Zähler und ein selbständiges Durcharbeiten der Zählerunterlagen zumuten konnte, wurden gesonderte Einweisungen in gekürzter Form veranstaltet. Eine Vereinfachung des Vortragsinhalts wurde durch die getrennte Durchführung des Unterrichts für Zähler in normalen Zählbezirken, Anstalten und Kleingartenkolonien ermöglicht.

Schulungsmaterial

Für die Zählerschulung wurde reichlich Material in Form der vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten amtlichen Drucksachen, die von den Statistischen Landesämtern zum Teil nach ihren besonderen Bedürfnissen umgearbeitet worden waren, zur Verfügung gestellt. Neben den ausführlichen textlichen Unterweisungen für die Zähler (Drucksachen 6 und 6a), die Gemeindebehörden (Drucksache 8) und der An-

leitung für die Zählerschulung (Drucksache 9) wurden zur Unterrichtung auch die Fragebogen (Gebäudeliste, Haushaltsliste, Anstaltsliste mit Einzelbogen dazu, Arbeitsstättenbogen), die Ordnungspapiere (Zählbezirksliste, Gemeindebogen) und weitere Organisationspapiere (Rechtsgrundlagen, graphische Darstellungen usw.) verteilt. Einzelne Landesämter entwickelten selbst weitere Formulare, wie etwa die »Hilfsliste zum Austeilen der Zählpapiere« (Hamburg), die »Anleitung für die Durchführung der Zählung in Kleingartenkolonien« (Berlin), die »Anleitung für die Gemeindeverwaltung zur Durchführung der Gebäudevorerhebung« (Rheinland-Pfalz). Das Hessische Statistische Landesamt entwarf eine vierfarbige graphische Darstellung über die Numerierung der Zählpapiere, die sich gut bewährte und auch von einem anderen Landesamt übernommen wurde. Ebenfalls in Hessen wurde erstmals der Versuch gemacht, die Arbeit der Schulungsleiter durch Tonbandaufzeichnungen von Dialogen zur Zählertätigkeit zu unterstützen. Bei den großen Unterschieden in der Vorbildung der eingesetzten Zählungsleiter, Schulungskräfte und Zähler war von vornherein zu erwarten, daß das Schulungsmaterial unterschiedlich beurteilt wurde. Überwiegend wurde der Wunsch nach knappen, nur die wichtigsten Fragen behandelnden Einführungen geäußert. Demgegenüber legten Mitarbeiter, die über eine gute schulische Vorbildung verfügten und ihre Aufgabe ernst nahmen, Wert auf eine erschöpfende Darstellung der das Zählgeschäft betreffenden Fragen.

Nach den mitgeteilten Beobachtungen war die Zahl der Zähler, die sich vor der Schulung nicht mit den ausgehändigten Unterlagen befaßt hatten, recht bedeutend. Aus diesem Grund sowie um den Zählern eine Anleitung für den richtigen Gebrauch ihrer Unterlagen zu geben und sie auf die entscheidenden Punkte und schwierigen Fragen hinzuweisen war die Unterrichtung der Zähler in Versammlungen unentbehrlich.

f) Zählungstechnische Sonderfragen

Bei der Durchführung der Zählung war den Erhebungseinheiten und -objekten erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, deren Erfassung mit besonderen Problemen oder Schwierigkeiten verbunden war. Soweit es sinnvoll und möglich war, wurden derartige Erhebungseinheiten in eigenen »Sonderzählbezirken« zusammengefaßt und eigens dafür geschulten Zählern zur Bearbeitung übertragen.

Zählung in Anstalten

Grundsätzlich wurden für die in Anstalten, Lagern usw. lebende Bevölkerung jeweils Sonderzählbezirke, sog. »Anstaltszählbezirke«, gebildet. Die definitorische Abgrenzung des Anstaltsbegriffs ist nicht eindeutig. Da aber die Erfassung der in Anstalten lebenden Personen sowohl mit Hilfe des Einzelbogens zur Anstaltsliste als auch mittels Haushaltsliste erfolgen konnte, erwachsen daraus keine ernsthaften erhebungstechnischen Schwierigkeiten. Überwiegend konnten für die Durchführung der Zählung im Bereich von Anstalten die Anstaltsleiter oder Angestellte der Anstalt gewonnen werden. Ein Statistisches Landesamt lud stets die Leiter oder Verwalter der großen Anstalten mit zu den Versammlungen für Bürgermeister und Zählungsbeauftragte ein. Sie wurden besonders in ihre Aufgaben eingewiesen. Mit manchen Anstalten wurde direkt Verbindung aufgenommen. In Heil- und Krankenanstalten, Alters- und Jugendheimen, Arbeiterwohnhäusern, Gefängnissen u. dgl. standen gewöhnlich Unterlagen in Form einer Kartei oder eines Hausbuches zur Verfügung, wodurch die Zählerarbeit wesentlich vereinfacht und erleichtert wurde. Problematischer war die Zählung etwa in Gemeinschafts- und Notunterkünften, Flüchtlingslagern, Lagern ausländischer Arbeitskräfte, Bauarbeiterlagern, Bauzügen, größeren Personenunterkünften und Unterbringungsstätten oder sonstigen lagerähnlichen Einrichtungen. Häufige Mißverständnisse gab es in Bauarbeiterlagern. Da die darin untergebrachten Personen gewöhnlich nicht polizeilich gemeldet waren, wurde von den Gemeinden

oft nicht die Notwendigkeit ihrer Erfassung eingesehen. Auch die Arbeiter selbst waren meist der Meinung, daß sie bei ihrer Familie zu zählen seien. In diesen Lagern ging meist ein rascher Wechsel der Belegschaft vor sich, eine verantwortliche Leitung gab es nicht. Karteiunterlagen fehlten, die Personen waren nicht leicht anzutreffen. Zu diesen die Zählarbeit erheblich erschwerenden Umständen kamen bei ausländischen Arbeitern noch die Verständigungsschwierigkeiten, das häufig vorzufindende Mißtrauen gegenüber der Befragung sowie die Tatsache, daß in diesem Personenkreis zahlreiche Analphabeten waren. Der in vier Fremdsprachen — polnisch, griechisch, italienisch und spanisch (in Niedersachsen hätte man den Ausdruck von Listen auch in holländischer Sprache begrüßt) — verfügbare Fragebogen leistete gute Dienste, konnte aber nicht immer im erwarteten Maße Abhilfe schaffen. Gelegentlich wurden deshalb zur Unterstützung der Zähler oder als Zähler Betriebsdolmetscher und sonstige sprachkundige Personen herangezogen. Vielfach war diese Möglichkeit jedoch nicht gegeben. Es ist zu erwägen, ob bei künftigen Zählungen eine stärkere Unterstützung durch die zuständigen ausländischen Konsulate angestrebt werden sollte.

Neben den genannten Fällen wurden Sonderzählbezirke für Kleingartengebiete, Wohnschiffe, Beherbergungsbetriebe und andere Einrichtungen geschaffen. Bei der späteren Bearbeitung wirkte sich erschwerend aus, daß der Inhalt dessen, was als »Anstalt« im statistischen Sinne zu gelten hatte, nicht genau abgegrenzt war. Wenn der Anstaltscharakter eines Erhebungsobjektes zweifelhaft war, wurde die Erfassung der dort wohnenden Personen durch Haushaltslisten empfohlen. Später bei der Aufbereitung wurden viele Umsetzungen — vom »Normalhaushalt« zum Anstaltshaushalt und umgekehrt — erforderlich. Überwiegend verlief die Zählung in Anstalten aber reibungslos.

Zählung im Bereich der Bundeswehr

Für die Durchführung der Zählung im Bereich der Bundeswehr hat das Statistische Bundesamt mit dem Bundesministerium für Verteidigung die Verfahrensregelungen vereinbart. Bundeswehrgelände sollte nicht von zivilen Zählern betreten werden. Die Durchführung der Zählung oblag den Wehrbereichs- und Standortverwaltungen, nicht den Gemeinden. Die Organisationsreferenten der Wehrbereichsverwaltungen meldeten den Bedarf an Zählpapieren dem zuständigen Statistischen Landesamt oder, wenn mehrere Länder zum Zuständigkeitsbereich einer Wehrbereichsverwaltung gehörten, dem mit der Übernahme der Verbindung beauftragten Statistischen Landesamt. Das Statistische Bundesamt veranlaßte den zentralen Ausdruck der »Anstaltsliste Bundeswehr« samt der dazugehörigen Einzelbogen und versandte sie gegen Kostenerstattung an die Statistischen Landesämter, die sie zusammen mit den übrigen Zählpapieren — Gebäudelisten, Haushaltslisten, Merkblättern dazu, Arbeitsstättenbogen und Schlagwortverzeichnissen — direkt an die Standortverwaltungen weiterleiteten. Die Rückleitung der ausgefüllten Zählpapiere erfolgte durch die Standortverwaltungen unmittelbar an die Statistischen Landesämter, in deren Gebiet sich die Standortverwaltungen befanden. Alle in Truppenunterkünften lebenden Bundeswehrangehörigen wurden mit einer Anstaltsliste, bestehend aus einem Mantelbogen und Einzelbogen, erfaßt. Das Ausfüllen der Einzelbogen geschah im allgemeinen in einer Instruktionsstunde, die Angaben sollten vom Einheitsführer überprüft werden. Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit zählten zur Wohnbevölkerung des Standortes ihrer Stammeinheit, Wehrdienstpflichtige und Soldaten auf Wehrdienstübung zur Wohnbevölkerung ihres zivilen Wohnsitzes. Erforderlichenfalls hatten die Statistischen Landesämter die Fragebogen umzudirigieren und den Gemeinden zuleiten, zu deren Wohnbevölkerung die anderenorts erfaßten Personen rechneten.

Bundeswehrangehörige und zivile Bedienstete, die allein oder mit Familie innerhalb eines Kasernenbereichs (dazu

zählten auch Gebäude außerhalb des Kasernenbereichs, die sich aber noch auf einer militärischen Anlage befanden) in einer Wohnung lebten, hatten eine Haushaltsliste auszufüllen. Außerhalb des Kasernenbereichs wohnende Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit wurden durch den zuständigen Zähler erfaßt.

Auch die Erfassung der auf Bundeswehrgelände befindlichen zivilen Arbeitsstätten (Friseurstuben, Kantinen, Kinos u. dgl.) wurde von den Standortverwaltungen vorgenommen. Sie verteilten die Arbeitsstättenbogen, sammelten sie wieder ein und leiteten sie an das zuständige Statistische Landesamt weiter. Die Gebäude, in denen sich solche Arbeitsstätten befanden, waren von der Standortverwaltung in eine Kontrollliste einzutragen. Bundeswehrdienststellen außerhalb geschlossener militärischer Anlagen waren dagegen vom zuständigen zivilen Zähler aufzusuchen. Er erhielt nicht den ausgefüllten Arbeitsstättenbogen, sondern — wie bei anderen Behördenarbeitsstätten — einen Kontrollzettel, der in der Zählermappe blieb und mit an das Statistische Landesamt abgeliefert wurde.

Das bei der Bundeswehr beschäftigte zivile Personal wurde den Statistischen Landesämtern lediglich in der Aufgliederung nach Wehrbereichen bzw. Ländern mitgeteilt.

Analog war bei der Erfassung der bewohnten Gebäude vorzugehen. Sofern sie sich im Kasernenbereich oder in einer militärischen Anlage (z. B. Radarstation) befanden, war die Standortverwaltung zuständig. Die übrigen außerhalb geschlossener Anlagen befindlichen und von der Bundeswehr benutzten Gebäude wurden von dem zuständigen zivilen Zähler erfaßt. Für von der Bundeswehr gemietete Gebäude hatte der Eigentümer die Gebäudeliste auszufüllen, für von der Bundesvermögensverwaltung überlassene die zuständige Standortverwaltung. Vom Bundesverteidigungsministerium wurde angeordnet, wie die Fragen 12 bis 21 der Haushaltsliste durch das bei der Bundeswehr beschäftigte Zivilpersonal zu beantworten waren.

Im Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung¹⁾ wurden die notwendigen Durchführungsbestimmungen und Instruktionen veröffentlicht. Weitere Anordnungen wurden in einem Schreiben des Bundesministers für Verteidigung an die Wehrbereichsverwaltungen bekanntgegeben mit der Bitte, die Standortverwaltungen entsprechend anzuweisen.

Nachstehend werden die wichtigsten Fragen erwähnt, die mitunter zu Unklarheiten führten.

Zweifelsfragen entstanden über den Begriff »Sonstige Bundeswehranlage«, der im Erlaß nicht näher definiert war. Zivile und militärische Dienststellen einigten sich über fragliche Fälle gewöhnlich durch Absprachen. Doch kann nicht ausgeschlossen werden, daß bei unterbliebener Kontaktaufnahme sich weder die Gemeindeverwaltung noch die Standortverwaltung für zuständig hielten und dadurch Erfassungslücken entstanden.

Der obenerwähnte Erlaß des Bundesministers für Verteidigung enthält keine Anordnung über die Schulung der Unterrichtsleiter. Durch entsprechende Maßnahmen, etwa durch Beteiligung der Statistischen Landesämter an Schulungsbesprechungen, hätte sich vermutlich die Beantwortung der Einzelbogen verbessern lassen.

Schwierigkeiten bei der Zuordnung der Soldaten zu der Wohnbevölkerung entstanden daraus, daß zu manchen Standortverwaltungen Truppenunterkünfte in verschiedenen Gemeinden gehörten. Es kam sogar vor, daß die Gemeindegrenze durch eine Kasernenanlage verlief. In einigen dieser Fälle wurde die Frage auf dem Anstaltsbogen nach dem Ort der Unterkunft durch Aufdruck des Standortstempels beantwortet, was bei der vorläufigen Feststellung der Einwohnerzahl der Gemeinden zu unrichtigen Ergebnissen führte. Die betroffenen Gemeinden erhoben gewöhnlich Einspruch und veranlaßten damit die Klärung des Sachverhalts.

¹⁾ VMBI 1961, S. 237; abgedruckt im Anhang S. 105.

Die Anweisungen über die Erfassung der zur Ausbildung vorübergehend im Ausland befindlichen Soldaten wurden nicht immer beachtet. Mißverständnisse entstanden in einigen Fällen über die Zugehörigkeit zu den »Soldaten im Grundwehrdienst bzw. auf Wehrübung« und den »Zeit- und Berufssoldaten«. Diese Unterscheidung wurde als Kriterium für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung der Garnisongemeinde oder der Gemeinde des zivilen Wohnsitzes benötigt. Soldaten mit einer Dienstzeitverpflichtung für mehrere Jahre galten auch dann als »Soldaten auf Zeit«, wenn ihre halbjährige Probezeit noch nicht abgelaufen war. Soldaten mit einer freiwilligen Dienstverpflichtung auf 18 Monate hatten den Status von »Soldaten auf Zeit«; da sie aber am Standort nicht der Meldepflicht unterlagen und folglich auch nicht zur Wohnbevölkerung der Standortgemeinde gehörten, waren sie als »Wehrpflichtige« zu erfassen.

Bei der Zusammenführung der Einzelbogen für Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung mit den entsprechenden Haushaltslisten in den Wohnsitzgemeinden stellte sich heraus, daß in zahlreichen Fällen kein Einzelbogen zu den in den Haushaltslisten aufgeführten Personen vorhanden war. Bei den betreffenden Personen handelte es sich, wie Nachforschungen ergaben, gewöhnlich um Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit, die der Wohnbevölkerung der Standortgemeinde zuzurechnen waren. Um Doppelzählungen zu vermeiden, entschloß man sich zunächst zur Streichung aus der Haushaltsliste von Eintragungen für Personen im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung, für die kein Einzelbogen vorlag. Später wurden generell nur die Angaben der Einzelbogen ausgewertet, die Angaben in den Haushaltslisten aber gestrichen.

Die Einordnung der Einzelbogen zur Anstaltsliste Bundeswehr für Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung in die zugehörigen Haushaltslisten hat erheblichen Arbeitsaufwand verursacht, der Austausch der Einzelbogen zwischen den Landesämtern war unproblematisch.

In einigen Gemeinden mit Unterkünften der Bundeswehr wurden z. T. recht erhebliche Abweichungen zwischen fortgeschriebener und auf Grund der Volkszählung festgestellter Einwohnerzahl festgestellt. Durchwegs lagen die fortgeschriebenen Zahlen zu hoch. Der Fehler dürfte darauf zurückzuführen sein, daß für Zeit- und Berufssoldaten bei Kommandierungen und Versetzungen die Meldevorschriften nicht richtig beachtet wurden.

Zählung im Bereich des Bundesgrenzschutzes und der kasernierten Bereitschaftspolizei

Für die Zählung im Bereich des Bundesgrenzschutzes wurde zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Statistischen Bundesamt abgesprochen, die für die Erfassung der Angehörigen der Bundeswehr entwickelten Richtlinien analog anzuwenden und für diesen Zweck zu überarbeiten. Verantwortliche Behörden für die Durchführung der Zählung waren die vier Grenzschutzverwaltungen München, Kassel, Hannover und Lübeck, die mit Hilfe ihrer nachgeordneten Dienststellen, der Grenzschutzverwaltungsstellen, die Angehörigen sämtlicher Grenzschutzeinheiten zu erfassen hatten.

Auch die Zählung der kasernierten Bereitschaftspolizei wurde analog der Regelung für den Bundesgrenzschutz zentral durchgeführt.

Durchführung der Zählungen im Bereich der ausländischen Streitkräfte und Missionen

Für die Regelung der mit der Durchführung der Zählungen (es handelte sich hier um die Volks- und Berufszählung sowie die Gebäudezählung) im Bereich der ausländischen Streitkräfte und Missionen zusammenhängenden Fragen war das Auswärtige Amt zuständig, das in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt die notwendigen Vorbereitungen traf und entsprechende Verhandlungen mit den Bot-

schaften der Entsenderstaaten führte. Das Statistische Bundesamt besprach dann mit den obersten Dienststellen der ausländischen Streitkräfte die organisatorischen Fragen.

Der zu den ausländischen Streitkräften und Missionen gehörende Personenkreis wurde von der Volks- und Berufszählung nicht betroffen; zu seiner Abgrenzung wurden Vorschriften des Truppenvertrages, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Meldegesetze der Bundesländer herangezogen. Zu erfassen waren aber das von den Streitkräften oder ihren Mitgliedern beschäftigte deutsche und ausländische Personal, das in den von den Streitkräften bzw. ihren Mitgliedern benutzten Gebäuden wohnte, ferner die in den Gebäuden der fremden diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen oder in den Wohnungen der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnenden deutschen Staatsangehörigen sowie die dort wohnenden Ausländer, die nicht im Besitz eines Ausweises des Auswärtigen Amtes oder der Staats- (Senats-)Kanzleien der Länder waren. Ausschlaggebend dafür, ob jemand zu zählen war, war also seine Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung.

Im Rahmen der Gebäudezählung waren die von den Streitkräften und ihren Mitgliedern sowie den fremden Missionen und berufskonsularischen Vertretungen oder deren Angehörigen privatrechtlich gemieteten oder gepachteten bewohnten Gebäude zu erfassen. Auskunftspflichtig war zwar der Hauseigentümer, doch mußte dieser in zahlreichen Fällen beim Mieter bzw. Pächter zurückfragen.

Das Statistische Bundesamt empfahl den Streitkräften, die Erhebung der Personen innerhalb militärischer Anlagen durch Mitglieder oder deutsche Bedienstete durchführen zu lassen und regte die Anwendung des gleichen Verfahrens für die Erfassung der in Betracht kommenden Gebäude und Personen außerhalb der militärischen Anlagen an, soweit es sich um geschlossene Siedlungen handelte. Es wurde empfohlen, den als Zähler eingesetzten deutschen Bediensteten der Streitkräfte bezahlte Dienstbefreiung zu gewähren. Das Auswärtige Amt bat darum, dem Statistischen Bundesamt Listen über die örtlichen Dienststellen der Streitkräfte und ihren Zuständigkeitsbereich zu überlassen und Standort- bzw. Verbindungsoffiziere, mit denen Kontakt aufgenommen werden sollte, zu benennen. Den örtlichen Zählungsdienststellen wurde über die Statistischen Landesämter nur jene Standorte mit Namen der Verbindungsoffiziere mitgeteilt, die für sie in Frage kamen.

In einigen Fällen wurde berichtet, daß die Kontaktaufnahme zu den Verbindungsstellen mangelhaft war oder zu spät eingeleitet wurde, doch waren das die seltenen Ausnahmen. Im allgemeinen verlief die Zählung in diesen Bereichen reibungslos und wurde von den ausländischen Vertretungen bereitwillig unterstützt. Die US-Streitkräfte erließen eigene Richtlinien, machten ihre Angehörigen über Funk und Presse auf die Zählung aufmerksam und baten sie um Unterstützung der Zähler.

In Berlin (West) wurden die erforderlichen Verhandlungen zwischen den Berliner Behörden und der Alliierten Kommandantur geführt. Auch dort entstanden keine nennenswerten Probleme.

Weitere Erfassungsprobleme

Zur Erfassung der Behörden (mit Ausnahme von Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz) für die Arbeitsstättenzählung wurde in der »Anleitung für die Gemeindebehörde« (Drucksache Nr. 8)¹⁾ empfohlen, dafür Sonderbeauftragte einzusetzen. Die Bogen sollten etwa 1–2 Wochen vor dem Zählungstichtag ausgeteilt werden. Den Behörden (Zentralen) wurde aufgetragen, für alle ihnen angeschlossenen und unterstellten Dienststellen, und zwar für jede örtlich getrennte Arbeitsstätte, auch für jeden ausgelagerten Teil einer Dienststelle, einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

¹⁾ Abgedruckt im Anhang S. 284.

Bundesbahn und Bundespost führten die Arbeitsstättenzählung in ihren Bereichen mit eigener Organisation und eigenem Personal durch.

Jede »Behörden-Arbeitsstätte« erhielt einen Kontrollzettel¹⁾, der dem Zähler an Stelle des Arbeitsstättenbogens ausgehändigt wurde. Die Arbeitsstättenbogen selbst wurden entweder vom Sonderbeauftragten wieder eingesammelt oder auf dem Postwege der Zählungsdienststelle zugesandt. Dort wurden sie nach der Vollzählungskontrolle in die Zählermappen eingeordnet. Durch Zusammenführung und Vergleich der von den Zählern abgelieferten Kontrollzettel mit den gesondert eingesammelten Behörden-Arbeitsstättenbogen konnte die Zählungsdienststelle die vollzählige Erfassung überprüfen. Diese erstmalig bei der Zählung der Behörden angewandte Erfassungsmethode fand die Zustimmung der Gemeinden, wurde aber nicht immer richtig angewandt. Oft wurden die Angaben statt für die örtliche Einheit für die Verwaltungseinheit gemacht. Das Kontrollsystem wurde gelegentlich für zu umständlich gehalten. Nicht immer haben die Behörden dem Zähler den Kontrollzettel ausgehändigt.

Trotz dieser und ähnlicher Mängel scheint aber die Kontrollaktion ihren Zweck erfüllt zu haben.

Auch außerhalb geschlossener Anlagen liegende Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes erhielten von ihrer Standortverwaltung einen Kontrollzettel, der dem zuständigen Zähler auszuhändigen war. Da diese Dienststellen aus der Arbeitsstättenzählung ausgeklammert waren, lagen für sie keine Arbeitsstättenbogen vor. Deshalb verblieben die Kontrollzettel in den Zählermappen und wurden mit an das Statistische Landesamt abgeliefert.

Bei der Durchführung des Zählgeschäftes tauchten weitere Sonderprobleme auf, die zum großen Teil schon von früheren Zählungen her bekannt waren und meist durch die Geschicklichkeit und Findigkeit des Zählers oder durch besondere Maßnahmen der örtlichen Zählungsstelle gelöst wurden. Obwohl keine generellen Empfehlungen gegeben werden können, sollen die wichtigsten dieser Fragen doch kurz genannt werden.

Vor allem in den Großstädten war es nicht leicht, die zahlreichen Arbeitsstätten von Einmann- und Kleinbetrieben ausfindig zu machen, zumal wenn deren Inhaber anderenorts ihre Wohnung hatten. Zahlreiche Adressen von solchen Arbeitsstätten konnten aus den Angaben zu Abschnitt VII der Haushaltsliste noch nachträglich ermittelt werden.

Bei der Erfassung der Schiffe als Arbeitsstätten half gelegentlich die Wasserschutzpolizei; in Hamburg wurden in einem Rundschreiben alle Reedereien über die Notwendigkeit der Zählung der Schiffe aufgeklärt, das Adressenmaterial wurde von der See-Berufsgenossenschaft geliefert.

Recht schwierig gestaltete sich, wie öfter bestätigt wurde, die Erfassung der Wochenendhäuser. Schon von der Definition her waren die Unterscheidung von vorwiegend bewohnten Landhäusern, Behelfsheimen oder Wohnlauben nicht eindeutig möglich. Oft waren die Häuser selbst nicht einfach zu finden. Die Eigentümer hielten sich zur Zeit der Zählung meist an einem anderen Wohnsitz auf und konnten deshalb vom Zähler nicht erreicht werden. Da die Zahl der Wochenendhäuser beträchtlich angestiegen ist, sollte künftig nach besseren Möglichkeiten ihrer Erfassung gesucht werden.

Bei der letzten Zählung ergab es sich häufig, daß der Zähler Haushalte nicht antreffen konnte, weil sie in Urlaub waren. Der Zählungstichtag lag nicht sehr günstig, weil er schon in die beginnende Urlaubssaison fiel. Doch muß in Zukunft damit gerechnet werden, daß infolge der sich verstärkenden Tendenz zu einer Ausweitung der Urlaubs- und Reisezeit fast auf das ganze Jahr das Problem der Erfassung von Urlaubern an Bedeutung gewinnen und ohne zusätzliche Maßnahmen kaum mehr zu bewältigen sein wird. Deshalb dürfte es sich empfehlen, für die Zählung von Urlaubern

spezielle Erhebungsverfahren zu entwickeln und diese den Befragten, den Gemeindebehörden und den Zählern rechtzeitig bekanntzugeben. Dies könnte im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, in der Anleitung für die Gemeindebehörde und in dem Leitfaden für den Zähler geschehen. Als besondere Maßnahmen könnten etwa eine Vorwegerfassung der Urlauber, Aufforderung der Urlauber zur Hinterlegung der Zählpapiere beim Nachbarn oder zur Einsendung an die Zählungsdienststelle per Post, Nacherfassungen an Hand vom Zähler angelegter Kontrollblätter oder mit den wichtigsten Ordnungsangaben versehener Zählpapiere usw. oder eine Kombination solcher Verfahren durchgeführt werden. An Fahrkartenschaltern, in Reisebüros, an Grenzübergangsstellen und anderen geeigneten Stellen könnten den Urlaubern Merkblätter und eine vorgedruckte Postkarte zur Benachrichtigung der Wohnsitzgemeinde über den Zeitpunkt der Rückkehr ausgehändigt werden u. dgl. m.

Um regionale Einheiten zu kennzeichnen, in denen die Qualität der Gebäude und Wohnungen als unzureichend zu betrachten war, wurde deren Aussonderung als »erneuerungsbedürftige Wohngebiete« (»E-Gebiete«) vorgesehen. In Anbetracht der kurzen Zeit, die für die Vorbereitung dieser erstmals durchgeführten Feststellungen zur Verfügung stand, ergaben sich dabei manche Schwierigkeiten. Die Richtlinien konnten den Gemeinden erst Ende Februar 1961 zugestellt werden. Zahlreiche Gemeinden hatten, als diese Aufgabe ihnen übertragen wurde, schon mit der Zählbezirkseinteilung begonnen oder sie bereits teilweise abgeschlossen, so daß zeitraubende Neuarbeit erforderlich wurde. In einem Land wurden Vereinbarungen zwischen Statistischem Landesamt und Gemeinden über die Festlegung der Wohnplätze zur Aufstellung eines neuen Wohnplatzverzeichnis weitgehend hinfällig, da die Abgrenzung der E-Gebiete eine völlige Neuaufstellung der Wohnplatzbegrenzungen nötig machte. Die Aufgabe, grobe Abgrenzungen für diese Gebiete zu treffen, wurde von den Verwaltungen vielfach verkannt, wodurch mitunter die ganze Zählbezirkseinteilung in Gefahr geriet. Der Begriff wurde manchmal sehr eng als »abbruchreife« Gebäude oder Wohnblocks, manchmal großzügig als »verbesserungsbedürftige«, »verbesserungswürdige« Wohngebieten ausgelegt. Das führte dazu, daß in Verknennung der Aufgabe manchmal nur einzelne Gebäude, dann wieder ganze Gemeinden als »erneuerungsbedürftig« bezeichnet wurden.

g) Durchführung des Zählgeschäftes (vgl. hierzu auch III. 3)

Hierunter sind vor allem die den ehrenamtlichen Zählern übertragenen Aufgaben zu verstehen, nämlich das Austeilen, Einsammeln, Prüfen, Ordnen und Numerieren der Zählpapiere sowie das Anlegen einer Zählbezirksliste. Eine kurze Darstellung dieser Aufgaben findet sich im »Leitfaden für den Zähler« (Drucksache Nr. 6)²⁾.

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Bevölkerung, von ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen, den Zählern wohlwollend, aufgeschlossen und hilfsbereit begegnete und Verständnis für die Notwendigkeit der Befragung hatte. Diese erfreulich positive Einstellung war nach allgemeiner Auffassung hauptsächlich auf die intensive und auf breiter Basis durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen (vgl. II. 7). Von den zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallenden Personen (es waren schätzungsweise weit unter 1% aller Befragten), die zunächst der ganzen Befragung oder einzelnen Fragen ausweichen wollten, konnten fast alle nach entsprechender Aufklärung zum Ausfüllen der Zählpapiere bewegt werden. Nur selten waren striktere Maßnahmen, wie etwa die Zustellung der Papiere durch Postzustellungsurkunde oder die Androhung eines Bußgeldverfahrens, erforderlich. So berichteten beispielsweise Nordrhein-Westfalen 25, Hessen 4, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern je einen, Berlin 5 festgestellte Fälle echter Auskunftsverweigerung, die Anlaß zur Einleitung von Bußgeld- bzw. Zwangsgeldverfahren gaben. Nicht bekannt ist die Zahl

¹⁾ Abgedruckt im Anhang S. 255.

²⁾ Anhang S. 258.

der Fälle, in denen die Fragebogen für Auskunftsverweigerer von den Zählern oder Zählungsdienststellen selbst ausgefüllt wurden, wobei die erforderlichen Informationen anderweitig beschafft werden mußten.

Von der Möglichkeit, die Fragebogen in einem geschlossenen Umschlag abzugeben, wurde nur in sehr geringem Umfang Gebrauch gemacht. Auf Grund der mitgeteilten Beobachtungen ist zu vermuten, daß die Quote im Bundesdurchschnitt nur Bruchteile eines Prozents betragen hat. Dabei lag der Anteil in den Städten im allgemeinen höher als auf dem Lande. Die höchste bekanntgewordene Quote der Abgabe von Fragebogen im verschlossenen Umschlag wurde in Berlin auf etwa 5—7% geschätzt, in Frankfurt am Main betrug sie etwa 1,4%. Die Umschläge wurden teils den Zählern ausgehändigt, teils durch die Post der Zählungsdienststelle direkt zugeleitet. Um Fehlzuleitungen an nichtzuständige Stellen, die mitunter vorkamen, auszuschließen, wurde von einem Landesamt für künftige Erhebungen die Ausgabe bereits adressierter Briefumschläge, wie etwa bei der Briefwahl, in Erwägung gezogen. Freilich würde dadurch die Bevölkerung indirekt zu einer erhöhten Nutzung dieser Möglichkeit ermuntert, was aber wegen der zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Bearbeitung des brieflich eingesandten Materials nicht im Interesse der Statistischen Ämter sein kann.

Die Qualität der Ausfüllung der Zählpapiere unterlag so starken Schwankungen, daß eine generalisierende und repräsentative Aussage kaum möglich ist. Beispielshalber sei nur erwähnt, daß in Hamburg zwischen 85 und 95% der Zählpapiere von den Zählungsdienststellen als zufriedenstellend ausgefüllt befunden wurden, während man in Berlin z. T. 50—70% der Zählpapiere als mangelhaft und unvollständig ausgefüllt bezeichnete. Die einzelnen Bevölkerungsschichten kamen unterschiedlich gut mit der Beantwortung der Fragebogen zurecht, auch waren große Unterschiede in der aufgewendeten Sorgfalt festzustellen. Im allgemeinen wurde die städtische Bevölkerung mit den Fragebogen besser fertig als die Landbevölkerung. Von größter Bedeutung für die Güte der Ausfüllung war, ob die Zähler ihre Tätigkeit gewissenhaft und gründlich ausführten, die Befragten berieten und nötigenfalls teilweise oder auch ganz das Ausfüllen der Listen zu übernehmen bereit waren. Viele Zähler sahen ihre Funktion lediglich im Austeilen und Einsammeln der Listen. Die Einsatzfreudigkeit der Zähler war offensichtlich sehr stark abhängig von der Höhe der ihnen gewährten Aufwandsentschädigung. Nach übereinstimmender Aussage förderte das neuartige System, in den Zählpapieren mit vorgegebenen Antworten und Kästchen zum Ankreuzen zu arbeiten, die Ausfüllungsqualität.

Beträchtliche Unterschiede enthielten auch die Berichte über den für die Durchführung des Zählgeschäftes erforderlichen Zeitaufwand. Der Zeitbedarf war abhängig von der Lage und räumlichen Ausdehnung des Zählbezirks, vom Vorhandensein schwierig zu erfassender Erhebungsobjekte, von der Beschaffenheit der Gebäude, der Übersichtlichkeit der Wohnverhältnisse, der vom Zähler für den Anmarsch zu seinem Zählbezirk benötigten Zeit, der Ortskenntnis und Geschicklichkeit des Zählers und von zahlreichen anderen Umständen. Durchwegs nahm das Einsammeln mehr Zeit, etwa die doppelte bis vierfache, in Anspruch als das Austeilen. Das erklärt sich dadurch, daß der Zähler viele Listen erst nach mehrmaligem Besuch zurückerhielt, daß nach Möglichkeit an Ort und Stelle eine erste Überprüfung der Eintragungen erfolgen sollte, daß zahlreiche Personen das Ausfüllen ganz oder teilweise dem Zähler überließen usw. Wenn es auch nicht möglich ist, aus den vorliegenden Angaben eine Norm abzuleiten, so sind doch häufigste Werte zu erkennen, die für normal strukturierte Zählbezirke zutrafen. Danach wurden für das Austeilen durchschnittlich 2—5 Stunden, für das Einsammeln etwa 10 Stunden benötigt, insgesamt verteilte sich die Arbeit meist auf 2—3 Tage. Die mitgeteilten Höchstwerte lagen wesentlich höher, nämlich bei jeweils 2—3 Tagen sowohl für das Austeilen als auch das Einsammeln. In Ham-

burg, wo Großzählbezirke zu etwa je 100 Haushalten gebildet wurden, reichte für normale Zählbezirke eine Bearbeitungszeit von insgesamt 2½—3 Tagen; für schwierige Zählbezirke wurde eine Bearbeitungszeit von 30 und teilweise von 40—50 Stunden genannt.

Nach überwiegender Feststellung waren die Zähler mit den ihnen abverlangten Abschlußarbeiten meist überfordert. Dazu gehörten das Ordnen der Listen, eine Vollzähligkeitskontrolle, die Überprüfung der ausgefüllten Zählpapiere, die Numerierung der Haushaltslisten, einige vergleichende Prüfungen der Listen untereinander, die Anfertigung einer Reinschrift der Zählbezirksliste. Diese Aufgaben konnten gewöhnlich nur noch von solchen Zählern zufriedenstellend ausgeführt werden, die mit Verwaltungsaufgaben vertraut oder sonst in derartigen Arbeiten bewandert waren. Vor allem das Numerieren der Listen und die Reinschrift der Zählbezirksliste waren meist so schlecht ausgeführt, daß die Arbeit in den Statistischen Ämtern noch einmal durchgeführt werden mußte. So wird also der öfters geäußerte Vorschlag, als schwierig erkannte und im allgemeinen die Leistungsfähigkeit der Zähler übersteigende Abschlußarbeiten von vornherein in die Statistischen Ämter zu verlegen, zu prüfen sein. Der Zeitbedarf für die Abschlußarbeiten wurde überwiegend mit 3—5 Stunden angegeben. In Hamburg lag er wegen der größeren Zählbezirke bei etwa 10 Stunden.

h) Die Arbeit der Zählungsdienststellen nach der Zählung

Nach dem Zählungsttag und vor der Ablieferung der Zählpapiere an die Landratsämter bzw. die Statistischen Landesämter hatten die Zählungsdienststellen der Gemeinden noch eine Reihe von Arbeiten durchzuführen, die in der »Anleitung für die Gemeindebehörde« (Drucksache Nr. 8)¹⁾ aufgezählt waren. Dazu gehörten die Bereitstellung von Räumen und Personal, die Entgegennahme der Zählpapiere von den Zählern, die Überprüfung der Zählpapiere auf Vollzähligkeit sowie vollständige und richtige Ausfüllung, die Aufstellung einer Anschriftenliste für die Gartenbauerhebung 1961 sowie eine Zusammenstellung über die Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und der erfaßten Personen (Anlegen von Gemeindebogen). Ferner mußten die Zählungsdienststellen für die Einholung der von den Zählern nicht beigebrachten Zählpapiere sorgen. Die Abschlußarbeiten in den Gemeinden leiteten bereits in die Phase der Aufbereitung über.

Besonderer Wert mußte auf die gründliche Überprüfung des Zählungsmaterials gelegt werden, um den Statistischen Landesämtern möglichst vollständige und signierreife Unterlagen zu liefern. Schon die Zähler und Oberzähler waren angehalten, die Eintragungen zu überprüfen und ggf. Berichtigungen und Ergänzungen vorzunehmen. Der Idealfall, mit dem in der Praxis freilich nur in Ausnahmefällen zu rechnen ist, wäre darin zu sehen, daß von den Zählern ein vollständiges und fehlerfreies Material abgeliefert wird. Um so größere Bedeutung kommt deshalb einer sorgfältigen Überprüfung der Zählpapiere durch die gemeindlichen Zählungsdienststellen zu, da von hier aus bei entstehender Notwendigkeit für Rückfragen die Auskunftspflichtigen noch ohne allzu große Schwierigkeiten erreicht werden können. Wenn das Material bei den Statistischen Landesämtern liegt, können, von den Stadtstaaten vielleicht abgesehen, direkte Rückfragen wegen des damit verbundenen Zeit- und Arbeitsaufwandes und der entstehenden Kosten nur ausnahmsweise und in wichtigen Fällen veranlaßt werden. Auch aus arbeits-technischen Gründen muß angestrebt werden, möglichst umfangreiche Bereinigungen des Materials an Ort und Stelle bei den Gemeinden durchzuführen, um die zentrale Bearbeitung bei den Statistischen Landesämtern zu entlasten.

Über das Ausmaß der von den Zählungsdienststellen durchzuführenden nachträglichen Ermittlungen liegen keine auch nur annähernd genauen Angaben vor. Mit Sicherheit

¹⁾ Anhang S. 284.

kann aber gesagt werden, daß die erforderlichen nachträglichen Maßnahmen regional außerordentlich stark schwankten. Allgemein scheint dabei der Anteil der Fälle, bei denen es sich um Berichtigungen und Ergänzungen der Fragebogen handelte, größer gewesen zu sein als die Quote der auf dem Wege der Nacherhebung zu bereinigenden Erfassungslücken. Bei letzteren handelte es sich vorwiegend um Fragebogen von Auskunftspflichtigen, die zur Zeit der Zählung in Urlaub oder aus sonstigem Grund ortsabwesend waren, dazu kamen jene Fälle, in denen der Zähler trotz mehrfachen Besuchs niemanden antreffen konnte oder die der Aufmerksamkeit des Zählers einfach entgangen waren. Vor allem in den Städten waren die Zählungsdienststellen bemüht, die Masse dieser Nachermittlungen telefonisch oder schriftlich zu erledigen und dadurch die Zahl der nochmals notwendigen Besuche auf ein Minimum zu reduzieren.

Sehr häufig waren die Zählungsdienststellen der Gemeinden gezwungen, den Zählern zugedachte Aufgaben mit zu übernehmen. Dazu gehörten z. B. die Numerierung der Zählpapiere und das Ausfüllen der Zählbezirksliste, womit die Zähler nach allgemeiner Beobachtung nur selten zurechtkamen. In Hamburg wurden den Zählungsdienststellen zur Entlastung des Statistischen Landesamtes einige weitere Arbeiten übertragen, wie das Einsortieren der Einzelbogen der Bundeswehrsoldaten, die Feststellung der Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung, die Zusammenstellung der Personen mit weiterem Wohnsitz sowie der Oberzählbezirks-, Orts- teils- und Bezirksergebnisse.

Zahlreiche Gemeinden machten von der in § 9 Ziff. 3 des Volkszählungsgesetzes 1961 eingeräumten Möglichkeit Gebrauch, einen Vergleich der Zählpapiere mit den entsprechenden Unterlagen der Gemeinden, wie Einwohnermeldekartei, Gebäude-, Gewerbe-, Wahlkartei u. dgl. vorzunehmen. Damit sollte ein doppelter Zweck verfolgt werden, nämlich sowohl die Überprüfung der Zählpapiere auf Vollständigkeit der Erfassung und Richtigkeit gewisser Eintragungen als auch umgekehrt eine entsprechende Vervollständigung und Berichtigung gemeindlicher Kartei- u. ä. Unterlagen. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Möglichkeit des Karteenvergleichs wurde allgemein positiv bewertet, doch wurde nicht selten die dafür verfügbare Zeit als unzureichend bezeichnet. Vor allem größere Städte waren nicht in der Lage, bis zur Weiterleitung der Zählpapiere Abstimmungsarbeiten in dem für wünschenswert erachteten Umfang durchzuführen. Da eine nochmalige Zuleitung der Zählpapiere nicht erlaubt war, konnten die sich bietenden Möglichkeiten häufig nicht voll ausgeschöpft werden. Generell scheinen die kleineren Gemeinden mehr von der Möglichkeit des Vergleichs Gebrauch gemacht zu haben als die großen Städte. Nach der Rundfrage des Deutschen Städtetages haben unter 50 befragten Großstädten 12, von den 37 Mittelstädten 11 und von 22 kleineren Städten 8 einen solchen Vergleich vorgenommen. Die für die Bearbeitung des Zählungsmaterials in den Gemeinden benötigte Zeit hing in erster Linie von der Größe der Gemeinde, dann aber auch von den dafür verfügbaren Arbeitskräften ab sowie davon, ob Karteenvergleiche durchgeführt wurden oder nicht. Während die kleinen Gemeinden im allgemeinen im Verlauf eines Monats die Zählpapiere ablieferten, benötigten die mittleren und größeren Städte durchschnittlich 3 Monate, einige Großstädte bis zu 5 Monaten Bearbeitungszeit. Häufig stand die benötigte Zeit in keinem rechten Verhältnis zum festgestellten Erfolg. Das mag damit zusammenhängen, daß sich die Gemeinden — vor allem die größeren Städte — mehr an den eigenen Bedürfnissen orientierten und häufig die Gelegenheit benutzten, eine Vorwegfeststellung ihrer Wohnbevölkerung durchzuführen.

Die Ergebnisse der vorgenommenen Prüfungen und Bereinigungen des Zählungsmaterials entsprachen vielfach nicht den Erwartungen, so daß letzten Endes die Prüf- und Berichtigungsarbeiten in den Statistischen Landesämtern wiederholt werden mußten. Es wird genau zu prüfen sein, ob bei der kommenden Volkszählung 1970 wieder ein Karteen-

vergleich in der Art wie 1961 vorgesehen werden soll. Vermutlich wird wegen der vorgesehenen veränderten Erhebungs- und Aufbereitungstechnik die schnellstmögliche Weiterleitung der Zählpapiere an die Statistischen Landesämter gefordert werden müssen.

Die festgestellten großen Qualitätsunterschiede in der Arbeit der Gemeinden sind wohl auch ein Ausdruck dafür, daß die Gemeinden den ihnen abverlangten Aufgaben in unterschiedlichem Maße gewachsen waren. Ohne Zweifel bedeuteten die Zählungen für alle Gemeinden eine starke Belastung, die zusätzlich zu den laufenden Arbeiten übernommen werden mußte. Vor allem bei kleineren Gemeinden war festzustellen, daß sie sowohl personalmäßig als auch hinsichtlich der von ihnen verlangten Arbeiten überfordert waren. Insgesamt fielen aber diese Mängel nicht entscheidend ins Gewicht.

2. Erhebungspapiere¹⁾

a) Drucklegung und Auflage

Die Druckaufträge für die Erhebungspapiere zum Volkszählungswerk 1961 wurden, wie auch schon für das Zählungswerk 1950 und andere größere Erhebungen, bis auf kleine Ausnahmen von den einzelnen Statistischen Landesämtern bei Druckereien des eigenen Landes untergebracht. Lediglich die Anstaltslisten und Einzelbogen für die Erhebung im Bereich der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, die Kontrollzettel zur Arbeitsstättenzählung 1961 im Bereich der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sowie die fremdsprachlichen Fragebogen zur Volks- und Berufszählung für ausländische Arbeitskräfte (in polnischer, griechischer, italienischer und spanischer Sprache) wurden auf Grund von Bedarfsanforderungen der Statistischen Landesämter vom Statistischen Bundesamt in Druckauftrag gegeben und an die Statistischen Landesämter weitergeleitet, die dabei entstandenen Kosten wurden von den Statistischen Landesämtern rückerstattet. Für die übrigen amtlichen Drucksachen lieferte das Statistische Bundesamt Druckvorlagen. Diese hatten entweder, wie z. B. für die Zählpapiere und die dazugehörigen Prüfmuster und Merkblätter, die Form von formal und textlich fertig ausgearbeiteten Druckmustern oder stellten, wie für die Organisationspapiere, maschinengeschriebene und hektographierte Ausarbeitungen dar, die von den Statistischen Landesämtern teils ziemlich genau übernommen, teils unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten überarbeitet und dann zum Druck gegeben wurden. Einige Landesämter nahmen in die Fragebogen einige über das bundeseinheitliche Programm hinausgehende Fragen auf und veränderten Einzelheiten der Formgestaltung (Format, Schrifttypen). An fünf Landesämter wurden auf Anforderung vom Statistischen Bundesamt sogenannte »Schöndrucke« der Haushaltsliste nebst Merkblatt und Prüfmuster sowie der Anstaltsliste nebst Einzelbogen dazu und Merkblatt geliefert, die von den Druckereien für die Vervielfältigung benutzt werden konnten.

Da es sich bei der Herstellung und Verteilung der Erhebungspapiere um eine Arbeit handelte, bei der hunderte Tonnen von Papier bedruckt sowie den Erhebungsstellen und Befragten zugeleitet werden mußten, war rechtzeitiges Disponieren unbedingt erforderlich. In dieser Hinsicht ergaben sich aber erhebliche Schwierigkeiten, einmal, weil wegen der sich bis Februar 1961 hinziehenden Verhandlungen über Teile des Volkszählungs-Frageprogramms (»Fruchtbarkeitsstatistik«) erst zu diesem Zeitpunkt die endgültige Fassung der Haushaltsliste feststand, zum anderen wegen der späten, erst Mitte April 1961 erfolgenden Verabschiedung des Zählungsgesetzes. Zwar konnte die Zählung und der Zählungsschichttag schon Ende Februar, nachdem der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung den Bundestag passiert hatte, als gesichert angesehen werden. Aber zu die-

¹⁾ Vgl. hierzu auch Gunzert, R.: »Die Erhebungspapiere in technischer Sicht«. In: Städte und Volkszählung 1961, a. a. D., S. 12 ff. Die Erhebungspapiere zum Volkszählungswerk 1961 sind im Anhang S. 214 ff. abgedruckt.

sem Zeitpunkt war die an vielen Orten durchgeführte Gebäudevorerhebung bereits in vollem Gange, wofür schon ab Ende 1960 die Gebäudelisten ausgedruckt worden waren. Ab Ende Februar konnte dann der Ausdruck aller noch benötigten Erhebungspapiere veranlaßt werden. Auf den Fragebogen konnten aber noch nicht, wie üblich und gesetzlich vorgeschrieben, die Hinweise auf die Rechtsgrundlage mit Fundstelle sowie auf die vom Gesetzgeber vorgesehenen Fälle der Weiterleitung von Einzelangaben gemacht werden. Um dieser Formvorschrift zu genügen, wurden die notwendigen Informationen über das Zählungsgesetz den Befragten auf einer eigenen Erhebungsdrucksache (Nr. 12) mitgeteilt.

Bei den einzelnen Statistischen Landesämtern waren ausreichend Unterlagen über die zu erfassenden Erhebungseinheiten vorhanden, die eine Berechnung des Bedarfs an Erhebungspapieren zur richtigen Feststellung der Auflagenhöhe erlaubten. Dabei war auch der Bedarf für Schulungszwecke zu berücksichtigen und eine erfahrungsgemäß benötigte Reserve einzuplanen, insgesamt sollten aber im Interesse einer sparsamen Verwendung der verfügbaren Mittel möglichst wenig überzählige Drucksachen bestellt werden. Andererseits mußte vermieden werden, aus übergroßer Sparsamkeit die Bestellung zu knapp zu halten, da ein Mangel an Erhebungspapieren zu Stockungen bei der Durchführung der Zählung geführt hätte. Wichtig war vor allem, daß für das Land insgesamt die Kalkulation einigermaßen richtig war, daß die Gemeinden ihren Bedarf sorgfältig berechneten und bei der Verteilung der Drucksachen an die Zähler nicht zu großzügig verfahren und daß die Reserven in günstiger räumlicher Verteilung gelagert wurden, damit sie schnell und ohne großen Aufwand an die Stellen zusätzlichen Bedarfs geschafft werden konnten. Als Unterlagen für die Bedarfsberechnungen konnten die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen in Verbindung mit den Unterlagen über die Haushaltsgröße, die Ergebnisse der Wohnungszählung 1956 und der Arbeitsstättenzählung 1950 und anderes geeignetes Material herangezogen werden.

In nachstehender Übersicht wird die Gesamtauflage der wichtigsten für die Erhebungen vom 6. Juni 1961 im Bundesgebiet gedruckten Erhebungspapiere nachgewiesen.

Gesamtauflage der Erhebungspapiere zu den Zählungen vom 6. Juni 1961

Drucksache Nr.	Bezeichnung	Auflage (in 1 000)
1	Gebäudeliste	11 366
1 a	Prüfmuster zur Gebäudeliste	780
—	Merkblatt zur Gebäudeliste	11 078
2	Haushaltsliste	26 397
2 a	Prüfmuster zur Haushaltsliste	810
—	Merkblatt zur Haushaltsliste	25 330
3	Anstaltsliste	263
3 a	Einzelbogen zur Anstaltsliste	2 776
—	Merkblatt zum Einzelbogen der Anstaltsliste ..	2 379
4	Arbeitsstättenbogen	5 281
4 a	Prüfmuster zum Arbeitsstättenbogen	813
5	Zählbezirksliste, Erstschrift (grau)	2 133
	Zählbezirksliste, Reinschrift (weiß)	
6	Leitfaden für den Zähler	816
6 a	Leitfaden für den Anstaltszähler	124
7	Schlagwortverzeichnis	808
8	Anleitung für die Gemeindebehörde	83
9	Anleitung zur Unterrichtung der Zähler	69
10	Anleitung zum Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden	84
11	Gemeindebogen	141
12	Rechtsgrundlage	27 685

Zu den in obiger Übersicht nachgewiesenen Erhebungspapieren kamen in den einzelnen Ländern noch zahlreiche Drucksachen, die teils in Anlehnung an gemeinsam erarbeitete Anregungen, teils selbständig entwickelt wurden. Darunter befanden sich Sonderzählpapiere für örtliche Sonderermittlungen, in Hamburg wurden für Straf- und psychiatrische Anstalten eigene Sammellisten verwendet.

Um eine Vorstellung über den zusätzlichen Bedarf an Zählpapieren für andere Zwecke als die Ausfüllung durch die Befragten zu vermitteln, wird für einige Drucksachen die Relation zwischen der Auflage des Papiers und der Zahl der damit erfaßten Erhebungseinheiten dargestellt.

Gedruckte Zählpapiere in Prozent der damit zu zählenden Erhebungseinheiten

Land	Gebäudelisten/ bewohnte Gebäude	Haushaltslisten/ Haushalte	Anstaltslisten/ Anstalten	Einzelbogen zur Anstaltsliste/ Personen in Anstalten	Arbeitsstättenbogen/ Arbeitsstätten
Schleswig-Holstein	149	143	400	130	200
Hamburg	190	135	4 300	250	225
Niedersachsen	133	131	1 600	170	200
Bremen	152	150	500	.	160
Nordrhein-Westfalen	155	147	1 000	150	220
Hessen	147	400	190	180
Rheinland-Pfalz	150	148	1 300	160	200
Baden-Württemberg	172	141	500	200	210
Bayern	155	132	400	130	230
Saarland
Berlin	138	131	400	200	180
Bundesgebiet ...	157	138	870	160	208

Aus der Aufstellung ist zu erkennen, daß die von den einzelnen Landesämtern bei der Festsetzung der Auflagenhöhe eingebauten Sicherheitsmargen zwar variierten, aber im allgemeinen sich im Rahmen einer nicht allzu großen Schwankungsbreite bewegten. Eine Ausnahme bildeten die Anstaltslisten, für die durchwegs sehr hohe, von Land zu Land aber recht unterschiedliche Reservesätze einkalkuliert wurden. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen Auflagenhöhe und Reservesatz einer Drucksache. Bei der Haushaltsliste, die unter allen Zählpapieren die höchste Auflage hatte, betrug der durchschnittliche Reservesatz mehr als ein Drittel, bei der Gebäudeliste und dem Einzelbogen

zur Anstaltsliste stieg er bereits auf über 50%, für den Arbeitsstättenbogen wurde etwa das Doppelte des für die eigentliche Befragung erforderlichen Bedarfs gedruckt, an Anstaltslisten wurde im Bundesdurchschnitt sogar das Achtfache des vermutlichen Bedarfs bestellt, wobei in diesem Fall, abweichend von dem sonstigen Bild, von Land zu Land außerordentlich große Schwankungen zu verzeichnen waren.

Die vom Statistischen Bundesamt zentral in Druckauftrag gegebenen Erhebungspapiere fielen mit einer Gesamtauflage von nicht ganz 1,5 Mill. Exemplaren, das entspricht einem Anteil von weniger als 1% an allen hergestellten Drucksachen, kaum ins Gewicht.

Zentral ausgedruckte Erhebungspapiere

Bezeichnung	Auflage in 1000
Anstaltsliste Bundeswehr	13,8
Einzelbogen zur Anstaltsliste Bundeswehr	409
Anstaltsliste Bundesgrenzschutz	0,6
Einzelbogen zur Anstaltsliste Bundesgrenzschutz	20,3
Kontrollzettel zur Arbeitsstättenzählung 1961 im Bereich der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes	2,2
Fremdsprachliche Haushaltslisten	977
Insgesamt ...	1 423

b) Form und Bewährung der Erhebungspapiere

Aus vielfacher Erfahrung ist bekannt, daß die formale Gestaltung der Erhebungspapiere großen Einfluß auf die Qualität der Fragenbeantwortung hat. Vom optischen Eindruck her sollen die Fragebogen übersichtlich und ansprechend, in der Formulierung der Fragen klar und unmißverständlich sein. Behördendeutsch, abstrakte Fassungen und nur dem Fachstatistiker geläufige Ausdrücke sind möglichst zu vermeiden und durch Wendungen aus dem allgemeinen Sprachgebrauch zu ersetzen. Die Fragen sollen übersichtlich und in logischer Folge angeordnet, die Fragenkomplexe deutlich voneinander abgegrenzt und möglichst durch eine Überschrift gekennzeichnet sein. Je größer und differenzierter der Kreis der Befragten ist, um so mehr muß auf schwierige Fragen verzichtet und der Umfang des Frageprogramms klein und für die Befragten überschaubar gehalten werden. Nach Möglichkeit sollen die Fragen so gestellt sein, daß sie mit »Ja« oder »Nein« oder einer Zahl beantwortet werden können. Fragen, die indiskret, aufdringlich oder verletzend auf die Befragten wirken und deshalb vermieden werden sollen, sind der amtlichen deutschen Statistik ohnedies nicht erlaubt, da sie als ein Eindringen in die Intimsphäre und damit als Verletzung der Persönlichkeitsrechte betrachtet werden. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, innerhalb des Fragebogens an Beispielen zu zeigen, wie die Fragen beantwortet werden sollen. Gelegentlich ist die Einschaltung von Kontrollfragen angezeigt. Die Erläuterungen sollten zahlenmäßig gering gehalten werden und textlich gestrafft sein. Durch Ausnutzung drucktechnischer Möglichkeiten — wechselnde Schriftgröße, Fettdruck, Einrahmungen, Balken, Hinweispeile — kann die Übersichtlichkeit verbessert werden. Der Raum für die Antworten ist ausreichend zu bemessen. Im Rahmen der Probefragungen, die vor der Volkszählung 1961 durchgeführt worden waren, wurden Tests der formalen und inhaltlichen Gestaltung der Fragebogen vorgenommen (vgl. II. 6).

Bei der Gestaltung der Erhebungspapiere wurden die Erfahrungen vorangegangener Großzählungen berücksichtigt. Da schon kleine Mängel in der textlichen Formulierung oder drucktechnischen Ausgestaltung Fehlerquellen sein können, deren Auswirkungen nach der Erhebung auch mit großem Arbeits- und Kostenaufwand kaum mehr zu beseitigen sind, mußten auch nebensächlich erscheinende Kleinigkeiten mit größter Sorgfalt behandelt werden. Wertvolle Informationen lieferten die 1959 und 1960 durchgeführten Probefragungen.

Allgemein wurde anerkannt, daß die Erhebungspapiere 1961 gegenüber denen des Zensus 1950 wesentlich verbessert waren. Am meisten Anerkennung fand die Verwendung vorgegebener Antworten, die vom Auskunftspflichtigen nur das Ankreuzen im zutreffenden Kästchen erforderten. Dadurch wurden das Ausfüllen der Fragebogen, aber auch bestimmte Kontrollgänge sowie das Übertragen der Angaben auf Signierblätter, vereinfacht und erleichtert. Aber trotz größter Bemühungen konnte nicht vermieden werden, daß einzelne Maßnahmen nicht die allgemeine Zustimmung fanden. Obwohl z. B. die Zahl der Anmerkungen und Erläuterungen gegenüber 1950 stark reduziert worden war, wurde für die Zukunft noch eine weitere textliche Straffung und zahlenmäßige Einschränkung empfohlen. Erfahrungsgemäß werden Erläuterungen wenig beachtet, weshalb sie durch

entsprechende Formulierung der Fragen tunlichst entbehrlich gemacht werden sollten. Wie zu erwarten, bereitete auch diesmal wieder die Beantwortung der einzelnen Fragen den Auskunftspflichtigen unterschiedliche Schwierigkeiten, was sich in einer Massierung der ungenauen oder unrichtigen Angaben bei ganz bestimmten Fragen äußerte. Diese Erscheinung wird sich auch bei künftigen Zählungen nie ganz vermeiden lassen, da mehr als eine Ursache dafür verantwortlich ist. In einem oder anderen Fall mag durch eine abgeänderte Formulierung der Frage oder durch drucktechnische Verbesserungen eine bessere Beantwortung zu erzielen sein. Nicht vermeiden lassen sich aber Dinge wie der unterschiedliche Schwierigkeitsgrad der Fragen, die ungleiche Fähigkeit oder Bereitschaft der Befragten zu richtiger Beantwortung der Fragen, regionale und landmannschaftliche Eigenarten — alles Faktoren, die maßgeblich für die Beantwortungsfehler verantwortlich sind.

Im folgenden werden die wichtigsten Erfahrungen mit den Erhebungspapieren wiedergegeben. Eine detaillierte Darstellung findet sich in den Quellenbänden zum Volkszählungswerk 1961.

Gebäudeliste

Das Kästchensystem mit Antwortvorgabe hat sich nach überwiegender Auffassung bewährt. Bei einigen Fragen ergaben sich Mißverständnisse und Unklarheiten. Unter A2 wurde die Unterscheidung zwischen dem Gebäudeeigentümer »Sozialversicherungsrentner« und »Pensionär« nicht immer richtig getroffen, ferner hätte sich die Aufführung der Eigentumswohnung empfohlen. Vielfach blieben die Begriffe »freistehendes Haus«, »Reihenhaus« und »Vordergebäude« sowie »Einfamilienhaus« und »Zweifamilienhaus« unklar (B 1). Wochenendhäuser, Ferienhäuser u. a. wurden nicht zufriedenstellend als zweiter Wohnsitz kenntlich gemacht (B 2). Gelegentlich wurde ein Wohnhaus, in dem sich ein Einzelhandelsgeschäft befand, als »Nichtwohngebäude« aufgefaßt mit der Konsequenz, daß die Fragen B3 bis B10 nicht beantwortet wurden. Häufig wurde das Dachgeschoß als Vollgeschoß gezählt, der Begriff »Kniegeschoß« (B3) war nicht überall geläufig. Als »massiv« wurde in manchen Gegenden ein Bauwerk bezeichnet, das nur aus Stein gebaut war, so daß dort Fachwerkhäuser unter der Bauart »behelfsmäßig« oder überhaupt nicht angekreuzt wurden. Die Bedeutung des Begriffes »Fakalien« war, wie sich zeigte, vielen Personen unklar (B8). Im Teil C wurde nicht immer die Unterscheidung zwischen Wohnungsinhabern und Untermietern richtig getroffen. Vielfach reichte der Platz für die Eintragung der Untermieter nicht aus. In die Spalten 6—9 haben die Wohnungsinhaber oft die von ihnen selbst und von den Untermietern benutzten Räume getrennt eingetragen. Graphisch und verbal hätte sollen noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gesamtzahl der Räume einschließlich der vom Untermieter bewohnten anzugeben war. Küchen unter 6 qm wurden oft nicht eingetragen (C9).

Teilweise wurde die Meinung vertreten, daß künftig wieder die Grundstückliste verwendet werden sollte, da diese ein besseres Leitpapier als die nur für bewohnte Gebäude anzulegende Gebäudeliste sei. Man ließ gelegentlich durch die Vorerheber auch für reine Nichtwohngebäude eine Gebäudeliste ausfüllen, die dem Zähler zur Erfassung der Arbeitsstätten mitgegeben, aber später wieder aussortiert wurden.

Da die Gebäudeliste später vielfach als Mantelpapier für Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen verwendet wurde, wäre die Verwendung einer festeren Papiersorte angezeigt gewesen.

Haushaltsliste

Die Haushaltsliste 1961 unterschied sich von der Haushaltungsliste 1950 durch das kleinere Format, die vertikale Anordnung der Fragen und die Antwortvorgabe im Kästchensystem. Diese Neuerungen haben sich bewährt, auch wurden

die Zusammenstellung und Gliederung der Fragen als übersichtlich und zweckmäßig bezeichnet. Daß den Befragten beim Ausfüllen dennoch Mißverständnisse und Fehler unterliefen, darf nicht überraschen. Völlig fehlerfrei und vollständige Eintragungen sind bei keiner Zählung, und erst recht nicht bei einer Totalerhebung, zu erzielen. Deshalb ist es wichtig, die Arten und Ursachen der einzelnen Fehler zu kennen und nach Möglichkeit darüber quantitative Vorstellungen zu schaffen, da sich hieraus wertvolle Anhaltspunkte für die Fehlerbereinigung und für künftiges Vorgehen ergeben.

Im folgenden werden die von den Statistischen Landesämtern mitgeteilten Erfahrungen wiedergegeben.

Auf der Vorderseite gab es bei den Fragen nach den Miets- und Eigentumsverhältnissen zahlreiche Fehleintragungen. Der Raum für die Beantwortung der Fragen nach dem Mädchennamen der Frau (bei Frage 1), nach dem Namen der Firma usw. (15), dem Geschäftszweig (16), der Anschrift der Arbeitsstätte (17) und der Anschrift der Schule (24) war etwas knapp bemessen und reichte für die Eintragungen oft nicht aus. Schwierigkeiten bereitete die Frage nach dem Zuzugsjahr nach Kriegsende in das Bundesgebiet (8), diese Frage wird aber bei einer kommenden Volkszählung nicht wieder gestellt werden. Die Bedeutung der Frage über weiteren Wohnraum (10) wurde häufig nicht erkannt oder vermutlich auch bewußt »übergangen«. Insbesondere wurden mehrere Wohnsitze im gleichen Stadtgebiet vielfach nicht als solche gewertet, vorübergehende Zweitwohnsitze nicht angegeben. Bei nicht in Arbeit oder Ausbildung stehenden Personen mit mehreren Wohnsitzen konnten mangels eines eindeutigen Kriteriums Zweifel hinsichtlich der Zuordnung dieser Personen zur Wohnbevölkerung einer bestimmten Gemeinde entstehen. Bei der Beantwortung der Fragen über die Erwerbs- und Berufstätigkeit (15—20) gab es viele Unstimmigkeiten, die nachträglich noch Ermittlungen beträchtlichen Umfangs durch die Zählungsdienststellen erforderlich machten. Unzureichend beantwortet wurde die Frage nach einer weiteren Tätigkeit (21), wobei offenbar u. a. die Angst vor dem Finanzamt eine Rolle gespielt hat. Sichtliche Schwierigkeiten bereitete auch die Beantwortung der Frage nach der Ausbildung (IV); für die weitere Bearbeitung hatte dieser Abschnitt die unangenehme Eigenschaft, daß es kaum möglich war, durch Zählungsbedienstete die Richtigkeit der Eintragungen überprüfen zu lassen.

Die Angaben über die Nutzung von Kleinflächen (V) waren häufig unvollständig. Erhebliche Arbeit erforderte die Überprüfung der Angaben über selbständige Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und sonstige selbständige Erwerbstätige außerhalb der Landwirtschaft (VII). Durch den Vergleich dieser Angaben und der Angaben über die Stellung im Beruf (19) mit den Eintragungen im Arbeitsstättenbogen kamen viele Fehlerangaben vor allem über die Zahl der tätigen Personen zum Vorschein. Aber die Eintragungen im Abschnitt VII erwiesen sich insofern nützlich, als sie die Nach Erfassung zahlreicher Arbeitsstätten ermöglichten. Drucktechnisch hätten die Fragen, die für sämtliche Personen zu beantworten waren, deutlich hervorgehoben werden können — etwa durch eine Verstärkung der senkrechten Linien, wie auf dem Einzelbogen zur Anstaltsliste geschehen.

Wie schon 1950, fehlte auch diesmal wieder auf zahlreichen Haushaltslisten die Angabe der Adresse, wodurch die Einsortierung dieser Listen erschwert wurde.

Ein Nachteil der neuartigen vertikalen Anordnung der Fragen war, daß keine Beispiele für das Ausfüllen gebracht werden konnten wie bei früheren Zählungen.

Vereinzelte wurden, vor allem von alleinstehenden Personen, die Antworten in der Vorspalte gleich hinter der Frage eingetragen. Es wurden Vorschläge gemacht, durch verbesserte Drucktechnik diesen Mangel zu beseitigen. Aus Erfahrung kann aber gesagt werden, daß trotz aller Bemühungen immer ein gewisser Bestand solcher und ähnlicher Fehler unausrottbar bleiben wird.

Durch die neuartige Feststellung der Wohnbevölkerung (10/11) war eine vorläufige Feststellung der Wohnbevölkerung durch die Zähler nicht mehr möglich. Zahlreiche kommunale Verbände sahen darin einen wesentlichen Nachteil gegenüber der früheren Praxis.

Bemängelt wurde ferner, daß für die Haushaltsliste zu viele kleine, schwer lesbare Schrifttypen verwandt wurden.

Anstaltsliste und Einzelbogen zur Anstaltsliste

Wie bei der Gebäudeliste, wurde auch bei der Anstaltsliste festgestellt, daß für sie als Mantelbogen eine stärkere Papiersorte hätte verwendet werden sollen. Die Anstaltsliste wurde als übersichtlich und leicht verständlich bezeichnet. Neu war die Einführung des Einzelbogens zur Anstaltsliste für die keinen eigenen Haushalt führenden Einzelpersonen. Nach allgemeiner Auffassung bedeuteten die Einzelbogen eine wesentliche Verbesserung gegenüber der früheren listenmäßigen Darstellung. Die Gemeinden wurden angewiesen, für jede Anstalt einen eigenen Zählbezirk zu bilden und Sonderzähler einzusetzen. Besondere Probleme gab es wegen der Verständnisschwierigkeiten in den zahlreichen Unterkünften für ausländische Arbeiter. Der vom Statistischen Bundesamt zentral durchgeführte Ausdruck der Haushaltsbogen in vier Sprachen (polnisch, griechisch, italienisch, spanisch) konnte nur teilweise Abhilfe bringen.

Für die Durchführung der Erhebung im Bereich der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes waren nicht die Gemeinden, sondern die Standortverwaltungen verantwortlich (vgl. III. 1. f.).

Arbeitsstättenbogen

Format des Fragebogens und Anordnung der Fragen haben sich bewährt. Da Erläuterungen im Anhang erfahrungsgemäß wenig beachtet werden, dürfte sich für die Zukunft der Einbau der wichtigsten Erläuterungen — z. B. über Träger von Anstalten und Einrichtungen, wirtschaftlichen Schwerpunkt, Art der Niederlassung — direkt bei den jeweiligen Fragen empfehlen. Darüber hinaus könnte künftig jedem Abschnitt ein erläuternder Text vorangestellt werden. Ebenso wie bei den anderen Zählpapieren erleichterte das »Kästchenverfahren« das Ausfüllen und erwies sich auch bei den Aufbereitungsarbeiten als zweckmäßig, da die Art der Antwort sofort erkennbar war.

Einmannbetriebe, Angehörige freier Berufe und Kleinunternehmen wurden durch den für sie nicht zutreffenden Teil der Fragen — z. B. nach Teilnahme an der Industrie- und Bauberichterstattung, Transportmitteln, Haupt- oder Zweigniederlassung, Verkehrseinrichtungen — unnötig belastet. Die Qualität der Beantwortung lag bei Kleinbetrieben unter dem Durchschnitt. Bei Großunternehmen mit Filialen bestanden oftmals Zweifel, ob eine zentrale oder örtliche Ausfüllung vorgesehen ist. Die Anschriften außerhalb des Wohngrundstücks gelegener Arbeitsstätten Selbständiger konnten anhand der Angaben in Abschnitt VII der Haushaltsliste kontrolliert und ergänzt werden. Der Wegfall der Frage nach dem Umsatz wirkte sich günstig auf die Auskunftsbereitschaft aus.

Bei den Angaben zu den Fragen über die Kennzeichnung der Arbeitsstätten (B2—7) mußten Zähler und Zählungsdienststellen mangels eigener Fach- und Sachkenntnis weitgehend darauf vertrauen, daß die Auskunftspflichtigen richtige Informationen geliefert hatten. Wenn Differenzen zwischen den Angaben zu Abschnitt C — beschäftigte Personen der Arbeitsstätte, einschließlich Inhaber — und Abschnitt VII der Haushaltsliste — selbständige Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und sonstige selbständige Erwerbstätige außerhalb der Landwirtschaft — auftraten, wurden allgemein die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung als die zuverlässigeren angesehen. Die Angaben der Haushaltsliste lieferten

aber noch zahlreiche Adressen für die Nacherfassung von Arbeitsstätten vor allem in Nichtwohngebäuden und außerhalb des Zählbezirkes.

Verschiedentlich wurde angeregt, bei der Zählung von Arbeitsstätten der Landes- und Bundesbehörden und der Polizei künftig die Methode der zentralen Erfassung — wie 1961 bei Bundesbahn, Bundespost und Bundeswehr geschehen — anzuwenden. Es darf aber nicht übersehen werden, daß eine solche Praxis im Widerspruch zu dem sonst üblichen Verfahren, daß nicht die Zentralen, sondern die Filialen die Arbeitsstättenbogen auszufüllen haben, stehen würde.

Ordnungspapiere

Während 1950 den Zählern als Ordnungspapiere in den meisten Ländern ein Zählbezirksbuch und ein Zählbezirksbericht mit Hilfsblatt dazu ausgehändigt worden waren, wurden 1961 diese drei Papiere durch ein einziges, die Zählbezirksliste (Drucksache Nr. 5), ersetzt, wovon der Zähler zwei — meist verschiedenfarbige — Exemplare erhielt. Eines diente als Arbeitsexemplar, das zweite war als Reinschrift an die Statistischen Landesämter weiterzuleiten. Am Kopf des Formulars war eine kurze Zählbezirksbeschreibung zu geben. Der dafür vorgesehene Raum von zwei Zeilen war für eine einwandfreie Beschreibung des Bezirks manchmal etwas knapp. Deshalb ließen einige Städte einen Anlagebogen zur Zählbezirksliste drucken, worauf eine eingehende Beschreibung und Abgrenzung des Zählbezirks gegeben wurde; in schwierigen Fällen wurde zusätzlich noch eine Kartenskizze geliefert. Ferner wurden, soweit dem Statistischen Landesamt bekannt, die zum Zählbezirk gehörenden Gebäude eingetragen, wofür als Grundlage entweder die fortgeschriebene Gebäudekartei oder die Ergebnisse der Gebäudevorerhebung dienten. Im Zählbezirk liegende Anstalten und andere Sonderzählbezirke wurden gekennzeichnet. Ein eigener Abschnitt war für die Eintragung der vom Zähler zusätzlich festgestellten Gebäude und Wohnungen vorgesehen. Allgemein wurde festgestellt, daß die Zähler Schwierigkeiten mit dem Anfertigen der Reinschrift hatten. Deshalb wurde überwiegend die Auffassung vertreten, man sollte künftig die Reinschriften der Zählbezirkslisten nicht mehr von den Zählern, sondern besser erst nach dem Ordnen, Prüfen und Vervollständigen der Zählpapiere in den Zählungsdienststellen anfertigen lassen. Viele Städte haben aus eigenem Entschluß dieses Verfahren angewandt.

Zur Unterrichtung und Anleitung der Zähler erwiesen sich der »Leitfaden für den Zähler« (Drucksache Nr. 6), der »Leitfaden für den Anstaltszähler« (Drucksache Nr. 6a), das Schlagwortverzeichnis (Drucksache Nr. 7) sowie die Schaubilder »Ein Gang durch einen Zählbezirk« als sehr nützliche Hilfsmittel. Obgleich gelegentlich eine noch knappere Fassung des »Leitfadens« verlangt wurde, scheinen Kürzungen auf Kosten des Informationsgehaltes nicht vertretbar. Zum Schlagwortverzeichnis wurden umgekehrt Anregungen für die Aufnahme neuer Stichwörter gegeben. Vor allem sollte darauf geachtet werden, daß die in den Zählpapieren und Erläuterungen vorkommenden Ausdrücke aufgenommen und erschöpfend erläutert werden. Einige Landesämter haben mehrere Drucksachen — z. B. ein Hilfsblatt zur Zählbezirksliste, den Leitfaden für den Zähler und das Schlagwortverzeichnis — in einem Zählbezirksbuch zusammengefaßt.

Die »Anleitung für die Gemeindebehörde« (Drucksache Nr. 8) konnte, bedingt durch die Verzögerungen in der Gesetzgebungsprozedur, erst im April 1961 den Zählungsdienststellen zugeschickt werden. Da der darin enthaltene Terminplan schon im Januar begann, kamen die Anleitungen für einige Punkte zu spät. Bei Abfassung der Anleitung war zu bedenken, daß Umfang und Schwierigkeit der Arbeiten der Zählungsdienststellen in hohem Maße von der Gemeindegröße abhängen. Dem wurde Rechnung getragen, indem zunächst die für alle Gemeinden zutreffenden Probleme besprochen wurden; in einem Anhang wurden dann

die für größere Städte sich ergebenden Fragen behandelt. Vorgesprochen wurde auch, für mehrere »typische« Gemeindegrößeklassen gesonderte Anweisungen auszuarbeiten. Ob diese Lösung sich besser bewähren würde, konnte erst eine Erprobung zeigen.

Die »Anleitung für die Unterrichtung der Zähler« (Drucksache Nr. 9) diente als Unterlage für die Zählerschulung und als Hilfsmittel für die Oberzähler. Wiederholt wurde der Wunsch nach noch kürzerer Darstellung geäußert, da lange Ausführungen von der Mehrzahl der Zähler nicht gelesen werden. Angeregt wurde, zu überlegen, wie die pädagogische Behandlung der Materie verbessert werden könnte. Zur »Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden« (Drucksache Nr. 10) wurden keine nennenswerten Einwendungen oder Beanstandungen vorgetragen. Ebenso wurde der Gemeindebogen (Drucksache Nr. 11) als zweckentsprechend bezeichnet; eine Besonderheit bestand darin, daß in Spalte 2 erneuerungsbedürftige Wohngebiete durch ein »E« zu kennzeichnen waren.

Aus den mitunter recht unterschiedlichen Urteilen über Eignung und Verbesserungsmöglichkeiten der Erhebungspapiere wird deutlich, daß eine »perfekte« Lösung wohl kaum gefunden werden kann. Neben subjektiven Gesichtspunkten spielen die regionalen Gegebenheiten, die Unterschiede zwischen Stadt und Land, die Bereitschaft von Befragten und Zählern zu bestmöglicher Mitarbeit und viele andere Dinge eine entscheidende Rolle. Jedoch ergaben sich aus der Registrierung und Auswertung der festgestellten Fehler und Schwierigkeiten wertvolle Anregungen für weitere Verbesserungen.

Für die bevorstehende Volks- und Berufszählung 1970 können freilich diese Erfahrungen nur teilweise ausgewertet werden. Die geplante Umstellung auf neue technische Verfahren bei der Aufbereitung (vgl. VII. 8) erfordert, daß die Fragebogen unter Berücksichtigung der veränderten technischen Gegebenheiten gestaltet werden. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem die Anwendung der Strickmarkierungstechnik, die erlaubt, daß die Angaben aus ausgefüllten Original-Fragebogen durch ein Lesegerät ohne weitere manuelle Bearbeitung unmittelbar in die maschinelle Aufbereitung eingehen. Erfahrungen über dieses Verfahren liegen bereits aus der Mikrozensus-Zusatzbefragung sowie aus den ersten Probebefragungen zur Volks- und Berufszählung 1970 vor. Diese Kenntnisse müssen aber durch weitere Untersuchungen noch vertieft und gefestigt werden.

3. Zähler¹⁾

Für die Durchführung der Zählungen vom 6. Juni 1961 wurden rund 600 000 ehrenamtliche Zähler benötigt. Bei zurückliegenden Großzählungen, vor allem beim Zählungswerk 1950 und der Wohnungszählung 1956, hatte sich gezeigt, daß hinsichtlich der Zählergewinnung grundsätzlich neue Bedingungen eingetreten waren. Nach dem Kriege schwand die Bereitschaft der Bevölkerung zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit — vor allem in den Städten — immer mehr dahin²⁾. Angesichts dieser Lage mußten Vorkehrungen getroffen werden, um für die Durchführung des Volkszählungswerkes 1961 die Gewinnung einer ausreichenden Zahl geeigneter Zähler zu sichern. Als erfolgversprechende Maßnahmen kamen dafür vor allem eine Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zählerstellung sowie die Gewährung einer angemessenen Aufwandsentschädigung an die Zähler in Betracht.

Das Zählerproblem wurde eingehend vom Statistischen Bundesamt zusammen mit den Statistischen Landesämtern diskutiert. Dabei wurde auch die für die Erhebung not-

¹⁾ Vgl. auch Rahlfs, H.: »Organisation der Zählung« sowie Kern, H.: »Zählgeschäfte«. In: Städte und Volkszählung 1961, a. a. O., S. 53 ff und S. 63 ff. — ²⁾ Das Problem der »Zählernot« ist aber nicht so neu, wie oft angenommen wird. So wird berichtet, daß z. B. in Stuttgart bei den Zählungen 1882, 1885 und 1890 »die Gewinnung geeigneter Zähler mit stets wachsenden Schwierigkeiten verbunden war«, so daß die Stadt schließlich genötigt war, sich Zähler »gegen Bezahlung zu beschaffen«. Zit. nach Speersneider, W.: »Die ehrenamtliche Mitwirkung der Gemeinden«. In: Der Städtetag, N. F., Jg. 12, Heft 10, Oktober 1959, S. 481.

wendige organisatorische Mitarbeit der Gemeinden behandelt. Auf Anregung der Amtsleiter wurde eine »Arbeitsgruppe zur Diskussion der Zählerfrage« gebildet, die am 25. Juni 1958 tagte und sich mit den organisatorischen und rechtlichen Problemen befaßte, die mit der Zählergewinnung und der Mitwirkung der Gemeinden bei der Durchführung der Zählung zusammenhängen. Viele weitere Diskussionen über das Problem folgten auf verschiedenen Sitzungen und Tagungen.

a) Gesetzliche Grundlagen der Zählerbestellung

Die Bestellung ehrenamtlicher Zähler bedarf, da sie die in Artikel 2 des Grundgesetzes festgelegte Freiheit der persönlichen Entfaltung berührt, einer besonderen rechtlichen Grundlage. Die Heranziehung der Gemeindeglieder und -bürger zur ehrenamtlichen Mitwirkung bei der Erledigung von Gemeindeangelegenheiten ist in den Gemeindeordnungen gesetzlich geregelt, den Erfordernissen des Grundgesetzes ist somit Genüge getan. In der Praxis haben sich jedoch die in den Gemeindeordnungen enthaltenen Verpflichtungen als zu wenig wirksam erwiesen, die mangelnde Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu überwinden. Auch die Regelung der Zählergewinnung im Volkszählungsgesetz 1950 wurde nach den vorliegenden Erfahrungen als unzureichend angesehen. Die entsprechenden Vorschriften wurden deshalb im Volkszählungsgesetz 1961 noch konkreter als 1950 gefaßt; sie sind in den §§ 7 und 8 des Volkszählungsgesetzes 1961 enthalten:

§ 7

- (1) Die Landesregierungen bestimmen die Erhebungsstellen.
- (2) Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an verpflichtet. Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grunde abgelehnt werden. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.
- (3) Der Zähler ist berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zählungszweckes erforderlich und der Auskunftspflichtige damit einverstanden ist.

§ 8

- (1) Der Bund, die Länder, die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.
- (2) Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden.

Das Gesetz ermöglichte also eine Verpflichtung aller Bundesbürger, die das 18. Lebensjahr erreicht hatten, zur Übernahme des ehrenamtlichen Zähleramtes. Darüber hinaus konnten Jugendliche ab Vollendung des 16. Lebensjahres mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden. Die Zweckmäßigkeit dieser Bestimmung erwies sich dadurch, daß sich zahlreiche Schüler mittlerer und höherer Lehranstalten für das Zählgeschäft zur Verfügung stellten und überwiegend dabei gute Arbeit leisteten. Von hervorragender Bedeutung war aber die Verwendung von Bediensteten öffentlich-rechtlicher Einrichtungen als Zähler. Die Dienststellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts leisteten der amtlichen Statistik bei der Durchführung des Zählgeschäfts Amtshilfe großen Stils, ohne die unter den heute gegebenen Voraussetzungen mit kaum zu bewältigenden Schwierigkeiten zu rechnen gewesen wäre.

Verschiedentlich wurde angeregt, in das Volkszählungsgesetz auch die bei Verweigerung einer Übernahme des

Zählgeschäfts anwendbaren Strafen aufzunehmen. Auf die Nennung der Strafbestimmungen im Volkszählungsgesetz wurde bewußt verzichtet, weil in Abschnitt VII (§§ 13—15) des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)« vom 3. September 1953 dieser Problembereich allgemeiner verbindlich geregelt ist und im Bedarfsfall darauf Bezug genommen werden kann. Im übrigen wurde überwiegend die Auffassung vertreten, daß grundsätzlich die Androhung von Strafmaßnahmen nicht zu sehr in den Vordergrund gerückt werden sollte. Die Bevölkerung reagiert darauf erfahrungsgemäß negativ, und das um so mehr, wenn solche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die finanziell nicht besonders einträglich ist, angekündigt werden. Schließlich sind ehrenamtliche Mitarbeiter nur von Nutzen, wenn sie von sich aus zu gewissenhafter und guter Arbeit bereit sind, nicht aber, wenn sie widerwillig und nur, um Bestrafung zu vermeiden, die ihnen übertragene Aufgabe durchführen.

Die Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes 1961 zur Zählergewinnung bildeten die Grundlage für weitere detaillierte Anweisungen in den von den Ländern erlassenen Rechtsvorschriften, die hinsichtlich ihrer Art und Formulierung von Land zu Land variierten, aber sachlich in den wesentlichen Punkten weitgehend übereinstimmten¹⁾. In Durchführungsanweisungen, Runderlassen, Verordnungen usw. wurden z. B. die Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts verpflichtet, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen und Vergütungsgruppen in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Behörden wurden angehalten, ihren nachgeordneten Dienststellen die erforderlichen Anweisungen zu erteilen. Die Zählungsleiter konnten, um Unterlagen für ihre Einsatzplanung zu erhalten, von den Behörden eine Aufstellung über die Zahl der Beschäftigten anfordern. Verschiedentlich wurden von den Behörden Verbindungsleute zu den Zählungsdienststellen eingesetzt. Ferner wurden Richtlinien oder Vorschriften erlassen, ob und in welchem Umfang Dienstbefreiung — für Schüler Unterrichts- und Aufgabenbefreiung — zu gewähren ist. Manchmal durften im Bedarfsfall die Behördenleiter nach vorheriger öffentlicher Bekanntgabe ihre Dienststellen an bestimmten Tagen schließen.

Recht uneinheitlich war — sowohl von Land zu Land als auch innerhalb der Länder von Gemeinde zu Gemeinde — die Aufwandsentschädigung für die Zähler geregelt. Landeseinheitliche Regelungen kamen nur in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zustande, wo die Entschädigung nach der Zahl der bearbeiteten Fragebogen berechnet wurde. In Berlin (West) wurde grundsätzlich keine Zählervergütung gezahlt. Im übrigen Bundesgebiet war die Festsetzung der Höhe der Zählervergütung Sache der Gemeinden, die dabei teils eine Pauschalsumme je Zählbezirk, teils Stückprämien je Fragebogen zahlten. Die Schwankungen in der Höhe der Zählerentschädigung waren beträchtlich, in vielen Fällen wurde überhaupt keine gewährt. In Baden-Württemberg ergab sich der Anspruch der ehrenamtlichen Zähler auf eine Vergütung aus der »Gemeindeordnung für Baden-Württemberg«, doch lag ihre Festsetzung im Ermessen der Gemeinden. Das Fehlen einer wenigstens auf Landesebene verbindlichen Regelung der Zählervergütung wurde sehr häufig bemängelt. Die zuständigen Stellen waren sich durchaus bewußt, daß die uneinheitliche Handhabung der Frage der Zählerentschädigung unbefriedigend war, doch konnte trotz aller Bemühungen keine bessere Lösung gefunden werden. Ein Landesamt berichtete, daß sogar die Versuche einzelner Landräte zu einer Koordinierung der Angelegenheit innerhalb des Landkreises fehlschlagen.

Im Vergleich zu 1950, als nur ein Teil der Länder ergänzende Rechtsvorschriften erließ und das Ausmaß der Namhaftmachung von Zählern in das Ermessen des Be-

¹⁾ Die von den Ländern erlassenen Rechtsvorschriften sind abgedruckt im Anhang S. 115 ff.

hördenleiters gestellt war, ergaben sich 1961 für die Zählergewinnung unverhältnismäßig bessere Voraussetzungen. Dank der Verpflichtung der Behörden zur Freistellung von Bediensteten aller Vergütungsgruppen für das Zählgeschäft war es im allgemeinen ohne allzu große Schwierigkeiten möglich, den größten Teil der erforderlichen Zähler aus dem Kreis qualifizierter, mit Verwaltungs- und Schreibarbeiten vertrauter Beamten und Angestellten zu gewinnen. Dieser Personenkreis wird mit Sicherheit auch bei der Durchführung des kommenden Zählungswerkes maßgeblich an der Abwicklung des Zählgeschäftes beteiligt sein. Von geringerem Gewicht, aber doch noch von großem praktischen Wert, waren die Vorschriften über die Verwendung von Schülern als Zähler. Es sind keine Fälle bekanntgeworden, daß die gesetzliche Regelung des Einsatzes von Schülern für das Zählgeschäft unzureichend war. Die Anwerbung für das Zählgeschäft von Bundesbürgern, die nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, geschah grundsätzlich nicht unter Hinweis auf die gesetzliche Verpflichtung; vielmehr wurde vorgezogen, in Form einer Zählerentschädigung einen Anreiz für freiwillige Meldungen zu bieten.

b) Einsatz von Oberzählern

Wie schon bei früheren Großzählungen, wurden auch 1961 vor allem in größeren Gemeinden zwischen den Zählungsdienststellen und den Zählern Mittelpersonen eingeschaltet, deren Funktionen regional oft beträchtlich voneinander abwichen. Auch die Bezeichnung der Personen variierte stark. Sie wurden meist als Oberzähler bezeichnet (dieser Ausdruck wird im folgenden der Kürze halber als Sammelbezeichnung auch für die sonst noch vorkommenden verwendet), daneben fanden sich Benennungen wie Hauptzähler, Verbindungsmann, Zählbezirksleiter, Gruppenzähler. Die angewandten Organisationsformen sowie der Umfang der übertragenen Arbeit und Verantwortung schwankten ganz beachtlich.

Gegenüber 1950 wurde für 1961 von den Städten ein verminderter Einsatz von Oberzählern registriert. Die Ursachen für den Rückgang konnten nicht klar ermittelt werden, denn die Beurteilung der Oberzählertätigkeit war nicht minder unterschiedlich wie die daran geknüpfte Funktion. Neben bedingungsloser Anerkennung standen zurückhaltende Bewertungen und glatte Ablehnung. Wegen der großen Unterschiede, mit denen der Inhalt des Begriffs des Oberzählers ausgestattet war, würde eine bloße Sammlung und Aneinanderreihung der mitgeteilten Erfahrungen Unvergleichbares nebeneinanderstellen. Eine kritische Betrachtung muß deshalb die verschiedenen Aspekte des Problems auseinanderhalten. Das sind die Qualifikation der ausgewählten Personen für dieses Amt, die ihnen zugedachten Funktionen, schließlich die gewählte Organisationsform.

Für das Oberzähleramt eignen sich grundsätzlich nur Personen, die über eine gewisse geistige Gewandtheit verfügen. Sie sollen in der Lage sein, den ihnen zugeteilten Zählern Auskunft auf Zweifelsfragen zu geben sowie bei einer ersten Kontrolle der ausgefüllten Zählpapiere Unstimmigkeiten und Unvollständigkeiten festzustellen und ihre Beseitigung zu veranlassen. Darüber hinaus sollen die Oberzähler die nötige Autorität besitzen, um sich gegenüber den Zählern durchsetzen zu können. Die Funktion der Oberzähler wurde von den Zählungsdienststellen unterschiedlich aufgefaßt. In einigen Fällen begnügte man sich damit, ihnen lediglich die rein technisch-organisatorischen Aufgaben des Verteilers der Zählpapiere an die Zähler mit anschließendem Wiedereinsammeln und Weiterleiten an die Zählungsdienststelle zu übertragen. Auch damit konnte schon eine gewisse Entlastung der Zählungsdienststellen erreicht werden, doch wurde überwiegend als die bedeutsamere Aufgabe der Oberzähler angesehen, die Zähler zu beraten und eine Vorkontrolle der Zählpapiere auf Vollständigkeit sowie auf vollständige und richtige Ausfüllung vorzunehmen. Soweit es gelang, das zu realisieren, konnte damit den Zählungsdienststellen — und späterhin den Statistischen Landes-

ämtern — die Arbeit ganz wesentlich erleichtert werden. Noch weiter gingen jene Gemeinden, die den Oberzählern auch die Schulung der Zähler übertrugen oder ihnen die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Zählung in einem ganzen Stadtteil, Bezirk usw. anvertrauten. In letztgenanntem Fall hatte der Oberzähler freilich schon fast die gleiche Verantwortung wie ein Zählungsleiter. Für einen derartigen Auftrag wurden gewöhnlich erfahrene Bedienstete aus der Verwaltung herangezogen, die meist eigene örtliche Zählungsbüros eingerichtet bekamen und denen fallweise Aushilfsangestellte zugeteilt wurden. Wegen der Besetzung der maßgeblichen Posten mit erfahrenen Verwaltungsfachleuten oder auch Bediensteten der amtlichen Statistik sowie auf Grund der Tatsache, daß die Zählungsbüros sowohl den Zählern als auch der Bevölkerung zur Auskunftseinholung oder auch zur Beschaffung von Reserveformularen leicht zugänglich waren, haben diese Einrichtungen, wie aus den mitgeteilten Erfahrungen hervorgeht, ihre Aufgaben zufriedenstellend erfüllt.

Wenn schon in der Erhebungsphase eine wirksame Ausschaltung der Fehlerquellen eingebaut ist, werden damit für die späteren Kontrollen und die Aufbereitung in nicht unwesentlichem Ausmaß Zeit und Kosten gespart. Durch sorgfältige Auswahl und Schulung geeigneter Personen für die Oberzählertätigkeit unter Betonung der von ihnen auszuübenden Beratungs-, Kontroll- und Prüffunktion lassen sich, wie aus den Erfahrungsberichten hervorgeht, noch erhebliche Verbesserungen erzielen.

Große Unterschiede, die zum Teil durch die örtlichen Voraussetzungen bedingt waren, gab es auch in der rein organisatorischen Regelung der Oberzählertätigkeit. Zunächst war zu entscheiden, ob den Oberzählern aneinandergrenzende Zählbezirke zugewiesen werden sollten oder Zählbezirke von Zählern aus ihrer Dienststelle usw., die mitunter weit verstreut lagen. Bei der erwähnten Organisationsform, einen Ober- oder Hauptzähler für die Durchführung der Zählung in einem ganzen Stadtteil oder -bezirk einzusetzen, war damit z. B. von vornherein die Entscheidung zugunsten räumlich geschlossener Oberzählbezirke od. dgl. gefallen. Bei der am meisten verbreiteten Regelung, für jeweils 5, 10 oder auch 15 und vereinzelt mehr Zähler eine Aufsichts- und Betreuungsperson in Gestalt des Oberzählers einzusetzen, wurde überwiegend dem Prinzip der persönlichen Bindung zwischen dem Oberzähler und seinen Zählern der Vorzug eingeräumt. Vorgesetzte als Oberzähler ihrer als Zähler eingesetzten Dienststellenangehörigen, Lehrer als Aufsichtspersonen der als Zähler tätigen Schüler usw. haben sich gut bewährt, da sie sowohl die für dieses Amt notwendige persönliche Eignung mitbrachten als auch die erforderliche Autorität besaßen, schließlich ohne Schwierigkeiten von den Zählern zu erreichen waren und umgekehrt ihre Zähler stets zur Hand hatten. Die mit dieser Form des Oberzählereinsatzes gesammelten Erfahrungen waren fast durchweg positiv. Sofern die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind (hierunter ist vor allem die Mitwirkung von zahlreichen Behördenbediensteten sowie von Lehrern und Schülern am Zählgeschäft zu verstehen) und nicht die strafere Organisationsform eines eigenen Zählungsbüros zur Zählerbetreuung für jeden Stadtteil od. dgl. gewählt wird, ist laut Aussage von Statistischen Ämtern, die Erfahrungen mit mehreren Formen des Oberzählereinsatzes sammeln konnten, dem Prinzip der organisatorischen Zusammenfassung von Angehörigen derselben Dienststelle oder Schule unter einem Vorgesetzten oder Lehrer als Oberzähler der Vorzug vor dem regionalen Aspekt der Zusammenfassung aneinandergrenzender Zählbezirke zu geben.

Zur Veranschaulichung werden einige Beispiele für die Handhabung des Problems in der Praxis gegeben.

In Hamburg wurden von den Ämtern und Behörden sogenannte Verbindungsleute zum Statistischen Landesamt und zu den Bezirksämtern eingesetzt, die den Zählereinsatz ihrer Dienststelle im Rahmen der täglichen Zusammenarbeit im Amt regelten, auch den Einsatz von Reservezählern und

die Auszahlung der Zählervergütung übernehmen. Den in mehreren größeren Gemeinden Niedersachsens eingesetzten Hauptzählern — manchmal Zählbezirksleiter genannt — wurde die Betreuung von durchschnittlich 20—25 Zählern übertragen. Sie waren darüber hinaus auch für deren Schulung zuständig. Von den 38 kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens arbeiteten 21 mit Oberzählern, die durchschnittlich 7—10 Zähler betreuten und deren Einsatz sich in einigen Fällen auf den Bereich der Schulen und Lehranstalten beschränkte. In Aachen wurden, ähnlich wie in Hamburg, statt der Oberzähler sogenannte Verbindungsleute eingesetzt, die von den Ämtern, Behörden und Studienanstalten zu benennen waren; sie hatten die Zäblerschulung und die Aushändigung der Zählpapiere an die Zähler zu übernehmen, waren aber nicht mehr an der Vorprüfung und Rückleitung der Papiere beteiligt. Hessen machte gute Erfahrungen mit Oberzählern dort, wo ältere bzw. vorgesetzte Bedienstete zur Verfügung standen, die leicht erreichbar waren. In Baden-Württemberg wurden Oberzähler teils als Dienstaufsicht für 5—10 Zähler, teils als Verantwortliche für die Durchführung der Zählung in Stadtteilen und Stadtbezirken — letzteres mit gutem Erfolg — eingesetzt. Auch in Bayern wurde der Begriff des Oberzählers in unterschiedlichem Sinne verwendet. Einige Städte verstanden darunter eine Gruppe von ehrenamtlichen Prüfkraften, die mit dem eigentlichen Zählgeschäft nichts zu tun hatten. In anderen Fällen waren es Beamte oder Verwaltungsangestellte, denen bestimmte Stadtbezirke zur mehr oder weniger selbständigen Durchführung der Zählung zugewiesen wurden. Schließlich wurden Behördenleiter, Dienst-

vorgesetzte und Lehrer als Oberzähler für die Tätigkeit der ihnen unterstellten Bediensteten oder Schüler eingesetzt. Vereinzelt waren die Oberzähler auch für die Einweisung der ihnen unterstellten Zähler zuständig. Im Saarland wurde festgestellt, daß häufig die Einsicht in den Sinn des Oberzähler-Einsatzes fehlte und infolgedessen ganz darauf verzichtet wurde. Verschiedentlich wurden ältere Beamte und Angestellte mit gutem Erfolg zur Auskunftserteilung während der Zählung und zum Nachprüfen der abgelieferten Erhebungsbogen eingesetzt, wodurch den Gemeinden ein Teil der Kontrollarbeit abgenommen wurde. In Berlin haben sich Lehrer als Oberzähler und ihre als Zähler arbeitenden Schüler im allgemeinen gut bewährt. Andere Personen wurden nur in einem der zwölf Verwaltungsbezirke als Oberzähler verwendet. Ihre Arbeit wurde aber — wegen des mangelnden Kontaktes mit den Zählern und weil sie im allgemeinen nicht viel mehr als Verteiler und Einsammler der Zählpapiere waren — fast durchweg schlecht bewertet. In den seltenen Fällen, in denen Vorgesetzte die Zählertätigkeit ihrer eigenen Dienststelle überwachten und kraft ihrer Dienststellung einen wirksamen Einfluß auf die Güte der Zählerarbeit ausübten, wurden jedoch positive Ergebnisse beobachtet.

Die Oberzählertätigkeit kann, wie sich zeigte, vor allem in den Städten maßgeblich zum Gelingen der Zählung beitragen. Voraussetzung dafür ist aber, daß geeignete Personen in einer organisatorisch durchdachten und den örtlichen Voraussetzungen entsprechenden Weise eingesetzt werden.

Zusammensetzung der Zähler in ausgewählten Städten
Prozent

Als Zähler eingesetzt	Bremen	Köln	Düsseldorf	Essen	Mühlheim a. d. Ruhr	Bielefeld	Remscheid	Berlin (West)
Bedienstete der Stadtverwaltung	35	31	40	37	15	32	52	30
Angehörige des sonstigen öffentlichen Dienstes	37	20	32	23	49	26	7	33
Lehrpersonen	2	6	8	19	1	18	6	17
Studenten, Schüler	20	33	20	19	20	19	33	12 ¹⁾
Sonstige	6	10	0	2	15	5	2	8
Insgesamt ...	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ In Berlin wurden Schüler zu zweit in einem Zählbezirk eingesetzt.

c) Zusammensetzung und Bewährung der Zähler

In Abhängigkeit von den lokalen Gegebenheiten variierte die Zusammensetzung der Zähler sehr stark. Die Berechnung von Durchschnittswerten für den Anteil der einzelnen Zählerkategorien an der Gesamtzahl der Zähler für das ganze Bundesgebiet wäre, selbst wenn das durch eine entsprechende Auswertung der Unterlagen möglich wäre, wenig sinnvoll, weil dadurch die Besonderheiten der örtlichen Zählerzusammensetzung überdeckt würden. Gerade deren Kenntnis ist aber für eine künftige Einsatzplanung wichtig.

Detaillierte Angaben über die als Zähler verwendeten Personengruppen wurden vor allem für eine Reihe größerer Städte mitgeteilt (vgl. nachstehende Übersicht). Trotz der beträchtlichen Schwankungen des Anteils der einzelnen Gruppen ist unverkennbar, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes überall die Hauptmasse der Zähler stellten. Offenbar hing es vom Charakter der am Ort befindlichen Behörden und Dienststellen ab, in welchem Umfang dabei Bedienstete der Stadtverwaltung, von Landes- und Bundesbehörden, der Bundesbahn und Bundespost usw. herangezogen werden konnten. Während die hervorragende Bedeutung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei der Durchführung des Zählgeschäftes, trotz der auch hier gegebenen Unterschiede hinsichtlich des Anteils an der Gesamtzahl der Zähler, einwandfrei feststeht, sind generalisierende Aussagen über die anderen beteiligten Personengrup-

pen kaum mehr möglich. Der Anteil der Lehrpersonen war mancherorts beachtlich, an anderer Stelle minimal, vielfach wurde auf ihren Einsatz überhaupt verzichtet. Auch die Verwendung von Studenten und Schülern als Zähler unterlag starken Schwankungen, doch wurden sie insgesamt in höherem Maße eingesetzt als die Lehrpersonen. Dieser Umstand erklärt sich ohne weiteres aus den Unterschieden in der zahlenmäßigen Stärke dieser Gruppen. Immerhin war die Beteiligung der Lehrpersonen, Studenten und Schüler an der Durchführung des Zählgeschäftes so groß, daß die mit ihrem Einsatz zusammenhängenden Fragen besondere Beachtung verdienen. Diese Gruppe stand im allgemeinen nach den Angehörigen des öffentlichen Dienstes an zweiter Stelle.

Der Anteil der »sonstigen« als Zähler verwendeten Personen, wozu Rentner, Hausfrauen und andere Mitarbeiter aus der Bevölkerung gehörten, darf weitgehend als Indiz dafür betrachtet werden, in welchem Ausmaß ein Rückgriff auf Bedienstete der öffentlichen Hand möglich war sowie Lehrer, Studenten und Schüler ergänzend herangezogen werden konnten oder nicht. Ein hoher Prozentsatz an »sonstigen« Zählern war gewöhnlich zu verzeichnen, wenn am Ort unterdurchschnittlich wenig Personen der vorgenannten Gruppen vorhanden waren. Offenbar traf das vielfach für mittlere und kleine Gemeinden zu, in denen es weder Verwaltungsdienststellen noch Höhere Schulen gibt. Aus dem Bericht eines Landesamtes (Rheinland-Pfalz) ging beispiels-

weise hervor, daß dort fast ein Drittel der Zähler direkt aus den Reihen der Bevölkerung gewonnen werden mußte.

Der Anteil der weiblichen Zähler war allgemein geringer als der Anteil der männlichen und lag in den mitgeteilten Fällen etwa zwischen 25 und 40 %.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß grundsätzlich der Bedarf an Zählern soweit wie irgend möglich aus Angehörigen des öffentlichen Dienstes gedeckt wurde. Für die Gewinnung der dann noch fehlenden Zähler wurde unterschiedlich verfahren. Überwiegend wurde in zweiter Linie auf Lehrpersonen, Schüler und Studenten zurückgegriffen und die dann noch bestehende Lücke durch Anwerbung weiterer Zähler aus anderen Bevölkerungsschichten geschlossen. Doch auch andere Praktiken wurden angewandt. So gab man mancherorts schreibgewandten Rentnern und Hausfrauen den Vorzug vor Lehrpersonen und Schülern. Häufig behalf man sich auch, indem entweder generell größere Zählbezirke gebildet oder Zählern, die sich dazu bereit erklärt hatten, zwei oder mehr Zählbezirke zur Bearbeitung übertragen wurden. Diese Maßnahmen waren aber nur möglich, wenn ein Anreiz durch eine angemessene Zählerentschädigung geboten wurde.

Ebenso wie über die Zusammensetzung der Zähler, können auch über ihre Bewährung verallgemeinernde Aussagen nur unter Vorbehalt gemacht werden. Die Qualität der Zählerarbeit hing sehr wesentlich von der Intelligenz sowie der Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der Zähler ab. Daneben waren aber auch andere Faktoren, wie die Zählerbetreuung, Zählerschulung, Zahlung einer angemessenen Aufwandsentschädigung, Anmarschweg zum Zählbezirk und seine räumliche Ausdehnung, Vorhandensein schwieriger Erhebungsobjekte u. dgl. m. von ausschlaggebender Bedeutung und mußten bei einer Beurteilung der Zählerleistung berücksichtigt werden. Für eine derartige umfassende Analyse reichen jedoch die verfügbaren Unterlagen nicht aus. Wenn auch die Zählerleistung hauptsächlich in Abhängigkeit von der Person des Zählers betrachtet wird, darf das nicht vergessen lassen, daß gute oder schlechte Zählerarbeit häufig nicht un-

maßgeblich in Abhängigkeit von der Arbeit der örtlichen Zählungsorganisationen und anderen Einflüssen der oben genannten Art zustande gekommen ist.

Wie sich erwiesen hat, brachten die Behördenbediensteten im allgemeinen günstige Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Ausführung des Zählgeschäfts mit. Besonders die Angehörigen der kommunalen Dienststellen haben sich gut bewährt, offenbar weil bei ihnen neben der erforderlichen Vertrautheit mit Schreib- und Verwaltungsarbeiten meist auch eine gute Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und eine positive Einstellung zu den gemeindlichen Aufgaben, wozu auch die in die Verantwortlichkeit der Gemeinden fallende Durchführung der Zählung rechnet, zu verzeichnen war. Anders als für 1950 wurde für 1961 auch die Tätigkeit der bei Landes- und Bundesbehörden beschäftigten Personen fast durchwegs positiv beurteilt. Ohne Zweifel hat sich hier die Regelung der Zählerabstellung im Volkszählungsgesetz 1961, die durch landesrechtliche Vorschriften ergänzt wurde, in denen weitgehend auch Bestimmungen über Dienstbefreiung und Aufwandsentschädigung enthalten waren, sehr förderlich ausgewirkt und hat die früher häufig konstatierte mangelnde Bereitwilligkeit zur Übernahme des Zähleramtes weitgehend behoben. Über die sonstigen Personen, die als Zähler Verwendung fanden, wurden abweichende Urteile mitgeteilt. Die Tätigkeit von Lehrpersonen wurde mehrfach lobend erwähnt, wenn die Lehrer als Oberzähler den Einsatz ihrer als Zähler fungierenden Schüler überwachten. Regelmäßig wurde in diesen Fällen auch die Arbeit der Schüler als eifrig und gut bezeichnet, sie erledigten in weiträumigen Zählbezirken die oft langen und anstrengenden Wege bereitwillig. Sich selbst überlassen, versagten die Schüler häufig, vermutlich aus mangelnder Einsicht in die Probleme der Zählung. Unter den Rentnern und Pensionären, die anteilmäßig freilich wenig ins Gewicht fielen, konnten tüchtige und gewissenhafte Zähler gewonnen werden, die diese Tätigkeit als willkommene Abwechslung und Zeitvertreib betrachteten. Über die Bewährung der sonstigen, aus allen Bevölkerungsschichten stammenden Zähler wurden keine speziellen Erfahrungen mitgeteilt.

IV. Aufbereitung

1. Bemerkungen zum System der Ergebnisfeststellung

Die Ergebnisfeststellung steht am Ende der Durchführung einer Statistik. Die Interpretation der gewonnenen Ergebnisse sowie ihre Auswertung für praktische und wissenschaftliche Zwecke schließen sich an. Da aber die Auswertungsabsichten und -möglichkeiten die Grundlage für die Planung einer Statistik sind, müssen sie, obwohl ihre Realisierung das Schlußglied der Arbeiten darstellt, schon am Anfang aller Überlegungen stehen. Deshalb sollten schon zu Beginn der Vorbereitungsarbeiten zunächst einmal die Auswertungswünsche, ausgedrückt in Form eines Tabellenprogramms, dargelegt werden. Eine frühzeitige Festlegung des Tabellenprogramms ist vor allem als Grundlage für die maschinelle Aufbereitung wichtig, damit genügend Zeit für die Programmierarbeiten bleibt, die bei elektronischer Datenverarbeitung umfangreicher als bei dem konventionellen maschinellen Aufbereitungsverfahren sind und besonders sorgfältig vorgenommen werden müssen. In die einmal ausgearbeiteten Programme können nachträglich kaum mehr Änderungswünsche aufgenommen werden, weil damit ein zusätzlicher Programmieraufwand meist erheblichen Umfangs verbunden wäre. Wegen der bei der Programmierung bestehenden Arbeitsengpässe können aber solche unvorhergesehenen Belastungen nur schwer berücksichtigt werden. Unter den heutigen Voraussetzungen sollten z. B. die Programmierarbeiten für eine Volks- und Berufszählung mindestens ein Jahr vor dem vorgesehenen Zählungstichtag beginnen, damit die Programme rechtzeitig vorliegen und die maschinelle Aufbereitung bei Vorliegen des Zählungsmaterials ohne Verzögerung einsetzen kann.

Die Forderung nach frühzeitiger Festlegung des Tabellenprogramms sollte jedoch nicht übersteigert werden. Vor allem darf nicht davon ausgegangen werden, daß alle Auswertungswünsche im voraus bekannt sind. Deshalb muß ermöglicht werden, auch Aufbereitungswünsche zu berücksichtigen, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt ergeben. Wenn solche zusätzliche Aufbereitungen abgelehnt werden oder mit großen Widerständen verbunden sind, wird dadurch das Bestreben gefördert, »auf Verdacht« ein möglichst umfassendes Auswertungsprogramm anzumelden, das weder im Inhalt noch in der Form dem späteren tatsächlichen Bedarf voll entspricht. Selbst wenn konkrete Vorstellungen über die aus einer Statistik benötigten Ergebnisse bestehen, kann nicht immer von vornherein die zweckmäßigste Form der Darstellung — etwa der Gruppenbildung oder (Größen-) Klasseneinteilung bestimmter Merkmale — genannt werden. Dafür ist eine genauere Kenntnis der Struktur der Erhebungsmasse, vor allem der Häufigkeitsverteilung einzelner Merkmale, erforderlich. Aufschluß darüber gibt aber häufig erst das auszuwertende Material selbst, das zu diesem Zweck für Probeuntersuchungen und -auswertungen herangezogen werden kann. Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß grundsätzlich — und besonders bei Volks- und Berufszählungen und anderen Großzählungen — ein mehrstufiges Auswertungsprogramm zu empfehlen sein dürfte. Vorweg sollten zunächst jene Tabellierungen vorgenommen werden, deren Aufbau als absolut gesichert angesehen werden kann und welche die ersten Ergebnisse für den vordringlichsten Bedarf liefern. Hierauf sind die Auswertungswünsche zu präzisieren, die zwar im Prinzip festgelegt sind, aber zur endgültigen Formulierung noch vorausgehender Untersuchungen der Erhebungsmasse bedürfen. Die notwendigen Informationen können etwa mittels Stichprobenuntersuchungen beschafft werden. Denkbar wäre auch, die Auswertung des Erhebungsmaterials stufenweise vorzunehmen. Erst sollten Streuungsübersichten in weitgefächerter Form geschaffen werden, aus

denen die Besetzungszahlen der einzelnen Tabellenfelder Erkenntnisse über die Häufigkeitsverteilung der einzelnen Merkmale liefern; dann können die weiteren Entscheidungen über die endgültige Gliederung der vorgesehenen Auswertungs- und Veröffentlichungsprogramme getroffen werden. Die Arbeitsmethode würde dazu führen, daß die Struktur der zu untersuchenden Erhebungsmasse schärfer herausgearbeitet werden kann. Wenn, wie häufig in der Vergangenheit, Gruppenabgrenzungen aus der vorhergehenden Erhebung übernommen werden, erleichtert das zwar den zeitlichen Vergleich der Ergebnisse, doch können dadurch aber gerade signifikante Strukturcharakteristika und -veränderungen verschleiert werden.

Schließlich ist Vorsorge zu treffen, daß künftige Auswertungswünsche befriedigt werden können, ohne daß jeweils auf das meist sehr umfangreiche Einzelmateriale zurückgegriffen werden muß. Eine denkbare Möglichkeit ist die Anfertigung von Arbeitstabellen im Rahmen einer Vorrattabellierung, auf die bei Anfragen zurückgegriffen werden kann. Dabei muß allerdings in Kauf genommen werden, daß die vorgenommenen Tabellierungen häufig nicht ganz den neu auftretenden Auswertungswünschen entsprechen. In diesem Fall ist eine zusätzliche Überarbeitung der vorliegenden Ergebnisse in mehr oder weniger großem Umfang erforderlich. Falls jedoch Auswertungen gewünscht werden, die in der Vorrattabellierung nicht vorhanden sind — z. B. ganz bestimmte Merkmalskombinationen —, so wäre ein Rückgriff auf das Einzelmateriale erforderlich. Dieser Weg ist aber dann nicht gangbar, wenn die hierzu benötigte Aufbereitungskapazität nicht verfügbar ist. Als Lösung bietet sich an, die Summenkarten oder Magnetsummenbänder mit Strukturdaten in einer aufgefächerten Breite als Differentialspeicher bereitzustellen. Zusätzliche Aufbereitungswünsche können hiermit leichter zufriedengestellt werden, da die eigentliche Ergebnisfeststellung aus einer verdichteten Masse von Summendaten erfolgen kann. Außerdem kann bei der Tabellierung auch die gewünschte äußere Form der Darstellung berücksichtigt werden, so daß irgendwelche manuellen Überarbeitungen nicht mehr erforderlich sind. Dieses Verfahren wurde mit Erfolg bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 angewendet.

Bei den für die elektronische Aufbereitung des Zählungswerkes 1960/62 notwendigen Programmierarbeiten entstand zeitweise ein Engpaß, der durch den großen Umfang dieser Arbeiten und durch den Mangel an Programmierern bedingt war. Diesen Schwierigkeiten kann, zumindest teilweise, mit Hilfe von Standardprogrammen begegnet werden. Das sind vorgearbeitete, abstrakt gehaltene Programme, welche für die jeweilige Tabellierung durch Spezifizierungen ergänzt werden. Dadurch soll entbehrlich werden, jedes einzelne Programm von Grund auf neu aufstellen zu müssen. Im Ergebnis soll eine Beschleunigung und eine Einsparung an Programmieraufwand erzielt werden. Die vorgegebene Normierung der Auswertungspläne steht freilich einer wünschenswerten variablen Gestaltung der Veröffentlichungstabellierungen im Wege. Es muß hingenommen werden, daß die Tabellen vielfach nicht bis in die Einzelheiten den Vorstellungen der Benutzer entsprechen. Ferner sind die Standardprogramme mehr oder weniger weit von der optimalen Lösung entfernt. Das bedeutet, daß bei umfangreichen Tabellenprogrammen mit einer erheblichen Verlängerung der Maschinenlaufzeiten gerechnet werden muß, die zu Engpässen bei der verfügbaren Kapazität führen können. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Kombination unterschiedlicher Merkmale nur in stark begrenztem Maße möglich ist und sich insofern zwangsläufig eine Simplifizierung der Auswertungsprogramme ergibt. Bei

der Aufbereitung des Zählungswerkes 1960/62 waren diese Einschränkungen hinsichtlich der Verwendbarkeit von Standardprogrammen besonders deshalb notwendig, weil die verhältnismäßig geringe Speicherkapazität der zur Verfügung stehenden elektronischen Anlagen eine mehrfache stufenweise Summenbildung nicht erlaubte. Diese Nachteile sind nach bisherigen Erfahrungen so schwerwiegend, daß sie bei jeder Entscheidung, ob Standardprogramme verwendet werden sollen oder nicht, unbedingt zu berücksichtigen sind. Auch bei der Diskussion auf internationaler Ebene hat die Auffassung dominiert, daß der Standardprogrammierung verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt sind.

Die Anwendung von Standardprogrammen sollte vor allem vom Umfang der anstehenden Tabellierarbeiten abhängig gemacht werden, denn davon hängt weitgehend die Relation zwischen Vorbereitungs- und Aufbereitungsaufwand ab. Das Gewicht der Vorbereitungsarbeiten sollte möglichst niedrig gehalten werden. Deshalb kann als grobe Richtschnur gelten, daß Tabellen mit einfachem Aufbau gegebenenfalls mit Hilfe von Standardprogrammen gefertigt werden können, während die Hauptaufbereitung grundsätzlich mit Spezialprogrammen durchgeführt werden sollte.

Über Standardprogramme könnten z. T. die nach der Hauptaufbereitung noch gewünschten zusätzlichen Sonderauswertungen durchgeführt werden, die früher entweder aus dem für Auskunft- und Dokumentationszwecke gelisteten »Nachschlage-« oder »Archivprogramm« oder aber durch Sonderaufbereitungen befriedigt wurden. Im allgemeinen muß davon ausgegangen werden, daß nach Abschluß der Hauptarbeiten für eine Statistik — darunter auch die Programmierung — die Arbeitskräfte und auch die Maschinenkapazität mit Schwerpunkt auf andere Vorhaben angesetzt werden. In diesen Fällen scheint eine Aufbereitung mittels standardisierter Programme erwägenswert.

Für die reguläre Aufbereitung dürfte jedoch auf anderem Weg eine Rationalisierung zu erzielen sein. Die Programmierung kann dadurch vereinfacht und erleichtert werden, daß für den Aufbau der Tabellenprogramme möglichst einheitliche Lösungen gefunden werden. Nicht die Maschinenprogramme, sondern die Form der Tabellierung sollte also weitgehend standardisiert werden. Daraus ergäbe sich eine größere Vereinheitlichung der Programmierung als bisher und damit eine Reduzierung des Programmieraufwandes. So könnte man z. B. für Teile bestimmter Tabellen einheitliche Untertabellen standardisieren, die dann in die eigentlichen Tabellierprogramme eingebaut werden.

Bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 wurde teilweise bereits dieser Weg eingeschlagen. Die Individualkarten stellten bereits eine Art Differentialspeicher dar, aus ihnen konnten Zusammenstellungen mit unterschiedlichen Merkmalskombinationen vorgenommen werden. Von praktischer Bedeutung war aber dann das Verfahren, differenzierte Auszählungen vorzunehmen und die Ergebnisse in Summenkarten festzuhalten. Durch weitere Differenzierung der Auszählungen gelangte man zu einer Mehrfachkombination von Gliederungsmerkmalen, wobei auf eine bestimmte Gliederung der Vorspalten und der Summenfelder geachtet wurde. Das Wesentliche dieses Vorgehens bestand darin, daß die Form von Summenkarten unterschiedlichen Inhalts standardisiert wurde. Dadurch war es möglich, Standardprogramme vorzubereiten, mit denen entsprechend dem Inhalt der einzelnen Summenkarten die verschiedenartigsten Ergebnisse tabelliert werden konnten. Mit Hilfe von Standard-Tabellierprogrammen wurde eine Vielzahl von Arbeitstabellen gefertigt. Zwar waren noch manuelle Ergänzungen notwendig, doch waren für die einzelnen Tabellen keine speziellen Maschinenprogramme mehr erforderlich, so daß ein erheblicher Arbeitsaufwand entfiel.

Wie bereits ausgeführt wurde, ist jedoch für die Realisierbarkeit derartiger Lösungen die Größe des internen Arbeitsspeichers der elektronischen Anlage entscheidend. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß eine kleine Kapazität des Kernspeichers zu erheblichen Komplikationen im

Arbeitsablauf führen kann. Die bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 eingesetzten Anlagen hatten eine Kernspeicherkapazität von nur 4 000 Speicherstellen. Für einen zweckmäßigen Aufbau des Arbeitsablaufs wäre eine Speicherkapazität mindestens vierfachen Umfangs notwendig gewesen.

Ganz große Bedeutung kommt der Größe des Kernspeichers bei den modernen elektronischen Datenverarbeitungsanlagen zu, die mit Magnetbandeingabe und -ausgabe arbeiten. Nur bei einem hinreichend großen Kernspeicher können die Möglichkeiten dieser leistungsfähigen Anlagen voll genutzt werden. Es muß angestrebt werden, einen möglichst weitgehend integrierten Arbeitsablauf zu erzielen. Dabei wird einem geschlossenen System der maschinellen Kontrollen und Korrekturen eine besondere Bedeutung beizumessen sein. Die bei kleiner Kapazität der internen Speicher erforderliche Aufgliederung des Komplexes in mehrere Arbeitsgänge führt zu Komplikationen, da der Überblick dadurch nicht immer voll gewährleistet ist und eine einwandfreie Fehlerbereinigung deshalb nur mit Einschränkungen möglich ist.

Der erreichbare Integrationsgrad der maschinellen Kontrollen und Korrekturen ist also in erster Linie von der Größe der Kernspeicher der verwendeten elektronischen Anlage abhängig. Der ganze Problemkreis ist verhältnismäßig neu, wurde aber wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung vor allem als Anregung berührt.

2. Allgemeine Organisationsfragen der Aufbereitung

Die Aufbereitung des Volkszählungswerkes 1961 lag, entsprechend dem föderativen Aufbau des amtlichen statistischen Dienstes in der Bundesrepublik, grundsätzlich bei den Statistischen Landesämtern. Die Aufbereitungsanleitungen wurden vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern gemeinsam in den dafür vorgesehenen Gremien festgelegt. Daneben wurden einige Sonderaufbereitungen aus arbeitstechnischen Gründen und wegen des geringen Interesses an Ergebnissen in feinsten regionaler Gliederung beim Statistischen Bundesamt vorgenommen. Hierzu zählten z. B. die Ausländerstatistik und die Aufbereitung der Angaben für Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung der Fachrichtung Medizin. Ferner wurde die 10%-Haushalts- und Familienstatistik (vgl. IV 3 b) beim Statistischen Bundesamt aufbereitet.

Völlig neue Gesichtspunkte für die Aufbereitung und darüber hinaus für die gesamte Planung des Arbeitsablaufes ergaben sich aus dem Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen. Wegen der Neuheit des Verfahrens und wegen der Erfahrungen, die in den verschiedenen Phasen der Aufbereitung über die Möglichkeiten dieser Maschinen gesammelt werden konnten, wird diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein; dies um so mehr, als sich daraus wichtige Folgerungen für die Planung des kommenden Zählungswerkes ergeben.

Zwischen der Erhebung und der Aufbereitung des Volkszählungswerkes 1961 läßt sich keine ganz klare Trennungslinie ziehen. Streng genommen wurden schon in den Gemeinden von den Zählern, Oberzählern und Zählungsdienststellen sowie den Gemeindeverwaltungen und (soweit vorhanden) den Städtestatistischen Ämtern die ersten Aufbereitungsarbeiten vorgenommen. Diese bestanden in Vollzähligkeits- und Vollständigkeitskontrollen, in Ergänzungen und Berichtigungen der Angaben in den Fragebogen. Ferner wurde im Volkszählungsgesetz 1961 (§ 9 Ziff. 3) den Gemeinden der sogenannte »Karteienvergleich« erlaubt (vgl. III 1h). Da diese Arbeiten von den genannten Stellen häufig nicht einheitlich durchgeführt wurden, waren damit die Statistischen Landesämter nochmals befaßt; diese z. T. wiederholten Prüf- und Kontrollgänge standen dort am Beginn der Aufbereitungsarbeiten.

Die bisher genannten, ihrem Charakter nach eher als Vorstufen der Aufbereitung zu betrachtende Bearbeitung der Zählpapiere vor deren Ablieferung an die Statistischen Lan-

desämter wurden nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Die Aufbereitung im eigentlichen Sinne des Wortes begann erst in den Statistischen Landesämtern.

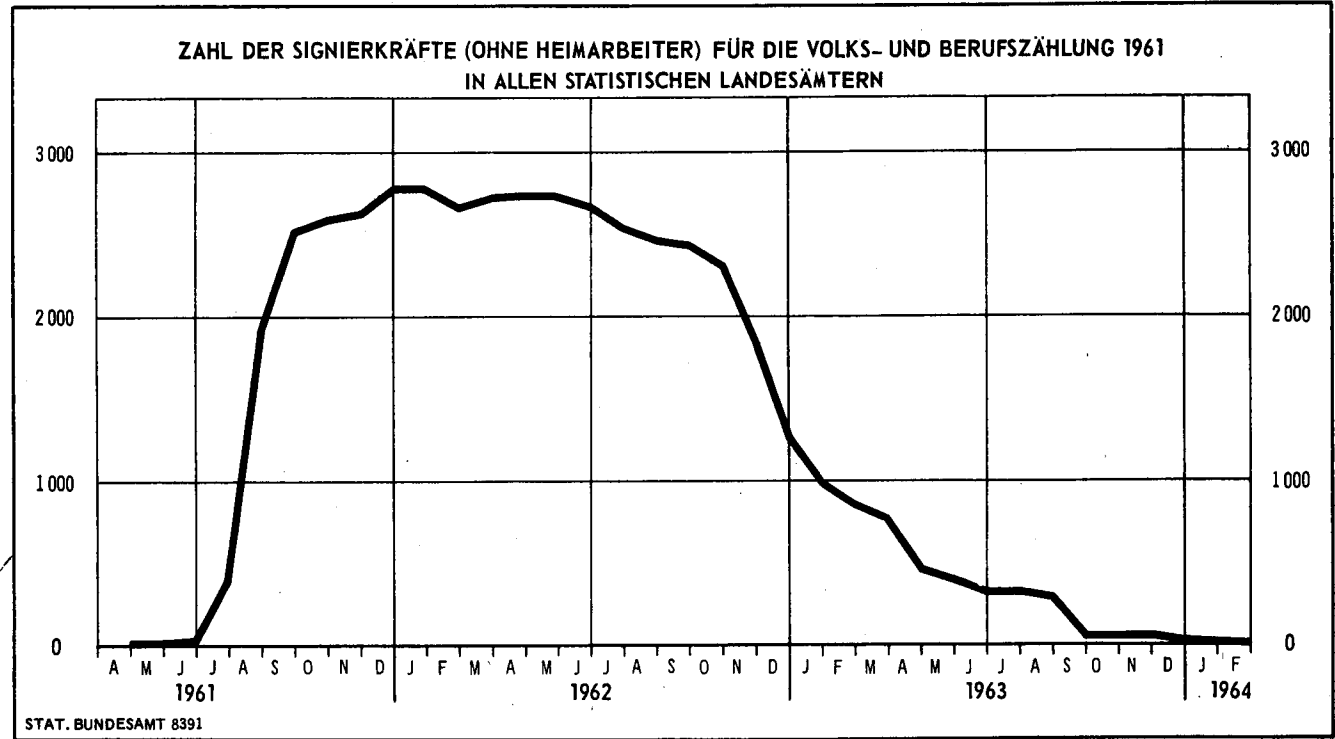
Die Aufbereitung des Volkszählungswerks 1961 brachte, mehr noch als dessen Vorbereitung und Erhebung, eine ungewöhnlich starke Arbeitsbelastung der Statistischen Ämter mit sich, die weit über die durchschnittliche Belastung durch das laufende Programm hinausging. Um eine reibungslose Abwicklung der Massenarbeiten zu gewährleisten, mußten deshalb rechtzeitig die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Für die Bearbeitung des Materials der Großzählungen mußten, da es sich um eine zeitlich begrenzte Beanspruchung handelte, von allen Statistischen Landesämtern in erheblichem Umfang Aushilfskräfte (Zeitangestellte) eingestellt werden. Zu ihrer Unterbringung und um die großen Mengen der zu bearbeitenden Zählpapiere, der Bearbeitungsformulare usw. handlich und übersichtlich lagern, verteilen und wieder einsammeln zu können, mußten zusätzliche geeignete Räume gemietet werden. Dabei mußte fast immer eine mehr oder minder große Entfernung dieser Räume vom Statistischen Landesamt in Kauf genommen werden, häufig waren auch die Mieträume selbst über mehrere örtlich getrennte Stellen verstreut. Die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte und das Anmieten zusätzlicher Arbeitsräume waren für alle Statistischen Landesämter mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Beschaffenheit und Lage der Räume entsprachen nicht immer den Wünschen, vielfach mußte mit Provisorien gearbeitet werden.

Die Personalfrage war wegen der bestehenden Vollbeschäftigung und des darum unergiebigsten Arbeitsmarktes besonders schwierig; deshalb mußten die Zeitangestellten sorgfältig ausgewählt werden, um ungeeignete Bewerber rechtzeitig zu erkennen und auszusondern. Die Zeitangestellten wurden vor allem für Signierarbeiten und für die Signierprüfung eingestellt. (Nur die Angaben zur Volks- und Berufszählung wurden signiert, d. h. in verschlüsselter Form auf ein eigenes Signierblatt übertragen. Aus den Arbeitsstättenbogen und Gebäudelisten hingegen wurden die Angaben unmittelbar abgelocht.) Der Signierer war bei regulärem Arbeitsablauf also der letzte Bearbeiter, der noch unmittelbar mit der Haushaltsliste bzw. dem Einzelbogen zur Anstaltsliste in Berührung kam. Die bereits erwähnte Signierprüfung konnte aus Kosten- und Zeitgründen nur als Stichprobenprü-

fung für eine begrenzte Teilmasse (etwa 10% der Signierblätter) vorgenommen werden. Fehlerhafte Signierarbeit konnte später kaum mehr restlos korrigiert werden und

Zahl der Signierkräfte (ohne Heimarbeiter) für die Volks- und Berufszählung 1961 in allen Statistischen Landesämtern

Jahr/Monat	Einstellungen (kumulierte Zahlen)	Entlassungen (kumulierte Zahlen)	Bestand
1961 April	15	—	15
Mai	15	—	15
Juni	25	—	25
Juli	398	—	398
August	1 902	—	1 902
September	2 523	—	2 523
Oktober	2 845	258	2 587
November	2 886	258	2 628
Dezember	3 029	258	2 771
1962 Januar	3 029	258	2 771
Februar	3 062	398	2 664
März	3 123	398	2 725
April	3 166	435	2 731
Mai	3 166	435	2 731
Juni	3 166	500	2 666
Juli	3 166	638	2 528
August	3 166	710	2 456
September	3 166	737	2 429
Oktober	3 166	865	2 301
November	3 166	1 309	1 857
Dezember	3 166	1 906	1 260
1963 Januar	3 166	2 182	984
Februar	3 166	2 322	844
März	3 166	2 397	769
April	3 166	2 721	445
Mai	3 166	2 776	390
Juni	3 166	2 855	311
Juli	3 166	2 855	311
August	3 166	2 870	296
September	3 166	3 125	41
Oktober	3 166	3 125	41
November	3 166	3 125	41
Dezember	3 166	3 149	17
1964 Januar	3 166	3 157	9
Februar	3 166	3 166	—



stellte eine ernsthafte Fehlerquelle dar. Deshalb mußten die Signierer gut eingewiesen und das zuerst signierte Material besonders gründlich geprüft werden.

Die Einstellung der Zeitkräfte erfolgte gewöhnlich etappenweise, und zwar in etwa vierzehntägigen bis monatlichen Abständen. Das Verfahren stand im Einklang mit den praktischen Erfordernissen des sich allmählich steigenden Arbeitsanfalls und bot außerdem den Vorteil, daß die Neueingestellten sukzessive jeweils in kleineren Gruppen in ihre Aufgaben eingewiesen werden konnten. Wie die Einstellungen, erfolgten später auch die Entlassungen stufenweise. Hinsichtlich der altersmäßigen Zusammensetzung und der Eignung der eingestellten Zeitkräfte, die gewöhnlich unter der Anleitung und Aufsicht von Bediensteten der Statistischen Ämter arbeiteten, war eine breite Streuung zu beobachten. Insgesamt haben die Frauen anteilmäßig überwogen. Das Durchschnittsalter der Hilfskräfte lag allgemein höher als das des Stammpersonals. Dabei waren in den jüngeren Altersgruppen die Frauen, in den älteren die Männer stärker vertreten. Die Mehrzahl, nämlich rund vier Fünftel, waren Personen im Alter zwischen 30 und 65 Jahren. In geringem Umfang meldeten sich auch Rentner für diese Tätigkeit. Verhältnismäßig hoch war der Anteil der Hausfrauen, die zum Teil in Heimarbeit beschäftigt wurden. In einem Fall wurden mit Studenten, die in geschlossenen Arbeitsgruppen bei den Signierarbeiten eingesetzt wurden, sehr gute Erfahrungen gemacht. Diese Gruppen, die anteilmäßig nicht stark ins Gewicht fielen, erreichten unverhältnismäßig schneller als andere ihre Höchstleistung, die zudem über dem allgemein erreichten Leistungsstand lag. Die heterogene Zusammensetzung der Hilfskräfte machte erklärlich, daß zwischen ihnen starke Leistungsunterschiede bestanden.

Vorkenntnisse für die geforderte Arbeit durften von den Bewerbern grundsätzlich nicht erwartet werden und waren auch nicht nötig. Wohl aber war es wünschenswert, daß sie über eine gute Allgemeinbildung verfügten, die sich vor allem beim Signieren der Berufsmerkmale und der Wirtschaftszweige auf die Qualität und die Menge der geleisteten Arbeit auswirkte.

Die organisatorische Behandlung der Aufbereitungsarbeiten wurde von den einzelnen Landesämtern unterschiedlich gelöst. Im allgemeinen wurden die manuellen Arbeiten der einzelnen Zählungsteile in den dafür zuständigen Fachabteilungen bzw. -referaten erledigt. Daneben wurden aber auch andere Wege eingeschlagen. Ein Landesamt übertrug alle mit der Vorbereitung, Erhebung und Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 zusammenhängenden manuellen Arbeiten einer »Census-Abteilung«. In einem anderen Land ist ein »Sonderreferat« für die organisatorischen und technischen Arbeiten zuständig, die bei der Durchführung von Sonderzählungen (also außerhalb des laufenden Programms) entstehen. Von diesem Referat wurden auch alle Zählungsteile des Zählungswerkes 1960/62 aufbereitet; die Auswertung der Ergebnisse lag aber bei den Fachreferaten. Der Vorteil dieser Organisationsform wurde darin gesehen, daß durch eine verfeinerte Arbeitsteilung, bestehend in der Abspaltung der technisch-organisatorischen Arbeitsgänge, eine Entlastung der Fachabteilungen erreicht wird. Der auf diese Aufgaben geschulte Bearbeiterstab kann verhältnismäßig leicht von einem Schwerpunkteinsatz auf einen anderen umdirigiert werden. Wegen der bei allen Statistiken hochgradigen Gleichartigkeit der in Betracht kommenden Aufbereitungsarbeiten ergab sich durch diese Spezialisierung auch ein bedeutender Rationalisierungserfolg. Aussagen über die Vorzüge oder Nachteile des einen oder anderen organisatorischen Verfahrens können und sollen hier nicht gemacht werden, zumal die Statistischen Landesämter ihre Entscheidungen unter Berücksichtigung zahlreicher anderer Bedingungen treffen mußten. Deshalb soll dieser mehr deskriptive Hinweis genügen.

Neben diesen mehr technischen Fragen bestand eine Organisationsaufgabe darin, die zeitliche und sachliche Ablaufplanung der elf Statistischen Landesämter zu koordinieren,

soweit das nur irgend möglich war. Es mußte ein weitgehend gleichzeitiger Abschluß der einzelnen Arbeitsabschnitte in den Statistischen Landesämtern angestrebt werden als Voraussetzung dafür, daß dem Statistischen Bundesamt jeweils möglichst geschlossen die Länderergebnisse als die Grundlage für die Konzentration zu Bundesergebnissen vorlagen. Nach vorausgegangenen Beratungen mit den Statistischen Landesämtern legte das Statistische Bundesamt im Frühjahr 1961 neben einem Ablaufplan für die Vorbereitung der Zählungen vom 6. Juni 1961 auch einen Ablaufplan für die Aufbereitung dieser Zählungen in den Statistischen Landesämtern vor (abgedruckt im Anhang S. 198 ff.).

Die Lösung der organisationstechnischen Probleme wurde von den einzelnen Landesämtern im allgemeinen selbständig unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, aber unter Beachtung der gemeinsam mit den anderen Statistischen Ämtern ausgearbeiteten Empfehlungen, vorgenommen. Eine weitgehende Einheitlichkeit, die aber Spielraum für die Berücksichtigung spezieller Wünsche und Anforderungen in den einzelnen Ländern ließ, war unabdingbar wegen der Notwendigkeit, länderweise vergleichbare Ergebnisse zu erzielen, die sich zu Bundesergebnissen zusammenfassen ließen. Die Statistischen Landesämter waren aus arbeitstechnischen und Termingründen um zeitlich koordiniertes Vorgehen bemüht. Dennoch waren wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen zeitliche Unterschiede in der Bearbeitungsdauer und im Abschluß der einzelnen Arbeitsabschnitte begreiflicherweise nicht ganz zu vermeiden.

3. Manuelle Aufbereitung der Zählungsteile

Die Zulieferung der Zählpapiere an die Statistischen Landesämter erfolgte mit Schwerpunkt innerhalb 3—4 Monaten nach dem Zählungstichtag. Bei Gemeinden, die von der Möglichkeit des Karteienvergleichs (vgl. III 1 h) Gebrauch machten, verzögerte sich meist die Ablieferung, bei einzelnen Großstädten bis etwa Dezember 1961. In den Landesämtern wurden zunächst alle Zählpapiere noch einmal auf Vollständigkeit und Vollständigkeit der Eintragungen überprüft. Ferner wurde die Verträglichkeit der Eintragungen in den verschiedenen Zählpapieren einer Kontrolle unterzogen. Darüber hinaus wurden verschiedene Zusammenführungs- und Vorbeiführungsaktionen durchgeführt, um z. B. eine gleichartige wirtschaftssystematische Zuordnung der Erhebungs- und Aufbereitungseinheiten bei verschiedenen Statistiken zu erzielen. Im einzelnen wird auf diese Fragen bei der Behandlung der Aufbereitung der einzelnen Zählungsteile eingegangen. Nach diesen vorbereitenden Arbeiten wurden die Zählpapiere getrennt und die einzelnen Zählungsteile gesondert und nach jeweils eigenen Aufbereitungsanleitungen aufbereitet, die Rahmenanleitungen darstellten und somit durchaus Abweichungen bei den einzelnen Landesämtern zuließen, sofern nur die Gleichartigkeit der Ergebnisauswertung und die einheitliche Anwendung der methodischen Grundsätze gewährleistet blieb. Allgemein anzuwenden waren hingegen die Schlüsselverzeichnisse (vgl. hierzu II 5). Aufbereitungsprobleme, die sich erst während der Bearbeitung des Materials ergaben und in den Aufbereitungsanleitungen noch nicht vorgesehen waren, wurden von den Statistischen Landesämtern dem Statistischen Bundesamt mitgeteilt. Dort wurde eine Regelung herbeigeführt, die im Interesse einheitlicher Behandlung allen Landesämtern zur Kenntnis gebracht wurde. Die Signieranleitung wurde auf diese Weise im Laufe der Zeit ständig ergänzt und verfeinert. In Arbeits- und Zeitplänen wurden Reihenfolge und Inhalt der einzelnen Arbeitsgänge festgelegt und ein Zeitrahmen entworfen.

a) Volks- und Berufszählung

Als Erhebungspapiere für die Volks- und Berufszählung 1961 dienten die Haushaltsliste sowie die Anstaltsliste nebst dazugehörigen Einzelbogen (Abdruck im Anhang S. 231). Der Auszählung lag prinzipiell der Begriff der Wohnbevölkerung zugrunde, dazu wurden Auszählungen der »wohn-

berechtigten« Bevölkerung vorgenommen. Sonderauszählungen wurden über den Personenkreis der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ (wobei als Merkmal der Besitz eines Bundesvertriebenen- oder Bundesflüchtlingsausweises diente) sowie über die Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule durchgeführt. Weitere Auszählungen wurden zur Feststellung von Umfang und Richtung der »Pendelwanderung« vorgenommen, ferner wurden die benutzten Verkehrsmittel und der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit oder Ausbildungsstätte festgestellt.

Nachstehend sind die Auszählungsmerkmale der Volks- und Berufszählung aufgeführt. Die in Klammer stehende Ziffer weist auf die Ordnungsnummer der Frage in der Haushaltsliste hin.

Auszählungsmerkmale der Volkszählung

Geschlecht. Die Angaben waren durch Ankreuzen in einem der vorgedruckten Kästchen in Abschnitt I Ziff. 1 zu machen. Fehlte die Eintragung, so wurde sie an Hand des Vornamens, der Stellung zum Haushaltsvorstand bzw. der Berufsangaben nachgeholt.

Stellung zum Haushaltsvorstand. (Ziff. 2). Hier waren in der Haushaltsliste keine Antworten vorgegeben. Der Befragte sollte seine Angabe in Klarschrift machen. Sie konnte, falls sie fehlte, meist aus dem Zusammenhang anderer Eintragungen — Familienname, Vorname, Eheschließungsjahr, Geburtsdatum — ermittelt werden.

Alter (Ziff. 3). Erfragt wurde das Geburtsdatum, später wurden Geburtsjahr- und Altersjahrtabellen aufgestellt. Da die Altersjahre durch den 7. Juni des einen und den 6. Juni des darauffolgenden Jahres abgegrenzt wurden, mußte zumindest für die im Juni Geborenen unbedingt auch der Tag der Geburt angegeben sein.

Familienstand (Ziff. 4). Auch hier erfolgte die Eintragung durch Ankreuzen in einem der vorgedruckten Kästchen. Es wurden lediglich vier Möglichkeiten vorgesehen: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden. Etwaige Eintragungen »getrennt lebend« waren in »verheiratet« umzuändern. Weibliche Deutsche unter 15, männliche Deutsche unter 18 sowie männliche Ausländer unter 16 Jahren wurden stets als »ledig« angesehen. Normalerweise sollte bei Verheirateten auch der Ehepartner in der gleichen Haushaltsliste eingetragen sein.

Eheschließungsjahr (Ziff. 5). Ergänzend zum Familienstand »verheiratet« war das Eheschließungsjahr anzugeben. Bei voneinander abweichenden Angaben der Ehepartner galten die Eintragungen für die Ehefrau.

Religion (Ziff. 6). Es sollte hier nur die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgemeinschaft od. dgl., nicht aber persönliche religiöse Überzeugung angegeben werden. Die Auskunftspflicht wird durch Art. 136 Abs. 3 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919, der gemäß Art. 140 des Grundgesetzes noch in Kraft ist, begründet und besteht für gesetzlich angeordnete statistische Erhebungen. Unter Zugrundelegung des »Verzeichnisses der Religionsbenennungen« wurden 10 Gruppierungen vorgenommen.

Staatsangehörigkeit (Ziff. 7). Die Beantwortung dieser Frage geschah in Klarschrift. Lagen mehrere Staatsangehörigkeiten vor, so waren diese zu nennen; bei ungeklärter Staatsangehörigkeit war »ungeklärt« einzutragen, Staatenlose sollten »staatenlos« angeben.

Zuzug in die Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) (Ziff. 8a, b). Für Personen, die nach Kriegsende zugezogen waren, wurde das Zuzugsjahr gefragt. Zusätzlich sollte durch Ankreuzen in einem vorgegebenen Kästchen geklärt werden, ob der vor-

herige Wohnsitz im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin lag oder nicht.

Bundesvertriebenenausweis/Bundesflüchtlingsausweis (Ziff. 9). Der Besitz eines Bundesvertriebenenausweises A oder B oder eines Bundesflüchtlingsausweises C war durch Ankreuzen des zutreffenden Kästchens A, B oder C anzuzeigen. War der Besitz eines dieser Ausweise angegeben, so mußte bei Ziff. 8a auch das Zuzugsjahr eingetragen sein.

Weiterer Wohnraum (Ziff. 10). Durch Ankreuzen des Ja- bzw. Nein-Kästchens wurde die Frage nach dem Vorhandensein von weiterem Wohnraum beantwortet. Dieses Merkmal lieferte ein wichtiges Kriterium für die Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung. Lag weiterer Wohnraum vor, so war zusätzlich die Anschrift für diesen anzugeben und durch Ankreuzen kenntlich zu machen, ob der Befragte von dort aus zur Arbeit bzw. zur Ausbildung ging oder nicht.

Abwesende Haushaltsmitglieder (Ziff. 11a, b). Die Frage nach dem Grund der Abwesenheit und der Art der Unterkunft diente dazu, im Zusammenhang mit anderen Angaben in der Haushaltsliste die Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung zu klären. Ferner wurden diese Angaben im Rahmen der Haushalts- und Familienstatistik ausgewertet.

Auszählungsmerkmale der Berufszählung

Beteiligung am Erwerbsleben (Ziff. 12 und 13). Durch Ankreuzen im Ja- bzw. Nein-Kästchen war anzugeben, ob die betreffende Person in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig — sei es hauptberuflich, nebenher oder im Familienbetrieb mithelfend — war oder nicht. Nähere Angaben zur Beteiligung am Erwerbsleben wurden durch Aufzählung von sechs Merkmalen in Ziff. 13 erfragt, die durch Ankreuzen in dem zutreffenden Kästchen zu beantworten waren. Hier konnten möglicherweise mehrere Merkmale gleichzeitig zutreffen und angekreuzt sein.

Überwiegende Quelle für den Lebensunterhalt (Ziff. 14). Zur Beantwortung waren für die drei vermutlich am meisten vorkommenden Unterhaltsquellen (Erwerbs-/Berufstätigkeit, Unterhalt durch Angehörige, Sozialversicherungsrente) Kästchen zum Ankreuzen vorgesehen. Jede andere Unterhaltsquelle war zu benennen. Die Gliederung nach dem Unterhaltskonzept sah für die Quellen des Lebensunterhalts folgende Gruppierung vor: Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialversicherungsrente, Pension u. dgl.; eigenes Vermögen u. dgl.; sonstige Unterhaltsquellen; Angehörige.

Betriebszugehörigkeit (Ziff. 15—17). Die Zuordnung von Erwerbs- bzw. Berufstätigen zu dem Wirtschaftszweig, in dem die Tätigkeit ausgeübt wurde, erfolgte durch die Angaben, die über Namen und Branche des Arbeitsgebers gemacht wurden. Arbeitslose gaben hier ihre letzte Arbeitsstätte an. Die Klassifizierung erfolgte anhand der »Systematik der Wirtschaftszweige«. Sie entsprach in ihren Grundzügen der für die Arbeitsstättenzählung verwendeten Systematik und wurde für die Berufszählung zu

4 Wirtschaftsbereichen

10 Wirtschaftsabteilungen

38 Wirtschaftsunterabteilungen

118 Wirtschaftsgruppen

zusammengefaßt. Aus der Anschrift der Arbeitsstätte bei Ziff. 17 und der Anschrift des Haushalts wurden später die Merkmale für die Auszählung der Pendler gewonnen.

Ausgeübte Tätigkeit/Beruf (Ziff. 18). Auf Grund der möglichst genau anzugebenden Tätigkeitsbeschreibung wurde die arbeitende Bevölkerung nach der »Klassifizierung der Berufe« untergliedert in

- 8 Berufsabteilungen
- 41 Berufsgruppen
- 150 Berufsordnungen
- 437 Berufsklassen.

Für die Feststellung der jeweils zutreffenden Kennziffer diente der alphabetische Teil dieser Systematik mit etwa 18 500 Berufsbezeichnungen. Als weiteres Hilfsmittel für die Signierung wurde das »Verzeichnis der Amtsbezeichnung von Beamten nach Laufbahngruppen (Stellung im Beruf)« benutzt. Für Berufe, die den Abschluß einer Fachschule, Universität oder Hochschule voraussetzten (z. B. Arzt, Tierarzt, Dipl.-Ingenieur) mußten auch die Fragen in Abschnitt IV der Haushaltsliste beantwortet sein.

Stellung im Beruf (Ziff. 19). Grundlage für die Gruppierung waren die Angaben des Befragten, der aus der vorgegebenen Aufzählung die für ihn zutreffende Bezeichnung entnahm. Es wurden folgende Gliederungen vorgenommen: Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, kaufmännische Lehrlinge, gewerbliche Lehrlinge. Diese Aufteilung gibt über die soziale Schichtung nur begrenzte Aufschlüsse. Zusätzlich wurden deshalb die Selbständigen von landwirtschaftlichen Betrieben in 4 Gruppen nach der Größe der Betriebsfläche, die Selbständigen von nichtlandwirtschaftlichen Betrieben in 6 Gruppen nach der Zahl der Beschäftigten und die Beamten nach 4 Laufbahngruppen — höherer, gehobener, mittlerer und einfacher Dienst — aufgegliedert. Bei Beamten wurden die Eingruppierungsmerkmale aus der Amtsbezeichnung hergeleitet. Selbständige Landwirte hatten in Abschnitt V der Haushaltsliste Angaben über die Größe der Betriebsfläche zu machen; Selbständige mit nichtlandwirtschaftlichen Betrieben meldeten die Zahl der bei ihnen tätigen Personen in Abschnitt VIII.

Wochenarbeitszeit (Ziff. 20). Für die Beantwortung war von der normalen wöchentlichen Arbeitszeit auszugehen. Es war lediglich durch Ankreuzen in dem entsprechenden Kästchen anzugeben, ob die Arbeitszeit weniger als 15 Stunden, 15—24 Stunden, 25—40 Stunden oder mehr als 40 Stunden betrug.

Weitere Tätigkeit (Ziff. 21). Bei dieser Frage war nur durch Ankreuzen kenntlich zu machen, ob eine weitere Tätigkeit in der Landwirtschaft oder eine sonstige Tätigkeit vorlag. Wenn unter Ziff. 15—20 keine Angaben gemacht waren, dann konnte von der Angabe über »weitere Tätigkeit« auf eine erste Tätigkeit geschlossen werden.

Weitere Auszählungsmerkmale

Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte (Ziff. 22). Hier wurde nach dem durchschnittlichen täglichen Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeits-, Ausbildungsstätte bzw. Schule im Monat Juni 1961 gefragt. Waren Wohnung und Arbeits-, Ausbildungsstätte bzw. Schule die gleichen wie im vergangenen Winter, so sollten Zeitangaben auch für den Winter gemacht werden. Durch Ankreuzen war anzugeben, ob weniger als 15, 15—29, 30—44, 45—59 Minuten, 1—1½ Stunden oder mehr als 1½ Stunden für den täglichen Hinweg benötigt wurden.

Benutztes Verkehrsmittel (Ziff. 23). Anzugeben war das für den täglichen Hinweg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte normalerweise benutzte wichtigste Verkehrsmittel im Monat Juni 1961 und, bei unveränderten Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnissen, auch für den Winter 1960/61. Wurde der Weg ausschließlich zu Fuß zurückgelegt, so war der Zeitaufwand hierfür anzugeben.

Abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule (Abschnitt IV). Durch Ankreuzen war anzugeben, ob eine Berufsfachschule oder Fachschule einerseits oder eine Universität oder andere Hochschule andererseits besucht wurde. Ferner waren anzugeben der Name und die Anschrift der Schule, Jahr und Bezeichnung der Abschlußprüfung sowie das Hauptfach (Fachrichtung). Die Systematische Aufgliederung der Schulen wurde bei der Aufbereitung nach dem »Verzeichnis der Berufsfach- und Fachschulen, Universitäten und Hochschulen« vorgenommen. Grundlage für die Zuordnung der Fachrichtung waren der »Signierschlüssel für das Signieren der Fachrichtung in der Bildungsfrage bei der Volks- und Berufszählung 1961« sowie das »Alphabetische Verzeichnis der Fachrichtungen für das Signieren in der Bildungsfrage bei der Volks- und Berufszählung 1961«. Da auch jeweils der Name des Absolventen einzutragen war, konnten vermittlels der Angaben in den Abschnitten I und II Gruppierungen nach Altersgruppen, Religionszugehörigkeit und Beteiligung am Erwerbsleben vorgenommen werden.

Für die manuelle Aufbereitung in den Statistischen Landesämtern waren nach den vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten Anleitungen sechs Arbeitsgänge vorgesehen, und zwar:

- I. Eingangskontrolle;
- II. Vollzähligkeitskontrolle der Papiere innerhalb der Zählerrappen;
Vergleich zwischen Gebäude- und Haushaltslisten;
Prüfen der Abschlußarbeiten (ohne Anstaltszählbezirke);
Vollzähligkeitskontrolle für Anstaltszählbezirke;
Aussortieren der Gebäudelisten;
Vergleich Haushaltslisten-Arbeitsstättenbogen;
Aussortieren der Arbeitsstättenbogen.
- III. Feststellen der Haushaltsmitglieder, Vollständigkeits- und Wahrscheinlichkeitsprüfung,
 - a) Feststellen der zum Haushalt gehörenden Personen;
 - b) Prüfen auf Vollständigkeit der Angaben und auf Wahrscheinlichkeit der Eintragungen;
 - c) Feststellen der zur Anstalt gehörenden Personen und Prüfen auf Vollständigkeit und Wahrscheinlichkeit;
Kennzeichnen der in die Auswahl für die Alphabetkontrolle fallenden Haushaltslisten und Einzelbogen.
- IV. Feststellen der zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen unter den Haushaltsmitgliedern.
- V. Signieren der Volks- und Berufszählungsangaben.
- VI. Aufbereiten der 10%-Zählbezirksauswahl,
 - a) 10%-Auswahl für die Haushalts- und Familienstatistik;
 - b) Signieren der 10%-Haushalts- und Familienstatistik;
 - c) Signieren der Angaben über ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilversleppte des 2. Weltkrieges.

Die Arbeitsgänge I und II wurden vor Trennung der Zählpapiere durchgeführt und bezogen sich deshalb auch auf die Gebäude- und Arbeitsstättenzählung.

Die Landesämter haben diese Einteilung der Arbeitsgänge entsprechend ihren organisatorischen Gegebenheiten modifiziert. Verschiedentlich wurden z. B. die Arbeitsgänge I und II zusammengefaßt, desgleichen auch die Arbeitsgänge III und IV. In manchen Ländern wurden auch die Arbeitsgänge III und V zusammengefaßt, weil man es für zweckmäßiger hielt, die manuelle Prüfung der Angaben mit dem Signieren zu verbinden. Die 10%-Zählbezirksauswahl

(Arbeitsgang VIa) wurde aus arbeitstechnischen Gründen schon vor Beginn der Signierarbeiten (Arbeitsgang V) durchgeführt.

Als Signierhilfsmittel wurden die im Anhang S. 163 ff. aufgeführten Systematiken, Verzeichnisse und sonstige Schlüssel verwendet, deren wichtigste ganz oder auszugsweise wiedergegeben werden. Darüber hinaus wurden Schlüsselzahlen für alle übrigen zu signierenden Angaben aufgestellt, die in der Arbeitsanleitung zu Arbeitsgang V detailliert enthalten waren. Um für die Verschlüsselung zusätzlicher Angaben für Sonderauszählungen zu lassen, wurden im bundeseinheitlichen Signierblatt 7 Signierspalten ausgespart, die vor allem für die Unterbringung von Pendler-Merkmalen verwendet wurden oder auch für Signierung zur Familientypisierung (Hamburg) oder Signierung der Religionszugehörigkeit (Niedersachsen, Baden-Württemberg). Um in den restlichen 73 Spalten das bundeseinheitliche Signierprogramm unterbringen zu können, wurde auf die Signierung der Angaben über Kriegsgefangene u. dgl. und über die ausgeübte Tätigkeit des Ernährers bei den wirtschaftlich Abhängigen verzichtet.

Im Rahmen des Arbeitsganges V wurden auch die Zählblätter für die »Alphabetkontrolle« (vgl. V) herausgeschrieben. Zweck dieser Kontrolle war die Feststellung, inwieweit Personen mit mehrfachem Wohnsitz richtig gezählt wurden. Dabei wurden alle Personen berücksichtigt, deren Familienname mit dem Buchstaben »A« begann, das waren rund 2% der Bevölkerung.

Schließlich wurde aus der Gesamtheit der Volkszählungs-Zählbezirke eine 10%-Stichprobe für eine Sonderauswertung, die »Haushalts- und Familienstatistik«, gezogen. Aus diesem Material wurden auch die Zählblätter für die manuellen Sonderauszählungen der ehemaligen Kriegsgefangenen usw. sowie der Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung an einer Universität oder anderen Hochschule ausgeschrieben. Die ausgewählten Zählbezirke dienen ferner gleichzeitig als Auswahlgrundlage für den Mikrozensus bis zum Jahre 1970.

Eine ausführliche Darstellung der Anleitungen für die Arbeitsgänge der manuellen Aufbereitung ist in dem Band »Die methodischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung 1961« enthalten.

b) Haushalts- und Familienstatistik und sonstige repräsentative Aufbereitungen

Neben der Aufbereitung des Gesamtmaterials sind bei der Volks- und Berufszählung 1961 repräsentative Aufbereitungen durchgeführt worden.

Schon in einem sehr frühen Stadium der Vorbereitungsarbeiten für die Volkszählung 1961 war man zu dem Schluß gekommen, daß zur Entlastung der Aufbereitung des Gesamtmaterials ein Teil des umfangreichen Volkszählungsprogramms auf repräsentative Aufbereitungen verlagert werden muß. Dabei war dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, nur solche Teile des Volkszählungsprogramms auf Stichprobenbasis aufzubereiten, für die keine regional tiefgegliederten Ergebnisse benötigt wurden.

Bei der Haushalts- und Familienstatistik war es aus einer Reihe von Gründen möglich, die Aufbereitung auf repräsentativer Basis durchzuführen. Hierfür hatte man durch die haushalts- und familienstatistische Sonderaufbereitung des 1%-Mikrozensus 1957 sowohl hinsichtlich der Gestaltung des Programms als auch methodisch wertvolle Erfahrungen gesammelt. Eine Stichprobenaufbereitung brachte infolge des Schwierigkeitsgrades dieser Statistik vor allem beim Signieren von Merkmalen, die für die Bestimmung der Strukturen von Haushalten und Familien wichtig sind, einen wirksamen Rationalisierungseffekt mit sich. Die mit der Haushalts- und Familienstatistik verbundenen zusätzlichen Arbeiten wurden zu einem Teil in den Statistischen Landesämtern und zu einem anderen Teil im Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die Statistischen Landesämter übernahmen die Auswahl der

repräsentativ aufzubereitenden Zählbezirke sowie die Signierarbeiten, und zwar soweit ein Rückgriff auf die Haushaltslisten notwendig war. Die restlichen Signierarbeiten sowie die maschinelle Aufbereitung sind im Statistischen Bundesamt durchgeführt worden. Die enge Zusammenarbeit zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern erstreckte sich nicht nur auf die technische Abwicklung der Arbeiten, sondern schloß auch — im Rahmen der bereits frühzeitig einberufenen Volkszählungs-Referentenbesprechungen — Vorbereitung und Planung der Haushalts- und Familienstatistik mit ein.

Der Auswahlatz für die repräsentativ aufzubereitende Haushalts- und Familienstatistik ist aus einer Reihe sachlicher und methodischer Gründe auf 10% festgelegt worden.

Zu den auf repräsentativer Basis aufzubereitenden Programnteilen gehörten neben der Haushalts- und Familienstatistik die Auswertung der Angaben für ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges.

Die Erfahrungen bei der haushalts- und familienstatistischen Aufbereitung des Mikrozensus 1957 hatten gezeigt, daß Aufbereitungen für Zwecke einer Haushalts- und Familienstatistik methodisch anders anzulegen sind als solche Aufbereitungen, bei denen die Auszähleinheit die Person ist.

Um nicht jede zehnte Haushaltsliste ziehen zu müssen, was organisatorisch wie arbeitstechnisch unerhört aufwendig gewesen wäre, ist die Auswahl der Haushaltslisten für die Stichprobenaufbereitung auf Zählbezirksbasis durchgeführt worden. In die 10%-Stichprobe ist jeder 10. Zählbezirk einbezogen worden. Das Verfahren der Auswahl von Zählflächen anstelle von Auszähleinheiten (Haushalte/Personen) bot aber auch im Hinblick auf die Umstellung des Mikrozensusplanes auf eine Flächenstichprobe, deren Grundlage die 10%-Volkszählungsstichprobe als Vorratsauswahl sein sollte, einen entscheidenden methodischen Vorteil. Die Repräsentativauswahl, die den vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten Richtlinien nach im Rahmen des Arbeitsganges VIb »Signieren der 10%-Zählbezirke« erfolgen sollte, bildete den ersten Arbeitsgang für die Stichprobenaufbereitung. Die Auswahl der 10%-Zählbezirke ist in den Statistischen Landesämtern aus arbeitstechnischen Gründen dem Arbeitsgang V »Signieren der Volks- und Berufszählung (Totalaufbereitung)« vorangestellt worden.

Die eigentliche Aufbereitung des Stichprobenmaterials ist organisatorisch mit der Aufbereitung des Gesamtmaterials verknüpft worden. Dieses Verfahren bot sich allein schon deshalb an, weil die Individualmerkmale, die auch für die Aufbereitung des Gesamtmaterials benötigt wurden, wie z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand der Bevölkerung, ebenfalls für die haushalts- und familienstatistische Aufbereitung von Wichtigkeit waren und damit eine Rationalisierung der gesamten Arbeiten erreicht wurde. Man hat deshalb in der Mehrzahl der Länder im Wege des Durchschreibeverfahrens die Signierlisten für die Gesamtaufbereitung und für die Stichprobenaufbereitung in einem Arbeitsgang erstellt, wobei in das Sondersignierblatt für die Repräsentativaufbereitung noch einige zusätzliche Angaben über die Haushalts- und Familienstrukturen zu übernehmen waren. Infolge der mit dem Verschlüsseln der Haushalts- und Familienstrukturen zusammenhängenden besonderen Probleme ist in den meisten Ländern eine besondere Signiergruppe mit dem Signieren des Stichprobenmaterials betraut worden.

Die relativ große Zahl ausländischer Arbeitskräfte hatte es 1961 notwendig erscheinen lassen, auch die in Anstalten lebenden Personen bei der Haushalts- und Familienstatistik mitzuerfassen, was im Rahmen des Mikrozensus 1957 nicht geschehen war.

Im Zusammenhang mit dem Signieren der haushalts- und familienstatistischen Angaben sind dann ebenfalls die in einem besonderen Abschnitt der Haushaltsliste eingetragenen Angaben für ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinter-

nierte und Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges verschlüsselt worden. Außerdem wurde für Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Hochschule das Jahr der Abschlußprüfung signiert.

Die zusätzlichen Signierarbeiten für die haushalts- und familienstatistischen Auswertungen, soweit sie in den Statistischen Landesämtern erfolgten, erstreckten sich auf all die Fragen, die nur unter Zuhilfenahme der Haushaltsliste beantwortet werden konnten. In der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes sollten dann die restlichen Merkmale verschlüsselt werden. Das System der Verschlüsselung bei der Haushalts- und Familienstatistik war damit im Prinzip zweistufig aufgebaut. Aus den Haushaltslisten wurden in den Statistischen Landesämtern die Grundinformationen für die Bestimmungen der Haushalts- und Familienstrukturen entnommen, die für die weiteren Arbeiten im Statistischen Bundesamt, z. B. für die Bestimmung der Haushalts- und Familientypen, notwendig waren. Es ist damit gewissermaßen ein Verfahren praktiziert worden, das man mit »Heransignieren an die haushalts- und familienstatistischen Merkmale« bezeichnen kann.

Für die Arbeiten im Statistischen Bundesamt sind folgende vier Arbeitsabschnitte vorgesehen worden:

Arbeitsabschnitt I = Eingangskontrolle, Registrieren

Arbeitsabschnitt II = Prüfen von Signaturen, Signieren der Angaben zur Kennzeichnung des Familienstandes — Verhältnisse in der Generation des Haushaltes, des Haushaltstyps und der Familienstandsverhältnisse in der Generation der Familie (Spalten 73—80)

Arbeitsabschnitt III = Ausschreiben der Zählblätter I für ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

Arbeitsabschnitt IV = Ausschreiben der Zählblätter II für Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung an einer Universität oder anderen Hochschule.

Mit Arbeitsabschnitt II war die manuelle Aufbereitung für Zwecke der Haushalts- und Familienstatistik beendet. Bei den Arbeitsabschnitten III und IV handelt es sich um Sonderauszählungen für die bereits mehrfach erwähnten Personengruppen, für die ebenfalls eine Repräsentativaufbereitung als ausreichend angesehen wurde.

Das Signieren des haushalts- und familienstatistischen Materials in den Statistischen Landesämtern erstreckte sich über rund 15 Monate von April 1962 bis Juni 1963. Etwa entsprechend lang dauerte im Statistischen Bundesamt die Bearbeitung der ersten beiden Abschnitte, und zwar von Juni 1962 bis September 1963. Die Aufbereitung der Angaben für ehemalige Kriegsgefangene usw. sowie für Hochschulabsolventen war ebenfalls im September bzw. Oktober 1963 beendet. Die auf Zählblätter übernommenen Angaben für ehemalige Kriegsgefangene usw. sind dann bis Ende 1963 ausgezählt und die Ergebnisse Anfang 1964 veröffentlicht worden. Die manuelle Auswertung der auf Zählblätter übertragenen Angaben für Hochschulabsolventen war — von einigen kleinen Sonderauswertungen abgesehen — Ende 1965 abgeschlossen. Mit dem Ablochen der etwa 5,7 Mill. Signierbelege wurde in kleinem Rahmen bereits im September 1962 begonnen. Die letzten Belege wurden im März 1964 abgelocht, so daß sich für diesen Arbeitsgang eine Dauer von rund 19 Monaten ergab. Eine Graphik über den Ablauf der manuellen Arbeiten ist im Anhang S. 203 enthalten.

Da die 10%-Aufbereitung nicht den Charakter einer Voreingangs- oder Voreingangs- sondern den Charakter einer Ergänzungsaufbereitung hatte, kann man die Bearbeitungsdauer bei Totalaufbereitung und Stichprobenaufbereitung nicht miteinander vergleichen, um Folgerungen hinsichtlich des Be-

schleunigungseffektes durch Repräsentativaufbereitungen zu ziehen. Die zeitliche Priorität lag ganz eindeutig bei der Aufbereitung des Gesamtmaterials.

Das arbeitssparende Durchschreibeverfahren bei dem Ausschreiben der Signierblätter hat zweifellos zu einer Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeiten beigetragen. Für künftige Aufbereitungen ähnlicher Art sollte man sich allerdings überlegen, ob auch noch die Bearbeitungsbelege (Signierblätter) vereinheitlicht werden sollten. Es hat sich jedenfalls vor allem beim Ablochen als störend erwiesen, daß von den Ländern verschiedene Arten von Signierbelegen zum Ablochen gegeben wurden.

Ferner sollte auf die mit dem Durchschreibeverfahren selber zusammenhängenden Probleme, die Art der verwendeten Schreibstifte (deutliche Ziffern, keine Farbgleichheit mit dem durchgeschriebenen Blatt), die Farbgestaltung der Schraffuren (deutliche, aber nicht grelle Farbtöne zur Vermeidung von Reizwirkungen auf die Augen) usw., besonders geachtet werden. Außerdem sollte besonderes Augenmerk auf die Einhaltung einer absoluten Einheitlichkeit in der Art der Verschlüsselung der Merkmale gelegt werden. So hat es sich vor allem bei der maschinellen Verarbeitung des Materials, aber auch bereits bei den manuellen Arbeiten gezeigt, daß hier und da für in der Arbeitsanweisung nicht oder nicht ausreichend geregelte Fälle Entscheidungen getroffen wurden, von denen das Statistische Bundesamt z. T. erst sehr spät in Kenntnis gesetzt worden ist. In einzelnen Fällen mußte deswegen z. T. in mühseliger Kleinarbeit die bereits erfolgte Signierung dem Bundesprogramm gemäß abgeändert werden. Das hat zu Verzögerungen bei der zentralen Programmierung geführt. Um auch hier noch einen zügigeren Arbeitsablauf zu ermöglichen, sollte angestrebt werden, daß die beteiligten Aufbereitungsstellen von sich aus rechtzeitig nach Möglichkeit in Form einer Übersicht die Abweichungen von oder Ergänzungen zu der einheitlichen Aufbereitungsanweisung bekanntgeben. Schließlich mußten beim Ablochen, da die für Totalaufbereitung und Stichprobenaufbereitung in einem Arbeitsgang ausgeschriebenen Signierbelege auch die nicht für die Haushalts- und Familienstatistik benötigten Angaben enthielten, Schablonen verwendet werden, und zwar für jedes Land eine andere, was mit Verzögerungen, aber auch mit einer erhöhten Zahl von Fehllochungen verbunden war, die dann bei den Signier- und Kombinationskontrollen zu korrigieren waren.

c) Gebäudezählung

Als Zählpapier der Gebäudezählung am 6. Juni 1961 diente die Gebäudeliste (Abdruck im Anhang S. 215). Sie war vom jeweiligen Gebäudeeigentümer oder seinem beauftragten Vertreter für jedes bewohnte Gebäude, gleich welcher Art, auszufüllen, also sowohl für jedes Mehrfamilienhaus, Ein- und Zweifamilienhaus, Bauernhaus u. dgl. — und zwar auch dann, wenn das Gebäude vorübergehend leerstand —, als auch für jedes Behelfsheim, jede Baracke, Wohnlaube, Nissenhütte u. ä., soweit diese Wohnmöglichkeiten zum Zeitpunkt der Zählung benutzt wurden, und für jedes Nichtwohngebäude mit ständig benutzter Wohnung oder Wohngelegenheit. Für im Bau befindliche Gebäude waren nur dann Gebäudelisten anzulegen, wenn diese noch nicht vollendeten Gebäude bereits teilweise bewohnt wurden oder in einzelnen Räumen ständige Unterkünfte, z. B. für Bauarbeiter, eingerichtet waren. Nicht erfaßt wurden die Anstaltsgebäude, die ihrer Bestimmung nach lediglich zur Einzel- oder Massenunterbringung dienen sowie die von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäude. Die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Gebäude waren dagegen in die Erhebung einbezogen.

Es war zu beachten, daß als Gebäude jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk galt. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern zählte jedes einzelne von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude.

Auszählungsmerkmale

Die Gebäudeliste enthielt drei Gruppen von Fragen, und zwar:

- Angaben über den Gebäudeeigentümer, eine Gebäudebeschreibung sowie
- ein Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. im Gebäude.

Bei den Angaben über den Gebäudeeigentümer waren der Name, die Anschrift und gegebenenfalls die Telefonnummer des Gebäudeeigentümers oder des mit dem Ausfüllen der Gebäudeliste beauftragten Vertreters anzugeben. Außerdem mußte das Kästchen hinter einer der vorgedruckten Eigentümergruppen angekreuzt oder eine Klartexteintragung über das Eigentumsverhältnis an dem Gebäude in der vorgesehenen Leerzeile vermerkt werden.

Für Wohngebäude und sonstige Wohnmöglichkeiten wie Behelfsheime, Baracken, Wohnlauben u. ä. waren sämtliche Fragen des Abschnittes »Gebäudebeschreibung«, für bewohnte Nichtwohngebäude jedoch nur die Fragen nach der Lage des Gebäudes zur Straße (Frage 1) und nach der Art des Gebäudes (Frage 2) zu beantworten. Bei sämtlichen Fragen, für die Antworten vorgedruckt waren, mußte das zutreffende Kästchen angekreuzt werden. War für eine bestimmte Antwort kein Kästchen vorgesehen, so mußte die Antwort ausgeschrieben werden. Die Frage nach der Art des Gebäudes diente der Abgrenzung der in die Zählung einbezogenen Gebäude. Mit der Feststellung der Geschößzahl und des Baualters wurden die Unterlagen zur entsprechenden Gruppierung des Gebäudebestandes gewonnen. Die Fragen nach der Bauart und der Bedachung dienten zur Beurteilung des Erhaltungszustandes und der baulichen Gestaltung der Gebäude. Mit Hilfe der Angaben über die Wasserversorgung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung und das Vorhandensein von Toiletten mit Wasserspülung sowie Bädern oder Duschen konnte auf die unterschiedliche sanitäre Ausstattung und die daraus resultierende qualitätsmäßige Abstufung des Gebäudebestandes geschlossen werden.

Im »Verzeichnis der Wohnungen« wurde eine Aufzählung aller in einem Gebäude befindlichen Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. verlangt, und zwar nach der Lage im Gebäude und innerhalb des Geschosses. In jedem Einzelfall war die Zweckbestimmung der Räumlichkeiten (ob Wohnung, Laden, Werkstätte, Fremdenheim usw.) anzugeben. Bei Wohnungen wurde außerdem nach der Wohnungsart (ob Wohnung des Gebäudeeigentümers, Eigentumswohnung, keine oder sonstige Mietwohnung), Vorhandensein eines eigenen Wohnungsabschlusses, einer eigenen Küche oder Kochnische und nach der Zahl der Räume gefragt. Ferner war der Name des Wohnungsinhabers oder der Name der Firma jeweils in die mit »Wohnungsinhaber« gekennzeichnete Zeile einzutragen. Die Namen von Untermietparteien wurden vom Zähler in die darunter befindlichen schraffierten Zeilen nachgetragen. Stand die Wohnung am Zählungstichtag leer, so war anstelle des Namens des Inhabers der Wohnung eine entsprechende Eintragung zu machen. Mit Hilfe der Angaben über den eigenen Wohnungsabschluß, die eigene Küche oder Kochnische und die Zahl der Räume konnte bei der Überprüfung der Gebäudelisten in Zweifelsfällen beurteilt werden, ob tatsächlich eine »Wohnung« bzw. eine sonstige Wohnmöglichkeit oder nur ein Untermietverhältnis vorlag. Ein besonderer Nachweis der angegebenen Wohnungsgröße nach der Raumzahl in den Tabellen war allerdings nicht möglich, weil dazu außer den vom Gebäudeeigentümer getroffenen Feststellungen auch die von den Inhabern der einzelnen Wohnungen einzuholenden entsprechenden Angaben über die Räume ihrer Wohnung erforderlich gewesen wären.

Arbeitsgänge

Prüfen der Gebäudelisten

Beim Einsammeln der Erhebungspapiere hatte der Zähler die ausgefüllten Unterlagen einer ersten Prüfung auf Vollständigkeit sowie richtige und vollständige Ausfüllung zu un-

terziehen. Besondere Aufmerksamkeit war hierbei der Frage zu widmen, ob sich in einer Wohnung außer dem Wohnungsinhaber noch Untermieter befanden. Diese mußten gegebenenfalls in den schraffierten Feldern auf der Rückseite der Gebäudeliste (Sp. 5) bei der jeweiligen Wohnung vom Zähler nachgetragen werden.

Vor der Weiterleitung an die Zählungsdienststelle waren die Erhebungspapiere vom Zähler zu ordnen, zu numerieren und nochmals zu prüfen. Zunächst wurden die Gebäudelisten in der Reihenfolge geordnet, wie die Gebäude auf der Zählbezirksliste eingetragen waren. Anschließend erhielten die Gebäudelisten in dieser Reihenfolge fortlaufende Nummern. Mußten für ein Gebäude mehrere Gebäudelisten ausgefüllt werden, so wurde auf diesen Listen die gleiche Nummer vermerkt, jedoch zur Unterscheidung mit dem Zusatz »a«, »b« usw. Die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen wurden in der Reihenfolge geordnet, wie die Namen der Wohnungsinhaber und Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste (Sp. 4 und 5) eingetragen waren. Nach einer in diesem Zusammenhang durchgeführten weiteren Vollzähligkeitskontrolle wurden die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen ebenfalls numeriert. Die Nummer jeder Haushaltsliste wurde auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 10 eingetragen, und zwar in die Zeile des betreffenden Wohnungsinhabers oder Untermieters. Gleichzeitig wurde die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen von der Vorderseite der Haushaltsliste auf die Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 11 übertragen. Für die Spalten 10 und 11 waren anschließend die Summen zu bilden und in die beiden Kästchen am Ende jeder Spalte einzusetzen. Lagen bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen weitere Listen (a, b usw.) vor, so war die Summe der Haushalte und Personen auf der letzten Gebäudeliste zu bilden.

In der Zählungsdienststelle wurden die Erhebungspapiere einer nochmaligen Prüfung auf Vollständigkeit sowie auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen unterzogen. Bezüglich der Gebäudelisten war festzustellen, ob für jedes bewohnte Gebäude auf einem Grundstück, das dem Zähler in der Aufstellung der zu seinem Zählbezirk gehörenden Grundstücke zugewiesen war, eine ausgefüllte Gebäudeliste vorlag.

Da grundsätzlich nur bewohnte Gebäude mit Gebäudelisten erfaßt wurden, mußte zu jeder Gebäudeliste in der Regel mindestens eine ausgefüllte Haushaltsliste vorhanden sein. Nur in Ausnahmefällen (z. B. bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum und bei von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten ganzen Gebäuden, in denen keine deutschen Personen lebten) brauchte keine Haushaltsliste vorzuliegen. Gebäude, die nur zeitweise bewohnt waren, galten grundsätzlich als bewohnte Gebäude, so daß auch für jede in einem solchen Gebäude vorhandene Wohnung mindestens eine Haushaltsliste zur Verfügung stehen mußte. Bei der Prüfung der Eintragungen in der Gebäudeliste selbst war besonders darauf zu achten, ob die Abschlußarbeiten des Zählers in den Spalten 10 und 11 auf der Rückseite ordnungsgemäß vorgenommen worden waren.

Die Aufbereitung der Gebäudezählung erfolgte ebenso wie die Aufbereitung der übrigen Zählungsteile in mehreren Arbeitsgängen in den Statistischen Landesämtern. Nach Eingang der Erhebungsunterlagen wurden die Zählpapiere zunächst einer Eingangs- und Vollzähligkeitskontrolle unterzogen. Fehlende Eintragungen wurden, soweit die Unterlagen nicht selbst genügende Anhaltspunkte boten, durch Rückfragen bei den Gemeindebehörden ergänzt. In dieser Aufbereitungsphase wurde durch Vergleich der Gebäudelisten mit den Haushaltslisten auch geprüft, ob die Haushalte, die in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste als Wohnungsinhaber bzw. Untermieter eingetragen waren, auf der Vorderseite ihrer Haushaltslisten damit übereinstimmende Angaben gemacht hatten. Traten Abweichungen auf, so galten die Eintragungen in der Gebäudeliste als richtig. Außerdem konnte bei einer fehlenden Angabe des Gebäudeeigentümers über die zutreffende Stellung im Beruf bzw. die überwiegende Unterhaltsquelle bei Nichterwerbstätigen für einen im gleichen

Gebäude wohnenden Eigentümer aus der für ihn vorliegenden Haushaltsliste die entsprechende Angabe in die Gebäudeliste übernommen werden. Diese Berichtigungen und Ergänzungen waren allerdings nur bis zur Trennung der Erhebungspapiere der einzelnen Zählungsteile nach Abschluß der Eingangs- und Vollzähligkeitskontrolle möglich.

Für die Auszählung der bei den gebäudestatistischen Feststellungen ermittelten Tatbestände mußten die in der Gebäudeliste gegebenen Antworten zu den gestellten Fragen ausgezeichnet (signiert) werden, d. h. jede Angabe über eine Erhebungseinheit bzw. ein Erhebungsmerkmal war mit einer bestimmten Schlüsselnummer zu versehen. Zuvor aber wurden die Gebäudelisten erneut auf die Vollständigkeit der Angaben und außerdem auf die Wahrscheinlichkeit der Eintragungen hin überprüft; schließlich wurden die Angaben signierreif gemacht. Damit die Einheitlichkeit der Gebäudezählung auch in der Aufbereitung gewahrt blieb, hatte das Statistische Bundesamt im Einvernehmen mit den Statistischen Landesämtern hierzu eine für alle Länder geltende Arbeitsanleitung herausgegeben. Zunächst wurden die Ordnungsangaben auf der Vorderseite jeder Gebäudeliste geprüft, wobei besonders auf ein hinter der Zählbezirksnummer der ersten Gebäudeliste eines Zählbezirks von der Gemeinde eingetragenes »E« zu achten war, welches darauf hinwies, daß der Zählbezirk in ein »erneuerungsbedürftiges Wohngebiet« fiel.

Es folgte die Prüfung der Eintragungen links neben den Ordnungsangaben, aus denen hervorging, ob das betreffende Gebäude nur zeitweise bewohnt wurde und ob Wohnungen von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet waren.

Im Abschnitt A sollte bei den Angaben über den Gebäudeeigentümer bei der Frage 1 Name und Anschrift entweder des Eigentümers oder des mit dem Ausfüllen der Gebäudeliste beauftragten Vertreters angegeben oder aber durch den Zähler »Vom Zähler ausgefüllt« vermerkt sein.

Bei der Frage A 2 durfte entweder nur eine Eigentümergruppe in der linken oder in der rechten Spalte angekreuzt sein, wobei alle Klartexteintragungen dann gestrichen sein mußten, oder nur die Eintragung »Eigentumswohnungen« bzw. »Private Personengemeinschaft« oder die Signatur »19« (Sonstiger Eigentümer) erscheinen; in diesen Fällen mußten die bei den Eigentümergruppen außerdem vorhandenen Kreuze gestrichen sein.

In der Gebäudebeschreibung (Abschnitt B) war die Frage 1 nach der Lage des Gebäudes zur Straße vielfach nicht richtig verstanden und dementsprechend auch nicht zutreffend beantwortet worden. Sie mußte deshalb grundsätzlich gestrichen werden.

Bei der Frage 2 nach der Art des Gebäudes durfte nur in einem der 3 Felder ein einziger Kästchen angekreuzt oder auf der dafür vorgesehenen Zeile eine textliche Eintragung vorgenommen sein. War das betreffende Gebäude beispielsweise im mittleren Feld als Mehrfamilienhaus gekennzeichnet, so mußten im Abschnitt C auf der Rückseite der Gebäudeliste in der Regel drei oder mehr Wohnungen eingetragen sein. Um ein Einfamilienhaus handelte es sich bei nur einer Wohnung, um ein Zweifamilienhaus bei zwei Wohnungen im Abschnitt C. Bei einem »Bauernhaus« mußte geprüft werden, ob unter Frage 2 im Abschnitt A »selbständiger Landwirt« angekreuzt und im Abschnitt C in Spalte 6 wenigstens für eine Wohnung »1« eingetragen war. Um ein Bauernhaus handelte es sich aber auch dann, wenn dort »3« oder »4« vermerkt war und aus anderen Angaben in der Gebäudeliste einwandfrei hervorging, daß es sich um ein Gebäude dieser Art handelte. Für die Eintragung »Bauernhaus« war aber zwingend, daß es Teil eines landwirtschaftlichen Betriebes war, der von dort aus geleitet wurde. War dies zweifellos bekannt oder aus der Gebäudeliste zu erkennen, so spielte auch die soziale Stellung des gegenwärtigen — oder bei noch nicht aufgelassenen Grundstücken des künftigen — Eigentümers keine Rolle, vor allem dann nicht, wenn der Betrieb von einem Haushaltsangehörigen geleitet wurde.

Bei der Frage nach der Geschosßzahl (Frage 3) mußte ein Kästchen angekreuzt oder bei »mehr als 5 Geschossen« eine Zahl eingetragen sein.

Das gleiche galt auch bei den weiteren Fragen 4—10 im Abschnitt B der Gebäudeliste. Dort mußte ebenfalls entweder ein Kreuz in einem der jeweiligen Kästchen vermerkt oder, soweit dies vorgesehen, eine Zahl angegeben oder eine Klartexteintragung erfolgt sein.

Bei der Prüfung der Eintragungen im Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. im Gebäude (Abschnitt C) waren diejenigen Wohnungszeilen von Spalte 1 bis 11 zu streichen, bei denen in Spalte 4 (Zweckbestimmung) keine »Wohnung«, sondern nur eine Arbeitsstätte — z. B. Büro, Gaststätte, Laden oder Werkstätte — eingetragen war. Für die verbliebenen Wohnungszeilen mit in Spalte 4 nachgewiesenen Wohnungen (auch in Verbindung mit einer Arbeitsstätte, z. B. Wohnung mit Büro oder mit Arztpraxis, Laden und Wohnräume o. ä.) mußte in jeder der Spalten 2 bis 11 eine Eintragung stehen.

Vorsignieren

Anschließend wurde der Abschnitt C für die Übernahme der Angaben in ein Signierblatt vorbereitet. Hierzu mußte jede Wohnung einer bestimmten Wohnungsgruppe zugeordnet werden. Die Gruppenbezeichnungen (Nummern 1—9) wurden — mit einem Kreis versehen — am rechten Rand der Spalte 12 (Bemerkungen) in der betreffenden Wohnungszeile eingetragen. Am rechten Rand außerhalb der Umrandung wurden in Höhe der eingetragenen Wohnungsgruppe die Zahl der Parteien in der Wohnung (= Zahl der Haushaltslisten in Spalte 10) und mit Schrägstrich davon getrennt die Zahl der Personen in der Wohnung (Addition der in Spalte 11 eingetragenen Zahlen) vermerkt. Die jeweils zutreffende Wohnungsgruppe wurde nach dem folgenden Schema ermittelt:

Spalte 2	Spalte 6	Spalte 8	Wohnungsgruppe
alle Kennzeichnungen außer »K«	»1« oder »2«	»Ja«	(1)
außer »K«	»3«	»Ja«	(4)
außer »K«	»4«	»Ja«	(7)
»K«	»1« oder »2«	»Ja« oder »Nein«	(2)
»K«	»3«	»Ja« oder »Nein«	(5)
»K«	»4«	»Ja« oder »Nein«	(8)
»D«	»1« oder »2«	»Nein«	(2)
»D«	»3«	»Nein«	(5)
»D«	»4«	»Nein«	(8)
alle Kennzeichnungen außer			
»K« oder »D«	»1« oder »2«	»Nein«	(3)
»K« oder »D«	»3«	»Nein«	(6)
»K« oder »D«	»4«	»Nein«	(9)

Bei Wohnungen im Dachgeschoß mit eigener Küche oder Kochnische (Kennzeichnung »D« in Spalte 2 und »Ja« in Spalte 8) war die Wohnungsgruppe außerdem zu unterstreichen.

Signieren der Gebäudelisten

Die geprüften und nach den gegebenen Anweisungen ergänzten und berichtigten Angaben in den Gebäudelisten wurden zählbezirksweise in das für alle Länder einheitliche Signierblatt übernommen. Zu diesem Zweck mußten die Antworten zu den einzelnen Fragen unter Zugrundelegung eines Signierschlüsselverzeichnisses in Signierziffern umgesetzt werden.

Das Signierblatt selbst (Abdruck im Anhang S. 328) war darauf abgestellt, daß alle nur möglichen Wohnungsarten (Wohnungen von Gebäude- und Wohnungseigentümern oder Mietwohnungen, Wohnungen mit eigener Küche oder Kochnische und andere Wohnmöglichkeiten, denen das bautechnische Merkmal fehlte, Wohnungen im Keller- oder Dachgeschoß u. ä. m.) mit der jeweiligen Zahl der Wohnparteien

und Personen in entsprechende Spalten eingetragen werden konnten. Für jedes Gebäude (= Gebäudeliste) war eine Zeile vorgesehen. Bei mehr als 20 Gebäuden in einem Zählbezirk war ein zweites, bei mehr als 40 Gebäuden ein drittes Signierblatt anzulegen. Auf jedem dieser Blätter wurde die Zahl der für den betreffenden Zählbezirk insgesamt angelegten Signierblätter in dem am oberen rechten Rand vorgedruckten Kästchen vermerkt.

In den Spalten 1—7 des Kästchens am oberen linken Rand des Signierblattes war die 7stellige Gemeindeschlüsselnummer und in die Spalten 8—10 die Zählbezirksnummer von der Vorderseite der ersten Gebäudeliste jedes Zählbezirks zu übernehmen. War hinter der Zählbezirksnummer ein »E« vermerkt, so war Spalte 11 mit »1« zu signieren; andernfalls wurde dort »0« eingetragen.

Die Gebäudelistennummer war aus der Gebäudeliste in die Spalten 12 und 13 der für das betreffende Gebäude im Signierblatt vorgesehenen Zeile zu übertragen.

Die zutreffende Eigentümergruppe war aus der Frage A 2 der Gebäudeliste ersichtlich. Die entsprechende Signatur konnte aus dem Signierschlüsselverzeichnis entnommen und in die Spalten 14 und 15 eingetragen werden.

War bei der Frage nach der Art des Gebäudes unter B 2 in der Gebäudeliste im ersten Feld ein Kästchen angekreuzt oder eine Klartexteintragung vorgenommen, so wurde die Spalte 16 mit »0« signiert; bei einem Kreuz oder einer Klartexteintragung im letzten Feld wurde in dieser Spalte eine »7« vermerkt. Für eine im mittleren Feld angekreuzte Gebäudeart war die zutreffende Signatur aus dem Signierschlüsselverzeichnis festzustellen.

In die Spalten 17—27 wurden die für die Signierung der Angaben zu den betreffenden Fragen des Abschnitts B der Gebäudeliste jeweils zutreffenden Signierziffern eingetragen.

Ging aus einem Vermerk in der Gebäudeliste hervor, daß das Gebäude »nur zeitweise bewohnt« wurde, so war dies in der Signierspalte 28 nachzuweisen.

In Spalte 29 schließlich wurde die Zahl der Wohnungen eingetragen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet waren.

Die im Abschnitt C der Gebäudeliste festgestellten Wohnungen und Wohngelegenheiten wurden unter Zugrundelegung der Gruppenbezeichnung, d. h. der mit einem Kreis versehenen Nummern 1—9 am rechten Rand der Spalte 12, in die jeweils zutreffende Gruppe 1—9 im Signierblatt eingetragen.

Für jede Gruppe war

- in die erste Spalte die Zahl der Wohnungen oder Wohngelegenheiten gleicher Gruppennummer,
- in die zweite Spalte die Zahl der in den Wohnungen befindlichen Parteien (= Zahl außerhalb der Umrandung) rechts neben der Gruppennummer und
- in der dritten Spalte die Personenzahl (= Zahl außerhalb der Umrandung rechts neben dem Schrägstrich)

einzusetzen.

Bei 2 oder mehreren Wohnungen bzw. Wohngelegenheiten mit der gleichen Gruppenbezeichnung war die Zahl dieser Wohnungen oder Wohngelegenheiten (= Anzahl der gleichen Gruppennummern), die Zahl sämtlicher Parteien und die Zahl aller Personen in diesen Wohnungen (Wohngelegenheiten) in der betreffenden Gruppe des Signierblattes zu vermerken.

Abschließend wurden die unterstrichenen Wohnungsgruppen (Wohnungen im Dachgeschoß mit eigener Küche oder Kochnische) am rechten Rand der Bemerkungsspalte in der jeweiligen Gebäudeliste ausgezählt. Die dabei ermittelte Zahl wurde in die Spalte 30 der für das betreffende Gebäude im Signierblatt vorgesehenen Zeile eingetragen.

d) Allgemeine Arbeitsstättenzählung¹⁾

Für die in den Fachabteilungen der Statistischen Landesämter bis zur Lochung durchzuführenden Arbeiten wurde vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern eine ausführliche Prüf- und Signieranleitung entwickelt.

Für das Signieren wurden, ähnlich der bei der Volks- und Berufszählung angewandten Methode, zunächst kleinere Gruppen von Aufsichtskräften ausgebildet, die ihrerseits die Signierer einarbeiteten. Eine Normalleistung der Signierer, ausgedrückt durch die Anzahl täglich bearbeiteter Arbeitsstättenbogen, ließ sich kaum festlegen, da die Bearbeitungszeit wegen der unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Arbeitsstätten stark schwankte. Für die Arbeit eigneten sich vorzugsweise kaufmännisch oder technisch vorgebildete Kräfte, die ihre in der Wirtschaft erworbenen Kenntnisse verwerten konnten. Auch frühere Behördenangestellte waren gut geeignet.

Da die richtige Zuordnung der Arbeitsstätten und Unternehmen nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961« ausschlaggebend für den späteren Nachweis der Ergebnisse in wirtschaftssystematischer Gliederung, einem der Hauptzwecke der Zählung, war, konnte diese Arbeit nur von zuverlässigen Kräften durchgeführt werden, die eingehend mit der Anwendung der Systematik vertraut gemacht worden waren.

Einige Statistische Landesämter teilten die Bearbeitung der Fragebogen nach größeren Fachbereichen auf. Nach Möglichkeit wurden den einzelnen Gruppen Bearbeiter zugeteilt, die aus früherer Tätigkeit über besondere Kenntnisse des betreffenden Fachbereichs verfügten. Dieses Verfahren hat sich nach den Erfahrungen der Statistischen Landesämter bewährt. Mehrere Statistische Landesämter haben betont, daß die Aufbereitungsarbeiten sehr von den Vorarbeiten der Gemeinden bezüglich Vollzähligkeit der Fragebogen und deren vollständiger Ausfüllung abhingen. Danach bestimmte sich z. T. das Ausmaß der Rückfragen bei Gemeinden oder Betrieben, die oft nur zögernd antworteten.

Das Erhebungspapier für die Arbeitsstättenzählung 1961 war der Arbeitsstättenbogen²⁾. Er diente der Erfassung von Arbeitsstätten (örtlichen Einheiten) und Unternehmen (Wirtschaftseinheiten). Auch See-, Küsten- und Binnenschiffe galten als Arbeitsstätten im Sinne der Arbeitsstättenzählung. Die einzelnen Fragen waren nach ihrer Zusammengehörigkeit in sieben Abschnitten A bis G zusammengefaßt. Ein Teil der Fragen war durch spezielle Angaben, ein anderer dagegen nur durch Ankreuzen in »Ja«- oder »Nein«-Kästchen zu beantworten, wodurch das Ausfüllen erleichtert werden sollte. Einige Fragen dienten der näheren Bestimmung (durch sogenanntes »Heranfragen«) und/oder der Kontrolle der zur Auszählung bestimmten Angaben.

Auszählungsmerkmale Arbeitsstätte (örtliche Einheit)

Die Mehrzahl der Fragen im Arbeitsstättenbogen bezog sich auf Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und die in ihnen beschäftigten Personen.

Die Allgemeinen Angaben über die Arbeitsstätte waren im Abschnitt A des Fragebogens enthalten. Die Frage A 2 diente zur Feststellung des Trägers, wenn die Arbeitsstätten Anstalten oder Einrichtungen von Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften oder Sozialversicherung waren.

Zur Kennzeichnung der Arbeitsstätte wurden die Fragen B 1 bis B 3 gestellt. Sie dienten zur Feststellung der Art der Arbeitsstätte und waren notwendig für deren Zuordnung zu der entsprechenden Position der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961. Unter B 1 waren die Art des betriebenen Gewerbes bzw. der ausgeübten Tätig-

¹⁾ Ausführungen zu den methodischen Fragen der Arbeitsstättenzählung enthält Fachserie C, Unternehmen und Arbeitsstätten, Arbeitsstättenzählung vom 6. 6. 1961, Heft 1, »Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Arbeitsstättenzählung«. — ²⁾ Vgl. Anhang S. 247 ff.

keit oder das Aufgabengebiet anzugeben. Da diese Angaben erfahrungsgemäß zur eindeutigen systematischen Zuordnung oft nicht ausreichen, wurden ergänzende Fragen in B 2 a bis g gestellt. Wurden in einer Arbeitsstätte mehrere wirtschaftliche Tätigkeiten betrieben, so war in B 3 der wirtschaftliche Schwerpunkt des Betriebes anzugeben.

In B 4 und B 5 wurde nach der Beteiligung der Arbeitsstätte an der Industrie- und Bauberichterstattung sowie nach der Industrie- und Handelskammerzugehörigkeit, in B 6 nach der Eintragung des Inhabers in die Handelsrolle gefragt. Betriebe von Heimarbeitern, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeistern hatten Frage B 7 zu beantworten.

Die beschäftigten Personen waren im Abschnitt C nach dem Geschlecht und der Stellung im Betrieb nachzuweisen. Zusätzlich wurden erstmals die Teilbeschäftigten gesondert erfragt, d. h. diejenigen Personen (mit Ausnahme von Lehrlingen), die am Stichtag zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit tätig waren. In die Zahlen der Beschäftigten waren auch die der tätigen Inhaber sowie der vorübergehend Abwesenden (Erkrankte, Urlauber, lohnsteuerpflichtige Reisende, auf Bauten und Montagen auswärts Arbeitende u. ä.) einzubeziehen, dagegen nicht die Zahl der Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen waren. Bei den Fragen C 1 bis C 6 wurden 6 Beschäftigtengruppen unterschieden:

1. Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber
2. Mithelfende Familienangehörige
3. Beamte (im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis)
4. Angestellte (ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre)
5. Arbeiter (einschließlich Gesellen, ohne Lehrlinge und ohne Heimarbeiter)
6. Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre.

Mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis standen, waren nicht unter C 2, sondern unter C 4 bis 6 aufzuführen. Als Beamte (C 3) galten nur Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis im Sinne des Deutschen Beamtenrechts standen, nicht aber Privatbeamte bei Banken, Versicherungen u. ä., die zu den Angestellten zählten. Unter Angestellten (C 4) waren Arbeitnehmer zu verstehen, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterlagen oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von dieser befreit oder frei waren; Direktoren und andere leitende Personen, die nicht Inhaber waren, sondern im Angestelltenverhältnis standen, waren hier mitzuzählen. Als Arbeiter (C 5) waren alle im Betrieb beschäftigten (der Rentenversicherung der Arbeiter — früher Invalidenversicherung — unterliegenden) gelernten (Facharbeiter, Gesellen usw.), angelernten und ungelernten Arbeiter sowie Hilfsarbeiter (auch Putzfrauen und dergleichen) zusammen anzugeben. Unter Lehrlinge (C 6) waren alle im Betrieb beschäftigten gewerblichen, kaufmännischen und technischen Nachwuchskräfte zusammenzufassen.

Transportmittel und Verkehrseinrichtungen waren im Abschnitt G nachzuweisen. Diese Angaben wurden teils für die Gewinnung von Anschriftenmaterial für den Verkehrszensus 1962 benötigt, zum Teil sollten sie auch Ergebnisse für diesen Zensus liefern.

Unternehmen (Wirtschaftseinheit)

In den Abschnitten D, E und F des Arbeitsstättenbogens waren die Fragen zusammengefaßt, die sich auf Unternehmen (Wirtschaftseinheiten) bezogen.

Einzige Arbeitsstätte, Haupt- oder Zweigniederlassung. Die hierauf bezüglichen Fragen wurden im Abschnitt D gestellt. Zu D 1 war anzugeben, ob die Arbeitsstätte die einzige des Unternehmens war (sogenannte Einbetriebsunternehmen). Bestand das Unternehmen aus mehreren Arbeitsstätten (Niederlassungen), d. h. also aus der Haupt- und zumindest einer Zweigniederlassung (sogenannte Mehrbetriebsunternehmen), so war in D 2 a anzugeben, ob die Arbeitsstätte die Hauptniederlassung, in D 2 b, ob sie eine Zweigniederlassung des

Unternehmens war. Im Falle einer Hauptniederlassung waren unter D 3 a sämtliche Zweigniederlassungen einzeln, unter Angabe des Landes, der Gemeinde, des betriebenen Gewerbes und der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen aufzuführen; unter D 3 b war der wirtschaftliche Schwerpunkt (hauptsächlicher Geschäftszweig) des gesamten Unternehmens anzugeben. Bei einer Zweigniederlassung war unter D 4 die genaue Anschrift der Hauptniederlassung und der Geschäftszweig des gesamten Unternehmens aufzuführen.

Bei der Auszählung nach Wirtschaftseinheiten wurden die sogenannten Mehrbetriebsunternehmen stets bei den Orten nachgewiesen, an denen sich die Sitze ihrer Hauptniederlassungen¹⁾ befanden; wirtschaftssystematisch und größenklassenmäßig wurden sie den Wirtschaftszweigen und Größenklassen zugeordnet, die sich für die Unternehmen als Ganzes ergaben.

Für die Darstellung nach Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) wurden die — örtlich getrennten — Niederlassungen des Unternehmens naturgemäß regional an ihrem Betriebsort gezählt, wirtschaftssystematisch und größenklassenmäßig ihrer eigenen Tätigkeit und Größenklasse, nicht derjenigen des Unternehmens zugeordnet. Angaben für Unternehmen und für Arbeitsstätten müssen also in ihrer regionalen, systematischen und größenklassenmäßigen Gliederung (wegen der Mehrbetriebsunternehmen) voneinander abweichen.

Angaben über die Rechtsform des Unternehmens waren in Abschnitt E des Arbeitsstättenbogens einzutragen. Unter E 1 bis 9 waren die folgenden Rechtsformen genannt:

1. Nur eine Person als Inhaber
2. Mehrere Personen als Inhaber, jedoch nicht in einer der unter 3. bis 8. genannten Gesellschaftsformen
3. Offene Handelsgesellschaft
4. Kommanditgesellschaft
5. Gesellschaft mit beschränkter Haftung
6. Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien
7. Eingetragene Genossenschaft
8. Sonstige private Rechtsformen
9. Wirtschaftliche Unternehmen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts, soweit sie nicht unter einer der bei 1. bis 8. aufgeführten privaten Rechtsformen betrieben werden.

»Inhaber« unter E 1 und 2 konnten sowohl tätige als auch nicht tätige Inhaber sein (letztere waren aber im Abschnitt C unter den beschäftigten Personen nicht mitzuzählen). Bei den Unternehmen mit »mehreren Personen als Inhaber« handelte es sich um Gesellschaften des bürgerlichen Rechts gemäß § 705 BGB. Unter »sonstigen privaten Rechtsformen« (E 8) waren z. B. eingetragene bzw. nichteingetragene Vereine, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, bergrechtliche Gewerkschaften u. a. aufzuführen. Unter »wirtschaftlichen Unternehmen von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts« (E 9) waren die mit dem Zweck der Gewinnerzielung oder zumindest der Kostendeckung betriebenen erwerbswirtschaftlichen Unternehmen von Bund, Ländern, Gemeinden, Zweckverbänden u. ä. zu verstehen, die keine eigene Rechtspersönlichkeit aufwiesen, z. B. Regiebetriebe der Energie- und Wasserversorgung. Abschnitt F des Arbeitsstättenbogens diente der Ermittlung der Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingsen. Dabei wurde zwischen Inhabern des Bundesvertriebenenausweises (A oder B) und Inhabern des Bundesflüchtlingsausweises (C) unterschieden. Waren mehrere Personen Inhaber des Unternehmens (Rechtsform E 2) oder wurden Unternehmen in Gesellschaftsform oder einer sonstigen privaten Rechtsform (E 3 bis E 8)

¹⁾ Als Hauptniederlassung galt bei der Arbeitsstättenzählung nur die Arbeitsstätte, von der aus das ganze Unternehmen geleitet wurde (sog. Verwaltungssitz, also nicht unbedingt zugleich der juristische Sitz des Unternehmens).

betrieben, war unter F2 anzugeben, ob mindestens 50% des Unternehmenskapitals in Händen von Personen waren, die einen Bundesvertriebenenausweis (A oder B) oder einen Bundesflüchtlingsausweis (C) besaßen. Lagen beide Ausweisarten vor, war die überwiegende anzugeben.

Sonderfragen für Handwerksbetriebe, Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister

Der Ermittlung der Handwerksbetriebe diente 1961 ausschließlich die Frage B 6 a des Arbeitsstättenbogens nach der Eintragung des Inhabers in die Handwerksrolle. Bei der Arbeitsstättenzählung 1950 wurden außerdem noch Fragen an den Betriebsinhaber nach der Selbsteinschätzung bzw. dem Schwerpunkt seiner Tätigkeit gestellt und für die Zuordnung herangezogen.

Arbeitsstätten von Heimarbeitern, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeistern wurden durch die Fragen unter B 7 des Arbeitsstättenbogens festgestellt; ob es sich um einen Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibenden handelte, hing vom Vorliegen von Entgeltbüchern (Entgeltzetteln, Arbeitszetteln) beim Auftraggeber gemäß § 9 des Heimarbeitergesetzes vom 14. März 1951 ab. Unter Heranziehung der Beschäftigtenangaben des Abschnittes C wurden die entsprechenden Arbeitsstätten klassifiziert in solche ohne und solche mit fremden Hilfskräften.

Sonderfragebogen für Bundesbahn und Bundespost

Für die Bundesbahn und Bundespost waren besondere Fragebogen¹⁾ vorgesehen. Diese beiden Institutionen führten die Zählung ihrer Arbeitsstätten selbst durch.

Es wurden nur der Sitz der Arbeitsstätte, Tätigkeit und Beschäftigtenzahl, darunter Teilbeschäftigte, nach Geschlecht und Stellung im Betrieb erfragt. Transportmittel und Verkehrseinrichtungen dieser Institutionen wurden nicht durch die Arbeitsstättenzählung 1961, sondern durch den Verkehrszensus 1962 ermittelt. Lediglich für Selbsthilfe- und Sozialeinrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, z. B. die Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, waren die allgemeinen Arbeitsstättenbogen zu verwenden.

Wichtigste Arbeitsgänge
Eingangskontrolle

Die Aufbereitungsanleitung für die Arbeitsstättenzählung kann an dieser Stelle nicht in allen Einzelheiten wiedergegeben werden; deshalb werden nachfolgend nur die wichtigsten Punkte dargestellt.

Anhand der Gemeindeverzeichnisse wurde festgestellt, ob für alle Gemeinden Bogen vorlagen. Ferner wurde die Vollständigkeit der regionalen Ordnungsangaben auf den einzelnen Bogen geprüft. Die Bogen wurden gemeindeweise zusammengefaßt.

Soweit möglich, war die vollständige Erfassung aller Arbeitsstätten nachzuprüfen. Zu diesem Zweck wurden Betriebslisten oder -karteien benutzt, die nach Unterlagen der Industrieberichterstattung angelegt worden waren. Außerdem wurden Firmenhandbücher, Branchenadreßbücher und ähnliche Nachschlagewerke herangezogen. Ferner wiesen die Angaben zu Abschnitt VII der Haushaltsliste, sofern welche gemacht wurden, auf das Vorhandensein einer Arbeitsstätte hin. Bei den zu einem späteren Zeitpunkt der Aufbereitung nachträglich und zusätzlich beschlossenen Aktionen der Zusammenführung von Haupt- und Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen und des Vergleichs der Arbeitsstätten mit den Kartei- und sonstigen Unterlagen anderer Zählungen (siehe hierzu Abschnitt V 3 a: Vorbeiführungs- und Zusammenführungsaktionen) bot sich außerdem noch eine Möglichkeit, die Vollständigkeit der Erfassung zu überprüfen bzw. eventuelle Doppelerfassungen zu bereinigen.

Inhaltliches Prüfen und Signieren

Das inhaltliche Prüfen erstreckte sich darauf, ob die einzelnen Fragen überhaupt bzw. richtig beantwortet waren

und keine widersprüchlichen Antworten vorlagen. Wo nötig, war auch die rechnerische Richtigkeit festzustellen. Die zur Aufbereitung vorgesehenen Merkmale wurden auf dem Arbeitsstättenbogen selbst in den dafür vorgesehenen Kästchen signiert und später von dort auf Lochkarten übernommen.

Die Prüf- und Signiergänge betrafen teils die Arbeitsstätten (örtliche Einheiten), teils die Unternehmen (wirtschaftlichen Einheiten). Da den Zählern die Unterscheidung von Arbeitsstätten und Unternehmen nicht zugemutet werden konnte, mußte der Arbeitsstättenbogen (Abschnitt D) Fragen für beide Erhebungs- und Darstellungseinheiten enthalten. Für Verwaltungs- und Hilfsbetriebe, Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, deren Anstalten und Einrichtungen sowie für wirtschaftliche Unternehmen von Gebietskörperschaften wurden Sonderregelungen getroffen.

Für die Arbeitsstätten war sicherzustellen, daß jeweils nur eine einzige auf einem Bogen erfaßt war. Sodann erfolgte die wirtschaftssystematische Zuordnung nach der aus der »Grundsystematik der Wirtschaftszweige« abgeleiteten »Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961« (vgl. II. 5), welche sich in

10 Abteilungen
25 Unterabteilungen
165 Gruppen
436 Untergruppen und
594 Klassen

gliederte. Für Zwecke der Signierung und der maschinellen Aufbereitung waren darin den systematischen Positionen sogenannte AZ-Kennziffern zugeordnet. Die systematische Einordnung der Arbeitsstätten erfolgte nach dem vom Auskunftspflichtigen selbst anzugebenden Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit (Frage B 3). Ergänzend wurden die Angaben zu B 4 bis B 7, C 1 bis C 7 und G 1 bis G 3 herangezogen. In weiteren Prüfgängen wurde auf die wechselseitige Vereinbarkeit der Angaben zu verschiedenen Merkmalen geachtet.

Die Angaben über vorhandene Transportmittel und Verkehrseinrichtungen der Arbeitsstätte (Abschnitt G) wurden für Zwecke des Verkehrszensus 1962 erhoben und mit diesem zusammen aufbereitet.

Außer nach Arbeitsstätten (örtlichen Einheiten) wurde das Material auch nach Unternehmen (Wirtschaftseinheiten) aufbereitet und dargestellt. Abschnitt D enthielt Angaben darüber, ob es sich um eine »Einzelne Arbeitsstätte« (Einbetriebsunternehmen), eine Haupt- oder Zweigniederlassung handelte. Diese Eintragungen wurden anhand weiterer Angaben über das Unternehmen geprüft und signiert. Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie deren Anstalten und Einrichtungen hatten die Abschnitte D sowie E (Rechtsform) und F (Vertriebeneneigenschaft) nicht zu beantworten.

Schwierigkeiten ergaben sich gelegentlich bei der Unterscheidung und Einordnung von Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen mit Hauptniederlassung im Ausland u. dgl. Einzige Arbeitsstätten, deren Träger Organisationen ohne Erwerbscharakter oder Gebietskörperschaften waren, zählten als Einbetriebsunternehmen, wenn ihre Tätigkeit zum Unternehmensbereich (Abteilungen 0—7 der Systematik) gehörte. Desgleichen wurden Zweigniederlassungen landwirtschaftlicher Unternehmen, die der gewerblichen Besteuerung unterlagen, als Unternehmen gezählt. Hauptniederlassungen von Unternehmen mit mehrstufigem vertikalen Aufbau (z. B. Generaldirektion einer Versicherungsgesellschaft) sollten unter D 3 a sowohl die unmittelbar unterstellten Zwischenverwaltungen (z. B. Landesdirektionen) als auch die diesen unterstellten Zweigniederlassungen (z. B. Filial- und Bezirksdirektionen) angeben.

¹⁾ Siehe Anhang, S. 251 ff.

Für die systematische Zuordnung des gesamten Unternehmens wurden zur Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunkts die Angaben über die betriebenen Gewerbe in der Hauptniederlassung und in allen zugehörigen Zweigniederlassungen herangezogen.

Erstmals wurde die Darstellung der strukturellen Zusammenhänge innerhalb der Mehrbetriebsunternehmen versucht. Für die Zweigniederlassungen wurden die regionale Zugehörigkeit (Bundesland) und die wirtschaftliche Tätigkeit (Wirtschaftsgruppe) signiert. Damit wurde es möglich, die Zahl der Mehrbetriebsunternehmen, ihre Niederlassungen und die jeweiligen Beschäftigtenzahlen nach der wirtschaftlichen Tätigkeit und regionalen Verteilung der Unternehmen und der zugehörigen Niederlassungen nachzuweisen.

Durch entsprechende Signierung wurde ferner eine Gruppierung ermöglicht, die erkennen ließ, ob alle Niederlassungen eines Unternehmens die gleichen wirtschaftlichen Tätigkeiten ausübten wie das Unternehmen selbst oder nicht.

Die Fragen zu den Rechtsformen der Unternehmen waren nur von einzigen Arbeitsstätten und Hauptniederlassungen zu beantworten. Arbeitsstätten mit eigener Tätigkeit entsprechend den Abteilungen 0—7, die zu Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften u. dgl. gehörten, erhielten die Rechtsform ihres »Trägers«. Für die ebenfalls als einzige Arbeitsstätte zu behandelnden Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland waren »Sonstige private Rechtsformen« nachzutragen.

Auch die Fragen zur Ermittlung der Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlings (Abschnitt F) waren nur von einzigen Arbeitsstätten und Hauptniederlassungen zu beantworten. Für Zweigniederlassungen wurde im Statistischen Landesamt des Unternehmenssitzes die Signatur der Vertriebeneneigenschaft vom Bogen der Hauptniederlassung übernommen und damit die Auszählung ermöglicht.

Sonderregelungen

Die örtlich getrennten Verwaltungs- und Hilfsbetriebe sind in der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961 — im Gegensatz zu der von 1950 — nicht besonders aufgeführt worden. Die Verwaltungsbetriebe waren deshalb den Wirtschaftsklassen der Unternehmen, zu denen sie gehörten, die Hilfsbetriebe jedoch den Wirtschaftsklassen, die ihrer eigenen Tätigkeit entsprachen, zuzuordnen. Verkaufsbüros der Industrie sollten als Teile der Verwaltung systematisch gemäß den Schwerpunkten der Unternehmen, für die sie tätig waren, nachgewiesen werden. Lag die überwiegende Tätigkeit der Verwaltungs- und Hilfsbetriebe nicht im Vertrieb, sondern z. B. in Warenlagerung oder fachlich-technischer Kundenberatung, so waren sie als Hilfsbetriebe gemäß den angegebenen Tätigkeiten systematisch zuzuordnen. Einzelhandelsgeschäfte von Unternehmen, z. B. Schuhgeschäfte von Schuhfabriken, galten nicht als Verkaufsbüros.

Anstalten und Einrichtungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wurden den »Organisationen ohne Erwerbscharakter und Gebietskörperschaften« (Abteilungen 8 und 9) zugeordnet, wo sie entweder die ihren Tätigkeiten entsprechenden Signaturen des für diese Abteilungen vorgesehenen Sonderschlüssels für besondere Anstalten und Einrichtungen oder die Signaturen der Wirtschaftsklassen ihrer »Träger« (Frage A 2 des Bogens) erhielten. Dagegen wurden Hotels, Hospize sowie dauernd und überwiegend für den Markt arbeitende Anstaltswerkstätten (z. B. Wäschereien in Strafanstalten) auch ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend ihrer Tätigkeit dem Sektor »Unternehmen und Freie Berufe« (Abteilungen 0—7) zugeordnet. Anstalten und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit wurden naturgemäß dem Unternehmenssektor (Abteilungen 0—7) zugewiesen.

Wirtschaftliche Unternehmen und deren einzelne Arbeitsstätten im Eigentum von Gebietskörperschaften wurden ohne

Rücksicht auf ihre Rechtsform (also auch Regie- oder Eigenbetriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit) bei den ihrer Tätigkeit entsprechenden Wirtschaftsklassen des Unternehmenssektors (Abteilungen 0—7) eingeordnet. Über die hier in Frage kommenden Unternehmen lagen Verzeichnisse für Bund, Länder und Gemeinden vor.

4. Maschinelle Aufbereitung

a) Vorbereitung und Planung

Allgemeines

Die Entwicklung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen und deren erfolgreiche Verwendung für die Aufbereitung statistischen Erhebungsmaterials im Ausland gaben Veranlassung, auch in der Bundesrepublik die Umstellung der maschinellen Aufbereitung auf elektronische Datenverarbeitung anzustreben. Im Jahre 1957 begann das Statistische Bundesamt mit den ersten Untersuchungen über die Einsatzmöglichkeit elektronischer Rechenanlagen. Über ihre technische Ausrüstung und Leistung sowie Verwendbarkeit für Zwecke der amtlichen Statistik bestanden aber zunächst so ungenaue Vorstellungen, daß das Risiko einer Umstellung vorläufig noch sehr hoch erschien. Zu bedenken war ferner, daß noch keine eigenen Erfahrungen mit diesen Anlagen vorlagen und auch nicht viel Zeit blieb, Erfahrungen zu sammeln. Denn wenn überhaupt, mußte die Entscheidung zugunsten der Umstellung auf ein neues Datenverarbeitungssystem zumindest so rechtzeitig fallen, daß das herankommende Zählungswerk 1960/62 bereits damit aufbereitet werden konnte.

Schließlich wurde dann doch 1959 endgültig die Umstellung auf neue elektronische Datenverarbeitungsanlagen beschlossen, trotz aller noch bestehenden Bedenken und Unsicherheiten. Bei der Terminplanung war die verhältnismäßig lange Lieferzeit für diese Anlagen einzukalkulieren.

Im Sommer bzw. Herbst 1961 wurden im Bundesamt zwei Anlagen mit je einer Bandeinheit als Ein- und Ausgabeinheit, im Juli 1962 eine Großrechenanlage mit 11 Bandeinheiten in Betrieb genommen und Anfang 1964 eine weitere Anlage aufgestellt. Die Statistischen Landesämter installierten in den Jahren 1961 bis 1963 ebenfalls sukzessive je eine, Nordrhein-Westfalen drei Anlagen.

Eine wichtige Aufgabe bestand darin, Programmierer und Bedienungspersonal für die neuen Anlagen auszubilden. Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr 1960 im Statistischen Bundesamt ein 14tägiger Lehrgang für Programmierer abgehalten; etwa zur gleichen Zeit liefen Ausbildungskurse bei allen Statistischen Landesämtern. Im Herbst schloß sich ein Lehrgang über symbolische Programmierung an. Durch weitere Spezialkurse wurde die Ausbildung verfeinert. Für das gesamte Programm der Volks- und Berufszählung wurde ein Aufbereitungsplan entwickelt, der die Grundlage für die Aufteilung der Arbeiten auf die einzelnen Programmiergruppen bildete, die aus den Mitarbeitern der Landesämter und des Bundesamtes zusammengestellt wurden.

Von Anfang an stand fest, daß die sehr umfangreichen Programmierarbeiten nur als Gemeinschaftsarbeit des Bundesamtes und der Landesämter bewältigt werden konnten. Die gemeinsame Programmierung setzte aber voraus, daß die Ausrüstung in den einzelnen Landesämtern einheitlich war und eine befriedigende Arbeitsteilung zustande kam.

Um noch Erfahrungen sammeln zu können, wurde vereinbart, vor der Volkszählung zunächst die im Rahmen des Zählungswerkes durchzuführenden kleineren Statistiken — die Arbeitsstättenzählung und die Gebäudezählung — aufzubereiten. Zur Gebäudezählung tabellierte die Statistischen Landesämter maschinell ein sogenanntes Nachschlage-Archivprogramm, das die Grundlage für die Veröffentlichungsprogramme des Bundes und der Länder bildete. Die Zusammenstellung der Bundesergebnisse wurde wegen des geringen Umfangs des Tabellenprogramms manuell vorgenommen.

Für die Arbeitsstättenzählung war wegen der starken Differenzierung des Inhalts der Liefertabellen, die von den Statistischen Landesämtern maschinell tabelliert wurden, eine Zusammenstellung der Bundesergebnisse mit Hilfe von Lochkarten angezeigt. Im Statistischen Bundesamt wurden aus den von den Landesämtern überlassenen Summenkarten Arbeitstabellen gefertigt, aus denen manuell die Veröffentlichungstabellen zusammengestellt wurden. Ein erheblicher Arbeitsaufwand entstand daraus, daß mit Rücksicht auf die Geheimhaltungsbestimmungen zahlreiche Zusammenfassungen von Einzelangaben vorgenommen werden mußten, damit keine Rückschlüsse auf Individualdaten möglich waren.

Die ersten Ergebnisse zur Volks- und Berufszählung wurden aus Liefertabellen gewonnen, die im Rahmen der Signier- und Kombinationskontrolle gleich zu Beginn der maschinellen Aufbereitung aufgestellt wurden. Es handelte sich dabei um einige wenige wichtige Strukturdaten für Gemeinden und Zählbezirke, die von einigen Ländern für erste Veröffentlichungen ausgewertet und vom Statistischen Bundesamt in konzentrierter Auswahl in einer Beilage zum Statistischen Jahrbuch 1963 vorgelegt wurden. Auf dieses »Vorwegprogramm« folgte dann die Zusammenstellung der Masse der Veröffentlichungstabellen sowohl für die Länder als auch den Bund aus den Summenkarten. Dabei wurde folgendermaßen vorgegangen. Die Länder fertigten in einer geschlossenen Arbeitsphase alle für die weitere Aufbereitung erforderlichen Summenkarten, die als Differentialspeicher immer wieder herangezogen werden konnten. Ein Duplikat dieser Summenkarten wurde sofort dem Statistischen Bundesamt übermittelt, wo ihr Inhalt auf Magnetband übertragen wurde. Die weitere Zusammenstellung von Ergebnissen erfolgte nach dieser Phase parallel in den Statistischen Landesämtern für die Landesergebnisse und im Statistischen Bundesamt für die Bundesveröffentlichungen. Ein Vorzug dieses Verfahrens war darin zu sehen, daß die Landesämter, nachdem sie die Summenkarten dem Bundesamt überlassen hatten, nicht mehr mit der Fertigung weiterer Liefertabellen belastet wurden.

Über diese zur Veröffentlichung bestimmten Tabellierungen hinaus bestanden, der Vielfalt des Erhebungsmaterials entsprechend, derartig umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten, daß allein schon aus Arbeits- und Kostenrücksichten nicht an deren Veröffentlichung zu denken war. Außerdem waren die evtl. noch kommenden Wünsche aus Benutzerkreisen nicht bis ins einzelne vorherzusehen, so daß auch aus diesem Grunde eine Begrenzung der Veröffentlichungsprogramme zweckmäßig war. Um die noch zu erwartenden Konsumentenwünsche befriedigen zu können, wurde beschlossen, ein »Archivprogramm« für Nachschlage- und Dokumentationszwecke anzufertigen, mit dessen Hilfe sich fast alle der noch denkbaren Auswertungswünsche beantworten lassen sollten. Das Programm war sehr umfangreich und wurde von den einzelnen Statistischen Landesämtern unterschiedlich verwirklicht. Deshalb wurde vielfach eine bessere Lösung darin gesehen, die Summenkarten bereitzustellen, um damit ad-hoc-Auswertungen für Auskunftszwecke sowie Sonderuntersuchungen der jeweils gewünschten Art vornehmen zu können.

Während dem Statistischen Bundesamt für die Zählung 1950 von den Statistischen Landesämtern sogenannte Liefertabellen zur Verfügung gestellt wurden, die als Grundlage für die Zusammenstellung der Bundesergebnisse dienten, waren also für 1961 Summenkarten die Differentialspeicher und Grundlage für die weitere Aufbereitung. In den Summenkarten wurde die amorphe Masse der Einzeldaten schon nach bestimmten Gesichtspunkten konzentriert und in gewisse Beziehungen zueinander gebracht, wobei aber mehrere Möglichkeiten für die weitere Auswertung gegeben waren. Dieses Konzept galt sowohl für die Statistischen Landesämter, wo die Summenkarten als »Speicher« gelagert wurden, als auch für das Statistische Bundesamt. Dort wurden mit Hilfe der auf Magnetband übernommenen Summenkarten die Zusammenfassung der Länder-Daten zu Bundes-

ergebnissen durchgeführt und zusätzlich weitere Sonder-tabellen aufgestellt.

Die maschinelle Aufbereitung begann mit den Loch- und Prüfarbeiten bereits zwischen Oktober und Dezember 1961. Die Summenkartenfertigung war Ende 1964 abgeschlossen. Die Veröffentlichungstabellen bei Bund und Ländern waren im Jahre 1965 größtenteils fertiggestellt. Für den Abschluß der Ergebnistabellierung ist keine bestimmte Angabe möglich, da noch nach Jahren Sonderaufbereitungen möglich sind.

Vorbereitung in den Fachausschüssen

Sowohl im Fachausschuß der Zensusreferenten als auch im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung, die teilweise auch gemeinsam tagten, wurden alle Zählpapiere und Organisationspapiere ausführlich beraten. Da in den verschiedenen Phasen der Aufbereitung immer wieder eine Verzahnung der beiden Bereiche besteht, war diese gemeinsame Vorbereitung mit beiden Vertretern der Statistischen Landesämter von besonderer Bedeutung.

Grundsätzlich wurde also dem föderalistischen Prinzip entsprochen, die Ausarbeitungen und Beratungen gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern vorzunehmen, um die Einheitlichkeit der Durchführung auf Grund der in den Gremien festgelegten Vordrucke und Aufbereitungsanleitungen sicherzustellen.

Die Erhebungspapiere sind nicht nur für die Erhebung entscheidend, sondern müssen auch für die Ablochung eindeutig und zweckmäßig sein.

Die Signieranleitungen müssen so gehalten sein, daß eine Tabellierung der Ergebnisse in der geforderten Gliederung möglichst einfach realisierbar ist.

Die Ergebnistabellen sollen so aufgebaut sein, daß der maschinelle Arbeitsprozeß wirtschaftlich ablaufen kann und auch für die Programmierung nicht zu viele Komplikationen enthalten sind.

Die maschinelle Fertigung der Tabellen ist in einer Form vorzunehmen, die eine unmittelbare Vervielfältigung der Ergebnisse im Offset-Verfahren gestattet, ohne daß zeitraubende und kostspielige Übertragungen der Ergebnisse aus den Maschinentabellen in irgendwelche Tabellenvordrucke erforderlich sind.

Der Ablauf der Ergebnisfeststellung ist ferner so zu gestalten, daß die einzelnen Tabellen entsprechend ihrer Dringlichkeit gefertigt werden, jedoch sollte dabei der wirtschaftliche Einsatz der maschinellen Anlagen berücksichtigt werden.

Die Lagerung der Daten ist in einer Form vorzunehmen, die auch nach Abschluß der Tabellararbeiten gezielte Zugriffe zu bestimmten Teilen des Materials gestattet.

Planung des Maschineneinsatzes

Die vorhergehende Großzählung, die Wohnungszählung 1956, wurde mit einer verhältnismäßig einfachen Maschine, der sogenannten Elektronen-Statistikmaschine, aufbereitet. Der Einsatz dieser Maschine war nicht ganz befriedigend, da infolge ihrer Konstruktion, bei der ein wesentlicher Teil aus mechanischen Aggregaten bestand, und nur eine Zusatzeinrichtung in Form von elektronischen Speichern diese Maschine für spezielle Auszählarbeiten geeignet machte, ein erheblicher Teil manueller Zuarbeit unvermeidlich war und auch die einwandfreie Funktion der einzelnen Maschinenelemente zu wünschen übrig ließ.

Die zu diesem Zeitpunkt von den Herstellerfirmen angebotenen kompakten Elektronenanlagen der ersten Phase hatten zwar eine größere Speicherkapazität und eine schnellere Recheneinheit, jedoch war die Eingabegeschwindigkeit noch so gering, daß die Verwendung für Massenarbeiten vom Umfange des Volkszählungswerkes 1961 nicht unbedingt wirtschaftlich gewesen wäre. Erst in den letzten Jahren vor dem Zählungswerk wurden weiterentwickelte Elek-

tronenanlagen angeboten, deren Eingabegeschwindigkeit mit maximal 48 000 Lochkarten in der Stunde schon eher den Einsatz für Massendarbeiten zuließ und die auch von der Ausstattung her einen wirtschaftlichen Einsatz versprachen.

Diese elektronischen Anlagen wurden mit unterschiedlicher Größe der Speicherkapazität angeboten. Umfangreiche Untersuchungen wurden angestellt, um zu ermitteln, welche Speichergröße die wirtschaftlichste und zweckmäßigste sei. Im Laufe der Untersuchungen wurde sogar die Möglichkeit der weiteren Ausstattung mit Speicherstellen angeboten. Das Ergebnis der gemeinsamen mit den Landesämtern durchgeführten Untersuchungen war, daß die mittlere Ausstattung mit Speichern in der Größenordnung von 4 000 Speicherstellen angeschafft wurden. Damit glaubte man, schon eine recht großzügige Entscheidung getroffen zu haben. Es stellte sich bei den darauf folgenden Programmierarbeiten jedoch sehr bald heraus, daß der wirtschaftliche Einsatz der Elektronenanlage überproportional zu der Vergrößerung der Speicherkapazität steigt und daß es besser gewesen wäre, diese mehr der maximalen Ausstattungsmöglichkeit anzunähern.

Ein weiteres Problem war die Festlegung der Anzahl der elektronischen Anlagen, die damals zu dem Bereich der Kleinanlagen gerechnet werden mußten. Da keine ausreichende Erfahrung über den Einsatz dieser Anlagen vorlagen, konnte nur mit Vergleichszahlen operiert werden, die aus der bisherigen Ausstattung mit Tabelliermaschinen bekannt waren. Die Arbeitsleistung der für den Einsatz beim Zählwerk 1960/62 gewählten Anlagen wurde etwa gleichgesetzt mit der Leistung von 4–5 Tabelliermaschinen.

Die Entscheidung der einzelnen Landesämter war insofern unterschiedlich, als einige Ämter möglichst wenige elektronische Anlagen anmieteten oder kauften, die dann in mehreren Personalschichten eingesetzt wurden. Andere Landesämter stellten die Abwicklung der Arbeiten auf die Normal-schicht ab und wählten eine entsprechende Maschinenausstattung.

Die elektronischen Anlagen waren mit einer Eingabeeinheit für Lochkarten ausgestattet und glichen in ihrer Funktion teilweise den bisher bereits verwendeten Tabelliermaschinen. Daneben war daher nach wie vor der Einsatz von Tabelliermaschinen und Kartenmaschinen erforderlich. Es wurden teilweise Sortiermaschinen mit einer sehr hohen Arbeitsgeschwindigkeit (bis zu 60 000 Lochkarten in der Stunde) gewählt, um die Arbeitsgeschwindigkeit der Vorbereitungsphase an die Arbeitsgeschwindigkeit der elektronischen Rechenanlagen anzugleichen.

Für die Lochung und Prüfung wurden die bewährten und bekannten Maschinen eingesetzt. Allerdings gab es hierbei erhebliche Personalschwierigkeiten, so daß Locharbeiten teilweise nach Außenstellen verlagert, teilweise an andere Länder abgegeben werden mußten.

Arbeitsablaufpläne

Wie im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung seit jeher üblich, wurden auch für das Zählwerk 1960/62 gemeinsam die für die Aufbereitung erforderlichen Organisationspapiere und Aufbereitungsanleitungen entwickelt. Für die Belegingangskontrolle und die Leistungskontrolle des Lochsaals wurden spezielle Vordrucke verwendet, die eine laufende Feststellung der Leistungen und des Leistungsfortschritts erlaubten. Dies war von ganz besonderer Bedeutung, da der Fortgang der Signierarbeiten und der Loch- und Prüfarbeiten koordiniert werden mußte, um in beiden Bereichen eine kontinuierliche Arbeitsbelastung und eine Einhaltung der gesetzten Termine erzielen zu können.

Die Loch- und Prüfanleitungen mußten gleichfalls einheitlich sein, da der weitere maschinelle Aufbereitungsprozeß die einheitlich gefertigten Lochkarten als Voraussetzung hatte.

Für den Gesamtablauf der maschinellen Bearbeitung wurde ein Ablaufdiagramm gefertigt, in dem die einzelnen Arbeitsschritte graphisch dargestellt wurden. Damit wurde

die Gewähr dafür gegeben, daß in den einzelnen Landesämtern der Ablauf der Aufbereitungsarbeiten einheitlich und in gleicher Reihenfolge vorgenommen wurde.

Programmierarbeiten

Um eine einheitliche Ergebnisfeststellung in einem Mindestmaß bei allen Statistischen Landesämtern zu gewährleisten, mußte die Aufbereitung nach gemeinsam festgelegten Aufbereitungsrichtlinien erfolgen.

Bei den früher verwendeten konventionellen Tabelliermaschinen wurden zu diesem Zweck gemeinsam Schaltanleitungen ausgearbeitet, vervielfältigt und allen Landesämtern zur Verfügung gestellt. An Stelle der Schaltvorlagen traten bei den elektronischen Rechenanlagen die Maschinenprogramme, für deren Entwicklung eine neue Form der Zusammenarbeit gefunden werden mußte. Aus Programmierern der Landesämter und des Bundesamtes wurde eine gemeinsame Programmiergruppe gebildet, welche die benötigten Programme entsprechend dem aufgestellten Terminplan ausarbeitete. Die zu verwendende Programmiersprache wurde zwar von der Herstellerfirma geliefert, jedoch wurde das Programmiersystem von Mitarbeitern der Statistischen Ämter entsprechend dem eigenen Bedarf weiter entwickelt. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Schaffung einer neuen Symbolik für die Fertigung von Blockdiagrammen zu nennen.

Für alle Programme wurden ausführliche Erklärungen und Beschreibungen in sogenannten Programmakten gegeben. Diese wurden von dem Amt, das sie ausgearbeitet hatte, vervielfältigt und den übrigen Ämtern zur Verfügung gestellt. So war es möglich, die einzelnen Programme ohne besondere Einweisung an Hand dieser Akten zu verwenden. Jeder Mitarbeiter konnte Unklarheiten mit Hilfe der detaillierten Darlegungen selbst klären. Diese sehr sorgfältige Organisation hat sich beim Ablauf der Arbeiten gut bewährt. An der gemeinsamen Programmierung hat sich das Statistische Bundesamt maßgeblich beteiligt. Die Statistischen Landesämter übernahmen im wesentlichen die Programmierung der Summenkartenfertigung und der Mindestveröffentlichungstabellen (mit Ausnahme der Ausländertabellen). Das Bundesamt programmierte fast alle Signier- und Kombinationskontrollen sowie ein Standardprogramm, mit dessen Hilfe aus den Summenkarten sämtliche Tabellen des Sofortprogramms und die Nachschlagetabellen geschrieben werden konnten. Das Bundesamt unterzog ferner die von den Landesämtern entwickelten Programme einem Netzwerktest, nach dessen Abschluß sie vervielfältigt und den einzelnen Landesämtern zur Durchführung der vorgesehenen Arbeiten übersandt wurden.

Die Programmierarbeiten erstreckten sich auf die Zeit von Herbst 1961 bis zum Frühjahr 1964.

b) Durchführung der Aufbereitungsarbeiten

Aufbereitung bei den Statistischen Landesämtern

Die maschinelle Aufbereitung begann, während die manuellen Arbeiten noch in vollem Gange waren. Zunächst wurden die Gebäudezählung und die Arbeitsstättenzählung bearbeitet, da diese Zählungsteile wegen ihres geringeren Umfangs schneller und einfacher als die Volks- und Berufszählung aufbereitet werden konnten und weil die dabei gesammelten Erfahrungen für die Aufbereitung der Volks- und Berufszählung nutzbar gemacht werden sollten. Die Loch- und Prüfarbeiten begannen zwischen Oktober und Dezember 1961 und wurden zwischen März und August 1962 abgeschlossen. Schon im März 1962 wurde mit der Verarbeitung des Volkszählungsmaterials begonnen. Die Lochkarten der in repräsentativen Wahlbezirken der Bundestagswahl 1961 gelegenen Wahlbezirke wurden gedoppelt. Sie dienten später als Grundlage für eine Analyse der Wahlergebnisse und des Wahlverhaltens bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 17. September 1961. Mit der Verarbeitung der

Individuallochkarten wurde — wenn auch mit kleinen Massen — bereits im April 1962 begonnen. Das geschah vor allem, um frühzeitig weitere Erfahrungen zu sammeln und den reibungslosen Ablauf der Aufbereitung zu sichern.

Die maschinelle Aufbereitung der Gebäudezählung war im großen und ganzen im Januar 1962, die der Arbeitsstättenzählung im Juni 1962 beendet. Die maschinellen Arbeiten für die Volks- und Berufszählung erstreckten sich über etwa 3 Jahre und wurden sowohl für den Bund als auch für die Länder im wesentlichen im Verlauf des Jahres 1965 abgeschlossen. Die meiste Zeit wurde dabei nicht auf die Tabellierung, sondern auf die vorgelagerten Arbeiten — vor allem auf das Prüfen und Bereinigen der Individuallochkarten sowie das Herstellen und Bereinigen der Summenkarten bzw. Magnetbänder — verwendet. Der Rationalisierungseffekt der elektronischen Datenverarbeitung wirkte sich vor allem in der letzten Phase, der maschinellen Tabellierung der Ergebnisse, voll aus. Die Maschinentabellen wurden meist in veröffentlicungs- und vervielfältigungsreifer Form gedruckt. Mit den herkömmlichen Maschinen hätten die Tabellenprogramme in dem für 1961 geforderten Umfang überhaupt nicht oder doch nicht in einer annehmbaren Zeit bewältigt werden können.

Nachdem im Jahre 1959 die Entscheidung zugunsten des Übergangs auf ein neues Datenverarbeitungssystem gefallen war, wurde im Frühjahr 1960 die einheitliche Ausstattung der Statistischen Landesämter mit neuen Datenverarbeitungsanlagen beschlossen und die gemeinsame Programmierung aller Zählungsteile vereinbart. Damit war der Weg für die Einleitung konkreter Maßnahmen geebnet.

Grundlage für die Überlegungen zum Aufbereitungsprogramm bildeten die Tabellenprogramme. Die wichtigsten Strukturdaten für Gemeinden, Landkreise und kreisfreie Städte waren im Sofortprogramm enthalten. Dazu kamen die im Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder enthaltenen umfangreichen Landes-, Regierungsbezirks- und Kreistabellen, die später auch als Grundlage für die Quellenbände dienten. In Ergänzung dazu und darauf abgestimmt wurde das Mindestveröffentlichungsprogramm des Bundes aufgestellt. Entsprechend den vereinbarten Richtlinien betonten die Länderprogramme die regionale Tiefengliederung, während das Bundesprogramm auf feine fachliche Gliederung abzielte. Schließlich wurde ein sowohl fachlich als auch regional sehr ausführlich gegliedertes Nachschlageprogramm vorgesehen, über dessen Umfang und Ausgestaltung aber jedes Land selbst entscheiden konnte.

An Hand der Tabellenprogramme konnte an die Programmierung des sachlichen Ablaufs der maschinellen Aufbereitung gegangen werden.

Die sehr umfangreichen Maschinenprogramme entstanden in Gemeinschaftsarbeit des Statistischen Bundesamtes, bei dem die Koordinierung der Arbeiten lag, und der Statistischen Landesämter.

Kernstück des Aufbereitungsplanes für die Volks- und Berufszählung 1961 waren die Summenkarten. Sie wurden durch Verdichtung der Individuallochkarten nach regionalen und sachlichen Gesichtspunkten gewonnen und enthielten — von geringfügigen Ausnahmen abgesehen — nicht nur alle Unterlagen für die gesamte weitere Ergebnisfeststellung in Bundesamt und Landesämtern, sondern darüber hinaus umfassende Informationen, die nicht für die Aufbereitung vorgesehen waren und bei später auftauchenden zusätzlichen Auswertungswünschen abgerufen werden konnten. Die im Statistischen Bundesamt ausgearbeitete Summenkarten-Übersicht enthielt insgesamt 83 Summenkarten, die für Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke, Großstädte, für Vertriebe, Pendler, Erwerbs- und Nichterwerbspersonen, für Anstaltsbevölkerung, für Personen mit abgeschlossener Ausbildung und nach einigen weiteren Gliederungsgesichtspunkten aufzustellen waren (Abdruck im Anhang S. 340 ff.). Lediglich die Aufbereitungen kleineren Umfangs über bestimmte Personengruppen wurde auf Individuallochkarten zurückgegriffen.

Anhand der Summenkarten-Übersicht wurde das Programm zur Fertigung der Summenkarten aufgestellt. Vor Beginn der Summenkartenerstellung mußten aber zunächst die Individuallochkarten fehlerbereinigt und für die weitere Aufbereitung widerspruchsfrei gemacht werden. Das geschah durch die maschinellen Plausibilitätskontrollen (vgl. V 2 b) — eine Kontrollaktion, die bislang in der deutschen Statistik nicht ihresgleichen hatte und durch die nach übereinstimmender Aussage der Statistischen Landesämter eine Qualitätsverbesserung des Grundmaterials in einem nie zuvor erreichten Maß erzielt werden konnte. Dem Statistischen Bundesamt wurden Doppel aller Summenkarten überlassen. Die Zulieferung erfolgte im wesentlichen von Mitte 1963 bis Ende 1964.

Nachdem der Inhalt der Summenkarten festgelegt war, konnten die Aufbereitungspläne für die Veröffentlichungsprogramme zusammengestellt werden. Alle fertiggestellten Programme wurden, bevor die weitere Aufbereitung in den Statistischen Landesämtern freigegeben wurde, im Statistischen Bundesamt einem sogenannten »Netzwerktest« unterzogen, um ein reibungsloses Funktionieren sicherzustellen. Insgesamt wurden für die Aufbereitung der Volks- und Berufszählung in den Statistischen Landesämtern 53 Programme ausgearbeitet, und zwar 3 für die Signier- und Plausibilitätskontrollen (darunter 1 für die Kontrolle der »Teilmassen« — das sind Ausländer, Personen mit abgeschlossener Hoch- oder Fachschulausbildung, Anstaltsbevölkerung), 18 für die Summenkartenerstellung, 31 für das Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder und 1 Standardprogramm für die Schreibung der Soforttabellen.

Einen Eindruck und Überblick über die vielen Detailfragen bei der maschinellen Aufbereitung der Volkszählung 1961 in den Statistischen Landesämtern vermittelt der »Zusammenfassende Bericht über die Erfahrungen bei der Volks- und Berufszählung 1961« des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen.

Zentrale Aufbereitung im Statistischen Bundesamt

Zusammenstellung der Bundesergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961

Die Anlieferung der insgesamt etwa 12 Mill. Summenkarten für die Volks- und Berufszählung 1961 an das Statistische Bundesamt erstreckte sich vom Frühjahr 1963 bis Dezember 1964. Aus technischen Gründen und unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der Ergebnisse wurden der Reihe nach die Summenkarten für Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke und schließlich für Länder gefertigt. Sie wurden für die weitere elektronische Datenverarbeitung zunächst auf etwa 120 Magnetbänder übernommen. Da von einzelnen Ländern in den Summenkarten noch nachträgliche Korrekturen vorgenommen wurden, ergaben sich Unstimmigkeiten und es war erforderlich, die auf Magnetbänder übernommenen Summenkarten nochmals zu prüfen und abschließend zu korrigieren. Diese Abstimmung geschah mit Hilfe eines eigens dafür geschriebenen umfangreichen Standardprogramms.

Zur Einsparung von Druckkosten wurden die Reinschrifttabellen in veröffentlicungsreifer Form unter Verwendung eines Standarddruckprogramms auf einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage geschrieben.

Haushalts- und Familienstatistik zur Volks- und Berufszählung 1961

Für die Haushalts- und Familienstatistik wurden 10% der Volkszählungsbezirke ausgewählt.

Das Signierblatt (Abdruck im Anhang S. 329) enthielt außer dem Teil, der auf dem Signierblatt für die allgemeine Aufbereitung enthalten war, weiteren Raum für die Signierung zusätzlicher Angaben zur Haushalts- und Familienstatistik. Für Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Hochschule wurde das Jahr der Abschlußprüfung signiert. Außerdem wurden die Angaben für nicht zur Wohnbevölkerung gehörende Haushaltsmitglieder sowie für ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilversleppte des Zwei-

ten Weltkrieges nachsigniert. In der allgemeinen Aufbereitung bei den Statistischen Landesämtern wurden diese zusätzlichen Eintragungen nicht berücksichtigt. Die Statistischen Landesämter sandten eine Durchschrift der Signierblätter zur 10%-Haushalts- und Familienstatistik an das Statistische Bundesamt, wo die zentrale Aufbereitung erfolgte.

Die gesamte maschinelle Aufbereitung der Haushalts- und Familienstatistik ist mit Zustimmung der Statistischen Landesämter vollständig im Statistischen Bundesamt durchgeführt worden. Die Lochkarten für Anstaltspersonen wurden mit Tabelliermaschinen aufbereitet, während die Lochkarten für die übrigen Haushalte auf der Großrechenanlage bearbeitet wurden. Mit der Übernahme der Lochkarten auf Magnetband wurde gleichzeitig eine Vollzähligkeitskontrolle der zu einem Haushalt gehörenden Personen verbunden. Zur Bereinigung des Materials waren je ein Programm für die Sortierung, die Wahrscheinlichkeitskontrolle und die Fehlerkorrektur erforderlich. Nach Bereinigung des Materials sind auf der Großrechenanlage zunächst 4 Zählprogramme mit Koordinatenbildung und anschließend die eigentlichen Tabellenprogramme gelaufen. Im einzelnen sind 4 Programme für die Übersichtstabellen, 10 Programme für die verschiedenen Thementabellen, 2 Programme für die Kreis- und Großstadt-tabellen und 7 Programme für die sogenannten Sondertabellen geschrieben worden.

Mit den Programmierarbeiten wurde im Januar 1964 begonnen. Die Tabellen (rund 100 Tabellengruppen mit zusammen rund 11 000 Tabellenseiten) sind sukzessiv erstellt worden. Die Arbeiten wurden im Oktober 1965 abgeschlossen.

Gebäudezählung 1961

Der Umfang der Tabellen für die Gebäudezählung 1961 war verhältnismäßig geringfügig. Der Einsatz maschineller Verfahren für die Zusammenstellung der Bundesergebnisse übertrug sich damit. Die Zusammenstellerarbeiten wurden manuell und z. T. mit Hilfe von Buchungsmaschinen durchgeführt.

Arbeitsstättenzählung 1961

Wegen der tiefen wirtschaftssystematischen Gliederung waren die Tabellen für die Arbeitsstättenzählung 1961 besonders umfangreich. Die Zusammenstellung der Bundesergebnisse wurde daher mit Hilfe der elektronischen Anlage vorgenommen. Die Landesämter lieferten ein Duplikat der bei ihnen für die Fertigung der Tabellen verwendeten Summenkarten, die im Bundesamt für die weitere Bearbeitung auf Magnetband übertragen wurden.

Sonderaufbereitungen

Die Sonderaufbereitung der beim Bundesamt zur Verfügung gestellten Einzellockarten für Ärzte, Ingenieure usw. verursachte wegen des geringen Umfangs des Materials keinen besonderen Aufwand. Es dürfte jedoch wirtschaftlicher sein, solche Auszüge immer für eine zentrale Aufbereitung vorzusehen, da eine Aufstellung von Liefertabellen in den Landesämtern für solche Sonderaufbereitungen zu aufwendig ist.

Die Sonderaufbereitung der »Ärztelockarten« wurde im Auftrag des Bundesministeriums für das Gesundheitswesen in der Zeit vom Januar bis Juli 1965 durchgeführt. Hierfür sind sowohl Individualkarten aus der Volks- und Berufszählung als auch das entsprechende Material aus der Haushalts- und Familienstatistik herangezogen worden. Aus den Individualkarten sind 12 Tabellen (hauptsächlich Arbeitstabellen) auf elektronischen Zählmaschinen erstellt worden. Weitere 8 Tabellen wurden aus dem Material der Haushalts- und Familienstatistik auf der Großrechenanlage aufbereitet. Ein nennenswerter Programmieraufwand ist hierbei nicht entstanden, da die Tabellen im wesentlichen mit den vorhandenen Programmen für die Haushalts- und Familienstatistik erstellt werden konnten.

Arbeiten für Statistische Landesämter und Dritte

Für das Statistische Amt des Saarlandes ist die gesamte Aufbereitung (Länderprogramm) in der Zeit vom Juli 1962 bis Juni 1963 auf der Anlage des Statistischen Bundesamtes

durchgeführt worden. Dies war erforderlich, da die Anlage in Saarbrücken zu dieser Zeit noch nicht aufgestellt war. Daneben bot die Aufbereitung eines Länderprogramms für das Bundesamt den Vorteil, einschlägige Erfahrungen hinsichtlich der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung sammeln zu können.

Gesamtaufwand

Beim Zählungswerk wurden 21 Kartenmuster verwendet, davon 15 für die Volks- und Berufszählung und je 2 für die wohnungsstatistischen Feststellungen, die Arbeitsstättenzählung und den Verkehrszensus 1962. In Bund und Ländern wurden insgesamt rund 90,2 Mill. Lochkarten erstellt. Auf das Statistische Bundesamt entfielen etwa 8,1 Mill. Lochkarten (7,6 Mill. für die 10%-Aufbereitung, 0,3 Mill. Prüfkarten und 0,2 Mill. Summenkarten).

Erstellte Lochkarten beim Zählungswerk

Zählungsteil	Kartenmuster Anzahl	Lochkarten Mill.
1. Volks- und Berufszählung 1961 ..	15	76,3
davon: Individualkarten		56,2
Karten für 10 %-Aufbereitung		7,6
Prüfkarten		0,3
Summenkarten		12,2
2. Gebäudezählung 1961	2	8,7
davon: Gebäudekarten		7,9
Summenkarten		0,8
3. Arbeitsstättenzählung 1961	2	3,1
davon: Einzelkarten		2,9
Summenkarten		0,2
4. Verkehrszensus 1962	2	2,1
davon: W- und T-Bereich (KA 1-5)		0,7
U-Bereich (KA 6-8,0)		1,4
Insgesamt ...	21	90,2

Aufwand in den Landesämtern

Um eine Vorstellung über die Verteilung des gesamten Zeitaufwandes auf die einzelnen maschinellen Arbeiten bei den Landesämtern zu geben, werden nachstehend die für Nordrhein-Westfalen ermittelten Werte verwendet und hochgerechnet. Für alle Statistischen Landesämter zusammen ergeben sich dann folgende Schätzwerte:

Art der Arbeit	Zeitbedarf in	
	Arbeitsmonaten	%
Programmieren	240	3,6
Lochen, Lochprüfen, Umlochdienst, Summenkartenbereinigung	4 225	64,3
Sortieren	1 600	24,4
Einsatz der Datenverarbeitungsanlage und Zusatzmaschinen	505	7,7
Gesamtaufwand ...	6 570	100

Im Rahmen des Lochens und Prüfens des signierten und vorgeprüften Materials wurden für die Herstellung der Individuallockarten rund 83,6 %, für das Umlochen der Fehlerkarten 10,2 % und für die Summenkartenbereinigung 6,2 % der erforderlichen Arbeitszeit aufgewendet. Dabei wurde beim Lochen eine durchschnittliche Stundenleistung von 214 Karten, beim Lochprüfen von 271 Karten erzielt.

Der Schwerpunkt des Zeitaufwandes lag also im Rahmen der maschinellen Arbeiten beim Lochen (über 60 %) und Sortieren (fast 25 %). Eine Zusammenstellung über den Gesamtzeitaufwand für die Volks- und Berufszählung 1961 in Nordrhein-Westfalen besagt, daß auf die Fachabteilung (»Zensus-Abteilung«) ein Anteil von 84,5 % entfiel, während die »Maschinelle Abteilung« mit 12,6 % beteiligt war. Der Rest von 2,9 % wurde der »Allgemeinen Verwaltung« zugerechnet. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das manuelle Vorfeld der Aufbereitung noch außerordentlich arbeits- und zeitauf-

wendig war, daß also in diesem Aufbereitungsabschnitt gegenüber den früheren Zählungen keine nennenswerten Rationalisierungen möglich waren.

Der verhältnismäßig geringe Anteil der maschinellen Arbeiten (12,6%) am Gesamtzeitaufwand darf freilich nicht so ausgelegt werden, daß ihr Gewicht nicht sehr groß war. Ganz im Gegenteil wurde bei der Aufbereitung der Zählung 1961 dank der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen auf dem maschinellen Sektor ein viel größeres Arbeitspensum erledigt als jemals zuvor. Es wurde aber deutlich, daß ein rationeller Gesamttablauf nur erzielt werden kann, wenn eine sehr frühzeitige und exakte Planung erfolgt, welche die manuellen Arbeiten soweit wie nur irgend möglich auf die Maschinen verlagert. Bei der Zählung 1961 war zwar schon eine Annäherung an dieses Ziel zu verzeichnen, doch sind ohne Zweifel noch umfangreiche, bisher nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten gegeben, die sich durch Verbesserungen auf technischem Gebiet noch ständig erweitern.

Aufwand im Statistischen Bundesamt

Für die Prüfläufe und Korrekturen mußten 386 Maschinenstunden an der Großrechenanlage aufgewendet werden.

Für die Erstellung der etwa 100 Tabellen (rund 3000 Tabellenseiten) des Bundesveröffentlichungsprogramms zur Volks- und Berufszählung 1961 sind in der Zeit von März 1964 bis August 1965 30 Programme geschrieben worden. Unter Einbeziehung der Programmierarbeiten für die Haushalts- und Familienstatistik zur Volks- und Berufszählung 1961 und für die Ausländerstatistik sind in dieser Zeit rund 50% der Programmierkapazität des Amtes für die Bundeskonzentration der Volks- und Berufszählung 1961 eingesetzt worden. Da sich die Anlieferung der Summenkarten über einen längeren Zeitraum erstreckte, konnte die Zusammenstellung der Bundesergebnisse erst zu einem sehr späten Zeitpunkt erfolgen.

Der Maschinenzeitbedarf für die Arbeiten zur Bundeskonzentration der Volks- und Berufszählung (ohne Haushalts- und Familienstatistik) ist in der folgenden Übersicht zusammengefaßt:

Art des Maschinenlaufes	Stunden
Karte-Band-Arbeit	450
Bandduplizierung	31
Prüf- und Korrekturläufe	416
Tabellenspeicherung auf Magnetband	154
Drucken von Tabellen	272

Das Lochen der etwa 5,6 Mill. Karten der 10%-Haushalts- und Familienstatistik wurde in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes durchgeführt. Außerdem wurden rund 142 000 Lochkarten für die in Anstalten lebenden Personen auf Tabelliermaschinen aufbereitet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Maschinenzeitbedarf für die Arbeiten zur Haushalts- und Familienstatistik:

Art des Maschinenlaufes	Stunden
Karte-Band-Arbeit	237
Bandduplizierung	51
Wahrscheinlichkeitskontrollen	89
Zählprogramme mit Koordinatenbildung	374
Tabellenspeicherung auf Magnetband	593
Drucken von Tabellen	547

Arbeitsstättenzählung

Zur Bundeskonzentration wurden dem Statistischen Bundesamt rund 600 000 Summenkarten von den Statistischen Landesämtern übersandt und hier in der Zeit von April bis Dezember 1963 bearbeitet. Im ganzen sind 8 Tabellen erstellt worden, wozu etwa 153 Maschinenstunden auf einer elektronischen Rechenanlage benötigt wurden.

Sonderaufbereitungen

Für die Aufbereitung der Ausländerstatistik wurden dem Statistischen Bundesamt etwa 717 000 Volkszählungs-Individualkarten übersandt. Nach der Wahrscheinlichkeitskontrolle wurden die Karten auf Band übernommen. Für das Tabellenprogramm (15 Tabellen für das Basisprogramm der Länder, 16 Tabellen für das Bundesveröffentlichungsprogramm) sind in der Zeit vom Januar bis Juni 1964 acht Programme angefertigt worden. Für das Bundesveröffentlichungsprogramm wurden die Tabellen (200 Seiten) in veröffentlichungsreifer Form gedruckt, während weitere 7 570 Tabellenseiten für das Basisprogramm der Länder als Arbeitstabellen erstellt worden sind.

Der Maschinenzeitbedarf ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Art des Maschinenlaufes	Stunden
Wahrscheinlichkeitskontrollen	100
Karte-Band-Arbeit	13
Bandduplizierung	1
Tabellenspeicherung auf Magnetband	83
Drucken von Tabellen	46

Für das konventionelle Verfahren bei der Sonderaufbereitung der Arztelochkarten entstand folgender Aufwand:

Maschinentype	Stunden
Elektromechanische Zählmaschine	154
Tabelliermaschine	86
Datenverarbeitungs-Anlage	12
Ergänzungsmaschinen	181
Buchungsmaschinen	153

Bei der Großrechenanlage wurden 20 Maschinenstunden benötigt. Außerdem sind für evtl. künftige Auswertungen rund 1 Mill. Individuallochkarten der »Ingenieure« auf Magnetband übernommen worden. Außerdem wurden im Rahmen der Amtshilfe für das Saarland über 1 Mill. Lochkarten vorwiegend in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes gelocht. Zur Unterstützung der Landesämter, die in Anbetracht der angespannten Arbeitsmarktlage nur schwer die erforderliche Kapazität für das Lochen und Prüfen bereitstellen konnten, sind ferner folgende Kartenmengen im Rahmen der Amtshilfe in der Zweigstelle Berlin vorwiegend durch Zeitangestellte gelocht worden:

Auftraggebendes Landesamt	Bearbeitungszeitraum	Gelochte Karten in Mill.
Hessen	Januar 1962 – November 1962	3,6
Bayern	August 1962 – Februar 1963	1,5
Niedersachsen ...	November 1962 – Februar 1963	1,2
Nordrhein-Westfalen	Januar 1962 – Januar 1963	7,8

Darüber hinaus wurden Lochkarten bzw. Magnetbänder in Lohnarbeit für Dritte gedoppelt. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um wissenschaftliche Institute, die das Material für eigene Zwecke auswerteten. Die für diese Lohnarbeiten entstandenen Kosten sind dem Statistischen Bundesamt von den Auftraggebern vergütet worden.

Für die zentralen Aufbereitungsarbeiten beim Bundesamt zur Volks- und Berufszählung 1961 (einschließlich Haushalts- und Familienstatistik, Arbeitsstättenzählung, Ausländerstatistik, Aufbereitung der »Arztelochkarten«) sind insgesamt 3 500 Stunden auf den elektronischen Rechenanlagen benötigt worden. Hierbei ist zu bemerken, daß der Aufwand in Anbetracht des beträchtlichen Umfanges nur dadurch bewältigt werden konnte, daß die Großrechenanlage vor Beginn der Arbeiten gerade noch rechtzeitig auf schnellere Magnetbandeinheiten umgerüstet worden war.

V. Kontrollsystem

1. Allgemeine Überlegungen

Kontrollen sind unabdingbarer Bestandteil der Durchführung und Aufbereitung einer Statistik. Vom Sachzusammenhang her wäre es logisch, die Kontrollen im Rahmen der allgemeinen Darstellung des Bearbeitungsablaufs zu behandeln. Da jedoch andererseits die Kontrollen ein in sich geschlossenes System darstellen sollen, erschien ihre Behandlung in einem eigenen Abschnitt zweckmäßig. Auf diese Weise kann besser gezeigt werden, welche Ansatzpunkte für eine möglichst umfassende Überprüfung und Bereinigung des Zählungsmaterials gegeben sind. Dieser Gesichtspunkt gewann auch deshalb an Bedeutung, weil sich durch den Einsatz moderner elektronischer Datenverarbeitungsanlagen neue, gegenüber früher wesentlich erweiterte Möglichkeiten der Materialkontrollen und -bereinigung ergaben. Der Rahmen wird künftig bei Verwendung noch leistungsfähigerer Maschinen sogar noch wesentlich erweitert werden können.

Zählungskontrollen haben den Zweck, Fehler zu entdecken mit dem Ziel, sie entweder zu beheben (operative Kontrollen) oder, wenn das nicht oder nicht mehr möglich ist, sie nach Richtung, Umfang, Art und Entstehungsursache zu bestimmen (deskriptive Kontrollen). Sie können in allen Phasen einer Zählung — als Erhebungs-, Aufbereitungs- und Ergebniskontrollen — durchgeführt werden. Dabei können manuelle oder maschinelle Arbeitsverfahren angewandt werden. Hinsichtlich des Umfangs kann es sich um Total- oder Teilkontrollen (Stichprobenkontrollen) handeln. Auch hinsichtlich der Kontrollobjekte ist eine breite Streuung gegeben. Diese Kontrollen können sich erstrecken auf die vollständige und richtige Erfassung und Zuordnung der Zählseinheiten und der Angaben der gezählten Personen, auf die Genauigkeit der Ausführung bestimmter Arbeitsgänge (Signieren, Lochen, Tabellieren), auf die quantitative und qualitative Leistung der einzelnen Bearbeiter (Zähler, Signierer, Locher) usw. Um die Verträglichkeit mit den Ergebnissen anderer Statistiken oder mit sonstigen Karteiunterlagen zu prüfen, können verschiedene Zusammenführungs- und Vorbeiführungsaktionen durchgeführt werden. Im weiteren Sinn gehören zu den Kontrollmaßnahmen auch die im Rahmen der Vorbereitung einer Zählung durchzuführenden Tests (vgl. II 6, Probefragungen), deren Aufgabe es ist, mögliche Fehlerquellen und sonstige Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und sie noch vor der Durchführung der Zählung zu beseitigen. Ihre Zielsetzung ist also eine ähnliche wie die der operativen Kontrollen. Schließlich werden diese Maßnahmen noch ergänzt durch allgemeine methodische Fehleruntersuchungen — etwa durch »Schattenaufbereitungen« statistischen Erhebungsmaterials — sowie durch Untersuchungen über die Möglichkeiten optimaler Nutzung neuer technischer Möglichkeiten für diesen Zweck. Auf diesen allgemeinen Grundlagen war das Kontrollsystem zum Zählungswerk 1960/62 aufzubauen. Das gesamte Lochkartenmaterial wurde vor der Freigabe für die weitere Aufbereitung zunächst maschinellen Materialkontrollen auf der elektronischen Datenverarbeitungsanlage unterzogen. Dazu zählte die Signier- und Wahrscheinlichkeits- (Plausibilitäts-, Kombinations-) Kontrolle. Die durch die Elektronik erstmals ermöglichte maschinelle Materialprüfung wird weiter unten noch eingehender dargestellt.

Bereits im Sommer 1958 entwickelte das Statistische Bundesamt das Konzept eines Kontrollsystems für die Volks- und Berufszählung. Obgleich das ursprünglich entwickelte Konzept später in einigen Punkten modifiziert werden mußte, soll es zunächst in groben Zügen dargestellt werden.

Für die Vorbereitungsphase war eine Serie von Probefragungen vorgesehen, die durch eine auf repräsentativer

Grundlage durchzuführende »Miniatur-Volkszählung« abgeschlossen werden sollte. Daraus sollten wichtige Erkenntnisse vor allem über Fragen der Zählungsorganisation und über die am häufigsten zu erwartenden Fehler nach Art, Ausmaß und Richtung gewonnen werden.

Es folgten die Kontrollen, die während der Erhebung und unmittelbar danach von den Zählern, Oberzählern und den Zählungsdienststellen durchzuführen waren. Hierbei war auf die Vollständigkeit der Zählungspapiere sowie auf die Vollständigkeit und Richtigkeit der Ausfüllung zu achten. Den Gemeinden wurde im Volkszählungsgesetz (§ 9 Abs. 3) ein Vergleich der Gebäude- und Haushaltslisten mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden gestattet, wovon man sich ebenfalls eine entscheidende Verbesserung der Zählpapiere für die weitere Aufbereitung erhoffte. Diese Kontrollmaßnahmen hatten operativen Charakter.

Unmittelbar nach dem Zählungstichtag — noch vor dem »Karteienvergleich« gemäß § 9 Abs. 3 des Volkszählungsgesetzes 1961 — waren in 1 % der Zählbezirke, die repräsentativ auszuwählen waren, sogenannte Sofortkontrollen vorgesehen. Tatsächlich wurden dann aber nur etwa 0,33 % einbezogen. Diese hatten deskriptiven Charakter, wurden geschultem Personal — hauptsächlich Bediensteten der Statistischen Ämter, Mikrozensus-Interviewern usw. — übertragen und verfolgten das Ziel, quantitative Vorstellungen über die einzelnen Fehlerarten zu liefern. In den ausgewählten Haushalten waren bestimmte Merkmale, insbesondere die zur Feststellung der Wohnbevölkerung notwendigen, nachzuprüfen, ferner waren die vollzählige Erfassung aller Haushalte, Personen, Gebäude und Arbeitsstätten zu überprüfen.

Es schlossen sich die umfangreichen, von den Statistischen Landesämtern durchzuführenden Aufbereitungskontrollen an. Am Anfang standen die Eingangskontrollen, bei denen noch einmal die Vollständigkeit der Zählpapiere und die Vollständigkeit der Eintragungen überprüft wurde. Zum Teil waren dabei noch einmal Prüfgänge zu wiederholen, die schon von den Zählern, Oberzählern und Zählungsdienststellen durchzuführen waren, aber von diesen erfahrungsgemäß meist mangelhaft ausgeführt wurden. Es folgte ein Vergleich der Zählpapiere untereinander, um sicherzustellen, daß keine widersprüchlichen Eintragungen vorlagen. Für die Bereinigung abweichender Angaben waren besondere Anleitungen auszuarbeiten.

Ferner waren verschiedene Vorbeiführungsaktionen — an Betriebskarteien, Unterlagen aus Bereichsstatistiken usw. — vorgesehen, um eine einheitliche wirtschaftssystematische Zuordnung bei den verschiedenen Statistiken zu erzielen.

Während des Signierens war die Richtigkeit der Verschlüsselung durch die einzelnen Signierer, also die individuelle Leistungsqualität der Signierer, zu überprüfen (»Signierprüfen«). Ferner hatten die Signierer bereits die Wahrscheinlichkeit der Angaben in den Fragebogen — d. h., die Verträglichkeit der Angaben untereinander — vorzuprüfen. Ebenso wie das Signieren, war auch das Lochen auf die dabei unterlaufenen Fehler zu überprüfen (»Lochprüfen«). Mit dem Kontrollsystem wurde also vor allem angestrebt, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Ergebniserstellung weitgehend zu sichern und darüber hinaus eine Vorstellung über Umfang und Art der entstandenen Fehler zu gewinnen. Ein anderes wichtiges Ziel bestand darin, das zu bearbeitende Material für die weitere Aufbereitung widerspruchsfrei zu

machen, um zu verhindern, daß unverträgliche Ergebnisse zustande kamen. Geringfügige Abweichungen von den Prüf- und Bereinigungsrichtlinien konnten dabei hingenommen werden, wenn sie die Aussagekraft der Ergebnisse nicht beeinträchtigten. Die Entscheidung über die tragbare Fehler-toleranz mußte dabei jeweils unter Berücksichtigung des Verwendungszweckes der Ergebnisse getroffen werden. Im allgemeinen wurde ganz bewußt darauf verzichtet, mit buchhalterischer Akribie jeder Unstimmigkeit nachzugehen und sie richtigzustellen.

Die weitere Darstellung beschränkt sich im wesentlichen auf die bei der Volks- und Berufszählung 1961 durchzuführenden Kontrollen, die durch einige Bemerkungen über die Kontrollen für die Arbeitsstättenzählung 1961 ergänzt werden.

Eine Darstellung des Systems der Erhebungs- und Aufbereitungskontrollen enthält auch Heft 1, Fachserie A, »Die methodischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung 1961«. Wichtige Ergebnisse dieser Kontrollen sind in Heft 21, Fachserie A, »Untersuchungen zur Methode und Genauigkeit der Volks- und Berufszählung 1961« enthalten.

2. Kontrollen zur Volks- und Berufszählung 1961

a) Erhebungskontrollen

Am Anfang des Kontrollsystems standen einige Stichprobenkontrollen, und zwar die Sofortkontrolle, die Alphabetkontrolle und die Merkmalskontrolle. Sie hatten den Zweck, Zählfehler nach Art und Größe festzustellen, insbesondere die Vollständigkeit und Richtigkeit der Erfassung von Personen und Haushalten sowie deren richtige Zuordnung zur Wohnbevölkerung zu überprüfen.

Sofortkontrolle

Bei der Sofortkontrolle wurde überprüft, ob alle Gebäude, Wohnungen, Haushalte und Personen, vor allem solche mit weiterem Wohnsitz — lückenlos in die Zählung einbezogen worden waren. Sie wurde im Juni und Juli 1961 durchgeführt. In den einzelnen Ländern wurden zwischen 0,25 % und 0,5 % der Zählbezirke einbezogen; insgesamt ergab sich ein Auswahlatz von 0,33 %. Das Auswahlverfahren war zweistufig. Zunächst wurden die Kontrollgemeinden und im Anschluß daran die Kontrollbezirke innerhalb dieser Gemeinden ausgewählt. Die einzubeziehenden Zählbezirke wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Da Erfassungslücken oder Doppelerfassungen vor allem an Zählbezirksgrenzen am ehesten vorkommen können, wurden jeweils zwei benachbarte Zählbezirke ausgewählt. Für die Auswahl des jeweils hinzuzuwählenden zweiten (benachbarten) Zählbezirks wurden besondere Richtlinien ausgegeben.

Als Prüfer wurden Bedienstete der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes eingesetzt. Es wurde darauf geachtet, daß die Prüfer, wenn sie schon früher an der Durchführung der Zählung beteiligt waren, nicht wieder in der gleichen Gemeinde eingesetzt wurden.

Die Kontrollen wurden an Hand der ausgefüllten Originalfragebogen durchgeführt, die von den Zählungsdienststellen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden waren. Festgestellte Fehler wurden in Prüfprotokollen festgehalten. In die Originalfragebogen durften keine Eintragungen gemacht werden. In den ausgewählten Doppelzählbezirken wurde zunächst geprüft, ob bei der Zählung alle Gebäude erfaßt worden waren. Sofern die Auswahl der Doppelzählbezirke nach der numerischen Methode erfolgt war, mußten vom Prüfer noch alle an den Doppelzählbezirk angrenzenden Gebäude auf einer besonderen Liste aufgeführt werden. Dann hatte der Prüfer festzustellen, ob in den einzelnen Gebäuden alle Wohnungen erfaßt worden waren. Für die

einzelnen Wohnungen war zu prüfen, ob alle darin lebenden Personen bei der Zählung erfaßt worden waren. Um die vollständige Erfassung der Haushaltsmitglieder zu überprüfen, war es zweckmäßig, dem Haushalt nochmals die von ihm ausgefüllte Haushaltsliste vorzulegen. Der Prüfer sollte sich dabei einleitend nach den Schwierigkeiten erkundigen, die sich beim Ausfüllen ergeben hatten.

Aus den Erfahrungsberichten ging hervor, daß die Bevölkerung Verständnis für diese Kontrollmaßnahme hatte.

Alphabetkontrolle

Mit dieser Kontrolle sollte ein Überblick geschaffen werden, in welchem Umfang bei Personen mit mehreren Wohnungen Doppelerfassungen und Auslassungen unterlaufen waren. Durch irrtümliche oder falsche Angaben zu den Fragen, die für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung maßgeblich waren, konnte es geschehen, daß eine Person mit mehreren Wohnungen mehrfach oder aber auch nirgends der Wohnbevölkerung zugerechnet wurde.

Zur Untersuchung dieses Problems wurden in den Statistischen Landesämtern für alle in Haushalts- und Anstaltslisten eingetragenen Personen, deren Familienname mit dem Buchstaben »A« begann, Zählblätter¹⁾ ausgeschrieben. Darauf wurden als Identifikationsmerkmale Name, Geschlecht, Geburtstag und Familienstand, ferner die Zuordnung zur Wohnbevölkerung und einige weitere Angaben festgehalten. Die Zählblätter wurden an das Statistische Bundesamt übersandt und dort zentral und manuell aufbereitet. Die Zählblätter wurden zunächst dupliziert, dann wurde eine doppelte Kartei angelegt, die eine nach Geburtsdaten, die andere alphabetisch nach dem Familiennamen. Auf diese Weise konnten alle für dieselbe Person ausgeschrieben Zählblätter zusammengeführt werden. Es wurde dabei ersichtlich, ob eine Person richtig, mehrmals oder überhaupt nicht zur Wohnbevölkerung gezählt wurde. In die Alphabetkontrolle wurden rund 1,1 Mill. Personen oder 2 % der Wohnbevölkerung einbezogen. Die Auswahl kann als zufallsähnlich bezeichnet werden. Die Auswahl der Personen mit Anfangsbuchstaben »A« war auch deshalb günstig, weil die regionale Variabilität dieser Namen relativ gering ist und außerdem keine extrem häufigen Namen vorkommen.

Ursprünglich war geplant, für die Personen mit mehrfachem Wohnsitz eine totale operative Kontrolle (die sogenannte Rot-Weiß-Aktion) durchzuführen. Dieses Vorhaben wäre jedoch zu arbeits- und kostenaufwendig gewesen. Die Alphabetkontrolle hatte demgegenüber mehrere Vorzüge. Als deskriptive Kontrolle störte sie nicht den zeitlichen Ablauf der Aufbereitung. Außerdem konnten auch Doppelerfassungen erkannt werden, die darauf zurückzuführen waren, daß die Angaben über den weiteren Wohnraum an beiden Wohnorten versäumt wurden oder falsch waren. Das war möglich, weil Zählkarten für alle Personen mit dem Anfangsbuchstaben »A«, und nicht nur für solche Personen, die Angaben über weiteren Wohnraum gemacht hatten, ausgeschrieben wurden. Außerdem konnte mit Hilfe dieser Stichprobe die Auswirkung von Fehlern in der Ermittlung der Wohnbevölkerung auf andere Zählungsmerkmale, wie beispielsweise auf die Altersgliederung oder die Erwerbstätigkeit, festgestellt werden.

Merkmalskontrolle

Bei der Merkmalskontrolle wurden die Haushaltslisten der Volkszählung mit den Listen der 0,1 %-Befragungen des Mikrozensus vom April und Juli 1961 (also der beiden Befragungen, die unmittelbar vor und nach dem Volkszählungstischtag lagen) zusammengeführt. Es wurde festgestellt, inwieweit die bei der Volkszählung gemachten Angaben zu einzelnen Merkmalen (z. B. Geburtsdatum, Stellung zum

¹⁾ Abdruck im Anhang S. 331.

Haushaltsvorstand, Familienstand, Erwerbstätigkeit, Vertriebenenausweis usw.) von den entsprechenden Angaben bei den Mikrozensusbefragungen abwichen. Bei Abweichungen (soweit sie nicht eindeutig auf in der Zwischenzeit eingetretene Veränderungen, etwa im Familienstand durch Eheschließung usw., zurückzuführen waren) wurde davon ausgegangen, daß die Angaben im Mikrozensusbogen richtig seien. Über die Abweichungen wurden Auswertungen vorgenommen.

b) Maschinelle Signier- und Kombinationskontrollen

Bei früheren Zählungen mußten die einzelnen Tabellen vor ihrer Freigabe zur Veröffentlichung und Kommentierung untereinander abgestimmt und darüber hinaus auch noch von Fehlern bereinigt werden, die durch falsche Angaben im Erhebungsbogen oder durch Fehler beim Signieren und Lochen entstanden waren. Bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 war es dank der eingesetzten elektronischen Datenverarbeitungsanlagen erstmals möglich, bereits die auf Lochkarten übernommenen Einzelangaben einer extensiven vollmaschinellen Plausibilitätsprüfung zu unterziehen. Die Berichtigung des Materials mußte freilich wegen der zu geringen Speichergröße der verwendeten Anlagen noch manuell vorgenommen werden. Als Ausnahme davon sind lediglich die beim Statistischen Bundesamt durchgeführten Materialprüfungen und -bereinigungen für die Haushalts- und Familienstatistik zu erwähnen. Mit Hilfe der verfügbaren größeren elektronischen Anlage konnte ein sehr weitgehend integrierter Arbeitsablauf erzielt werden.

Der wesentliche Vorzug dieses Verfahrens bestand darin, daß nach Abschluß dieser Kontrollen die Individuallochkarten als »fehlerfrei« betrachtet werden konnten. Darunter ist vor allem zu verstehen, daß sie eine in sich widerspruchsfreie Grundlage für die weitere Aufbereitung darstellten. Obwohl sich geringfügige Unstimmigkeiten nicht haben vermeiden lassen, war es möglich, an Hand der bereinigten Individuallochkarten einen zügigen Ablauf der weiteren Aufbereitung zu sichern. Die Verdichtung der Individualangaben zu Summenkarten und deren weitere Verarbeitung zu Ergebnistabellen wurde zwar auch laufend kontrolliert, jedoch waren keine nennenswerten Korrekturen und Abstimmungen mehr erforderlich. Gegenüber dem früheren Bereinigungsverfahren, das bei jeder Unstimmigkeit eine Vielzahl von Quervergleichen und umfangreiche Korrekturen in den Ergebnistabellen, die auf der gleichen fehlerhaften Grundlage aufgebaut waren, erforderlich machte, war das neue Verfahren ein sehr erheblicher Fortschritt.

Das Prüfprogramm erstreckte sich auf die Ermittlung falscher Signierziffern, die beim Signieren, Lochen oder auch durch unzutreffende Angaben in der Haushaltsliste entstanden sein konnten. Außerdem wurden Fehler durch Prüfung der Möglichkeit oder Unmöglichkeit bestimmter Merkmalskombinationen (d. h. durch Kombinations- oder Plausibilitätskontrollen) festgestellt; beispielsweise lag ein Fehler vor, wenn für ein Kleinkind Erwerbstätigkeitsangaben signiert waren.)

Ursprünglich waren zwei Kontrolldurchläufe vorgesehen, von den meisten Landesämtern wurden jedoch noch zusätzliche Durchläufe eingeschoben, um eine bessere Materialbereinigung zu erzielen. Die Verteilung der Kontrollen auf mehrere Maschinendurchläufe war notwendig, weil die beschränkte Speicherkapazität der Maschinen einen integrierten Ablauf nicht gestattete.

Beim ersten Durchlauf wurden zunächst alle Individuallochkarten auf Signier- und Lochfehler geprüft. Die beanstandeten Karten wurden mit sämtlichen Merkmalen auf Maschinenband geschrieben und angesteuert, die festgestellten Fehler wurden durch Fehlerschlüssel gekennzeichnet. Die angesteuerten und beanstandeten Lochkarten wurden durch berichtigte ersetzt und dann vernichtet. Alle neu ge-

lochten Karten wurden ebenfalls der Signierkontrolle des ersten Durchlaufs unterzogen.

Aus den unbeanstandeten Individuallochkarten wurden die wichtigsten Strukturdaten (Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Erwerbspersonen — darunter in der Landwirtschaft, Auspendler) in der Gliederung nach Zahlbezirken gelistet. Ferner wurden die Altersjahre, die Kennziffern für Vertriebenengruppen und innerstädtische Pendler sowie Prüfzeichen eingestanz.

Die je Zahlbezirk festgestellten Wohnbevölkerungszahlen nach dem Geschlecht wurden mit dem Ergebnis der manuell festgestellten Wohnbevölkerung verglichen und abgestimmt. Der Kartenbestand wurde auf Vollzähligkeit überprüft. Die Zahlen wurden von einzelnen Ländern bereinigt oder unbereinigt veröffentlicht, teilweise auch als Unterlage für die Zusammenstellung von Wohnplatzverzeichnissen verwendet. Die Maschinenbänder mit den Zahlbezirksergebnissen wurden den interessierten Städten für eigene Auswertungen überlassen.

Einige Länder haben nach dem ersten Durchlauf einen weiteren Durchlauf aller Individuallochkarten vorgesehen. Dabei wurden bereits einige Kombinationsprüfungen durchgeführt und bereinigte Zahlbezirksergebnisse mit erweiterter Merkmalsgliederung gewonnen und angeschrieben, die gegen die unbereinigten Fehlerlisten ausgetauscht wurden.

Beim ersten Durchlauf wurden schließlich die Lochkarten für Nichterwerbspersonen und Soldaten angesteuert, da sich der zweite Durchlauf nur auf die Erwerbsbevölkerung bezog.

Die sich nun anschließende Überprüfung der Angaben über die Erwerbstätigkeit auf Wahrscheinlichkeit bestand aus zwei nacheinander ablaufenden Kontrollteilen: Bei der »Kombinationskontrolle« wurden die Merkmale über die Erwerbstätigkeit untereinander und mit einigen anderen Merkmalen auf ihre Verträglichkeit geprüft; bei der speziellen »Berufszählungskontrolle« wurde die Kombination von Beruf, Wirtschaftsgruppe, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht als Kriterien herangezogen. Diese Kontrolle geschah nach einem festen Programm mit Hilfe eines variablen Leitkartensatzes, der die genannten Merkmale in den als zulässig betrachteten Kombinationen enthielt.

Die beanstandeten Karten wurden, ähnlich wie bei der Überprüfung der Signier- und Lochfehler, mit sämtlichen Merkmalen auf Maschinenband geschrieben, wobei die Beanstandungen durch die in einem Fehlerschlüssel festgelegten Symbole gekennzeichnet wurden. Auf der Fehlerliste wurden gleichzeitig die Besetzungszahlen für die durch die einzelnen Leitkarten abgegrenzten Gruppen ausgewiesen.

Als Arbeitsunterlage für die Berichtigung der gelisteten Beanstandungen dienten Prüfblätter, die den gleichen Inhalt wie der bei der maschinellen Kombinationskontrolle benutzte Leitkartensatz hatte. Das heißt, für jeden der über 400 berücksichtigten Berufe lag — jeweils getrennt für »männlich« und »weiblich« — ein Prüfblatt vor, in das alle als zulässig zu betrachtenden Kombinationen von Beruf und den übrigen Vergleichsmerkmalen (Wirtschaftsgruppe, Stellung im Beruf und Alter) eingetragen waren. Mitunter ergaben sich Kombinationen zwischen Beruf und übrigen Merkmalen, die in den Arbeitsunterlagen nicht berücksichtigt worden waren. Diese Fälle wurden von den Landesämtern dem Bundesamt mitgeteilt, welches dann eine einheitliche Ergänzung des Leitkartensatzes und der Prüfblätter in allen Landesämtern veranlaßte.

In diesem Arbeitsabschnitt wurden ferner die Karten der Pendler mit Zielgemeinde in einem anderen Bundesland angesteuert und gedoppelt. Hierbei handelte es sich einmal um die unbeanstandeten und um die berichtigten Karten für erwerbstätige Auspendler, zum anderen um die Kar-

ten von Auspendlern unter Schülern und Studenten. Die Karten der übrigen Nichterwerbspersonen und Soldaten brauchten nicht berücksichtigt zu werden. Die gedoppelten Karten wurden den Ländern zugeleitet, in denen die Zielgemeinde lag.

Nach Abschluß dieser Arbeiten wurden die Individuallochkarten für Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen wieder zusammengeführt und gemeindeweise sortiert. Dabei wurde gleichzeitig auch die Vollzähligkeit des Lochkartenbestandes überprüft. Außerdem wurden für einige Merkmalsgruppen Abstimmzahlen für die anschließende Summenkartenfertigung gewonnen.

Das Material konnte nun als vollzählig, vollständig und widerspruchsfrei betrachtet und für die weitere Aufbereitung freigegeben werden.

Die Signier- und Kombinationskontrollen für die Individuallochkarten der Ausländer, der Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach-, Fachschule oder Hochschule und der Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich wurden in einem besonderen Durchlauf für diese sogenannten »Teilmassen« durchgeführt. Dieser Arbeitsgang wurde erst nach Fertigstellung aller Ländersummenkarten, also gegen Ende der maschinellen Aufbereitung, eingeschoben. Ergaben sich bei der Prüfung Beanstandungen, so durften Berichtigungen grundsätzlich nur in den für die Teilmasse spezifischen Merkmalen vorgenommen werden.

Bei diesem Durchlauf wurde außerdem die Zahl der Lochkarten je Teilmasse festgestellt (diese Unterlagen wurden später für Abstimmungszwecke herangezogen), ferner wurden vorläufige Ergebnisse gewonnen.

Die Personen mit abgeschlossener Ausbildung wurden nach der Schulart und die Anstaltsbevölkerung nach der Art der Erfassung (Haushaltsliste oder Einzelbogen zur Anstaltsliste) gegliedert. Ferner wurde die Zahl der beanstandeten Lochkarten je Teilmasse in der Gliederung nach sämtlichen Fehlerarten als Grundlage für eine Fehlerstatistik ermittelt.

Die Zahl der Beanstandungen von Signaturen und Merkmalskombinationen lag zu Beginn der Arbeiten höher als später. Beim ersten Durchlauf wurden anfangs 2–3% der Einzellochkarten beanstandet. Gegen Schluß der Arbeiten sanken die Fehlerquoten beim ersten Durchlauf allgemein auf weniger als 1%. In den einzelnen Ländern wurden im ersten Durchlauf zwischen 0,5 und 1,5% beanstandete Lochkarten festgestellt.

Bei der Kontrolle der Erwerbstätigkeitsangaben lag die Quote der beanstandeten Karten anfangs zwischen 5 und 6%, reduzierte sich dann aber im Laufe der Zeit auf 2–3%. Die durchschnittliche Fehlerhäufigkeit wurde mit rund 3–4% festgestellt.

c) Haushalts- und Familienstatistik

Die Pläne für die bei der Haushalts- und Familienstatistik durchgeführten maschinellen Wahrscheinlichkeitskontrollen sind im Statistischen Bundesamt von der Fachabteilung gemeinsam mit der maschinellen Aufbereitung aufgestellt worden. Dank dem Einsatz einer elektronischen, mit Magnetbandtechnik arbeitenden Großrechenanlage konnten nicht nur die bei konventionellen Aufbereitungen üblichen manuellen Prüfgänge reduziert und auf die Maschine verlagert werden. Es ist darüber hinaus unter Ausnutzung der Kapazität dieser Anlage möglich geworden, ein wesentlich umfangreicheres Prüfprogramm abzuwickeln als in den Statistischen Landesämtern bei der Aufbereitung des Gesamtmaterials, bei der eine kleinere elektronische Rechenanlage, die nur Lochkarten verarbeiten konnte, eingesetzt wurde. Die große Fülle des zu verarbeitenden Materials hatte es

bei der Totalaufbereitung (56 Mill. Individuallochkarten) in Verbindung mit den technischen Gegebenheiten der kartenverarbeitenden Anlage aus Gründen der Beschleunigung ratsam erscheinen lassen, das Material in Summenkarten zu verdichten, wobei immerhin noch 12 Mill. Summenkarten zu verarbeiten waren. Bei der Aufbereitung der 10%-Haushalts- und Familienstatistik konnte in Anbetracht der geringeren Materialmenge sowie der technischen Möglichkeiten der Großrechenanlage auf diesen Zwischenschritt verzichtet werden, so daß als Grundmaterial für die Wahrscheinlichkeitskontrollen ausschließlich die Individuallochkarten bzw. die entsprechenden Daten auf Magnetband in Frage kamen. Damit ist bei der 10%-Aufbereitung natürlich auch das Problem der Abstimmung der Summenkarten entfallen — die Tabellierung ist ja unmittelbar unter Verwendung der bereinigten Individuallochkarten und nicht aus Summenkarten vorgenommen worden.

Die Signierkontrollen dienten in erster Linie der Aufdeckung von Signier- und Lochfehlern in den Einzelfällen. Die Kombinationskontrollen waren auf die gegenseitige Überprüfung der Angaben zu verschiedenen Merkmalen in den Einzelfällen abgestellt (so durfte beispielsweise ein Kleinkind nicht verheiratet sein). Daneben sind entsprechend der Zielsetzung bei der Haushalts- und Familienstatistik zusätzlich noch Kontrollen der Haushalts- und Familienzusammensetzung vorgenommen worden, d. h. es ist beispielsweise überprüft worden, ob der Altersabstand zwischen Eltern und Kindern eine bestimmte Grenze nicht unter- oder überschritt. Diese Kontrollen erstreckten sich ihrer Natur nach auf den Inhalt mehrerer Lochkarten bzw. auf mehrere Fälle.

Bei der Durchführung der Wahrscheinlichkeitskontrollen konnte in begrenztem Umfang auch von den Möglichkeiten maschineninterner automatischer Fehlerkorrekturen Gebrauch gemacht werden, d. h. unter bestimmten Voraussetzungen sind von der Maschine festgestellte Fehler unmittelbar maschinell bereinigt worden.

Durchführung der Wahrscheinlichkeitskontrollen

Während für die Durchführung der Wahrscheinlichkeitskontrollen bei der Totalaufbereitung bis zu fünf Durchläufe notwendig waren, konnte bei der repräsentativen Aufbereitung das im Vergleich zur Totalaufbereitung wesentlich umfangreichere Prüfprogramm in zwei Phasen abgewickelt werden.

Die erste Phase hatte sortiertechnische Funktionen, d. h. das Material ist nach bestimmten Kriterien, wie den Regionalangaben, in eine feste Ordnung gebracht worden; außerdem wurde noch die »Zusammenführung der Haushalte« vorgenommen. Fälle, die Widersprüche erkennen ließen, weil beispielsweise die Angaben über die Haushaltsgröße mit den entsprechenden Angaben aller anderen Fälle des betreffenden Haushaltes nicht übereinstimmten, sind als Fehler angeschrieben worden.

Die eigentlichen Wahrscheinlichkeitskontrollen, also die Signierkontrollen, die Kombinationskontrollen sowie die Kontrollen der Haushalts- und Familienzusammensetzung, sind dann in die zweite Phase genommen worden. Die bei den Wahrscheinlichkeitskontrollen festgestellten Fehler sind auf Fehlerlisten angeschrieben und im Anschluß daran manuell bereinigt worden.

Die Reinigungsarbeiten erstreckten sich über einen Zeitraum von etwa 4 Monaten und waren im November 1964 beendet. Im Monatsdurchschnitt waren etwa 20 Mitarbeiter damit beschäftigt.

Bei den Wahrscheinlichkeitskontrollen wurden insgesamt 187 000 Beanstandungen festgestellt, von denen 10–20% in einen zweiten oder weiteren Durchlauf gegeben werden

mußten. Insgesamt ergaben sich etwa 210 000 zu prüfende Beanstandungsfälle.

Vom Gesamtkartenmaterial der Haushalts- und Familienstatistik wurden etwa 3% beanstandet. Der Anteil der Wiederholungsbeanstandungen lag dabei zwischen 10 und 20%. Dieser hohe Anteil war auf das sehr extensive Kontrollverfahren zurückzuführen. Die Bereinigung erfolgte nicht auf Grund von Klartextangaben, sondern auf Grund der Schlüsselzahlen in den Lochkarten, die sich die Bearbeiter nach einer Einarbeitungszeit von etwa einem Monat eingeprägt haben mußten. Insgesamt gab es mehr als 100 verschiedene Fehlerarten.

Von den 187 000 Beanstandungen mußten 128 000 korrigiert werden. Im Rahmen der Signierkontrollen wurden 12 000 Fehler angeschrieben, die praktisch vollständig zu bereinigen waren. Unter den 99 000 Beanstandungen bei den Kombinationskontrollen waren 64 000 und unter den 75 000 Beanstandungen bei den Haushalts- und Familienkontrollen waren 52 000 zu bereinigen. Nicht alle Beanstandungen sondern nur die zu bereinigenden Fälle können als echte Fehler angesprochen werden.

Eine ausführliche Analyse der Kontrollergebnisse enthält Heft 21 über »Untersuchungen zur Methode und Genauigkeit der Volks- und Berufszählung 1961«.

3. Kontrollen zur Arbeitsstättenzählung 1961

a) Manuelle Vorbeiführungs- und Zusammenführungsaktionen¹⁾

Diese Maßnahmen verfolgten verschiedene Zwecke. Der Hauptzweck war, die systematische Zuordnung der von der Arbeitsstättenzählung 1961 erfaßten Arbeitsstätten und Unternehmen mit der systematischen Zuordnung derselben Institutionen in den anderen Statistiken, in denen sie gleichfalls erfaßt wurden, abzustimmen. Durch diese Aktionen sollten ferner die systematische Zuordnung und die Beschäftigtenzahlen von Mehrbetriebsunternehmen und ihren Niederlassungen nachträglich aufeinander abgestimmt sowie auch etwaige Erfassungslücken geschlossen werden. Einer einheitlichen Zuordnung und Vergleichbarkeit sind naturgemäß Grenzen durch unterschiedliche oder abweichende Kriterien für die Zuordnung, durch Abweichungen bei Erhebungseinheiten und Berichtskreisen, Erhebungsterminen oder Berichtszeiträumen gesetzt.

Dem Ziel einer möglichst einheitlichen systematischen Zuordnung und der Schließung von Erfassungslücken dienten sogenannte Vorbeiführungsaktionen. In den Statistischen Landesämtern wurden die Arbeitsstättenbogen an dem Fragebogen-, Kartei- oder Listenmaterial der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1960, der Industrieberichtserstattung (wie bereits 1950), der Bauberichterstattung, der Handels- und Gaststättenzählung 1960 und der jährlichen Statistik der Kapitalgesellschaften (zur Überprüfung der Zahl der Aktiengesellschaften) »vorbeigeführt«. Lediglich der Arbeitsstättenzählung kam die o. a. erwähnte Aktion bei Mehrbetriebsunternehmen mit der Zusammenführung von Hauptniederlassungsbogen mit den zugehörigen Zweigniederlassungsbogen zugute. Trennten Ländergrenzen die Haupt- von den Zweigniederlassungen, so waren entsprechende Formblätter zwischen den beteiligten Landesämtern auszutauschen.

Die Vorbeiführungs- und Zusammenführungsaktionen wurden besonderer Umstände halber erst zu einem Zeit-

punkt beschlossen, als das oben geschilderte »Inhaltliche Prüfen und Signieren« gemäß Prüf- und Signieranweisung bereits in vollem Gange war. Diese sah zwar auch schon gewisse Vollständigkeitskontrollen anhand der Unterlagen anderer Erhebungen vor, jedoch noch nicht die o. a. sehr viel weitergehenden Abstimmungen bezüglich systematischer Zuordnung und Beschäftigtenzahlen. Durch diese zusätzlichen Aktionen ergaben sich Änderungen bei der systematischen Zuordnung, den Beschäftigtenzahlen und gegebenenfalls auch den Rechtsformen, vor allem für Mehrbetriebsunternehmen.

Der Ablauf der Arbeitsgänge mußte den einzelnen Statistischen Landesämtern überlassen bleiben. Er hing weitgehend von der terminlichen Verfügbarkeit und der Ordnung des Materials der anderen, zur Abstimmung herangezogenen Statistiken ab. Die Vorbeiführung an anderen Statistiken sowie die Zusammenführung der Haupt- mit den Zweigniederlassungsbogen erfolgte zum Teil nur für Betriebe bestimmter Größe.

Ein abschließendes Urteil über diese Aktionen kann und soll hier nicht gegeben werden. Es kann jedoch gesagt werden, daß die Vollständigkeit der Arbeitsstättenzählung 1961 sowie die Vervollständigung der Berichtskreise anderer Statistiken dadurch verbessert worden ist. Unter Berücksichtigung des in bezug auf die inhaltliche und systematische Vergleichbarkeit im vorausgehenden Gesagten kann auch für diesen Teil der Vorbei- und Zusammenführungsaktionen ein gewisser Erfolg angenommen werden. Für eine Quantifizierung des erreichten Erfolges, soweit eine solche überhaupt möglich wäre, reichen die verfügbaren Berichte und Unterlagen nicht aus. Zweifellos war es aber ein Nachteil, daß die Veröffentlichung der Ergebnisse durch den beträchtlichen Zeitaufwand für die Durchführung der Aktionen um ungefähr sechs Monate verzögert wurde. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sie zur Vermeidung weiterer Verzögerungen abgebrochen werden mußten.

b) Maschinelle Signier- und Kombinationskontrollen

Diese Kontrollen wurden in den Statistischen Landesämtern auf kleinen elektronischen Datenverarbeitungsanlagen durchgeführt. Die Lochkarten durchliefen eine Signier- und Kombinationskontrolle. Dabei wurden Karten, die sachlich unmögliche oder unwahrscheinliche Luchungen enthielten, angesteuert, überprüft und berichtigt. Außer den Ordnungsangaben wurde insbesondere geprüft, ob die Angaben über Niederlassungsform (ob einzige Arbeitsstätte, Haupt- oder Zweigniederlassungen oder Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter oder Gebietskörperschaften und Sozialversicherung), Rechtsform (Einzelunternehmen, Personal-, Kapitalgesellschaft u. a.), Wirtschaftszweig, Handwerks-, Heimarbeiter-, Zwischenmeister- oder Vertriebeneneigenschaft zueinander paßten. So durften z. B. Angaben über Rechtsformen nur bei einzigen Arbeitsstätten und Hauptniederlassungen, dagegen nicht bei Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen und bei Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen vorkommen, weil Rechtsformen nur für Unternehmen anzugeben waren und diese wiederum nur im erwerbswirtschaftlichen Sektor der Abteilungen 0—7 der Systematik der Wirtschaftszweige vorkommen konnten²⁾. Ferner konnten die Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter und Gebietskörperschaften usw. nie in die Handwerksrolle eingetragen sein oder Heimarbeitern, Zwischenmeistern oder Vertriebenen gehören.

¹⁾ Näheres hierzu bei: Anton/Spilker: »Die Arbeitsstättenzählung 1961«, Allgemeines Statistisches Archiv, 1963, Heft 3.

²⁾ Abgesehen von in IV. 3. d genannten Ausnahmen.

Kontrollsystem zum Volkszählungswerk 1961

Art bzw. Bezeichnung der Kontrolle	Zeit der Durchführung	Umfang	Zweck
Kontrollen während der Erhebung			
Prüfarbeiten der Zähler und Oberzähler	Nach Entgegennahme der Zählpapiere	Alle Haushalts-, Anstalts-, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen	Überprüfung der Zählpapiere auf Vollständigkeit, vollständige und richtige Beantwortung. (Vgl. Drucksache Nr. 6, »Leitfaden für den Zähler«, Abdruck im Anhang S. 258). In »Prüfmustern für den Zähler« (mit rot eingedruckten Richtlinien versehene Haushalts-, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen) waren die besonders zu prüfenden Merkmale gekennzeichnet.
Sofortkontrolle von Erfassungsfehlern	Nach Eingang der Zählpapiere bei den Gemeinden, jedoch vor weiterer Bearbeitung durch die Gemeindebehörde	In rund 0,33 % der Zählbezirke (Stichprobenauswahl benachbarter Zählbezirkspaare)	Deskriptive Kontrolle mit dem Ziel, quantitative Vorstellungen über die Vollständigkeit der Erfassung aller Zählobjekte (Erfassungslücken bzw. Doppelerfassungen) zu vermitteln und vor allem die Richtigkeit der zur Feststellung der Wohnbevölkerung notwendigen Angaben zu überprüfen. Durchgeführt von besonders geschulten Personen, meist Bediensteten der Statistischen Ämter und Mikrozensus-Interviewern.
Prüfarbeiten in den Gemeinden	Vor Ablieferung der Zählpapiere an die Statistischen Landesämter bzw. an die Landratsämter	Alle Haushalts-, Anstalts-, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen	Überprüfung der vollständigen Erfassung aller Erhebungsobjekte; Prüfen der abgelieferten Erhebungsbogen auf vollständige und richtige Eintragungen. (Vgl. Drucksache Nr. 10, »Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden«, Abdrucke im Anhang S. 319). Die Gemeinden durften außerdem gemäß § 9 Abs. 3 des Volkszählungsgesetzes 1961 die Gebäude- und Haushaltslisten mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden vergleichen.
Kontrollen während der Aufbereitung			
Eingangskontrolle in den Statistischen Landesämtern	Nach Eingang der Zählpapiere	Alle Haushalts-, Anstalts-, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen, ferner Zählbezirkslisten	Abschließende Überprüfung der Zählpapiere auf Vollständigkeit.
Vollständigkeitskontrolle, Vergleich der Zählpapiere, Prüfung der Abschlußarbeiten	Vor Trennung der Zählpapiere	wie oben	Da die den Zählern, Oberzählern und Gemeinden übertragenen Prüfgänge erfahrungsgemäß nicht immer sachgemäß durchgeführt werden, war eine nochmalige Durchsicht der Zählpapiere auf vollständige und richtige Ausfüllung durch geschultes Personal in den Statistischen Landesämtern erforderlich. Die Verträglichkeit der Eintragungen in den verschiedenen Zählpapieren sowie die ordnungsgemäße Durchführung der Abschlußarbeiten auf der Zählbezirksliste waren zu prüfen.
Vorbeiführungs- und Zusammenführungsaktionen	Nach Trennung der Zählpapiere	Alle Arbeitsstättenbogen	»Vorbeiführen« der Arbeitsstättenbogen an den Unterlagen entsprechender Bereichszählungen, der Steuerstatistiken, der jährlichen Statistik der Kapitalgesellschaften. Hauptzweck war, die gleiche wirtschaftssystematische Zuordnung der Arbeitsstätten und Unternehmen bei der Arbeitsstättenzählung und den Bereichszählungen oder Sonderstatistiken zu erreichen.
Signierkontrollen	Im Anschluß an das Signieren, vor dem Lochen	Anfangs totale Überprüfung, in der Folgezeit Stichprobenkontrollen, deren Umfang unter Berücksichtigung der Leistungsqualität der Signierer bestimmt wurde	Überwachung der Arbeit jedes einzelnen Signierers; Kontrolle ob die Signieranleitungen eingehalten wurden. Während der Bearbeitung festgestellte Lücken in den Anleitungen waren dem Statistischen Bundesamt mitzuteilen, damit gegebenenfalls eine einheitliche Ergänzung bzw. Änderung der Anweisungen vorgenommen werden konnte. Die Signierer sollten ferner darauf achten, ob die Angaben auf einem Erhebungsbogen untereinander verträglich waren.
Lochprüfen	Im Anschluß an das Lochen, vor dem Tabellieren	Analog den Signierkontrollen	Überprüfung, ob die vorgegebenen Signaturen korrekt abgelocht wurden.
Maschinelle Signier- und Plausibilitätskontrollen (auch als Kombinations- oder Wahrscheinlichkeitskontrollen bezeichnet)	Nach dem Lochen, vor dem Fertigen der Summenkarten	Alle Individuallochkarten	Die Individuallochkarten wurden in mehreren Durchläufen auf der elektronischen Datenverarbeitungsanlage auf Fehler und unmögliche oder unwahrscheinliche Merkmalskombinationen überprüft. Als »fehlerhaft« wurden alle Karten angesteuert, die im Signierschlüssel nicht enthaltene Lochungen enthielten oder Merkmalskombinationen aufwiesen, die im vorgegebenen »Leitkartensatz« nicht vorgesehen waren. Die Leitkarten enthielten alle Merkmalskombinationen, die als »erlaubte« anzusehen waren. Die als fehlerhaft angesteuerten Karten wurden auf Fehlerlisten angeschrieben, die Fehlerarten wurden in einer besonderen Spalte durch Symbole (Ziffern und Buchstaben) gekennzeichnet. Die Berichtigung erfolgte manuell auf den Fehlerlisten, wobei in Zweifelsfällen auf die Originalunterlagen zurückgegriffen wurde. An Hand der korrigierten Listen wurden neue Lochkarten als Ersatz für die angesteuerten gefertigt. Vor Herstellung der Summenkarten wurde in ein bis zwei weiteren Durchläufen sichergestellt, daß das Material für die weitere Aufbereitung widerspruchsfrei war.

noch: Kontrollsystem zum Volkszählungswerk 1961

Art bzw. Bezeichnung der Kontrolle	Zeit der Durchführung	Umfang	Zweck
noch: Kontrollen während der Aufbereitung			
Alphabetkontrolle	Als Sonderaufbereitung parallel zur übrigen Aufbereitung	Rund 1,1 Mill. Personen (2% der Bevölkerung)	In den Statistischen Landesämtern wurde für alle Personen, deren Familienname mit dem Buchstaben A begann, ein Zählblatt ausgeschrieben (Abdruck in Anhang S. 331) und an das Statistische Bundesamt übersandt, wo die zentrale Aufbereitung manuell erfolgte. Zunächst wurden die Zählblätter dupliziert, dann wurde eine doppelte Kartei angelegt, die eine nach Geburtsdaten, die andere alphabetisch nach dem Familiennamen. Untersucht wurde die Zuordnung der Personen mit mehrfachem Wohnsitz zur Wohnbevölkerung mit dem Ziel, auf repräsentativer Basis eine Vorstellung über den Anteil der richtigen und der fehlerhaften Zuordnungen (Doppelzählungen oder Zähl-lücken) zu erhalten.
Merkmalskontrolle	In den Jahren 1964/65, als die Haushaltslisten für die Aufbe-reitung nicht mehr benötigt wurden	Rund 19 400 Haushalte	Aufdeckung widersprüchlicher Angaben zur Volks- und Berufszählung 1961 einerseits und zu den 0,1% Mikrozensusbefragungen vom April und Juli 1961 andererseits mit dem Ziel, Aussagen über die Fehlerhäufigkeiten und -arten zu erhalten.

VI. Veröffentlichung der Ergebnisse

1. Allgemeine Fragen

Die mit hohem Aufwand ermittelten Zählungsergebnisse können nur genutzt werden, wenn sie dem Kreis der Interessenten in geeigneter Form dargeboten werden. Damit diese Aufgabe zweckmäßig gelöst werden kann, sind einige Gesichtspunkte zu beachten, die im folgenden kurz umrissen werden.

a) Arbeitsschnitt

Die Zuständigkeit für die Veröffentlichung der Ergebnisse ist auf die Statistischen Landesämter und auf das Bundesamt verteilt. Das erfordert eine klare Abgrenzung des Arbeitsschnittes. Die Veröffentlichungsprogramme des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter wurden unter Berücksichtigung der gemeinsam erarbeiteten Richtlinien gestaltet. Diese gelten für alle Veröffentlichungen und verfolgen den Zweck, die Bundes- und Länderprogramme so aufeinander abzustimmen, daß sie sich gegenseitig ergänzen und Doppelarbeit vermieden wird. Auch muß die Einheitlichkeit von Form und Inhalt und damit die Vergleichbarkeit aller Programme sichergestellt werden. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte im allgemeinen Bundes- und Länderergebnisse in weiter sachlicher Aufgliederung sowie ausgewählte Strukturdaten für Kreise und Gemeinden. Die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter umfaßten ein verbindliches Mindestveröffentlichungsprogramm, das neben den Landessummen regionale Daten in tiefer Gliederung und einer möglichst einheitlichen Form enthielt. Die sachliche Detaillierung war dabei im allgemeinen geringer als bei den Bundesveröffentlichungen.

b) Rangordnung der Dringlichkeit

Die Ergebnisse sollen möglichst schnell bereitgestellt werden, da Aktualität eine der wichtigsten Anforderungen an Statistiken ist, die für operative Zwecke benötigt werden. Der Wert der Zählungsergebnisse wird durch Zeitablauf immer geringer, und schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit (nach etwa 5–10 Jahren) haben sie vielfach nur noch »historischen« Aussagewert. Da sich aber die Ergebnissfeststellung zum Zählungswerk 1960/62 über mehrere Jahre erstreckte, war es unerlässlich, eine Rangordnung der Dringlichkeit des Bedarfs an den einzelnen Ergebnissen aufzustellen und dementsprechende Prioritäten festzulegen. Es mußte darauf hingewirkt werden, daß besonders dringend benötigte Ergebnisse, darunter besonders die für die Verwaltungsarbeit notwendigen Daten, möglichst zuerst verfügbar waren. Zu diesem Zweck mußten Aufbereitungs- und Veröffentlichungspläne entsprechend aufeinander abgestimmt werden.

Einen Überblick über die Veröffentlichungstermine, die gleichzeitig als Ausdruck für die gesetzten Prioritäten genommen werden können, gibt die Zusammenstellung der Veröffentlichungen zu den einzelnen Zählungsteilen im Anhang S. 205 ff.

c) Form der Darbietung

An den einzelnen Zählungsergebnissen war ein unterschiedlich großer Kreis von Konsumenten interessiert. Das war bei der Entscheidung über die Art der Darbietung der Ergebnisse zu berücksichtigen.

Das angefallene Material war so umfangreich, daß nicht einmal an eine Aufbereitung, geschweige denn an eine Ver-

öffentlichung zu denken war, die alle denkbaren Auswertungen in letzter regionaler und systematischer Feinheit einschlossen.

Ergebnisse von großem Allgemeininteresse wurden in gedruckter Form veröffentlicht. Die Beiträge des Statistischen Bundesamtes erschienen im »Statistischen Jahrbuch«, in »Wirtschaft und Statistik« sowie in den einschlägigen Fachserien. Die Statistischen Landesämter gingen, entsprechend ihrem Veröffentlichungssystem, in ähnlicher Weise vor. Darüber hinaus mußte eine große Zahl spezieller Wünsche für jeweils einen kleinen Kreis von Interessenten oder für einzelne Konsumenten erfüllt werden. In diesen Fällen wurden Auskünfte aus dem aufbereiteten, aber nicht veröffentlichten Material erteilt, oder Sonderauswertungen — gegebenenfalls gegen Kostenerstattung — vorgenommen.

d) Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten

Der größte Teil der Zählungsergebnisse wurde bereits im Zuge der Aufbereitung maschinell in Form veröffentlichungsreifer Tabellen gedruckt. Dadurch wurden manuelle Arbeits- und Kontrollgänge entbehrlich, Mittel eingespart und ein Zeitgewinn erzielt.

Im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung zeichnen sich auch neue Möglichkeiten für die technische Vorbereitung von Veröffentlichungen ab. Es sind Vorarbeiten im Gange, die sich mit der direkten Erstellung von Tabellen aus den auf Magnetbändern enthaltenen Daten befassen.

e) Veröffentlichungen anderer Stellen

Außer dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern beteiligten sich auch andere Stellen an der Veröffentlichung, Auswertung und Analyse von Zählungsergebnissen. Zahlreiche statistische Ämter nahmen eigene Auszählungen zu den Ermittlungen vor, die von den einzelnen Städten über das bundeseinheitliche Programm hinaus auf freiwilliger Basis durchgeführt wurden (vgl. I 4 a). Für den überwiegenden Teil der von den Städten zusammengestellten und veröffentlichten Ergebnisse wurden jedoch von den Statistischen Landesämtern die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Auch Ministerien und wissenschaftliche Institute beteiligten sich an der Auswertung und vor allem an der Analyse der Zählungsergebnisse. Um solche Sonderauswertungen für wissenschaftliche Zwecke durch Stellen außerhalb der amtlichen Statistik zu ermöglichen, wurde im Volkszählungsgesetz 1961 (§ 9 Abs. 2) die Weiterleitung anonymisierter Einzelangaben zur Volks- und Berufszählung 1961, Gebäudezählung 1961 sowie Arbeitsstättenzählung 1961 zugelassen, sofern die Einhaltung der Geheimhaltungsbestimmungen gewährleistet war.

f) Geheimhaltungsbestimmungen

Die Veröffentlichungen durften keine Einzelangaben enthalten. Um dieser Bestimmung des § 12 des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke« zu genügen, durften auch keine Angaben bekanntgegeben werden, die Rückschlüsse auf Einzelangaben gestatteten. Im allgemeinen wird dieser Bestimmung durch Zusammenfassung mindestens dreier Einzelangaben entsprochen, sofern durch Differenzbildung keine weiteren Aufschlüsse erzielt werden können. In zahlreichen Fällen sind jedoch Sachkundige in der Lage, aus einer solchen Nachweisung die zugrunde liegenden Einzel-

daten ziemlich genau zu rekonstruieren. Das galt z. B. für die Beschäftigtenzahlen aus der Arbeitsstättenzählung, wenn die Angaben eines Großbetriebes mit den Angaben zweier oder nur weniger kleinerer Betriebe zusammengefaßt wurden. Um die Geheimhaltungsbestimmungen zu beachten, war ein außergewöhnlich hoher Zeit- und Arbeitsaufwand erforderlich, ohne daß eine lückenlose Absicherung nach allen Richtungen gewährleistet werden konnte. Denn unter Umständen genügte nicht die Abstimmung für den Bereich eines Landesamtes oder für das vom Bundesamt veröffentlichte Material, es mußten darüber hinaus auch Quervergleiche gezogen werden. Eine andere, sehr unerfreuliche Konsequenz war, daß die zusammengefaßten Daten sowohl für praktische als auch für analytische Zwecke sehr an Aussagekraft einbüßten. Als Ergebnis des höheren Aufwandes wurden also Ergebnisse von geringerem Nutzen erzielt.

Schon wiederholt wurde die Frage behandelt, ob »allgemein bekannte Tatsachen« oder »nicht schutzbedürftige Einzelangaben« von den strikten Geheimhaltungsbestimmungen ausgenommen werden können. Nach überwiegender Auffassung sollte von den strengen Auslegungsrichtlinien nicht abgewichen werden. Wenn Sonderregelungen gewünscht werden, sollen sie in die Rechtsgrundlage für die jeweilige Statistik aufgenommen werden.

2. Veröffentlichungsprogramme

Unter diesen allgemeinen Gesichtspunkten waren auch die Veröffentlichungsprogramme für das Volkszählungswerk 1961 zu gestalten.

Um zu einem in den wesentlichen Teilen nach Inhalt und Form einheitlichen und vergleichbaren Veröffentlichungsprogramm zu gelangen, einigten sich die Statistischen Landesämter für alle Zählungsteile auf ein sogenanntes »Mindestveröffentlichungsprogramm«, das mit den Veröffentlichungsprogrammen des Statistischen Bundesamtes abgestimmt war und für die Länder die Grundlage für die »Quellenbände« sowie für die Gemeindestatistik bildete.

Das Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter umfaßte:

für die Quellenbände	
der Volks- und Berufszählung	37 Tabellen
davon: bevölkerungsstatistische Ergebnisse	12 Tabellen
erwerbsstatistische Ergebnisse	14 Tabellen
Pendler, Berufsausbildung,	
Anstaltsbevölkerung, Ausländer ..	11 Tabellen
der Arbeitsstättenzählung	9 Tabellen
der Gebäudezählung	8 Tabellen

Im Rahmen der »Gemeindestatistik«, einer in Spaltennumerierung und Inhalt für alle Zählungsteile sowie für alle Gemeinden des Bundesgebietes einheitlichen Veröffentlichung, wurden aufgestellt:

Teil I: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	60 Ergebnisspalten
Teil II: Gebäude und Wohnungen	23 Ergebnisspalten
Teil III: Arbeitsstätten	
a) für alle Gemeinden des Bundesgebietes	17 Ergebnisspalten
b) für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	39 Ergebnisspalten
Insgesamt	100 bzw. 122 Ergebnisspalten

Für größere Gemeinden — ab 10 000 Einwohner, in manchen Ländern bereits ab 3 000 Einwohner — wurde dieses Programm auf insgesamt 262 Ergebnisspalten erweitert. In der erweiterten Fassung sind auch Ergebnisse aus anderen Statistiken enthalten.

Das Mindestveröffentlichungsprogramm stellte nur das von allen Landesämtern in verbindlicher Form (einheitliche Tabellenüberschriften, Kopf- und Vorspaltengliederung) zu realisierende Minimum dar. Darüber hinaus stellten die einzelnen Landesämter zahlreiche weitere Veröffentlichungen zusammen, die auf die spezifisch örtlichen Bedürfnisse und Konsumentenwünsche abgestellt waren.

Das Veröffentlichungsprogramm des **Statistischen Bundesamtes** (vgl. Anhang S. 205 ff.) umfaßte

für die Volks- und Berufszählung:

- 19 Vorberichte
- 21 Quellenhefte;

für die Arbeitsstättenzählung:

- 5 Vorberichte
- 7 Quellenhefte;

für die Gebäudezählung:

- 3 Vorberichte
- 3 Quellenhefte;

für den Verkehrszensus 1962:

- 3 Quellenhefte.

In den Quellenbänden des Statistischen Bundesamtes waren, wie schon oben ausgeführt, keine kartographischen Darstellungen enthalten, da diese in den Lose-Blatt-Atlas »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« aufgenommen wurden.

Vom Statistischen Bundesamt wurde ferner das »Amtliche Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1961)« zusammengestellt, dessen wesentlicher Teil (7 Ergebnisspalten) aus Ergebnissen des Zählungswerkes 1961 besteht.

Recht zahlreich und umfangreich sind auch die Veröffentlichungen der Städte, vor allem derjenigen mit einem eigenen Städtestatistischen Amt. In vielen Fällen führten die Städte im Rahmen der Volks- und Berufszählung mit Hilfe von eigenen Frageblättern zusätzliche Erhebungen durch, um Aufschlüsse über Fragen von lokalem Interesse zu erhalten. An vorderster Stelle standen dabei im allgemeinen Zusatzfragen über Verkehrsprobleme. Doch bezogen die Städte die Unterlagen für ihre Veröffentlichungen im wesentlichen von ihren Statistischen Landesämtern.

Trotz der umfangreichen Veröffentlichungsprogramme gingen beim Statistischen Bundesamt und vor allem bei den Statistischen Landesämtern zahlreiche und vielfältige Anfragen nach Ergebnissen des Zählungswerkes ein. Diese zusätzlichen Konsumentenwünsche wurden durch den Auskunftsdienst der Statistischen Ämter befriedigt. In der Masse handelt es sich um einfache — meist telefonische — Anfragen, die ohne besonderen Aufwand sofort erledigt werden konnten. Häufig mußten aber auch die gewünschten Auszüge und Übersichten eigens zusammengestellt werden. Bei größeren Aufträgen geschah das gegen Kostenerstattung durch die Auftraggeber. Zu den Anfragern gehörten z. B. Behörden, andere Dienststellen, Verbände, Wirtschaftsorganisationen, kirchliche Einrichtungen, Firmen, Institute, aber auch Einzelpersonen, wie Studierende usw.

a) Volks- und Berufszählung

Erste Zählungsergebnisse für Bund, Länder und Gemeinden

Als erstes Ergebnis der Zählung wurden vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern die Wohnbevölkerungszahlen nach dem Geschlecht für den Bund, die Länder und Verwaltungsbezirke bis herab zu den Gemeinden veröffentlicht. Als nächstes wurden im Zuge der Erstellung der Summenkarten aus den Tabellenkarten des Sofortprogramms wichtige Strukturzahlen für Bund, Länder und ebenfalls für Verwaltungsbezirke im Rahmen Statistischer Be-

richte durch die Statistischen Landesämter und in Vorberichten durch das Statistische Bundesamt herausgegeben. Die Tabellen des Sofortprogramms bildeten auch die Grundlage für einige wenige Tabellen der eigentlichen Quellenwerke der Zählung.

Veröffentlichungsprogramme

In dem System der Ergebnisveröffentlichung aus der Zählung war vorgesehen:

Ein Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter. — Die Veröffentlichung der Tabellen dieses Programms, das vorwiegend wichtige Strukturzahlen in regionaler Gliederung enthielt, war für alle Länder verbindlich. Zu diesem Mindestprogramm gehörten auch einige wichtige Eckzahlen aus der Volks- und Berufszählung 1950, die im Rahmen der Gemeindestatistik zusammen mit Ergebnissen anderer Statistiken veröffentlicht wurden. Die Maschinenprogramme für die Tabellen des Mindestveröffentlichungsprogramms wurden gemeinsam von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt entwickelt, wobei die Unterlagen für die Programmierung vom Statistischen Bundesamt erarbeitet wurden. Im Statistischen Bundesamt wurden auch die Tabellenköpfe, -vorspalten und -überschriften sowie Anmerkungen zu den Tabellen mit einer Spezialschreibmaschine geschrieben, auf fotomechanischem Wege vervielfältigt und allen Landesämtern zur Verfügung gestellt. In den Landesämtern wurden dann die Reinschrifttabellen des Mindestveröffentlichungsprogramms von der elektronischen Datenverarbeitungsanlage veröffentlichungsreif erstellt und mit den vorgefertigten Tabellenrahmen (Köpfe, Vorspalten, Überschriften und Anmerkungen) versehen. — Einige Landesämter gingen in ihren Veröffentlichungen über das bundeseinheitlich vorgesehene Mindestprogramm hinaus.

Das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes umfaßte ein Mehrfaches des entsprechenden Programms der Volkszählung 1950. Diese Steigerung war nur durch die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung möglich, sie war aber auch unerlässlich, um den gestiegenen Anforderungen nach Ergebnissen an die Zählung gerecht zu werden. Neben dem allgemeinen Programm wurden besonders dringend Tabellen über Ausländer und die Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule benötigt. Im Gegensatz zu den Statistischen Landesämtern, bei denen die regionale Gliederung im Vordergrund stand, lag der Schwerpunkt der Ergebnisveröffentlichung im Statistischen Bundesamt bei der Darstellung in tiefer sachlicher Gliederung. — Das Herstellungsverfahren für die Ergebnisveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes wurde im Vergleich zur Vorbereitung der Mindestveröffentlichungstabellen der Länder noch weiter rationalisiert. Im Statistischen Bundesamt wurden mit der Großrechenanlage vervielfältigungsreife Reinschrifttabellen geschrieben, und zwar nicht nur der Zahlenteil, sondern auch Titel, Kopf, Vorspalte und Anmerkungen der Tabellen.

Aus den Tabellen des Sofortprogramms wurde im Statistischen Bundesamt eine Reihe von Vorberichten erstellt, deren Inhalt und Erscheinungsfolge aus der im Anhang S. 205 beigefügten Übersicht hervorgeht. — Die Ergebnisse der Vorberichte sowie der Tabellen des eigentlichen Veröffentlichungsprogramms wurden in »Wirtschaft und Statistik« kommentiert. Eine Übersicht über die Veröffentlichungen zur Volks- und Berufszählung 1961, die außer den Ergebnisanalysen auch die Kommentare zur Organisation und Methode der Volkszählung enthält, ist im Anhang S. 205 ff. wiedergegeben.

Ein Teil der Ergebnisse der Volkszählung 1961 für Kreise und Gemeinden wurde in Form von Karten in dem vom Statistischen Bundesamt im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Wohnungsbau und der Bundesanstalt

für Landeskunde und Raumforschung herausgegebenen Atlas »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« veröffentlicht.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß auch die Großstädte, und zwar in erster Linie solche mit Statistischen Ämtern, in großem Umfange Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961 veröffentlicht haben. Das Schwergewicht der Veröffentlichungen der Städte lag bei Nachweisen der Erwerbspersonen in wirtschaftlicher und sozialer Gliederung, vor allem im Vergleich mit der Zählung 1950. Von besonderem Interesse waren auch die Ergebnisse über Pendler. Dabei wurde grundsätzlich eine innergemeindliche Gliederung nach Stadtteilen bzw. Stadtbezirken vorgenommen.

b) 10% Haushalts- und Familienstatistik

Technik der Ergebniserhebung

Das Verfahren der Ergebniserhebung bei der 10%-Aufbereitung unterscheidet sich von dem der Aufbereitung des Gesamtmaterials in verschiedener Hinsicht:

Als Stichprobenaufbereitung ist die 10%-Aufbereitung in ihrer regionalen Gliederungstiefe im Vergleich zur Totalaufbereitung begrenzt. Für kleinste regionale Einheiten, die Gemeinden, liefert die repräsentative Haushalts- und Familienstatistik keine Zahlen. Kleinste regionale Darstellungseinheit war damit der Kreis.

Die Auszählungen sowohl der Bundes- als auch der Länderzahlen erfolgten auf der elektronischen Großrechenanlage des Statistischen Bundesamtes.

Die Bundesergebnisse wurden nicht wie bei der Totalaufbereitung aus Summenkarten, sondern unmittelbar aus den vor der Tabellierung ausführlich geprüften und korrigierten Einzelkarten ermittelt. Der Wegfall des Zwischenschrittes der Erstellung von Summenkarten hat aufbereitungstechnische Vorteile. So entfallen damit z. B. alle mit der Abstimmung der verschiedenen Summenkarten zusammenhängenden Arbeiten.

Tabellenprogramme

Bei der Totalaufbereitung wurde zuerst zur Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse nach statistischen Angaben das sogenannte Sofortprogramm erstellt. Eine derartige unter zeitlichen Gesichtspunkten stehende Abstufung der Ergebniserhebung war bei der Haushalts- und Familienstatistik nicht erforderlich. Nach der Reihenfolge der Gewinnung der Ergebnisse gliedert sich das haushalts- und familienstatistische Tabellenprogramm in folgende Abschnitte:

Die sogenannten Übersichtstabellen, die einen Überblick über die Verteilung der wichtigsten Merkmale der Haushalte und Personen vermitteln sollten, sind als erste für Bund und Länder geschrieben und Anfang 1965 für den Bund im Rahmen des Vorberichtes 19 veröffentlicht worden.

Unter dem Oberbegriff Thementabellen sind alle diejenigen Tabellen zusammengefaßt worden, die unter einem bestimmten Leitthema stehen und in denen zu dem jeweiligen Thema tiefgegliederte Ergebnisse enthalten sind. Hierzu sind für Bund und Länder Ergebnisse ermittelt worden, die zum größten Teil im Jahre 1965 veröffentlicht worden sind.

Es wurden Auszählungen zu folgenden Themen vorgenommen: Demographische und wirtschaftliche Struktur der Haushalte und Familien, Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern, Kinder und Jugendliche in Familien, Lebensverhältnisse der älteren Mitbürger, Religionszugehörigkeit in Familien.

Als Sondertabellen sind Tabellen mit mehr methodischem Gehalt bezeichnet worden, die ebenfalls für Bund und Länder aufgestellt, aber nicht als Veröffent-

lichungstabellen deklariert wurden. Sie stehen in den Statistischen Ämtern für Auskunftszwecke zur Verfügung.

Im Hinblick auf das auch bei den kleinsten Verwaltungseinheiten starke Interesse an statistischen Angaben über Haushalte und Familien sind noch ein Großstadt- und ein Kreistabellenprogramm erarbeitet worden. Die Ergebnisse sind den kommunalen Dienststellen zu deren weiteren Verwendung zugeleitet worden, in das Veröffentlichungsprogramm des Bundes oder der Länder sind sie dagegen nicht aufgenommen worden.

Von den vier Abschnitten des haushalts- und familienstatistischen Tabellenprogramms waren die ersten beiden von vornherein für die Veröffentlichung vorgesehen. Sie bildeten deshalb auch die Grundlage für die Veröffentlichungsplanung sowohl in den Statistischen Landesämtern als auch im Statistischen Bundesamt. Die beiden ersten Abschnitte hatten damit gewissermaßen den Charakter eines Basisprogramms, aus dem die Veröffentlichungsprogramme, vor allem das sogenannte Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter, im buchstäblichen Sinne des Wortes »herausgeschnitten« wurden.

Bei der Herstellung der Veröffentlichungstabellen konnten die sich von der elektronischen Datenverarbeitung her bietenden Möglichkeiten, insbesondere was das Schreiben von sogenannten Maschinenreinschriften anbelangt, weitgehend ausgenutzt werden. Die von der elektronischen Großrechenanlage ausgedruckten Maschinentabellen bildeten damit, da ja nicht nur der Zahlenteil, sondern auch Tabellenköpfe, -vorspalten und -überschriften in veröffentlichungsfähiger Form geschrieben wurden, unmittelbar die Druckvorlagen für die Veröffentlichungstabellen. Die Tabellen hatten für alle Länder infolge der zentralen Tabellierung einen einheitlichen Aufbau.

Das Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter lehnte sich in seinem Aufbau eng an den Aufbau der ersten beiden Abschnitte des Tabellenprogramms an. Aus den Tabellen zu den einzelnen Themen waren dabei die auch auf Länderebene interessanten Ergebnisse herausgenommen worden. Zum Teil waren das vollständige Tabellen, zum Teil wurden aber auch nur einige Eckzahlen, z. B. die Summenzeilen oder -spalten, in das Mindestveröffentlichungsprogramm übernommen. Einige Landesämter — das gilt vor allem für die größeren Länder — sind über das bundeseinheitlich vorgesehene Mindestprogramm hinausgegangen.

Das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes umfaßte — mit ganz wenigen Ausnahmen — den gesamten Inhalt der Abschnitte 1 und 2 des Tabellenprogramms. Es ist entsprechend der Gliederung des zweiten Abschnittes des Tabellenprogramms thematisch aufgebaut. Im Vergleich zum Veröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter enthält es Nachweise in sachlich wesentlich tieferer Gliederung. Gegenüber der Volkszählung von 1950, bei der der größte Teil der haushaltsstatistischen Ergebnisse ebenfalls auf Stichprobenbasis aufbereitet wurde, allerdings mit einem Auswahlgrad von 1%, hat 1961 das Veröffentlichungsprogramm des Bundes einmal infolge der Verwendung der elektronischen Datenverarbeitung, zum anderen aber auch als Folge der stark gestiegenen Anforderungen an die amtliche Statistik, einen wesentlich größeren Umfang angenommen. Über die Merkmale zum ersten Abschnitt des Tabellenprogramms wurden im Vorbericht 19 und in den Quellenbänden des Bundes Ergebnisse veröffentlicht.

Für die kleineren Verwaltungseinheiten sind erstmals im Rahmen der Volkszählung 1961 auch haushalts- und familienstatistische Ergebnisse ermittelt worden. Das Interesse, insbesondere der Großstädte, richtete sich dabei u. a. auf

Unterlagen über Personen in Einpersonenhaushalten, Haushaltsvorstände von Mehrpersonenhaushalten nach der Art ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, Familien nach der Kinderzahl, erwerbstätige Ehefrauen.

c) Arbeitsstättenzählung

Erste Zählungsergebnisse für Bund und Länder

Als erstes Ergebnis der Zählung wurden vom Statistischen Bundesamt Vorberichte veröffentlicht, in denen folgende Tatbestände enthalten waren:

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen und nach Beschäftigtengrößenklassen für Bund und Länder, für Bund auch Vergleichszahlen aus 1950;

Beschäftigte der Arbeitsstätten nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Betrieb für Bund;

Unternehmen und Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen für Bund und Länder, für Bund auch Vergleichszahlen aus 1950;

Unternehmen nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Beschäftigtengrößenklassen für Bund, nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen auch für Länder.

Veröffentlichungsprogramme

Im System der Ergebnisveröffentlichungen war ein Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter vorgesehen. Die Veröffentlichung der Tabellen dieses Programms, das vorwiegend Strukturzahlen in regionaler Feingliederung enthielt, war für alle Länder verbindlich gemacht worden. Zu diesem Mindestprogramm gehörte ferner die sogenannte Gemeindestatistik, in der zusammen mit Ergebnissen anderer Statistiken auch einige wichtige Daten aus der Arbeitsstättenzählung 1961 veröffentlicht wurden.

Das Mindestveröffentlichungsprogramm der Landesämter und die Gemeindestatistik beruhten ebenso wie das im folgenden zu behandelnde Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes auf dem sogenannten Liefertabellenprogramm. Die Maschinenprogramme für die Tabellen dieses Lieferprogramms wurden von den Landesämtern und dem Bundesamt entwickelt, wobei die Unterlagen für die Programmierung vom Bundesamt erarbeitet wurden.

Das Veröffentlichungsprogramm des Bundesamtes war 1961 etwas umfangreicher als das entsprechende Programm der Arbeitsstättenzählung 1950. Neben dem allgemeinen Programm wurden besonders dringend Tabellen verlangt, die über die strukturellen Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Arbeitsstätten in systematischer und regionaler Hinsicht Aufschluß geben sollten. In Ergänzung zu den Statistischen Landesämtern, bei denen die regionale Gliederung im Vordergrund stehen sollte, lag der Schwerpunkt der Ergebnisveröffentlichung im Bundesamt bei der Darstellung in tiefer sachlicher Gliederung. Einer alten Tradition entsprechend hat, abweichend von dem hier skizzierten Prinzip, das Bundesamt auch Kreisergebnisse für Arbeitsstätten und Beschäftigte in der Aufteilung nach Wirtschaftsgruppen publiziert.

Das Veröffentlichungsprogramm des Bundesamtes enthält auch ein Heft über die methodischen und systematischen Grundlagen der Arbeitsstättenzählung 1961. Ergebnisse der Vorberichte sowie Tabellen des Veröffentlichungsprogramms sind in »Wirtschaft und Statistik« kommentiert worden.

Ein Teil der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961 für Kreise wurde in Form von Standortkarten in dem vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wohnungsbau und der Bundesanstalt für Landeskunde herausgegebenen Atlas »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« veröffentlicht.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß auch einzelne Großstädte, und zwar in erster Linie solche mit Statistischen Ämtern, Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961 ver-

öffentlicht haben. Das Schwergewicht der Veröffentlichungen der Städte lag bei Nachweisen der Arbeitsstätten und Beschäftigten in systematischer Gliederung, zum Teil auch im Vergleich mit der Zählung von 1950.

d) Gebäudezählung

Nach umfangreichen maschinellen Signier- und Plausibilitätskontrollen wurden auf den elektronischen Datenverarbeitungsanlagen die Tabellierarbeiten vorgenommen. Die einheitlichen Programme hierfür wurden von drei Landesämtern ausgearbeitet, vom Bundesamt überprüft und dann allen Landesämtern zur Verfügung gestellt. Bei der Aufbereitung erfolgte auch die für die Feststellung der qualitativen Abstufung der Wohngebäude benötigte Zuordnung eines jeden Gebäudes zu einem bestimmten qualitativbezogenen Gebäudetyp aus einer Kombination von Einzelangaben in der für das Gebäude angelegten Lochkarte.

Die Zählungsergebnisse wurden in dem vereinbarten einheitlichen Nachschlage-/Archivprogramm maschinell niedergeschrieben. Das Bundesamt erhielt von allen Landesämtern eine Ausfertigung, überprüfte nochmals deren rechnerische Richtigkeit und stellte dann die Bundesergebnisse zusammen, die veröffentlicht und textlich erläutert wurden.

Die Aufbereitungsarbeiten waren Ende 1962 im wesentlichen abgeschlossen. Die Länder veröffentlichten schon während dieser Arbeiten Teilergebnisse. Die Zusammenstellung der Bundesergebnisse war erst möglich, nachdem von den Landesämtern alle benötigten Tabellen angeliefert und die erforderlichen Abstimmarbeiten zwischen den einzelnen Tabellen durchgeführt waren. Dennoch konnten bereits Ende 1962 die ersten zusammenfassenden Bundesergebnisse veröffentlicht werden. Bis zum Juli 1963 erschienen die wichtigsten Ergebnisse in der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« sowie in »Vorberichten«. Die drei Quellenhefte wurden in der Zeit von Januar bis April 1964 publiziert. Kartographisch wurden die Ergebnisse der Gebäudezählung in fünf Karten dargestellt (vgl. VI. 3).

Eine Übersicht über die Veröffentlichungen des Bundesamtes zur Gebäudezählung ist im Anhang S. 205 und 211 enthalten.

3. Kartographie

Das reichhaltige statistische Material aus den Zählungen von 1960 und 1961 wurde auch kartographisch ausgewertet. Dabei wurde ein anderer Weg als beim vorausgegangenen Zählungswerk um 1950 eingeschlagen. Damals gab das Statistische Bundesamt den Quellenbänden zu den einzelnen

Zählungsteilen die entsprechenden Kartenteile bei. Das hatte zur Folge, daß die Karten in ihrer Gesamtheit nur selten bekannt geworden sind.

Um mit den Karten zum Zählungswerk eine größere Wirkung zu erzielen, wurden sie zusammen mit einer größeren Zahl weiterer Karten zu einem geschlossenen Kartenwerk zusammengefaßt, das unter dem Titel »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« gemeinsam vom Statistischen Bundesamt, dem Institut für Landeskunde und dem Institut für Raumforschung mit besonderer Förderung durch das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung herausgegeben wird. Als Form wurde ein Lose-Blatt-Atlas gewählt, dessen Blätter auch einzeln bezogen werden können. Den Grundstock für das Atlaswerk bilden die Ergebnisse aus der Volks- und Berufszählung, der Arbeitsstättenzählung, der Land- und Forstwirtschaftszählung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung. Für Zwecke des zeitlichen Vergleichs wurden auch Unterlagen aus früheren Zählungen der Jahre 1939, 1949/50 und 1956 herangezogen. Material aus diesen Zählungen bildet die Grundlage für etwa ein Drittel aller Karten des Werkes. So enthalten z. B. 37 Karten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, 13 Karten Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961 und 5 Karten Ergebnisse der Gebäudezählung 1961. In 16 Karten werden Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950, in 34 Karten Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960 und in 2 Karten Ergebnisse aus der Handels- und Gaststättenzählung 1960 dargestellt. Ein Verzeichnis der Karten und Schaubilder, die sich auf Material aus diesen Zählungen stützen, ist im Anhang S. 212 f. enthalten. Ergänzend dazu enthält das Werk Karten der beiden Mitherausgeber, des Instituts für Landeskunde und des Instituts für Raumforschung.

Unabhängig davon wurden auch von den Statistischen Landesämtern Kartographien herausgegeben, welche den regionalstatistischen Fragestellungen in den einzelnen Bundesländern Rechnung trugen.

4. Bibliographie

Ein Gesamtüberblick über das Schrifttum der amtlichen Statistik zum Volkszählungswerk 1961 wird mit der »Bibliographie zum Volkszählungswerk 1961« dargeboten. Ähnliche Bibliographien wurden schon über die Volks- und Berufszählung des Jahres 1946 und über das Volkszählungswerk 1950 vorgelegt. Zweck dieser Veröffentlichung ist, eine umfassende Dokumentation über das herausgegebene Schrifttum und Quellenmaterial vorzunehmen und allen interessierten Stellen zugänglich zu machen.

VII. Erfahrungen und Ausblick

Das Zählungswerk war, wie alle großen Vorhaben dieser Art, in vielfacher Hinsicht einmalig in seiner Form und in seinem Inhalt. Große Teile des Frage- und Aufbereitungsprogramms waren auf spezielle zeitnahe Probleme abgestellt. Ein wesentlicher Teil des Programms ist jedoch auch langfristig unveränderlich, er liefert die Grundlage für die Längsschnittsuntersuchungen, aus denen Entwicklungstendenzen erkennbar werden.

Ähnlich wie bei den sachlichen und inhaltlichen Fragen sind auch auf methodischem, organisatorischem und technischem Gebiet zahlreiche konventionelle und konservative Elemente vorhanden, die mehr oder minder stark von neuen Entwicklungen durchdrungen werden. Eine Gegenüberstellung dieser Fragenkomplexe, wie sie z. B. in den Zählungswerken 1950 und 1961 gegeben waren, legt gravierende Unterschiede offen. Schon jetzt ist klar, daß auch das bevorstehende Zählungswerk 1970 die amtliche Statistik wieder vor völlig neuartige Aufgaben stellen wird¹⁾.

Aus dieser Sachlage ergeben sich Folgerungen für die Möglichkeiten und Grenzen, zurückliegende Erfahrungen in Zukunft wieder nutzbar zu machen. Auf frühere Erfahrungen kann nur für Fragen zurückgegriffen werden, bei denen keine wesentliche Änderungen in irgendeiner Hinsicht zu erwarten sind. Sofern Neuland betreten wird — etwa bei Einführung neuer technischer oder methodischer Verfahren, anderer Organisationsformen und dergleichen mehr — müssen die Erfahrungen auf anderem Wege beschafft werden. Manchmal kann auf entsprechende Erfahrungen, die im Ausland gesammelt wurden, zurückgegriffen werden. Doch werden gewöhnlich die benötigten Informationen, wenn sie unerläßlich sind, durch Probeuntersuchungen und Probeerhebungen beschafft werden müssen. Bei der Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung des kommenden Zählungswerkes werden also sowohl zurückliegende Erfahrungen als auch die Ergebnisse z. T. schon durchgeführter, z. T. noch bevorstehender Probeuntersuchungen und Probeerhebungen von Bedeutung sein. Deshalb wird in diesem abschließenden Kapitel versucht, die für die künftige Arbeit maßgeblichen Erfahrungen aus dem Volkszählungswerk 1961 geschlossen darzustellen und so weit wie möglich auch schon die sich abzeichnende neuere Entwicklung vor allem auf technischem Gebiet sowie das neue Zählungskonzept zu berücksichtigen. Einschränkend muß freilich gesagt werden, daß die Klärung der hier behandelten Fragen teilweise erst in der nächsten Zeit herbeigeführt werden kann und planmäßig bis etwa Anfang 1969 abgeschlossen sein soll.

Von den Statistischen Landesämtern wurden zu allen Arbeitsabschnitten des Volkszählungswerkes 1961 und zu zahlreichen technischen, organisatorischen und sonstigen Teilfragen umfangreiche Erfahrungen mitgeteilt. Da in den einzelnen Ländern z. T. unterschiedliche Voraussetzungen gegeben waren, war es nicht überraschend, daß mitunter zu bestimmten Problemen abweichende, wenn nicht gar entgegengesetzte Auffassungen mitgeteilt wurden. In Hamburg wurden das Zählerproblem und die Frage der Zählerentschädigung wesentlich anders gelöst als etwa auf dem flachen Land in Bayern. Auch gingen die Meinungen über Detailfragen auseinander, etwa über die zweckmäßigste Farbe der Erhebungspapiere, über Art, Umfang und Unterbringung der Erläuterungen auf den Erhebungspapieren, über die wünschenswerte Knappheit oder Ausführlichkeit z. B. des Schlagwortverzeichnis, der Anleitungen für die Gemeinde-

behörde und die Zählerunterrichtung, des Leitfadens für den Zähler usw. Nicht diese technischen Detailfragen können im angesprochenen Zusammenhang interessieren; denn einmal wird darauf in der ganzen vorausgehenden Darstellung eingegangen, zum anderen handelt es sich nicht um Prinzipfragen von weitreichender Bedeutung, so daß zu gegebener Zeit ihre ad-hoc-Behandlung in den zuständigen Gremien genügt. Vielmehr soll versucht werden, vor allem die für Grundsatzentscheidungen maßgeblichen Erfahrungen, gegebenenfalls ergänzt durch einen Ausblick auf angebaute Entwicklungen bzw. diskutierte Lösungsversuche, zusammengefaßt wiederzugeben.

1. Internationale Empfehlungen

Der Empfehlung der Vereinten Nationen folgend, in zehnjährigen Abständen und möglichst in den auf »0« endenden oder benachbarten Jahren Volkszählungen durchzuführen, wird z. Z., wie in zahlreichen Ländern der Welt, auch in der Bundesrepublik Deutschland das Volkszählungswerk 1970 vorbereitet, das aus einer Volks- und Berufszählung sowie einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung bestehen soll. Internationale und überregionale Gremien haben sich schon mit Fragen einer koordinierten Vorbereitung beschäftigt.

Bei der Konferenz Europäischer Statistiker haben schon im Jahre 1964 die Arbeiten an dem neuen Europäischen Programm für die Volks- und Wohnungszählungen, die um 1970 stattfinden sollen, mit einem Austausch der Erfahrungen begonnen, die bei den Zählungen um 1960 gewonnen wurden. Es wurden Verzeichnisse der Grund- und Zusatzfragen für die neuen Zählungen entworfen. Die in Vorbereitung stehenden neuen Empfehlungen befaßten sich zunächst auf dem Gebiet der Volkszählungen mit der Anwendung des Stichprobenverfahrens, mit Fragen der Haushalts-, Familien- und Fruchtbarkeitsstatistik sowie mit erwerbsstatistischen Gliederungen und der Zuordnung der wirtschaftlich abhängigen Personen; auf dem Gebiet der Wohnungszählungen mit der Definition und Klassifikation der Wohneinheiten und der Definition von Wohnräumen und Küchen sowie mit den Gebäuden als zusätzlichen Zähl-einheiten. Es folgten Anregungen für Verbesserungen, die sich auf die Wohnbevölkerung, ethnische Merkmale, Religion, Gliederung nach der Teilnahme am Erwerbsleben, Stellung im Beruf, Binnenwanderung, Pendelwanderung, Haushalte und Familien usw. bezogen. Auch wurde darauf hingewiesen, daß Begriffe und Klassifikationen bei der Volkszählung noch besser mit denen in verschiedenen laufenden Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstatistiken abgestimmt werden müßten und daß die Bestimmungen zwischen Volks-, Wohnungszählungen und landwirtschaftlichen Betriebszählungen zu überprüfen sind. Die internationale Berufssystematik wird überarbeitet.

Bei den Zählungen um 1970 in Europa sollen Empfehlungen berücksichtigt werden, die sich auf Definitionen und Klassifikationen der Haushalte und Familien, das Anstaltskonzept, die Zuordnung der Personen mit mehreren Wohnsitzen bei der Haushalts- und Familienstatistik und auf die fruchtbarkeitsstatistischen Fragestellungen, die Informationen über die Fruchtbarkeit aller Frauen und der in Erstem Leben lebenden verheirateten Frauen erstrecken.

Die bei der deutschen Volks- und Berufszählung 1961 und im deutschen Mikrozensus praktizierte Trennung von Erwerbs- und Unterhaltskonzept soll künftig für alle europäischen Länder empfohlen werden.

¹⁾ Vgl. Szameit, K., und Deininger, R.: »Die Vorbereitung des Zählungswerkes 1970«, Teil 1: Das Gesamtkonzept, »Wirtschaft und Statistik«, 1967/8, S. 443 ff., sowie Schubnell, H., und andere, Teil 2: Die Volks- und Berufszählung; »Wirtschaft und Statistik«, 1967/10, S. 549 ff.

Auch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) hat 1966 damit begonnen, die zwischen 1968 und 1971 in den Mitgliedstaaten vorgesehenen Volks- und Berufszählungen methodisch zu harmonisieren und zeitlich zu synchronisieren. Grundlage der Arbeiten waren die auf der Konferenz Europäischer Statistiker ausgearbeiteten europäischen Programme. Unter anderem wurden die Voraussetzungen für eine einheitliche Anwendung der von der Konferenz Europäischer Statistiker ausgearbeiteten Definitionen, Klassifikationen und Tabellierungen geprüft; erörtert wurden der Wohnbevölkerungsbegriff, Fragen der Haushalts- und Familienstatistik, die Anwendung einheitlicher Konzepte für die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung, erwerbsstatistische Definitionen sowie der bautechnische Wohnungsbegriff. Auch über das zu berücksichtigende bildungsstatistische Programm sowie die vorzunehmenden Stichprobenuntersuchungen fand ein erster Gedankenaustausch statt.

Ferner wurde auf der vom Europarat veranlaßten Ersten Europäischen Bevölkerungskonferenz die Frage einer Koordinierung und Harmonisierung von Volkszählungen erörtert und in die Empfehlungen dieser Konferenz aufgenommen. Der Ausschuß zur Organisation einer Zweiten Europäischen Bevölkerungskonferenz wird die Durchführung der Empfehlungen der Konferenz Europäischer Statistiker verfolgen und seinerseits der Konferenz Europäischer Statistiker Vorschläge zur Verbesserung der Bevölkerungsstatistiken übermitteln.

2. Zensus-Gesetzgebung

Der bei der Vorbereitung der Zählungswerke immer wieder entstandene Zeitdruck wurde häufig mit der sehr späten Verabschiedung des Zählungsgesetzes in ursächlichen Zusammenhang gebracht. Weiter wurde gefolgert, daß die späte Verabschiedung auf die bei uns angewandte Form des Einzel-(Spezial-)Gesetzes zurückzuführen sei. Da für jede Zählung immer aufs neue die gesamte Materie gesetzlich geregelt werden muß, müsse mit einer langen Prozedur gerechnet werden.

Richtig ist, daß die sehr aufwendigen Vorbereitungsarbeiten für ein Zählungswerk nicht in Gang gesetzt werden können, ohne daß eine Rechtsgrundlage vorliegt oder zumindest bald und mit Sicherheit erwartet werden darf. Tatsächlich wurde sowohl für 1950 als auch für 1961 aus diesem Grunde die letzte entscheidende Phase der Vorbereitung ernsthaft gefährdet. Doch erscheint die Behauptung, daß ein Einzelgesetz immer und zwangsläufig zu spät vorliegen muß, nicht schlüssig. In zahlreichen Ländern werden mit dieser Gesetzesform die großen Zählungswerke angeordnet, ohne daß hieraus die genannten Schwierigkeiten erwachsen wären. Auch ein Einzelgesetz kann bei richtiger Zeitplanung und Einhaltung der Termine rechtzeitig vorliegen. Wenn alle beteiligten Stellen, die ja selbst auch Konsumenten und damit Nutznießer der Statistik sind, den vorgegebenen Terminplan als verbindlich anerkennen und einhalten, sollte das möglich sein.

In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Überlegungen angestellt, wie eine Verbesserung und Beschleunigung der Gesetzgebungsprozedur zur Volkszählung erzielt werden könnte. Dabei wurden im wesentlichen folgende Möglichkeiten besprochen:

Anordnung durch Dauergesetz;

Anordnung durch Rahmengesetz, das durch eine Rechtsverordnung oder ein Durchführungsgesetz für jede Zählung zu ergänzen ist;

Anordnung durch Einzelgesetz wie bisher.

Eine Anordnung durch Dauergesetz kommt nicht in Betracht, da ein solches Gesetz zu wenig Raum für die erforderliche Elastizität bei der Gestaltung des Erhebungsprogramms ließe. Dieser notwendige Spielraum wäre bei

einem Rahmengesetz gegeben, das im Einzelfall durch eine Rechtsverordnung oder ein Durchführungsgesetz zu ergänzen wäre.

In das Rahmengesetz könnten die allgemeinen, für jede Zählung gültigen Bestimmungen aufgenommen werden, z. B. über Periodizität, Stichtag, Zählerbestellung, Auskunftspflicht, Verpflichtung der öffentlichen Verwaltung zur Mitarbeit usw. Etwas schwieriger ist schon die Frage, ob darin auch eine Regelung für die anderen großen Vorhaben, die mit der Volks- und Berufszählung aus organisatorischen Gründen gekoppelt werden (z. B. die nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung oder die Gebäudezählung) oder in einem benachbarten Jahr durchgeführt werden (z. B. die Landwirtschaftszählung und der Verkehrszensus), vorgesehen werden sollte. Es hat sich gezeigt, daß hinsichtlich der zeitlichen und sachlichen Verzahnung dieser Zählungen keine einheitliche Auffassung besteht. Problematisch ist ferner die Frage der Kostenregelung. Zwar wurde den Ländern vom Bund zu den Zählungswerken 1950 und 1961 ein Zuschuß von jeweils etwa 50 % der bei den Ländern entstandenen Kosten gewährt; ob jedoch darüber eine Dauerregelung herbeigeführt werden kann, bedürfte einer besonderen Klärung.

Die im Einzelfall benötigten ad-hoc-Bestimmungen wären jeweils in die Rechtsverordnung oder in das Durchführungsgesetz zu verweisen. Ob bei diesem Verfahren insgesamt ein Zeitgewinn und eine Vereinfachung der Prozedur zu erwarten sind, wäre freilich noch zu prüfen. Falls gerade die bisher für die Verzögerungen maßgeblichen Fragen durch die Rechtsverordnung oder das Durchführungsgesetz geregelt werden müßten, würden möglicherweise auch durch diese Lösung die bisherigen Schwierigkeiten nicht beseitigt.

Auf jeden Fall zeigt sich, daß Rahmengesetze für Großzählungen sehr allgemein gehalten werden müßten und deshalb nur wenig materielle Regelungen enthalten könnten.

Das Zählungswerk 1970 wird, so viel steht fest, wieder durch ein Einzelgesetz anzuordnen sein. Erstmals wurde für die Vorbereitungsarbeiten ein eigenes Vorbereitungsgesetz erlassen¹⁾. Damit sind die rechtliche Deckung und die Finanzierung der recht umfangreichen, schon seit Ende 1965 laufenden Arbeiten gesichert. Der Gesetzentwurf zum Zählungswerk 1970 soll Ende 1967 für die interministerielle Beratung vorgelegt werden. Die Vorlage im Parlament ist für den Sommer 1968 vorgesehen; damit sollte gewährleistet sein, daß das Gesetz im Frühjahr 1969, also ein Jahr vor dem geplanten Zählungstermin, verabschiedet werden kann. Dieser Ablauf der Prozedur würde ziemlich genau den praktischen Bedürfnissen der Statistischen Ämter entsprechen.

3. Geheimhaltung

Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961 entstanden durch die Geheimhaltungsbestimmungen erhebliche Schwierigkeiten. In den Länderergebnissen, aber auch in den Bundesergebnissen fielen sehr viele »Einzelangaben« über Beschäftigtenzahlen an, die durch Auspunkten oder Zusammenfassen mit anderen Positionen eliminiert werden mußten. Bei Vorliegen einer Einzelangabe mußten stets weitere Ergebnisse einer Tabelle anonymisiert werden, die an sich gar nicht geheimzuhalten waren. Das war notwendig, um zu verhüten, daß die Einzelangaben als Differenz zwischen der Summe und den übrigen Gliedern einer Zahlenreihe errechnet werden konnten. Die Aussagekraft der Ergebnisse wurde dadurch stark gemindert, vor allem dann, wenn es sich um feinere sachliche, systematische oder regionale Aufteilungen handelte. Beispielsweise mußte die geplante Länderveröffentlichung der Gemeindeergebnisse über Arbeitsstätten und Beschäftigtenzahlen nach Wirtschafts-Unterabteilungen stark gekürzt werden, um den Geheimhaltungsbestimmungen zu entsprechen. Es konnten nicht für alle Unterabteilungen Nachweisungen gebracht werden,

¹⁾ »Gesetz zur Vorbereitung der Volkszählung 1970« vom 28. April 1967, BGBl. I vom 6. Mai 1967, S. 506.

sondern nur für eine Auswahl bzw. eine Zusammenfassung von Unterabteilungen. Es wurde vereinzelt sogar die Auffassung vertreten, daß auch die Zahl der Betriebe nicht veröffentlicht werden dürfe, wenn z. B. in einer Branche die Zahl »1« oder »2« ausgewiesen wurde.

Außer dem Informationsverlust mußte als weitere unangenehme Folge eine beträchtliche Verzögerung der Ergebnisaufstellung hingenommen werden. Im Statistischen Bundesamt nahm die Bearbeitung des Materials zur Durchführung der Geheimhaltungsbestimmungen ungefähr zwei Jahre in Anspruch. Die vorangehende Bearbeitung der Liefertabellen auf Einhaltung der Geheimhaltungsbestimmungen in den Statistischen Landesämtern dauerte allein fast ein Jahr.

Die Folgen dieser Geheimhaltungsrichtlinien wurden weder von den Statistischen Ämtern noch von den Konsumenten der Statistik begrüßt. Obwohl es sich nach allgemeiner Auffassung um Angaben handelte, die entweder allgemein bekannt waren oder für die doch keinerlei Schutzbedürftigkeit gegeben war, und auch die Befragten selbst keinen Wert auf eine so strenge Form der Geheimhaltung legten, wurde uneingeschränkt der Wortlaut des § 12 des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke« angewandt. Das heißt, es wurde vermieden, die Frage zur Diskussion zu stellen, ob ein Sachverhalt »allgemein bekannt«, »schutzbedürftig« oder dergleichen sei. Dieser Standpunkt war insofern berechtigt, als die Auffassungen darüber auseinandergehen können und der amtlichen Statistik deshalb sehr leicht ein Verstoß gegen die Gesetzesbestimmungen angelastet werden könnte. Der Gesetzestext über die Geheimhaltungspflicht selbst enthält aber einen Hinweis, wie künftig in Fällen dieser Art eine bessere Lösung gefunden werden kann. § 12 des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke« sagt: »Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, für die eine Bundesstatistik gemacht werden, sind, soweit durch Rechtsvorschrift (§ 6) nicht anders bestimmt ist, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten...«.

Der zitierte § 6 enthält die Vorschrift, daß Bundesstatistiken durch Gesetz oder — unter bestimmten Voraussetzungen — durch Rechtsverordnung der Bundesregierung anzuordnen sind. Wenn also Ausnahmeregelungen zu der Grundsatzerregung des § 12 StatGes gelten sollen, sind diese in die Rechtsgrundlage, durch welche eine Statistik angeordnet wird aufzunehmen. Damit wird die Möglichkeit geboten, für den Einzelfall sinnvolle Ausnahmen zu schaffen und auch zu begründen.

Um bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 die Schwierigkeiten zu vermeiden, wie sie sich bei der Zählung 1961 ergeben haben, könnte deshalb in das Volkszählungsgesetz 1970 eine Bestimmung aufgenommen werden, die ausdrücklich und ohne Einschränkung die Veröffentlichung von Einzelangaben über die Zahl der Unternehmen und Arbeitsstätten und der darin Beschäftigten gestattet. Nur unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, die für Zwecke der Raum- und Regionalforschung sowie der Regionalanalyse benötigten Ergebnisse in feinsten regionaler Gliederung zur Verfügung zu stellen.

Diese Grundsätze sollten generell auch für gleiche bzw. verwandte Tatbestände in anderen Bereichszählungen im Rahmen des Zählungswerkes gelten.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Um die Bevölkerung über Aufgaben und Zweck des Volkszählungswerkes 1961 zu unterrichten und zu einer positiven Mitarbeit zu gewinnen, haben das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter eine umfangreiche und intensive Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Es kam darauf an, alle Bevölkerungsschichten in geeigneter Form anzusprechen. Deshalb war es notwendig, eine breit gestreute, psychologisch fundierte und intensive Werbeaktion durchzuführen.

Wie auch schon bei den anderen Vorbereitungsarbeiten, hat die sehr späte Verabschiedung des Zählungsgesetzes und die damit verbundene lange Ungewißheit über den endgültigen Zählungstermin nicht gestattet, die Öffentlichkeitsarbeit so rechtzeitig zu beginnen, wie es eigentlich erforderlich gewesen wäre.

Die Arbeitsteilung war dergestalt, daß das Bundesamt die überregionale Öffentlichkeitsarbeit (einheitlich für das ganze Bundesgebiet) übernahm, während die Landesämter mehr die regionalen Belange berücksichtigten. Mit der Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit wurde erstmals eine Werbeagentur beauftragt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme wurde allgemein positiv bewertet.

Schon jetzt darf gesagt werden, daß für die Vorbereitung des nächsten Volkszählungswerkes 1970 die Öffentlichkeitsarbeit nochmals wesentlich intensiviert werden muß. Es wird nicht nur notwendig sein, die Bevölkerung zur bereitwilligen Mitarbeit zu gewinnen, vielmehr wird darüber hinaus auch eine umfangreiche Aufklärungsarbeit erforderlich sein, um die vorgesehene neue Erhebungstechnik (Strichmarkierungsverfahren) zu erläutern. In stärkerem Maße als bisher dürften sich Instruktionen über das Fernsehen empfehlen.

Bei allem ist zu bedenken, daß für die Öffentlichkeitsarbeit nur Mittel in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Deshalb muß möglichst weitgehend auf jene Werbeträger zurückgegriffen werden, die entweder kostenlos oder sehr kostengünstig eingesetzt werden können.

Eine Übersicht über die beim Volkszählungswerk 1961 verwendeten Werbeträger wird in II/7 gegeben.

5. Zähler und Zählbezirke

Die Gewinnung ehrenamtlicher Zähler wurde von Zählung zu Zählung schwieriger. Andererseits wurde aber das Frageprogramm immer differenzierter, woraus sich höhere Anforderungen an die Zählerleistung ergaben. Denn eine gewissenhafte Zählertätigkeit, wozu auch eine sorgfältige Überprüfung der Vollständigkeit und vollständigen Ausfüllung der Fragebogen gehört, ist äußerst wichtig für das Gelingen der Erhebung.

Generelle Aussagen zum Zählerproblem können nicht oder nur unter großen Vorbehalten gemacht werden, da die Voraussetzungen regional sehr unterschiedlich sind. Auf dem flachen Lande ergeben sich wesentlich andere Probleme als in der Großstadt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Gemeinden für die Zählergewinnung zuständig sind; bei ihnen liegt deshalb auch letzten Endes die Entscheidung darüber, wie unter Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten das Zählerproblem am besten gelöst werden kann.

Einige Landesämter und vor allem einige Großstädte haben schon bei der Zählung 1961 Konsequenzen aus diesem Sachverhalt gezogen. Um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, wurde zunächst ein Anreiz in Form einer angemessenen Entschädigung geboten. Außerdem wurde angestrebt, das von einem Zähler zu übernehmende Arbeitspensum zu vergrößern, sei es durch die Bildung größerer Zählbezirke oder dadurch, daß ein Zähler mehrere kleine Zählbezirke übernahm. Nicht selten entfielen so auf einen Zähler statt der als Durchschnitt empfohlenen 30–40 Haushalte oder 100 Personen mitunter bis zu 100 oder 150 Haushalte oder 300 und mehr Personen. Diese Lösung wurde von denen, die sie anwandten, allgemein und aus mehreren Gründen als vorteilhaft bezeichnet:

Eine angemessene Entschädigung erwies sich als echter Anreiz, da sich qualifizierte Bewerber in ausreichender Zahl meldeten und gewöhnlich auch bereit waren, ein größeres Arbeitspensum zu übernehmen; dadurch wurde es möglich, auf die Verpflichtung weniger geeigneter Mitarbeiter zu verzichten oder nicht geeignete Bewerber abzulehnen. (Zur »potentiellen« Zählerreserve gehörten gemäß § 7 Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes 1961 alle Deutschen vom 18. Lebens-

jahr an und darüber hinaus — Zustimmung des Erziehungsberechtigten vorausgesetzt — auch Jugendliche ab vollendetem 16. Lebensjahr.)

Den Behörden und Dienststellen, die zur Zählerstellung verpflichtet waren, entstand durch die längere durchschnittliche Bearbeitungszeit ergab; nicht nur die mengenmäßige, sondern auch die qualitative Leistung dieser Zähler lag wesentlich über dem sonst festgestellten Durchschnitt. Der Mehraufwand für die Zählertätigkeit machte sich bezahlt, da weitgehend fehlerfreies Material angeliefert wurde, so daß die Bearbeitung in den Landesämtern ohne nennenswerte Vollzähligkeits- und Vollständigkeitskontrollen u. dgl. beginnen konnte.

Neben den herkömmlichen Erfassungsproblemen gewinnt in neuerer Zeit die Erfassung der Urlauber zunehmend an Bedeutung. Früher stellte die Zeit der Sommerschulferien eine ausgeprägte Urlaubs-»Saisonspitze« dar. Demgegenüber setzt sich jetzt immer deutlicher eine Tendenz zu einer mehr gleichmäßigen Verteilung der Urlaubs- und Reisezeit auf das ganze Jahr durch. Die Zahl der Urlauber liegt zu jedem beliebigen Zeitpunkt des Jahres wesentlich über dem früher üblichen Niveau. Deshalb dürfte es zweckmäßig sein, für die Erfassung der Urlauber spezielle Erhebungsverfahren zu entwickeln. Zu denken wäre etwa an eine Vorwegfassung der Urlauber, die Aufforderung der Urlauber zur Hinterlegung der Zählpapiere beim Nachbarn oder zur Einsendung an die Zählungsdienststelle, an bestimmte Techniken der Nacherfassung, an die Verteilung von Merkblättern an Fahrkartenschaltern, in Reisebüros, an Grenzübergangsstellen und dergleichen mehr.

6. Regionales Ordnungssystem

In neuerer Zeit haben Probleme der Raumordnung und Landesplanung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Zusammenhang damit sind zahlreiche und vielfältige Auswertungswünsche hinsichtlich der regionalen Aufgliederung der statistischen Ergebnisse aufgekommen, die bisher — wenn überhaupt — meist nur unter verhältnismäßig hohem Aufwand erfüllt werden konnten. Eine besondere Schwierigkeit liegt auch darin, daß der Bedarf an regional tiefgegliederten Ergebnissen jeweils von den örtlichen Raumordnungs- und Planungsaufgaben bestimmt wird, woraus eine breite Streuung der Auswertungswünsche resultieren kann.

Ferner wird angestrebt, die Vergleichsmöglichkeiten der Ergebnisse verschiedener Statistiken zu verbessern, auch wurden Überlegungen angestellt, wie das Zählungsmaterial am besten als Auswahlgrundlage für Stichprobeerhebungen genutzt werden kann.

Unter den zahlreichen diskutierten Vorschlägen für ein verbessertes Ordnungssystem hat das sogenannte »Straßen-Hausnummer-System« die besten Voraussetzungen auf Realisierbarkeit. Dieses System verlangt eine einmalige Gliederung nach möglichst kleinen natürlichen Einheiten, die in Form von Straßen- und Hausnummern gegeben sind. Namen werden dabei durch Schlüsselnummern ersetzt, in zahlreichen Städten und Gemeinden wurden schon entsprechende Arbeiten geleistet.

Der Vorzug des neuen Systems besteht darin, daß Straßen- und Hausnummern nur gelegentlichen Änderungen unterliegen und im allgemeinen als konstant anzusehen sind. Wenn diese Begriffe in die Aufbereitung und Auswertung statistischen Materials einbezogen werden, ist ein Datenvergleich zwischen verschiedenen Zählungen in größerer

regionaler Tiefe als bisher möglich. Häufig werden sogar Individualvergleiche gemacht werden können. Die regionalen Materialzusammenfassungen sind variabel und können sich voll an der jeweiligen Aufgabenstellung orientieren. Damit können für die Erhebung Zählflächen ohne Rücksicht auf die später zu liefernden Nachweisungen in regionaler Gliederung gebildet werden. Für die Zählungsorganisation dürfte sich daraus eine wesentliche Erleichterung ergeben.

7. Zählungskonzept

Es ist allgemein anerkannt, daß Statistiken nicht isoliert zu behandeln, sondern im Gesamtzusammenhang zu sehen sind. Das bedeutet, daß die einzelnen Vorhaben zeitlich, sachlich und organisatorisch so aufeinander abgestellt sein sollten, daß ihre Ergebnisse sich zu einem statistischen Gesamtbild zusammenfügen lassen, wobei gleichzeitig eine möglichst gleichmäßige zeitliche Belastung der Statistischen Ämter und gegebenenfalls eine zweckmäßige organisatorische Verknüpfung einzelner Vorhaben angestrebt werden sollte. Für viele Statistiken wird als Auswahlgrundlage Material aus einer anderen Statistik benötigt; in diesen Fällen sollte durch entsprechende Zeitplanung dafür gesorgt werden, daß eine aktuelle Auswahlgrundlage zur Verfügung steht.

Das tragende Gerüst des Systems der amtlichen Statistik sind die großen Gesamt- und Bereichszählungen. Die genannten Zielsetzungen könnten am besten realisiert werden, wenn für diese Zählungen eine im Prinzip feste Periodizität gegeben wäre. In einer Vorschau auf die größeren Statistiken in den Jahren 1966 bis 1982¹⁾ hat das Statistische Bundesamt versucht, eine langfristige Konzeptvorstellung zu vermitteln und die vielschichtigen wechselseitigen Abhängigkeiten aufzuzeigen.

In manchen Ländern wird die feste Periodizität der wichtigen Gesamt- und Bereichszählungen (vor allem der Volks- und Berufszählung sowie der Wohnungszählung) durch langfristige Rechtsgrundlagen (Rahmen- und Dauergesetz und dergleichen) gewährleistet. Auch in der Bundesrepublik wurde eine langfristige Rechtsregelung dieses Problemkreises erwogen, konnte aber aus verschiedenen Gründen — u. a. mit Rücksicht auf bestehende Rechtsvorschriften — nicht verwirklicht werden. (Vgl. auch weiter oben: »Zensusgesetzgebung«.) Dessen unbeschadet darf auch bei uns, zumindest für die Volks- und Berufszählung sowie die Arbeitsstättenzählung ein regelmäßiger zehnjähriger Turnus als gesichert betrachtet werden. Allein schon die starken internationalen Verpflichtungen, aber auch der unabweisliche nationale Bedarf an statistischen Daten verlangen die Einhaltung eines regelmäßigen und geordneten Zeitplanes.

Bei der Aufstellung eines Gesamtplanes für das Zählungswerk 1970 waren zu beachten:

- die früheren Erfahrungen,
- die allgemeinen und die speziellen sachlichen Erfordernisse,
- die technisch-methodischen Gegebenheiten.

Die Konzeptüberlegungen begannen bereits im Spätsommer 1965 und bezogen sich auf die Technik, den Zählungsinhalt und die Organisation bzw. das Gesamtkonzept. Die zwei ersten Probeerhebungen (Spätherbst 1965 und Frühjahr 1966) waren im wesentlichen Fragebogentests. Bei einer dritten Probeerhebung im Mai 1967 wurden neben den Fragen des Totalteils erstmals auch die für den Repräsentativteil vorgesehenen Fragen einbezogen. Weitere Probeerhebungen und Untersuchungen zur Ermittlung des rationellsten Erhebungs- und Aufbereitungsverfahrens und zur Sicherstellung bestmöglicher Ergebnisse werden folgen.

Über Zählungsinhalt und Fragenkatalog wurden seit Frühjahr 1966 zahlreiche Gespräche zwischen den beteiligten Stellen geführt. Die Beratungen werden fortgesetzt.

¹⁾ Vgl. »Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1965/66«, Stuttgart und Mainz, 1966, S. 41 ff.

Die Gesamtplanung des Zählungswerkes 1970 strebt eine integrierte Lösung an, d. h., es wird versucht, die Aufgabe unter Einsatz aller verfügbaren technischen Mittel zu lösen, wobei die Arbeit in allen Phasen von der Erhebung bis zur Veröffentlichung der Resultate als Ganzes gesehen wird. Dieses Verfahren ist allerdings nur möglich, wenn alle Informationen über das Frageprogramm, das Auswertungsprogramm und die Technik frühzeitig verfügbar sind. Das Konzept wird unter dieser Voraussetzung erhebliche Kosten und Zeit sparen bzw. bei gegebenen Kosten ein Maximum an Auswertungsmöglichkeiten bieten.

8. Methodik und Technik

Die sachlichen Anforderungen waren beim Volkszählungswerk 1961 höher als jemals zuvor. Seitdem ist der Bedarf an statistischen Daten weiterhin gestiegen, so daß 1970 ein noch umfangreicheres Programm als 1961 zu bewältigen sein wird. Der gestiegene Informationsbedarf bezieht sich sowohl auf die sachliche Gliederung des Materials nach Merkmalen und Merkmalskombinationen als auch auf die regionale Gliederung in unterschiedlicher Abgrenzung (kleinregionale Einheiten) für Zwecke regionaler Strukturvergleiche und für Planungszwecke (Stadt-, Landesplanung usw.). Um diese Forderungen erfüllen zu können, wird sowohl eine Erweiterung des Erhebungs- als auch des Aufbereitungsprogramms notwendig werden. Diesen Wünschen könnte jedoch kaum entsprochen werden, wenn die Durchführung und Aufbereitung nach den gleichen Verfahren wie 1961 erfolgen müßte, da die Kostensteigerung erheblich wäre und die Ergebnisermittlung zu lange dauern würde. Deshalb wurden Überlegungen angestellt und Untersuchungen eingeleitet, wie die bevorstehenden Aufgaben möglichst rationell gelöst werden können. Dabei konnte z. T. auf Erfahrungen einiger ausländischer Statistischer Ämter zurückgegriffen werden, wo entsprechende Verfahren schon erprobt wurden.

Zunächst ist daran gedacht, die Volks- und Berufszählung erstmals in einen total und in einen repräsentativ zu erhebenden Teil aufzugliedern. Im Totalteil sollen nur noch jene Merkmale erfragt werden, für die Nachweisungen in einfacher, sachlicher, aber tiefer regionaler Gliederung benötigt werden. Für die übrigen Merkmale dürfte eine Repräsentativerfassung (Auswahlsatz etwa 10%) ausreichen. Hierbei ist an jene Merkmale gedacht, für die keine Ergebnisse in feinsten regionaler Aufschlüsselung gebraucht werden. Dazu würden vor allem die Fragen nach der Schul- und Berufsausbildung sowie nach der Art der ausgeübten Tätigkeit in eingehender Form gehören.

Die Aufgliederung der Erfassung in Totalteil und Stichprobe dürfte eine wesentliche Arbeits- und Kostenreduktion gegenüber 1961 ermöglichen.

Eine weitere bedeutende Reduzierung des Aufwandes kann durch die Anwendung neuentwickelter technischer Verfahren erzielt werden. Vor allem soll damit eine weitgehende Verlagerung bisher manuell durchgeführter Arbeiten auf Maschinen erzielt werden. Diese Umstellung ist nicht nur wegen der schwierigen Arbeitsmarktlage, sondern auch wegen der damit erzielbaren Beschleunigung und Rationalisierung des gesamten Arbeitsablaufs dringend angezeigt.

Die Untersuchungen bewegen sich im wesentlichen in zwei Richtungen:

In der ersten Aufbereitungsphase soll durch den Einsatz automatischer Lesegeräte eine mechanische Übertragung der Angaben auf die Datenträger erfolgen.

Bei verhältnismäßig einfachen Fragen, für die nur wenige Beantwortungsmöglichkeiten vorgesehen sind, können als Fragebogen sogenannte Strichmarkierungsbogen verwendet werden. Die Beantwortung der Fragen erfolgt durch einfaches Anstreichen in vorgegebenen Feldern des Bogens. Vom Fragebogen können nun die Angaben über Lesegeräte unmittelbar auf Lochkarte oder auf Magnetband übertragen und in die weitere Aufbereitung genommen werden; die bei

den konventionellen Verfahren notwendigen Arbeitsgänge des Signierens, Lochens und Lochprüfens können wegfallen. Manuelle Eingriffe sollen sich nur noch auf Fälle beschränken, die fehlerhaft sind und maschinell nicht bereinigt werden können (vgl. unten). Dieses Verfahren dürfte sich vor allem für die Bearbeitung des Totalteils der Volks- und Berufszählung eignen.

Für den Repräsentativteil der Volks- und Berufszählung und die Arbeitsstättenzählung eignet sich diese Technik voraussichtlich nicht, weil ein Teil der Antworten (z. B. Berufsangaben) in den Statistischen Ämtern erst verschlüsselt werden muß oder für eine Bearbeitung mit Strichmarkierung wenig geeignet ist (z. B. mehrstellige Zahlen, wie etwa die Zahl der Arbeitskräfte). Jedoch auch in diesem Falle dürfte ein Rationalisierungseffekt zu erzielen sein, indem mit Schreibgeräten signiert wird und diese maschinengeschriebenen Ziffern von optischen Lesegeräten direkt auf Karte oder Band übertragen werden, da auf diese Weise wenigstens das Lochen und Lochprüfen von Karten als separate Arbeitsgänge entbehrlich werden.

Wesentlich neue und erweiterte Möglichkeiten wird die geplante und schon eingeleitete Ausstattung der maschinellen Abteilungen in den Statistischen Ämtern mit größeren und leistungsfähigeren elektronischen Datenverarbeitungsanlagen bieten. Die Vorzüge gegenüber den bisher verwendeten Maschinen sind die höhere Arbeitsgeschwindigkeit und vor allem die Ausstattung mit größeren internen (Kern-) Speichern sowie der Übergang von Lochkarten zu Magnetbändern als Datenträger (externe Speicher). Die gesteigerte Kapazität dieser Anlagen wird gestatten, ein geschlossenes (integriertes) maschinelles System der Datenaufbereitung anzuwenden. Dieser Ablauf reicht von ausgedehnten maschinellen Wahrscheinlichkeitskontrollen mit weitgehend automatischer Korrektur der Beanstandungen bis zur Lieferung druckreifer Tabellen. Umfangreiche, bisher manuell durchgeführte und sehr zeitraubende Arbeiten können somit eingespart oder zumindest erheblich reduziert werden. Um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen, müssen jedoch noch gründliche Voruntersuchungen durchgeführt werden. Um mit Hilfe der neuen technischen Hilfsmittel und modernen Verfahren die steigenden sachlichen Anforderungen optimal erfüllen zu können, müssen die Zusammenhänge zwischen allen Teilarbeiten beachtet werden. Auch bei früheren Zählungswerken ist die Einordnung aller Teile in einen Gesamtrahmen angestrebt worden, ohne daß jedoch ein voll befriedigender Ablauf erzielt werden konnte. Ein zweckmäßiges, alle technischen Möglichkeiten ausschöpfendes Gesamtkonzept ist als einer der wichtigsten Punkte für die Planung des Zählungswerkes 1970 anzusehen.

9. Zeitfaktor

Die bei vergangenen Zählungswerken immer wieder eingetretene Zeitnot bei der Vorbereitung sollte künftig mit aller Konsequenz entgegengewirkt werden. Seit der Umstellung der Aufbereitung auf elektronische Datenverarbeitung ist für die Terminplanung eine veränderte Situation entstanden. Um die Leistungsfähigkeit der elektronischen Anlagen voll zu nutzen, müssen zwei Grundprinzipien eingehalten werden. Erstens muß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, bisher manuell durchgeführte Arbeiten so weit wie möglich auf die Maschine zu verlagern (vgl. weiter unten). Zweitens müssen die Maschinenprogramme bereitstehen, sobald das Zählungsmaterial vorliegt, damit unverzüglich die Aufbereitung beginnen kann. Der Wert der Zählungsergebnisse für operative Zwecke steht und fällt mit deren Aktualität. Durch eine Verschleppung der Ergebniserstellung, welche Ursache sie auch haben möge, wird der Wert der Ergebnisse gemindert, die aufgewendeten finanziellen Mittel bringen nicht den erzielbaren »Gegenwert«.

Diesen Gesichtspunkt, der schon wiederholt angesprochen wurde, hier noch einmal besonders zu unterstreichen, scheint vor allem im Hinblick auf die sich bietenden Beschleuni-

gungsmöglichkeiten der Ergebnisfeststellung mit Hilfe moderner technischer Hilfsmittel angebracht. Die elektronischen Anlagen arbeiten schnell und sicher, aber ihre effiziente Arbeit setzt eine lange und intensive Vorbereitung voraus. Bis in die letzte Einzelheit genau muß der gesamte Arbeitsablauf vorgedacht, »programmiert« werden; die Programme müssen ferner, um spätere Störungen zu vermeiden, gründlich getestet werden. Da für diese Vorbereitungsarbeiten ein Zeitraum von mindestens etwa einem Jahr erforderlich ist, muß nachdrücklich darauf hingewirkt werden, daß ein Jahr vor dem Zählungstichtag das Hauptauswertungsprogramm in endgültiger Form feststeht. Später sich ergebende zusätzliche Auswertungswünsche dürfen diese Programmierung nicht unterbrechen und hemmen, sie sollten vielmehr in einem Ergänzungs- bzw. Zusatzprogramm untergebracht werden.

Ein volles Jahr wird auch für die praktisch-organisatorische Vorbereitung des Zählungswerkes benötigt. Dazu rechnen z. B. die Zählbezirkseinteilung, die Zählergewinnung und -schulung, der Druck und die Verteilung der Erhebungspapiere usw. Erfahrungsgemäß wirkt sich jeder Zeitdruck bei der Vorbereitungsarbeit negativ auf die Qualität des erhobenen Materials aus, behindert damit die Aufbereitungsarbeit und verschlechtert die Ergebnisse. Diesem letzten Vorbereitungsabschnitt ist jedoch ein ganzes System von Vorbereitungsarbeiten vorgelagert.

Um den gewachsenen Schwierigkeiten der Vorbereitungs- und Planungsarbeiten zu begegnen, können mit Nutzen neu entwickelte Planungstechniken angewandt werden, die z. B. unter den Bezeichnungen »Critical Path Method« (CPM), Program Evaluation and Review Technique (PERT) usw. bekannt sind. Sie stellen komplizierte organisatorische Zusammenhänge anschaulich dar und gestatten z. T. auch quantitative Aussagen über den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften und Maschinenkapazität. Außerdem helfen sie bei der Überwachung des Arbeitsablaufs und der Einhaltung der Termine, indem sie Engpässe frühzeitig erkennen lassen. Die rechnerische Durchführung kann mit Hilfe von Programmen auf elektronischen Datenverarbeitungsanlagen erledigt werden.

Der im Anhang hinter S. 200 wiedergegebene »Plan des Arbeitsablaufs für das Zählungswerk 1970« (Stand: Anfang 1967) vermittelt eine Vorstellung über die Vielfalt und Vielzahl der zu bewältigenden Aufgaben. Einen breiten Raum nehmen dabei die Untersuchungen über die vorgesehenen neuen technischen Verfahren ein (vgl. unten). Da hier nicht auf alte Erfahrungen zurückgegriffen werden kann, können die notwendigen Informationen nur durch Probeuntersuchungen und Probefragungen beschafft werden.

Wie aus dem Ablaufplan ersichtlich, sind die Vorbereitungsarbeiten zum Zählungswerk 1970 bereits Ende 1965 angelaufen. Dieser verhältnismäßig lange Zeitraum für die Vorbereitung mag überraschen. Zum Vergleich sei jedoch erwähnt, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika vom »Bureau of the Census« bereits 1963 eine erste Probeerhebung zur Vorbereitung der Zählung 1970 durchgeführt wurde.

10. Aufbereitung

Bei der Aufbereitung des Volkszählungswerkes 1961 konnten die im ursprünglichen Zeitplan vorgesehenen Termine nicht eingehalten werden.

Schon bei der Anlieferung der Zählpapiere an die Statistischen Landesämter traten Verzögerungen ein. Diese hingen z. T. damit zusammen, daß die Statistischen Ämter der größeren Städte mit der Vorbereitung und Abwicklung der Bundestagswahl vom September 1961 befaßt waren und deshalb die Bearbeitung der Zählpapiere zurückstellen mußten. Ein anderer Grund war, daß den Gemeinden gestattet wurde, die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden zu vergleichen. Dafür wurde teilweise ein Zeitraum von meh-

rerer Monaten in Anspruch genommen. So kam es, daß ein erheblicher Teil der Zählpapiere erst im letzten Quartal 1961 zu den Landesämtern gelangte.

Bei der maschinellen Aufbereitung in den Landesämtern machte sich störend bemerkbar, daß es Überschneidungen mit den Aufbereitungsterminen der Steuerstatistiken gab. Da diese recht umfangreichen Arbeiten vorrangig und so schnell wie möglich erledigt werden mußten, waren Verzögerungen bei der Bearbeitung des Zählungsmaterials die zwangsläufige Folge.

Zwar werden auch künftig Überschneidungen solcher oder ähnlicher Art nicht ganz zu vermeiden sein. Doch sollte schon bei der Arbeits- und Zeitplanung darauf geachtet werden, das zeitliche Zusammentreffen der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung und der damit gekoppelten Erhebungen mit anderen größeren Aufbereitungsarbeiten soweit wie möglich auszuschließen.

In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, daß künftig Engpässe in der Maschinenlaufzeit kaum zu erwarten sein dürften, da Belastungsspitzen mit Hilfe der neuen elektronischen Anlagen, deren Leistungskapazität und Arbeitsgeschwindigkeit weit größer sind als die der bisher eingesetzten Maschinen, ohne wesentliche Schwierigkeiten abgefangen werden können. Engpässe könnten aber wohl noch im Bereich des Lochens und Lochprüfens auftreten.

Die wichtigste Neuerung bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 war die maschinelle Materialprüfung. In mehreren Maschinendurchläufen wurden alle Individuallochkarten einer Prüfung auf Signier- und Lochfehler unterzogen; umfassende »Wahrscheinlichkeits-« oder »Plausibilitätskontrollen«, in denen die Verträglichkeit der einzelnen Angaben untereinander in extensiver Form geprüft wurden, schlossen sich an. Alle beanstandeten Karten wurden mit sämtlichen Merkmalen auf Maschinenband geschrieben, die Art der Beanstandung wurde durch Symbole eines Fehlerschlüssels gekennzeichnet. Die Materialbereinigung mußte freilich wegen der unzureichenden Kapazität der internen Speicher noch manuell durchgeführt werden. Diese erstmals durchgeführte vollmaschinelle Materialprüfung übertraf an Umfang und Gründlichkeit bei weitem die manuellen Kontrollen, die früher einzig und allein möglich waren. Sehr wichtig war, daß die Kontrollen vor der Summenkartenfertigung und dem Beginn der Tabellararbeiten durchgeführt wurden. Die bereinigten Individuallochkarten stellten eine widerspruchsfreie Grundlage für die weitere Ergebnisfeststellung dar, so daß prinzipiell auf weitere Vergleichs- und Abstimmarbeiten zwischen den einzelnen Arbeits- und Ergebnistabellen verzichtet werden konnte. Bei der Aufbereitung früherer Zählungswerke war vor jeder Tabellierung ein besonderer Kontrollgang eingeschaltet. Die dabei festgestellten Beanstandungen erforderten Korrekturen, die wiederum Differenzen zu anderen Tabellen mit sich brachten und mitunter schwierige Quervergleiche und Abstimmungen erforderten.

Die am Material der Volks- und Berufszählung 1961 angewendete Technik der Materialprüfung wird künftig noch ausgebaut und verbessert werden. Die wesentlich größeren Kernspeicher der im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Landesämtern neu installierten Datenverarbeitungsanlagen bieten wesentlich erweiterte Möglichkeiten. Die Materialprüfung selbst kann im wesentlichen in einem einzigen Durchlauf erledigt werden. Darüber hinaus können auch Korrekturen in hohem Maße vollmaschinell durchgeführt werden. Daraus wird nicht nur eine Verbesserung der Materialprüfung und Bereinigung, sondern auch eine wesentliche Beschleunigung dieser Arbeiten erwartet. Daß die Elektronik strikte Anforderungen an die Ablauf- und Zeitplanung mit sich bringt, sei hier nochmals erwähnt. Wenn die maschinelle Materialverarbeitung ohne Verzögerung einsetzen soll, müssen etwa zum Zählungstichtag oder kurz danach die Maschinenprogramme bereitstehen. Das bedeutet, daß mindestens ein Jahr vor dem Zählungstichtag mit der Programmierung begonnen werden muß. Zu diesem Zeitpunkt müssen

also die Tabellenprogramme, welche die Grundlage für die Programmierung sind, vorliegen. Um jedoch auch später noch auftretenden Auswertungswünschen Rechnung tragen zu können, müssen zusätzliche Lösungen gefunden werden. Für solche Zusatz- und ad-hoc-Tabellierungen wäre etwa an die Verwendung von Standardprogrammen zu denken.

Die technischen Möglichkeiten der Elektronik werden ergänzt durch die in neuerer Zeit entwickelten automatischen Lesegeräte. Die Verwendbarkeit dieser Geräte ist zwar vorläufig noch begrenzt. Das Frageprogramm darf nur Fragen enthalten, die durch Anstreichen der vorgegebenen Beantwortungsmöglichkeiten beantwortet werden können. Doch zeichnen sich schon jetzt erweiterte Möglichkeiten ab (z. B. Ziffern- und Schriftzeichenleser). Der Vorteil der Verwendung von Lesegeräten besteht darin, daß sie das Signieren sowie das Lochen und Lochprüfen entbehrlich machen.

Die Veröffentlichungstabellen werden fast vollständig maschinell in veröffentlichungsreifer Form hergestellt. Die früher üblichen umfangreichen Schreib- und Vergleichsarbeiten entfallen somit fast vollständig.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die neue Entwicklung durch zunehmende Verlagerung von Arbeiten auf die Maschinen auszeichnet. Der Bereich der manuellen Bearbeitung wird immer mehr eingeschränkt. Die gegenüber den früher verwendeten Modellen sehr gesteigerte Kapazität der Kernspeicher der neuen elektronischen Anlagen erlaubt eine weitgehende Integration des Arbeitsablaufs, der früher in zahlreiche Bearbeitungsabschnitte zerteilt werden mußte. Hinzu kommt die hohe Arbeitsgeschwindigkeit dieser Maschinen. Die Dateneingabe über Magnetband bietet gegenüber der Eingabe über Lochkarten zahlreiche Vorteile. Vor allem die früher zeitraubenden Sortiergänge stellen keine besondere Belastung mehr dar.

Aus diesen erweiterten und verbesserten technischen Möglichkeiten wird eine Verbesserung, Intensivierung und Beschleunigung der Ergebnisfeststellung erwartet.

Vermieden werden sollte aber eine übermäßige Ausweitung der Tabellenprogramme. Von den heutigen technischen Möglichkeiten her wäre dem Umfang von Tabellierungen praktisch keine Grenzen gesetzt. Eine solche Massenproduktion wäre jedoch sinnlos, da die Auswertung und Analyse des Materials gar nicht möglich wäre.

Die verstärkte Automatisierung der Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten erfordert eine exakte frühzeitige Planung. Um dennoch auch neuen aufkommenden ad-hoc-Auswertungswünschen Rechnung tragen zu können, sollte ein mehrstufiges Tabellenprogramm vorgesehen werden. Zu denken wäre etwa an folgende Lösung, die schon diskutiert wurde:

In einem »Kernprogramm«, das klar abzugrenzen ist, sind die von vornherein bekannten Auswertungswünsche frühzeitig und endgültig festzulegen;

kurz vor der Zählung können die neu hinzukommenden Anforderungen in einem »Ergänzungsprogramm« zusammengefaßt werden, das ebenfalls klar abzugrenzen und als endgültig zu betrachten ist;

alle später sich ergebenden Wünsche sind in ein »Zusatzprogramm« zu verweisen, das nicht fest umrissen ist und die erforderliche Flexibilität gegenüber aktuellen Forderungen hat.

Ein solcher Aufbau des Tabellenprogramms würde gewährleisten, daß die Vorbereitung rechtzeitig und auf sicherer Grundlage beginnen kann; gleichzeitig wird aber auch den später sich ergebenden Auswertungswünschen Rechnung

getragen. Es müßte möglich sein, unter diesen Voraussetzungen die im Kernprogramm endgültigen Ergebnisse schon etwa ein Jahr nach dem Zählungstichtag bereitzustellen.

Die bei Aufbereitung der Volkszählung 1970 erhoffte Beschleunigung gegenüber 1961 ist aus der Skizze im Anhang S. 204 über den »Arbeitsablauf bei den Volkszählungen 1961 und 1970« ersichtlich.

11. Analyse des Materials

Bei der Vorbereitung der Volks- und Berufszählung wird auch davon auszugehen sein, daß die Ergebnisse weit stärker als früher Grundmaterial für wissenschaftliche Untersuchungen sein müssen. Die modernen Hilfsmittel methodischer und technischer Art, die von Zählung zu Zählung weiter entwickelt wurden, sollen nicht nur für die Gewinnung und Aufbereitung statistischer Ergebnisse eingesetzt werden, sondern auch für deren Analyse. Unter Analyse wird dabei nicht eine bloße Kommentierung der Tabellenergebnisse verstanden, sondern eine intensive Auswertung des Materials mit teils einfachen, teils aber auch komplizierteren und aufwendigeren Methoden, wie z. B. Regressions- und Korrelationsrechnungen sowie andere Verfahren zum Testen von Hypothesen. Die technischen Möglichkeiten hierfür sind mit den elektronischen Datenverarbeitungsanlagen in einer Weise gegeben wie nie zuvor. Von ihnen ist in weitestem Maße Gebrauch zu machen. Dabei geht es aber in keinem Fall darum, die Elektronik einzusetzen, um noch größere Tabellenberge aufzuschütten, sondern darum, analytische Arbeiten, die bisher unter großem Zeitaufwand mit konventionellen Rechenmaschinen lange nach dem Vorliegen der Tabellen oder gar nicht durchgeführt wurden, schon in die Datenverarbeitung selbst zu verlegen¹⁾. Voraussetzung ist, daß die Teile der Analyse, die maschinell durchgeführt und gleichzeitig mit den Tabellen geliefert werden sollen, bereits vor der Zählung durchdacht und festgelegt werden, damit sie rechtzeitig programmiert werden können. Damit aber gewinnt die Frage, wer das Material einer Volks- und Berufszählung analysieren soll, eine neue Bedeutung. Es dürfte wohl nicht leicht sein, so frühzeitig außerhalb des statistischen Dienstes tätige Wissenschaftler zu finden, die für solche vorgelagerten Arbeiten gewonnen werden könnten.

Die Feststellung, daß von Zählung zu Zählung das Mißverhältnis zwischen der Fülle des Materials und der wissenschaftlichen Analyse dieser Unterlagen wächst, ist nicht neu. Und sie ist nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. In den Verhandlungen vor dem statistischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses zur Vorbereitung der Volkszählung 1970 wurde eine Verstärkung des Teils der Analyse gefordert, die das Bureau of the Census selbst vornehmen soll, wofür 5 bis 10% der Gesamtkosten des Zählungswerks zur Verfügung stehen müßten.

Hand in Hand mit einer Erweiterung der wissenschaftlichen Analyse und Auswertung des Materials in den statistischen Ämtern selbst muß die Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und sozialwissenschaftlichen Institutionen verstärkt und koordiniert werden. Bei der Fülle und Bedeutung der Ergebnisse, die eine moderne Volkszählung zu liefern vermag, ist eine sinnvolle Arbeitsteilung unumgänglich. Nur dann lassen sich die hohen Kosten, die für die Gewinnung der Ergebnisse aufzuwenden sind, rechtfertigen und die Unterlagen bereitstellen, die Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft von einem solchen Zählungswerk erwarten können.

¹⁾ Siehe hierzu auch Szameitat, K./Deininger, R.: »Die Vorbereitung des Zählungswerkes 1970«, Teil 1: Das Gesamtkonzept, WiSta 1967/8, S. 448.

Anhang

Inhalt des Anhangs

	Seite
I. Rechtsgrundlagen	101
1. Bund	
Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961). Vom 13. April 1961	101
Erlaß des Bundesministers für Verteidigung über die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 im Bereich der Bundeswehr	105
Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Mai 1961 betr. Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961 im Bundesgrenzschutz	106
Verfahrensregelungen vom März 1961 über die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 im Bereich des Bundesgrenzschutzes (BGS)	107
Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960). Vom 13. April 1960	109
Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960. Vom 3. März 1961	111
Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960). Vom 27. Mai 1960	112
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) im Saarland. Vom 13. Juni 1961	114
2. Länder	
(nur für die Zählungen vom 6. Juni 1961)	
a) Schleswig-Holstein	
Runderlaß des Innenministers vom 29. März 1961 zur Durchführung der Volkszählung 1961 ..	115
Runderlaß des Innenministers vom 11. April 1961 betr. Höhe der Finanzzuweisung des Landes an die Gemeinden	115
Runderlaß des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 20. April 1961	115
Erlaß des Kultusministers vom 24. April 1961	115
Verordnung über die Bestimmung der Erhebungsstellen nach dem Volkszählungsgesetz 1961. Vom 9. Mai 1961	116
b) Hamburg	
Senatsbeschluß vom 4. April 1961 betr. die Volks-, Berufs-, Arbeitsstätten- und Gebäudezählung 1961	116
c) Niedersachsen	
Runderlaß des Niedersächsischen Ministers des Innern vom 12. April 1961	116
Verordnung über Erhebungsstellen für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961. Vom 23. Mai 1961	116
d) Bremen	
Beschluß des Senats vom 14. März 1961 zur Durchführung der Volkszählung und der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961	117
e) Nordrhein-Westfalen	
Runderlaß des Innenministers vom 16. März 1961 betr. Volkszählung 1961	117
Verordnung über die Bestimmung der Erhebungsstellen nach dem Volkszählungsgesetz 1961. Vom 9. Mai 1961	118
f) Hessen	
Durchführungsanweisungen der Hessischen Landesregierung zum Bundesgesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 (Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961). Vom 28. März 1961	118
g) Rheinland-Pfalz	
Runderlaß der Staatskanzlei vom 23. Februar 1961 betr. Vorbereitung der Volkszählung 1961	119
Landesverordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961. Vom 5. Mai 1961	120
Runderlaß der Staatskanzlei vom 5. Mai 1961 betr. Zuschüsse zu den Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände	120
Runderlaß der Staatskanzlei vom 15. August 1961 betr. Zuschüsse zu den Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände	120
h) Baden-Württemberg	
Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961. Vom 19. April 1961	121

	Seite
Anordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961. Vom 19. April 1961	121
Rundschreiben des Finanzministeriums Baden-Württemberg vom 5. Mai 1961 betr. Entschädigung an die Gemeinden für deren Mitwirkung an der Volkszählung 1961	121
i) Bayern	
Verordnung zum Vollzug des Volkszählungsgesetzes 1961. Vom 26. Mai 1961	121
Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 28. April 1961 über die Volkszählung	122
Entschließung des Bayerischen Staatsministers des Innern vom 22. Juni 1961 betr. Beteiligung des Freistaates Bayern an dem Verwaltungsmehraufwand der Gemeinden für die Mitwirkung bei den Großzählungen 1960/61	122
j) Saarland	
Verordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961. Vom 24. April 1961	122
k) Berlin (West)	
Rundschreiben des Senators für Inneres vom 13. März 1961 betr. Bereitstellung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961	123
II. Tabellenprogramme	124
Volks- und Berufszählung	125
Hauptaufbereitung	125
Sonderaufbereitungen	126
Haushalts- und Familienstatistik	127
Gebäudezählung	130
Arbeitsstättenzählung	131
Landwirtschaftszählung 1960	
Haupterhebung zum 31. Mai 1960	132
Gartenbauerhebung 1960	132
Forsterhebung 1961	138
Binnenfischereierhebung 1962	138
Arbeitskräfteerhebung 1960/61	138
Handels- und Gaststättenzählung 1960	
Grunderhebung	139
Einzelhandel	139
Großhandel	143
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	148
Handelsvermittlung	150
Verlagsbuchhandel	151
Die eigenen offenen Verkaufsstellen der Industrie	153
Repräsentative Ergänzungserhebung	154
Einzelhandel	154
Großhandel	156
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	159
Verkehrszensus 1962	161
III. Systematiken und Signierhilfsmittel	
Übersicht über die beim Zählungswerk 1960/62 benutzten Systematiken und Verzeichnisse ...	163
Systematik der Wirtschaftszweige	164
Systematisches Verzeichnis der Berufsabteilungen, -gruppen, -ordnungen und -klassen	180
Schlüsselnummer für die Stellung im Beruf/Soziale Stellung	186
Verzeichnis der sozialen Bezeichnungen, die sich von der Unterhaltsquelle herleiten	186
Systematisches Verzeichnis der Anstalten und Beherbergungsbetriebe	187
Systematisches Verzeichnis der Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften	187
Statistische Kennziffern für die Verwaltungsbezirke	189
Länder- und Staatsangehörigkeitsschlüssel	193
Signierschlüssel für das Signieren der Fachrichtung in der Bildungsfrage bei der Volks- und Berufszählung 1961	194
Verzeichnis der Verkehrsbezirke für die Statistiken des Landverkehrs	195
Güterverzeichnis für die Spezialisierung im Verkehrszensus 1962	195

	Seite
IV. Ablauf- und Zeitpläne (nur Volkszählungswerk)	
1. Schematische Darstellung der maschinellen Arbeitsgänge (Auszug)	197
2. Arbeits- und Zeitpläne, Ablaufübersichten	
Ablaufplan für die Vorbereitung und Durchführung der Volks- und Berufszählung und Arbeitsstättenzählung sowie der wohnungstatistischen Feststellungen	198
Ablaufplan für die Aufbereitung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sowie der wohnungstatistischen Feststellungen in den Statistischen Landesämtern	199
Zeitplan für den Ablauf der Öffentlichkeitsarbeit zum Volkszählungswerk 1961	200
Plan des Arbeitsablaufs für das Zählungswerk 1970	200
Zeitlicher Ablauf der Aufbereitungsarbeiten am Zählungswerk 1961/62 in den Statistischen Landesämtern	201
Zeitlicher Ablauf der hauptsächlichen Arbeitsabschnitte bei den Volks- und Berufszählungen 1950 und 1961	202
Ablauf der manuellen Arbeiten an der 10%-Aufbereitung der VZ/BZ 1961	203
Arbeitsablauf bei den Volkszählungen 1961 und 1970	204
V. Veröffentlichungen und Kartographie zum Zählungswerk 1960/62	
A. Allgemeine und zusammenfassende Veröffentlichungen	205
B. Veröffentlichungen zu den einzelnen Zählungsteilen	205
C. Aufsätze in Wirtschaft und Statistik	210
D. Verzeichnis der zum Zählungswerk 1961 im Atlas »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« erschienenen kartographischen Darstellungen	212
VI. Erhebungspapiere	
1. Bereichszählungen mit eigenem Erhebungstermin (Verzeichnis der verwendeten Fragebogen)	
a) Landwirtschaftszählung 1960 und Nacherhebungen	214
b) Handels- und Gaststättenzählung 1960	214
c) Verkehrszensus 1962	214
2. Zählungen vom 6. Juni 1961	
Gebäudeliste	Drucksache Nr. 1 215
Merkblatt zur Gebäudeliste	ohne Nummer 217
Haushaltsliste	Drucksache Nr. 2 219
Merkblatt zur Haushaltsliste	ohne Nummer 223
Haushaltsliste in Italienisch und Spanisch	ohne Nummer 225
Haushaltsliste in Polnisch und Griechisch	ohne Nummer 229
Anstaltsliste	Drucksache Nr. 3 233
Einzelbogen zur Anstaltsliste	Drucksache Nr. 3 a 237
Merkblatt zum Einzelbogen der Anstaltsliste	ohne Nummer 239
Anstaltsliste Bundeswehr	ohne Nummer 241
Einzelbogen zur Anstaltsliste Bundeswehr	ohne Nummer 243
Anstaltsliste Bundesgrenzschutz	ohne Nummer 245
Einzelbogen zur Anstaltsliste Bundesgrenzschutz	ohne Nummer 247
Arbeitsstättenbogen 1961	Drucksache Nr. 4 249
— Fragebogen für die Deutsche Bundesbahn	ohne Nummer 253
— Fragebogen für die Deutsche Bundespost	ohne Nummer 255
Kontrollzettel zur Arbeitsstättenzählung 1961 für Behörden	ohne Nummer 257
Kontrollzettel zur Arbeitsstättenzählung 1961 für Bundeswehr/Bundesgrenzschutz	ohne Nummer 257
Zählbezirksliste	Drucksache Nr. 5 258
Leitfaden für den Zähler	Drucksache Nr. 6 260
Leitfaden für den Anstaltszähler	Drucksache Nr. 6 a 266
Schlagwortverzeichnis	Drucksache Nr. 7 270
Anleitung für die Gemeindebehörde	Drucksache Nr. 8 286
Anleitung für die Unterrichtung der Zähler	Drucksache Nr. 9 302
Anlage zur »Anleitung für die Unterrichtung der Zähler«:	
Ein Gang durch einen Zählbezirk	ohne Nummer 320
Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden	Drucksache Nr. 10 321
Gemeindebogen	Drucksache Nr. 11 325
Rechtsgrundlage	Drucksache Nr. 12 327

VII. Sonstige Unterlagen der Aufbereitung

Seite

1. Volkszählungswerk 1961

a) Signierblätter, Zähl- und Karteblätter

Zählblatt für die Sofortkontrolle	330
Signierblatt zur Volks- und Berufszählung 1961	331
Sondersignierblatt für die repräsentative Aufbereitung der Haushalts- und Familienstatistik sowie der Angaben über Kriegsgefangene usw.	332
Zählblatt I	333
Zählblatt II	333
Zählblättchen für Pendelwanderung	333
Zählblatt für die Alphabetkontrolle	334
Karteblatt zur Alphabetkontrolle	334
Signierblatt Wohnungsstatistische Feststellungen 1961	335

b) Lochkarten (verwendete Lochkartenmuster)

Volks- und Berufszählung 1961 — Individualkarte	336
Volks- und Berufszählung 1961 — 10 %-Aufbereitung	336
Volks- und Berufszählung — BZ-Prüfkarte	336
Volks- und Berufszählung 1961 — Summenkarten	337
Wohnungsstatistische Feststellungen 1961 — Gebäudekarte	341
Wohnungsstatistische Feststellungen 1961 — Summenkarte	341
Arbeitsstättenzählung 1961 — KA 1 und 2	341
Arbeitsstättenzählung 1961 — Summenkarten 10—80	342

c) Summenkarten-Ubersicht für die Hauptaufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961

343

2. Landwirtschaftszählung 1960

Signierblatt für die Betriebsbogen A und B	358
Signierblatt I	359
Grundlochkarte-A, Ergebnislochkarte-B	360

3. Handels- und Gaststättenzählung 1960 — Verwendete Lochkartenmuster

Adressenkarte	361
Einzelhandel	361
Großhandel	361
Handelsvermittlungen	362
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	362
Personalverhältnisse	362

4. Verkehrszensus 1962

Lochkarten W- und T-Bereich, KA 1—5	363
Lochkarten V-Bereich, KA 6—9, 0	363

I. Rechtsgrundlagen

1. Bund

Vorbemerkung: Die Begründungen zu statistischen Gesetzen sind nicht auf den endgültigen Wortlaut der Gesetze, sondern auf die inhaltlich bisweilen abweichenden Gesetzentwürfe abgestimmt. So wird z. B. in § 10 des Volkszählungsgesetzes 1961 die Höhe der Finanzzuweisungen des Bundes an die Länder mit 1,35 DM je Einwohner zum Zählungstichtag angegeben, während in der Begründung zu § 10 noch ein Betrag von 1,20 DM genannt wird, der auch den darauf folgenden Kostenberechnungen zu Grunde lag; als Zählungstichtag wurde im Gesetz endgültig der 6. Juni 1961 festgelegt, während in der Begründung als Termin noch der 9. Mai 1966, der früher vorgesehene Stichtag, genannt wurde.

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)

Vom 13. April 1961¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Am 6. Juni 1961 werden eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) durchgeführt.

(2) Am 30. September 1962 wird ein Verkehrszensus durchgeführt, der alle in § 5 Nr. 1 und 3 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen sowie bis zu 15 vom Hundert der in § 5 Nr. 2 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen umfaßt.

§ 2

Zu den in § 1 bezeichneten Zählungen können Probebefragungen und Kontrollbefragungen sowie eine Gebäudevorerhebung durchgeführt werden.

§ 3

Bei der Volks- und Berufszählung werden erhoben:

1. Als Merkmale zu Person, Familie und Haushalt

- Angaben zur Person, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, zweiter Wohnsitz; Zuzug in den Geltungsbereich dieses Gesetzes, Angaben über Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und Internierte; abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule;
- für abwesende Haushaltsmitglieder außerdem Grund der Abwesenheit und Art der Unterkunft am Aufenthaltsort, für besuchsweise Anwesende Grund der Anwesenheit und ständiger Wohnort;
- für bestehende Ehen das Eheschließungsjahr;
- Stellung im Erwerbsleben; Arbeitsstätte, Umfang der Erwerbstätigkeit, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf;
- für Personen mit getrennter Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, außerdem Angaben über den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte;
- für Inhaber oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte, außerdem Angaben über die beschäftigten Personen.

2. Für bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei

- Baujahr, Art und Ausstattung der Gebäude und ihre räumliche Einteilung;
- Größe der bewirtschafteten Bodenfläche, Beschäftigung familienfremder Arbeitskräfte; bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha Art der Nutzung;
- Bestand und Art von Binnenfischereibetrieben.

§ 4

Bei der allgemeinen Arbeitsstättenzählung werden erhoben:

1. Art der Arbeitsstätten und Unternehmen und der ausgeübten Tätigkeiten;

¹⁾ BGBl. I vom 18. April 1961 S. 437.

2. Zahl und Art der Voll- und Teilbeschäftigten;

3. Rechtsform der Unternehmen;

4. Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen;

5. Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen sowie Zahl der vorhandenen Kraftfahrzeuge.

§ 5

Bei dem Verkehrszensus 1962 werden erhoben:

1. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs

- Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen;
- Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen und nach der Stellung im Betrieb sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
- Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen;
- Umsatzstruktur, Aufwendungen für wichtige Fremdleistungen und für Löhne und Gehälter im Geschäftsjahr 1961;
- Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1960 und 1961.

2. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr

- Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen im Verkehr;
- Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
- Zahl, Art und Kapazität der selbst genutzten Transportmittel und Verkehrseinrichtungen.

3. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen, die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, außer den Angaben zu Nummer 2 auch Angaben über die Erlöse für diese Verkehrsleistungen im Geschäftsjahr 1961.

§ 6

Auskunftspflichtig sind

- für die Volks- und Berufszählung die Haushaltsvorstände und die volljährigen Mitglieder der Haushalte sowie die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter;
- für die allgemeine Arbeitsstättenzählung sowie für den Verkehrszensus die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.

§ 7

(1) Die Landesregierungen bestimmen die Erhebungsstellen.

(2) Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an verpflichtet. Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grunde abgelehnt werden. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

(3) Der Zähler ist berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zählungszweckes erforderlich und der Auskunftspflichtige hiermit einverstanden ist.

§ 8

(1) Der Bund, die Länder, die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

(2) Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden.

§ 9

(1) Alle mit den Zählungen und Befragungen nach §§ 1 und 2 sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen. Die Vorschriften des § 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleiben unberührt.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach §§ 3 und 4 mit Ausnahme der Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen für wissenschaftliche Zwecke ist zugelassen, wenn die Geheimhaltung (§ 12 Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke) gewährleistet ist.

(3) Die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung können mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen werden; die Angaben über den Vor- und Zunamen, das Geburtsdatum und die Anschrift können zur Berichtigung der Melderegister benutzt werden.

§ 10

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz und die damit zusammenhängenden ergänzenden Zählungen der Landwirtschaft und des Handels auferlegt werden, eine Finanzausweisung in Höhe von 1,35 DM je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Bundesamt für den 6. Juni 1961 feststellt. Die Finanzausweisung ist in drei gleichen Teilbeträgen am 1. Juli 1961, 1. Juli 1962 und 1. Juli 1963 zu zahlen.

§ 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Begründung¹⁾

A. Allgemeine Begründung

Volkszählungen finden als »Bestandsaufnahmen« der Bevölkerung in allen Ländern in gewissen Zeitabständen statt. Sie erfassen die gesamte Bevölkerung in ihrer Gliederung nach Geschlecht, Alter, Beruf und weiteren Merkmalen. Häufig sind sie mit einer Zählung der Wohnungen oder der Arbeitsstätten verbunden.

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung in der Bundesrepublik vom September 1950 sind zum großen Teil nicht mehr verwendbar. Die Bevölkerungszahl im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) hat sich von rd. 50 Millionen auf etwa 55 Millionen (Stand Ende 1959) erhöht; darunter befinden sich 3,3 Millionen Zugewanderte aus der SBZ und Berlin. Das Saarland ist in den Geltungsbereich des Grundgesetzes eingegliedert worden. Die Hochkonjunktur hat die beruflichen und sozialen Verhältnisse für große Teile der Bevölkerung beträchtlich geändert. Diese Gründe erfordern eine erneute Zählung. Die Ergebnisse der Zählung sollen als Rahmen für die laufende statistische Beobachtung dienen und ein vollständiges Bild der Bevölkerung in ihrer demographischen und sozialen Struktur und in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auch in tiefer regionaler Gliederung geben. Außerdem soll die Zählung für die sogenannte Fortschreibung der Bevölkerung eine neue Grundlage und zuverlässiges Ausgangsmaterial liefern. Durch den Ausbau der laufenden Statistiken ist eine Verlängerung des Zeitraumes zwischen zwei Zählungen, der in den beiden letzten Jahrzehnten im Durchschnitt sechs Jahre betrug, und eine entsprechende Kostenreduzierung möglich geworden.

Die Zählung ist auch für die immer mehr zunehmende internationale Zusammenarbeit von Bedeutung. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre um 1960 Volkszählungen mit einem bestimmten Mindestprogramm empfohlen. Fast alle Staaten werden dieser Anregung folgen und sich damit, nachdem zuletzt Zählungen für die Jahre um 1950 empfohlen worden waren, einem zehnjährigen Turnus für allgemeine Volkszählungen nähern. Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden die Ergebnisse der Zählung wertvolles Material liefern und den für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die mit der sozialen Harmonisierung zusammenhängenden Aufgaben erforderlichen Überblick über die Bevölkerung und Wirtschaft im gesamten Bereich der Wirtschaftsgemeinschaft geben.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2255 vom 30. November 1960.

Das Zählungsprogramm besteht aus

einer Volks- und Berufszählung und

einer allgemeinen Zählung der Arbeitsstätten und Unternehmen (ohne Landwirtschaft).

Die Zählungen sollen gemeinsam im Mai 1961 durchgeführt werden. Mit der Volks- und Berufszählung sollen einige wohnungsstatistische Feststellungen verbunden werden. Für 1962 ist außerdem eine besondere Zählung der Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs oder mit Werkverkehr (Verkehrszensus 1962) vorgesehen.

Die gemeinsame Durchführung einer Volks- und Berufszählung mit einer allgemeinen Arbeitsstättenzählung hat organisatorische und sachliche Vorteile. Die für die Volkszählung erforderliche Einteilung aller Gemeinden in Zählbezirke und der Einsatz von rd. 650 000 Zählern mit Befragung jedes Haushaltes werden gleichzeitig als geeignete Erhebungsorganisationen angesehen, um bei der Zählung der Arbeitsstätten die vollständige Erfassung aller Arbeitsstätten zu ermöglichen. Hinsichtlich der Angaben der Personen und der Arbeitsstätten über die Art und Zahl der Beschäftigten ergeben sich dabei günstige Vergleichs- und Abstimmungsmöglichkeiten.

Die Volks- und Berufszählung wird, wie schon 1950, den Hauptteil des ganzen Zählungswerkes bilden. Über das traditionelle Erhebungsprogramm hinaus sind einige Fragen nach dem erreichten Ausbildungsgrad und dem Weg zur Arbeitsstätte vorgesehen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die Berufszählung ein umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung bringen wird. Die laufenden Statistiken auf diesem Gebiet erbrachten bisher nur Ausschnitte oder nur Zahlen von begrenzter sachlicher und regionaler Tiefe. Das Vorhandensein vollständiger, zuverlässiger und zwischen den Wirtschaftsbereichen vergleichbarer Zahlen über den Beschäftigtenstand ist für eine Fülle wirtschafts- und sozialpolitischer Zwecke von größter Bedeutung.

Als Beispiele seien die mit dem sogenannten Grünen Bericht über die Lage der Landwirtschaft und die mit der Rentenanpassung verbundenen Fragen genannt.

Auf eine Wohnungsstatistik wurde im Gegensatz zu 1950 verzichtet. Es sollen nur einige gebäude- und wohnungsstatistische Feststellungen getroffen werden, die sich vor allem auf Art und Ausstattung der bewohnten Gebäude erstrecken. Sie werden, da

sich die Wohnungsbaupolitik in den kommenden Jahren stärker der Sanierung von Gebäuden und Wohnungen und der Erstellung besser ausgestatteter Wohnbauten zuwendet, als vorerst ausreichend angesehen.

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf sämtliche Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft, deren Zählung bereits Ende Mai 1960 stattgefunden hat. Durch diese Rahmen-Erhebung soll ein Überblick über die vorhandenen Arbeitsstätten im weitesten Sinne geschaffen werden. Daher werden auch z. B. die freien Berufe, die Behörden und öffentlichen Einrichtungen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter erfaßt. Das Programm ist auf die Ermittlung einiger Strukturdaten, wie Zahl und Art der Arbeitsstätten und der in ihnen beschäftigten Personen, beschränkt. Weitergehende Befragungen bleiben wie bisher Sonderzählungen vorbehalten, die auf die Verhältnisse der einzelnen Bereiche abgestimmt sind und von denen z. B. im Herbst 1960 eine Handels- und Gaststättenzählung durchgeführt wurde.

Eine Sonderzählung stellt auch der im Gesetzentwurf für das Jahr 1962 vorgesehene Verkehrszensus dar. Im Verkehrsbereich sind wirtschaftliche Daten über die institutionellen Einheiten kaum vorhanden; unter Verwendung des bei der Landwirtschaftszählung 1960 und der allgemeinen Arbeitsstättenzählung 1961 gewonnenen Anschriftenmaterials sollen alle in Betracht kommenden Arbeitsstätten und Unternehmen nach Zahl, Art und Kapazität der Verkehrseinrichtungen, nach der Gliederung der Beschäftigten und nach dem Umsatz ermittelt werden. Da Verkehrsfunktionen in bedeutendem Umfang auch von Unternehmen ausgeübt werden, deren Schwerpunkt in anderen Wirtschaftsbereichen liegt (Werkverkehr), sollen diese Unternehmen ebenfalls in die Befragung einbezogen werden.

B. Besondere Begründung

Zu § 1

Der vorgesehene Stichtag im Mai 1961 bietet im Verhältnis zu anderen möglichen Terminen für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sachlich, organisatorisch und jahreszeitlich die günstigsten Voraussetzungen. Der Beschäftigtenstand entspricht annähernd dem Jahresdurchschnitt. Die Ermittlung der Gesamtbevölkerung, insbesondere die Zuordnung der Personen zu ihrem ständigen Wohnsitz, ist noch nicht durch die Haupturlaubszeit beeinträchtigt. Auch die ohnehin schwierige Zählergewinnung ist im Mai noch nicht zusätzlich durch die Reisesaison erschwert. Für die Erfassung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den Zählereinsatz auf dem Lande ist der Stichtag günstig, weil die Haupterntezeit noch nicht begonnen hat. Die Gemeinden sind ferner noch nicht durch die Vorbereitung der im September 1961 stattfindenden Bundestagswahlen in Anspruch genommen. Für den Verkehrszensus kann ein genauer Stichtag nicht im voraus festgelegt werden, weil für die auf dem Postwege durchzuführende Erhebung erst das oben in Abschnitt A (letzter Absatz) erwähnte Anschriftenmaterial vorliegen muß. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die Befragung etwa im Mai 1962 möglich sein wird. Die Unternehmen des gewerblichen Verkehrs (§ 5 Nr. 1) und solche Unternehmen, die neben dem Werkverkehr auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen (§ 5 Nr. 3), werden wegen ihrer Bedeutung für den Verkehrsmarkt und die Verkehrspolitik vollzählig erfaßt. An die Unternehmen, die nur Werkverkehr ausüben (§ 5 Nr. 2), werden wesentlich weniger Fragen gestellt. Hier genügt eine repräsentative Erhebung, die im Durchschnitt höchstens bis zu 15 v. H. der Arbeitsstätten und Unternehmen dieser Art erfaßt.

Zu § 2

Erfahrungen bei früheren Zählungen haben gezeigt, daß räumlich begrenzte Probeerhebungen erheblich zur Verbesserung der Zählungsvorbereitungen und indirekt des Zählungsergebnisses beitragen. Die Fragebogen können auf ihre Verständlichkeit und die Erhebungsorganisation auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und Mängel rechtzeitig abgestellt werden. Gebäudelisten sichern die lückenlose Erfassung der Bevölkerung sowie die vollständige und richtige Beantwortung der Fragen über die Gebäude. Das Ausfüllen der Gebäudelisten einige Zeit vor dem Zählungstermin — Gebäudevorerhebung — entlastet die Zähler in Fällen, in denen der Eigentümer nicht auf seinem Grundstück wohnt und daher am Zählungstage nicht dort angetroffen werden kann, oder sonstige wenig übersichtliche Verhältnisse herrschen.

Kontrollbefragungen während oder nach der Zählung dienen dazu, die Ergebnisse auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen und zu verbessern.

Zu § 3

Die Volks- und Berufszählung 1961 ermittelt grobenteils Tatbestände, die schon seit langem zum Programm der deutschen Volkszählungen gehören, wie Geschlecht, Familienstand, Alter, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Beruf, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte der Erwerbstätigen. Andere Fragen wie die nach Vertriebenen- und Flüchtlingseigen-

schaft ergeben sich aus der besonderen Situation der Bevölkerung der Bundesrepublik und sind bereits in der Zählung von 1950 enthalten gewesen. Aus den genannten Angaben sowie aus der Ermittlung der Kinderzahl lassen sich wichtige Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Haushalte und Familien und über die künftige Bevölkerungsentwicklung gewinnen. Die Kenntnis der Haushalts- und Familienstruktur ist wegen ihrer allgemeinen Bedeutung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wichtig; als wirtschaftende Einheiten beeinflussen Haushalte und Familien durch ihre Nachfrage Verbrauch und Produktion.

Die Haushalts- und Familienstatistik wird zentral durch das Statistische Bundesamt aufbereitet, wobei zur Kostenersparnis nur eine Stichprobe von 10 v. H. der Angaben ausgewertet wird. Ebenso wird bei der Aufbereitung der Angaben über Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung und über den Weg zur Arbeitsstätte verfahren.

Außerdem werden verschiedene Merkmale erhoben, die auf Grund internationaler Empfehlungen, auf Wunsch der Bundesministerien oder anderer interessierter Stellen aufgenommen wurden. So werden die Feststellungen über den erreichten Ausbildungsgrad (Berufsfach-, Fach- oder Hochschule) den bisher nicht vorhandenen Überblick über Zahl, Art und Altersgliederung der hochqualifizierten Arbeitskräfte erlauben. Diese Gesamtzahlen bilden die Voraussetzung für Spezialuntersuchungen über das Nachwuchsproblem besonders in technischen und wissenschaftlichen Berufen. Die erstmals gestellten Fragen nach dem Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte gestatten vergleichende Untersuchungen u. a. über die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs, den Grad der Motorisierung im Berufsverkehr sowie über die Dauer der berufsbedingten Abwesenheit.

Die Fragen über Kriegsgefangenschaft und Internierung gehen auf einen Bundestagsbeschluß vom 2. Juli 1953 zurück, in dem Unterlagen für eine Ausweitung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gefordert werden. Sie sollen ferner Unterlagen für eine Schlußbilanz über diese Seite der Kriegsfolge liefern.

Der Verzicht auf eine umfangreiche Wohnungszählung ermöglicht eine Einschränkung des Zählungsprogramms bei nicht unbeträchtlicher Kosteneinsparung. Die wenigen Fragen nach Baujahr, Art und Ausstattung der bewohnten Gebäude sowie nach der Zahl der in den Gebäuden enthaltenen Wohnungen, die von den Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümern oder -verwaltern bzw. deren Vertretern in den als Leitpapier ohnehin benötigten Gebäudelisten zu beantworten sind, dürften für die Wohnungspolitik der nächstfolgenden Jahre ausreichen.

Die Erfassung der bewirtschafteten Bodenflächen und die Art der Nutzung bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha einschließlich der Kleingärten stellt eine Ergänzung der Angaben in der Landwirtschaftszählung 1960 dar, bei der nur die bewirtschafteten Flächen von 0,5 ha aufwärts ermittelt wurden. Die Erfassung der Kleinstflächen erscheint auch vom ernährungswirtschaftlichen Standpunkt erforderlich. Auch soziologisch ist ihre Erfassung im Zusammenhang mit Zahl und Gliederung der an der Bodenbewirtschaftung beteiligten Personen und Haushalte wichtig. Die bei den jährlichen Bodennutzungserhebungen nötigen Schätzungen dieser Flächen müssen außerdem von Zeit zu Zeit durch Totalerhebungen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Mit den Fragen nach Vorhandensein und Art von Binnenfischereibetrieben soll das Adressenmaterial für eine später durchzuführende Binnenfischereierhebung beschafft werden.

Zu § 4

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erfaßt lediglich zu vorhandenem Material noch fehlende Angaben über die Zahl und Art der Arbeitsstätten und Unternehmen, die Rechtsform der Unternehmen und Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft ihrer Inhaber sowie die Zahl der beschäftigten Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes ist die zusätzliche Erfassung von Voll- und Teilbeschäftigten notwendig.

Eine Anschlußfrage über die Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen dient der Adressenermittlung für den Verkehrszensus. Bei Kraftfahrzeugen wird außerdem deren Zahl erfragt.

Zu § 5

Der für 1962 vorgesehene Verkehrszensus besteht aus einer tiefergehenden Befragung der Unternehmen der gesamten Verkehrswirtschaft — einschließlich Bundesbahn und Bundespost — und aus einer eingeschränkten Befragung der Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr. Zur Verkehrswirtschaft gehören alle Unternehmen, bei denen die Verkehrstätigkeit für fremde Rechnung (gewerblicher Verkehr) überwiegt, z. B. Unternehmen des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Reedereien der See- und Binnenschifffahrt, private und kommunale Unternehmen des öffentlichen Personenverkehrs, Speditionsunternehmen u. ä. Aus den anderen Bereichen (ohne private Haushalte, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und vergleichbare Institutionen) werden diejenigen Arbeitsstätten

und Unternehmen einbezogen, deren Fahrzeuge Werkverkehr (Verkehr für eigene Rechnung) betreiben oder nebenbei auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung erbringen.

Durch diese Sonderzählung soll ermittelt werden, welche Kapazitäten den Unternehmen in den verschiedenen Zweigen der Verkehrswirtschaft und der übrigen Wirtschaftsbereiche zur Bewältigung des gesamten volkswirtschaftlichen Verkehrsaufkommens zur Verfügung stehen. Deshalb sollen für alle einbezogenen Unternehmen die einzelnen Verkehrsarten und einige spezielle Verkehrsfunktionen wie beispielsweise die hauptsächlich bedienten Verkehrsrelationen und die überwiegend beförderten Gütergruppen erfragt sowie Feststellungen über Voll- und Teilbeschäftigte, darunter das im Personen- und Güterverkehr eingesetzte Fahr- und Begleitpersonal und deren Arbeitsstunden in einem Stichmonat, sowie über Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen getroffen werden. Bei den Unternehmen, die Werkverkehr betreiben und nebenbei auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, werden zusätzlich auch die Erlöse für ihre im Personen- und Güterverkehr erbrachten Leistungen für andere ermittelt.

Da den Unternehmen des gewerblichen Verkehrs, deren Hauptzweck die Verkehrstätigkeit bildet, der größte Teil des Verkehrsaufkommens zufällt, soll der Verkehrszensus zusätzlich besondere Einsichten in deren betriebliche Struktur und Betriebsrechnung vermitteln. Bei diesen Verkehrsunternehmen werden daher neben den oben erwähnten Verkehrsarten und -funktionen auch die sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen, ihre Umsatzstruktur, die Aufwendungen für Kraft-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Handelsware sowie für Löhne und Gehälter und ferner die letztjährigen Investitionen erfragt. Ein Teil dieser Unterlagen soll gleichzeitig die Berechnung eines Nettoleistungswertes in der Verkehrswirtschaft ermöglichen.

Zu § 6

Diese Vorschrift bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen. Die Verpflichtung sowohl der Haushaltsvorstände als auch der volljährigen Mitglieder der Haushalte zu Auskünften für die Volks- und Berufszählung ist notwendig für Fälle, in denen der Haushaltsvorstand vom Zähler nicht angetroffen wird oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Auskünfte in ausreichendem Maße zu erteilen. Diese Bestimmung trägt den Erfahrungen der statistischen Ämter bei vorausgegangenen Zählungen Rechnung und soll den Zählern ihre Arbeit erleichtern. Bei der Gebäudevorerhebung ist die Auskunftspflicht wegen des Erhebungsgegenstandes auf die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter abgestellt.

Die Auskunftspflicht für Arbeitsstätten und Unternehmen in den §§ 4 und 5 folgt in ihrer Formulierung der in den Rechtsgrundlagen für vergleichbare Erhebungen der letzten Zeit gewählten Form.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der in § 2 aufgeführten Zählungen und Befragungen ist es notwendig, die Auskunftspflicht auch auf diese zu erstrecken.

Zu §§ 7 und 8

Die Erhebung wird von den Gemeinden durch Befragung der Haushalte und Arbeitsstätten möglichst mit ehrenamtlichen Zählern durchgeführt. Um die Schwierigkeiten der Volkszählung 1950 und der Wohnungszählung 1956, eine ausreichende Zahl geeigneter Zähler zu bekommen, auszuschalten, sind eindeutige Bestimmungen für die Übernahme des Zähleramtes und die Verpflichtung der Behörden zur Zählergestellung vorgesehen. Die für die Volkszählung benötigten Zähler werden sich zum größten Teil aus Beamten und Angestellten des Bundes, der Länder und Gemeinden rekrutieren.

§ 8 Abs. 2 bezieht sich auf öffentliche Dienste, deren Betrieb keine, wenn auch noch so kurzfristige Unterbrechung erlaubt; dabei ist vor allem an Bundesbahn und Bundespost gedacht. Durch diese Bestimmung sollen jedoch nur die für den technischen Betrieb unbedingt notwendigen Personen von der Zählertätigkeit freigestellt werden.

Zu § 9

In Absatz 1 wird die Geheimhaltung aller Einzelangaben gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes.) nochmals ausdrücklich festgelegt. Die Angaben, die der Befragte in Beantwortung der durch das Zählungsgesetz vorgeschriebenen Fragen gemacht hat, dürfen nicht für andere als statistische, insbesondere nicht für steuerliche Zwecke verwendet werden.

Damit jedoch das mit hohem Aufwand erhobene Zahlenmaterial der wissenschaftlichen Auswertung in möglichst großem Umfang zugänglich gemacht werden kann, sollen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten für spezielle Forschungsaufgaben auch Einzelangaben zur Verfügung gestellt werden können. Dabei müssen die Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen unkenntlich gemacht werden. Die Bestimmungen über die Veröffentlichung von Einzelangaben gelten auch für die auf Grund des Zählungsmaterials vorgenommenen Veröffentlichungen durch die Hochschulen und wissen-

schaftlichen Forschungsinstitute. Die beim Verkehrszensus gewonnenen Angaben sind von der Weiterleitung ausgeschlossen, da sie einen weitgehenden Einblick in die Betriebsstruktur gewähren.

Als weitere Ausnahme wird den Gemeinden gestattet, die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung mit den Einwohnerverzeichnissen zu vergleichen. Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, die Ermittlungen der Zähler zu kontrollieren und ggf. zu ergänzen und auch die Angaben der Einwohnerverzeichnisse auf Grund der bei der Zählung durch die Zähler getroffenen Feststellungen zu berichtigen. Die Abstimmung dient damit sowohl der Sicherung richtiger und vollständiger Zählungsergebnisse als auch der Berichtigung von Einwohnerverzeichnissen durch die Zählung. Da der Vergleich auf die Angaben über Wohnung, Vor- und Zunamen sowie Geburtsdatum zu beschränken ist, wird die Geheimhaltung für die sachlichen Angaben gewahrt.

Zu § 10

Die Vorschrift des § 10 regelt auf Grund von Artikel 106 Abs. 5 Satz 2 GG den Ausgleich der Mehrbelastung, die den Ländern durch die Zählungen gemäß §§ 1 und 2 dieses Gesetzentwurfs und die durch besondere Gesetze angeordnete Landwirtschaftszählung 1960 sowie die Handelszählung 1960 auferlegt wird. Die Kosten der ergänzenden Sonderzählungen können wegen des Zusammenhangs mit der allgemeinen Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung berücksichtigt werden.

Die Finanzausweisung von 1,20 DM je Kopf der für den 9. Mai 1961 (Stichtag der Volkszählung) durch das Statistische Bundesamt festzustellenden Wohnbevölkerung beträgt rd. 50 v.H. der vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den statistischen Landesämtern berechneten Gesamtkosten der Länder für die Durchführung des gesamten Zählungswerkes 1960/62 in Höhe von rd. 134 543 000 DM.

Die Finanzminister und Finanzsenatoren der Bundesländer haben sich auf der 203. Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates (Niederschrift vom 18. Februar 1960 Punkt 10) mit dieser grundsätzlichen Regelung abschließend einverstanden erklärt. Dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß die bei den Ländern anfallenden Verwaltungskosten der Statistiken für Bundeszwecke nach § 8 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 13. September 1953 entsprechend dem allgemeinen Lastenverteilungsgrundsatz des Artikels 106 Abs. 4 Nr. 1 GG von den Ländern zu tragen sind. Bei Zählungsvorhaben außergewöhnlichen Ausmaßes, wie die vorliegende, mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbundene allgemeine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung und die damit sachlich zusammenhängenden Ergänzungszählungen, kann jedoch die den Ländern und Gemeinden dadurch entstehende Mehrbelastung zum Teil durch Finanzausweisungen des Bundes nach Artikel 106 Abs. 5 Satz 2 GG ausgeglichen werden.

C. Kosten

Die Kosten der in diesem Gesetzentwurf gemäß §§ 1 und 2 angeordneten

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961,
Verkehrszensus 1962,
Probe- und Kontrollbefragungen,
Gebäudevorerhebung

sind mit 117 537 000 DM bei Bund und Ländern (einschließlich Berlin [West]) veranschlagt worden.

Die Finanzausweisung des Bundes an die Länder geht von dem Gesamtkostenaufwand für die Großzählungen im Zeitraum 1960 bis 1962 aus und bezieht die Kosten der durch besondere Gesetze angeordneten

Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960 — BGBl. I S. 217) und der

Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960 — BGBl. I S. 313)

ein.

Die Gesamtkosten der angegebenen Zählungen betragen bei Bund und Ländern 146 116 000 DM.

Von diesem Betrag entfallen auf

den Bund 11 573 000 DM,

die Länder (einschließlich Gemeinden) 134 543 000 DM.

Bei einer Finanzausweisung von 1,20 DM je Kopf der am 9. Mai 1961 festgestellten Wohnbevölkerung würden — bei einer für den Zählungstichtag angenommenen Zahl von 56 075 000 Personen — die Länder vom Bund einen Gesamtbetrag von 67 290 000 DM erhalten.

Der genaue Betrag und seine Aufteilung auf die Länder läßt sich abschließend erst feststellen, wenn das Statistische Bundesamt die endgültige Wohnbevölkerungszahl der Länder ermittelt hat.

Eine Aufteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Zählungen nach Bund und Ländern
und in persönliche und sächliche Kosten zeigt die nachstehende Übersicht:
(Beträge in 1000 DM)

Zählung	Bund			Länder			Gesamtkosten in Bund und Ländern
	persönliche	sächliche	zusammen	persönliche	sächliche	zusammen	
	Kosten			Kosten			
Landwirtschaftszählung 1960	497	876	1 373	12 430	5 776	18 206	19 579
Handelszählung 1960	520	480	1 000	6 100	1 900	8 000	9 000
Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 *)	6 000	2 900	8 900	62 149	42 188	104 337	} 117 537
Verkehrszensus 1962			300			4 000	
Zählungswerk 1960/62			11 573			134 543	146 116

*) Einschließlich Feststellungen über bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei.

Die Arbeiten werden, da es sich um eine zeitlich begrenzte Beanspruchung handelt, bei Bund und Ländern durch Aushilfskräfte durchgeführt.

Erlaß des Bundesministers der Verteidigung über die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 im Bereich der Bundeswehr¹⁾

Mit Stichtag 6. Juni 1961 findet in der Bundesrepublik eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung statt. Die Rechtsgrundlage für das Zählungswerk bildet das »Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)« vom 13. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 437).

Die Bundeswehr, die in die Zählung einbezogen wird, führt die Erhebung in ihrem Bereich selbst durch. Zuständig hierfür sind die Wehrbereichsverwaltungen. Diese übertragen die im Zuge der Erfassung anfallenden Aufgaben an die Standortverwaltungen. Im einzelnen wird — teils in Abweichung zur Regelung im zivilen Bereich — folgendes angeordnet:

A. Erfassung zur Person

1. Soldaten in Truppenunterkünften

Zählpapier »Anstaltsliste Bundeswehr«

Die in Truppenunterkünften lebenden Soldaten werden entsprechend der im zivilen Sektor bei Gemeinschaftsunterbringung geübten Praxis mit einer »Anstaltsliste Bundeswehr« erfaßt. Diese besteht aus einem sogenannten »Mantelbogen« und aus »Einzelbogen«. Während mit dem »Einzelbogen« die persönlichen Angaben des auskunftspflichtigen Soldaten erfragt werden, dient der »Mantelbogen« u. a. als Umschlag für eine Anzahl von »Einzelbogen«.

Die Zählpapiere werden von den Standortverwaltungen so rechtzeitig über die Standortkommandanturen bzw. Standortältesten an die Truppe ausgegeben, daß sie dort in der erforderlichen Anzahl bis zum 1. Juni 1961 vorliegen.

Durchführung der Erhebung am Zählungssstichtag

Jeder in einer Truppenunterkunft lebende Soldat hat einen »Einzelbogen« selbst auszufüllen. Dies geschieht im Rahmen einer Unterrichtsstunde am Zählungssstichtag, dem 6. Juni 1961. Die Zahl der Teilnehmer soll möglichst nicht über Zugstärke hinausgehen.

Ausfüllung des »Einzelbogens«

Bei der Beantwortung der im »Einzelbogen« gestellten Fragen sind die Erläuterungen auf dem unteren Teil der Rückseite des Fragebogens zu beachten; darüber hinaus sind die auf der ersten und vierten Seite des »Mantelbogens« angegebenen Hinweise zur Klärung von Zweifelsfragen heranzuziehen. Auf dem »Einzelbogen« ist

¹⁾ Ministerialblatt des Bundesministers der Verteidigung (VMBI) 1961, S. 237.

die Nummer des »Mantelbogens« (Vorderseite oben rechts), in den er eingelegt wird, zu vermerken; außerdem hat der Ausfüllende den »Einzelbogen« zu unterschreiben.

Ausfüllung des »Mantelbogens«

Der den Unterricht Leitende sammelt die ausgefüllten »Einzelbogen« ein und legt sie in einen »Mantelbogen«. Auf der Vorderseite des »Mantelbogens« ist in der entsprechenden Zeile des Vordrucks die Anzahl der eingelegten »Einzelbogen« anzugeben. Der Einheitsführer bescheinigt mit seiner Unterschrift auf der Rückseite des »Mantelbogens«, daß die Angaben überprüft worden sind, und daß die Erfassung der ihm unterstellten in Truppenunterkunft lebenden Soldaten ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

Behandlung von Sonderfällen

Wegen der Behandlung von Sonderfällen wird auf die Ausführungen im »Mantelbogen«, Abschn. »Sonderregelungen«, verwiesen.

Rückgabe der Zählpapiere

Die ausgefüllten »Anstaltslisten« (»Mantel-« und »Einzelbogen«) sind den Standortverwaltungen über die Standortkommandanturen bzw. die Standortältesten bis zum 12. Juni 1961 wieder zuzuleiten.

2. Bundeswehrangehörige (Soldaten und zivile Bedienstete) in Wohnungen

Zählpapier »Haushaltsliste«

Die in Wohnungen lebenden Bundeswehrangehörigen (Soldaten und Zivilbedienstete) werden mit »Haushaltslisten« erfaßt.

Wohnungen innerhalb von Kasernenbereichen

Die Vordrucke gehen den Auskunftspflichtigen, soweit sie innerhalb eines Kasernenbereichs oder einer sonstigen Bundeswehrranlage mit oder ohne Familie in Wohnungen untergebracht sind, von den Standortverwaltungen bis zum 1. Juni 1961 zu. Die ausgefüllten »Haushaltslisten« sind ab 9. Juni 1961 zur Abholung durch Beauftragte der Standortverwaltungen bereitzuhalten.

Wohnungen außerhalb von Kasernenbereichen

Soweit Bundeswehrangehörige in Wohnungen außerhalb eines Kasernengeländes wohnen, werden ihnen die »Haushaltslisten« von Beauftragten (Zählern) der zivilen Erhebungsstellen überbracht; die Zählpapiere sind zu dem festgesetzten Zeitpunkt (s. Vermerk auf der Vorderseite der »Haushaltsliste« unten links) zur Abholung bereitzuhalten.

Ausfüllung der »Haushaltslisten«

Die nachstehend aufgeführten Hinweise zur Ausfüllung der »Haushaltslisten« sind von Bundeswehrangehörigen in Wohnungen innerhalb und außerhalb von Kasernenbereichen u. dgl. zu beachten.

a) Soldaten aller Dienstgrade

Frage 12 ist mit »ja« zu beantworten;

bei Frage 13 ist das Zutreffende anzukreuzen;

bei Frage 14 ist das erste Kästchen (Erwerbs-/Berufstätigkeit) anzukreuzen;

die Fragen 15 und 16 sind mit »Bundeswehr« zu beantworten;

zu Frage 17 sind nur Gemeinde, Straße und Hausnummer ohne weitere Angaben (z. B. nicht Name der Kaserne od. dgl.) aufzuführen;

zu Frage 18 ist anzugeben »Soldat«, keine Dienstgradbenennung; die Fragen 19 bis 21 sind nicht zu beantworten.

b) Ziviles Personal (Beamte, Angestellte, Arbeiter)

Die Fragen 15 bis 17 sind in gleicher Weise wie bei Soldaten zu beantworten.

3. Sonderfälle

Zählpapier »Haushaltsliste«

Soweit Zivilpersonen, die nicht Bedienstete der Bundeswehr sind (z. B. Kantinenpächter, Friseure), Wohnungen innerhalb eines Kasernenbereichs oder im Bereich einer sonstigen Bundeswehrranlage haben, gilt Nummer 2 Abs. 2 entsprechend.

B. Gebäudezählung

Zählpapier »Gebäudeliste«

Die Unterlagen zur Gebäudezählung — »Gebäudeliste« — werden von den Standortverwaltungen ausgefüllt. Dies gilt für alle bewohnten Gebäude in Kasernen und sonstigen Bundeswehrranlagen sowie für solche Gebäude außerhalb von Bundeswehrranlagen, bei denen die Standortverwaltungen »hausverwaltende Dienststelle« sind, soweit sich in diesen Gebäuden genutzte Wohnungen befinden. Einzelheiten über die in diesem Zusammenhang von den Standortverwaltungen zu erfüllenden Aufgaben werden durch besonderen Erlass geregelt.

Mithilfe durch Bewohner

Soweit die Standortverwaltungen bei der Gebäudezählung auf die Unterstützung durch Bundeswehrangehörige als Bewohner oder als sonstige Benutzer (z. B. als Leiter einer bundeswehreigenen Arbeitsstätte) der zu erfassenden Gebäude angewiesen sind, wird verständnisvolle Mitarbeit dieses Personenkreises erwartet.

C. Arbeitsstättenzählung

1. Regiebetriebe der Bundeswehr

Zählpapier »Kontrollzettel zur Arbeitsstättenzählung 1961«

Arbeitsstätten in Regie der Bundeswehr (Büros, Werkstätten, Lager u. dgl.) werden in der Zählung nicht einzeln erfaßt, und zwar auch dann nicht, wenn nur Zivilpersonal beschäftigt wird.

Soweit sich solche Arbeitsstätten außerhalb geschlossener militärischer Anlagen befinden (z. B. Kreiswehrrersatzämter), werden sie von den Zählern der Gemeinde aufgesucht. Diese Zähler sind dann darauf hinzuweisen, daß ein »Arbeitsstättenbogen« nicht ausgefüllt wird. Es ist ihnen stattdessen ein »Kontrollzettel« auszuhändigen, der den Leitern der betreffenden Dienststellen bis zum Zählungstichtag von der Standortverwaltung zur Verfügung gestellt wird.

2. Zivile Arbeitsstätten auf Bundeswehrrgelände

Zählpapier »Arbeitsstättenbogen«

Die Erfassung solcher Arbeitsstätten (z. B. Kantinen, Friseurstuben, Kinos u. dgl.) erfolgt über die Standortverwaltungen. Die von dort bis zum 1. Juni 1961 zu verteilenden »Arbeitsstättenbogen« sind von den auskunftspflichtigen Betriebsinhabern nach den Verhältnissen am Zählungstichtag (6. Juni 1961) auszufüllen und bis spätestens zum 12. Juni 1961 an die ausgebende Stelle zurückzuleiten.

D. Klärung von Zweifelsfragen

Zweifelsfragen, die im Zuge der Zählung aufkommen und von den Standort- oder Wehrrbereichsverwaltungen nicht beantwortet werden können, sind mir zur Klärung vorzulegen. In besonders eiligen Fällen wird Auskunft über die Hausapparate 24 74 oder 27 37 erteilt.

E. Geheimhaltungsbestimmungen

Ich verweise ausdrücklich auf die Geheimhaltungsbestimmungen des § 9 Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes 1961, der wie folgt lautet: »Alle mit den Zählungen und Befragungen nach §§ 1 und 2 sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen. Die Vorschriften des § 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleiben unberührt.«

Alle Bundeswehrangehörigen sind von den Einheitsführern oder Dienststellenleitern — die Inhaber von zivilen Arbeitsstätten auf Bundeswehrrgelände von den Standortverwaltungen — auf diesen Erlass hinzuweisen.

BMVtdg, 3. Mai 1961
VR III 6

Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Mai 1961 betr. Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961 im Bundesgrenzschutz

Zur Durchführung der Volkszählung im Bundesgrenzschutz sind mit dem Statistischen Bundesamt besondere Vereinbarungen getroffen worden (s. die beiliegenden Richtlinien). Aus Gründen der Sicherheit wird die Volkszählung im Bundesgrenzschutz nicht von den Gemeinden, sondern von Grenzschutzdienststellen im eigenen Bereich nach einem vereinfachten Verfahren durchgeführt. Die federführende Bearbeitung obliegt den Dienststellen der Verwaltung des Bundesgrenzschutzes, insbesondere den Grenzschutzverwaltungsstellen. Diese Sonderregelung bezieht sich aber nur auf die Grenzschutztruppe. Die Behörden und Dienststellen des Grenzschutz-Einzeldienstes werden, wie die übrigen Behörden, von der allgemeinen Zählorganisation erfaßt.

Die Leiter der Grenzschutzverwaltungen melden den Statistischen Landesämtern auf deren Anforderung den Bedarf an Zählpapieren (Mantelbogen, Einzelbogen, Haushaltslisten, Gebäudelisten, Arbeitsstättenbogen, Leitfaden, Schlagwortverzeichnis, Kontrollzettel

zur Arbeitsstättenzählung), und zwar getrennt für jedes Land, in dessen Hoheitsgebiet Einheiten und Dienststellen des Bundesgrenzschutzes ihren Sitz haben. Die Durchführung der Zählung obliegt den Grenzschutzverwaltungsstellen für alle zu ihrem Geschäftsbereich gehörenden Dienststellen und Einheiten. Die Grenzschutzverwaltungsstellen liefern das bearbeitete Zählmaterial unmittelbar an die zuständigen Statistischen Landesämter ab. Die Grenzschutzverwaltungen haben die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung zu überwachen.

Die Zuständigkeit der Grenzschutzdienststellen und der Statistischen Landesämter ergibt sich aus der beiliegenden Dienststellenübersicht, die ich auch dem Statistischen Bundesamt zugeleitet habe; sie wird den Statistischen Landesämtern nur auszugsweise zugehen. Falls notwendig, ist sie über die Grenzschutzverwaltungen hinaus nur auszugsweise weiterzugeben. Die Liste und Auszüge daraus sind als VS-NfD zu behandeln.

Im einzelnen bemerke ich zu den anliegenden Richtlinien folgendes:

1. Zu I Abs. 3

Ein Mantelbogen der Anstaltsliste wird für jede selbständige Einheit oder Dienststelle (z. B. GSA) ausgefüllt. Kommando- und Gruppenstäbe gelten als selbständige Dienststellen in diesem Sinne.

Für nach außen verlegte Teile von Einheiten gilt folgendes:

Teile dieser Einheit, die nicht nur vorübergehend in einer anderen Gemeinde untergebracht sind, gelten als selbständige Einheit, d. h., für sie ist ein besonderer Mantelbogen anzulegen. Gehört der Ort dieser — verlegten — Einheit zu einem anderen Land, ist das Zählmaterial an das für dieses Land zuständige Statistische Landesamt zu senden.

Einzelbogen sind für jeden zur Einheit oder Dienststelle gehörigen Polizeivollzugsbeamten auszufüllen, soweit keine Haushaltsliste in Frage kommt.

Kontrollzettel werden nur an solche Dienststellen verteilt, die außerhalb geschlossener Unterkunftsgebiete liegen und von der allgemeinen Zählorganisation der Gemeinde erfaßt werden. Er dient lediglich der Unterrichtung des Zählers, daß für die betreffende Dienststelle kein Arbeitsstättenbogen zu fertigen ist (s. III Abs. 1 der Richtlinien).

2. Zu II Abs. 1

Die Grenzschutzverwaltungsstellen verteilen die Mantel- und Einzelbogen an die von ihnen zu betreuenden Einheiten und Dienststellen. Diese sind für die ordentliche Ausfüllung der Vordrucke mitverantwortlich. Die einzelnen Mantelbogen sind von den Grenzschutzverwaltungsstellen zu numerieren. Die Einzelbogen bitte ich, im Rahmen einer Unterrichtsstunde nach Belehrung der Beamten ausfüllen zu lassen.

3. Zu II Abs. 6

Für die zu Dienststellen im Ausland abgeordneten Beamten ist von der Stammeinheit ein Einzelbogen auszufertigen.

4. Zu III Abs. 2

Das zivile Personal soll nur zahlenmäßig und nach Bundesländern nachgewiesen werden. Als ziviles Personal gelten in diesem Sinne Verwaltungsbeamte einschl. Lehrkräfte, Angestellte und Arbeiter. Für die Meldung ist folgendes Muster zu verwenden:

GSV-Stelle

Be- amte	Angestellte				Arbeiter			
	voll- und teilbeschäftigt		teilbeschäftigt		voll- und teilbeschäftigt		teilbeschäftigt	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.

5. Zu IV

Offizier-Unterkunftsquartiere gelten nicht als Wohnungen. Dienstwohngebäude, die zwar außerhalb der Umzäunung des Unterkunftsgebiets, aber in dessen unmittelbarer Nähe auf dem gleichen Grundstück liegen, gelten nicht als Wohngebäude außerhalb des Unterkunftsgebiets. Sie sind von der Grenzschutzverwaltungsstelle zu erfassen. Besondere Anlagen sind Munitionslager, Schießanlagen, Übungsplätze und die dazu gehörigen Unterkunftswohnräume, Dienst- und Werkwohnungen.

6. Zu V

Auf diese Bestimmungen sind alle Grenzschutzangehörigen, die Haushaltslisten ausfüllen müssen (auch solche außerhalb der Unterkunft) schriftlich hinzuweisen.

7. Die Anleitungen auf den Vordrucken (Mantelbogen, Einzelbogen, Haushaltsliste, Arbeitsstättenbogen) sind genau zu beachten.

8. Zweifelsfragen hinsichtlich der statistischen Erfassung der GS-Angehörigen sind zunächst mit dem zuständigen Statistischen Landesamt zu klären.

**Verfahrensregelungen zwischen dem Ministerium des Innern und dem Statistischen Bundesamt
(Stand März 1961) betr. Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961
im Bereich des Bundesgrenzschutzes (BGS)**

Mit dem Bundesministerium des Innern sind die nachstehenden Verfahrensregelungen über die Durchführung der Zählung im Bereich des Bundesgrenzschutzes vereinbart worden.

I. Erhebungsweg

Die Durchführung der Zählung im Bereich des Bundesgrenzschutzes obliegt den Grenzschutzverwaltungsstellen und den Grenzschutzverwaltungsstellen, nicht den Gemeinden.

Die Leiter der Grenzschutzverwaltungen Küste, Nord, Mitte und Süd melden den Bedarf an Zählpapieren für die örtlichen GS-Verwaltungsstellen und die ihnen angeschlossenen Einheiten und Einrichtungen getrennt nach Bundesländern den jeweils zuständigen Statistischen Landesämtern. Diese leiten den örtlichen GS-Verwaltungsstellen die erforderlichen Papiere direkt zu. Die spätere Kontrolle auf vollständige Durchführung der Zählung wird den örtlichen GS-Verwaltungsstellen erleichtert, wenn sie in Verbindung mit der Ermittlung ihres Bedarfs an Zählpapieren eine Liste der zu zählenden Personen und Objekte aufstellen (z. B. in geschlossenen Anlagen liegende private Arbeitsstätten, bewohnte Gebäude, wohnende Haushalte, Zahl der in Unterkünften lebenden Polizeivollzugsbeamten).

Die »Anstaltsliste Bundesgrenzschutz« (Farbe beige) wird mit den zugehörigen Einzelbogen und dem Kontrollzettel für Bundesgrenzschutzdienststellen außerhalb geschlossener Unterkunftsgebiete — gegen Kostenerstattung durch die Statistischen Landesämter — durch das Statistische Bundesamt gedruckt. Das Statistische Bundesamt versendet diese Erhebungspapiere an die Statistischen Landes-

ämter. Diese leiten sie zusammen mit den benötigten, von dem betr. Landesamt selbst in Druck gegebenen Gebäudelisten, Haushaltslisten (einschl. Merkblätter), Arbeitsstättenbogen und Schlagwortverzeichnissen an die einzelnen in ihrem Land gelegenen örtlichen GS-Verwaltungsstellen weiter.

Die Rückleitung der ausgefüllten Zählpapiere von den örtlichen Grenzschutzverwaltungsstellen erfolgt nicht über die Grenzschutzverwaltung, sondern sogleich an die zuständigen Statistischen Landesämter.

II. Erfassung der Grenzschutzangehörigen

Alle in Unterkünften des Bundesgrenzschutzes lebenden Grenzschutzangehörigen werden mit einer Anstaltsliste erfaßt, die auf die besonderen Verhältnisse des Bundesgrenzschutzes zugeschnitten ist. Sie besteht aus einem »Mantelbogen« und Einzelbogen. Auf dem Mantelbogen ist die Zahl der eingesammelten Einzelbogen zu vermerken. Die Grenzschutzverwaltungsstellen werden eine genaue Kontrolle über Ausgabe und Einsammeln der Erhebungspapiere vornehmen.

Jeder in den Unterkünften lebende Polizeivollzugsbeamte hat einen Einzelbogen auszufüllen. Dies soll in einer Unterrichtsstunde geschehen. Die Angaben der Beamten in den Einzelbogen werden vom Hundertschaftsführer (oder entsprechenden Einheitsführer oder Dienststellenleiter) überprüft werden. Die Grenzschutzverwaltungsstellen werden die Angaben außerdem mit ihren eigenen Unterlagen vergleichen.

Die für den Bundesgrenzschutz bestimmten Anstaltslisten und Einzelbogen haben die Farbe beige (keine Drucksachen-Nr.). Der Einzelbogen entspricht hinsichtlich der Zahl und der Formulierung der Fragen nicht ganz dem allgemeinen Zählungsprogramm. Auf die Frage nach dem Geschlecht wurde verzichtet. Des weiteren wurde auf die Fragen nach weiterem Wohnraum, dem Lebensunterhalt, der Erwerbstätigkeit und dem Weg zur Arbeitsstätte verzichtet. Die Numerierung der Fragen im Einzelbogen entspricht somit nicht der Numerierung der Haushaltsliste. Um für die Signierer einen erleichternden Hinweis zu geben, werden am rechten Rand des Einzelbogens die Nummern der Fragen der Haushaltsliste in Klammern angegeben.

Für die Polizeivollzugsbeamten, die sich zum Zeitpunkt der Zählung nicht bei ihrer Stammeinheit aufhalten, z. B. weil sie abkommandiert sind oder im Krankenhaus liegen, gelten Sonderregelungen. Sie sind in der Anstaltsliste für den Bundesgrenzschutz ausführlich behandelt. Grundsätzlich soll der Beamte bei der Stammeinheit gezählt werden. Er empfängt den Einzelbogen zwar von der Dienststelle, bei der er sich am Stichtag aufhält, sendet ihn aber auf dem Dienstwege an die Stammdienststelle.

Für Polizeivollzugsbeamte, die am Stichtag beurlaubt sind, ist von der zuständigen Einheit ein Einzelbogen auszufüllen. Wenn die Angaben nicht vorhanden sind, ist bis zur Rückkehr des Urlaubers zu warten.

Ein kleiner Kreis von Beamten wird sich zum Zeitpunkt der Zählung im Ausland aufhalten. Die Anstaltsliste für den Bundesgrenzschutz enthält unter Punkt 4 eine Regelung für diesen Personenkreis. Es wird bestimmt, daß für von der Stammeinheit abwesende Beamte ein Einzelbogen so vollständig wie möglich ausgefüllt wird.

Grenzschutzangehörige, die innerhalb eines Unterkunftsbereichs mit oder ohne Familie in Wohnungen (eigener Abschluß und Küche oder Kochnische) untergebracht sind (GS-Offiziere, GS-Unterführer) müssen eine Haushaltsliste ausfüllen. Das gleiche gilt für zivile Bedienstete (Kantinenpächter, Hausmeister, Heizer, Pfortner u. dgl.), die allein oder mit ihrer Familie im Unterkunftsbereich in einer Wohnung leben.

Grenzschutzangehörige, die außerhalb des Unterkunftsbereichs wohnen, werden durch den zuständigen Zähler erfaßt. Sofern diese zwar außerhalb eines Unterkunftsbereichs, aber in Gebäuden wohnen, die praktisch noch zu einer GS-Anlage gehören, z. B. Bewachung für bestimmte Anlagen, erfolgt die Erfassung nach der unter IV a) beschriebenen Regelung.

III. Erfassung der Arbeitsstätten

Da BGS-Gelände vom Zähler nicht betreten werden soll, erfolgt die Erfassung der darauf befindlichen Arbeitsstätten wiederum durch die Grenzschutzverwaltungsstellen. Sie verteilen die Arbeitsstättenbogen an die zivilen Arbeitsstätten im Unterkunftsbereich, z. B. Friseurstuben, Kantinen u. dgl., sammeln sie wieder ein und leiten sie an das zuständige Statistische Landesamt weiter. Grenzschutzdienststellen außerhalb geschlossener GS-Anlagen müssen dagegen vom Zähler aufgesucht werden. Er erhält allerdings keinen ausgefüllten Arbeitsstättenbogen, sondern wie bei anderen Behördenarbeitsstätten einen Kontrollzettel. Diesen Dienststellen ist von ihrer zuständigen örtlichen GS-Verwaltungsstelle ein ausgefüllter Kontrollzettel zuzuleiten. Beim späteren Austausch der Kontrollzettel gegen zentral ausgefüllte Arbeitsstättenbogen für Behördenarbeitsstätten fallen für die genannten Dienststellen des Bundesgrenzschutzes keine Arbeitsstättenbogen an. Sie werden in den Zählermappen belassen und mit an das Statistische Landesamt abgeliefert.

Das gesamte dem Bundesgrenzschutz unterstehende, in Verwaltung oder Werkstätten u. dgl. beschäftigte Personal (Verw.-Beamte, Angestellte und Arbeiter) soll den Statistischen Landesämtern mitgeteilt werden, jedoch nur in der Aufgliederung nach Ländern. Eine regionale Untergliederung ist hier aus Sicherheitsgründen nicht möglich.

IV. Durchführung der wohnungsstatistischen Feststellungen für die bewohnten Gebäude im Bereich des Bundesgrenzschutzes

Grundsätzlich ist für jedes Gebäude, in dem sich mindestens eine Wohnung befindet, eine Gebäudeliste auszufüllen. Als Wohnung

gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- (1) eine eigene Küche oder Kochnische und
- (2) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus, von einem Vorraum oder von außen.

a) Befindet sich das bewohnte Gebäude im Unterkunftsbereich oder in einer sonstigen GS-Anlage (zu denen in Einzelfällen auch solche Gebäude zählen, die in einer gewissen Entfernung von der Anlage stehen, wie z. B. die Unterkunft für eine besondere Anlage), so erfolgt die Erfassung durch die Grenzschutzverwaltungsstelle. In der Gebäudeliste sind die vorhandenen Wohnungen einzeln nachzuweisen. (Der Wohnungsinhaber erhält selbstverständlich auch eine Haushaltsliste.) Zweckentfremdete, d. h. als Mannschaftsunterkünfte dienende Wohnungen, sollen nicht erfaßt werden.

b) Jedes außerhalb geschlossener Anlagen befindliche bewohnte vom Bundesgrenzschutz benutzte Gebäude wird, sofern nicht der unter a) genannte Fall vorliegt, durch die jeweilige Zählungsorganisation erfaßt. Die in Frage kommenden Gebäude können einmal nur von Polizeivollzugsbeamten oder Beamtenfamilien, zum anderen aber auch von Beamten und Zivilisten gemeinsam bewohnt werden. Außerdem kann sich in ihnen eine Grenzschutzdienststelle befinden. Für vom Bundesgrenzschutz gemietete Gebäude hat der Gebäudeeigentümer die Gebäudeliste auszufüllen (z. B. eine Siedlungsgesellschaft); für Gebäude, die dem Bundesgrenzschutz von der Bundesvermögensverwaltung überlassen wurden, ist diese für die Ausfüllung der Gebäudelisten zuständig.

V. Bezeichnung des Arbeitgebers und der ausgeübten Tätigkeit von zivilen Angestellten des Bundesgrenzschutzes in der Haushaltsliste, Angaben von Beamten mit eigener Haushaltsliste

Für die Ausfüllung der Haushaltsliste durch beim Bundesgrenzschutz beschäftigte Verwaltungsbeamte, Angestellte und Arbeiter wird vom Bundesministerium des Innern folgendes angeordnet:

Die Fragen 15 und 16 sind mit »Bundesgrenzschutz« zu beantworten. Zu Frage 17 sind nur Gemeinde, Straße und Hausnummer ohne weitere Angaben (z. B. nicht Name der Unterkunft od. dgl.) aufzuführen.

Für die Ausfüllung der Haushaltsliste von Polizeivollzugsbeamten, die einen eigenen Haushalt führen, wird folgendes angeordnet:

Frage 12 ist mit »ja« zu beantworten.

Bei Frage 13 trägt der Beamte nichts ein.

In Frage 14 ist das erste Kästchen (Erwerbs-/Berufstätigkeit) anzukreuzen.

Zu den Fragen 15 bis 17 hat die Beantwortung wie beim sonstigen Personal zu erfolgen (siehe oben).

Zu Frage 18 ist anzugeben »Polizeivollzugsbeamte i. BGS«, keine Amtsbezeichnung.

Die Fragen 19 und 21 sind nicht zu beantworten.

Eine überarbeitete Fassung der Anstaltsliste für den Bundesgrenzschutz und des Einzelbogens ist in der Anlage beigegeben.

VI. Unterrichtung der Grenzschutzverwaltung sowie der Grenzschutzangehörigen

Das Bundesministerium des Innern wird einen besonderen Erlaß herausgeben, in dem die Durchführung der Zählung im Bereich des Bundesgrenzschutzes und Anweisungen für die beteiligten Dienststellen und die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes enthalten sind.

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)

Vom 13. April 1960¹⁾

Der Bundestag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird in den Jahren 1960 bis 1962 eine Betriebszählung in der Landwirtschaft einschließlich des Gartenbaus, des Weinbaus und der Binnenfischerei sowie in der Forstwirtschaft als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Zählung umfaßt folgende Einzelerhebungen:

1. Haupterhebung,
2. Gartenbauerhebung,
3. Forsterhebung,
4. Binnenfischereierhebung,
5. Arbeitskräfteerhebung.

§ 3

(1) Die Haupterhebung findet im Mai und Juni 1960 statt. Sie erfaßt die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie alle Flächen des Erwerbsgartenbaus, des Erwerbsweinbaus und alle Teiche und Seen der Erwerbsfischerei.

(2) Die Haupterhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft des Inhabers sowie seine Beitragspflicht zur Altershilfe für Landwirte,
3. Hilfs- und Nebenbetriebe sowie nichtlandwirtschaftliche Betriebe des Inhabers,
4. Hauptproduktionsrichtung,
5. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen,
6. Personal- und Arbeitsverhältnisse,
7. Viehbestand,
8. Gebäude,
9. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen.

§ 4

(1) Die Gartenbauerhebung findet im Juli 1961 statt. Sie erfaßt alle Betriebe, die gartenbauliche Erzeugnisse und Baumschulerzeugnisse zu Erwerbszwecken anbauen.

(2) Die Gartenbauerhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Absatzverhältnisse,
3. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen,
4. Arbeitskräfte,
5. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen.

§ 5

(1) Die Forsterhebung erfaßt alle Betriebe mit einer Waldfläche ab 0,5 Hektar und alle Gesamtwaldflächen ab 0,5 Hektar.

(2) Die Forsterhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Betriebsplanung,
3. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Betriebs- und Baumarten,
4. Arbeitskräfte.

(3) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Zeitraum der Erhebung.

§ 6

(1) Die Binnenfischereierhebung findet im Juni 1962 statt. Sie erfaßt alle Betriebe, die Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben.

(2) Die Binnenfischereierhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs,
2. Gewässer und deren Bewirtschaftung,
3. Arbeitskräfte,
4. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen,
5. Fischereischäden.

§ 7

(1) Die Arbeitskräfteerhebung findet im Geltungsbereich dieses Gesetzes mit Ausnahme der Länder Berlin, Bremen und Hamburg im Anschluß an die Haupterhebung nach § 3 als monatliche Erhebung für die Dauer eines Jahres bis spätestens Oktober 1961 statt. Sie erfaßt im Bundesdurchschnitt bis zu 3 vom Hundert der bei der Haupterhebung erfaßten Betriebe.

(2) Die Arbeitskräfteerhebung umfaßt den Arbeitseinsatz der Arbeitskräfte sowie Veränderungen im Besitz- und Personenbestand während eines Jahres bis spätestens September 1961.

§ 8

Auskunftspflichtig sind die Inhaber der in den §§ 3 bis 7 genannten Betriebe und Flächen.

§ 9

(1) Den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen ist das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer sich Absatz 1 zuwider weigert, den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 10

Die Befragung der Inhaber der durch die Haupterhebung und die Gartenbauerhebung nach den §§ 3 und 4 dieses Gesetzes erfaßten Betriebe und Flächen entfällt im Jahre 1960 bei der Bodennutzungshaupterhebung und im Jahre 1961 bei der Gemüsehaupterhebung nach den §§ 4 und 7 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 895).

§ 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

¹⁾ BGBl. I vom 27. April 1960 S. 217.

Begründung¹⁾

I. Allgemeines

Die seit 1882 in mehrjährigen Zeitabständen durchgeführte landwirtschaftliche Betriebszählung ist die wichtigste Informationsquelle über die Produktionsgrundlagen der Land- und Forstwirtschaft. Ihre Ergebnisse, die nach Betriebsgrößen, Bodennutzungssystemen und anderen Strukturmerkmalen gegliedert werden, vermitteln nicht nur einen einmaligen Gesamtüberblick über die Betriebsverhältnisse zur Zeit der Zählung, sondern bilden für einen längeren Zeitraum die umfassende statistische Grundlage für zahlreiche Zwecke der Wirtschaftspolitik, der Verwaltung und der Forschung. Die letzten landwirtschaftlichen Betriebszählungen fanden 1925, 1933, 1939 und 1949 statt. Da der vor dem Krieg übliche Turnus zwischen den Erhebungen nunmehr überschritten ist und die Ergebnisse der Betriebszählung 1949 wegen der inzwischen eingetretenen erheblichen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft überholt sind, ist die Durchführung einer neuen Zählung notwendig. Als Erhebungsjahr kommt 1959 in Betracht.

Insbesondere ist die vorgesehene Landwirtschaftszählung 1959 aus folgenden Gründen dringend erforderlich:

1. Der nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565) von der Bundesregierung jährlich vorzulegende Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Grüner Bericht) setzt eine genaue Kenntnis der Betriebsstruktur in der Landwirtschaft und zahlreicher Tatbestände in landwirtschaftlichen Betrieben voraus. Um hierfür eine zuverlässige und zeitnahe Grundlage zu gewinnen, ist von Zeit zu Zeit eine allgemeine Betriebsbefragung erforderlich. Hierdurch sollen die langfristigen Veränderungen der Gesamtstruktur der Betriebe neu festgestellt werden. Mittels der bereits bestehenden Agrarstatistiken können dann in den folgenden Jahren die kurzfristigen Veränderungen und Entwicklungserscheinungen im einzelnen beobachtet werden.

Die Kenntnis der Agrarstruktur und der Betriebsverhältnisse sowie ihrer Veränderungen ist besonders wichtig für die nach dem Landwirtschaftsgesetz von der Bundesregierung zu treffenden wirtschafts- und agrarpolitischen Maßnahmen, durch welche die naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen ausgeglichen, ihre Produktivität gesteigert und die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen verbessert werden sollen.

2. Einer genauen Übersicht über die Agrarstruktur bedarf es darüber hinaus zur Bewältigung der durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erwartenden landwirtschaftlichen Strukturprobleme. Für die Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenso wie für die Beurteilung der Veränderungen, die sich aus der Entwicklung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben werden, und für die Maßnahmen, die von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu treffen sein werden, sind neue statistische Feststellungen und Ergebnisse in möglichst breiter Untergliederung erforderlich.

3. Die Ergebnisse einer allgemeinen Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft stellen, abgesehen vom Agrarbereich, auch in allgemein volkswirtschaftlicher Sicht unentbehrliches Material dar. Die Land- und Forstwirtschaft muß ebenso wie alle anderen Bereiche in eine Gesamtinventur der Volkswirtschaft, wie sie das Zählungswerk 1960 darstellen soll, einbezogen werden. Wenn im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen wird, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zur Sicherung der vollständigen Erfassung und wegen der Breite der agrarpolitisch wichtigen Fragestellung in einer besonderen Zählung zu erfassen, so ist die Landwirtschaftszählung dennoch insoweit als Teilstück der allgemeinen Arbeitsstättenzählung anzusehen, als sie für die Land- und Forstwirtschaft die Produktionsgrundlagen in entsprechender Weise feststellen soll, wie es durch die Arbeitsstättenzählung und die im Anschluß daran vorgesehenen Zählungen für die anderen Wirtschaftszweige geschieht. Ihre Ergebnisse sollen zusammen mit denen der anderen Wirtschaftszweige zu einem Gesamtbild der Volkswirtschaft führen. Dies setzt voraus, daß die Produktionsgrundlagen ebenso weitgehend erfaßt und die ermittelten Tatbestände nach gleichartigen Darstellungseinheiten geordnet werden, wie in der Arbeitsstättenzählung. Die zeitliche Trennung der Landwirtschaftszählung von der für 1960 vorgesehenen Arbeitsstättenzählung hat sich gegenüber der bis 1949 gemeinsamen Durchführung als technisch vorteilhaft und arbeitserleichternd erwiesen.

4. Die laufenden landwirtschaftlichen Statistiken sind in den letzten Jahren größtenteils auf repräsentative Erhebungen umgestellt worden, wodurch erhebliche Ersparnisse an Arbeit und Kosten erreicht werden. Die Repräsentativstatistiken setzen jedoch voraus, daß in größeren Zeitabständen allgemeine Erhebungen durchgeführt werden, deren Ergebnisse als Grundlage der Schichtung und der Auswahl von Stich-

proben sowie zur Hochrechnung der Ergebnisse auf die Gesamtzahl aller Betriebe dienen. Die Landwirtschaftszählung 1959 soll für die nächsten Jahre die Grundlage für die Weiterführung mehrerer Repräsentativstatistiken nach dem Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Erntebereicherstatung bilden.

5. Die Ernährungs- und Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat die Durchführung einer Weltzählung in der Landwirtschaft um das Jahr 1960 beschlossen. Das Material hierfür soll für die Bundesrepublik durch die Landwirtschaftszählung 1959 beschafft werden, deren Fragestellung das für die Weltzählung vereinbarte Mindestprogramm erfüllt.

II. Im einzelnen

§ 1 umreißt den Umfang des Gesetzes.

In § 2 werden die Einzelerhebungen der Landwirtschaftszählung aufgeführt.

In den §§ 3 bis 7 sind jeweils die Einzelerhebungen der erfaßten Betriebe sowie Zeit und Gegenstand der Erhebungen angegeben. Um Kosten zu sparen und um eine Überlastung der Zählerorganisation zu vermeiden, sollen die Sonderfragen für die Gartenbau-, Forst- und Binnenfischereibetriebe nicht in der Haupterhebung, sondern im Anschluß an sie durch die Erhebungen nach den §§ 4 bis 6 gestellt werden. Ebenfalls aus Gründen der Zweckmäßigkeit sollen einzelne Tatbestände über Arbeitskräfte durch monatliche repräsentative Erhebungen für ein Wirtschaftsjahr ermittelt werden. Diese Erhebungen ergänzen die Haupterhebung und bilden mit ihr zusammen ein einheitliches Betriebszählungswerk.

Bei der Haupterhebung (§ 3) ist für Betriebe mit weniger als 2 ha Betriebsfläche zur Kosten- und Arbeitersparnis ein gekürzter Fragebogen vorgesehen. Die Angaben über die Größe und Nutzung der Betriebsflächen (§ 3 Abs. 2 Nr. 5) werden zugleich für die Aufbereitung der Bodenbenutzungshaupterhebung nach dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Erntebereicherstatung verwendet (vgl. § 10). Bei der Haupterhebung werden die den auskunftspflichtigen Betriebsinhabern gehörenden Viehbestände erfaßt. Die repräsentative Viehzwischenzählung nach dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522), die am 3. Juni 1959 stattfindet, erfaßt dagegen nur die Rindvieh-, Schweine- und Schafbestände in etwa 14 v. H. der bestehenden Zählflächen, und zwar nach ihrem Standort und ohne Rücksicht darauf, ob sie zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehören. Soweit die Betriebe zu beiden Zählungen Angaben zu machen haben, kann der Zählereinsatz am Stichtag der Viehzwischenzählung für beide Zwecke zugleich erfolgen.

Die Gartenbauerhebung (§ 4) soll Ergebnisse über die Struktur aller an der Marktproduktion von Obst, Gemüse und sonstigen Gartenbauerzeugnissen beteiligten Betriebe vermitteln, weil ein ausreichender Überblick über die Struktur dieser Betriebe und über die Anbauverhältnisse der gärtnerischen Kulturen sich aus der allgemeinen Erhebung nicht gewinnen läßt. Da diese Betriebe die verschiedenartigsten Strukturen und Größen aufweisen, sind ihre Verhältnisse besonders unübersichtlich; das Marktangebot nach Menge und Güte ist außerdem viel stärkeren Schwankungen unterworfen als in anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die letzte Gartenbauerhebung fand 1950 im Anschluß an die landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 statt. Die Angaben der vorgesehenen Gartenbauerhebung über den Gemüseanbau (§ 4 Abs. 2 Nr. 3) werden gleichzeitig für die Aufbereitung der Gemüsehaupterhebung 1960 verwendet (vgl. § 10). Bei den Feststellungen über Baumschulen handelt es sich um die Ermittlung der zur Anzucht benutzten Flächen, während in der Baumschulerhebung nach § 8 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Erntebereicherstatung die Bestände nach Art, Zahl und Anzuchtmerkmalen erfaßt werden. Eine Doppelerhebung liegt daher nicht vor.

Die Forsterhebung (§ 5) ist aus wirtschafts- und forstpolitischen Gründen erforderlich. Die letzte allgemeine Forsterhebung, die einen Überblick über die gesamten forstlichen Verhältnisse gab, wurde 1937 durchgeführt. Seit dieser Zeit sind infolge einschneidender Verschiebungen der politischen Grenzen und übermäßiger Nutzungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit schwerwiegende Änderungen der Waldfläche und des Altersklassengefüges eingetreten, so daß die Ergebnisse dieser Erhebung praktisch unbrauchbar geworden sind. Die 1948 in der britischen und amerikanischen Besatzungszone durchgeführte und 1950 auf die restlichen Bundesländer erweiterte Forsterhebung erfolgte nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten und bietet daher keine zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der forstlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Die Binnenfischereierhebung (§ 6) soll die notwendige Kenntnis der Struktur und Ertragsverhältnisse der Binnenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht im Bundesgebiet vermitteln. Bisher liegen hierüber keine Unterlagen vor, so daß die im Interesse der Allgemeinheit und der Fischerei dringend erforderlichen produktionsbiologischen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sehr erschwert sind.

Zur Ermittlung des Bestandes an Arbeitskräften sind als Ergänzung zur Haupterhebung nach § 3 Abs. 2 Nr. 6 repräsentative Monaterhebungen von einjähriger Dauer vorgesehen (§ 7). Diese sind aus folgenden Gründen notwendig:

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 687 vom 28. November 1958.

Eine genaue Kenntnis über Zahl und Zusammensetzung des Arbeitskräftebestandes ist für die Beurteilung der Lage der Landwirtschaft und der Einkommensverhältnisse sowie für die Entscheidungen über die Förderungsmaßnahmen nach dem Landwirtschaftsgesetz unerlässlich. Wegen der starken — in den einzelnen Betriebsarten und -gruppen durchaus verschiedenen — jahreszeitlichen Schwankungen im Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften können brauchbare Feststellungen über diese Arbeitskräfte nicht durch eine einmalige, auf einen Stichtag bezogene Befragung gewonnen werden. Vielmehr ist hierzu erforderlich, daß die Erhebung sich mindestens auf den Zeitraum eines Jahres bezieht. Erst aus den so gewonnenen Zahlen lassen sich durch Errechnen von Jahresdurchschnittswerten — umgerechnet auf Vollarbeitskräfte — hinreichend aussagefähige Ergebnisse erzielen.

Bei der Ermittlung des Gesamtarbeitskräftebestandes der Landwirtschaft sind monatliche Erhebungen über den Arbeitseinsatz der ständigen und nichtständigen familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte erforderlich, weil im allgemeinen Aufzeichnungen über den Arbeitseinsatz in den landwirtschaftlichen Betrieben fehlen, so daß die Befragten die Angaben über den Arbeitseinsatz im Betrieb aus dem Gedächtnis machen müssen.

Um die Kosten möglichst gering zu halten, sollen die Erhebungen für den Zeitraum eines Jahres repräsentativ durchgeführt werden. Der Auswahlatz von 3 v.H. der landwirtschaftlichen Betriebe ist der niedrigste, mit dem nicht nur zuverlässige Bundes-, sondern auch Landesergebnisse erzielt werden können. Die Monatserhebungen sollen für die Dauer eines Jahres möglichst früh im Anschluß an die Haupterhebung durchgeführt werden, damit die durchschnittlichen Jahresergebnisse über die Arbeitskräfte rechtzeitig zur Vorbereitung des Grünen Berichts 1961 vorliegen. Mit den Monatserhebungen kann erst begonnen werden, nachdem aus dem Material der Haupterhebung die notwendigen Teilaufbereitungen und die Stichprobenauswahl der Betriebe erfolgt sind; sie müssen aber spätestens bis Oktober 1960 abgeschlossen sein. Da die Feststellungen in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg zur Ermittlung der Bundesergebnisse nicht unbedingt erforderlich sind, sollen diese Länder nicht an den Monatserhebungen beteiligt werden.

Bei der Haupterhebung wird zur Kostenersparnis und zur Entlastung der Auskunftspflichtigen in Betrieben mit weniger als 2 ha Betriebsfläche, die meist nur im Nebenerwerb Landwirtschaft betreiben, auf eine Reihe von Angaben verzichtet. Da diese Angaben für die Gesamtdarstellung der Ergebnisse erforderlich sind, ist vorgesehen, die fehlenden Tatbestände bei diesen Betrieben nachträglich

lich in der ersten Monatserhebung repräsentativ zu erfragen. Hierzu muß der Auswahlatz in der Größenklasse unter 2 ha einmalig von 3 v.H. auf 10 v.H. erhöht werden (vgl. § 3 Abs. 3). Durch das dargelegte Erhebungsverfahren wird der Umfang der Fragestellung bei mehr als 500 000 Auskunftspflichtigen erheblich eingeschränkt, wodurch nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eine Einsparung von etwa 200 000 DM ermöglicht wird.

§ 8 legt den auskunftspflichtigen Personenkreis fest.

§ 9 soll die Möglichkeit geben, die für die Erhebung in Frage kommenden Grundstücke zu betreten und damit zuverlässige Ergebnisse zu gewährleisten. Soweit militärische Grundstücke in Frage stehen, wird es allgemein genügen, wenn die örtlich zuständigen Militärdienststellen die erforderlichen Auskünfte erteilen, weil die besonderen militärischen Sicherheitsbestimmungen ohnehin vorgehen.

Die Angaben der Betriebe zur Haupterhebung und zur Gartenbauerhebung enthalten einen wesentlichen Teil der Tatbestände der Bodenbenutzungshaupterhebung und der Gemüsehaupterhebung nach dem Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung.

Um Doppelbefragungen zu vermeiden, soll daher nach § 10 auf die Befragung der Betriebe im Rahmen der Bodenbenutzungshaupterhebung des Jahres 1959 und der Gemüsehaupterhebung des Jahres 1960 verzichtet werden.

Für die Gemeinden bleibt dagegen die Auskunftspflicht für alle sonstigen Bodenflächen nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung sowie die Pflicht, ein Gemeindeergebnis der Bodenbenutzungshaupterhebung 1959 festzustellen, bestehen.

Um die vollständige Erfassung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit den bewirtschafteten Gesamtflächen bei der Haupterhebung zu sichern, müssen die Bodenbenutzungsvorerhebung und Bodenbenutzungshaupterhebung nach §§ 3 und 4 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung im Jahre 1959 allgemein durchgeführt werden. Es ist daher der Erlaß einer entsprechenden Verordnung nach § 9 des genannten Gesetzes geplant.

Die Kosten der Erhebungen sind vom Statistischen Bundesamt insgesamt mit 19,6 Millionen DM veranschlagt worden. Sie verteilen sich wie folgt auf den Bund und die Länder sowie auf vier Rechnungsjahre:

	Rechnungsjahr				zusammen in 1000 DM
	1958 in 1000 DM	1959 in 1000 DM	1960 in 1000 DM	1961 in 1000 DM	
Bund	35	213	610	538	1 396
Länder	1 146	9 740	4 420	2 900	18 206
					19 602

Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960

Vom 3. März 1961¹⁾

Auf Grund des § 5 Abs. 3 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 217) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Forsterhebung nach § 5 des Gesetzes findet in den Monaten April 1961 bis März 1962 statt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. März 1961

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Schwarz

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 46 vom 7. März 1961 S. 1.

Begründung¹⁾

Nach § 1 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217) sind die Erhebungen der Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft bis 1962 durchzuführen. Während für die in § 2 Nr. 1, 2, 4 und 5 des Gesetzes bezeichneten Einzelerhebungen die Erhebungszeiträume im Gesetz bestimmt worden sind, enthält § 5 Abs. 3 eine Ermächtigung an die Bundesregierung, mit Zustimmung des Bundesrates den Zeitraum der Forsterhebung zu bestimmen. Hierdurch soll zur Arbeitsersparnis in den Forstbetrieben erreicht werden, daß die Forsterhebung möglichst gleichzeitig mit den Erhebungen für die Hauptfeststellung der Einheitswerte des forstwirtschaftlichen Vermögens stattfindet, falls diese bis 1962 durchgeführt werden.

Seitens der Bundesregierung ist entgegen ihrer früheren Absicht nicht mehr vorgesehen, einen Gesetzentwurf über die Hauptfest-

stellung der Einheitswerte noch in dieser Legislaturperiode bei den gesetzgebenden Körperschaften einzubringen. Es kann somit nicht mehr damit gerechnet werden, daß die nächste Hauptfeststellung der Einheitswerte bis 1962 erfolgt. Wegen der in § 1 des Gesetzes festgelegten Frist muß daher die Forsterhebung unabhängig von der Hauptfeststellung der Einheitswerte durchgeführt werden.

Um die auskunftspflichtigen Betriebe ebenso wie die beteiligten Forstdienststellen und Gemeindeverwaltungen möglichst wenig zu belasten, soll der Erhebungszeitraum ein Jahr betragen. Der in § 1 vorgesehene Zeitraum wird vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern unter Berücksichtigung der Arbeitsverteilung in den Ämtern für zweckmäßig gehalten.

Die Kosten der Forsterhebung sind bereits in den Gesamtkosten für die Landwirtschaftszählung 1960 enthalten.

Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) Vom 27. Mai 1960²⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Im Handel und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird eine Zählung als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. eine allgemeine Zählung (Handels- und Gaststättenzählung; §§ 2 bis 5);
2. eine repräsentative Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung (Ergänzungserhebung; §§ 6 und 7).

Zweiter Abschnitt

Handels- und Gaststättenzählung

§ 2

Die Handels- und Gaststättenzählung (§ 1 Nr. 1) wird im Handel mit Stichtag 30. September 1960, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1960 durchgeführt.

§ 3

(1) Die Handels- und Gaststättenzählung erfaßt folgende Tatbestände:

1. die beschäftigten Personen und die geleisteten Arbeitsstunden der Teilbeschäftigten am Stichtag der Zählung oder in dem Monat, in dem der Stichtag der Zählung liegt;
2. a) den Umsatz,
b) den Wareneingang,
c) die Löhne, Gehälter und Sozialaufwendungen in dem Kalenderjahr oder Geschäftsjahr, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
3. a) den Waren- und Materialbestand,
b) die Außenstände am Anfang und am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
4. die Beherbergungskapazität (nur in Beherbergungsbetrieben) am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist.

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Unternehmen und Betriebe erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der statistischen Zuordnung der Unternehmen und Betriebe erforderlich sind.

§ 4

(1) Auskunftspflichtig für die Handels- und Gaststättenzählung sind

1. die Unternehmen des Einzelhandels (einschließlich Versand- und Markthandel, Warenhandel außerhalb einer festen Betriebsstätte sowie Apotheken),

2. die Unternehmen des Großhandels und des Außenhandels (einschließlich Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen und Verlagsbuchhandel),
3. die Unternehmen des Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbes, soweit sie den An- und Verkauf von Waren vermitteln,
4. die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

(2) Auskunftspflichtig sind auch die in die Handwerksrolle eingetragenen Inhaber von Handwerksbetrieben, die Handel mit fremden Erzeugnissen, Handelsvermittlung oder Gaststätten betreiben. Die Zählung erstreckt sich auf höchstens 60 000 dieser Betriebe.

(3) Die Zählung erstreckt sich auch auf industrielle Unternehmen, die durch eigene, rechtlich unselbständige offene Verkaufsstellen eigene Erzeugnisse unmittelbar an Letztverbraucher liefern. Sie erfaßt bei diesen Unternehmen nur die in Satz 1 bezeichneten Verkaufsstellen und die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe a und Abs. 2 bezeichneten Tatbestände.

(4) Bei Unternehmen mit Zweigniederlassungen, Verkaufsfilialen und sonstigen von der Hauptniederlassung räumlich getrennt liegenden Betriebsstätten sind die Auskünfte auch getrennt für die einzelnen Niederlassungen zu erteilen.

§ 5

Die Finanzämter teilen den erhebenden Stellen Anschrift und Gewerkekennziffer aller Unternehmen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes mit. Zur Feststellung der Anschriften der nach § 4 Abs. 3 zu befragenden Unternehmen wird im Jahre 1960 eine einmalige Befragung im Rahmen der durch das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) angeordneten Statistik durchgeführt.

Dritter Abschnitt

Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung (Ergänzungserhebung)

§ 6

Die Ergänzungserhebung erfaßt folgende Tatbestände:

1. a) die Umsatzstruktur,
b) die Struktur des Wareneingangs,
c) die Aufwendungen für Lohnaufträge beim Groß-, Außen- und Einzelhandel sowie die Heimarbeiterentgelte beim Einzelhandel
in dem Kalenderjahr oder Geschäftsjahr, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
2. die Aktiva und Passiva (soweit sie zur Ermittlung der Vermögens- und Kapitalstruktur erforderlich sind) nach der Einkommen- und Körperschaftsteuerbilanz am Anfang und am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 3 vom 5. Januar 1961. — ²⁾ BGBl. I vom 2. Juni 1960 S. 313.

3. die Anschaffung und den Verkauf von Anlagevermögen in den Kalenderjahren 1958 und 1959 oder in den beiden dem Stichtag der Zählung vorausgegangenen Geschäftsjahren;
4. in Unternehmen des Außenhandels
 - a) Angaben über das Warenlager im Inland und im Ausland,
 - b) Angaben über die im Ausland gegründeten oder erworbenen rechtlich selbständigen Unternehmen, über die im Ausland errichteten Zweigniederlassungen und über die Beteiligungen an Unternehmen im Ausland.

§ 7

Auskunftspflichtig für die Ergänzungserhebung sind die in § 4 Abs. 1 bezeichneten Unternehmen. Die Erhebung wird bei höchstens 15 vom Hundert dieser Unternehmen durchgeführt.

Vierter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 8

Zur Erzielung vergleichbarer Ergebnisse kann der Bundesminister für Wirtschaft im Benehmen mit der Regierung des Saarlandes durch Rechtsverordnung, welche nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, für das Saarland die Stichtage, das Erhebungsjahr und

A. Allgemeiner Teil

I. Zweck und Bedeutung einer Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Der Umfang und die Bedeutung des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die unter Einschluß der Handelsvertreter und Handelsmakler im Jahre 1950 (letzte Arbeitsstättenzählung) zusammen über 850 000 Betriebe mit nahezu 2,7 Millionen Beschäftigten zählten, werden durch die Tatsache gekennzeichnet, daß diese Wirtschaftsbereiche nach dem damaligen Stand etwa 40 v.H. aller in der Bundesrepublik bestehenden gewerblichen Arbeitsstätten auf sich vereinigten, in denen etwa 20 v.H. aller in nichtlandwirtschaftlichen Gewerben erwerbstätigen Personen ihren Arbeitsplatz fanden. Im Jahre 1956 betrug die Wertschöpfung allein beim Groß- und Einzelhandel nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes etwa 20 Milliarden DM womit der die Verteilungswirtschaft repräsentierende Bereich im Rahmen der Gesamtaufbringung des Sozialprodukts der Bundesrepublik nach der Industrie an zweiter Stelle steht.

Während den an der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Bundes- und Landesebene beteiligten Stellen für die Industrie und das Handwerk — also für die Gebiete der Gütererzeugung — umfassendes und hinreichend zeitnahes statistisches Unterrichtungsmaterial vorliegt, das weitgehende Einblicke in die Strukturverhältnisse dieser Bereiche bietet, werden auf dem Gebiet der Absatzwirtschaft bisher nur wenige Repräsentativerhebungen in einzelnen Zweigen durchgeführt, die vornehmlich einer kurzfristigen Beobachtung des konjunkturellen und saisonalen Geschäftsablaufs dienen. Nachdem zuletzt im Jahre 1950 im Rahmen der Arbeitsstättenzählung für die Verteilungswirtschaft die Zahl der Betriebe, die Beschäftigten und der Umsatz ermittelt worden sind, fehlt es seitdem völlig an einer ausführlicheren Darstellung der Strukturverhältnisse in diesen Wirtschaftsbereichen. Der Handel ist seitdem nicht nur in seine ihm naturgemäße wirtschaftliche Betätigung hineingewachsen, sondern darüber hinaus in Nachholung des Vorsprungs, den die Handelsunternehmen in den anderen Ländern errungen haben, zu neuen Methoden gekommen, die seine Struktur im gesamten grundsätzlich geändert haben. Freiwillige Ketten, Werbegemeinschaften, Einkaufsverbände und Rationalisierungsbestrebungen auf dem Gebiete des Großhandels, Selbstbedienungssysteme, Selbstverkauflichkeit der Ware und Neuorientierung der Sortimente im Einzelhandel bringen auch für statistische Erhebungen hinsichtlich der Umsatzgrößen, der Verschiebung der Umsatzgrößenklassen, der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten sowie in vielen anderen Beziehungen völlig neue Verhältnisse, die für eine richtige Orientierung von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften schenken der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Mittelstandes ihre besondere Aufmerksamkeit. Daher ist es notwendig, gegenwartsnahe Unterlagen über die Bedeutung und den strukturellen Aufbau der Verteilungswirtschaft, die sich in besonders hohem Maße aus mittelständischen Unternehmen zusammensetzt, zu schaffen, um sowohl den obersten Bundes- und Landesbehörden als auch der beteiligten Wirtschaft und der Wirtschaftsforschung die dringend benötigte Unterrichtung zu ermöglichen.

Diese Unterrichtung kann nur mit Hilfe einer einmaligen Gesamterhebung aller Unternehmen des Handels und des Gaststättengewerbes gewonnen werden, wie sie der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, da für repräsentative Erhebungen über die Struktur dieses Wirtschaftsbereichs die notwendige Ausgangsgrundlage fehlt. Dem Gesetzentwurf zufolge wird die bei allen Unternehmen durchzu-

die Berichtszeiträume der Handels- und Gaststättenzählung abweichend von den Vorschriften der §§ 2, 5 und 6 Nr. 3 regeln.

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 27. Mai 1960

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

Begründung¹⁾

führende Hauptzählung (Totalzählung) im Gesamtbereich der Verteilungswirtschaft (§ 1 Nr. 1) mit einer noch tiefer eindringenden repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) verbunden, bei der einzelne statistische Merkmale aus der Hauptzählung weiter untergliedert und einzelne zusätzliche Merkmale erhoben werden, um das Gesamtbild des Aufbaus und der Struktur der Verteilungswirtschaft abzurunden.

Die Handels- und Gaststättenzählung 1959 steht im Rahmen der von den Vereinten Nationen für die Zeit um 1960 empfohlenen Großzählungen (Volkszählungen, Arbeitsstättenzählungen), die im allgemeinen in etwa 10jährigen Abständen (die letzte Arbeitsstättenzählung hat 1950 stattgefunden) durchgeführt werden. Nach der Konzeption des Zählungswerks soll die Arbeitsstättenzählung eine Rahmenerhebung sein, die sich auf eine Bestandsaufnahme aller Arbeitsstätten beschränkt. Die ausführlichere Feststellung der Strukturverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen soll durch Bereichszählungen erfolgen, die in ihrer Fragestellung auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Bereichs abgestellt und im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Auslastung der Statistischen Ämter über mehrere Jahre verteilt werden sollen. In gleicher Weise wie die Handwerkszählung 1956 (vgl. Handwerkszählungsgesetz vom 12. Juni 1956 — Bundesgesetzbl. I S. 945) entspricht auch die auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs vorgesehene Handels- und Gaststättenzählung 1959 dieser Gesamtkonzeption.

Die Zählung bedarf nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 der Anordnung durch ein Bundesgesetz.

II. Aufbau des Gesetzes

Das Gesetz gliedert sich in vier Abschnitte. Der Erste Abschnitt (§ 1) umschreibt in der bei statistischen Gesetzen üblichen Weise das gesamte durch dieses Gesetz angeordnete statistische Erhebungsprogramm, das sich — wie bereits erwähnt — aus einer allgemeinen Handels- und Gaststättenzählung (§ 1 Nr. 1) und aus einer repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) zusammensetzt.

Zweiter und Dritter Abschnitt enthalten entsprechend den Vorschriften in § 7 StatGes die für die allgemeine Zählung (Zweiter Abschnitt) und für die repräsentative Ergänzungserhebung (Dritter Abschnitt) notwendigen Anordnungen hinsichtlich der zu erfassenden statistischen Tatbestände, des Kreises der Befragten (Auskunftspflichtige) und der Erhebungszeiten sowie sonstige besondere für die Durchführung der Zählung notwendigen Vorschriften.

Der Vierte Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften und Übergangsvorschriften (Berlin-Klausel, Saar-Klausel).

Im übrigen gelten für die Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe die allgemeinen Vorschriften des Statistischen Gesetzes vom 3. September 1953.

B. Besonderer Teil

Erster Abschnitt

siehe Allgemeiner Teil

Zweiter Abschnitt

(Handels- und Gaststättenzählung)

Zu § 2

Der Zählungsstichtag für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wurde auf den 31. August 1959 vorverlegt, da besonders in Fremdenverkehrsgebieten zu dem späteren Termin schon die Saison beendet ist und die Zählungsergebnisse zweifelhaft werden müßten.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1104 vom 15. September 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Zu § 3

Der § 2 zählt die zu erfassenden Grundtatbestände auf, die in den Fragebogen noch im einzelnen aufgliedert werden. So werden die beschäftigten Personen sowohl nach der Stellung im Betrieb, wie Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Angestellte, Facharbeiter usw., als auch nach Voll- und Teilbeschäftigten gesondert ermittelt, wobei letztere in ihrer Arbeitsleistung durch die geleisteten Arbeitsstunden gemessen werden. Zugleich wird das Alter der Beschäftigten anzugeben sein, um das Ausmaß der Überalterung bei den Inhabern und die Nachwuchsprobleme in der Verteilungswirtschaft übersehen zu können. Der Umsatz enthält neben den Verkaufserlösen aus fertig bezogenen Waren auch den Wert der selbsthergestellten Waren und der sonstigen Leistungen sowie die Einnahmen aus Provisionen. Beim Wareneingang ist die Art der Lieferanten gekennzeichnet. Der Warenbestand und die Außenstände werden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres ermittelt. Die Tatbestände Nr. 2 bis Nr. 3 sind nur in DM-Werten anzugeben. In den verschiedenen Zweigen der Wirtschaftsbereiche werden je nach den besonderen Verhältnissen die Grundtatbestände in entsprechender Anpassung aufgliedert.

Um die befragten Unternehmen und Unternehmensteile (Betriebe) fachlich einordnen zu können, bestimmt Absatz 2, daß die dazu notwendigen Angaben, wie genaue Bezeichnung und Rechtsform des Unternehmens, Kennzeichnung des Wirtschaftszweigs, Bezeichnung der hauptsächlich gehandelten Waren, wirtschaftliche Nebentätigkeiten, Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft usw. zu machen sind.

Zu § 4

In § 4 wird der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt. Unternehmen des Markt- und ambulanten Handels (Absatz 1 Nr. 1) sollen durch die Zählung nur insoweit erfaßt werden, als sie sich mit dem Verkauf von Waren befassen. Das dem Dienstleistungsbereich zuzurechnende sonstige ambulante Gewerbe (z. B. Schaustellungsgewerbe) unterliegt der Zählung nicht. Als Unternehmen des Großhandels (Absatz 1 Nr. 2) sind auch die Unternehmen des Ein- und Ausfuhrgroßhandels zu verstehen. Neben den Bereichen des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes werden auch industrielle Unternehmen mit offenen an Letztverbraucher liefernde Verkaufsstellen in die Auskunftspflicht einbezogen (Absatz 2). Die Verkaufsstellen industrieller Unternehmen mit Lieferungen an den Letztverbraucher sind in einigen Handelsbereichen in größerer Zahl vorhanden, so daß sich ihre Einbeziehung in die Zählung als notwendig erweist, um lückenhafte Ergebnisse zu vermeiden. Es ist hierbei vorgesehen, nur die Verkaufsstellen zu zählen, die regelmäßig wie Einzelhandelsunternehmen Waren an den Letztverbraucher abgeben. Gelegentliche Verkäufe in Räumen mit Zugang für Letztverbraucher sollen bei der Zählung nicht als Verkaufsstellen im Sinne des Zählungsgesetzes gelten.

Wegen der regionalen Darstellung der Zählungsergebnisse ist Ertelung der Auskunft für jede einzelne örtlich vom Hauptunternehmen getrennte Zweigniederlassung vorgesehen (Absatz 3).

Zu § 5

Die Ermittlung der Anschriften der Auskunftspflichtigen, die bei Großzählungen meist durch einen großen Stab von Zählern erreicht wird, bereitet für die Teilzählungen — wie im Falle des vorliegenden Zählungswerkes — beträchtliche Schwierigkeiten. Eine befriedigende Lösung bietet sich an, wenn die Anschriften aus den bei den Finanzämtern vorhandenen Karteien der Umsatzsteuerpflichtigen als Anschriftengrundlage für Zwecke der Zählung zur Verfügung gestellt werden. Da die Durchführung der Zählung von der

Verfügbarkeit dieses Anschriftenmaterials abhängt, ist eine ausdrückliche gesetzliche Festlegung dieser Regelung notwendig.

Die Anschriften der industriellen Unternehmen mit offenen Verkaufsstellen können nur auf dem Wege einer Umfrage im Rahmen der amtlichen Industriestatistik ermittelt werden.

Dritter Abschnitt (Ergänzungserhebung)

Zu § 6

Die in § 3 für die Handels- und Gaststättenzählung aufgeführten Tatbestände sind in ihrem Umfang und Inhalt darauf abgestimmt, daß sie von allen Auskunftspflichtigen aus den betrieblichen und steuerlichen Unterlagen für die Beantwortung der Fragebogen entnommen werden können. Da aber für die gesamtwirtschaftliche Strukturanalyse der von der Zählung erfaßten Wirtschaftszweige darüber hinausgehende Unterlagen erforderlich sind, ist eine Ergänzungserhebung vorgesehen, die von repräsentativ ausgewählten Unternehmen weitere Angaben verlangt. So wird im Einzelhandel der bei der Zählung nur summarisch erfaßte Umsatz von Handelsware (Nr. 1 Buchstabe a) getrennt ausgewiesen nach Barumsatz, Teilzahlungsverkäufen und sonstigen Kreditverkäufen; ferner wird die Richtung des Absatzes an private Verbraucher und andere Abnehmer ermittelt. Für die weitere Analyse der Betriebsstruktur dient die Ausweisung nach den Einzelposten der Aktiva und Passiva (Nr. 2), die ergänzende Unterlagen erbringen soll, wie sie für Kapitalgesellschaften der Industrie vorliegen. Um die Zufälligkeiten eines Berichtsjahres auszuschalten, werden bei den Aufwendungen beim Anlagevermögen (Nr. 3) die Angaben für 2 Geschäftsjahre verlangt. Die Angaben über Aufwendungen für Lohnaufträge (Nr. 1 Buchstabe c) werden nur beim Groß- und Einzelhandel, die Angaben über Heimarbeiterentgelte (Nr. 1 Buchstabe c) nur beim Einzelhandel erhoben.

Zu § 7

Die Ergänzungserhebung wird nur bei einer Auswahl von höchstens 15 v. H. der Auskunftspflichtigen durchgeführt, um sowohl die Kosten des Zählungswerkes in vertretbaren Grenzen zu halten als auch die Vielzahl der kleinen und mittleren Betriebe nicht mit dem Frageprogramm zu belasten. Der Repräsentationsgrad ist mit Rücksicht auf brauchbare Länderergebnisse gewählt worden.

C. Kostenberechnung

Die voraussichtlichen Kosten (zusätzliche Ausgaben) der in diesem Gesetz geregelten allgemeinen Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (§ 1 Nr. 1) und der repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) werden vom Statistischen Bundesamt wie folgt schätzungsweise veranschlagt (in 1000 DM):

insgesamt		davon	
Bund:	1 000	persönliche 520	sächliche 480
Länder:	8 000	persönliche 6 100	sächliche 1 900
zusammen:		persönliche 6 620	sächliche 2 380

An Hilfskräften sind beim Bund erforderlich

- 4 Zeitangestellte für jeweils 36 Monate,
- 11 Zeitangestellte für jeweils 18 Monate,
- 20 Zeitangestellte für jeweils 15 Monate.

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz) im Saarland

Vom 13. Juli 1961¹⁾

Auf Grund des § 8 des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) vom 27. Mai 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 313) wird im Einvernehmen mit der Regierung des Saarlandes verordnet:

§ 1

Abweichend von den Vorschriften der §§ 2, 5 und 6 Nr. 3 des Gesetzes werden im Saarland

1. die Handels- und Gaststättenzählung im Handel mit Stichtag 30. September 1961, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1961 durchgeführt;
2. die einmalige Befragung der Unternehmen der Industrie (§ 5) im Jahre 1961 durchgeführt;

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 134 vom 15. Juli 1961, S. 1.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 13. Juli 1961

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Westrick

2. Länder

a) Schleswig-Holstein

Durchführung der Volkszählung 1961¹⁾

Runderlaß des Innenministers vom 29. März 1961
— I 28 —.

An alle Behörden des Landes

Am 6. Juni 1961 wird nach einem vom Deutschen Bundestag bereits verabschiedeten Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 — Volkszählungsgesetz 1961 — eine Volkszählung durchgeführt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist Anfang April 1961 zu rechnen. Da sich diese Zählung in ihren umfassenden Zielsetzungen an die gesamte Bevölkerung des Bundesgebietes wendet, erfordert sie die tatkräftige Mitwirkung aller Behörden. Um einen reibungslosen Ablauf der Zählung zu gewährleisten, ist es deshalb erforderlich, die organisatorischen Vorbereitungen unverzüglich zu treffen.

Zur Durchführung der Volkszählung 1961 bestimme ich:

1. Die Durchführung der Zählung obliegt dem Statistischen Landesamt; es erläßt die hierzu erforderlichen technischen Anordnungen.
2. Als örtliche Erhebungsstelle im Sinne des § 7 des Volkszählungsgesetzes 1961 werden nach Inkrafttreten des Gesetzes durch Rechtsverordnung der Landesregierung die Gemeinden bestimmt werden, die die Aufgaben den Ämtern übertragen können. Sie bestellen geeignete Personen als Zähler. Für die ehrenamtliche Zählertätigkeit und die Befreiung vom Zähleramt aus wichtigem Grund gelten die Bestimmungen der §§ 19 bis 24 der Gemeindeordnung.
3. Die Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen, Vergütungsgruppen usw. in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Die obersten Landesbehörden, die Leiter der Kommunalverwaltungen usw. erteilen hierzu ihren nachgeordneten Behörden die erforderlichen Anweisungen. Dadurch sollen die Behördenleiter auch verpflichtet werden, den örtlichen Erhebungsstellen für ihre Einsatzplanung auf Anforderung die Zahl ihrer Beschäftigten, aufgegliedert nach Geschlecht und unter besonderer Benennung der auswärts Wohnenden, mitzuteilen. Die am Zählungsort befindlichen Bundesdienststellen werden von den obersten Bundesbehörden angewiesen, entsprechenden Bitten der örtlichen Erhebungsstellen nachzukommen.
4. Im Bereich des Schul- und Bildungswesens sind außer den Lehrpersonen auch Schüler(innen) der obersten Klassen, Fachschüler(innen) und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler heranzuziehen. Schüler(innen) vom vollendeten 16. Lebensjahr ab können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden (§ 7 des Volkszählungsgesetzes 1961).
5. Die Leiter der Behörden, Betriebe und Anstalten — erforderlichenfalls die Dienstaufsichtsbehörden — sind verpflichtet, den als Zähler herangezogenen Bediensteten, Schülern usw. Dienst- bzw. Unterrichtsbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren. Zu diesem Zweck ist zu erwägen, ob Dienststellen nach dem Zählungstichtag zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben.
6. Nach Maßgabe örtlicher Bedürfnisse können die Erhebungsstellen auch andere geeignete Personen als Zähler werben.
7. Das Land gewährt den Gemeinden zur teilweisen Erstattung der Zählungskosten eine Finanzzuweisung nach Maßgabe des § 2 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes. Die Höhe der Finanzzuweisung wird durch besonderen Erlaß geregelt.

¹⁾ Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Ausgabe A, S. 201.

Durchführung der Volkszählung 1961; hier: Höhe der Finanzzuweisung des Landes an die Gemeinden²⁾

Runderlaß des Innenministers vom 11. April 1961
— I 28 —.

An alle Gemeinden

Der Bund wird nach § 10 des Volkszählungsgesetzes 1961 den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz und die damit zusammenhängenden ergänzenden Zählungen der Landwirtschaft und des Handels auferlegt werden, eine Finanzzuweisung in Höhe von 1,35 DM je Einwohner gewähren. Auf Grund des § 2 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes setze ich im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Höhe der Finanzzuweisungen des Landes an die Gemeinden zur teilweisen Erstattung der den Gemeinden entstehenden Kosten wie folgt fest:

für Gemeinden

bis zu	2 000 Einw.	20 Pf je Einw.
über 2 000—	5 000 Einw.	25 Pf je Einw.
über 5 000—	10 000 Einw.	29 Pf je Einw.
über 10 000—	20 000 Einw.	34 Pf je Einw.
über 20 000—	50 000 Einw.	39 Pf je Einw.
über 50 000—	100 000 Einw.	46 Pf je Einw.
über	200 000 Einw.	50 Pf je Einw.

Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Landesamt für den 6. Juni 1961 feststellt.

Die Auszahlung der Beträge erfolgt durch das Statistische Landesamt, das den Gemeinden Vorschüsse überweisen wird.

Runderlaß des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten³⁾

Betr.: Durchführung der Volkszählung 1961
— Runderlaß III 111/0.02.01—05/s vom 20. April 1961 —

Bezug: Runderlaß des Innenministers vom 29. März 1961
— I 28 — Amtsbl. Schl.-H. S. 201 —

An alle nachgeordneten Dienststellen

Auf den vorgenannten Runderlaß mache ich besonders aufmerksam. Ich weise Sie gem. Ziff. 3 aaO. hiermit an, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen, Vergütungsgruppen usw. in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen. Den als Zähler herangezogenen Bediensteten ist Dienstbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren.

Die nachgeordneten Dienststellen haben den örtlichen Erhebungsstellen für ihre Einsatzplanung auf Anforderung die Zahl ihrer Beschäftigten, aufgegliedert nach Geschlecht und unter besonderer Benennung der Auswärtswohnenden, mitzuteilen.

Ich bitte um Beachtung.

Erlaß des Kultusministers vom 24. April 1961 betr. Durchführung der Volkszählung 1961⁴⁾

An die Leiter der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen

Der Innenminister hat durch Runderlaß vom 29. März 1961 — I 28 — (Amtsbl. Schl.-H. S. 202) die örtlichen Erhebungsstellen angewiesen, im Bereich des Schul- und Bildungswesens zur Durchführung der Volkszählung 1961 außer den Lehrpersonen auch Schüler(innen) der obersten Klassen (ausgenommen Berufsschulen), Fachschüler(innen) und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler heranzuziehen. Schüler(innen) vom vollendeten 16. Lebensjahr ab können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden (§ 7 des Volkszählungsgesetzes 1961).

Ich weise hierzu darauf hin, daß die Schulleiter nach § 8 des Volkszählungsgesetzes 1961 verpflichtet sind, den als Zähler herangezogenen Lehrkräften und Schülern Dienst- bzw. Unterrichtsbefrei-

²⁾ Amtsblatt für Schleswig-Holstein 1961, Ausgabe A, S. 234. — ³⁾ Dienstnachrichten des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein Nr. 7/61 vom 24. April 1961, S. 32. — ⁴⁾ Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein Nr. 9 vom 5. Mai 1961, S. 149.

ung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren. Für die Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebes ist nach Möglichkeit Sorge zu tragen.

Verordnung über die Bestimmung der Erhebungsstellen nach dem Volkszählungsgesetz 1961 (vom 9. Mai 1961) ¹⁾

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 — Volkszählungsgesetz 1961 — vom 13. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 437) verordnet die Landesregierung:

§ 1

Die Gemeinden sind Erhebungsstellen für die Durchführung der Volks- und Berufszählung und der allgemeinen Arbeitsstättenzählung nach § 1 Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes 1961. Amtsange-

hörige Gemeinden können die Aufgaben dem Amt übertragen. Die Kreise haben bei der Durchführung der Erhebungen mitzuwirken.

§ 2

Die Aufgaben nach § 1 werden zur Erfüllung nach Weisung wahrgenommen.

§ 3

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Kiel, den 9. Mai 1961

Der Ministerpräsident
von Hassel

Der Innenminister
Dr. Lemke

b) Hamburg

Senatsbeschluß vom 4. April 1961 betreffend die Volks-, Berufs-, Arbeitsstätten- und Gebäudezählung 1961

1. Alle zur hamburgischen Verwaltung gehörenden Dienststellen sowie die der Aufsicht des Senats unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Betriebe sind verpflichtet, alle verfügbaren Beamten und Angestellten, soweit sie gesundheitlich geeignet sind und nicht zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Tätigkeit des öffentlichen Dienstes benötigt werden, als Zähler für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 zur Verfügung zu stellen.
2. Die Zähler werden zur Durchführung der Zählung am 7. Juni 1961 vom Dienst befreit. Außerdem wird ihnen in der Zeit vom 2. bis 5. Juni 1961 an einem halben Tag und nach dem 7. Juni 1961 an zwei halben Tagen Dienstbefreiung gewährt. Die Einzelheiten regeln die Senatsämter und Fachbehörden im Einvernehmen mit dem Statistischen Landesamt.

3. Die Senatsämter und Fachbehörden haben dem Statistischen Landesamt unverzüglich einen Beauftragten zu benennen, der als Verbindungsmann zum Statistischen Landesamt und zu den Bezirksämtern für die Durchführung aller im Zusammenhang mit der Zählergewinnung erforderlichen Maßnahmen zuständig ist.
4. Das Statistische Landesamt wird ermächtigt, im Rahmen der hierfür festgelegten Haushaltsmittel eine Aufwandsentschädigung an die Zähler und Zählerunterweiser zu zahlen. Die Höhe der Aufwandsentschädigung ist vom Statistischen Landesamt im Einvernehmen mit dem Personalamt und der Finanzbehörde festzusetzen.
5. Das Statistische Landesamt wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zur rechtzeitigen und ausreichenden Bereitstellung der Zähler zu veranlassen.

c) Niedersachsen

Runderlaß des Niedersächsischen Ministeriums des Innern zugleich im Namen des Niedersächsischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei — und der übrigen Niedersächsischen Ministerien vom 12. April 1961

Am 6. Juni 1961 findet auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1961 eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung statt. Das Volkszählungsgesetz 1961 ist vom Bundestag bereits beschlossen worden; der Bundesrat hat dem Gesetz zugestimmt. Mit der Verkündung des Gesetzes ist in Kürze zu rechnen. Damit die erforderlichen Vorbereitungen rechtzeitig getroffen werden können, ergeht der folgende Runderlaß:

1. Die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung obliegt dem Nieders. Landesverwaltungsamt — Statistik —; es erläßt die erforderlichen Anordnungen für die technische Durchführung der Zählung. Erhebungsstellen werden die Gemeinden sein. Die Landkreise wirken bei der Durchführung der Zählung mit.
2. Die Erhebungsstellen (Gemeinden) bestellen geeignete Personen als Zähler. Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an verpflichtet. Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grunde abgelehnt werden. Im übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 23 und 24 NGO.

Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

3. Das Volkszählungsgesetz 1961 verpflichtet den Bund, die Länder, die Landkreise, die Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Dienststellen der Landesverwaltung werden angewiesen, die Bediensteten des Landes in möglichst großem Umfange für die Zählertätigkeit freizustellen. Sie haben den Erhebungsstellen (Gemeinden) für deren Einsatzplanung auf Anforderung die Zahl ihrer Bediensteten mitzuteilen. Den als Zähler herangezogenen Bediensteten des Landes ist in dem für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigem Maße Dienstbefreiung zu gewähren. Der Dienst- und Unterrichtsbetrieb kann erforderlichenfalls am 5. und 7. Juni eingeschränkt werden. Es ist jedoch darauf zu achten, daß lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste durch die Zählung nicht unterbrochen wird. Den als Zähler eingesetzten Studierenden und Schülern (Schülerinnen) ist — soweit erforderlich — Unterrichts- und Aufgabenbefreiung zu gewähren.

Die Landkreise, Gemeinden und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden gebeten, für ihre Bereiche entsprechende Regelungen zu treffen.

4. Den Gemeinden und Landkreisen wird für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung ein Zuschuß gewährt. Die Landkreise erhalten je 500 DM. Die Höhe des den Gemeinden zu gewährenden Zuschusses wird noch bekanntgegeben.

Der Zuschuß an die Gemeinden und die Landkreise wird durch das Nieders. Landesverwaltungsamt gezahlt.

An die

Dienststellen der nieders. Landesverwaltung,
Landkreise, Gemeinden und sonstigen Körperschaften,
Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Verordnung über Erhebungsstellen für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 (vom 23. Mai 1961) ²⁾

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im

¹⁾ Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, Ausgabe B, 1961, S. 96.

²⁾ Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27. Mai 1961, Nr. 13, S. 129.

Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 437) wird verordnet:

§ 1

Erhebungsstellen für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 nach § 1 Abs. 1 und § 2 des Gesetzes sind die Gemeinden.

§ 2

(1) Das Land gewährt den Gemeinden zu den Kosten, die ihnen als Erhebungsstellen entstehen, einen Zuschuß. Es erhalten:

Gemeinden bis	20 000 Einwohner	0,16 DM je Einwohner
Gemeinden über	20 000	
bis	100 000 Einwohner	0,25 DM je Einwohner
Gemeinden über	100 000 Einwohner	0,30 DM je Einwohner
Gemeinden, die eine vollständige Gebäudevorerhebung durchführen zusätzlich		0,10 DM je Einwohner

Gemeinden, die eine Gebäudevorerhebung nur für einen Teil ihres Gebäudebestandes durchführen, zusätzlich einen nach dem Verhältnis der erfaßten Gebäude zu dem gesamten Gebäudebestand zu erreichenden Teilbetrag des Zuschusses von 0,10 DM je Einwohner.

Maßgebend für die Berechnung des Zuschusses ist die Wohnbevölkerung, die bei der Zählung für den 6. Juni 1961 festgestellt wird.

(2) Im übrigen werden die Kosten im Rahmen des Finanzausgleichs gedeckt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 23. Mai 1961

Das Niedersächsische Landesministerium

d) Bremen

Beschluß des Senats vom 14. März 1961 zur Durchführung der Volkszählung und der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961¹⁾

Durch Bundesgesetz wird in Kürze eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen am 6. Juni 1961 angeordnet werden (Drucksache des Bundestages, 3. Wahlperiode Nr. 2487). Da sich diese Zählung in ihren umfassenden Zielsetzungen an die gesamte Bevölkerung des Bundesgebietes wendet, erfordert sie die tatkräftige Mitwirkung aller Behörden.

Zur Durchführung der Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes 1961 hat der Senat am 14. März 1961 Nachstehendes beschlossen:

1. Die Durchführung der Zählung obliegt dem Statistischen Landesamt; es erläßt die hierzu erforderlichen technischen Anordnungen.
2. Als örtliche Erhebungsstellen werden nach Inkrafttreten des Gesetzes durch Rechtsverordnung
 - a) für die Stadtgemeinde Bremen das Statistische Landesamt,
 - b) für die Stadtgemeinde Bremerhaven der Magistrat — Statistisches Amt — bestimmt werden. Die Erhebungsstellen bestellen geeignete Personen als Zähler.
3. Die Behörden des Landes, der Gemeinden und die sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen, Vergütungsgruppen usw. in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Senatoren und der Magistrat der Stadt Bremerhaven erteilen hierzu ihren nachgeordneten Behörden und Dienststellen sowie den unter ihrer Aufsicht stehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts die erforderlichen Anweisungen.

4. Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahre an verpflichtet. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

Im Bereich des Schul- und Bildungswesens können daher außer den Lehrkräften auch Schüler(innen) der oberen Klassen, Fachschüler(innen) und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, und vom vollendeten 16. Lebensjahre ab mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

5. Für die Befreiung vom Zähleramt aus wichtigem Grunde gelten die Bestimmungen des § 2 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend die ehrenamtliche Tätigkeit der Stadtbürger vom 17. Januar 1950 (Brem. Ges.-Bl. S. 11), Absatz 1 c) jedoch mit der Maßgabe, daß die Unvereinbarkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit mit dem öffentlichen Amt nur dann begründet ist, wenn im Falle der Heranziehung des Bediensteten die lebenswichtige Tätigkeit der Anstellungsbehörde (Versorgungsbetriebe) unterbrochen würde. Befreit sind daher nur solche Bedienstete, denen die lebenswichtigen Aufgaben funktionsmäßig übertragen sind.
6. Die örtlichen Erhebungsstellen können für ihre Einsatzplanung von den ortsansässigen Behörden sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts die erforderlichen Auskünfte über ihre einsatzfähigen Beschäftigten unter besonderer Benennung der auswärts Wohnenden einholen.
7. Die Leiter der Behörden, Betriebe und Anstalten — erforderlichenfalls die Dienstaufsichtsbehörden — sind verpflichtet, den als Zähler herangezogenen Bediensteten, Schülern usw. Dienst- bzw. Unterrichtsbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren. Zu diesem Zweck ist zu erwägen, ob Dienststellen nach dem Zählungstichtag zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben.
8. Den Zählern wird eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 0,50 DM für jeden ausgefüllten Erhebungsbogen gewährt.

Bremen, den 15. März 1961

Der Senator für Inneres

e) Nordrhein-Westfalen

Volkszählung 1961²⁾

RdErl. d. Innenministers v. 16. 3. 1961

Der Bundestag hat am 23. Februar 1961 das Volkszählungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet und darin als endgültigen Zählungstermin den 6. Juni 1961 bestimmt. Das Gesetz liegt jetzt im zweiten Durchgang dem Bundesrat vor und wird kaum vor Mitte April verkündet werden. Mit den Vorbereitungen muß jedoch begonnen werden, ohne daß die Verkündung des Volkszählungsgesetzes 1961 abgewartet werden kann.

Die Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961, die sich in ihren umfassenden Zielsetzungen an die gesamte Bevölkerung des Bun-

desgebiets wendet, erfordert die tatkräftige Mitwirkung aller Behörden und Dienststellen. Das Gelingen des gesamten Zählungswerkes hängt entscheidend von der rechtzeitigen Lösung der Zählergestellung ab. Diese Zählergewinnung muß bereits im nächsten Monat in den Gemeinden eingeleitet werden. Ich ordne daher schon jetzt im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und allen Landesministern, vorbehaltlich einer etwa notwendig werdenden landesrechtlichen Zuständigkeitsverordnung (zu nachfolgenden Nr. 1 und 2 Satz 1), zur Durchführung der Volkszählung folgendes an:

1. Die Durchführung der Zählung obliegt dem Statistischen Landesamt NW; es erläßt die hierzu erforderlichen technischen Anordnungen.
2. Örtliche Erhebungsstellen sind die Gemeinden; sie bestellen geeignete Personen als Zähler. Für die ehrenamtliche Tätigkeit als Zähler und die Befreiung vom Zähleramt aus wichtigem Grunde gelten die §§ 20 und 21 der Gemeindeordnung.

¹⁾ Amtliche Mitteilungen für die bremischen Behörden Nr. 13 vom 28. März 1961, S. 78. — ²⁾ Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 1961, S. 454.

3. Die Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen, Vergütungsgruppen usw. in dem dienstlich vertretbaren, mit den Erhebungsstellen zu vereinbarenden Umfange zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen. Einschränkungen des Dienstbetriebes sind dabei in Kauf zu nehmen.

Die Angehörigen der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen sind von der Mitarbeit an der Volkszählung ausgeschlossen, damit bei der Bevölkerung nicht der Eindruck entsteht, daß die bei der Zählertätigkeit gewonnenen Kenntnisse der persönlichen Verhältnisse einzelner Steuerpflichtiger steuerlich verwertet werden könnten.

Die örtlichen Erhebungsstellen können für ihre Einsatzplanung von den ortsansässigen Behörden sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts die erforderlichen Auskünfte über deren einsatzfähige Beschäftigte unter besonderer Benennung der auswärtigen Wohnenden einholen. Die Bundesdienststellen werden von den obersten Bundesbehörden angewiesen, entsprechenden Bitten der örtlichen Erhebungsstellen nachzukommen.

4. Im Bereich des Schul- und Bildungswesens sind außer den Lehrpersonen auch Schüler(innen) der oberen Klassen, Fachschüler(innen) und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler heranzuziehen. Schüler(innen) vom vollendeten 16. Lebensjahr ab können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden. Schüler sind nur in dafür geeigneten Zählbezirken einzusetzen.
5. Die Befreiung von der Verpflichtung, ein Zähleramt zu übernehmen, erstreckt sich in den Fällen lebenswichtiger öffentlicher Dienste nur auf solche Bedienstete, denen die lebenswichtigen Aufgaben funktionsmäßig übertragen sind. Für Verwaltungsdienstkräfte und sonstiges Personal solcher Einrichtungen gelten dagegen die Bestimmungen zu Nr. 3 uneingeschränkt.
6. Die Leiter der Behörden, Betriebe und Anstalten usw. — erforderlichenfalls die Dienstaufsichtsbehörden — sind verpflichtet, den als Zählern herangezogenen Bediensteten, Schülern usw. Dienst- bzw. Unterrichtsbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren. Zu diesem

Zweck ist zu erwägen, ob Dienststellen nach dem Zählungstichtag zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben.

7. Das Land leistet den Gemeinden zu den Zählungskosten der Landwirtschaftszählung 1960 und der Volkszählung 1961 einen Zuschuß in Höhe von 0,40 DM je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Landesamt für den 6. Juni 1961 feststellt.

An alle Landesbehörden,

Gemeinden und Gemeindeverbände
sowie die sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden
Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Verordnung über die Bestimmung der Erhebungsstellen nach dem Volkszählungsgesetz 1961 (vom 9. Mai 1961)²⁾

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437) wird verordnet:

§ 1

Erhebungsstellen für die Volks-, Berufs- und allgemeine Arbeitsstättenzählung (§ 1 Abs. 1 des Gesetzes) sind die Gemeinden, Erhebungsstelle für den Verkehrszensus (§ 1 Abs. 2 des Gesetzes) ist das Statistische Landesamt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 9. Mai 1961

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Dr. Meyers

Der Innenminister
Dufhues

f) Hessen

Durchführungsanweisungen der Hessischen Landesregierung zum Bundesgesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 (Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961)¹⁾

1. Vorbereitung, Durchführung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der nach dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zu erwartenden Zählungen obliegen dem Hessischen Statistischen Landesamt, das die erforderlichen organisatorischen und technischen Weisungen erteilt.
2. Die unmittelbare Durchführung der Zählung gemäß § 1 Abs. (1) des Gesetzes erfolgt im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden durch die Gemeinden, in den Landkreisen unter Leitung und Mitwirkung der Kreisverwaltungen.
Die Regierungspräsidenten überwachen im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Erhebung.
3. Die Landräte bestellen einen Kreiszahlungsleiter, die Gemeinden einen Gemeindezahlungsleiter, die die technische Durchführung der Erhebung leiten und die Aufsicht über das Zählgeschäft führen.
In größeren Gemeinden wird zweckmäßigerweise eine Dienststelle der Verwaltung mit der Durchführung der Erhebung zu beauftragen sein.

¹⁾ Staatsanzeiger für das Land Hessen, 1961, Nr. 16 — Anlage.

Anmerkung zu Ziffer 4. c), e) und f):
Die am Zählungsort befindlichen Bundesdienststellen werden auf Grund entsprechender Anweisungen der obersten Bundesbehörden zu den gleichen Maßnahmen verpflichtet.

4. a) Die Gemeinden als örtliche Erhebungsstellen berufen geeignete Personen als Zähler. Für die ehrenamtliche Zählertätigkeit i. S. des § 7 Volkszählungsgesetz gelten die §§ 21 ff. der Hessischen Gemeindeordnung.
- b) Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände, die sonstigen Körperschaften und die Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen, Vergütungsgruppen usw. in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.
- c) Die obersten Landesbehörden, die Leiter der Kommunalverwaltungen usw. erteilen hierzu ihren nachgeordneten Behörden die erforderlichen Anweisungen. Darin sollen die Behördenleiter verpflichtet werden, den örtlichen Erhebungsstellen für ihre Einsatzplanung auf Anforderung die Zahl ihrer Beschäftigten, aufgliedert nach dem Geschlecht und unter besonderer Benennung der Auswärtswohnenden und Schwerbeschädigten, mitzuteilen.
- d) Im Bereich des Schul- und Bildungswesens sind außer den Lehrpersonen auch Schüler der oberen Klassen, Fachschüler und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler hinzuzuziehen. Schüler vom vollendeten 16. Lebensjahr ab können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler nur zu zweit eingesetzt werden (vgl. § 7 VZG).

²⁾ Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 1961, S. 211.

e) Die Leiter der Behörden, Betriebe und Anstalten — erforderlichenfalls die Dienstaufsichtsbehörden — sind verpflichtet, den als Zähler herangezogenen Bediensteten, Schülern usw. Dienst- bzw. Unterrichtsbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren. Mit Ausnahme der lebenswichtigen öffentlichen Betriebe und Anstalten kann für dem Land unterstehende Behörden und Körperschaften der Dienst an den Erhebungstagen auf Bereitschaftsdienst beschränkt werden. Von den lebenswichtigen öffentlichen Betrieben und Anstalten können nur solche Bedienstete befreit werden, denen zur Zeit des Zählgeschäftes lebenswichtige Aufgaben funktionsmäßig übertragen sind.

f) In Fällen, in denen zum Zählgeschäft keine Dienstbefreiung in Anspruch genommen wurde, wird empfohlen, den Zählern zur Abgeltung der für die Erhebung geleistete Arbeit eine angemessene Dienstbefreiung als Ausgleich zu gewähren.

g) Nach Maßgabe örtlicher Bedürfnisse können die Erhebungsstellen auch andere geeignete Personen als Zähler werben.

5. Aufgabe des Gemeindezählungsleiters ist es, sich rechtzeitig mit den in seinem Bereich liegenden Behörden und Dienststellen wegen der Zählergestellung in Verbindung zu setzen. Hierzu wird von den Behörden- und Dienststellenleitern ein Verbindungsmann bestellt, der für die Bereitstellung der Zähler und Ersatzleute sowie die Organisation der Zählerschulung innerhalb seiner Behörde verantwortlich ist.

6. Die Bestellung eines ausreichenden Zählerstammes durch die Gemeinden soll möglichst bis zum 15. Mai 1961 durchgeführt sein. Dem Statistischen Landesamt obliegt es, die Gemeindezählungsleiter für die Zählerschulung vorzubereiten und anzuleiten.

Die Zähler sind bis zum 30. Mai 1961 durch die Gemeinden (Gemeindezählungsleiter) in die ihnen obliegenden Aufgaben einzuweisen (Zählerschulung).

7. Alle mit der Erhebung beauftragten Personen sind unter Bezugnahme auf § 9 des Volkszählungsgesetzes und die §§ 12 und 13 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) schriftlich zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben, die ihnen bei der Erhebung bekannt werden, zu verpflichten.

8. Soweit Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Rahmen ihres Dienstes für die Durchführung der Zählung herangezogen werden, gilt der für ihr Dienstverhältnis bestehende Unfall-

schutz, bei Beamten die Dienstunfall-Fürsorge nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, für Angestellte und Arbeiter der Unfallversicherungsschutz nach § 537 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung.

Soweit die Gemeinden zur Durchführung der Zählung sonstige Personen zur ehrenamtlichen Tätigkeit heranziehen, sind diese für die Gemeinden ehrenamtlich tätigen Personen nach § 537 Nr. 10 der Reichsversicherungsordnung versichert (Hessischer Gemeinde-Unfallversicherungsverband, Frankfurt a. M.). Jeder Zähler erhält ein Merkblatt über das Verhalten bei Unfällen während seiner Zählertätigkeit ausgehändigt.

9. Den Gemeinden ist es nicht gestattet, im Rahmen der Volkszählung Zusatzfragen zu stellen.

10. Die Gemeinden erhalten für die bei der unmittelbaren Durchführung der Zählung entstandenen Kosten Zuschüsse nach folgender Maßgabe:

Gemeinden	bis 1 000 Einwohner je Kopf	DM 0,20
von 1 000 bis unter 3 000 Einwohner je Kopf	DM 0,24	
von 3 000 bis unter 20 000 Einwohner je Kopf	DM 0,30	
von 20 000 bis unter 100 000 Einwohner je Kopf	DM 0,38	
von 100 000 bis unter 500 000 Einwohner je Kopf	DM 0,50	
von 500 000 und mehr Einwohner je Kopf	DM 0,55	

Als Mindestsatz wird eine Pauschale von 30,— DM je Gemeinde festgesetzt.

Die Gemeinden, die eine Gebäudevorerhebung durchführen, erhalten einen weiteren Zuschuß von 0,15 DM je Kopf der hierbei erfaßten Bevölkerung.

Maßgebend für die Berechnung der Zuschüsse ist die vom Hessischen Statistischen Landesamt am Zählungstichtag festgestellte Bevölkerungszahl.

Ferner erhalten:

Landkreise mit weniger als 50 Gemeinden	250,— DM
Landkreise mit 50 bis 100 Gemeinden	350,— DM
Landkreise mit mehr als 100 Gemeinden	450,— DM

Wiesbaden, 28. März 1961

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

g) Rheinland-Pfalz

Vorbereitung der Volkszählung 1961¹⁾

— RdErl. d. Staatskanzlei vom 23. Februar 1961 —
— 1250 - 26/60 —

Im Einvernehmen mit allen Ministerien wird bestimmt:

Am 6. Juni 1961 wird nach einem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961), im folgenden kurz »Gesetz« genannt, eine Volkszählung durchgeführt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes und einer dazu ergehenden Durchführungsverordnung der Landesregierung, im folgenden kurz »Verordnung« genannt, ist im Laufe des Monats März 1961 zu rechnen. Um einen reibungslosen Ablauf der Zählung zu gewährleisten, ist es deshalb erforderlich, die organisatorischen Vorbereitungen unverzüglich zu treffen.

1. Die Leitung der Zählung obliegt dem Statistischen Landesamt. Es erteilt den mit der Zählung beauftragten Behörden die zur Durchführung der Zählung erforderlichen Weisungen.

2. Durch die Verordnung werden die Gemeinden mit den Aufgaben der örtlichen Erhebungsstellen betraut. Der Bürgermeister (Oberbürgermeister), in den Regierungsbezirken mit

Amtsverfassung der Amtsbürgermeister, wird als Zählungsleiter bestellt. Der Landrat überwacht die Durchführung der Zählung in den kreisangehörigen Gemeinden als Kreiszahlungsleiter.

3. Der Bürgermeister bestellt die für die Durchführung der Erhebung benötigten Zähler.

Die Tätigkeit der Zähler ist grundsätzlich ehrenamtlich.

Nach dem Gesetz kann jeder Einwohner, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, als Zähler verpflichtet werden. Es ist darauf zu achten, daß nur persönlich geeignete und ausreichend geschulte Zähler herangezogen werden. Vor allem Angehörige des öffentlichen Dienstes, auch Schüler und Studierende, werden deshalb als Zähler einzusetzen sein.

Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

4. Der Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nach dem Gesetz verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz sagt dazu, daß lediglich lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden darf. Diese Bestimmung stellt klar, daß die Behörden nicht nur verpflichtet sind, ihren Bediensteten Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben, sondern daß sie ihre Bediensteten

¹⁾ Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Ausgabe A, 1961, Spalte 179.

zur Verfügung stellen müssen, also auch gegen den Willen der Bediensteten und u. U. auch gegen schwerwiegende Interessen der Behörden. Die Behördenleiter sind deshalb befugt, wenn die geordnete Durchführung der Zählung in anderer Weise nicht gewährleistet ist, nach vorheriger öffentlicher Bekanntgabe an einem dem Zählstichtag vorhergehenden und evtl. nachfolgenden Werktag ihre Dienststellen für den Publikumsverkehr geschlossen zu halten oder lediglich mit einem Bereitschaftsdienst zu besetzen. Ist an einer Schule mehr als die Hälfte der Lehrer bei der Volkszählung eingesetzt, fällt der Unterricht an diesem Tage aus.

5. Für die Geheimhaltung und die Folgen der Verletzung dieser Pflicht gilt § 9 des Gesetzes in Verbindung mit den entsprechenden Vorschriften des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

Soweit die Verpflichtung zur Verschwiegenheit nicht bereits nach § 19 Abs. 1 der Gemeindeordnung oder nach § 15 der Amtsordnung in Verbindung mit § 19 Abs. 1 der Gemeindeordnung besteht, sind die Zähler sowie alle mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen vom Zählungsleiter über ihre Pflicht zur Verschwiegenheit zu belehren.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Zähler sich über ihre Befugnis zur Ausübung des Zähleramtes den Auskunftspflichten gegenüber auf Verlangen ausweisen können.

6. Die Erstattung der den Gemeinden und Gemeindeverbänden entstehenden Kosten der Zählung wird durch besonderen Erlaß geregelt.

An

das Statistische Landesamt
die Landratsämter
die Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen

nachrichtlich:

den obersten Landesbehörden
den Bezirksregierungen

Landesverordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961 (vom 5. Mai 1961)¹⁾

Auf Grund des § 7 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437) verordnet die Landesregierung von Rheinland-Pfalz:

§ 1

Die Durchführung der Zählung steht unter der Leitung des Statistischen Landesamtes. Es erteilt den Erhebungsstellen und den mit der Überwachung der Zählung betrauten Behörden die zur Durchführung der Zählung erforderlichen Weisungen.

§ 2

(1) Die Gemeinden führen die Zählung im Auftrage des Landes durch.

(2) Der Bürgermeister (Oberbürgermeister), in den Regierungsbezirken mit Amtsverfassung der Amtsbürgermeister, wird als Zählungsleiter bestellt.

(3) Kreiszahlungsleiter ist der Landrat. Er überwacht die Zählung in den kreisangehörigen Gemeinden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Mainz, den 5. Mai 1961

Der Ministerpräsident

Altmeier

¹⁾ Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz, 1961, S. 129.

Vorbereitung der Volkszählung 1961; hier: Zuschüsse zu den Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände²⁾

— RdErl. d. Staatskanzlei vom 5. Mai 1961 —

Unter Bezugnahme auf den Runderlaß der Staatskanzlei vom 23. 2. 1961 — Az.: 1250 - 26/60 — MinBl. Sp. 179 ff. — wird im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau den Gemeinden und Gemeindeverbänden vorbehaltlich der endgültigen Festsetzung der durch das Land zu erstattenden Kosten eine Abschlagszahlung von 0,25 DM je Einwohner gewährt.

Die endgültige Festsetzung des Erstattungsbetrages wird auf einem nach Gemeindegrößen gestaffelten System beruhen und eine Zählerentschädigung von 0,20 DM je Einwohner sowie eine Gruppenzählerentschädigung von 0,03 DM je Einwohner berücksichtigen.

Die Anweisung der Abschlagszahlungen erfolgt bis zum 31. Mai 1961.

An

die Landratsämter
die Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen

nachrichtlich:

den obersten Landesbehörden
dem Statistischen Landesamt
den Bezirksregierungen

Volkszählung 1961; hier: Zuschüsse zu den Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände³⁾

— RdErl. d. Staatskanzlei vom 15. August 1961

— 1250 — 26/60 —

1. Unter Bezugnahme auf den Runderlaß der Staatskanzlei vom 23. 2. 1961 und 5. 5. 1961 — 1250 — 26/60 — (MinBl. Sp. 179 ff. u. Sp. 609) — wird im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein nach Gemeindegrößen gestaffelter Zuschuß gewährt, dessen Höhe sich aus nachstehender Tabelle ergibt:

Gemeindegrößenklasse		
Einwohner		
—	500	31
500—	1 000	32
1 000—	3 000	33
3 000—	5 000	34
5 000—	10 000	36
10 000—	20 000	38
20 000—	50 000	40
50 000—	75 000	43
75 000—	100 000	46
100 000—	500 000	50

2. Die durch Erlaß vom 5. 5. 1961 bewilligte Abschlagszahlung von 0,25 DM je Einwohner wird auf die zu zahlenden Zuschüsse angerechnet. Maßgebend für die Abrechnung ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Landesamt zum 6. 6. 1961 feststellt.

3. Die den Landratsämtern bei der Durchführung der Zählung entstehenden zusätzlichen Baraufwendungen (wie z. B. Transportkosten bei der Beförderung des Erhebungsmaterials oder Reisekosten von Bediensteten) werden gegen Vorlage entsprechender Nachweisungen erstattet.

4. Abrechnung und Auszahlung der Zuschüsse erfolgt durch das Statistische Landesamt.

An

die Landratsämter
die Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen

nachrichtlich:

den obersten Landesbehörden
dem Statistischen Landesamt
den Bezirksregierungen

²⁾ Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Ausgabe A, 1961, Spalte 609.

³⁾ Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Ausgabe A, 1961, Spalte 1053.

h) Baden-Württemberg

Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961 (vom 19. April 1961)¹⁾

Auf Grund des § 7 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437) wird verordnet:

§ 1

Erhebungsstellen sind die Gemeinden. Sie bestellen geeignete Personen als ehrenamtliche Zähler.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 19. April 1961 in Kraft.

Die Regierung
des Landes Baden-Württemberg

Dr. Wolfgang Haußmann Dr. Storz
Dr. Hermann Müller Dr. Leuze Leibfried Schüttler
Schwarz

Anordnung der Landesregierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961 (vom 19. April 1961)²⁾

Nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437) wird am 6. Juni 1961 eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) stattfinden.

Zur Durchführung dieser Zählungen wird angeordnet:

1. Die Durchführung der Zählungen obliegt dem Statistischen Landesamt und den Erhebungsstellen (Gemeinden). Das Statistische Landesamt erteilt hierzu die erforderlichen technischen Anweisungen.
2. Die Behörden des Bundes, des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nach dem Gesetz verpflichtet, ihre Bediensteten in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.
Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden, gleichviel, ob es sich um den technischen Dienst lebenswichtiger öffentlicher Betriebe (z. B. des Verkehrs, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung usw.) handelt oder um sonstige lebenswichtige öffentliche Dienste (z. B. Polizei, Feuerwehr, Kranken- und Heilanstalten, Strafvollzugsbehörden usw.).
Die Erhebungsstellen können für ihre Einsatzplanung von den örtlichen Landesbehörden und -betrieben die erforderlichen Auskünfte über ihre einsatzfähigen Bediensteten einholen.
3. Im Bereich des Schul- und Bildungswesens sind außer den Lehrpersonen auch Schüler(innen) der oberen Klassen, Fachschüler(innen) und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr

vollendet haben, als Zähler heranzuziehen. Schüler(innen) vom 16. Lebensjahr an können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

Die Erhebungsstellen können für ihre Einsatzplanung von den Schulleitern die erforderlichen Auskünfte über ihre einsatzfähigen Lehrpersonen und Schüler(innen) einholen.

4. Die Leiter der Landesbehörden und -betriebe sind verpflichtet, den als Zähler herangezogenen Bediensteten für einen Arbeitstag oder für zwei halbe Arbeitstage nach dem Zählungstichtag Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge zu gewähren. Dabei ist gegebenenfalls in Kauf zu nehmen, daß einzelne Dienststellen zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben müssen.
Für die Unterrichtsbefreiung von Lehrkräften und Schülern (innen), die als Zähler eingesetzt werden, gilt Entsprechendes. Soweit der Schulunterricht durch diese Zählertätigkeit gehemmt wird, trifft das Kultusministerium die erforderlichen Anordnungen.

5. Den Erhebungsstellen wird empfohlen, einen »wichtigen Grund« im Sinne des § 7 Abs. 2 Satz 2 des Volkszählungsgesetzes 1961 dann anzuerkennen, wenn die Voraussetzungen des § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges. Bl. S. 129) vorliegen.

Den Behörden des Bundes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Die Regierung
des Landes Baden-Württemberg

Rundschreiben des Finanzministeriums von Baden-Württemberg vom 5. Mai 1961, betr.: Entschädigung an die Gemeinden für deren Mitwirkung an der Volkszählung 1961 (Auszug)

Das Finanzministerium teilt die vom Bund gewährte Finanzzuweisung in Höhe von 1,35 DM je Einwohner (§ 10 des Volkszählungsgesetzes 1961 vom 13. April 1961, BGBl. I S. 437) so auf, daß die Kosten des Landes und der Gemeinden im gleichen Verhältnis gedeckt werden.

Für die Volkszählung 1961 werden den Gemeinden ohne Anerkennung einer Rechtspflicht folgende Entschädigungen gewährt:

a) Für die 2,8 Mill. Einwohner in Gemeinden, in denen eine Gebäudevorerhebung durchgeführt wird, nach einem Satz von 0,36 DM je Einwohner	1 008 000 DM
b) Für 5 Mill. Einwohner in den übrigen Gemeinden nach einem Satz von 0,29 DM je Einwohner	1 450 000 DM
Zusammen ...	2 458 000 DM.

Mit diesen Sätzen haben sich die Vertreter des Städteverbands Baden-Württemberg, des Verbands bad. Gemeinden e. V. und des Württ. Gemeindetags in der Besprechung am 27. 4. 1961 im Finanzministerium einverstanden erklärt.

i) Bayern

Verordnung zum Vollzug des Volkszählungsgesetzes 1961 (vom 26. April 1961)³⁾

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 14. April 1961 (BGBl. I S. 437) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die Durchführung der Zählung obliegt dem Bayerischen Statistischen Landesamt; es erläßt hierzu die erforderlichen technischen Anordnungen.

(2) Örtliche Erhebungsstellen sind die Gemeinden; sie bestellen geeignete Personen als Zähler. Für die ehrenamtliche Zählertätigkeit und die Befreiung vom Zähleramt aus wichtigem Grund gelten

¹⁾ Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 10. Jahrgang, Nr. 30 vom 22. April 1961.

²⁾ Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 10. Jahrgang, Nr. 30 vom 22. April 1961.

³⁾ Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1961, S. 133.

die Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes 1961 sowie Art. 19 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern.

§ 2

(1) Die Behörden des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie die sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete aller Laufbahnen und Vergütungsgruppen in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

(2) Die obersten Landesbehörden, die Leiter der Kommunalverwaltungen und der sonstigen zur Gestellung von Zählern verpflichteten Einrichtungen erteilen ihren nachgeordneten Behörden und Dienststellen die erforderlichen Weisungen.

§ 3

(1) Den Erhebungsstellen ist auf Anforderung die Zahl der bei den einzelnen Behörden und Dienststellen beschäftigten Personen, aufgegliedert nach dem Geschlecht und unter besonderer Benennung der auswärts Wohnenden, mitzuteilen.

(2) Im Bereich des Schul- und Bildungswesens können neben den Lehrpersonen auch die Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen höherer Lehranstalten, Fachschüler und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler herangezogen werden. Schüler und Schülerinnen vom vollendeten 16. Lebensjahr ab können mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler tätig werden.

§ 4

Den als Zähler tätigen Bediensteten oder Schülern ist Dienst- oder Unterrichtsbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausmaß zu gewähren.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1961 in Kraft.

München, den 26. April 1961

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Hans Ehard

Entschließung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 28. April 1961 Nr. I 34 309 über die Volkszählung

An die dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus nachgeordneten Stellen und Behörden

Am 6. Juni 1961 wird auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1961 eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmungen durchgeführt. Die Gemeinden als örtliche Erhebungsstellen berufen geeignete Personen als Zähler.

Die Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände und die Verwaltungen der sonstigen Körperschaften und der Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang als Zähler zur Verfügung zu stellen. Die Erhebungsstellen können Schüler, Fachschüler und Studierende, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler heranziehen. Schüler vom vollendeten 16. Lebensjahr ab dürfen mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten als Zähler verwendet werden.

Im Bereich der höheren Schulen ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Zählung zeitlich fast unmittelbar mit den Reife- und Abschlußprüfungen zusammenfällt. Soweit Schüler der 8. und 9. Klassen und Lehrer der neunklassigen höheren Schulen von den Erhebungsstellen angefordert werden, haben die Direktoren ihre Freistellung zu beantragen. Die Gemeinden wurden vom Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Entschließung vom

13. 4. 1961 Nr. I A 4-465/19 bereits angewiesen, solchen Anträgen zu entsprechen. Soweit Lehrer an Mittel- und Berufsschulen in dieser Zeit für Abschlußprüfungen unbedingt benötigt werden, ist ebenfalls deren Freistellung zu beantragen.

Die Dienststellen- und Schulleiter werden im übrigen ersucht, die Erhebungsstellen bei der Aufstellung von Zählern nach Kräften zu unterstützen. Den als Zählern herangezogenen Schülern und Bediensteten ist in dem notwendigen Maße Dienst- oder Unterrichtsbefreiung zu gewähren.

I. A. gez. Dr. Josef Mayer, Ministerialdirektor

Entschließung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 22. Juni 1961 Nr. I A 5 — 1006 — 42/8 betreffend Beteiligung des Freistaates Bayern an dem Verwaltungsmehraufwand der Gemeinden für die Mitwirkung bei den Großzählungen 1960/61¹⁾

An
die Regierungen
die Landratsämter
die Gemeinden
nachrichtlich an
das Bayer. Statistische Landesamt
den Bayer. Gemeindetag
den Bayer. Städteverband.

Zu dem Verwaltungsmehraufwand, der den Gemeinden durch die Mitwirkung beim Vollzug des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft vom 13. 4. 1960 (BGBl. I S. 217) und des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 vom 13. 4. 1961 (BGBl. I S. 437) entsteht, leistet der Freistaat Bayern folgende Beiträge:

Für Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern	0,22 DM,
für Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern	0,27 DM,
für Gemeinden mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern	0,32 DM,
für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern	0,42 DM

je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Bayer. Statistische Landesamt auf Grund der Bevölkerungsfortschreibung am 31. 12. 1960 festgestellt hat.

Die Regierungen werden die den Gemeinden zustehenden Beträge im 3. Rechnungsvierteljahr 1961 auszahlen lassen.

I. A. gez. Dr. Riedl, Ministerialdirektor

Diese Entschließung wird auch im MABl. veröffentlicht.

j) Saarland

Verordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1961 (vom 24. April 1961)²⁾

Auf Grund des § 7 des Volkszählungsgesetzes 1961 vom 13. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 437) in Verbindung mit dem Gesetz zur Regelung des statistischen Dienstes im Saarland vom 25. Juni 1949 (Amtsbl. S. 865) verordnet die Landesregierung:

§ 1

Vorbereitung, Durchführung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Zählungen obliegen dem Statistischen Amt des Saarlandes, das die erforderlichen organisatorischen und technischen Weisungen erteilt.

§ 2

Die unmittelbare Durchführung der Zählung gem. § 1 Abs. 1 des Volkszählungsgesetzes erfolgt im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden durch die Gemeinden (Erhebungsstellen), in den amtsangehörigen Gemeinden unter Leitung und Mitwirkung der Amtsverwaltungen.

Die Landräte überwachen im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Erhebung.

§ 3

(1) Die Gemeinden als örtliche Erhebungsstellen berufen geeignete Personen als Zähler. Für die ehrenamtliche Zählertätigkeit im Sinne des § 7 des Volkszählungsgesetzes gelten die §§ 16 ff. der Gemeindeordnung.

¹⁾ Bayerischer Staatsanzeiger, 1961, Nr. 18.

²⁾ Amtsblatt des Saarlandes, Nr. 27 vom 5. Mai 1961.

(2) Die Dienststellen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände, die sonstigen Körperschaften und die Anstalten des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, geeignete Bedienstete in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang zur Ausübung der Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen. Die Obersten Landesbehörden und die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden erteilen hierzu ihren nachgeordneten Behörden und den ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften und Anstalten die erforderlichen Anweisungen. Die Dienststellen, Körperschaften und Anstalten sind verpflichtet, den örtlichen Erhebungsstellen für ihre Einsatzplanung auf Anforderung die Zahl ihrer Beschäftigten, aufgegliedert nach dem Geschlecht und unter besonderer Benennung der Auswärtswohnenden und Schwerbeschädigten, mitzuteilen.

(3) Außer den in Absatz 2 genannten Personen können auch Schüler der oberen Klassen, Fachschüler und Studierende, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler eingesetzt werden.

(4) Die Leiter der Dienststellen, Körperschaften und Anstalten — erforderlichenfalls die Dienstaufsichtsbehörden — sind verpflichtet, den als Zähler herangezogenen Bediensteten, Schülern usw. Dienst- bzw. Unterrichtsbefreiung in dem zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Ausmaß zu gewähren. Mit Ausnahme der lebenswichtigen öffentlichen Betriebe und Anstalten kann für dem Land unterstehende Dienststellen und Körperschaften der Dienst an den Erhebungstagen auf Bereitschaftsdienst beschränkt werden. In den lebenswichtigen öffentlichen Betrieben und Anstalten können nur solche Bedienstete befreit werden, denen zur Zeit des Zählungsgeschäftes lebenswichtige Aufgaben funktionsmäßig übertragen sind.

³⁾ Bayerischer Staatsanzeiger, 1961, Nr. 26.

(5) In Fällen, in denen zum Zählgeschäft Dienstbefreiung nicht in Anspruch genommen wurde, kann den Zählern zur Abgeltung der für die Erhebung geleisteten Arbeit eine angemessene Dienstbefreiung gewährt werden.

(6) Nach Maßgabe örtlicher Bedürfnisse können die Erhebungsstellen auch andere geeignete Personen als Zähler bestellen.

§ 4

(1) Die Bestellung eines ausreichenden Zählerstammes durch die Gemeinden soll bis zum 15. Mai 1961 durchgeführt sein. Dem Statistischen Amt obliegt es, die Gemeindezählungsleiter für die Zählerschulung vorzubereiten und anzuleiten.

(2) Die Zähler sind bis zum 30. Mai 1961 durch die Gemeinden (Gemeindezählungsleiter) in die ihnen obliegenden Aufgaben einzuweisen (Zählerschulung).

§ 5

Alle mit der Erhebung beauftragten Personen sind unter Bezugnahme auf § 9 des Volkszählungsgesetzes und die §§ 12 und 13 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) schriftlich zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben, die ihnen bei der Erhebung bekannt werden, zu verpflichten.

§ 6

Soweit Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Rahmen ihres Dienstes für die Durchführung der Zählung eingesetzt werden, gilt der für ihr Dienstverhältnis bestehende Unfallschutz, bei Beamten die

Unfallfürsorge nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, für Angestellte und Arbeiter der Unfallversicherungsschutz nach der Reichsversicherungsordnung.

Soweit die Gemeinden zur Durchführung der Zählung sonstige Personen zur ehrenamtlichen Tätigkeit heranziehen, sind sie ebenfalls nach der Reichsversicherungsordnung versichert.

§ 7

Den örtlichen Erhebungsstellen ist es nicht gestattet, im Rahmen der Volkszählung Zusatzfragen zu stellen und Ergebnisse ohne Zustimmung des Statistischen Amtes zu veröffentlichen.

§ 8

Die Gemeinden erhalten für die im Zusammenhang mit der unmittelbaren Durchführung der Zählung entstehenden Kosten eine Finanzausweisung des Landes in Höhe von 0,40 DM je Einwohner. Maßgebend für die Berechnung der Finanzausweisung ist die vom Statistischen Amt am Zählungstichtag für die Gemeinde festgestellte Wohnbevölkerung.

§ 9

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Saarbrücken, den 24. April 1961

Der Ministerpräsident

Dr. Franz Josef Röder

Der Minister des Innern

Ludwig Schnur

k) Berlin (West)

Rundschreiben des Senators für Inneres vom 13. März 1961, betr.: Bereitstellung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961

I. Allgemeines

1. Auf Grund des vom Bundestag bereits verabschiedeten Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961), das demnächst von Berlin übernommen werden wird, ist am 6. Juni 1961 eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung durchzuführen.
 2. Mit der Leitung und Durchführung dieser Zählung ist das Statistische Landesamt Berlin beauftragt. Die Bezirkseinschreiber sind örtliche Erhebungsstellen im Sinne des § 7 des Gesetzes; sie arbeiten nach den Weisungen des Statistischen Landesamtes.
 3. Als öffentliche Aufgabe erfordert die Zählung in Berlin den Einsatz von rd. 35 000 Zählern aus dem Kreis der Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Dazu bestimmt der § 8 des Volkszählungsgesetzes, daß der Bund, die Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet sind, ihre Bediensteten, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen. Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf zwar durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden, jedoch gilt die Befreiung von der Zählertätigkeit nur für solche Bediensteten, denen die lebenswichtigen Aufgaben funktionsmäßig übertragen worden sind.
 4. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind nach § 7 des Volkszählungsgesetzes verpflichtet, die Zählertätigkeit zu übernehmen. Sie darf nur aus wichtigem Grunde, z. B. wegen Schwerbeschädigung, abgelehnt werden. Das Alter allein oder eine besondere dienstliche Arbeitsbelastung gelten nicht als wichtige Gründe. Mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten können auch Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, als Zähler eingesetzt werden.
 5. Das auf den einzelnen Zähler entfallende Arbeitsvolumen wird gegenüber früheren Zählungen erheblich eingeschränkt. Jeder Zähler erhält in der Regel einen Zählbezirk mit 30 bis 40 Haushalten und Arbeitsstätten zugeteilt. Die dadurch vermehrte Anzahl der Zähler macht es dringend notwendig, daß die Dienststellen nicht nur Kräfte der unteren und mittleren Gruppen, sondern auch Beamte und Angestellte des gehobenen, erforderlichenfalls auch des höheren Dienstes für die Mitarbeit heranziehen.
- Die Zählertätigkeit gilt als Dienst.

II. Durchführung

6. Die Erhebungsstellen fordern in der ersten Hälfte des April die einzelnen Dienststellen der Bezirksverwaltungen, der Hauptverwaltungen und deren nachgeordnete Behörden auf, die Zähler aus dem Kreis ihrer Beamten und Angestellten einschließlich der Lehrer in dem von den Erhebungsstellen festgesetzten Umfang namhaft zu machen.
 7. Die Dienststellen suchen die Zähler innerhalb von 14 Tagen nach Anforderung aus und verpflichten sie nach Vordruck. Die einzelnen Verpflichtungen aus den Bezirksverwaltungen werden zusammen mit einer listenmäßigen Aufstellung den Bezirkseinschreibern übergeben. Die Verpflichtungsmeldungen der Senatsverwaltungen, nachgeordneten Behörden usw. werden ebenfalls mit namentlichen Aufstellungen, jedoch nach Wohnbezirken der Zähler unterteilt, dem Statistischen Landesamt übersandt.
 8. Die dem Statistischen Landesamt benannten Zähler werden den Bezirkseinschreibern in der Regel nach dem Wohnsitz der Bediensteten zur Verfügung gestellt; bei Bedarf können die Bediensteten auch in den Bezirken eingesetzt werden, in welchen ihre Dienststellen liegen.
 9. Für die bis zum Zählungstichtag z. B. infolge Krankheit oder Urlaub ausfallenden Zähler sind Ersatzzähler zu benennen; die Anforderung hierzu ergeht durch die zuständigen Bezirkseinschreiber.
 10. Die Erhebungspapiere sind am Freitag, dem 2. Juni, oder spätestens am Sonnabend, dem 3. Juni, von den Zählern an die Haushalte und Arbeitsstätten zu verteilen und vom Mittwoch, dem 7. Juni, an wieder einzusammeln. Für die Ausübung ihrer Tätigkeit ist den Zählern an den Tagen des 2., 9. und 12. Juni von 12.00 Uhr an und am 7. Juni für den ganzen Tag Dienstbefreiung zu gewähren. Erforderlichenfalls ist am 7. Juni für die Dienststellen Notdienst einzurichten.
- Den Zählern ist außerdem einmalig Gelegenheit zu geben, an einer Unterweisung über ihre Aufgaben teilzunehmen und nach Beendigung des Zählgeschäftes die Zählpapiere persönlich bei den Erhebungsstellen abzuliefern.
11. Der Einsatz von Schülern wird zwischen dem Senator für Volksbildung und dem Statistischen Landesamt vereinbart.
 12. Die Beteiligung der Bundesdienststellen an der Zählerbenennung regelt das Statistische Landesamt mit diesen Stellen.
 13. Rückfragen sind an das Statistische Landesamt, Berlin-Schöneberg, Salzburger Str. 21/25, Rufnummer (95) 3640 und (95) 3641, zu richten.

II. Tabellenprogramme

Übersicht über die Aufbereitungstabellenprogramme des Zählungswerkes 1960/62

Die Aufbereitung des Erhebungsmaterials wurde nach den hier aufgeführten Tabellenprogrammen vorgenommen. Wegen ihres unterschiedlichen Zwecks führten sie bei den einzelnen Zählungsteilen unterschiedliche Bezeichnungen. In der Regel sind sie in der Anlage weiter gespannt als die aus ihnen durch Konzentration gewonnenen späteren Veröffentlichungsprogramme. Die Wiedergabe beschränkt sich auf die Tabellenummer, den Titel der Tabelle und deren regionale Gliederungstiefe. Die Angaben über die späteren Veröffentlichungstabellen sind den Publikationen über die einzelnen Zählungsteile zu entnehmen.

Volks- und Berufszählung

Als Grundlage für die Aufbereitung des Erhebungsmaterials in den Statistischen Landesämtern wurde das Basis-tabellenprogramm aufgestellt. Dieses Programm war sehr breit gefaßt und legte Anzahl und Inhalt der Summenkarten fest. Bei Bedarf konnte nachträglich mit Hilfe der Summenkarten weiteren Aufbereitungswünschen, die im Veröffentlichungsprogramm nicht berücksichtigt waren, Rechnung getragen werden.

Für die zentral auf der Großrechenanlage des Statistischen Bundesamtes aufbereitete Haushalts- und Familienstatistik wurde ein elf Abschnitte umfassendes Aufbereitungstabellenprogramm aufgestellt. Die in den weit auf gegliederten Tabellen gewonnenen Ergebnisse wurden später in Veröffentlichungstabellen verdichtet.

Gebäudezählung

Für die maschinelle Tabellierung in den Statistischen Landesämtern wurde ein Nachschlage-Archivprogramm festgelegt, das die Grundlage für die Veröffentlichungsprogramme des Bundes und der Länder bildete.

Arbeitsstättenzählung

Als Grundlage für das Veröffentlichungsprogramm des Bundesamtes fertigten die Statistischen Landesämter maschinell tabellierte Liefertabellenprogramme.

Landwirtschaftszählung

Die Statistischen Landesämter übersandten für die Grunderhebung und die Nacherhebungen (ohne Arbeitskräfte-Nacherhebung) an das Statistische Bundesamt Liefertabellen, die regional bis zu Kreisergebnissen gegliedert waren und dort manuell zu Bundesergebnissen konzentriert wurden. (Die betriebswirtschaftlichen Tabellen der Grunderhebung wurden in der Gliederung nach Regierungsbezirken geliefert.)

Für einzelne Eckdaten der Grunderhebung wurden auch Gemeindeergebnisse geliefert, die vom Bundesamt für Sonderauswertungen benutzt wurden.

Für die Arbeitskräfte-Nacherhebung lieferten die Landesämter nur Länderergebnisse, die im Bundesamt entsprechend weiter für das Bundesgebiet konzentriert wurden.

Handels- und Gaststättenzählung

Grunderhebung

Als Grundlage für das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes erstellten die Statistischen Landesämter maschinell tabellierte Liefertabellenprogramme für die Konzentration zu Bundesergebnissen.

Repräsentative Ergänzungserhebung

Dieser Teil des Zählungswerkes wurde vom Statistischen Bundesamt auf Grund der von den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellten Fragebogen aufbereitet. Die Ergebnisse wurden als Stichprobentotalwerte für einzelne Umsatzgrößenklassen innerhalb der Wirtschaftsklassen in Verhältniszahlen dargestellt.

Aus Gründen der Kosten- und Zeitersparnis wurden die Veröffentlichungen gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Programm stark gekürzt.

Verkehrszensus

Als Grundlage für das Veröffentlichungsprogramm des Bundesamtes fertigten die Statistischen Landesämter maschinell tabellierte Liefertabellenprogramme.

1. Volks- und Berufszählung 1961

a) Hauptaufbereitung

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
Volkszählung		
(manuell)	Fläche und Wohnbevölkerung	Gemeinden, Gemeindegrößenklassen
VZ R	Die Wohnbevölkerung	Zählbezirke
VZ 1	Die Wohnbevölkerung nach Altersjahren und Familienstand	Bund, Länder, Kreise
VZ 2	Die Wohnbevölkerung nach Geburtsjahren und Familienstand	Bund, Länder, Großstädte
VZ 3	Die Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ nach Alters- und Geburtsjahren	Bund, Länder
VZ 4	Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen	Gemeinden, Gemeindearten
VZ 5	Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen sowie nach der Religionszugehörigkeit	Bund, Länder, Kreise
VZ 6	Die Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit und nach dem Familienstand	Gemeinden, Gemeindearten
VZ 7	Die Vertriebenen und die Deutschen aus der SBZ nach Religionszugehörigkeit	Bund, Länder, Kreise
VZ 8	Die Vertriebenen und die Deutschen aus der SBZ nach dem Jahr des Zuzugs in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschließlich Berlin (West)	Bund, Länder
VZ 9	Die Privathaushalte und die Anstalten nach Zahl und Größe	Gemeinden
VZ 10	Die Privathaushalte nach der Größe und nach dem Miet-/Eigentumsverhältnis	Gemeinden
VZ 11	Die Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich nach der Art der Anstalt sowie nach Personenkreisen	Bund, Länder, Kreise
Berufszählung		
BZ 1	Die Erwerbspersonen nach dem Alter sowie nach der Beteiligung am Erwerbsleben und der Stellung im Beruf	Bund, Länder
BZ 2	Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsunterabteilungen und Sozialer Stellung sowie nach der Religionszugehörigkeit und nach der Beteiligung am Erwerbsleben	Bund, Länder, Kreise (für Kreise ohne Gliederung nach der Religionszugehörigkeit)
BZ 3	Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen, Berufsklassen und Stellung im Beruf sowie nach Altersgruppen (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder
BZ 4	Die Erwerbspersonen nach Berufsklassen, Wirtschaftsgruppen und Stellung im Beruf sowie nach Altersgruppen (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder
BZ 5	Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen und Berufsordnungen sowie nach der Stellung im Beruf (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Regierungsbezirk, Großstädte
BZ 6	Die Erwerbspersonen im Alter von unter 25 Jahren nach Berufsklassen, Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf sowie nach Altersjahren (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder
BZ 7	Die Erwerbspersonen im Alter von 55 Jahren und darüber nach Berufsklassen, Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf sowie nach dem Alter (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder
BZ 8	Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf, nach Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsunterabteilungen und die Schüler und Studierenden	Gemeinden
BZ 9	Die Vertriebenen mit Ausweis A oder B unter den Erwerbspersonen — nach Wirtschaftsabteilungen — und unter den Schülern und Studierenden	Gemeinden
BZ 10	Die Deutschen aus der SBZ unter den Erwerbspersonen — nach Wirtschaftsabteilungen — und unter den Schülern und Studierenden	Gemeinden
BZ 11	Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftsunterabteilungen und Stellung im Beruf sowie nach Altersgruppen und der geleisteten Wochenarbeitszeit (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder, Kreise
BZ 12	Die Nichterwerbspersonen nach Alter und Familienstand sowie nach dem überwiegenden Lebensunterhalt	Bund, Länder sowie für vier Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 13	Die Auspendler — Berufspendler sowie Schüler und Studierende — nach Wohnsitzgemeinden, die Berufspendler auch nach Wirtschaftsabteilungen	Gemeinden sowie für zwei Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 14	Die Einpendler — Berufspendler sowie Schüler und Studierende — nach Zielgemeinden, die Berufspendler auch nach Wirtschaftsabteilungen	Gemeinden sowie für zwei Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 15	Die Erwerbspersonen sowie die Schüler und Studierenden nach dem Arbeitsort usw., dem Schul- oder Studienort, die Erwerbspersonen auch nach Wirtschaftsabteilungen	Gemeinden sowie für zwei Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 16	Die Auspendler aus Wohnsitzgemeinden nach ausgewählten Zielgemeinden sowie nach Berufspendlern, Schülern und Studierenden; die Berufspendler auch nach Altersgruppen und Wirtschaftsbereichen	Wohnsitzgemeinden mit 10 und mehr Auspendlern jeweils nach einer bestimmten Zielgemeinde
BZ 17	Die Einpendler in Zielgemeinden nach ausgewählten Wohnsitzgemeinden sowie nach Berufspendlern, Schülern und Studierenden; die Berufspendler auch nach Altersgruppen und Wirtschaftsbereichen	Zielgemeinden mit 10 und mehr Einpendlern jeweils aus einer bestimmten Wohnsitzgemeinde
BZ 18	Die Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben, Altersgruppen und Familienstand sowie nach dem überwiegenden Lebensunterhalt	Bund, Länder, Kreise (für Kreise ohne Gliederung nach dem Familienstand); für Bund und Länder auch für 4 Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 19	Die Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt, nach der Wirtschaftsabteilung und nach der Stellung im Beruf des Ernährers	Gemeinden

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
BZ 20	Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach dem überwiegenden Lebensunterhalt — Wirtschaftsunterabteilung und Stellung im Beruf — des Ernährers sowie nach Altersgruppen, nach Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf der Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige	Bund, Länder sowie für zwei Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 21	Die Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dergleichen bzw. durch Angehörige nach Alter und Familienstand sowie nach der Stellung im Beruf	Bund, Länder
BZ 22	Die Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach der Fachrichtung der Ausbildung und Stellung zum Erwerbsleben sowie nach Altersgruppen (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder, Großstädte sowie für zwei Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 22 a	Die Personen im Alter von unter 30 Jahren und von 55 bis unter 65 Jahren mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach der Fachrichtung der Ausbildung und Stellung zum Erwerbsleben sowie nach Altersjahren (für Frauen auch nach dem Familienstand verheiratet)	Bund, Länder
BZ 23	Die Erwerbspersonen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach Berufsklassen, Fachrichtung der Ausbildung und Stellung im Beruf sowie nach Altersgruppen	Bund, Länder, Großstädte; für Ausländer nur Bund und Länder
BZ 23 a	Die Erwerbspersonen im Alter von unter 30 und von 55 bis unter 65 Jahren mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach Berufsklassen, Fachrichtung der Ausbildung und Stellung im Beruf sowie nach Altersjahren	Bund, Länder
BZ 24	Die Erwerbspersonen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach Wirtschaftsunterabteilungen, Fachrichtung der Ausbildung und Stellung im Beruf sowie nach Altersgruppen	Bund, Länder, Großstädte sowie zwei Vertriebenen- usw. -gruppen
BZ 24 a	Die Erwerbspersonen im Alter von unter 30 und von 55 bis unter 65 Jahren mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach Wirtschaftsunterabteilungen, Fachrichtung der Ausbildung und Stellung im Beruf sowie nach Altersjahren	Bund, Länder
BZ 25	Die Anstaltsbevölkerung nach Altersgruppen und Wirtschaftsabteilungen sowie nach der Stellung zum Erwerbsleben	Bund, Länder sowie für 4 Vertriebenen- usw. -gruppen

b) Sonderaufbereitungen

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
S 1	Die Ausländer nach der Staatsangehörigkeit	Bund, Länder, Kreise
S 2	Die Ausländer — darunter Erwerbspersonen — nach Altersjahren	Bund, Länder
S 3	Die Ausländer — darunter Erwerbspersonen — nach Geburtsjahren	Bund, Länder
S 4	Die Ausländer nach Altersgruppen sowie nach der Staatsangehörigkeit	Kreise
S 5	Die Ausländer nach Geburtsjahrsgruppen sowie nach der Staatsangehörigkeit	Kreise
S 6	Die Ausländer nach Altersgruppen und Familienstand sowie nach der Staatsangehörigkeit	Bund, Länder
S 7	Die Schüler und Studierenden unter den Ausländern nach Altersgruppen	Bund, Länder, Kreise
S 8	Die Ausländer nach der Religionszugehörigkeit	Bund, Länder, Kreise
S 9	Die Ausländer nach der Staatsangehörigkeit in Privathaushalten und in Anstalten	Bund, Länder
S 10	Die Ausländer nach der Beteiligung am Erwerbsleben sowie nach der Staatsangehörigkeit	Bund, Länder, Kreise
S 11	Die Ausländer unter den Erwerbspersonen nach Berufsklassen und Stellung im Beruf sowie nach der Staatsangehörigkeit	Bund, Länder
S 12	Die Ausländer unter den Erwerbspersonen nach dem überwiegenden Lebensunterhalt, Wirtschaftsgruppen sowie nach der Stellung im Beruf	Bund, Länder
S 13	Die Ausländer unter den Nichterwerbspersonen nach Altersgruppen und Familienstand sowie nach dem überwiegenden Lebensunterhalt	Bund, Länder, Kreise
S 14	Die Ausländer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach dem überwiegenden Lebensunterhalt — Wirtschaftsgruppe und Stellung im Beruf — des Ernährers	Bund, Länder
S 15	Die Ausländer unter den Erwerbspersonen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- bzw. Fachschule oder an einer Hochschule nach Berufsklassen, Fachrichtung der Ausbildung und Stellung im Beruf sowie nach Altersgruppen	Bund, Länder
S 16	Die Erwerbslosen nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben vor der Arbeitslosigkeit, nach Berufsklasse und Wirtschaftsabteilung der zuletzt ausgeübten Tätigkeit	Bund, Länder
S 17	Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftsunterabteilungen und Stellung im Beruf — und die Schüler und die Studierenden nach der Pendlereigenschaft sowie nach dem durchschnittlichen Zeitaufwand und der Art des wichtigsten benutzten Verkehrsmittels für den Hinweg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte	Bund, Länder, Gemeindearten; für Großstädte ohne Gliederung nach Wirtschaftsunterabteilungen

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung der Fachrichtung Medizin		
1	Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach Geburtsjahren sowie nach Art ihrer gegenwärtigen Tätigkeit	Bund, Länder
2	Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen, Stellung im Beruf und ausgewählten Berufsklassen	Bund, Länder
3	Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach Geburtsjahrgruppen und ausgewählten Berufsordnungen	Bund, Länder
4	Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach Geschlecht, Familienstand, Geburtsjahrgruppen und Stellung im Beruf	Bund, Länder
5	Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach Geschlecht, Familienstand, Geburtsjahrgruppen, Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt	Bund, Länder
6	Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach Geburtsjahrgruppen und ausgewählten Wirtschaftsgruppen	Bund, Länder
7	Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin sowie Ärzte nach Geburtsjahrgruppen, überwiegendem Lebensunterhalt und Wochenarbeitszeit	Bund, Länder
8	Selbständige Ärzte nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen sowie nach der Beschäftigtenzahl	Bund, Länder
9a	Personen in Arzthaushalten nach Altersgruppen und Haushaltstyp	Bund
9b	Personen in Arzthaushalten nach Familienstand und Haushaltstyp	Bund
10	Mehrpersonenhaushalte von Ärzten nach Haushaltsgröße und Haushaltstyp	Bund
11	Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin sowie Ärzte in Anstalts Haushalten und Privathaushalten im Anstaltsbereich nach der Beteiligung am Erwerbsleben und Familienstand	Bund
12a	Verheiratete Frauen — darunter mit Hochschulabschluß — nach Alter, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf sowie nach eigener Ausbildung und Ausbildung des Ehemannes	Bund, Länder (bei Ländern entfällt Altersgliederung)
12b	Verheiratete Männer — darunter mit Hochschulabschluß — nach Alter, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf sowie nach eigener Ausbildung und Ausbildung der Ehefrau	Bund, Länder (bei Ländern entfällt Altersgliederung)
13	Arztfamilien nach dem Familientyp und dem Miet-/Eigentumsverhältnis	Bund
14	Arztfamilien nach Zahl und Alter der Kinder sowie nach dem Familientyp	Bund
15	Arztfamilien des Typs F 1 (Ehepaare ohne Kinder) und F 2 (Ehepaare mit Kindern) nach Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf der Ehepartner	Bund
16	Arztfamilien des Typs F 2 (Ehepaare mit Kindern) nach Zahl und Alter der Kinder sowie nach Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf der Ehepartner	Bund
17	Arztfamilien des Familientyps F 1—F 3 insgesamt (Ehepaare mit und ohne Kinder) nach Zahl der Kinder sowie abgeschlossener Ausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben der Ehefrau	Bund
18	Hochschulabsolventen der Fachrichtung Medizin nach der Vertriebenen-, Flüchtling- bzw. Ausländereigenschaft, nach Geburtsjahrgruppen sowie nach der Art der gegenwärtigen Tätigkeit	Bund, Länder
19	Ausländer mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin nach Staatsangehörigkeit und Geburtsjahrgruppen sowie nach der Art der gegenwärtigen Tätigkeit	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
20a	Gemeinden, Wohnbevölkerung und Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin in den Landkreisen	Landkreise
20b	Wohnbevölkerung und Personen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin in den kreisfreien Städten	Kreisfreie Städte
21	Zahl der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen — darunter Kurorte und Heilbäder —, Wohnbevölkerung, darunter Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß der Fachrichtung Medizin, diese nach Wirtschaftsgruppen und Stellung im Beruf	Bund, Länder

c) Haushalts- und Familienstatistik

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
Übersichtstabellen		
UH I (1)	Haushalte nach Haushaltsgröße und Zahl der Generationen im Haushalt	Bund, Länder
UH I (2)	Haushalte nach Zahl und Alter der Kinder sowie nach Haushaltstyp	Bund, Länder
UH II	Haushalte nach Geschlecht, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes, Zahl der Einkommensbezieher, Miet-/Eigentumsverhältnis sowie nach Haushaltstyp	Bund, Länder
UH III	Personen in Haushalten nach Geschlecht, Familienstand und Alter sowie nach Haushaltstyp und Stellung zum HV	Bund, Länder
UH IV	Die Familien nach Familientyp sowie nach dem Haushaltstyp, in dem sie leben	Bund, Länder
UH V	Haushalte nach Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltstyp	Bund, Länder

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
UH VI	Haushalte nach Gemeindegrößenklassen sowie nach Haushaltstyp	Bund, Länder
U Fa I	Familien nach Alter, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes bzw. der Ehefrau sowie nach Familientyp	Bund, Länder
U Fa II	Familien nach der Zahl der Einkommensbezieher und dem Miet-/Eigentumsverhältnis sowie nach dem Familientyp	Bund, Länder
U Fa III	Familien nach der Zahl und dem Alter der Kinder sowie nach dem Familientyp	Bund, Länder
U Fa IV	Familien nach der Religionszugehörigkeit des Familienvorstandes sowie nach Familientyp	Bund, Länder
U Fa V	Familien nach Vertriebenen-/Flüchtlingseigenschaft des Familienvorstandes sowie nach Familientyp	Bund, Länder
U Fa VI	Familien nach Gemeindegrößenklassen und dem Familientyp	Bund, Länder

Familienstruktur, Erwerbstätigkeit der Familienmitglieder, insbesondere von Müttern

Mü—Fa 1	Erwerbstätige Ehefrauen bzw. die weiblichen Familienvorstände nach Alter und Stellung zum Erwerbsleben sowie nach Familientyp	Bund, Länder
Mü—Fa 2	Erwerbstätige Ehefrauen bzw. weibliche Familienvorstände nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Familientyp	Bund, Länder
Mü—Fa 3	Erwerbstätige Ehefrauen bzw. erwerbstätige weibliche Familienvorstände nach Alter, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Familientyp	Bund, Länder
Mü—Fa 4 a	Erwerbstätige Ehefrauen bzw. erwerbstätige weibliche Familienvorstände nach Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Wochenarbeitszeit sowie nach Familientyp	Bund, Länder
Mü—Fa 4 b	Erwerbstätige Ehefrauen bzw. erwerbstätige weibliche Familienvorstände mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Wochenarbeitszeit sowie nach Familientyp	Bund, Länder
Mü—Fa 5	In abhängiger Stellung erwerbstätige Ehefrauen bzw. weibliche Familienvorstände nach Wirtschaftsbereich und täglichem Zeitaufwand im Erhebungsmonat für den Hinweg zur Arbeitsstätte sowie nach Familientyp	Bund, Länder
Mü—Fa 6	Familien mit Kindern nach Zahl und Alter der Kinder sowie nach Familientyp und Stellung zum Erwerbsleben der Mutter	Bund, Länder
Mü—Fa 7	Familien nach Alter der Mutter und Alter der Kinder sowie nach Familientyp und Stellung zum Erwerbsleben der Mutter	Bund, Länder
Mü—Fa 8	Familien nach Zahl und Alter der Kinder sowie nach Familientyp und Stellung im Beruf der erwerbstätigen Mütter	Bund, Länder
Mü—Fa 9	Familien der in »Abhängiger« Stellung tätigen Mütter nach Alter der Kinder, Wochenarbeitszeit und täglichem Zeitaufwand der Mutter sowie nach Familientyp und Wirtschaftsbereich der Mutter	Bund, Länder
Mü—Fa 10	Familien des Typs F 1 (Ehepaare ohne Kinder) nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf der Ehepartner	Bund, Länder
Mü—Fa 11	Familien des Typs F 2 (Ehepaare mit Kindern) nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf der Ehepartner	Bund, Länder
Mü—Fa 12	Familien des Typs F 2 (Ehepaare mit Kindern) nach Zahl und Alter der Kinder sowie Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes in Kombination mit Stellung zum Erwerbsleben und Stellung im Beruf der Ehefrau	Bund, Länder

Wirtschaftliche Lage der Familien

W L—Fa 1	Familien nach Zahl der Einkommensbezieher sowie nach Familientyp und Zahl der Kinder	Bund, Länder
W L—Fa 2	Familien nach Zahl der Einkommensbezieher und Zahl der Kinder sowie nach Familientyp und Zahl der Kinder, die Einkommensbezieher sind	Bund, Länder
W L—Fa 3	Familien nach Einkommensquellen der Einkommensbezieher sowie nach Familientyp und Zahl der Einkommensbezieher	Bund, Länder
W L—Fa 4	Familien nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes sowie nach Familientyp und Alter des Familienvorstandes	Bund, Länder
W L—Fa 5	Familien nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes sowie nach Familientyp und Zahl der Kinder	Bund, Länder
W L—Fa 6	Familien nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes sowie nach Zahl der Einkommensbezieher, Familientyp und Alter des Familienvorstandes	Bund, Länder
W L—Fa 7	Familien mit 2 und mehr Einkommensbeziehern nach Alter, Stellung zum Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt des FV sowie nach Zahl und überwiegendem Lebensunterhalt der weiteren Einkommensbezieher	Bund, Länder

Kinder und Jugendliche in Familien

K—Fa 1	Ledige Kinder nach Alter und Familientyp, in denen sie leben	Bund, Länder
K—Fa 2	Mit ihren Eltern zusammenlebende ledige Kinder im Alter von 15 und mehr Jahren nach Alter sowie nach Geschlecht, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf	Bund, Länder

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für . . .
K—Fa 3	Ledige Kinder in Familien nach ihrem Alter und ihrer Stellung zum Erwerbsleben, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes sowie nach Familientyp und Zahl der Kinder in der Familie	Bund, Länder
K—Fa 4	Ledige Kinder in Familien im Alter von 15 bis unter 25 Jahren nach Alter, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes sowie nach Familientyp und Zahl der Kinder in der Familie	Bund, Länder
K—Fa 5	Familien des Typs F 2 (Ehepaare mit Kindern) mit Kindern im Alter von 15 und mehr Jahren nach Stellung zum Erwerbsleben der Kinder sowie nach Zahl der Kinder in der Familie insgesamt (ohne Altersbegrenzung)	Bund, Länder
Religionszugehörigkeit in Familien		
R—Fa 1	Ehepaare nach Zahl der Kinder, Eheschließungsjahresgruppen und Religionszugehörigkeit der Eltern	Bund, Länder
R—Fa 2	Ehepaare, die verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, nach Zahl und Religionszugehörigkeit der Kinder sowie nach Religionszugehörigkeit der Eltern	Bund, Länder
R—Fa 3	Elternteile mit Kindern nach Geschlecht, Familienstand und Religionszugehörigkeit sowie nach Zahl und Religionszugehörigkeit der Kinder	Bund, Länder
Struktur der Haushalte		
G—H	Personen in Mehrpersonenhaushalten nach Zahl der Generationen im Haushalt, Haushaltstyp und -größe sowie nach Generationenzugehörigkeit und Stellung zum Haushaltsvorstand	Bund, Länder
G—H 1 a	a) Geschlecht der Haushaltsmitglieder	Bund, Länder
G—H 1 b	b) Familienstand der Haushaltsmitglieder	Bund, Länder
G—H 1 c	c) Alter der Haushaltsmitglieder	Bund, Länder
G—H 1 d	d) Stellung zum Erwerbsleben und Wirtschaftsbereich der Haushaltsmitglieder	Bund, Länder
G—H 2	Personen in Haushalten nach Zahl der Generationen im Haushalt, Haushaltstyp und -größe sowie nach Familienstand und Alter	Bund, Länder
Wirtschaftliche Lage der Haushalte		
W L—H 1	Mehrpersonenhaushalte nach Zahl der Einkommensbezieher sowie nach Haushaltstyp und Haushaltsgröße	Bund, Länder
W L—H 2	Mehrpersonenhaushalte nach Zahl der Einkommensbezieher und Zahl der Kinder sowie nach Haushaltstyp und Haushaltsgröße	Bund, Länder
W L—H 3	Mehrpersonenhaushalte nach Einkommensquellen der Einkommensbezieher sowie nach Haushaltstyp und Zahl der Einkommensbezieher	Bund, Länder
W L—H 4	Mehrpersonenhaushalte nach Geschlecht, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltstyp und Alter des Haushaltsvorstandes	Bund, Länder
W L—H 5	Mehrpersonenhaushalte nach Geschlecht, Familienstand, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltstyp und Zahl der Kinder im Haushalt	Bund, Länder
W L—H 6	Mehrpersonenhaushalte nach Geschlecht, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes sowie nach Zahl der Einkommensbezieher im Haushalt und Alter des Haushaltsvorstandes	Bund, Länder
W L—H 7	Mehrpersonenhaushalte mit 2 und mehr Einkommensbeziehern nach Geschlecht, Alter, Stellung zum Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt des Haushaltsvorstandes sowie nach Zahl und überwiegendem Lebensunterhalt der weiteren Einkommensbezieher	Bund, Länder
W L—H 8	Mehrpersonenhaushalte mit 2 und mehr Einkommensbeziehern, deren HV 65 Jahre und älter ist, nach Haushaltsgröße, Stellung zum Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des HV sowie nach Zahl und überwiegendem Lebensunterhalt der weiteren Einkommensbezieher	Bund, Länder
Lebensverhältnisse ausgewählter Personengruppen		
Al—A 1	Personen in Anstalten nach Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Geschlecht, Alter und Insassen	Bund, Länder
Al—H 1	Personen in Einzelhaushalten nach Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Geschlecht und Alter	Bund, Länder
Al—H 2	Personen in Mehrpersonenhaushalten nach Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie Haushaltstyp, Geschlecht und Alter	Bund, Länder
Sondertabellen		
S—H 1	Haushalte nach Typ sowie Zugehörigkeit der Haushaltsmitglieder zur Wohnbevölkerung	Bund, Länder
S—H 2	Privathaushalte nach Stellung zum Erwerbsleben, Altersgruppen, Familienstand und Miet-/Eigentumsverhältnis des Haushaltsvorstandes/Privathaushalte insgesamt/Privathaushalte mit männlichem Haushaltsvorstand/Privathaushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand	Bund, Länder

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
S—Fa 1	Familien nach Typ sowie Zugehörigkeit der Familienmitglieder zur Wohnbevölkerung	Bund, Länder
S—Fa 2	Familien nach Zahl und Typ der Familien, mit denen sie im Haushalt zusammenleben	Bund, Länder
S—Fa 3	Familien des Familientyps F 1—F 3 insgesamt nach Eheschließungsjahr und Religionszugehörigkeit der Ehegatten sowie dem Heiratsalter der Frau	Bund, Länder
S—Fa 4	Familien des Familientyps F 1—F 3 insgesamt nach dem Alter der Ehegatten und dem Eheschließungsjahr	Bund, Länder
S—Fa 5	Familien des Familientyps F 1—F 3 insgesamt nach dem Bildungsgrad der Ehegatten, der Sozialen Stellung des Familienvorstandes und der Ehedauer	Bund, Länder

Großstadttabellenprogramm

Gst—H 1	Haushalte nach Typ sowie Zugehörigkeit der Haushaltsmitglieder zur Wohnbevölkerung	Großstädte
Gst—H 2	Personen in Einzelhaushalten nach Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Geschlecht und Alter	Großstädte
Gst—H 3	Haushalte nach Geschlecht, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltstyp und Alter des Haushaltsvorstandes	Großstädte
Gst—H 4	Die Mehrpersonenhaushalte der Typen A 1—A 4 nach der Zahl der Personen im Haushalt, der Stellung zum Erwerbsleben, dem Wirtschaftsbereich und der Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes sowie der Anzahl der Haushalte, der Personen und der Zahl der weiteren Einkommensbezieher	Großstädte
Gst—Fa 1	Die Familien nach Familientyp sowie der Zahl der Familien im Haushalt	Großstädte
Gst—Fa 2	Ehepaare nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Alter des Familienvorstandes sowie Stellung zum Erwerbsleben, Stellung im Beruf und Alter der Ehefrau	Großstädte
Gst—Fa 3	Familienvorstände, Ehefrauen, verwitwete oder geschiedene Personen nach Geschlecht, Familienstand und Zahl der Kinder sowie Stellung zum Erwerbsleben, Stellung im Beruf und Alter des Familienvorstandes bzw. der Ehefrau	Großstädte

Kreistabellenprogramm

Kr—H 1	Die Haushalte nach Haushaltstyp und Haushaltsgröße	Kreise
Kr—H 2	Haushalte nach Anzahl der Generationen, Generationszugehörigkeit und Stellung zum Erwerbsleben des Haushaltsvorstandes	Kreise
Kr—H 3	Personen in Einzelhaushalten	Kreise
Kr—H 4	Mehrpersonenhaushalte nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes und Zahl und Alter der Kinder	Kreise
Kr—H 5	Wohnbevölkerung in Haushalten nach Pendlereigenschaft	Kreise
Kr—A 1	Wohnbevölkerung in Anstalten nach Pendlereigenschaft	Kreise
Kr—Fa 1	Familien der Familientypen F 1—F 3 nach Religionszugehörigkeit der Ehegatten und nach Eheschließungsjahresgruppen	Kreise
Kr—Fa 2	Familien nach Familientyp sowie nach Haushaltstyp, in dem sie leben	Kreise
Kr—Fa 3	Familien des Typs F 1 und F 2 nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Ehegatten	Kreise
Kr—Fa 4	Familien des Typs F 2 nach Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf der Ehefrau und Zahl der Kinder	Kreise
Kr—Fa 5	Familien nach Familientyp und Familiengröße	Kreise
Kr—Fa 6	Familien des Typs F 1 und F 2 nach Familiengröße und Zahl der Einkommensbezieher	Kreise

2. Gebäudezählung

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
GS 1	Gebäude nach Gebäudeart, Zahl der Wohnungen und Wohngelegenheiten und Ausstattung der Wohngebäude mit WC und Bad (Dusche)	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise, Gemeinden
GS 2	Wohnungen und Wohngelegenheiten nach Besitzverhältnis und Art mit Wohnparteien und Personen sowie nach Gebäudeart und Zahl der Gebäude	Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Reg.-Bezirke, Kreise, Gemeinden
GS 3	Wohngebäude nach Gebäudeart, Wohnungen und Wohngelegenheiten nach dem Besitzverhältnis und Baualter der Gebäude	Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Reg.-Bezirke, Kreise
	Außerdem: Wohngebäude insgesamt sowie mit Wohnungen und Wohngelegenheiten nach dem Baualter	Gemeinden

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
GS 4	Gebäude nach Gebäudeart, Gebäudetyp bei Wohngebäuden, Wohnungen und Wohngelegenheiten, Wohnparteien sowie Personen	Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Gemeinden — darunter: Erneuerungsbedürftige Wohngebiete —
GS 5	Mehrfamilienhäuser nach Geschoßzahl, Gebäudetyp sowie Wohnungen und Wohngelegenheiten	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise, Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern einzeln, im Bedarfsfalle auch für Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern einzeln
GS 6	Gebäude nach Gebäudeart, nach Eigentumsverhältnis, Gebäudetyp, Wohnungen und Wohngelegenheiten, Wohnparteien sowie Personen	Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Kreise
GS 7	Mehrfamilienhäuser nach Eigentumsverhältnis, Gebäudetyp, Wohnungen und Wohngelegenheiten, Wohnparteien sowie Personen	Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Kreise
GS 8	Wohngebäude mit Personen nach Art der Wasserversorgung und der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung	Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Reg.-Bezirke, Kreise, Gemeinden

3. Arbeitsstättenzählung

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
1	Die Arbeitsstätten und die darin Beschäftigten	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreisfreie Städte, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern
1 a	Die Arbeitsstätten und die darin Beschäftigten nach Gemeinden	Gemeinden
2	Die Arbeitsstätten nach Größenklassen	Bund, Länder
2 a	Die Arbeitsstätten nach Größenklassen in den kreisfreien Städten und Landkreisen	Reg.-Bezirke, Kreisfreie Städte, Landkreise, darunter: Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern
3	Die Beschäftigten der Arbeitsstätten nach ihrer Stellung im Betrieb (Voll- und Teilbeschäftigte)	Bund, Länder
3 a	Die Teilbeschäftigten der Arbeitsstätten nach ihrer Stellung im Betrieb	Bund, Länder
4	Die Arbeitsstätten der Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter und Zwischenmeister nach der Zahl ihrer fremden Hilfskräfte	Bund, Länder
5	Die Arbeitsstätten von Vertriebenen und von Sowjetzonenflüchtlingen in den kreisfreien Städten und Landkreisen	Länder, Reg.-Bezirke, Kreisfreie Städte, Landkreise
6	Die Unternehmen nach der Rechtsform, in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen sowie Unternehmen von Vertriebenen und von Sowjetzonenflüchtlingen jeweils nach Größenklassen	Bund, Länder
6 a	Die Unternehmen von Vertriebenen und von Sowjetzonenflüchtlingen nach der Rechtsform	Bund, Länder
7	Strukturelle und regionale Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Niederlassungen	Bund, Länder
8	Die Unternehmen mit und ohne Niederlassungen fremder Wirtschaftsgruppen	Bund, Länder

4. Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)

a) Haupterhebung zum 31. Mai 1960

Tabellenprogramm 1

Ta- bellen- Nr.	Titel	Größen- klassen- Schema	Betriebe mit ... und mehr ha Betriebsfläche	Aufgestellt für ...
Wirtschafts- und Besitzeinheiten				
1	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Hauptbetriebsarten und Landwirtschaft außerhalb der Betriebe 1960	B II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach dem Umfang der bewirtschafteten Bodenflächen				
2	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche			
	a) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	B I	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Forstbetriebe	B I	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
3	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach dem Umfang der Waldfläche			
	a) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	B I	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Forstbetriebe	B I	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
4	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit »Sonstigen Flächen«	B II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach den Besitzverhältnissen				
5	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Eigenland, Pachtland und sonstigen Besitzarten			
	a) Betriebe insgesamt			
	1. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	B II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe	B II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Betriebe, deren Inhaber Vertriebene sind			
	1. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	B II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe	B II	0,5	Bund, Länder
	c) Betriebe, deren Inhaber Sowjetzonenflüchtlinge sind			
	1. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	B II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe	B II	0,5	Bund, Länder
6	Landwirtschaftliche Betriebe mit ausschließlich Eigenland, Pachtland oder diesen beiden Besitzarten	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
7	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach natürlichen und juristischen Personen			
	a) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Forstbetriebe	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Die Pachtverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben				
8	Landwirtschaftliche Betriebe nach der Zahl der gepachteten Einzelgrundstücke und Höhe der Pachtvergütung in DM/ha	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
9	Zahl der als Ganzes (geschlossen) gepachteten landwirtschaftlichen Betriebe und Zahl der gegen Geld gepachteten Betriebe nach Pachtzeit und durchschnittlicher Pachtvergütung	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach der Bodennutzung				
10	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Hauptkulturarten			
	a) Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche	LN I	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Betriebe mit 0,5 bis unter 2 ha Betriebsfläche	LN I	0,5—2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
11	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland nach Fruchtarten			
	a) Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche	LN I	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Betriebe mit 0,5 bis unter 2 ha Betriebsfläche	LN I	0,5—2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
12	a) Betriebe mit Rebland	LN I/II	0,5	Gemeinden
	b) Betriebe mit Tabakbau	LN I/II	0,5	Gemeinden
	c) Betriebe mit Hopfenbau	LN I/II	0,5	Gemeinden

Die Tabellen 5 b 2 und 5 c 2 wurden lediglich für besondere administrative Zwecke aufgestellt.

Ta- bellen- Nr.	Titel	Größen- klassen- Schema	Betriebe mit ... und mehr ha Betriebsfläche	Aufgestellt für ...
Die Personal- und Arbeitsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe				
13	Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Mai 1960			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe ohne Betriebe mit der HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	2. Betriebe mit der HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	3. Landwirtschaftliche Betriebe zusammen	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	4. Forstbetriebe	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	5. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe zusammen	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	darunter: a) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Landwirtschaft	—	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse			
	c) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Weinbau			
14	Altersgliederung der Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Mai 1960			
	a) Familienarbeitskräfte			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe	—	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Ständige familienfremde Arbeitskräfte			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	2. Forstbetriebe	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
15	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach der Zahl der ständigen familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	2. Forstbetriebe	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
16	Fachliche Vorbildung der Betriebsleiter und der Hausfrauen in den landwirtschaftlichen Betrieben	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
17	Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Stellung zum Erwerbsleben im Mai 1960			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	darunter: a) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Landwirtschaft	—	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse			
	c) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Weinbau			
	2. Forstbetrieb mit 5 und mehr ha Waldfläche	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
17 a	Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Vertriebene sind, nach ihrer Stellung zum Erwerbsleben im Mai 1960			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe mit 5 und mehr ha Waldfläche	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
17 b	Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Sowjetzonenflüchtlinge sind, nach ihrer Stellung zum Erwerbsleben im Mai 1960			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe mit 5 und mehr ha Waldfläche	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise

Ta- bellen- Nr.	Titel	Größen- klassen- Schema	Betriebe mit ... und mehr ha Betriebsfläche	Aufgestellt für ...
18	Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familien- angehörigen nach ihrer überwiegenden Unterhaltsquelle im Mai 1960			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	darunter: a) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Landwirtschaft	—	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse			
	c) Landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Betriebe mit der HPR Weinbau			
	2. Forstbetriebe mit 5 und mehr ha der Waldfläche	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
19	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Beiträge zur Alters- hilfe für Landwirte zahlen, nach ihrer vorwiegenden Unterhaltsquelle im Mai 1960	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
19/1	Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, deren Inhaber Beiträge zur Altershilfe für Landwirte zahlen, nach Bodennutzungssystemen	LN II	2 LN	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
19 a	Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach haupt- und nebenberuflich Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
22	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Werkwohnungen			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe	W II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Verarbeitende Nebenbetriebe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Gewerbebetriebe der Betriebsinhaber				
20	a) Verarbeitende Nebenbetriebe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	2. Forstbetriebe	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Gewerbebetriebe der Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	2. Forstbetriebe	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
Gebäude				
21	Wohn- und Wirtschaftsgebäude der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Verwendung und ihrem Alter	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Viehhaltung und Viehbesatz in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben				
23/24	a) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Pferdehaltung	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Rindviehhaltung	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	c) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Schweinehaltung	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	d) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Schaf- und Ziegenhaltung	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	e) Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Geflügelhaltung	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Verwendung von Maschinen und Geräten sowie technischen Einrichtungen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben				
25	Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe			
	1. Landwirtschaftliche Betriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Forstbetriebe	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
26	Verwendung von betriebseigenen Zug- und Antriebsmaschinen und Motorbaumsägen sowie von Grabenräummaschinen in den Forstbetrieben	W II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
27	Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen in gemeinschaftlichem Besitz mit anderen Betrieben, im Lohnverfahren oder auf genossen- schaftlicher Grundlage, in Nachbarschaftshilfe in den land- und forst- wirtschaftlichen Betrieben	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise

Die Tabelle 19/1 wurde lediglich für besondere administrative Zwecke aufgestellt.

Ta- bellen- Nr.	Titel	Größen- klassen- Schema	Betriebe mit ... und mehr ha Betriebsfläche	Aufgestellt für ...
28	An Schleppergemeinschaften beteiligte land- und forstwirtschaftliche Betriebe und die Anzahl der Gemeinschaftsschlepper	LN II	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
29	Verwendung von Arbeitsmaschinen und Geräten für die Bodenbearbeitung, Saat, Pflanzenpflege und Düngung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben			
	a) Im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, im Lohnverfahren oder auf genossenschaftlicher Grundlage, in Nachbarschaftshilfe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
30	Verwendung von Arbeitsmaschinen und Geräten für die Erntebergung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben			
	a) Im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, im Lohnverfahren oder auf genossenschaftlicher Grundlage, in Nachbarschaftshilfe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
31	Verwendung von Arbeitsmaschinen und Geräten für die Ernteverarbeitung und Futtermittelbereitung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben			
	a) Im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, im Lohnverfahren oder auf genossenschaftlicher Grundlage, in Nachbarschaftshilfe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
32	Verwendung von Fördereinrichtungen und Transportmitteln in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben			
	a) Im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, im Lohnverfahren oder auf genossenschaftlicher Grundlage, in Nachbarschaftshilfe	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
33	Verwendung von technischen Einrichtungen und Geräten in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben			
	a) Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche	LN II	2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	b) Betriebe mit 0,5 bis unter 2 ha Betriebsfläche	LN I	0,5—2	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Teilstücke der landwirtschaftlichen Nutzfläche				
34	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche nach der Zahl der Teilstücke	LN I	0,5	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
Gemeindeergebnisse				
35	Gemeindetabelle	LN II	0,5	Gemeinden
Unternehmen				
An- hang	Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft und ihre Arbeitskräfte	LN II/W II	0,5	Bund, Länder

Tabellenprogramm 2

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
Grundtabellen zu den betriebswirtschaftlichen Tabellen (Für Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 2 ha und mehr)		
1	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Bodennutzungssystemen	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	1. Landwirtschaftliche Betriebe ohne Betriebe mit der HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	2. Sonstige Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (HPR Gemüse, Obst, Baumschul- und andere Gartenbauerzeugnisse und HPR Erzeugnisse der Forstwirtschaft)	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
	3. Betriebe der Land- und Forstwirtschaft	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
2	Betriebe mit Waldflächen unter den Betrieben der HPR »Landwirtschaftliche Erzeugnisse« und »Erzeugnisse des Weinbaus« mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
3	Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 bis unter 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach dem Zuerwerb der Besitzerfamilien	
	a) absolut	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) in vH aller Betriebe	Bund, Länder, Reg.-Bezirke

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
4	Abgrenzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die einer Bauernfamilie Unterhalt gewähren, nach dem Schwellenwert	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
5	Schwellenwerte für die Abgrenzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die einer Bauernfamilie Unterhalt gewähren («Vollerwerbsbetriebe»)	Bund, Länder, Reg.-Bezirke

Betriebswirtschaftliche Tabellen

(Einbezogen sind nur über dem Schwellenwert liegende Betriebe = Vollerwerbsbetriebe)

6	Landwirtschaftliche Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Struktur	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
7	Landwirtschaftliche Betriebe nach Stufen der Mechanisierung	
	a) Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Hauptarbeitsbereichen und Stufen der Mechanisierung	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Landwirtschaftliche Betriebe nach Kombinationen der Mechanisierungsstufen in den wichtigsten Arbeitsbereichen	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
8	Landwirtschaftliche Betriebe nach dem Mechanisierungsgrad des Gesamtbetriebes	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
9	Landwirtschaftliche Betriebe nach dem Mechanisierungsgrad des Gesamtbetriebes und Stufen des Arbeitskräftebesatzes	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
10	Arbeitskräftebesatz und Viehbesatz der landwirtschaftlichen Betriebe	
	a) nach Stufen des Mechanisierungsgrades des Gesamtbetriebes	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) nach Stufen des Arbeitskräftebesatzes	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
11	Arbeitskräftebesatz und Zugkräftebesatz der landwirtschaftlichen Betriebe	
	a) nach Stufen des Arbeitskräftebesatzes	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) nach der Art der Zugkräfte	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
12	Landwirtschaftliche Betriebe mit Verwendung von Schleppern und tierischen Zugkräften	Bund, Länder, Reg.-Bezirke

¹⁾ Die Tabellen 3 und 4 wurden nur für die Berechnung des Schwellenwertes benötigt und waren nicht für die Veröffentlichung vorgesehen.

b) Gartenbauerhebung 1961

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
1	Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Gartengewächsen nach ihrer Betriebsart	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
2	Betriebe nach ihrer gartenbaulichen Produktionssparte	
	a) Betriebe insgesamt	
	b) Reine Gartenbaubetriebe	
	c) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	
	d) Landwirtschaftliche Betriebe	
	e) Sonstige Betriebe	
3	Betriebe ohne gartenbauliche Hauptproduktionssparte nach den Anteilen der Sparten an den Verkaufserlösen aus Gartenbauerzeugnissen (wurde nicht aufbereitet)	
4	Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen in Verbindung mit Handels-, Dienstleistungs- und Verarbeitungsbetriebszweigen	
	a) Betriebe insgesamt	
	b) Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft	
5	Absatzverhältnisse	
	a) Betriebe insgesamt	
	b) Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft	
6	Betriebe nach der Fläche ihrer Hauptnutzung	
	a) Betriebe insgesamt	
	b) Reine Gartenbaubetriebe	
	c) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	
	d) Landwirtschaftliche und Sonstige Betriebe	
7	Besitzverhältnisse der Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft	
8	Betriebe nach dem Umfang der Freiland-Gemüsefläche	
	a) Betriebe insgesamt	
	b) Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft	
	c) Landwirtschaftliche und Sonstige Betriebe	

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
9	Gemüsebau auf dem Freiland nach Gemüsearten a) Betriebe insgesamt b) Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft c) Landwirtschaftliche und Sonstige Betriebe	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
10	Betriebe mit Gemüsebau in Unterglasanlagen	
11	Betriebe nach ihren Obstflächen	
12	Betriebe mit Obstbaumbeständen (ertragfähige und noch nicht ertragfähige) a) Betriebe insgesamt b) Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft c) Landwirtschaftliche und Sonstige Betriebe	
13	Betriebe mit reinen Obstbaumbeständen 13/1) Betriebe mit reinen Apfelbaumbeständen 13/2) Betriebe mit reinen Birnbaumbeständen 13/3) Betriebe mit reinen Beständen von Steinobstbäumen	
14	Betriebe mit Obstbäumen in gemischten Beständen 14/1) Betriebe mit Apfelbäumen in gemischten Beständen 14/2) Betriebe mit Birnbäumen in gemischten Beständen 14/3) Betriebe mit Steinobstbäumen in gemischten Beständen 14/4) Betriebe mit Aprikosen und Walnußbäumen in reinen und gemischten Beständen	
15	Betriebe mit Anbau von Beerenobst	
16	Betriebe mit Apfelbäumen nach Sorten	
17	Betriebe mit Anbau von Zierpflanzen im Freiland	
18	Betriebe mit Anbau von Zierpflanzen in Unterglasanlagen	
19	Betriebe mit Baumschulflächen	
20	Arbeitskräfte des Gesamtbetriebes in den Gartenbaubetrieben mit oder ohne Landwirtschaft a) Reine Gartenbaubetriebe b) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	
21	Ein halbes Jahr und länger im Obst-, Gemüse- und sonstigen Gartenbau beschäftigte Personen a) Reine Gartenbaubetriebe b) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft c) Betriebe mit 60 % und mehr der gesamten Verkaufserlöse aus Obst	
22	Ganzjährig im Obst-, Gemüse- und sonstigen Gartenbau beschäftigte Personen a) Reine Gartenbaubetriebe b) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	
23	Mindestens ein halbes Jahr, aber nicht das ganze Jahr im Obst-, Gemüse- und sonstigen Gartenbau beschäftigte Personen a) Reine Gartenbaubetriebe b) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	
24	Weniger als die Hälfte des Jahres im Obst-, Gemüse- und sonstigen Gartenbau beschäftigte Personen a) Reine Gartenbaubetriebe b) Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft c) Betriebe mit 60 % und mehr der gesamten Verkaufserlöse aus Obst	
25	Betriebe mit Unterglasanlagen nach Art und Umfang	
26	Betriebe mit Unterglasanlagen nach ihrer Nutzung	
27	Betriebe mit Unterglasanlagen nach der Nutzung im Freiland und in Unterglasanlagen anlagen a) Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft b) Landwirtschaftliche Betriebe	
28	Maschinen und Geräte, Transportmittel und Wasserversorgung in den Gartenbaubetrieben mit oder ohne Landwirtschaft	
29	Betriebe mit Lagerräumen	
30	Strukturdaten der Gartenbaubetriebe mit oder ohne Landwirtschaft a) Betriebe mit der Hauptproduktionssparte Obstbau b) Betriebe mit der Hauptproduktionssparte Gemüsebau c) Betriebe mit der Hauptproduktionssparte Zierpflanzenbau d) Betriebe mit der Hauptproduktionssparte Baumschulen e) Betriebe ohne gartenbauliche Hauptproduktionssparte	

c) Forsterhebung 1961

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
1	Die Forstbetriebe nach Kultur- und Betriebsarten	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
2	Holzbodenfläche nach Betriebs- und Baumarten	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
3	Der schlagweise Hochwald nach Baumarten und Altersklassen	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
4	Der Plenterwald der Betriebe mit Betriebswerk oder Betriebsgutachten nach Vorratsklassen	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
5	Der Hiebsatz der Betriebe mit Betriebswerk oder Betriebsgutachten	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
6	Die Gemeinschaftsforsten des öffentlichen und privaten Rechts nach ideellen Anteilen der Eigentümer	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
7	Die forstlichen Zusammenschlüsse der Privatforsten	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
8	Die Forstbetriebe nach dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise
9	Die Forstbetriebsfläche nach Besitzarten und nach der Belegenheit	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise, Gemeinden
10	Die Arbeitskräfte der Forstbetriebe	Bund, Länder, Reg.-Bezirke, Kreise

Anmerkung: Tabellen 1 bis 8 und 10 nach Größe der Holzbodenfläche. — Tabellen 1 bis 6 und 8 bis 10 nach Besitzarten; Tabelle 7 nur Privatforsten.

d) Binnenfischereierhebung 1962

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
1	Betriebe der Seen- und Flußfischerei am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
2	Das Fangergebnis der Seen- und Flußfischerei im Jahre 1961	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
3	Der Fischbesatz in den Betrieben der Seen- und Flußfischerei im Jahre 1961	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
4	Das Fischerei-Inventar der Seen- und Flußfischereibetriebe am 1. Juni 1961	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
5	Die Inhaber der Seen- und Flußfischereibetriebe am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
6	Die Arbeitskräfte der Seen- und Flußfischereibetriebe am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
7	Verwendung von Kraftfahrzeugen in den Betrieben der Seen- und Flußfischerei am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
8	Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
9	Erzeugung von Fischen in der Teichwirtschaft und Fischzucht im Jahre 1961 a) Karpfenteichwirtschaft	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
	b) Salmonidenzucht	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
10	Das Wirtschaftsinventar der Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht am 1. Juni 1962 und Verbrauch an Futtermitteln im Jahre 1961	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
11	Die Inhaber der Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
12	Die Arbeitskräfte der Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht am 1. Juni 1962	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
13	Verluste der Binnenfischereibetriebe im Jahre 1961	Bund, Länder, Reg.-Bezirke
14	Arbeitskräfte, befischte Gewässerfläche, und Fangergebnisse in den kleineren Verwaltungsbezirken a) Seenfischerei	Kreise
	b) Flußfischerei	Kreise
14	Arbeitskräfte, bewirtschaftete Teichfläche, Erzeugung und Verluste durch Fischkrankheiten in den kleineren Verwaltungsbezirken c) Teichwirtschaft und Fischzucht	Kreise

Anmerkung: Tabellen 1, 2, 6 nach Größe der befischten Gewässerfläche; Tabellen 8, 9, 10, 12 nach Größe der Teilfläche. — Tabellen 4, 5, 6, 7 auch für Bodenseefischerei für die Reg.-Bez. Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Schwaben.

e) Arbeitskräfteerhebung 1960/61 in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Nacherhebung der Landwirtschaftszählung 1960)

Tabellen-Nr.	Titel	Aufgestellt für ...
1	Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1960/61	Bund, Länder
2	Arbeitsleistung der Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960/61 a) »in Monatswerken«	Bund, Länder
	b) in »vollwertigen Jahreswerken« und »Vollarbeitskräften (AK)«	Bund, Länder
3	Familienarbeitskräfte, die auf Grund ihrer Beschäftigung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben pflichtversichert sind	Bund, Länder

Anmerkung: Gliederung nach Betriebsgruppen
1. Landwirtschaftliche Betriebe, darunter Gartenbaubetriebe (nach der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche)
2. Forstbetriebe nach der Größe der Waldfläche.

5. Handels- und Gaststättenzählung 1960

a) Grunderhebung

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise

Erster Teil: Einzelhandel

Darstellung nach Unternehmen

1	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, gegliedert nach der Art der Bindung, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)	X	X					X	X	
1 a	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)	X	X					X	X	
2	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen	X					X	X	X	
2 a	Die Versandhandelsunternehmen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen	X					X	X	X	
2 b	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen	X					X	X	X	
3	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Einzelhandel mit Großhandel, Herstellung und Verarbeitung, Handelsvermittlung, Gaststätten- und/oder Beherbergungsgewerbe und sonstigem Gewerbe)	X						X	X	
3 a	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Einzelhandel mit Großhandel, Herstellung und Verarbeitung, Handelsvermittlung, Gaststätten und/oder Beherbergungsgewerbe und sonstigem Gewerbe)	X						X	X	
4	Die Unternehmen des Einzelhandels ¹⁾ und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen	X	X					X	X	
4 a	Die Unternehmen des Einzelhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen	X			X			X	X	
4 b	Die Unternehmen des Einzelhandels ²⁾ und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen	X	X					X	X	
4 c	Die ausschließlich Einzelhandel betreibenden Unternehmen und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen	X	X					X	X	
4 d	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, gegliedert nach der Art der Bindung, und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen	X	X					X	X	

¹⁾ Nur Unternehmen ohne Umsatz von Erzeugnissen aus eigener Landwirtschaft.

²⁾ Nur Unternehmen mit Umsatz von Erzeugnissen aus eigener Landwirtschaft.

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
4e	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X	X				X	X	
4f	Die Warenhausunternehmen und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X	X				X	X	
4g	Die Unternehmen des Versandhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X	X				X	X	
4h	Die Filialunternehmen des Einzelhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X	X				X	X	
4i	Die Filialunternehmen des Einzelhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X				X	X	X	
4k	Die Unternehmen des ambulanten Handels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X	X				X	X	
4l	Die in die Handelsrolle eingetragenen Unternehmen des Einzelhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Außenständen		X	X				X	X	
5	Die Unternehmen des Einzelhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelter Warenumsatz)		X	X				X	X	
5a	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X				X	X	
5b	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X				X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
5c	Die Warenhausunternehmen und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisions-einnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X					X	X
5d	Die Unternehmen des Versandhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X					X	X
5e	Die Filialunternehmen des Einzelhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X					X	X
5f	Die Unternehmen des ambulanten Handels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X					X	X
5g	Die in die Handelsrolle eingetragenen Unternehmen des Einzelhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Umsatz aus Gaststätte und/oder Beherbergung, Provisions-einnahmen, übriger Umsatz, ferner Anteil des Versandhandelsumsatzes und des Umsatzes im ambulanten Handel sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X					X	X
6	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels nach dem Gründungsjahr ..		X						X	X
6a	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen nach dem Gründungsjahr		X						X	X
6b	Die Einzelhandelsunternehmen von Vertriebenen nach dem Gründungsjahr		X						X	X
6c	Die Einzelhandelsunternehmen von Flüchtlingen nach dem Gründungsjahr		X						X	X
7	Die Unternehmen des Einzelhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister		X						X	X
8	Die Einzelunternehmen des Einzelhandels als einzige, hauptsächliche oder Nebeneinkommensquelle des Inhabers und seines Ehegatten sowie die Zahl der Unternehmen, deren Inhaber in einer eigenen Landwirtschaft, in einem freien Beruf oder als Unselbständige tätig waren		X	X					X	X

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
9	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb ..		X		X					
9 a	Die Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb		X		X			X	X	
9 b	Die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen des Einzelhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb		X		X			X	X	
10	Die Beschäftigten des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht		X					X	X	
10 a	Die Beschäftigten der Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht		X					X	X	
Darstellung nach Niederlassungen										
11	Die Niederlassungen der Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
11 a	Die Niederlassungen der Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihr Umsatz, ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
12	Die Haupt- und Zweigniederlassungen der Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz, gegliedert nach der Hauptfunktion der Niederlassung		X					X	X	
12 a	Die Haupt- und Zweigniederlassungen der Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz, gegliedert nach der Hauptfunktion der Niederlassung		X					X	X	
13	Die Zweigniederlassungen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels nach dem Jahr ihrer Eröffnung		X					X	X	
13 a	Die Zweigniederlassungen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen nach dem Jahr ihrer Eröffnung		X					X	X	
14	Die Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Unternehmen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Betriebsform		X	X				X	X	
14 a	Die Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Unternehmen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Betriebsform		X					X	X	X

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
14 b	Die Niederlassungen von Vertriebenenunternehmen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Unternehmen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Betriebsform	X						X	X	
14 c	Die Niederlassungen von Flüchtlingsunternehmen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Unternehmen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Betriebsform	X						X	X	
15	Die Ladengeschäfte der Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels, des Großhandels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, soweit sie Einzelhandel betreiben, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Bedienungsform		X					X	X	
15 a	Die Ladengeschäfte der Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Bedienungsform		X					X	X	
15 b	Die Ladengeschäfte der Filialunternehmen des Einzelhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Bedienungsform		X					X	X	
16	Die Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Einzelhandelstätigkeit von Unternehmen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz		X			X		X	X	
16 a	Die Niederlassungen von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz		X			X		X	X	
16 b	Die Niederlassungen von Warenhausunternehmen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz		X			X		X	X	
16 c	Die Niederlassungen von Einzelhandelsunternehmen mit 1—9 Zweigniederlassungen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz ...		X			X		X	X	
16 d	Die Niederlassungen von Einzelhandelsunternehmen mit 10 und mehr Zweigniederlassungen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz		X			X		X	X	

Zweiter Teil: Großhandel

Darstellung nach Unternehmen

1	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, gegliedert nach der Art der Bindung, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)	X	X					X	X	
1 a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)	X	X					X	X	
1 b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)	X	X					X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
2	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen		X				X	X	X	
2a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften mit überwiegendem Eigengeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen		X				X	X	X	
2b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen		X				X	X	X	
3	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Großhandel mit Einzelhandel, Herstellung, Reparaturen und Verarbeitung, Handelsvermittlung und sonstigem Gewerbe)		X					X	X	
3a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Großhandel mit Einzelhandel, Herstellung, Reparaturen und Verarbeitung, Handelsvermittlung und sonstigem Gewerbe)		X					X	X	
3b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Großhandel mit Einzelhandel, Herstellung, Reparaturen und Verarbeitung, Handelsvermittlung und sonstigem Gewerbe)		X					X	X	
4	Die Unternehmen des Großhandels ¹⁾ und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti		X	X				X	X	
4a	Die Unternehmen des Großhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti		X			X		X	X	
4b	Die Unternehmen des Großhandels ²⁾ und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti		X	X				X	X	
4c	Die Unternehmen des Binnengroßhandels mit Lagergeschäft und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti		X	X				X	X	
4d	Die Unternehmen des Binnengroßhandels mit Streckengeschäft und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti		X	X				X	X	

¹⁾ Nur Unternehmen ohne Umsatz von Erzeugnissen aus eigener Landwirtschaft. — ²⁾ Nur Unternehmen mit Umsatz von Erzeugnissen aus eigener Landwirtschaft.

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
4 e	Die ausschließlich Binnengroßhandel betreibenden Unternehmen und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti	X	X					X	X	
4 f	Die Unternehmen des Außenhandels und die Unternehmen des Binnengroßhandels mit Ein- und/oder Ausfuhr in Höhe von 1 Mill. DM und mehr und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti	X	X					X	X	
4 g	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, gegliedert nach der Art der Bindung und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti	X	X					X	X	
4 h	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti	X	X					X	X	
4 i	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti	X	X					X	X	
4 k	Die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen des Großhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen, Verbindlichkeiten und Skonti	X	X					X	X	
5	Die Unternehmen des Großhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Provisions-einnahmen, übriger Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)	X	X					X	X	
5 a	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)	X	X					X	X	
5 b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)	X	X					X	X	
5 c	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)	X	X					X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
5d	Die Unternehmen des Außenhandels sowie die Binnengroßhändler mit Ein- und/oder Ausfuhr in Höhe von 1 Mill. DM und mehr und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X				X	X	
5e	Die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen des Großhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von Handelsware, von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren, Provisionseinnahmen, übriger Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz)		X	X				X	X	
6	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, ihr Umsatz und ihr Wareneingang unter Nachweis der Auslandsumsätze und der Auslandsbezüge		X					X	X	
6a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihr Umsatz und ihr Wareneingang unter Nachweis der Auslandsumsätze und der Auslandsbezüge		X					X	X	
6b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihr Umsatz und ihr Wareneingang unter Nachweis der Auslandsumsätze und der Auslandsbezüge		X					X	X	
7	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels nach dem Gründungsjahr		X					X	X	
7a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach dem Gründungsjahr ...		X					X	X	
7b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft nach dem Gründungsjahr ..		X					X	X	
7c	Die Unternehmen des Großhandels von Vertriebenen nach dem Gründungsjahr ...		X					X	X	
7d	Die Unternehmen des Großhandels von Flüchtlingen nach dem Gründungsjahr		X					X	X	
8	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister		X					X	X	
8a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister		X					X	X	
8b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister		X					X	X	
9	Die Einzelunternehmen des Großhandels als einzige, hauptsächliche oder Nebeneinkommensquelle des Inhabers und seines Ehegatten sowie die Zahl der Unternehmen, deren Inhaber in einer eigenen Landwirtschaft, in einem freien Beruf oder als Unselbständige tätig waren		X	X				X	X	
10	Die Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb		X		X			X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
10 a	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb ..		X		X			X	X	
10 b	Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb ..		X		X			X	X	
10 c	Die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen des Großhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb		X		X			X	X	
11	Die Beschäftigten des einzelwirtschaftlichen Großhandels nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht		X					X	X	
11 a	Die Beschäftigten der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht ...		X					X	X	
11 b	Die Beschäftigten der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht ...		X					X	X	
	Darstellung nach Niederlassungen									
12	Die Niederlassungen der Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
12 a	Die Niederlassungen der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
12 b	Die Niederlassungen der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
13	Die Haupt- und Zweigniederlassungen der Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Großhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz, gegliedert nach der Hauptfunktion der Niederlassung		X					X	X	
13 a	Die Haupt- und Zweigniederlassungen der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz, gegliedert nach der Hauptfunktion der Niederlassung		X					X	X	
13 b	Die Haupt- und Zweigniederlassungen der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Fremdgeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz, gegliedert nach der Hauptfunktion der Niederlassung		X					X	X	
14	Die Niederlassung mit reiner oder überwiegender Großhandelstätigkeit von Unternehmen des Großhandels, des Einzelhandels, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz		X					X	X	X

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Betriebsarten	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise

Dritter Teil: Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Darstellung nach Unternehmen

1	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)		X	X				X	X	
2	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Zahl der Zweigniederlassungen		X					X	X	
3	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Einzelhandel, Großhandel, Brauerei, Bäckerei und/oder Konditorei, Fleischerei, Handelsvermittlung und sonstigem Gewerbe)		X					X	X	
4.	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes ¹⁾ und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen		X	X				X	X	
4a	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes ²⁾ und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen		X	X				X	X	
4b	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen		X		X			X	X	
4c	Die ausschließlich Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe betreibenden Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen		X	X				X	X	
4d	Die mit anderen gewerblichen Tätigkeiten kombinierten Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen		X	X				X	X	
5	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nach dem Gründungsjahr		X					X	X	

¹⁾ Nur Unternehmen ohne Umsatz von Erzeugnissen aus eigener Landwirtschaft. — ²⁾ Nur Unternehmen mit Umsatz von Erzeugnissen aus eigener Landwirtschaft.

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Betriebsarten	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
5 a	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes von Vertriebenen nach dem Gründungsjahr		X					X	X	
5 b	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes von Flüchtlingen nach dem Gründungsjahr		X					X	X	
6	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister		X					X	X	
7	Die Einzelunternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes als einzige, hauptsächliche oder Nebeneinkommensquelle des Inhabers und seines Ehegatten sowie die Zahl der Unternehmen, deren Inhaber in einer eigenen Landwirtschaft, in einem freien Beruf oder als Unselbständige tätig waren		X	X				X	X	
8	Die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb		X		X			X	X	
8 a	Die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb		X		X			X	X	
9	Die Beschäftigten des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht		X					X	X	
Darstellung nach Niederlassungen										
10	Die Niederlassungen der Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
11	Die Haupt- und Zweigniederlassungen der Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz, gegliedert nach der Hauptfunktion der Niederlassung		X					X	X	
12	Die Zweigniederlassungen mit reiner oder überwiegender Tätigkeit im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nach dem Jahr ihrer Eröffnung		X					X	X	
13	Die Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Tätigkeit im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie des Groß- und Einzelhandels, gegliedert nach Jahres- und Saisonbetrieben, unter Nachweis der Beschäftigten, der Fremdenzimmer und Fremdenbetten sowie des Umsatzes		X					X	X	X
13 a	Die Niederlassungen mit reiner oder überwiegender Tätigkeit im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie des Groß- und Einzelhandels, gegliedert nach Jahres- und Saisonbetrieben, unter Nachweis der Beschäftigten, der Fremdenzimmer und Fremdenbetten sowie des Umsatzes		X			X		X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise

Vierter Teil: Handelsvermittlung

Darstellung nach Unternehmen

1	Die Unternehmen der Handelsvermittlung, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahresteile)	X	X					X	X	
2	Die Unternehmen der Handelsvermittlung, gegliedert nach Handelsvertretern, Handelsmaklern, Versandhandelsvertretern, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz	X						X	X	
2 a	Die Unternehmen der Handelsvermittlung, gegliedert nach Handelsvertretern, Handelsmaklern und Versandhandelsvertretern, und ihre Beschäftigten	X						X	X	
3	Die Handelsvertreter und Versandhandelsvertreter, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz nach der Zahl der übernommenen Vertretungen	X						X	X	
3 a	Die Handelsvertreter und Versandhandelsvertreter ohne Umsatzangaben für das Geschäftsjahr 1959 und ihre Beschäftigten nach der Zahl der übernommenen Vertretungen	X						X	X	
4	Die Handelsvertreter und Versandhandelsvertreter ohne und mit Auslieferungslager, ihre Beschäftigten, ihr Umsatz sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz	X						X	X	
4 a	Die Handelsvertreter und Versandhandelsvertreter ohne und mit Auslieferungslager und ihre Beschäftigten	X						X	X	
5	Die Handelsvertreter und ihr Kundenkreis	X						X	X	
6	Die Unternehmen der Handelsvermittlung mit Eigengeschäft und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen, Außenständen sowie des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes	X	X					X	X	
7	Die Unternehmen der Handelsvermittlung ohne Eigengeschäft, ihre Beschäftigten, Provisionseinnahmen und Kostenvergütungen, Personalaufwendungen, Provisionsforderungen sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz	X	X					X	X	
7 a	Die Versandhandelsvertreter, ihre Beschäftigten, Provisionseinnahmen und Kostenvergütungen, Personalaufwendungen, Provisionsforderungen sowie der gegen Provision vermittelte Warenumsatz	X	X					X	X	
8	Die Handelsvertreter und Versandhandelsvertreter und die Zusammensetzung ihres Umsatzes sowie des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes	X						X	X	
8 a	Die Handelsmakler und die Zusammensetzung ihres Umsatzes sowie des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes ...	X						X	X	
9	Die Unternehmen der Handelsvermittlung und ihre branchenfremden Funktionen (Kombination von Handelsvermittlung mit Großhandel, Einzelhandel und sonstigem Gewerbe)	X						X	X	
9 a	Die Unternehmen der Handelsvermittlung und ihre Kombination mit Großhandel, Einzelhandel und sonstigem Gewerbe	X						X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
10	Die Unternehmen der Handelsvermittlung nach dem Gründungsjahr		X						X	X
10 a	Die Unternehmen der Handelsvermittlung von Vertriebenen nach dem Gründungsjahr		X						X	X
10 b	Die Unternehmen der Handelsvermittlung von Flüchtlingen nach dem Gründungsjahr		X						X	X
11	Die Unternehmen der Handelsvermittlung, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister	X							X	X
12	Die Einzelunternehmen der Handelsvermittlung mit einem Inhaber als einzige, hauptsächliche oder Nebeneinkommensquelle des Inhabers und seines Ehegatten sowie die Zahl der Unternehmen, deren Inhaber in einer eigenen Landwirtschaft, in einem freien Beruf oder als Unselbständige tätig waren		X	X					X	X
13	Die Beschäftigten der Handelsvermittlung nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht		X						X	X
14	Die Unternehmen der Handelsvermittlung, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X				X	X
14 a	Die Unternehmen der Handelsvermittlung und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X				X	X

Fünfter Teil: Verlagsbuchhandel

Darstellung nach Unternehmen

1	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Geschäftsperiode (Kalenderjahr, Geschäftsjahr, Jahrestelle)	X	X					X	X	
2	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels und ihre Kombinationen (Kombination von Verlagsbuchhandel mit Druckerei und Buchbinderei, Handel mit fremden Verlags-erzeugnissen, sonstiger gewerblicher Tätigkeit)			X				X	X	
3	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels und ihr Rohertrag unter Nachweis von Beschäftigten, Umsatz, Wareneingang, Warenbestand, Wareneinsatz, Personalaufwendungen und Skonti	X	X					X	X	
4	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von eigenen und fremden Verlags-erzeugnissen, aus Druckerei, Buchbinderei, übriger Umsatz)	X	X					X	X	
5	Der Umsatz von eigenen und fremden Verlags-erzeugnissen nach Absatzgebieten	X	X					X	X	
6	Der Umsatz von eigenen und fremden Verlags-erzeugnissen im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) nach Abnehmerkreisen	X	X					X	X	
7	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels und die Zusammensetzung ihres Wareneinganges (Warenbezüge, Aufwendungen für Lohnaufträge)	X	X					X	X	
8	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels nach dem Gründungsjahr		X					X	X	
8 a	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels von Vertriebenen nach dem Gründungsjahr		X					X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach								
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsgruppen	Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
8b	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels von Flüchtlingen nach dem Gründungsjahr		X					X	X	
9	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels und ihr Umsatz nach der Rechtsform und nach der Eintragung in das Handelsregister		X					X	X	
10	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels mit einem Inhaber als einzige, hauptsächliche oder Nebeneinkommensquelle des Inhabers und seines Ehegatten sowie die Zahl der Unternehmen, deren Inhaber als Landwirte, in einem freien Beruf oder als Unselbständige tätig waren		X	X				X	X	
11	Die Unternehmen des Verlagsbuchhandels, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X			X	X	
12	Die Beschäftigten des Verlagsbuchhandels nach Altersklassen, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten und nach dem Geschlecht		X					X	X	
13	Aktiva und Schulden im Verlagsbuchhandel am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres, Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Aktiva und Schulden nach Eigenunternehmen in eigenen und gemieteten Räumen sowie Pachtunternehmen		X	X				X	X	
13a	Aktiva und Schulden der Vertriebenenunternehmen im Verlagsbuchhandel am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres, Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Aktiva und Schulden nach Eigenunternehmen in eigenen und gemieteten Räumen sowie Pachtunternehmen		X					X	X	
13b	Aktiva und Schulden der Flüchtlingsunternehmen im Verlagsbuchhandel am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres, Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Aktiva und Schulden nach Eigenunternehmen in eigenen und gemieteten Räumen sowie Pachtunternehmen		X					X	X	
14	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen im Verlagsbuchhandel in den Geschäftsjahren 1958 und 1959		X	X				X	X	
14a	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen der Vertriebenenunternehmen im Verlagsbuchhandel in den Geschäftsjahren 1958 und 1959		X					X	X	
14b	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen der Flüchtlingsunternehmen im Verlagsbuchhandel in den Geschäftsjahren 1958 und 1959		X					X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten		Größenklassen			regionalen Gesichtspunkten		
		Industrie-zweige	Wirt-schafts-klassen	Umsatz-größen-klassen	Beschäf-tigten-größen-klassen	Ge-meinde-größen-klassen	Bund	Länder	Kreise

Sechster Teil: Die eigenen offenen Verkaufsstellen der Industrie¹⁾

1	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach Wirtschaftsklassen des Einzelhandels	X	X				X	X	
2	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen und die Zusammensetzung ihres Umsatzes (Umsatz von unternehmenseigenen Erzeugnissen, Umsatz von unternehmensfremden Erzeugnissen, übriger Umsatz)		X	X			X	X	
3	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten, gegliedert nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht		X		X		X	X	
4	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen, ihr Umsatz und ihre Beschäftigten		X				X	X	X
5	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen nach dem Eröffnungsjahr		X				X	X	
6	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz nach der Bedienungsform		X				X	X	
7	Die eigenen offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz		X			X	X	X	

¹⁾ Nur Unternehmen, deren Betriebe zum Monatlichen Industriebericht melden.

Hinweis: Das vorstehende Tabellenprogramm gilt entsprechend auch für die eigenen offenen Verkaufsstellen der Industrieunternehmen, die über die Vorbefragung der Kleinbetriebe (Industriebericht-Totalerhebung) erfaßt wurden.

b) Repräsentative Ergänzungserhebung

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen ¹⁾	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise

Erster Teil: Einzelhandel

Darstellung nach Unternehmen

17	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels nach Abnehmerkreisen	X	X	} 9—15 zusammengefaßt			X	X	
17 a	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren der Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen nach Abnehmerkreisen	X	X				X	X	
19	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
19 a	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
19 b	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Pachtunternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
19 c	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X	X				X	X	
19 d	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X	X				X	X	
19 e	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Warenhausunternehmen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X					X	X	
19 f	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Warenhausunternehmen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X					X	X	
19 g	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Versandhandelsunternehmen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X	X				X	X	
19 h	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Versandhandelsunternehmen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
19 i	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Filialunternehmen des Einzelhandels in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
19 k	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Filialunternehmen des Einzelhandels in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	

¹⁾ 08 bis 10, 11 bis 13, 14 und 15 jeweils zusammengefaßt.

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschafts-klassen	Umsatz-größen-klassen	Beschäftigten-größen-klassen	Gemeinde-größen-klassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
19 m	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Vertriebenenunternehmen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
19 n	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Flüchtlingsunternehmen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
20	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels	X	X				X		
20 a	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen	X	X				X		
20 f	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Vertriebenenunternehmen	X	X				X	X	
20 g	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Flüchtlingsunternehmen	X	X				X	X	
21	Der Wareneingang von Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf, Aufwendungen für Lohnaufträge, Heimarbeiterentgelte und erzielte Skonti ..	X	X				X	X	
21 a	Der Wareneingang von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen nach Beschaffungswesen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf, Aufwendungen für Lohnaufträge, Heimarbeiterentgelte und erzielte Skonti	X	X				X	X	
21 b	Der Wareneingang von Warenhausunternehmen nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf, Aufwendungen für Lohnaufträge, Heimarbeiterentgelte und erzielte Skonti	X					X	X	
21 c	Der Wareneingang von Versandhandelsunternehmen nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf, Aufwendungen für Lohnaufträge, Heimarbeiterentgelte und erzielte Skonti	X	X				X	X	
21 d	Der Wareneingang von Filialunternehmen des Einzelhandels nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf, Aufwendungen für Lohnaufträge, Heimarbeiterentgelte und erzielte Skonti	X	X				X	X	
22	Der Wareneingang von Unternehmen des einzelwirtschaftlichen Einzelhandels nach Warenarten	X	X				X	X	
22 a	Der Wareneingang von Konsumgenossenschaften und sonstigen Verbraucherorganisationen nach Warenarten	X	X				X	X	
22 b	Der Wareneingang von Warenhausunternehmen nach Warenarten	X					X	X	
22 c	Der Wareneingang von Versandhandelsunternehmen nach Warenarten	X					X	X	
22 d	Der Wareneingang von Filialunternehmen des Einzelhandels nach Warenarten	X					X	X	
22 e	Der Wareneingang von Unternehmen des ambulanten Handels nach Warenarten	X					X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
			Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen ¹⁾	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder

Zweiter Teil: Großhandel

Darstellung nach Unternehmen

Einzelwirtschaftlicher Binnengroßhandel

15	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren nach Absatzgebieten	X	X				X		
16	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren nach Abnehmerkreisen	X	X				X		
17	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 a	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 b	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Werkhandelsunternehmen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X	X				X		
17 c	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Werkhandelsunternehmen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X	X				X		
17 d	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von ausschließlich Binnengroßhandel betreibenden Unternehmen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 e	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von ausschließlich Binnengroßhandel betreibenden Unternehmen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 f	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen mit reinem oder überwiegendem Lagergeschäft in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 g	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen mit reinem oder überwiegendem Lagergeschäft in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 h	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen mit reinem oder überwiegendem Streckengeschäft in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 i	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen mit reinem oder überwiegendem Streckengeschäft in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 k	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Vertriebenenunternehmen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
17 l	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Flüchtlingsunternehmen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		

¹⁾ 08 und 09, 10 und 11, 12 bis 15 jeweils zusammengefaßt.

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschafts-klassen	Umsatz-größen-klassen	Beschäftigten-größen-klassen	Gemeinde-größen-klassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
18	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959	X	X				X		
18 a	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Vertriebenenunternehmen	X	X				X		
18 b	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Flüchtlingsunternehmen	X	X				X		
19	Der Wareneingang nach Bezugsgebieten ..	X	X				X		
20	Der Wareneingang nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf sowie Aufwendungen für Lohnaufträge	X	X				X		
21	Der Wareneingang nach Warenarten	X					X	X	
Genossenschaftlicher Binnengroßhandel									
22	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Absatzgebieten	X	X				X		
23	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Abnehmerkreisen	X	X				X		
24	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
24 a	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
25	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft	X	X				X		
26	Der Wareneingang von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Bezugsgebieten	X	X				X		
27	Der Wareneingang von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf sowie Aufwendungen für Lohnaufträge ...	X	X				X		
28	Der Wareneingang von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Warenarten	X					X	X	
Einzelwirtschaftlicher Außenhandel									
29	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels nach Absatzgebieten	X	X				X		

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
30	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels nach Abnehmerkreisen	X	X				X		
31	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz ..	X	X				X		
31 a	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
31 b	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Vertriebenenunternehmen des Großhandels unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
31 c	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Flüchtlingsunternehmen des Großhandels unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
32	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels	X	X				X		
32 a	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Vertriebenenunternehmen des Großhandels	X	X				X		
32 b	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Flüchtlingsunternehmen des Großhandels	X	X				X		
33	Der Wareneingang von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels nach Bezugsgebieten	X	X				X		
34	Der Wareneingang von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf sowie Aufwendungen für Lohnaufträge	X	X				X		
35	Der Wareneingang von überwiegend Außenhandel betreibenden Unternehmen des Großhandels nach Warenarten	X					X	X	
Genossenschaftlicher Außenhandel									
36	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Absatzgebieten	X	X				X		
37	Der Umsatz von Handelsware und von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Abnehmerkreisen	X	X				X		

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Wirtschaftsklassen	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
38	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
38 a	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X		
39	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft	X	X				X		
40	Der Wareneingang von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Bezugsgebieten	X	X				X		
41	Der Wareneingang von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Beschaffungswegen, ferner nach Bezügen von gebrauchten Waren zum Wiederverkauf sowie Aufwendungen für Lohnaufträge	X	X				X		
42	Der Wareneingang von überwiegend Außenhandel betreibenden Ein- und Verkaufsgenossenschaften und -vereinigungen mit überwiegendem Eigengeschäft nach Warenarten	X					X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
			Betriebsarten	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder

Dritter Teil: Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Darstellung nach Unternehmen

14	Die Zusammensetzung des Umsatzes von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes	X	X				X	X	
15	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
15 a	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
15 b	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Pachtunternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	

Tabellen-Nr.	Titel	Die Tabellen sind aufzustellen nach							
		systematischen Gesichtspunkten	Größenklassen				regionalen Gesichtspunkten		
		Betriebsarten	Umsatzgrößenklassen	Beschäftigtengrößenklassen	Gemeindegrößenklassen	Zahl der Zweigniederlassungen	Bund	Länder	Kreise
15 c	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von ausschließlich Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe betreibenden Unternehmen in eigenen Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
15 d	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von ausschließlich Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe betreibenden Unternehmen in gemieteten Räumen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
15 e	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von ausschließlich Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe betreibenden Pachtunternehmen unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
15 f	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von kombinierten Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X	X				X	X	
15 g	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Vertriebenenunternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X					X	X	
15 h	Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 von Flüchtlingsunternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz	X					X	X	
16	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes	X	X				X	X	
16 a	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Vertriebenenunternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes	X					X	X	
16 b	Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1958 und 1959 von Flüchtlingsunternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes	X					X	X	
17	Der Wareneingang von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nach Beschaffungswegen sowie die bei Lieferanten erzielten Skonti	X	X				X	X	
18	Der Wareneingang von Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nach Warenarten	X					X	X	

6. Verkehrszensus 1962

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
Teil I: Arbeitsstätten		
S 1	Arbeitsstätten mit Verkehrsfunktionen, Beschäftigte, Verkehrsmittel und Umschlagseinrichtungen nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Länder, Kreise
S 2	Arbeitsstätten mit Verkehrsfunktionen, Beschäftigte, Verkehrsmittel und Umschlagseinrichtungen nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit in den Verkehrsbezirken	Bund, Länder, Verkehrsbezirke
S 3	Arbeitsstätten mit Verkehrsfunktionen, Beschäftigte, Verkehrsmittel und Umschlagseinrichtungen nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
S 4	Arbeitsstätten mit Straßenfahrzeugen zur Lastenbeförderung, Beschäftigte und Art und Nutzlast der Fahrzeuge nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
S 6	Arbeitsstätten mit Binnen- und Hafenschiffen, Beschäftigte und Zahl, Art und Tragfähigkeit der Schiffe nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder
S 7	Arbeitsstätten mit Binnen- und Hafenschiffen, Beschäftigte und Zahl und Tragfähigkeit der Schiffe nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Tragfähigkeits-Größenklassen	Bund, Länder
S 8	Arbeitsstätten mit See- und Küstenschiffen, Beschäftigte und Zahl, Art und Tragfähigkeit der Schiffe nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder
S 9	Arbeitsstätten mit Privatgüterwagen, Beschäftigte und Zahl, Art und Tragfähigkeit der Güterwagen nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder
S 10	Arbeitsstätten mit Verkehrs- und Umschlagseinrichtungen nach der Art der Verkehrseinrichtungen in den Verkehrsbezirken und nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder, Verkehrsbezirke
S 11	Arbeitsstätten mit Verkehrs- und Umschlagseinrichtungen und Art und Zahl der Verkehrseinrichtungen in den Verkehrsbezirken und nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder, Verkehrsbezirke
S 12	Arbeitsstätten der Verkehrswirtschaft nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach der Art der außerdem ausgeübten gewerblichen Verkehrsfunktionen	Bund, Länder
S 13	Arbeitsstätten der Verkehrswirtschaft nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit, nach der Art der außerdem ausgeübten Verkehrsfunktionen und nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
S 15	Arbeitsstätten der Verkehrswirtschaft nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit, nach Beschäftigten-Größenklassen und nach der Zahl der ausgeübten gewerblichen Verkehrsfunktionen	Bund, Länder
S 16	Arbeitsstätten, die nebenbei gewerblichen Verkehr betreiben, nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit, nach Größenklassen und nach dem Schwerpunkt der gewerblichen Verkehrstätigkeit	Bund, Länder
AVS 1	Arbeitsstätten des Straßenverkehrs- sowie des Speditions- und Lagereigewerbes mit Spezialisierung der Verkehrstätigkeit im Güterkraftverkehr 1961 und Ladefähigkeit der Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder
AVS 2	Arbeitsstätten der Binnenschifffahrt mit Spezialisierung der Verkehrstätigkeit sowie Zahl und Ladefähigkeit der Güterschiffe nach Größenklassen der Ladekapazität	Bund, Länder
AVS 3	Arbeitsstätten der Seeschifffahrt mit Spezialisierung der Verkehrstätigkeit sowie Zahl und Ladefähigkeit der Güterschiffe nach Größenklassen der Ladekapazität	Bund, Länder
AVS 4	Arbeitsstätten des Straßenverkehrs, der Binnen- und Seeschifffahrt sowie der Spedition und Lagerei mit Spezialisierung der Verkehrstätigkeit 1961 nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach der Art der Spezialisierung	Bund, Länder
AVS 5	Häfen und Umschlagsplätze (Arbeitsstätten), Uferlängen und Hafenbecken in den Verkehrsbezirken	Bund, Länder, Verkehrsbezirke
AS 6	Arbeitsstätten mit gewerblichen Lagern und Art und Größe der Lager nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder
AW 1	Arbeitsstätten nur mit Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen, Zahl und Ladefähigkeit der Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit, nach Beschäftigten-Größenklassen und nach dem Überwiegen von Werknah- oder -fernverkehr	Bund, Länder
AW 2	Arbeitsstätten nur mit Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen, Zahl und Ladefähigkeit der Straßenfahrzeuge zur Lastenbeförderung nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit, nach Beschäftigten-Größenklassen und nach dem Überwiegen von An- oder Abtransporten	Bund, Länder
Teil II: Unternehmen		
UV 1	Unternehmen der Verkehrswirtschaft, Umsätze und ausgewählte Kostenarten 1961 nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit sowie nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UV 2	Unternehmen der Verkehrswirtschaft, Umsätze 1961 sowie Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen 1960 und 1961 nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder

Tabellen-Nr.	Titel	Aufzustellen für ...
UV 3	Unternehmen der Verkehrswirtschaft sowie Umsätze nach Umsatzarten 1961, nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder
UVB 1	Unternehmen der Verkehrswirtschaft und darin Beschäftigte, nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UT 1	Unternehmen mit nebengewerblicher Verkehrstätigkeit und Umsätze aus Verkehrsleistungen 1961 nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit sowie nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UWB 1, UTB 1	Unternehmen nur mit Werkverkehr und Unternehmen, die nebenbei gewerblichen Verkehr betreiben sowie Fahr- und Begleitpersonal von Fahrzeugen nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UV 061/151	Unternehmen des Straßenverkehrsgewerbes und Umsätze 1961 nach Umsatzarten, nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit sowie nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder
UV 071/081	Unternehmen der Binnen- und Seeschifffahrt und Umsätze nach Umsatzarten 1961 nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder
UV 091/101/161	Binnen- und Seehäfen, Binnen- und Seehafenbetriebs- sowie Schiffsmaklereiunternehmen nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder
UV 171	Unternehmen der Reiseveranstaltung und -vermittlung sowie Umsätze nach Umsatzarten 1961 nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder
UT 011	Unternehmen mit nebengewerblicher Verkehrstätigkeit und Umsätze aus Verkehrsleistungen nach Umsatzarten 1961 nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Anteilen des Verkehrsumsatzes am Gesamtumsatz	Bund, Länder
UVF 041/051	Eisenbahnunternehmen sowie Fahr- und Begleitpersonal und Umsätze 1961 nach Umsatz- und Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UVF 061/151/171	Unternehmen des Straßenverkehrsgewerbes und Fahr- und Begleitpersonal von Straßenfahrzeugen, Umsätze 1961 und Fahrdienstzeiten in der Woche vom 22. bis 28. 9. 1962 nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Umsatz- und Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UVF 071	Unternehmen der Binnenschifffahrt und Fahr- und Begleitpersonal auf Binnenschiffen sowie Umsätze 1961 und Arbeitstage des Schiffspersonals vom 22. bis 28. 9. 1962 nach Umsatz- und Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UVF 081	Unternehmen der Seeschifffahrt und Personal auf Seeschiffen sowie Umsätze 1961 und Arbeitstage des Seeschiffspersonals vom 22. bis 28. 9. 1962 nach Umsatz- und Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UVF 091/101/161	Hafen-, Hafenbetriebs- und Schiffsmaklereiunternehmen sowie Fahr- und Begleitpersonal und Umsätze 1961 nach Umsatz- und Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UWF 021/031, UTF 011	Unternehmen nur mit Werkverkehr und Unternehmen, die nebenbei gewerblichen Verkehr betreiben sowie Fahr- und Begleitpersonal nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit	Bund, Länder
UK 1	Unternehmen mit Straßenfahrzeugen zur Lastenbeförderung sowie Zahl und Ladefähigkeit der Fahrzeuge nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Größenklassen der Ladekapazität	Bund, Länder
UK 2	Unternehmen mit Binnenschiffen zur Güterbeförderung sowie Zahl und Ladefähigkeit dieser Schiffe nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und Größenklassen der Ladekapazität ihrer Binnenschiffe	Bund, Länder
UK 3	Unternehmen mit Seeschiffen zur Güterbeförderung sowie Zahl und Ladefähigkeit dieser Schiffe nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und Größenklassen der Ladekapazität ihrer Seeschiffe	Bund, Länder
UK 4	Unternehmen mit Privatgüterwagen sowie Zahl und Ladefähigkeit der Wagen nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und Größenklassen der Ladekapazität ihrer Güterwagen	Bund, Länder
UVK 041/051	Eisenbahnunternehmen sowie Schienenfahrzeuge und Umsätze 1961 nach Umsatz-Größenklassen und nach Größenklassen der Ladekapazität	Bund, Länder
UVK 5, UTK 5	Unternehmen der Verkehrswirtschaft sowie Unternehmen, die nebenbei gewerblichen Verkehr betreiben, mit schienen- oder oberleitungsgebundenen Straßenfahrzeugen, Art, Zahl und (Sitz- und Steh-)Plätze dieser Fahrzeuge sowie Umsätze 1961 nach der Art der Unternehmen	Bund, Länder
UVK 6, UTK 6	Unternehmen mit Kraftomnibussen, Kraftdroschken und/oder Mietwagen (Pkw) und Art, Zahl und (Sitz- und Steh-)Plätze dieser Kraftfahrzeuge sowie Umsätze 1961 nach der Art des Unternehmens und nach Umsatz-Größenklassen	Bund, Länder
UWK 6	Unternehmen mit Kraftomnibussen im Werkverkehr sowie Zahl und (Sitz- und Steh-)Plätze der Omnibusse nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UVS 1	Unternehmen der Verkehrswirtschaft mit nur einer Verkehrstätigkeit (Wirtschaftsklasse) und Umsätze 1961 nach der Art dieser Tätigkeit und nach Umsatz- und Beschäftigten-Größenklassen	Bund, Länder
UKS 1	Unternehmen nur mit Straßenfahrzeugen zur Lastenbeförderung sowie Zahl und Ladefähigkeit der Fahrzeuge nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und Größenklassen der Ladekapazität der Straßenfahrzeuge	Bund, Länder
UKS 2	Unternehmen nur mit Binnen- und/oder Seeschiffen zum Gütertransport sowie Zahl und Ladefähigkeit der Schiffe nach dem Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit und nach Größenklassen der Ladekapazität der Schiffe	Bund, Länder

III. Systematiken und Signierhilfsmittel

Übersicht über die beim Zählungswerk 1961/62 benutzten Systematiken und Verzeichnisse

Bezeichnung	Ausgabe	Zahl der Positionen in der ... Gliederungsstufe					Anwendungsgebiet
		1.	2.	3.	4.	5.	
Unternehmens- und Betriebssystematiken							
Systematik der Wirtschaftszweige mit Betriebs- u. ä. -benennungen	1961	10 Abtlgn.	29 Unter- abteilungen	206 Gruppen	669 Unter- gruppen	1397 Klassen	Verkehrszensus
Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961	1961	10 Abtlgn.	25 Unter- abteilungen	165 Gruppen	436 Unter- gruppen	594 Klassen	Arbeitsstättenzählung
Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961	1961	10 Abtlgn.	38 Unter- abteilungen	118 Gruppen			Berufszählung
Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. -benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige	1961						Verkehrszensus Arbeitsstättenzählung Berufszählung
Verzeichnis der Anstalten und Beherbergungsbetriebe	1961						Volkszählung
Systematisches Verzeichnis		20					
Alphabetisches Verzeichnis		Arten					
Personensystematiken							
Klassifizierung der Berufe	1961						
Systematische Ordnung		8	41	150	437		Berufszählung
Alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen		Berufs- abteilungen	Berufs- gruppen	Berufs- ordnungen	Berufs- klassen		
Verzeichnis d. Religionsbenennungen	1960	11 nicht benannt	42 nicht benannt				Volkszählung Berufszählung
Verzeichnis der Amtsbezeichnungen von Beamten nach Laufbahngruppen (Stellung im Beruf)	1961	3 Laufbahn- gruppen					Berufszählung
Systematisches Verzeichnis							
Alphabetisches Verzeichnis							
Verzeichnis der sozialen Bezeichnungen, die sich von der Unterhaltsquelle herleiten	1961	10 nicht benannt					Berufszählung
Signierschlüssel für das Signieren der Fachrichtung in der Bildungsfrage bei der Volks- und Berufszählung 1961	1960						Volkszählung Berufszählung
Systematisches Verzeichnis		8	8				
Alphabetisches Verzeichnis		nicht benannt	nicht benannt				
Regionalsystematiken							
Statistische Kennziffern für die Verwaltungsbezirke der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand: 1. April 1961)	1961	11 Länder	41 Regierungs- u. Verwal- tungs- bezirke	564 Kreise			Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, Verkehrszensus
Länder- und Staatsangehörigkeitsschlüssel	1962						Volks- und Berufszählung
Systematisches Verzeichnis		5	216				
Alphabetisches Verzeichnis		Erteile	Länder				
Verzeichnisse							
Verzeichnis der Berufsfach- und Fachschulen, Universitäten und Hochschulen	1961						Volkszählung
Schlüsselnummern für Stellung im Beruf/ soziale Stellung	1961	7 nicht benannt	44 nicht benannt				Berufszählung

Systematik der Wirtschaftszweige

(aufgestellt für Zwecke der Arbeitsstätten- und der Berufszählung 1961)

Für die Aufbereitung der Arbeitsstätten- bzw. Berufszählung 1961 wurden die in der Doppelspalte angegebenen Signierkennziffern verwendet. Die in der Vorspalte aufgeführten Nummern der Grundsystematik, die in allen Veröffentlichungen zu benutzen waren,

dienen zugleich als Umsteigeschlüssel von der Berufs- zur Arbeitsstättenzählung und umgekehrt und darüber hinaus zu allen nach der Grundsystematik aufbereiteten Statistiken.

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
00 0	Allgemeine Landwirtschaft		001	11 5	Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen		012
00 1	Garten- und Weinbau		002	11 50	Kali- und Steinsalzbergbau ..	213 10	
00 10	Gartenbau			11 54	Kalibergbau	213 20	
00 15	Weinbau			11 57	Steinsalzbergbau und Salinen		
00 2	Landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht	201 00	001	11 57 0	Steinsalzbergbau	213 31	
00 5	Forstwirtschaft		003	11 57 5	Natürliche Solquellen und Salinen	213 32	
00 9	Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe	202 00	001	11 6	Gewinnung von Erdöl, Erdgas und bituminösen Gesteinen	214 00	013
05 0	Hochsee- und Küstenfischerei ..			11 8	Sonstiger Bergbau (einschl. Torfgewinnung)		
05 00	Dampferhochsee- und Loggerfischerei	203 10	006	11 80	Flußspat-, Schwerspat-, Graphit- und sonstiger Bergbau	215 10	
05 05	Kleine Hochsee- und Küstenfischerei	203 20		11 85	Gewinnung, Aufbereitung und Verschmelzung von Torf	215 20	
05 1	Binnenfischerei und Fischzucht		007	11 9	Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erdölbohrung)	216 00	
05 5	Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege		004	20 0	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)		014
05 50	Gewerbliche Gärtnerei	204 10		20 00	Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern und Kohlenwertstoffen)	217 10	
05 55	Gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	204 20	005	20 04	Herstellung von Chemiefasern	217 20	
10 0	Allgemeine Energiewirtschaft ..	205 00	008	20 07	Kohlenwertstoffindustrie	213 30	
10 1	Elektrizitätserzeugung und -verteilung			20 5	Mineralölverarbeitung, Braunkohlenteer- und Torfteerdestillation sowie Ölschieferschwelerei		
10 10	Elektrizitätserzeugung	206 10		20 50	Verarbeitung von Mineralöl	218 10	017
10 15	Elektrizitätsverteilung	206 20		20 55	Braunkohlenteer- und Torfteerdestillation sowie Ölschieferschwelerei	218 20	
10 3	Gaserzeugung und -verteilung			21 0	Kunststoffverarbeitung	219 00	
10 30	Gaserzeugung	207 10		21 5	Gummi- und Asbestverarbeitung		019
10 35	Gasverteilung	207 20		21 50	Herstellung von Gummiwaren		
10 5	Fernheizung	208 00		21 50 0	Herstellung von Gummiwaren (ohne Herstellung von Bereifungen)	220 11	
10 7	Wassergewinnung und -verteilung	209 00		21 50 5	Herstellung von Bereifungen	220 12	
11 0	Steinkohlenbergbau (einschl. -brikettherstellung) und Kokerei	210 00	009	21 54	Regenerierung, Vulkanisierung und Reparatur von Gummiwaren	220 20	
11 1	Braun- und Pechkohlenbergbau (einschl. -brikettherstellung) und Braunkohlenschwelerei	211 00	010	21 57	Verarbeitung von Asbest	220 30	
11 3	Erzbergbau						
11 30	Eisenerzbergbau	212 10	011				
11 35	Metallerzbergbau	212 20					

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
22 0	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden			22 7	Herstellung und Verarbeitung von Glas		
22 00	Gewinnung, Be- und Verar- beitung von Natursteinen ...			22 70	Herstellung von Flachglas ..	223 10	
22 00 0	Gewinnung und Bearbeitung von Natursteinen (ohne Steinbildhauerei und Stein- metzerei)	221 11		22 74	Herstellung von Hohlglas ..	223 20	023
22 00 5	Steinbildhauerei und Stein- metzerei	221 12		22 77	Verarbeitung und Veredelung von Glas, Herstellung von Glasfasern	223 30	
22 01	Gewinnung und Aufbereitung von Sand und Kies	221 20	020	23 0	Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)	224 00	024
22 02	Herstellung von Zement und zementähnlichen Bindemitteln	221 30		23 2	NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)	225 00	025
22 03	Gewinnung und Aufbereitung von Kalkstein, Gips und Kreide sowie Herstellung von Gipserzeugnissen	221 40		23 4	Eisen-, Stahl- und Tempergieße- rei	226 00	026
22 04	Gewinnung und Verarbeitung von sonstigen Steinen und Erden	221 50		23 6	NE-Metallgießerei	227 00	027
22 05	Herstellung von grobkerami- schen Erzeugnissen			23 8	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächen- veredlung und Härtung		
22 05 0	Ziegelei	221 61		23 80	Ziehereien und Kaltwalzwerke	228 10	028
22 05 4	Herstellung von Grobstein- zeug	221 62		23 84	Stahlverformung	228 20	029
22 05 7	Herstellung von feuerfesten grobkeramischen Erzeugnis- sen	221 63		23 87	Oberflächenveredlung und Härtung	228 30	
22 06	Herstellung von Kalksand- steinen	221 70		23 9	Schlosserei, Schweißerei, Schlei- ferei und Schmiederei (ander- weitig nicht genannt)		
22 08	Herstellung von Betonstein- erzeugnissen		021	23 90	Schlosserei und Schweißerei	229 10	030
22 08 0	Herstellung von Baustoffen aus Bims (einschl. Bimsge- winnung)	221 81		23 94	Schleiferei	229 20	
22 08 4/7	Herstellung von Betonstein- erzeugnissen (ohne Herstel- lung von Baustoffen aus Bims)	221 82		23 97	Beschlag-, Kunst- und Repa- ratur Schmieden	229 30	
22 09	Herstellung von sonstigen künstlichen Steinerzeugnissen, Mörtel und Transportbeton ..	221 90		24 0	Stahl- und Leichtmetallbau		
22 4	Feinkeramik			24 00	Hoch-, Brücken- und Wasser- bau aus Stahl und Leicht- metall sowie Weichenbau ...	230 10	031
22 40	Herstellung von Porzellan und feinkeramischen Massen	222 10		24 03	Waggon-, Feld- und Industrie- bahnwagenbau	230 20	032
22 42	Herstellung von Gebrauchs- steingut, Feinsteinzeug, Ton- und Töpferwaren	222 20		24 06	Herstellung von Dampfkesseln, ortsfesten Behältern für flüs- sige und gasförmige Stoffe sowie von Rohrleitungen	230 30	031
22 44	Herstellung von sanitärer, technischer und chemisch-tech- nischer Keramik	222 30	022	24 09	Montage und Reparatur von Lüftungs-, wärme- und ge- sundheitstechnischen Anlagen	230 40	
22 47	Herstellung von Kacheln, Kachelöfen und Baukeramik ..	222 40		24 2	Maschinenbau		
22 49	Herstellung von Schleifmitteln	222 50		24 20/8	Maschinenbau (ohne Montage und Reparatur)	231 10	033
				24 29	Montage und Reparatur von Erzeugnissen des Maschinen- baus	231 20	
				24 4	Straßenfahrzeugbau		
				24 40	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren (ohne Herstellung von Ackerschlepp- ern)	232 10	034
				24 41	Herstellung von Krafträdern und Kraftradmotoren	232 20	
				24 43	Herstellung von Kraftfahrzeug- teilen und -zubehör (ohne Her- stellung von Motoren)	232 30	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
24 44	Herstellung von Karosserien und Anhängern für Kraftfahr- zeuge	232 40	noch 034	25 64	Herstellung von Heiz- und Kochgeräten	238 50	noch 039
24 45	Herstellung und Reparatur von Gespannfahrzeugen	232 50		25 65	Herstellung von Kraftrad- und Fahrradteilen sowie -zubehör	238 60	
24 46	Herstellung von Fahrrädern und Kinderwagen	232 60		25 66	Herstellung von Blechwaren, Blechkonstruktionen und Fein- blechpackungen		
24 48	Reparatur von Kraftfahrzeu- gen und Fahrrädern	232 70		25 66 0	Herstellung von Stahlblech- waren	238 71	
24 49	Lackierung von Straßenfahr- zeugen	232 80		25 66 3	Herstellung von Stahlrohr- möbeln, Stahldrahtmatratzen und Metallbettstellen	238 72	
24 6	Schiffbau		035	25 66 6	Herstellung von NE-Metall- blechwaren	238 73	039
24 60	Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)	233 10		25 66 9	Herstellung von Feiblech- packungen	238 74	
24 65	Boots- und Yachtbau	233 20		25 68	Herstellung von Metallwaren und Metallkurzwaren (ohne Herstellung von NE-Metall- blechwaren)	238 80	
24 8	Luftfahrzeugbau	234 00	036				
25 0	Elektrotechnik		037	25 8	Herstellung von Musikinstru- menten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren		040
25 00	Allgemeine Elektrotechnik ..	235 10		25 80	Herstellung und Reparatur von Musikinstrumenten		
25 02	Herstellung von Erzeugnissen der Starkstromtechnik	235 20		25 80 0	Herstellung und Reparatur von Großmusikinstrumenten	239 11	
25 04	Herstellung von Erzeugnissen der Nachrichtentechnik	235 30		25 80 5	Herstellung und Reparatur von sonstigen Musikinstru- menten	239 12	
25 06	Herstellung von sonstigen Er- zeugnissen der Elektrotechnik	235 40		25 83	Herstellung von Spielwaren und Christbaumschmuck	239 20	
25 08	Montage und Reparatur von Erzeugnissen der Elektrotech- nik	235 50	038	25 86	Herstellung von Turn- und Sportgeräten	239 30	041
25 2	Feinmechanik und Optik			25 89	Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen sowie Herstel- lung von Schmuckwaren		
25 20	Herstellung von optischen Er- zeugnissen	236 10		25 89 0	Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen, Perlen, Perlmutter und Hartglas ..	239 41	
25 22	Herstellung von Foto-, Pro- jektions- und kinotechnischen Geräten	236 20		25 89 5	Herstellung von Schmuck- waren und schmuckähn- lichen Erzeugnissen	239 42	
25 25	Herstellung von feinmechani- schen Erzeugnissen (ohne Her- stellung von medizin- und orthopädiemechanischen Er- zeugnissen)	236 30		26 0	Säge- und Holzbearbeitungs- werke		042
25 27	Herstellung von medizin- und orthopädiemechanischen Er- zeugnissen	236 40	039	26 00	Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke		
25 4	Herstellung und Reparatur von Uhren			26 00 0/4	Säge-, Hobel- und Holz- imprägnierwerke	240 11	
25 40	Herstellung von Uhren und deren Teilen	237 10		26 00 7	Furnierwerke	240 12	
25 45	Reparatur von Uhren	237 20		26 05	Sperrholz-, Holzfasernplatten und Holzspanplattenwerke ..	240 20	
25 6	Herstellung von EBM-Waren ..		043	26 1	Holzverarbeitung		043
25 60	Herstellung von Werkzeugen (ohne Herstellung von Maschi- nen- und Präzisionswerkzeu- gen)	238 10		26 10	Herstellung und Reparatur von Möbeln aus Holz, Holzkon- struktionen und sonstigen Tischlereierzeugnissen		
25 61	Herstellung von Schlössern und Beschlägen	238 20		26 10 0	Bau- und Möbeltischlerei ..	241 11	
25 62	Herstellung von Schneidwaren, Bestecken und blanken Waffen	238 30					
25 63	Herstellung von Handelswaf- fen und deren Munition	238 40					

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
26 10 2/4	Herstellung und Reparatur von Bauelementen und Bauteilen aus Holz	241 12	noch 43
26 10 6/9	Herstellung und Reparatur von Möbeln und sonstigen Tischlereierzeugnissen	241 13	
26 12	Herstellung und Reparatur von Verpackungsmitteln und Lagerbehältern aus Holz	241 20	044
26 14	Herstellung von sonstigen Holzwaren (einschl. Herstellung von Drechslerwaren) ...	241 30	
26 16	Herstellung und Reparatur von Korb- und Flechtwaren	241 40	
26 17	Herstellung von Pinseln, Besen und Bürsten, Bearbeitung von Naturschwämmen	241 50	
26 18	Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen	241 60	045
26 19	Veredlung von Holz- und verwandten Waren	241 70	
26 4	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	242 00	
26 5	Papier- und Pappeverarbeitung		
26 50	Herstellung von Tapeten	243 10	046
26 52	Herstellung von imprägniertem, gummiertem und technischem Papier sowie von Verpackungsmitteln aus Papier und Pappe	243 20	
26 54	Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier und Pappe	243 30	
26 56	Buchbinderei	243 40	
26 59	Herstellung von sonstigen Waren aus Papier und Pappe	243 50	047
26 8	Druckerei und Vervielfältigung		
26 80	Druckerei	244 10	
26 84	Chemigrafisches Gewerbe sowie Herstellung von Stereos, Galvanos und Gummistempeln	244 20	
26 87	Licht- und Fotopauserei	244 30	048
27 0	Herstellung, Zurichtung und Veredlung von Leder	245 00	
27 1	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	246 00	
27 2	Herstellung und Reparatur von Schuhen aus Leder und Textilien		
27 21	Serienfertigung von Schuhen aus Leder und Textilien (ohne Maßschuhmacherei)	247 10	049
27 25	Herstellung von Maßschuhen und Reparatur von Schuhen ..	247 20	
27 5	Textilgewerbe		
27 50	Aufbereitung von Spinnstoffen	248 10	

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
27 51	Spinnweberei	248 20	050
27 52	Spinnerei und Zwirnerei	248 30	
27 53	Weberei	248 40	051
27 54	Wirkerei und Strickerei	248 50	
27 55	Sonstige Spinnstoffverarbeitung	248 60	
27 57	Veredlung von Textilien	248 70	
27 59	Textilhilfsgewerbe	248 80	052
27 6	Bekleidungsgewerbe		
27 60	Herstellung von Oberbekleidung		
27 60 0	Serienfertigung von Herren- und Knabenoberbekleidung	249 11	
27 60 2	Herrenmaßschneiderei	249 12	053
27 60 4	Serienfertigung von Damen-, Mädchen- und Kinderoberbekleidung	249 13	
27 60 6	Damenmaßschneiderei	249 14	
27 60 8	Serienfertigung von genähter Arbeits-, Sport-, Leder- und Regenschutzbekleidung sowie von Uniformen	249 15	
27 62	Herstellung von Wäsche-, Korsett- und Miederwaren ...	249 20	054
27 64	Herstellung von Hüten, Mützen, Kappen und Bekleidungs-zubehör	249 30	
27 66	Verarbeitung von Fellen und Pelzen	249 40	
27 68	Herstellung von Bettwaren ..	249 50	
27 69	Sonstiges Bekleidungsgewerbe	249 60	055
27 9	Polsterei und Dekorations-gewerbe	250 00	
28 0	Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art	251 00	
28 1	Mahl- und Schälsmühlen (ohne Ölmühlen)	252 00	
28 2	Stärkegewinnung und -verarbeitung, Verarbeitung von Kartoffeln (ohne Brennerei und Futtermittelherstellung)	253 00	056
28 3	Herstellung von Nahrungsmitteln ..		
28 30 0	Herstellung von Nahrungsmitteln (ohne Herstellung von Teigwaren)	254 01	
28 30 5	Herstellung von Teigwaren	254 02	
28 4	Herstellung von Backwaren		057
28 40	Brotindustrie	255 01	
28 45	Bäckerei, Herstellung von Konditorwaren		
28 45 0	Bäckerei	255 01	
28 45 5	Herstellung von Konditorwaren	255 02	058
28 5	Zuckerindustrie	256 00	

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
28 6	Obst- und Gemüseverarbeitung	257 00	064	29 8	Sonstiges Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (ohne Herstellung von Futtermitteln)		
28 7	Herstellung von Süßwaren			29 80	Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung ähnlicher Erzeugnisse	267 10	065
28 70 0	Herstellung von Kakao- und Schokoladerzeugnissen ...	258 01		29 84	Herstellung von Essig, Senf, Essenzen und Gewürzen (einschließlich Herstellung von Mayonnaise)	267 20	
28 70 3	Herstellung von Zuckerwaren	258 02	058	29 87	Eisgewinnung	267 30	
28 70 6	Herstellung von Dauerbackwaren	258 03		29 9	Herstellung von Futtermitteln ..	268 00	
28 70 9	Herstellung von Kunsthonig, Speiseeis und Rohmassen ..	258 04		30 0	Hoch- und Tiefbau	269 00	
28 8	Milchverwertung			30 2	Spezialbau	270 00	067
28 80	Molkerei und Käseerei	259 10	059	30 5	Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	271 00	
28 85	Herstellung von Dauermilch, Milchpräparaten und Schmelzkäse	259 20		30 8	Zimmerei und Dachdeckerei		
28 9	Herstellung von Speiseöl und Speisefett			30 80	Zimmerei und Ingenieurholzbau	272 10	068
28 90	Ölmühlen, Ölraffination und -härtung	260 10	060	30 85	Dachdeckerei	272 20	
28 95	Herstellung von Margarine und Kunstspeisefetten	260 20		31 0	Bauinstallation		
29 1	Schlachtereier und Fleischverarbeitung			31 00	Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	273 10	069
29 10	Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe)	261 10		31 05	Elektroinstallation	273 20	
29 14	Fleischwarenindustrie, Talgschmelzen und Schmalzsiedereien	261 20	061	31 2	Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei		
29 17	Fleischerei			31 20	Glasergerberie	274 10	
29 17 0	Fleischerei (ohne Pferdefleischerei)	261 31		31 24/7	Maler- und Lackierergewerbe, Tapetenkleberei ..	274 20	070
29 17 5	Pferdefleischerei	261 32		31 5	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei		
29 2	Fischverarbeitung	262 00	062	31 50	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei	275 10	
29 3	Brauerei und Mälzerei	263 00		31 55	Ofen- und Herdsetzerei	275 20	
29 4	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung			31 8	Bauhilfsgewerbe		
20 40/4	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen	264 10	063	31 80 0	Gerüstbau	276 01	071
29 47	Weinherstellung und -verarbeitung	264 20		31 80 5	Fassadenreinigung und Gebäudetrocknung	276 02	
29 5	Gewinnung von Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser und Limonaden	265 00		40 0	Großhandel mit Waren verschiedener Art	277 00	
29 7	Tabakverarbeitung			40 1	Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie mit lebenden Tieren		
29 70	Aufbereitung von Tabak, Herstellung von Rauch-, Kau- und Schnupftabak	266 10	066	40 10	Großhandel mit Getreide, Saaten, Futter- und Düngemitteln	278 10	
29 74	Herstellung von Zigarren, Zigarillos und Stumpen	266 20		40 13	Großhandel mit Blumen, Pflanzen und Blumenbindereibedarf	278 20	072
29 77	Herstellung von Zigaretten ..	266 30		40 16	Großhandel mit lebendem Vieh	278 30	
				40 19	Großhandel mit sonstigen lebenden Tieren sowie mit zoologischem Bedarf	278 40	
				40 2	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten und Fellen		

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
40 20	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren (ohne Großhandel mit Lumpen und Textilabfällen)		
40 20 0/3	Großhandel mit Wolle, Tierhaaren und Baumwolle	279 11	
40 20 6/9	Ubriger Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren (ohne Großhandel mit Lumpen und Textilabfällen)	279 12	
40 25	Großhandel mit Häuten und Fellen	279 20	
40 4	Großhandel mit technischen Chemikalien und Rohdrogen, Kautschuk und Kunstgummi ...		
40 40	Großhandel mit technischen Chemikalien und Rohdrogen sowie mit pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen für technische Zwecke	280 10	
40 45	Großhandel mit Kautschuk und Kunstgummi	280 20	
40 5	Großhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen		
40 50	Großhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	281 10	
40 54	Großhandel mit Kohle und sonstigen festen Brennstoffen	281 20	
40 57	Großhandel mit Mineralölerzeugnissen	281 30	
40 6	Großhandel mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug	282 00	
40 7	Großhandel mit Holz, Holzhalbwaren, Baustoffen und Installationsbedarf		
40 70	Großhandel mit Rund-, Gruben- und Faserholz	283 10	
40 72	Großhandel mit Holzhalbwaren und Kunststoffplatten	283 20	
40 74	Großhandel mit Baustoffen ..	283 30	
40 76	Großhandel mit Flachglas	283 40	
40 78	Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung	283 50	
40 8	Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen		
40 80	Großhandel mit Altmaterial verschiedener Art	284 10	
40 83	Großhandel mit Schrott, NE-Altmetallen und Abbruchmaterial	284 20	
40 86/9	Ubriger Großhandel mit sonstigen Abfallstoffen	284 30	

noch
072

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
41 1	Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln		
41 10	Sortiments-Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art	285 10	
41 11	Großhandel mit Speise- und Industriekartoffeln, Gemüse, Obst, Früchten und Gewürzen	285 20	
41 12	Großhandel mit Mehl, Zucker und Süßwaren		
41 12 0	Großhandel mit Mehl	285 31	
41 12 4	Großhandel mit Zucker	285 32	
41 12 7	Großhandel mit Süßwaren	285 33	
41 13	Großhandel mit Milcherzeugnissen, Fettwaren, Eiern und lebendem Geflügel	285 40	
41 14	Großhandel mit Fischen, Fischerzeugnissen, Wild, geschlachtetem Geflügel, Fleisch und Fleischwaren		073
41 14 0	Großhandel mit Fischen und Fischerzeugnissen	285 51	
41 14 4/7	Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren, Wild und geschlachtetem Geflügel	285 52	
41 16	Großhandel mit sonstigen Nahrungsmitteln (ohne Großhandel mit Kaffee, Tee, Rohkakao und Getränken)	285 60	
41 17	Großhandel mit Kaffee, Tee und Rohkakao	285 70	
41 18	Großhandel mit Getränken ..	285 80	
41 19	Großhandel mit Tabak und Tabakwaren		
41 19 0	Großhandel mit Rohtabak ..	285 91	
41 19 5	Großhandel mit Tabakwaren	285 92	
41 2	Großhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen		
41 20	Großhandel mit Textilwaren verschiedener Art	286 10	
41 21	Großhandel mit Tuchen, Futterstoffen und Meterware sowie mit Schneidereibedarf (ohne Großhandel mit Heimtextilien)	286 20	
41 22	Großhandel mit Oberbekleidung (ohne Großhandel mit Wirk- und Strickwaren)	286 30	
41 23	Großhandel mit Wäsche, Wirk-, Strick- und Textilkurzwaren (ohne Großhandel mit Schneidereibedarf)	286 40	
41 24	Großhandel mit Hüten, Mützen, Schirmen und Bekleidungszubehör	286 50	
41 25	Großhandel mit Kürschnerwaren	286 60	

074

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
41 26	Großhandel mit Heimtextilien, Innendekorations-, Polsterer- und Sattlerbedarf sowie mit Bettwaren	286 70	noch 074
41 27	Großhandel mit Sport- und Campingartikeln	286 80	
41 28	Großhandel mit Schuhen und Schuhwaren	286 90	
41 3	Großhandel mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)		075
41 30	Großhandel mit Eisen, Metall- und Kunststoffwaren (anderweitig nicht genannt)		
41 30 0	Sortiments-Großhandel mit Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren verschiedener Art	287 11	
41 30 2/4	Großhandel mit Schrauben, Norm- und Fassondrehteilen, Kleiseisenwaren, Beschlägen und Bauartikeln	287 12	
41 30 5/9	Großhandel mit sonstigen Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren (einschl. Großhandel mit Hausrat)	287 13	
41 33	Großhandel mit feinkeramischen Erzeugnissen und Glaswaren	287 20	
41 36	Großhandel mit Möbeln und kunstgewerblichen Erzeugnissen	287 30	
41 39	Großhandel mit sonstigen Holzwaren, Korb-, Kork-, Flecht- und Bürstenwaren sowie mit Kinderwagen	287 40	
41 4	Großhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten		
41 40	Großhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (anderweitig nicht genannt), Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten sowie mit Schallplatten	288 10	
41 43	Großhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (ohne Großhandel mit Dental-, Labor- und Krankenpflegebedarf)	288 20	
41 46	Großhandel mit Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren sowie mit Edel- und Schmucksteinen	288 30	
41 48	Großhandel mit Leder- und Täschnerwaren (ohne Großhandel mit Schuhen)	288 40	
41 49	Großhandel mit Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten		

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
41 49 0/4	Großhandel mit Galanterie- und Spielwaren	288 51	noch 075
41 49 7	Großhandel mit Musikinstrumenten	288 52	
41 6	Großhandel mit Fahrzeugen und Maschinen (ohne Großhandel mit Spezialmaschinen der Untergruppe 41 76)		
41 60	Großhandel mit Fahrzeugen, deren Teilen und Zubehör ...		
41 60 0	Großhandel mit Kraftwagen und Krafträdern	289 11	
41 60 3	Großhandel mit Kraftfahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	289 12	
41 60 6/9	Übriger Großhandel mit Fahrzeugen, deren Teilen und Zubehör	289 13	
41 64	Großhandel mit Maschinen (ohne Großhandel mit Landmaschinen und Spezialmaschinen der Untergruppe 41 76) ..		
41 64 0	Großhandel mit Werkzeugmaschinen	289 21	
41 64 2	Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten sowie mit Feld- und Industriebahnmaterial	289 22	
41 64 4	Großhandel mit Büromaschinen	289 23	
41 64 6	Großhandel mit Textil- und Nähmaschinen	289 24	
41 64 9	Großhandel mit sonstigen Maschinen (ohne Großhandel mit Landmaschinen und Spezialmaschinen der Untergruppe 41 76)	289 25	
41 67	Großhandel mit Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten	289 30	
41 7	Großhandel mit technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige		
41 70	Großhandel mit chemisch-technischen Erzeugnissen	290 10	
41 72/4	Großhandel mit Hanf- und Hartfasererzeugnissen sowie mit technischem Bedarf (anderweitig nicht genannt) ..	290 20	
41 76	Großhandel mit technischem Spezialbedarf und -maschinen für verschiedene Zweige des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	290 30	
41 78	Großhandel mit Lacken, Farben und sonstigem Anstrichbedarf sowie mit Tapeten, Linoleum u. ä. Fußbodenbelag	290 40	
41 79	Großhandel mit Leder und Schuhmacherbedarf	290 50	

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
41 8	Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf ..		noch 075	42 20 7	Vermittlung von Häuten und Fellen	295 12	noch 076
41 80	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen und pharmazeutischen Chemikalien ...	291 10		42 22	Vermittlung von technischen Chemikalien und Rohdrogen, Kautschuk und Kunstgummi ..	295 20	
41 84	Großhandel mit Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf			42 24	Vermittlung von Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen		
41 84 0/4	Großhandel mit Dental-, Labor- und Krankenpflegebedarf	291 21		42 24 0	Vermittlung von Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	295 31	
41 84 7	Großhandel mit Friseurbedarf	291 22		42 24 4	Vermittlung von Kohle und sonstigen festen Brennstoffen	295 32	
41 87	Großhandel mit Feinseifen, Körperpflege-, Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln	291 30		42 24 7	Vermittlung von Mineralölerzeugnissen (ohne Vermittlung durch Tankstellen) ...	295 33	
41 9	Großhandel mit Papier, Papierwaren und Druckereierzeugnissen			42 24 9	Vermittlung von Mineralölerzeugnissen (Tankstellen-Absatz in fremdem Namen)	295 34	
41 90	Großhandel mit Papier und Pappe	292 10		42 26	Vermittlung von Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug ..	295 40	
41 93	Großhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln	292 20		42 28	Vermittlung von Holz, Holzhaltwaren, Baustoffen und Installationsbedarf		
41 96	Großhandel mit Büchern, Zeitschriften und Zeitungen	292 30		42 28 0/3	Vermittlung von Rund-, Gruben- und Faserholz, Holzhaltwaren und Kunststoffplatten	295 51	
41 99	Großhandel mit Musikalien ..	292 40		42 28 6	Vermittlung von Baustoffen und Flachglas	295 52	
42 0	Vermittlung von Waren verschiedener Art	293 00	076	42 28 9	Vermittlung von Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung	295 53	
42 1	Vermittlung von Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie von lebenden Tieren			42 29	Vermittlung von Schrott und sonstigen Abfallstoffen	295 60	
42 10 0	Vermittlung von Getreide, Saaten, Futter- und Düngemitteln	294 01		42 3	Vermittlung von Nahrungs- und Genußmitteln		
42 10 3	Vermittlung von Blumen, Pflanzen und Blumenbindebedarfs	294 02		42 30	Vermittlung von Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art	296 10	
42 10 6	Vermittlung von lebendem Vieh	294 03		42 33	Vermittlung von bestimmten Nahrungs- und Genußmitteln (ohne Vermittlung von Getränken, Tabak und Tabakwaren)		
42 10 9	Vermittlung von sonstigen lebenden Tieren sowie von zoologischem Bedarf	294 04		42 33 0	Vermittlung von Speise- und Industriekartoffeln, Gemüse, Obst, Früchten und Gewürzen	296 21	
42 2	Vermittlung von Rohstoffen und Halbwaren (ohne solche der Ernährungswirtschaft) sowie von Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen			42 33 1	Vermittlung von Mehl, Zucker und Süßwaren	296 22	
42 20	Vermittlung von textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten und Fellen (ohne Vermittlung von Lumpen und Textilabfällen)			42 33 3	Vermittlung von Milcherzeugnissen, Fettwaren, Eiern und lebendem Geflügel	296 23	
42 20 0/4	Vermittlung von textilen Rohstoffen und Halbwaren (ohne Vermittlung von Lumpen und Textilabfällen)	295 11		42 33 5	Vermittlung von Fischen, Fischerzeugnissen, Wild, geschlachtetem Geflügel, Fleisch und Fleischwaren ..	296 24	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
42 33 7	Vermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln (ohne Vermittlung von Kaffee, Tee, Rohkakao und Getränken)	296 25	noch 076	42 6	Vermittlung von elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie von Musikinstrumenten		noch 076
42 33 9	Vermittlung von Kaffee, Tee und Rohkakao	296 26		42 60	Vermittlung von elektrotechnischen Erzeugnissen (anderweitig nicht genannt), Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten sowie von Schallplatten	299 10	
42 36	Vermittlung von Getränken ..	296 30		42 63	Vermittlung von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (ohne Vermittlung von Dental-, Labor- und Krankenpflegebedarf)	299 20	
42 39	Vermittlung von Tabak und Tabakwaren			42 66	Vermittlung von Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren sowie von Edel- und Schmucksteinen	299 30	
42 39 0	Vermittlung von Rohtabak	296 41		42 68	Vermittlung von Leder- und Täschnerwaren (ohne Vermittlung von Schuhen)	299 40	
42 39 5	Vermittlung von Tabakwaren	296 42		42 69	Vermittlung von Galanterie- und Spielwaren sowie von Musikinstrumenten	299 50	
42 4	Vermittlung von Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie von Schuhen ...			42 7	Vermittlung von Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige		
42 40	Vermittlung von Textilwaren verschiedener Art	297 10		42 70	Vermittlung von Fahrzeugen, deren Teilen und Zubehör ..	300 10	
42 41	Vermittlung von Tuchen, Futterstoffen und Meterware sowie von Schneidereibedarf (ohne Vermittlung von Heimtextilien)	297 20		42 74	Vermittlung von Maschinen (ohne Vermittlung von Spezialmaschinen der Klasse 42 77)	300 20	
42 42	Vermittlung von Oberbekleidung (ohne Vermittlung von Wirk- und Strickwaren), Bekleidungszubehör und Kürschnerwaren	297 30		42 77	Vermittlung von technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige (ohne Vermittlung von technischen Chemikalien)	300 30	
42 44	Vermittlung von Wäsche, Wirk-, Strick- und Textilkurzwaren (ohne Vermittlung von Schneidereibedarf)	297 40		42 8	Vermittlung von sonstigen Waren		
42 66	Vermittlung von Heimtextilien, Innendekoration-, Polsterer- und Sattlerbedarf sowie von Bettwaren	297 50		42 80	Vermittlung von pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf		
42 48	Vermittlung von Sport- und Campingartikeln	297 60		42 80 0	Vermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen und pharmazeutischen Chemikalien	301 11	
42 49	Vermittlung von Schuhen und Schuhwaren	297 70		42 80 4	Vermittlung von Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf	301 12	
42 5	Vermittlung von Eisen- und Metallwaren sowie von Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)			42 80 7	Vermittlung von Feinseifen, Körperpflege-, Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln	301 13	
42 50	Vermittlung von Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren (anderweitig nicht genannt)	298 10		42 85	Vermittlung von Papier, Papierwaren und Druckerzeugnissen (ohne Vermittlung von Verpackungsmitteln)	301 20	
42 53	Vermittlung von feinkeramischen Erzeugnissen und Glaswaren für den Haushalt	298 20		42 89	Vermittlung von Verpackungsmitteln	301 30	
42 56	Vermittlung von Möbeln, Antiquitäten, Kunstgegenständen und kunstgewerblichen Erzeugnissen	298 30		42 9	Versandhandelsvertretung	302 00	
42 59	Vermittlung von sonstigen Holzwaren (ohne Vermittlung von Verpackungsmitteln), Korb-, Kork-, Flecht- und Bürstenwaren sowie von Kinderwagen	298 40					

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
43 0	Einzelhandel mit Waren ver- schiedener Art		077
43 00	Einzelhandel mit Waren ver- schiedener Art, Hauptrichtung Bekleidung, Textilien, Haus- rat und Wohnbedarf	303 10	
43 04	Einzelhandel mit Waren ver- schiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genußmittel ..	303 20	
43 07	Einzelhandel mit Gebraucht- waren (ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Antiqui- täten)	303 30	
43 1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln		078
43 10	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiede- ner Art		
43 10 0	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiede- ner Art (ohne Einzelhand- del mit Reformwaren)	304 11	
43 10 5	Einzelhandel mit Reform- waren	304 12	
43 14	Fach-Einzelhandel mit Nah- rungs- und Genußmitteln (ohne Einzelhandel mit Ge- tränken und Tabakwaren) ...		
43 14 0	Einzelhandel mit Kartoffeln, Gemüse, Obst und Süd- früchten	304 21	
43 14 1	Einzelhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Fettwa- ren und Eiern	304 22	
43 14 2	Einzelhandel mit Fischen und Fischerzeugnissen	304 23	
43 14 3	Einzelhandel mit Wild und Geflügel	304 24	
43 14 4	Einzelhandel mit Süßwaren	304 25	
43 14 5	Einzelhandel mit Kaffee, Tee und Kakao	304 26	
43 14 9	Fach-Einzelhandel mit son- stigen Nahrungs- und Ge- nußmitteln (ohne Einzelhand- del mit Getränken und Ta- bakwaren)	304 27	
43 16	Einzelhandel mit Getränken		
43 16 0	Einzelhandel mit Wein und Spirituosen	304 31	
43 16 5	Einzelhandel mit Bier und alkoholfreien Getränken ..	304 32	
43 19	Einzelhandel mit Tabakwaren	304 40	
43 2	Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen		079
43 20	Einzelhandel mit Textilwaren verschiedener Art	305 10	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
43 21	Einzelhandel mit Tuchen, Fut- terstoffen und Meterware (ohne Einzelhandel mit Heim- textilien und Schneidereibe- darf)	305 20	noch 079
43 22	Einzelhandel mit Oberbeklei- dung (ohne Einzelhandel mit Wirk- und Strickwaren)	305 30	
43 23	Einzelhandel mit Wäsche, Wirk-, Strick- und Textilkurz- waren sowie mit Schneidere- bedarf		
43 23 0	Einzelhandel mit Leibwäsche, Wirk- und Strickwaren so- wie mit Strümpfen und Babyartikeln	305 41	
43 23 2	Einzelhandel mit Aussteuer-, Haus-, Bett- und Tisch- wäsche	305 42	
43 23 4	Einzelhandel mit Mieder- und Korsettwaren	305 43	
43 23 6	Einzelhandel mit Textilkurz- waren und Schneidereibe- bedarf	305 44	
43 23 8	Einzelhandel mit Handar- beiten und Handarbeitsbe- darf	305 45	
43 24	Einzelhandel mit Hüten, Müt- zen, Schirmen, Oberhemden, Blusen und Bekleidungszeu- hör		
43 24 0/4	Einzelhandel mit Hüten, Mützen und Schirmen	305 51	
43 24 7	Einzelhandel mit Oberhem- den, Blusen, Krawatten, Handschuhen, Schals und sonstigem Bekleidungszeu- hör	305 52	080
43 25	Einzelhandel mit Kürschner- waren	305 60	
43 26	Einzelhandel mit Heimtexti- lien und Bettwaren	305 70	
43 27	Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln	305 80	
43 28	Einzelhandel mit Schuhen und Schuhwaren	305 90	
43 3	Einzelhandel mit Eisen- und Me- tallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)		
43 30	Einzelhandel mit Eisen-, Me- tall- und Kunststoffwaren (an- derweitig nicht genannt)		
43 30 0	Einzelhandel mit Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren verschiedener Art	306 11	
43 30 2	Einzelhandel mit Hausrat aus Eisen, Metall und Kunst- stoffen (ohne Einzelhandel mit Ofen, Herden, Elektro- geräten und Schneidwaren)	306 12	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
43 30 4	Einzelhandel mit Öfen, Herden, Kühlschränken und Waschmaschinen	306 13	noch 080	43 48	Einzelhandel mit Leder- und Täscherwaren (ohne Einzelhandel mit Schuhen)	307 40	noch 080
43 30 6	Einzelhandel mit Schneidwaren, Bestecken und ähnlichen Stahlwaren	306 14		43 49	Einzelhandel mit Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten		
43 30 8	Einzelhandel mit Waffen, Munition und Jagdartikeln	306 15		43 49 0/4	Einzelhandel mit Galanterie- und Spielwaren	307 51	
43 33	Einzelhandel mit feinkeramischen Erzeugnissen und Glaswaren für den Haushalt	306 20		43 49 7	Einzelhandel mit Musikinstrumenten	307 52	
43 36	Einzelhandel mit Möbeln, Antiquitäten, Kunstgegenständen und kunstgewerblichen Erzeugnissen			43 5	Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen		081
43 36 0	Einzelhandel mit Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen (ohne Einzelhandel mit gebrauchten Möbeln und Antiquitäten)	306 31		43 50	Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln sowie mit Sammlerbriefmarken	308 10	
43 36 3/6	Einzelhandel mit Antiquitäten, Kunstgegenständen und Bildern	306 32		43 54	Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften und Zeitungen ..		
43 36 9	Einzelhandel mit kunstgewerblichen Erzeugnissen ..	306 33		43 54 0	Einzelhandel mit Büchern, wissenschaftlichen und Fachzeitschriften	308 21	
43 39	Einzelhandel mit sonstigen Holzwaren, Korb-, Kork- und Flechtwaren sowie mit Kinderwagen	306 40		43 54 5	Einzelhandel mit Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen	308 22	
43 4	Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten			43 57	Einzelhandel mit Musikalien	308 30	
43 40	Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (anderweitig nicht genannt), Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten sowie mit Leuchten		noch 082	43 6	Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln		082
43 40 0	Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (anderweitig nicht genannt)	307 11		43 60	Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen und Chemikalien		
43 40 4	Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten sowie mit Schallplatten	307 12		43 60 0	Apotheken	309 11	
43 40 7	Einzelhandel mit Leuchten	307 13		43 60 4/7	Sonstiger Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen und Chemikalien (einschl. Drogerien)	309 12	
43 43	Einzelhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (ohne Einzelhandel mit orthopädischen und medizinischen Artikeln)			43 64	Einzelhandel mit orthopädischen und medizinischen Artikeln (ohne Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen)	309 20	
43 43 0	Einzelhandel mit Foto- und Kinoapparaten sowie -bedarf	307 21		43 67	Einzelhandel mit Feinseifen, Körperpflege-, Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln	309 30	
43 43 5	Einzelhandel mit sonstigen feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (ohne Einzelhandel mit orthopädischen und medizinischen Artikeln)	307 22		43 7	Einzelhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen		083
43 46	Einzelhandel mit Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren ..	307 30		43 70	Einzelhandel mit Brennstoffen	310 10	
				43 75	Einzelhandel mit Mineralölzeugnissen (Tankstellen-Ab-satz in eigenem Namen)	310 20	
				43 8	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen		
				43 80	Einzelhandel mit Fahrzeugen, deren Teilen und Zubehör ..		
				43 80 0	Einzelhandel mit Kraftwagen und Krafträdern ...	311 11	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
43 80 4	Einzelhandel mit Kraftfahr- zeugteilen, -zubehör und -reifen	311 12	noch 083
43 80 7	Einzelhandel mit Fahrrä- dern, deren Teilen und Zu- behör sowie mit Mopeds ..	311 13	
43 83	Einzelhandel mit Büromaschi- nen, Büromöbeln und Orga- nisationsmitteln	311 20	
43 86	Einzelhandel mit Nähmaschi- nen	311 30	
43 89	Einzelhandel mit Landmaschi- nen und landwirtschaftlichen Geräten	311 40	
43 9	Einzelhandel mit sonstigen Wa- ren		084
43 90	Einzelhandel mit Sämereien, Blumen-, Futter- und Dünge- mitteln		
43 90 0	Einzelhandel mit Sämereien, Futter- und Düngemitteln ..	312 11	
43 90 5	Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen	312 12	
43 91	Einzelhandel mit lebenden Tieren sowie mit zoologischem Bedarf	312 20	
43 93	Einzelhandel mit Lacken, Far- ben und sonstigem Anstrich- bedarf sowie mit Tapeten, Linoleum u. ä. Fußbodenbelag	312 30	
43 95	Einzelhandel mit Leder und Schuhmacherbedarf	312 40	
43 97	Einzelhandel mit Installations- bedarf für Gas, Wasser und Heizung	312 50	
43 99	Einzelhandel mit technischem Bedarf (anderweitig nicht ge- nannt)	312 60	
50 0	Eisenbahnen		
50 00	Deutsche Bundesbahn	313 10	086
50 05	Sonstige Eisenbahnen	313 20	087
50 1	Straßenverkehr		089
50 10	Personenbeförderung im Stra- ßenverkehr mit Fahrzeugen verschiedener Art	314 10	
50 11	Personenbeförderung mit schienen- und oberleitungsge- bundenen Fahrzeugen (ohne Eisenbahnen)		088
50 11 0	Straßenbahn-, Untergrund- bahn- und Obusverkehr ...	314 21	
50 11 5	Bergbahn- und Seilbahn- verkehr	314 22	
50 12/3	Personenbeförderung mit Omnibussen	314 30	089
50 14	Personenbeförderung mit Per- sonenkraftwagen	314 40	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
50 17	Güterbeförderung mit Kraft- fahrzeugen (ohne Möbeltrans- port)	314 50	noch 089
50 18	Möbeltransport mit Kraftfahr- zeugen	314 60	
50 19	Güter- und Personenbeförde- rung mit Gespannfahrzeugen	314 70	
50 2	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen		090
50 20	Binnenschifffahrt		
50 20 0/4	Binnenschifffahrt (ohne Fä- hren und Hafenschifffahrt) ..	315 11	
50 20 7	Fluß- und Kanalfahren so- wie Hafenschifffahrt	315 12	
50 25	Binnenwasserstraßen und -häfen (ohne Fahren und Ha- fenschifffahrt)	315 20	
50 3	See- und Küstenschifffahrt, See- häfen		091
50 30	See- und Küstenschifffahrt ...	316 10	
50 35	Seehäfen (ohne Hafenschiff- fahrt)	316 20	
50 4	Luftfahrt, Flugplätze		092
50 40	Luftfahrt	317 10	
50 45	Flugplätze	317 20	092
50 5	Transport in Rohrleitungen	318 00	
50 7	Deutsche Bundespost	319 00	092
50 9	Spedition, Lagerei und Ver- kehrsvermittlung		
50 90	Spedition und Lagerei		092
50 90 0/4	Spedition und Lagerei	320 11	
50 90 7	Kühlhäuser	320 12	
50 93	Schiffsmaklerbüros und -agenturen	320 20	
50 96	Reiseveranstaltung und Reise- vermittlung (Reisebüros)	320 30	
50 99	Sonstige Verkehrsvermittlung	320 40	093
60 0	Deutsche Bundesbank	321 00	
60 1	Kreditbanken	322 00	
60 2	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	323 00	
60 3	Genossenschaftliche Kredit- institute		
60 30/2	Deutsche Genossenschafts- kasse und Zentralkassen ..	324 10	
60 34	Volksbanken und sonstige ge- werbliche Kreditgenossen- schaften	324 20	
60 36	Ländliche Kreditgenossen- schaften	324 30	
60 4	Hypothekenbanken und öffent- lich-rechtliche Grundkredit- anstalten	325 00	
60 5	Kreditinstitute mit Sonderauf- gaben	326 00	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
60 6	Postcheck- und Postsparkassen- ämter	319 00	085	70 20 0	Damen- und Herrenfriseur- gewerbe	337 11	noch 098
60 7	Sonstige Kreditinstitute	327 00	093	70 20 4	Damenfriseurgewerbe	337 12	
60 8	Bausparkassen	328 00		70 20 7	Herrenfriseurgewerbe	337 13	
60 9	Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften ..			70 25	Sonstige Körperpflegegewerbe	337 20	099
60 90	Effektenbörsen und Effekten- vermittlung	329 10	094	70 6	Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport		
60 94	Hypotheken- und Finanzie- rungsvermittlung	329 20		70 60	Wissenschaftliche Einrichtun- gen, selbständige Wissen- schaftler		
61 0	Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	330 00		70 60 0	Wissenschaftliche Biblio- theken und Archive	338 11	
61 2	Krankenversicherung	331 00		70 60 5	Selbständige Wissenschaftler	338 12	
61 4	Schaden- und Unfallversicherung	332 00	095	70 62	Unterrichtsanstalten und selb- ständige Lehrer		
61 6	Rückversicherung	333 00		70 62 0	Allgemeinbildende Schulen	338 21	
61 9	Vermittlung von Versicherun- gen			70 62 3	Berufsbildende Schulen	338 22	
61 90 0	Versicherungsvertreter	334 01		70 62 6	Sonstiger Unterricht und selbständige Lehrer (ohne Kraftfahrtschulen)	338 23	
61 90 5	Versicherungsmakler	334 02	096	70 62 9	Kraftfahrtschulen	338 24	
70 0	Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe			70 64	Sonstige Bildungsstätten	338 30	100
70 00	Hotels und Gasthöfe	335 10		70 66	Erziehungsanstalten und Kin- dergärten		
70 01	Sonstige Beherbergungsstätten (ohne Tages-, Ledigen-, Al- ters- u. ä. Heime)			70 66 0	Erziehungsanstalten	338 41	
70 01 0/4	Fremdenheime, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime	335 21		70 66 5	Kindergärten und -horte ..	338 42	
70 01 7	Campingplätze	335 22		70 68	Sporteinrichtungen und selb- ständige Sportler	338 50	
70 04	Gast- und Speisewirtschaften	335 30		70 7	Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen		
70 05	Sonstige Bewirtungsstätten ..			70 70	Theater, Orchester und Varietés		
70 05 0/2	Cafés, Bars, Tanz- und Ver- gnügungslokale	335 41		70 70 0	Theater und Opernhäuser	339 11	
70 05 4	Kantinen	335 42		70 70 4	Orchester, Kapellen, Chöre und Ballette	339 12	
70 05 6/8	Eisdielen, Trink- und Imbiß- hallen	335 43		70 70 7	Varietés und Kleinkunst- bühnen	339 13	
70 08	Schlaf- und Speisewagen- betriebe	335 50	097	70 71	Filmtheater	339 20	101
70 09	Heime (ohne Fremden-, Er- holungs- und Ferienheime) ..	335 60		70 73	Filmherstellung und -vertrieb		
70 1	Wäscherei und Reinigung (ein- schließlich Schornsteinfeger- gewerbe)			70 73 0	Filmaufnahme	339 31	
70 10/2	Wäscherei, Chemische Rei- nigung und Bekleidungs- färberei	336 10		70 73 4	Filmentwicklung und -kopie	339 32	
70 14	Heißmanglei und Bügelei ..	336 20	098	70 73 7	Filmverleih und -vertrieb	339 33	
70 16	Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar (ohne Hausfassadenreinigung)	336 30		70 75	Rundfunk- und Fernsehanstal- ten	339 40	
70 18	Schornsteinfegergewerbe	336 40		70 77	Selbständige Künstler	339 50	
70 2	Friseur- und sonstige Körper- pflegegewerbe			70 79	Selbständige Artisten	339 60	
70 20	Friseurgewerbe			70 8	Verlags-, Literatur- und Presse- wesen		
				70 80	Verlag von Büchern, wissen- schaftlichen und Fachzeit- schriften	340 10	
				70 81	Verlag von Zeitungen sowie unterhaltenden Zeitschriften und Broschüren	340 20	

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
70 83	Sonstiges Verlagswesen	340 30	noch 101	71 35 0	Ingenieur- und technische Büros (ohne Bauingenieur- und Vermessungsbüros) ...	344 21	noch 104
70 85	Leihbücherei und Lesezirkel	340 40		71 35 5	Chemische und chemotechnische Laboratorien	344 22	
70 87	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	340 50		71 4	Wirtschaftswerbung (ohne Ausstellungs- und Messewesen) ...	345 00	105
70 89	Selbständige Schriftsteller und Journalisten	340 60		71 7	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung		106
71 0	Gesundheitswesen		102	71 70	Grundstücks- und Wohnungswesen		
71 00	Freiberufliches Gesundheitswesen			71 70 0	Wohnungsunternehmen ...	346 11	
71 00 0	Arztpraxis (ohne Zahn- und Tierarztpraxis)	341 11		71 70 4/7	Sonstiges Grundstücks- und Wohnungswesen	346 12	
71 00 3	Zahnarztpraxis	341 12		71 75	Vermögensverwaltung (ohne Grundstücks- und Wohnungswesen)	346 20	
71 00 6	Heilkundigenpraxis	341 13		71 8	Sonstige Dienstleistungen		
71 00 9	Sonstiges freiberufliches Gesundheitswesen	341 14		71 80	Ausstellungs-, Messe- und Warenmarkt-Einrichtungen ..	347 00	108
71 05	Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens			71 81	Schaustellung	347 10	
71 05 0	Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien	341 21		71 82	Wett- und Lotteriewesen, Spielbanken		
71 05 5	Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens	341 22		71 82 0	Wett- und Lotteriewesen ..	347 21	
71 1	Veterinärwesen			71 82 4	Spielbanken und -klubs ...	347 22	
71 10	Freiberufliches Veterinärwesen			71 82 7	Betrieb von Spielautomaten ..	347 23	
71 10 0	Tierarztpraxis	342 11		71 83	Leihhäuser und Versteigerungsgewerbe		
71 10 5	Sonstiges freiberufliches Veterinärwesen	342 12		71 83 0	Leihhäuser	347 31	
71 15	Anstalten und Einrichtungen des Veterinärwesens	342 20		71 83 5	Versteigerungsgewerbe ...	347 32	
71 2	Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung		103	71 84	Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften- und Filmverleih) ..		
71 20	Rechtsberatung			71 84 0	Vermietung von Hausrat und Bekleidung	347 41	
71 20 0/6	Rechts- und Patentanwaltpraxis, Notariat	343 11		71 84 1	Vermietung von Personenkraftwagen an Selbstfahrer ..	347 42	
71 20 8	Sonstige Rechtsberatung ...	343 12		71 84 3	Vermietung von sonstigen Fahrzeugen	347 43	
71 25	Wirtschaftliche Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung			71 84 5/7	Vermietung von land- und bauwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	347 44	
71 25 0	Praxis von Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern und Steuerberatern	343 21		71 84 9	Vermietung sonstiger beweglicher Sachen	347 45	
71 25 4	Praxis von Helfern in Steuersachen	343 22		71 85	Bewachung, Aufbewahrung, Boten- und ähnliche Dienste		
71 25 7	Sonstige wirtschaftliche Unternehmensberatung und -prüfung	343 23		71 85 0	Grundstücks-, Gebäude- und Schiffsbewachung	347 51	104
71 3	Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute		104	71 85 5	Aufbewahrung, Boten- und ähnliche Dienste (einschl. Fremdenführung)	347 52	
71 30	Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros	344 10		71 86	Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellen- und Ehevermittlung		
71 35	Sonstige Ingenieur- und technische Büros, Laboratorien und ähnliche Institute			71 86 0	Auskunfts- und Stellenbüros	347 61	

Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern		Nummer der Grund- systematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ			AZ	BZ
71 86 3	Dolmetscher-, Schreib- und Übersetzungsbüros	347 62	noch 108	80 4	Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände		
71 86 6	Private Stellenvermittlung	347 63		80 40	Gewerkschaften	352 10	110
71 86 9	Ehevermittlung	347 64		80 41	Arbeitgeberverbände	352 20	
71 87	Fotografisches Gewerbe	347 70	107	80 4..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
71 88	Abfüll- und Verpackungsgewerbe	347 80	108	80 5	Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände (ohne öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen)		
71 89	Hygienische und ähnliche Einrichtungen			80 50	Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände (soweit nicht öffentlich-rechtlich)	353 00	110
71 89 0	Wannen- und Brausebäder (ohne medizinische Bäder)	347 91		80 5..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbänden nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
71 89 4	Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung und ähnliche hygienische Einrichtungen	347 92		80 6	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen		
71 89 7	Bestattungswesen	347 93		80 60	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen	354 00	110
80 0	Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen			80 6..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von öffentlich-rechtlichen Wirtschafts- und Berufsvertretungen nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
80 00	Christliche Kirchen, Orden und kirchlich-religiöse Vereinigungen	348 00	109	80 7	Politische Parteien und sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter		
80 0..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von Kirchen, Orden, religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle			80 70	Politische Parteien	355 00	111
80 1	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege			80 7..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von sonstigen Organisationen ohne Erwerbscharakter nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
80 10	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege	349 00	111	80 .5/9	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von sonstigen Organisationen ohne Erwerbscharakter		
80 1..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von Organisationen der freien Wohlfahrtspflege nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle			85 0	Private Haushalte	—	112
80 2	Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur			9 0	Politische Führung und zentrale Verwaltung	357 00	113
80 20	Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur	350 00	111	9 1	Verteidigung (ohne Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte)	357 00	114
80 2..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle			9 2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		
80 3	Organisationen der Sport- und Jugendpflege			9 20	Vollzugspolizei	357 00	116
80 30	Organisationen der Sport- und Jugendpflege	351 00	111				
80 3..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen von Organisationen der Sport- und Jugendpflege nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle						

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
9 23	Öffentliche Ordnung	357 00	113
9 3	Rechtsschutz	357 00	
9 4	Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Sport- und Jugendpflege		
9 40	Verwaltung von Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Sport- und Jugendpflege	357 00	113
9 4	Von Gebietskörperschaften betriebene Anstalten und Einrichtungen für Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Sport- und Jugendpflege nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
9 5	Soziale Sicherung und Wiedergutmachung		
9 50	Verwaltung der sozialen Sicherung und Wiedergutmachung	357 00	113
9 5	Von Gebietskörperschaften betriebene Anstalten und Einrichtungen der sozialen Sicherung		
9 6	Gesundheitswesen		
9 60	Verwaltung des Gesundheitswesens	357 00	113
9 6..	Von Gebietskörperschaften betriebene Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
9 7	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	357 00	113
9 8	Verschiedene (kommunale) Anstalten und Einrichtungen		
9 80	Ausstellungs-, Messe- und Warenmarkt-Einrichtungen ..	358 10	108
9 81	Schlachthöfe	358 20	061
9 82	Hygienische Anstalten und Einrichtungen		108
9 82 0	Wannen- und Brausebäder (ohne medizinische Bäder)	358 31	
9 82 4	Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung und ähnliche hygienische Einrichtungen	358 32	
9 82 7	Bestattungswesen	358 33	
9 83	Sonstige kommunale Anstalten und Einrichtungen	358 40	
9 9	Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Organisationen (mit Behördencharakter)		
9 90 0	Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik	—	113

Nummer der Grundsystematik	Bezeichnung der Gruppe, Untergruppe und Klasse	Signierkennziffern	
		AZ	BZ
9 90 4	Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte	—	115
9 90 7	Sonstige inter- und supranationale Organisationen (mit Behördencharakter) ...	—	113
90 5/9	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen der Gebietskörperschaften (soweit nicht unter 90 8 nachgewiesen)		
96 0	Soziale Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung) sowie Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes		
96 00	Verwaltung der sozialen Rentenversicherung	360 00	117
96 0..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen der sozialen Rentenversicherung		
96 2	Soziale Krankenversicherung (ohne knappschaftliche KV)		
96 20	Verwaltung der sozialen Krankenversicherung	361 00	117
96 2	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen der sozialen Krankenversicherung nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
96 4	Knappschaftsversicherung		
96 40	Verwaltung der Knappschaftsversicherung	362 00	117
96 4..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen der Knappschaftsversicherung nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
96 6	Gesetzliche Unfallversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen und Familienausgleichskassen		
96 60	Verwaltung der gesetzlichen Unfallversicherung, der landwirtschaftlichen Alterskassen und der Familienausgleichskassen	363 00	117
96 6..	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen der gesetzlichen Unfallversicherung nach Sonderschlüssel für die 4. und 5. Stelle		
96 9	Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	364 00	117
96 .5/9	Besonders nachgewiesene Anstalten und Einrichtungen der Sozialversicherung		
	Ohne Angabe	—	118

Systematisches Verzeichnis der Berufsabteilungen, -gruppen, -ordnungen und -klassen

Liste der Berufe in systematischer Ordnung

Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse	Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
1	Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	22	Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher
11	Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	221	Steinbearbeiter
111/2	Landwirtschaftliche Berufe	2211	Steinmetz, Steinbildhauer
1111	Landwirt	2213	Steinschleifer
1112	Landwirt und Gastwirt	2219	Sonstige Steinbearbeiter
1116	Saatzüchter, Pflanzenzüchter, Pflanzenschützer	222	Edelsteinbearbeiter
1117	Weinbauer	2221	Edelsteinbearbeiter
1121	Landarbeiter	223	Mineralbrenner
1122	Landarbeitskräfte in Hausgemeinschaft	2231	Mineralbrenner
1123	Landmaschinenführer	224	Form- und Brannsteinhersteller
113/4	Tierzüchter und zugehörige Berufe	2241	Formsteinhersteller
1131	Tierzüchter	2243	Ziegler
1133	Melker	2248	Übrige Brannsteinhersteller
1134	Milchleistungskontrolleur	225	Keramiker
1136	Schäfer	2251	Keramformer
1141	Geflügelzüchter	2253	Keramformenmacher
1142	Pelztierzüchter	2257	Kerambrenner
1144	Imker	2259	Sonstige Keramiker
1149	Tierpfleger ¹⁾ , Tierzuchtgehilfe und verwandte Berufe	226	Glasmassehersteller
115	Gartenbauer	2261	Glasmassehersteller
1151	Gärtner, Gartenbautechniker, Gartenarchitekt	227	Glasverformer, Glasveredler und Glasschmuckmacher
1157	Blumenbinder, Blumenhändler	2271	Flachglasmacher
1159	Sonstige Gartenbauberufe	2272	Mundhohlglasmacher
12	Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	2274	Glasgraveur, -schleifer, -polierer
121	Forstberufe	2276	Glasoptiker
1211	Forstwirt, höherer Forstverwalter	2277	Glasschmuckmacher, übrige Glasverformer
1213	Betriebsförster, Forstschtzer	2279	Sonstige Glasveredler
1215	Waldarbeiter	228	Glas- und Kerammaler
1219	Sonstige Walddnutzer	2281	Glasmaler, Kerammaler
122	Jagdberufe	24	Bauberufe
1221	Jäger, Wildheger	241	Maurer
1223	Tierfänger	2411	Maurer
123	Fischereiberufe	242	Betonbauer
1231	Fischzüchter	2421	Betonbauer
1232	Binnenfischer	2423	Eisenbieger, Eisenflechter
1234	Küstenfischer	243	Zimmerer, Dachdecker und Gerüstbauer
1235	Hochseefischer, Walfänger, Robbenfänger	2431	Zimmerer
1239	Sonstige Fischereiberufe	2433	Dachdecker
13	Mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	2434	Dachdecker und Klempner
131	Mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	2437	Gerüstbauer
1311	Mithelfender Familienangehöriger in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	244	Straßenbauer
2/3	Industrielle und handwerkliche Berufe	2441	Straßenbauer (Pflasterer, Steinsetzer)
21	Bergleute, Mineralgewinner, Mineralaufbereiter	2445	Beton-, Schwarzstraßenbauer
211	Bergleute	245	Tiefbauer
2111	Bergmann (Kohle, Erz, Salz)	2453	Mineur, Schachtmeister, Sprengmeister
212	Übrige Mineralgewinner	2457	Gleisbauer
2121	Steinbrecher	2459	Sonstige Tiefbauer
2123	Erdengewinner	247	Bauausstatter
2125	Erdölgewinner	2471	Stukkateur, Verputzer
213	Mineralaufbereiter	2472	Isolierer
2131	Kohleaufbereiter, Erzaufbereiter	2473	Fliesenleger
2133	Salzaufbereiter	2475	Ofensetzer
2139	Sonstige Mineralaufbereiter	2476	Glaser
		2478	Maler, Lackierer, Metallackierer
		2479	Sonstige Bauausstatter

Nr. der Systeme- matik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse	Nr. der Systeme- matik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
25	Metallerzeuger und Metallbearbeiter	265	Klempner und Installateure
251	Metallerzeuger	2651	Klempner, Blechkarosseriebauer
2511	Eisen- und Metallerzeuger	2653	Klempner und Installateur
		2655	Rohrinstallateur
252	Walzer und verwandte Berufe	266	Musikinstrumentenbauer
2521	Walzer	2661	Klavierbauer
2522	Drahtzieher	2662	Orgelbauer, Harmoniumbauer
2523	Stangenzieher, Rohrzieher	2663	Blechmusik, Schlagmusikinstrumentenbauer
2527	Metallschläger	2665	Übrige Musikinstrumentenbauer
253	Formgießer	267	Grobmechaniker
2531	Former	2671	Mechaniker
2532	Kernmacher	2673	Kraftfahrzeughandwerker (Instandsetzer)
2534	Schmelzer, Formgießer	2674	Landmaschinenhandwerker (Instandsetzer)
2537	Schriftgießer		
2539	Halbzeugputzer und sonstige Formgießerberufe	268	Metallfeinbauer
254	Metallvergüter	2681	Feinmechaniker, Chirurgie-, Orthopädie- mechaniker
2541	Metallvergüter	2683	Uhrmacher
255	Metallspanabnehmer	2684	Edelmetallschmied
2551	Dreher	2685	Augenoptiker
2552	Fräser	2686	Gebißmacher, Zahntechniker
2553	Hobler, Stoßer	2687	Büchsenmacher
2554	Bohrer	2689	Sonstige Metallfeinbauer
2556	Metallschleifer	269	Sonstige Metallbauer
2559	Sonstige Metallspanabnehmer	2699	Sonstige Metallbauer
256	Blechverformer und Gürtler	27	Elektriker
2561	Blechverformer		
2563	Gürtler	271	Kabelhersteller und Isolierdrahthersteller
257	Metallverbinder	2711	Kabelhersteller, Isolierdrahthersteller
2571	Schweißer, Schneidbrenner	272	Elektroleitungsbauer *
2575	Nieter	2721	Elektroinstallateur, Elektromonteur, Kabelmon- teur
2577	Löter	2728	Fernmeldemonteur, Fernmeldebauhandwerker
2579	Sonstige Metallverbinder	274	Elektromaschinen- und Elektroapparatebauer
258	Metalloberflächenveredler	2741	Elektromaschinenbauer
2581	Flachgraveur, Ziseleur	2743	Elektromechaniker
2583	Metallpolierer	2745	Rundfunk- und Fernsehmechaniker, -instandsetzer
2586	Galvaniseur, Metallfärber	2746	Glühlampen-, Glimmlampenhersteller
2589	Sonstige Metalloberflächenveredler	2749	Sonstige Elektromaschinen- und Elektroapparate- bauer
259	Sonstige Metallerzeuger und -bearbeiter		
2599	Sonstige Metallerzeuger und -bearbeiter	28	Chemiewerker
26	Schmiede, Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe	281	Chemiebetriebswerker und Chemielaborwerker
261	Schmiede	2811	Chemiebetriebswerker, Chemielaborwerker
2611	Stahlschmied	282	Chemiesonderfachwerker
2614	Kessel- und Behälterbauer	2821	Vulkaniseur
2615	Kupferschmied, Schalenschmied	2822	Gummiwerker
2616	Messerschmied, Klingenschmied	2829	Sonstige Chemiesonderfachwerker
2619	Sonstige Schmiedeberufe		
262	Drahtverformer und -verflechter	29	Kunststoffverarbeiter
2621	Drahtverformer, Drahtverflechter		
2622	Nadelmacher	291	Kunststoffverarbeiter
263	Metallwerkzeugmacher	2911	Kunststoffschlosser
2631	Werkzeugmacher	2914	Andere Kunststoffverarbeiter
2636	Stahlformengraveur		
2637	Feilenmacher	30	Holzverarbeiter und zugehörige Berufe
2639	Sonstige Metallwerkzeugmacher	301	Holzaufbereiter
264	Schlosser	3011	Sägewerker, Holzmaschinenarbeiter
2641	Schlosser (außer Stahlbauschlosser)	3019	Sonstige Holzaufbereiter
	a) Bauschlosser	302	Tischler
	b) Maschinenschlosser	3021	Bautischler, Möbeltischler
	c) sonstige Schlosser (außer Stahlbauschlosser)	3023	Modelltischler
2643	Stahlbauschlosser	3029	Sonstige Tischler
2645	Eisenschiffbauer		

Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse	Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
303	Holzgerätemacher	344	Webberufe
3031	Böttcher	3441	Weber einschließlich Webvorbereiter
3039	Sonstige Holzgerätemacher	3444	Kunststopfer und andere Webgutnacharbeiter
304	Holzfahzeugbauer	345	Wirker und Stricker
3041	Stellmacher	3451	Wirker, Stricker
3044	Holzschiffbauer, Schiffszimmerer	3453	Netzmacher, Takler
305	Schnitzer	3459	Sonstige Wirk- und Strickwarenhersteller
3051	Drechsler	346	Textilverflechter
3055	Holzbildhauer, Schnitzer	3461	Textilverflechter
3057	Schnitzwarenfertiger	347	Stickberufe
306	Bürstenmacher, Holzflechter, Schirm- und Stockmacher	3471	Sticker
3061	Bürsten-, Besen, Pinselmacher	3479	Sonstige Stickberufe
3063	Schirm-, Stockmacher	348	Textilnäher und Handschuhmacher
3065	Korbmacher, Stuhlflechter, Strohflechter	3481	Schneider
3067	Kork-, Bleistift- und andere Holzwarenmacher	3482	Oberbekleidungsnäher
307	Modellmacher	3483	Wäschschneider, Wäschenäher
3071	Puppen-, Werbefiguren-, Spieltiermacher	3485	Handschuhmacher
3079	Sonstige Modellmacher	3489	Sonstige Textilnäher
308	Holzoberflächenveredler	349	Hutmacher
3081	Beizer, Polierer	3491	Hut-, Mützenmacher
3089	Sonstige Holzoberflächenveredler	3493	Putzmacherin
32	Papierhersteller und -verarbeiter	351	Polsterer und Dekorateure
321	Papier- und Zellstoffhersteller	3511	Polsterer, Dekorateur
3211	Papier-, Zellstoffhersteller	353	Textilschmuckmacher und verwandte Berufe
322	Papierverarbeiter	3531	Textilschmuckmacher und verwandte Berufe
3221	Buchbinder	354	Textilveredler
3222	Etuimacher, Kartonagenmacher	3541	Textilausrüster
3229	Sonstige Papierverarbeiter	3546	Bleicher
33	Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	3547	Textilfärber
332	Lichtbildner	3549	Sonstige Textilveredler
3321	Photograph, Reproduktionsphotograph	36	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter
3325	Photolaborant, übrige Lichtbildner	361	Lederhersteller und Darmsaitenmacher
333	Druckstockhersteller	3611	Lederhersteller
3331	Schriftsetzer, Schweizerdegen	3615	Darmsaitenmacher
3332	Lithograph	363	Sattler und verwandte Berufe
3334	Druckplattenmacher (Stereotypen-, Galvanoplastiker)	3631	Sattler
3336	Klischeehersteller	3633	Bandagist
3338	Stempelmacher (Gummi)	3635	Feintäschner (Portefeullier)
3339	Sonstige Druckstockhersteller	3639	Sonstige Lederverarbeiter
335	Drucker	364	Schuhhersteller
3351	Buchdrucker	3641	Schuhmacher
3353	Flachdrucker	3643	Schuhwarenhersteller
3355	Tiefdrucker	366	Fellverarbeiter
3358	Stoffdrucker	3661	Rauchwarenzurichter, -färber
3359	Sonstige Drucker	3665	Kürschner, Pelznäher
336	Druckerhelfer	37	Nahrungs- und Genußmittelhersteller
3361	Druckerhelfer	371	Mehl- und Nahrungsmittelhersteller
337	Vervielfältiger	3711	Getreidemüller, Futtermittelmüller
3371	Vervielfältiger	3713	Andere Nahrungsmittelmüller
34/35	Textilhersteller, Textilverarbeiter, Handschuhmacher	3715	Nahrungsmittelhersteller
341	Filzmacher	372	Backwarenhersteller
3411	Filzmacher, Hutrohstoffmacher	3721	Bäcker
342	Spinnberufe	3723	Bäcker und Konditor
3421	Spinner einschließlich Spinnvorbereiter	3724	Konditor
3423	Zwirner	3729	Sonstige Backwarenhersteller
3425	Garnstrangmacher, Garnspuler	373	Zuckerhersteller und Süßwarenhersteller
3429	Seiler und sonstige Spinnberufe	3731	Zuckerhersteller
		3735	Süßwarenhersteller
		3737	Eiskremhersteller

Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse	Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
374	Milch- und Fettverarbeiter	415	Chemiker und Chemie-Techniker
3741	Molkereifachmann	4151	Chemiker
3745	Fettverarbeiter	4153	Chemie-Ingenieur
		4154	Chemie-Techniker
375	Fleischer	416	Ubrige Ingenieure und Techniker
3751	Fleischer	4161	Ubrige Ingenieure, Techniker
3755	Fleischkonservierer		
3759	Sonstige Fleischverarbeiter	417	Mathematiker, Physiker und Physiko-Techniker
377	Speisenzubereiter	4171	Mathematiker
3771	Koch, Köchin	4173	Physiker
3774	Obst- und Gemüsekonservierer	4174	Physiko-Techniker
3776	Fischkonservierer		
3779	Sonstige Speisenzubereiter	42	Technische Sonderfachkräfte
378	Getränkebereiter	421	Physikalisch-, mathematisch-, chemisch- und biologisch-technische Sonderfachkräfte
3781	Brauer und Mälzer	4211	Physikalisch-technische Sonderfachkräfte
3784	Brenner, Destillateur	4212	Mathematisch-technische Sonderfachkräfte
3787	Weinküfer	4213	Chemielaborant, Stoffprüfer (Chemie)
3789	Sonstige Getränke- und Getränkestoffbereiter	4215	Biologisch-technische Sonderfachkräfte
379	Tabakwarenmacher	423	Technische Zeichner
3791	Zigarrenmacher	4231	Technische Zeichner
3799	Sonstige Tabakwarenmacher	428	Andere technische Sonderfachkräfte
38	Warennachseher, Versandfertigmacher und Lagerverwalter	4281	Filmvorführer
381	Warennachseher, Versandfertigmacher und Lagerverwalter	4283	Taucher
3811	Nahrungsmittelkoster, Genußmittelkoster	4285	Kartenschläger
3813	Warennachseher, -sortierer, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet	4289	Sonstige technische Sonderfachkräfte
3816	Warenaufmacher, Versandfertigmacher		
3817	Lagerverwalter, Magaziner	43	Maschinenisten und zugehörige Berufe
39	Ungelernte Hilfskräfte, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet (Handlanger)	431	Maschinenisten an Kraftmaschinen
391	Ungelernte Hilfskräfte, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet (Handlanger)	4311	Maschinenisten an Kraftmaschinen
3911	Bauhandlanger, Baustättenarbeiter, Erdbewegungsarbeiter	4313	Schiffsmaschinist
3913	Hilfsarbeiter (Verkehr)	433	Maschinenisten an Arbeitsmaschinen
3914	Hilfsarbeiter (Lager und Versand)	4331	Fördermaschinist, Seilbahnmaschinist
3919	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet	4333	Kranmaschinist
		4335	Baummaschinenführer
		4339	Sonstige Maschinenisten an Arbeitsmaschinen, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet
4	Technische Berufe	435	Maschinenwärter, Maschinenistenhelfer und Heizer
41	Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe	4351	Maschinenwärter, Maschinenistenhelfer
411	Ingenieure und Techniker des Bergbaues	4353	Heizer
4111	Ingenieur, Techniker des Bergbaues	436	Automateneinrichter und Maschineneinsteller
4115	Hütten- und Gießereingenieur, -techniker	4361	Automateneinrichter, Maschineneinsteller
412	Ingenieure und Techniker des Maschinen- und Fahrzeugbaues	5	Handels- und Verkehrsberufe
4121	Ingenieur, Techniker des Maschinen- und Landfahrzeugbaues	51	Handelsberufe
4123	Ingenieur, Techniker des Schiffbaues und Schiffsmaschinenbaues	511	Warenkaufleute
4125	Ingenieur, Techniker des Luftfahrzeugbaues	5111	Groß- und Einzelhändler, Ein- und Verkäufer, Verkaufshelfer
413	Ingenieure und Techniker des Elektrofaches	5113	Buchhändler, Verlagskaufmann
4131	Ingenieur, Techniker des Elektrofaches	5115	Drogist
414	Ingenieure und Techniker des Bau- und Vermessungswesens	5117	Handelsvertreter, Reisender
4141	Architekt, Bauingenieur, Bautechniker	5118	Ambulanter Händler
4143	Wasser- und Kultur(bau)ingenieur, -techniker	512	Bank- und Versicherungskaufleute
4145	Vermessungsingenieur	5121	Bankfachmann
4146	Vermessungstechniker	5125	Versicherungskaufmann
		513	Verkehrskaufleute
		5131	Speditions-, Lagereikaufmann, Reeder
		5135	Fremdenverkehrsfachmann
		514	Werbefachleute
		5141	Werbefachmann

Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse	Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
515	Vermittler	632	Bauten- und Straßenreiniger
5151	Makler	6321	Glas- und Gebäudereiniger
5154	Versteigerer, Taxator	6323	Schornsteinfeger
5157	Verleiher, Vermieter, Vermittler, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet	6329	Sonstige Bauten- und Straßenreiniger
519	Sonstige Handelsberufe	633	Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug-, Warenreiniger und verwandte Berufe
5191	Tank- und Garagenwart	6331	Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug-, Warenreiniger und verwandte Berufe
5195	Geldeinnehmer, -auszahler, Kartenverkäufer, -kontrolleur	634	Textilreiniger
52	Verkehrsberufe	6341	Wäscher, Plätter, Bügler
521	Landverkehrsberufe	6343	Chemischreiniger, Färber und Chemischreiniger
5211	Verkehrsbetriebsregler, -überwacher	6349	Sonstige Textilreiniger
5212	Lokomotivführer, Triebfahrzeugführer (Eisenbahn)	65	Körperpfleger
5213	Triebfahrzeugführer (Schienenbahn, nicht Eisen- bahn)	651	Körperpfleger
5214	Weichensteller, Streckenwärter, Schrankenwärter, Rangierer	6511	Friseur
5215	Zugabfertiger, Zugführer, Schaffner	6519	Sonstige Körperpfleger
5216	Kraftfahrer	67	Dienst- und Wachberufe
5217	Kutscher	671	Dienst- und Wachberufe
5218	Straßenmeister, Straßenwärter	6711	Wächter
523	Wasserverkehrsberufe	6713	Hauswart, Haus-, Gewerbediener
5231	Nautischer Schiffsoffizier	6719	Sonstige Dienst- und Wachberufe
5232	Lotse	7	Berufe der Verwaltung, des Rechts- wesens und der Sozialpflege
5233	Schiffsingenieur	71	Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe
5234	Matrose in der See- und Küstenschifffahrt	711	Organisations- und Verwaltungsberufe
5235	Binnenschiffer	7111	Unternehmer, Organisator, Geschäftsleiter ohne nähere Berufsangabe
5239	Sonstige Wasserverkehrsberufe	7113	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
524	Luftverkehrsberufe	7115	Verwaltungsbediensteter des höheren und gehobenen Dienstes
5241	Flugzeugführer	712	Büroberufe
5243	Flugingenieur, Flugdiensttechniker	7121	Industrie-, Verwaltungskaufmann, Verwaltungs- sekretär, Büroangestellter
5245	Flugsicherungsberufe, Flugdienstregler	7122	Kalkulator, Abrechner
525	Nachrichtenverkehrsberufe	7123	Buchhalter
5251	Funker, Telegraphist	7125	Kassierer
5253	Telephonist	7127	Lochkartenfachkraft, Bediener von Büromaschinen
5255	Postverteiler	7128	Stenograph, Stenotypist, Maschinenschreiber
526	Transportwerker und Verkehrshelfer	72	Rechtswahrer
5261	Stauer	721	Rechtsfinder
5262	Anderer Transportwerker	7211	Richter
5263	Bediener von Güterbewegungsgeräten	7213	Staatsanwalt
5265	Bürobote, Amtsgehilfe	722	Rechtsvertreter und Rechtsberater
5268	Verkehrshelfer	7221	Rechtsanwalt, Notar
6	Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistung	7223	Justitiar, Syndikus
61	Gaststättenberufe	7225	Patentanwalt, Patentingenieur
611	Gastwirte	7226	Rechtsbeistand
6111	Gastwirt, Hotelier, Hotel-, Gaststättenkaufmann	724	Rechtsvollstreckter
612	Gaststättenbedienungsberufe	7241	Vollstreckungs-, Vollziehungsbeamter
6121	Kellner, Steward	73	Ordnungs- und Sicherheitswahrer
6129	Sonstige Gaststättenbedienungsberufe	731	Ordnungs- und Sicherheitswahrer
62	Hauswirtschaftliche Berufe	7311	Polizei-, Bundesgrenzschutzbediensteter
621	Hauswirtschaftliche Berufe	7313	Gewerbeaufsichts-, Eichbeamter, -angestellter
6211	Hauswirtschaftsführende Berufe	7315	Berufsfeuerwehrmann
6215	Hauswirtschaftshelfer	7319	Sonstige Sicherheitswahrer
6217	Hauswirtschaftsberatende Berufe		
63	Reinigungsberufe		
631	Raum- und Hausratreiniger		
6311	Raum- und Hausratreiniger		

Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
75	Wehrberufe
751	Offiziere und Soldaten
7511	Offizier, Soldat
753	Sanitätsoffiziere
7531	Sanitätsoffizier (Arzt, Zahnarzt)
7534	Sanitätsoffizier (Tierarzt)
7537	Sanitätsoffizier (Apotheker)
77	Sozialpflegeberufe
711	Fürsorger und Sozialarbeiter
7711	Fürsorger, Sozialarbeiter
8	Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens
81	Gesundheitsdienstberufe
811	Ärzte
8111	Arzt
812	Zahnärzte
8121	Zahnarzt
813	Tierärzte
8131	Tierarzt
814	Apotheker
8141	Apotheker
815	Nichtärztliche Heilbehandler, Heilbehandlungs- beistände und -helfer
8151	Heilpraktiker
8152	Hebamme
8153	Krankenschwester, Krankenpfleger
8154	Masseur, Krankengymnast
8155	Diätassistentin
8156	Medizinisch-technischer Assistent, medizinischer Laborant
8157	Sprechstundenhelfer
8159	Sonstige Heilbehandlungsbeistände
818	Gesundheitssichernde Berufe
8181	Desinfektor, Schädlingsbekämpfer
8189	Sonstige gesundheitssichernde Berufe
82	Erziehungs- und Lehrberufe
821	Erziehungsberufe
8211	Kindergärtnerin, Kinderpflegerin
8219	Sonstige Erziehungsberufe
822	Lehrberufe
8221	Hochschullehrer
8222	Wissenschaftlicher Lehrer an höheren Schulen
8223	Lehrer an Mittel-, Volks- und Sonderschulen
8224	Fachschullehrer, Berufsschullehrer, Werklehrer
8225	Kunstlehrer, Zeichenlehrer
8226	Musiklehrer, Gesanglehrer
8227	Turn-, Sportlehrer
8229	Sonstige Lehrberufe
83	Seelsorger
831	Seelsorger, Seelsorge- und Kulthelfer
8311	Evangelischer Geistlicher
8312	Helfer im Pfarramt (evang.)
8314	Katholischer Geistlicher
8316	Geistlicher (Sprecher) anderer Bekenntnisse
8317	Angehöriger geistlicher Orden und Mutterhäuser ohne Angabe einer Berufstätigkeit
8319	Sonstige Seelsorgehelfer und Kulthelfer

Nr. der Systematik	Bezeichnung der Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung und -klasse
84	Ubrige Berufe der Wissenschaft und des Geisteslebens
841	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Naturwissen- schaftler und verwandte Berufe
8411	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Statistiker (wissenschaftlicher)
8413	Biologe
8415	Psychologe, Anthropologe
8417	Geologe, Meteorologe und übrige Naturwissen- schaftler
8419	Sonstige wissenschaftliche Berufe
843	Bibliothekare, Archivare und Museumsfachleute
8431	Bibliothekar, Bibliothekswart
8433	Archivar, Archivwart
8435	Museumsfachmann
844	Publizisten und Dolmetscher
8441	Schriftsteller, Publizist, Lektor
8443	Dolmetscher, Übersetzer
85	Künstlerische Berufe
851	Bildende Künstler
8511	Bildhauer
8512	Kunstmaler, Kunstzeichner
8514	Bühnen- und Filmausstatter
8517	Raumgestalter
8518	Schaufenstergestalter
852	Darstellende Künstler
8521	Schauspieler, Spielleiter
8523	Sänger
8525	Tänzer
8526	Artist
8527	Schausteller
8528	Berufssportler
854	Musiker
8541	Musiker
855	Künstlerische Hilfsberufe
8551	Nachschaffende Zeichner
8553	Kunstgewerber ohne nähere Angabe
8558	Übrige künstlerische Hilfsberufe
9	Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf
91	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirt- schaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft
911	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft
9111	Mithelfender Familienangehöriger außerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft
92	Arbeitskräfte mit nicht bestimmtem Beruf
921	Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf
9211	Lehrlinge mit noch nicht feststehendem Lehrberuf
9214	Praktikant, Volontär mit noch nicht feststehendem Beruf
9216	Schulentlassener (arbeitsuchend)
923	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet
9231	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet

Schlüsselnummern für die Stellung im Beruf / Soziale Stellung

Merkmal	Schlüssel	Merkmal	Schlüssel
Selbständiger, alleinschaffend		Hausgewerbetreibender oder Zwischenmeister, alleinschaffend	40
in landwirtschaftlichem Betrieb mit einer Betriebsfläche von:		Hausgewerbetreibender oder Zwischenmeister nur mit Mithelfenden Familienangehörigen	41
unter 0,5 ha	10	Hausgewerbetreibender oder Zwischenmeister mit familienfremden Arbeitskräften — mit und ohne Mithelfenden Familienangehörigen — (Arbeitgeber)	42
0,5 bis unter 2 ha	11	Hausgewerbetreibende oder Zwischenmeister, bei denen nicht erkennbar ist, ob sie familienfremde Arbeitskräfte oder Mithelfende Familienangehörige beschäftigen	49
2 bis unter 10 ha	12	Mithelfender Familienangehöriger zum Haushalt des Betriebsinhabers gehörend — soweit nicht der Sign. 52 zuzuordnen	50
10 ha und mehr	13	Mithelfender Familienangehöriger nicht zum Haushalt des Betriebsinhabers gehörend	51
ohne Angabe	14	Mithelfender Familienangehöriger zum Haushalt des Betriebsinhabers gehörend, der Betriebsinhaber ist aber selbst nicht oder nur in zweiter Tätigkeit im Betrieb tätig	52
in nichtlandwirtschaftlichem Betrieb	15	Beamter	
Selbständiger nur mit Mithelfenden Familienangehörigen		des einfachen und mittleren Dienstes	60
in landwirtschaftlichem Betrieb mit einer Betriebsfläche von:		des gehobenen Dienstes	61
unter 0,5 ha	16	des höheren Dienstes	62
0,5 bis unter 2 ha	17	Laufbahngruppe nicht erkennbar	69
2 bis unter 10 ha	18	Angestellter	70
10 bis unter 30 ha	19	Arbeiter (sofern nicht in 81 oder 82)	80
30 ha und mehr	20	Handlanger (nur wenn in Signierspalten 29—32 die Berufsnummer 3911, 3913, 3914 oder 3919 gegeben wurde)	81
ohne Angabe	21	Heimarbeiter	82
in nichtlandwirtschaftlichem Betrieb mit:		Lehrling, Anlernling, Praktikant, Volontär	
2 im Betrieb Tätigen	22	kaufmännischer, technischer, Verwaltungslehrling bzw. Anlernling u. dgl.	90
3 und mehr im Betrieb Tätigen	23	gewerblicher Lehrling bzw. Anlernling u. dgl.	91
ohne Angabe	24	ohne Angabe	00
Selbständiger mit familienfremden Arbeitskräften — mit und ohne Mithelfenden Familienangehörigen — (Arbeitgeber)		Soldaten und nicht zur Erwerbsbevölkerung gehörende Personen erhalten keine Signatur	
in landwirtschaftlichem Betrieb mit einer Betriebsfläche von:			
unter 0,5 ha	25		
0,5 bis unter 2 ha	26		
2 bis unter 10 ha	27		
10 bis unter 30 ha	28		
30 ha und mehr	29		
ohne Angabe	30		
in nichtlandwirtschaftlichem Betrieb mit:			
2 bis 9 im Betrieb Tätigen	31		
10 bis 49 im Betrieb Tätigen	32		
50 bis 99 im Betrieb Tätigen	33		
100 bis 499 im Betrieb Tätigen	34		
500 und mehr im Betrieb Tätigen	35		
ohne Angabe	36		

Verzeichnis der sozialen Bezeichnungen, die sich von der Unterhaltsquelle herleiten

(Auszug)

Unterhaltsquelle	Signierkennziffer	Unterhaltsquelle	Signierkennziffer
Erwerbs-/Berufstätigkeit	1	Öffentliche Fürsorgeleistungen	6
Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw.	2	Eigenes Vermögen, Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung	7
Sozialversicherungsrente (einschl. Witwen- und Waisenrente)	3	Altenteil, Privatpension, Rentenzahlung aus dem Ausland, sonstige Unterhaltsquellen	8
Sonstige öffentliche Rentenleistungen (einschl. Hinterbliebenenrente)	4	Arbeitslosengeld/-hilfe	9
Beamtenruhegeld (einschl. Witwen- und Waisengeld)	5	Unterhalt durch Soldat im Grundwehrdienst/auf Wehrübung oder Zeit-/Berufssoldat	x

Systematisches Verzeichnis der Anstalten und Beherbergungsbetriebe

Bezeichnung	Schlüssel-Nr.	Bezeichnung	Schlüssel-Nr.
Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung		Durchgangslager für Vertriebene, deutsche und nicht-deutsche Flüchtlinge	34
Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung für Kinder und Jugendliche	11	Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge	35
Waisenhäuser	12	Auswandererlager, Überseeheime	36
Anstalten für Berufsbildung und Erwachsenenförderung	13	Anstalten nur zur Unterbringung wohnungslos Eingewiesener — soweit nicht Arbeiterlager, Durchgangs- und Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nicht-deutsche Flüchtlinge und Auswandererlager —	37
Kinderdörfer	14	Asyle für Obdachlose	38
Anstalten für Erholung und des Gesundheitswesens		Karitative Unterkünfte (soweit nicht anderweitig zugeordnet)	39
Erholungsheime, Urlaubsheime	21	Anstalten für religiöse Zwecke	41
Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten	22	Straf-, Besserungs- und Verwahranstalten	51
Nur der Unterkunft dienende Einrichtungen (außer Beherbergungsgewerbe)		Sonstige Massenunterkünfte	61
Alters- und Invalidenheime	31	Schiffe	71
Wohnheime — ohne Alters- und Invalidenheime — ..	32	Beherbergungsbetriebe	81
Arbeiterlager, firmeneigene Unterkünfte	33		

Systematisches Verzeichnis der Kirchen, Religionsgesellschaften und religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften

(Auszug)

Kirche, Religionsgesellschaft religiös — weltanschauliche Gemeinschaft	Statistische Kennziffer		Kirche, Religionsgesellschaft religiös — weltanschauliche Gemeinschaft	Statistische Kennziffer	
	ein-	zwei-		ein-	zwei-
		stellig			stellig
Evangelische Kirche in Deutschland	1	10 ¹⁾	Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen	1	11
Evangelische Landeskirchen	1	11	Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers	1	11
Evangelische Kirche der Union	1	11	Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs	1	11
Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	1	11	Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens	1	11
Evangelische Kirche im Rheinland	1	11	Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins	1	11
Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg	1	11	Evangelisch-lutherische Landeskirche von Schaumburg-Lippe	1	11
Evangelische Kirche von Schlesien	1	11	Ubrige lutherische Landeskirchen	1	11
Evangelische Kirche von Westfalen	1	11	Evangelische Landeskirche in Württemberg	1	11
Evangelische Landeskirche Anhalts	1	11	Evangelisch-lutherische Kirche in Oldenburg	1	11
Pommersche Evangelische Kirche	1	11	Evangelisch-Lutherische Landeskirche Eutin	1	11
Ubrige unierte Landeskirchen	1	11	Reformierte Landeskirchen	1	11
Bremische Evangelische Kirche	1	11	Evangelisch-reformierte Kirche in Nordwestdeutschland	1	11
Evangelische Kirche in Hessen und Nassau	1	11	Lippische Landeskirche	1	11
Evangelische Landeskirche in Baden	1	11	Bund evangelisch-reformierter Kirchen Deutschlands	1	18
Evangelische Landeskirche von Kurhessen-Waldeck	1	11	Konföderation evangelisch-reformierter Gemeinden in Niedersachsen	1	18
Vereinigte Protestantisch-Evangelisch-Christliche Kirche der Pfalz	1	11	Niederländische u. Wallonische Gemeinde Hanau	1	18
Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands	1	11	Reformierte Gemeinde Hamburg	1	18
Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche	1	11	Reformierte Gemeinden im Lande Sachsen	1	18
Evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staate	1	11	Reformierte Kirche in Bayern	1	18
Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern	1	11	Evangelische Brüder-Unität in Deutschland	1	19
Evangelisch-lutherische Kirche in Lübeck	1	11			

¹⁾ Für den Rest, wenn nur ausgewählte Untergruppen signiert werden.

Kirche, Religionsgesellschaft religiös – weltanschauliche Gemeinschaft	Statistische Kennziffer		Kirche, Religionsgesellschaft religiös – weltanschauliche Gemeinschaft	Statistische Kennziffer	
	ein- stellig	zwei- stellig		ein- stellig	zwei- stellig
Evangelische Freikirchen	2	20 ¹⁾	Verwandte ausländische Kirchen	5	52
Deutsche Freikirchen			Liberal-Katholische Kirche	5	52
Lutherische Freikirchen	2	21	Mariaviten	5	52
Evangelisch-Lutherische (altpreuß.)			Polnische Nationalkirche	5	52
Kirche	2	21	Reformkatholiken	5	52
Evangelisch-Lutherische Bekenntnis-			Tschechoslowakische Nationalkirche	5	52
kirche i. d. Diaspora (ELBD)	2	21			
Evangelisch-Lutherische Freikirche	2	21	Christlich orientierte Sondergemeinschaften ..	6	60 ¹⁾
Evangelisch-Lutherische Kirche zu			Adventisten	6	61
St. Anschar in Hamburg	2	21	Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adven-		
Selbständige Evangelisch-Lutherische			tisten	6	61
Kirche	2	21	Internationale Missionsgesellschaft der		
Badische Diözese (Evangelisch-lutherische			Siebenten-Tags-Adventisten, Reformations-		
Kirche in Baden)	2	21	bewegung	6	61
Hannoversche Diözese	2	21			
Hermannsburg-Hamburger Diözese	2	21	Bibelforscher und verwandte Gruppen	6	62
Hessische Diözese	2	21	Christadelphians	6	62
Niederhessische Diözese (Renitente			Freie Bibelforscher-Gemeinde	6	62
Kirche ungeänderter Augsburgischer			Internationale Bibelforscher-Vereinigung		
Konfession in Hessen)	2	21	Kirche des Reiches Gottes (Menschenfreund-		
Reformierte freie Gemeinden	2	22	liche Gesellschaft oder Versammlung)	6	62
Alt-reformierte Kirche in Niedersachsen			Neue Weltgemeinschaft	6	62
Remonstrantisch-reformierte Kirchengemeinde in Friedrichstadt/Eider	2	22	Zeugen Jehovas	6	62
Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland	2	23	Christengemeinschaft	6	63
Methodistenkirche in Deutschland	2	24	Christliche Wissenschaft	6	64
Evangelische Gemeinschaft in Deutschland			Katholisch-Apostolische	6	65
Bund Freier evangelischer Gemeinden in					
Deutschland	2	25 x ¹⁾	Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten		
Vereinigung der deutschen Mennonitengemeinden	2	26	Tage	6	66
Heilsarmee	2	27	Neuapostolische Kirche	6	67
Volkskirchenbewegung Freie Christen ...	2	28	Apostelamt Jesu Christi	6	67
Ausländische Kirchen	2	29	Apostolische Gemeinschaft	6	67
Römisch-katholische Kirche einschl. der unierten Riten	3	31	Christen unserer Zeit	6	67
Römisch-katholische Kirche	3	31	Gemeinschaft des göttlichen Sozialismus		
Lateinischer Ritus	3	31	(Apostelamt Juda)	6	67
Unierte Riten	3	31	Neuapostolische Gemeinde	6	67
Ostkirchen	4	40 ¹⁾	Neuapostolische Kirche	6	67
Orthodoxe Kirchen und Sondergruppen			Reformierte-Apostolische Gemeinde	6	67
(»Sekten«)	4	41	Pfingst- und Heiligungsbewegung	6	68
Orthodoxe Griechen	4	41	Anhänger von Cordier	6	68
Orthodoxe Orientalen	4	41	Apostolische Glaubensgemeinde	6	68
Orthodoxe Rumänen	4	41	Apostolische Kirche	6	68
Orthodoxe Russen	4	41	Arbeitsgemeinschaft der Christengemeinden in Deutschland	6	68
Orthodoxe Slawen	4	41	Berger-Gemeinschaft	6	68
Orthodoxe Ungarn	4	41	Biblische Glaubensgemeinde	6	68
Orthodoxer Christ ohne nähere Bezeichnung	4	41	Bruderschaft: der König kommt	6	68
Orientalische Nationalkirchen und Sondergruppen	4	42	Christliche Arbeitsgemeinschaft	6	68
Jakobitische Kirche	4	42	Christliche Erweckungsmission	6	68
Kirche der Äthiopier (Abessinier)	4	42	Christliche Gemeinschaft	6	68
Kirche der Armenier	4	42	Christlicher Gemeinschaftsverband Mülheim/Ruhr	6	68
Kirche der Kopten	4	42	Church of Christ	6	68
Thomaschristen (Malabarchristen)	4	42	Der Apostolische Glaube	6	68
Altkatholische Kirche und verwandte Gruppen			Deutsche Christliche Mission	6	68
Katholisches Bistum der Altkatholiken in Deutschland	5	50 ¹⁾	Deutsche Volksmission entschiedener Christen	6	68
			Evangelische Pfingstgemeinde	6	68
			Evangelischer Brüderverein	6	68
			Freie Christengemeinde Elim	6	68
			Freie Innere Mission	6	68
			Freie Pfingstmission	6	68
			Freie Volksmission	6	68
			Fröhlichianer	6	68
			Gemeinde Christi (Frankfurt a. M.)	6	68
			Gemeinde der Christen (Ecclesia)	6	68
			Gemeinde Gottes (Essen)	6	68
			Gemeinde Gottes (Laustergemeinschaft) ..	6	68
			Gemeinde Jesu Christi	6	68
			Gemeinschaft Entschiedener Christen	6	68

¹⁾ 25 mit Überloch.

Kirche, Religionsgesellschaft religiös – weltanschauliche Gemeinschaft	Statistische Kennziffer		Kirche, Religionsgesellschaft religiös – weltanschauliche Gemeinschaft	Statistische Kennziffer	
	ein-	zwei-		ein-	zwei-
	stellig			stellig	
Gemeinschaft evangelisch Taufgesinnter ..	2	68	Freireligiöse und Weltanschauungs- Gemeinschaften	9	90 ¹⁾
Heiligungsbund	6	68	Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands	9	91
Jünger Jesu	6	68	Freie Protestanten und Unitarier	9	92
Keller-Gemeinschaft	6	68	Religionsgemeinschaft Deutscher Unitarier	9	92
Kirche Christi	6	68	Religionsgemeinschaft Freier Protestanten	9	92
Missionsbund zur Ausbreitung urchrist- lichen Evangeliums	6	68	Monisten und Freidenker	9	93
Nazarener	6	68	Deutscher Freidenker-Verband	9	93
Philadelphia-Gemeinden	6	68	Deutscher Monistenbund	9	93
Siegerländer Volksmission	6	68	Theosophen und Antroposophen	9	94
Spätregenmission	6	68	Deutsche Antroposophische Gesellschaft ..	9	94
Urchrist	6	68	Theosophische Gesellschaft	9	94
Verband Christlicher Glaubensgemein- schaften	6	68	Lebensreformer	9	95
Sonstige	6	69	Gesellschaft für Geistesfreiheit und Le- benskunde	9	95
Bund der Kämpfer für Glaube und Wahr- heit	6	69	Mazdaznan-Bewegung	9	95
Deutsche Neue Kirche	6	69	Sonstige Weltanschauungs-Gemeinschaften ..	9	96
Deutsche Unity Gesellschaft für prakt. Christentum	6	69	Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)	9	96
Evangelisch-Johannische Kirche nach der Offenbarung St. Johannis	6	69	Germanische Glaubensgemeinschaft	9	96
Friedensmission (Peace Mission)	6	69	Gemeinschaftslose	X	X0
Gesellschaft des deutschen Tempels	6	69	Atheisten	X	X0
Gralsbewegung	6	69	Bekennnislose	X	X0
Hirt und Herde	6	69	Dissidenten	X	X0
Lorber-Gesellschaft	6	69	Dogmenlose	X	X0
Neugeist Bewegung	6	69	Konfessionslose	X	X0
Reichsbruderschaft Jesu Christi	6	69	Religionslose	X	X0
Jüdische Religionsgemeinschaft	7	71	Ungeklärt und ohne Angabe	0	00
Andere Volks- und Weltreligionen	8	81			

Statistische Kennziffern für die Verwaltungsbezirke

Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet
01	Schleswig-Holstein	02	Hamburg		Landkreise
	Kreisfreie Städte	03	Niedersachsen	03 2 31	Alfeld (Leine)
01 1 11	Flensburg			03 2 32	Duderstadt
01 1 12	Kiel	03 1	Reg.-Bez. Hannover	03 2 33	Einbeck
01 1 13	Lübeck			03 2 34	Göttingen
01 1 14	Neumünster		Kreisfreie Städte	03 2 35	Hildesheim-Marienburg
	Landkreise			03 2 36	Holzminden
01 1 31	Eckernförde	03 1 11	Hameln	03 2 37	Münden
01 1 32	Eiderstedt	03 1 12	Hannover	03 2 38	Northeim
01 1 33	Eutin		Landkreise	03 2 39	Osterode am Harz
01 1 34	Flensburg	03 1 31	Grafschaft Diepholz	03 2 40	Peine
01 1 35	Herzogtum Lauenburg	03 1 32	Grafschaft Hoya	03 2 41	Zellerfeld
01 1 36	Husum	03 1 33	Grafschaft Schaumburg	03 3	Reg.-Bez. Lüneburg
01 1 37	Norderdithmarschen	03 1 34	Hameln-Pyrmont		Kreisfreie Städte
01 1 38	Oldenburg (Holstein)	03 1 35	Hannover	03 3 11	Celle
01 1 39	Pinneberg	03 1 36	Neustadt am Rübenberge	03 3 12	Lüneburg
01 1 41	Plön	03 1 37	Nienburg (Weser)	03 3 13	Wolfsburg
01 1 42	Rendsburg	03 1 38	Schaumburg-Lippe		Landkreise
01 1 43	Schleswig	03 1 39	Springe		
01 1 44	Segeberg	03 2	Reg.-Bez. Hildesheim	03 3 31	Burgdorf
01 1 45	Steinburg		Kreisfreie Städte	03 3 32	Celle
01 1 46	Stormarn	03 2 11	Göttingen	03 3 33	Fallingbostal
01 1 47	Süderdithmarschen	03 2 12	Hildesheim	03 3 34	Gifhorn
01 1 48	Südtondern			03 3 35	Harburg

Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet
03 3 36	Lüchow-Dannenberg	04	Bremen	05 5/6	Beg.-Bez. Münster
03 3 37	Lüneburg		Kreisfreie Städte	5	(soweit nicht zum Ruhrsiedlungs- verband gehörend)
03 3 38	Soltau	04 0 11	Bremen		
03 3 39	Uelzen	04 0 12	Bremerhaven	6	(soweit zum Ruhrsiedlungs- verband gehörend)
03 4	Reg.-Bez. Stade				
	Kreisfreie Stadt	05	Nordrhein-Westfalen		Kreisfreie Städte
03 4 11	Cuxhaven	05 1/2	Reg.-Bez. Düsseldorf	05 5 11	Bocholt
	Landkreise	1	(soweit nicht zum Ruhrsiedlungs- verband gehörend)	05 6 12	Bottrop
03 4 31	Bremervörde			05 6 13	Gelsenkirchen
03 4 32	Land Hadeln	2	(soweit zum Ruhrsiedlungs- verband gehörend)	05 6 14	Gladbeck
03 4 33	Osterholz			05 5 15	Münster (Westf.)
03 4 34	Rotenburg (Hannover)			05 6 16	Recklinghausen
03 4 35	Stade				Landkreise
03 4 36	Verden		Kreisfreie Städte	05 5 31	Ahaus
03 4 37	Wesermünde	05 1 11	Düsseldorf	05 5 32	Beckum
03 5	Reg.-Bez. Osnabrück	05 2 12	Duisburg	05 5 33	Borken
	Kreisfreie Stadt	05 2 13	Essen	05 5 34	Coesfeld
03 5 11	Osnabrück	05 1 14	Krefeld	05 5 35	Lüdinghausen
	Landkreise	05 1 15	Leverkusen	05 5 36	Münster
03 5 31	Aschendorf-Hümmling	05 1 16	Mönchengladbach	05 6 37	Recklinghausen
03 5 32	Bersenbrück	05 2 17	Mülheim a. d. Ruhr	05 5 38	Steinfurt
03 5 33	Grafschaft Bentheim	05 1 18	Neuß	05 5 39	Tecklenburg
03 5 34	Lingen	05 2 19	Oberhausen	05 5 40	Warendorf
03 5 35	Melle	05 1 20	Remscheid		
03 5 36	Meppen	05 1 21	Rheydt	05 7	Reg.-Bez. Detmold
03 5 37	Osnabrück	05 1 22	Solingen		Kreisfreie Städte
03 5 38	Wittlage	05 1 23	Viersen	05 7 11	Bielefeld
		05 1 24	Wuppertal	05 7 12	Herford
03 6	Reg.-Bez. Aurich		Landkreise		Landkreise
	Kreisfreie Stadt	05 2 31	Dinslaken	05 7 31	Bielefeld
03 6 11	Emden, Stadt	05 1/2 32	Düsseldorf-Mettmann	05 7 32	Büren
	Landkreise	05 2 33	Geldern	05 7 33	Detmold
03 6 31	Aurich (Ostfriesland)	05 1 34	Grevenbroich	05 7 34	Halle (Westf.)
03 6 32	Leer	05 1 35	Kempen-Krefeld	05 7 35	Herford
03 6 33	Norden	05 1 36	Kleve	05 7 36	Höxter
03 6 34	Wittmund	05 2 37	Moers	05 7 37	Lemgo
		05 1/2 38	Rees	05 7 38	Lübbecke
03 7	Verw.-Bez. Braunschweig	05 1 39	Rhein-Wupper-Kreis	05 7 39	Minden
	Kreisfreie Städte	05 3	Reg.-Bez. Köln	05 7 40	Paderborn
03 7 11	Braunschweig		Kreisfreie Städte	05 7 41	Warburg
03 7 12	Goslar	05 3 11	Bonn	05 7 42	Wiedenbrück
03 7 13	Salzgitter	05 3 12	Köln	05 8/9	Reg.-Bez. Arnberg
	Landkreise		Landkreise	8	(soweit nicht zum Ruhrsiedlungs- verband gehörend)
03 7 31	Blankenburg	05 3 31	Bergheim (Erft)	9	(soweit zum Ruhrsiedlungs- verband gehörend)
03 7 32	Braunschweig	05 3 32	Bonn		Kreisfreie Städte
03 7 33	Gandersheim	05 3 33	Euskirchen	05 9 11	Bochum
03 7 34	Goslar	05 3 34	Köln	05 9 12	Castrop-Rauxel
03 7 35	Helmstedt	05 3 35	Oberbergischer Kreis	05 9 13	Dortmund
03 7 36	Wolfenbüttel	05 3 36	Rheinisch-Bergischer Kreis	05 9 14	Hagen
		05 3 37	Siegbkreis	05 9 15	Hamm (Westf.)
03 8	Verw.-Bez. Oldenburg			05 9 16	Herne
	Kreisfreie Städte	05 4	Reg.-Bez. Aachen	05 8 17	Iserlohn
03 8 11	Delmenhorst		Kreisfreie Stadt	05 8 18	Lüdenscheid
03 8 12	Oldenburg (Oldenburg)	05 4 11	Aachen	05 9 19	Lünen
03 8 13	Wilhelmshaven		Landkreise	05 8 20	Siegen
	Landkreise	05 4 31	Aachen	05 9 21	Wanne-Eickel
03 8 31	Ammerland	05 4 32	Düren	05 9 22	Wattenscheid
03 8 32	Cloppenburg	05 4 33	Erkelenz	05 9 23	Witten
03 8 33	Friesland	05 4 34	Jülich		Landkreise
03 8 34	Oldenburg (Oldenburg)	05 4 35	Monschau	05 8 31	Altena
03 8 35	Vechta	05 4 36	Schleiden	05 8 32	Arnsberg
03 8 36	Wesermarsch	05 4 37	Selbkantkreis Geilenkirchen- Heinsberg	05 8 33	Brilon
				05 9 34	Ennepe-Ruhr-Kreis
				05 8/9 35	Iserlohn
				05 8 36	Lippstadt

Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet
05 8 37	Meschede	07	Rheinland-Pfalz	07 5 41	Rockenhausen
05 8 38	Olpe	07 1	Reg.-Bez. Koblenz	07 5 42	Speyer
05 8 39	Siegen		Kreisfreie Stadt	07 5 43	Zweibrücken
05 8 40	Soest	07 1 11	Koblenz	08	Baden-Württemberg
05 9 41	Unna		Landkreise	08 1	Reg.-Bez. Nordwürttemberg
05 8 42	Wittgenstein	07 1 31	Ahrweiler		Kreisfreie Städte
06	Hessen	07 1 32	Altenkirchen (Westerwald)	08 1 11	Heilbronn
06 1	Reg.-Bez. Darmstadt	07 1 33	Birkenfeld	08 1 12	Stuttgart
	Kreisfreie Städte	07 1 34	Cochem	08 1 13	Ulm
06 1 11	Darmstadt	07 1 35	Koblenz		Landkreise
06 1 12	Gießen	07 1 36	Kreuznach	08 1 31	Aalen
06 1 13	Offenbach am Main	07 1 37	Mayen	08 1 32	Backnang
	Landkreise	07 1 38	Neuwied	08 1 33	Böblingen
06 1 31	Alsfeld	07 1 39	Sankt Goar	08 1 34	Crailsheim
06 1 32	Bergstraße	07 1 40	Simmern	08 1 35	Eßlingen
06 1 33	Büdingen	07 1 41	Zell (Mosel)	08 1 36	Göppingen
06 1 34	Darmstadt	07 2	Reg.-Bez. Trier	08 1 37	Heidenheim
06 1 35	Dieburg		Kreisfreie Stadt	08 1 38	Heilbronn
06 1 36	Erbach	07 2 11	Trier	08 1 39	Künzelsau
06 1 37	Friedberg		Landkreise	08 1 40	Leonberg
06 1 38	Gießen	07 2 31	Bernkastel	08 1 41	Ludwigsburg
06 1 39	Groß-Gerau	07 2 32	Bitburg	08 1 42	Mergentheim
06 1 40	Lauterbach	07 2 33	Daun	08 1 43	Nürtingen
06 1 41	Offenbach	07 2 34	Prüm	08 1 44	Ohringen
06 2	Reg.-Bez. Kassel	07 2 35	Saarburg	08 1 45	Schwäbisch Gmünd
	Kreisfreie Städte	07 2 36	Trier	08 1 46	Schwäbisch Hall
06 2 11	Fulda	07 2 37	Wittlich	08 1 47	Ulm
06 2 12	Kassel	07 3	Reg.-Bez. Montabaur	08 1 48	Vaihingen
06 2 13	Marburg a. d. Lahn		Landkreise	08 1 49	Waiblingen
	Landkreise	07 3 31	Oberwesterwaldkreis	08 2	Reg.-Bez. Nordbaden
06 2 31	Eschwege	07 3 32	Sankt Goarshausen		Kreisfreie Städte
06 2 32	Frankenberg	07 3 33	Unterlahnkreis	08 2 11	Heidelberg
06 2 33	Fritzlar-Homberg	07 3 34	Unterwesterwaldkreis	08 2 12	Karlsruhe
06 2 34	Fulda	07 4	Reg.-Bez. Rheinhessen	08 2 13	Mannheim
06 2 35	Hersfeld		Kreisfreie Städte	08 2 14	Pforzheim
06 2 36	Hofgeismar	07 4 11	Mainz		Landkreise
06 2 37	Hünfeld	07 4 12	Worms	08 2 31	Bruchsal
06 2 38	Kassel		Landkreise	08 2 32	Buchen
06 2 39	Marburg	07 4 31	Alzey	08 2 33	Heidelberg
06 2 40	Melsungen	07 4 32	Bingen	08 2 34	Karlsruhe
06 2 41	Rotenburg	07 4 33	Mainz	08 2 35	Mannheim
06 2 42	Waldeck	07 4 34	Worms	08 2 36	Mosbach
06 2 43	Witzenhausen	07 5	Reg.-Bez. Pfalz	08 2 37	Pforzheim
06 2 44	Wolfhagen		Kreisfreie Städte	08 2 38	Sinsheim
06 2 45	Ziegenhain	07 5 11	Frankenthal (Pfalz)	08 2 39	Tauberbischofsheim
06 3	Reg.-Bez. Wiesbaden	07 5 12	Kaiserslautern	08 3	Reg.-Bez. Südbaden
	Kreisfreie Städte	07 5 13	Landau in der Pfalz		Kreisfreie Städte
06 3 11	Frankfurt am Main	07 5 14	Ludwigshafen am Rhein	08 3 11	Baden-Baden
06 3 12	Hanau am Main	07 5 15	Neustadt an der Weinstraße	08 3 12	Freiburg im Breisgau
06 3 13	Wiesbaden	07 5 16	Pirmasens		Landkreise
	Landkreise	07 5 17	Speyer	08 3 31	Bühl
06 3 31	Biedenkopf	07 5 18	Zweibrücken	08 3 32	Donaueschingen
06 3 32	Dillkreis		Landkreise	08 3 33	Emmendingen
06 3 33	Gelnhausen	07 5 31	Bergzabern	08 3 34	Freiburg
06 3 34	Hanau	07 5 32	Frankenthal (Pfalz)	08 3 40	Hochschwarzwald
06 3 35	Limburg	07 5 33	Germersheim	08 3 35	Kehl
06 3 36	Main-Taunus-Kreis	07 5 34	Kaiserslautern	08 3 36	Konstanz
06 3 37	Oberlahnkreis	07 5 35	Kirchheimbolanden	08 3 37	Lahr
06 3 38	Obertaunuskreis	07 5 36	Kusel	08 3 38	Lörrach
06 3 39	Rheingaukreis	07 5 37	Landau in der Pfalz	08 3 39	Müllheim
06 3 40	Schlüchtern	07 5 38	Ludwigshafen am Rhein	08 3 41	Offenburg
06 3 41	Untertaunuskreis	07 5 39	Neustadt an der Weinstraße	08 3 42	Raststatt
06 3 42	Usingen	07 5 40	Pirmasens	08 3 43	Säckingen
06 3 43	Wetzlar			08 3 44	Stockach
				08 3 45	Überlingen
				08 3 46	Villingen
				08 3 47	Waldshut
				08 3 48	Wolfach

Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet
08 4	Reg.-Bez. Südwürttemberg- Hohenzollern	09 2 36	Griesbach i. Rottal	09 4 45	Stadtsteinach
		09 2 37	Kelheim	09 4 46	Staffelstein
		09 2 38	Kötzting	09 4 47	Wunsiedel
	Landkreise	09 2 39	Landau a. d. Isar		
08 4 31	Balingen	09 2 40	Landshut	09 5	Reg.-Bez. Mittelfranken
08 4 32	Biberach	09 2 41	Mainburg		Kreisfreie Städte
08 4 33	Calw	09 2 42	Mallersdorf	09 5 11	Ansbach
08 4 34	Ehingen	09 2 43	Passau	09 5 12	Eichstätt
08 4 35	Freudenstadt	09 2 44	Pfarrkirchen	09 5 13	Erlangen
08 4 36	Hechingen	09 2 45	Regen	09 5 14	Fürth
08 4 37	Horb	09 2 46	Rottenburg a. d. Laaber	09 5 15	Nürnberg
08 4 38	Münsingen	09 2 47	Straubing	09 5 16	Rothenburg ob der Tauber
08 4 39	Ravensburg	09 2 48	Viechtach	09 5 17	Schwabach
08 4 40	Reutlingen	09 2 49	Vilsbiburg	09 5 18	Weißenburg i. Bay.
08 4 41	Rottweil	09 2 50	Vilshofen		Landkreise
08 4 42	Saulgau	09 2 51	Wegscheid	09 5 31	Ansbach
08 4 43	Sigmaringen	09 2 52	Wolfstein	09 5 32	Dinkelsbühl
08 4 44	Tett nang			09 5 33	Eichstätt
08 4 45	Tübingen	09 3	Reg.-Bez. Oberpfalz	09 5 34	Erlangen
08 4 46	Tuttlingen		Kreisfreie Städte	09 5 35	Feuchtwangen
08 4 47	Wangen	09 3 11	Amberg	09 5 36	Fürth
09	Bayern	09 3 12	Neumarkt i. d. OPf.	09 5 37	Gunzenhausen
09 1	Reg.-Bez. Oberbayern	09 3 13	Regensburg	09 5 38	Hersbruck
		09 3 14	Schwandorf i. Bay.	09 5 39	Hilpoltstein
		09 3 15	Weiden i. d. OPf.	09 5 40	Lauf (Pegnitz)
	Kreisfreie Städte			09 5 41	Neustadt a. d. Aisch
09 1 11	Bad Reichenhall		Landkreise	09 5 42	Nürnberg
09 1 12	Freising	09 3 31	Amberg	09 5 43	Rothenburg ob der Tauber
09 1 13	Ingolstadt	09 3 32	Beilngries	09 5 44	Scheinfeld
09 1 14	Landsberg a. Lech	09 3 33	Burglengenfeld	09 5 45	Schwabach
09 1 15	München	09 3 34	Cham	09 5 46	Uffenheim
09 1 16	Rosenheim	09 3 35	Eschenbach i. d. OPf.	09 5 47	Weißenburg i. Bay.
09 1 17	Traunstein	09 3 36	Kemnath		
	Landkreise	09 3 37	Nabburg	09 6	Reg.-Bez. Unterfranken
09 1 31	Aichach	09 3 38	Neumarkt i. d. OPf.		Kreisfreie Städte
09 1 32	Altötting	09 3 39	Neunburg vorm Wald	09 6 11	Aschaffenburg
09 1 33	Bad Aibling	09 3 40	Neustadt a. d. Waldnaab	09 6 12	Bad Kissingen
09 1 34	Bad Tölz	09 3 41	Oberviechtach	09 6 13	Kitzingen
09 1 35	Berchtesgaden	09 3 42	Parsberg	09 6 14	Schweinfurt
09 1 36	Dachau	09 3 43	Regensburg	09 6 15	Würzburg
09 1 37	Ebersberg	09 3 44	Riedenburg		Landkreise
09 1 38	Erding	09 3 45	Roding	09 6 31	Alzenau i. UFr.
09 1 39	Freising	09 3 46	Sulzbach-Rosenberg	09 6 32	Aschaffenburg
09 1 40	Fürstenfeldbruck	09 3 47	Tirschenreuth	09 6 33	Bad Kissingen
09 1 41	Garmisch-Partenkirchen	09 3 48	Vohenstrauß	09 6 34	Bad Neustadt a. d. Saale
09 1 42	Ingolstadt	09 3 49	Waldmünchen	09 6 35	Brückenau
09 1 43	Landsberg a. Lech			09 6 36	Ebern
09 1 44	Laufen	09 4	Reg.-Bez. Oberfranken	09 6 37	Gemünden
09 1 45	Miesbach		Kreisfreie Städte	09 6 38	Gerolzhofen
09 1 46	Mühl Dorf a. Inn	09 4 11	Bamberg	09 6 39	Hammelburg
09 1 47	München	09 4 12	Bayreuth	09 6 40	Haßfurt
09 1 48	Pfaffenhofen a. d. Ilm	09 4 13	Coburg	09 6 41	Hofheim i. UFr.
09 1 49	Rosenheim	09 4 14	Forchheim	09 6 42	Karlstadt
09 1 50	Schongau	09 4 15	Hof	09 6 43	Kitzingen
09 1 51	Schrobenhausen	09 4 16	Kulmbach	09 6 44	Königshofen i. Grabfeld
09 1 52	Starnberg	09 4 17	Marktreuditz	09 6 45	Lohr a. Main
09 1 53	Traunstein	09 4 18	Neustadt b. Coburg	09 6 46	Marktheidenfeld
09 1 54	Wasserburg a. Inn	09 4 19	Selb	09 6 47	Mellrichstadt
09 1 55	Weilheim		Landkreise	09 6 48	Miltenberg
09 1 56	Wolfraatshausen	09 4 31	Bamberg	09 6 49	Obernburg
09 2	Reg.-Bez. Niederbayern	09 4 32	Bayreuth	09 6 50	Ochsenfurt
		09 4 33	Coburg	09 6 51	Schweinfurt
	Kreisfreie Städte	09 4 34	Ebermannstadt	09 6 52	Würzburg
09 2 11	Deggendorf	09 4 35	Forchheim		
09 2 12	Landshut	09 4 36	Höchstadt a. d. Aisch	09 7/8	Reg.-Bez. Schwaben
09 2 13	Passau	09 4 37	Hof		
09 2 14	Straubing	09 4 38	Kronach	7	(Reg.-Bez. Schwaben ohne Lin- dau [Bodensee])
	Landkreise	09 4 39	Kulmbach		
09 2 31	Bogen	09 4 40	Lichtenfels	8	(Kreisfreie Stadt u. Landkreis Lindau [Bodensee])
09 2 32	Deggendorf	09 4 41	Münchberg		
09 2 33	Dingolfing	09 4 42	Naiba		
09 2 34	Engenfelden	09 4 43	Pegnitz		
09 2 35	Grafenau	09 4 44	Rehau		

Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet	Stati- stische Kennziffer	Gebiet
	Kreisfreie Städte	09 7 34	Friedberg	10	Saarland
09 7 11	Augsburg	09 7 35	Füssen		Kreisfreie Stadt
09 7 12	Dillingen a. d. Donau	09 7 36	Günzburg	10 0 11	Saarbrücken
09 7 13	Günzburg	09 7 37	Illertissen		Landkreise
09 7 14	Kaufbeuren	09 7 38	Kaufbeuren	10 0 31	Homburg
09 7 15	Kempten (Allgäu)	09 7 39	Kempten (Allgäu)	10 0 32	Merzig-Wadern
09 8 11	Lindau (Bodensee)	09 7 40	Krumbach (Schwaben)	10 0 33	Ottweiler
09 7 16	Memmingen	09 8 31	Lindau (Bodensee)	10 0 34	Saarbrücken
09 7 17	Neuburg a. d. Donau	09 7 41	Marktoberdorf	10 0 35	Saarlouis
09 7 18	Neu-Ulm	09 7 42	Memmingen	10 0 36	Sankt Ingbert
09 7 19	Nördlingen	09 7 43	Mindelheim	10 0 37	Sankt Wendel
	Landkreise	09 7 44	Neuburg a. d. Donau		
09 7 31	Augsburg	09 7 45	Neu-Ulm	11	Berlin (West)
09 7 32	Dillingen a. d. Donau	09 7 46	Nördlingen		
09 7 33	Donauwörth	09 7 47	Schwabmünchen		
		09 7 48	Sonthofen		
		09 7 49	Wertingen		

Länder- und Staatsangehörigkeitsschlüssel

Staat, Land, Gebiet	Signatur	Staat, Land, Gebiet	Signatur	Staat, Land, Gebiet	Signatur
Europa		Afrika		Republik Kamerun (einschl. ehem. brit. Treuhandgebiet Kamerun [Südtell])	
Deutschland in den Grenzen des Deutschen Reichs vom 31. 12. 1937	000	Algerien ¹⁾	221	Republik Südafrika (früher Südafrikanische Union)	263
Albanien	121	Angola ¹⁾	223	Réunion ¹⁾	264
Andorra	123	Ägypten (siehe Vereinigte Arabische Republik)		Ruanda-Urundi ¹⁾	265
Belgien	124	Äthiopien	225	Sankt Helena ¹⁾ (einschl. Ascensión)	266
Bulgarien	125	Basutoland ¹⁾	226	Sansibar ¹⁾	267
Dänemark und Färöer-Inseln	126	Betschuanaland	227	Sao Tomé und Príncipe ¹⁾	268
Estland ¹⁾	127	Ceuta und Melilla, Presidios ¹⁾	228	Senegal	269
Finnland	128	Dahome	229	Seyschellen ¹⁾	271
Frankreich (einschl. Korsika)	129	Elfenbeinküste	231	Sierra Leone	272
Freie Stadt Danzig ¹⁾	131	Föderation Nigeria (einschl. ehem. brit. Treuhandgebiet Kamerun [Nordteil])	232	Somalia (mit ehem. Britisch Somaliland)	273
Gibraltar ¹⁾	132	Föderation Rhodesien und Njassaland ¹⁾	233	Spanisch-Guinea ¹⁾ (einschl. Fernando Póo und Annobón)	274
Griechenland	134	Französische Sahara Departements ¹⁾	234	Spanisch-Westafrika ¹⁾	275
Irland	135	Französische Somaliküste ¹⁾	235	Sudan	276
Island	136	Gabun	236	Süd-Rhodesien ¹⁾	278
Italien	137	Gambia ¹⁾	237	Südwestafrika	279
Jugoslawien	138	Ghana	238	Swasiland ¹⁾	281
Lettland ¹⁾	139	Islamische Republik Mauretanien	239	Tanganjika	282
Liechtenstein	141	Kanarische Inseln ¹⁾	241	Togo	283
Litauen	142	Kapverdische Inseln ¹⁾	242	Tschad	284
Luxemburg	143	Kenia ¹⁾	243	Tunesien	285
Malta ¹⁾	145	Komoren ¹⁾	244	Uganda ¹⁾	286
Memelland ¹⁾	146	Kongo (Brazzaville) ehem. französisch	245	Vereinigte Arabische Republik (Ägypten)	287
Monaco	147	Kongo (Leopoldville) ehem. belgisch	246	Zentralafrikanische Republik	289
Niederlande	148	Liberia	247	Übriges Afrika	299
Norwegen (einschl. Spitzbergen)	149	Libyen	248		
Osterreich	151	Madagaskar	249		
Polen	152	Mali (früher Sudanesische Republik)	251	Amerika	
Portugal (einschl. Azoren und Madeira)	153	Marokko	252	Amerikanische Jungferninseln ¹⁾ (Virgin-Inseln)	321
Rumänien	154	Mauritius ¹⁾	253	Argentinien	323
San Marino	156	Mosambik ¹⁾ (früher Portug. Ostafrika)	254	Bahama-Inseln ¹⁾	324
Schweden	157	Niger	255	Bermuda ¹⁾	325
Schweiz	158	Njassaland ¹⁾	256	Bolivien	326
Sowjetunion (UdSSR)	159	Nord-Rhodesien ¹⁾	257	Brasilien	327
Spanien	161	Obervolta	258	Britisch-Guayana ¹⁾	328
Tschechoslowakei	162	Portugiesisch-Guinea ¹⁾	259	Britisch-Honduras ¹⁾	329
Türkei	163	Republik Guinea	261	Britische Jungferninseln ¹⁾ (Virgin-Inseln)	331
Ukraine	164			Chile	332
Ungarn	165			Costa Rica	334
Vatikanstadt	167				
Vereinigtes Königreich (Großbritannien und Nordirland)	168				
Weißrussland	169				
Übriges Europa	199				

¹⁾ Unselbständige Länder oder Gebiete.

Staat, Land, Gebiet	Signatur	Staat, Land, Gebiet	Signatur	Staat, Land, Gebiet	Signatur
Dominikanische Republik	335	Befriedetes Oman ¹⁾	425	Syrien	475
Ecuador (einschl. Galapagos)	336	Bhutan	426	Thailand	476
El Salvador	337	Birma	427	Tibet	478
Falklandinseln ¹⁾ (Malwinen)	338	Bonininseln ¹⁾	428	Volksrepublik China	479
Föderation Westindien	339	Brunei	429	Zypern	481
Französisch-Guayana ¹⁾	341	Ceylon	431	Übriges Asien	499
Grönland ¹⁾	342	Demokratische Republik Vietnam			
Guadeloupe ¹⁾	343	(Nord-Vietnam)	432	Australien und Ozeanien	
Guatemala	345	Demokratische Volksrepublik Korea		Amerikanisch-Samoa ¹⁾	521
Haiti	346	(Nord-Korea)	434	Australien auch Australischer Bund	523
Honduras	347	Hongkong ¹⁾	435	Britische Salomoninseln ¹⁾	524
Kanada	348	Indien	436	Canton und Enderbury ¹⁾	525
Kolumbien	349	Indonesien	437	Fidschi ¹⁾	526
Kuba	351	Irak	438	Französisch Polynesien ¹⁾	527
Martinique ¹⁾	352	Iran	439	Gilbert- und Ellice-Inseln ¹⁾	528
Mexiko	353	Israel	441	Guam ¹⁾	529
Nicaragua	354	Japan	442	Nauru ¹⁾	531
Niederländische Antillen ¹⁾ (einschl.		Jemen	443	Neue Hebriden ¹⁾	532
Curacao)	356	Jordanien	445	Neuguinea ¹⁾ (Treuhandgebiet)	534
Panama	357	Kambodscha	446	Neukaledonien ¹⁾	535
Panamakanal-Zone ¹⁾	358	Katar	447	Neuseeland (einschl. Cookinseln,	
Paraguay	359	Kuwait	448	Niue-Tokelau-Inseln)	536
Peru	361	Laos	449	Niederländisch-Neuguinea ¹⁾	537
Puerto Rico ¹⁾	362	Libanon	451	Papua ¹⁾	538
Saint Pierre und Miquelon ¹⁾	363	Macau ¹⁾	452	Pazifische Inseln ¹⁾ (Marianen, Karo-	
Surinam ¹⁾ (Niederländisch		Malaiischer Bund	453	linen, Marshall-Inseln)	539
Guayana)	364	Malediven	454	Tonga	541
Uruguay	365	Maskat und Oman	456	Wallis und Futuna ¹⁾	542
Venezuela	367	Mongolische Volksrepublik	457	West Samoa ¹⁾	543
Vereinigte Staaten von Amerika		Nepal	458	Übriges Australien und Ozeanien	599
(USA)	368	Nordborneo ¹⁾	459		
Westindien auch Westindischer		Pakistan	461	Staatenlos	997
Bund ¹⁾ (einschl. Jamaika, Tabago,		Philippinen	462	Ungeklärt	998
Barbados)	369	Portugiesisch-Indien ¹⁾	463	Ohne Angabe	999
Übriges Amerika	399	Portugiesisch-Timor ¹⁾	464		
		Republik China (Taiwan)	465		
Asien		Republik Korea (Süd-Korea)	467		
(ohne asiatischen Teil der Sowjet-		Republik Vietnam (Süd-Vietnam)	468		
union)		Riukiu-Inseln ¹⁾	469	Staaten bzw. Gebiete, die nicht dargestellt	
Aden ¹⁾	421	Sarawak ¹⁾	471	werden, sind — entsprechend ihrer Zugehörig-	
Afghanistan	423	Saudi-Arabien	472	keit nach Erdteilen — unter »Übriges Europa«	
Bahrain	424	Sikkim	473	Signatur 199, »Übriges Afrika« Signatur 299	
		Singapur	474	usw. zusammenzufassen.	

¹⁾ Unselbständige Länder oder Gebiete.

²⁾ Umfaßt die Scheichtümer: Abu Dhabi, Adschman, Dubai, Fudschaira, Ras al-Chaima, Schadscha und Kalba, Umm el-Kaiwain.

Signierschlüssel für das Signieren der Fachrichtung in der Bildungsfrage bei der Volks- und Berufszählung 1961

Die Berufsfach-, Fach- oder Hochschule wird einstellig, die Hauptfächer werden zweistellig verschlüsselt — Berufsfach-, Fach- oder Hochschule: Kennziffer 1 = Berufsfachschule, Fachschule; Kennziffer 2 = Hochschule (Universität, Technische Hochschule, Hochschulen)

1. Ziffer (Gruppe)	Fachrichtung	Kenn- ziffer	Berufs- fachschule/ Fach- schule (1) – Hoch- schule (2)	1. Ziffer (Gruppe)	Fachrichtung	Kenn- ziffer	Berufs- fachschule/ Fach- schule (1) – Hoch- schule (2)
	Ohne Angabe und Fachrichtung nicht erkennbar	00	1 – 2	0 (05–09)	Künstlerische Fachrichtungen		
0 (01–04)	Land- und Forstwirtschaft, land- wirtschaftliche Nebengewerbe, Hauswirtschaft				Architektur	05	1 – 2
	Landwirtschaft-, Garten-, Obst- und Weinbau, Tierwirtschaft (ohne Lehramt)	01	1 – 2		Musikwissenschaft, Musik	06	1 – 2
	Forstwirtschaft, Holzwirtschaft, Jagd- und Fischereiwesen	02	1 – 2	1 (10–19)	Theaterwissenschaft	07	2
	Brauwesen, Brenneriewesen	03	1 – 2		Darstellende Kunst	08	1 – 2
	Hauswirtschaft, Haushaltung	04	1		Bildende Kunst, Kunstgewerbe ..	09	1 – 2
					Gewerbliche Fachrichtungen		
					Steinbearbeitung, Keramik, Glas- macherei	10	1
					Metallverarbeitung	11	1
					Feinmechanik, Optik	12	1

1. Ziffer (Gruppe)	Fachrichtung	Kenn- ziffer	Berufs- fachschole/ Fach- schule (1) – Hoch- schule (2)
	Chemielaborant	13	1
	Holzverarbeitung	14	1
	Papierherzeugung und -verarbeitung	15	1 – 2
	Graphik (technische Seite), Photographie, technisches Zeichnen ...	16	1
	Textilherstellung und -verarbeitung	17	1
	Lederherstellung, Leder- und Fellverarbeitung	18	1
	Nahrungs- und Genußmittelherstellung	19	1
2 (20–27)	Technische Fachrichtungen		
	Bergbau und Hüttenwesen	20	1 – 2
	Maschinenbau	21	1 – 2
	Heizungs- und Gesundheitstechnik, Installationstechnik	22	1
	Schiffbau, Schiffsmaschinenbau ..	23	1 – 2
	Flugzeugbau	24	1 – 2
	Bauingenieurwesen, Bautechnik ..	25	1 – 2
	Elektrotechnik	26	1 – 2
	Vermessungswesen, Kartographie	27	1 – 2
3 (30–38)	Naturwissenschaften		
	Mathematik	30	2
	Astronomie	31	2
	Physik, physikalisch-technischer Assistent	32	1 – 2
	Geophysik, Meteorologie	33	2
	Chemie, chemisch-technischer Assistent	34	1 – 2
	Mineralogie, Geologie	35	2
	Biologie, biologisch-technischer Assistent	36	1 – 2
	Geographie	37	2
	Naturwissenschaft ohne nähere Angabe	38	2
4/5 (40–54)	Theologie und Erziehungswesen		
	Evangelische Theologie; Religionslehre, Missionsdienst, Gemeindehilfe	40	1 – 2
	Katholische Theologie; Religionslehre, Kanonisches Recht, Seelsorgehilfe	41	1 – 2
	Theologie anderer Bekenntnisse	42	1 – 2
	Kinder- und Jugendpflege	43	1
	Höheres Lehramt ohne Angabe der Fachrichtung	44	2
	Lehramt der Landwirtschaft	45	2
	Dipl. Handelslehramt	46	2
	Sonstiges Handelslehramt	47	2
	Gewerbelehramt	48	2
	Technisches Lehramt	49	2
	Lehramt an landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Berufsschulen	50	2
	Lehramt der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde	51	2
	Hauswirtschaftliches Lehramt ...	52	2
	Mittelschullehramt ohne Angabe der Fachrichtung	53	2

1. Ziffer (Gruppe)	Fachrichtung	Kenn- ziffer	Berufs- fachschole/ Fach- schule (1) – Hoch- schule (2)
	Volksschullehramt einschließlich Lehramt an Sonder- und Hilfsschulen	54	2
6 (60–67)	Rechtswesen, Volks- und Betriebswirtschaft, Verwaltung		
	Rechtswissenschaft	60	2
	Volkswirtschaftslehre, Statistik, Volks- und Betriebswirtschaftslehre, kaufmännische, Handels-, Bank- und Versicherungsfächer Betriebswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Betriebstechnik	61	1 – 2
	Soziologie, Wissenschaft von der Politik	62	1 – 2
	Verkehrswesen	63	2
	Gaststättenwesen	64	1 – 2
	Organisation, Verwaltung, Büro	65	1
	Sozialpflege	66	1
7 (70–78)	Gesundheitswesen		
	Allgemeine Medizin	70	2
	Zahnmedizin	71	1 – 2
	Tiermedizin	72	2
	Pharmazie	73	2
	Medizinisch-technische Assistentin	74	1
	Hebammenlehre	75	1
	Anderer Fachrichtungen des Gesundheitswesens; Säuglings- und Krankenpflege, Krankengymnastik	76	1
	Sprechstundenhilfe	77	1
	Körperpflege	78	1
8/9 (80–98)	Geisteswissenschaften		
	Philosophie, Pädagogik	80	2
	Psychologie, Psychotherapie	81	1 – 2
	Klassische Philologie (Latein, Griechisch)	82	2
	Germanistik	83	2
	Anglistik, Amerikanistik	84	2
	Romanistik	85	2
	Slavistik	86	2
	Philologie anderer europäischer Sprachen	87	2
	Philologie außereuropäischer Sprachen, vergleichende Sprachwissenschaft, Religionswissenschaft	88	2
	Philologie ohne nähere Angabe	89	2
	Zeitungswissenschaft, Journalismus, Bildjournalismus	90	1 – 2
	Dolmetscher, Übersetzer	91	1 – 2
	Geschichtswissenschaft (alte, mittlere, neue, osteuropäische, außereuropäische Geschichte, Byzantinistik, historische Hilfswissenschaften, Vorgeschichte)	92	2
	Bibliothekswissenschaft und Buchwissenschaft	93	1 – 2
	Archivwesen	94	1 – 2
	Klassische Archäologie	95	2
	Kunst- und Baugeschichte	96	1 – 2
	Volkskunde, Völkerkunde	97	2
	Leibesübungen	98	1 – 2

Verzeichnis der Verkehrsbezirke für die Statistiken des Landverkehrs

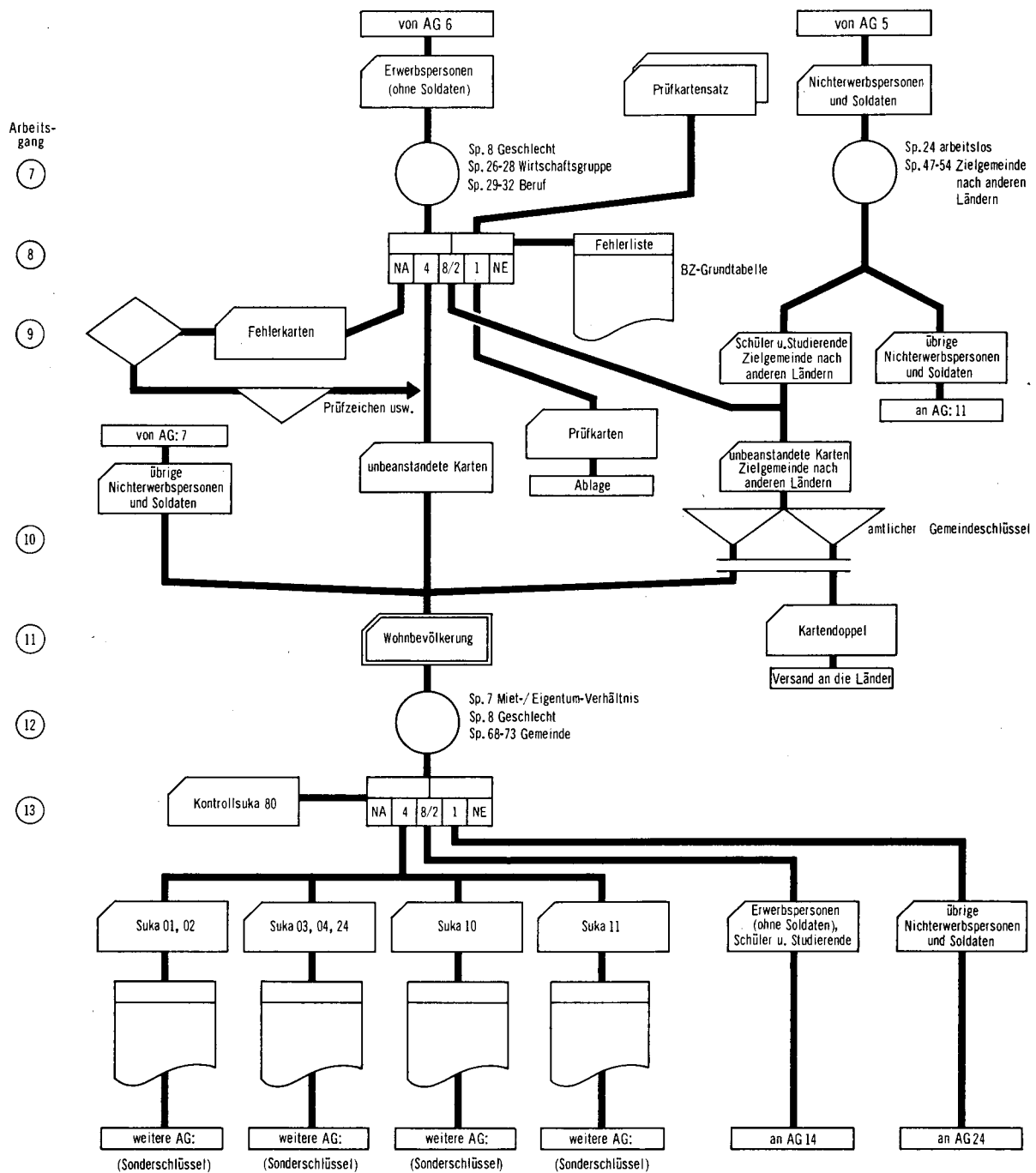
Nr.	Nähere Bezeichnung und Abgrenzung	Nr.	Nähere Bezeichnung und Abgrenzung	Nr.	Nähere Bezeichnung und Abgrenzung
1	Lübeck	21	Münsterland	44	Frankfurt (Wirtschaftsgebiet)
2	Schleswig-holsteinisches Ostseegebiet (ohne 1)	22	Südostwestfalen	45	Mittelhessen
3	Schleswig-holsteinisches Nordseegebiet	23	Gebiet um Hagen	46	Neuwieder Becken und Eifel
4	Südostteil von Schleswig-Holstein	24	Ruhrgebiet (ohne 25 und 26)	47	Moselgebiet
5	Hamburg	25	Dortmund	48	Ober- u. Unterwesterwaldkreis, Unterer Lahnkreis
6	Niedersachsen längs der Unterelbe	26	Essen	49	Mainz, Worms, Bingen, Alzey
7	Niedersachsen längs der Oberelbe	27	Niederrheingebiet unterhalb des Ruhrgebietes	50	Ludwigshafen
8	Unterwesergebiet (ohne 19)	28	Duisburg	51	Rheinpfalz
9	Mittleres Wesergebiet in Niedersachsen	29	Rheinhäfen des Ruhrgebietes (ohne 28)	52	Mannheim (Wirtschaftsgebiet)
10	Oberes Wesergebiet in Niedersachsen, Südharz	30	Gebiet um Krefeld, M.-Gladbach und Neuß	53	Gebiet um Karlsruhe und Bruchsal
11	Gebiet um Braunschweig	31	Gebiet um Düsseldorf	54	Mittel- und Südbaden
12	Mittellandkanalgebiet um Hannover und Hildesheim (ohne 13)	32	Köln	55	Südwestfalen und Hohenzollern
13	Hannover	33	Bergisches Land	56	Württemberg (ohne 55 und 57)
14	Gebiet um Osnabrück	34	Rheinisches Braunkohlenrevier	57	Stuttgart
15	Emden	35	Gebiet um Aachen	58	Nordbaden (ohne 52 und 53)
16	Oldenburg und Ostfriesland rechts der Ems	36	Siegbereich, Bonn, Euskirchen, Schleiden	59	Unterfranken
17	Emsland und Ostfriesland links der Ems (ohne 15)	37	Siegen, Olpe, Wittgenstein	60	Ober- und Mittelfranken (ohne 61)
18	Bremerhaven	38	Kurhessen, Waldeck	61	Nürnberg und Fürth
19	Bremen	39	Dillkreis, Oberlahnkreis	62	Oberpfalz und Niederbayern
20	Ostwestfalen-Lippe	40	Untertaunuskreis, Rheingaukreis	63	Oberbayern (ohne 64)
		41	Südhausen (Starkenburg)	64	München
		43	Obertaunus- und Main-Taunuskreis, Landkreis Hanau und Offenbach	65	Schwaben und Lindau
				66	Berlin (West)
				69	Saarland

Güterverzeichnis für die Spezialisierung im Verkehrszensus 1962

Lfd. Nr.	Nummer des Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik	Bezeichnung der Güter	Lfd. Nr.	Nummer des Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik	Bezeichnung der Güter
1	001 — 009	Getreide	14	411 — 429	Kohle
2	021 — 029	Früchte und Gemüse, frisch und gefroren	15	450 — 495	Mineralöl und Mineralölerzeugnisse
3	060	Lebende Tiere	16	591 — 599	Düngemittel
4	071, 074	Fleisch und Fisch, frisch und gefroren	17	611, 615	Kalk und Zement
5	077	FrISCHE Milch und Sahne	18	651 — 655	Sonstige Baustoffe aus Beton, Ton usw.
6	081, 087	Bier und alkoholfreie Getränke	19	711 — 759	Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)
7	084	Wein	20	850	Fahrzeuge
8	111 — 119	Futtermittel	21	910, 971, 975	Möbel und Umzugsgut
9	210 — 229	Holz	22	991	Sammel- und Stückgut
10	291	Wolle und sonstige Tierhaare	23		Sonstige Güter: Sind entsprechend dem Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik zu verschlüsseln.
11	292	Baumwolle			
12	311 — 339	Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken, Steine, Erden und verwandte Rohmineralien			
13	361 — 389	Erze und Schrott			

IV. Ablauf- und Zeitpläne (nur Volkszählungswerk)

SCHEMATISCHE DARSTELLUNG DER MASCHINELLEN ARBEITSGÄNGE (AUSZUG) (AG 7 BIS AG 13)



Zeichenerklärungen		Abkürzungen
	Lochkarte	AG = Arbeitsgang Sp = Lochkartenspalte Suka = Summenkarte
	Sortieren	
	Arbeiten auf 1401-Datenverarbeitungs-Anlage	
	Tabelle	
	Stanzen	
	Doppeln	
	Abstimmen	
	Korrekturen	

Ablaufplan für die Vorbereitung und Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitstättenzählung sowie der
wohnungstatistischen Feststellungen

Stand: März 1961

		1961												(Die Monate sind in Dekaden unterteilt)	
		Februar	März	April	Mai	6. Juni	Juni	Juli	August	September	Oktober	November			
Schaffung der rechtlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen	2. und 3. Beratung im Bundestag	■													
	Behandlung im Bundesrat im zweiten Durchgang														
	Verkündung		■												
	Erlaß landesrechtlicher Bestimmungen			■											
	Anmeldung der Haushaltsmittel für 1962			■											
Durchführung der Gebäudevorerhebung und Druck der Zählpapiere	Rücklauf der Gebäudelisten an die Gemeinden			■											
	Druck der Erhebungs- und Organisationspapiere		■												
Aufbau der Erhebungsorganisation	Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke			■											
	Einrichtung von Zählungsdienststellen				■										
	Propaganda für das Zähleramt; Bestellung der Zähler und Zuweisung der Zählbezirke; Zusammenstellen der Zählkarten; Eintragen der Ordnungsangab. in die Zählpapiere				■										
	Festlegen der Zählbezirke, in denen Kontrollen durchgeführt werden sollen				■										
	Unterweisung der Zählungsleiter			■											
	Unterrichtung der Zähler				■										
Durchführung der Erhebung	Durchführung der Gebäudevorerhebung			■											
	Transport der Zählpapiere in die Gemeinden			■											
	Zählungswerbung in der Öffentlichkeit				■										
	Ausstellen der Zählpapiere durch die Zähler an die Bevölkerung				■										
	Zählpapiere bei der Bevölkerung				■										
	Einsammeln der Zählpapiere durch die Zähler				■										
	Kontrolle der Eintragungen durch Zähler und Oberzähler					■									
	Ablieferung der Zählpapiere an die Zählungsdienststellen in den Gemeinden					■									
	Durchführung einer Kontrollstichprobe in 1 vH aller Zählbezirke					■									
	Fertigen der Anschriftenlisten für die Gartenbauerhebung Juli 1961					■									
	Prüfung der Zählpapiere in den Gemeinden (einschl. Vergleich mit den Einwohnerverzeichnissen)					■									
	Ablieferung der Zählpapiere an die Statistischen Landesämter (evtl. nach Gemeindegrößenklassen gestaffelt)					■									

Ablaufplan für die Aufbereitung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sowie der wohnungsstatistischen Feststellungen in den Statistischen Landesämtern

Zählpapier	Aufbereitungsphase	1961												1962												1963											
		End 6. Juni	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.					
Alle Zählpapiere zusammen	Ablieferung der Zählpapiere an die StLA	× Zählungsestichtag																																			
	Vollzählkeitskontrolle; Vergleich der Zählpapiere; Trennung der Zählpapiere	1																																			
Haushaltslisten	Prüfen, Berichtigten und Ergänzen der Angaben; Feststellung der Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung	2																																			
	Zusammenführung mit den Kontrollinterviews	3																																			
	Signieren Heraus schreiben der Karteikarten für deskriptives Kontrollverfahren																																				
	Lochen																																				
	Maschinelle Plausibilitätskontrollen	4																																			
	Tabellieren																																				
Gebäudelisten	Prüfen, Berichtigten und Ergänzen der Angaben	5																																			
	Signieren																																				
	Lochen																																				
	Einzelstellung der wohnungsstatistischen Feststellungen mit Ergebnissen für Zahlbezirke und Gemeinden	6																																			
	Tabellieren																																				
Arbeitsstättenbogen	Prüfen, Berichtigten und Ergänzen der Angaben	7																																			
	Signieren																																				
	Lochen																																				
	Tabellieren																																				

1 Eingangskontrolle der Sendungen je Kreis und Gemeinde; Vollzählkeitskontrolle je Gemeinde und Zahlbezirk (der Gebäudelisten aufgrund der Zahlbezirksbeschreibung, der übrigen Erhebungsbogen aufgrund der Gebäudelisten); Trennung der Gebäudelisten, Haushalts- und Anstaltslisten sowie der AZ-Bogen.

2 Prüfen der Angaben in den Haushaltslisten; Ergänzung fehlender und Berichtigung falscher Eintragungen; Korrektur der Personenzahlen in den Haushaltslisten; Feststellung von endgültigen Eck- und Abstimmzahlen der Wohnbevölkerung für die später durch die maschinelle Aufbereitung zu ermittelnden Zahlen; Vergleich der Ergebnisse der Kontrollinterviews mit denen aufgrund der Haushaltslisten.

3 Kontrollaktion (aufgrund zusätzlicher Feststellungen in den Gemeinden).

4 Kontrollen der Signierschlüssel einschließlich möglicher Kombinationen, BZ-Grundtabelle.

5 Prüfen der Angaben in den Gebäudelisten; Anfordern neuer Angaben für fehlende oder falsche Eintragungen; Einschleusen nachgelieferter Angaben.

6 Soweit ausreichende Maschinenkapazität vorhanden.

7 Prüfen der Angaben in den AZ-Bogen; Anfordern neuer Angaben für fehlende oder falsche Eintragungen oder fehlende AZ-Bogen; Einschleusen nachgelieferter Angaben.

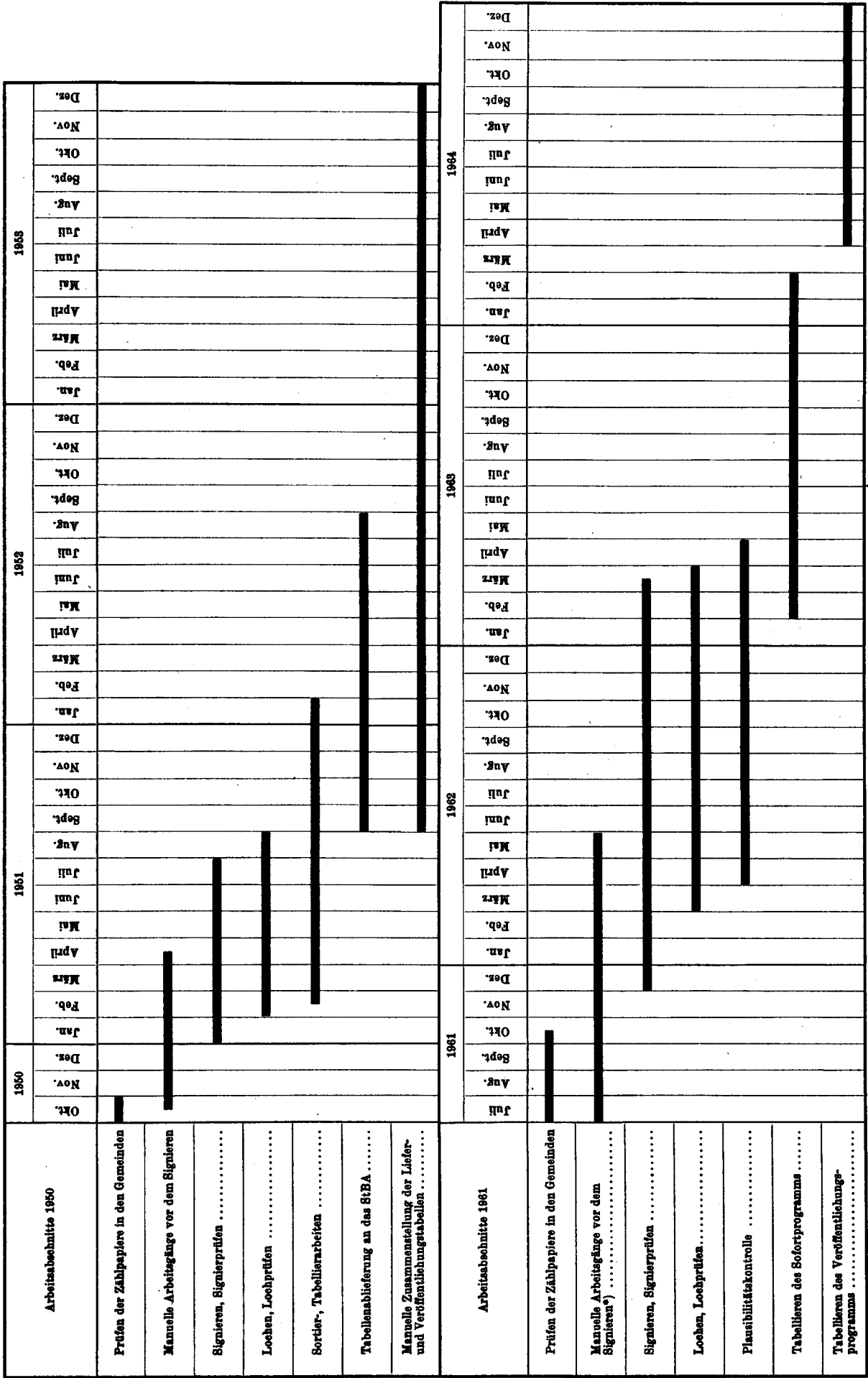
Zeitlicher Ablauf der Aufbereitungsarbeiten am Zählungswerk 1961/62 in den Statistischen Landesämtern

[illegible]

Anmerkung

Die angegebenen Zeitspannen entsprechen der gesamten Dauer der Bearbeitung in allen Statistischen Landesämtern. Der Arbeitsbeginn erfolgte in den Ämtern ziemlich gleichzeitig, die Beendigung jedoch unterschiedlich, z. T. bedingt durch die unterschiedliche Zahl der angefallenen Belege. Wegen des Ineinandergreifens der manuellen Arbeitsgänge ließ sich das Ende der Vorfürhrung nicht genau bestimmen. Das Signieren allein hat bei der Volks- und Berufszählung bei den meisten Statistischen Landesämtern etwa ein Jahr gedauert. Die Zahl der bei der Aufbereitung beschäftigten Arbeitskräfte war im Zeitablauf unterschiedlich und auf den jeweiligen Arbeitsanfall ausgerichtet. Die Einstellung von Aushilfskräften begann in nennenswerten Umfang im Juli 1961. Während der Zeit des größten Arbeitsanfalles von September 1961 bis September 1962 waren etwa 4 500 Hilfskräfte (z. T. als Heimarbeiter) tätig. Danach ging die Zahl ständig zurück. Ab September 1963 wurden für das Zählungswerk Aushilfskräfte in den Statistischen Landesämtern nur noch vereinzelt beschäftigt. Die Zeiten für die an der Aufbereitung anschließenden Auswertungs- und Veröffentlichungsarbeiten sind in die Darstellung nicht einbezogen.

Zeitlicher Ablauf der hauptsächlichsten Arbeitsabschnitte bei den Volks- und Berufszählungen 1950 und 1961



*) 1. Eingangskontrolle
2. Vollständigkeitskontrolle
3. Vollständigkeitskontrolle
4. Feststellen der Wohnbevölkerung

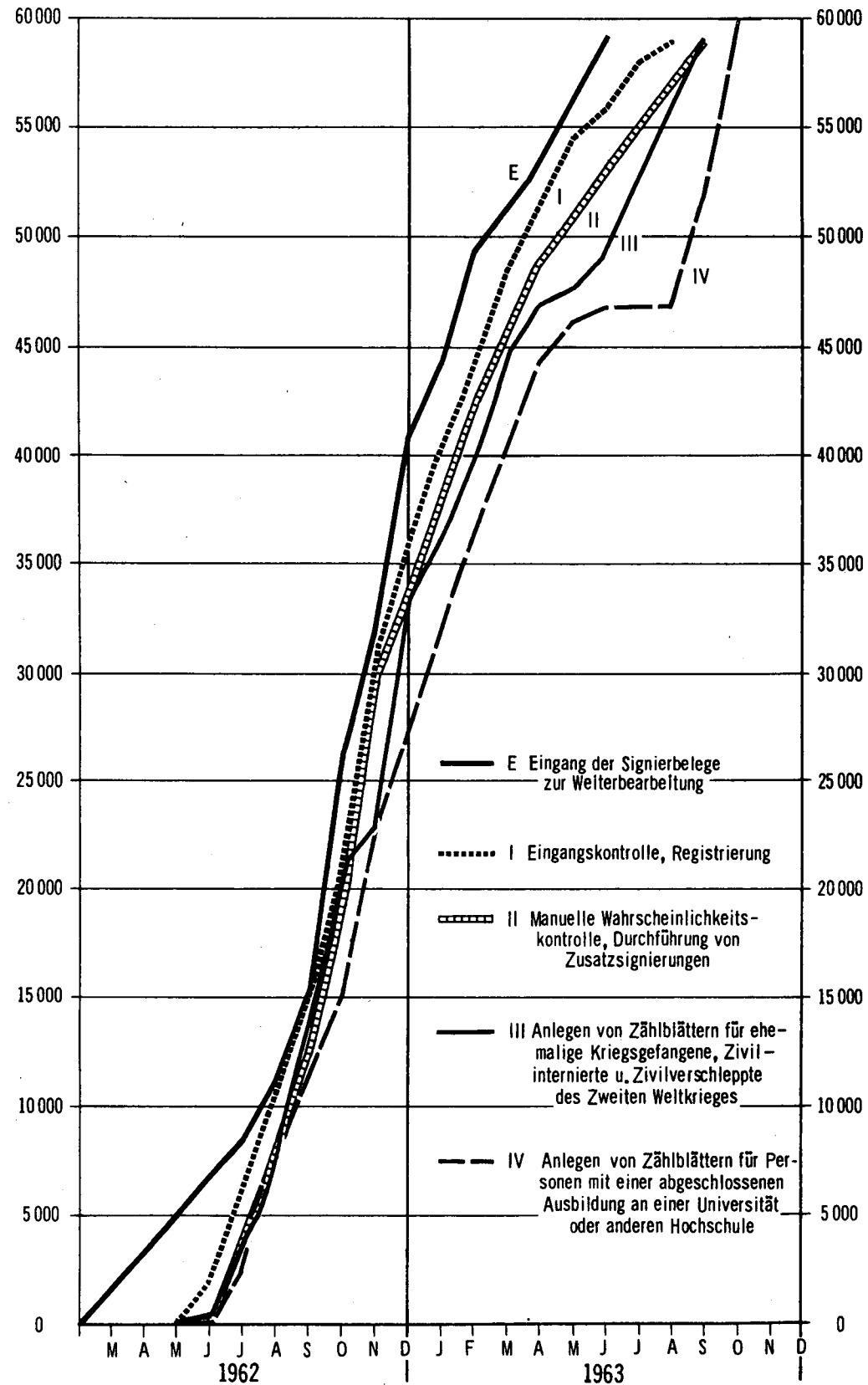
Ablieferung der Tabellen
für das Statistische Jahrbuch

33

ABLAUF DER MANUELLEN ARBEITEN AN DER 10 % AUFBEREITUNG DER VZ/BZ 1961 Haushalts- und Familienstatistik sowie Sonderauszählungen

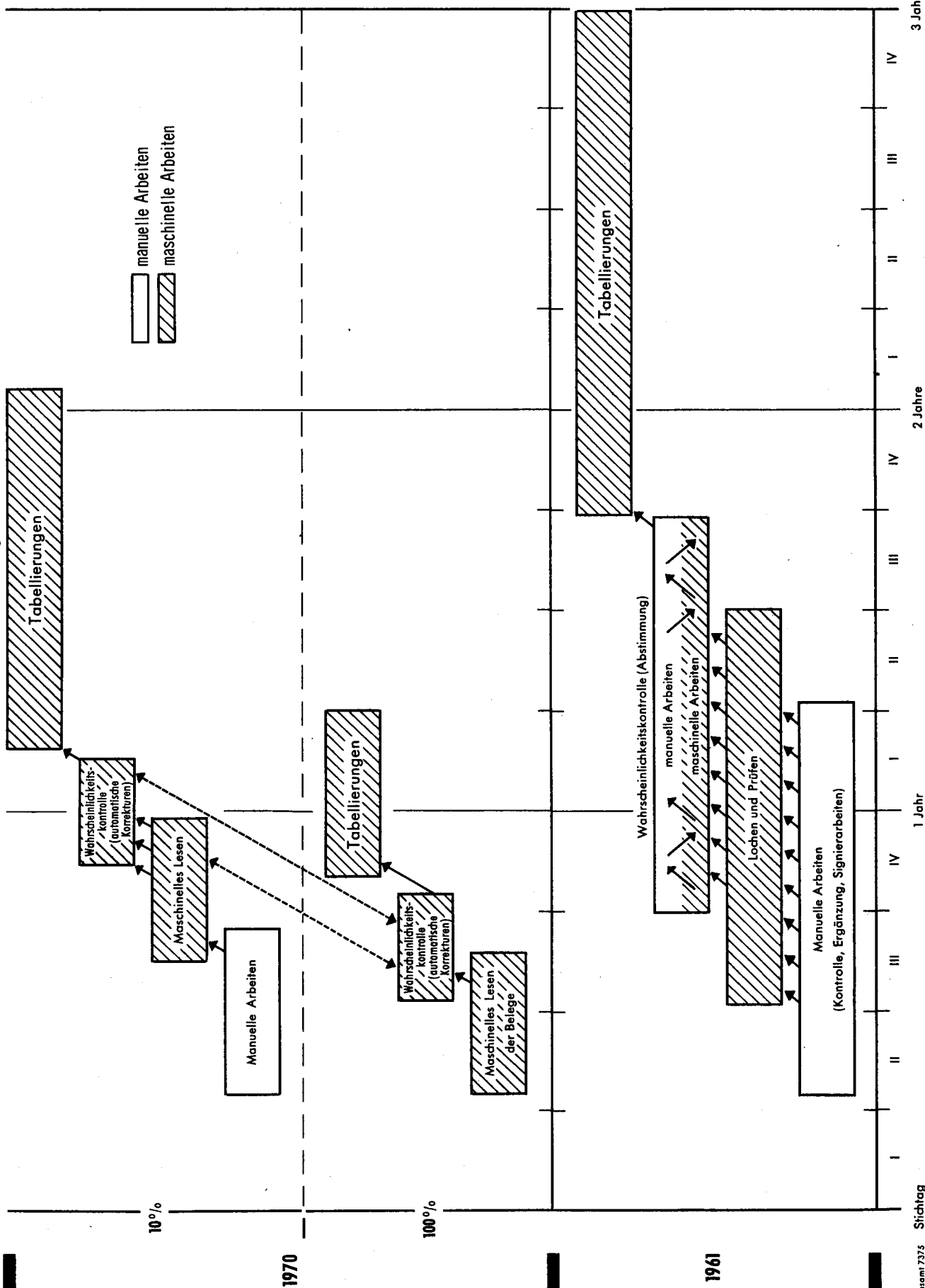
Zählbezirksmappen

Zählbezirksmappen



STAT. BUNDESAMT 6768

Arbeitsablauf bei den Volkszählungen 1961 und 1970



V. Veröffentlichungen und Kartographie zum Zählungswerk 1960/62

Nr.	Titel der Veröffentlichung	Erscheinungstermin
-----	----------------------------	--------------------

A. Allgemeine und zusammenfassende Veröffentlichungen

- | | |
|---|---|
| 1 | Organisation und Technik des Zählungswerkes 1960/62 |
| 2 | Bibliographie zum Volkszählungswerk 1961 |

B. Veröffentlichungen zu den einzelnen Zählungsteilen in den Fachserien

1. Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961 (in Fachserie A: Bevölkerung und Kultur)

Vorberichte

- | | | |
|----|---|---------------|
| 1 | Wohnbevölkerung in den Ländern, kreisfreien Städten und Landkreisen und Bevölkerungsentwicklung 1939 bis 1961 | Juni 1962 |
| 2 | Gemeinden und Wohnbevölkerung nach Größenklassen | August 1962 |
| 3 | Wohnbevölkerung der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern | Juni 1962 |
| 4 | Alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden | August 1962 |
| 5 | Wohnbevölkerung in den Postleitzahlenbereichen | November 1962 |
| 6 | Haushalte nach Art und Größe in den Ländern, kreisfreien Städten und Landkreisen | August 1963 |
| 7 | Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit | Dezember 1963 |
| 8 | Heimgekehrte Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte | Dezember 1963 |
| 9 | Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin nach Ländern und Religionszugehörigkeit | Dezember 1963 |
| 10 | Wohnbevölkerung nach Alter und Familienstand | Februar 1964 |
| 11 | Auspendler | Mai 1964 |
| 12 | Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben, Altersgruppen und überwiegendem Lebensunterhalt | Juni 1964 |
| 13 | Privathaushalte nach Größe und Miet- oder Eigentumsverhältnis des Haushaltsvorstandes | Juli 1964 |
| 14 | Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin in den kreisfreien Städten und Landkreisen nach der Religionszugehörigkeit | August 1964 |
| 15 | Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach der Beteiligung am Erwerbsleben, Altersgruppen und dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers | August 1964 |
| 16 | Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin nach Alter und Familienstand | Oktober 1964 |
| 17 | Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin unter den Erwerbstätigen | Dezember 1964 |
| 18 | Erwerbspersonen in den kreisfreien Städten und Landkreisen nach der Stellung im Beruf | Februar 1965 |
| 19 | Demographische und soziale Struktur der Haushalte und Familien | März 1965 |

Hefte

- | | | |
|----|---|---------------|
| 1 | Methodische Grundlagen der Volks- und Berufszählung 1961 | Juli 1967 |
| 2 | Ausgewählte Bevölkerungsgruppen — Deutsche Bevölkerung und Ausländer | Januar 1967 |
| 3 | Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung | Oktober 1966 |
| 4 | Bevölkerung nach Alter und Familienstand | April 1966 |
| 5 | Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit | Januar 1966 |
| 6 | Vertriebene und Deutsche aus der SBZ — Verteilung und Struktur | Juni 1967 |
| 7 | Ausländer — Verteilung und Struktur | Mai 1966 |
| 8 | Bevölkerung in Anstalten | Februar 1967 |
| 9 | Pendler | Juni 1967 |
| 10 | Bevölkerung nach Lebensunterhalt und Beteiligung am Erwerbsleben | Dezember 1966 |
| 11 | Bevölkerung und Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige bzw. Rente und dgl. | Oktober 1967 |
| 12 | Erwerbspersonen in wirtschaftlicher und sozialer Gliederung | Juli 1967 |
| 13 | Erwerbspersonen in beruflicher Gliederung | März 1968 |
| 14 | Erwerbstätige nach Wochenarbeitszeit und weiterer Tätigkeit | April 1967 |
| 15 | Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung | |
| 16 | Demographische und wirtschaftliche Struktur der Haushalte und Familien | Januar 1968 |
| 17 | Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern | Januar 1968 |

Nr.	Titel der Veröffentlichung	Erscheinungstermin
Hefte		
18	Kinder und Jugendliche in Familien	Februar 1967
19	Lebensverhältnisse der älteren Mitbürger	Januar 1968
20	Religionszugehörigkeit in Familien	Mai 1967
21	Untersuchungen zur Methode der Genauigkeit der Volks- und Berufszählung 1961	
2. Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961		
(in Fachserie C: Unternehmen und Arbeitsstätten)		
Vorberichte		
1	Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Ländern	Mai 1963
2	Arbeitsstätten nach Beschäftigtenzahl; Beschäftigte nach Stellung im Betrieb	Juli 1963
3	Unternehmen nach Beschäftigtenzahl und Ländern	November 1963
4	Arbeitsstätten nach Beschäftigtenzahl im Vergleich zu 1950	Dezember 1963
5	Unternehmen nach Rechtsformen und Ländern	Juli 1964
Hefte		
1	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung	Oktober 1964
2	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte	April 1965
3	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken	Mai 1965
4	Nichtlandwirtschaftliche Unternehmen und Beschäftigte	September 1965
5	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Unternehmen in den Ländern	März 1966
6	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen in Bund und Ländern	Dezember 1965
7	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigte 1961, 1950 und 1939	August 1966
3. Gebäudezählung vom 6. Juni 1961		
(in Fachserie E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen)		
Vorberichte		
1	Gebäude und Wohnungen nach Art und Baualter	März 1963
2	Wohngebäude und Wohnungen nach Gebäudeart und Gebäudetyp	Juni 1963
3	Wohngebäude nach dem Eigentumsverhältnis	August 1963
Hefte		
1	Methodische Einführung — Bewohnte Gebäude und Unterkünfte — Wohnungen und Wohngelegenheiten	Januar 1964
2	Eigentumsverhältnisse der Wohngebäude — Gebäudetypen — Geschößzahl der Mehrfamilienhäuser	Februar 1964
3	Hauptergebnisse nach Kreisen	April 1964
4. Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 (Haupterhebung und Nacherhebungen)		
(in Fachserie B: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei)		
Vorberichte		
Grunderhebung		
1	Zahl und Größe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	LZ 1960, März 1961
2	Allgemeine Einführung in die Berichtsreihe über die Ergebnisse der Zählung	Februar 1962
3	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Hauptbetriebsarten und Landwirtschaft außerhalb der Betriebe	Februar 1962
4	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche	April 1962
5	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach dem Umfang der Waldfläche	April 1962
6	Eigenland und Pachtland in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	Mai 1962
7	Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	Mai 1962
8	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftliche Nutzfläche in den kleineren Verwaltungsbezirken	Juni 1962
9	Landwirtschaftliche Betriebe nach Bodennutzungssystemen	Juli 1962
10	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit »Sonstigen Flächen«	August 1962
11	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Hauptkulturarten	August 1962
12	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland nach Fruchtarten	August 1962
13	Viehbesatz in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	August 1962
14	Betriebe mit Rebland, Tabak und Hopfenbau	September 1962
15	Verwendung von Arbeitsmaschinen, Geräten und Transportmitteln im Alleinbesitz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	Oktober 1962
16	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Hauptkultur- und Fruchtarten in den kleineren Verwaltungsbezirken	Dezember 1962

Nr.	Titel der Veröffentlichung	Erscheinungstermin
Vorberichte		
17	Verwendung von Arbeitsmaschinen und Geräten in überbetrieblichem Einsatz in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	LZ 1960, Oktober 1962
18	Verwendung von technischen Einrichtungen und Geräten in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	Oktober 1962
19	Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen in überbetrieblichem Einsatz in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, sowie Verwendung von Maschinen in den Forstbetrieben	Oktober 1962
20	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach natürlichen und juristischen Personen	November 1962
21	Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken und Pachtvergütung	November 1962
22	Gepachtete landwirtschaftliche Betriebe nach Pachtzeit und Pachtvergütung	Dezember 1962
23	Fachliche Vorbildung der Betriebsleiter und Hausfrauen in den landwirtschaftlichen Betrieben	Januar 1963
24	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche nach der Zahl der Teilstücke	Januar 1963
25	Landwirtschaftliche Betriebe nach Bodennutzungssystemen in den kleineren Verwaltungsbezirken	Januar 1963
26	Viehhaltung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach kleineren Verwaltungsbezirken	Februar 1963
27	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit betriebseigenen Schleppern in den kleineren Verwaltungsbezirken	März 1963
28	Die Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Mai 1960	Mai 1963
29	Altersgliederung der Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ..	Juli 1963
30	Verarbeitende Nebenbetriebe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Gewerbebetriebe der Betriebsinhaber	Juli 1963
31	Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Mai 1960 in den größeren Verwaltungsbezirken (Regierungsbezirken)	Juli 1963
32	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach der Zahl der ständigen Arbeitskräfte ...	August 1963
33	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Besitzverhältnissen sowie Hauptbetriebsarten in den kleineren Verwaltungsbezirken	Juli 1963
34	Betriebe mit Verwendung von Schleppern, Arbeitsmaschinen und Geräten im überbetrieblichen Einsatz in den kleineren Verwaltungsbezirken	September 1963
35	Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe in den kleineren Verwaltungsbezirken	September 1963
36	Betriebsinhaber, die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte zahlen	November 1963
37	Altersgliederung der Familienarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben nach kleineren Verwaltungsbezirken	November 1963
38	Betriebe mit Verwendung von betriebseigenen Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräten nach kleineren Verwaltungsbezirken	Dezember 1963
39	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach haupt- und nebenberuflich Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft	Februar 1964
40	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Werkwohnungen	Februar 1964
41	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Stellung zum Erwerbsleben	August 1964
42	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Hauptunterhaltsquelle	August 1964
43	Landwirtschaftliche Betriebe nach der Zahl der ständigen Arbeitskräfte in den kleineren Verwaltungsbezirken	April 1964
44	Betriebsinhaber, die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte zahlen, in den kleineren Verwaltungsbezirken	April 1964
45	Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach haupt- und nebenberuflich Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft in den kleineren Verwaltungsbezirken	Mai 1964
46	Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge unter den Inhabern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach kleineren Verwaltungsbezirken	Januar 1965
47	Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Stellung zum Erwerbsleben in den kleineren Verwaltungsbezirken	September 1964
48	Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Hauptunterhaltsquelle in den kleineren Verwaltungsbezirken	September 1964
Gartenbauerhebung 1961		
1	Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Gartengewächsen	GE 1961, Dezember 1962
2	Betriebe nach den Flächen ihrer Hauptnutzungen	Januar 1963
3	Betriebe mit gewerblichen Betriebszweigen; Absatzverhältnisse (Absatzwege)	Februar 1963
4	Betriebe nach dem Umfang der Freiland-Gemüsefläche	April 1963
5	Gemüseanbau auf dem Freiland nach Gemüsearten	Mai 1963
6	Betriebe mit Gemüseanbau in Unterglasanlagen	Mai 1963
7	Betriebe nach ihren Obstflächen	Juni 1963
8	Betriebe mit Obstbaumbeständen	Juli 1963

Nr.	Titel der Veröffentlichung	Erscheinungstermin
Vorberichte		
9	Betriebe mit Obstbäumen in reinen Beständen	GE 1961, Juli 1963
10	Betriebe mit Obstbäumen in gemischten Beständen, Betriebe mit Apfelbäumen nach Sorten	August 1963
11	Betriebe mit stärkerem Anbau von Beerenobst	August 1963
12	Betriebe mit Anbau von Zierpflanzen im Freiland	September 1963
13	Betriebe mit Anbau von Zierpflanzen in Unterglasanlagen	September 1963
14	Betriebe mit Baumschulflächen	Oktober 1963
15	Betriebe mit Unterglasanlagen nach Art und Umfang	Oktober 1963
16	Betriebe mit Unterglasanlagen nach ihrer Nutzung	Oktober 1963
17	Technische Einrichtungen in den Gartenbaubetrieben; Betriebe mit Lagerräumen	November 1963
18	Ständig beschäftigte Arbeitskräfte im Gartenbau	Januar 1964
19	Ständig beschäftigte Arbeitskräfte im Gartenbau nach der Beschäftigungsdauer	Februar 1964
20	Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte im Gartenbau	März 1964
21	Betriebe nach ihrer gartenbaulichen Produktionssparte	April 1964
22	Betriebe mit Unterglasanlagen nach ihrer Nutzung im Freiland und in Unterglasanlagen	Mai 1964
23	Strukturdaten der Gartenbaubetriebe	Juni 1964
Forsterhebung 1961		
	Forstbetriebe nach Kultur- und Betriebsarten	FE 1961, September 1964
	Erhebung der landwirtschaftlichen Kleinflächen unter 0,5 ha genutzter Gesamtfläche	
1	Haushalte mit Gartenland, land- oder forstwirtschaftlich genutzten Bodenflächen unter 0,5 ha Gesamtfläche	KE 1961, Juni 1964
2	Haushalte mit Gartenland, land- oder forstwirtschaftlich genutzten Bodenflächen unter 0,5 ha Gesamtfläche, deren Bewirtschafter Vertriebene oder Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind	Februar 1965
Hefte		
1	Methodische Grundlagen	März 1966
2	Hauptbetriebsarten und Bodennutzungssysteme in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	Dezember 1964
3	Besitzverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	Juni 1964
4	Bodennutzung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	Mai 1964
5	Viehhaltung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	September 1963
6	Maschinenverwendung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	August 1964
7	Arbeitsverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	April 1966
8	Erwerbs- und Unterhaltsquellen der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, fachliche Vorbildung, Altershilfe für Landwirte	Juli 1966
9	Verbindung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit Nebenbetrieben und Gewerbebetrieben, Unternehmen und ihre Arbeitskräfte, Wohn- und Wirtschaftsgebäude	Januar 1966
10	Landwirtschaftliche Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Struktur	November 1966
11	Landwirtschaftliche Betriebe nach dem Stand der Mechanisierung	April 1967
12	Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse	November 1967
13	Betriebe von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen	Mai 1966
	Arbeitskräfteerhebung 1960/61 in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	März 1965
Gartenbauerhebung 1961		
1	Betriebe und ihre Struktur	Dezember 1965
2	Anbau von Gartengewächsen für den Verkauf	September 1965
3	Arbeitskräfte und technische Einrichtungen	Juni 1965
Forsterhebung 1961		
1	Kultur-, Betriebs- und Baumarten	Oktober 1965
2	Betriebsstruktur	Februar 1966
Binnenfischereierhebung 1962		
	Erhebung der bewirtschafteten Kleinflächen unter 0,5 Hektar Gesamtfläche	Dezember 1965
		Oktober 1965

5. Handels- und Gaststättenzählung 1960
(in Fachserie F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr)

Nr.	Titel der Veröffentlichung	Erscheinungstermin
Vorberichte		
	Einzelhandel	
1	Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze	September 1963
2	Strukturdaten	September 1963
	Großhandel	
1	Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze	September 1963
2	Strukturdaten	September 1963
	Handelsvermittlung	
1	Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze	Dezember 1963
2	Handelsvertreter, Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze	Januar 1964
3	Handelsmakler, Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze	Januar 1964
4	Versandhandelsvertreter	Februar 1964
5	Handelsvertreter und Handelsmakler mit Eigengeschäft — Handelsvertreter und Handelsmakler ohne Eigengeschäft, Strukturdaten	März 1964
1	Gastgewerbe	Dezember 1962
	Verlagsbuchhandel	
1	Unternehmen, Beschäftigte und Strukturquoten	Mai 1963
2	Umsatzaufgliederung, Absatzgebiete, Warenbezüge, Rechtsformen	Mai 1964
Hefte		
1	Unternehmen, Niederlassungen, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen, Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten	Juli 1965
2	Unternehmen nach Rechtsform, Bindung beim Warenbezug und Zahl der Zweigniederlassungen	März 1965
3	Beschäftigte nach der Art der Beschäftigung und Alter	August 1965
4	Strukturdaten der Unternehmen und Zusammensetzung ihres Umsatzes	April 1965
5	Niederlassungen nach Betriebs- und Bedienungsform sowie nach Gemeindegrößenklassen	Juni 1965
6	Warensortiment	Juli 1966
7	Beschaffungs- und Absatzwege	Juli 1966
8	Aktiva und Schulden, Investitionen	Juli 1966
	Großhandel	
1	Unternehmen, Niederlassungen, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen, Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten	Juli 1965
2	Unternehmen nach Rechtsform, Bindung und Zahl der Zweigniederlassungen	März 1965
3	Beschäftigte nach Art der Beschäftigung und Alter	November 1965
4	Strukturdaten der Unternehmen und Zusammensetzung ihres Umsatzes	Mai 1965
5	Warensortiment	November 1966
6	Beschaffungs- und Absatzwege	August 1966
7	Aktiva und Schulden, Investitionen	Oktober 1966
	Handelsvermittlung	
1	Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen, Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten	Oktober 1965
2	Beschäftigte nach Art der Beschäftigung und Alter	Dezember 1965
3	Strukturdaten der Unternehmen und Zusammensetzung ihres Umsatzes, Kundenkreis, Auslieferungslager	November 1965
	Gastgewerbe	
1	Unternehmen und Niederlassungen, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen, Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten, Strukturdaten, Jahres- und Saisonbetriebe	Mai 1965
2	Beschaffungswege, Umsatzaufgliederung, Aktiva und Schulden, Investitionen	März 1966
	Verlagsbuchhandel	
	Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen, Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten, Strukturdaten, Aktiva und Schulden, Investitionen ...	Mai 1966
	Eigene offene Verkaufsstellen der Industrie	August 1965
	Unternehmen, Verkaufsstellen, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen	August 1965
	Methodische und systematische Grundlagen	August 1965

Nr.	Titel der Veröffentlichung	Erscheinungstermin
6. Verkehrszensus 1962 (In Fachserie H: Verkehr)		
Hefte		
1	Methodische Einführung, Arbeitsstätten und ihre Ausstattung mit Verkehrsmitteln	Januar 1966
2	Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Transportkapazität	Juli 1966

C. Aufsätze in Wirtschaft und Statistik

Titel	Erschienen in Heft-Nr.	Seite
I. Allgemeine und zusammenfassende Darstellungen		
Gedanken zum Zählungsprogramm 1960	1956/12	617
Vorbereitung und Organisation des Zählungswerkes 1960/62	1960/7	393
II. Beiträge über die einzelnen Zählungsteile		
1. Volks- und Berufszählung 1961		
Das Programm der Volks- und Berufszählung 1961	1961/4	209
Die Bevölkerung des Bundesgebietes	1962/5	249
Wohnbevölkerung in den Gemeinden	1962/6	329
Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen des Bundesgebietes 1939 bis 1961	1962/8	463
Personen mit doppeltem Wohnsitz	1962/9	531
Bevölkerungsaufbau und Veränderungen der Bevölkerungsstruktur	1963/9	515
Altersgliederung der Bevölkerung	1963/9	522
Familienstand der Bevölkerung	1963/9	530
Religionszugehörigkeit der Bevölkerung	1963/10	599
Haushalte nach Art, Größe und Gemeindegrößenklassen	1963/10	603
Bevölkerung nach dem Geschlecht	1963/11	660
Bevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben	1963/11	666
Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf und nach Wirtschaftsabteilungen	1963/12	753
Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin	1963/12	742
Die regionale Verbreitung der Konfessionen	1964/1	15
Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte	1964/1	20
Die Bevölkerung nach der überwiegenden Quelle des Lebensunterhalts	1964/3	147
Der Umfang der Pendelwanderung	1964/4	215
Bevölkerung in Privathaushalten nach dem Miet- oder Eigentumsverhältnis	1964/6	338
Die Bevölkerung in der Bundesrepublik nach Geschlecht, Alter und Familienstand im internationalen Vergleich	1964/7	394
Die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben nach Altersjahren	1964/9	529
Die Erwerbsbevölkerung der Bundesrepublik in wirtschaftlicher und sozialer Gliederung im internationalen Vergleich	1964/9	535
Einpendler und Pendlersaldo in den Kreisen	1964/10	585
Die Ausländer im Bundesgebiet	1964/11	645
Das Atlaswerk »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten«	1964/12	705
Erwerbspersonen nach Gemeindegrößenklassen	1965/3	181
Altersgliederung der Bevölkerung in Stadt und Land	1965/4	235
Gliederung von Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik nach Stadt und Land	1965/4	
Geschlecht und Alter der Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit	1965/5	314
Personen mit abgeschlossener Ausbildung — Ergebnisse der 10%-Aufbereitung —	1965/6	
Die demographische Struktur der Haushalte und Familien — Ergebnis der 10%-Aufbereitung —	1965/7	427
Wohnbevölkerung nach der überwiegenden Unterhaltsquelle des Ernährers	1965/9	588
Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen und Alter	1965/9	589
Erwerbspersonen nach Beruf und Alter	1965/10	669
Familienstruktur und Frauenerwerbstätigkeit — Ergebnis einer 10%-Aufbereitung —	1965/11	703
Selbständige und abhängige Erwerbspersonen nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsklassen	1965/12	799
Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin am 6. Juni 1961 nach dem Jahr des Zuzugs in das Bundesgebiet	1966/1	34
Ausbildung und Erwerbstätigkeit der 15 bis unter 25 Jahre alten ledigen Familienmitglieder — Ergebnis einer 10%-Aufbereitung —	1966/3	180
Berufliche Gliederung der Frauenerwerbsarbeit	1966/3	185
Struktur und Verbreitung der konfessionell gemischten Ehen — Ergebnis einer 10%-Aufbereitung —	1966/9	560
Kinderzahlen in den evangelischen, katholischen und konfessionell gemischten Ehen — Ergebnis einer 10%-Aufbereitung —	1966/11	683
Erwerbsbevölkerung in sozio-ökonomischer Gliederung	1966/12	767
Anstaltsbevölkerung nach Anstaltsarten	1967/1	31

Titel	Erschienen in Heft-Nr.	Seite
2. Arbeitsstättenzählung 1961		
Die allgemeine Arbeitsstättenzählung 1961	1961/4	220
Arbeitsstätten und Beschäftigte	1963/7	391
Größe der Arbeitsstätten nach der Zahl der Beschäftigten	1963/9	537
Beschäftigte nach ihrer Stellung im Betrieb	1963/11	676
Weibliche Beschäftigte in den Arbeitsstätten	1964/3	158
Unternehmen und Beschäftigte	1965/4	223
3. Gebäudezählung 1961		
Wohnungsstatistische Feststellungen 1961	1961/4	222
Die Gebäude und Wohnungen im Juni 1961	1962/11	648
Die qualitative Abstufung der Wohngebäude	1963/3	164
Wohngebäude nach dem Eigentumsverhältnis	1963/6	360
Die sanitäre Ausstattung der Wohngebäude	1963/7	418
4. Landwirtschaftszählung 1961 (Grunderhebung und Nacherhebungen)		
Das Programm der Landwirtschaftszählung 1960	1960/5	268
Zur Frage der Ermittlung der Vollerwerbsbetriebe durch die Landwirtschaftszählung 1960	1960/9	512
Zahl, Größe und Hauptproduktionsrichtung der land- und forstw. Betriebe	1961/2	71
Wandlungen im Arbeitskräftebestand der landw. Betriebe von 1949 bis 1960	1961/5	275
Eigenland und Pachtland in den land- und forstw. Betrieben	1962/2	80
Bodennutzung in den land- und forstw. Betrieben	1962/5	269
Betriebeigene Zug- und Antriebsmaschinen der land- und forstw. Betriebe	1962/5	273
Die Agrarstruktur nach der Landwirtschaftszählung 1960	1962/6	322
Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen	1962/6	336
Viehhaltung in den land- und forstw. Betrieben	1962/6	338
Betriebe mit Rebflächen	1962/7	408
Die Pacht von landw. Betrieben und Einzelgrundstücken und die Höhe der Pachtvergütung	1962/10	596
Gartenbaubetriebe nach der Gartenbauerhebung 1961	1962/10	601
Verwendung von Maschinen und techn. Einrichtungen in den land- und forstw. Betrieben	1962/11	643
Die Zahl der Vollerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft	1962/12	697
Betriebe mit Hopfen- und Tabakanbau	1962/12	712
Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen nach ihren Absatzverhältnissen und gewerblichen Betriebsteilen	1962/12	715
Die land- und forstw. Betriebe nach der Zahl der Teilstücke	1963/2	83
Arbeitskräfte und Arbeitsaufwand in den land- und forstw. Betrieben	1963/2	86
Fachliche Vorbildung der Betriebsleiter und der Hausfrauen in den landw. Betrieben	1963/3	151
Betriebe nach Art und Umfang ihrer gärtnerischen Nutzfläche	1963/4	220
Betriebe mit Obstanlagen	1963/5	280
Verbindung land- und forstw. Betriebe mit verarbeitenden Nebenbetrieben und Gewerbebetrieben	1963/6	350
Altersgliederung der Arbeitskräfte in den land- und forstw. Betrieben	1963/7	409
Betriebe mit Gemüseanbau	1963/7	413
Apfelsorten im Erwerbsanbau	1963/9	547
Betriebe mit Zierpflanzenanbau	1963/9	548
Anzucht von Forstpflanzen und Pappeln in Baumschulen	1963/10	611
Inhaber land- und forstw. Betriebe, die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte zahlen	1963/11	669
Betriebe mit Verkaufsanbau von Gartenbauerzeugnissen nach dem Umfang ihrer gärtnerischen Erzeugung	1964/6	346
Unternehmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1964/9	519
Besitzverhältnisse der Gartenbaubetriebe	1965/5	321
5. Handels- und Gaststättenzählung 1960		
Das Programm der Handels- und Gaststättenzählung 1960	1960/7	396
Zur wirtschaftlichen Struktur des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes	1962/7	394
Zur wirtschaftlichen Struktur des Verlagsbuchhandels	1962/12	701
Die wirtschaftliche Struktur des Großhandels	1963/5	260
Die wirtschaftliche Struktur des Einzelhandels	1963/7	396
Die wirtschaftliche Struktur der Handelsvermittlung	1963/12	736
6. Verkehrszensus 1962		
Das Programm des Verkehrszensus 1962	1962/8	452
Verkehrsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Verkehrskapazitäten — Erste Ergebnisse des Verkehrszensus 1962	1964/11	638
Struktur der Verkehrsunternehmen — Ergebnisse des Verkehrszensus 1962	1965/3	166

D. Verzeichnis der zum Zählungswerk 1961 im Atlas »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« erschienenen kartographischen Darstellungen

(Um zeitliche Entwicklungen aufzuzeigen, wurden u. a. auch Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950 und der Wohnungszählung 1956 dargestellt; die entsprechenden Karten werden in der nachfolgenden Zusammenstellung ebenfalls nachgewiesen.)

Karten-Nummer	Titel der Karte	Maßstab
3111	Bevölkerungsverteilung auf Wohnplätze 1961	1 : 1 000 000
3112	Bevölkerungsverteilung auf Wohnplätze 1961 und naturräumliche Gliederung	1 : 1 000 000
3113	Bevölkerungsverteilung auf Wohnplätze 1961 und Waldverbreitung	1 : 1 000 000
3121/1	Bevölkerungsdichte Mitteleuropas in den Kreisen um 1939	1 : 2 000 000
3121/2	Bevölkerungsdichte Mitteleuropas in den Kreisen um 1950	1 : 2 000 000
3122/1	Bevölkerungsdichte Mitteleuropas in den Kreisen um 1961	1 : 2 000 000
3122/2	Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen 1939—1950	1 : 2 000 000
3122/3	Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen 1950—1961	1 : 2 000 000
3123/1	Bevölkerungsdichte in den Kreisen 1950	1 : 2 000 000
3123/2	Bevölkerungsdichte in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3124	Bevölkerungsdichte in den Gemeinden 1961	1 : 1 000 000
3131/1	Geburtenüberschuß in den Kreisen 1950—1961 — auf 100 Einwohner —	1 : 2 700 000
3131/2	Wanderungssaldo in den Kreisen 1950—1961 — auf 100 Einwohner —	1 : 2 700 000
3131/3	Wanderungssaldo in den Kreisen 1950—1956 — absolut —	1 : 2 700 000
3131/4	Wanderungssaldo in den Kreisen 1950—1956 — auf 100 Einwohner —	1 : 2 700 000
3131/5	Wanderungssaldo in den Kreisen 1956—1962 — absolut —	1 : 2 700 000
3131/6	Wanderungssaldo in den Kreisen 1956—1962 — auf 100 Einwohner —	1 : 2 700 000
3141/1	Altersgliederung der Wohnbevölkerung in Bund und Ländern 1961 (Schaubild)	
3141/2	Altersgliederung und Familienstand der Wohnbevölkerung am 6. Juni 1961 (Schaubild)	
3151	Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in den Gemeinden 1961	1 : 1 000 000
3152	Evangelische in den Gemeinden 1961	1 : 1 000 000
3153	Katholiken in den Gemeinden 1961	1 : 1 000 000
3154/1	Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in den Kreisen 1961 — Evangelische	1 : 2 000 000
3154/2	Katholiken	1 : 2 000 000
3161	Vertriebene und Flüchtlinge in den Gemeinden 1961	1 : 1 000 000
3164/1	Vertriebene in den Kreisen 1950 — Anteil an der Wohnbevölkerung —	1 : 2 700 000
3164/2	Vertriebene in den Kreisen 1961 — Anteil an der Wohnbevölkerung —	1 : 2 700 000
3164/3	Flüchtlinge in den Kreisen aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin 1961 — Anteil an der Wohnbevölkerung —	1 : 2 700 000
3164/4	Veränderung der Zahl der Vertriebenen in den Kreisen 1950—1956 — auf 100 Vertriebene —	1 : 2 700 000
3164/5	Veränderung der Zahl der Vertriebenen in den Kreisen 1950—1960 — auf 100 Vertriebene —	1 : 2 700 000
3164/6	Veränderung der Zahl der Vertriebenen in den Kreisen 1950—1960 — absolut —	1 : 2 700 000
3211/1	Erwerbspersonen nach dem Geschlecht in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3211/2	Erwerbsquote der männlichen Bevölkerung in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3211/3	Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung in den Kreisen 1961 außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	1 : 2 000 000
3211/4	Bevölkerung nach der Stellung zum Erwerbsleben in den Altersgruppen 1961 in den Kreisen und in Bund und Ländern	1 : 2 000 000
3212	Bevölkerung nach der Stellung zum Erwerbsleben in den Altersgruppen in Bund und Ländern 1961 (Schaubild)	
3213/1	Erwerbspersonen nach vorherrschenden Wirtschaftsbereichen in den Kreisen 1950 ...	1 : 2 000 000
3213/2	Anteil der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft in den Kreisen 1950	1 : 2 000 000
3213/3	Anteil der Erwerbspersonen im Produzierenden Gewerbe in den Kreisen 1950	1 : 2 000 000
3213/4	Anteil der Erwerbspersonen in Handel, Verkehr und sonstigen Dienstleistungen in den Kreisen 1950	1 : 2 000 000
3213/5	Erwerbspersonen nach vorherrschenden Wirtschaftsbereichen 1961 in den Kreisen ...	1 : 2 000 000
3213/6	Anteil der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft 1961 in den Kreisen	1 : 2 000 000
3213/7	Anteil der Erwerbspersonen im Produzierenden Gewerbe 1961 in den Kreisen	1 : 2 000 000
3213/8	Anteil der Erwerbspersonen in Handel, Verkehr und sonstigen Dienstleistungen 1961 in den Kreisen	1 : 2 000 000
3231/1	Anteil der weiblichen Erwerbspersonen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft an den Erwerbspersonen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3231/2	Anteil der weiblichen Erwerbspersonen im Produzierenden Gewerbe an den weiblichen Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3231/3	Anteil der weiblichen Erwerbspersonen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft an den weiblichen Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3231/4	Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an den weiblichen Erwerbspersonen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000

Karten-Nummer	Titel der Karte	Maßstab
3241	Erwerbspersonen am Arbeitsort und Einpendler 1961	1 : 1 000 000
3242	Berufspendler in den Gemeinden 1961 — Einpendler —	1 : 1 000 000
3243	Berufspendler in den Gemeinden 1961 — Auspendler —	1 : 1 000 000
3311/1	Einpersonenhaushalte in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3311/2	Fünf- und Mehrpersonenhaushalte in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3321	Wohngebäude nach dem Anteil der Mehrfamilienhäuser und nach der Geschoßzahl in den Kreisen 1961	1 : 1 000 000
3322/1	Vor 1870 errichtete Wohngebäude nach Baualtersgruppen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3322/2	Von 1870—1918 errichtete Wohngebäude nach Baualtersgruppen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3322/3	Von 1919—1948 errichtete Wohngebäude nach Baualtersgruppen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
3322/4	Nach 1948 errichtete Wohngebäude nach Baualtersgruppen in den Kreisen 1961	1 : 2 000 000
	Beschäftigte der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in den Kreisen 1961:	
4311/1	Steinkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbau	1 : 2 000 000
4311/2	Eisen- und Stahlerzeugung und -gießereien	1 : 2 000 000
4311/3	Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	1 : 2 000 000
4311/4	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	1 : 2 000 000
4311/5	Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau	1 : 2 000 000
4311/6	Straßenfahrzeugbau, Schiffsbau	1 : 2 000 000
4311/7	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1 : 2 000 000
4311/8	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	1 : 2 000 000
4311/9	Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas	1 : 2 000 000
4311/10	Ledergewerbe (ohne Herstellung von Schuhen), Herstellung von Schuhen	1 : 2 000 000
4311/11	Textil- und Bekleidungsgewerbe	1 : 2 000 000
4311/12	Brauerei und Mälzerei, Tabakverarbeitung	1 : 2 000 000
4311/13	Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen in den Kreisen 1961	1 : 1 000 000

VI. Erhebungspapiere

1. Bereichszählungen mit eigenem Erhebungstermin

Für die Landwirtschaftszählung 1960 und ihre Nacherhebungen sowie die Handels- und Gaststättenzählung 1960 und den Verkehrszensus 1960 können aus Platzgründen die verwendeten Fragebogen nicht abgedruckt, sondern nur aufgezählt werden.

Fragebogen und weitere Unterlagen für diese Bereichszählungen sind in folgenden Veröffentlichungen enthalten:

- »Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960«, Heft 1, Seite 30 ff.
 - »Forsterhebung 1961«, Heft 1, Seite 327 ff.
 - »Gartenbauerhebung 1961«, Heft 1, Seite 206 ff.
 - »Arbeitskräfteerhebung 1960/61«, Seite 24 ff.
 - »Binnenfischereierhebung 1962«, Seite 68 ff.
 - »Verkehrszensus 1962«, Heft 1, Seite 87 ff.
- (Ausführliche Erläuterung zu den Fragebogen Seite 5 ff.)

Bei den Bereichszählungen wurden folgende Erhebungspapiere verwendet:

a) Landwirtschaftszählung 1960 und Nacherhebungen

	Drucksache
1. Betriebsbogen A für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft von 2 und mehr Hektar Gesamtfläche	LZ 1
2. Ergänzungsbogen zum Betriebsbogen A	LZ 1 a
3. Betriebsbogen B für Betriebe von 0,5 bis unter 2 Hektar u. a.	LZ 2
4. Zusatzbogen zum Betriebsbogen B	LZ 2 a
5. Erläuterungen zu den einzelnen Fragen im Betriebsbogen A	LZ 3 a
6. Erläuterungen zu den einzelnen Fragen im Betriebsbogen B	LZ 3 b
7. Anweisung für die Zähler	LZ 4
8. Anweisung für die Gemeindebehörden	LZ 5
9. Kontrolliste	LZ 6
10. Zählerausweis	LZ 7
11. Verzeichnis der Zählbezirke	LZ 8
12. Amtliche Bekanntmachung	LZ 12
13. Anweisung für die Kreisverwaltungen	LZ 14
(Anmerkung: Die bei der LZ ebenfalls verwendeten Drucksachen LZ 9, 10, 11 und 13 wurden von der laufenden Bodennutzungserhebung übernommen und werden deshalb hier nicht wiedergegeben.)	
14. Arbeitskräfteerhebung 1960/61, Betriebsheft zur Erhebung über Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960/61	—
15. Gartenbauerhebung 1961	GE 1
16. Erläuterungen	GE 2
17. Forsterhebung 1961	F 1
18. Binnenfischereierhebung (Betriebsbogen A für Betriebe der See- und Flußfischerei)	BF 1 a
19. Binnenfischerei (Betriebsbogen B für Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht)	BF 1 b

b) Handels- und Gaststättenzählung 1960

	Drucksache
1. Einzelhandel (Grunderhebung)	E 1
2. Einzelhandel (Ergänzungserhebung)	E 2
3. Einzelhandel (Niederlassungen)	E 3
4. Groß- und Außenhandel (Grunderhebung) ...	G 1
5. Groß- und Außenhandel (Ergänzungserhebung)	G 2
6. Groß- und Außenhandel (Niederlassungen) ..	G 3
7. Außenhandel (Zusatzerhebung)	G 2 A
8. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Grunderhebung)	Gst 1
9. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Ergänzungserhebung)	Gst 2
10. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Niederlassungen)	Gst 3
11. Handelsvermittlung	V
12. Verlagsbuchhandel	Verlag
13. Eigene offene Verkaufsstellen der Industrie	Ind.

c) Verkehrszensus 1962

	Formblatt
1. Arbeitsstätten oder Unternehmen mit neben-gewerblicher Verkehrstätigkeit	T 01
2. Werkverkehr mit Lastfahrzeugen	Wst 02
3. Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen, Schiffen, Schienen- und Luftfahrzeugen	Wto 03
4. Deutsche Bundesbahn	DB 04
a) Deutsche Bundesbahn/Nichtbundeseigene Eisenbahnen (Unternehmensfragebogen) ..	V Nibu/DB 04/05
5. Nichtbundeseigene Eisenbahnen — Fragebogen für Arbeitsstätten	V Nibu 05
6. Straßenverkehr	V Stra 06
7. Binnenschifffahrt	V Bin 07
8. Seeschifffahrt	V See 08
9. Binnen- und Seehäfen, Umschlagsplätze	V Ha 09
10. Hafenbetriebe	V Hab 10
11. Luftfahrt	V Luft 11
12. Flugplätze	V FIPI 12
13. Zusatzfragebogen für Rohrleitungen (Befragung wurde nicht durchgeführt)	V Rohr 06
14. Deutsche Bundespost	DBP 14
15. Spedition, Lagerei	V Spl 15
16. Schiffsmakler und andere Güterverkehrs-vermittlung	V Mak 16
17. Reiseveranstaltung und Reisevermittlung ...	V Rei 17
18. Autohöfe	VAHö 18

VOLKS-, BERUFS- UND ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1961

GEBAUDELISTE

Die Liste ist vom Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter (z. B. dem Verwalter oder Hausmeister) auszufüllen.

Beachten Sie bitte beim Ausfüllen die Erläuterungen im Merkblatt, auf die durch Ziffern im ☐ verwiesen wird!

Land: Hessen

Regierungsbezirk: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____

(Ort, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Straße und Hausnummer: _____

Zählbezirk-Nr.: _____

Gebäudelist-Nr.: _____

Eine Gebäudelist ist auszufüllen für jedes bewohnte Gebäude, gleich welcher Art, also für

- a) jedes Mehrfamilienhaus, Ein- und Zweifamilienhaus, Bauernhaus u. dgl. und zwar auch dann, wenn das Gebäude vorübergehend leersteht (z. B. ein Wochenendhaus)
- b) jede behelfsmäßige Wohngelegenheit (Behelfsheim, Baracke, Wohnlaube, Nissenhütte, Waggon, Wohnschiff u. ä.) soweit sie zum Zeitpunkt der Zählung benutzt wird
- c) jedes Nichtwohngebäude mit ständig benutzter Wohngelegenheit, wie Fabrik- oder Verwaltungsgebäude mit Pförtnerwohnung, Hotel, Gasthof oder Fremdenheim mit Wohnung u. dgl.

Für von ausländischen Streitkräften voll in Anspruch genommene Gebäude ist keine Gebäudelist auszufüllen, es sei denn, sie sind privatrechtlich vom Gebäudeeigentümer vermietet.

A. ANGABEN ÜBER DEN GEBÄUDEEIGENTÜMER

1) Name und Anschrift des Eigentümers:

(Name und Vorname, Firma oder Behörde)

(Wohnort, Straße, Hausnummer) (Telefon Nr.)

Falls der Eigentümer die Liste nicht selbst ausfüllt:

Mit dem Ausfüllen der Gebäudelist beauftragter Vertreter:

(Name und Vorname, Firma oder Behörde)

(Wohnort, Straße, Hausnummer) (Telefon Nr.)

2) Eigentümer des Gebäudes ist (Zutreffendes ankreuzen!) ☐

Arbeiter	<input type="checkbox"/>	ein freies Wohnungsunternehmen	<input type="checkbox"/>
Angestellter	<input type="checkbox"/>	eine sonst. Firma od. ein sonst. priv. Unternehmen	<input type="checkbox"/>
Beamter	<input type="checkbox"/>	der Bund	<input type="checkbox"/>
Selbständiger Gewerbetreibender	<input type="checkbox"/>	das Land	<input type="checkbox"/>
Freiberuflich Tätiger	<input type="checkbox"/>	die Gemeinde	<input type="checkbox"/>
Selbständiger Landwirt	<input type="checkbox"/>	eine sonst. Körperschaft des öffentl. Rechts	<input type="checkbox"/>
Sozialversicherungsrentner	<input type="checkbox"/>	ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen	<input type="checkbox"/>
Pensionär (nur öffentl. Dienst)	<input type="checkbox"/>	(oder eine Heimstätte)	<input type="checkbox"/>
sonstiger Nichterwerbstätiger	<input type="checkbox"/>		
eine Erbgemeinschaft	<input type="checkbox"/>		

oder _____ (bitte eintragen)

B. GEBÄUDEBESCHREIBUNG (Beachten Sie bitte die Erläuterungen zum Begriff des „Gebäudes“ im Merkblatt!)

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wenn für Ihre Antwort kein Kästchen vorgedruckt ist, schreiben Sie bitte die Antwort aus.

Lage des Gebäudes zur Straße		Art des Gebäudes	
1	2	3	4
Freistehendes Haus <input type="checkbox"/>	Behelfsheim <input type="checkbox"/>	Einfamilienhaus <input type="checkbox"/>	Fabrikgebäude <input type="checkbox"/>
Reihenhaus <input type="checkbox"/>	Baracke <input type="checkbox"/>	Zweifamilienhaus <input type="checkbox"/>	Geschäftshaus <input type="checkbox"/>
Vordergebäude <input type="checkbox"/>	Nissenhütte <input type="checkbox"/>	Mehrfamilienhaus <input type="checkbox"/>	Verwaltungsgebäude <input type="checkbox"/>
Hintergebäude <input type="checkbox"/>	Wohnlaube <input type="checkbox"/>	Bauernhaus <input type="checkbox"/>	Hotel <input type="checkbox"/>
Seitengebäude <input type="checkbox"/>	Sonstige behelfsmäßige Wohngelegenheit: _____	Kleinsiedlerstelle <input type="checkbox"/>	Sonstiges Nichtwohngebäude: _____
Sonstige Lage zur Straße: _____ (bitte eintragen)	_____ (bitte eintragen)	Nebenerwerbsstelle <input type="checkbox"/>	_____ (bitte eintragen)
		Sonstiges Wohngebäude: <input type="checkbox"/>	

Für hier angekreuzte bzw. eingetragene Gebäude entfällt die Beantwortung der weiteren Fragen auf der Vorderseite

Nur für Wohngebäude und behelfsmäßige Wohngelegenheiten ausfüllen:

Geschoßzahl	Baujahr <input type="checkbox"/>	Bauart		Bedachung	
3	4	5a	5c	6a	6b
(ohne Keller- und Dachgeschoß <input type="checkbox"/> , selbst wenn diese ausgebaut und bewohnt sind, aber einschließlich Erdgeschoß)	vor 1870 <input type="checkbox"/>	massiv <input type="checkbox"/>	Stein <input type="checkbox"/>	Ziegel <input type="checkbox"/>	Neu gedeckt oder völlig erneuert <input type="checkbox"/>
1 Geschoß <input type="checkbox"/>	1870 — 1900 <input type="checkbox"/>	behelfsmäßig <input type="checkbox"/>	Skelettbau <input type="checkbox"/>	Schiefer <input type="checkbox"/>	vor 1919 <input type="checkbox"/>
2 Geschoße <input type="checkbox"/>	1901 — 1918 <input type="checkbox"/>		Fachwerk <input type="checkbox"/>	Pappe auf Holz <input type="checkbox"/>	1919 — 1932 <input type="checkbox"/>
3 „ <input type="checkbox"/>	1919 — 1932 <input type="checkbox"/>		Holz <input type="checkbox"/>	Pappe auf Beton <input type="checkbox"/>	1933 — 1948 <input type="checkbox"/>
4 „ <input type="checkbox"/>	1933 — 1948 <input type="checkbox"/>		Sonstige Bauart: _____	Metall (auch Wellblech) <input type="checkbox"/>	nach 1948 <input type="checkbox"/>
5 „ <input type="checkbox"/>	nach 1948 <input type="checkbox"/>			Asbestzement <input type="checkbox"/>	Seit Erstellung des Gebäudes weder neu gedeckt noch völlig erneuert <input type="checkbox"/>
mehr als 5 „ <input type="checkbox"/>				Sonstiger Dachbelag: <input type="checkbox"/>	
(Zahl eintragen)	(Jahr eintragen)		(bitte eintragen)	(bitte eintragen)	

Wasserversorgung	Abwasser- und Fäkalienbeseitigung <input type="checkbox"/>	Toilette mit Wasserspülung (WC)	Bad oder Dusche
7	8	9	10
Anschluß an Wassernetz im Gebäude <input type="checkbox"/>	Anschluß an Kanalisation für Abwasser und Fäkalien <input type="checkbox"/>	Für jede einzelne Wohnung des Gebäudes eigenes WC <input type="checkbox"/>	Für jede einzelne Wohnung des Gebäudes <input type="checkbox"/>
Eigene Wasserversorgungsanlage mit Zapfstelle (Hahn) im Gebäude <input type="checkbox"/>	nur für Abwasser <input type="checkbox"/>	Für alle Wohnungen des Gebäudes nur gemeinsame WC's <input type="checkbox"/>	Nur für einen Teil der Wohnungen des Gebäudes <input type="checkbox"/>
Sonstige Wasserversorgung (Pumpe oder Brunnen) im Gebäude <input type="checkbox"/>	nur für Fäkalien <input type="checkbox"/>		Zahl der Wohnungen: _____
Keine Wasserversorgung im Gebäude, dagegen aber auf dem Grundstück <input type="checkbox"/>	Hauskläranlage <input type="checkbox"/>	Nur für einen Teil der Wohnungen des Gebäudes eigenes oder gemeinsames WC <input type="checkbox"/>	Keine Wohnung mit Bad oder Dusche, aber Gemeinschaftsbad im Gebäude <input type="checkbox"/>
Keine Wasserversorgung auf dem Grundstück <input type="checkbox"/>	Fäkalienabfuhr <input type="checkbox"/>	Kein WC im Gebäude <input type="checkbox"/>	Kein Bad im Gebäude <input type="checkbox"/>
	Ableitung ohne Kläranlage in Graben oder Bach <input type="checkbox"/>		
	Keine Fäkalienableitung oder -abfuhr <input type="checkbox"/>		

Bitte Rückseite noch ausfüllen

C. VERZEICHNIS DER WOHNUNGEN, WERKSTÄTTEN, LÄDEN, BÜROS USW. IM GEBÄUDE

Was gilt als Wohnung? Eine Wohnung liegt vor, wenn folgende Merkmale vorhanden sind: a) eine eigene Küche oder Kochnische, b) ein eigener Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhause oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kocheinrichtung eingerichtet wurde. Ein Einfamilienhaus gilt als eine Wohnung. In einem Zweifamilienhaus kann die zweite Wohnung eine Einliegerwohnung sein. Bei bürgerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung.
Beachten Sie bitte ergänzend die ausführlichen Erläuterungen zum Begriff der „Wohnung“ im Merkblatt!

Wohnungen des Gebäudeeigentümers sind vom Eigentümer in seinem Gebäude selbst bewohnte Wohnungen; Eigentumswohnungen sind solche Wohnungen, die in Eigentumsrecht erworben (gekauft) und als solche in das Grundbuch eingetragen wurden. Reine Mietwohnungen sind alle Mietwohnungen, die nicht zu den „sonstigen Mietwohnungen“ zählen. Sonstige Mietwohnungen sind Dienst-, Werk-, Stift-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und Wohnungen im Dauerwohnrecht.

Lfd. Nr.	Lage		Zweckbestimmung z. B. Wohnung, Laden, Werkstätte, Fremdenheim, Wohnung mit Büro, Wohnung und Arztpraxis	Name des Wohnungsinhabers (Eigentümer im eigenen Haus, Wohnungseigentümer, Hauptmieter) oder Name der Firma usw. jeweils in die mit „Wohnungsinhaber“ ¹⁾ gekennzeichnete Zeile eintragen! (Gegebenenfalls „Leerstehend“ eintragen) In die folgenden schraffierten Zeilen werden die Namen evtl. Untermieterparteien vom Zähler nachgetragen!		Die Spalten 6 bis 9 sind nur für Wohnungen auszufüllen				Vom Zähler auszufüllen!			
	Im Gebäude Keller- geschoß = K Erd- geschoß = E 1. Stock = 1 2. Stock = 2 usw. Dach- geschoß = D Ganzes Haus = G	innerhalb des Ge- schosses links = l mitte = m rechts = r ganzes Geschoß = g		Wohnungsart Wohnung des Gebäude- eigen- tümers = 1 Eigentums- wohnung = 2 Reine Miet- wohnung = 3 Sonstige Miet- wohnung = 4	Besitzt die einen eigenen Wohn- ungs- ab- schluß?	Wohnung eine eigene Küche oder Kochnische?	Zahl der Räume mit 6 und mehr qm (einschl. der Küchen und gewerb- genutzten Wohn- räume)	Num- mer der Haus- halts- liste	Zahl der Per- sonen in der Haus- halts- liste	Bemerkungen			
1				Wohnungsinhaber	Müller, Wilhelm								
				Untermieter- parteien	Wird vom Zähler ausgefüllt!	3	ja	ja	4				
2				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
3				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
4				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
5				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
6				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
7				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
8				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
9				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									
10				Wohnungsinhaber									
				Untermieter- parteien									

Bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen sind die weiteren Wohnungen in eine zweite Gebäudeliste einzutragen.

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Gebäudeliste vollständig und richtig gemacht worden sind.

Datum

Unterschrift des Eigentümers oder seines Vertreters

Zahl
der
Haus-
halts-
listen

MERKBLATT zur Gebäudeliste

An den Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter!

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sollen von Ihnen in der Gebäudeliste einige Feststellungen über die Gebäude und die darin liegenden Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. getroffen werden.

Die dabei gewonnenen Unterlagen sind für die künftigen wohnungspolitischen Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung des Gebäude- und Wohnungsbestandes früherer Bauperioden sowie für die Entscheidung über den künftigen Wohnungsneubau unentbehrlich.

Durch Ihre verständnisvolle Mithilfe können Sie wesentlich zum Gelingen der Zählung beitragen.

Was gilt als Gebäude?

Als Gebäude gilt jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern zählt jedes einzelne, von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude.

Als „Wohngebäude“ gelten ausschließlich oder überwiegend zu Wohnzwecken benutzte Gebäude; „Nichtwohngebäude“ sind Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend zu anderen als Wohnzwecken verwendet werden.

Was gilt als Wohnung?

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

a) eine eigene Küche oder Kochnische, (vergl. hierzu auch die Erläuterung zu ⑪); b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde.

Bei einem Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z.B. Mansarden, separate Zimmer) als Ganzes eine Wohnung (vergl. hierzu auch die Erläuterungen zu ⑫). Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einem Haushalt bewohnt bzw. gemietet werden. Einfamilienhäuser sollen nach ihrer Bestimmung und nach ihrer baulichen Gestaltung nur einem Haushalt als Wohnung dienen. Ein Einfamilienhaus gilt demnach als eine Wohnung.

In einem Zweifamilienhaus kann die zweite Wohnung auch eine Einliegerwohnung sein. Eine Einliegerwohnung ist eine abgeschlossene oder nicht abgeschlossene zweite Wohnung, die gegenüber der Hauptwohnung von untergeordneter Bedeutung ist, d.h. sowohl eine geringere Wohnfläche als auch eine geringere Ausstattung hat. Eine zweite Wohnung (auch Einliegerwohnung) liegt jedoch nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Geschloß zusammenliegen, eine eigene, vollausgebaute Küche (Kochnische) umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung eines Haushalts vorgesehen sind.

Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der gegebenenfalls auch Einzelräume in den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z.B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altentellerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind.

Erläuterungen zu einzelnen Fragen der Gebäudeliste

Die Erläuterungen beziehen sich auf die durch Kreise eingefärbten Hinweisnummern in der Gebäudeliste.

- ① Handelt es sich um ein Gebäude, in dem sich nur Eigentumswohnungen befinden, so ist die Gebäudeliste von dem nach den Bestimmungen des Wohnungseigentumsgesetzes bestellten Verwalter auszufüllen. In diesen Fällen darf keines der hier vorgesehenen Kästchen angekreuzt werden; es ist vielmehr in Klartext auf der Leerzeile „Eigentumswohnungen“ zu vermerken.
Von z. Zt. arbeitslosen Gebäudeeigentümern ist das für ihre frühere berufliche Tätigkeit zutreffende Kästchen anzukreuzen.
- ② Hierzu zählen auch Doppelhäuser.
- ③ Z. B. Wochenendhaus mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche). Wochenendhäuser unter 50 qm sind als Behelfsheime, Baracken o. ä. nachzuweisen und zusätzlich in Klartext als „Wochenendhaus“ zu bezeichnen.
- ④ Als Kellergeschoß gilt das unterhalb des Erdgeschosses (bzw. Hochparterre) gelegene Geschoß; bei Gebäuden am Hang gilt das talwärts in Höhe der Erdoberfläche (= Fußbodenhöhe) gelegene Geschoß als Erdgeschoß, sofern es eine Wohnung im oben beschriebenen Sinne enthält.
Als Dachgeschoß ist dasjenige Geschoß zu verstehen, das oberhalb des letzten Vollgeschosses liegt und nach außen ganz oder teilweise durch das Dach abgeschlossen wird; ein Kniestockwerk gilt als das letzte Vollgeschoß.
- ⑤ Bei einer Wiederherstellung des Gebäudes gilt das ursprüngliche, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaues als Baujahr.
- ⑥ Z. B. Schindel-, Stroh-, Schilf- oder Rohrdächer. Bei den sogenannten „Notdächern“ ist hier in Klartext auf der Leerzeile „Notdach“ zu vermerken.
- ⑦ Unter „neugedeckt“ ist die völlige Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelages zu verstehen, unter „völlig erneuert“ die vollständige Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelages und zugleich die Erneuerung der Dachkonstruktion.
- ⑧ Hierunter ist nur der Anschluß an das öffentliche oder an ein genossenschaftliches oder werkseigenes Wasserversorgungsnetz zu verstehen.
- ⑨ Fäkalien sind die menschlichen Abfallprodukte, die in der Regel über die Toilette (Abort) abgeleitet werden.
- ⑩ Ist eine Wohnung an mehrere Hauptmietparteien vermietet, so ist in die mit „Wohnungsinhaber“ gekennzeichnete Zeile der Name des am längsten in der Wohnung wohnenden Haushalts einzutragen.
- ⑪ Zu den Küchen gehören auch Wohnküchen. Nicht als Küchen gelten nur behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume oder Zimmer mit Kochgelegenheit oder behelfsmäßige Kochecken. Bei der Wohnung des Inhabers eines Hotels, Gasthofs u. dgl., zu der keine besondere Küche gehört, zählt die Küche des Hotels, Gasthofs usw. als Küche der Wohnung. Als Kochnische gilt nur eine zu einem Wohnraum gehörende Nische, die zum Kochen vorgesehen und eingerichtet ist.
- ⑫ Als Räume gelten außer der Küche (ohne Rücksicht auf ihre Größe) nur Zimmer sowie Wohn- und Schlafkammern mit sechs und mehr Quadratmetern Fläche, welche ein Fenster aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Mitzuzählen sind die Zimmer, Wohn- und Schlafkammern außerhalb des Wohnungsabschlusses (z. B. Mansardenzimmer, Zimmer mit separatem Eingang) jedoch nur dann, wenn sie zu der betreffenden Wohnung gehören und nicht als eigene Wohnung vom Gebäudeeigentümer an einen Haushalt vermietet sind. Nicht als Zimmer, Wohn- und Schlafkammern gelten Nebenräume (z. B. Bad, Korridor, Speisekammer) und bauplanmäßig für gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke vorgesehene Räume (wie z. B. Werkstättenräume, Verkaufsläden, Vorratsräume). Dagegen sind Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit sechs und mehr Quadratmetern Fläche, die statt zu Wohnzwecken zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken benutzt werden (wie z. B. als Praxis- oder Wartezimmer, Mehl- und Kornkammern), mitzuzählen.

Land: Hessen
 Reg.-Bez.: Wiesbaden
 Kreis: Wiesbaden
 Gemeinde: Wiesbaden
 Gemeindeteil: _____
 (Ort, Wohnplatz, Stadtbezirk)
 Straße und Haus-Nr.: _____
 Zählbezirk Nr.: _____
 Gebäudelisten-Nr.: _____
 Haushaltsliste Nr.: _____

HAUSHALTSLISTE

VOLKS- UND BERUFS- ZÄHLUNG

am 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:
 Volkszählungsgesetz 1961.
 Näheres siehe Drucksache Nr. 12

Bitte füllen Sie die Haushaltsliste genau und vollständig aus. Ihre Angaben dienen statistischen — nicht etwa steuerlichen — Zwecken. Nach den gesetzlichen Vorschriften sind alle Personen, die mit der Zählung zu tun haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Bei vielen Fragen sind die Antwortmöglichkeiten schon vorgedruckt; in diesen Fällen brauchen Sie das neben der zutreffenden Antwort stehende Kästchen nur noch anzukreuzen (X). Damit wollen wir Ihnen beim Ausfüllen Mühe und Zeit ersparen. Sollten Sie bei der Beantwortung der einzelnen Fragen Zweifel haben, so wird der Zähler Ihnen gern behilflich sein.

Bitte halten Sie die Haushaltsliste rechtzeitig zum Abholen bereit. Sie erleichtern dem Zähler damit die Arbeit. Er ist ehrenamtlich tätig und muß viel Mühe aufwenden, um seine Aufgabe zu erfüllen.

Für jeden Haushalt ist eine Haushaltsliste auszufüllen!

Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenleben. Wohnt und wirtschaftet eine einzelne Person für sich allein, so gilt sie als eigener Haushalt. Untermieter (Familien oder Einzelpersonen) füllen eine eigene Haushaltsliste aus.

Familien und Einzelpersonen, die ständig in Anstalten, Pensionen, Gasthöfen oder dergl. leben und dort einen eigenen Haushalt bilden, füllen gleichfalls eigene Haushaltslisten aus, auch wenn sie zum Personal oder zu den Insassen gehören.

In Anstalten, Lagern usw. wohnende Einzelpersonen — Personal und Insassen — werden dagegen in eine besondere Liste — Anstaltsliste (grün) — eingetragen.

Welche Personen sind einzutragen?

Einzutragen sind alle Personen, die zu Ihrem Haushalt gehören, auch wenn sie am Tage der Zählung nicht anwesend sind, also

alle Familienmitglieder, selbstverständlich auch Säuglinge und Kleinkinder, sonstige Personen, die mit Ihnen im Haushalt wohnen, z. B. Hausgehilfinnen, Lehrlinge. Personen, die an zwei Stellen Wohnraum haben, sind an beiden Stellen in die Listen einzutragen. Die genaue Beantwortung der Fragen 10 und 11 verhindert Doppelzählungen.

Vergessen Sie nicht die Haushaltsmitglieder, die abwesend sind, weil sie sich auf einer Besuchs- oder Ferienreise oder zur Kur befinden, sich als Patienten in einem Krankenhaus aufhalten, auf Geschäftsreise oder als Fernfahrer unterwegs sind oder den Grundwehrdienst oder eine Wehrübung ableisten.

Vergessen Sie ferner auch nicht die längere Zeit abwesenden Haushaltsmitglieder, die aus beruflichen Gründen (Bauarbeiter, Monteure, Seeleute usw.) oder zu ihrer Ausbildung (Schüler, Studenten, Lehrlinge) an einem anderen Ort wohnen und nur von Zeit zu Zeit — z. B. über das Wochenende, in den Schul- oder Semesterferien — in Ihren Haushalt zurückkehren. Diese Personen werden außerdem am anderen Ort in die dortige Liste eingetragen.

Personen, die sich am Zählungstag nur vorübergehend bei Ihnen aufhalten, z. B. Besucher oder durchreisende Gäste, die sonst nicht zum Haushalt gehören, sind nur auf der Rückseite der Haushaltsliste im Abschnitt VIII als vorübergehend Anwesende einzutragen.

Name des Haushaltsvorstandes: _____
 (Familienname) (Vorname)

Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen (einschl. Haushaltsvorstand): Bei mehr als 6 Personen fordern Sie bitte beim Zähler eine zweite Haushaltsliste an.

Sind Sie: _____
 (Kreuzen Sie bitte eines der vier Kästchen an)

Hauptmieter ☐

Untermieter ☐

Eigentümer der Wohnung ☐

Eigentümer des Hauses, in dem Sie wohnen ☐

Bitte halten Sie die ausgefüllte und unterschriebene Haushaltsliste vom _____ an zur Abholung bereit.

Für Hauptmieter und Eigentümer:

Wohnen noch weitere Haushalte (z. B. Untermieter) in der Wohnung? ja ☐ nein ☐

Wenn ja, Name des Vorstandes weiterer Haushalte:

Zweiter Haushalt: _____
 (Familienname) (Vorname)

Dritter Haushalt: _____
 (Familienname) (Vorname)

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgegedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an.
Wo keine Kästchen vorgegedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antwort aus oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (—).
Beachten Sie bitte die Erläuterungen im Merkblatt, auf die durch Ziffern im O verwiesen wird.

Reihenfolge der Eintragungen: Erste Spalte für Haushaltsvorstand, die folgenden Spalten für Ehefrau, Kinder, andere Verwandte, Hausgehilfin, Gesellen usw., die zum Haushalt gehören. Auch vorübergehend Abwesende eintragen.

I. Angaben zur Person	1. Person (Haushaltsvorstand)	2. Person	3. Person	4. Person	5. Person	6. Person Bei mehr als 6 Personen ist das weitere Haushaltsbild auszufüllen
1 Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen)						
Vorname						
2 Stellung zum Haushaltsvorstand (z. B. Ehefrau, Sohn, Schwägerin, Hausgehilfin)						
3 Geboren am						
4 Familienstand						
5 Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahr wurde die Ehe geschlossen?						
6 Religion ¹ Ausgeben ist z. B. evangelisch, ev. Freikirche, röm.-kath., unapostolische Kirche, Zeugen Jehovas, frei-religionslos						
7 Staatsangehörigkeit ²						
8 Nur für Personen, die nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einströmen, Berlin (West) zugezogen sind: a) Wann sind Sie zugezogen? b) Lag der vorherige Wohnort in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin?						
9 Brauchen Sie einen Bundesvertriebenenpass A oder B oder einen Bundesvertriebenenpass C? (Für Personen, die im Bereich ihres Vaters oder ihrer Vorfahren wohnen, ist der Bundespass zu beantragen.)						
10 Haben Sie noch andere Wohnraum, z. B. ein möbliertes Zimmer, eine Wohnung oder eine sonstige Unterkunft?						
Wenn ja: a) Genaue Anschrift dieses weiteren Wohnraums b) Gehen Sie von dort aus zur Arbeit oder zur Ausbildung?						
11 Nur für Haushaltsmitglieder, die z. Z. der Zahlung abwesend sind: a) Grund der Abwesenheit: Berufsausbildung, Wehrdienst, Studium, Lehrgang, Urlaub, Besuch oder welche sonstigen Gründe? b) Art der Unterkunft am Aufenthaltsort: z. B. möbliertes Zimmer, Wohnung, Pension, Hotel, Lehrlingsheim, Banarbeiterlager, Sanatorium, Kaserne, Schiff.						
12 Sind Sie in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig, hauptsächlich oder nur nebenbei, auch mitteilend im Familienbetrieb?						
13 Sind Sie: (Bitte kreuzen Sie die Antworten an, die für Sie zutreffen)						
14 Woher beziehen Sie gegenwärtig überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt: ³ (Nur die überwiegende Unterhaltsquelle bitte ankreuzen oder in der freien Zeile eintragen) (Unter „oder sonst“ ist z. B. einzutragen: Ruhegehalt, Hinterbliebenenpension, Arbeitslohn, Arbeitslosenunterstützung, K.B.-Rente, K.B.-Vergütung, eigenes Vermögen, Unterhalt durch geschiedenen Ehemann, Kriegerrenten)						

Für Erwerbs- und Berufstätige sowie Arbeitslose

Zu den Erwerbs- und Berufstätigen gehören auch Lehrlinge, ferner Haushaltsmitglieder, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, sowie Personen, die nebenher erwerbstätig sind. Für Arbeitslose ohne gegenwärtige Tätigkeit sind die Fragen 15 bis 20 für die zuletzt ausgeübte Tätigkeit zu beantworten.

[illegible]

Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte, auch Schulweg ⑨
beantworten für Erwerbstätige, bei denen sich Wohnung und Arbeitsstätte nicht auf dem gleichen Grundstück befinden, sowie für Schüler und Studierende.

u beantworten für Erwerbstätige, bei denen sich Wohnung und Arbeitsstätte nicht auf dem gleichen Grundstück befinden, sowie für Schüler und Studierende.

[illegible]

Bitte Rückseite noch ausfüllen! ➔

IV. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule ① - Nicht angeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl

Familienname und Vorname	Haben Sie eine Berufsfach-, Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Name und Anschrift der Schule	Jahr der Abschlusßprüfung	Bezeichnung	Hauptfach (z. B. Rechtswissenschaft, Maschinenbau, Chemietechnik, Kaufm. Fächer, Krankenpflege)
	Berufsfachschule <input type="checkbox"/> Fachschule <input type="checkbox"/> Universität <input type="checkbox"/> andere Hochschule <input type="checkbox"/>				
	Berufsfachschule <input type="checkbox"/> Fachschule <input type="checkbox"/> Universität <input type="checkbox"/> andere Hochschule <input type="checkbox"/>				
	Berufsfachschule <input type="checkbox"/> Fachschule <input type="checkbox"/> Universität <input type="checkbox"/> andere Hochschule <input type="checkbox"/>				

V. Gärten, Haus- und Kleingärten sowie land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen ② Wird eine Bodenfläche — auch von kleinstem Umfange — selbständig bewirtschaftet oder genutzt, sind die nachfolgenden Fragen zu beantworten

1. Wie groß ist die gesamte Fläche einschl. Haus- und Hofraum, Wege, Ödland, Gewässer usw. ? (Klique und gepachtete Flächen, ohne verpachtete Flächen)

Hektar

Ar

Quadratmeter

2. Name des Haushaltsmitgliedes, das diese Fläche bewirtschaftet oder nutzt (Inhaber):

(Familienname, Vorname)

3. Wer von den Haushaltsmitgliedern hilft bei der Bewirtschaftung dieser Fläche sonst noch mit ? (Bitte Familien- und Vornamen eintragen)

4. Werden für die Bewirtschaftung dieser Fläche derzeit familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt?

ja ☐ nein ☐

5. Wieviel Quadratmeter werden genutzt als:

a) Kleingarten, Hausgarten, Park- und Rasenflächen

b) Ackerland (einschl. Flächen des Erwerbsgartenbaues)

c) Rebland

d) Sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche (z. B. Wiesen, Weiden)

e) Wald (Holzung)

6. Werden auf diesen Flächen Gemüse, Obst, Blumen oder sonstige Gartengewächse für den Verkauf angebaut?

ja ☐ nein ☐

VI. Binnenfischerei Betreibt der Haushaltsvorstand oder ein anderes Mitglied des Haushaltes selbständig Flußfischerei, Seefischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht, sind die Fragen 1 und 2 zu beantworten. Sportfischerei ist nicht anzugeben.

1. Inhaber des Fischereibetriebes:

(Familienname) (Vorname)

2. Art des Fischereibetriebes:

(z. B. Flußfischerei, Forellenzucht)

VII. Selbständige Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und sonstige selbständige Erwerbstätige außerhalb der Landwirtschaft ③ — Auch für selbständige Nebentätigkeit anzugeben

Familienname und Vorname	Geschäftszweig	Anschrift (Gemeinde, Kreis, Straße, Haus-Nr.)	Tätige Personen insgesamt (einschl. tätige Inhaber, Leiter, mithelfende Familienangehörige)	Wieviele davon sind: Lohn- und Gehaltsempfänger (einschl. Lehrlinge u. dgl.)
	des eigenen oder gepachteten Betriebes, Büros, Geschäften, der Praxis usw.			

VIII. Vorübergehend Anwesende — Zur Zeit der Zählung vorübergehend Anwesende, z. B. auf Besuch befindliche Personen oder Gäste, die normalerweise nicht zum Haushalt gehören ④

Familienname und Vorname	Stellung zum Haushaltsvorstand	Geburts-tag, -monat, -jahr	Grund der Anwesenheit	Ständiger Wohnort (Gemeinde, Kreis, Straße, Haus-Nr.)

IX. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

Familienname und Vorname	Waren Sie Kriegsgefangener, Zivilinternierter oder Zivilverschleppter?	Beginn und Beendigung des Gewährungs (Monat, Jahr)	Gewährsamacht ⑤
	Kriegsgefangener <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>	von 19..... bis 19.....	
	Kriegsgefangener <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>	von 19..... bis 19.....	

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Haushaltsliste vollständig und richtig gemacht worden sind.

(Unterschrift des Haushaltsvorstandes oder seines Vertreters)

An den Haushaltsvorstand!

Eine **Volkszählung** ist eine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Bevölkerung. Sie ist erforderlich, um Angaben über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sowie über die Wirtschaftsverhältnisse zu erhalten. Solche Angaben werden von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft dringend benötigt. Die letzte derartige Zählung liegt über 10 Jahre zurück. Ihre Ergebnisse sind inzwischen zum größten Teil überholt.

Bitte tragen auch Sie durch Ihre verständnisvolle Mithilfe zum Gelingen der Volks- und Berufszählung bei.

Sollten Sie mit einzelnen Fragen in der Haushaltsliste und den Erläuterungen in diesem Merkblatt nicht zurechtkommen, so wenden Sie sich bitte an den Zähler. Er wird Ihnen gern behilflich sein, den Erhebungsbogen auszufüllen.

Es steht Ihnen frei, die Haushaltsliste dem Zähler auch in einem verschlossenen Briefumschlag auszuhändigen, der erst durch die Zählungsdienststelle geöffnet werden darf. Auf dem Umschlag müssen dann aber der Name des Haushaltsvorstandes, Straße, Hausnummer und die Zahl der zu Ihrem Haushalt gehörenden Personen deutlich angegeben sein.

Erläuterungen zu den mit ○ gekennzeichneten Fragen in der Haushaltsliste



① Zu Frage 6:

Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (= FK) angeben.

Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.



② Zu Frage 7:

Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben.

Staatenlose tragen „staatenlos“ ein.

Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.

③ Zu Frage 13:

Als **arbeitslos** gilt, wer zum Zeitpunkt der Zählung nicht erwerbstätig ist, jedoch eine Arbeitsstelle oder Berufsausbildungsstelle sucht, unabhängig davon, ob er zu diesem Zeitpunkt beim Arbeitsamt als Arbeitsloser bzw. Arbeitsuchender registriert ist und Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezieht.

④ Zu Frage 14:

Als **Sozialversicherungsrente** gelten Bezüge aus der Rentenversicherung für Arbeiter (früher Invalidenversicherung), der Angestelltenversicherung und der Knappschaftlichen Rentenversicherung.

Auf **eigenem Vermögen** beruht der Lebensunterhalt, wenn er z. B. aus der Verpachtung eines Geschäftes oder landwirtschaftlichen Betriebes, aus den Mieteinnahmen aus Hausbesitz, aus den Zinseinnahmen oder der Substanz eines Wertpapierbestandes oder den Auszahlungen aus einem Lebensversicherungsvertrag bestritten wird. **Zu den Einkünften aus eigenem Vermögen rechnen auch** solche aus einem Altenteil, unabhängig davon, ob sie mit einer Altershilfe für Landwirte verbunden sind:

⑤ Zu Frage 16:

Umfaßt die Firma, in der Sie beschäftigt sind, mehrere Betriebe oder Teilbetriebe, Filialen oder dgl., so ist der Geschäftszweig (Branche) des Betriebes anzugeben, in dem Sie tätig sind.



⑥ Zu Frage 17:

Wenn Sie in einer Filiale, auf einer Baustelle oder dgl. arbeiten, geben Sie bitte **nicht** die Anschrift der Firma, **sondern** die der **tatsächlichen Arbeitsstätte** an, also der Filiale, Baustelle usw., denn die Angaben werden u. a. zur Feststellung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt.

⑦ Zu Frage 18:

Tragen Sie bitte ein, welche Tätigkeit oder welchen Beruf Sie an der angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausüben, auch wenn diese Tätigkeit sich nicht mit einem früher erlernten und ausgeübten Beruf deckt.

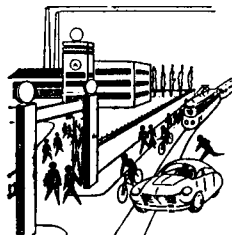
Lehrlinge geben ihren Lehrberuf an.

⑧ Zu Frage 19:

Einzutragen ist auch Anlernling, Volontär oder Praktikant. Als **Mithelfende** gelten diejenigen Personen, die ohne Lohn oder Gehalt im Betrieb eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge entrichten. Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht als Mithelfende, sondern als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge einzutragen.

⑨ Zu den Fragen 22 bis 24:

Wer an **mehreren Arbeitsstätten** tätig ist (z. B. als Stundenbuchhalter oder Putzfrau) sowie **Studierende** mit mehreren Ausbildungsstätten (z. B. Universität und Klinik), machen die Angaben für den Weg, den sie normalerweise täglich zuerst zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte zurücklegen. Für Personen mit ständig **wechselndem Arbeitsweg** (z. B. Vertreter, Reisende) sind keine Angaben zu machen. Für **Berufsschüler**, deren Erwerbstätigkeit in der Woche nur an einzelnen Tagen durch den Berufsschulbesuch unterbrochen wird, ist nur der Weg zur Arbeitsstätte anzugeben. Der Zeitaufwand für den Arbeitsweg ergibt sich aus der Zeit vom Verlassen des Hauses bis zum Betreten der Arbeitsstätte (Fabrik, Baubaracke, Geschäft, Büro) oder des Schul- bzw. Universitätsgebäudes.



⑩ Zu Frage 23:

Bei Verwendung verschiedener Verkehrsmittel ist das für die größte Entfernung (in km) benutzte anzugeben. Wird der größte Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, so ist anzugeben „zu Fuß“.

⑪ Zu Abschnitt IV:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Kinderpflegeschulen, Hauswirtschaftsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildungsanstalten, Krankenpflegeschulen.

Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die 2. Eintragung in einer der freigebliebenen Zeilen in Abschnitt IV vorzunehmen mit einem Hinweis auf die Person, für die die Eintragung gilt.

⑫ Zu Abschnitt V:

Anzugeben sind auch abseits vom Wohngrundstück oder in einer anderen Gemeinde gelegene Flächen.

Das Ackerland (einschl. Flächen des Erwerbsgartenbaues) umfaßt den Anbau landwirtschaftlicher Feldfrüchte wie z. B. Getreide, Hackfrüchte, Handelsgewächse (auch unter Obstbäumen). Zu den Flächen des Erwerbsgartenbaues rechnet der Erwerbsanbau von Gemüse, Erdbeeren, Blumen und Zierpflanzen sowie die gesamte Grundfläche der Gewächshäuser und Frühbeete.

Rebland umfaßt die ertragfähigen Flächen, die Junganlagen, Rebschulen und die z. Z. nicht bestockten Flächen, auf denen im nächsten oder übernächsten Jahr wieder Reben angepflanzt werden.

Zu den **sonstigen landwirtschaftlich genutzten Flächen** gehören neben Wiesen und Weiden (auch unter Obstbäumen) noch Baumschulflächen, Obstanlagen ohne Unterkulturen und Korbweidenanlagen.

Anbau für den Verkauf: Werden Gurken, Spargel, Tomaten oder andere Gemüsearten, Obst oder andere Gartengewächse angebaut, um die Ernte zu verkaufen, so ist die Frage mit „ja“ zu beantworten.



⑬ Zu Abschnitt VII:

Gemeint sind alle selbständig Erwerbstätigen **außerhalb der Landwirtschaft**, also die Personen, die ihre Erwerbstätigkeit z. B. nicht als Arbeitnehmer oder mithelfende Familienangehörige ausüben. Demgemäß kann es sich hier nur um Inhaber eines gewerblichen Betriebs oder Büros, eines Geschäfts, einer Arzt- oder Anwaltspraxis, um Schriftsteller, selbständige Agenten, um Straßenhändler, Schausteller, Hausschneiderinnen, Hebammen und dgl. Selbständige handeln. Dieser Abschnitt muß von allen Personen (außerhalb der Landwirtschaft) ausgefüllt werden, die in Frage 19 „selbständig“ eingetragen haben.

⑭ Zu Abschnitt VIII:

Vorübergehend anwesende Personen, die **z. Z. keinen ständigen Wohnsitz haben**, sind nicht hier, sondern bei den zum Haushalt gehörenden Personen mit einzutragen.

⑮ Zu Abschnitt IX:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch in der betreffenden Spalte als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

⑯ Zu Abschnitt IX:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Kriegsgefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zugebracht, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befunden hat, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Italianisch

FOGLIO AUSILIARIO PER ITALIANI

per rispondere alle domande concernenti le liste casalinghe, per il censimento degli abitanti e delle professioni, il 6. Giugno 1961

Per le risposte a molte domande della lista casalinga sono stampate delle caselle; in questi casi basterà segnare una crocetta, accanto alla risposta esatta. (☐)

Per ogni unità di abitazione dovrà essere riempita una lista di casa!

Se una persona singola (anche subaffittuario) vive e si amministra da sola, verrà considerata quale famiglia a sè stante.

Debbono essere elencate tutte le persone viventi nell'abitazione, anche se al giorno del censimento non saranno presenti, vale a dire, tutti i familiari ed altre persone, che vivono normalmente nell'abitazione.

Non dimenticare i familiari assenti (che si trovino per es. in viaggio in vacanza o che si trovino in cliniche ed ospedali in qualità di pazienti).

Non dimenticare neanche i familiari assenti per lunghi periodi, e che per cause di lavoro o di studio, abitino in altro luogo, tornando solo di quando in quando, per es. per la fine di settimana.

Persone che al giorno del censimento si trovino presso di voi solo di passaggio in visita, per es., o come ospiti, e che non abitino normalmente presso di voi, dovranno essere elencate al paragrafo VIII.

Persone con più nazionalità le elencano tutte.

Apolidi segneranno "apolide".

Persone la cui nazionalità sia incerta, segneranno "incerta".

DOMANDE DELLA LISTA CASALINGA

Nome del capofamiglia: _____
(cognome e nome)

Numero delle persone appartenenti alla famiglia (compreso il capofamiglia): ☐

Siete: Affittuario principale ☐

Subaffittuario ☐

Proprietario dell'appartamento ☐

Proprietario della casa in cui abitate ☐

Abitano altre unità familiari (subaffittuari per es.) nel Vostro appartamento? si ☐ no ☐

Se sì, nome del capo delle ulteriori unità familiari:

Seconda unità familiare: _____
(cognome e nome)

Terza unità familiare: _____
(cognome e nome)

I. Indicazioni sulla persona	
1 Cognome (per donne sposate anche il nome da ragazza)	
Nome _____	<div> <div> <div> Sesso</div> <div> mas. <input type="checkbox"/> fem. <input type="checkbox"/> </div> </div> </div>
2 Rapporti con il capofamiglia (moglie, figlio, personale di servizio)	
3 Data di nascita	<div> <div> giorno</div> <div> mese</div> <div> anno</div> </div>
4 Stato civile	<div> <div> Celibe <input type="checkbox"/> coniugato <input type="checkbox"/> </div> <div> <div> Vedovo <input type="checkbox"/> separato <input type="checkbox"/> </div> </div> </div>
5 Solo per i coniugati: In quale anno è stato celebrato il matrimonio?	

6 Religione (indicare, per es.: Chiesa evangelica, Chiesa evangelica libera, Chiesa cattolica, Nuova Chiesa Apostolica, Seguaci di Ieova)	
7 Nazionalità	
8 Per le persone che dopo la fine della guerra sono sfollate nella odierna Repubblica Federale, compresa la città di Berlino Ovest: a) Quando siete sfollato? Anno _____ b) Non Vi riguarda	
9 Non Vi riguarda	
10 Possedete altrove un'altra abitazione per es. una camera ammobiliata, un appartamento o simile? Se sì: a) Indicare l'indirizzo preciso e completo (Comune, distretto) (strada, num. civico) b) Vi serve per recarvi allo studio o al lavoro?	<div> <div> sì <input type="checkbox"/> no <input type="checkbox"/> </div> </div>
11 Solo per membri dell'entità familiare, assenti al momento del censimento: (Membri che si trovino temporaneamente in ospedale, non contano quali assenti). a) Ragione dell'assenza: Studio a scuola, professione, vacanze visita od altra qualsiasi ragione? b) Tipo dell'abitazione nel luogo di soggiorno: per es. camera ammobiliata, appartamento, pensione, hotel, istituto per apprendisti, baraccamento per operai edili, sanatorio, caserma, nave	
12 Siete professionalmente attivo in una qualsiasi maniera, in modo principale, secondario o coadiuvate nell'azienda di famiglia?	<div> <div> sì <input type="checkbox"/> no <input type="checkbox"/> </div> </div>
13 Siete: (segnare per favore le risposte giuste nel vostro caso)	<div> <div> disoccupato <input type="checkbox"/> </div> <div> <div> ricevette una pensione o sovvenzione <input type="checkbox"/> </div> </div> <div> <div> casalinga <input type="checkbox"/> </div> <div> <div> scolastico/studente <input type="checkbox"/> </div> </div> </div></div>
14 Quali sono le fonti principali del Vostro reddito? (Indicare solo la fonte principale, oppure specificare nella riga in bianco.) Sotto "altre fonti", va indicato per es.: pensione di qualsiasi genere, sussidi di disoccupazione, patrimonio proprio, rendite di qualsiasi genere, alimenti al coniuge separato, pensioni di guerra.	<div> <div> Professionalmente attivo <input type="checkbox"/> </div> <div> <div> Sussidi familiari (di vario genere) <input type="checkbox"/> </div> </div> <div> <div> Assicurazioni, rendite sociali <input type="checkbox"/> </div> </div> <div> <div> Altre fonti: _____ </div> </div> </div>

II. Per coloro che hanno una occupazione, professione o siano disoccupati

Fra coloro che hanno una occupazione, vanno elencati anche gli apprendisti, inoltre i membri dell'unità familiare, che coadiuvino nell'azienda di un membro della famiglia, come anche persone con occupazione accessoria.

Disoccupati senza altra occupazione rispondano alle domande da 15 a 20, circa l'ultimo lavoro esplicato.

15 Nome della ditta datrice di lavoro, dell'ufficio, del negozio, dello studio, dell'azienda	
16 Esatta indicazione del ramo di attività della ditta, del datore di lavoro ecc. (per es. fabbrica di utensili invece di officina meccanica, commercio al minuto di viveri invece di commercio, nettezza urbana invece di amministrazione comunale)	
17 Dove lavorate? Indicare l'indirizzo preciso per persone imbarcate, indicare il nome della nave ed il porto di armamento.	(comune, distretto) (strada, num. civico)
18 Occupazione svolta sul lavoro (per es. manovale, lavoratore agricolo, lavoratore edile, meccanico, ecc.; stenodattilografa, contabile, segretaria, ecc.; commerciante in mobili, generi alimentari, tessuti, scarpe, ecc.	
19 Questa occupazione viene esercitata in qualità di: lavoratore, garzone, apprendista, artigiano, impiegato; artigiano lavorante in casa, fattore; in proprio o come collaboratore nella azienda di un familiare?	
20 Quante ore dedicate normalmente alla settimana a questa occupazione? Membri dell'unità familiare, che collaborino nella azienda di un familiare, indicheranno solo il tempo occupato nella azienda e non quello occupato nel governo della casa.	meno di 15 ore <input type="checkbox"/> da 15 a 24 ore <input type="checkbox"/> da 25 a 40 ore <input type="checkbox"/> più di 40 ore <input type="checkbox"/>
21 Esercitate una ulteriore occupazione rurale o di altro genere? Si intende ogni occupazione (anche l'aiuto nella azienda di un familiare), che venga attualmente esercitata anche sporadicamente e che non sia già elencata (domande da 15 a 20).	Occupazione rurale <input type="checkbox"/> altra occupazione <input type="checkbox"/>

III. Strada da percorrere da casa al posto di lavoro, scuola di specializzazione od altra scuola

Da riempire da coloro i quali lavorano, per cui abitazione e luogo di lavoro, non si trovino nello stesso posto, e dagli studenti.

22 Tempo medio necessario, per raggiungere il posto di lavoro, la scuola, l'università ecc. in armonia con le risposte date alle domande N 17 e 24. Indicazioni riguardanti il passato inverno sono da farsi solo se abitazione e destinazione sono rimaste invariate.	meno di 15	15	30	45	1	più di 1 1/2
		fino a				
		29	44	59	1 1/2	
		min.				
a) in questo mese ho impiegato giornalmente ca.						
b) in inverno ho impiegato giornalmente ca.						

23 Mezzo di trasporto più importante comunemente usato (valevole per la maggior parte del tragitto da percorrere, per es. tram, motocicletta, bicicletta, a piedi.)	
a) in questo mese	
b) nel passato inverno	
24 Per scolari (anche scuola elementare) e studenti: indirizzo della scuola, dell' università ecc.	(Comune) (strada, numero civico)

IV. Persone con istruzione compiuta presso una scuola professionale, una università od altro istituto superiore

Non è da indicare l'istruzione obbligatoria ancora da compiere, che occupi solo poche ore settimanali.

Nome e cognome	Tipo di scuola frequentata ?	Nome ed indirizzo della scuola	Anno dell'esame finale	Indicazione precisa	Materia principale (per es. legge, tecnica meccanica ecc.)
	Scuola professionale <input type="checkbox"/>				
	Università, altro studio superiore <input type="checkbox"/>				

V. Non Vi riguarda

VI. Non Vi riguarda

VII. Esercenti in proprio, liberi professionisti ecc. (Agricoltura esclusa)

Indicare anche le occupazioni libere svolte in proprio.

Nome e cognome	Tipo di occupazione del luogo di lavoro (Azienda, ufficio, industria, studio, negozio)	Indirizzo preciso	Persone occupate	
			in totale (compresi i titolari collaboratori, direttori, e collaboratori familiari)	Quanti di loro sono stipendiati (compresi gli apprendisti)

VIII. Persone temporaneamente presenti

Temporaneamente presenti nel periodo del censimento, come per es. ospiti, che non contano normalmente fra le persone dell' unità familiare.

Nome e cognome	Rapporto con il capo dell'unità familiare	Data di nascita giorno mese anno	Ragione della presenza	Luogo di residenza ed indirizzo preciso (Comune, distretto strada, num. civico)

IX. Non Vi riguarda

Certifico qui, che le indicazioni di cui sopra, sono complete e corrispondono a verità.

(Firma del capo dell'unità familiare o di chi ne fa le veci)

Spanisch

HOJA AUXILIAR PARA ESPAÑÓLES

para llenar el cuestionario en el padrón para el censo demográfico y de profesiones del 6 de junio de 1961

Para la contestación de muchas preguntas se han previsto en el padrón las correspondientes casillas o recuadros; en este caso sólo se precisa marcar con una cruz el recuadro enfrente de la correspondiente pregunta (☐)

¡ Cada familia llenará un padrón !

Toda persona sola (incluso realquilada) que viva y actúe independientemente en casa será considerada como formando una familia.

Se inscribirán en el padrón todas las personas que viven con la familia, incluso cuando estuvieren ausentes el día del censo, es decir, todos los miembros de la familia y demás personas que vivan en su casa.

No olvide Vd. los miembros de la familia ausentes (por ejemplo, por hallarse en viaje de visita o de vacaciones o enfermos en un hospital, etc.)

No olvide Vd. tampoco los familiares que se encuentren ausentes de casa por largo tiempo, por razones de profesión, o que, por motivos de preparación profesional, etc., vivan en otra población y sólo de vez en cuando, por ejemplo, en los fines de semana, vuelven a su casa.

Las personas que en el día censal se encontrarán de paso en su casa, por ejemplo, visitantes o huéspedes en tránsito, pero que no forman parte de su familia, se inscribirán en la Sección VIII del padrón.

Las personas con varias nacionalidades deberán indicar todas ellas.

Los apátridas se inscribirán como „apátridas“.

personas cuya nacionalidad no esté claramente establecida, indicarán „sin aclarar“.

CUESTIONARIO EN EL PADRÓN

Apellido del jefe de familia: _____ (nombre)

Nº de personas que viven en casa (incl. jefe de familia): ☐

¿ Es Vd.: arrendatario ☐

realquilado ☐

propietario del piso ☐

propietario de la casa donde Vd. vive? ☐

¿ Viven con Vd. otras familias (p. ej. realquilados) en el piso? si ☐ no ☐

Caso afirmativo, nombre del jefe de las otras familias:

Segunda familia: _____ (nombre y apellido)

Tercera familia: _____ (nombre y apellido)

I. Datos personales	
1 Apellido (las casadas, nombre de soltera)	
nombre de pila _____	varón <input type="checkbox"/> hembra <input type="checkbox"/>
2 Relación con el jefe de familia (p. ej. esposa, hijo, cuñada, sirvienta)	
3 Fecha de nacimiento	día _____ mes _____ año _____
4 Estado civil	solt. <input type="checkbox"/> casad. <input type="checkbox"/> viud. <input type="checkbox"/> divorc. <input type="checkbox"/>
5 Sólo para casados: ¿ Fecha del matrimonio?	

6 Religión (p. ej. católico, protestante, etc.)	
7 Nacionalidad	
8 Sólo para personas que se han establecido en la República Federal (incl. Berlín occidental) después de la guerra: a) ¿ Cuándo llegó Vd. aquí?	Año _____
b) No le afecta a Vd.	
9 No le afecta a Vd.	
10 ¿ Tiene Vd. alguna otra habitación, p. ej., un cuarto amueblado, un piso o similar?	si <input type="checkbox"/> no <input type="checkbox"/>
Caso afirmativo: a) Dirección exacta del mismo	(localidad, distrito) _____ (calle, N.º.) _____
b) ¿ Va Vd. a su trabajo o formación profesional desde allí?	si <input type="checkbox"/> no <input type="checkbox"/>
11 Sólo para miembros de la familia que en el día del censo se encuentran fuera: (No se considerarán como ausentes los enfermos provisionalmente en el hospital). a) Motivo de la ausencia: ejercicio profesional, estudios, cursillos, vacaciones, de visita, etc. ?	
b) Clase de alojamiento en el punto de permanencia: p. ej. cuarto amueblado, piso, pensión, hotel, hogar de aprendices, barraca para obreros de construcción, sanatorio, cuartel, barco.	
12 ¿ Tiene Vd. un empleo o profesión principal o sólo provisional o ayuda en el negocio familiar?	si <input type="checkbox"/> no <input type="checkbox"/>
13 ¿ En que situación está Vd ? (Marque con una cruz lo que sea exacto)	en paro <input type="checkbox"/> recibo una renta, pensión o subsidio } <input type="checkbox"/> ama de casa <input type="checkbox"/> escolar/estudiante <input type="checkbox"/>
14 ¿Cuál es su fuente principal de ingresos actual para sufragar su sustento? (Señálese con una cruz la fuente principal de ingresos o escríbalo en las líneas vacías.) Donde se dice «u otros ingresos», se indicará p. ej. retiro, pensión por fallecimiento, subsidio, socorro obrero, ayuda social, renta mutilado de guerra, viudedad (mutilado guerra), capital propio, manutención por el esposo divorciado, renta daños de guerra.	Empleo/profesión <input type="checkbox"/> a cargo de los padres, esposo, hijo, etc. } <input type="checkbox"/> seguro social <input type="checkbox"/> u otros ingresos: _____

II. Para obreros y empleados y desocupados

Además de estos hay que incluir también los aprendices, los miembros de la familia que ayudan en la empresa de uno de los familiares, así como aquellas personas con ocupación accesoria.

Los parados sin ocupación por el momento contestarán a las preguntas 15 a 20 relacionadas con su última ocupación.

15 Nombre de la empresa, patrono, oficina, comercio, escritorio, negocio propio	
16 Ramo de la empresa, comercio, patrono, etc. (Especificando, por ej., fábrica de máquinas-herramientas, no fábrica de maquinaria; taller metalúrgico, no siderurgia; comercio al por menor, no comercio; escuela elemental, no administración escolar; hospital, no administración municipal)	
17 ¿Dónde trabaja Vd? Dirección del lugar de trabajo, o en su caso, de la sucursal, de las obras Las personas a bordo de buques indicarán el nombre del vapor y puerto de matrícula	(localidad, distrito) (calle, N°.)
18 Clase de trabajo que Vd. realiza o profesión, especificando: por ej. en el almacén, peón, obrero rural, no obrero; mecanógrafa, no empleada de comercio; librero, vendedor de muebles, no comerciante)	
19 Realiza esta actividad en calidad de: obrero, aprendiz, meritorio, trabajador doméstico, empleado; por su cuenta, tabajador en propio domicilio, maestro intermediario o como ayudante en la empresa de un miembro de la familia?	
20 ¿Cuántas horas a la semana trabaja Vd. normalmente en su oficio? Los miembros de la familia que ayudan en la empresa familiar indicarán el tiempo de trabajo dedicado en la empresa, pero no en los trabajos de casa.	menos de 15 h. <input type="checkbox"/> de 15 a 24 h. <input type="checkbox"/> de 25 a 40 h. <input type="checkbox"/> más de 40 h. <input type="checkbox"/>
21 ¿Realiza Vd. otros trabajos agrícolas o no agrícolas? Es decir, una actividad (incl. ayuda en la empresa de un miembro de la familia) ejercida entonces — aunque con carácter provisional — y que no se indica más arriba (preguntas 15 a 20).	Actividad agrícola <input type="checkbox"/> otra actividad <input type="checkbox"/>

III. Camino para llegar al trabajo o centro de formación, también camino para ir a la escuela

Contestarán a esta pregunta los asalariados, cuyo alojamiento y lugar de trabajo no se encuentran en el mismo edificio, así como los escolares y estudiantes.

22 Tiempo medio empleado para ir al lugar del trabajo (indicado en la pregunta 17) o a la escuela, universidad, (indicada en la pregunta 24) etc. Las entradas correspondientes al último invierno se harán solamente si el alojamiento y el lugar de trabajo o centro de formación continúan siendo los mismos.	menos de 15	15	30	45	1	más de 1 1/2
		a				
		29	44	59	1 1/2	
		minutos				
a) En este mes a la ida, al día, aprox.						
b) En el último invierno a la ida, al día, aprox.						

23 Medios principales de transporte utilizados normalmente (indíquese el medio de locomoción para el mayor recorrido, p. ej. en tranvía, motocicleta, bicicleta, a pie) a) En este mes b) El último invierno	
24 Para escolares (también 1ª enseñanza) y estudiantes: Dirección de la escuela, universidad, etc.	(localidad) (calle, N°.)

IV. Personas con examen final de estudios en Escuela de Artes y Oficios, Escuela Superior, Universidad, etc.

No se indicará la asistencia obligatoria a Escuelas de Ampliación de Estudios y Escuelas Profesionales con número reducido de horas de clase.

Nombre y apellido	¿Ha cursado sus estudios en una Escuela Profesional, Escuela Especial, Universidad u otra institución?	Nombre y dirección de la Escuela	Año del examen de fin de curso	Calificación	Asignatura principal (p. ej. derecho, maquinaria, química, mecánica, comercio, asistencia enfermos)
	Escuela de A. y O., Escuela Profesional <input type="checkbox"/> Universidad u otro centro de Enseñanza Superior <input type="checkbox"/>				

V. No le afecta a Vd.

VI. No le afecta a Vd.

VII. Industriales independientes, profesiones liberales y similares fuera de la agricultura.

Indíquese también caso de ocupación accesoria independiente.

Nombre y apellido	Ramo de la industria o comercio de la empresa propia, o arrendada, oficina, comercio, escritorio, etc.	Dirección (localidad, distrito, calle, N°.)	Personal empleado	
			en total (incl. propietario, jefe, miembros de la familia, copropietarios)	de estos, cuántos perciben un sueldo o salario (incl. aprendices, etc.)

VIII. Presentes temporalmente durante el censo, p.ej. personas en visita o huéspedes que normalmente no forman parte de la familia

Nombre y apellido	Situación respecto al jefe de familia	Día, mes y año de nacimiento	Motivo de la permanencia	Domicilio permanente (localidad, distrito, calle, N°.)

IX. No le afecta a Vd.

Doy mi palabra de honor que los datos registrados en este censo familiar son completos y exactos.

(firma del jefe de familia o su representante)

Polnisch

WYJAŚNIENIA DLA POLAKÓW

do pytań w kwestionariuszu dla gospodarstw domowych dla spisu ludności i zawodów w dniu 6 czerwca 1961 r.

Przy licznych pytaniach w kwestionariuszu gospodarstw domowych umieszczony jest kwadracik; w tym wypadku wystarczy umieścić krzyżyk w kwadraciku znajdującym się obok odpowiedniego pytania (☐)

Dla każdego gospodarstwa domowego należy wypełnić jeden kwestionariusz dla gospodarstw domowych!

O ile jedna osoba (także sublokator) mieszka i prowadzi sama gospodarstwo domowe, to uchodzi za samodzielne gospodarstwo domowe.

Wpisać należy wszystkie osoby, które należą do gospodarstwa domowego Państwa i to też, o ile w dniu spisu ludności nie są obecne, więc wszystkich członków rodziny i inne osoby, które mieszkają z Państwem w gospodarstwie domowym.

Proszę nie zapomnieć tych członków gospodarstwa domowego, którzy nie są obecni (np. z tego powodu, że wyjechali na odwiedzin lub na wakacje albo też na kurację, lub też znajdując się jako pacjenci w szpitalu itd.)

Poza tym proszę nie zapomnieć członków należących do gospodarstwa domowego, którzy dłuższy czas są nieobecni, bo ze względów zawodowych albo też ze względów szkoleniowych itd. w innej miejscowości mieszkają i tylko od czasu do czasu — np. na koniec tygodnia — wracają do ich gospodarstwa domowego.

Osoby, które w dniu spisu ludności przejściowo u Państwa przebywają np. goście, albo goście przejezdni, więc osoby, które poza tym nie należą do gospodarstwa domowego, wpisać należy w odcinku VIII kwestionariusza dla gospodarstw domowych.

Osoby posiadające więcej obywatelstw winne wpisać wszystkie posiadane obywatelstwa.

Osoby bezpaństwowe wpisują „bezpaństwowi“ („staatenlos“)

Osoby, których obywatelstwo nie jest wyjaśnione, winne wpisać „niewyjaśnione“ („ungeklärt“).

PYTANIA W KWESTIONARIUSZU DLA GOSPODARSTW DOMOWYCH

Nazwisko głowy gospodarstwa domowego: _____
(Nazwisko i imię)

Liczba osób należących do gospodarstwa domowego (włącznie z głową gospodarstwa domowego) ☐

Czy Pan(i) jest:

głównym lokatorem ☐

sublokaterem ☐

właścicielem mieszkania ☐

właścicielem domu, w którym Pan(i) mieszka ☐

Mieszkają jeszcze inne gospodarstwa domowe (np. sublokatorowie) w tym mieszkaniu? tak ☐ nie ☐

O ile tak, nazwisko głowy dalszego gospodarstwa domowego:

Drugie gospodarstwo domowe _____
(Nazwisko i imię)

Trzecie gospodarstwo domowe _____
(Nazwisko i imię)

I. Dane dotyczące osoby:	
1 Nazwisko (u kobiet także nazwisko panieńskie)	
Imię _____	pleć <input type="checkbox"/> męska <input type="checkbox"/> żeńska <input type="checkbox"/>
2 Stosunek do głowy gospodarstwa domowego (np. żona, syn, bratowa, pomoc domowa)	
3 Urodzony(a) dnia	dzień _____ miesiąc _____ rok _____
4 Stan	samotny <input type="checkbox"/> żonaty <input type="checkbox"/> wdowiec (a) <input type="checkbox"/> rozwiedziony (a) <input type="checkbox"/>
5 Tylko dla osób w stanie małżeńskim: W którym roku małżeństwo zostało zawarte?	

6 Wyznanie religijne (Podać należy np. ewangelicki kościół krajowy, ewangelicki wolny kościół, rzymsko-katolicki, nowoapostolski kościół, Świadkowie Jehowy)	
7 Obywatelstwo państwowe	
8 Tylko dla osób, które przesiedliły się po drugiej wojnie światowej do Niemieckiej Republiki Federalnej lub do Berlina (Zachód): a) Kiedy Pan(i) przesiedlił(a) się? rok	
b) Nie dotyczy	
9 Nie dotyczy	
10 Czy Pan(i) ma jeszcze gdzieś indziej dalsze mieszkanie np. umeblowany pokój, mieszkania lub inne pomieszczenie? O ile tak: a) dokładny adres tego dalszego mieszkania (gmina, powiat) (ulica i nr. domu)	tak <input type="checkbox"/> nie <input type="checkbox"/>
b) Czy Pan(i) stamtąd udaje się do miejsca pracy lub szkolenia?	tak <input type="checkbox"/> nie <input type="checkbox"/>
11 Tylko dla członków gospodarstwa domowego, którzy w czasie spisu są nieobecni (członkowie gospodarstwa domowego, którzy jako pacjenci znajdują się w szpitalach, nie uchodzą za nieobecnych). a) Powód nieobecności: czynność zawodowa, studium, kurs, urlop, odwiedzin lub inne powody? b) Rodzaj pomieszczenia na miejscu pobytu: np. pokój umeblowany, pensja (całodzienne utrzymanie i mieszkanie), hotel, dom dla uczniów, pomieszczenie dla robotników budowlanych, sanatorium, koszary, sztalet.	
12 Czy Pan(i) jest w jakikolwiek sposób zarobkowo czynny(a) lub wykonuje zawód, jako zajęcie główne albo tylko uboczne, lub też pomagając w przedsiębiorstwie rodzinnym	tak <input type="checkbox"/> nie <input type="checkbox"/>
13 Czy Pan(i) jest: (Proszę umieścić krzyżyk w pytaniach, które Pana(ią) dotyczą)	bezrobotny(a) <input type="checkbox"/> odbiorca renty, pensji lub wsparcia <input type="checkbox"/> gospodynią domową <input type="checkbox"/> ucznem/studentem <input type="checkbox"/>
14 Z jakiego źródła Pan(i) obecnie prze-ważająco pobiera środki utrzymania: (Tylko źródło przeważające proszę zaznaczyć albo wpisać na wolnej linii.) Pod „albo z jakich innych źródeł“ należy np. wpisać: emerytura, rentę dla pozostałych członków rodziny, wsparcie dla bezrobotnych, pomoc dla bezrobotnych, wsparcie z opieki społecznej, zaopatrzenie wojenne, dla wdów poległych, z własnego majątku, utrzymanie przez małżonka rozwiedzionego, rentę za straty w czasie wojny?	czynność zarobkowa/zawodowa <input type="checkbox"/> utrzymanie przez rodziców, męża, syna itd. <input type="checkbox"/> renta z ubezpieczenia społecznego <input type="checkbox"/> albo z jakich innych źródeł:

II. Dla zarobkowo lub zawodowo czynnych jako też dla bezrobotnych

Do osób zarobkowo lub zawodowo czynnych należą też uczniowie, poza tym członkowie gospodarstwa domowego, którzy współpracują w przedsiębiorstwie członka rodziny oraz osoby ubożnie zarobkowo czynne.

Bezrobotni bez czynności zawodowej w obecnej chwili winni na pytania od 15 do 20 odpowiedzieć na podstawie ostatniego miejsca pracy.

15 Nazwa firmy, pracodawcy, urzędu, sklepu, praktyki, własnego przedsiębiorstwa	
16 Gałąź (branża) przedsiębiorstwa, firmy, pracodawcy itd. (Dokładnie proszę podać: np. fabryka narzędzi rzemieślniczych, nie fabryka maszyn; huta żelaza, nie huta; sklep spożywczy, nie handel; szkoła powszechna, nie administracja szkolna; szpital, nie administracja miejska)	
17 Gdzie Pan(i) pracuje?	(gmina, powiat)
Adres miejsca pracy, ewentualnie oddziału (filii), miejsca budowy. Dla osób na statkach podać należy nazwę statku oraz port macierzysty.	(ulica i nr. domu)
18 Czynność /zawód wykonywany(a) na tym miejscu pracy. (Proszę dokładnie podać: np. robotnik magazynowy, robotnik budowlany pomocniczy, robotnik rolny, nie robotnik; stenotypistka, nie pracowniczka umysłowa kupiecka; księgarz, kupiec meblowy, nie kupiec)	
19 Czy czynność ta wykonywana jest w charakterze: robotnika, czeladnika, praktykanta, chałupnika, pracownika umysłowego; samodzielnie jako przemysłowiec domowy, albo współpracując w przedsiębiorstwie członka rodziny?	
20 Jak długo pracuje Pan(i) normalnie tygodniowo w tej czynności zawodowej?	poniżej 15 godzin <input type="checkbox"/>
Członkowie gospodarstwa domowego, pomagające w przedsiębiorstwie członka rodziny winni podać tylko czas przepracowany w przedsiębiorstwie a nie w własnym gospodarstwie domowym.	od 15—24 godzin <input type="checkbox"/>
	od 25—40 godzin <input type="checkbox"/>
	ponad 40 godzin <input type="checkbox"/>
21 Czy Pan(i) wykonuje jeszcze inne — rolnicze lub nierolnicze — prace?	czynność rolnicza <input type="checkbox"/>
Pod tym rozumie się każda czynność (także pomoc w przedsiębiorstwie członka rodziny), która wykonywana jest obecnie, choć też tylko czasowo, a nie jest już podana wyżej (pytania 15—20).	inna czynność <input type="checkbox"/>

III. Droga do miejsca pracy lub miejsca szkolenia, też droga do szkoły

Dotyczy osób zarobkowo czynnych u których mieszkanie i miejsce pracy nie znajdują się na tym samym gruncie, jako też uczniów i studentów.

22 Przeciętny czas potrzebny na drogę do miejsca pracy, szkoły wyższej itd. Dane dotyczące ostatniej zimy wpisać należy tylko wtedy, jeśli mieszkanie i miejsce pracy albo szkolenia zostały te same.	poniżej 15	15	30	45	1	powyżej 1 1/2
		d o				
		29	44	59	1 1/2	
		minut				godzin
a) W tym miesiącu dla drogi do pracy przeciętnie						
b) W ostatniej zimie dla drogi do pracy około						

23 Główny środek komunikacyjny, którego się używa

(Podać należy w jaki sposób normalnie odbywa się największą część drogi np. tramwajem, motocyklem, rowerem, pieszo.)

a) W tym miesiącu

b) W ostatniej zimie

24 Dla uczniów (też uczniów szkoły powszechnej, podstawowej) i studentów:

(gmina)

Adres szkoły, szkoły wyższej itd.

(ulica, nr. domu)

IV. Osoby z ukończoną szkołą zawodową, szkołą fachową, uniwersytetem lub inną szkołą wyższą

(Nie należy podać obowiązkowego uczęszczania do szkoły dokształcającej i zawodowej z małą liczbą godzin tygodniowo.)

Nazwisko i imię	Czy uczęszczał(a) Pan(i) do szkoły zawodowej, uniwersytetu lub innej szkoły wyższej?	Nazwa i adres tej szkoły	Rok egzaminu końcowego	Nazwa	Przedmiot główny (np. prawo, budowa maszyn, chemotechnika, przedmioty kupieckie, pielęgniarstwo)
	Szkoła zawodowa <input type="checkbox"/> Szkoła fachowa <input type="checkbox"/> Uniwersytet lub inna szkoła wyższa <input type="checkbox"/>				

V. Nie dotyczy Pana(ią)

VI. Nie dotyczy Pana(ią)

VII. Samodzielni przemysłowcy, osoby wykonujące wolne zawody i inni samodzielnie zarobkowo czynni poza rolnictwem

Też podać co do pracy ubocznej.

Nazwisko i imię	Gałąź	Adres (gmina, powiat, ulica i nr. domu)	Pracujące osoby	
			ogółem (włącznie z współpracującym właścicielem, kierownikiem, współpracującym członkiem rodziny)	Ile z tych osób jest robotnikami a ile pracownikami umysłowymi (włącznie z uczniami itp.)
	własnego lub dzierżawionego przedsiębiorstwa, biura, sklepu lub praktyki itd.			

VIII. Przejściowo obecne osoby

(W czasie spisu przejściowo obecni np. na odwiedzinach bawiące osoby albo goście, którzy normalnie nie należą do gospodarstwa domowego.)

Nazwisko i imię	Stosunek do głowy gospodarstwa domowego	Dzień, miesiąc i rok urodzenia	Powód obecności	Stale miejsce zamieszkania (Gmina, powiat, ulica i nr. domu)

IX. Nie dotyczy Pana(ią)

Zapewniam, że odpowiedzi w tym kwestionariuszu dla gospodarstw domowych udzielone zostały zupełnie zgodnie z prawdą.

(Podpis głowy gospodarstwa domowego lub jego zastępcy)

Griechisch

ΒΟΗΘΗΤΙΚΟΝ ΦΥΛΛΟΝ

διὰ τὴν Ἑλληνικὴν διὰ τὴν συμπληρώσιν τῶν ἐρωτήσεων εἰς τὸν Πίνακα οἰκοσκευῆς διὰ τὴν ἀπογραφὴν τοῦ πληθυσμοῦ καὶ τῶν ἐπαγγελματίων τῇ 6. Ιουνίου 1961.

Διὰ τὴν ἀπάντησιν πολλῶν ἐρωτήσεων εὐρίσκετε εἰς τὸν Πίνακα οἰκοσκευῆς τοποθετημένα μικρὰ τετραγώνια. Εἰς τὰς περιπτώσεις αὐτὰς ἀρκεῖ νὰ βάλητε, παραπλευρῶς τῆς ἐρωτήσεως, σημείον σταυροῦ εἰς τὸ τετράγωνον ἐάν ἡ ἀπάντησίς σας εἶναι καταφατική. ☐

Αὐτὴν καθεὶ οἰκοσκευῆ (νοικοκυρεῖ) δέον νὰ συμπληρωθῇ εἰς Πίναξ.

Ἐάν κατοικεῖ ἡ διατηρεῖται ἐν ἑαυτῷ μόνον (ὡς εἶναι καὶ ὑπενοικιαστής) θεωρεῖται ὡς ἰδίᾳ οἰκοσκευῆ.

Ἄν νὰ καταγράφητε ὅλα τὰ πρόσωπα ἀποτελοῦντα μέλη τῆς οἰκοσκευῆς σας καὶ μάλιστα ἐάν δὲν εἶναι παρόντες τὴν ἡμέραν τῆς ἀπογραφῆς, ἐπομένως ὅλα τὰ μέλη τῆς οἰκογενείας καὶ λοιπὰ πρόσωπα τὰ ὅποια κατοικοῦν μαζὺ εἰς τὴν οἰκοσκευὴν σας.

Μὴ λησμονεῖτε τὰ μέλη τῆς οἰκοσκευῆς, τὰ ὅποια ἀπονείμονται (π.χ. ἐπειδὴ εὐρίσκονται εἰς ταξιδίον ἐπισκέψεως, ἀδείας ἢ θεραπείας ἢ διαμένει ἐν ἀσθενίᾳ εἰς νοσοκομεῖον κ.τ.λ.)

Μὴ λησμονεῖτε ἐπίσης τὰ ἀπονείμονται διὰ περισσότερον καιρὸν μέλη τῆς οἰκοσκευῆς, ἅπαντα διὰ ἐπαγγελματικούς λόγους ἢ διὰ σπουδὰς κ.τ.λ. κατοικοῦν εἰς ἄλλον τόπον καὶ ἐπιστρέφον μόνον ἀπὸ καιροῦ εἰς καιρὸν, π.χ. τέλος τῆς ἐβδομάδος εἰς τὴν οἰκίαν σας.

Πρόσωπα διαμένοντα κατὰ τὴν ἡμέραν τῆς ἀπογραφῆς μόνον περαστικῶς εἰς αὐτὴν, π.χ. ἐπισκεπτάται ἢ φιλοξενούμενοι, οἱ ὅποιοι ἀλλίως δὲν εἶναι μέλη τῆς οἰκοσκευῆς σας, δέον νὰ καταγράφονται μόνον ὑπὸ Κεφαλ. VIII τοῦ Πίνακος οἰκοσκευῆς.

Πρόσωπα μὲ περισσοτέρας τῆς μιᾶς ὑπηκοότητος σημειώνουν ὅλας. Οἱ μὴ ἔχοντες ὑπηκοότητα σημειώνουν «ἀνεν ὑπηκοότητος», δηλαδή «STAATEN-LOS». Πρόσωπα, τῶν ὁποίων ἡ ὑπηκοότης εἶναι ἀσαφής, σημειώνουν ἀσαφῆς, δηλαδή «UNGEKLÄRT».

ΕΡΩΤΗΣΕΙΣ ΤΟΥ ΠΙΝΑΚΟΣ ΟΙΚΟΣΚΕΥΗΣ

Ἐπώνυμον τοῦ Ἀρχηγοῦ τῆς οἰκοσκευῆς

(μικρὸν ὄνομα)

Πόσα μέλη ἔχει ἡ οἰκοσκευὴ (συμπεριλαμβ. τοῦ Ἀρχηγοῦ);

Εἰσθε: Κύριος ἐνοικιαστής

☐

Ἐπεννοικιαστής

☐

Ἰδιοκτῆτης τῆς κατοικίας

☐

Ἰδιοκτῆτης τοῦ σπιτιοῦ, εἰς τὸ ὅποιον κατοικεῖτε

☐

Κατοικοῦν ἀκόμη ἄλλαι οἰκοσκευαὶ (π.χ. ὑπενοικιασταὶ) εἰς τὴν κατοικίαν;

ναί

☐

ὄχι

☐

Ἐάν ναί, ἐπώνυμον τῶν Ἀρχηγῶν τῶν ἄλλων οἰκοσκευῶν:

Δευτέρα οἰκοσκευή:

(ἐπώνυμον)

(μικρὸν ὄνομα)

Τρίτη οἰκοσκευή:

(ἐπώνυμον)

(μικρὸν ὄνομα)

I. Στοιχεῖα ταυτότητος

1 Ἐπώνυμον (Γυναῖκες σημειώνουν καὶ τὸ ἐπώνυμον γεννήσεως)

Μικρὸν ὄνομα

ἀρσεν.

☐

θηλ.

☐

2 Σχέσις μετὰ τὸν ἀρχηγὸν τῆς οἰκοσκευῆς (π.χ. σύζυγος, υἱός, γυναικαδέλφη, ὑπηρέτρια)

3 Γεννηθεὶς τῇ

ἡμέρᾳ

μην

ἔτος

4 Οἰκογεν. κατάστασις

ἄγαμος

☐

παν-

☐

χῆρος

☐

χορισμ.

☐

5 Μόνον διὰ πανδρευμένα πρόσωπα: Ποῖον ἔτος συνήφθη ὁ γάμος;

6 Θρησκεία (νὰ σημειωθῇ π.χ. εὐαγγελ.-λuther. (EV.-LUTH.), εὐαγγελ.-μεταρ. (EV.-REF.), ὁμ.-καθολ. (KATH.), ὁρθοδ. (ORTH.))	
7 Ὑπηκοότης	
8 Μόνον διὰ πρόσωπα ὅποια ἦλθαν μετὰ τὸ τέλος τοῦ πολέμου εἰς τὴν περιοχὴν τῆς σημερινῆς Ὀμοσπονδίας συμπεριλαμβ. τοῦ δυτικόν Βερολίνον:	
α) Πότε ἦλθατε;	ἔτος
β) Δέν σὰς ἀφορᾷ	
9 Δέν σὰς ἀφορᾷ	
10 Ἔχετε ἀκόμη ἄλλου περαιτέρω κατοικίαν, π.χ. ἐπιπλωμένον δομάτιον ὁλόκληρον κατοικίαν ἢ ἄλλον κατάλυμα;	ναί <input type="checkbox"/> ὄχι <input type="checkbox"/>
Ἐάν ναί:	
α) Ἀκριβῆς διενέθυνσις αὐτῆς τῆς περαιτέρω κατοικίας	κοινότης, ἐπαρχία
	ὁδός ἀριθμ.
β) Πηγαίνετε ἀπ' ἐκεῖ εἰς τὴν ἐργασίαν ἢ εἰς τὴν ἐκπαίδεισιν;	ναί <input type="checkbox"/> ὄχι <input type="checkbox"/>
11 Μόνον διὰ μέλη τῆς οἰκοσκευῆς ἀπονείμονται ἐν καιρῷ τῆς ἀπογραφῆς: (Μέλη εὐρισκόμενα ἀρροστα εἰς νοσοκομεῖον, περαστικῶς, δέν θεωροῦνται ὡς ἀπονείμονται)	
α) Αἰτία τῆς ἀπονείμσεως: ἐκπαίδευσις δι' ἐπάγγελμα, σπουδαί, κύκλος μαθημάτων, ἀδεία, ἐπίσκεψις ἢ ἄλλαι αἰτίαι;	
β) Εἶδος καταλύματος ἐκεῖ πού μένει: π.χ. ἐπιπλωμένον δομάτιον, κατοικία, οἰκοτροφεῖον, ξενοδοχεῖον, ἐργατοῦσιν, ἀναρρωτήριον, στρατιῶν, πλοῖον.	
12 Εἰσθε κατ' οἰονόηποτε τρόπον ἐργαζόμενος, ἐλευθέρως ἢ ἐπαγγελματικῶς, εἰς κύριον ἐπάγγελμα ἢ μόνον ἅμα τ' ἄλλῃ ἢ ὡς βοηθός εἰς οἰκογενειακὴν ἐπιχείρησιν;	ναί <input type="checkbox"/> ὄχι <input type="checkbox"/>
13 Εἰσθε:	ἄνεργος <input type="checkbox"/>
(Παρακαλῶ νὰ βάλητε τὸ σημείον σταυροῦ ὅπου δεῖ)	παραλήπτης οἰασθῆ- ποτε συντάξεως ἢ ἄλλον ἐπιδόματος
	οἰκοδόσπουνα <input type="checkbox"/>
	μαθητής, φοιτητής <input type="checkbox"/>
14 Ἀπὸ τί λαμβάνετε σήμερον κυρίως τὰ μέσα πρὸς τὸ ζῆν. (Μόνον τὴν κυρίαν πηγὴν νὰ καταγράφητε, ἢ διὰ σημείου σταυροῦ εἰς τὸ τετράγωνον ἢ εἰς τὴν ἀδειαν γράμμη.) Ὑπὸ τὸ «ODER WORAUS SONST» σημειώνετε π.χ.: σύνταξις, ἐπίδομα ἀνέργων, βοήθεια δι' ἀνέργων ἐπίδομα κοινων. ἀσφαλίσεως, ἐπίδομα ἀναπήρων ἢ χηρῶν πολέμου, ἰδία περυσία, ἀποζημίωσις διὰ ζημίας πολέμου.	Ἐπαγγελματικὴ ἢ ἐλευθέρως ἐργασία } <input type="checkbox"/> Διατροφή διὰ γονέων, συζύγον, υἱοῦ κ.τ.λ. } <input type="checkbox"/> Κοινων. ἀσφαλ. ἐπαλλήλων } <input type="checkbox"/> ἢ ἀπὸ τί ἄλλο:

II. Διά επαγγελματικώς ή ατεξουσώς επί κέρδους εργαζομένους και ανέργους.
Οί επαγγελματικώς εργαζομένοι συμπεριλαμβάνουν και μαθητευομένους και μέλη της οικοσκέυης, βοηθοί εις εργαστήριον ή κατάσταση ενός μέλους της οικογενείας, ως και πρόσωπα όποια εργάζονται άμα τύχη.
Άνεργοι άνευ εργασίας απαντούν εις τās ερωτήσεις 15 έως 20 σχετικώς με την τελευταίαν εργασίαν των.

15 Όνομα του οίκου, του εργοδότη, της υπηρέσας, του καταστήματος, της πρακτικής, του ιδίου εργαστηρίου.	
16 Κλάδος της επιχείρησης, του οίκου, του εργοδότη κ. τ. λ. (νά σημειωθῇ ακριβώς: εργοστάσιον μηχανῶν εργαλείων, όχι μόνον μηχανῶν, — εργαστήριον τήξεως σιδήρου, όχι μόνον εργαστήριον τήξεως, — λιανοπωλείον, όχι μόνον ἐμπόριον, δημοτικόν σχολεῖον, όχι διοικήσεις σχολείων).	
17 Πού εργάζεσθε; Διεύθυνσις του τόπου εργασίας, ἂν τύχη τοῦ ὑποκαστήματος, του τόπου οικοδομήσεως. Πρόσωπα ἐπὶ πλοίων σημειώνουν τὸ ὄνομα τοῦ πλοίου καὶ τὸν πάτριον λιμένα τοῦ πλοίου.	κοινότης ἐπαρχία ὁδός ἀριθμ.
18 Εἶδος εργασίας εἰς τὸν τόπον εργασίας, ἐπάγγελμα (νά σημειωθῇ ακριβώς: π. χ. εργάτης αποθήκης, βοηθητικὸς εργάτης οικοδομήσεως, όχι μόνον εργάτης, — δακτυλογράφος, όχι μόνον ἐμπορικὴ ὑπάλληλος, — βιβλιοπώλης, ἐπιπωλῆς, όχι μέλους μόνον ἐμπορος.	
19 Πῶς ἐξασκεῖτε τὴν ἐργασίαν αὐτήν: ὡς εργάτης, βοηθὸς χειροτεχνίτου, μαθητευόμενος, κατ' οἶκον εργάτης, ὑπάλληλος, ὡς ατεξουσὸς ἢ βοηθὸς εἰς ἐπιχείρησιν ενός μέλους τῆς οικογενείας σας.	
20 Πόσον καιρὸν ἐργάζεσθε τὴν ἐβδομάδα τακτικῶς εἰς τὴν ἐργασίαν αὐτήν; Μέλη τῆς οἰκοτροφῆς, βοηθοὶ εἰς ἐπιχείρησιν μέλους τῆς οικογενείας των, σημειώνουν μόνον τὴν διάρκειαν τῆς εργασίας εἰς αὐτήν καὶ ὅχι τὴν εἰς οἰκοτροφίαν των.	κάτω τῶν 15 ὥρων <input type="checkbox"/> 15 εἰς 24 ὥρας <input type="checkbox"/> 25 εἰς 40 ὥρας <input type="checkbox"/> ἄνω τῶν 40 ὥρων <input type="checkbox"/>
21 Ἐξασκεῖτε καὶ ἄλλον ἐπάγγελμα — ἀγρονομικὸν ἢ μὴ ἀγρονομικόν; Ἐννοεῖται κάθε δουλειά (ἐπίσης συνεργασία εἰς οἰκογενειακὴν ἐπιχείρησιν), τὴν ὅποیان κάνετε τώρα, ἂν καὶ μόνον τυχαίως, καὶ ἡ ὅποια δὲν ἔχει σημειωθῇ ἤδη ἀνωτέρω (ερωτήσεις 15 μέχρι 20).	ἀγρονομικὴ ἐργασία <input type="checkbox"/> ἄλλη ἐργασία <input type="checkbox"/>

III. Δρόμος εἰς τὸν τόπον εργασίας ἢ ἐκπαίδευσως, ἐπίσης δρόμος εἰς τὸ σχολεῖον.
Απάντησιν πρέπει νά δώσουν εργαζομένοι τῶν ὁποίων ἡ κατοικία καὶ ὁ τόπος εργασίας δὲν εὑρίσκονται εἰς τὸ ὅμοιον γήπεδον, ὡς καὶ μαθηταὶ καὶ φοιτηταί.

22 Μεσαία διάρκεια χρόνου τοῦ δρόμου εἰς τὸν τόπον εργασίας (ερώτησις 17), τὸ σχολεῖον (ερώτησις 24), τὸ πανεπιστήμιον κ. τ. λ. Σημειώσεις διὰ τὸν τελευταῖον χειμῶνα νά γίνουν μόνον ἐάν κατοικία καὶ τόπος ἐργασίας ἢ ἐκπαίδευσως ἔμειναν ὅπως τότε.	κάτω τῶν 15	15	30	45	1	ἄνω 1½
		ἔως				
		29	44	59	1½	
		λεπτά				ὥρας
α) Αὐτὸν τὸν μήνα διὰ τὸν δρόμον πρὸς τὰ ἐκεῖ, ἡμερησίως περῶν						
β) Τὸν περασμένον χειμῶνα διὰ τὸν δρόμον αὐτὸν, ἡμερησίως περῶν						

23 Τὸ κύριον μέσον συγκοινωνίας, ὅπερ μεταχειρίζεται τακτικῶς (νά σημειωθῇ πῶς διατρέχετε τὸ μεγαλύτερον μέρος τοῦ δρόμου, π. χ. μετὸ τράμ, μετὰ αυτοκινήτων ποδήλατον, μοτοσικλέττα, πεζός)	
α) αὐτὸν τὸν μήνα	
β) τὸν περασμένον χειμῶνα	
24 Διὰ μαθητὰς (καὶ δημοτικῶν σχολειῶν) καὶ φοιτητὰς: Διεύθυνσις τοῦ σχολείου, πανεπιστημίου κ. τ. λ.	κοινότης ὁδός ἀριθμ.

IV. Πρόσωπα μετὰ περαιωμένην ἐκπαίδευσιν εἰς ἐπαγγελματικὴν ἢ εἰδικὴν σχολήν, πανεπιστήμιον ἢ ἄλλην ἀνωτέραν σχολήν.
(Δέν εἶναι ἀναγκαῖον νά σημειωθῇ ἡ ὑποχρεωτικὴ ἐπίσκεψις συμπληρωματικῶν καὶ ἐπαγγελματικῶν σχολείων μετὰ ὀλίγας ἐβδομαδαίας ὥρας).

Ἐπώνυμον καὶ μικρὸν ὄνομα	Ἔχετε ἐπίσκεψθῇ ἐπαγγελματικὴν ἢ εἰδικὴν σχολήν, πανεπιστήμιον ἢ ἄλλην ἀνωτέραν σχολήν;	Όνομα καὶ Διεῖδ. τῆς σχολῆς	Ἔτος τῆς τελικῆς ἐξετάσεως	Χαρηκτηρισμός	Κύριος κλάδος (π. χ. νομικὴ ἐπιστήμη, μηχανολογία, χημο-τεχνικὴ ἐμπορικὰ, νοσηλεία)
Ἐπαγγελματικὴ σχολή, Εἰδικὴ σχολή	<input type="checkbox"/>				
	Πανεπιστήμιον ἢ ἄλλη ἀνωτέρα σχολή	<input type="checkbox"/>			

V. Δέν σὰς ἀφορᾷ.

VI. Δέν σὰς ἀφορᾷ.

VII. Ατεξουσὸι ἐπιχειρηματῆαι, εργαζομένοι εἰς ἐλεύθερον ἐπάγγελμα καὶ ἄλλοι ατεξουσὸς εργαζομένοι. (Καὶ ατεξουσὸιν παρέργον δέν νά καταγράφεται).

Ἐπώνυμον καὶ μικρὸν ὄνομα	Κλάδος τῆς ἰδίας ἢ ἐνοικιασμένης ἐπιχειρήσεως, γραφείου. καταστήματος, πρακτικῆς κ. τ. λ.	Διεύθυνσις (Κοινότης, ἐπαρχία, ὁδός, ἀριθμ.)	Ἐργαζομένα πρόσωπα	
			ἐν συνόλῳ, (συμπεριλαμβ. εργαζομένων ιδιοκτητῶν, διευθυντῶν, βοηθ. μελῶν οικογενείας)	Πόσοι ἐξ αὐτῶν εἶναι ἐπιμίσθιαι, ὑπάλληλοι ἢ εργάται (συμπεριλαμβ. μαθητευομένων καὶ τοιοῦτου εἶδους).

VIII. Περαιστικῶς παρόντες. — Πρόκειται περὶ ἐν καιρῷ τῆς ἀπογραφῆς περαιστικῶς παρόντες, π. χ. ἐπισκέπται ἢ φιλοξενούμενοι, οἵτινες τακτικῶς δέν εἶναι μέλη τοῦ νοικοκυριοῦ σας.

Ἐπώνυμον καὶ μικρὸν ὄνομα	Σχέσις μετὰ τὸν ἀρχηγόν τῆς οἰκοσκέυης	Ἡμέρα, μῆν, ἔτος, γεννήσεως	Αἰτία τῆς παρουσίας	Μόνιμος κατοικία (Κοινότης, ἐπαρχία, ὁδός, ἀριθμός)
---------------------------	--	-----------------------------	---------------------	---

IX. Δέν σὰς ἀφορᾷ.

Βεβαιῶ ὅτι αἱ δηλώσεις μου εἰς αὐτὸν τὸν Πίνακα οἰκοσκέυης εἶναι πληρεῖς καὶ ὀρθαί.

(Υπογραφή τοῦ ἀρχιγοῦ τῆς οἰκοσκέυης ἢ τοῦ ἀντικαταστάτου)

Land: _____
Regierungsbezirk: _____
Kreis: _____
Gemeinde: _____
Gemeindeteil: _____
(Ort, Wohnplatz, Stadtbezirk)
Straße und Haus-Nr.: _____
Zählbezirk Nr.: _____
Anstaltsliste Nr.: _____

ANSTALTSLISTE

VOLKS- UND BERUFS- ZÄHLUNG

am 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961.
Näheres siehe
Drucksache Nr. 12

Bitte füllen Sie die Anstaltsliste genau und vollständig aus. Alle Angaben dienen statistischen – nicht etwa steuerlichen – Zwecken. Nach den gesetzlichen Vorschriften sind alle Personen, die mit der Zählung zu tun haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet.
Halten Sie die ausgefüllten Erhebungsbogen rechtzeitig zum Abholen bereit. Sie erleichtern dem Zähler damit die Arbeit. Er ist ehrenamtlich tätig und muß viel Mühe aufwenden, um seine Aufgabe zu erfüllen.

Für welche Einrichtungen ist eine Anstaltsliste auszufüllen?

Die Anstaltsliste ist auszufüllen für öffentliche und private Einrichtungen, die der **gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung von Personen** dienen und damit die Erfüllung bestimmter Ziele auf sozialem, religiösem, gesundheitlichem, erzieherischem oder auf einem anderen Gebiet anstreben, also für:

Altersheime, Klöster, Waisenhäuser,
Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Sanatorien, sonstige Krankenanstalten,
Internate, Schülerheime, Lehrlingsheime, Erziehungsanstalten,
Strafanstalten,
Flüchtlingslager, Arbeiterunterkünfte, sonstige Massenunterkünfte,
Erholungsheime, Hotels und größere Beherbergungsbetriebe.

Welche Personen sind in die Anstaltsliste einzutragen?

Alle in der Anstalt ständig wohnenden, zum Personal oder zu den Insassen gehörenden Personen sind einschließlich ihrer auf dem Anstaltsgelände wohnenden Familienangehörigen in die Anstaltsliste einzutragen. Sie haben einen Einzelbogen bzw. eine Haushaltsliste auszufüllen.

Die Eintragungen sind getrennt vorzunehmen, und zwar:

In Abschnitt A der Anstaltsliste

Einzelpersonen – **Personal und Insassen** –, die keinen eigenen Haushalt führen; diese füllen **außerdem Einzelbogen** aus.

In Abschnitt B der Anstaltsliste

1. **Personal**, das innerhalb der Anstalt einen **eigenen Haushalt** führt und eine **eigene Wohnung bewohnt**, z. B. Anstaltsleiter mit Familie, Arzt, Pförtner, ferner Personal, das innerhalb der Anstalt einen eigenen Haushalt bildet, z. B. Ehepaar des Personals, das in der Anstalt lediglich ein Zimmer bewohnt.
2. **Insassen**, die in der Anstalt wohnen, dort aber einen **eigenen Haushalt** bilden, z. B. Flüchtlingsfamilien, wohnungslos Eingewiesene, Ehepaare, die in der Anstalt ein Zimmer oder eine Wohnung bewohnen.

Alle in Abschnitt B eingetragenen Personen füllen **außerdem Haushaltslisten** aus.

Die wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten Personen und Haushalte sind in den Abschnitten A und B bei der laufenden Nr. mit Rotstift anzukreuzen; die Gesamtzahlen sind in Abschnitt C nachzuweisen.

Personen, die sich zum Zeitpunkt der Zählung **nur vorübergehend** in der Anstalt aufhalten, z. B. Gäste, kürzere Zeit anwesende Patienten, deren Aufenthalt in der Anstalt bei der Meldebehörde **nicht** angemeldet ist, sind **nicht** in die Anstaltsliste einzutragen, mit Ausnahme der Personen, die **außerhalb dieser Anstalt keinen anderen Wohnraum haben**.

Für die zur Zeit der Zählung abwesenden Personen hat die Anstaltsleitung die Ausfüllung der Erhebungspapiere zu veranlassen.

Alle auf dem Anstaltsgelände befindlichen **Arbeitsstätten** sind in Abschnitt D der Anstaltsliste einzutragen, mit Ausnahme der überwiegend für den eigenen Bedarf arbeitenden anstalts-eigenen Arbeitsstätten.

Außerdem ist für die Anstalt selbst und für jede in Abschnitt D eingetragene weitere **Arbeitsstätte** ein **Arbeitsstättenbogen** auszufüllen.

Für jedes im Anstaltsgelände liegende bewohnte **Gebäude** ist auch eine **Gebäudeliste** auszufüllen.

Die unter A erwähnten Einzelbogen, die zu Abschnitt B gehörenden Haushaltslisten und die zu Abschnitt D gehörenden Arbeitsstättenbogen sowie die Gebäudelisten bitten wir in die Anstaltsliste einzulegen. Prüfen Sie bitte vorher, ob auf den Einzelbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Gebäudelisten auch alle Fragen beantwortet sind.

Anstaltsbezeichnung:

(Bei Bauarbeiterlagern
Angabe der Firma)

(z. B. Altersheim St. Georg, Umsiedlerlager III, Baubarracke der Hochbau AG,
Hotel Europäischer Hof)

Art und Zweckbestimmung:

(Genauere Angaben erbeten)

(z. B. Lehrlingsheim, Internat für Mädchen, Landesgefängnis, Kneippkuranstalt,
Hotel- und Gaststättenbetrieb)

Name des Eigentümers, Pächters, Leiters, des Vorstandes oder Ver- walters:

(Familienname) (Vorname) (Fernsprecher)

A. Verzeichnis der Einzelpersonen (Personal und Insassen),

Bitte zuerst alle **Einzelpersonen**, die zum Personal gehören, eintragen, dann alle Insassen, anschließend

Hier sind auch die Personen einzutragen, die

Bei den wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten

Für jede hier aufgeführte Person muß

[illegible]

die vorübergehend Anwesenden, die außerhalb dieser Anstalt keinen weiteren Wohnraum haben.
am Zählungstichtag vorübergehend abwesend sind.

auch ein Einzelbogen vorliegen

anstalt
, sind
:

[illegible]

✓

B. Verzeichnis des Personals und der Insassen, die innerhalb der Anstalt einen eigenen Haushalt bilden.

Hier sind alle Haushalte von Personen einzutragen, die in der Anstalt einen eigenen Haushalt bilden (z. B. Anstaltsleiter mit Familie, Arzt, Pförtner, Flüchtlingsfamilien, wohnungslos Eingewiesene, Ehepaare mit eigenem Zimmer).

Bei den wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten Haushalten ist die laufende Nr. mit **Rotstift** anzukreuzen.

Für jeden hier aufgeführten Haushalt muß eine eigene weiße Haushaltsliste vorliegen

[illegible]

C. Wie viele der in Abschnitt A eingetragenen Personen sind nur deshalb in der Anstalt untergebracht, weil sie keine Wohnung haben? Personen

Wie viele der in Abschnitt B eingetragenen Haushalte sind nur deshalb in der Anstalt untergebracht, weil sie keine Wohnung haben? Haushalte

Haben Sie auch alle wegen Wohnungsmangels in der Anstalt untergebrachten Personen und Haushalte in den Abschnitten A und B mit Rotstift angekreuzt?

D. Verzeichnis der Arbeitsstätten auf dem Anstaltsgelände

Hier sind einzutragen: 1. Alle anstaltseigenen selbständigen Arbeitsstätten, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeiten (z.B. Korbflechtereien in Blindenheimen, Wäschereien in Klöstern)

2. Alle nicht anstaltseigenen Arbeitsstätten (z.B. Kantinen, Verkaufsstände, Friseure)

3. Auch alle Insassen, die eine selbständige freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit ohne feste Arbeitsstätte ausüben.

Für jede hier aufgeführte Arbeitsstätte oder Person muß ein Arbeitsstättenbogen vorliegen. In jedem Fall muß für die Anstalt selbst ein Arbeitsstättenbogen vorliegen.

[illegible]

Dieser Anstaltsliste liegen bei:

..... grüne Einzelbogen für die Personen, die in Abschnitt A eingetragen sind.

weiße Haushaltslisten für die Haushalte, die in Abschnitt B eingetragen sind.

rosa Arbeitsstättenbogen für Arbeitsstätten oder Personen, die in Abschnitt D eingetragen sind.

..... gelbe Gebäudelisten für die im Anstaltsgelände liegenden bewohnten Gebäude. :

(Unterschrift des Eigentümers, Pächters, Leiters, Vorstandes,
Verwalters bzw. Vertreters)

Drucksache Nr. 3a

Volks- und Berufszählung
am 6. Juni 1961Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961.
Näheres siehe Drucksache Nr. 12

Einzelbogen zur Anstaltsliste

für alle in Anstalten lebenden Einzelpersonen,
die keinen eigenen Haushalt führen

Name und Anschrift der Anstalt:

Einzelbogen Nr.:
(Übereinstimmend mit der lfd. Nr. im
Abschnitt A der Anstaltsliste)

Zur Anstaltsliste Nr.:

Bitte vor dem Ausfüllen beachten!

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wo keine Kästchen vorgedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antwort aus oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (—).

Beachten Sie bitte die Erläuterungen im Merkblatt, auf die durch Ziffern im O verwiesen wird.

I. Angaben zur Person	
1 Familienname (bei Frauen auch Mädchenname)	
Vorname	männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/>
2 Gehören Sie zum Personal (z. B. Koch, Hausgehilfin) der Anstalt oder leben Sie als Insasse (z. B. Patient, Internatsschüler) in der Anstalt? Nur für Insassen: Seit wann sind Sie in der Anstalt?	Personal <input type="checkbox"/> Insasse <input type="checkbox"/> Monat, Jahr
3 Geboren am:	Tag, Monat, Jahr
4 Familienstand	ledig <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/>
5 Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahr wurde die Ehe geschlossen?	
6 Religion ① (Anzugeben ist z. B. ev. Landeskirche, ev. Freikirche, röm. kath., neupapstliche Kirche)	
7 Staatsangehörigkeit ②	
8 Nur ausfüllen, falls Sie nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) zugezogen sind: a) Wann sind Sie zugezogen? b) Lag der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin?	Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
9 Besitzen Sie einen Bundesvertriebenenausweis A oder B oder einen Bundesflüchtlingsausweis C? Für Personen, die im Ausweis ihres Vaters oder ihrer Mutter eingetragen sind, ist der Buchstabe des Ausweises ebenfalls anzukreuzen.	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>
10 Haben Sie noch anderswo weiteren Wohnraum, z. B. ein möbliertes Zimmer, eine Wohnung oder eine sonstige Unterkunft? Wenn ja: a) Genaue Anschrift dieses weiteren Wohnraums b) Gehen Sie von dort aus zur Arbeit oder zur Ausbildung?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.) ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
11 Für abwesende Personen: (Personen, die sich als Patienten vorübergehend in einem Krankenhaus befinden, gelten nicht als abwesend.) a) Grund der Abwesenheit: Berufsausübung, Wehrdienst, Studium, Lehrgang, Urlaub, Besuch oder welche sonstigen Gründe? b) Art der Unterkunft am Aufenthaltsort: z. B. möbliertes Zimmer, Wohnung, Pension, Hotel, Lehrlingsheim, Bauarbeiterlager, Sanatorium, Kaserne, Schiff.	
12 Sind Sie in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig, hauptberuflich oder nur nebenher, auch mithelfend im Familienbetrieb?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
13 Sind Sie: (Bitte kreuzen Sie die Antworten an, die für Sie zutreffen)	arbeitslos ③ <input type="checkbox"/> Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/> Schüler/Student <input type="checkbox"/>
14 Woraus beziehen Sie gegenwärtig überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt: ④ (Nur die überwiegende Unterhaltsquelle bitte ankreuzen oder in der freien Zeile eintragen) Unter „oder woraus sonst“ ist beispielsweise einzutragen: Ruhegehalt, Hinterbliebenenpension, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Fürsorgeunterstützung, KB-Rente, KB-Witwenrente, eigenes Vermögen, Unterhalt durch geschiedenen Ehemann, Kriegsschadenrente.	Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/> Unterhalt durch Eltern, Ehemann, Sohn usw. <input type="checkbox"/> Sozialversich.-Rente <input type="checkbox"/> oder woraus sonst:

Bitte die Rückseite auch ausfüllen!

Personen, die keine berufliche Tätigkeit ausüben und nicht in beruflicher Ausbildung stehen, brauchen die Fragen 15 bis 24 nicht auszufüllen.
Schüler und Studierende haben dagegen im Abschnitt III (Fragen 22 bis 24) Eintragungen vorzunehmen

II. Für Erwerbs- und Berufstätige sowie Arbeitslose

Zu den Erwerbs- und Berufstätigen gehören auch Lehrlinge, ferner solche Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, sowie Personen, die nebenher erwerbstätig sind.

Für Arbeitslose ohne gegenwärtige Tätigkeit sind die Fragen 15 bis 20 für die zuletzt ausgeübte Tätigkeit zu beantworten.

15 Name der Firma, des Arbeitgebers, der Dienststelle, des Geschäftes, der Praxis, des eigenen Betriebes	
16 Geschäftszweig (Branche) des Betriebes, der Firma, des Arbeitgebers usw. (Genau angeben: z.B. Werkzeugmaschinenfabrik, nicht Maschinenfabrik; Eisenhütte, nicht Hüttenwerk; Lebensmittel-Einzelhandel, nicht Handel; Volksschule, nicht Schulverwaltung; Krankenhaus, nicht Stadtverwaltung) ⑤	
17 Wo arbeiten Sie? Anschrift der Arbeitsstätte, gegebenenfalls der Filiale, der Baustelle ⑥. Für Personen auf Schiffen ist der Name des Schiffes und der Heimathafen anzugeben.	(Gemeinde, Kreis) (Straße, Haus-Nr.)
18 An dieser Arbeitsstätte ausgeübte Tätigkeit/Beruf (Genau angeben: z.B. Lagerarbeiter, Bauhilfsarbeiter, nicht Arbeiter; Stenotypistin, nicht kfm. Angestellte; Buchhändler, Möbelhändler, nicht Kaufmann) ⑦	
19 Wird diese Tätigkeit ausgeübt: als Arbeiter, Geselle, Lehrling, Heimarbeiter, Angestellter, Beamter (Amtsbezeichnung), als Selbständiger, Hausgewerbetreibender, Zwischenmeister oder als Mithelfender im Betrieb eines Familienangehörigen? ⑧	
20 Wie lange in der Woche arbeiten Sie normalerweise in dieser Tätigkeit? Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen, geben nur die für den Betrieb geleistete Arbeitszeit an.	unter 15 Stunden <input type="checkbox"/> 15-24 Stunden <input type="checkbox"/> 25-40 Stunden <input type="checkbox"/> über 40 Stunden <input type="checkbox"/>
21 Üben Sie noch eine weitere – landwirtschaftliche oder nichtlandwirtschaftliche – Tätigkeit aus? Gemeint ist jede Tätigkeit (auch Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen), die derzeit – auch wenn nur gelegentlich – ausgeübt wird und nicht schon oben (Fragen 15 bis 20) angegeben ist.	landwirtschaftliche Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Tätigkeit <input type="checkbox"/>

III. Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte, auch Schulweg ⑨

Zu beantworten für Erwerbstätige, bei denen sich Wohnung und Arbeitsstätte nicht auf dem gleichen Grundstück befinden, sowie für Schüler und Studierende.

22 Durchschnittlicher Zeitaufwand für den Hinweg zu der in Frage 17 angegebenen Arbeitsstätte oder der in Frage 24 angegebenen Schule, Hochschule usw. Eintragungen für den letzten Winter sind nur dann vorzunehmen, wenn Wohnung und Arbeits- oder Ausbildungsstätte die gleichen geblieben sind.	<table border="1"> <thead> <tr> <th>unter 15</th> <th>15 bis 29</th> <th>30 bis 44</th> <th>45 bis 59</th> <th>1 bis 1 1/2</th> <th>über 1 1/2</th> </tr> <tr> <th colspan="4">Minuten</th> <th colspan="2">Stunden</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	unter 15	15 bis 29	30 bis 44	45 bis 59	1 bis 1 1/2	über 1 1/2	Minuten				Stunden													
unter 15	15 bis 29	30 bis 44	45 bis 59	1 bis 1 1/2	über 1 1/2																				
Minuten				Stunden																					
a) in diesem Monat für den Hinweg täglich etwa																									
b) im letzten Winter für den Hinweg täglich etwa																									
23 Wichtigstes Verkehrsmittel, das normalerweise benutzt wird (Anzugeben ist, auf welche Weise in der Regel die größte Strecke des Weges zurückgelegt wird, z.B. mit Straßenbahn, Motorrad, Fahrrad, zu Fuß) ⑩	a) in diesem Monat b) im letzten Winter																								
24 Für Schüler (auch Volksschüler) und Studierende: Anschrift der Schule, Hochschule usw.	(Gemeinde) (Straße, Haus-Nr.)																								

IV. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule ⑪

Nicht anzugeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl

25 Haben Sie eine Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>
26 Name und Anschrift der Schule	
27 Jahr der Abschlußprüfung	
28 Bezeichnung der Abschlußprüfung	
29 Hauptfach (z.B. Rechtswissenschaft – Maschinenbau – Chemotechnik – Kaufmännische Fächer – Krankenpflege)	

V. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilversleppte des Zweiten Weltkrieges

30 Waren Sie: (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Kriegsgefangener ⑫ <input type="checkbox"/> Zivilinterner <input type="checkbox"/> Zivilversleppter <input type="checkbox"/>
31 Beginn und Beendigung des Gewahrsams (Monat, Jahr)	von 19..... bis 19.....
32 Gewahrsamsmacht ⑬	

Unterschrift:

Für alle in Anstalten lebenden Einzelpersonen

Eine **Volkszählung** ist eine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Bevölkerung. Sie ist erforderlich, um Angaben über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sowie über die Wirtschaftsverhältnisse zu erhalten. Solche Angaben werden von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft dringend benötigt. Die letzte derartige Zählung liegt über 10 Jahre zurück. Ihre Ergebnisse sind inzwischen zum größten Teil überholt.

Bitte tragen auch Sie durch Ihre verständnisvolle Mithilfe zum Gelingen der Volks- und Berufszählung bei.

Sollten Sie mit der einen oder anderen Frage im Einzelbogen und den Erläuterungen in diesem Merkblatt nicht zurechtkommen, so wenden Sie sich bitte an den Zähler. Er wird Ihnen gern behilflich sein, den Erhebungsbogen auszufüllen.

Es steht Ihnen frei, den Einzelbogen dem Zähler auch in einem verschlossenen Briefumschlag auszuhändigen, der erst durch die Zählungsdienststelle geöffnet werden darf. Auf dem Umschlag muß dann aber der Name deutlich angegeben sein.

Erläuterungen zu den mit ○ gekennzeichneten Fragen im Einzelbogen

- ① Zu Frage 6:
Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (= FK) angeben.
Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.
- ② Zu Frage 7:
Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben.
Staatenlose tragen „staatenlos“ ein.
Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.
- ③ Zu Frage 13:
Als arbeitslos gilt, wer im Zeitpunkt der Zählung nicht erwerbstätig ist, jedoch eine Arbeitsstelle oder Berufsausbildungsstelle sucht, unabhängig davon, ob er zu diesem Zeitpunkt beim Arbeitsamt als Arbeitsloser bzw. Arbeitssuchender registriert ist und Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezieht.
- ④ Zu Frage 14:
Als **Sozialversicherungsrente** gelten Bezüge aus der Rentenversicherung für Arbeiter (früher Invalidenversicherung), der Angestelltenversicherung und der Knappschaftsversicherung. Auf **eigenem Vermögen** beruht der Lebensunterhalt, wenn er z. B. aus der Verpachtung eines Geschäftes oder landwirtschaftlichen Betriebes, aus den Mieteinnahmen aus Hausbesitz, aus den Zinseinnahmen oder der Substanz eines Wertpapierbestandes oder den Auszahlungen aus einem Lebensversicherungsvertrag bestritten wird. **Zu den Einkünften aus eigenem Vermögen rechnen auch** solche aus einem Altenteil, unabhängig davon, ob sie mit einer Altershilfe für Landwirte verbunden sind.
- ⑤ Zu Frage 16:
Umfaßt die Firma, in der Sie beschäftigt sind, mehrere Betriebe oder Teilbetriebe, Filialen oder dgl., so ist der Geschäftszweig (Branche) des Betriebes anzugeben, in dem Sie tätig sind.
- ⑥ Zu Frage 17:
Wenn Sie in einer Filiale, auf einer Baustelle oder dgl. arbeiten, geben Sie bitte nicht die Anschrift der Firma, sondern die der tatsächlichen Arbeitsstätte an, also der Filiale, Baustelle usw., denn die Angaben werden u. a. zur Feststellung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt.
- ⑦ Zu Frage 18:
Tragen Sie bitte ein, welche Tätigkeit oder welchen Beruf Sie an der angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausüben, auch wenn diese Tätigkeit sich nicht mit einem früher erlernten und ausgeübten Beruf deckt.
Lehrlinge geben ihren Lehrberuf an.
- ⑧ Zu Frage 19:
Einzutragen ist auch Anlernling, Volontär oder Praktikant. Als **Mithelfende** gelten diejenigen Personen, die ohne Lohn oder Gehalt im Betrieb eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge entrichten. Personen, die im Betrieb eines Familienangehörigen in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht als mithelfende Familienangehörige, sondern als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge einzutragen.

⑨ Zu den Fragen 22 bis 24:

Wer an **mehreren Arbeitsstätten** tätig ist (z. B. Stundenbuchhalter, Putzfrau) sowie **Studierende** mit mehreren Ausbildungsstätten (z. B. Universität und Klinik), machen die Angaben für den Weg, den sie normalerweise täglich zuerst zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte zurücklegen. Für Personen mit ständig **wechselndem Arbeitsweg** (z. B. Vertreter, Reisende) sind keine Angaben zu machen. Für **Berufsschüler**, deren Erwerbstätigkeit in der Woche nur an einzelnen Tagen durch den Berufsschulbesuch unterbrochen wird, ist nur der Weg zur Arbeitsstätte anzugeben. Der Zeitaufwand für den Arbeitsweg ergibt sich aus der Zeit vom Verlassen des Hauses bis zum Betreten der Arbeitsstätte (Fabrik, Baubarracke, Geschäft, Büro) oder des Schul- bzw. Universitätsgebäudes.

⑩ Zu Frage 23:

Bei Verwendung verschiedener Verkehrsmittel ist das für die größte Entfernung (in km) benutzte anzugeben. Wird der größte Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, so ist anzugeben „zu Fuß“.

⑪ Zu Abschnitt IV:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Kinderpflegeschulen, Hauswirtschaftsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildende Anstalten, Krankenpflegeschulen. Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die zweite Eintragung in dem freien Raum unter der Frage 25 vorzunehmen.

⑫ Zu Abschnitt V:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch in der betreffenden Spalte als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

⑬ Zu Abschnitt V:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Gefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zubrachte, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

ANSTALTSLISTE

Bundeswehr

Land:

Bis zurückzusenden an Standortverwaltung in:

Bundeswehrunterkunft:

(Ort, Straße, Hausnummer)

Anstaltsliste Nr.

Dieser Anstaltsliste liegen ausgefüllte Einzelbogen bei.

Für jeden in einer Truppenunterkunft — nicht Wohnung — lebenden Bundeswehrangehörigen ist bei seiner Stammeinheit ein Einzelbogen zur Anstaltsliste (Bundeswehr) auszufüllen. Die Ausfüllung erfolgt grundsätzlich durch jeden Soldaten selbst im Rahmen einer gemeinsamen Unterichtsstunde.

VOLKS- UND BERUFS- ZÄHLUNG

am 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961.

Sonderregelungen:

1. Soldaten, die sich zum Zeitpunkt der Zählung nicht bei ihrer Stammeinheit aufhalten, z. B. weil sie zu einem Lehrgang abgeordnet sind oder im Lazarett liegen, werden dort gezählt, wo sie sich am Stichtag aufhalten.
Stammeinheit ist diejenige Einheit, bei welcher ein Soldat eine Stelle eines Stellenplanes oder eine Planstelle z. B. V. innehat.
2. Für Soldaten, die am Zählungstichtag beurlaubt oder vom Dienst befreit sind oder sich zu diesem Zeitpunkt auf Dienstreise befinden, ist von deren Stammeinheit ein Einzelbogen auszufüllen. Falls die Angaben nicht lückenlos gemacht werden können, ist die Ausfüllung erst nach Rückkehr des Soldaten, soweit diese innerhalb der Abgabefrist der Zählbogen liegt, vorzunehmen.

Zu 1 und 2:

Die nachstehend aufgeführten Beispiele sollen zur Klärung der Frage, wo ein Soldat im Zweifelsfalle zu zählen ist, dienen:

- a) Versetzung wird mit Wirkung vom 6. 6. 1961 ausgesprochen; Reisetage sind der 6. und 7. 6.; Eintreffen bei der neuen Einheit am 7. 6. 1961.
Der versetzte Soldat ist nach seinem Eintreffen bei der neuen Einheit zu zählen, da seine Versetzung dorthin bereits mit Wirkung vom Zählungstichtag ausgesprochen war.
 - b) Versetzung wird mit Wirkung vom 7. 6. 1961 ausgesprochen; Reisetage sind der 5. und 6. 6.; Eintreffen bei der neuen Einheit am 6. 6. 1961.
Der versetzte Soldat ist noch bei der abgebenden Einheit zu zählen, da er am Zählungstichtag noch zu dieser gehörte.
 - c) Ein Soldat befindet sich vom 2. bis 7. 6. 1961 auf einer Dienstreise. Er ist, unabhängig davon, wo er sich am 6. 6. 1961 aufhält, bei seiner Stammeinheit zu zählen.
3. Bei Soldaten, die sich am Zählungstichtag im Ausland aufhalten, ist folgende Gruppierung zu treffen:
 - a) Zur Dienstleistung (nicht Ausbildung) bei einer deutschen oder ausländischen Dienststelle mit Sitz im Ausland abgeordnete Soldaten (z. B. bei der NATO).
 - b) Zur Ausbildung bzw. auf Dienstreise im Ausland befindliche Soldaten.
 - c) Auf See befindliche Marineeinheiten.

Zu a) Diese Soldaten werden in der Volkszählung nicht erfaßt.

Zu b) Für diese Soldaten ist von der Stammeinheit ein Einzelbogen so vollständig wie möglich auszufüllen und mit den übrigen Bogen abzugeben.

Zu c) Bei den auf Fahrt befindlichen Marineeinheiten wird die Zählung der Schiffsbesatzungen bei ihrer Rückkehr in den Heimathafen nachgeholt, wenn das Schiff innerhalb von 6 Wochen nach dem Zählungstichtag, also bis zum 18.7. 1961, zurückkommt. Liegt die planmäßige Rückkehr nach diesem Termin, sind die Bogen sofort nach Erhalt an den nächsten erreichbaren Anlaufhafen des Schiffes oder des Schiffsverbandes zur Ausfüllung dort weiterzugeben. Dabei ist unverzügliche Rücksendung der ausgefüllten Bogen zu fordern.

Falls die Abreise zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem die Anstaltslisten den Dienststellen bereits vorliegen, ist die Ausfüllung noch vor dem Auslaufen vorzunehmen. Dies gilt nur, wenn die Rückkehr erst nach dem Zählungstichtag vorgesehen ist. Zwischen dem Ausfüllungstag und dem Zählungstichtag eintretende Änderungen — z. B. Überführung eines Soldaten in ein Lazarett an Land — sind vor Rückgabe der Zählpapiere an die Standortverwaltung (dies erfolgt in jedem Falle nach dem Zählungstichtag) zu berücksichtigen.

Weitere Einzelheiten sind den einschlägigen Erlassen des BMVtdg zur Volkszählung 1961 zu entnehmen.

Richtlinien für die Bestimmung des Wohnsitzes, Frage 4 des Einzelbogens für Soldaten

Zeit- und Berufssoldaten beantworten die Frage nach dem früheren Wohnsitz nicht.

Verheiratete Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung setzen, soweit sie nicht vor Eintritt in die Bundeswehr getrennt von ihrer Familie bzw. Ehefrau lebten, deren Wohnsitz ein.

Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, die im Zeitpunkt der Einberufung neben der elterlichen Wohnung noch eine weitere Wohnung am Arbeits- oder Ausbildungsort hatten, geben diese als ihre letzte Anschrift an, sofern sie sich dort nicht vor der Einberufung abgemeldet haben. Die bloße Mitteilung der Einberufung an die Meldebehörde ist nicht als Abmeldung anzusehen. Für den Fall der Abmeldung gilt die elterliche Wohnung als letzte Anschrift (Beispiele 1 und 2).

War im Zeitpunkt der Einberufung nur eine Wohnung vorhanden, ist diese immer als letzte Anschrift anzugeben (Beispiel 3).

Beispiele:

1. Ein Student, dessen Eltern in Konstanz wohnen, studierte in Tübingen und wohnte dort im Studenten-Wohnheim. Er unterbrach das Studium, um seinen Grundwehrdienst abzuleisten. Als „letzte Anschrift“ gilt:
 - a) für den Fall, daß er nach Beendigung des Grundwehrdienstes sein Studium in Tübingen wieder aufnehmen will und sich deshalb dort auch nicht abgemeldet hat: die Anschrift des Studenten-Wohnheimes in Tübingen;
 - b) sofern er jedoch sein Studium dann an einer anderen Universität fortsetzen will und sich daher abgemeldet hat: die Wohnungsanschrift der Eltern in Konstanz.
2. Ein Handwerker, der bei seinem Meister in Frankfurt zur Untermiete wohnte, wurde zum Grundwehrdienst einberufen. Seine Eltern wohnen in Bingen am Rhein. Als „letzte Anschrift“ gilt:
 - a) für den Fall, daß er nach Beendigung des Grundwehrdienstes wieder an den gleichen Arbeitsplatz zurückkehrt (auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bleibt der Arbeitsplatz erhalten) und sich deshalb dort auch nicht abgemeldet hat: die Anschrift seines Meisters;
 - b) sofern er jedoch vorhat, nach Beendigung des Grundwehrdienstes an einem anderen Ort Arbeit aufzunehmen oder z. B. eine Fachschule an einem anderen Ort zu besuchen und sich aus diesem Grunde in Frankfurt abgemeldet hat: die Wohnungsanschrift der Eltern in Bingen.
3. Ein Schlossergeselle (der weder Eltern noch andere Angehörige hat) wohnte in Düsseldorf zur Untermiete. Auf Grund seiner Einberufung zum Wehrdienst gab er sein Zimmer auf, um keine Miete zahlen zu müssen. In diesem Falle muß er trotz der Kündigung des Zimmers als seine „letzte Anschrift“ die Anschrift der Vermieterin angeben, bei der er zuletzt wohnhaft war.

.....
(Unterschrift und Dienstgrad des Einheitsführers)

.....
(Datum)

Volks- und Berufszählung

am 6. Juni 1961
Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961
Näheres siehe Drucksache Nr. 12

Einzelbogen zur Anstaltsliste
Bundeswehr

Standortverwaltung _____ Zur Anstaltsliste Nr. _____

Bitte vor dem Ausfüllen beachten!

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wo keine Kästchen vorgedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antworten aus, oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (-). Beachten Sie bitte die Erläuterungen, auf die durch Ziffern im ☐ verwiesen wird.

I. Angaben zur Person	
1. Familienname	
Vorname	
2. Geboren am:	_____ (3) Tag Monat Jahr
3. Familienstand	ledig <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/> (4)
4. Nur von Wehrpflichtigen im Grundwehrdienst und auf Wehrübung auszufüllen: Letzte Anschrift vor der Dienstaufnahme in der Bundeswehr (Anzugeben ist auch der Name des Haushaltsvorstandes bzw. des Vermieters, der Zimmervermieterin)	_____ (Gemeinde, Kreis) _____ (Straße, Haus-Nr.) bei: _____ (Name, Vorname)
5. Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahre wurde die Ehe geschlossen?	
6. Religion ① (Anzugeben ist z. B. ev. Landeskirche, ev. Freikirche, röm.-kath., neuapostolisch)	
7. Staatsangehörigkeit ②	deutsch / _____
8. Nur auszufüllen, falls Sie nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) gezogen sind: a) Wann sind Sie gezogen? b) Lag der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin?	_____ Jahr ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
9. Besitzen Sie einen Bundesvertriebenenausweis A oder B, oder einen Bundesflüchtlingsausweis C? Für Personen, die im Ausweis ihres Vaters oder ihrer Mutter eingetragen sind, ist der Buchstabe des Ausweises ebenfalls anzukreuzen.	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>
10. Für abwesende Personen: Grund der Abwesenheit:	Urlaub, Dienstbefreiung, } <input type="checkbox"/> Dienstreise im Inland Dienstreise bzw. Ausbildung } <input type="checkbox"/> im Ausland (11) sonstige Gründe _____
11. Nur von Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit auszufüllen, die sich am Zählungstichtag nicht bei ihrer Stammeinheit aufhalten (z. B. Teilnehmer an auswärtigen Lehrgängen)	Standort der Stammeinheit: _____ (Gemeinde, Kreis)
12. Sind Sie: (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Soldat im Grundwehrdienst } <input type="checkbox"/> auf Wehrübung (13) Zeit- / Berufssoldat <input type="checkbox"/>

Bitte die Rückseite auch ausfüllen!

II. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule ③
 Nicht anzugeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl.

(IV)

13. Haben Sie eine Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule }
14. Name und Anschrift der Schule	
15. Jahr der Abschlußprüfung	
16. Bezeichnung der Abschlußprüfung	
17. Hauptfach (z. B. Rechtswissenschaft – Maschinenbau – Chemotechnik – Kaufmännische Fächer – Krankenpflege)	

III. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

(IX)

18. Waren Sie:	Kriegsgefangener ④ <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>
(Zutreffendes bitte ankreuzen)	
19. Beginn und Beendigung des Gewahrsams (Monat, Jahr)	von 19..... bis 19.....
20. Gewahrsamsmacht ⑤	

(Unterschrift)

Erläuterungen zu vorstehenden Fragen

- ① Zu Frage 6:

Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (=FK) angeben. – Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.
- ② Zu Frage 7:

Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben. Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.
- ③ Zu Abschnitt II:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Chemieschulen.
 Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildende Anstalten, Krankenpflegeschulen.
 Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die zweite Eintragung in dem freien Raum unter der Frage 13 vorzunehmen.
- ④ Zu Frage 18:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch bei der Frage 19 als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.
- ⑤ Zu Frage 20:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Gefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zubrachte, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

ANSTALTSLISTE

Bundesgrenzschutz

Land:

Bis zurücksenden an GSV-Stelle in:

Grenzschutzunterkunft:

.....
(Ort, Straße, Hausnummer)

Anstaltsliste Nr.

Dieser Anstaltsliste liegen ausgefüllte Einzelbogen bei.

VOLKS- UND BERUFS- ZÄHLUNG am 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961

Sonderregelungen:

1. Polizeivollzugsbeamte, die sich zum Zeitpunkt der Zählung nicht bei ihrer Stammdienststelle aufhalten, z. B. weil sie zu einem Lehrgang bei den GS-Schulen oder in eine andere GS-Unterkunft abgeordnet sind oder in einer Krankenabteilung liegen, werden bei der Stammdienststelle gezählt. Die Beamten empfangen den Einzelbogen von der Dienststelle, bei der sie sich am Stichtag aufhalten und senden ihn auf dem Dienstwege an die Stammdienststelle. Die Beschäftigungsdienststelle hat die Vordrucke anzufordern, zu verteilen und ist für die Absendung an die Stammdienststelle verantwortlich.

Stammdienststelle ist diejenige Einheit (Dienststelle), bei der ein Polizeivollzugsbeamter eine Planstelle innehat.

2. Polizeivollzugsbeamte, die zu Dienststellen, Lehrgängen usw. (z. B. Grenzschutzeinzeldienst) **außerhalb von GS-Unterkünften** abgeordnet sind, werden an ihrem Aufenthaltsort gezählt.
3. Für Polizeivollzugsbeamte, die am Zählungstichtag beurlaubt oder vom Dienst befreit sind oder sich zu diesem Zeitpunkt auf Dienstreise befinden, ist von deren Stammeinheit ein Einzelbogen auszufüllen. Falls die Angaben nicht lückenlos gemacht werden können, ist die Ausfüllung erst nach Rückkehr des Beamten, soweit diese innerhalb der Abgabefrist der Zählbogen liegt, vorzunehmen.

Zu 1 bis 3:

Die nachstehend aufgeführten Beispiele sollen zur Klärung der Frage, wo ein Beamter im Zweifelsfalle zu zählen ist, dienen:

- a) Versetzung wird mit Wirkung vom 6. 6. 1961 ausgesprochen; Reisetage sind der 6. und 7. 6.; Eintreffen bei der neuen Einheit am 7. 6. 1961.

Der versetzte Beamte ist nach seinem Eintreffen bei der neuen Einheit zu zählen, da seine Versetzung dorthin bereits mit Wirkung vom Zählungstichtag ausgesprochen war.

- b) Versetzung wird mit Wirkung vom 7. 6. 1961 ausgesprochen; Reisetage sind der 5. und 6. 6.; Eintreffen bei der neuen Einheit am 6. 6. 1961.
Der versetzte Beamte ist noch bei der abgebenden Einheit zu zählen, da er am Zählungstichtag noch zu dieser gehörte.
- c) Ein Beamter befindet sich vom 2. bis 18. 6. 1961 auf einer Dienstreise. Er ist, unabhängig davon, wo er sich am 6. 6. 1961 aufhält, bei seiner Stammeinheit zu zählen.
4. Bei Beamten, die sich am Zählungstichtag im Ausland aufhalten, ist von der Stammeinheit ein Einzelbogen so vollständig wie möglich auszufüllen und mit den übrigen Bogen abzugeben.

Weitere Einzelheiten sind den einschlägigen Erlassen des Bundesministers des Innern zur Volkszählung 1961 zu entnehmen.

.....
(Unterschrift und Dienstgrad des Einheitsführers)

.....
(Datum)

Volks- und Berufszählung

am 6. Juni 1961
Rechtsgrundlage:
Volkszählungsgesetz 1961
Näheres siehe Drucksache Nr. 12

Einzelbogen zur Anstaltsliste
Bundesgrenzschutz

Grenzschutzverwaltungsstelle Zur Anstaltsliste Nr.

Bitte vor dem Ausfüllen beachten!

Kreuzen Sie bei den Fragen, für die Antworten vorgedruckt sind, das zutreffende Kästchen ☒ an. Wo keine Kästchen vorgedruckt sind, schreiben Sie bitte die Antwort aus, oder, wenn die Frage für Sie nicht zutrifft, machen Sie einfach einen Strich (-). Beachten Sie bitte die Erläuterungen, auf die durch Ziffern im ☐ verwiesen wird.

I. Angaben zur Person	
1. Familienname	
Vorname	
2. Geboren am: (3) Tag Monat Jahr
3. Familienstand	ledig <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/> (4)
4. Nur für verheiratete Personen: In welchem Jahre wurde die Ehe geschlossen?	
5. Religion ① (Anzugeben ist z. B. ev. Landeskirche, ev. Freikirche, röm.-kath., neuapostolisch)	(6)
6. Staatsangehörigkeit ②	deutsch / (7)
7. Nur auszufüllen, falls Sie nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) zugezogen sind: a) Wann sind Sie zugezogen? (8) Jahr
b) Lag der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
8. Besitzen Sie einen Bundesvertriebenenausweis A oder B, oder einen Bundesflüchtlings- ausweis C? Für Personen, die im Ausweis ihres Vaters oder ihrer Mutter eingetragen sind, ist der Buchstabe des Ausweises ebenfalls anzukreuzen.	A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/> (9)
9. Für abwesende Personen: Grund der Abwesenheit:	Urlaub, Dienstbefreiung, } <input type="checkbox"/> Dienstreise im Inland Dienstreise im Ausland <input type="checkbox"/> (11) sonstige Gründe
10. Nur von Beamten auszufüllen, die sich am Zählungs- stichtag nicht bei ihrer Stammeinheit aufhalten (z. B. Teilnehmer an auswärtigen Lehrgängen) Standort der Stammeinheit: (Gemeinde, Kreis)

Bitte die Rückseite auch ausfüllen!

II. Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder anderen Hochschule.③
 Nicht anzugeben ist der pflichtmäßige Besuch von Fortbildungsschulen und Berufsschulen mit geringer Wochenstundenzahl sowie der Besuch von Grenzschutzfachschulen

(IV)

11. Haben Sie eine Berufsfach- oder Fachschule, Universität oder andere Hochschule besucht?	Berufsfachschule } <input type="checkbox"/> Fachschule } <input type="checkbox"/> Universität } <input type="checkbox"/> andere Hochschule } <input type="checkbox"/>
12. Name und Anschrift der Schule	
13. Jahr der Abschlußprüfung	
14. Bezeichnung der Abschlußprüfung	
15. Hauptfach (z. B. Rechtswissenschaft – Maschinenbau – Chemotechnik – Kaufmännische Fächer – Krankenpflege)	

III. Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

(IX)

16. Waren Sie: (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Kriegsgefangener ④ <input type="checkbox"/> Zivilinternierter <input type="checkbox"/> Zivilverschleppter <input type="checkbox"/>
17. Beginn und Beendigung des Gewahrsams (Monat, Jahr)	von 19..... bis 19.....
18. Gewahrsamsmacht ⑤	

.....
 (Unterschrift)

Erläuterungen zu vorstehenden Fragen

① Zu Frage 5:

Geben Sie bitte die genaue Bezeichnung der Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft an, der Sie rechtlich zugehören. Besteht bei evangelischem Bekenntnis Zugehörigkeit zu einer Freikirche, bitte zusätzlich Freikirche (= FK) angeben. – Falls Sie keiner Kirche, Religionsgesellschaft usw. angehören, bitte „keine“ eintragen.

② Zu Frage 6:

Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Personen, die die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen auch die fremde Staatsangehörigkeit angeben. Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, tragen „ungeklärt“ ein.

③ Zu Abschnitt II:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die a) freiwillig, b) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren, c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden, z. B. Handelsschulen, Chemieschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die a) freiwillig, b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung, c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre, d) mit Vollunterricht von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden, z. B. Bauschulen, Ingenieurschulen, Technikerschulen, Meisterschulen, Lehrerbildende Anstalten, Krankenpflegesschulen.

Haben Sie an einer der genannten Schularten mehr als eine Ausbildung abgeschlossen, so geben Sie bitte auch diese zusätzlich abgeschlossene Ausbildung an. Der Einfachheit halber bitten wir Sie, die zweite Eintragung in dem freien Raum unter der Frage 11 vorzunehmen.

④ Zu Frage 18:

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeitpunkt muß dann auch bei der Frage 17 als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

⑤ Zu Frage 18:

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Gefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft zubrachte, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Arbeitsstättenbogen 1961

Dieser Abschnitt wird im Stat. Landesamt ausgefüllt!

Reg.-Bez. / Kreis		2 — 4	Lfd. Nr.		9 — 12
Gemeinde		5 — 7	ÖE-Kl.		13 — 17
Gem. Gr.-Kl.		8	Unt-Kl.		18 — 22

Land: _____

Reg.-Bez.: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____

Straße u. Haus-Nr.: _____

Zählbezirk Nr.: _____

Gebäudeliste Nr.: _____

Arbeitsstättenbogen Nr.: _____

Rechtsgrundlage: Volkszählungsgesetz 1961. Näheres siehe Drucksache 12.

Bitte an den mit ○ gekennzeichneten Stellen die Erläuterungen auf Seite 4 beachten!

Ein Arbeitsstättenbogen ist für alle nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten ① auszufüllen, in denen regelmäßig mindestens eine Person ② erwerbstätig ist, also für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jedes Büro, jede Behörde, jede Praxis, jede Werkstatt u. dgl., auch für ständig bemannte Schiffe. Baustellen gelten dagegen nicht als besondere Arbeitsstätten.

Keinen Arbeitsstättenbogen erhalten grundsätzlich die Betriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie die Betriebe der Binnenfischerei (Fluß- und Seenfischerei). Ausnahmen hierzu vgl. Erläuterung ③

Behörden, Anstalten und Einrichtungen des öffentlichen Rechts ④ sowie Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbscharakter ⑤ beantworten nur die mit ► gekennzeichneten Fragen.

A Allgemeine Angaben über die Arbeitsstätte, für welche dieser Fragebogen ausgefüllt wird.

► 1. Vollständige Anschrift — Name, Bezeichnung (gegebenenfalls Stempel) — der Arbeitsstätte: _____

Gemeinde: _____, Straße u. Haus-Nr.: _____

► 2. Bei Anstalten oder Einrichtungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie von kirchlichen, religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen bitte den Träger angeben, soweit er nicht aus der Anschrift unter A 1 erkennbar ist ⑥ _____

B Kennzeichnung der Arbeitsstätte

► 1. Genaue Bezeichnung des betriebenen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes: _____

2. Bezeichnung der hauptsächlichen

a) gewonnenen und erzeugten Güter oder hergestellten Waren: ⑦ _____

b) reparierten Waren: ⑦ _____

c) im Großhandel gehandelten Waren: ⑦ _____

d) im Einzelhandel gehandelten Waren: ⑦ _____

e) vermittelten Waren und vermittelten Leistungen: ⑧ _____

f) Transportleistungen für andere: ⑨ _____

g) sonstigen Tätigkeiten, auch Dienstleistungen: ⑩ _____

Bitte in jeder Zeile die jeweils wichtigste Ware oder Leistung unterstreichen!

3. Falls Sie in mehreren der Zeilen 2a) — g) Angaben gemacht haben, welche Tätigkeit überwiegt? (wirtschaftlicher Schwerpunkt): _____

- Zutreffendes ankreuzen ☒
4. Meldet der Betrieb zur Industrie- oder Bauberichterstattung (monatlich oder jährlich)? ja ☐ nein ☐
5. Gehört der Betrieb der Industrie- und Handelskammer an? ja ☐ nein ☐
6. a) Ist der Inhaber in der Handwerksrolle eingetragen? ja ☐ nein ☐
- b) Wenn 6a) bejaht, gilt die Eintragung nur für einen handwerklichen **Nebenbetrieb** im Sinne der Handwerksordnung? ja ☐ nein ☐
7. a) Sind Sie Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibender? ja ☐ nein ☐
- b) Liegen für Sie beim Auftraggeber Entgeltbücher (Entgeltzettel, Arbeitszettel) gem. § 9 des Heimarbeitergesetzes vom 14. 3. 1951 vor? ja ☐ nein ☐
- c) Leiten Sie diese Arbeitsstätte als Zwischenmeister? ja ☐ nein ☐

Nicht ausfüllen!

HaRo	23
Heim	24
Zwi	25
GKLÖ	26—27
GKLU	28—29
EHZ	30
Rf	31
VS	32

C Beschäftigte Personen dieser Arbeitsstätte (einschl. Inhaber)

am Stichtag

Bitte vergessen Sie nicht, hier auch sich selbst (wenn tätiger Inhaber) sowie vorübergehend Erkrankte und Urlauber mitzuzählen ⑪

1. Tätige Inhaber der Arbeitsstätte
2. In der Arbeitsstätte mithelfende Familienangehörige ⑬
- 3. Beamte (im öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis)
- 4. Angestellte (ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre) ⑭
- 5. Arbeiter (einschl. Gesellen, ohne Lehrlinge und ohne Heimarbeiter)
- 6. Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre
- 7. Beschäftigte insgesamt (Summe 1—6)

Zahl der beschäftigten Personen (Voll- und Teilbeschäftigte) ⑫			von den links angegebenen Personen sind Teilbeschäftigte ⑫		
männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	
1	2	3	4	5	
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					76
33 — 36					

D Einzige Arbeitsstätte, Haupt- oder Zweigniederlassung

Zutreffendes ankreuzen ☒

1. Besteht die Firma (oder Unternehmen, Praxis u. dgl.) **nur** aus dieser **einzigen** Arbeitsstätte (Betrieb, Büro oder dgl.)? ja ☐ nein ☐
2. Wenn nein:
- a) Ist diese Arbeitsstätte die **Hauptniederlassung** ⑮ der Firma (des Unternehmens, der Praxis u. dgl.), zu der noch andere Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen) ⑯ gehören? ja ☐ nein ☐
- b) Oder ist diese Arbeitsstätte selbst eine **Zweigniederlassung**? ⑯ ja ☐ nein ☐
3. Wenn die Arbeitsstätte **Hauptniederlassung** (also Frage 2a bejaht) ist:
- a) Bitte alle **Zweigniederlassungen** ⑯ des Unternehmens hierunter einzeln angeben:

Nicht ausfüllen!

Land	Gruppe

Bezeichnung der Zweigniederlassungen usw.	Land	Gemeinde ⑰	Angabe des betriebenen Gewerbes ⑱	Zahl der Beschäftigten (ohne Heimarbeiter)

Angaben für weitere Zweigniederlassungen bitte nach vorstehendem Schema auf einer Anlage machen

Zus.:

Nicht ausfüllen!

36	37	38	39	40
----	----	----	----	----

- b) welchen wirtschaftlichen Schwerpunkt (hauptsächlichen Geschäftszweig) hat das gesamte Unternehmen (die gesamte Firma)? ⑲

4. Wenn die Arbeitsstätte selbst eine **Zweigniederlassung** usw. ⑲ (also Frage 2b bejaht) ist, dann bitte hier genaue Anschrift der Hauptniederlassung und den Geschäftszweig des Unternehmens (der Firma) angeben:

Firma: Geschäftszweig: ⑲

Land: Gemeinde: Straße u. Haus-Nr.:

E **Rechtsform** (nur am Hauptsitz des Unternehmens oder von Selbständigen auszufüllen, nicht dagegen von Zweigniederlassungen)

Zutreffendes ankreuzen ☒

1. Nur 1 Person als Inhaber ☐
2. mehrere Personen als Inhaber, jedoch nicht in einer der unter 3—8 genannten Gesellschaftsformen ☐
3. offene Handelsgesellschaft ☐
4. Kommanditgesellschaft ☐
5. Gesellschaft mit beschränkter Haftung ☐
6. Akt.-Gesellschaft bzw. KG auf Aktien ☐
7. eingetragene Genossenschaft ☐
8. sonstige private Rechtsformen (z. B. eingetr. bzw. nichteingetragener Verein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, bergrechtl. Gewerkschaft usw.). Zutreffendes unterstreichen bzw. hier eintragen:
9. wirtschaftliche Unternehmen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts, soweit sie nicht unter einer der bei 1—8 aufgeführten privaten Rechtsformen betrieben werden ⁽⁹⁾

F **Ermittlung der Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen** (nur am Hauptsitz des Unternehmens oder von Selbständigen in freien Berufen usw. auszufüllen, nicht dagegen von Zweigniederlassungen)

Diese Fragen sind von allen Unternehmen zu beantworten, auch wenn sie keine Unternehmen von Vertriebenen oder Flüchtlingen sind!

Zutreffendes ankreuzen ☒

1. Besitzt der Inhaber des unter E 1 gekennzeichneten Unternehmens einen Bundesvertriebenenausweis (A oder B) oder einen Bundesflüchtlingsausweis (C)? ☐ ja ☐ nein
2. Sind mindestens 50 vH des Kapitals des unter E 2—8 gekennzeichneten Unternehmens in Händen von Personen, die einen Bundesvertriebenenausweis (A oder B) oder einen Bundesflüchtlingsausweis (C) besitzen? ☐ ja ☐ nein
3. Wenn 1 oder 2 bejaht, welche Ausweisart liegt vor? ☐ A/B ☐ C
- (Wenn beide Ausweisarten vorliegen, nur die überwiegende ankreuzen!)

G **Transportmittel und Verkehrseinrichtungen**

Anzugeben sind die in der Arbeitsstätte eingesetzten eigenen und angemieteten Fahrzeuge, einschl. der in Reparatur befindlichen und vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge, doch ausschl. der vermieteten.

1. Zahl der Kraftfahrzeuge, -anhänger und Gespannfahrzeuge am Stichtag:

Personenkraftwagen (einschl. Krankenkraftwagen) Omnibusse, Obusse Sattelzugmaschinen

Kombinationskraftwagen Anhänger zur Personenbeförderung Sonstige Zugmaschinen

Krafträder (einschl. Motorroller) Lastkraftwagen, Lieferwagen (einschl. solcher mit Spezialaufbau) Anhänger zur Güterbeförderung (einschl. solcher mit Spezialaufbau)

Mopeds Sonderkraftfahrzeuge (z. B. f. Feuerwehr, Straßenreinigung, z. Abschleppen usw.) Gespannfahrzeuge

2. Wenn noch andere Fahrzeuge und Verkehrseinrichtungen der nachstehenden Arten am Stichtag vorhanden sind, bitte diese ankreuzen:

Schienenfahrzeuge zur Pers.-Bef. ☐ Luftfahrzeuge ☐ Umschlagseinrichtungen für den Schiffsverkehr (Kräne, Elevatoren usw.) ☐

Schienenfahrzeuge zur Güterbef. ☐ Überlandschwebbahnen zur Güterbeförderung ☐ Laderampen für den Kraftfahrzeugverkehr ☐

Seeschiffe ☐ Anschlußgleise ☐ Umschlagslager ☐

Binnenschiffe ☐ Hafenanlagen ☐

3. Werden Personen oder Güter für andere gegen Entgelt befördert? ☐ ja ☐ nein

Diese Kästchen werden im Stat. Landesamt ausgefüllt!

Ö E Klasse	Ö E Besch.	E H Z	Unt Klasse	Unt Besch.
------------	------------	-------	------------	------------

Ich versichere, daß ich die Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet habe.

Ort und Datum

Straße und Hausnummer der Arbeitsstätte

Stempel und Unterschrift

Erläuterungen siehe Rückseite

— 251 —

Erläuterungen

- ① Die Arbeitsstättenzählung erfaßt u. a.: Industrie, Handwerk, Hausgewerbe, Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr einschl. Privatbahnen (Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt), auch ständig bemannte Schiffe.
Behörden, öffentl.-rechtl. Verwaltungen sowie deren Anstalten, Einrichtungen, wirtschaftl. Werke und Betriebe; Büros, auch von Verbänden, Vereinen usw. (bei Betriebs-, Büro- und Ladengemeinschaften ist für jede der zur Gemeinschaft gehörenden Parteien ein besonderer Bogen auszufüllen).
Selbständige Angehörige freier Berufe (z. B. Künstler, Schriftsteller, Ärzte u. Rechtsanwälte mit eig. Praxis, Steuerberater, Hebammen, Hausschneiderinnen).
Hochsee- und Küstenfischerei. Die nicht an eine feste Arbeitsstätte gebundenen Gewerbe (z. B. Schausteller, Straßenhändler).
- ② Dies gilt auch, wenn eine Person nur **nebenberuflich**, nicht dagegen nur ehrenamtlich tätig ist.
- ③ Für solche Betriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als **Gewerbebetriebe** gelten, ist jedoch auch ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Dazu gehören z. B.:
a) Betriebe der **gewerblichen Gärtnerei** (Einrichtung und Pflege gärtnerischer Anlagen) sowie Betriebe der gewerblichen **Tierhaltung** jeder Art (z. B. Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Hundezüchtereien und dgl.);
b) **Dienstleistungsbetriebe** für die Land- und Forstwirtschaft (z. B. Betriebe der Lohndrescherei, der Lohnpflügerei, der Saatgutreinigung oder -beizung, der Schädlingsbekämpfung, Schafschurbetriebe und dgl.);
c) Sonstige **gewerbliche** Betriebe in der Hand von Personen, die auch Inhaber eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes sind.
Nicht zu erfassen sind Betriebe gewerblicher bzw. handwerklicher Art, die bei der Besteuerung als **Nebenbetriebe** oder **Hilfsbetriebe** der Land- und Forstwirtschaft angesehen werden.
- ④ Hierzu gehören u. a. die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften sowie der Zweckverbände und Sondervermögen, ferner die Arbeitsstätten der Arbeitsverwaltung und der Sozialversicherung sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie nicht erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen.
- ⑤ Das sind Organisationen, Verbände, Vereinigungen usw., die zumindest überwiegend **nicht** zur Erzielung eines wirtschaftlichen Ertrags tätig sind, sondern religiöse, caritative, kulturelle, politische u. ä. Ziele verfolgen. Hierzu gehören z. B. die Kirchen sowie religiöse oder weltanschauliche Vereinigungen, caritative Organisationen, kulturelle, wissenschaftliche und im Erziehungswesen tätige Vereinigungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und andere Wirtschaftsverbände, Kammern, Sportverbände und -vereine und dergleichen. Organisationen ohne Erwerbscharakter können als Körperschaft des öffentlichen Rechts, aber auch in privater Rechtsform auftreten.
Dagegen gehören Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht zu den Organisationen ohne Erwerbscharakter. Ausgeschlossen sind auch Arbeitsstätten, die zwar einer Organisation ohne Erwerbscharakter gehören, deren Zweck aber vorwiegend darin besteht, wirtschaftliche Leistungen hervorzubringen und gegen ein Entgelt abzusetzen, das mindestens annähernd die Kosten deckt. Diese haben **alle** Fragen zu beantworten. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Arbeitsstätten in **eigener Rechtsform** auftreten oder nicht.
- ⑥ Anzugeben ist hier, ob die Anstalt oder Einrichtung einer Gebietskörperschaft, wie z. B. dem Bund, einem Land, einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer sonstigen Körperschaft des öffentl. Rechts, einem gemeinnützigen Verband, einer religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaft, einem wirtschaftlichen oder kulturellen Verband u. dgl. gehört.
- ⑦ Bitte hier für die Waren **keine** Sammelbezeichnungen, wie z. B. Fahrzeuge oder Metallwaren oder Holzwaren oder Kunststoffwaren oder Bekleidung, sondern z. B. Motorräder, Fahrräder oder Metallmöbel, Beschläge, Bestecke oder Holzmöbel, Fässer, Kisten oder Herrenoberbekleidung, Damenoberbekleidung, Wäsche, Hüte, Krawatten usw. angeben.
- ⑧ Hierzu gehören z. B. Handelsvertreter und -vermittler (bitte Art der Waren angeben, auch ob Versandhandelsvertreter), Grundstücks-, Hypotheken- und Finanzierungsmakler, Versicherungsvertreter und -makler, Stellenvermittler, Schiffsmakler.
- ⑨ Geben Sie hier an, ob es sich bei den Transportleistungen für andere (gegen Entgelt) um Personenverkehr (z. B. Kraftomnibus-, Kraftdroschen-, Mietwagenbetrieb, Autovermietung u. dgl.) oder Güterverkehr (Nah- oder Fernverkehr), um Fuhrgewerbe, um See- oder Binnenschifffahrt, um Luftverkehr, um Spedition und Lageri oder sonstigen Güterverkehr handelt. Werkverkehr (z. B. Transport von Ihnen selbst erzeugt oder gehandelter Waren oder Transporte für den Eigenverbrauch) ist hier nicht anzugeben.
- ⑩ Hierher gehören z. B.: Gaststätten, Hotels, Pensionen, Banken, Versicherungen, Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Vermögensverwaltungen, Immobiliengesellschaften, Privatlehrer, Theater, Varietés, Filmateliers, Filmverleih, Filmtheater, Rundfunk- und Fernsehbetriebe, Fotografen, Friseure, Wäschereien, Färbereien, Chemische Reinigung, Bade- und Schwimmanstalten, Korrespondenz-, Nachrichten- und Übersetzungsbüros, Schaustellungs-, Bewachungs-, Bestattungs-, Dienstmann- und Trägergewerbe.
- ⑪ Mitzuzählen sind hier auch vom Betrieb angestellte Reisende (lohnsteuerpflichtige), ferner das Personal, das zur Ausführung von Bauten, Montagen usw. auswärts und auf Fahrzeugen des Betriebes tätig ist, dagegen **nicht** Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen sind. Das Personal **ständig** bemannter Schiffe dagegen ist auf einem besonderen Bogen (vgl. ⑩) zu zählen.
- ⑫ Als **beschäftigte Personen** gelten alle Personen, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis zu dem Betrieb standen (also in der Lohn- und Gehaltsliste geführt wurden) zuzüglich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger.
Als **Teilbeschäftigte** gelten alle beschäftigten Personen am Stichtag, die zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige gelten als teilbeschäftigt, wenn sie üblicherweise während einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit der Arbeitnehmer im Betrieb tätig sind.
- ⑬ Mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht unter 2, sondern unter 4—6 aufzuführen.
- ⑭ Angestellte sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von dieser befreit oder frei sind. Betriebsleiter, Direktoren u. dgl., die nicht Inhaber sind, sondern im Angestelltenverhältnis stehen, sind hier mitzuzählen.
- ⑮ Als Hauptniederlassung gilt nur die Arbeitsstätte, von der aus das ganze Unternehmen geleitet wird. Zwischenverwaltungen sind nicht Haupt-, sondern Zweigniederlassungen.
- ⑯ Als Zweigniederlassung gelten alle von der Hauptniederlassung räumlich — ggf. auch in derselben Gemeinde — getrennt liegenden Arbeitsstätten wie: Zweigwerke, Zweiggeschäfte, Zweigbüros, Verkaufsfilialen, Betriebssteile, Werkstätten u. dgl., auch ständig bemannte Schiffe; ebenso Niederlassungen, die anderen Zweigniederlassungen nachgeordnet sind.
- ⑰ Bei mehreren Zweigniederlassungen in **einer** Gemeinde bitte diese einzeln auflisten!
- ⑱ Eine allgemeine Bezeichnung des Gewerbes (z. B. Bergbau, Stahlbau, Fahrzeugbau, Kunststoffverarbeitung, Herstellung von Metallwaren, Textilfabrikation, Konfektion u. dgl.) genügt nicht. Machen Sie bitte die besondere Art des Gewerbes ersichtlich, wie z. B. Steinkohlenbergbau, Eisenerzbergbau, Waggonbau, Kesselbau, Bau oder Reparatur von Kraftfahrzeugen, von Gespannfahrzeugen, von Kinderwagen, von Fahrrädern, Herstellung von Werkzeugen von Schlössern, Herstellung von Herrenoberbekleidung, Damenoberbekleidung, von Wäsche, Großhandel mit Düngemitteln, Einzelhandel mit Fischwaren usw. Vergleiche auch ⑦.
- ⑲ Hierher gehören wirtschaftliche Unternehmen von Bund, Ländern, Gemeinden, Zweckverbänden u. ä. ohne eigene Rechtspersönlichkeit wie gemeindliche Energiebetriebe der Energie- und Wasserversorgung, Regiebetriebe u. ä.

Arbeitsstättenzählung 1961

am 6. Juni 1961

Fragebogen für die Deutsche Bundesbahn

Dieser Abschnitt wird im Stat. Landesamt ausgefüllt!

Reg.-Bez. / Kreis		2—4	Lfd. Nr.		9—12
Gemeinde		5—7	ÖE-Kl.		13—17
Gem. Gr.-Kl.		8	Unt-Kl.		18—22

Land: _____

Reg.-Bez.: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____

Bundesbahndirektion: _____

HaRo	23	GKLÖ	26—27	EHZ	30
Heim	24	GKLU	28—29	Rf	31
Zwi	25			VS	32

Rechtsgrundlage: Volkszählungsgesetz 1961. Die Erfassung der Arbeitsstätten der Deutschen Bundesbahn ist durch Verfügung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn geregelt.

Erläuterungen

- Es werden alle Arbeitsstätten und die darin beschäftigten Personen gezählt. Als Arbeitsstätten gelten die selbständigen Dienststellen (Bundesbahndirektionen, Ämter, Dienststellen des Außendienstes usw.) und in bestimmten Fällen auch Teile derselben sowie mitverwaltete nicht selbständige Stellen (vgl. Abschnitt B). Jede Dienststelle ist entsprechend der Organisation der Deutschen Bundesbahn einer bestimmten Tätigkeitsgruppe zugeteilt. Alle Bediensteten dieser Dienststelle — z. B. eines Bahnhofs — sind unter Abschnitt C zu erfassen, also ggf. auch diejenigen, die nicht zum Hauptdienstzweig „Betriebs- und Verkehrsdienst“ gehören.
- Nach dem Stand vom 6. Juni 1961 ist für jede Dienststelle ein Fragebogen auszufüllen. Von den unter B aufgeführten selbständigen Stellen sind jedoch in folgenden Fällen zusätzlich besondere Fragebogen auszufüllen:
Für Teile einer Dienststelle oder mitverwaltete, nicht selbständige Stellen, wie z. B. Haltepunkte, Blockstellen, Agenturen usw., sofern diese in einer **anderen** Gemeinde liegen; hat diese Dienststelle jedoch ihren Sitz in einer großen Gemeinde (ab 100 000 Einwohner), so sind auch für die in der **gleichen** Gemeinde, aber örtlich getrennt liegenden Teile oder mitverwalteten Stellen besondere Fragebogen auszufüllen!
- Für verpachtete Kantinenbetriebe, Bahnhofswirtschaften, -buchhandlungen und sonstige Nebenbetriebe ist kein Fragebogen auszufüllen, da diese Stellen von der allgemeinen, durch die Gemeindebehörden vorzunehmenden Zählung erfaßt werden. Das gleiche gilt für Unternehmer, die bei Dienststellen der Bundesbahn Arbeiten ausführen. Die Dienstvorsteher werden gebeten, dem von der Gemeinde bestellten Zähler bei der vollständigen Erfassung dieser Stellen behilflich zu sein.
- Die Zugehörigkeit der Dienststellen zu den einzelnen Tätigkeitsgruppen ist im Abschnitt B dargestellt. Wo trotzdem noch Zweifel über die Einreihung einer Stelle bestehen sollten, entscheidet die zuständige Bundesbahndirektion von Fall zu Fall.
Es darf in jedem Fragebogen **nur eine** Tätigkeitsgruppe angekreuzt werden.
In Abschnitt C sind zu zählen:
a) alle am Zähltag bei der Dienststelle tatsächlich **vorhandenen** Bediensteten einschl. der Beurlaubten und Erkrankten sowie der auf Reisen befindlichen Personen (Stammbedienstete), außerdem alle von anderen Stellen zugeordneten Bediensteten, die sich am Zähltag zur Dienstleistung, Ausbildung oder Schulung bei der Dienststelle tatsächlich aufhalten. Schulen und Bundesbahn-Ausbesserungswerke erfassen in diesem Falle abweichend von der sonstigen Übung die bei ihnen anwesenden Lehrgangsteilnehmer und Auszubildende selbst.
b) nicht voll beschäftigte Personen, z. B. Bahnagenten, Scheuerfrauen, Vertragsschrankenwärter, Gepäckträger als **ganze** Personen, daneben jedoch gesondert als „Teilbeschäftigte“ (vgl. Abschnitt C).
- Die Dienststellen senden die ausgefüllten Fragebogen zum 12. Juni 1961 an das vorgesetzte Amt. Die Ämter prüfen die Fragebogen auf Richtigkeit und Vollständigkeit und legen sie gesammelt mit ihrem eigenen Fragebogen und einem Verzeichnis aller auszufertigenden Fragebogen zum 22. Juni 1961 den Bundesbahndirektionen vor. Zum gleichen Zeitpunkt senden die den Bundesbahndirektionen unmittelbar unterstellten Dienststellen ihre Fragebogen ihren Bundesbahndirektionen ein.
Die Bundesbahndirektionen sammeln die Fragebogen, prüfen sie auf ihre Vollständigkeit und fügen ihre eigenen hinzu. Die Bogen werden dann nach der Länderzugehörigkeit der Arbeitsstätten sortiert und den zuständigen Statistischen Landesämtern direkt zugestellt.

A. Name und Anschrift der Bundesbahnstelle (Arbeitsstätte): _____

B. Tätigkeit der Arbeitsstätte: Die zutreffende Tätigkeitsgruppe — und zwar **nur eine** — ist in dem danebenstehenden Kästchen anzukreuzen ☒

Betriebs- und Verkehrsdienst:
Bahnhöfe, Haltepunkte und Haltestellen, Blockstellen (auch Bahnpolizeistellen sowie Schulen für Betriebs- und Verkehrsdienst) .. ☐
Selbständige Verkehrsdienststellen (auch Verkehrsstellen des Kraftwagendienstes) ☐
Schiffsdienst ☐
Baudienst und Bahnbewachungsdienst:
Bahnmeistereien, Brücken-, Signal- und Fernmeldemeistereien, Bau- und Lehrbauzüge ☐
Stoff- und Gerätelager im Baudienst ☐
Maschinentechnischer Dienst:
Bahnbetriebswerke, Nebenwerkstätten, Bahnbetriebswagenwerke (auch Schulen für Betriebsmaschinendienst) ☐
Kraftwagenbetriebswerke ☐
Fahrleitungsmeistereien, Starkstrommeistereien, Bahnkraftwerke, Umformerwerke, Unterwerke..... ☐
Stoff- und Gerätelager im maschinentechnischen Dienst ☐
Werkstattendienst:
Bundesbahn-Ausbesserungswerke, Werkabteilungen ☐
Verwaltungsdienst:
Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Hauptprüfungsamt für die Deutsche Bundesbahn, Bundesbahndirektionen, Bundesbahn-Zentralämter, Bundesbahn-Sozialamt, Hauptwagenamt, Oberbetriebsleitungen, Betriebsämter, Verkehrsämter, Maschinenämter, Neubauämter, Abnahmeämter, Versuchsämter, Versuchsanstalt ☐

C. Beschäftigte Personen
dieser Arbeitsstätte am 6. Juni 1961

	Zahl der beschäftigten Personen (Voll- und Teilbeschäftigte)			von den links angegebenen Personen sind Teilbeschäftigte *)	
	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5
3 Beamte (auch außerplanmäßige und solche im Vorbereitungsdienst)					
4 Angestellte					
5 Arbeiter (gelernte, angelernte, ungelernte, ohne Nachwuchskräfte)					
6 Jungwerker, Junggehilfen, Lehrlinge, Praktikanten					
7 Gesamtzahl der beschäftigten Personen					
			33—36		

*) Als Teilbeschäftigte gelten alle beschäftigten Personen am 6. Juni 1961, die zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind.

Für die Richtigkeit:

_____, den _____ 1961

Dienststempel

(Unterschrift)

Arbeitsstättenzählung 1961

am 6. Juni 1961

Fragebogen für die Deutsche Bundespost

Dieser Abschnitt wird im Stat. Landesamt ausgefüllt!

Reg.-Bez. / Kreis		2—4	Lfd. Nr.		9—12
Gemeinde		5—7	ÖE-Kl.		13—17
Gem. Gr.-Kl.		8	Unt.-Kl.		18—22

Land: _____

Reg.-Bez.: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____

Oberpostdirektion: _____

HaRo	23	GKLÖ	26—27	EHZ	30
Heim	24	GKLU	28—29	Rf	31
Zwi	25			VS	32

Rechtsgrundlage: Volkszählungsgesetz 1961. Die Erfassung der Arbeitsstätten der Deutschen Bundespost ist durch Amtsblattverfügung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen geregelt.

Erläuterungen

- Nach dem Stand am 6. Juni 1961 ist **mindestens** (siehe 2a) je ein Fragebogen auszufüllen:
 - für jede Oberpostdirektion, für das Posttechnische Zentralamt, das Fernmeldetechnische Zentralamt, das Sozialamt der Deutschen Bundespost ohne Berücksichtigung der diesen Behörden unterstellten Ämter und Amtsstellen (siehe unter b bis d)
 - für jedes Postamt (V), Postamt, für jede Poststelle I und Poststelle II
 - für jedes Postscheckamt und Postsparkassenamt
 - für jedes Fernmeldeamt, Telegraphenamt, Funkamt, Fernmeldebauamt, Fernmeldezeugamt, Fernmeldezentralzeugamt und Fernmeldeschulamt
 - für jede Hauptwerkstatt und selbständige Bezirkswerkstatt für Postkraftwagen.
- Jede **örtlich getrennt** liegende bemannte Dienst- oder Betriebsstelle (z. B. Kraftfahrstelle, Vermittlungsstelle, Verstärkerstelle, Fernmeldebaubezirk, Fernmeldebautrup, Richtfunkstelle) oder mehrere solcher Stellen einer Mittelbehörde (siehe 1a) oder eines Amtes (einer Amtsstelle, siehe 1b bis e) sind eine Arbeitsstätte im Sinne dieser Arbeitsstättenzählung, für die je Grundstück ein besonderer Fragebogen auszufüllen ist. Hiernach sind auch für Dienst- und Betriebsstellen verschiedener Ämter auf **einem** Grundstück bzw. in **einem** Gebäude mehrere Fragebogen auszufüllen.
 - Für die Postämter, Poststellen I und II haben die Postämter (V) die Fragebogen auszufüllen. Für die örtlich getrennt liegenden Arbeitsstätten (siehe 2a) sind die Fragebogen vom selbständigen Amt (bzw. von der OPD) auszufüllen.
 - Posthilfsstellen und gemeindliche öffentliche Sprechstellen bleiben bei der Zählung außer Betracht.
- Jedes Amt, jede Amtsstelle und jede Person darf nur einmal gezählt werden.
- Zu zählen sind alle Kräfte, die aus der Postkasse bezahlt werden. Die ohne Bezüge beurlaubten Kräfte sowie die ausgesteuerten Angestellten und Arbeiter sind nicht zu erfassen. Ferner sind die Kräfte für Rechnung Dritter und die Hilfsposthalter (siehe unter 2c) in den Zählbogen nicht aufzunehmen.
 - Dienststellen, die vom zuständigen Amt getrennt liegen und somit Arbeitsstätten im Sinne dieser Zählung darstellen (für die ein Fragebogen auszufüllen ist), sind Vertreter nur dann zuzurechnen, wenn diesen Dienststellen ein eigener Vertreterbestand zuerkannt ist.
 - Lehrgangsteilnehmer sind bei dem Amt zu erfassen, dem sie kassenmäßig zugeteilt sind.
- Die Oberpostdirektionen sammeln die Bogen, prüfen sie auf die Vollständigkeit und fügen ihre eigenen hinzu. Sie sind dann nach der Länderzugehörigkeit der Arbeitsstätten zu sortieren und den zuständigen Statistischen Landesämtern unmittelbar zu übersenden.

B. Bezeichnung des Amtes, der Amtsstelle usw., zu der die Arbeitsstätte gehört. Das betreffende Amt — und zwar nur eines — ist in dem danebenstehenden Kästchen anzukreuzen ☒ X

Postämter (V)	
Amtsstellen des Postdienstes (Postämter, Poststellen I, Poststellen II)	
Postscheckämter	
Postsparkassenämter	

Fernmelde-, Telegraphen-, Funk- und Fernmeldebauämter	<input type="text"/>
Fernmeldezeug- und Fernmeldezentralzeugämter	<input type="text"/>
Fernmeldeschulämter	<input type="text"/>

Hauptwerkstätten

Selbständige Bezirkswerkstätten

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Posttechnisches Zentralamt, Fernmeldetechnisches Zentralamt, Oberpostdirektionen, Sozialamt der Deutschen Bundespost

[illegible]

¹⁾ Teilbeschäftigte = nicht vollbeschäftigte Kräfte sind nach der Kopfbzahl anzugeben. — ²⁾ Als **Teilbeschäftigte** gelten alle beschäftigten Personen am 6. Juni 1961, die zur Ableistung einer kürzeren als der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind.

den _____ 1961

(Unterschrift)

Kontrollzettel der Arbeitsstättenzählung 1961

An alle Behörden, Dienststellen und Einrichtungen
der Gemeinden, Gemeindeverbände, der Länder
und des Bundes sowie sonstiger Körperschaften
des öffentlichen Rechts

Gemeinde:
Gemeindeteil:
Kreis:
Zählbezirk Nr.:

Ihre Dienststelle wird durch die zuständige Gemeindeverwaltung auf besonderem Wege gezählt. Anstelle eines Arbeitsstättenbogens händigen Sie bitte diesen Kontrollzettel dem Zähler aus, der Sie aufsucht, um Ihnen einen Arbeitsstättenbogen auszuhändigen. Nur der Besitz dieses Kontrollzettels entbindet von der Ausfüllung eines Arbeitsstättenbogens.

1. Bezeichnung der Arbeitsstätte (der Behörde, Dienststelle, Einrichtung u. dgl.):
2. Träger der Dienststelle (Gemeinde, Gemeindeverband, Land, Bund u. dgl.):
3. Straße und Haus-Nr. der Arbeitsstätte:

Stempel der Gemeindebehörde

Kontrollzettel der Arbeitsstättenzählung 1961

An alle Dienststellen der Bundeswehr, die außer-
halb geschlossener militärischer Anlagen liegen

Gemeinde:
Gemeindeteil:
Kreis:
Zählbezirk Nr.:

Ihre Dienststelle wird durch die zuständige Wehrbereichs- oder Standortverwaltung gezählt. Anstelle eines Arbeitsstättenbogens händigen Sie bitte diesen Kontrollzettel dem Zähler aus, der Sie aufsucht.

1. Bezeichnung der Arbeitsstätte (der Dienststelle, Einrichtung u. dgl.):
2. Straße und Haus-Nr. der Arbeitsstätte:

Stempel der Wehrbereichs- oder
Standortverwaltung

Kontrollzettel der Arbeitsstättenzählung 1961

An alle Dienststellen des Bundesgrenzschutzes,
die außerhalb geschlossener Anlagen liegen

Gemeinde:
Gemeindeteil:
Kreis:
Zählbezirk Nr.:

Ihre Dienststelle wird durch die zuständigen vorgesetzten Dienststellen des Bundesgrenzschutzes gezählt. Anstelle eines Arbeitsstättenbogens händigen Sie bitte diesen Kontrollzettel dem Zähler aus, der Sie aufsucht.

1. Bezeichnung der Arbeitsstätte (der Dienststelle, Einrichtung u. dgl.):
2. Straße und Haus-Nr. der Arbeitsstätte:

Stempel

ZÄHLBEZIRKSLISTE

Land:

Regierungsbezirk:

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____
(Ort, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Name des Zählers: _____

Straße und Hausnummer der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke:

Zählbezirk Nr.: _____

[illegible]

1) Setzen Sie beim Austeilen für jeden ausgegebenen Erhebungsbogen einen Schrägstrich und durchkreuzen Sie dieses Zeichen beim Einsammeln

2) HL = Haushaltsliste, AL = Anstaltsliste

zu übertragen:

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961

Leitfaden für den Zähler

(Bitte sogleich nach Empfang lesen)

Wir können uns denken, daß Sie die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung mit ihren zahlreichen Zählpapieren, Fragen und Erläuterungen für eine sehr schwierige Aufgabe halten. Um Ihnen Ihre Arbeit so leicht als möglich zu machen, wurde dieser Leitfaden geschrieben. Sie werden — vielleicht sind Sie es schon — zu einer Zählerversammlung eingeladen werden. Dort erfahren Sie Näheres über die Organisation der Zählung, über Empfang und Ablieferung der Zählpapiere und lernen im einzelnen die Zählpapiere kennen. Das ist sehr wichtig, weil Sie von den Haushalten um Auskunft gebeten werden, wenn Fragen nicht verstanden worden sind. Gelegentlich werden auch alte Leute und Kranke Sie bitten, die ganze Haushaltsliste auszufüllen, weil sie selbst damit nicht zurechtkommen. Dieser Aufgabe können und dürfen Sie sich nicht entziehen; deswegen müssen Sie mit den Erhebungsbogen völlig vertraut sein. Sehen Sie bitte schon vor dem Besuch der Zählerversammlung die Erhebungsbogen und diesen Leitfaden genau durch, damit Sie Zweifelsfragen mit dem Zählungsleiter gleich besprechen können; er wird Ihnen gern Auskunft geben.

Verhalten bei plötzlichem Erkranken

Für die Zählung in Ihrem Zählbezirk sind Sie allein verantwortlich. **Beauftragen Sie daher keine andere Person mit den Zählerarbeiten.** Sollten Sie während der Zählung plötzlich krank werden, so müssen Sie dies der Gemeindebehörde auf **schnellstem Wege** mitteilen, damit diese einen anderen Zähler bestimmen kann, der Ihre Arbeiten zu Ende führt.

Verschwiegenheit

Alle Personen, die mit der Zählung zu tun haben, auch Sie, sind gegenüber jedermann **zur Verschwiegenheit verpflichtet.** Sie dürfen nichts, was Sie bei der

Zählung über die persönlichen Verhältnisse erfahren, anderen Personen mitteilen. Durch diese Geheimhaltungspflicht sollen die befragten Personen vor Mißbrauch ihrer Angaben geschützt werden. Eine Verletzung der Schweigepflicht wird gesetzlich bestraft.

1. Ihr Zählbezirk

In Ihrer Zählermappe finden Sie eine **hellgraue** und eine **weiße** Zählbezirksliste mit einer Aufzählung der Grundstücke, die zu Ihrem Zählbezirk gehören. **Beim Austeilen brauchen Sie nur die hellgraue Liste mitzunehmen.** Es wäre gut, wenn Sie Ihren Zählbezirk schon vor dem Austeilen der Zählpapiere aufsuchten, weil Sie sich dann beim Austeilen bestimmt besser zurechtfinden werden. Sie könnten bei dieser Gelegenheit auch schon an die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer Ihres Zählbezirks Gebäudelisten austeilen. Sie haben es dann leichter, wenn Ihnen später beim Austeilen der Haushaltslisten schon ausgefüllte Gebäudelisten zur Verfügung stehen, auch haben Sie damit einen ersten Überblick über die Zahl der Arbeitsstätten. Dort, wo eine Gebäudevorerhebung stattgefunden hat, finden Sie in Ihrer Zählermappe bereits ausgefüllte Gebäudelisten vor. Sie brauchen dann nur noch für die nicht erfaßten Gebäude eine Liste auszuteilen und ausfüllen zu lassen.

Sie können aber auch in der Zählbezirksliste ein Grundstück vorfinden, das als Sonderzählbezirk (S) gekennzeichnet ist. **In diesem Fall führen nicht Sie, sondern ein Zähler für Sonderzählbezirke die Erhebung durch.**

Sofern Sie bei Ihrem Rundgang feststellen, daß in der Zählbezirksbeschreibung ein Grundstück fehlt, ein neues Haus nicht eingetragen oder ein abgebrochenes Gebäude

noch aufgeführt ist, ist die Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke zu ändern, indem das betreffende Gebäude (Hausnummer) nachgetragen bzw. gestrichen wird. Durch einen kurzen Vermerk wie „Neubau“, „Gebäude abgebrochen“ oder dgl. ist die Änderung der Zählbezirksaufstellung zu begründen.

2. Wie gehen Sie beim Austeilen der Erhebungsbogen am besten vor

Sie müssen Ihre Zählpapiere spätestens am 25. Mai bekommen haben. Sollten Sie die Zählpapiere bis zu diesem Termin nicht erhalten haben, verständigen Sie bitte die Gemeindedienststelle, die Sie als Zähler verpflichtet hat (Zählungsdienststelle). Mit dem Austeilen der Erhebungsbogen können Sie schon am 29. Mai beginnen. Beim Austeilen benötigen Sie die Drucksachen Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7 und 12.

Es wird grundstückswise gezählt. Überlegen Sie sich genau, in welcher Reihenfolge Sie die einzelnen Gebäude und Arbeitsstätten aufsuchen wollen. Vermerken Sie auch in den Spalten 1 bis 3 der **Zählbezirksliste (hellgrau)**, an wen Sie Gebäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen ausgegeben haben. Tragen Sie in den Spalten 4 bis 6 einen Schrägstrich (/) für „ausgeteilt“ ein. Diese Ausgabeliste wird Ihr wichtigstes Hilfsmittel beim Einsammeln der Erhebungsbogen sein.

Die Erhebungsbogen dürfen nicht einfach in den Briefkasten geworfen werden; auch sollten sie nicht wortlos dem überraschten Haushaltsmitglied ausgehändigt werden. Stellen Sie sich als Zähler der Volkszählung vor und erklären Sie kurz, worum es geht. Schon vor der Zählung werden Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen über die Volkszählung berichten, so daß ein entsprechender Hinweis darauf genügt.

Jeder Haushalt erhält eine Haushaltsliste. Auch Untermieter und alleinstehende Personen bilden Haushalte und bekommen daher eine **eigene** Haushaltsliste. Wenn ein Haushalt aus mehr als sechs Personen besteht, braucht er sogar **zwei Listen**, weil eine Haushaltsliste nur für sechs Personen ausreicht. Sie lassen sich also angeben, wieviel Haushalte in der Wohnung leben und geben für jeden eine Haushaltsliste aus.

Treffen Sie in einer Wohnung oder in einem Haus trotz mehrfachen Besuchs niemanden an, versuchen Sie festzustellen, woran das liegt. Sollten alle Mitglieder des Haushalts verreist sein, füllen Sie eine Haushaltsliste und — falls es sich z. B. um ein Einfamilienhaus handelt — auch eine Gebäudeliste, so gut es geht, selbst aus. Auf jeder Liste muß dann vermerkt sein „**vom Zähler ausgefüllt**“, außerdem der Grund der Abwesenheit, damit die Zählungsdienststelle erkennt, wann die fehlenden Angaben eingeholt werden können. Sofern das Haus oder die Wohnung überhaupt leerstehen und Ihnen dies

durch Nachbarn oder den Hauseigentümer bestätigt wird, brauchen Sie natürlich keine Haushaltsliste auszufüllen, müssen aber in der ausgefüllten **Gebäudeliste** und in der **Zählbezirksliste** für das Gebäude oder die Wohnung einen entsprechenden Vermerk machen.

Beim Austeilen ist besonders auf **Arbeitsstätten** zu achten. Fabriken, Geschäftshäuser, Läden, Büros und Handwerksbetriebe fallen zumeist sofort ins Auge. Schwerer zu finden sind die zahlreichen kleinen und kleinsten Arbeitsstätten, die nur wenige Personen beschäftigen oder vom Inhaber allein betrieben werden. Auch die Arztpraxis, das Büro eines Rechtsanwalts oder Steuerberaters, der **Zeitungsstand**, die selbständige Näherin, die **Tankstellen** und dgl. zählen als **Arbeitsstätten**, und auch für sie muß ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Beachten Sie daher entsprechende Schilder an den Hauseingängen bzw. neben den Wohnungstüren. Manchmal befinden sich derartige Arbeitsstätten in nicht besonders kenntlich gemachten Wohnungen, Kellern oder Hintergebäuden. Durch entsprechende Rückfragen beim Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer und bei den Wohnungsinhabern dürfte Ihnen keine dieser schwer auffindbaren Arbeitsstätten entgehen. Bei **Behördenarbeitsstätten**, die selbstverständlich auch aufzusuchen sind, wird Ihnen ein von der Gemeinde gestempelter **Kontrollzettel** ausgehändigt werden. Das bedeutet, daß der Zählungsdienststelle von dieser Behörde bereits ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen vorliegt. Der Empfang des Kontrollzettels ist in Spalte 6 der Zählbezirksliste durch den Eintrag eines „K“ zu vermerken. Dort, wo Sie keinen Kontrollzettel bekommen, muß ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Für jede ausgeteilte Gebäudeliste, Haushaltsliste und für jeden Arbeitsstättenbogen ist der Empfänger in den Spalten 1 bis 3 der Zählbezirksliste (hellgrau) zu vermerken und **jede Ausgabe durch Eintragung eines Schrägstriches (/) in die entsprechende Kontrollspalte (Sp. 4 bis 6) zu kennzeichnen**.

Bei einigen Haushalten werden Sie wahrscheinlich nach Sinn und Zweck der Zählung gefragt werden. Es ist daher wichtig, daß Sie einige gute Gründe nennen können, u. a. den, daß ein hochentwickeltes Land wissen muß, wieviel Einwohner seine Städte und Dörfer, seine Kreise und Regierungsbezirke haben. Jedes Kind lernt in der Schule, wieviel Einwohner Deutschland, England, Frankreich haben, welches die größte Stadt der Welt ist und dgl. Darüber hinaus werden in den Jahren 1959 bis 1961 **in der ganzen Welt Volkszählungen** durchgeführt. Aus diesem Grunde wird laut Beschluß des Bundestages auch in der Bundesrepublik eine Volkszählung durchgeführt; denn die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1950 sind längst überholt. Für viele Maßnahmen der Regierung und Verwaltung sind die Ergebnisse der Volkszählung unumgänglich. Moderne Staaten können heute ohne genaues Zahlenmaterial nicht mehr auskommen, insbesondere dann nicht, wenn schwierige wirtschafts- oder sozialpolitische Fragen zu lösen sind. Die **Geheimhaltungspflicht**, zu der jeder Zähler verpflichtet worden ist, gilt auch dem **Finanzamt und Wohnungsamt gegenüber**. Betonen Sie beim Ausfüllungspflichtigen immer wieder, daß die Angaben nur für statistische Zwecke benötigt werden.

3. Das Austeilen der Zählpapiere an Bewohner von Wohnwagen und sonstigen behelfsmäßigen Wohngelegenheiten

Für die Zählung der Bevölkerung und Arbeitsstätten in Wohnwagen, Notwohngebäuden und dgl. werden die gleichen Zählpapiere verwendet. Wenn Sie in Ihrem Zählbezirk auf einen dauernd bewohnten Wohnwagen, auf Baracken, Wohnlauben und dgl. stoßen sollten, finden Sie im Schlagwortverzeichnis weitere Hinweise, wie die Zählung durchzuführen ist.

4. Das Einsammeln und Prüfen der Zählpapiere

Ebenso wie das Austeilen können Sie sich auch das Einsammeln der Zählpapiere auf mehrere Tage verteilen. Sie können schon am 6. Juni mit dem Einsammeln beginnen, müssen jedoch am 15. Juni, abends, alle ausgeteilten Zählpapiere zusammen haben.

Mit dem Einsammeln beginnt der wichtigste Teil Ihrer Aufgabe. Es ist für das Gelingen der Zählung von entscheidender Bedeutung, daß Sie **alle**, aber auch wirklich alle ausgeteilten Zählpapiere ausgefüllt zurückerhalten, und daß Sie zugleich noch einmal kontrollieren, ob Ihnen beim Verteilen der Zählpapiere nicht doch ein Gebäude, eine Wohnung, ein Haushalt oder eine Arbeitsstätte entgangen ist. Beim Einsammeln kreuzen Sie deshalb in den Kontrollspalten der Zählbezirksliste (Spalten 4 bis 6) jeden zurückerhaltenen Erhebungsbogen durch (X).

Nehmen Sie auch beim Einsammeln noch einige leere Erhebungsbogen mit. Es hat sich gezeigt, daß die Haushalte manchmal Bogen nachfordern. Vielleicht entdecken Sie auch beim Einsammeln eine Wohnung oder Arbeitsstätte, die Sie beim Austeilen übersehen haben und die Sie nun nachträglich noch mit Erhebungsbogen versehen müssen. **Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Untermieter**, da sie manchmal von den Wohnungsinhabern versehentlich oder absichtlich nicht angegeben werden. Wenn aber jeder Zähler nur einen Untermieter vergißt, fehlen im ganzen Bundesgebiet **600 000 Personen**. Das wirkt sich so aus, als ob 600 Dörfer mit je 1000 Einwohnern einfach nicht mitgezählt werden!

Nicht alle Haushalte können die Erhebungsbogen vollständig und richtig ausfüllen. Es kann vorkommen, daß man Ihnen Erhebungsbogen aushändigt, die unvollständig, widersinnig, ungenau oder unleserlich ausgefüllt sind. **Sehen Sie deshalb bitte an Ort und Stelle schon jeden Erhebungsbogen aufmerksam durch und prüfen Sie, ob er vollständig und — soweit Sie das bei der ersten Durchsicht schon feststellen können — auch richtig ausgefüllt ist. (In Zweifelsfällen Schlagwortverzeichnis zu Rate ziehen!)** Lückenhafte Angaben sind gleich zu ergänzen und festgestellte Fehler zu berichtigen.

In Zweifelsfällen ziehen Sie dabei Ihre Prüfmuster zu Rate. Viele Haushalte machen die gleichen Fehler. Auf solche häufig vorkommenden Irrtümer wird auf den Mustern der Gebäudeliste, Haushaltsliste und des Ar-

beitsstättenbogens in **rotem Aufdruck** hingewiesen. Schon nach wenigen Vergleichen werden Sie die sich häufig wiederholenden Fehler kennen und die Muster kaum noch brauchen.

5. Ihr Verhalten bei Verweigerung der Auskunft

Sofern sich ein Haushaltsvorstand weigert, die Erhebungsbogen auszufüllen, erläutern Sie noch einmal den Zweck der Zählung. Sollten Ihre Bemühungen trotzdem erfolglos bleiben, lassen Sie sich nicht auf eine hitzige Diskussion ein, sondern versehen Sie eine leere Haushaltsliste mit Namen und Anschrift des betreffenden Haushalts und vermerken darauf: „Auskunft verweigert“.

6. Was ist nach dem Einsammeln zu tun

Nach dem Einsammeln und bevor Sie die Zählpapiere an Ihre Zählungsdienststelle weitergeben können, verbleibt Ihnen noch die Aufgabe, die Zählpapiere zu ordnen, zu numerieren und zu prüfen (s. Anlage).

Dabei gehen Sie am besten wie folgt vor:

(1) Ordnen der Gebäudelisten

Die Gebäudelisten legen Sie in der Reihenfolge hintereinander, wie die Gebäude (Grundstücke) auf der Zählbezirksliste (hellgrau) eingetragen sind. In dieser Reihenfolge erhalten die Gebäudelisten fortlaufende Nummern, z. B. von 1 bis 10. Mußten für ein Gebäude zwei Gebäudelisten ausgefüllt werden, so erhält die weitere Liste die gleiche Nummer wie die erste Liste, jedoch mit dem Zusatz „a“, „b“ usw. Genauso ist bei einem Haushalt mit zwei Haushaltslisten zu verfahren.

(2) Ordnen der Haushaltslisten

Nach der Numerierung der Gebäudelisten sind alle in einem Gebäude eingesammelten Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen in die zugehörige Gebäudeliste einzulegen. Auf allen Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen ist die Nummer der zugehörigen Gebäudeliste zu vermerken. Sodann sind zunächst die Haushaltslisten in der Reihenfolge, wie die Namen der Wohnungsinhaber und Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 eingetragen sind, einzuordnen.

(3) Ordnen der Arbeitsstättenbogen

Nummehr sind die Arbeitsstättenbogen innerhalb der zugehörigen Gebäudeliste in der Reihenfolge einzuordnen, wie die Arbeitsstätten in den Spalten 4 und 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste eingetragen

wurden. Da Gebäudelisten nur für bewohnte Gebäude vorliegen, sind die **Bogen für Arbeitsstätten in unbewohnten Gebäuden erst einmal beiseite zu legen**. Kontrollzettel, die an Stelle von Arbeitsstättenbogen in Empfang genommen wurden, sind ebenfalls einzusortieren. Sie bekommen die Nummer, die sonst der Arbeitsstättenbogen erhalten würde. Die Numerierung selbst ist jedoch erst am Schluß vorzunehmen, nachdem die Erhebungsbogen noch einmal überprüft worden sind.

(4) Vollzähligkeitskontrolle

Mit dem Ordnen der Erhebungsbogen verbinden Sie zweckmäßigerweise gleich noch eine Vollzähligkeitskontrolle, ob für jede auf der Rückseite der Gebäudeliste angegebene Wohnung auch eine Haushaltsliste des Wohnungsinhabers vorliegt.

Jede Haushaltsliste ist daraufhin zu kontrollieren, ob auf ihrer Vorderseite Mieter angegeben sind. Ist dies der Fall, muß für jeden **Untermieter** ebenfalls eine **Haushaltsliste** vorhanden sein. Vermerkt sein muß der Name des Untermieters außerdem auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 unter dem Namen des Wohnungsinhabers. Auch diese Eintragungen müssen kontrolliert werden.

(5) Übereinstimmung der Erhebungspapiere

Jede kontrollierte Haushaltsliste muß in Spalte 5 der Zählbezirksliste abgehakt werden. Am Schluß dieser Kontrolle müssen die Eintragungen auf den Rückseiten der Gebäudelisten mit denen in der Zählbezirksliste (hellgrau) übereinstimmen.

(6) Überprüfen der Eintragungen an Hand der Prüflisten

Da beim Einsammeln die Zeit für eine Durchsicht der Erhebungsbogen auf Eintragungsfehler im allgemeinen nur knapp bemessen ist, muß an Hand der Prüfliste (Muster mit rotem Eindruck) jede Gebäudeliste, jede Haushaltsliste und jeder Arbeitsstättenbogen noch einmal in Ruhe überprüft werden. Bei der Prüfung festgestellte Unstimmigkeiten oder fehlende Angaben machen einen erneuten Besuch beim Ausfüllungspflichtigen erforderlich, damit die entsprechenden Berichtigungen oder Ergänzungen vorgenommen werden können.

(7) Numerierung der Haushaltslisten

Nach diesen Prüfarbeiten sind Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen zu numerieren. Zunächst sind die Haushaltslisten von Gebäudeliste Nr. 1 zu numerieren. Diese erhalten z. B. die Nummern von 1 bis 12. Die Haushaltslisten der Gebäudeliste Nr. 2 erhalten die folgenden Nummern, z. B. von 13 bis 20, und so werden alle Haushaltslisten fortlaufend durchnummeriert.

Sollte Ihnen jemand seine Haushaltsliste oder seinen Arbeitsstättenbogen in einem **verschlossenen Umschlag** ausgehändigt haben, so dürfen Sie diesen Umschlag **nicht öffnen**. Ordnen Sie den verschlossenen Umschlag bitte mit ein und vermerken Sie auf ihm die fortlaufende Nummer, die die darin befindliche Haushaltsliste oder der darin befindliche Arbeitsstättenbogen bekommen muß. Das geht natürlich nur, wenn der Name des Ausfüllenden auf dem Umschlag oder in der Zählbezirksliste vermerkt ist. Mit der Numerierung der Haushaltsliste ist die gleiche Nummer auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 10 einzutragen, und zwar in die Zeile des betreffenden Wohnungsinhabers oder Untermieters. Die in Spalte 10 eingetragenen Haushaltslistennummern müssen fortlaufend sein.

(8) Übertragung der Personenzahl aus der Haushaltsliste in Gebäude- und Zählbezirkslisten

Ferner muß die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, die auf der Vorderseite der Haushaltsliste rechts unten eingetragen ist, in Spalte 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste und auch in Spalte 13 der Zählbezirksliste übertragen werden. Keinesfalls dürfen dabei die Zeilen und Haushaltslistennummern verwechselt und die Personenzahl hinter den falschen Namen geschrieben werden. Um das zu vermeiden, ist eine sorgfältige Ordnung der Erhebungsbogen Voraussetzung. Für die Spalten 10 und 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste sind anschließend die Summen zu bilden und in die beiden unten vorgesehenen Kästchen einzutragen. Bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen ist die Summe für sämtliche Wohnungen auf der zweiten, der b-Liste, zu bilden.

Das gleiche wiederholt sich bei den **Arbeitsstättenbogen** (und Kontrollzetteln). Wir beginnen wieder mit den Arbeitsstättenbogen von Gebäudeliste Nr. 1 und numerieren fortlaufend durch bis zu den Arbeitsstättenbogen der letzten Gebäudeliste. Die letzten Nummern erhalten die Bogen der Arbeitsstätten in **nicht bewohnten Gebäuden**.

(9) Erstellen einer Reinschrift der Zählbezirksliste

Schließlich ist noch eine Reinschrift der Zählbezirksliste anzufertigen. Diese ist auf der noch unbeschriebenen Zählbezirksliste von weißer Farbe zu erstellen. Aus Kontrollgründen ist aber die **hellgraue Zählbezirksliste nicht einfach abzuschreiben**. Beginnen Sie mit der Gebäudeliste Nr. 1 Ihres Zählbezirkes und den dazugehörigen Haushaltslisten sowie Arbeitsstättenbogen. Jeder Erhebungsbogen ist in eine Zeile der Zählbezirksliste (weiß) einzutragen, zuerst für die Gebäudeliste Nr. 1 die Anschrift des Gebäudeeigentümers in Spalte 3, das Zeichen für „eingesammelt“ in Spalte 4, vorhandene Bemerkungen, wie z. B. „vom Zähler ausgefüllt“, in Spalte 8 und die Nr. 1 der Gebäudeliste in Spalte 9. In die zweite Zeile werden die Angaben für die Haushaltsliste

Nr. 1 eingetragen. Sind alle zur Gebäudeliste Nr. 1 gehörenden Erhebungsbogen übertragen, kommt Gebäudeliste Nr. 2 mit ihren Erhebungsbogen an die Reihe. Die Übertragung ist erst beendet, wenn Sie den letzten Erhebungsbogen in die weiße Zählbezirksliste eingetragen haben. Zum Schluß vergleichen Sie bitte die Eintragungen der beiden Zählbezirkslisten und prüfen, ob Sie auch nichts vergessen haben.

(10) Summenbildung der ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen in der Zählbezirksliste

Als letztes ist die Summe der im ganzen Zählbezirk ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen zu ermitteln. Zu diesem Zweck zählen wir die in den Spalten 4 bis 6 der Zählbezirksliste (weiß) eingetragenen Kreuze spaltenweise zusammen und vermerken die Summe in den vorgesehenen Kästchen am Ende der Spalte. Dabei dürfen die bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen zusätzlich ausgegebenen Gebäudelisten (hinter der Gebäudelistennummer mit „b“ gekennzeichnet) und die für Haushalte mit mehr als 6 Personen ausgegebenen zusätzlichen Haushaltslisten (hinter der Nummer der Haushaltsliste mit „b“ gekennzeichnet) **nicht mitgezählt werden**. Solche b-Listen gelten **nicht als selbständige Erhebungsbogen**, sondern nur als Erweiterung der

Gebäude- bzw. Haushaltsliste. Daher erhalten sie auch keine eigene, sondern die Nummer der ersten Liste mit dem Zusatz klein „b“ dahinter.

Mitgezählt werden jedoch: In Spalte 6 die Kontrollzettel, für die ein „K“ eingetragen wurde, sowie die Erhebungsbogen, die in verschlossenen Umschlägen abgeliefert wurden und für die das Kreuz (X) für „eingesammelt“ vorhanden sein muß.

Zusammenzuzählen sind ferner die in Spalte 13 ausgewiesenen Personenzahlen.

Eine letzte Kontrolle: Die Summe der Gebäudelisten muß mit der höchsten Gebäudelistennummer übereinstimmen. Das gleiche gilt auch für die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen.

7. Ablieferung der Erhebungsbogen

Die Ablieferung aller Zählpapiere einschließlich des nicht verwendeten Vorrats (sowie des Zählerausweises) muß persönlich erfolgen, denn Zweifelsfragen, die bei der Durchsicht durch die Zählungsdienststelle aufkommen, können nur Sie klären. Der **letzte Ablieferungstermin ist der 21. Juni**.

Für Ihre bei der Volkszählung zu leistende Arbeit möchten wir Ihnen im voraus danken.

Zeitplan für den Zähler

Bis spätestens 25. Mai	Empfang der Zählpapiere
Bis spätestens 30. Mai	Teilnahme an der Zählerversammlung Zählerdrucksachen vorher zu Hause gut durchsehen
ab 26. Mai	Erster Rundgang durch den Zählbezirk Zählbezirk aufsuchen Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste (hellgrau) überprüfen
29. Mai bis 5. Juni, abends	Austeilen der Erhebungspapiere An der Wohnungstür nach Zahl und Größe der Haushalte sowie nach Arbeitsstätten fragen (Untermieter nicht vergessen) Ausgeteilte Erhebungsbogen in der Zählbezirksliste vermerken
6. Juni	Stichtag, für den alle Angaben zu machen sind
6. Juni bis 15. Juni	Einsammeln der Erhebungsbogen Das Einsammeln erfolgt an Hand der Zählbezirksliste (hellgrau) Beim Einsammeln prüfen, ob die Bogen vollständig und richtig ausgefüllt sind Durchsehen der Erhebungsbogen auf die in den Prüfmustern der Haushaltsliste und des Arbeitsstättenbogens angegebenen häufig vorkommenden Fehler
Beginnend nach dem Einsammeln bis 20. Juni	Abschlußarbeiten zu Hause Ordnen der Erhebungsbogen Vollzähligkeitskontrolle an Hand der Gebäudeliste Gründliche Prüfung der Eintragungen in den Erhebungsbogen an Hand der Prüfmuster Numerierung der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen Reinschrift der Zählbezirksliste (weiß) Ermittlung der Summe der ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen
Nach den Abschlußarbeiten, jedoch bis spätestens 21. Juni	Persönliches Abliefern der Erhebungsbogen in der Zählungsdienststelle

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961

Leitfaden für den Anstaltszähler

(Bitte sogleich nach Empfang durchlesen)

Warum Volkszählung in Anstalten

Die nur in großen Zeitabständen stattfindenden Volkszählungen sollen einen Gesamtüberblick über Zahl und Gliederung der deutschen Bevölkerung geben. Da von dieser Bevölkerung etwa 2 vH, also rd. 1 Million Personen, in Anstalten aller Art leben, kann die Anstaltsbevölkerung von der Volkszählung keinesfalls übergangen werden. Sie muß im Gegenteil mit besonderer Sorgfalt gezählt werden, da für sie die Gefahr der Doppelzählung wie auch der Nichterfassung in besonderem Maße besteht. Aus diesem Grunde wurden auch für die Zählung in den Anstalten besondere Zählbezirke gebildet und qualifizierten Sonderzählern übertragen.

Zunächst empfiehlt es sich, einige Tage vor dem Stichtag (6. Juni) die Leitung der von Ihnen zu zählenden Anstalt aufzusuchen und mit ihr die Zählungsarbeiten im einzelnen durchzusprechen. Wenn Sie selbst ein Angestellter der Anstalt sind, ist dies natürlich nicht erforderlich.

Wann das Austeilen der Erhebungsbogen in der Anstalt am besten vorgenommen wird, richtet sich nach deren Größe. Sofern die Anstalt nicht zu groß ist, genügt es, die Erhebungsbogen am 5. Juni zu verteilen.

Ausfüllung durch die Anstaltsleitung

Die Anstaltsleitung ist verpflichtet,

- (1) eine Anstaltsliste,
- (2) einen (oder mehrere) Arbeitsstättenbogen und
- (3) eine (oder mehrere) Gebäudeliste(n)

auszufüllen. Es geht am schnellsten, wenn Sie sich die erforderlichen Angaben von der Anstaltsleitung oder vom Sekretariat geben lassen und sie gleich selbst in die betreffenden Erhebungsbogen eintragen.

1. Ausfüllen der Anstaltslisten

Ständig in der Anstalt lebende Personen

Um die Anstaltsliste ausfüllen zu können, müssen die in der Anstalt lebenden Personen in Gruppen eingeteilt werden. Die erste Gruppe bilden die ständig in der Anstalt wohnenden Mitglieder des Personals und die Insassen. Bei ihnen ist zu unterscheiden zwischen

- (1) Einzelpersonen, die **keinen eigenen Haushalt führen**, also nicht für sich wirtschaften, ungeachtet dessen, ob sie zum Personal oder zu den Insassen gehören;
- (2) Einzelpersonen oder Personengruppen, die **einen eigenen Haushalt bilden**. Hierunter fällt das Personal, das **innerhalb** der Anstalt einen **eigenen Haushalt** führt und eine **eigene Wohnung** bewohnt, z. B. der Anstaltsleiter mit seiner Familie, der Pförtner, der Heizer. Einen eigenen Haushalt können aber auch Insassen führen (Einzelpersonen und Personengruppen), wenn sie

für sich wirtschaften. Es ist nicht erforderlich, daß sie eine eigene Wohnung bewohnen, sondern es genügt, wenn sie in der Anstalt nur ein Zimmer haben oder u.U. eine Wohnung mit anderen Personen teilen müssen, wie z.B. Flüchtlingsfamilien oder wohnungslos Eingewiesene.

Die unter (1) genannten Einzelpersonen ohne eigene Haushaltsführung werden in Abschnitt A der Anstaltsliste eingetragen und zwar zuerst das Personal und anschließend die Insassen. Sie haben **außerdem einen Einzelbogen auszufüllen**.

Die unter (2) genannten Einzelpersonen und Personengruppen werden dagegen in Abschnitt B der Anstaltsliste eingetragen und füllen — jede Einzelperson bzw. jede Personengruppe für sich — eine Haushaltsliste aus.

Personen, die sich nur vorübergehend in der Anstalt aufhalten

Die zweite Gruppe bilden Personen, die sich zum Zeitpunkt der Zählung nur vorübergehend in der Anstalt aufhalten, z.B. Gäste, kürzere Zeit anwesende Patienten, deren Aufenthalt in der Anstalt bei der Meldebehörde nicht angemeldet ist. Sie sind nur dann in Abschnitt A einzutragen und haben nur dann einen Einzelbogen auszufüllen, wenn sie **außerhalb der Anstalt keinen Wohnraum haben**. Diese Personen sind im Abschnitt A besonders zu kennzeichnen. Es ist also zu ermitteln, entweder durch Umfrage oder Einblick in Karteiunterlagen oder dgl., wer von den nur vorübergehend anwesenden Personen keine Wohnung außerhalb der Anstalt hat.

Wohnungslos Eingewiesene kennzeichnen

Es ist vorgesehen, die wegen Wohnungsmangels in Anstalten untergebrachten Personen besonders zu ermitteln. Solche Personen sind daher in den Abschnitten A und B mit Rotstift anzukreuzen.

Bei 2. Anstaltsliste auf Numerierung achten

Sollte der in Abschnitt A oder B vorgesehene Raum nicht ausreichen, um alle einzutragenden Personen aufzunehmen, so ist eine zweite Anstaltsliste anzulegen. Wenn die letzte Nummer in Abschnitt A der **ersten** Liste z.B. 99 war, dann muß die Aufzählung in Abschnitt A der **zweiten** Liste mit der Nummer 100 fortgesetzt werden. Geben Sie der ersten Anstaltsliste sogleich die Nummer 1a und der zweiten die Nummer 1b.

2. Ausfüllen der Gebäudelisten

Gebäude mit Wohnungen

Von den Gebäuden der Anstalt sollen **nur diejenigen** erfaßt werden, in denen sich **mindestens eine Wohnung** befindet. Die Wohnung muß in der Regel einen eigenen Abschluß und eine eigene Küche oder Kochnische haben

und als Wohnung genutzt sein. Für das betreffende Gebäude ist eine eigene Gebäudeliste anzulegen. Die Angaben über das Gebäude sind in Abschnitt B zu machen, die Angaben über Wohnung(en) und Wohnungsinhaber (auch evtl. Untermieter) auf der Rückseite der Gebäudeliste in Abschnitt C.

3. Ausfüllen der Arbeitsstättenbogen

Die Anstalt selbst ist eine Arbeitsstätte, wenn von ihr Personen beschäftigt werden. Ist dies der Fall, muß ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

Angegliederte Arbeitsstätten

Es gibt Anstalten, denen weitere Arbeitsstätten angegliedert sind, z.B. Korbflechtereien in Blindenanstalten, Schreinereien in Strafanstalten. Auch für diese ist von der Anstaltsleitung je ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen — sofern sie **überwiegend** für fremde Kundschaft arbeiten.

Selbständige Arbeitsstätten auf dem Anstaltsgelände

Außerdem befinden sich in manchen Anstalten noch Arbeitsstätten, die selbständig sind und der Anstaltsleitung nicht unterstehen, z.B. Kantinen, Verkaufsstände, Frisöre. Für diese hat der Leiter der betreffenden Arbeitsstätte selbst und nicht die Anstaltsleitung einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Selbständige und Angehörige freier Berufe

Schließlich ist noch denkbar, daß ein Bewohner in der Anstalt eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit (z. B. Arzt, Schriftsteller, Hebamme, Frisör o. dgl.) ausübt. An solche Personen muß — beim Verteilen der Einzelbogen und Haushaltslisten an die Bewohner der Anstalt — ebenfalls ein Arbeitsstättenbogen ausgegeben werden.

4. Das Verteilen von Erhebungsbogen innerhalb der Anstalt

Ausfüllen der Erhebungsbogen durch die Bewohner der Anstalt

Nachdem die Anstaltsleitung alle Angaben zur Ausfüllung der Anstaltsliste gemacht hat, verteilen Sie bitte die Einzelbogen, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen. Vielleicht übernimmt auch das Anstaltspersonal die Verteilung wenigstens der Einzelbogen, da es sich in der Anstalt viel besser auskennt. Die ausgefüllte Anstaltsliste vermittelt eine zuverlässige Aufstellung über die zu erfassenden Personen sowie die Art der auszuhändigenden Zählpapiere. Sie ersehen daraus, daß am Schluß der Zählung von jeder in

Abschnitt A eingetragenen Person ein Einzelbogen,

Abschnitt B eingetragenen Person eine Haushaltsliste,

Abschnitt D eingetragenen Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen

und von jedem Gebäude mit **mindestens einer Wohnung** eine Gebäudeliste vorliegen muß. Um zu erkennen, wem Sie bereits ein Zählpapier ausgehändigt haben, tragen Sie bitte hinter dem Namen eines jeden Empfängers einen Schrägstrich (/) ein. Wenn Sie einen Bogen ausgefüllt zurückerhalten haben, durchkreuzen Sie den Schrägstrich (X).

Stichtag: 6. Juni

Wichtig ist, daß die Angaben für den Stichtag, den 6. Juni, gegeben werden. Darauf ist besonders zu achten, **wenn die Bewohner der Anstalt häufig wechseln.**

Beim Ausfüllen helfen

Sollte der eine oder andere Bewohner der Anstalt nicht imstande sein, seinen Einzelbogen selbst auszufüllen, muß das Sekretariat oder der Zähler ihm dabei behilflich sein. In manchen Fällen, z.B. in Altersheimen, kann es von Vorteil sein, die Fragen des Einzelbogens (bzw. der Haushaltsliste) mit größeren Gruppen der Bewohner kurz durchzusprechen.

Für abwesende Bewohner der Anstalt muß die Anstaltsleitung einen Einzelbogen bzw. eine Haushaltsliste ausfüllen.

Da die Leiter der auf dem Gelände der Anstalt liegenden selbständigen Arbeitsstätten einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen haben, müssen Sie diese persönlich aufsuchen.

5. Das Einsammeln und Prüfen der Eintragungen

Erste Prüfung beim Einsammeln

Das Einsammeln nehmen Sie am besten selbst vor. Einmal, um eine Kontrolle zu haben, zum anderen, um die eingesammelten Bogen gleich einer ersten Prüfung unterziehen zu können; denn es ist nicht anzunehmen, daß alle Einzelbogen, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen richtig ausgefüllt worden sind. Um solche Fehler und Lücken sogleich beheben zu können, empfiehlt es sich, schon beim Einsammeln die Zählpapiere zu prüfen. Ob ein Erhebungsbogen vollständig ausgefüllt ist, werden Sie schon bei einer raschen Durchsicht feststellen können. Schwieriger ist zu erkennen, ob eine Frage richtig beantwortet worden ist. Da unter den Anstaltsbewohnern in der Mehrzahl ähnlich gelagerte Fälle vorkommen, werden sich die gleichen Zweifelsfragen bei jedem Bogen wiederholen. Bei Zweifelsfällen schauen Sie im „Schlagwortverzeichnis“ nach, aber auch die Merkblätter und die Erläuterungen auf den Erhebungsbogen vermitteln Hinweise auf richtige Ausfüllung. **Für die Prüfung der Haushaltslisten, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen steht Ihnen überdies noch je ein Prüfmuster zur Verfügung, in dem auf häufig begangene Fehler aufmerksam gemacht wird.**

6. Was ist nach dem Einsammeln zu tun

Nach dem Einsammeln und bevor Sie die Erhebungsbogen in Ihrer Zählungsdienststelle abliefern, verbleibt Ihnen noch die Aufgabe, die Erhebungsbogen zu ordnen, zu numerieren und zu prüfen.

Vollzähligkeitskontrolle der Einzelbogen

(1) Vergewissern Sie sich bitte zuerst, ob alle Erhebungsbogen vorliegen. Beginnen Sie mit **Abschnitt A der Anstaltsliste**, suchen Sie für den ersten dort eingetragenen Namen den zugehörigen **Einzelbogen** heraus, haken Sie ihn ab und geben Sie ihm die Nr. 1. Entsprechend ist bei den Einzelbogen Nr. 2, 3, 4 usw. zu verfahren. Wenn der Raum im Abschnitt A oder B nicht ausreichte und eine zweite Liste angelegt werden mußte, darf die Numerierung auf der zweiten Liste selbstverständ-

lich nicht neu beginnen, sondern muß im Anschluß an die auf der ersten Liste erreichte Nummer fortfahren. Die Anzahl der Einzelbogen ist auf der Rückseite der Anstaltsliste festzuhalten. Außerdem muß auf jedem Einzelbogen der Name der Anstalt eingetragen oder besser eingestempelt und die Nummer der zugehörigen Anstaltsliste vermerkt sein.

In der Anstalt vorübergehend anwesende Personen

Für Personen, die sich zum Zeitpunkt der Zählung **nur vorübergehend** in der Anstalt aufhalten, z. B. Gäste, kürzere Zeit anwesende Patienten, muß nur dann ein Einzelbogen vorliegen, wenn sie **außerhalb** der Anstalt **keinen anderen Wohnraum haben**. Sofern versehentlich auch für solche Personen Einzelbogen ausgefüllt wurden, so sind sie durchzustreichen und bei den weiteren Abschlußarbeiten gemäß (2) bis (7) **nicht zu berücksichtigen**; trotzdem sind sie mit abzugeben.

Vollzähligkeitskontrolle der Haushaltslisten

(2) Abschnitt B der Anstaltsliste enthält eine Aufzählung aller Empfänger von Haushaltslisten. Hier ist zu prüfen, ob für jeden angegebenen Namen eine Haushaltsliste vorhanden ist. Die Haushaltsliste bekommt die vor dem Namen des Empfängers in der Numerierungsspalte stehende Nummer. Ferner muß jede vorliegende Haushaltsliste in der **Anstaltsliste** abgehakt werden.

Liegen für einen Haushalt mit mehr als 6 Personen zwei Haushaltslisten vor, so erhalten beide die gleiche Nummer, jedoch mit dem Zusatz „a“ bzw. „b“.

Die Anzahl der Haushaltslisten ist auf der Rückseite der Anstaltsliste zu vermerken. Mit klein „b“, „c“ usw. gekennzeichnete Haushaltslisten werden **nicht** mitgezählt.

Vollzähligkeitskontrolle der Arbeitsstättenbogen

(3) Bei der Vollzähligkeitskontrolle der Arbeitsstättenbogen ist zu prüfen, ob für jede im Abschnitt D der Anstaltsliste eingetragene Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vorliegt. Jeder vorhandene Bogen ist in der Anstaltsliste als kontrolliert abzuheften und erhält die im Abschnitt D vor dem Namen des Empfängers eingetragene Nummer. **Der Arbeitsstättenbogen der Anstalt selbst erhält die letzte Nummer.** Die Anzahl der Arbeitsstättenbogen ist auf der Rückseite der Anstaltsliste zu vermerken.

Vollzähligkeitskontrolle der Gebäudelisten

(4) Für jedes Gebäude — in dem sich **mindestens eine Wohnung befindet** — muß eine von der Anstaltsleitung **ausgefüllte Gebäudeliste vorliegen**. Die Zahl der Gebäudelisten ist auf der Rückseite der Anstaltsliste zu vermerken und jede Gebäudeliste erhält mit 1 beginnend eine Nummer. Liegen für ein Gebäude mit mehr als 10 Wohnungen 2 Gebäudelisten vor, so erhalten beide die gleiche Nummer, jedoch mit dem Zusatz „a“ bzw. „b“. Auf der zweiten, mit „b“ gekennzeichneten Gebäudeliste brauchen die Angaben zum Abschnitt B nicht wiederholt zu werden.

Ordnung der Erhebungsbogen

Nach Abschluß der Vollzähligkeitskontrolle müssen alle Erhebungsbogen nach ihren Nummern geordnet liegen, d. h. in der Reihenfolge, wie sie in der Anstaltsliste eingetragen sind.

Fehlende Listen einholen

Stellt sich bei der Vollzähligkeitskontrolle heraus, daß Einzelbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen oder Gebäudelisten **fehlen**, so sind diese unbedingt zu beschaffen, abzuheften, zu numerieren, zu prüfen und einzuordnen.

Verschlossene Umschläge nicht öffnen

Wurden Erhebungsbogen in verschlossenen Umschlägen abgegeben, so sind diese Umschläge **nicht** zu öffnen. Der betreffende Erhebungsbogen ist jedoch als vorhanden abzuheften und seine Nummer auf dem Umschlag zu vermerken.

Prüfung der Eintragungen

(5) Da beim Einsammeln die Zeit für eine wirklich gründliche Durchsicht der Erhebungsbogen fehlt, muß jeder Einzelbogen, jede Haushaltsliste, jeder Arbeitsstättenbogen und jede Gebäudeliste späterhin in Ruhe überprüft werden. Hierbei bedienen Sie sich zweckmäßigerweise der Prüfmuster der Haushaltsliste, Gebäudeliste und des Arbeitsstättenbogens.

Prüfung der Einzelbogen

Auch die Prüfung der Einzelbogen kann an Hand des Prüfmusters der Haushaltsliste mit rotem Aufdruck erfolgen. Die Numerierung der Fragen des Einzelbogens stimmt mit der im Prüfmuster überein. Die im Prüfmuster mit einem roten Balken versehenen Fragen sind im Einzelbogen an der im Druck verstärkten Linie hinter der Fragestellung erkennbar.

Sofern Sie bei der Prüfung Unstimmigkeiten oder Eintragungslücken entdecken, ist der Ausfüller noch einmal aufzusuchen. Mängel in einem Einzelbogen können unter Umständen auch aus den Unterlagen der Anstaltsleitung berichtigt werden.

Vervollständigung der Gebäudelisten

(6) Nach der Prüfung der Eintragungen in den Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Gebäudelisten muß die Rückseite der Gebäudelisten noch **vervollständigt** werden. Auf der Rückseite, wo die Angaben für die Wohnungen eingetragen sein sollen, müssen in Spalte 5 die Namen der Wohnungsinhaber vermerkt sein, desgleichen die Namen von evtl. in der Wohnung lebenden Untermietern.

Zahl der Personen in Spalte 11

Hierzu ist zunächst die Haushaltsliste des Inhabers der ersten Wohnung herauszusuchen und ihre Nummer in Spalte 10 und die Zahl der auf der Vorderseite angegebenen Haushaltsmitglieder in Spalte 11 einzutragen. Wohnt in der Wohnung außerdem ein Untermieter, so sind die gleichen Angaben von seiner Haushaltsliste in die Spalten 10 und 11 zu übertragen. Diese Übertragungen sind auch für die Inhaber und Untermieter der zweiten, dritten Wohnung usw. vorzunehmen. Sind Haushaltslistennummer und Personenzahl für alle Haushalte übertragen worden, so ist nach Spalte 10 die **Zahl der in dem Gebäude eingesammelten Haushaltslisten** und nach Spalte 11 die **Summe der in dem Gebäude gezählten Personen** einzutragen. Beide Summen sind in die unten vorgesehenen Kästchen zu übernehmen.

Wenn bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen zwei Gebäudelisten vorliegen, so ist die Summe der eingesammelten Haushaltslisten und der gezählten Personen für das **ganze Gebäude** zu ermitteln und in dem Kästchen am Fuß der Spalten 10 und 11 auf der **zweiten** Gebäudeliste einzutragen.

Ausfüllen der Zählbezirksliste

(7) Nunmehr sind die Summenzeilen der beiden Zählbezirkslisten (weiß und hellgrau) auszufüllen. In Spalte 1 gehören Bezeichnung und Anschrift der Anstalt. **Spalte 2 bleibt frei!** In Spalte 3 ist der Name des Leiters der Anstalt (Eigentümer, Pächter, Vorstand oder Verwalter) einzutragen. In die Spalten 4 bis 6 wird die Anzahl der auf der Rückseite der Anstaltsliste angegebenen Ge-

bäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen eingetragen. Die Zahl der Einzelbogen wird in Spalte 8 (Bemerkungen) eingesetzt.

7. Ablieferung der Erhebungsbogen

Die Ablieferung aller Zählpapiere einschließlich des nicht verwendeten Vorrates (sowie des Zählerausweises) muß persönlich an die Zählungsdienststelle erfolgen, denn Zweifelsfragen, die bei der Durchsicht durch die Zählungsdienststelle aufkommen, können nur Sie klären.

Der letzte Ablieferungstermin ist der 21. Juni.

Für Ihre bei der Volkszählung zu leistende Arbeit möchten wir Ihnen im voraus danken.

Schlagwortverzeichnis

A

Abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule

siehe unter „Abschlußprüfung, Abschluß der Ausbildung“

Abmeldung

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“

Die Meldung bei der Meldebehörde spielt für die Erfassung der zu zählenden Personen keine Rolle. Abgemeldete Personen, die noch zum Haushalt gehören, sind ebenfalls in die Haushalts- und Anstaltsliste einzutragen. Für solche Personen ist es besonders wichtig anzugeben: die genaue Anschrift des weiteren Wohnraums und ob sie von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen, den Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort (Fragen 10 und 11).

Abschlußprüfung, Abschluß der Ausbildung

Anzugeben ist die Abschlußprüfung der höchsten abgeschlossenen Ausbildung, mit der der Besuch der Schule, der Hochschule oder des Lehrgangs beendet wurde, z. B. Abschlußprüfung als Handelslehrer, Handelsschulprüfung, Ingenieurprüfung, Diplomprüfung für Ingenieure, Chemiker usw. Vor der Abschlußprüfung abgebrochene Ausbildungen sind nicht einzutragen.

Abwesende Haushalte

Für längere Zeit abwesende Haushalte läßt der Zähler die Haushaltsliste durch den Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter ausfüllen oder füllt sie notfalls mit Hilfe eines Nachbarn selbst aus. Für längere Zeit abwesende Untermieter sind die notwendigen Angaben, so gut es geht, vom Wohnungsinhaber einzuholen. In allen diesen Fällen ist auf der Vorderseite der Haushaltsliste der Name des Haushalts zu vermerken und außerdem anzugeben: „Vom Zähler ausgefüllt, Haushalt längere Zeit abwesend“ mit näherer Begründung, z. B. „auf Reisen“, „im Krankenhaus“ u. dgl. Es ist möglichst noch die Zahl der Personen des abwesenden Haushalts anzugeben.

Abwesende Haushaltsmitglieder

siehe auch unter „Haushalt“

Für Haushaltsmitglieder, die am Zählungstichtag abwesend sind, müssen die Fragen der Haushaltsliste ebenso wie für die anwesenden Personen beantwortet werden. Anzugeben ist insbesondere auch, ob sie einen weiteren Wohnraum haben, ob sie von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen, den Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort sowie die genaue Anschrift dieses Wohnraums (Fragen 10 und 11).

Adoptivkinder

Adoptivkinder, die zum Haushalt gehören, sind in die Liste einzutragen.

Agenten

siehe auch unter „Handelsvertreter“

Selbständige Agenten haben einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Altenteller

Altenteller kreuzen in der Haushaltsliste bei Frage 13 die Antwort: Renten-, Pensions- oder Unterstützungsempfänger an. Zu Frage 14 setzen sie in der Antwortspalte unter „oder woraus sonst“ die Worte „aus eigenem Vermögen“ ein.

Altersheime

siehe unter „Anstalten“

Ambulantes Gewerbe

siehe unter „Verkaufsstände“

Wenn ein Haushaltsmitglied ein Gewerbe im Umherziehen (Wandergewerbe, Straßenhandel) ausübt, ist dafür ein Arbeitsstättenbogen in der Wohnung auszufüllen.

Amtsgebäude

siehe unter „Verwaltungsgebäude“

Angestellte

Angestellte sind alle Gehaltsempfänger im Arbeitnehmerverhältnis; sie unterliegen — mit wenigen Ausnahmen — der Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung. Zu den Angestellten rechnen kaufmännische, technische Verwaltungsangestellte, aber auch „Versicherungsbeamte“, „Betriebsbeamte“, „Bankbeamte“, soweit diese nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (z. B. bei der Bundesbank) stehen, ebenso Direktoren, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte u. ä. Personen in leitender Stellung. Hausangestellte sind in der Regel als Arbeiter anzusehen.

Anlernling

siehe unter „Lehrling“

Anmeldung

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“

Die Meldung bei der Meldebehörde spielt für die Erfassung der zu zählenden Personen keine Rolle. Zum Haushalt gehörende, aber nicht oder noch nicht gemeldete Personen sind ebenfalls in die Haushalts- bzw. Anstaltsliste einzutragen.

Anschluß an Wassernetz im Gebäude

Hierunter ist nur der Anschluß an das öffentliche oder an ein genossenschaftliches oder werkseigenes Wasserversorgungsnetz zu verstehen. Eigene (private) Wasserversorgung, wie z. B. Ziehbrunnen im Haus oder auf dem Hof, öffentlicher Brunnen in der Gemeinde oder privater Brunnen auf dem Hof, Pumpen usw., bleiben außer Betracht.

Anschrift der Arbeitsstätte

Wer für die Firma, den Arbeitgeber usw. in einer Filiale, auf einer Baustelle oder dgl. arbeitet, gibt zu Frage 17 der Haushaltsliste nicht die Anschrift der Firma, sondern die seiner tatsächlichen Arbeitsstätte, also der Filiale, Baustelle usw. an, denn die Angaben werden u. a. zur Feststellung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt. Personen ohne feste Arbeitsstätte, wie Lokomotivführer und Fernlastfahrer, geben die Anschrift des Betriebes an, von dem aus über ihre Tätigkeit bestimmt wird. Handelsvertreter, Straßenhändler u. dgl. geben die Anschrift an, von der aus sie ihre Handelstätigkeit unternehmen, gegebenenfalls ihre Wohnung. Seeleute und Binnenschiffer bezeichnen das Schiff, zu dessen Besatzung sie gehören, und dessen Heimathafen.

Anstalten

1. Als Anstalten gelten Altersheime, Klöster, Waisenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Sanatorien, Krankenanstalten, Internate, Schülerheime, Lehrlingsheime, Kindergärten, Kindertagesstätten, Erziehungsanstalten, Strafanstalten, Durchgangs- und Wohnlager für Vertriebene sowie für deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge, Massenunterkünfte, Obdachlosenheime, Kasernen, Arbeiterlager, Erholungsheime u. dgl. Für die Durchführung der Zählung in einer Anstalt ist deren Leiter, Inhaber oder Pächter verantwortlich. Der Zähler händigt der Anstaltsleitung aus:

- Eine oder mehrere Gebäudelisten, sofern die Anstalt ein oder mehrere Gebäude umfaßt und in jedem Gebäude mindestens eine Wohnung vorhanden ist. (s. unter „Wohnungen“) Für Gebäude ohne eine Wohnung sind keine Gebäudelisten anzulegen.
- Eine Anstaltsliste nebst Einzelbogen (siehe weiter unter 2. „Wie werden Personal und Insassen von Anstalten gezählt?“).
- Einen oder mehrere Arbeitsstättenbogen (siehe weiter unter 3. „Erfassung der Anstaltswerkstätten“).
- Haushaltslisten für die in der Anstalt wohnenden Haushalte.

Größere Beherbergungsbetriebe und Hotels werden wie Anstalten mit Anstaltslisten erfaßt.

2. Wie werden Personal und Insassen der Anstalten gezählt?

Personal, soweit es in der Anstalt auch wohnt, und ständige Insassen werden in die Anstaltsliste eingetragen. Diese Personen haben einen Einzelbogen auszufüllen, wenn sie keinen eigenen Haushalt führen. Personal, das innerhalb der Anstalt eine eigene Wohnung innehat und einen eigenen Haushalt führt, füllt dagegen keinen Einzelbogen, sondern eine Haushaltsliste aus (z. B. die Familie des Anstaltsleiters, Pförtners oder Heizers). Ebenfalls eine Haushaltsliste füllen Insassen aus, wenn sie in der Anstalt einen eigenen Haushalt führen (z. B. Flüchtlingsfamilien).

Personen, die sich nur vorübergehend in einer Anstalt oder in einem Beherbergungsbetrieb aufhalten (Krankenhauspatienten, Kurgäste, Hotelgäste, Untersuchungshäftlinge), werden nur dann in die Anstaltsliste eingetragen, wenn sie außerhalb der Anstalt keinen Wohnraum haben. Dauergäste in Beherbergungsbetrieben füllen eine eigene Haushaltsliste aus.

3. Erfassung der Anstaltswerkstätten

Eine Anstalt gilt selbst als Arbeitsstätte, wenn sie Personen beschäftigt. Der Inhaber oder Leiter muß für sie dann einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Für Werkstätten in Anstalten (z. B. Korbflechtereien in Strafanstalten, Blindenanstalten usw.), die dauernd und überwiegend für den Markt (fremde Kundschaft) arbeiten, ist ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Arbeitsstätten, die auf dem Gelände der Anstalt liegen, aber nicht zu ihr gehören, sind beim Anstaltsleiter zu erfragen. Für sie müssen eigene Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden. Diese Arbeitsstätten sind ebenfalls in die Anstaltsliste, Abschnitt D, einzutragen.

Anstaltspersonal

siehe unter „Anstalten“

Anstaltswerkstätten

siehe unter „Anstalten“

Arbeiter

Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Lohnempfänger unterliegen fast ausschließlich der Versicherungspflicht zur Arbeiterrentenversicherung. Arbeiter im Bergbau werden in der Knappschaftsversicherung versichert. Zu den Arbeitern zählen auch Hausgehilfen, Heimarbeiter und Schiffsleute.

Arbeiterlager

siehe auch unter „Anstalten“

In auch zum Schlafen bestimmten Gemeinschaftsunterkünften für Arbeiter ist die Zählung wie in Anstalten durchzuführen. Im Abschnitt A der Anstaltsliste: „Verzeichnis der Einzelpersonen (Personal und Insassen)“ sind alle Personen einzutragen, die sich im Lager befinden. Für jede dieser Personen ist außerdem ein Einzelbogen auszufüllen.

Arbeitslose

Arbeitslose, die während ihrer Arbeitslosigkeit nicht nebenher etwas durch Arbeit verdienen, beantworten die Fragen der Haushaltsliste über Erwerbstätigkeit und Beruf für ihre zuletzt ausgeübte Erwerbstätigkeit. Arbeitslose, die während ihrer Arbeitslosigkeit eine Nebenbeschäftigung haben, beantworten diese Fragen dagegen für diese Nebenbeschäftigung.

Arbeitsort

siehe unter „Anschrift der Arbeitsstätte“

Arbeitsstätte

siehe auch unter „Anschrift der Arbeitsstätte“

Ein Arbeitsstättenbogen ist für jede nicht landwirtschaftliche Arbeitsstätte auszufüllen, in der mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist (vgl. auch die Erläuterungen im Arbeitsstättenbogen). Zum Ausfüllen des Arbeitsstättenbogens ist der Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätte bzw. deren Vertreter verpflichtet. Gleichzeitig muß der Inhaber die Arbeitsstätte in Abschnitt VII seiner Haushaltsliste eintragen.

Arbeitsweg

siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“

Arbeitsweg, wechselnder

Personen, die nicht regelmäßig den gleichen Weg von einer bestimmten Wohnung zu einer bestimmten Arbeits- oder Aus-

bildungsstätte zurücklegen (z. B. Vertreter, Reisende), machen über den Weg zur Arbeits- (Ausbildungs-)stätte keine Angaben, sondern vermerken lediglich: „Arbeitsweg wechselt“.

Arbeitszeit

Bei Frage 20 ist die „normalerweise“ in einer Woche geleistete Arbeitszeit anzugeben. Gelegentliche oder einmalige Veränderungen im regelmäßigen Wochenablauf, die durch gesetzliche Feiertage, Urlaub, Krankheit, Arbeitsplatzwechsel, Schichtwechsel, Überstunden, Kurzarbeit oder Streiks verursacht werden, sind nicht zu berücksichtigen. „Geleistete“ Arbeitszeit umfaßt die tatsächlichen geleisteten Arbeitsstunden (einschließlich Arbeitsbereitschaft), jedoch ohne die normalerweise in den Arbeitsablauf fallenden Pausen. Zur geleisteten Arbeitszeit gehört z. B.

bei Lehrpersonen nicht nur der Zeitaufwand für Unterrichtsstunden, sondern auch die Zeit der Unterrichtsvorbereitung, der Bearbeitung von Schülerarbeiten, der Teilnahme an Lehrerkonferenzen usw.;

bei mithelfenden Familienangehörigen nur der Zeitaufwand für betriebliche Arbeiten, nicht aber die für hauswirtschaftliche Arbeiten aufgewandte Zeit;

bei Lehrlingen die betriebliche Arbeitszeit ohne den Zeitaufwand für den Berufsschulbesuch.

Art des Gebäudes

siehe unter dem Schlagwort der jeweiligen Gebäudeart, z. B. „Einfamilienhäuser“, „Bauernhäuser“ usw.

Aufenthalt im Ausland

siehe auch unter „Abwesende Haushaltsmitglieder“ und „Haushalte“.

Haushaltsmitglieder im Ausland sind ebenfalls anzugeben, es sei denn, daß sie dauernd im Ausland bleiben wollen (Auswanderer).

Aufenthaltsort

Personen, die am Zählungstichtag von ihrem Wohnort abwesend sind (z. B. Handelsvertreter, Lokomotivführer, Fernlastfahrer, Studierende, Schüler), müssen trotzdem an ihrem Wohnort in eine Haushaltsliste eingetragen werden. Die Fragen 10 a und 10 b sowie 11 a und 11 b sind besonders zu beachten. Wird am Arbeits- oder Ausbildungsort weiterer Wohnraum bewohnt, so haben sie dort eine eigene Haushaltsliste auszufüllen.

Ausgeübte Tätigkeit

siehe auch unter „Doppelberuf“ und „Erwerbstätigkeit“

Anzugeben ist für Erwerbstätige die im Zeitpunkt der Zählung ausgeübte Tätigkeit, und zwar auch dann, wenn diese Tätigkeit sich nicht mit einem früher erlernten und ausgeübten Beruf deckt oder der Erwerbstätige zur Zeit der Zählung wegen Urlaub, Dienstbefreiung, Krankheit oder dgl. vorübergehend seinen Arbeitsplatz nicht einnimmt.

Arbeitslose geben die vor Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit zuletzt ausgeübte Tätigkeit an. Sofern sie während ihrer Arbeitslosigkeit jedoch eine Nebenbeschäftigung haben, geben sie diese Tätigkeit an.

Für Soldaten im Grundwehrdienst bis zu 18 Monaten oder auf Wehrübung sind in der Haushaltsliste keine Angaben über Erwerbstätigkeit und Beruf zu machen.

Auskunftspflichtige

Nach dem Volkszählungsgesetz 1961 sind auskunftspflichtig für: die Gebäudeliste: der Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, der Hausverwalter oder dessen Vertreter; die Haushaltsliste: jedes volljährige Mitglied eines Haushalts, in erster Linie der Haushaltsvorstand; die Anstaltsliste: der Inhaber bzw. Leiter, Pächter, Verwalter einer Anstalt; den Arbeitsstättenbogen: der Inhaber bzw. Leiter, Pächter, Verwalter einer Arbeitsstätte.

Auskunftsverweigerung

siehe unter „Weigerung Auskunftspflichtiger“

Ausländer

siehe auch unter „Ausländische Streitkräfte“ und „Ausländische Missionen“

Ausländer werden wie die deutsche Bevölkerung gezählt. Eine Ausnahmeregelung gilt lediglich für die Mitglieder der im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte sowie für die im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) tätigen Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

Ausländische Missionen Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate u. ä. m.

- (1) Zu den im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) tätigen Mitgliedern der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehören neben dem Leiter und den ausländischen Bediensteten dieser Vertretungen auch deren Familienangehörige. Die Mitglieder der ausländischen Vertretungen werden bei der Zählung nicht erfaßt, wohl aber das bei diesen Personen wohnende deutsche Personal, wie z. B. Hausgehilfinnen, sofern das Personal dort regelmäßig übernachtet. Zur Erfassung dieses Personals händigt der Zähler eine Haushaltsliste aus, auf deren Vorderseite er ein „A“ vermerkt. Im übrigen bleibt diese Seite leer. Nur wenn es sich beim Personal um eine Familie (z. B. des Gärtners, Heizers) handelt, ist auch die Vorderseite auszufüllen.
- (2) Bezüglich der Erfassung der Gebäude siehe unter „Ausländische Streitkräfte“, Ziffer (2).
- (3) Stößt der Zähler in der Wohnung einer ausländischen Vertretung auf Verständigungs- oder andere Schwierigkeiten, muß er die Zählungsdienststelle der Gemeinde davon unterrichten, damit die Erfassung von dort aus durchgeführt werden kann.

Ausländische Streitkräfte

- (1) Zu den Mitgliedern der im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte aus den Vereinigten Staaten, aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark usw. gehört neben dem militärischen Personal auch das diesen Truppen unterstellte zivile Gefolge. Ferner gelten als Mitglieder der ausländischen Streitkräfte die Familienangehörigen (Ehefrauen, Kinder und sonstige nahe Verwandte) des militärischen Personals und zivilen Gefolges.

Die Mitglieder der ausländischen Streitkräfte werden bei der Zählung nicht erfaßt, wohl aber das bei ihnen wohnende deutsche Personal, wie z. B. Hausgehilfinnen, sofern das Personal dort regelmäßig übernachtet. Zur Erfassung dieses Personals händigt der Zähler eine Haushaltsliste aus, im übrigen gilt das gleiche wie für das Personal bei „Ausländischen Missionen“, s. o.

- (2) Für jedes von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Gebäude ist vom Gebäudeeigentümer eine Gebäudeliste auszufüllen und auf der Vorderseite der Gebäudeliste in dem freien Raum vor den Ordnungsangaben ein „A“ zu vermerken. Haushaltslisten brauchen nicht angelegt zu werden, aber die Zahl der in der Wohnung lebenden Personen ist für jede Wohnung in Spalte 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste einzutragen.

Wird ein Gebäude mit mehreren Wohnungen sowohl von deutschen Haushalten als auch von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnt, so hat der Zähler in jede für Angehörige ausländischer Streitkräfte ausgefüllte Wohnungszeile auf der Rückseite der Gebäudeliste (Spalte 5 rechts) ein „A“ einzutragen. In diesen Fällen muß zur Kontrolle auch für jeden ausländischen Haushalt eine Haushaltsliste angelegt werden, in der in Spalte 11 die Zahl der Personen in der Wohnung zu vermerken ist. Außerdem sind diese Gebäudelisten auf der Vorderseite oben mit einem „A“ zu versehen.

Für von Angehörigen ausländischer Streitkräfte voll in Anspruch genommene und der zivilen Verfügungsgewalt entzogene Gebäude sind keine Gebäudelisten auszufüllen.

- (3) Stößt der Zähler in der Wohnung einer ausländischen Vertretung auf Verständigungs- oder andere Schwierigkeiten, muß er die Zählungsdienststelle der Gemeinde davon unterrichten, damit die Erfassung von dort aus durchgeführt werden kann.

Automatische Anlagen (ohne Bedienungspersonal)

Pumpwerke, Umformerstationen, Warenautomaten usw. ohne ständiges Bedienungspersonal, die nur gelegentlicher Wartung bedürfen, sind nicht als Arbeitsstätten zu zählen.

B

Baracken

siehe unter „Notwohngebäude“

Bauarbeiterlager

siehe unter „Arbeiterlager“

Bäuerliche Anwesen

siehe unter „Bauernhäuser“ und „Landwirtschaftliche Betriebe“

Bauernhäuser

siehe auch unter „Wohnungen“

Bauernhäuser sind Gebäude, die in landwirtschaftlichen Betrieben zum ständigen Wohnen des Bauern (Leiters des landwirtschaftlichen Betriebes) bestimmt sind, gleichgültig, ob in diesen Gebäuden noch weiterer Wohnraum (z. B. Altenteilerwohnung, Landarbeiterwohnung) oder landwirtschaftlicher Nutzraum vorhanden ist oder nicht. Sie gelten in der Regel als eine Wohnung (siehe dort), zu der gegebenenfalls auch Einzelräume in den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind. Vermietete Bauernhäuser, die nicht mehr landwirtschaftlichen Zwecken dienen, sind als Ein- bzw. Zweifamilienhäuser einzureihen. Ebenso ist zu verfahren, wenn der Eigentümer eines Bauernhauses seine Felder an eine nicht in diesem Bauernhaus wohnende Person verpachtet oder verkauft hat.

Baujahr des Gebäudes

Als Baujahr eines Gebäudes gilt das Jahr der Bezugsfertigstellung. Bei Gebäuden, die durch Kriegsschäden teilweise unbenutzbar geworden waren und wiederhergestellt wurden, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung, bei total zerstörten und wiederaufgebauten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaues.

Baustellen

siehe auch unter „Leerstehende Gebäude“ und „Leerstehende Wohnungen“

Für im Bau befindliche Gebäude sind nur dann Gebäudelisten auszufüllen, wenn diese noch nicht vollendeten Gebäude bereits teilweise bewohnt werden. In solchen Fällen ist auf der Gebäudeliste, im Abschnitt B, hinter „Art des Gebäudes“ der Vermerk „noch im Bau“ einzutragen. Als Art des Gebäudes ist die endgültig vorgesehene Gebäudeart anzukreuzen bzw. einzutragen. Im Abschnitt C, Spalte 5, sind auch die fertigen aber noch nicht bezogenen Wohnungen nachzuweisen und mit „leerstehend“ zu kennzeichnen.

Für die Baustellen selbst braucht kein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt zu werden. Die beim Bau Beschäftigten werden im Arbeitsstättenbogen ihrer Firmen angegeben.

In der Haushaltsliste (Frage 17) geben Bauarbeiter jedoch die Anschrift der Baustelle und nicht die des Arbeitgebers an.

Beamte

siehe auch unter „Angestellte“

Beamte stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, in das sie durch eine Anstellungs-(Ernennungs-)urkunde berufen sind und führen eine Amtsbezeichnung des Verwaltungs- oder technischen Dienstes. Beamte unterliegen keiner Sozialversicherungspflicht, ausgenommen Posthalter.

Versicherungsbeamte, Betriebsbeamte, Bankbeamte u. ä., soweit sie nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z. B. bei der Bundesbank), sind keine Beamten, sondern Angestellte.

Behelfsheime

siehe auch unter „Notwohngebäude“

Behelfsheime sind nur behelfsmäßig (in der Regel aus fabrikmäßig hergestellten Einzelbauteilen), also nicht in massiver Bauweise errichtete Gebäude mit beschränkter Benutzungsdauer selbst wenn sie durch Unter- oder Ummauerung oder ähnliche Maßnahmen winterfest gemacht wurden. Sie gelten als Notwohngebäude und werden nur erfaßt, wenn sie bewohnt sind.

Behelfsmäßige Wohngelegenheit

siehe unter „Notwohngebäude“

Beherbergungsgewerbe

siehe auch unter „Anstalten“

Für kleinere Beherbergungsbetriebe, wie kleinere Gasthöfe, Fremdenheime Pensionen, Herbergen usw., ist eine Gebäudeliste anzulegen, wenn der Inhaber Eigentümer oder Verwalter des Gebäudes ist und wenn in dem Gebäude mindestens eine Wohnung vorhanden ist. Die darin befindlichen Haushalte werden mit Haushaltslisten erfaßt. Außerdem ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Größere Betriebe werden dagegen wie Anstalten behandelt.

Behörden

siehe unter „Bundesbahn und Bundespost“

Dienststellen, Einrichtungen u. dgl. von Behörden werden durch Sonderbeauftragte der jeweiligen Gemeindeverwaltung erfaßt.

Der Zähler muß sie trotzdem aufsuchen. Er erhält statt des Arbeitsstättenbogens einen Kontrollzettel. Wo ein solcher nicht vorliegt, muß der Zähler die Ausfüllung eines Arbeitsstättenbogens fordern. Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden lediglich die Dienststellen der Bundesbahn und der Bundespost.

Beruf

siehe auch unter „Ausgeübte Tätigkeit“

Bei der Frage 18 der Haushaltsliste ist nicht der Ausbildungsberuf (erlernter Beruf) anzugeben, sondern die Tätigkeit, die tatsächlich ausgeübt wird. Ist z. B. ein gelernter Buchdrucker als Lagerverwalter tätig, oder ein gelernter Schlosser als Fernlastfahrer, so ist anzugeben „Lagerverwalter“ bzw. „Fernlastfahrer“.

Berufsfachschule

siehe auch unter „Fachschule“

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, die

- a) freiwillig
- b) in der Regel von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren
- c) in mindestens 1 Jahr umfassendem Vollunterricht besucht werden.

(Beispiele: Handelsschulen, Schulen für Kinderpflege und Hauswirtschaft.)

Berufsschule

siehe auch unter „Berufsfachschule“ und „Fachschule“

Berufsschulen sind berufsbegleitende Schulen, die

- a) pflichtmäßig
- b) während der praktischen Berufsausbildung
- c) von schulentlassenen oder vorzeitig abgegangenen Jugendlichen unter 18 Jahren
- d) 1 oder 2 Tage wöchentlich besucht werden.

(Beispiele: Gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche, landwirtschaftliche Berufsschulen.)

Berufsschulen wurden nach dem 1. Weltkrieg in den 20er Jahren eingerichtet und lösten die frühere Fortbildungsschule ab. — Der Besuch der Berufsschule wird im Abschnitt IV der Haushaltsliste nicht erfragt.

Berufssoldaten

siehe auch unter „Soldaten“

Berufssoldaten beantworten — anders als die Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung — die Fragen im Abschnitt II der Haushaltsliste über ihre gegenwärtig ausgeübte Tätigkeit als Soldat.

Besuch

siehe unter „Vorübergehend Anwesende“

Betriebs-, Büro- oder Ladengemeinschaften

Wenn in einem Gebäude, Raum, Laden oder Verkaufsstand mehrere selbständige Gewerbe von verschiedenen selbständigen Inhabern unabhängig voneinander ausgeübt werden, so ist für jedes einzelne dieser Gewerbe oder jede einzelne dieser Tätigkeiten ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Bewohnte Gebäude

Für jedes bewohnte Gebäude (Gebäude mit mindestens einer Wohnung oder einer ständig benutzten behelfsmäßigen Wohngelegenheit), gleich welcher Art, ist grundsätzlich eine Gebäudeliste anzulegen.

Bezeichnung der Abschlußprüfung

siehe unter „Abschlußprüfung, Abschluß der Ausbildung“

Blindenanstalten, -heime

siehe unter „Anstalten“

Blumenbindereien

siehe unter „Gärtnereien“

Botenfrauen

Botenfrauen erhalten keinen Arbeitsstättenbogen.

Brennereien

siehe auch unter „Landwirtschaftliche Betriebe“

Zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehörende Brennereien erhalten nur dann einen Arbeitsstättenbogen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten.

Bretterbuden

siehe unter „Notwohngebäude“

Bücherrevisoren

Selbständige Bücherrevisoren, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Helfer in Steuersachen u. dgl. füllen einen Arbeitsstättenbogen aus.

Bürogebäude

siehe unter „Verwaltungsgebäude“

Bürogemeinschaften

Bei Bürogemeinschaften ist für jeden einzelnen Betrieb ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Büros

siehe auch unter „Bücherrevisoren“

Büros haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn darin ständig mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist. Ehrenamtliche Tätigkeit zählt nicht.

Bundesbahn und Bundespost

Betriebe und Dienststellen der Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt.

Bundesflüchtlingsausweis

Einen Bundesflüchtlingsausweis „C“ besitzen Sowjetzonenflüchtlinge, die ihren Wohnsitz in der jetzigen sowjetischen Besatzungszone oder dem Sowjetsektor von Berlin gehabt haben und von dort flüchten mußten oder nach der Besetzung dorthin nicht zurückgekehrt sind.

Bundesvertriebenenausweis

Ausweis A besitzen Heimatvertriebene, die ihren Wohnsitz am 31. 12. 1937 oder bereits einmal vorher in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches (Gebietsstand vom 31. 12. 1937) hatten und diesen infolge Vertreibung, Flucht, Ausweisung oder Aussiedlung verloren haben. Ausweis B besitzen Vertriebene, die ihren Wohnsitz erstmalig nach dem 31. 12. 1937 in den unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31. 12. 1937) genommen und diesen infolge Flucht, Vertreibung, Ausweisung oder Aussiedlung verloren haben.

Bundeswehr

siehe unter „Soldaten“

Bundeswehrgelände

Bundeswehrgelände (z. B. Kasernen usw.) soll vom Zähler nicht betreten werden. Die Zählung wird von den Standortverwaltungen durchgeführt. In den außerhalb von Kasernen usw. gelegenen Dienststellen der Bundeswehr erhält der Zähler einen Kontrollzettel.

Bunker

siehe unter „Notwohngebäude“

D

Dachgeschoß

Als Dachgeschoß ist dasjenige Geschoß zu verstehen, das oberhalb des letzten Vollgeschosses liegt und nach außen ganz oder teilweise durch das Dach abgeschlossen wird. Ein Kniestockwerk gilt als das letzte Vollgeschoß. Die in einem Dachgeschoß liegenden Wohnungen gelten als Dachgeschoßwohnungen.

Dachgeschoßwohnungen

siehe unter „Dachgeschoß“

Dach neu gedeckt

Hierunter ist nur die völlige Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelags, jedoch nicht eine Überholung (teilweise Erneuerung) zu verstehen.

Dach völlig erneuert

Hierunter ist die vollständige — nicht nur teilweise — Erneuerung oder Umdeckung des gesamten Dachbelages und zugleich die Erneuerung der Dachkonstruktion zu verstehen.

Dachzimmer

siehe unter „Mansarden“

Dauergäste in Hotels

siehe unter „Anstalten“

Dauerpatienten

siehe auch unter „Anstalten“

Dauerpatienten sind ständig in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten eingewiesene Kranke. Sie sind in die Anstaltsliste einzutragen und füllen einen Einzelbogen aus. Wenn sie hierzu nicht in der Lage sein sollten, ist der Einzelbogen von der Anstaltsleitung auszufüllen.

Dauerverkaufsstände

siehe unter „Verkaufsstände“

Dienst- und Werkwohnungen

siehe auch unter „Wohnungen“

Dienst- und Werkwohnungen sind Wohnungen, die sich entweder im Eigentum des Arbeitgebers befinden oder mit einem Zuschuß des Arbeitgebers gefördert sind oder einer Bindung hinsichtlich der Belegung unterliegen und in der Regel den Arbeitnehmern zum Wohnen (zur Miete) überlassen werden. Hierzu gehören jedoch nicht Wohnungen von Wohnungsgesellschaften, die von einzelnen Unternehmen gegründet wurden, um für Betriebsangehörige Wohnungen zu bauen.

Dienstleistungsbetriebe

Dienstleistungsbetriebe sind Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, des Reinigungsgewerbes, der Spedition usw. Sie gelten auch dann als Arbeitsstätten, wenn eine feste Arbeitsstätte nicht vorliegt (z. B. Kaminkehrer, Wandermusiker). Größere Betriebe des Beherbergungsgewerbes haben außer einem Arbeitsstättenbogen auch eine Anstaltsliste auszufüllen.

Dienststellen

siehe unter „Behörden“

Doppelberuf

siehe auch unter „Weitere Tätigkeit“

Ein Doppelberuf ist die Verbindung von zwei Berufen, die ausbildungsmäßig (z. B. Bäcker und Konditor) oder herkömmlicherweise wirtschaftlich (z. B. Gastwirt und Metzger) in engem Zusammenhang stehen und von einer Person gleichzeitig, d. h. ohne die Möglichkeit, sie nach der Arbeitszeit zu trennen, ausgeübt werden. Er ist mit der Doppelbezeichnung bei Frage 18 anzugeben.

Doppelhäuser

siehe unter „Gebäude“

Doppelwohnsitz

Personen mit mehreren Wohnungen sind in jeder Wohnung in die Haushaltsliste oder Anstaltsliste einzutragen. Für solche Personen muß eingetragen sein: die genaue Anschrift des weiteren Wohnraumes und ob sie von dort zur Arbeit oder Ausbildung gehen; bei Abwesenheit der Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort (Fragen 10 und 11).

Dreschmaschinenverleihbetriebe

Dreschmaschinenverleihbetriebe gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Durchgangslager

siehe unter „Anstalten“

Durchschnittlicher Zeitaufwand

siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“

E

Ehepartner, abwesender

siehe auch unter „Familienstand“ und „Abwesende Haushaltsmitglieder“

Abwesende Ehepartner, die zum Haushalt gehören, sind stets mitaufzuführen. Dabei ist insbesondere auf genaue Angaben zu den Fragen 10 und 11 der Haushaltsliste zu achten. Hat der abwesende Ehepartner an seinem Aufenthaltsort weiteren Wohnraum, wird er auch dort in eine Haushaltsliste oder Anstaltsliste eingetragen. Die Angabe des abwesenden Ehepartners entfällt nur dann, wenn zwischen den Ehepartnern wegen Ehezerstörung keine Wohngemeinschaft mehr besteht (dauernd getrennt Lebende). Wenn Ehepartner aus beruflichen Gründen zeitweise nicht zusammenleben, ist in jedem Fall die Eintragung des z. Z. Abwesenden vorzunehmen.

Ehrenamtliche Tätigkeit

Ehrenamtliche Tätigkeiten sind in der Haushaltsliste nicht anzugeben. Für sie braucht auch kein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt zu werden.

Eigene Wasserversorgungsanlage mit Zapfstelle (Hahn) im Gebäude

Eine eigene Wasserversorgung liegt vor, wenn ein Gebäude zwar nicht an das öffentliche oder an ein genossenschaftliches oder werkseigenes Wassernetz angeschlossen ist, jedoch eine andere Einrichtung innerhalb des Gebäudes besteht, um das Gebäude mit Wasser zu versorgen. Es muß in dem Gebäude jedoch eine Wasserzapfstelle (Hahn) vorhanden sein.

Eigentümer des Gebäudes

siehe unter „Gebäudeeigentümer“

Eigentumswohnungen

siehe unter „Gebäudeeigentümer“

Einfamilienhäuser

siehe auch unter „Wohnungen“ und „Zweifamilienhäuser“

Einfamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit 1 Wohnung. Ist in einem Einfamilienhaus eine sogenannte Einliegerwohnung vorhanden, so zählt dieses Gebäude zu den Zweifamilienhäusern. Zu den Einfamilienhäusern zählen nicht die gesondert nachzuweisenden Bauernhäuser, Kleinsiedlerstellen, Nebenerwerbsstellen, Notwohngebäude (Behelfsheime usw.) sowie Nichtwohngebäude mit Wohnraum.

Einliegerwohnungen

siehe unter „Wohnungen“

Einmannbetriebe

Auch Betriebe, in denen nur der Inhaber allein tätig ist, gelten als Arbeitsstätten und haben einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen (z. B. allein arbeitender Schuhmacher).

Erbengemeinschaften

Mehrere natürliche Personen, die ein Gebäude gemeinsam geerbt haben, bilden eine Erbengemeinschaft. Bewohnen Mitglieder einer Erbengemeinschaft eine oder mehrere Wohnungen in einem Gebäude selbst, so ist jede dieser Wohnungen im Abschnitt C, Spalte 6, der Gebäudeliste als „Wohnung des Gebäudeeigentümers“ zu bezeichnen.

Erfrischungshallen

siehe unter „Kantinen“ und „Verkaufsstände“

Erholungsheime

siehe unter „Anstalten“

Erwerbstätigkeit

Eine Erwerbstätigkeit liegt auch dann vor, wenn jemand einer noch so geringfügigen Nebenbeschäftigung nachgeht mit geringer Arbeitszeit, und ohne daraus einen nennenswerten Beitrag zu seinem Lebensunterhalt zu gewinnen. Auch Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre und Werkstudenten gelten als Erwerbstätige und haben die Fragen im Abschnitt II der Haushaltsliste zu beantworten.

Ehrenamtliche Tätigkeiten sind nicht anzugeben.

Für Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung ist bei Frage 12 der Haushaltsliste „ja“ anzukreuzen, zu den Fragen 15 ff. sind keine Angaben zu machen. Dagegen sind die Fragen in Abschnitt II von Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit zu beantworten.

Arbeitslose ohne jede Nebentätigkeit kreuzen in Frage 12 „nein“ an und beantworten die Fragen 15 ff. für ihre zuletzt ausgeübte Tätigkeit. Arbeitslose mit einer Nebentätigkeit beantworten die Fragen 15 ff. für diese Nebentätigkeit.

Für eine etwaige weitere Tätigkeit Erwerbs- oder Berufstätiger ist zu Frage 21 lediglich anzugeben, ob diese innerhalb oder außerhalb der Landwirtschaft ausgeübt wird. Wird diese weitere Tätigkeit innerhalb der Landwirtschaft ausgeübt, so ist festzustellen, ob das Haushaltsmitglied eigene Flächen bewirtschaftet. Trifft dies zu, so muß Abschnitt V auf der Rückseite der Haushaltsliste ausgefüllt werden.

Erziehungsanstalten

siehe unter „Anstalten“

Etagengeschäfte

Etagengeschäfte erhalten wie jeder andere Handelsbetrieb einen Arbeitsstättenbogen

Etagenmietfürhäuser

siehe unter „Mehrfamilienhäuser“

F

Fabriken

Die Betriebsleitung hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Befinden sich auf dem Werksgelände ständig benutzte Wohngelegenheiten (z. B. Pfortnerwohnung, Hausmeisterwohnung), so ist auch eine Gebäudeliste anzulegen und in Abschnitt C sind die Namen der Wohnungsinhaber einzutragen. An diese hat der Zähler Haushaltslisten auszugeben. Falls auf dem Werksgelände ein Lehrlingswohnheim, eine Arbeiterwohnbaracke u. dgl. liegt, ist dafür von der Betriebsleitung eine Anstaltsliste auszufüllen.

Fachrichtung

siehe unter „Hauptfach“

Fachschule

siehe auch unter „Berufsfachschule“

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die

- a) freiwillig
- b) auf der Grundlage einer schon erworbenen Berufsausbildung
- c) von nicht mehr berufsschulpflichtigen Personen über 18 Jahre
- d) mit Vollunterricht (30 bis 40 Wochenstunden) von mindestens einem halben Jahr zur weiteren beruflichen Fortbildung auf einen in der Regel höher qualifizierten Beruf besucht werden.

(Beispiele: Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Seefahrt-, Kunst-, Musik-, Frauenfach-, Krankenpflegeschulen.)

Fäkalien

Unter Fäkalien versteht man die menschlichen Abfallprodukte (Ausscheidungen), die in der Regel über die Toilette (Klosett, Abort) abgeleitet werden.

Fäkalienabfuhr

Unter Fäkalienabfuhr ist die Leerung einer Abortgrube und der Abtransport der Fäkalien, gleichgültig mit welchem Transportmittel, zu verstehen.

Fahrzeuge

siehe auch unter „Notwohngebäude“

Ständig bewohnte Fahrzeuge, z. B. Wohnwagen, abgestellte Waggons, außer Dienst gestellte Schiffe u. dgl., werden als Notwohngebäude erfaßt.

Familienangehörige, Mithelfende

siehe unter „Mithelfende Familienangehörige“

Familienstand

Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, tragen „verwitwet“ ein; Personen, deren Ehe durch Gerichtsurteil aufgehoben wurde, geben „geschieden“ an. Leben die Ehepartner getrennt, ohne daß eine gerichtliche Scheidung ausgesprochen ist, sind sie als „verheiratet“ anzusehen. Dasselbe gilt für alle in „Scheidung lebenden Personen“, solange das Scheidungsurteil noch nicht vorliegt. Verheiratet sind ferner alle Personen, deren Ehegatte zwar vermißt ist, für den aber keine Todeserklärung vorliegt. Ledig ist, wer noch nicht verheiratet war.

Filialen

Filialen gelten wie alle Zweigniederlassungen als selbständige Arbeitsstätten und haben eigene Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wobei die Abschnitte E und F nicht ausgefüllt zu werden brauchen.

Fischerei

Für Betriebe der Binnenfischerei ist kein Arbeitsstättenbogen anzulegen, weil diese als landwirtschaftliche Arbeitsstätten gelten.

Flachs- und Hanfrüstereien

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“

Fleischbeschauer

Selbständige Fleischbeschauer haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Der Zähler übergibt sie zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.

Fliegende Verkaufsstände

siehe unter „Verkaufsstände“

Flüchtlinge

siehe unter „Sowjetzonenflüchtlinge“

Flüchtlingsausweis

siehe unter „Bundesflüchtlingsausweis“

Forstwirtschaft

siehe unter „Landwirtschaftliche Betriebe“

Fortbildungsschulen

siehe unter „Berufsschule“

Freie Berufe, freiberuflich Tätige

Hierzu gehören u. a. Ärzte und Rechtsanwälte mit eigener Praxis, Bücherrevisoren, Graphiker, Künstler, Schriftsteller, Privatlehrer, Steuerberater, Hebammen, sofern sie selbständig sind. Sie haben auch dann Arbeitsstättenbogen (und Abschnitt VII der Haushaltsliste) auszufüllen, wenn die Arbeitsstätte in der Wohnung liegt.

Befinden sich jedoch Angehörige dieser Berufe nur in abhängiger Stellung (im Beamten- oder Angestelltenverhältnis), z. B.

Professoren an Hochschulen, Künstler an staatlichen oder städtischen Bühnen usw., so füllen sie keinen eigenen Arbeitsstättenbogen aus.

Fremdenheime

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“

Fuhrunternehmen

Fuhrunternehmen (auch Spediteure und Autoverleiher) haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

G

Gärtner auf Wochenmärkten

siehe unter „Verkaufsstände“

Gärtnereien

Gärtnereibetriebe füllen Arbeitsstättenbogen nur dann aus, wenn sie bei der Besteuerung als Gewerbebetriebe gelten, z. B. Landschaftsgärtnereien, die sich mit der Anlage und Pflege von Gärten, Parks u. dgl. befassen. Friedhofsgärtnereien, die Gräber bepflanzen und pflegen, Dekorationsgärtnereien, Blumen- und Kranzbindereien, Handelsgärtnereien.

Garagenbetriebe

Ein Garagenbetrieb ist eine Arbeitsstätte. Der Eigentümer oder Leiter hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn in seinem Betrieb mindestens eine Person regelmäßig tätig ist (auch der Inhaber allein).

Gäste

siehe auch unter „Vorübergehend Anwesende“

Am Stichtag anwesende Besucher (Schlafgäste) im Haushalt sind in Abschnitt VIII der Haushaltsliste (Vorübergehend Anwesende) einzutragen, ausgenommen Flüchtlinge, die zur Zeit ohne weiteren Wohnsitz sind.

Gasthöfe

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“

Gaststätten

Der Inhaber oder Leiter einer Gaststätte hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Gebäude

Als Gebäude gilt bei dieser Statistik grundsätzlich jedes Bauwerk, in welchem mindestens eine Person ständig wohnt, aber auch jedes fertiggestellte und noch nicht bezogene Gebäude mit Wohnraum. Geschäfts-, Büro-, Verwaltungsgebäude u. dgl., in welchen sich kein ständig bewohnter Raum befindet, werden nicht erfaßt. Dagegen gelten ständig bewohnte Behelfsheime, Baracken, Gartenhäuschen, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggons und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinen-Keller) als Gebäude. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern mit Wohnräumen oder Arbeitsstätten zählt jedes einzelne Bauwerk, das von dem anderen durch eine Trennungswand vom Keller bis zum Dach geschieden ist, als selbständiges Gebäude, sofern sich darin mindestens eine Wohnung befindet.

Für jedes Gebäude, das in die Erhebung einbezogen wird, ist eine eigene Gebäudeliste anzulegen.

Gebäude, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen

siehe auch unter „Wochenendhäuser“

Gebäude, die Haushalten als zweiter Wohnsitz dienen, sind in jedem Falle durch Gebäudelisten und Haushaltslisten zu erfassen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Wochenendhäuser oder um andere Gebäude handelt.

Trifft der Zähler den Besitzer an, gleichgültig, ob eine Gebäudevorerhebung durchgeführt wurde oder nicht, so ergeben sich im allgemeinen keine Schwierigkeiten. Ist dem Zähler bekannt oder wird ihm auf Befragen erklärt, daß das Gebäude nur in bestimmten Jahreszeiten oder über das Wochenende bewohnt wird, so hat er auf der vom Gebäudeeigentümer ausgefüllten Gebäudeliste im Abschnitt B, hinter „Art des Gebäudes“, den Vermerk „Haus wird nur über das Wochenende bewohnt“ einzutragen oder eine ähnliche Formulierung zu wählen, aus der ersichtlich ist, daß es sich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt als 2. Wohnsitz dient. Außerdem ist auf der vom Besitzer ausgefüllten Haushaltsliste der Vermerk „2. Wohnsitz“ anzubringen.

Unvollständig ausgefüllte Gebäudelisten sind auf jeden Fall durch die Gemeinde zu ergänzen. Ist die Haushaltsliste nicht vollständig ausgefüllt und stellt die Gemeinde eindeutig fest, daß der betreffende Haushalt dort nur seinen zweiten Wohnsitz hat, so ist die Haushaltsliste lediglich hinsichtlich der Personenzahl zu vervollständigen.

Trifft der Zähler den Besitzer nicht an

- a) und wurde keine Gebäudevorerhebung durchgeführt, so ist vom Zähler eine Gebäudeliste anzulegen und, soweit möglich, auszufüllen. Dabei soll er versuchen, das Gebäude nach der bautechnischen Gestaltung einer der unter B 2 vorgedruckten Gebäudearten zuzuordnen. Zusätzlich ist hinter „Art des Gebäudes“ im Abschnitt B der Vermerk „Haus wird in der Regel nur über das Wochenende bewohnt“ einzutragen oder eine ähnliche Formulierung zu wählen, aus der ersichtlich ist, daß es sich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt vermutlich nur als 2. Wohnsitz dient. Nachbarn können vielleicht zweckdienliche Angaben machen. Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß mindestens eine Haushaltsliste angelegt werden, auf der, außer den Ordnungsangaben, der Vermerk „2. Wohnsitz“ eingetragen und, falls möglich, die Zahl der Personen angegeben wird;
- b) und fand eine Gebäudevorerhebung statt, so hat der Zähler eine ausgefüllte Gebäudeliste in Händen. Auf dieser Gebäudeliste hat er lediglich unter „Art des Gebäudes“ im Abschnitt B noch den Vermerk „Haus wird vermutlich nur über das Wochenende bewohnt“ einzutragen oder eine ähnliche Formulierung zu wählen, aus der ersichtlich ist, daß es sich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt vermutlich als 2. Wohnsitz dient. Nachbarn können vielleicht zweckdienliche Angaben machen. Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß mindestens eine Haushaltsliste vom Zähler angelegt werden, auf der, außer den Ordnungsangaben, der Vermerk „2. Wohnsitz“ eingetragen und, falls möglich, die Zahl der Personen angegeben wird.

Gebäudeeigentümer

Die Gebäudeeigentümer oder ihre Vertreter, z. B. Verwalter oder Hausmeister, sind zur Ausfüllung der Gebäudeliste verpflichtet. Zum Austeilen und Einsammeln der Zählpapiere innerhalb des Gebäudes sind sie nicht heranzuziehen; sie haben jedoch dem Zähler die für diese Arbeit erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Handelt es sich um Gebäude, in denen sich nur Eigentumswohnungen befinden, so ist die Gebäudeliste von dem nach den Bestimmungen des Wohnungseigentumsgesetzes bestellten Verwalter auszufüllen. Es ist dabei zu beachten, daß in der Gebäudeliste unter A 2 in der freien Zeile „Eigentumswohnungen“ eingetragen ist.

Gebäudeliste

Eine Gebäudeliste ist auszufüllen

- a) für Gebäude, in welchen sich ständig benutzte Wohngelegenheiten befinden, gleichgültig, ob Wohngebäude oder Nichtwohngebäude oder Behelfsheime, Baracken, Wohnlauben, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, sonstige Fahrzeuge oder Gebäudereste (Ruinen-Keller);
- b) für Gebäude, in welchen z. Z. Wohnungen gebaut werden, soweit mindestens eine Wohnung bereits bewohnt wird;
- c) für Neubauten mit bereits bezugsfertigen Wohnungen, auch wenn die Gebäude noch nicht bezogen sind;
- d) für Gebäude mit vorübergehend unbewohnten, aber bewohnbaren Wohnungen (z. B. Wochenendhäuser).

Bei Wohnblocks, Reihenhäusern u. dgl. ist für jede Hausnummer eine eigene Gebäudeliste auszufüllen. Hat ein Gebäude mehrere Hausnummern (z. B. nummerierte Eingänge von verschiedenen Straßen), so ist für ein solches Gebäude nur eine Liste anzulegen.

Für Gebäude mit Wohnungen, die zwar der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehen, aber privatrechtlich von Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet wurden, ist eine Gebäudeliste auszufüllen, ebenso für Gebäude, in welchen nur einzelne Wohnungen oder Wohnungsteile in Anspruch genommen und der zivilen Verfügungsgewalt entzogen sind (siehe auch unter „Ausländische Streitkräfte“).

Keine Gebäudeliste ist auszufüllen

- a) für Gebäude ohne ständig bewohnte Räume;
- b) für Gebäude, die von ausländischen Streitkräften voll in Anspruch genommen und somit der zivilen Verfügungsgewalt entzogen sind.

Die Gebäudeliste ist vom Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder dessen örtlichen Vertreter (Verwalter, Hausmeister) auszufüllen. Reicht eine Gebäudeliste für die Eintragung aller Wohnungen nicht aus, so sind die einzelnen Gebäudelisten hinter der Nummer mit a, b, c usw. zu bezeichnen,

In den weiteren Gebäudelisten b, c usw. sind die regionalen Angaben auf der Vorderseite einzutragen sowie im Abschnitt C die vorgedruckten Nummern der Wohnungen zu streichen und durch fortlaufende Nummern zu ersetzen. Abschnitt A und B brauchen nur einmal bei Liste a ausgefüllt zu werden.

Gebäudereste

siehe auch unter „Notwohngebäude“

Gebäudereste (Ruinen) werden nur dann als „Notwohngebäude“ erfaßt, wenn in ihnen ständig jemand wohnt.

Gebäudevorerhebung

Der Zähler findet unter seinen Zählpapieren bereits ausgefüllte Gebäudelisten vor, wenn die Gemeinde eine Gebäudevorerhebung durchgeführt hat. Es ist jedoch notwendig, die Eintragungen bei der Zählung noch einmal zu überprüfen, da seit Ausfüllung der Listen Veränderungen eingetreten sein können, z. B. weil Haushalte umgezogen sind. Festgestellte Fehler oder Veränderungen sind zu berichtigen.

Geburten am Zählungstichtag

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“

Es wird häufig vergessen, Neugeborene in die Haushaltsliste aufzunehmen. Wenn sie vor dem Zählungstichtag (6. Juni 1961) geboren wurden, sind sie einzutragen. Mutter und Kind, die sich im Entbindungsheim befinden, sind ebenfalls in die Haushaltsliste einzutragen.

Gefangene

siehe auch unter „Anstalten“

Es ist zu unterscheiden zwischen Strafgefangenen, Verwahrten und Untersuchungsgefangenen. Nur Strafgefangene und Verwahrte werden in der Anstalt gezählt.

Untersuchungsgefangene (-häftlinge) werden nur in dem seltenen Fall in die Anstaltsliste eingetragen und füllen nur dann Einzelbogen aus, wenn sie außerhalb der Haftanstalt keinen weiteren Wohnraum haben. Sie sind in die heimische Haushaltsliste einzutragen und werden an ihrem Wohnort gezählt.

Gefängnisse

siehe unter „Anstalten“

Geheimhaltung

Der Zähler ist, wie alle mit der Durchführung der Zählung betrauten Personen, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht muß bestraft werden (vgl. Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke v. 3. September 1953, BGBl I, Seite 1314, § 13).

Gemeinsamer Haushalt

siehe unter „Haushalt“

Gemeinschaften, Betriebs-, Büro-, Laden-

siehe unter „Betriebs-, Büro- oder Ladengemeinschaften“

Gemeinschaftsunterkünfte

siehe unter „Anstalten“

Genossenschaftswohnungen

Diese sind unter „Reine Mietwohnungen“ einzureihen (siehe auch Mietwohnungen), soweit sie nicht in das Eigentum der Haushalte übergegangen sind.

Geschäftsgebäude

siehe unter „Verwaltungsgebäude“

Geschäftszweig

Das Gewerbe, Tätigkeits- oder Aufgabengebiet des Betriebes, der Firma, Dienststelle usw., in welcher der Erwerbstätige arbeitet, ist genau zu bezeichnen. Umfaßt die Firma usw. (z. B. Autowerk, Schulverwaltung) mehrere Betriebe, Einrichtungen usw. als selbständige örtliche Einheiten mit verschiedenem Zweck, so ist der Geschäftszweig der örtlichen Einheit anzugeben (z. B. Autofabrik, Autoverkaufsstelle, Volksschule). Umfaßt der Betrieb mehrere Aufgabengebiete (z. B. Lebensmittel-, Groß- und Einzelhandel), so ist möglichst das überwiegende Betätigungsbereich des Betriebes (wirtschaftlicher Schwerpunkt) anzugeben (z. B. Lebensmittel Einzelhandel). Falls der Befragte den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes nicht beurteilen kann, ist der Geschäftszweig des Teilbetriebes anzugeben, in dem der Erwerbstätige beschäftigt ist.

Geschiedene Personen

siehe unter „Familienstand“

Gesellen

siehe unter „Haushalt“

Geschlossene Arbeitsstätten

siehe auch unter „Saison- und Kampagnebetriebe“

An stillgelegte Betriebe ist nur dann ein Arbeitsstättenbogen auszugeben, wenn noch mindestens eine Person (evtl. der Inhaber) dauernd darin tätig ist. Ist diese Arbeitsstätte jedoch nur vorübergehend geschlossen (z. B. wegen Betriebsferien), so ist für sie in jedem Fall ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Trifft der Zähler niemanden an, dann soll er einen entsprechenden Vermerk in der Zählbezirksliste machen, damit eine Nachforderung erfolgen kann.

Geschoßzahl

siehe auch unter „Dachgeschoß“

Befinden sich in einem Dach 2 bewohnte oder bewohnbare Stockwerke, so ist lediglich das untere (Knie-)Stockwerk bei der Ermittlung der Geschoßzahl mitzuzählen. Bei der Angabe der Geschoßzahl auf der Vorderseite der Gebäudeliste werden Keller- und Dachgeschoß nicht mitgerechnet, selbst wenn sie ausgebaut sind. Das Erdgeschoß ist in jedem Fall mitzuzählen. Auf der Rückseite der Gebäudeliste sind jedoch die Wohnungen im Keller- und Dachgeschoß mit aufzunehmen.

Gestorbene am Zählungstichtag

siehe unter „Sterbefälle am Zählungstichtag“

Getrennt lebende Ehepartner

siehe unter „Familienstand“ und unter „Ehepartner, abwesender“

Gewahrsamsmacht

Unter Gewahrsamsmacht ist der Staat einzutragen, in dessen Gewahrsam der Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte die längste Zeit der Kriegsgefangenschaft usw. zugebracht hat. Wenn ein Kriegsgefangener z. B. drei Jahre in amerikanischer Gefangenschaft war, sich aber vor der Entlassung einige Wochen in einem französischen Lager befand, so ist als Gewahrsamsmacht USA einzutragen.

Gewerberäume

siehe auch unter „Gewerblich genutzte Wohnräume“

Hier handelt es sich um Räume, die baulich nicht für Wohnzwecke vorgesehen sind, wie z. B. Verkaufsläden, Werkstatt-räume u. ä., selbst wenn sich darin Schlafstellen befinden. Diese Räume sind in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 9) nicht anzugeben; dagegen sind Wohnräume, die statt zu Wohnzwecken gewerblich oder landwirtschaftlich genutzt werden (zweckentfremdete Räume wie Praxis-, Wartezimmer, Mehlkammer usw.), mitzuzählen.

Gewerbetreibende, selbständige

Jeder selbständige Gewerbetreibende hat einen Arbeitsstättenbogen (und Abschnitt VII der Haushaltsliste) auszufüllen.

Gewerblich genutzte Wohnräume

siehe auch unter „Gewerberäume“ und „Heimarbeiter“

Wohnräume, die statt zu Wohnzwecken zu gewerblichen Zwecken benutzt werden, wie etwa ein Sprechstundenzimmer, Praxiszimmer, Wartezimmer, Heimarbeitsraum, Fremdenzimmer für Urlaubsgäste, Verkaufsraum usw., sind in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 9) mitzuzählen.

Gewerblich genutzte Wohnräume lassen auf das Vorhandensein einer Arbeitsstätte schließen. Liegt eine Arbeitsstätte vor, ist ein Arbeitsstättenbogen auszugeben.

Grund der Abwesenheit

Bei Frage 11a der Haushaltsliste ist für alle zum Haushalt gehörenden Personen, die zum Zeitpunkt der Zählung längere oder kürzere Zeit abwesend sind, der Grund der Abwesenheit zu nennen, z. B. Urlaubsreise, Geschäftsreise, Studium, Berufstätigkeit an einem anderen Ort, Besuchsreise u. dgl. Stundeweise Abwesenheit ist nicht gemeint. Personen, die sich z. Z. der Zählung vorübergehend als Patienten in einem Krankenhaus befinden, sind als anwesend zu betrachten, so daß die Frage 11 für sie entfällt.

Grund der Anwesenheit

siehe auch unter „Vorübergehend Anwesende“

Für Personen, die nicht zum Haushalt gehören, aber zum Zeitpunkt der Zählung im Haushalt anwesend sind, ist in Abschnitt VIII der Haushaltsliste der Grund der Anwesenheit zu nennen, z. B. Besuch. Solche Personen sind auf keinen Fall in die Innenseite der Haushaltsliste bei den zum Haushalt gehörenden Personen mit einzutragen.

Grundbesitzverwaltungen

Verwaltungsbüros größerer Grundbesitzungen, die nicht unmittelbar mit der Bewirtschaftung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes betraut sind, haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Grundstücksverwaltungen

siehe unter „Grundbesitzverwaltungen“

Grundwehrdienst

siehe unter „Soldaten“

Gruppenhäuser

siehe unter „Gebäude“

Gutsschmieden

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“

H

Haftanstalten

siehe unter „Anstalten“ und unter „Gefangene“

Häftlinge

siehe unter „Gefangene“

Handelsbetriebe

Handelsbetriebe müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Handelsgärtnereien

siehe unter „Gärtnereien“

Handelsvertreter

Selbständige Handelsvertreter müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Der Zähler übergibt ihn zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung, sofern der Handelsvertreter sein Büro nicht an einer anderen Stelle hat. Handelsvertreter, die Arbeitnehmer eines Unternehmens sind, erhalten keinen eigenen Arbeitsstättenbogen, da sie auf dem Arbeitsstättenbogen ihres Arbeitgebers angegeben werden müssen. In der Haushaltsliste ist für Handelsvertreter, die am Stichtag der Zählung auf Reisen sind, bei Frage 11a der Grund der Abwesenheit und bei Frage 11b die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort einzutragen.

Handwerksbetriebe

Handwerksbetriebe müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Hanfröstereien

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Fortwirtschaft“

Hauptfach

Unter Hauptfach ist das Lehrgebiet zu verstehen, in dem die Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule erfolgt ist, das zu der Abschlußprüfung geführt hat und das für die mit der Abschlußprüfung gewonnene Berechtigung ausschlaggebend ist. Bei zwei oder mehreren Fächern ist nur ein Hauptfach einzutragen.

Hauptmieter

siehe auch unter „Wohnungen“

Als Hauptmieter gilt, wer mit dem Gebäudeeigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen hat, gleichgültig ob Miete gezahlt wird oder nicht (z. B. Dienstwohnungen oder an Verwandte kostenlos überlassene Mietwohnungen). Wohnen in einer Wohnung mehrere Haushalte, die alle mit dem Gebäudeeigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen haben, dann gilt bei dieser Gebäudezählung derjenige als Hauptmieter, der am längsten in der Wohnung wohnt; die übrigen Haushalte gelten als Untermieter. Haushalte, die einzelne Räume der Wohnung des Gebäudeeigentümers (oder auch des Inhabers einer Eigentumswohnung) gemietet haben, z. B. in einem Einfamilienhaus, gelten nicht als Mieter, sondern als Untermieter.

Hauptgeschäfte

siehe unter „Hauptniederlassungen“

Hauptniederlassungen

siehe auch „Zweigniederlassungen“

Hauptniederlassung ist stets die Arbeitsstätte, von der aus das Unternehmen geleitet wird (Sitz des Unternehmens).

Hauseigentümer

siehe unter „Gebäudeeigentümer“

Hausgehilfinnen

Im Haushalt beschäftigte und wohnende Hausgehilfinnen zählen zum Haushalt ihres Arbeitgebers und werden in dessen Haushaltsliste eingetragen. In einem größeren Gasthof, Hotel u. dgl. tätige und wohnende Hausgehilfinnen, die nur im Gasthofbetrieb beschäftigt werden, sind in der für den Gasthof auszufüllenden Haushalts- oder Anstaltsliste als Personal, in dem für den Gasthof auszufüllenden Arbeitsstättenbogen unter den „Beschäftigten“ zu zählen.

Hausgewerbetreibende

Wer mit fremden Hilfskräften in eigener Arbeitsstätte im Auftrag von Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern Waren herstellt, bearbeitet oder verpackt, dabei selbst wesentlich am Stück mitarbeitet und die Verwertung der Arbeitserzeugnisse dem Auftraggeber überläßt, trägt sich zu Frage 19 der Haushaltsliste als „Hausgewerbetreibender“ ein. Die Zahl der gleichzeitig mithelfenden Familienangehörigen ist für die Eigenschaft als Hausgewerbetreibender unerheblich.

Hausgewerbetreibende haben für ihre Arbeitsstätte einen Arbeitsstättenbogen (und in der Haushaltsliste Abschnitt VII) auszufüllen.

Haushalt

siehe auch unter „Wohnpartner“ und „Abwesende Haushaltsmitglieder“

Personen, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen, bilden einen Haushalt. Einige Beispiele:

- Ehepaare ohne Kinder und mit Kindern,
- die mit ihrer verwitweten Mutter zusammenwohnende Tochter,
- aber auch alleinstehende Personen,
- Einzeluntermieter.

Zum Haushalt rechnen auch die Personen, die am Zählungstichtag abwesend sind, normalerweise aber zum Haushalt gehören. Dabei ist gleichgültig, aus welchem Grunde sie abwesend sind, also z. B. wegen einer Geschäfts-, Urlaubs- oder Geschäftsreise, oder weil das Haushaltsmitglied an einem anderen Ort arbeitet oder zur Ausbildung geht.

Zum Haushalt rechnen ferner:

Wirtschafterinnen, Hausgehilfinnen, Kindermädchen, Gesellen und Lehrlinge, landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Pflegekinder und Altenteiler, Wohnpartner, wenn sie Kost und Wohnung erhalten. Für alle diese zum Haushalt gehörenden Personen sind alle in der Haushaltsliste gestellten Fragen zu beantworten. Besteht ein Haushalt aus mehr als 6 Personen, so ist die 7., 8 usw. Person in eine zweite Haushaltsliste einzutragen. Die zweite Liste erhält die gleiche Nummer wie die erste. Hinter der Haushaltslistennummer ist die erste Haushaltsliste mit „a“ und die zweite mit „b“ zu kennzeichnen.

Personen, die z. Z. der Zählung auf Besuch sind, beantworten nur die Fragen in Abschnitt VIII der Haushaltsliste, sie rechnen nicht zum Haushalt. Haben diese vorübergehend anwesenden Personen z. Z. keinen ständigen Wohnsitz, z. B. Flüchtlinge, so sind sie jedoch nicht in Abschnitt VIII, sondern bei den zum Haushalt gehörenden Personen mit einzutragen.

Haushaltsmitglieder

siehe unter „Haushalt“

Hausierhandel

siehe unter „Ambulantes Gewerbe“

Hauskläranlage

Zur Hauskläranlage zählen sowohl biologische als auch mechanische Kläranlagen (Senkgruben, Sickergruben usw.).

Hausmeister, Hausverwalter

Hausmeister, Hausverwalter u. dgl. sind als Vertreter des Gebäudeeigentümers, ebenfalls zur Ausfüllung der Gebäudeliste verpflichtet.

Hausschlichter

siehe unter „Lohnwerker“

Hausschneiderinnen

siehe unter „Lohnwerker“

Hausverwaltungen

siehe auch unter „Büros“

Für die Verwaltung von eigenem Hausbesitz ist ein Arbeitsstättenbogen nur auszufüllen, wenn ein eigenes Büro vorhanden ist, in dem mindestens eine fremde Hilfskraft beschäftigt wird.

Hebammen

Hebammen und Krankenschwestern, die selbständig tätig sind, haben einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Der Zähler übergibt ihn zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.

Heil- und Pflegeanstalten

siehe unter „Anstalten“

Heimarbeiter

Wer allein oder nur unter Mithilfe von Familienangehörigen in eigener Arbeitsstätte im Auftrage von Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern Waren herstellt, bearbeitet oder verpackt und die Verwertung der Arbeitserzeugnisse dem Auftraggeber überläßt, trägt sich zu Frage 19 der Haushaltsliste als „Heimarbeiter“ ein.

Heimatvertriebene

siehe auch unter „Bundesvertriebenenausweis“

Als Heimatvertriebene gelten die Inhaber des Bundesvertriebenenausweises „A“ sowie die im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragenen Personen.

Heime

siehe unter „Anstalten“

Herbergen

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“

Hochschulen

Unter Hochschulen werden hier verstanden:

Universitäten, Techn. Hochschulen, Tierärztl. Hochschulen, Forsthochschulen, Bergakademien, Handels- und Wirtschaftshochschulen, Philosophisch-theologische Hochschulen, Kirchliche Hochschulen, Musikhochschulen, Hochschulen für bildende Künste, Sporthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Akademien, Institute und sonstige Anstalten für die Lehrerbildung. Es gehören nicht dazu: Hochschulen, die allein der Forschung und Erwachsenenfortbildung dienen sowie die Volkshochschulen.

Hospiz

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und unter „Anstalten“

Hotels

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und unter „Anstalten“

Hühnerfarm

siehe unter „Tierzüchtereien“

Im Bau befindliche Gebäude

Ein im Bau befindliches Gebäude ist nur dann in eine Gebäudeliste einzutragen, wenn mindestens eine Wohnung fertiggestellt und bewohnt ist.

Insassen von Anstalten

siehe unter „Anstalten“

Internate

siehe unter „Anstalten“

Jugendherbergen

siehe unter „Anstalten“

Kampagnebetriebe

siehe unter „Saison- und Kampagnebetriebe“

Kanalisation, Anschluß

Ein Anschluß an die Kanalisation liegt vor, wenn das Gebäude an das öffentliche Netz zur Beseitigung der Abwässer oder Fäkalien angeschlossen ist.

Kantinen

Für Kantinen, Erfrischungs-, Zeitungs-, Warenverkaufsstände und ähnliche Betriebe innerhalb anderer Arbeitsstätten (z. B. in Bahnhöfen, Behörden, Fabriken, Theatern, Warenhäusern, auf Schiffen usw.) sind, sofern diese von selbständigen Bewirtschaftern geleitet werden, eigene Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kasernen

siehe unter „Bundeswehrgelände“

Kaufeigenheime

Ein Kaufeigenheim ist ein Wohngebäude mit höchstens 2 Wohnungen, das von einem Bauherrn mit der Bestimmung errichtet worden ist, es einem Bewerber als Eigenheim zu übertragen. Ist die Eigentumsübertragung zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht erfolgt, so ist in der Gebäudeliste der Bauherr als Eigentümer einzutragen; die darin befindlichen Wohnungen sind als Mietwohnungen zu kennzeichnen. In der Gebäudeliste ist im Abschnitt B „Einfamilienhaus“ oder „Zweifamilienhaus“ anzukreuzen.

Kellergeschoß

Als Kellergeschoß gilt das unterhalb des Erdgeschosses (bzw. Hochparterre) gelegene Geschoß; bei Gebäuden am Hang gilt das talwärts in Höhe der Erdoberfläche (= Fußbodenhöhe) gelegene Geschoß als Erdgeschoß.

Bei der Angabe der Geschoßzahl wird das Kellergeschoß nicht mitgezählt.

Wohnungen im Kellergeschoß gelten als Kellerwohnungen.

Kellerwohnungen

siehe unter „Kellergeschoß“

Kinder

siehe unter „Geburten am Zählungstichtag“ und „Stichtag der Zählung“

Kindergärten, Kindertagesstätten

siehe auch unter „Anstalten“

Kindergärten, Kindertagesstätten sind, sofern dort Personal oder Insassen dauernd wohnen, wie Anstalten zu behandeln. Die Kinder werden im heimischen Haushalt gezählt. In jedem Fall ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kindermädchen

siehe unter „Haushalt“

Kinos

Für Kinos ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kioske

siehe unter „Verkaufsstände“

Kirchen

Kirchengebäude sind nicht als Arbeitsstätten zu zählen; die in der Kirche tätigen Personen sind in dem für das Pfarramt auszufüllenden Arbeitsstättenbogen aufzuführen, jedoch ohne die nur ehrenamtlich tätigen Personen. Auch für sonstige kirchliche Dienststellen sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn in ihnen mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist.

Kleinsiedlerstellen

Kleinsiedlerstellen sind Einfamilienhäuser mit angemessenem Wirtschaftsraum und angemessener Landzulage, die den Siedlern die Möglichkeit bieten, ihr Einkommen durch Selbstversorgung zu ergänzen.

Klöster

siehe unter „Anstalten“

Für ein Kloster ist eine Anstaltsliste auszufüllen, für die Klosterverwaltung und für jede mit dem Kloster verbundene gewerbliche oder sonstige nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeitet, je ein Arbeitsstättenbogen.

Kochnische

Als eigene Kochnische gilt nur eine zu einem Wohnraum gehörende Nische, die zum Kochen vorgesehen und eingerichtet ist. Behelfsmäßig eingerichtete Kochnischen oder Kochecken in einem Zimmer sind nicht einzutragen.

Krankenhäuser

siehe unter „Anstalten“

Krankenschwestern

Selbständig tätige Krankenschwestern, auch Hebammen, müssen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Der Zähler übergibt ihn zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.

Alleinstehende Krankenschwestern, die in einer Krankenanstalt angestellt sind und dort eine Unterkunft besitzen, werden von der Anstaltsverwaltung in die Anstaltsliste eingetragen und füllen einen Einzelbogen aus. Haben sie außerhalb der Anstalt eine weitere Unterkunft, so haben sie auch dort eine Liste, und zwar eine Haushaltsliste auszufüllen. In der Haushaltsliste sowie im Einzelbogen in der Anstalt ist jeweils die genaue Anschrift der weiteren Unterkunft anzugeben.

Kranzbindereien

siehe unter „Gärtnereien“

Kriegsgefangene

siehe auch unter „Gewahrsamsmacht“

Sind Kriegsgefangene unmittelbar in ein Zivilinternierungslager überführt worden, so endet die Kriegsgefangenschaft mit dem Zeitpunkt, von welchem ab deutsche Stellen zur Entscheidung über die Entlassung befugt waren. Derselbe Zeit-

punkt muß dann auch in der betreffenden Spalte als Beendigung des Gewahrsams eingetragen werden.

Kriegsschäden

siehe unter „Baujahr des Gebäudes“

Küche

Zu den Küchen gehören auch Wohnküchen. Nicht als Küchen gelten nur behelfsmäßig zum Kochen eingerichtete Nebenräume oder Zimmer mit Kochgelegenheit oder behelfsmäßige Kochecken. Die eigene Küche oder Kochnische ist in der Regel Kennzeichen einer Wohnung.

Bei der Wohnung des Inhabers in einem Hotel, Gasthof u. dgl., zu der keine besondere Küche gehört, zählt die Küche des Hotels, Gasthofs usw. als Küche der Wohnung und ist bei der Raumzahl mitzurechnen.

Künstler

siehe unter „Freie Berufe“

L

Läden

Der Inhaber oder Leiter eines Verkaufsladens hat für diesen einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Ladengemeinschaften

siehe unter „Betriebs-, Büro- und Ladengemeinschaften“

Lager

siehe unter „Anstalten“

Lagerplätze

Für Lagerplätze, Lagerräume, -keller, -schuppen u. dgl., die von dem Betrieb, zu dem sie gehören, örtlich getrennt liegen, ist nur dann ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn auf ihnen ständig mindestens eine Person beschäftigt ist.

Lagerräume

siehe unter „Lagerplätze“

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte

siehe unter „Haushalt“

Landwirtschaftliche Betriebe

Die Gebäude mit Wohnraum eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes sind in eine Gebäudeliste einzutragen. Ein Arbeitsstättenbogen darf für reine land- oder forstwirtschaftliche Betriebe nicht ausgefüllt werden, wohl aber für gewerbliche Nebenbetriebe, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten.

Landwirtschaftlichen Zwecken dienende Räume

Wohnräume (Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche), die statt zu Wohnzwecken vorübergehend zu landwirtschaftlichen Zwecken benutzt werden (z. B. als Mehl- und Kornkammern), sind in der Gebäudeliste (Rückseite, Spalte 9) mit anzugeben.

Räume, die baulich nicht für Wohnzwecke vorgesehen sind und ständig dem landwirtschaftlichen Betrieb, z. B. als Geräteraum, Vorratskammer, Abstellraum, Futterküche u. dgl. dienen, sind dagegen bei der Angabe der Raumzahl in Spalte 9 nicht mitzuzählen.

Lebensunterhalt

Zu Frage 14 der Haushaltsliste ist die Quelle anzugeben, aus welcher der Lebensunterhalt überwiegend bestritten wird. Es ist durchaus möglich, daß ein Erwerbstätiger seinen überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus Erwerbstätigkeit bezieht (z. B. Mithelfender Familienangehöriger / Unterhalt durch Ehemann; Lehrling / Unterhalt durch Eltern), und daß ein Rentner in der Hauptsache von einer Nebenbeschäftigung lebt (z. B. Rentenempfänger / Erwerbstätigkeit) usw. Soweit die zum Ankreuzen vorgesehenen Unterhaltsquellen nicht zutreffen, ist die Art der Unterhaltsquelle in der Zeile unter „oder woraus sonst“ genau zu bezeichnen (z. B. eigenes Vermögen).

Ledigenheim

siehe unter „Anstalten“

Ledige Personen

siehe unter „Familienstand“

Leerstehende Gebäude

siehe auch unter „Leerstehende Wohnungen“

Auch für leerstehende Gebäude mit Wohnraum ist eine Gebäudeliste anzulegen und im Abschnitt C die Zahl der Wohnungen anzugeben, soweit es sich nicht um eine behelfsmäßige Wohngelegenheit (z. B. Baracke) handelt. Vermerken

Sie aber bitte „Gebäude steht leer“ hinter der Frage „Art des Gebäudes“ im Abschnitt B der Gebäudeliste und weisen, wenn möglich, auch auf den Grund des Leerstehens hin, z. B. abbruchreifes Gebäude, Haus steht zum Verkauf u. dgl.

Leerstehende Räume

Einzelne leerstehende Zimmer, Wohn- und Schlafkammern zählen zur Wohnung des Wohnungsinhabers und sind in Abschnitt C, Spalte 9, der Gebäudeliste mitaufzunehmen.

Leerstehende Wohnungen

Ist der Wohnungsinhaber zum Zeitpunkt der Zählung verstorben, so ist mit Hilfe des Gebäudeeigentümers oder eines Hausbewohners, so gut es geht, selbst eine Haushaltsliste auszufüllen. Auf der Vorderseite vermerken Sie bitte „Vom Zähler ausgefüllt“.

Treffen Sie niemanden an, der Ihnen Angaben über den abwesenden Haushalt geben kann, so tragen Sie bitte Namen und Anschrift in eine leere Haushaltsliste ein und vermerken wiederum „Vom Zähler ausgefüllt“.

Für eine Wohnung, die z. Z. unbewohnt ist, brauchen Sie keine Haushaltsliste auszufüllen. In der für diese Wohnung vorgesehenen Zeile in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste ist der Vermerk „leerstehend“ anzubringen. In den Spalten 10 und 11 hat der Zähler in solchen Fällen Striche (—) einzusetzen.

Lehrlinge

siehe auch unter „Haushalt“

Lehrlinge geben in der Haushaltsliste (Frage 18) den Beruf an, in dem sie ausgebildet werden, und bezeichnen sich bei Frage 19 als Lehrling. Das gleiche gilt für Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre.

Lehrlingsheim

siehe unter „Anstalten“

Lohnwerker

Selbständige Handwerker, die zur Ausübung handwerksmäßiger Tätigkeiten bei ihren Kunden von Haus zu Haus wechselnd tätig sind, wie Störschneiderinnen, Hausschlächter u. dgl., haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Der Zähler übergibt den Arbeitsstättenbogen zusammen mit der Haushaltsliste in der Wohnung.

M

Mansarden

Mansardenzimmer bzw. Mansardenwohn- und -schlafkammern, die zu einer Wohnung gehören, sind als Raum dieser Wohnung mitzuzählen. Werden dagegen Mansardenräume, die nicht oder nicht mehr zu einer Wohnung gehören, vom Gebäudeeigentümer direkt an Haushalte vermietet, dann gelten sie als selbständige Wohnungen (Notwohnungen) und sind im Abschnitt C der Gebäudeliste in eine eigene Wohnungszeile einzutragen. An die Mieter dieser Mansarden sind Haushaltslisten auszugeben.

Mantel- und Scheingesellschaften

Gesellschaften des Handelsrechts, die nur rechtlich durch eine Eintragung in das Handelsregister bestehen, jedoch kein eigenes Personal haben, also keinerlei gewerbliche, kaufmännische oder verwaltende Tätigkeit ausüben, werden von der Arbeitsstättenzählung nicht erfasst.

Massenunterkünfte

siehe unter „Anstalten“

Mehrfamilienhäuser

Mehrfamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen, wie z. B. Etagenmiethäuser. Hierzu rechnen nicht die gesondert auszuweisenden Bauernhäuser, Behelfsheime, Kleinsiedlerstellen, Nebenerwerbsstellen, Ein- und Zweifamilienhäuser, Notwohngebäude und die Nichtwohngebäude mit Wohnraum.

Mietwohnungen

siehe auch unter „Hauptmieter“

Als Mietwohnungen gelten alle Wohnungen, die sich nicht im Eigentum des Wohnungsinhabers befinden. Hierbei ist es gleichgültig, ob für diese Wohnung z. Z. tatsächlich eine Miete bezahlt wird oder nicht (z. B. bei kostenloser Überlassung der Wohnung an Verwandte des Gebäudeeigentümers). Als sonstige Mietwohnungen gelten Dienst- oder Werkswohnungen, Stiftswohnungen, Mietwohnungen mit im Grundbuch eingetragenen Dauerwohnrecht sowie Berufs- und Geschäftsmietwohnungen.

Reine Mietwohnungen sind alle übrigen Mietwohnungen.

Mithelfende Familienangehörige

Als Mithelfende gelten diejenigen Personen, die ohne Lohn oder Gehalt in einem Betrieb mitarbeiten, der von einem Familienmitglied — in der Regel dem Haushaltsvorstand oder einem anderen Haushaltsmitglied — als Selbständigem geleitet wird; sie entrichten keine Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge. Zu Frage 18 und 19 der Haushaltsliste bezeichnen sich diese Personen als „Mithelfende Familienangehörige“. Wird diese Mithilfe als weitere Tätigkeit ausgeübt, so ist bei Frage 21 das Zutreffende anzukreuzen und im Falle einer Tätigkeit in der Landwirtschaft im Abschnitt V auf der Rückseite der Haushaltsliste zu Frage 3 eine entsprechende Angabe zu machen. Der Umfang der für den Betrieb geleisteten Arbeitszeit ist für die Einordnung als „Mithelfende Familienangehörige“ unerheblich. Mithelfende Familienangehörige beantworten in jedem Fall Frage 12 mit „ja“.

Personen, die im Betrieb eines Familienmitgliedes in einem Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis stehen, sind nicht als Mithelfende Familienangehörige, sondern als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge einzutragen.

Mittagstische

Für gewerbliche Mittagstische, auch wenn sie mit einem Privathaushalt verbunden sind, ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Molkereien

Für Molkereien ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Musikkapellen, Orchester

Auch für Musikkapellen, die z. B. von einem vom Zähler erfaßten Tanzcafé beschäftigt werden, ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Sind die Musiker (im Haupt- oder Nebenberuf) vom Kapellmeister angestellt, so hat allein dieser einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Sind die Mitglieder jedoch selbständig, so erhält jeder einen eigenen Arbeitsstättenbogen.

N

Nebenberuf

siehe unter „Erwerbstätigkeit“

Nebenbetriebe (gewerbliche oder handwerkliche) der Land- und Forstwirtschaft

Für Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie steuerlich, d. h. bei der Einkommen-, Gewerbe- oder Umsatzsteuer, als Gewerbebetrieb behandelt werden. Das wird in der Regel zu treffen bei Zuckerfabriken, Brennereien, Sägewerken, Flachs- und Hanfrostereien u. dgl.

Nebenerwerbsstellen

Nebenerwerbsstellen sind kleinbäuerliche Anwesen, die ihren Inhabern die Möglichkeit geben, ihr Einkommen durch Selbstversorgung und evtl. Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufzubessern.

Nebenerwerbstätigkeit

siehe unter „Erwerbstätigkeit“

Nebenräume

Nebenräume, wie Bad, Korridor, Gang, Vorplatz, Diele, Speise- und Besenkammer werden nicht erfasst und sind daher nicht in die Gebäudeliste einzutragen.

Neubauten

siehe unter „Gebäude“

Neugeborene am Zählungstichtag

siehe unter „Geburten am Zählungstichtag“ und „Stichtag der Zählung“

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten

Unter „nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten“ werden alle Betriebe und Arbeitsstätten außerhalb der Landwirtschaft verstanden. Zu ihnen gehören aber auch gewerbliche oder handwerkliche Nebenbetriebe eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes, wenn sie steuerlich als Gewerbebetrieb gelten. Auch Selbständige und freiberuflich Tätige zählen dazu, selbst wenn sie allein arbeiten und keine Arbeitnehmer beschäftigen, z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Privatlehrer, Hebammen und Krankenschwestern, Handelsvertreter, Makler, Besitzer von kleinen Läden und Verkaufsständen u. dgl.

Nichtwohngebäude

siehe auch unter „Notwohngebäude“

Massive Nichtwohngebäude sind in massiver Bauweise (Mauerwerks-, Schüttbeton-, Stahl-, Holzbauweise — jedoch nicht

behelfsmäßige Holzbauweise und Fachwerksbauweise) errichtete Gebäude, die überwiegend zu anderen als Wohnzwecken verwendet werden, z. B. Schulen, Hotels, Krankenhäuser, Anstaltsgebäude, Geschäfts- und Bürogebäude, Amtsgebäude, Verwaltungsgebäude, Fabriken u. ä. Nur behelfsmäßig errichtete Nichtwohngebäude mit Wohnraum gelten als Notwohngebäude. Für Nichtwohngebäude (auch die als Notwohngebäude eingereichten) ist nur dann eine Gebäudeliste anzulegen, wenn sie von mindestens einer Person ständig bewohnt werden. Für Nichtwohngebäude ohne Wohnraum ist keine Gebäudeliste anzulegen.

Notwohngebäude

Notwohngebäude sind Behelfsheime, Steinbaracken, Holzbaracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggons und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller). Sie werden nur erfasst, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt werden. Außerdem gelten auch behelfsmäßig errichtete Nichtwohngebäude als Notwohngebäude, wenn sie von mindestens einer Person ständig bewohnt werden.

O

Obdachlose

siehe unter „Anstalten“

Obdachlosenasyile

siehe unter „Anstalten“

Organisationen ohne Erwerbscharakter

Hierzu gehören z. B. die Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen, caritative Organisationen, kulturelle, wissenschaftliche und im Erziehungswesen tätige Vereinigungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und andere Wirtschaftsverbände, Kammern, Sportverbände und -vereine usw.

P

Pächter

siehe unter „Auskunftspflichtige“

Pachtland

Zu den von Haushaltsmitgliedern bewirtschafteten Flächen, die in Abschnitt V der Haushaltsliste eingetragen sind, gehört auch gepachtetes Land.

Dagegen sind verpachtete Flächen nicht anzugeben.

Pachtungen

Verpachtete Garderoben, Kleiderablagen, Büfets, Schokoladenverkaufsstände, Bedürfnisanstalten in Kinos, Gaststätten, Theatern, Warenhäusern u. dgl. sind als besondere Arbeitsstätten zu erfassen.

Parteibüros

siehe unter „Organisationen ohne Erwerbscharakter“

Patienten

siehe auch unter „Dauerpatienten“ und „Anstalten“

Für Haushaltsmitglieder, die im Krankenhaus sind, müssen alle zutreffenden Fragen der Haushaltsliste beantwortet werden. Bei den Fragen 11a und 11b sind sie jedoch nicht als abwesend anzugeben.

Pensionen

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“

Pensionsempfänger

Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Ruhegehalt (als ehemaliger Beamter), Hinterbliebenenpension (als Hinterbliebener eines ehemaligen Beamten) und Privatpension (auf Grund einer betrieblichen Altersversorgung) beziehen, geben dies zu Frage 14 der Haushaltsliste unter „oder woraus sonst“ an.

Personal und Insassen von Anstalten

siehe unter „Anstalten“

Pfarrämter

siehe auch unter „Kirchen“

Eine Gebäudeliste ist hierfür anzulegen, wenn wenigstens eine Wohnung in diesem Gebäude vorhanden ist.

Pflegeanstalten

siehe unter „Anstalten“

Pflegekinder

Pflegekinder sind in die Haushaltsliste einzutragen.

Polizei

Jede auf einem besonderen Grundstück gelegene Dienststelle der Polizei (z. B. Polizeirevier) hat einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Praktikanten

siehe unter „Lehrlinge“

Pumpwerke

siehe unter „Automatische Anlagen“

R

Rechtsanwälte

siehe unter „Freie Berufe“

Räume

Als Räume gelten außer der Küche (ohne Rücksicht auf ihre Größe) nur Zimmer sowie Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, welche ein Fenster aufweisen und durch Wände vom Fußboden bis zur Decke abgeschlossen sind. Mitzuzählen sind die Zimmer, Wohn- und Schlafkammern außerhalb des Wohnungsabschlusses (z. B. Mansardenzimmer, Zimmer mit eigenem Eingang) jedoch nur dann, wenn sie zu der betreffenden Wohnung gehören und nicht als eigene Wohnung vom Gebäudeeigentümer an einen Haushalt vermietet sind. Nicht zu erfassen sind Nebenräume (z. B. Bad, Korridor, Speisekammer) und bauplanmäßig für gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke vorgesehene Räume (wie Werkstatt Räume, Verkaufsläden, Vorratsräume). Dagegen sind Zimmer, Wohn- und Schlafkammern mit 6 und mehr qm Fläche, die statt zu Wohnzwecken gewerblich oder landwirtschaftlich genutzt werden (z. B. als Praxis- oder Wartezimmer, Mehl- und Kornkammern), mitzuzählen.

Reihenhäuser

siehe unter „Gebäude“

Reisende

siehe unter „Handelsvertreter“

Rentenempfänger

Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Sozialversicherungsrente (Arbeiter-, Angestellten- oder Knappschaftsrente) beziehen, kreuzen zu Frage 14 der Haushaltsliste das betreffende Kästchen an. Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer anderen öffentlichen Rente (z. B. KB-Rente) beziehen, bezeichnen diese Rente zu Frage 14 unter „oder woraus sonst“.

Ruhegehalt

siehe unter „Pensionsempfänger“

Ruhende Arbeitsstätten

siehe unter „Geschlossene Arbeitsstätten“

Ruinen

siehe unter „Notwohngebäude“

S

Sägewerke

siehe auch unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“
Für Sägewerke muß in der Regel ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

Saison- und Kampagnebetriebe

Saison- und Kampagnebetriebe sind zu erfassen, wenn in ihnen am Stichtag der Zählung mindestens eine Person ständig tätig ist. Solche Arbeitsstätten sind z. B. Zuckerfabriken, Konservenfabriken, Mälzereien usw.

Schankwirtschaften auf dem Bahnhofsgelände

siehe auch unter „Pachtungen“

Für Schankwirtschaften auf einem Bahnhofsgelände ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Schankwirtschaften in Vereinshäusern

Für Schankwirtschaften in Vereinshäusern ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie von selbständigen Bewirtschaftern geführt werden, auch wenn sie nicht täglich in Betrieb sind.

Schaustellerunternehmen

siehe auch unter „Anstalten“

Schaustellerunternehmen füllen einen Arbeitsstättenbogen aus und zwar an dem Ort, an dem sie sich zur Zeit der Zählung befinden.

Bei einem Kleinunternehmen ohne haushaltsfremdes Personal füllt der Inhaber außerdem eine Gebäude- und Haushaltsliste aus, sofern er ständig in einem Wohnwagen wohnt und keine andere Wohnung hat. Besitzt er dagegen an einem anderen Ort einen festen Wohnsitz (Wohnung), so braucht er am gegenwärtigen Aufenthaltsort weder eine Haushaltsliste noch eine Gebäudeliste auszufüllen. Bei Großunternehmen (z. B. Zirkusse, größere Fahrgeschäfte u. dgl.) wird die Zählung wie in Anstalten durchgeführt.

Scheingesellschaften

siehe unter „Mantel- und Scheingesellschaften“

Schiffe

Für in Betrieb befindliche Schiffe, deren Besatzung ständig an Bord wohnt oder übernachtet, ist keine Gebäudeliste notwendig. Von der Reederei ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Für außer Dienst gestellte Schiffe, die als Wohnschiffe, als Hotels, als Gaststätten usw. benutzt werden, ist eine Gebäudeliste auszufüllen. Die Zählung auf diesen Schiffen ist wie in Gebäuden durchzuführen (Ausgabe von Haushaltslisten usw.).

Schlafgänger

Schlafgänger sind Personen, die im Gegensatz zu Untermietern keinen eigenen Raum, sondern nur eine Schlafstätte zur Verfügung haben. Sie sind in die Haushaltsliste des Vermieters einzutragen. Zu Frage 2 „Stellung zum Haushaltsvorstand“ ist einzusetzen: „Schlafgänger“.

Schriftsteller

siehe unter „Freie Berufe“

Schule

Von der Leitung jeder Schule ist eine Gebäudeliste auszufüllen, wenn in dem Schulgebäude eine oder mehrere Wohnungen vorhanden sind. In diesen Wohnungen sind vom Zähler Haushaltslisten auszugeben. Die Leitung der Schule muß einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen, es sei denn, sie kann einen von der Gemeindebehörde gestempelten Kontrollzettel vorweisen. Die Lehrer und das sonstige Personal der Schule sind — wenn ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt wird — in dessen Abschnitt C aufzuführen.

Schulentlassene

Schulentlassene, die noch keine Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit angetreten haben, kreuzen in der Haushaltsliste bei Frage 13 „arbeitslos“ an und setzen „schulentlassen“ hinzu.

Schülerheime (Schullandheime)

siehe unter „Anstalten“

Schweinemästereien

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“ sowie unter „Tierzüchtereien“

Selbständige

Wer einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leitet, ist selbständig. Ausschlaggebend ist die wirtschaftliche Selbständigkeit. Zu den Selbständigen zählen auch alle freiberuflich Tätigen, wie Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Künstler usw. Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister sind gesondert anzugeben.

Soldaten

Soldat ist, wer auf Grund freiwilliger Verpflichtung oder auf Grund der Wehrpflicht Wehrdienst in der Bundeswehr leistet. Es gibt Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Soldaten im Grundwehrdienst und Soldaten auf Wehrübung. Berufssoldaten haben sich auf Lebenszeit zum Wehrdienst verpflichtet. Für sie ist in Frage 12 der Haushaltsliste die Frage nach Erwerbs- und Berufstätigkeit zu bejahen und in Frage 13 bei „Zeit-/Berufssoldat“ ein Kreuz zu machen. Die Fragen 14 ff. sind für die ausgeübte Tätigkeit bei der Bundeswehr zu beantworten. Dabei genügt es, wenn bei Frage 15 und 16 „Bundeswehr“ und bei Frage 18 „Soldat“ angegeben wird. Soldaten auf Zeit (Verpflichtung bis höchstens 12 Jahre) werden in der Haushaltsliste in gleicher Weise wie die Berufssoldaten erfaßt.

Für Soldaten im Grundwehrdienst (bis zu 12 Monaten sowie im verlängerten Grundwehrdienst bis 18 Monate) ist in Frage 12 der Haushaltsliste die Erwerbs- oder Berufstätigkeit zu bejahen und in Frage 13 Grundwehrdienst anzukreuzen. Die Fragen 15 ff. sind für sie nicht zu beantworten.

Für Soldaten auf Wehrübung ist zu verfahren wie bei Soldaten im Grundwehrdienst. Zu Wehrübungen können Personen herangezogen werden, die in der Bundeswehr oder der früheren Wehrmacht bereits Wehrdienst geleistet haben. Für Kriegsdienstverweigerer, die zu einem zivilen Ersatzdienst außerhalb der Bundeswehr herangezogen werden, sind die Angaben für den Ersatzdienst wie für andere Erwerbstätige zu machen.

Alle Soldaten, die außerhalb des Geländes der Bundeswehr Wohnraum haben, sind in Haushaltslisten einzutragen. Z. B.: die Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung bei ihren Familien; die Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in ihrer Privatwohnung außerhalb der Truppenunterkunft, sofern sie eine solche besitzen. Dabei ist für Soldaten im Grund-

wehrdienst oder auf Wehrübung die Frage 11 (Abwesende Haushaltsmitglieder) immer auszufüllen. Für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, die täglich von ihrer Privatwohnung zum Dienst gehen, entfällt die Frage 11. Zeitweilige Unterbrechung des Dienstes am Standort durch Abordnung, Kommandierung oder Truppenübung gilt für sie nicht als Abwesenheit.

Soldaten auf Zeit

siehe unter „Soldaten“

Soldaten im Grundwehrdienst

siehe unter „Soldaten“

Sonderzählbezirke

Anstalten, d. h. Krankenhäuser, Altersheime, Arbeiterlager, Wohnlager u. dgl., bilden Sonderzählbezirke; sehr häufig aber auch große Geschäfts- und Bürogrundstücke, Fabrikanlagen und Gartenkolonien. In diesen Zählbezirken wird die Zählung zumeist von einem Angestellten der Anstalt bzw. Arbeitsstätte durchgeführt.

Wenn ein Sonderzählbezirk im Gebiet eines normalen Zählbezirks liegt, ist das Grundstück in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke oben auf der Zählbezirksliste mit „S“ gekennzeichnet und braucht vom Zähler nicht aufgesucht zu werden.

Sowjetzonenflüchtlinge

siehe auch unter „Bundesflüchtlingsausweis“

Als Sowjetzonenflüchtlinge gelten die Inhaber des Bundesflüchtlingsausweises „C“ sowie die im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragenen Personen.

Sozialversicherungsrentner

siehe unter „Rentenempfänger“

Spediteure

siehe unter „Verkehrsbetriebe“

Staatenlose

Staatenlose sind Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen. Sie beantworten die Frage 7 der Haushaltsliste mit „staatenlos“.

Staatsangehörigkeit

Deutsche wie Ausländer tragen in der Haushaltsliste ihre Staatsangehörigkeit ein, Staatenlose geben „staatenlos“ an.

Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten tragen alle ein. Wer die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit besitzt, trägt auch die fremde Staatsangehörigkeit ein; bei ungeklärter Staatsangehörigkeit ist „ungeklärt“ einzutragen.

Ständige Insassen von Anstalten

siehe unter „Anstalten“

Stellung zum Haushaltsvorstand

Die „Stellung zum Haushaltsvorstand“ bezeichnet das Verwandtschafts- oder ein anderes Abhängigkeitsverhältnis zum Haushaltsvorstand. Im Haushalt mitlebende Eltern oder Schwiegereltern des Haushaltsvorstandes sind z. B. mit „Vater“, „Schwiegermutter“ zu bezeichnen.

Weitere Beispiele: Hausgehilfin, Kindermädchen, Wohnpartner.

Sterbefälle am Zählungstichtag

siehe auch unter „Stichtag der Zählung“

Personen, die vor dem Zählungstichtag (6. Juni 1961) verstorben sind, werden nicht mehr in die Haushalts- bzw. Anstaltsliste eingetragen. Erst nach dem 5. Juni 1961, 24.00 Uhr, Verstorbene sind jedoch anzugeben.

Steuerberater

siehe unter „Freie Berufe“

Stichtag der Zählung

Maßgebend sind die Verhältnisse im Haushalt am 6. Juni 1961, 0.00 Uhr (Mitternacht vom Montag, dem 5. Juni, auf Dienstag, den 6. Juni).

In die Haushalts- und Anstaltsliste sind danach aufzunehmen:

Alle vor dem 6. Juni 1961 geborenen Kinder

Alle sonstigen vor dem 6. Juni 1961 aufgenommenen Personen

Alle am 6. Juni 1961 oder danach gestorbenen Personen

Alle am 6. Juni 1961 oder danach weggezogenen Personen

Nicht aufzunehmen sind dagegen:

Alle am 6. Juni 1961 oder danach geborenen Kinder

Alle am 6. Juni 1961 oder danach aufgenommenen sonstigen Personen

Alle vor dem 6. Juni 1961 verstorbenen Personen
Alle vor dem 6. Juni 1961 weggezogenen Personen
Zieht der Haushalt zwischen der Aushändigung der Zählpapiere und dem 6. Juni 1961 um, sind die Zählpapiere mitzunehmen und mit der neuen Anschrift dem Zähler in der neuen Wohnung abzugeben.

Stifte
siehe unter „Anstalten“

Stiftswohnungen
Stiftswohnungen sind Wohnungen im Eigentum von Stiftungen, welche an bevorrechtigte Bevölkerungsgruppen — in der Regel verbilligt — abgegeben werden.

Störschneiderinnen
siehe unter „Lohnwerker“

Strafanstalten
siehe unter „Anstalten“

Strafgefangene
siehe unter „Gefangene“

Studenten
Studenten gehören in der Regel noch zum Haushalt ihrer Eltern. Studieren sie an einer auswärtigen Hochschule, so sind sie gleichwohl in die Haushaltsliste ihrer Familie einzutragen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Fragen 10 a und 10 b sowie 11 a und 11 b der Haushaltsliste (Genaue Anschrift des weiteren Wohnraums, Grund der Abwesenheit, Art der Unterkunft am Aufenthaltsort) genau beantwortet werden. Am Studienort haben Studenten, sofern sie dort einen Wohnraum besitzen, eine eigene Haushaltsliste auszufüllen und darin auch ihre Heimatanschrift anzugeben. (Wenn sie in einem Wohnheim untergebracht sind, werden sie in die Anstaltsliste des Wohnheimes eingetragen und haben außerdem einen Einzelbogen auszufüllen.) Für Studenten, die sich z. Z. der Zählung nicht am Studienort aufhalten, dort jedoch einen Wohnraum besitzen, hat der Zähler mit Hilfe des Wohnungsinhabers eine Haushaltsliste anzulegen. Dabei ist die genaue Angabe der Heimatanschrift (Frage 10 a) besonders wichtig. Auf der Haushaltsliste ist zu vermerken „Vom Zähler ausgefüllt“. Studenten kreuzen zu Frage 13 „Schüler/Student“ an und machen außerdem, wenn sie am 6. Juni als Werkstudenten tätig sind, zu Frage 12 und Abschnitt II der Haushaltsliste Angaben über ihre Erwerbstätigkeit.

Tätigkeit
siehe unter „Ausgeübte Tätigkeit“

Taubenzüchtereien
siehe unter „Tierzüchtereien“

Teilbeschäftigte
Teilbeschäftigte sind Personen, die zum Zeitpunkt der Zählung zur Ableistung einer kürzeren als betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Dies gilt sinngemäß auch für tätige Inhaber und Mithelfende Familienangehörige.

Tierzüchtereien
Gewerblich betriebene Tierzüchtereien (Tierhalteteile) haben nur dann einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie bei der Besteuerung als Gewerbebetriebe gelten (z. B. Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Hundezüchtereien u. dgl.)

Toiletten mit Wasserspülung
Hierunter sind nur Toiletten (Klosetts, Aborte) zu verstehen, die über Spülkästen oder Druckspüler an ein Wassernetz angeschlossen sind. Es ist zu beachten, daß im Abschnitt B, Spalte 9 der Gebäudeliste nur die WC's innerhalb des Gebäudes erfragt werden. Beispiel: Hat ein Mehrfamilienhaus 4 Wohnungen, zu denen je 1 WC gehört, von denen drei im Gebäude liegen und eines außerhalb des Hauses (im Hof), so ist nicht das erste, sondern das dritte Kästchen anzukreuzen.

Übernachtungsheime
siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und „Anstalten“

Umzug
siehe unter „Stichtag der Zählung“ und „Zuzug in das Gebiet der Bundesrepublik einschl. Berlin (West)“

Unbebaute Grundstücke
Unbebaute Grundstücke werden nicht erfaßt.

Unbewohnte Gebäude
siehe unter „Leerstehende Gebäude“

Untermieter
Als Untermieter gelten alle zweiten und weiteren Haushalte (auch Einzeluntermieter), welche Teile der Wohnung von einem Wohnungsinhaber (Gebäudeeigentümer, Wohnungseigentümer, Hauptmieter) überlassen erhielten, gleichgültig, ob gegen Mietzahlung oder ohne Mietzahlung. Bei einem zweiten Haushalt in einem Einfamilienhaus oder Bauernhaus kommt es darauf an, ob zu den gemieteten Räumen eine Küche oder Kochnische gehört. Ist dies der Fall, gilt der Mieter als Hauptmieter und ist in der Gebäudeliste in eine besondere Wohnungszeile einzutragen. Hat er keine eigene Küche, gilt er als Untermieter und wird in der Gebäudeliste unter der Namenszeile des Wohnungsinhabers eingetragen. Jeder Untermieter hat für sich eine eigene Haushaltsliste auszufüllen, auch wenn zwei Untermieter einen Raum gemeinsam bewohnen, z. B. zwei Studenten in einem Zimmer. Hat ein Hauseigentümer Teile einer Wohnung an mehrere Haushalte direkt vermietet (mit jedem einzelnen besteht ein Mietvertrag), dann gilt bei dieser Zählung nur der Haushalt als Hauptmieter, der am längsten in der Wohnung wohnt, die übrigen Haushalte gelten als Untermieter. Bestehen hierüber Zweifel, entscheidet der Zähler, wer in diesem Falle als Hauptmieter gilt.

Untersuchungsgefangene
siehe unter „Gefangene“

Verkaufsstände
siehe auch unter „Verkaufsstände“

Der Eigentümer (Pächter, Geschäftsführer) hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Verkaufsstände
Verkaufsstände auf Grundstücken, Straßen oder Plätzen können sein:

1. Dauerverkaufsstände, ständig an ein und derselben Stelle betrieben, z. B. in Markthallen, und zwar:
 - a) Feste Verkaufsstände mit Dach und Wänden, wie Kioske, Bretterbuden u. dgl.
 - b) Offene Verkaufsstände, ohne bauliche Einrichtung oder nur mit Schutzdach, Schirm oder Zelt.

Für beide sind Arbeitsstättenbögen an ihrem Standort auszugeben:

2. Fliegende Verkaufsstände, mit wechselndem Standort, Verkaufsstände des ambulanten Gewerbes, des Straßenhandels, auf Wochen- und Jahrmärkten.

Für sie sind Arbeitsstättenbögen nicht an ihrem jeweiligen Standort, sondern in der Wohnung des Inhabers zusammen mit der Haushaltsliste auszugeben.

Verkehrsbetriebe
Verkehrsbetriebe erhalten einen Arbeitsstättenbogen. Hierzu gehören z. B. Privatbahnen, Straßenbahnen, Omnibus-, Kraftverkehrsbetriebe usw., ferner Spediteure u. dgl. Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt.

Vermiöte, Verschollene
siehe auch unter „Familienstand“
Vermiöte und Verschollene der beiden Weltkriege und aus anderen Gründen Vermiöte und Verschollene sind nicht in die Zählpapiere aufzunehmen.

Verschiedene Gewerbebezüge einer Arbeitsstätte
Auch wenn von einem Inhaber wesensverschiedene Gewerbebezüge in einer Arbeitsstätte betrieben werden, z. B. Bäckerei und Kohlenhandlung, ist nur ein Fragebogen auszufüllen. Die Tätigkeiten sind jedoch alle im Arbeitsstättenbogen Abschnitt B aufzuführen.

Versorgungsbetriebe
Öffentliche Versorgungsbetriebe, wie Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke, erhalten wie ein gewerblicher Betrieb einen Arbeitsstättenbogen.

Vertreter
siehe unter „Handelsvertreter“

Vertriebene
siehe auch unter „Bundesvertriebenenausweis“
Als Vertriebene gelten die Inhaber des Bundesvertriebenenausweises „A“ und „B“ sowie die im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragenen Personen.

Vertriebenenausweis
siehe unter „Bundesvertriebenenausweis“

Verwaltungen
siehe unter „Behörden“

Verwaltungsgebäude

siehe auch unter „Behörden“

Der Zähler sucht zunächst den Eigentümer des Gebäudes oder den Hausverwalter u. dgl. auf und stellt fest, ob sich in dem Gebäude eine Wohnung befindet. Nur wenn dies zutrifft, ist eine Gebäudeliste auszufüllen. Auf der Rückseite der Gebäudeliste sind dann sämtliche im Gebäude befindlichen Wohnungen und Arbeitsstätten einzutragen. An die Inhaber der Wohnungen und Arbeitsstätten verteilt der Zähler sodann Haushaltslisten bzw. Arbeitsstättenbogen.

Verweigerer

siehe unter „Weigerung Auskunftspflichtiger“

Verwitwete Personen

siehe unter „Familienstand“

Volontäre

siehe unter „Lehrlinge“

Vorübergehend Abwesende

siehe unter „Abwesende Haushaltsmitglieder“, „Aufenthaltsort“ und „Haushalt“

Vorübergehend Anwesende

siehe auch unter „Anstalten“

Personen, die z. Z. der Zählung in einem Haushalt auf Besuch sind, ohne zu den Haushaltsmitgliedern zu gehören, sind in der Innenseite der Haushaltsliste nicht einzutragen. Sie haben nur die Fragen in Abschnitt VIII der Haushaltsliste (Rückseite) zu beantworten. Vorübergehend anwesende Personen, die z. Z. keinen ständigen Wohnsitz haben, z. B. Flüchtlinge, sind jedoch nicht in Abschnitt VIII, sondern bei den zum Haushalt gehörenden Personen auf der Innenseite mit einzutragen.

Vorübergehend Anwesende in Hotels, Pensionen u. dgl. werden nicht in die Haushalts- bzw. Anstaltsliste eingetragen; es sei denn, sie haben anderswo keinen Wohnraum.

W

Waggons, zum Wohnen benutzt

siehe unter „Notwohngebäude“

Waisenhäuser

siehe unter „Anstalten“

Wandergewerbe

siehe unter „Ambulantes Gewerbe“

WC

siehe unter „Toiletten mit Wasserspülung“

Weg zur Arbeitsstätte

Mit dem durchschnittlichen Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte ist die Zeitspanne zwischen dem Verlassen der Wohnung und der Ankunft an der Arbeitsstätte gemeint, wie sie normalerweise ohne Umwege benötigt wird. Fußwege zur Einsteigehaltestelle u. dgl. sind dabei ebenso mitzuzählen, wie Wartezeiten, z. B. beim Umsteigen.

Bei geteilter Arbeitszeit ist nur der Zeitaufwand für einen Hinweg anzugeben.

Personen, die ausschließlich zu Fuß gehen, geben bei Frage 23 der Haushaltsliste „zu Fuß“ an. Personen, die zwei und mehr Verkehrsmittel benutzen, z. B. Omnibus und Straßenbahn, Omnibus und Eisenbahn usw., geben nur ein Verkehrsmittel an und zwar das, mit dem sie die größte Entfernung zurücklegen. Wird jedoch bei Benutzung eines Verkehrsmittels oder mehrerer Verkehrsmittel der größte Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, so ist „zu Fuß“ anzugeben.

Die Angaben für den letzten Winter sind nicht zu machen, wenn der Betreffende in der Zwischenzeit Wohnung oder Arbeitsstätte gewechselt hat. Es ist dann einzutragen: „umgezogen“ oder „Stellung gewechselt“.

Wird eine weitere Tätigkeit ausgeübt, sind die Fragen nach dem Weg zur Arbeitsstätte nur für die erste Tätigkeit zu beantworten.

Weg zur Ausbildungsstätte

siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“

Wehrdienst

siehe unter „Soldaten“

Wehrübung

siehe unter „Soldaten“

Weigerung Auskunftspflichtiger

Wenn ein Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, der Leiter einer Arbeitsstätte oder ein Haushaltsvorstand sich weigert, den Erhebungsbogen auszufüllen, weisen Sie bitte noch einmal auf den Zweck der Zählung hin. Wenn Ihre Bemühungen trotzdem ohne Erfolg bleiben sollten, lassen Sie sich nicht

auf eine Diskussion ein, sondern benachrichtigen Sie umgehend Ihre Zählungsdienststelle. Außerdem versehen Sie bitte den betreffenden Erhebungsbogen mit Namen und Anschrift des betreffenden Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümers, Haushaltsvorstandes usw. und vermerken darauf „Auskunft verweigert“.

Weitere Tätigkeit

siehe auch unter „Erwerbstätigkeit“

Die Frage 21 der Haushaltsliste bezieht sich auf weitere Tätigkeiten, die also neben einer unter Ziffer 15–19 angegebenen Tätigkeit ausgeübt werden. Die weitere Tätigkeit ist nur anzugeben, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung ausgeübt wird. Ein erlernter, aber nicht ausgeübter Beruf ist nicht als weitere Tätigkeit anzusehen. Eine weitere Erwerbstätigkeit liegt auch dann vor, wenn jemand einer noch so geringfügigen Nebenbeschäftigung nachgeht.

Weiterer Wohnraum

Unter dem weiteren Wohnraum eines Haushaltsmitgliedes wird verstanden:

Eine weitere Wohnung oder auch, nur ein weiteres Zimmer oder irgendeine andere Schlafstätte, die ein Haushaltsmitglied am Wohnort oder an einem anderen Ort hat, z. B. um von dort aus einer Arbeit oder Ausbildung nachzugehen. Dabei ist es gleichgültig, ob das Haushaltsmitglied dort polizeilich gemeldet ist oder nicht. Die genaue Anschrift dieses zweiten Wohnsitzes ist in der Haushaltsliste zu Frage 10a einzutragen. Nicht gemeint sind z. B. Hotelzimmer, die ein Haushaltsmitglied auf der Durchreise nur ganz kurzfristig bewohnt, ebenfalls nicht die Unterbringung als Patient in einem Krankenhaus, dagegen zählt die Kasernenunterkunft als weiterer Wohnraum.

Aufenthaltsräume bei Ladengeschäften, Werkstätten, Arztpraxen u. dgl. gelten nur dann als weiterer Wohnraum, wenn Personen (z. B. der Inhaber), die außerhalb dieser Arbeitsstätte noch einen festen Wohnsitz haben, in diesen Aufenthaltsräumen regelmäßig übernachten. Ist das nicht der Fall, dann ist die Frage 10a mit „nein“ zu beantworten.

Werksgelände

siehe unter „Fabriken“

Werkstätten in Anstalten

siehe unter „Anstalten“

Werkstudenten

Studierende, die zum Zeitpunkt der Zählung irgendeine Erwerbstätigkeit ausüben, sei es als Gelegenheitsarbeit, als Praktikum oder als Beruf, gelten als **erwerbstätig** und müssen in der Haushaltsliste die Frage 12 bejahen, zu Frage 13 bei „Schüler/Studenten“ ein Kreuz machen und die Fragen des Abschnittes II beantworten.

Wichtigstes Verkehrsmittel

siehe unter „Weg zur Arbeitsstätte“

Wirtschafterinnen

siehe unter „Haushalt“

Wochenarbeitszeit

siehe unter „Arbeitszeit“

Wochenendhäuser

siehe auch unter „Gebäude, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen“

Es ist sowohl für die bewohnten Wochenendhäuser als auch für diejenigen, in denen der Zähler den Besitzer (Mieter, Pächter) am Zählungstichtag nicht antrifft, eine Gebäudeliste anzulegen. Dabei ist — evtl. unter Benutzung von Unterlagen bei der Gemeinde — zu unterscheiden zwischen Wochenendhäusern mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche) und solchen unter 50 qm. Die letzteren zählen zu den behelfsmäßigen Wohngelegenheiten, d. h. sie sind als Behelfsheime o. ä. nachzuweisen, müssen jedoch zusätzlich im Klartext als „Wochenendhaus“ gekennzeichnet werden.

Nicht zu berücksichtigen sind Gartenlauben, Buden und Hütten, die nur eine gelegentliche Übernachtungsmöglichkeit bieten und keine weiteren Räume aufweisen, es sei denn, sie dienen Personen zur ständigen Unterkunft.

Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß mindestens eine Haushaltsliste angelegt werden; sind mehrere Haushalte untergebracht, die entsprechende Zahl an Haushaltslisten. Trifft der Zähler den Haushalt nicht an, so ist der Grund des Nichtantreffens auf der Gebäude- und Haushaltsliste zu vermerken, also „Haus wird nur über das Wochenende (in bestimmten Monaten usw.) bewohnt“ oder „vermutlich zweiter Wohnsitz“. Er soll hierbei möglichst die Zahl der Personen des Haushalts eintragen (evtl. Erkundigung bei Nachbarn). Der

Zähler muß die Zählungsdienststelle auf diese Fälle aufmerksam machen, damit sich die betreffende Gemeinde um die Ergänzung der Gebäudeliste und der Haushaltsliste bemüht. Stellt die Gemeinde hierbei fest, daß der betreffende Haushalt dort nur seinen 2. Wohnsitz hat, so ist die Haushaltsliste von der Gemeinde nur hinsichtlich der Personen zu vervollständigen.

Wochenmärkte

siehe auch unter „Verkaufsstände“

Wochenmärkte sind vom Zähler nicht aufzusuchen.

Wohngebäude

siehe auch unter „Gebäude“

Als Wohngebäude gelten alle Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend zu Wohnzwecken benutzt werden.

Wohnheime

siehe unter „Beherbergungsgewerbe“ und „Anstalten“

Wohnlager

siehe unter „Anstalten“ und „Arbeiterlager“

Wohnpartner

siehe auch unter „Haushalt“

Personen, die zusammen wohnen und einen gemeinsamen Haushalt führen, z. B. auch Personen, die eine Lebensgemeinschaft bilden, ohne verheiratet zu sein, füllen eine gemeinsame Haushaltsliste aus. Bei der Frage „Stellung zum Haushaltsvorstand“ ist anzugeben: „Wohnpartner“.

Wohnschiffe

siehe unter „Notwohngebäude“ und „Schiffe“

Wohnung als Arbeitsstätte

siehe unter „Gewerblich genutzte Wohnräume“

Wohnung des Gebäudeeigentümers

siehe auch unter „Wohnungen“

Als Wohnung des Gebäudeeigentümers gilt die vom Eigentümer in seinem Gebäude selbst bewohnte Wohnung. Handelt es sich bei einem Wohnungsinhaber um einen Mieter oder Pächter, so zählt die Wohnung als Mietwohnung.

Wohnungen

siehe auch unter „Küche“ bzw. „Kochnische“ und „Mansarden“

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine eigene Küche oder Kochnische;
 - b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhause oder von einem Vorraum oder von außen.
- Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kocheinrichtung eingerichtet wurde.
- Bei einem Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarden, separate Zimmer) als Ganzes eine Wohnung. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten im Sinne der Zählung die Räume als Wohnung, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einem Haushalt bewohnt bzw. gemietet werden. Einfamilienhäuser sollen nach ihrer Bestimmung und nach ihrer baulichen Gestaltung nur einem Haushalt als Wohnung dienen. Ein Einfamilienhaus gilt demnach als eine Wohnung. Ist in einem Einfamilienhaus eine sog. Einliegerwohnung vorhanden, so zählt dieses Gebäude zu den Zweifamilienhäusern. Eine Einliegerwohnung ist gegenüber der Hauptwohnung von untergeordneter Bedeutung; sie hat in der Regel sowohl eine kleinere Wohnfläche als auch eine geringere Ausstattung und braucht keinen eigenen Wohnungsabschluß zu haben. Eine zweite Wohnung (auch Einliegerwohnung) liegt jedoch nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Geschöß zusammenliegen, eine eigene vollausgebaute Küche (Kochnische) umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung eines Haushalts vorgesehen sind. Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der gegebenenfalls auch Einzelräume in den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtstube im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind.

Wohnungen in Beherbergungsbetrieben, wie Hotels, Gasthöfen u. dgl.

In Hotels, Gasthöfen u. dgl. wird für die Wohnung des In-

habers usw. häufig keine eigene Küche oder Kochnische vorhanden sein. Der Haushalt bereitet seine Mahlzeiten vielmehr in der Hotel- usw. -Küche mit. In diesen Fällen ist in Abschnitt C, Spalte 9 der Gebäudeliste die Hotel- usw. -Küche bei der Wohnung mit anzugeben. Außerdem ist eine Haushaltsliste (falls mehrere Haushalte darin wohnen, entsprechend mehrere Haushaltslisten) auszufüllen. Die zur Unterbringung von Personal, Insassen und Dauergästen vorgesehenen Einzel- und Gemeinschaftsräume gelten nicht als Wohnung und zählen auch nicht zu den Räumen der Wohnung des Inhabers.

Wohnungsabschluß, eigener Wohnungseingang

siehe unter „Wohnungen“

Wohnungsinhaber

Als Wohnungsinhaber gelten nur Haushalte, die in einer Wohnung als Hauptmieter, als Eigentümer des Gebäudes, in welchem sich die Wohnung befindet, oder als Eigentümer der Wohnung wohnen. Alle übrigen Haushalte gelten als Untermieter.

Wohnwagen

Wohnwagen werden nur dann in eine Gebäudeliste eingetragen, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt werden. Die Bewohner haben eine Haushaltsliste auszufüllen, wenn sie keinen weiteren Wohnraum (feste Wohnung) haben.

Z

Zählungstichtag

siehe unter „Stichtag der Zählung“

Zeitungsstände

siehe unter „Verkaufsstände“

Zerstörte Gebäude

Zerstörte unbenutzte Gebäude werden durch die Zählung nicht erfaßt. Wohnt jedoch mindestens eine Person noch ständig in einer Gebäuderuine (Gebäuderest), so ist eine Gebäudeliste anzulegen und eine Haushaltsliste auszugeben.

Ziviler Ersatzdienst

siehe unter „Soldaten“

Zuchtställe

siehe unter „Tierzüchtereien“

Zuckerfabriken

siehe unter „Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft“ und „Saison- und Kampagnebetriebe“

Zuzug in das Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West)

Zuzug bedeutet allgemein den Bezug einer Wohnung oder sonstigen Unterkunft. In der Haushaltsliste wird nur nach dem Zuzug über die Grenzen des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) gefragt, ein Umzug innerhalb des Bundesgebietes interessiert nicht.

Ein Zuzug in das Bundesgebiet einschl. Berlin (West) liegt auch dann vor, wenn jemand zurückgekehrt ist, der schon früher hier gewohnt hat (z. B. Heimgekehrte aus Kriegsgefangenschaft, Evakuierung, Internierung, Verschleppung); ferner, wenn die bisherige Wohnung außerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) nicht aufgegeben worden ist. Umzüge zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet sind keine Zuzüge in das Bundesgebiet.

Zweifamilienhäuser

siehe auch unter „Wohnungen“

Zweifamilienhäuser sind alle Wohngebäude mit zwei Wohnungen. Die zweite Wohnung kann auch eine Einliegerwohnung sein. Eine Einliegerwohnung ist gegenüber der Hauptwohnung von untergeordneter Bedeutung; sie hat in der Regel sowohl eine kleinere Wohnfläche als auch eine geringere Ausstattung und braucht keinen eigenen Wohnungsabschluß zu haben. Zu den Zweifamilienhäusern zählen nicht die gesondert nachzuweisenden Bauernhäuser, Kleinsiedlerstellen, Nebenerwerbsstellen, Notwohngebäude (Behelfsheime usw.) sowie die Nichtwohngebäude mit Wohnraum.

Zweigniederlassungen

Für jede Zweigniederlassung ist ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Zwischenmeister

Wer die ihm von Gewerbetreibenden übergebene Arbeit an Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende weitergibt und mit diesen für den Auftraggeber über die geleistete Arbeit abrechnet, trägt sich zu Frage 19 der Haushaltsliste als „Zwischenmeister“ ein.

ANLEITUNG FÜR DIE GEMEINDEBEHÖRDE

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Was ist bei der Vorbereitung und Durchführung der Zählung unbedingt zu beachten?	2
1. Aufgaben der Gemeindebehörde	2
2. Zeitplan	2
3. Verschwiegenheit	2
B. Die Durchführung der Zählung	2
I. Aufgaben vor dem Zählungstichtag	2
1. Leitung der Zählung	2
2. Einrichtung einer Zählungsdienststelle	2
3. Unterrichtung über den Aufbau der Erhebungsbogen und die Organisation der Zählung	3
4. Einteilung des Gemeindegebiets in Zählbezirke	3
5. Werbung und Bestellung von Zählern	4
6. Zählerversammlungen	4
7. Anlieferung der Zählpapiere	5
8. Bekanntmachung der Zählung	5
9. Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere	5
10. Austeilen der Erhebungsbogen	5
II. Aufgaben während der Zählung	5
III. Aufgaben nach dem Stichtag	6
1. Einsammeln der Erhebungsbogen	6
2. Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Erhebungsbogen und erste Prüfung auf Vollständigkeit	6
3. Prüfung der Erhebungsbogen auf vollständige und richtige Ausfüllung	6
4. Erstellung einer Liste der Bewirtschafter von Flächen mit einer Gesamtgröße bis unter 5000 qm (= 0,5 ha), auf denen Obst, Gemüse und andere Gartengewächse zu Erwerbszwecken angebaut werden	6
5. Feststellung der Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und der erfaßten Personen	6
6. Absendung des Zählmaterials	7

Anhang

1. Bildung von Sonderzählbezirken	8
2. Numerierung der Zählbezirke	8
3. Bundesbahn, Bundespost	8
4. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz	8
5. Wochenendhäuser	9
6. Ausländische Streitkräfte	9
7. Ausländische Missionen (Botschaften, Konsulate und dgl.)	11
8. Erfassung der Behörden für die Arbeitsstättenzählung	11

In dieser Anleitung sind die mit der Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung für die Gemeinden verbundenen Arbeiten dargestellt. Der Anhang enthält eine Reihe von Hinweisen, die im allgemeinen nur für größere Städte von Bedeutung sind. Das vorstehende Inhaltsverzeichnis zeigt, welche Punkte in der Anleitung selbst und im Anhang im einzelnen behandelt werden.

A. Was ist bei der Vorbereitung und Durchführung der Zählung unbedingt zu beachten?

1. Aufgaben der Gemeindebehörde

Die unmittelbare Durchführung der Zählung am 6. Juni 1961 ist Aufgabe der Gemeinde. Um die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung mit Erfolg durchführen zu können, ist es notwendig, daß die Gemeindebehörde sich rechtzeitig an Hand der Zählungsdrucksachen (siehe Seite 3) über die erforderlichen Aufgaben und Arbeiten unterrichtet.

2. Zeitplan

Einen ersten Überblick über die Aufgaben gibt der Zeitplan (s. Anlage 1). Von den angegebenen Terminen müssen die unterstrichenen unbedingt eingehalten werden, da hiervon die fristgemäße Auswertung der Zählung abhängt. Die übrigen Termine gelten als Richttermine, die den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt werden können.

3. Verschwiegenheit

Alle mit der Durchführung der Zählung betrauten Stellen und Personen, insbesondere die Zähler, sind nach dem Volkszählungsgesetz 1961 gegenüber jedermann zur **Verschwiegenheit** über die Tatsachen verpflichtet, die bei der Zählung über die persönlichen Verhältnisse der erfaßten Haushalte und Personen, über die Verhältnisse auf den Grundstücken sowie in den Wohnungen, Anstalten und Arbeitsstätten zu ihrer Kenntnis gelangen. Näheres über die Rechtsgrundlage und einzelne wichtige Bestimmungen siehe Drucksache Nr. 12. Die Gemeindebehörde hat die von ihr zur Durchführung der Zählung eingesetzten Personen (Mitglieder der Zählungsdienststelle, Zähler) auf ihre Schweigepflicht hinzuweisen und zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten. Die ausgefüllten Zählpapiere dürfen innerhalb der Gemeinde nur den Stellen zur Einsicht überlassen werden, die an der Durchführung der Zählung beteiligt sind.

B. Die Durchführung der Zählung

I. Aufgaben vor dem Zählungstichtag

1. Leitung der Zählung

Die Leitung der Zählung innerhalb der Gemeinde obliegt dem Leiter der Gemeindeverwaltung (Bürgermeister). Sie kann einem vom Leiter der Gemeindeverwaltung möglichst frühzeitig einzusetzenden **Zählungsleiter** übertragen werden, der dem Leiter der Gemeindeverwaltung gegenüber für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung verantwortlich ist.

2. Einrichtung einer Zählungsdienststelle

Zur Durchführung der Zählungsarbeiten hat der Leiter der Gemeindeverwaltung bzw. der Zählungsleiter eine **Zählungsdienststelle** — in größeren Gemeinden nach Bedarf mehrere — einzurichten.

Wenn in der Gemeinde kein Statistisches Büro besteht, wird die Zählungsdienststelle aus Mitgliedern der Gemeindebehörde zu bilden sein. Es können aber auch geeignete Bürger der Gemeinde zur Mitarbeit herangezogen werden. In kleinen Landgemeinden wird der Leiter der Gemeindeverwaltung mit Unterstützung geeigneter Personen die Aufgaben der Zählungsdienststelle selbst übernehmen können. Zu den Aufgaben der Zählungsdienststelle gehören insbesondere:

- Die Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke,
(s. hierzu auch Anlage zum Schreiben des Statist. Landesamtes Nr. II 113—4334 v. 12. 12. 1960)
- die Werbung und Bestellung von Zählern,
- die Durchführung von Zählerversammlungen zur Unterrichtung der Zähler,
- das Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere,
- die Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Erhebungsbogen,
- die Prüfung, Berichtigung und Ergänzung der Eintragungen in den Erhebungsbogen und die damit verbundenen Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen.

Schließlich hat die Zählungsdienststelle die geprüften und geordneten Erhebungsbogen über das zuständige Landratsamt an das Statistische Landesamt zu senden. **Die Zählungsdienststelle ist so frühzeitig einzurichten, daß die Zählung in den vorgeschriebenen Fristen durchgeführt werden kann.** Die Anschriften des Zählungsleiters und der Zählungsdienststelle(n) sind öffentlich bekanntzugeben.

**Was hat die
Zählungs-
dienststelle
zu tun?**

3. Unterrichtung über den Aufbau der Erhebungsbogen und die Organisation der Zählung

Eine der ersten Aufgaben der Gemeindebehörde besteht darin, das Personal der Zählungsdienststelle zu unterrichten. Zunächst muß es mit dem Inhalt der Zählungsdrucksachen genauestens vertraut gemacht werden, und zwar mit

**Zählungs-
drucksachen**

- | | |
|-----------------------|--|
| Drucksache Nr. 1 | : Gebäudeliste mit Merkblatt (gelb) |
| Drucksache Nr. 1 a | : Muster der Gebäudeliste mit rot eingedrucktem Prüfprogramm für den Zähler (gelb) |
| Drucksache Nr. 2 | : Haushaltsliste mit Merkblatt (weiß) |
| Drucksache Nr. 2 a | : Muster der Haushaltsliste mit rot eingedrucktem Prüfprogramm für den Zähler (weiß) |
| Drucksache Nr. 3 | : Anstaltsliste (Mantelbogen) mit Merkblatt (hellgrün) |
| Drucksache Nr. 3 a | : Einzelbogen zur Anstaltsliste (hellgrün) mit Merkblatt |
| Drucksache Nr. 4 | : Arbeitsstättenbogen (rosa) |
| Drucksache Nr. 4 a | : Muster des Arbeitsstättenbogens mit rot eingedrucktem Prüfprogramm für den Zähler (rosa) |
| Drucksache Nr. 5 | : Zählbezirksliste (Entwurf, Reinschrift) |
| Drucksache Nr. 6 u. 7 | : Leitfaden für den Zähler mit Schlagwortverzeichnis (weiß) |
| Drucksache Nr. 6 a | : Leitfaden für den Anstaltszähler (weiß) |
| Drucksache Nr. 8 | : Anleitung für die Gemeindebehörde (weiß) |
| Drucksache Nr. 9 | : Anleitung für die Unterrichtung der Zähler (weiß) |
| Drucksache Nr. 10 | : Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden (weiß) |
| Drucksache Nr. 11 | : Gemeindebogen (weiß) |
| Drucksache Nr. 12 | : Begleitzettel mit Rechtsgrundlage |

In die Gebäudelisten, die Haushaltslisten, die Anstaltslisten sowie in die Arbeitsstättenbogen sind von den Befragten die Angaben über die Gebäude und Wohnungen, Haushalte, Personen und Arbeitsstätten einzutragen.

**Zweck der
Drucksachen**

Wie die Zählung im einzelnen durchzuführen ist, wird in der vorliegenden Anleitung sowie im Leitfaden für den Zähler ausführlich erläutert.

Die Zählbezirksliste erfüllt zwei Aufgaben. Die Erstschrift dient dem Zähler als Hilfsmittel zur Kontrolle des Austeilens und Einsammelns und verbleibt in der Gemeinde. Die Zweitschrift wird vom Statistischen Landesamt als Ordnungspapier benötigt.

Das Schlagwortverzeichnis soll sowohl dem Zähler als auch der Gemeindebehörde in Zweifelsfragen Auskunft geben. Die Gemeinde kann sich außerdem noch an folgende Stellen wenden:

(Hier Anschriften einfügen)

4. Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke

Das Gemeindegebiet muß vollständig in Zählbezirke eingeteilt werden. Dem Zähler sollten nicht mehr als 25 bis 30 Haushalte oder 100 Personen übertragen werden. Keinesfalls sollten zu große Zählbezirke gebildet werden. Sie führen zu einer Überlastung des Zählers. Er kann dann seine wichtigste Aufgabe, die lückenlose Erfassung der bewohnten Gebäude, der Bevölkerung und der Arbeitsstätten, nicht erfüllen. Damit aber würde der Erfolg der Volkszählung gefährdet.

**Kleine Zähl-
bezirke bilden!**

Für die Abgrenzung der Zählbezirke sind Gebäudekarteien, Straßenverzeichnisse, genaue Stadtpläne und andere vorhandene Unterlagen (z. B. die Ergebnisse der Gebäudevorerhebung) heranzuziehen. Sorgfältig ist darauf zu achten, daß die einzelnen Zählbezirke sich nicht überschneiden, z. B. ein Grundstück oder Gebäude mehreren Zählbezirken zugeteilt wird (Eckgrundstücke,

**Abgrenzung
der Zählbe-
zirke**

Grundstücke an zwei Straßen). Andererseits darf aber auch kein Grundstück vergessen werden! Für jeden Wohnplatz ist ein besonderer Zählbezirk zu bilden und zwar auch dann, wenn er wegen seiner geringen Bedeutung nicht im Wohnplatzverzeichnis aufgeführt wird.

Sind diese Wohnplätze als Zählbezirke sehr klein, so können mehrere einem Zähler übertragen werden. Für jeden muß jedoch eine Zählermappe angelegt werden (wegen der Bildung von Sonderzählbezirken siehe Anhang Punkt 1).

Die Zählbezirke sollen möglichst **bis Ende April** gebildet und in einem „Verzeichnis der Zählbezirke“ festgelegt sein.

Ferner ist – sofern die örtlichen Verhältnisse dies erfordern – ein Verzeichnis anzufertigen, aus dem hervorgeht, zu welchem Zählbezirk jedes Grundstück gehört. Die Verzeichnisse, für die sich im Anhang dieser Anleitung je ein Muster befindet, sind dem Statistischen Landesamt auf Anforderung zu überlassen.

Im Rahmen der wohnungsstatistischen Feststellungen werden für Auswertungszwecke auch Angaben über erneuerungsbedürftige Wohngebiete bereitzustellen sein. Über die Grundsätze, nach denen die erneuerungsbedürftigen Wohngebiete auszusondern und bei der Zählbezirkseinteilung kenntlich zu machen sind, unterrichtet eine besondere „Anleitung für die Aussonderung erneuerungsbedürftiger Wohngebiete“. Die Abgrenzung dieser Gebiete wird von den für die Planung zuständigen Dienststellen vorgenommen. Die Gemeindebehörde hat alle in die betreffenden Gebietseinheiten fallenden Zählbezirke durch den Zusatz „E“ zu ihrer Nummer (z. B. im Verzeichnis der Zählbezirke und im Gemeindebogen) kenntlich zu machen. Den kreisangehörigen Gemeinden werden diese Richtlinien bei Bedarf durch das Landratsamt zugestellt.

Erneuerungs- bedürftige Wohngebiete

Wer kommt als Zähler in Frage?

Die Bestim- mungen des Volkszählungs- gesetzes

5. Werbung und Bestellung von Zählern

Die Gemeinde benötigt für jeden Zählbezirk einen Zähler und außerdem eine angemessene Zahl von Ersatzzählern. Für das Zähleramt werden hauptsächlich Beamte einschließlich Lehrpersonen, Behördenangestellte, Studierende, aber auch Schüler der obersten Klassen höherer Lehranstalten in Frage kommen. Zwecks Gewinnung der Zähler wende sich die Zählungsdienststelle zunächst an die Gemeindeverwaltung, die Bundes- und Landesbehörden, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie an die Schulen.

Nach § 8 des Volkszählungsgesetzes sind die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, sovielen ihrer Bediensteten für die Zählung abzustellen, wie vom Zählungsleiter der Gemeinde angefordert werden. Ausnahme: Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden; jedoch sollen von der Zählertätigkeit nur die für den **technischen Dienst** unbedingt notwendigen Personen freigestellt werden.

Wenn auf diese Weise nicht genügend Zähler gewonnen werden, muß die Zählungsdienststelle auch andere geeignete Personen zur Zählertätigkeit heranziehen, z. B. Hausfrauen, Schüler, Rentner u. a. m. Nach § 7 des Volkszählungsgesetzes ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an zur Übernahme der Zählertätigkeit verpflichtet. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden. Die Zählertätigkeit darf nur aus einem wichtigen Grund abgelehnt werden.

Die verantwortungsvolle Aufgabe des Zählers sollte keinesfalls Personen übertragen werden, die geistig, charakterlich oder auch körperlich für die Zählertätigkeit nicht geeignet sind. Die Tätigkeit ungeeigneter Zähler verursacht erfahrungsgemäß zeitraubende Berichtigungen und erneute Befragungen und stört dadurch den Ablauf des Zählgeschäfts empfindlich.

Die Berufung zum Zähler erfolgt schriftlich. Der Zähler bestätigt die Annahme des Amtes durch eine schriftliche Erklärung, in der er sich zur gewissenhaften Erfüllung seiner Aufgaben und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Zwei Wochen vor dem Stichtag, also bis zum 20. Mai, müssen alle Zähler einschließlich einer angemessenen Zahl von Ersatzzählern berufen sein. Dem Zähler ist ein mit dem Dienstsiegel der Gemeinde versehener und vom Zählungsleiter oder Bürgermeister unterschriebener Ausweis auszuhändigen.

6. Zählerversammlungen

Zur Einführung der Zähler in ihre Aufgabe sind Zählerversammlungen (nicht mehr als 40 Teilnehmer) abzuhalten, und zwar bis etwa eine Woche vor dem Stichtag. Jedem Zähler ist einige Tage vor der Zählerversammlung eine Zählermappe mit den erforderlichen Zählpapieren auszuhandigen.

Einzelheiten über die Durchführung der Unterrichtung (Hinweise für die Zeiteinteilung, die zweckmäßige Reihenfolge bei der Ausgabe der Zählpapiere, die Kontrolle des Ausgebens und Einsammelns, die lückenlose Erfassung der bewohnten Gebäude, der Wohnungen, Haushalte und Personen – insbesondere der Untermieter – und für das Verhalten bei Auskunftsverweigerungen) enthält die „Anleitung für die Unterrichtung der Zähler“, Drucksache Nr. 9.

Da gründliche Unterrichtung der Zähler für das Gelingen der Zählung entscheidend ist, muß sichergestellt sein, daß alle Zähler – auch die Ersatzzähler – an einer Zählerversammlung teilnehmen. Ort und Zeit sind für die Zähler möglichst günstig anzusetzen.

20. Mai 1961

30. Mai 1961

Unterweisung
der Zähler
(Drucksache Nr. 9)

Die Unterweisung der Zähler ist durch die Sachbearbeiter der Zählungsdienststelle oder geeignete sachkundige Gemeindebedienstete vorzunehmen. Die Vortragenden müssen mit der „Anleitung für die Unterrichtung der Zähler“ und mit den einzelnen Zählpapieren genau vertraut sein, damit sie den Zählern Auskunft über Zweifelsfragen geben können. Der Kreiszahlungsleiter beim Landratsamt und dessen Stellvertreter sind gehalten, die Gemeindezahlungsleiter bei der Unterweisung der Zähler weitgehend zu unterstützen.

7. Anlieferungen der Zählpapiere

Die Zählpapiere werden den Gemeinden spätestens bis zum 10. Mai 1961 zugesandt. Sollten die Zählpapiere bis zu diesem Termin nicht eingegangen sein, so ist dies dem Landratsamt sofort telefonisch oder telegraphisch mitzuteilen. Nach Eingang der Zählpapiere ist zu prüfen, ob die gelieferten Zählpapiere dem mutmaßlichen Bedarf entsprechen.

Etwa fehlende Mengen sind mit Angabe der Drucksachennummer sofort nachzufordern.

8. Bekanntmachung der Zählung

Die Bevölkerung muß auf die bevorstehende Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung hingewiesen werden. Das geschieht am besten durch Plakatanschläge oder amtliche Bekanntmachungen in den Zeitungen von Ende Mai an. Plakate und dgl. bleiben einige Tage über den Zählungstichtag hinaus angeschlagen. Amtliche Bekanntmachungen müssen enthalten:

Stichtag der Zählung (6. Juni 1961),

Rechtsgrundlage,

Anschrift der Zählungsdienststelle(n),

Hinweis, daß die Zählungsdienststelle Auskünfte erteilt, die Bitte, daß alle Personen, die bis zum 3. Juni keine Haushaltsliste erhalten haben, bei der Zählungsdienststelle vorsprechen.

9. Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere

Die Vorbereitung und das Zusammenstellen der Zählpapiere und der Musterexemplare ist die erste größere Aufgabe der Zählungsdienststelle. Für jeden Zählbezirk ist eine Zählermappe anzulegen, auf die folgende Angaben zu übertragen sind:

Regierungsbezirk,

Kreis,

Gemeinde,

Gemeindeteil,

Zählbezirksnummer,

Name und Anschrift des Zählers.

Auf der Zählermappe ist die „Gemeindekennzahl“, die als Stempel in der Gemeinde vorliegt, in das dafür vorgesehene Feld einzustempeln.

Außerdem sind jedem Zähler anhand des Verzeichnisses der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke im Kopf der „Zählbezirksliste“ die Grenzen seines Zählbezirks — sowie für jedes zu erfassende Grundstück bzw. Gebäude Straße und Hausnummer — genau anzugeben (vgl. die Ausführungen zu B I 4). Auch die Zählbezirkslisten sind auf Vorder- und Rückseite mit der Gemeindekennzahl zu versehen.

10. Austeilen der Erhebungsbogen

Die Zähler sollen die Zählpapiere ab 30. Mai verteilen. Daher müssen die Zählpapiere spätestens bis zum 27. Mai, auf jeden Fall aber einige Tage vor der Zählerversammlung, in ihren Händen sein.

10. Mai 1961

Zählungstermin bekanntgeben!

Zählermappen anlegen und an Zähler verteilen

27. Mai 1961

II. Aufgaben während der Zählung

Während der ganzen Zeit, in der die Zähler mit dem Austeilen und Einsammeln der Zählpapiere beschäftigt sind und die Bevölkerung die Papiere ausfüllt, muß die Zählungsdienststelle durchgehend besetzt sein, damit jederzeit Auskünfte an Zähler und Bevölkerung gegeben werden können. Für eilige Nachforderungen von Zählpapieren ist ein angemessener Vorrat bereitzuhalten. Zähler, die infolge Erkrankung oder aus anderen wichtigen Gründen ausfallen, sind sofort durch Ersatzzähler abzulösen.

Wenn jemand bei der Zählungsdienststelle vorspricht und angibt, keine Haushaltsliste, Gebäudeliste oder keinen Arbeitsstättenbogen erhalten zu haben, so sind die gewünschten Erhebungsbogen auszugeben. Name und Anschrift des Empfängers sowie Zahl und Art der ausgegebenen Erhebungsbogen werden in einer Liste festgehalten. Des weiteren ist sofort zu prüfen, warum der Betreffende keinen Erhebungsbogen erhalten hat.

Zunächst ist anhand des Zählbezirksverzeichnisses festzustellen, ob das Grundstück, auf dem er wohnt, überhaupt einem Zählbezirk zugeordnet wurde. Wurde das Grundstück ordnungsgemäß zugeteilt, so ist Verbindung mit dem zuständigen Zähler aufzunehmen und zu klären, ob er die Zählarbeiten durchgeführt (oder vielleicht krank geworden ist) und **beim Austeilen nicht etwa noch weitere Gebäude, Haushalte und Arbeitsstätten übersehen** hat. Beim Abliefern der Zählpapiere durch den zuständigen Zähler ist zu prüfen, ob die von der Zählungsdienststelle ausgegebenen Bogen vorhanden sind.

Wenn ein Gebäudeeigentümer, ein Haushaltsvorstand oder der Leiter einer Arbeitsstätte die Auskunft verweigert, muß sich die Zählungsdienststelle einschalten, d. h. es soll zunächst versucht werden, den Verweigerer durch gutes Zureden umzustimmen. Erfolge dürften dann erzielt werden,

Auskunftsdienst

Gebäude, Haushalte, Arbeitsstätten vom Zähler übersehen?

Verhalten bei Auskunftsverweigerung

wenn ein in der Menschenbehandlung erfahrenes Mitglied der Zählungsdienststelle die Verweigerer aufsucht, noch einmal auf Sinn und Zweck der Volkszählung hinweist, ferner auf die Zeitungsartikel (mitnehmen), Rundfunk- und Fernsehsendungen, in denen die Volkszählung ausführlich und positiv besprochen worden ist. Wenn es nicht gelingt, die Bedenken des Verweigerers zu zerstreuen – und erst dann – sollte auf das Volkszählungsgesetz verwiesen werden, das eine Auskunftspflicht begründet. Die ganz wenigen hartnäckigen Verweigerer, die dann immer noch keine Auskunft geben, sind zum Schluß mit den Strafbestimmungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzblatt I, S. 1314) bekanntzumachen.

§ 14 dieses Gesetzes lautet:

(1) Eine Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach § 10 verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

Vielfach lohnt es sich, dem Verweigerer noch eine Bedenkzeit zu gewähren und die Hinweise auf die Auskunftspflicht und die Strafbestimmungen erst bei einem zweiten Besuch, ein bis zwei Tage später, vorzubringen.

Sollte auch der zweite Besuch erfolglos bleiben, so ist der Verweigerer mit eingeschriebenem Brief unter Nennung eines Termins auf seine Auskunftspflicht hinzuweisen und um die Ausfüllung der Erhebungspapiere zu bitten (Muster siehe Anlage 8). Die Durchschrift dieses Mahnschreibens ist zusammen mit dem Einschreiben-Einlieferungsschein von der Gemeinde aufzubewahren und im Falle der endgültigen Verweigerung oder nicht fristgerechten Beantwortung des Mahnschreibens zusammen mit dem aktenkundig gemachten Vorgang dem Statistischen Landesamt zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens zuzuleiten.

III. Die Aufgaben nach dem Stichtag

1. Das Einsammeln der Erhebungsbogen

Die Zähler beginnen mit dem Einsammeln am 6. Juni und müssen es bis zum 10. Juni abends beendet haben. Die Zählpapiere sind von ihnen bis zum 16. Juni an die Zählungsdienststelle abzuliefern. Säumige Zähler sind sofort zu mahnen. Möglicherweise müssen Ersatzzähler für ausgefallene oder ungeeignete Zähler einspringen und die Arbeiten zu Ende führen.

2. Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Erhebungsbogen und erste Prüfung auf Vollständigkeit

Bei Entgegennahme der Zählpapiere muß der Bearbeiter in der Zählungsdienststelle prüfen, ob der Zähler seine Aufgabe vollständig und sorgfältig durchgeführt hat. Wie diese Prüfung vorzunehmen ist und was dabei zu beachten ist, geht aus der Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden (Drucksache Nr. 10) hervor.

3. Prüfung der Zählpapiere auf vollständige und richtige Ausfüllung

In der Zählungsdienststelle sind die Erhebungsbogen auf vollständige und richtige Ausfüllung zu überprüfen. Diesen Kontrollen ist der Abschnitt II der Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden zugrunde zu legen. Es ist unerlässlich, daß sich die Mitarbeiter der Zählungsdienststelle vor Beginn des Prüfens mit dem Inhalt dieser Anleitung völlig vertraut machen. Das dort beschriebene Prüfprogramm ist als Mindestprogramm aufzufassen, dessen Durchführung vom Zählungsleiter durch seine Unterschrift auf dem Gemeindebogen bescheinigt wird. Wenn eine Gemeinde von sich aus weitergehende Kontrollen vornimmt, so sind diese zusätzlichen Kontrollen auf dem Gemeindebogen anzugeben.

4. Erstellung einer Liste der Bewirtschafter von Flächen mit einer Gesamtgröße bis unter 5 000 qm (= 0,5 ha), auf denen Obst, Gemüse und andere Gartengewächse zu Erwerbszwecken angebaut werden

Im Anschluß an die Volkszählung findet eine Gartenbauerhebung statt. Für diese Erhebung müssen aus den Haushaltslisten die Namen der betreffenden Bewirtschafter von Betrieben mit weniger als 5 000 qm Gesamtfläche herausgezogen und in eine Liste eingetragen werden (s. Anlage 3). Es ist auch möglich, die so festgestellten Gartenbaubetriebe in den den Gemeinden bis etwa Juni 1961 vom Statistischen Landesamt zugehenden „Anschriftenliste der in die Gartenbauliste einzubeziehenden Betriebe“ nachzutragen. Diese Arbeit kann mit dem Prüfen der Angaben zu Abschnitt V in den Haushaltslisten verbunden oder in einem besonderen Arbeitsgang durchgeführt werden. Wenn im Abschnitt V zu Frage 6 „ja“ angekreuzt und zu Frage 1 eine Gesamtfläche unter 5 000 qm angegeben wurde, ist der zu Frage 2 eingetragene Name des Bewirtschafters mit seiner Anschrift in die Liste aufzunehmen.

Diese Liste ist so zeitig aufzustellen, daß sie bis 10. Juli für die Gartenbauerhebung fertig vorliegt. Sie ist sorgfältig aufzubewahren. Die Liste ist bei der Durchführung der Gartenbauerhebung heranzuziehen, wofür noch besondere Anweisung ergeht.

5. Feststellung der Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und der erfaßten Personen

Für die Bearbeitung im Statistischen Landesamt wird eine Zusammenstellung der ausgefüllten Gebäudelisten, Haushaltslisten, Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen sowie der Zahl der in

**Ablieferung
der Zähl-
papiere durch
Zähler bis
16. Juni 1961
und Prüfung**

**Anschriften-
liste für die
Gartenbau-
erhebung 1961**

den Haushalts- bzw. Anstaltslisten eingetragenen Personen benötigt. Bereits während der Prüf- arbeiten – sobald geprüfte und endgültig abgeschlossene Zählbezirke vorliegen – ist mit der Auf- stellung des **Gemeindebogens** zu beginnen. Der Gemeindebogen ist zunächst mit der Gemeinde- kennzahl zu versehen. Dann sind die Summen der Spalten 4 bis 7 sowie 13 und 14 der Zählbe- zirksliste in die entsprechenden Spalten des Gemeindebogens zu übertragen. Nachdem die Zahl der ausgefüllten Erhebungsbogen und erfaßten Personen¹⁾ für alle Zählbezirke in den Ge- meindebogen übertragen worden ist, muß die Summe für alle Zählbezirke der Gemeinde gebil- det werden. Zählungsleiter und Bürgermeister unterschreiben dann den abgeschlossenen Ge- meindebogen und bescheinigen damit die Vollständigkeit der Zählung und die ordnungs- gemäße Prüfung der Zählpapiere.

**Aufstellung
des Gemeinde-
bogens**

6. Absendung des Zählmaterials

Anschließend ist das gesamte Zählungsmaterial in folgender Reihenfolge zu verpacken:

a) Gemeindebogen (liegt oben auf)

b) Zählermappen in der Reihenfolge der Zählbezirksnummern; darin eingelegt:

Zählbezirksliste (Reinschrift) an erster Stelle; dann

Gebäudelisten (in der Reihenfolge des Eintrags in der Zählbezirksliste), in die die zugehöri- gen Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen, Anstaltslisten etc. eingelegt sind (jeweils in der Reihenfolge, in der sie in der Gebäudeliste eingetragen sind).

Arbeitsstättenbogen von Arbeitsstätten, die nicht in einem bewohnten Gebäude (ohne Ge- bäudeliste) liegen.

In der Gemeinde verbleiben die Entwürfe der Zählbezirkslisten und eine Durchschrift des Gemeindebogens. Die Sendung ist mit folgender Anschrift zu versenden:

**Versand an
Landratsämter
bis 22. Juli 1961**

Volkszählung 1961	
Kreis	Gemeinde
Anzahl der Pakete	Paket Nr.
An das Landratsamt	
.....	

Werden mehrere Pakete in einer Kiste versandt, so sind die in der Kiste liegenden Pakete genauso zu kennzeichnen. Bei Versand in Kisten sind die Zählbezirksmappen nicht lose ein- zulegen, sondern in Bunden zu etwa 10 Stück zu verschnüren.

Spätestens bis zum 22. Juli sollen die Gemeinden die Kisten (Pakete) an das zuständige Land- ratsamt abgesandt haben.

Über den Versand der Zählpapiere von den Landratsämtern und von den Stadtkreisen an das Statistische Landesamt ergeht noch besondere Weisung.

¹⁾ Diese **Personenzahl** gibt nur annäherungsweise die Einwohnerzahl der Gemeinde wieder. Sie entspricht nicht der **Wohnbevölkerung**, die im allgemeinen niedriger sein wird. Die endgültige Wohnbevölkerung wird vom Stati- stischen Landesamt festgestellt.

Es folgen:

Anhang (besonders in größeren Städten zu beachten)

Anlagen

1. Zeitplan für die Gemeindebehörde
2. Übersicht über die wichtigsten Anstaltsarten
3. Muster einer Liste der Bewirtschafter von Gartenbaubetrieben mit weniger als 5000 qm Gesamtfläche
4. Verzeichnis der Zählbezirke
5. Alphabetisches Straßenverzeichnis
6. Kontrollzettel der Arbeitsstättenzählung 1960
7. Muster eines Schreibens an nicht angetroffene Auskunftspflichtige
8. Muster eines Schreibens bei Auskunftsverweigerung

ANHANG

1. Bildung von Sonderzählbezirken

Was sind Anstalten?

a) Für Anstalten

Für jede im Gemeindegebiet gelegene Anstalt ist ein eigener Zählbezirk zu bilden. Das Verzeichnis der Anstaltsarten (Anlage 2) zeigt, welche Institutionen hiervon betroffen sind. Am besten setzt sich die Zählungsdienststelle mit der Anstaltsleitung in Verbindung und vereinbart, daß ein Angehöriger der Anstaltsleitung die Zählung in der Anstalt durchführt. Ist dies nicht möglich, muß von der Gemeinde ein Sonderzähler bestimmt werden. Fällt eine Anstalt in das Gebiet eines normalen Zählbezirks, so ist das betreffende Grundstück in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf dessen Zählbezirksliste als **Sonderzählbezirk** zu kennzeichnen, mit dem Hinweis, daß dort von einem besonderen Zähler gezählt wird. Vertriebene sowie deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge können in Durchgangs- und Wohnlagern untergebracht sein.

Durchgangs- und Wohnlager

Die Erfassung der Durchgangs- und Wohnlager bei der Volks- und Berufszählung 1961 ist so vorgesehen, daß jedes Lager, z. B. eine Barackensiedlung, ein ehemaliges Kasernengelände und dgl., einen Sonderzählbezirk bildet. Die Zählung wird mit Anstaltslisten durchgeführt. Auf den Anstaltslisten ist zu vermerken, ob es sich um ein Durchgangslager oder ein Wohnlager handelt.

Besondere Unterrichtung der Anstaltszähler

Befinden sich Durchgangs- oder Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge in Wohnhäusern, zweckentfremdeten Hotels und dgl., gleichgültig, ob die Unterkunft für ein längeres oder vorübergehendes Wohnen bestimmt ist, sind sie ebenfalls als Lager anzusehen und die Zählung wird in ihnen wie in einer Anstalt durchgeführt.

Die in Sonderzählbezirken für Anstalten eingesetzten Zähler erhalten den „Leitfaden für Anstaltszähler“. Sie sind nicht zusammen mit den übrigen Zählern, sondern gesondert über ihre Aufgaben zu unterrichten, wobei der Inhalt ihres Leitfadens und evtl. weitere Besonderheiten mit ihnen besprochen werden.

Warum Sonderzählbezirk?

b) Für größere Arbeitsstätten, Geschäftshäuser, Kleingartengebiete und dgl.

Die Bildung von Sonderzählbezirken empfiehlt sich ferner bei Grundstücken mit einer besonders großen Zahl von Bewohnern oder mit größeren Arbeitsstätten, wie Geschäfts- und Bürogrundstücke, Fabrikanlagen und dgl. Zusammenhängende große Fabrikanlagen, Schachtanlagen und dgl. ein und derselben Firma sind dabei auch dann nur **einem** Zählbezirk zuzuordnen, wenn sie z. B. durch eine öffentliche Straße durchschnitten werden. Auch besonders schwierig zu erfassende Wohn- und Arbeitsstätten, wie Schrebergärten (Laubenkolonie), Großbaustellen und dgl., werden zweckmäßig als Sonderzählbezirke behandelt. Die hier eingesetzten Zähler erhalten den „Leitfaden für den Zähler“ und können zusammen mit den übrigen Zählern über ihre Aufgaben unterrichtet werden.

Wie sind die Zählbezirke zu numerieren?

2. Numerierung der Zählbezirke

Die Nummern der Zählbezirke dürfen nicht mehr als dreistellig sein. Bei der Numerierung ist mit dem Ortskern zu beginnen. Außenbezirke und besondere Wohnplätze außerhalb des Ortskerns sind erst anschließend zu berücksichtigen. In **Stadtkreisen** werden die Zählbezirke am zweckmäßigsten innerhalb jedes Stadtbezirkes (kleinste Einheit) von 1 beginnend dreistellig numeriert.

In **Großen Kreisstädten**, die auf das Schreiben des Statistischen Landesamtes vom 29. 12. 1960, Nr. II 113 - 4786, eine Auswertung nach Stadtteilen beantragt haben, ist gemäß o. a. Schreiben für jeden Stadtteil mit einer neuen ersten Stelle des Zählbezirks zu beginnen. Zum Beispiel:

Stadtteil	Zählbezirk
Innenstadt	001 – 088
Weststadt	101 – 190
Oststadt	201 – 273
Vorstadt A	301 – 327
Vorstadt B	401 – 433
usw. bis	
Vorstadt G	901 – 968

Sondererfassung

3. Bundesbahn, Bundespost

Für abgeschlossene Bahn(Post-)gelände mit allen darauf befindlichen Betriebs- und Wohngebäuden sind Sonderzählbezirke zu bilden und Bedienstete der Bundesbahn (-post) als Zähler einzusetzen. Durch diese Zähler sind alle auf dem Gelände wohnenden Personen sowie alle nicht der Bundesbahn (-post) unterstehenden Arbeitsstätten zu erfassen, wie Bahnhofsgaststätte, Zeitungsstand, Blumenladen und andere Verkaufsstände. Die Dienststellen der Bundesbahn und Bundespost werden von diesen Behörden jedoch **selbst** gezählt.

4. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz

In geschlossenen Anlagen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes wird die Zählung von den Standortverwaltungen ohne Einschaltung der Gemeinde durchgeführt. Für diese Gelände ist kein Zählbezirk und kein Zähler vorzusehen.

In von der Bundeswehr oder vom Bundesgrenzschutz benutzten Gebäuden außerhalb militärischer Anlagen wird die Zählung vom örtlich zuständigen Zähler durchgeführt, sofern das Gebäude nicht zu einer militärischen Anlage gehört, z. B. die Unterkunft für eine Radarbewachung. Die in Frage kommenden Gebäude können einmal nur von Soldaten oder Soldatenfamilien, zum anderen auch von Soldaten und Zivilisten gemeinsam bewohnt werden, außerdem kann sich in ihnen eine Bundeswehr- oder Bundesgrenzschutzdienststelle befinden. Für von der Bundeswehr gemietete Gebäude hat der Eigentümer die Gebäudeliste auszufüllen, z. B. eine Siedlungsgesellschaft. Für Gebäude, die der Bundeswehr von der Bundesvermögensverwaltung überlassen wurden, muß diese die Gebäudelisten ausfüllen. Es ist zweckmäßig, wenn sich die örtlichen Zählungsleiter wegen der Abgrenzung der Zählgebiete mit den Standortverwaltungen ins Benehmen setzen.

5. Wochenendhäuser und nur gelegentlich bewohnte Gebäude und Wohnungen, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen

Wochenendhäuser befinden sich in der Regel außerhalb des geschlossenen Bebauungsgebiets einer Gemeinde. Es ist unbedingt darauf zu achten, daß diese Gebäude bei der Zählbezirkseinteilung des Gemeindegebiets **nicht vergessen** werden.

Es ist sowohl für die bewohnten Wochenendhäuser als auch für diejenigen, in denen der Zähler den Besitzer am Zählungstichtag nicht antrifft, eine Gebäudeliste anzulegen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen Wochenendhäusern mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche) und solchen unter 50 qm. Die letzteren zählen zu den behelfsmäßigen Wohngelegenheiten, sind also als Behelfsheime, Baracken o. ä. nachzuweisen.

Wochenendhäuser und gelegentlich bewohnte Gebäude oder Wohnungen sind im Kopf der Gebäudeliste zusätzlich mit Rotstift als „Wochenendhaus“ bzw. als „gelegentlich bewohnt“ zu kennzeichnen. Ebenso sind die Haushaltslisten für diese Gebäude bzw. Wohnungen kenntlich zu machen.

Ist ein Gebäude bereits bei der Gebäudevorerhebung erfaßt worden und weist die Gebäudeliste die Eintragung „Wochenendhaus“ auf, ohne daß eine der vorgegebenen Gebäudearten angekreuzt worden ist, so ist zu prüfen, ob auf Grund des Augenscheins oder der Auskunft Anwesender die Gebäudeliste durch zusätzliches Ankreuzen einer der bei Frage B 2 vorgedruckten Gebäudearten ergänzt werden muß. Hat keine Gebäudevorerhebung stattgefunden und wird vom betreffenden Gebäudeeigentümer das Bauwerk als „Wochenendhaus“ bezeichnet, so ist dies mit Rotstift im Kopf der Gebäudeliste kenntlich zu machen und zusätzlich eine der vorgegebenen Gebäudearten entsprechend der Unterscheidung nach Wochenendhäusern mit weniger als 50 qm Wohnfläche und Wochenendhäuser mit mindestens 50 qm Wohnfläche (oder 60 qm überbauter Fläche) anzukreuzen. Die Haushaltslisten dieser Wochenendhäuser sind ebenfalls mit Rotstift im Kopf der Liste mit „Wochenendhaus“ zu kennzeichnen.

Wird ein Gebäude nur in bestimmten Jahreszeiten oder nur über das Wochenende bewohnt, so ist dies auf der Gebäudeliste als „gelegentlich bewohnt“ zu vermerken. Das gleiche gilt, wenn es sich um einen zweiten Wohnsitz handelt. Der Haushalt ist wie üblich mit Haushaltslisten zu erfassen. Die Haushaltslisten sind mit Rotstift ebenfalls als „gelegentlich bewohnt“ kenntlich zu machen. Auf der Gebäudeliste muß auf der Rückseite die Nummer der betreffenden Liste und die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen eingetragen werden.

Ist der Gebäudeeigentümer am Zählungstichtag nicht anwesend, so muß vom Zähler eine Gebäudeliste angelegt und soweit als möglich die Fragen ausgefüllt werden, wobei im Kopf der Gebäudeliste mit Rotstift „Wochenendhaus“ oder „nur gelegentlich bewohnt“ oder eine ähnliche Formulierung einzutragen ist, aus der ersichtlich ist, daß es sich nur um eine Wochenendunterkunft oder einen zweiten Wohnsitz handelt. Für jede im Gebäude vorhandene Wohnung muß vorsorglich mindestens eine Haushaltsliste, die ebenso mit „Wochenendhaus“ o. ä. zu kennzeichnen ist, mit Angabe der Zahl der Personen angelegt werden. Die Personenzahl ist auf die Rückseite der betreffenden Gebäudeliste in Spalte 11 – wie bei allen anderen Haushalts- und Gebäudelisten – zu übernehmen.

6. Ausländische Streitkräfte

Die Mitglieder ausländischer Streitkräfte und deren Angehörige rechnen nicht zur Wohnbevölkerung und sind folglich nicht zu zählen. Dieser Personenkreis setzt sich wie folgt zusammen:

1. Militärisches Personal,
2. den ausländischen Truppen unterstelltes ziviles Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und
3. Familienangehörige des militärischen Personals und des zivilen Gefolges ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (z. B. auch deutsche Ehefrauen).

Erfassung von zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen auf von den Streitkräften in Anspruch genommenen Grundstücken

Zu erfassen sind Handwerker, Bewachungsmannschaften, Dienstgruppen u. dgl., die in geschlossenen militärischen Anlagen ausländischer Streitkräfte untergebracht sind, **aber nicht die Staatsangehörigkeit der betreffenden ausländischen Macht haben**, also z. B. Deutsche, Polen,

Behandlung und Erfassung von Wochenendhäusern und nur gelegentlich bewohnten Gebäuden und Wohnungen

Ukrainer, Ungarn. Ebenfalls zu zählen sind Hausangestellte, z. B. Hausgehilfinnen, Heizer, Hausmeister, die in Gebäuden bzw. Gebäudeteilen leben, die von den ausländischen Streitkräften in Anspruch genommen sind, z. B. in geschlossenen Wohnsiedlungen.

Die Erfassung dieser — vermutlich wenigen — zur Wohnbevölkerung gehörenden Personen führen die Streitkräfte durch ihre Mitglieder oder ihre deutschen Bediensteten am besten selbst durch. Der Zählungsleiter der Gemeinde muß also rechtzeitig mit der zuständigen örtlichen Dienststelle der ausländischen Streitkräfte Verbindung aufnehmen. Sollte der Gemeinde diese Dienststelle nicht bekannt sein, so kann sie beim Statistischen Landesamt erfragt werden. Die Dienststellen der ausländischen Streitkräfte werden über das Auswärtige Amt über die bevorstehende Volkszählung unterrichtet. Zu klären sind jedoch Einzelheiten über die technische Durchführung der Zählung innerhalb geschlossener militärischer Anlagen oder Wohnsiedlungen der Streitkräfte und in sonstigen von ihnen in Anspruch genommenen Gebäuden. Es ist insbesondere darauf hinzuwirken, daß die von den Streitkräften eingesetzten Zähler durch ihre Zählertätigkeit und durch den Besuch der Zählerversammlung keinen Verdienstausschlag erleiden. Die benötigten Erhebungsbogen sind der Dienststelle der ausländischen Streitkräfte von der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, nachdem jene ihren Bedarf mitgeteilt hat. Ferner ist zu vereinbaren, daß die ausgefüllten Erhebungspapiere an die Gemeinde zurückgeleitet werden. Selbstverständlich brauchen für die genannten Anlagen und Grundstücke keine regulären Zählbezirke mit deutschen Zählern eingeteilt zu werden. Die von den Streitkräften eingesetzten Zähler müssen von einem Gemeindebeauftragten über ihre Aufgaben unterrichtet werden. Hierbei muß vor allem klar herausgearbeitet werden, wann eine Haushalts- und wann eine Anstaltsliste auszugeben ist.

Eine **Haushaltsliste** erhalten alle Einzelpersonen oder Familien, die nicht zu den Streitkräften gehören und in Wohnungen untergebracht sind; zumeist also Hausangestellte, wie Hausgehilfinnen, Gärtner, Hausmeister mit Familie.

Eine **Anstaltsliste** ist anzulegen, wenn nicht zu den Streitkräften gehörende Personen in Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, also z. B. Wachmannschaften, Dienstgruppen u. dgl. Die einzelnen Personen sind in Abschnitt A der Anstaltsliste einzutragen und füllen außerdem noch einen Einzelbogen aus. Die Abschnitte B bis E der Anstaltsliste bleiben leer. Der Zähler hat jedoch alle ausgefüllten Haushalts- und Anstaltslisten auf ihrer Vorderseite durch „A“ zu kennzeichnen, als Hinweis darauf, daß die eingetragenen Personen im Bereich der ausländischen Streitkräfte gezählt worden sind.

In der Regel dürften diese kurzen Ausführungen bereits ausreichen, um mit den von den Streitkräften bestimmten Zählern ihre Aufgaben durchzusprechen. Sollten noch Unklarheiten bestehen, so sind vom Statistischen Landesamt weitere Auskünfte einzuholen.

Von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Gebäude und Wohnungen sowie darin lebende, zur Wohnbevölkerung gehörende Personen. Keine besonderen Absprachen sind wegen der Mitglieder ausländischer Streitkräfte zu treffen, die in privatrechtlich gemieteten Häusern und Wohnungen leben. Da diese Gebäude und Wohnungen zum Gebäude- bzw. Wohnungsbestand der Gemeinde zählen, muß der **örtlich zuständige deutsche Zähler**, in dessen Zählbezirk sie liegen, dafür sorgen, daß für diese Gebäude und Wohnungen Zählpapiere angelegt werden, aus denen hervorgeht, daß sie von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

Wurde ein ganzes Gebäude gemietet, ist vom Gebäudeeigentümer eine Gebäudeliste auszufüllen. Auf der Rückseite der Gebäudeliste sind die Namen aller Wohnungsinhaber einzutragen und selbstverständlich die Fragen für die Wohnung zu beantworten. In Sp. 11 auf der Rückseite muß vom Gebäudeeigentümer oder aber vom Zähler die Zahl der in der Wohnung lebenden Personen angegeben werden. Die Liste ist auf der Vorderseite links neben den Ordnungsangaben außerdem durch ein „A“ zu kennzeichnen. Das besagt, daß in dem Gebäude alle Wohnungen an Mitglieder ausländischer Streitkräfte vermietet sind und daß bei der Vollzähligkeitskontrolle für die ausländischen Wohnparteien **keine Haushaltslisten vorzuliegen brauchen**.

Wurde nur eine Wohnung gemietet, z. B. von einem amerikanischen Offizier eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus, so ist es aus Gründen der Kontrolle notwendig, **für diesen Haushalt eine Haushaltsliste anzulegen**. Auf ihr braucht nur auf der Vorderseite die Personenzahl und das Kennzeichen „A“ eingetragen zu sein, alle übrigen Eintragungen entfallen. Selbstverständlich ist die Personenzahl des amerikanischen Haushaltes in Sp. 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Hauseigentümer oder Zähler einzutragen. Außerdem sind die Fragen für die von diesem Haushalt bewohnte Wohnung zu beantworten und in der Wohnungszeile dieses ausländischen Wohnungsinhabers in Sp. 12 ein „A“ zu vermerken.

In den beiden beschriebenen Fällen hat sich der zuständige Zähler zu erkundigen, ob in einer solchen Wohnung oder in einem solchen Gebäude ein deutscher Gärtner, Hausmeister, eine deutsche Hausgehilfin o. dgl. wohnt. **An diese** zur Wohnbevölkerung gehörenden **Personen** muß der Zähler eine **Haushaltsliste** ausgeben.

Stößt der von der Gemeinde bestimmte Zähler in einer Wohnung der Streitkräfte auf Verständigungsschwierigkeiten, soll er die Zählungsdienststelle davon unterrichten, damit von dort aus eine Nacherfassung durchgeführt werden kann. Die Dienststellen der Streitkräfte haben ihre Mitglieder auf die bevorstehende Volkszählung hingewiesen und sie gebeten, die Zählung zu unterstützen.

7. Ausländische Missionen (Botschaften, Konsulate und dgl.)

Gemeinden, die Anweisungen für die Erfassung ausländischer Missionen benötigen, werden gebeten, diese beim Statistischen Landesamt anzufordern.

8. Erfassung der Behörden für die Arbeitsstättenzählung

Es empfiehlt sich, die Erfassung aller im Gemeindebereich ansässigen Behörden (mit Ausnahme von Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz) durch Sonderbeauftragte, die von der Gemeindeverwaltung bestellt werden, vornehmen zu lassen.

In diese gesonderte Erhebung sind einzubeziehen:

sämtliche Dienststellen, Einrichtungen, Anstalten, Regiebetriebe und dgl., die unmittelbar der Verwaltung durch die Gemeindebehörde unterliegen,

sämtliche Dienststellen usw. von Gemeindeverbänden und Kreisbehörden,

sämtliche Behörden, Dienststellen usw. eines Landes oder des Bundes, jedoch ohne Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz.

**Was wird
gesondert
erfaßt?**

Der Bürgermeister oder Zählungsleiter beauftragt eine Person, die mit den örtlichen Verhältnissen in dieser Hinsicht genügend vertraut ist, mit der Erfassung der Behördenarbeitsstätten. In größeren Städten wird diese Aufgabe zweckmäßigerweise dem Statistischen Amt zu übertragen sein, bei dem erfahrungsgemäß ausreichende Unterlagen über alle im Gemeindebereich ansässigen Bundes-, Landes- und anderen Behörden mit ihren örtlichen Dienststellen, Einrichtungen und dergleichen vorliegen.

Das Austeilen der Bogen ist bereits etwa 1 bis 2 Wochen vor dem allgemeinen Zählungstichtag durchzuführen, damit der allgemeine Zählungsablauf durch diese Erfassung nicht berührt wird. Die Arbeitsstättenbogen für sämtliche Dienststellen der Gemeindebehörde können vom Bürgermeisteramt (Gemeindebüro, Rathaus, Personalamt oder dgl.) ausgefüllt werden. Es ist unbedingt notwendig, daß für jede Verwaltungsstelle, Feuerwache, Polizeirevier, Städtisches Krankenhaus, Versorgungsbetrieb usw. ein besonderer Arbeitsstättenbogen ausgefüllt wird.

**Dienststellen
der Gemeinde**

Die nichtkommunalen Behörden, Dienststellen usw. erhalten die Arbeitsstättenbogen am besten durch einen besonders qualifizierten Beauftragten der Gemeindebehörde. Auch sie sollen für jede ihrer in der Gemeinde befindlichen Dienststellen einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen.

Sowohl bei der Erfassung der kommunalen Dienststellen, als auch bei den Länder-, Bundes- und sonstigen Behörden ist darauf zu achten, daß für jede örtlich getrennte Arbeitsstätte, also auch für jeden ausgelagerten Teil einer Dienststelle, gesonderte Fragebogen von ihrer im **Gemeindegebiet befindlichen** Zentrale ausgefüllt werden.

**Wofür einen
Arbeitsstättenbogen?**

Es muß darauf geachtet werden, daß alle mit ► bezeichneten Fragen beantwortet sind. Unter „Allgemeine Angaben“ im Abschnitt A des Fragebogens muß angegeben sein, ob es sich bei der betreffenden Arbeitsstätte um eine Behörde, Dienststelle usw. der Gemeinde, der Kreisverwaltung, eines Gemeindeverbandes, eines Landes oder des Bundes handelt. Jede Behörde, Dienststelle usw., die auf diese Weise einen Arbeitsstättenbogen erhalten und ausgefüllt hat oder deren örtliche Zentrale für sie einen Arbeitsstättenbogen ausgefüllt hat, erhält einen Kontrollzettel (s. Muster), der die Bezeichnung und Anschrift der betreffenden Arbeitsstätte (Behörde, Dienststelle) enthält und den Stempel der Gemeindebehörde trägt. Dieser Kontrollzettel wird den Zählern beim Austeilen der Haushaltslisten, Gebäudelisten und Arbeitsstättenbogen oder beim Einsammeln statt des Arbeitsstättenbogens ausgehändigt. Die Arbeitsstättenbogen selbst werden entweder durch die Sonderbeauftragten wieder eingesammelt oder auf dem Postwege der Zählungsdienststelle zugeleitet. Die von der Gemeindebehörde oder von anderen Dienststellen zentral ausgefüllten Bogen laufen ebenfalls auf einem dieser Wege an die Zählungsdienststelle zurück.

**Ausfüllung
des Arbeitsstättenbogens**

**Verteilung
der Kontrollzettel**

**Weitergabe
des Kontrollzettels an
den Zähler**

Die allgemeinen Zähler sind über dieses Verfahren bei der Zählerunterrichtung zu informieren und darauf hinzuweisen, daß bei Dienststellen von Behörden nur die Abgabe des Kontrollzettels von der Ausfüllung eines Arbeitsstättenbogens entbindet.

Die durch die Sondererhebung eingesammelten Arbeitsstättenbogen werden nach Zählbezirken sortiert. Für jeden Arbeitsstättenbogen muß ein Kontrollzettel vorhanden sein, für jeden Kontrollzettel muß ein Arbeitsstättenbogen vorliegen. Nach der Kontrolle werden die Arbeitsstättenbogen in die Zählermappen eingeordnet.

**Vollzählungs-
kontrolle
Einordnung in
Zählermappen**

Außerhalb der geschlossenen Anlagen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes (einschl. der Kasernements) liegende Dienststellen der Bundeswehr erhalten einen Kontrollzettel von ihrer Standortverwaltung und händigen ihn dem zuständigen Zähler bei dessen Besuch aus. Der Kontrollzettel für diese Dienststellen kann bei der Zusammenführung nicht gegen einen Arbeitsstättenbogen ausgetauscht werden, da die Dienststellen der Bundeswehr aus der Arbeitsstättenzählung ausgeklammert sind. Sie verbleiben daher in den Zählermappen und werden mit an das Statistische Landesamt abgeliefert.

**Kontrollzettel
für Bundeswehr-
dienststellen**

ZEITPLAN

Anlage 1

zur Anleitung für die Gemeindebehörde

Die unterstrichenen Termine sind unbedingt einzuhalten.

Mitte März	Berufung eines Zählungsleiters, Einrichtung einer Zählungsdienststelle
Bis Ende April	Abschluß der Gebäudevorerhebung; Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke Wohnplätze bilden eigenen Zählbezirk. Sonderzählbezirke für Anstalten; mit der Anstaltsleitung verständigen. Anlegen eines Verzeichnisses der Zählbezirke sowie eines alphabetischen Straßenverzeichnisses mit Haus-Nr. und Zählbezirks-Nr.
<u>Bis spätestens 10. Mai</u>	Anlieferung der Zählpapiere Wenn die Zählpapiere bis zu dem genannten Termin nicht oder nicht vollständig eingegangen sind, sofort telefonisch oder telegraphisch beim Landratsamt bzw. beim Statistischen Landesamt anfordern.
Bis 20. Mai	Werbung und Bestellung von Zählern Anwerbung von Zählern bei Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts (Beamte, Angestellte), bei Schulen und sonstigen Lehranstalten (Lehrer, Studenten, Schüler). Anwerbung von freiwilligen Zählern (Arbeitsamt, Zeitung, Plakat). Bei Anstalten Verständigung mit den Anstaltsleitungen über Benennung eigener Zähler. Bei Gelände der Bundesbahn und -post mit Wohnraum, aber nicht der Bahn bzw. Post unterstehenden Arbeitsstätten, Verständigung mit der zuständigen Bundesbahn (-post) -dienststelle über Benennung eigener Zähler. Schriftliche Ernennung, schriftliche Annahmeerklärung der Zähler. Zuordnung der Zähler zum Zählbezirk; Bestellung von Ersatzzählern.
<u>Bis Ende Mai</u>	Beschriften und Bereitstellen der Zählpapiere Aus dem Verzeichnis der Zählbezirke die zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke in eine Zählbezirksliste übertragen. Für jeden Zählbezirk die voraussichtlich benötigte Zahl von Gebäudelisten, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen abzählen; ferner ist eine angemessene Reserve beizulegen. Auf jedem Zählpapier auf der Vorderseite rechts oben die Ordnungsangaben wie Regierungsbezirk, Kreis, Gemeinde, Gemeindekennzahl usw. eintragen (einstempeln). Einordnen der bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllten Gebäudelisten in die Zählermappen.
<u>Bis 27. Mai</u>	Ausgabe der vorbereiteten Zählermappen an die Zähler
<u>Bis 30. Mai</u>	Zählerversammlungen Ausgabe je eines Exemplars der Zählungsdrucksachen Nr. 1 bis 7 an die Zähler einige Tage vor der Unterrichtung zusammen mit der Einladung zum Besuch der Zählerversammlungen.
Ab Anfang Mai bis zum 6. Juni	Bekanntmachung der Zählung
<u>Vom 30. Mai bis 5. Juni</u>	Austeilen der Erhebungsbogen durch die Zähler an die Bevölkerung
<u>6. Juni</u>	Stichtag der Volkszählung Auskunftsdienst in der Zählungsdienststelle.
<u>Bis 10. Juni</u>	Abschluß der Vorbereitungen in der Zählungsdienststelle für die Entgegennahme der Zählpapiere und die anschließenden Prüfarbeiten Räume und Personal bereitstellen; gegebenenfalls Personal der Zählungsdienststelle verstärken.
<u>6. bis 10. Juni</u>	Einsammeln der Erhebungsbogen durch die Zähler
<u>Bis 16. Juni</u>	Ablieferung der Zählpapiere durch die Zähler an die Zählungsdienststelle Eingangskontrolle (Vollständigkeit der Zählung, Vorliegen aller Erhebungsbogen, ordnungsgemäße Abschlußarbeiten des Zählers).
<u>Bis 10. Juli</u>	Erstellung der Anschriftenliste für die Gartenbauerhebung 1961
<u>Bis zum 20. Juli</u>	Prüfen der Zählpapiere in der Zählungsdienststelle Abschlußarbeiten Vollständige Erfassung des ganzen Zählbezirks; Vorliegen aller Erhebungsbogen; vollständige Ausfüllung aller Erhebungsbogen; Richtigkeit der Eintragungen. Nacherhebungen bei Vorliegen falscher und unvollständiger Angaben, bei Auskunftsverweigern und bei vom Zähler nicht angetroffenen Personen. Aufstellen des Gemeindebogens.
<u>Bis zum 22. Juli</u>	Verpackung und Absendung des Zählmaterials an das zuständige Landratsamt, bzw. Stadtkreise an das Statistische Landesamt

Übersicht über die Anstaltsarten und Beherbergungsbetriebe

Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung

- 11 Anstalten für Unterricht, Bildung und Erziehung für Kinder und Jugendliche.
- 12 Waisenhäuser, Kinderdörfer.
- 13 Anstalten für Erwachsenenförderung.

Anstalten der Erholung und des Gesundheitswesens

- 21 Erholungsheime, Urlaubsheime.
- 22 Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten.

Nur der Unterkunft dienende Einrichtungen (außer Beherbergungsgewerbe)

- 31 Alters- und Invalidenheime.
- 32 Wohnheime — ohne Alters- und Invalidenheime.
- 33 Arbeiterlager, firmeneigene Unterkünfte.
- 34 Durchgangslager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge.
- 35 Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge.
- 36 Auswandererlager, Überseeheime.
- 37 Anstalten nur zur Unterbringung wohnungslos Eingewiesener — soweit nicht Arbeiterlager, Durchgangs- und Wohnlager für Vertriebene, deutsche und nichtdeutsche Flüchtlinge oder Auswandererlager.
- 38 Asyle für Obdachlose.
- 39 Caritative Unterkünfte.
- 41 Anstalten für religiöse Zwecke.
- 51 Anstalten der Streitkräfte, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 61 Straf-, Besserungs- und Verwahranstalten.
- 71 Sonstige Massenunterkünfte.
- 81 Schiffe.
- 91 Beherbergungsbetriebe (nur größere).

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961**

Anlage 3
zur Anleitung für die Gemeindebehörde

Land: _____
Regierungsbezirk: _____
Kreis: _____
Gemeinde: _____
Gemeindeteil: _____

Muster

Liste der Bewirtschafter von Flächen mit einer Gesamtgröße bis unter 5 000 qm (= 0,5 ha),
auf denen Obst, Gemüse und andere Gartengewächse zu Erwerbszwecken angebaut
werden ¹⁾
(Gartenbauerhebung 1961)

Lfd. Nr.	Name	Anschrift
	des Bewirtschafters	
1		
2		
3		
4		

¹⁾ Vgl. hierzu die Eintragungen im Abschnitt V der Haushaltsliste, insbesondere Frage 6

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961**

zur Anleitung für die Gemeindebehörde

Regierungsbezirk:

Kreis:

Gemeinde:

Muster

Verzeichnis der Zählbezirke

Nr. des Zähl- bezirks	Zum Zählbezirk gehören folgende Grundstücke (Straße und Hausnummer)	Bemerkungen ¹⁾ „S“ / „R“ / „E“
1	2	3
<p>Sonder- zähl- bezirke:</p>		

1) Sonderzählbezirke (größere Anstalten oder Arbeitsstätten u. dgl.) sind in Spalte 3 mit „S“ zu kennzeichnen und am Schluß des Verzeichnisses noch einmal gesondert aufzuführen. Von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommene Grundstücke sind mit „R“ zu kennzeichnen. Zählbezirke, die in erneuerungsbedürftige Wohngebiete fallen, sind in Spalte 3 durch ein „E“ zu kennzeichnen.

Muster

Land:
Regierungsbezirk:
Kreis:
Gemeinde:

Alphabetisches Straßenverzeichnis

Bei Gemeinden ohne Straßennamen: Verzeichnis der zu den Zählbezirken
gehörenden Grundstücke

Straße und Hausnummer oder sonstige Bezeichnung der Grundstücke, die zu dem in Sp. 2 aufgeführten Zählbezirk gehören	Nummer des Zählbezirks, zu dem die in Sp. 1 aufgeführten Grundstücke gehören	Bemerkungen
1	2	3
Angerstraße 3 bis 5	26	
Bahnhofstraße 1 bis 4	14	

Anleitung für die Unterrichtung der Zähler

A. Einführung für den Leiter der Zählerversammlung

Dauer und Umfang der Unterrichtung nach dieser Anleitung

Diese Anleitung stellt eine umfassende Materialsammlung für die Einweisung der Zähler in ihre Aufgaben dar. Wir empfehlen Ihnen als dem Leiter der Zählerversammlung, sie gründlich durchzuarbeiten und die Abschnitte

B III Verteilen der Gebäudelisten beim ersten Rundgang durch den Zählbezirk,

B IV Das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen sowie

B V Das Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

unter Verwendung der für Ihre Gemeinde in Frage kommenden Beispiele zu benutzen. In kleinen Gemeinden wäre z. B. das Verteilen der Haushaltslisten nicht so ausführlich zu behandeln wie in dieser Anleitung vorgesehen. In großen Städten kann der erste Rundgang durch den Zählbezirk kürzer dargestellt werden. Auch kann der eine oder andere Absatz fortgelassen und auf die örtlichen Besonderheiten zugeschnitten werden. Die Abschnitte

B I Die Bedeutung der Volkszählung,

B II Wichtige allgemeine Hinweise und

B VI Abschlußarbeiten nach dem Einsammeln

vertragen keine Kürzung, wenn das Verständnis nicht erschwert werden soll. Hier dürfte von Fall zu Fall sogar eine ausführliche Darstellung am Platze sein.

Der breite Rand ist für Ergänzungen und Notizen der Vortragenden gedacht. Die Hinweise auf dem Rand stellen eine vollständige Stichwortsammlung dar.

Warum ist eine besondere Unterrichtung der Zähler notwendig?

In jahrzehntelangen Erfahrungen bei der Durchführung von Großzählungen hat sich immer wieder gezeigt, daß auf eine Unterrichtung der Zähler nicht verzichtet werden kann. Es genügt nicht, den Zählern einen Leitfaden und andere Unterlagen in die Hand zu geben. Man muß bedenken, daß sie nicht wissen können, wie sie die Zählung durchführen sollen. Sie brauchen zunächst einen allgemeinen Überblick über die Organisation der Zählung, sie müssen lernen, was mit den einzelnen Erhebungsbogen zu tun ist und welche Aufgabe die verschiedenen Hilfsmittel und Anleitungen haben. Sonst ergeht es ihnen wie einigen Zählern bei einer Probezählung, die die Zählpapiere nicht genau kannten und anstelle der Haushaltslisten die rot überdruckten Prüfbogen (Drucksache Nr. 2a) an die Bevölkerung verteilt haben! Sie haben das Versehen erst bemerkt, als ihnen beim Einsammeln die Prüfbogen fehlten. Beinahe noch wichtiger ist, daß die Zähler erfahren, warum eine Volkszählung überhaupt notwendig ist, denn sie werden sich nicht viel Mühe geben, wenn sie glauben, die Volkszählung sei eine nutzlose Spielerei der Behörden. Das ist sie nämlich nicht.

Organisation der Unterrichtung

Wichtig ist, daß sämtliche Zähler, auch Oberzähler und selbstverständlich auch Ersatzzähler, an der Unterrichtung teilnehmen. Deswegen muß die Unterrichtung auf einen für die Zähler möglichst günstigen Termin gelegt werden. Es empfiehlt sich, die Zählerversammlungen nicht allzu lange vor dem Stichtag abzuhalten, damit die Zähler nicht alles wieder vergessen. Auch müssen die Zähler einige Tage vor der Unterrichtung die Zählungsdrucksachen 1 — 7, und die Drucksache Nr. 12, erhalten haben, damit sie sich die Papiere schon einmal ansehen können. Zu einer Versammlung sollten nicht mehr als 30 bis 40 Teilnehmer eingeladen werden. Große Versammlungen sind schwer zu lenken und haben wenig Erfolg. Die für Sonderzählbezirke — große Anstalten, Kleingartengebiete u. dgl. — vorgesehenen Zähler müssen gesondert — und zwar anhand des Leitfadens für den Anstaltszähler (Drucksache Nr. 6a) — unterwiesen werden.

Was Sie für die Unterrichtung der Zähler alles wissen müssen

Der Leiter muß mit allen Zählungsdrucksachen vertraut sein. Die Zähler werden Fragen stellen, so daß weit mehr Probleme angeschnitten werden als in dieser Anleitung zur Sprache kommen. Hier sei gleich auf den verlässlichen Helfer in allen Zweifelsfragen hingewiesen:

Das Schlagwortverzeichnis gibt Auskunft auf alle Fragen, die mit der Zählung zusammenhängen.

Probeweise Ausfüllung von Erhebungsbogen

Nach Beendigung des Vortrags sollen die Zähler anhand eines Beispiels je eine Gebädeliste, Haushaltsliste und einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Für jeden Erhebungsbogen stehen zwei verschiedene Beispiele zur Verfügung. Wir empfehlen Ihnen, schon vor der Zählerversammlung selbst probeweise nach jedem der insgesamt sechs Beispiele einen Erhebungsbogen auszufüllen und dabei auch die angeführten Schlagwörter zu lesen. Erkennen Sie dabei, daß Beispiel I bzw. Beispiel II für die Verhältnisse in Ihrer Gemeinde nicht zutrifft, verwenden Sie bitte nur das andere Beispiel. Passen jedoch beide Beispiele, können Sie auch beide verteilen und ausfüllen lassen, so daß die eine Hälfte der Zähler das Beispiel I und die andere Hälfte das Beispiel II erhält. Das Interesse der Zähler wird sich erhöhen, wenn Sie die ausgefüllten Erhebungsbogen austauschen lassen, damit jeder kontrollieren kann, welche Fehler ein anderer Zähler gemacht hat.

Beim Ausfüllen der Beispiele erkennen Sie am besten welche Fragen die Zähler noch nicht verstanden haben und können die eine oder andere Erklärung noch einmal wiederholen.

Vorschläge für die Durchführung der Unterrichtung

Hier einige Grundsätze, die Sie beachten müssen, wenn die Unterrichtung ein Erfolg werden soll:

- (1) Es kommt darauf an, daß jeder Zähler weiß, wie ein Haushalt, ein Gebäude und eine Arbeitsstätte erfaßt wird, wie er ihre vollständige Erfassung sicherstellen kann und wie die Abschlußarbeiten vorzunehmen sind.
- (2) Die große Linie herauszuarbeiten ist wichtiger als eine Fülle von (zusammenhanglosen) Einzelheiten zu bringen.

Denken Sie immer daran, daß die Zähler in der kurzen für die Unterrichtung zur Verfügung stehenden Zeit nicht allzuviel aufnehmen können.

- (3) Die Unterrichtung sollte nicht länger als zwei, höchstens drei Stunden dauern. Halten Sie sich an einen Zeitplan. Wir schlagen den folgenden vor:

Begrüßung, Anwesenheitskontrolle, Aufgabe der Zähler und Begründung ihrer Notwendigkeit, allgemeine Hinweise, wie Geheimhaltungspflicht, Auskunftsstelle, Ablieferungstermine u. dgl. 20 Minuten

„Gang durch den Zählbezirk“ einschl. Erläuterung der Zählpapiere 60 Minuten

Pause 15 Minuten

Abschlußarbeiten des Zählers 15 Minuten

Ausfüllen und Besprechen von Zählpapieren anhand eines Beispiels 30 Minuten

zusammen: 140 Minuten

- (4) Nehmen Sie Rücksicht auf die Zähler, die nicht so rasch folgen können. Sie müssen genauso zählen wie die Zähler mit einer schnelleren Auffassungsgabe. Erkennen Sie jedoch, daß ein Zähler der Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen ist, entbinden Sie ihn nach der Unterrichtung von seinem Amt.
- (5) Gestatten Sie den Zählern, zwischendurch Fragen zu stellen. Es hat keinen Zweck, Fragen für den Schluß aufzusparen, dann wollen die Zähler nach Hause. Eine andere Möglichkeit wäre „Fragepausen“ einzuschieben, entweder nach jedem Abschnitt oder etwa alle 5 bis 10 Minuten.
- (6) Wählen Sie den anschaulichen Weg und zeigen Sie grundsätzlich das Zählpapier herum, von dem Sie gerade sprechen, und nennen Sie seine Drucksachennummer
- (7) Wenn irgend möglich sprechen Sie frei, d. h. lesen Sie die nachfolgenden Seiten dieser Anleitung nicht einfach vor. Es kommt hier nicht darauf an, einen eleganten Vortrag zu halten. Die Zähler haben viel mehr davon, wenn Sie die wichtigen Punkte mit einfachen Worten erläutern.

Begrüßung der Zähler

B. Die Unterrichtung der Zähler

Der Leiter der Zählerversammlung begrüßt die Zähler und dankt ihnen für ihre Mitarbeit. Sodann erfolgt eine Anwesenheitskontrolle.

Abschnitt I: Die Bedeutung der Volkszählung

Die letzte Volkszählung

Wer von Ihnen weiß, wann die letzte Volkszählung stattgefunden hat? Das war vor 10 Jahren im Herbst 1951. Damals hatten die Vereinten Nationen empfohlen, Volkszählungen in allen Ländern im gleichen Jahr abzuhalten. Solche Weltzählungen sollen sich alle 10 Jahre wiederholen. Für die Jahre um 1960 haben die Vereinten Nationen wieder eine Weltzählung empfohlen. Die Zahlen der letzten Weltzählung sind heute veraltet, da die Welt in der Zwischenzeit nicht stillstand, sondern sich rasch verändert hat.

**Wofür werden die
Zahlen gebraucht?**

Sie werden todsicher in einigen Haushalten nach dem Zweck der Zählung gefragt werden, dann müssen Sie einige gute Gründe nennen können.

Die Zahlen werden dringend gebraucht für die Arbeit der Regierung, für die Wirtschaft und Verwaltung sowie für wissenschaftliche Untersuchungen. Hochentwickelte Staaten können ohne solche Unterlagen nicht auskommen. Das haben schon die römischen Kaiser und andere Herrscher des Altertums gewußt. Sie sind die Erfinder der Volkszählungen und nicht etwa die heute lebenden Statistiker. In der Wirtschaft ist es allgemein üblich, einmal im Jahr Inventur zu machen. Die Umsätze werden von Monat zu Monat festgestellt und ihre Entwicklung aufmerksam verfolgt. Landwirte vergleichen ihre Ernte mit den Ernteergebnissen vergangener Jahre. Wenn also der Staat alle 10 Jahre eine umfangreiche statistische Bestandsaufnahme anstellt, so ist das wirklich nicht zuviel.

Ein kleiner Teil der ermittelten Ergebnisse gelangt in die Zeitungen und wird so an die Staatsbürger herangetragen. Viele dieser Zahlen gehören zum Allgemeinwissen, sind aber so selbstverständlich, daß sie nicht mehr mit den großen Zählungen in Verbindung gebracht werden.

Jedes Kind lernt in der Schule, wieviele Einwohner Deutschland, England, Frankreich und andere Länder haben, welches die größte Stadt der Welt ist und dergleichen mehr. So etwas muß aber auch einmal festgestellt und von Zeit zu Zeit überprüft werden. Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, in dem bestimmt wird, daß auch in der Bundesrepublik eine Volkszählung durchgeführt werden muß. Die für uns wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind in der Drucksache Nr. 12, die zusammen mit den Erhebungsbogen verteilt wird, abgedruckt.

**Organisation der
Zählung**

Die Durchführung der Volkszählung erfordert enorme Anstrengungen. Das Gebiet von rund 25 000 Gemeinden in der Bundesrepublik muß in Zählbezirke eingeteilt werden. Über 600 000 Zähler werden die Erhebungsbogen austeilen und wieder einsammeln. Sie haben also eine große Zahl von „Leidensgenossen“. Die Kosten des Zählungswerkes belaufen sich auf über 100 Mill. DM. Mehrere tausend Personen werden für 2 bis 3 Jahre mit der Auswertung der Ergebnisse beschäftigt sein. Dabei werden die Eintragungen in den Erhebungsbogen auf Lochkarten übertragen und zur Beruhigung mißtrauischer Leute: Auf der Lochkarte steht kein Name mehr, die Angaben werden dadurch anonym. Die Lochkarten werden mit komplizierten Maschinen sortiert und zu Tabellen ausgezählt.

**Bedeutung der Arbeit
des Zählers**

Ob der Zweck der Zählung erreicht wird, hängt von der Arbeit der Zähler ab. Wenn die Zähler nicht sorgfältig arbeiten, werden die umfangreichen Kosten umsonst aufgewendet und Steuergelder vergeudet. Wenn jeder Zähler in seinem Zählbezirk nur eine einzige Person vergessen würde, so würden im ganzen Bundesgebiet schon 600 000 Personen fehlen. Das wäre so, als ob man eine Großstadt wie Dortmund nicht mitzählen würde.

**Worauf es in erster
Linie ankommt**

Bei der Zählung müssen also unter allen Umständen sämtliche Personen, alle bewohnten Gebäude und alle Arbeitsstätten erfaßt werden. Dafür muß jeder Zähler in seinem Zählbezirk sorgen.

Abschnitt II: Wichtige allgemeine Hinweise

**Wo können die Zähler
während der Zählung
Auskünfte erhalten?**

Wenn während der Zählung Zweifelsfragen auftauchen, wenden Sie sich bitte an die Zählungsdienststelle. Am einfachsten ist es, wenn Sie anrufen. Wir werden während der Zählung in der Zählungsdienststelle einen Auskunftsdienst einrichten. Notieren Sie sich doch bitte gleich unsere Rufnummer . . . !

Geheimhaltung

Was Sie bei der Zählung an Einzelheiten über Personen, Gebäude, Arbeitsstätten usw. (aus den Erhebungsbogen) erfahren, müssen Sie für sich behalten. Sie dürfen mit niemanden darüber sprechen. Auf diese Geheimhaltungspflicht wird in der Presse aber auch auf dem Begleitzettel, den jeder erhält, ganz besonders deutlich hingewiesen. Wenn die Bevölkerung befürchtet, daß die Zähler neugierig sind und nicht dicht halten, werden viele Leute keine oder falsche Angaben machen. Daraus entstünde ein nicht absehbarer Schaden.

**Austellen bis
zum 5. Juni**

In den Zählpapieren werden die Haushaltsvorstände, Gebäudeeigentümer und Inhaber von Arbeitsstätten gebeten, ihre Angaben für den Stichtag zu machen. Die Erhebungsbogen müssen daher bis einen Tag vor dem Stichtag verteilt sein.

Die Angaben müssen unbedingt für den Stichtag gemacht werden. Dazu ein Beispiel. Wenn z. B. der Schlossergeselle Schulze von Schlossermeister Lehmann am 8. Mai fristlos entlassen und schon am folgenden Tag von der Konkurrenz mit offenen Armen aufgenommen wird, dann darf Schulze nicht im Arbeitsstättenbogen von Meister Lehmann und gleichzeitig im Arbeitsstättenbogen der Konkurrenz erscheinen. Er ist dort einzutragen, wo er am Stichtag, also am 6. Juni, beschäftigt ist. Wenn darauf nicht genau geachtet wird, wird der Schlossergeselle doppelt gezählt. Sollte dieser Fall häufiger vorkommen, wird man sich wundern, wo auf einmal die vielen Schlosser herkommen.

Ablieferung
bis zum 16. Juni

Noch ein anderer Termin muß beachtet werden: Der Ablieferungstermin. Wenn die Zähler die Erhebungsbogen nicht rechtzeitig abliefern, kann die Zählungsdienststelle ihre Prüfarbeiten nicht rechtzeitig beenden. Das hätte zur Folge, daß die Statistischen Ämter nicht rechtzeitig mit der Auswertung beginnen können. Die Miete für die teuren elektronischen Rechenanlagen müßte also umsonst bezahlt werden.

Wenn Sie also mit der Zeit nicht ganz auskommen sollten, rufen Sie die Zählungsdienststelle an und vereinbaren eine Fristverlängerung, denn die Ablieferung vollständiger und sorgfältig geprüfter Erhebungsbogen ist wichtig.

Ihr Zählbezirk

Ihnen ist ein Zählbezirk zugewiesen worden. Das ist eine kleinere Anzahl von Häusern, in denen schätzungsweise 100 Personen wohnen. Natürlich können es auch 80 oder 120 sein — so genau können wir die Zählbezirke nicht abgrenzen.

Erster Rundgang

Wahrscheinlich kennen Sie Ihren Zählbezirk noch nicht. Suchen Sie ihn doch vor der Zählung schon einmal auf und vergewissern sich, welche Häuser von Ihnen gezählt werden müssen. Es ist ganz gut, wenn man das vorher schon weiß, weil man bei der Zählung nicht an alles auf einmal denken kann. Daß es nicht immer ganz einfach ist, alle Neben- und Hintergebäude und damit alle Haushalte und Arbeitsstätten aufzufinden, sehen Sie schon aus diesem Schaubild, das einen Zählbezirk von oben darstellt. Durch diesen hier abgebildeten Zählbezirk wollen wir jetzt gemeinsam hindurchgehen und dabei kurz über alle vorkommenden Schwierigkeiten sprechen.

Schaubild zur Hand nehmen, für alle sichtbar aufhängen!

Abschnitt III: Verteilen der Gebäudelisten beim ersten Rundgang durch den Zählbezirk

Leitfaden für den Zähler

Bevor Sie dann später das erste Mal in Ihren Zählbezirk gehen, lesen Sie bitte noch einmal den Leitfaden für den Zähler durch — auch wenn Sie es schon zur Vorbereitung auf die heutige Zählerversammlung getan haben. Der Leitfaden bietet eine gedrängte Übersicht über das, was Sie beim Austeilen zu beachten haben und weist auf die Schwierigkeiten hin, die auftreten können. Er kann Sie mit Hinweisen und Ratschlägen sehr gut unterstützen. Wer seine Erfahrungen selbst machen will, braucht den Leitfaden nicht zu lesen, braucht sich aber auch nicht zu wundern, wenn manches länger dauert als nötig.

Welche Zählpapiere sind mitzunehmen?

Nehmen Sie auf den ersten Rundgang bitte die folgenden Unterlagen mit:

Zählermappe

Zählbezirksbuch (Zählerausweis, Leitfaden für den Zähler, Schlagwortverzeichnis)

Gebäudelisten (mit Merkblatt)

Zählbezirksliste (weiß) mit Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke

Anschreiben für nicht anzutreffende Haushalte

Begleitzettel mit Rechtsgrundlage (Drucksache Nr. 12)

Ferner einige Haushaltslisten (mit Merkblatt) und Arbeitsstättenbogen.

Zählermappe

Die Zählermappe dient zur Aufbewahrung der Erhebungsbogen.

Den Zählerausweis werden Sie hin und wieder brauchen. Es ist manchmal ganz gut, wenn man sich ausweisen kann. Viele Hausfrauen haben eine Abneigung gegen Handelsvertreter und Spendensammler und werden Ihnen mit den Worten „Wir geben nichts“ die Tür vor der Nase zuschlagen, falls Sie keinen Zählerausweis vorweisen können.

Zählbezirksliste mit Zählbezirksbeschreibung: Drucksache Nr. 5

Jeder Zähler findet in seiner Zählermappe eine weiße Zählbezirksliste, auf der alle Grundstücke aufgeführt sind, die zu seinem Zählbezirk gehören. Das ist Drucksache Nr. 5. Die hellgraue Zählbezirksliste, die Sie ebenfalls in Ihrer Mappe haben, nehmen Sie nicht mit in den Zählbezirk, die brauchen wir erst bei den Abschlußarbeiten.

Die weiße Zählbezirksliste selbst dient der Kontrolle des Austeilens und Einsammelns. Wenn man sich in seinem Zählbezirk nicht ganz gut auskennt, ist es ziemlich schwierig, den Überblick über die ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen zu behalten. Es ist auch peinlich, wenn man beim Einsammeln nicht mehr weiß, bei wem man eine Haushaltsliste oder einen Arbeitsstättenbogen abgegeben hat. Da ist es schon besser, in den Kontrollspalten der Zählbezirksliste für jeden ausgeteilten Erhebungsbogen einen Strich (/) einzutragen, für jede ausgeteilte Gebäudeliste z. B. in Spalte 4. Beim Einsammeln wird der Strich durchkreuzt (X), sobald man seinen Bogen ausgefüllt zurückerhalten hat.

Gebäudeliste

Gebäudelisten sind vom Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer, oder auch von Hausverwaltern, Hausmeistern und anderen Vertretern des Eigentümers auszufüllen. Jedes bewohnte Gebäude ist in eine eigene Liste einzutragen.

Für nicht bewohnte Gebäude wird keine Gebäudeliste angelegt. Wenn Sie nicht genau wissen, für welches Gebäude eine Gebäudeliste anzulegen ist und für welches nicht, schauen Sie im Schlagwortverzeichnis nach.

	<p>Eine ausgefüllte Gebäudeliste ist für den Zähler eine große Hilfe für das Austeilen der Haushaltslisten, Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen. Aus der Rückseite einer richtig ausgefüllten Gebäudeliste können Sie ersehen, welche Arbeitsstätten und Wohnungen sich in dem Gebäude befinden. Aber trauen Sie Ihren Augen mehr als der Gebäudeliste und zählen Sie auch Arbeitsstätten und Haushalte, die der Eigentümer vergessen hat. Ergänzen Sie alsdann die Gebäudeliste.</p>
Merkblatt zur Gebäudeliste	<p>Zur Gebäudeliste gehört ein Merkblatt mit Erläuterungen für die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer. Sie müssen aber auch selbst mit dem Inhalt dieses Merkblattes vertraut sein, damit Sie in Zweifelsfällen Auskunft geben können.</p>
Drucksache Nr. 12	<p>Neben dem Merkblatt erhält jeder Empfänger einer Gebäudeliste noch die Drucksache Nr. 12, in der einige wichtige Vorschriften des Volkszählungsgesetzes abgedruckt sind. Auch die Empfänger einer Haushaltsliste und eines Arbeitsstättenbogens müssen die Drucksache 12 erhalten.</p>
Zählbezirksbuch	<p>Das Zählbezirksbuch soll Sie auf jedem Gang in den Zählbezirk begleiten. Im Schlagwortverzeichnis sind fast alle vorhergesehenen Schwierigkeiten erläutert, so daß Sie kaum in Verlegenheit geraten können. Sollten Sie für eine Zweifelsfrage auch im Schlagwortverzeichnis keine Antwort finden, rufen Sie bitte die Zählungsdienststelle an.</p>
Die günstigste Zeit für das Aufsuchen der Haushalte	<p>Die günstigste Zeit für das Aufsuchen der Haushalte beim Austeilen oder Einsammeln ist der Spätnachmittag, etwa ab 16 Uhr. Es hat kaum Zweck, früher loszugehen, da Sie dann bei sehr vielen Haushalten niemanden antreffen werden.</p> <p>Verdeutlichen Sie den Gang durch den Zählbezirk, indem Sie die im folgenden genannten Grundstücke jeweils aufzeigen.</p> <p>Bahnhofsvorplatz 1: Dieses Haus brauchen wir gar nicht erst aufzusuchen, es gehört schon zu einem anderen Zählbezirk.</p> <p>Bahnhofstraße 1: Hier geht alles glatt, der Eigentümer wohnt im Erdgeschoß. Er hat schon in der Zeitung von der Volkszählung gelesen und will uns die Liste bis übermorgen ausfüllen. Wir vermerken ihn in der Zählbezirksliste.</p> <p>Bahnhofstraße 2: Am Hauseingang fallen uns sofort das Schild eines Zahnarztes und einer Hebamme ins Auge. An beide müssen wir später einen Arbeitsstättenbogen ausgeben. Nach der Grundstückseigentümerin fragen wir vergeblich. Schließlich teilt uns eine Hausbewohnerin mit, daß die Eigentümerin des Grundstücks für einige Wochen in eine entfernte Stadt zu ihrer Tochter gereist ist. Das ist hier besonders unangenehm, weil auf dem großen Grundstück mehrere Gebäude stehen. Wir versuchen, die Angaben für die Gebäudeliste von der Hausbewohnerin zu erfahren. Zunächst füllen wir eine Liste für das Wohngebäude an der Straße aus (zeigen) und tragen in Abschnitt A die Angaben über die Eigentümerin ein. Die Hausbewohnerin kann uns auch sagen, wieviele Wohnungen vorhanden sind und ob sie einen eigenen Wohnungsabschluß, eine eigene Küche und wieviele Räume sie haben. Auch die Namen der Mieter erfahren wir. Wir tragen diese Angaben auf der Rückseite der Gebäudeliste ein. Die Fragen im Abschnitt B über das Gebäude selbst kann uns die Hausbewohnerin jedoch nur zum Teil beantworten. Die Zählungsdienststelle wird die restlichen Angaben später nach Rückkehr der Eigentümerin nachtragen müssen. Wir vermerken in der Gebäudeliste: „Vom Zähler ausgefüllt“ und geben als Hinweis für die Zählungsdienststelle auch an, wann die Eigentümerin voraussichtlich zurückkehren wird. Außerdem füllen wir eine Zeile der Zählbezirksliste aus. In Spalte 4 gehört das Kreuz für eingesammelt (X).</p>
Was tun, wenn Grundstückseigentümer oder -verwalter nicht erreichbar sind?	
Wie werden unbewohnte Gebäude mit Arbeitsstätten erfaßt?	<p>Wir erfahren von der Hausbewohnerin weiter, daß sich auf dem Hof noch zwei unbewohnte Gebäude (zeigen) befinden. In dem einen ist eine Tischlerwerkstatt und in dem anderen eine Schuhmacherei untergebracht. Wir merken uns dies für das spätere Austeilen der Arbeitsstättenbogen.</p>
Wie werden leerstehende baufällige Gebäude behandelt?	<p>Außerdem ist noch ein drittes Hintergebäude vorhanden. Wir hören, daß es früher einmal bewohnt gewesen sei und daß es jetzt wegen seines baufälligen Zustandes leerstehe. Wir sind in Verlegenheit und wissen nicht, was wir mit dem Gebäude anfangen sollen. Schließlich schauen wir im Schlagwortverzeichnis unter „Leerstehende Gebäude“ nach. Dort steht — bitte sehen Sie auch nach —, daß für leerstehende Gebäude mit Wohnraum auch eine Gebäudeliste anzulegen ist. Wir nehmen also eine Gebäudeliste, füllen Vorder- und Rückseite so gut es eben geht aus und vermerken im Abschnitt B bei der Frage nach der Art des Gebäudes „Gebäude steht leer, abbruchreif“. Natürlich müssen wir nun auch eine Zeile in der Zählbezirksliste ausfüllen.</p>
Sonderzählbezirk	<p>Bahnhofstraße 3 und 4: Wie aus der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke ersichtlich ist, bildet das Krankenhaus auf den Grundstücken Bahnhofstraße 3 und 4 einen Sonderzählbezirk. Wir brauchen uns nicht darum zu kümmern.</p> <p>Sofern für das Zählen der Anstaltsbevölkerung keine besonderen Zähler eingesetzt werden, müssen Sie hier eine kurze Erläuterung geben. (Siehe Drucksache Nr. 6a — Leitfaden für den Anstaltszähler.)</p>

**Schule mit
Hausmeisterwohnung**

Bahnhofstraße 5: Aber die danebenstehende Schule müssen wir aufsuchen. In dem Schulgebäude befindet sich eine Hausmeisterwohnung; es ist also bewohnt, und der Hausmeister hat eine Gebäudeliste auszufüllen. Dabei muß er den Abschnitt A, aber nur die ersten beiden Fragen von Abschnitt B ausfüllen. Die Fragen 3 bis 10 im Abschnitt B brauchen nur für ausgesprochene Wohngebäude beantwortet zu werden. Die Hausmeisterwohnung muß auf der Rückseite der Gebäudeliste eingetragen werden. Die Turnhalle auf dem Hof braucht im Abschnitt C nicht angegeben zu werden. Gut, daß wir einige Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen mitgenommen haben, nun könnten wir dem Hausmeister beides gleich aushändigen: Einen Arbeitsstättenbogen für die Schulleitung und eine Haushaltsliste für seine eigene Familie.

**Mehrere Wohngebäude
auf einem Grundstück**

Bahnhofstraße 6: Wir sehen schon von draußen, daß an das Vordergebäude ein Seitengebäude mit eigenem Eingang stößt; das bedeutet zwei Gebäudelisten. Wir händigen sie dem Grundstücks- und Gebäudeeigentümer aus.

**Ehemals vorhandenes
Gebäude, inzwischen
abgebrochen**

Bahnhofstraße 7: Das Grundstück Bahnhofstraße 7 ist in der Zählbezirksbeschreibung aufgeführt, aber wir finden kein Gebäude. Es ist inzwischen abgebrochen worden. Wir tragen das Grundstück in die Zählbezirksliste ein und schreiben „abgebrochen“ in die Spalte „Bemerkungen“.

**Ausgefüllte Gebäudeliste
schon vorhanden**

Bahnhofstraße 8: Bahnhofstraße 8 ist ein Sonderfall. Wir erinnern uns, daß wir schon zu Hause beim Durchsehen unserer Zählermappe für dieses Gebäude eine ausgefüllte Gebäudeliste gesehen haben. In den Fällen, in denen ein Eigentümer nicht selbst in seinem Gebäude wohnt, hat die Zählungsdienststelle ihn schon vor der Zählung seine Gebäudeliste ausfüllen lassen, da der Zähler ihn in seinem Zählbezirk nicht erreichen kann. Wenn wir also in unseren Unterlagen schon ausgefüllte Gebäudelisten finden, wissen wir, daß wir die Eigentümer dieser Gebäude nicht antreffen werden. Eines müssen wir jedoch tun: Wir müssen uns vergewissern, ob die auf der Rückseite angegebenen Wohnungsinhaber tatsächlich noch in den Wohnungen leben, oder ob sie inzwischen verzogen sind. Wir klingeln also am Haus Bahnhofstraße 8 und fragen, welche Wohnungen sich in dem Gebäude befinden, und wer sie gemietet hat. Die Antworten vergleichen wir mit dem, was auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Eigentümer eingetragen wurde.

Ackerstraße 1: Dieses Gebäude gehört nicht mehr zum Zählbezirk und wird von uns nicht aufgesucht.

**Was tun, wenn keine
Auskunft zu erhalten?**

Bahnhofstraße 9: Das Haus ist verschlossen, es meldet sich niemand. Da es nur ein Einfamilienhaus ist, können wir auch keinen Hausbewohner um Auskunft bitten. Wir notieren den Tag, an dem wir die Gebäudeliste wieder einsammeln wollen auf einen besonderen Vordruck und schieben ihn zusammen mit einer Gebäudeliste in den Briefkasten. Auf diesem Vordruck (hochhalten und zeigen) wird der Auskunftspflichtige gebeten, den Erhebungsbogen auszufüllen und Zweifelsfragen mit dem Zähler zu besprechen.

Im Bau befindliches Haus

Bahnhofstraße 10: Das Haus ist noch im Bau, aber teilweise schon bewohnt. In der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste ist es noch nicht enthalten.

Im Schlagwortverzeichnis — sehen Sie jedoch bitte auch nach — finden wir unter „Baustellen“ den Hinweis, daß für im Bau befindliche Gebäude nur dann eine Gebäudeliste anzulegen ist, wenn mindestens eine Wohnung schon bewohnt ist. Wir müssen also eine Gebäudeliste ausgeben, deren Ausgabe selbstverständlich in der Zählbezirksliste vermerken und das Grundstück in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke nachtragen.

Unbebaute Grundstücke

Die Grundstücke zwischen Bahnhofstraße 10 und 14 sind noch nicht bebaut. Sie fehlen infolgedessen in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke. Allerdings steht auf einem Grundstück eine Wohnlaube und auf dem Nachbargrundstück befindet sich eine Baustelle. Die Wohnlaube ist bewohnt. Müssen wir für sie eine Gebäudeliste ausgeben? Wieder müssen wir im Schlagwortverzeichnis nachsehen: Wohngebäude werden nur erfaßt, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt werden. Also klopfen wir an und geben mit ein paar erklärenden Worten eine Gebäude-liste ab. Wir müssen die Wohnlaube auch im Verzeichnis der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste nachtragen, ebenso wie das im Bau befindliche Haus von nebenan. Allerdings brauchen wir für dieses keine Gebäudeliste auszugeben.

Bewohnte Wohnlaube

Baustelle

Fabrikgrundstück

Bahnhofstraße 14: Hier haben wir ein Fabrikgrundstück vor uns. Was machen wir da? Zunächst müssen wir feststellen, ob ein Gebäude auf dem Gelände bewohnt ist. Wir sprechen mit dem Pförtner. Nein, es ist kein bewohntes Gebäude vorhanden, aber auf dem Gelände sind zwei verschiedene Firmen tätig, an die wir später je einen Arbeitsstättenbogen ausgeben müssen.

**Ende des ersten
Rundganges**

Damit ist unser erster Rundgang beendet. Wir wissen nun in unserem Zählbezirk Bescheid, haben die Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke berichtigt und laut Zählbezirksliste 9 Gebäudelisten verteilt. Eine Gebäudeliste liegt bereits ausgefüllt vor.

Abschnitt IV: Das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

Beginn des Austeilens

Das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen beginnt am 30. Mai und muß bis zum 5. Juni beendet sein.

Was wir bei der Volkszählung unter einem „Haushalt“ verstehen müssen, wollen wir Ihnen mit ein paar Worten klar machen.

Was ist ein „Haushalt“, wer gehört zum Haushalt und wer erhält eine Haushaltsliste?

Personen, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen, bilden einen Haushalt, also z. B. Ehepaare ohne Kinder oder mit Kindern, die mit ihrer verwitweten Mutter zusammenwohnende Tochter usw. Zum Haushalt rechnen auch die Personen, die am Zählungstichtag abwesend sind, normalerweise aber zum Haushalt gehören. Sie müssen in der Haushaltsliste angegeben werden. Zum Haushalt gehören ferner Wirtschaftserinnen, Gesellen, Lehrlinge, Pflegekinder und Altenteiler, wenn sie Kost und Wohnung erhalten. Weitere Erläuterungen finden Sie im Schlagwortverzeichnis unter dem Stichwort „Haushalte“.

Alleinstehende Personen, die als Untermieter wohnen oder in einer Wohnung allein leben, gelten auch als Haushalt und erhalten eine eigene Haushaltsliste. Achten Sie bitte darauf, daß jeder Untermieter eine eigene Haushaltsliste bekommt!

Wer erhält einen Arbeitsstättenbogen?

Mit dem Arbeitsstättenbogen sollen alle vorhandenen Arbeitsstätten erfaßt werden. Es ist klar, daß in unserem Musterzählbezirk die Fabrik und die Tischler- ebenso wie die Schusterwerkstätte auf dem Grundstück Bahnhofstraße 2 (zeigen) einen Arbeitsstättenbogen erhalten.

Auf Schilder achten!

Achten Sie bitte auf Schilder an den Hauseingängen und Wohnungstüren! Wo ein Schild ist, ist auch eine Arbeitsstätte, z. B. das Büro eines Rechtsanwaltes oder Steuerberaters, eine Arztpraxis, eine Werkstatt, ein Laden und dergleichen mehr. Bei unserem Rundgang durch den Zählbezirk werden wir noch auf einige Zweifelsfälle zu sprechen kommen. Schauen Sie aber sicherheitshalber immer im Schlagwortverzeichnis nach.

Dieser kurze Überblick über die Aufgaben der Haushaltsliste und des Arbeitsstättenbogens soll vorerst genügen.

Vor dem Austeilen: Einsammeln der Gebäudelisten bei den Grundstückseigentümern

Nun also begeben wir uns wieder in unseren Zählbezirk, um die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen zu verteilen. Bevor wir jedoch in einem Hause damit beginnen, holen wir beim Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter die ausgefüllte Gebäudeliste ab. Die Schwierigkeiten, die dabei auftreten können, sollen hier ganz kurz vorangeschickt werden.

Welche Zählpapiere sind mitzunehmen?

Wir nehmen hierzu die folgenden Unterlagen mit:

- Zählermappe
- Zählbezirksbuch
- Gebäudelisten (mit Merkblatt)
- Haushaltslisten (mit Merkblatt)
- Arbeitsstättenbogen
- Begleitzettel mit Rechtsgrundlage (Drucksache Nr. 12)
- Prüfmuster mit aufgedrucktem Prüfprogramm für den Zähler
 - a) für die Haushaltsliste
 - b) für die Gebäudeliste
 - c) für den Arbeitsstättenbogen
- Zählbezirksliste
- Anschreiben für nicht anzutreffende Haushalte

Für die Grundstücke Bahnhofstraße 1 und 2 wollen wir anschließend das Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen in aller Ausführlichkeit besprechen; deswegen überschlagen wir sie zunächst und beginnen mit der Bahnhofstraße 5.

Gebäudeliste noch nicht ausgefüllt

Bahnhofstraße 5: Der Hausmeister entschuldigt sich, er habe noch keine Zeit gefunden, die Gebäudeliste auszufüllen. Da wir für die Schule keine Haushaltslisten zu verteilen brauchen, hat die Ablieferung der Gebäudeliste noch Zeit. Wir vereinbaren, entweder in einigen Stunden oder aber am folgenden Tag noch einmal vorbeizukommen.

Bei Behörden Kontrollzettel oder Arbeitsstättenbogen

Den bei Ihrem ersten Besuch überreichten Arbeitsstättenbogen gibt Ihnen der Hausmeister schon jetzt unausgefüllt zurück und stattdessen einen von der Gemeindeverwaltung ausgefüllten und gestempelten Kontrollzettel. Das geht in Ordnung, da Arbeitsstätten von Behörden und behördenähnlichen Einrichtungen direkt von der Gemeindeverwaltung gezählt sind. Für Sie als Zähler ist nur wichtig zu wissen, daß Sie in solchen Arbeitsstätten entweder einen Kontrollzettel erhalten oder unbedingt auf Ausfüllung eines Arbeitsstättenbogens bestehen müssen! Wo Sie einen Kontrollzettel erhalten haben, setzen Sie in der Spalte 6 der Zählbezirksliste ein „K“ ein.

**Austeilen ohne
ausgefüllte Gebäudeliste**

Bahnhofstraße 6: Der uns schon bekannte Grundstückseigentümer ist nicht da. So müssen wir die Haushaltslisten ohne unser Leitpapier verteilen. Wir beginnen im Erdgeschoß und geben an jeder Wohnungstür die erforderliche Anzahl Haushaltslisten ab. Den Namen des Empfängers notieren wir in der Zählbezirksliste. Wir tragen außerdem den Strich für „ausgeteilt“ ein. Hoffentlich haben wir keine Wohnung übersehen!

**Vorweg ausgefüllte
Gebäudeliste**

Bahnhofstraße 8: Für dieses Gebäude liegt uns bereits eine ausgefüllte Gebäudeliste vor.

**2. Wohnung im
Einfamilienhaus**

Bahnhofstraße 9: Hier hatten wir beim ersten Gang niemanden angetroffen und die Gebäudeliste zusammen mit einem erklärenden Begleitschreiben in den Briefkasten gesteckt. Diesmal ist jemand zu Hause, und die Gebäudeliste ist sogar ausgefüllt. Wir bitten, ob wir die Liste durchsehen können und werden hereingebeten. Der Eigentümer hat auf der Rückseite nur eine einzige Wohnung angegeben, sich als Wohnungsinhaber und den Namen eines Untermieters eingetragen. Im Gespräch stellt sich heraus, daß der Mieter — eine berufstätige Dame — eine abgeschlossene Einliegerwohnung bewohnt. Sie besteht aus zwei Räumen und einer kleinen Küche mit Wasserhahn, Ausguß und Elektrokocher und besitzt auch einen Wohnungsabschluß. Hier haben wir es mit einer Verwechslung zu tun, wie sie leicht vorkommt. Selbst wenn der Eigentümer eines solchen Gebäudes eine ganze Wohnung vermietet hat, wird er oft irrtümlich meinen, einen Mieter und nicht einen Mieter im Hause zu haben. Auf der Rückseite der Gebäudeliste tragen wir die Mieterin in eine eigene Wohnungszeile ein und streichen sie als Untermieterin durch.

Die Bezeichnung des Gebäudes bei Frage 2 im Abschnitt B auf der Vorderseite als Einfamilienhaus ist ebenfalls falsch. Wir streichen das angekreuzte Kästchen samt dem darunter stehenden Wort „Einfamilienhaus“ durch und kreuzen stattdessen „Zweifamilienhaus“ an.

Bahnhofstraße 14: Noch von unserem ersten Rundgang wissen wir, daß wir zwei Arbeitsstättenbogen ausgeben müssen. Wir bitten den Pförtner, je einen Arbeitsstättenbogen an die beiden Firmen weiterzuleiten und mitzuteilen, daß wir sie am wieder abholen wollen.

**Immer zuerst die
Gebäudeliste ausfüllen
lassen!**

Diese und noch andere Schwierigkeiten kann der Zähler beim Abholen der Gebäudelisten erleben. Beim Austeilen und Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen entstehen andere Schwierigkeiten, deswegen ist es klüger, nicht alle Erhebungsbogen auf einmal zu verteilen. Auf jeden Fall ist es ein großer Vorteil, wenn man sich beim Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen auf eine ausgefüllte Gebäudeliste stützen kann. Deswegen: Immer zuerst die Gebäudeliste ausfüllen lassen! Nun wollen wir das Austeilen und Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen auf den Grundstücken Bahnhofstraße 1 und 2 kurz durchgehen.

**Abholen und Prüfen
der Gebäudeliste**

Bahnhofstraße 1: Zuerst suchen wir den Gebäudeeigentümer auf, um die ausgefüllte Gebäudeliste abzuholen. Bei der Durchsicht der Liste stellen wir fest, daß im Abschnitt B bei verschiedenen Fragen kein Kästchen angekreuzt ist. Das müssen wir sogleich nachholen. Wir vermerken in der Zählbezirksliste, daß wir die Gebäudeliste zurückerhalten haben. Nach dieser Prüfung der Gebäudeliste beginnen wir mit dem Austeilen der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen gleich beim Gebäudeeigentümer. Wir fragen also, wieviele Haushalte in seiner Wohnung leben. Nur einer, behauptet der Hausbesitzer, nämlich seine Frau und er. Allerdings hätte er noch einen Mieter, aber das wäre wohl kein Haushalt. Daß der Mieter vom Standpunkt der Statistik doch ein eigener Haushalt ist, brauchen wir dem Hausbesitzer nicht zu erklären. Wir geben ihm einfach eine Haushaltsliste für seinen eigenen Haushalt und eine weitere für seinen Mieter, tragen seinen Namen und den des Untermieters in die Zählbezirksliste ein und vermerken in Spalte 5 den Schrägstrich für „ausgeteilt“.

**Untermieter in der
Gebäudeliste nachtragen!**

Der Mieter erhält ferner die Drucksache Nr. 12 — der Hausbesitzer hat sie ja bereits zusammen mit der Gebäudeliste erhalten. Außerdem vermerken wir auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 den Namen des Untermieters in der schraffierten Zeile unter dem Namen des Wohnungsinhabers. Die Namen der Mieter sind grundsätzlich vom Zähler in den schraffierten Zeilen nachzutragen, da der Gebäudeeigentümer nicht alle Mieter kennt. Sind in einer Wohnung mehr als drei Mieter vorhanden, so tragen Sie diese bitte in schraffierten Zeilen weiter unten ein, aber so, daß deutlich erkennbar ist, zu welchem Wohnungsinhaber sie gehören.

**2. Frage beim Austeilen
der Haushaltslisten und
Arbeitsstättenbogen**

Unsere zweite Frage, die wir an jeder Wohnungstür stellen müssen, lautet: „Befindet sich in dieser Wohnung eine Arbeitsstätte?“ Der Hausbesitzer beantwortet sie mit „nein“. Wir vereinbaren noch einen Abholtermin und gehen zur nächsten Wohnung.

An allen Wohnungstüren fragen wir, ob außer dem Wohnungsinhaber noch Mieter in der Wohnung leben, und ob eine Arbeitsstätte vorhanden ist.

Arbeitsstätte in der Wohnung

Im ersten Stock unterhält ein Mieter in seiner Wohnung eine Schneiderwerkstatt, wie wir an dem Schild neben der Wohnungstür erkennen. Der Hauseigentümer hatte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste lediglich den Namen des Wohnungsinhabers eingetragen, aber in Spalte 4 keinen Hinweis auf die Arbeitsstätte gegeben. In verschiedenen Wohnungen treffen wir niemanden an. Hier richten wir die beiden Fragen an den Nachbarn und werfen die erforderlichen Haushaltslisten zusammen mit einem erklärenden Anschreiben, das wir schon kennen, in den Briefkasten.

Wie werden Mitglieder ausländischer Streitkräfte gezählt?

In einer Wohnung im 2. Stock, so wird uns gesagt, wohnt ein amerikanischer Unteroffizier mit seiner Familie. Diese Familie braucht keine Haushaltsliste auszufüllen. Wir notieren auf der Vorderseite einer leeren Haushaltsliste den Namen der Familie, geben die Zahl der Personen an und kennzeichnen sie außerdem durch ein großes „A“, das bedeutet „Streitkräfte“. Ein großes „A“ tragen wir auch auf der Rückseite der Gebäudeliste in die Spalte „Bemerkungen“ ein, und zwar hinter dem Namen der amerikanischen Familie. Wir fragen auch noch einmal ausdrücklich, ob in der Wohnung nicht etwa auch eine deutsche Hausangestellte wohnt, denn in diesem Falle müßten wir von der Hausangestellten eine Haushaltsliste ausfüllen lassen. Unsere Frage wird jedoch verneint.

Führung der Zählbezirksliste

Für jede ausgeteilte Haushaltsliste und jeden ausgeteilten Arbeitsstättenbogen vermerken wir den Empfänger in Spalte 3 und das Zeichen „ausgeteilt“ in Spalte 5 bzw. 6 der Zählbezirksliste. Um später nicht den Überblick über die ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen zu verlieren, ist es unbedingt ratsam, die Zählbezirksliste sorgfältig zu führen. Sie wird Ihr wichtigstes Hilfsmittel beim Einsammeln sein.

Im zweiten Stock angelangt stellen wir fest, daß mehr Wohnungen vorhanden sind, als der Eigentümer in der Gebäudeliste eingetragen hat. Er hätte seine Eintragungen in einem zweiten Exemplar der Gebäudeliste fortsetzen müssen.

Hat ein Gebäude mehr als 10 Wohnungen, müssen mehrere Gebäudelisten ausgegeben werden

Wir teilen aber trotzdem auch in den übrigen Wohnungen Haushaltslisten aus und gehen auf dem Rückweg noch einmal beim Gebäudeeigentümer vorbei und händigen ihm eine zweite Gebäudeliste aus mit der Bitte, auch die übrigen Wohnungen einzutragen. Auf der Vorderseite braucht er natürlich nur die Frage A 1 noch einmal zu beantworten.

Auf Keller- und Dachwohnungen aufpassen!

Bahnhoßstraße 2: Auf diesem Grundstück hatten wir bei unserem ersten Gang durch den Zählbezirk die Gebäudeeigentümerin nicht angetroffen und die Gebäudeliste so gut es ging selber ausgefüllt. Hier müssen wir also besonders gut aufpassen, daß wir keine Wohnung übersehen, wie es z. B. bei Keller- und Dachwohnungen ziemlich leicht passieren kann. Wir fragen also noch einmal, ob im Keller und auf dem Boden noch jemand wohnt und gehen sicherheitshalber noch einmal die Bodentreppe hinauf. Aber es sind keine Keller- und Dachwohnungen vorhanden. Beim Austeilen der Erhebungsbogen treten weiter keine Schwierigkeiten auf, nur von einer Familie wird uns berichtet, daß sie sich z. Z. auf einer längeren Urlaubsreise befindet. Wir legen sogleich eine provisorische Haushaltsliste für diese Familie an und tragen alles ein, was uns der Nachbar sagen kann, also Zahl der Personen, Geschlecht, Stellung zum Haushaltsvorstand und noch einige Angaben mehr. Auf der Vorderseite der Liste vermerken wir deutlich: „Vom Zähler ausgefüllt, ganze Familie verreist, voraussichtliche Rückkehr in drei Wochen.“ Bevor wir das Grundstück verlassen, haben wir aber noch Arbeitsstättenbogen an die Tischlerwerkstatt und die Schuhmacherei auf dem Hof auszugeben, von denen wir schon bei unserem ersten Besuch gehört haben.

Familie verreist

Das Austeilen der Erhebungsbogen in den übrigen zum Zählbezirk gehörenden Gebäuden wollen wir nicht weiter verfolgen, sondern gleich zum Einsammeln übergehen.

Abschnitt V: Das Einsammeln der Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen

Zeitraum für das Einsammeln

Für das Ausfüllen der Erhebungsbogen stehen der Bevölkerung einige Tage zur Verfügung. Mit dem Einsammeln können Sie jedoch schon am 6. Juni beginnen. Bis zum 10. Juni sollten Sie alle Erhebungsbogen beisammen haben.

Die günstigste Zeit für das Einsammeln

Beim Einsammeln kommt es sehr darauf an, alle Leute anzutreffen. Sie richten es am besten so ein, daß Sie mit dem Einsammeln immer erst am späten Nachmittag beginnen, das ist die günstigste Zeit. Sie müssen allerdings auch verstehen, daß z. B. Berufstätige, die gerade von der Arbeit nach Hause gekommen sind, nicht entzückt sein werden, wenn Sie nach der Haushaltsliste fragen. Das ist nur natürlich. Andererseits ist es aber doch besser, nachmittags zu gehen als manche Familie zwei- und dreimal aufzusuchen.

Beim Einsammeln benötigte Unterlagen (vorzeigen)

Welche Unterlagen nehmen wir beim Einsammeln mit? Auf jeden Fall müssen wir die weiße Zählbezirksliste mitnehmen, ferner die ausgefüllten Gebäudelisten, die drei Prüfmuster für den Zähler (Gebäudeliste, Haushaltsliste, Arbeitsstättenbogen mit rotem Aufdruck), einige leere Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und das Zählbezirksbuch.

**Vollständige Erfassung
unbedingt notwendig**

Kontrollieren Sie beim Einsammeln bitte noch einmal, ob Ihnen beim Austeilen nicht doch ein Gebäude, eine Wohnung oder eine Arbeitsstätte entgangen ist und achten Sie darauf, daß Sie alle ausgeteilten Erhebungsbogen ausgefüllt wieder zurückbekommen. Am besten vermerken Sie für jeden ausgeteilten Erhebungsbogen in den Kontrollspalten der Zählbezirksliste, daß Sie ihn zurückerhalten haben.

Prüfung der Erhebungsbogen an Ort und Stelle

Es ist klar, daß nicht jeder seine Haushaltsliste richtig und vollständig ausfüllen wird. Einige Leute werden immer Erhebungsbogen abliefern, die unvollständig unleserlich oder falsch ausgefüllt sind. Nehmen Sie solche Bogen nicht gleich mit nach Hause. Sie fahren am besten, wenn Sie an der Wohnungstür höflich fragen, ob sie den ausgefüllten Bogen gleich einmal durchsehen könnten, da Sie wegen eventueller geringfügiger Ergänzungen nicht noch einmal stören möchten. Das wird in den seltensten Fällen abgeschlagen.

Häufig vorkommende Fehler

Sehen Sie den Bogen dann aufmerksam durch und prüfen Sie, ob er vollständig und richtig ausgefüllt ist. Nehmen Sie dabei die entsprechenden Prüfmuster für den Zähler zur Hand. Bei früheren Zählungen hat sich gezeigt, daß immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden. Auf solche häufig vorkommenden Fehler wird in den Prüfmustern für Gebäudeliste, Haushaltsliste und Arbeitsstättenbogen durch roten Aufdruck hingewiesen. (Die drei Prüfmuster hochhalten und vorzeigen.)

Bahnhofstraße 1: Wir beginnen wieder im Haus Bahnhofstraße 1, und zwar beim Gebäudeeigentümer im Erdgeschoß. Hier nehmen wir die 2. Gebäudeliste in Empfang und zwei Haushaltslisten, die des Eigentümers und die des Untermieters.

**Prüfmuster
(Haushaltsliste)
für den Zähler**

Wir ziehen unser Prüfmuster hervor und sehen die Haushaltslisten gleich durch. Bitte nehmen Sie alle die Haushaltsliste mit rotem Aufdruck zur Hand und verfolgen Sie die Prüfung im einzelnen.

Vorderseite:

Alle Personen erfaßt?

(1) Ist für jede zum Haushalt gehörende Person auf der Innenseite eine Spalte ausgefüllt? Beim Gebäudeeigentümer muß hier in dem vorgedruckten Kästchen eine 2 eingetragen und auf der Innenseite müssen zwei Spalten ausgefüllt sein. In der Liste des Untermieters muß eine Person angegeben und dafür eine Spalte ausgefüllt sein. Durch diesen Vergleich stellen wir fest, ob die Angaben für alle Personen gemacht worden sind.

**Weitere Haushalte
in der Wohnung**

(2) Hauptmieter und Eigentümer von Wohnungen haben auf der Vorderseite der Haushaltsliste noch anzugeben, ob weitere Haushalte in der Wohnung wohnen. Hier hat unser Gebäudeeigentümer seinen Untermieter eingetragen, obwohl er sich immer noch nicht damit abfinden kann, daß sein Untermieter einen eigenen „Haushalt“ bildet.

Innenseite:

**Fragen nach weiterem
Wohnraum und
abwesenden
Haushaltsmitgliedern
(Fragen 11 und 12)**

(3) Die mit einem roten Balken gekennzeichneten Fragen müssen für alle Personen beantwortet sein. Wir stellen fest, daß Frage 11 „Haben Sie noch anderen weiteren Wohnraum?“ in beiden Haushaltslisten nicht angekreuzt ist. Die Beantwortung der Fragen 11 und 12 ist für die Genauigkeit der Zählung von allergrößter Wichtigkeit. Wir müssen zur Kontrolle immer noch einmal ausdrücklich fragen, ob ein Haushaltsmitglied weiteren Wohnraum hat oder zum Zeitpunkt der Zählung zufällig verreist oder sonst abwesend ist. Ohne diese genauen Feststellungen passiert es zu leicht, daß Personen, die zwei Wohnsitze haben, oder sich gerade an einem anderen Ort aufhalten, zweimal gezählt werden.

Wir haben noch eine weitere Kontrollmöglichkeit. Wenn nämlich auf die Frage 18 „Wo arbeiten Sie?“ eine andere weit entfernte Gemeinde angegeben ist, hat die betreffende Person dort in den meisten Fällen weiteren Wohnraum und die Fragen 11, 11a und 11b müssen beantwortet sein. Achten Sie bitte auch auf solche Fälle!

**Genaue Angabe
des Berufs**

(4) Viele Leute geben bei Frage 19 ihren Beruf nicht genau an. Das ist bei der Auswertung sehr hinderlich. Lassen Sie ungenaue Angaben nicht durchgehen.

Weg zur Schule

(5) Häufig wird auch übersehen, daß die Fragen 23 bis 25 auch für Schüler von sechs Jahren an zu beantworten sind. Denken Sie bei Familien mit schulpflichtigen Kindern bitte daran.

In den Haushaltslisten unseres Gebäudeeigentümers und seines Untermieters haben wir nicht viele Irrtümer gefunden. Es dürften sich aber nicht alle Hausbewohner so viel Mühe gegeben haben wie er.

**Zähler hilft beim
Ausfüllen**

Schon in der nächsten Wohnung treffen wir auf ein altes Ehepaar, das mit der Ausfüllung nicht zurecht gekommen ist. Hier ist es das beste, wenn wir jede einzelne Frage stellen und die Antwort selbst eintragen. Hier brauchen wir natürlich nicht mehr zu prüfen.

Familie mit mehr als sechs Personen brauchen zwei Haushaltslisten

Bei einer großen Familie im ersten Stock erhalten wir eine sehr sorgfältig für sechs Personen ausgefüllte Liste. Auf der Vorderseite sind jedoch sieben Personen angegeben. Auf unsere Frage erfahren wir, daß für ein Kind ja kein Platz mehr frei gewesen wäre. Wir tragen die Angaben für das vergessene Kind in eine zweite Liste ein. Es wäre allerdings einfacher gewesen, schon beim Austeilen zu erfragen, wie viele Personen zum Haushalt gehören und gleich zwei Listen auszugeben.

Haushaltsliste beim Nachbarn abgeben

An der Nachbarwohnung klingeln wir vergeblich, offenbar ist niemand zu Hause. Doch halt, da ist ein Zettel befestigt: „An den Zähler: Die Haushaltsliste habe ich beim Nachbarn abgegeben.“ Es gibt auch nette Leute, die dem Zähler einen zweiten Weg ersparen wollen!

Untermieter nicht angegeben??

Die Haushaltsliste ist tatsächlich bei der Nachbarin abgegeben, sie übergibt sie uns zusammen mit ihrer eigenen. Wir stellen jedoch schon nach kurzer Durchsicht fest, daß die abgegebene Liste nur mangelhaft ausgefüllt ist. Wir fragen die Nachbarin, wann Frau Schulze anzutreffen ist, und bitten ihr auszurichten, daß wir noch einmal vorbeikommen würden, um einige Zweifelsfragen zu klären. Auf unsere Frage, ob denn Frau Schulze allein in der großen Wohnung wohnt, macht die Nachbarin ein verlegenes Gesicht und behauptet, dies nicht genau sagen zu können. Auch das haben wir also noch zu klären.

Prüfung der Eintragungen im Arbeitsstättenbogen

Außer den beiden Haushaltslisten erhalten wir noch den vom Schneidermeister ausgefüllten Arbeitsstättenbogen. Wir vergleichen ihn mit dem Prüfbogen und stellen keine Fehler fest. Da der Arbeitsstättenbogen für Handwerker sehr leicht auszufüllen ist, ist dies nicht weiter verwunderlich.

Haben Sie in Ihrem Zählbezirk eine größere Arbeitsstätte, so prüfen Sie bitte, ob in dem ausgefüllten Arbeitsstättenbogen auch wirklich nur die in dieser Arbeitsstätte beschäftigten Personen angegeben sind. Evtl. vorhandene ausgelagerte Arbeitsstätten, wie Büros, Lagerplätze, Garagen und dergleichen, erhalten einen eigenen Arbeitsstättenbogen, wenn dort mindestens eine Person ständig beschäftigt ist.

Wir gehen weiter in den zweiten Stock. Dort haben wir Pech. In der ersten Wohnung ist der Bogen des Untermieters noch nicht ausgefüllt. Der Untermieter ist schon für das Wochenende zu seiner Familie gefahren und kommt erst am Montag wieder. Aha, hier haben wir einen Mann mit zwei Wohnsitzen. Wir notieren uns einen Hinweis darauf in unsere Zählbezirksliste, Spalte „Bemerkungen“. Wir werden gebeten, am Montag noch einmal vorbeizukommen. Es zeichnet sich schon ab, daß wir noch einmal in den Zählbezirk gehen müssen, um ausstehende Erhebungsbogen einzusammeln, aber das war zu erwarten.

In der zweiten Wohnung wohnt die Familie des amerikanischen Unteroffiziers. Da wir die Angaben schon haben, können wir diese Wohnung überslagern.

Besuch auf der Innenseite eingetragen

In der dritten Wohnung klappt alles wie am Schnürchen. Wir werden hereingebeten und sehen die schon ausgefüllte Haushaltsliste durch. Neben Vater, Mutter und Tochter ist noch die Schwiegermutter eingetragen, und zwar auf der Innenseite. Sie hat weiteren Wohnraum und geht von dort aus zur Arbeit, wie zu Frage 11 eingetragen ist. Der gleiche Ort ist zu Frage 18 „Anschrift der Arbeitsstätte“ angegeben. Die Schwiegermutter arbeitet also in einer ganz anderen Stadt. Wir fragen, ob sie ständig hier wohnt. Nein, sie verbringt nur ihren Urlaub bei ihren Kindern. Nun ist es klar, die Schwiegermutter darf gar nicht auf der Innenseite eingetragen werden. Dort sind nur Angaben von Personen zu machen, die ständig zum Haushalt gehören. Wir füllen nach den Angaben den Abschnitt VII für vorübergehend Anwesende auf der Rückseite aus und streichen die Eintragungen für die Schwiegermutter auf der Innenseite durch.

Verhalten bei Auskunftsverweigerung

In der ersten Wohnung im dritten Stock öffnet ein sehr unfreundlicher Herr, der uns erzählt, daß ihn die Volkszählung nicht interessiert. Er gebraucht noch einige andere unfeine Ausdrücke und weigert sich endlich, eine Haushaltsliste auszufüllen. Wir hören dies alles mit Geduld an. Bloß nicht aufregen! Wir weisen darauf hin, daß jeder eine Haushaltsliste auszufüllen hat, weil es vom Bundestag in einem Gesetz so angeordnet worden ist. Zur Bekräftigung zeigen wir ihm den Begleitzettel mit den Hinweisen auf das Volkszählungsgesetz (Drucksache Nr. 12). Wir er bieten uns auch — falls er mit der Haushaltsliste etwa nicht zurechtkomme — beim Ausfüllen zu helfen. Wenn alles dies nichts nützt, versehen Sie bitte eine leere Haushaltsliste mit Namen und Anschrift des betreffenden Haushalts und vermerken darauf: „Auskunft verweigert.“ Lassen Sie sich auf keinen Fall in eine hitzige Diskussion ein, drohen Sie auch keine Strafen an. Alles weitere veranlaßt die Zählungsdienststelle.

In den beiden anderen Wohnungen im dritten Stock traten weiter keine Schwierigkeiten auf, so daß wir das Einsammeln nun in den übrigen Häusern des Zählbezirks fortsetzen können. Wir wollen hier abbrechen und das Einsammeln der restlichen Listen nicht weiter verfolgen, sondern eine Pause von 15 Minuten einlegen.

— Pause —

Abschnitt VI: Abschlußarbeiten nach dem Einsammeln

Nach dem Einsammeln müssen wir uns zu Hause noch ein bis zwei Stunden hinsetzen, um zu prüfen, ob wir auch wirklich alle Erhebungsbogen bekommen haben, ob die Bogen alle gut ausgefüllt sind und um sie in eine übersichtliche Ordnung zu bringen.

Wir wollen die einzelnen Schritte hier nur kurz besprechen und dann ein paar Erhebungsbogen anhand eines erdachten Beispiels selber ausfüllen. Im Leitfaden für den Zähler sind die Abschlußarbeiten genau beschrieben. Lesen Sie bitte dort noch einmal nach!

Ordnen der Gebäudelisten; Numerierung

a-Listen und b-Listen

- (1) Zuerst müssen wir die Erhebungsbogen ordnen. Wir beginnen mit den Gebäudelisten und legen sie in der Reihenfolge hintereinander, wie die Gebäude (Grundstücke) in der Aufzählung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke auf der Zählbezirksliste (weiß) eingetragen sind. In dieser Reihenfolge erhalten die Gebäudelisten fortlaufende Nummern, z. B. von 1 bis 10. Mußten für ein Gebäude — wie z. B. bei Bahnhofstraße 1 — zwei Gebäudelisten ausgefüllt werden, so erhält die zweite Liste keine eigene, sondern die gleiche Nummer wie die erste Liste. Zur Unterscheidung hängen wir an die Nummer der ersten Liste noch ein kleines „a“ und an die Nummer der zweiten Liste ein kleines „b“ an. Wenn wir für einen Haushalt zwei Haushaltslisten ausgeben mußten, erhalten beide übrigens auch die gleiche Nummer mit dem Zusatz klein „a“ bzw. klein „b“.

Ordnen der Haushaltslisten

- (2) Wenn die Gebäudelisten ihre Nummern erhalten haben, legen Sie bitte alle in einem Gebäude eingesammelten Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen in die zugehörige Gebäudeliste ein und vermerken auf diesen die Nummer der zugehörigen Gebäudeliste, z. B. 3a. Sodann ordnen Sie bitte die Haushaltslisten in der Reihenfolge, wie die Namen der Wohnungsinhaber und Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 eingetragen sind.

Ordnen der Arbeitsstättenbogen

Auch die Arbeitsstättenbogen werden innerhalb der zugehörigen Gebäudeliste in der Reihenfolge geordnet, wie die Arbeitsstätten in den Spalten 4 und 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste eingetragen sind. Da Gebäudelisten nur für bewohnte Gebäude vorliegen, müssen wir die Bogen für Arbeitsstätten in unbewohnten Gebäuden erst einmal beiseite legen.

Wir haben so die Ordnung hergestellt, die wir später für das Numerieren brauchen. Die Numerierung selbst wollen wir jedoch erst am Schluß vornehmen, nachdem wir die Erhebungsbogen noch einmal überprüft haben.

Vollzähligkeitskontrolle anhand der Gebäudeliste

- (3) Das Ordnen der Erhebungsbogen läßt sich sehr gut mit der Vollzähligkeitskontrolle verbinden. Kontrollieren Sie also bitte noch einmal, ob für jede auf der Rückseite der Gebäudeliste angegebene Wohnung die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers vorliegt.

Liegt für jeden Untermieter eine Haushaltsliste vor?

Wenn Sie die Liste gefunden haben, sehen Sie nach, ob auf ihrer Vorderseite Untermieter angegeben sind. Ist dies der Fall, muß für jeden Untermieter ebenfalls eine Haushaltsliste vorhanden sein. Außerdem muß der Name des Untermieters auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 unter dem Namen des Wohnungsinhabers vermerkt sein. Vervollständigen Sie bitte auch die Eintragungen der Untermieter auf der Rückseite der Gebäudeliste.

Um ganz sicher zu gehen, haken wir jede kontrollierte Haushaltsliste in Spalte 5 der Zählbezirksliste ab. Am Schluß dieser Kontrolle wissen wir, daß die Eintragungen auf der Rückseite der Gebäudelisten mit denen in der Zählbezirksliste (weiß) übereinstimmen.

Prüfen der Eintragungen anhand der Prüfmuster

- (4) Da beim Einsammeln die Zeit für eine Durchsicht der Erhebungsbogen auf Eintragungsfehler im allgemeinen nur knapp bemessen ist, müssen wir Sie bitten, jede Gebäudeliste, jede Haushaltsliste und jeden Arbeitsstättenbogen noch einmal vorzunehmen und in Ruhe zu überprüfen. Benutzen Sie hierzu wieder die Prüfmuster und achten Sie vor allem auf die häufig vorkommenden Fehler.

Rückfragen bei falschen und fehlenden Angaben

Wenn Sie bei der Prüfung Unstimmigkeiten oder fehlende Angaben entdecken, die Sie nicht selber klären können, müssen Sie denjenigen noch einmal aufsuchen, von dem Sie die Angaben erhalten haben, um die Angaben berichtigen oder ergänzen zu können.

Numerieren der Haushaltslisten

- (5) Nach diesen Prüfungen können wir auch die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen numerieren. Wir beginnen mit der Numerierung der Haushaltslisten von Gebäudeliste Nr. 1. Diese erhalten z. B. die Nummern von 1 bis 12. Die Haushaltslisten der Gebäudeliste Nr. 2 erhalten die folgenden Nummern, z. B. von 13 bis 20, und so werden alle Haushaltslisten fortlaufend durchnummeriert.

**Zählpapiere im
verschlossenen Umschlag
mitzählen!**

Wenn Ihnen jemand seine Haushaltsliste oder seinen Arbeitsstättenbogen in einem verschlossenen Umschlag ausgehändigt hat, so dürfen Sie diesen Umschlag nicht öffnen. Ordnen Sie den verschlossenen Umschlag bitte mit ein und vermerken auf ihm die Nummer, die die darin befindliche Haushaltsliste oder der darin befindliche Arbeitsstättenbogen bekommen muß. Das geht natürlich nur, wenn Sie den Namen des Ausfüllenden auf dem Umschlag oder in der Zählbezirksliste vermerkt haben.

**Übertragung der
Haushaltslistennummer
in Spalte 10 der
Gebäudeliste**

Sofort nachdem wir einer Haushaltsliste ihre Nummer gegeben haben, tragen wir die gleiche Nummer auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 10 ein, und zwar in die Zeile des betreffenden Wohnungsinhabers oder Untermieters. Da wir uns beim Ordnen der Haushaltslisten nach der Gebäudeliste gerichtet haben, müssen die in Spalte 10 eingetragenen Haushaltslistennummern ebenfalls fortlaufend sein.

**Übertragung der Zahl
der zum Haushalt
gehörenden Personen
in Spalte 11 der
Gebäudeliste**

Da wir einmal beim Übertragen sind, übertragen wir auch gleich die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, die auf der Vorderseite der Haushaltsliste rechts unten eingetragen ist, in Spalte 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste. Wir müssen hier aber aufpassen, daß wir nicht die Zeilen verwechseln und Haushaltslistennummer und Personenzahl hinter den falschen Namen schreiben. Um das zu vermeiden, ist es notwendig, die Erhebungsbogen wirklich sorgfältig zu ordnen. Für die Spalten 10 und 11 auf der Rückseite der Gebäudelisten sind anschließend die Summen zu bilden und in die beiden unten vorgesehenen Kästchen einzutragen. Bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen ist die Summe für sämtliche Wohnungen auf der zweiten, der b-Liste, zu bilden.

**Numerieren der
Arbeitsstättenbogen**

Das gleiche wiederholt sich bei den Arbeitsstättenbogen. Wir beginnen wieder mit den Arbeitsstättenbogen von Gebäudeliste Nr. 1 und numerieren fortlaufend durch bis zu den Arbeitsstättenbogen der letzten Gebäudeliste. Die letzten Nummern erhalten die Bogen der Arbeitsstätten in nicht bewohnten Gebäuden.

**Kontrollzettel
mitzählen!**

Der Kontrollzettel, den wir vom Hausmeister der Schule anstelle eines Arbeitsstättenbogens erhalten haben, wird mit einsortiert und erhält die Nummer, die sonst der Arbeitsstättenbogen erhalten hätte.

**Reinschrift der
Zählbezirksliste
(hellgraue Farbe)**

- (6) Nun haben wir noch eine Reinschrift der Zählbezirksliste anzufertigen. Dazu benutzen Sie bitte die noch unbeschriebene Zählbezirksliste von hellgrauer Farbe. Sie dürfen aber die weiße Zählbezirksliste hierbei nicht einfach abschreiben. Sie nehmen die Gebäudeliste Nr. 1 Ihres Zählbezirks mit den dazugehörigen Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen. Jeder Erhebungsbogen wird in eine Zeile der Zählbezirksliste (hellgrau) eingetragen, zuerst für die Gebäudeliste Nr. 1 die Anschrift des Gebäudes in Spalte 1, Spalte 2 bleibt frei, der Name des Gebäudeeigentümers in Spalte 3, das Zeichen für „eingesammelt“ in Spalte 4, vorhandene Bemerkungen, wie z. B. „vom Zähler ausgefüllt“, in Spalte 8 und die Nr. 1 der Gebäudeliste in Spalte 9. In die zweite Zeile werden die Angaben für die Haushaltsliste Nr. 1 eingetragen. Sind alle zur Gebäudeliste Nr. 1 gehörenden Erhebungsbogen übertragen, kommt Gebäudeliste Nr. 2 mit ihren Erhebungsbogen an die Reihe. Die Übertragung ist erst beendet, wenn Sie den letzten Erhebungsbogen in die hellgraue Zählbezirksliste eingetragen haben. Zum Schluß vergleichen Sie bitte die Eintragungen der Zählbezirksliste weiß mit der Zählbezirksliste hellgrau und prüfen, ob sie auch keinen Empfänger vergessen haben.

**Vergleich zwischen
Erstschrift und
Zweitschrift der
Zählbezirksliste**

**Summe der ausgeteilten
und eingesammelten
Erhebungsbogen**

Als letztes ermitteln wir die Summen der im ganzen Zählbezirk ausgeteilten und eingesammelten Erhebungsbogen. Zu diesem Zweck zählen wir die in den Spalten 4 bis 6 der Zählbezirksliste (hellgrau) eingetragenen Kreuze spaltenweise zusammen und vermerken die Summe in den vorgesehenen Kästchen am Ende der Spalte. Dabei dürfen die bei Gebäuden mit mehr als 10 Wohnungen zusätzlich ausgegebenen Gebäudelisten (hinter der Gebäudelistennummer mit „b“ gekennzeichnet) und die für Haushalte mit mehr als 6 Personen ausgegebenen zusätzlichen Haushaltslisten (hinter der Nummer der Haushaltsliste mit „b“ gekennzeichnet) nicht mitgezählt werden. Solche b-Listen gelten nicht als eigene Erhebungsbogen, sondern nur als Erweiterung der Gebäude- bzw. Haushaltsliste. Daher erhalten sie auch keine eigene, sondern die Nummer der ersten Liste mit dem Zusatz klein „b“ dahinter.

b-Listen zählen nicht mit!

Mitgezählt werden jedoch: In Spalte 6 die Kontrollzettel, für die ein „K“ eingetragen wurde, sowie die Erhebungsbogen, die in verschlossenen Umschlägen abgeliefert wurden, und für die das Kreuz (X) für „eingesammelt“ vorhanden sein muß.

Die Summe der Gebäudelisten muß daher mit der höchsten Gebäudelistennummer übereinstimmen. Das gleiche gilt auch für die Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen.

Hinweis auf die Hilfsmittel

Mehr als das will ich Ihnen über das Zählen, die Zählpapiere und die Anschlußarbeiten nicht berichten. Es ist wirklich nicht ganz einfach, sich diese Masse von Tatsachen zu merken. Ich wollte Ihnen nur einen Überblick geben. Das Wesentliche in ähnlicher Form finden Sie in dem „Leitfaden für den Zähler“ und können es dort nachlesen. Außerdem können Sie bei jeder Zweifelsfrage im Schlagwortverzeichnis nachsehen oder in der Zählungsdienststelle anrufen. Natürlich können wir auch jetzt schon auf Dinge eingehen, die Ihnen während des Vortrages nicht klar geworden sind. Wünscht jemand weitere Auskünfte?

— Aussprache —

Im Anschluß an die Aussprache zwei verschiedene Beispiele für Gebäudeliste, Haushaltsliste und Arbeitsstättenbogen so verteilen lassen, daß nebeneinander sitzende Zähler verschiedene Beispiele erhalten und die Zähler bitten, für ihr Beispiel Erhebungsbogen auszufüllen. Hierzu ist etwa 20 Minuten Zeit zu geben. Machen Sie selbst die erforderlichen Eintragungen für beide Beispiele. Danach werden die Beispiele zwischen den Zählern ausgetauscht und dann gemeinsam kurz besprochen. **Es muß im einzelnen gesagt werden, wie die Eintragungen in der Gebäudeliste, Haushaltsliste und im Arbeitsstättenbogen richtig lauten müssen.** Die Zähler berichtigen die vom Nachbarn begangenen Fehler und tauschen die Erhebungsbogen wieder zurück.

Ende der Unterrichtung.

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961
Unterrichtung der Zähler**

Beispiel I für das Ausfüllen von 2 Gebäudelisten

(Auszufüllen ist die ganze Vorderseite und die Spalten 1 bis 9 der Rückseite)

- (1) Auf dem Grundstück Bahnhofplatz 14 befinden sich zwei Gebäude, und zwar ein an der Straße gelegenes Vordergebäude und ein durch einen Hof von dem Vordergebäude getrenntes Hintergebäude.

Vordergebäude

- (2) Das aus Backsteinen gebaute Vordergebäude wurde 1892 von dem Gastwirt Christoph Faß errichtet, der bis zu seinem Ableben 1943 im Erdgeschoß des dreigeschossigen Gebäudes eine Gastwirtschaft betrieb. Das voll unterkellerte Vordergebäude hat Anschluß an das öffentliche Wasserversorgungsnetz und an die Kanalisation (für Abwässer und Fäkalien). Für die beiden Wohnungen eines jeden Stockwerks steht nur eine Toilette (WC) zur Verfügung. Die Toilette (WC) für die Erdgeschoßwohnung liegt auf dem Hof. Das durch Kriegseinwirkungen erheblich beschädigte Schieferdach wurde 1951 neu gedeckt. Das Grundstück mit den beiden Gebäuden gehört jetzt den drei Kindern (Erbengemeinschaft Faß).

**Siehe Schlagwort-
verzeichnis unt. „Toilette
mit Wasserspülung“**

- (3) Die Gastwirtschaft wurde an den Gastwirt Emil Schlauch verpachtet, der mit seiner Ehefrau die im Erdgeschoß des Vordergebäudes gelegene Wohnung (2 Zimmer und Küche; davon 1 Zimmer unter 6 qm, 1 Zimmer und die Küche jeweils 6 und mehr Quadratmeter) bewohnt.

**s. unter Wohnung des
Gebäudeeigentümers
s. unter „Mansarden“**

- (4) **Erster Stock:** Der älteste Sohn des Christoph Faß, der kaufmännische Angestellte Adam Faß, bewohnt mit seiner Frau und seinem Sohn die links gelegene Wohnung (3 Zimmer und Küche; jeder Raum über 6 qm). Zu dieser Wohnung gehört noch ein Mansardenzimmer von 8 qm im Dachgeschoß.

s. unter „Untermieter“

- (5) Im 1. Stock rechts wohnt die Witwe Kummer. Ihre abgeschlossene Mietwohnung besteht ebenfalls aus 3 Zimmern und Küche. Von diesen 4 Räumen hat sie zwei Räume an das kinderlose Ehepaar Jung untervermietet. Die Witwe selbst bewohnt ein Zimmer und die Küche. Das Ehepaar Jung bereitet seine Mahlzeiten in einem dieser Räume und hat das Mansardenzimmer des Adam Faß im Dachgeschoß hinzugemietet.

- (6) **Zweiter Stock:** Links (gleiche Wohnung wie im 1. Stock) wohnt das Ehepaar Reich mit zwei Kindern. In dem zur Wohnung gehörenden Mansardenzimmer (8 qm) im Dachgeschoß wohnt Gerd Reich.

- (7) Die Wohnung im 2. Stock, rechts, (gleiche Wohnung wie im 1. Stock) wird von dem kinderlosen Ehepaar Gutmuth bewohnt. Ein Zimmer wurde an den Studenten Moritz Fleißig untervermietet.

Hintergebäude

- (8) Das Hintergebäude wurde 1912 aus Backsteinen gebaut. Es hat Anschluß an das öffentliche Wasserversorgungsnetz und an die Kanalisation und ist voll unterkellert. Das im Kriege stark beschädigte Schieferdach mußte 1949 völlig erneuert werden und erhielt dabei einen Ziegelbelag.

s. unter „Gewerberäume“

- (9) Im Erdgeschoß befindet sich die Werkstatt des Installateurs Berthold Faß, des Bruders des Adam Faß. Zu der Werkstatt gehört ein Büroraum, in dem Berthold Faß seine Schreibarbeiten erledigt.

**s. unter „Wohnung des
Gebäudeeigentümers“**

- (10) Die abgeschlossene Wohnung im 1. Stock (3 Zimmer und Küche; sämtliche Räume mit 6 und mehr qm) wird von Berthold Faß und seiner Schwester Cäcilie bewohnt. Ein Zimmer der Wohnung wurde geteilt; der eine Teil des Raumes wurde als Badezimmer ausgebaut.

Beispiel II für das Ausfüllen einer Gebäudeliste

(Auszufüllen ist die ganze Vorderseite und die Spalten 1 bis 9 der Rückseite)

Siehe Schlagwort-
verzeichnis unter
„Bauernhäuser“

Siehe unter „Gewerblich
genutzte Wohnräume“

Siehe unter „Wohnung
des Gebäudeeigentümers“

Siehe unter „Haushalt“

Siehe unter „Landwirt-
schaftl. Zwecken
dienende Räume“

- (1) Der Bauernhof „Hof Sonnenschein“ gehört dem Rechtsanwalt Kunibert Steinhäufen, der den Hof an den Anselm Bodentreu verpachtet hat. Zu dem Anwesen gehören ein Wohnhaus, ein zweigeschossiges Wirtschaftsgebäude, das im rechten Winkel — jedoch getrennt durch eine Brandmauer — direkt an das Wohnhaus angrenzt, ein Stallgebäude und eine Scheune.
- (2) Das Wohnhaus ist aus Backsteinen gebaut und voll unterkellert. Es wurde während des Krieges von einer Bombe getroffen, so daß Dach und Obergeschoß wieder instandgesetzt werden mußten. Diese Arbeiten wurden 1949 durchgeführt. Dabei wurde das Obergeschoß so umgebaut, daß hier 4 gleichgroße Zimmer von 20 qm entstanden, die heute als Fremdenzimmer an Urlaubsgäste vermietet werden. Das frühere Schieferdach wurde durch ein Ziegeldach ersetzt.
- (3) Der Hof hat eine eigene Wasserversorgungsanlage. Die Toiletten befinden sich in einem Anbau. Es handelt sich um Toiletten ohne Wasserspülung. Die Fäkalien werden abgefahren. In dem Anbau ist weiter eine Waschküche untergebracht. Da das Bauernhaus keine Badezimmer aufweist, wurde in der Waschküche eine Dusche eingerichtet, die in der Hauptsache den landwirtschaftlichen Arbeitern des Hofes dient.
- (4) Der Pächter Anselm Bodentreu bewohnt mit seiner Familie (Frau, zwei Söhne, Tochter, Schwiegersohn, Nichte) das gesamte Erdgeschoß des 1859 erbauten Wohnhauses. Seine Tochter ist mit dem Jungbauern Franz Grundig verheiratet. Das junge Ehepaar erhielt von seinen Eltern zwei der insgesamt 7 Räume kostenlos überlassen. Es benutzt einen Raum als Schlafzimmer, den anderen als Wohnzimmer. Das Schlafzimmer ist 16 qm, das Wohnzimmer 20 qm groß. Eine eigene Küche wird nicht benötigt, da Tochter und Schwiegersohn bei den Eltern essen. Die Küche des Bauernhauses ist 24 qm groß. Von den übrigen 4 Räumen des Erdgeschosses ist einer 5,40 qm, die 3 anderen je etwa 15 qm groß. Sämtliche Mitglieder der Familie Bodentreu/Grundig arbeiten auf dem Hof. Hinzu kommt noch der Knecht Gottlieb Heugabel.
- (5) Im Erdgeschoß des Wirtschaftsgebäudes liegen eine Futterküche, eine Vorratskammer, ferner 2 Räume von je 12 qm, in denen früher Flüchtlinge wohnten, die jetzt aber als Mehl- und Kornkammer verwendet werden. Im Obergeschoß befinden sich zwei Geräteräume.
- (6) In dem 1871 erbauten Stallgebäude befindet sich über den Stallungen noch ein Wohnraum von 18 qm, in dem Gottlieb Heugabel untergebracht ist. Er erhält freie Kost und Wohnung.

Beispiel I für das Ausfüllen einer Haushaltsliste

Siehe Schlagwort-
verzeichnis unter „Bundes-
flüchtlingsausweis“

Siehe unter
„Weitere Tätigkeit“

- (1) Die Familie Reich wohnt als Hauptmieter im Hause Bahnhofplatz 14. Ingenieur Joachim Reich, geb. am 18. 1. 1915, und Ehefrau Ingeborg geb. März, geb. am 2. 11. 1919, sind seit 1940 in erster Ehe verheiratet. Ihr Sohn Gerd wurde am 3. 3. 1941 und ihre Tochter Helga am 5. 2. 1943 geboren. Die Familie ist 1952 aus Stralsund nach A-Stadt gekommen. Die Eltern besitzen den Bundesflüchtlingsausweis C. Gerd und Helga sind in dem Ausweis eingetragen. Alle Mitglieder des Haushalts sind evangelisch und besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.
- (2) Joachim Reich ist in der Maschinenbaufirma Hensel & Sohn, A-Stadt, Dieselstraße 19—22 in seinem Beruf als Maschinenbauingenieur angestellt. Er arbeitet dort 44 Stunden in der Woche. Nebenher ist er noch als Sachverständiger tätig. Für seinen Arbeitsweg benötigt er im Sommer und Winter 1¼ Stunden. Er benutzt zu allen Jahreszeiten den Omnibus. Seine Ausbildung hat er in Berlin an der Ingenieurschule „Beuth“ N 65, Zeppelinstraße 3, erhalten und dort 1939 sein Examen als Maschinenbauingenieur abgelegt. Im Kriege geriet Reich im Mai 1943 in englische Gefangenschaft, aus der er 1946 im April entlassen wurde.
- (3) Auch Frau Ingeborg ist berufstätig. Sie arbeitet halbtags von 8 bis 12 als Kontoristin bei Schröder & Co., Immobilien und Hausverwaltungen in A-Stadt, Parkallee 34. Um dorthin zu gelangen, braucht sie einschl. des Fußweges im Sommer und im Winter 20 Minuten. Sie fährt mit der Straßenbahn. Ihren Lebensunterhalt bestreitet sie im wesentlichen aus dem Einkommen ihres Ehemannes.

Siehe unter
„Weiterer Wohnraum“

- (4) Gerd Reich befindet sich augenblicklich als Student an der Technischen Hochschule in Darmstadt, Luisenplatz 30/33. Er hat bei Frau Richter, Mühlenweg 15b, im dritten Stock ein möbliertes Zimmer. Von dort bis zur Technischen Hochschule braucht er 20 Minuten zu Fuß. Studium und Lebensunterhalt werden von seinem Vater bestritten.
- (5) Seine Schwester Helga will technische Zeichnerin werden. Sie ist gerade als Lehrling bei der „Norma“ AG, Heizungsbau, A-Stadt, Schillerstraße 64/66 eingetreten. Für den Weg dorthin benutzt sie ein Moped und braucht deswegen nur 15 Minuten. Im Winter fährt sie mit der Straßenbahn und benötigt dann für den Weg 40 Minuten.

Siehe unter „Vorübergehend Anwesende“

- (6) Z. Z. hat Familie Reich für ein paar Wochen Besuch: Ellen Krüger geb. März, Schwester von Frau Ingeborg, geb. am 17. 5. 1917, aus Hamburg, Elbchaussee 53.
- (7) Joachim Reich besitzt einen kleinen mit Obstbäumen bestandenen Garten von 1200 qm, in dem Frau Ingeborg und Helga mithelfen.

Beispiel II für das Ausfüllen einer Haushaltsliste

Siehe Schlagwortverzeichnis unter
„Haushalte“

- (1) Der selbständige Landwirt Anselm Bodentreu, geb. am 7. 7. 1905, bewohnt mit seiner Familie den von ihm gepachteten 23 ha großen „Hof Sonnenschein“ in Mühldorf, Dorfstraße 5. Zu seiner Familie gehören: seine Frau Anna geb. Grote, geb. am 18. 3. 1906; seine Söhne Helmut, geb. am 22. 3. 1929, und Karlheinz, geb. am 25. 8. 1939; ferner seine Tochter Elfriede, geb. am 14. 4. 1936, mit ihrem Mann, dem Jungbauern Franz Grundig, geb. am 1. 9. 1923. Außerdem hat Anselm Bodentreu seine Nichte Dorothee, geb. am 3. 6. 1948, die Tochter seines verstorbenen Bruders, in seinem Haushalt aufgenommen.
- (2) Anselm Bodentreu und seine Frau Anna sind seit 1928 verheiratet. Für Frau Anna ist dies die zweite Ehe. Ihr Sohn Georg aus erster Ehe ist im Krieg gefallen.
- (3) Die ganze Familie ist röm.-katholisch und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.
- (4) Die Familie mußte ihren Hof in der sowjetischen Besatzungszone verlassen und kam 1949 in die Bundesrepublik. Vater, Mutter und Helmut besitzen einen Bundesvertriebenenausweis C. Die Vertriebeneneigenschaft von Karlheinz ist im Ausweis seines Vaters angegeben.

Siehe unter „Soldaten“

- (5) Sämtliche erwachsenen Mitglieder der Familie Bodentreu/Grundig, mit Ausnahme von Karlheinz, arbeiten auf dem Hof. Karlheinz hat ein Handwerk gelernt. Als Elektrotechniker besuchte er mit Erfolg die Staatliche Technikerschule für Elektrotechnik, Freiburg i. Br., Engelberger Straße 2, und legte dort 1960 die Prüfung als staatlich geprüfter Elektrotechniker ab. Nachdem er einige Monate als solcher gearbeitet hat, wurde er zur Bundeswehr eingezogen und leistet augenblicklich seinen Wehrdienst in der Blücherkaserne in Ulm, Scharnhorststraße 65/69 ab.

Siehe unter
„Lebensunterhalt“

- (6) Helmut ist im Krieg schwer verwundet worden und nun zu 60 vH körperbehindert. Schwere Arbeiten kann er nicht verrichten, aber er hilft in der Woche durchschnittlich 30 Stunden im Stall und auf dem Hof. Außerdem bezieht er eine Kriegsbeschädigtenrente.
- (7) Franz Grundig wurde mit jungen Jahren bereits zur Wehrmacht eingezogen und geriet im März 1945 in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er im September des gleichen Jahres entlassen wurde. Er soll später einmal den Hof übernehmen.
- (8) Die kleine Dorothee besucht die Mittelschule in der Kreisstadt, Waldstraße 17. Im Sommer und Winter fährt sie mit dem Omnibus dorthin. Sie braucht für den Schulweg rund 30 Minuten.

Haushalt

- (9) Auf dem Hof wohnt außerdem in freier Kost und Wohnung der Knecht Gottlieb Heugabel. Er ist am 2. 2. 1925 in Ostpreußen geboren, ledig, evangelisch, und besitzt den Bundesvertriebenenausweis A. Anselm Bodentreu beschäftigt ihn in seinem Betrieb.

Beispiel I für das Ausfüllen eines Arbeitsstättenbogens

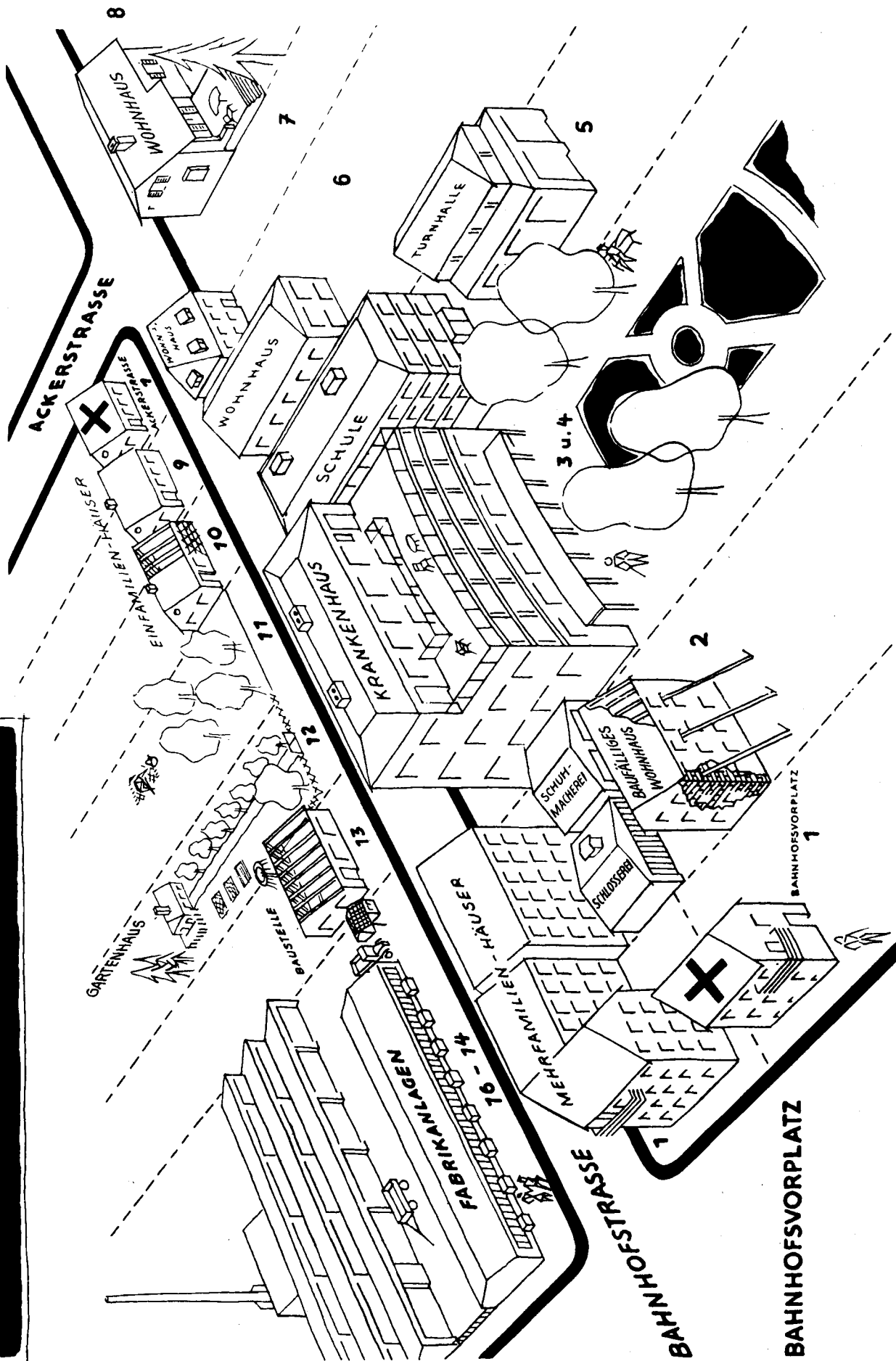
- (1) Der Maurermeister Hermann Schulze ist alleiniger Inhaber eines mittleren Baubetriebes (Hochbau) in A-Stadt, Herzogstr. 25. Der Betrieb meldet zur Bauberichterstattung und der Inhaber ist in der Handwerksrolle eingetragen. Schulze ist als Flüchtling aus Ostpreußen Inhaber des Vertriebenenausweises A.
- (2) Schulze leitet den Betrieb selbst, seine Tochter ist im Büro voll als Angestellte mit festem Gehalt beschäftigt und bildet ein junges Mädchen als Lehrling aus. Zur Reinigung der Büroräume ist täglich eine Frau für 2 bis 3 Stunden eingestellt. Im eigentlichen Baubetrieb sind 35 Gesellen und Arbeiter sowie 4 männliche Lehrlinge beschäftigt.
- (3) Für den Betrieb stehen 1 Pkw und 2 Lastkraftwagen, davon einer mit Anhänger, zur Verfügung.

**Siehe Schlagwort-
verzeichnis unter
„Mithelfende
Familienangehörige“**

Beispiel II für das Ausfüllen eines Arbeitsstättenbogens

- (1) In B-Stadt, Holzgasse 37, befinden sich die Leitung sowie das kaufmännische und das technische Büro der hier bereits seit 1925 bestehenden Firma Maschinenfabrik Werner Groß GmbH.
- (2) In den Büros sind außer dem leitenden Direktor noch 25 männliche und 12 weibliche Angestellte, ferner 3 männliche und 2 weibliche Lehrlinge sowie 2 männliche Arbeiter beschäftigt. Für die Büroreinigung sind 2 Frauen für mehrere Stunden täglich eingestellt. Die Firma meldet monatlich zur Industrieberichterstattung, gehört der Industrie- und Handelskammer an und ist auch im Handelsregister eingetragen. Für den Leiter steht ein Pkw zur Verfügung.
- (3) Zu dieser Firma gehören 2 Fabrikationsstätten als Zweigniederlassungen. Die größte mit 240 Beschäftigten liegt ebenfalls in B-Stadt, jedoch örtlich getrennt in der Weberstraße 5. Hier werden ausschließlich Holzbearbeitungsmaschinen hergestellt. Die zweite Fabrik liegt in C-Stadt und stellt hauptsächlich Textilmaschinen her. Die Zahl der hier Beschäftigten beträgt insgesamt 185 Personen.

EIN GANG DURCH EINEN ZÄHLBEZIRK



**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1961**

Anleitung für das Prüfen der Zählpapiere in den Gemeinden

A. Allgemeine Grundsätze

Die Zählpapiere müssen in der Zählungsdienststelle zunächst auf Vollständigkeit und danach auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen geprüft werden. Bei fehlenden und falsch ausgefüllten Erhebungsbogen sowie bei fehlenden und falschen Angaben sind vom Zähler oder von einem Gemeindebediensteten die Haushalte nochmals aufzusuchen und zu befragen. Die nachstehend aufgeführten Prüfungen stellen ein **Mindestprogramm** dar, **das unbedingt einzuhalten ist**. Da in den Zählungsdienststellen erfahrungsgemäß noch zahlreiche Irrtümer aufgedeckt werden, ist die Nachprüfung für die Qualität der Zählungsergebnisse von großer Bedeutung.

B. Prüfung der abgelieferten Erhebungsbogen auf Vollständigkeit

Zur Entlastung der Zählungsdienststellen empfiehlt es sich, schon beim Abliefern der Zählermappen durch die Zähler eine gründliche Vollständigkeitskontrolle vorzunehmen, weil Zählermappen mit fehlenden oder mangelhaft ausgefüllten Erhebungsbogen dann gleich zurückgegeben werden können. Läßt sich eine gründliche Vollständigkeitskontrolle beim Abliefern der Zählermappen in Gegenwart des Zählers nicht verwirklichen, so sind auf jeden Fall die nachstehenden im Abschnitt B I beschriebenen Kontrollen durchzuführen und die umfassende Vollständigkeitskontrolle später, d. h. noch vor dem Prüfen der Eintragungen in den Erhebungsbogen nachzuholen.

I. Verkürzte Prüfung auf Vollständigkeit beim Abliefern der Zählermappen

- 1 Liegt für jedes in der Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke (im Kopf der Zählbezirksliste aufgeführte Grundstücke) wenigstens
 - a) eine ausgefüllte Gebäudeliste allein
 - b) eine ausgefüllte Gebäudeliste und eine oder mehrere ausgefüllte Haushaltslisten oder
 - c) ein Arbeitsstättenbogen vor?

Da nur bewohnte Gebäude erfaßt werden, müssen zu jeder Gebäudeliste in der Regel ausgefüllte Haushaltslisten vorliegen. Nur in Ausnahmefällen, bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum und bei von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten **ganzen** Gebäuden, in denen keine deutschen Personen leben, braucht keine Haushaltsliste vorhanden zu sein. Gebäude, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen, gelten grundsätzlich als bewohnte Gebäude. Für jede in einem solchen Gebäude vorhandene Wohnung muß also mindestens eine Haushaltsliste vorliegen.

- 2 Sind auf der Rückseite der Gebäudelisten die Spalten 10 und 11 ausgefüllt und die Summen der je Gebäude eingesammelten Haushaltslisten und der in dem Gebäude gezählten Personen am Fuß der Spalten 10 und 11 eingetragen worden?

Ist für jede Gebäudeliste die auf der Rückseite, am Fuß der Spalte 10, vermerkte Zahl von Haushaltslisten vorhanden? (Die bei Haushalten mit mehr als 6 Personen auszufüllenden zwei Listen müssen die gleiche Nummer tragen und gelten infolgedessen nur als **e i n e** erweiterte Haushaltsliste).

- 3 Liefert der Zähler für jede in Spalte 4 auf der Rückseite der Gebäudeliste bezeichnete Arbeitsstätte einen Arbeitsstättenbogen ab? (Für eine Behördenarbeitsstätte kann auch ein Kontrollzettel vorliegen).

- 4 Bei 1 und 2 bitte gleichzeitig prüfen:

- a) ob die vorliegenden Erhebungsbogen auf den ersten Blick leserlich und vollständig ausgefüllt sind,
- b) ob die Reinschrift der Zählbezirksliste ordnungsgemäß ausgefüllt wurde.

- 5 Bei der Prüfung der Zählermappen von Anstaltszählern ist die ausgefüllte Anstaltsliste zugrunde zu legen. Es ist zu prüfen, ob die auf der letzten Seite der Anstaltsliste eingetragene Zahl der Einzelbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Gebäudelisten tatsächlich vorhanden ist.

Wird festgestellt, daß Erhebungsbogen fehlen, so sollte die Zählmappe erst abgenommen werden, nachdem der Zähler die fehlenden Bogen eingeholt hat. Kleine Verbesserungen und vor allem Mängel bei den Abschlußarbeiten sollten von den Zählern an Ort und Stelle sogleich nachgeholt werden.

Falls der Zähler keine Rückfragen mehr zu erledigen hat, wird er um Rückgabe seines Zählerausweises gebeten.

II. Ausführliche Prüfung auf Vollständigkeit

- 1 Als erstes sind in verschlossenen Umschlägen abgelieferte oder an die Zählungsdienststelle direkt geschickte Erhebungsbogen einzuordnen und evtl. in Gebäudelisten und Zählbezirkslisten nachzutragen. Verschlossene Briefumschläge, in denen Erhebungsbogen abgegeben oder an die Zählungsdienststelle gesandt wurden, dürfen in Gegenwart des Zählers nicht geöffnet werden.

- 2 Zunächst ist noch einmal zu prüfen, ob der Zähler auf jedem zum Zählbezirk gehörenden Grundstück die Zählung durchgeführt hat.

Liegt für jedes in der Aufstellung der zum Zählbezirk gehörenden Grundstücke (im Kopf der Zählbezirksliste aufgeführte Grundstücke) wenigstens

- a) eine ausgefüllte Gebäudeliste allein
- b) eine ausgefüllte Gebäudeliste und eine oder mehrere ausgefüllte Haushaltslisten oder
- c) ein Arbeitsstättenbogen vor?

Da nur bewohnte Gebäude erfaßt werden, müssen zu jeder Gebäudeliste in der Regel ausgefüllte Haushaltslisten vorliegen. Nur in Ausnahmefällen, bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum und bei von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten **ganzen** Gebäuden, in denen keine deutschen Personen leben, braucht keine Haushaltsliste vorhanden zu sein.

Wenn für ein bebauten Grundstück überhaupt kein Erhebungsbogen vorliegt, ist es möglicherweise vom Zähler nicht aufgesucht worden. In solchen Fällen sind Nachforschungen anzustellen.

- 3 Liegt für jeden auf der Rückseite der Gebäudeliste in Spalte 5 eingetragenen Haushalt eine Haushaltsliste und für jede in Spalte 4 bezeichnete Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vor? Sind die Zählpapiere richtig geordnet, d. h. liegen sie in der Gebäudeliste in der gleichen Reihenfolge wie die Haushalte und Arbeitsstätten in Spalte 5 bzw. 4 auf der Rückseite eingetragen sind? Sind die Haushalte und Arbeitsstätten in gleicher Reihenfolge, d. h. nach Gebäuden geordnet, auf der Reinschrift der Zählbezirksliste eingetragen worden?
- 4 An Hand der Haushaltslisten von **Wohnungsinhabern** ist zu prüfen, ob für die auf der Vorderseite angegebenen „weiteren Haushalte“ ebenfalls eine Haushaltsliste vorhanden ist, und ob diese Haushalte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste in den schraffierten Zeilen unter dem Namen des Wohnungsinhabers vom Zähler eingetragen wurden.
- 5 Sind die Gebäudelisten, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und Anstaltslisten richtig numeriert worden? Wenn vorschriftsmäßig numeriert und die Reinschrift der Zählbezirksliste richtig ausgefüllt wurde, müssen die Nummern der Erhebungsbogen in jeder der Spalten 4 bis 7 der Zählbezirksliste von 1 bis ... **fortlaufend** sein. Für Haushalte mit mehr als 6 Personen muß eine zweite, evtl. sogar eine dritte Haushaltsliste vorliegen, für Gebäude mit mehr als 10 Wohnungen eine zweite Gebäudeliste. Die ersten, zweiten und evtl. sogar dritten Haushalts- bzw. Gebäudelisten müssen die gleiche Nummer tragen, aber durch den Zusatz „a“, „b“ bzw. „c“ unterschieden sein.
- 6 Wurden die Abschlußarbeiten auf der Rückseite der Gebäudelisten ordnungsgemäß vorgenommen?
 - a) Wurden die Nummern der Haushaltslisten in Spalte 10 übertragen?
 - b) Wurde die auf der Vorderseite jeder Haushaltsliste angegebene Personenzahl in Spalte 11 übertragen?
 - c) Wurde die Zahl der in dem betreffenden Gebäude eingesammelten Haushaltslisten richtig ermittelt und am Fuß von Spalte 10 eingetragen?
 - d) Wurden die in Spalte 11 eingetragenen Personenzahlen richtig addiert? Liegen von **einem** Gebäude mehrere Gebäudelisten (a, b usw.) vor, müssen die zu 6 c) und 6 d) erforderlichen Eintragungen auf der letzten Liste gemacht sein.
- 7 Wurden die Abschlußarbeiten auf der Reinschrift der Zählbezirksliste ordnungsgemäß vorgenommen?
 - a) Sind die Spalten 1 bis 3, 4 bis 7 und 9 bis 12 vollständig ausgefüllt?
 - b) Wurde die Summe der eingesammelten Erhebungsbogen richtig ermittelt und am Fuß in die Spalten 4 bis 7 eingetragen?
 - c) Stimmt die Summe mit der Nummer des letzten Erhebungsbogens in den Spalten 9 bis 12 überein?
 - d) Wurde die Personenzahl aus den Haushaltslisten richtig in die Spalten 13 und 14 übertragen?
 - e) Stimmt die Summe der erfaßten männlichen und weiblichen Personen mit den in den Gebäudelisten (Spalte 11) eingetragenen Personenzahlen überein?
- 8 Bei der Prüfung der Zählermappen von Anstaltszählern ist die ausgefüllte Anstaltsliste zugrunde zu legen.
 - a) Ist für jede im Abschnitt A eingetragene Einzelperson ein Einzelbogen ausgefüllt?
 - b) Liegt für jeden im Abschnitt B eingetragenen Haushalt eine Haushaltsliste vor?
 - c) Ist für jede im Abschnitt D eingetragene Arbeitsstätte ein Arbeitsstättenbogen vorhanden?
 - d) Liegt außerdem der Arbeitsstättenbogen der Anstalt selbst vor?
 - e) Stimmt die Anzahl der vorhandenen Erhebungsbogen mit dem auf der Rückseite der Anstaltsliste links unten angegebenen Summen der Erhebungsbogen überein? Hierbei ist besonders zu prüfen, ob die (für jedes Gebäude mit mindestens einer Wohnung anzulegenden) Gebäudelisten vollzählig vorhanden sind.
 - f) Wurden in den Abschnitten A und B Personen bzw. Haushalte **rot** angekreuzt? Wenn ja, ist zu kontrollieren, ob ihre Zahl in Abschnitt C richtig vermerkt worden ist. (Solche Personen sind in der Anstalt untergebracht, weil sie keine Wohnung besitzen.)
 - g) Ist die Zahl der auf Einzelbogen und Haushaltslisten erfaßten Personen richtig in Abschnitt E übertragen?

Unvollständig oder falsch ausgefüllte Erhebungsbogen:

Sind Arbeitsstättenbogen, Haushalts-, Anstalts- oder Gebäudelisten offensichtlich falsch oder unvollständig ausgefüllt, so müssen die **Angaben** vom zuständigen Zähler oder von einem Gemeindebediensteten **nachgehoben** werden. Besonders ist auf die vom Zähler selbst ausgefüllten Erhebungsbogen zu achten. Sie sollen auf der Vorderseite den Hinweis tragen „vom Zähler ausgefüllt“ und werden fast immer unvollständig ausgefüllt und zu ergänzen sein. Die **Gemeinden** sind **verpflichtet**, dafür zu sorgen, daß in **jedem Fall nur vollständig ausgefüllte Erhebungsbogen** an das Landratsamt bzw. das Statistische Landesamt weitergeleitet werden.

C. Prüfen der abgelieferten Erhebungsbogen auf Richtigkeit der Eintragungen

Auf die in den „Prüfmustern für den Zähler“ (Erhebungsbogen mit Roteindruck) gegebenen Hinweise ist grundsätzlich zu achten.

I. Prüfen der Eintragungen in den Gebäudelisten

1. **Ordnungsmerkmale** (Land, Reg.-Bez., Kreis, Gemeinde usw.)
Auf der Vorderseite jeder Gebäudeliste müssen rechts oben die geforderten Ordnungsangaben eingetragen sein. Für **Gebäude mit mehr als 10 Wohnungen** müssen **mehrere Gebäudelisten mit gleicher Nummer** vorliegen. Bei der ersten muß hinter der Gebäudelistennummer ein „a“, bei der zweiten ein „b“, bei der dritten ein „c“ usw. stehen. Auch bei den mit „b“ und „c“ gekennzeichneten Gebäudelisten müssen die Ordnungsmerkmale angegeben sein.
2. **Abschnitt A**
Bei Frage 1 muß Name und Anschrift des Gebäudeeigentümers oder seines Vertreters angegeben sein. Wenn der Vermerk „Vom Zähler ausgefüllt“ eingetragen ist, fehlt u. U. der Name des Eigentümers.
Bei Frage 2 muß entweder ein Kästchen angekreuzt (x) oder in der vorgesehenen Zeile eine Angabe gemacht sein.
3. **Abschnitt B (Gebäudebeschreibung)**
Für Wohngebäude und behelfsmäßige Wohngelegenheiten muß der gesamte Abschnitt B ausgefüllt sein, für Nichtwohngebäude jedoch nur der obere Teil (Spalte 1 und 2)
Frage 1: Hier muß entweder eines der 5 Kästchen ein Kreuz (x) aufweisen oder auf der Leerzeile eine Eintragung gemacht sein.

Frage 2: Die Frage nach der Art des Gebäudes ist in 3 Felder untergliedert. In jeder Gebäudeliste kann jeweils nur in einem dieser 3 Felder entweder ein Kästchen angekreuzt oder auf der zugehörigen Leerzeile eine entsprechende Eintragung gemacht sein. Bei leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum muß hinter „Art des Gebäudes“ vom Zähler der Vermerk „Gebäude steht leer“ und eine entsprechende Begründung bzw. ein Fragezeichen eingetragen sein, z. B. „Haus nur über das Wochenende bewohnt“ bei leerstehenden Wochenendhäusern. Bei noch im Bau befindlichen, aber bereits **teilweise bewohnten** Gebäuden müssen hinter „Art des Gebäudes“ die Worte „noch im Bau“ vermerkt sein. Ist hinter „Art des Gebäudes“ der Vermerk „Haus wird nur über das Wochenende bewohnt“ eingetragen oder eine sonstige Eintragung gemacht, aus der ersichtlich ist, daß es sich vermutlich um ein Gebäude handelt, das dem Haushalt als 2. Wohnsitz dient, so muß die Gemeinde überprüfen, ob dies zutrifft oder nicht. Handelt es sich um einen 2. Wohnsitz, so hat die Gemeinde dies dadurch zu bestätigen, daß sie in den freien Raum links neben den Ordnungsangaben auf der Gebäudeliste und auf der Haushaltsliste mit Rotstift „Zweiter Wohnsitz“ vermerkt.

Frage 3: Hier muß entweder ein Kästchen angekreuzt oder bei Gebäuden mit mehr als 5 Geschossen eine Zahl über 5 eingetragen sein.

Frage 4: Es muß eine Baujahrguppe angekreuzt bzw. eine Jahreszahl nach 1948 eingetragen sein.

Fragen 5 a, 5 b, 5 c: Die Frage nach der Bauart des Gebäudes ist in 3 Unterfragen gegliedert. Daher muß in allen 3 Feldern je eine Antwort angekreuzt oder zu den Fragen 5 a und 5 b je ein Kreuz und zu Frage 5 c eine sonstige Eintragung auf der Leerzeile gemacht sein.

Fragen 6 a und 6 b: Auch hier müssen in beiden Feldern Angaben eingetragen sein, zu 6 a entweder ein Kreuz oder eine Eintragung in Klartext.

Frage 7: Hier muß eines der 5 vorgedruckten Kästchen angekreuzt sein.

Frage 8: Mindestens ein Kästchen muß ein Kreuz aufweisen. Es kann aber auch ein **zweites Kästchen** angekreuzt sein, wenn z. B. ein Kanalisationsanschluß nur für Abwässer besteht (das 2. vorgedruckte Kästchen ist angekreuzt), die Fäkalien dagegen abgefahren werden.

Frage 9: Eines der 4 Kästchen muß ein Kreuz aufweisen.

Frage 10: Hier muß eines der 4 Kästchen angekreuzt sein; ist jedoch die zweite Antwortmöglichkeit angekreuzt, muß zusätzlich hinter „Zahl der Wohnungen“ eine Zahl eingetragen sein.

4. Abschnitt C (Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. im Gebäude)

Im Abschnitt C muß mindestens eine Wohnungszeile ausgefüllt sein. Dabei ist zu beachten, daß für jede Wohnung sämtliche vorgedruckten Spalten (2—11) eine Eintragung erhalten müssen, gleichgültig, ob die Wohnung zum Zeitpunkt der Zählung leersteht oder nicht.

Spalten 2 und 3: Hier muß die Lage jeder Wohnung, jeder Werkstatt und jedes Büros im Gebäude bzw. im Stockwerk angegeben sein.

Spalte 5: In der ersten, nicht schraffierten Zeile, muß der Wohnungsinhaber eingetragen sein. In den schraffierten Zeilen sind vom Zähler die in der betreffenden Wohnung evtl. noch wohnenden Untermieter nachgetragen.

Spalte 11: Für jeden in Spalte 5 angegebenen Namen eines Haushalts (Wohnungsinhaber oder Untermieter) muß hier die Zahl der Haushaltsmitglieder eingetragen sein: Fehlt die Eintragung, so ist die Haushaltsliste des angegebenen Haushalts herauszusuchen und die Zahl der auf der Vorderseite rechts unten genannten Haushaltsmitglieder zu übertragen. Für Haushalte mit mehr als 6 Personen müssen zwei Haushaltslisten vorliegen. Bei Gebäuden, die Haushalten als 2. Wohnsitz dienen, wird in den Fällen, in denen die zugehörige Haushaltsliste durch den Zähler selbst angelegt wurde, nicht immer die Zahl der Personen angegeben sein. Die Gemeinde muß die Personenzahl feststellen — an Hand von Karteiunterlagen oder durch Nachforschungen —, auf den betreffenden Haushaltslisten vermerken und auf der Rückseite der Gebäudeliste die Nummer der Haushaltsliste (in Spalte 10) und die Zahl der betreffenden Personen nachtragen.

II. Prüfen der Eintragungen in den Haushaltslisten

1. Vorderseite der Haushaltsliste

Die Ordnungsmerkmale (Land, Regierungsbezirk, Kreis, Gemeinde usw.) müssen auf jeder Haushaltsliste eingetragen sein. Bei Haushalten mit mehr als 6 Personen müssen zwei Haushaltslisten mit gleicher Nummer vorliegen. Die erste muß hinter der Haushaltslistennummer mit „a“, die zweite mit „b“ gekennzeichnet sein. Liegen **Haushaltslisten** vor, die neben den Ordnungsangaben mit einem „A“ gekennzeichnet sind, so ist in der zugehörigen Gebäudeliste zu prüfen, ob hinter dem Namen des Haushalts auf der Rückseite in Spalte 12 ebenfalls ein „A“ (oder ein Hinweis auf ausländische Streitkräfte) vermerkt ist. Fehlt der Hinweis, ist er nachzutragen.

Die auf der Vorderseite der Haushaltsliste angegebene Zahl der Haushaltsmitglieder muß mit der Zahl der in der Innenseite ausgefüllten Spalten übereinstimmen. Weichen sie voneinander ab und läßt sich die Abweichung nicht aus der Haushaltsliste erklären (siehe hierzu besonders Abschnitt VIII), so ist eine Rückfrage bei dem betreffenden Haushalt erforderlich.

An Hand der Haushaltslisten der als **Wohnungsinhaber** in Spalte 5 der Gebäudeliste aufgeführten Haushalte ist zu prüfen, ob für die auf der Vorderseite angegebenen weiteren Haushalte ebenfalls je eine Haushaltsliste vorhanden ist, und ob diese Haushalte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Zähler in den schraffierten Zeilen unter dem Namen des Wohnungsinhabers nachgetragen wurden.

2. Abschnitt I

Für die Fragen 1 bis 4, 6, 7, 10, 12 und 14 muß unbedingt für **jede** Person (auch Kinder) entweder eine Antwort angekreuzt oder eingetragen sein.

Frage 4: Wenn „verheiratet“ angekreuzt ist, muß die Frage 5 beantwortet sein.

Frage 10: Wenn mit „ja“ beantwortet, muß bei 10 a **unbedingt die genaue Anschrift** (Gemeinde, Straße und Hausnummer) genannt und bei 10 b „ja“ oder „nein“ angekreuzt sein.

Frage 11 b: Ist hier „möbliertes Zimmer“, „Lehrlingsheim“, „Wohnung“, „Bauarbeiterlager“ und dergl. angegeben, müssen auch Fragen 10 a und 10 b ausgefüllt sein.

Frage 12: Wenn „ja“ angekreuzt ist, müssen mindestens die Fragen 15 bis 20 beantwortet sein.

Frage 13: Für die gleiche Person können auch mehrere Angaben angekreuzt sein, z. B. Unterstützungsempfänger und Hausfrau.

3. Abschnitt II

Die Fragen 15 bis 20 müssen für Personen beantwortet sein, für die

- a) bei Frage 12 „ja“ angekreuzt ist,
- b) bei Frage 13 „arbeitslos“ oder „Zeit-/Berufssoldat“ angekreuzt ist.

Frage 17: Gemeinde, Straße und Hausnummer muß genannt sein.

Frage 18: Auf genaue Angaben achten: Siehe Beispiele und Merkblatt. Bei **selbständigen Landwirten** (siehe auch Frage 19) ist zu prüfen, ob sie auf der Rückseite der Haushaltsliste die Fragen im Abschnitt V beantwortet haben.

Frage 19: Bei allen **Selbständigen** (mit Ausnahme der selbständigen Landwirte) muß Abschnitt VII auf der Rückseite ausgefüllt sein.

4. **Abschnitt III**

Frage 22: Es ist zu prüfen, ob die angegebenen **Wegezeiten** stimmen können. Die Fragen 22 bis 24 werden für Schüler, vor allem für Volksschüler mit kurzem Schulweg, häufig vergessen. Die Antworten müssen evtl. nachgetragen werden.

5. **Abschnitt V:** Wenn ein Haushaltsmitglied eine Fläche von **0,5 und mehr ha** bewirtschaftet, müssen für diese landwirtschaftliche Tätigkeit auf der Innenseite der Haushaltsliste die **Fragen 15 bis 20** beantwortet sein oder — bei **neben** einem Hauptberuf betriebener Landwirtschaft — muß zu Frage 21 „landwirtschaftliche Tätigkeit“ angekreuzt sein.

6. **Abschnitt VII: Selbständige Gewerbetreibende**, freiberuflich Tätige und sonstige selbständige Erwerbstätige müssen im Abschnitt VII Eintragungen gemacht haben, wenn sie nicht als Landwirt selbständig sind. Fehlen diese Angaben, muß der Haushalt noch einmal befragt werden.

III. Prüfen der Eintragungen im Arbeitsstättenbogen

1. Die Ordnungsmerkmale (Land, Reg.-Bez., Kreis usw.) müssen auf jedem Bogen eingetragen sein.

2. **Abschnitt A**

Die Angaben zu Frage 1 müssen deutlich lesbar und ausreichend sein. Fällt die Anschrift in einen **anderen** als den bei den Ordnungsangaben vermerkten **Zählbezirk**, so ist zu prüfen, ob in dem anderen Zählbezirk nicht evtl. ebenfalls ein Bogen für die gleiche Arbeitsstätte vorliegt.

Bei Frage 2 muß zutreffendenfalls die notwendige Eintragung erfolgt sein.

3. **Abschnitt B**

Entsprechend der Eintragung zur Frage 1 ist darauf zu achten, daß sinngemäße Angaben zu den **Fragen 2 a bis g** gemacht und auch die erbetenen Unterstreichungen der jeweils **wichtigsten Waren oder Leistungen** vorgenommen wurden. Falls zu mehreren der Fragen 2 a bis g Eintragungen gemacht wurden, muß auch Frage 3 beantwortet sein.

Bei den Fragen 4 bis 7 muß entweder „ja“ oder „nein“ angekreuzt sein.

4. **Abschnitt C**

Hier ist auf eine der Gliederung der Übersicht entsprechende Eintragung der Beschäftigtenzahlen zu achten.

5. **Abschnitt D**

Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter beantworten die Fragen des Abschnitts **D nicht**.

Die Richtigkeit der Angaben zu den Fragen 1 und 2 wird in vielen Fällen aus der örtlichen Kenntnis beurteilt werden können.

Wenn Frage 2 a) bejaht ist, muß die Übersicht zu 3 a) ausgefüllt und auch Frage 3 b) beantwortet sein.

Wenn Frage 2 b) bejaht ist, muß Frage 4 beantwortet sein.

6. **Abschnitt E**

Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter beantworten diesen Abschnitt nicht; dasselbe gilt für **Zweigniederlassungen** (die also im vorhergehenden Abschnitt D die Frage 2 b) bejaht haben). **Bei allen anderen Fragebögen** muß hier ein **Kästchen** **angekreuzt** sein (vgl. auch Angabe — evtl. Stempel — im Abschnitt A).

7. **Abschnitt F**

Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Zweigniederlassungen beantworten diesen Abschnitt nicht.

In allen anderen Fragebögen müssen die Fragen 1 und 2 entweder bejaht oder verneint sein. Ist eine der Fragen bejaht, muß bei Frage 3 die Ausweisart angekreuzt sein.

8. **Abschnitt G**

Bei **Frage 1** soll die Zahl der **vorhandenen Fahrzeuge** angegeben, bei Frage 2 lediglich das Vorhandensein anderer Fahrzeuge usw. durch Ankreuzen kenntlich gemacht werden.

Sind hier **keine** Angaben gemacht, so ist zu prüfen, ob dies nach der Art der befragten Arbeitsstätte als zutreffend angenommen werden kann. Sind zu Frage 1 und (oder) 2 Angaben gemacht, so muß auch Frage 3 beantwortet sein.

9. Am **Schluß der Seite 3** ist auf deutlich lesbare Angaben zu achten.

IV. Prüfung der Eintragungen in den Zählpapieren von Anstalts- bzw. Sonderzählbezirken

Zusätzlich zu den unter B. II beschriebenen Vollzählkontrollen ist zu prüfen:

1. Liegt für **jeden in Spalte 5** der Gebäudeliste **angegebenen Haushalt** eine Haushaltsliste vor? (Die Haushaltslisten verbleiben in der Reihenfolge ihrer Aufführung in der Anstaltsliste). Ist für **jede eingetragene Arbeitsstätte** ein **Arbeitsstättenbogen** vorhanden? (Auch die Arbeitsstättenbögen bleiben in der Anstaltsliste.)

2. An Hand der Haushaltslisten von den als **Wohnungsinhaber** in Spalte 5 der Gebäudeliste aufgeführten Haushalte ist zu prüfen, ob für die auf der Vorderseite angegebenen weiteren Haushalte ebenfalls je eine Haushaltsliste vorhanden ist, und ob diese Haushalte in Spalte 5 auf der Rückseite der Gebäudeliste vom Sonderzähler („Anstaltszähler“) in den schraffierten Zeilen unter dem Namen des Wohnungsinhabers nachgetragen wurden. Diese Haushalte müssen auch in Abschnitt B der Anstaltsliste eingetragen sein.

Es ist zu prüfen, ob die Spalten **10. und 11 auf der Rückseite der Gebäudeliste** richtig addiert wurden.

Die Prüfung der Eintragungen in den Haushaltslisten und Einzelbogen erfolgt an Hand des unter C. II beschriebenen Prüfprogramms. Für das Prüfen der Gebäudelisten ist der Abschnitt C. I und für das Prüfen der Arbeitsstättenbögen der Abschnitt C. III zugrunde zu legen.

D. Aufstellen des Gemeindebogens

Nachdem die Vollzähligkeit der Erhebungsbogen, die Eintragungen in den Erhebungsbogen und in der Reinschrift der Zählbezirksliste sowie die Abschlußarbeiten auf der Rückseite der Gebäudelisten und in der Reinschrift der Zählbezirksliste einschließlich der Summenbildung überprüft worden sind, ist die **Summe der eingesammelten Erhebungsbogen** sowie der **erfaßten Personen** von den Reinschriften der Zählbezirkslisten in den **Gemeindebogen** zu **übertragen**. Nach Abschluß dieser Arbeiten muß durch Addition im Gemeindebogen die **Gemeindesumme** ermittelt werden. Der Gemeindebogen ist zusammen mit den übrigen Zählpapieren abzuliefern.

Blatt Nr.: _____

GEMEINDEBOGEN

[illegible]

**VOLKS-, BERUFS- UND
ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1961**

Rechtsgrundlage

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das Volkszählungsgesetz 1961 *) beschlossen.

§ 1 Absatz 1 dieses Gesetzes bestimmt, daß am 6. Juni 1961 eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) durchgeführt wird.

§ 6 dieses Gesetzes legt die Auskunftspflicht fest. Danach sind auskunftspflichtig:

1. für die Volks- und Berufszählung die *Haushaltsvorstände* und die volljährigen Mitglieder der Haushalte sowie die *Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer* oder -verwalter oder deren Vertreter;
2. für die allgemeine Arbeitsstättenzählung die *Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten* und Unternehmen.

§ 9 Absatz 1 bestimmt hinsichtlich der Verschwiegenheit:

Alle mit den Zählungen und Befragungen nach § 1 Absatz 1 sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen.

Nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes ist die Weiterleitung von Einzelangaben ohne Nennung des Namens und der Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen für wissenschaftliche Zwecke zugelassen.

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes können die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen werden. Die Angaben über den Vor- und Zunamen, das Geburtsdatum und die Anschrift können zur Berichtigung der Melderegister benutzt werden.

Die Angaben dürfen nur für statistische, nicht aber für steuerliche Zwecke verwendet werden.

*) Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961, BGBl. I S. 437.

VII. Sonstige Unterlagen der Aufbereitung

Land	Reg. - Bez.	Kreis	Gemeinde	Zählbezirk
------	-------------	-------	----------	------------

signiert _____ geprüft _____

Sondersignierblatt
für die Repräsentative Aufbereitung der Haushalts- und Familienstatistik
sowie der Angaben über Kriegsgefangene usw.

Lfd. Nr.	Kr.	Ode.	ZB.

Gebäude-Nr.	Haushalts-Nr.	Anstalts-Nr.	Angaben zur Person										Für Erwerbstätige und Arbeitslose				Für überwiegend wirtschaftlich Abhängige: Unterernährungen				Weg, Arbeits- statt Schule, Wohnort				Pendelwanderung (Zielgemeinde)				Abgesch. bildung			
			Geschlecht	Geburtsjahr	Familienstand	Religion	Staatsangehörigkeit	zusätzl. Ang. z. Staatsangeh.	Jahr des Zuzugs	vorherig. Wohnsitz in der SBZ	Vertriebenen-/Flüchtlingsausw.	erwerbs- oder berufstätig	arbeits-/Schul-/Stud./Soldat	überwiegende Lebensunterh.	Wirtschaftsgruppe	Ausgeübte Tätigkeit / Beruf	Soziale Stellung	Wochenarbeitszeit	weitere Tätigkeit	überwiegende Unterhaltungsquelle	Wirtschaftsgruppe des Ernährers	Soziale Stellung des Ernährers	in diesem Monat	im letzten Monat	Zeit-Ver- wech- seln auf- wech- seln	in diesem Monat	im letzten Monat	Land	Regierungsbezirk	Kreis	Gemeinde	Schulart

Wohnbevölkerungszugehörigk.	Abwesenheitsgründe	Eheschließungsjahr	Jahr der Abschlussprüfung an einer Universität oder anderen Hochschule	Zustisziplinierung „Stellung zum Haushaltsvorstand“	Zahl der Generationen	Ordnungszahl d. Generation	Ordnungsnr. der Familie	Stellung zum Familienvorstand	Familienstandsverhältnisse				in den Generationen				Haushaltstyp	Familienstandsverhältnisse in den Generationen	
									1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.		1.	2.

signiert _____ geprüft _____

Haushaltsmitglieder, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören

14	15	16
----	----	----

--	--	--

Zusätzliche Angaben für „Ehe- inmernte od. Zivilverschiepte des Zweiten Weltkrieges“ (Ab- schnitt IX der Haushaltsliste)	Lfd. Nr. der Person	Geschlecht	Kriegsge- fangene, Zivil- verschiepte	Gewohnheits- wohnort	Beendigung des Gewohnheits- wohnorts		Zahl d. Gewohnheits- wohnorts ab 8.5.45		Zahl der Gewohnheits- wohnorts ab 8.5.45	
					Monat	Jahr	Monat	Jahr	Monat	Jahr

Zählblatt I

für Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilversleppte

Land	Reg.-Bez.	Kreis	Gemeinde	Zahlbezirk	Gebäude-listen-Nr.	Haushalts-listen-Nr.

Geschlecht ☐

Art des Gewahrsams ☐

Gewahrsamsmacht ☐

Wohnbevölkerungszugehörigkeit ☐

Jahr der Beendigung des Gewahrsams	Zahl der Gewahrsams-monate ab 8. 5. 1945 insgesamt	Zahl der Gewahrsamsmonate			
		8. 5. 45 bis 31. 12. 45	1. 1. 46 bis 31. 12. 46		

Rückkehrjahr und Gewahrsamsdauer	1945	bis unter 2 Monaten	
		2 bis unter 5 Monaten	
		5 bis unter 8 Monaten	
		ohne Angabe nach Monaten	
		bis unter 2 Monaten	
	1946	2 bis unter 5 Monaten	
		5 bis unter 8 Monaten	
		8 bis unter 11 Monaten	
		11 bis unter 14 Monaten	
		14 bis unter 17 Monaten	
Rückkehrjahr	17 bis unter 20 Monaten		
	ohne Angabe nach Monaten		
	1947		
	1948		
	1949		
	1950		
	1951		
	1952		
	1953		
	1954 und später		
ohne Angabe des Rückkehrjahres			

Zählblättchen für Pendelwanderung

		Zu entnehmen aus dem Signierblatt Spalten:
1 Geschlecht		8
2 Geburtsjahr		10 und 11
3 Erwerbstätig		23
Schüler-Student		24
4 Geschäftszweig/Branche		26-28
5 Soziale Stellung		33 und 34
6 Zeitaufwand	Sommer	43
	Winter	44
7 Verkehrsmittel	Sommer	45
	Winter	46
8 Zielgemeinde		47-54
9 Wohngemeinde		Kästchen rechts oben (ohne die 3 letzt. Stellen)
10 Name und Anschrift der Arbeits-oder Ausbildungstätte (bei unvollständiger oder schlecht lesbarer Anschrift auch Geschäftszweig/Branche)		Klartext zu entnehmen aus der Haus-haltsliste, Fragen 15 und 17 bzw. 24

Zählblatt II

für Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung an einer Universität oder anderen Hochschule

Land	Reg.-Bez.	Kreis	Gemeinde	Zahl-bezirk	Gebäude-listen-Nr.	Haushalts-listen-Nr.

1. Familienstand (Sp. 13) ☐

2. Staatsangehörigkeit (Sp. 18) ☐

3. Vertriebenen-/ Flüchtlingsausweis (Sp. 22) ☐

4. Erwerbs-/Berufstätig (Sp. 23) ☐

5. Bz-Wirtschaftsgruppe (Sp. 26-28) ☐

6. Stellung im Beruf (Sp. 33) ☐

7. Stellung zum HV (Sp. 67/68) ☐

8. Geschlecht (Sp. 8) ☐

9. Geburtsjahr (Sp. 10/11) ☐

10. Überwiegender Lebensunterhalt (Sp. 25) .. ☐

11. Berufsklasse (Sp. 29-32) .. ☐

12. Wochenarbeitszeit (Sp. 35) ☐

13. Fachrichtung (Sp. 56/57) ☐

14. Abschlußjahr (Sp. 65/66) ☐

1. Familienname (In Blockschrift):						
Vorname (In Blockschrift):		Geschlecht: männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/>				
2. Stellung zum HV:	3. Geb. am	Tag	Monat	Jahr		
VIII. Nur für vorübergehend Anwesende						
Grund der Anwesenheit:						
Ständiger Wohnort: Gemeinde Kreis Straße Haus-Nr.						
Erfassungsadresse:						
ZÄHLBLATT für die ALPHABETKONTROLLE		Nicht ausfüllen				
		Gemeindeschlüssel-Nr.	Zählb.-Nr.	HL-Nr.	GgK	Gem. Art
		Zählbezirk bei der Sofortkontrolle überprüft		ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	
Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen (einschl. der nicht zur Wohnbev. gezählten); bei Anstalten, Anstaltsart angeben:				Signierleiste		
Hauptmieter <input type="checkbox"/> Untermieter <input type="checkbox"/> Wohnungseigent. <input type="checkbox"/> Hauseigent. <input type="checkbox"/>				7		
Zugehörigkeit zur Wohnbev. (lt. Zuordnungsziff. im Kopf der Eintragungssp.)						
Wohnort, Straße und Haus-Nr.:				X		
4. Familienstand: led. <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/>				13		
8a. Jahr des Zuzugs in das Bundesgebiet:				19-20		
b. Vorheriger Wohnsitz in der SBZ oder im Sowj. Sekt.: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>				21		
9. Flüchtlings- bzw. Vertriebenenausweis: A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/>				22		
10. Weiterer Wohnraum: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>				X		
a. Anschrift des weiteren Wohnraums:						
11a. Grund der Abwesenheit:						
b. Art der Unterkunft:						
12. Erwerbs- oder berufstätig: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>				23		
13. Arbeitslos <input type="checkbox"/> Renten- usw. -empfänger <input type="checkbox"/> Hausfrau <input type="checkbox"/>				24		
Schüler/Student <input type="checkbox"/> Soldat im Grundwehrd. <input type="checkbox"/> Zeit-/Berufssoldat <input type="checkbox"/>						
14. Überwiegende Unterhaltsquelle: Erwerbs-/Berufstätigkeit <input type="checkbox"/>				25		
Unterhalt d. Ehemann usw. <input type="checkbox"/> Soz. vers. rente <input type="checkbox"/> sonst.:						
16. Geschäftszweig:				26-28		
17. Arbeitsort:				X		
18. Ausgeübte Tätigkeit/Beruf:				29-32		
19. Stellung im Beruf:				33-34		
Nur für Soldaten im Grundwehrdienst bzw. auf Wehrübung						
Bundeswehr-Einzelbogen liegt vor: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>						
in der Haushaltsliste eingetragen: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>						

1. Familienname (In Blockschrift):					
Vorname (In Blockschrift):		Geschlecht: männl. <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/>			
KARTEIBLATT ZUR ALPHABETKONTROLLE		3. Geb. am	Tag	Monat	Jahr
		Gemeindeschlüssel-Nr.		Zählb.-Nr.	HL-Nr.
Zuordnung zur Wohnbevölkerung:		a) Zuordnungskennziffer auf dem Zählblatt: <input type="checkbox"/> (eintragen)		Besuch: <input type="checkbox"/> (ankreuzen)	
		b) Ergebnis der Zusammenführung:			
Wohnort, Straße und Haus-Nr.:					
4. Familienstand: led. <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/>					
10a Anschrift des weiteren Wohnraums: (Bei Besuch Erfassungsadresse)					

Signierblatt Wohnungsstatistische Feststellungen 1961

[illegible][illegible]

[illegible][illegible][illegible]

158/85

158/103

13873

VZ/BZ 1961

Suka AG: 13

Suka-Nr.	Gemeinde	Geschl.	Wahl- u. Reg.-Jahr
0000000000	0000000000	0000000000	0000000000
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80			
1111111111	1111111111	1111111111	1111111111
2222222222	2222222222	2222222222	2222222222
3333333333	3333333333	3333333333	3333333333
4444444444	4444444444	4444444444	4444444444
5555555555	5555555555	5555555555	5555555555
6666666666	6666666666	6666666666	6666666666
7777777777	7777777777	7777777777	7777777777
8888888888	8888888888	8888888888	8888888888
9999999999	9999999999	9999999999	9999999999
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80			

VZ/BZ 1961

Suka AG: 15

Suka-Nr.	Gemeinde	Geschl.	Wahl- u. Reg.-Jahr
0000000000	0000000000	0000000000	0000000000
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80			
1111111111	1111111111	1111111111	1111111111
2222222222	2222222222	2222222222	2222222222
3333333333	3333333333	3333333333	3333333333
4444444444	4444444444	4444444444	4444444444
5555555555	5555555555	5555555555	5555555555
6666666666	6666666666	6666666666	6666666666
7777777777	7777777777	7777777777	7777777777
8888888888	8888888888	8888888888	8888888888
9999999999	9999999999	9999999999	9999999999
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80			

VZ / BZ 1961

Suka AG: 17
AG: 19

Suka-Nr.	Gemeinde	Geschl.	Wahl- u. Reg.-Jahr
0000000000	0000000000	0000000000	0000000000
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80			
1111111111	1111111111	1111111111	1111111111
2222222222	2222222222	2222222222	2222222222
3333333333	3333333333	3333333333	3333333333
4444444444	4444444444	4444444444	4444444444
5555555555	5555555555	5555555555	5555555555
6666666666	6666666666	6666666666	6666666666
7777777777	7777777777	7777777777	7777777777
8888888888	8888888888	8888888888	8888888888
9999999999	9999999999	9999999999	9999999999
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80			

Suka AG: 25

Suka AG: 28

Suka AG: 32

[illegible][illegible][illegible]

LOCH: FAG KARTEN

Suka Nr. 10	KA	Wirtsch.- klasse	Verdichtung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
15	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch. Gr.	Verdichtung										
20	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	0	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0
21	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- Gr.	1	1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1 1
30 31	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	2	2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2	2 2 2 2 2 2
40	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	3	3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3	3 3 3 3 3 3
50	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- Gr.	4	4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4	4 4 4 4 4 4
60	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	5	5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5	5 5 5 5 5 5
61 62	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	6	6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6	6 6 6 6 6 6
70	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	7	7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7	7 7 7 7 7 7
80	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	8	8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8	8 8 8 8 8 8
99 9	Post. Bez. Kreis Gemein Gemein	Wirtsch.- klasse	9	9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9	9 9 9 9 9 9
1 2 3	4 5 6 7 8 9 10	11 12 13 14 15	16 17 18 19 20	21 22 23 24 25 26	27 28 29 30 31 32	33 34 35 36 37 38	39 40 41 42 43 44	45 46 47 48 49 50	51 52 53 54 55 56	57 58 59 60 61 62	63 64 65 66 67 68	69 70 71 72 73 74	75 76 77 78 79 80

Arbeitsstättenzählung
1961
Summenkarten 10-80

158/92

		davon																				Sonder- schlüssel																		
01	Gemeinde	Wohnbevölkerung insgesamt	Geschlecht	Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit/-hilfe und deren Angehörige																																				
				darunter Wirtschaftsabteilung																																				
				Land- und Forstwirtschaft Tierhaltung und Fischerei	ins- gesamt	Energiewirt- schaft und Wasserversor- gung, Berg- bau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten über- mittlung	Kreditinsti- tute und Versicherungs- gewerbe	Dienstleistun- gen, soweit nicht an an- derer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und Private Haus- halte	Gebietskörper- schaften und Sozialver- sicherung	ohne Angabe																									
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

02	Gemeinde	Geschlecht	davon																																Sonder- schlüssel					
			Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe und deren Angehörige																																					
			darunter Stellung im Beruf																																					
			Selbstständige	Hausver- treibende Zwischenmeister	Mithelfende Familien- angehörige	Beamt e	An- gestellte	Arbeiter (ohne Heim- arbeiter)	Heim- arbeiter	Lehrlinge usw.	ohne Angabe	Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u.dgl. und deren Angehörige	Personen ohne Angabe des über- wiegenden Lebensunter- halts des Ernährers																											
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

		davon standen im Alter von Jahren																				Sonder- schlüssel																		
03	Gemeinde	Geschlecht	Vollerwählung Insgesamt																																					
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

		davon standen im Alter von Jahren																				Sonder- schlüssel																		
04	Gemeinde	Geschlecht																																						
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

24	Gemeinde	Geschlecht	Schüler und Studierende insgesamt	davon standen im Alter von Jahren																	Sonder- schlüssel																			
				5	6	10	14	15	16	17	18	19	20	21	25	30	35	ohne Angabe																						
				bis unter 6	bis unter 10	bis unter 14	bis unter 15	bis unter 16	bis unter 17	bis unter 18	bis unter 19	bis unter 20	bis unter 21	bis unter 25	bis unter 30	bis unter 35																								
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

05	Gemeinde	Geschlecht	Erwerbspersonen (ohne Soldaten)										Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren nach der Stellung in Beruf																				Nicht zu den Erwerbs- personen gehörende Schüler und Studierende	<div></div>										Sonder- schlüsse
			insgesamt		darunter								Hausgewer- treibende und Zwischen- meister	Mitthelfende Familien- ange- hörige	Beamte	Anges- tellte	Arbeiter (ohne Heil- arbeiter)	Heil- arbeiter	Lehrlinge usw.	ohne Angabe																								
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80				

05 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende
 15 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit/-hilfe (ohne Mith.-ang., Angehörige, Lehrlinge usw. und eine Angabe)

06	Gemeinde	Geschlecht	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehörten zum Wirtschaftsbereich																				Produzierendes Gewerbe										Sonderschlüsse							
			Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei (= Wirtschaftsbereich 0)										Produzierendes Gewerbe																											
			davon als					davon gehörten zur Wirtschaftszuberteilung					davon als					Ins-gesamt					davon gehörten zur Wirtschaftszuberteilung																	
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

06 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende
 16 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit/-hilfe (ohne Mith.-ang., Angehörige, Lehrlinge usw. und eine Angabe)

07	Gemeinde	Geschlecht	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehörten zum Wirtschaftsbereich																																				Sonder- schlüssel	
			Produzierendes Gewerbe																																					
			davon gehörten zur Wirtschaftsabteilung																																					
			2: Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)																		3: Baugewerbe																			
			davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung																		davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung																			
Ins- gesamt																		Ins- gesamt																		Ins- gesamt				
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

07 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende
 17 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit/-hilfe (ohne Mith.-ang., Angehörige, Lehrlinge usw. und eine Angabe)

08	Gemeinde	Geschlecht	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehörten zum Wirtschaftsbereich																																								Sonder- schlüssel																																				
			Handel, Verkehr, Kreditinstitut und Versicherungswesen																																																																												
			davon gehörten zur Wirtschaftsteilnahme																				davon gehörten zur Wirtschaftsabteilung																																																								
			4: Handel										5: Verkehr u. Nachrichtenübermittlung										6: Kreditinst. u. Versicherungswesen																																																								
davon als										davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung										davon gehörten zur Wirtschaftsunterabteilung										insgesamt										insgesamt										insgesamt																													
Selbständige, Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister										Mithelfende Familienangehörige										Abhängige										insgesamt										insgesamt										insgesamt										insgesamt										insgesamt									
40/1										42										43										50 7										50 00										50 (ohne 50 00 und 50 7)										60										61									
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80																																							

08 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende
 18 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit/-hilfe (ohne Mith.-ang., Angehörige, Lehrlinge usw. und eine Angabe)

Land	Gemeinde (ohne Pendler)	Geschlecht	Erwerbspersonen (ohne Soldaten)										Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) gehören zur Wirtschaftsteilung										Nicht zu den Erwerbspersonen gehörende Schüler und Studierende				Sonder- schlüssel																																													
			insgesamt	Abhängige	darunter	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- mittlung	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	ohne Angabe	71	72	73	74	75	76	77																																																	
12	—	22	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

12 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende

22 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überlegendem Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit (ohne Mitbewohnende Familienangehörige, Lehrlinge usw. und ohne Angabe)

Land	Wohnstz- gemeinde (Auspendler)	Geschlecht	Auspendler (ohne Soldaten)										von den Berufspendlern gehören zur Wirtschaftsteilung										Nicht zu den Erwerbspersonen gehörende Schüler und Studierende				Sonder- schlüssel																																													
			insgesamt	Abhängige	darunter	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- mittlung	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	ohne Angabe	71	72	73	74	75	76	77																																																	
13	—	23	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

13 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende

23 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überlegendem Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit (ohne Mitbewohnende Familienangehörige, Lehrlinge usw. und ohne Angabe) - nur für 4 Vertiefungen usw. - Gruppen

Land	Ziel- gemeinde (Einpender)	Geschlecht	Einpender (ohne Soldaten)										von den Berufspendlern gehören zur Wirtschaftsteilung										Nicht zu den Erwerbspersonen gehörende Schüler und Studierende				Sonder- schlüssel																																													
			insgesamt	Abhängige	mit eigener Haus- haltung oder Eigen- wohnung	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- mittlung	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	ohne Angabe	71	72	73	74	75	76	77																																																	
14	—	24	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

Land	Wohnstz- gemeinde (Einpender)	Geschlecht	Berufspendler										von den Berufspendlern gehören zur Wirtschaftsteilung										Nicht zu den Erwerbspersonen gehörende Schüler und Studierende				Sonder- schlüssel																																													
			insgesamt	selbstständige Landwirte in der weiteren Erwerbstätigkeit	Verheiratete	Abhängige	unter 15	15 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 und mehr	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- mittlung	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	ohne Angabe	71	72		73	74	75	76	77																																								
20	—	25	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

Land		Wohnsitz-gemeinde	Geschlecht	Benutztes Verkehrsmittel im Juni 1961																												Land	Ziel-gemeinde								
				von Berufsspendlern														von Schülern und Studierenden																							
				Eisen-bahn	Straßen-bahn	S - Bahn	U - Bahn, Hoch-bahn (einschl. Seil-schweibe-bahn)	Personen-kraft-wagen, Kombi - 0 - Bus usw.	Motor-rad, Motor-oller, Moped	Fahr-rad	Schiff	zu Fuß und ohne An-gabe	Eisen-bahn	Straßen-bahn	S - Bahn	U - Bahn, Hoch-bahn (einschl. Seil-schweibe-bahn)	Personen-kraft-wagen, Kombi - 0 - Bus usw.	Motor-rad, Motor-oller, Moped	Fahr-rad	Schiff	zu Fuß und ohne An-gabe																				
21	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	81

Kreis	Geschlecht	Altersjahr	Geburtsjahr	Davon waren nach dem Familienstand										Davon waren nach der Religionszugehörigkeit																						
				ledig			verheiratet		ohne Angehörige	Angehörige					Freireligiöse und Angehörige anderer Weltanschauungen					ohne Angehörige																
				ledig	zusammenlebend	nicht zusammenlebend	der evangelischen Kirche in Deutschland	evangelischer Freikirchen		der Röm.-kath. Kirche und veränderter Gruppen	der altkath. Kirche und veränderter Gruppen	christlich orientierter Sondergemein-schaften	der jüdischen Religion	anderer Völkischer Weltreligionen																						
30				17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

Kreis				Geschlecht		Altersjahr		Betr. am Erwerbsleben		Personen insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch																											
												Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld-/Hilfe		Rente u. dgl.		Sozialversicherung, Pension u. dgl.		eigenes Vermögen u. dgl.		sonstige Unterhaltquellen																	
31	41	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79/80
<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;">3141</div>																																							

1 = Erwerbspersonen

= Nichterwerbspersonen

[illegible]

33	Kreis	Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SZL zugezogen										Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SZL zugezogen										Sowjetzonenflüchtlinge mit Ausweis C										Deutsche aus der SZL ohne Ausweis A, B oder C									
		davon					davon					davon					davon					davon					davon					davon									
		insgesamt	evang.	röm.-kath.	Gemein- schafts- lose	Sonstige	insgesamt	evang.	röm.-kath.	Gemein- schafts- lose	Sonstige	insgesamt	evang.	röm.-kath.	Gemein- schafts- lose	Sonstige	insgesamt	evang.	röm.-kath.	Gemein- schafts- lose	Sonstige	insgesamt	evang.	röm.-kath.	Gemein- schafts- lose	Sonstige	insgesamt	evang.	röm.-kath.	Gemein- schafts- lose	Sonstige										
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80	

Kreis	Wirtschafts-										Soziale Stellung										Erwerbspersonen (ohne Soldaten)		D a r u n t e r				Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren nach der Religionszugehörigkeit												Sonstige																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
	insgesamt					darunter					insgesamt					darunter					insgesamt					darunter					evangelisch					römisch-katholisch					darunter					Sonstige					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ					insgesamt					darunter					Vertriebene mit Ausweis A oder B					Deutsche aus der SBZ				

Kreis	Geschlecht	Wirtschafts- unterteilung	Soziale Stellung	Erwerbstätige										Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren										Erwerbslose										Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit überwiegender Lebensunter- halt aus Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosen-Geld-Hilfe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
				überhaupt					von den Erwerbstätigen hatten eine weitere Tätigkeit					überhaupt					von den Erwerbstätigen hatten eine weitere Tätigkeit					überhaupt					von den Erwerbstätigen hatten eine weitere Tätigkeit					überhaupt					von den Erwerbstätigen hatten eine weitere Tätigkeit																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																		
				insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter als		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter als		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt		darunter		insgesamt		verheiratet		darunter		überhaupt			

Kreis	Geschlecht	Wirtschaftsunterteilung	Stellung in Beruf	Erwerbs- tätige (ohne Soldaten)	Davon mit einer Wochenarbeitszeit von Stunden										Von den Erwerbstätigen (ohne Soldaten) standen im Alter von ... Jahren																										
					unter 15		15 bis 24		25 bis 40		über 40		ohne Angabe		davon mit einer Wochenarbeitszeit von Stunden					davon mit einer Wochenarbeitszeit von Stunden																					
					unter 15	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe	unter 15	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe	unter 15	bis unter 25	15	unter 15	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe																			
36	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

Kreis	Geschlecht	Wirtschaftsunterabteilung	Stellung im Beruf	verheiratete Frauen	Von den Erwerbstätigen (ohne Soldaten) standen im Alter von ... Jahren																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
					davon mit einer Wochenarbeitszeit von					davon mit einer Wochenarbeitszeit von					davon mit einer Wochenarbeitszeit von					davon mit einer Wochenarbeitszeit von					davon mit einer Wochenarbeitszeit von																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
					25 bis unter 45	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe	45 bis unter 65	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe	65 und mehr und ohne Angabe	unter 15	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe	65 und mehr und ohne Angabe	unter 15	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe	65 und mehr und ohne Angabe	unter 15	15 bis 24	25 bis 40	über 40	ohne Angabe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								
37	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
47																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								

37 - Erwerbstätige (ohne Soldaten) insgesamt
47 - Erwerbstätige mit überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe (ohne Mith. Fam.-angeh., Lehrlinge usw. und ohne Angabe)

51	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Vertr. Lebens- u. Gr.	Bet. am Erwerbsleben	Davon mit überlebenden Lebensunterhalt durch																7980																		
						Personen insgesamt		Erwerbstätigkeit	Arbeitslosgeld/-hilfe	Rente u. dgl.	davon			sonstige Unterhaltsquellen																										
1	3	5	7	9	11	13	15				17	19	21		23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73

51 = Erwerbspersonen
61 = Nichterwerbspersonen

52	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Vertr. Lebens- u. Gr.	Bet. am Erwerbsleben	Davon mit überlebenden Lebensunterhalt durch																7980																		
						Angeworbene		Ehepartner, sofern nicht Haushaltsvorstände	in ihrer Familie	nicht in ihrer Familie, aber außerhalb von Anstalten	in Anstalten	Haushaltsvorstände	überige Personen	Erwerbstätigkeit	Arbeitslosgeld/-hilfe	Sozialversicherungsrente, Pension u. dgl.	eigenes Vermögen u. dgl.	sonstige Unterhaltsquellen	ohne Angabe des überlebenden Lebensunterhalts des Ernährers																					
1	3	5	7	9	11	13	15													17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57

52 = Erwerbspersonen
62 = Nichterwerbspersonen

53	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Vertr. Lebens- u. Gr.	Bet. am Erwerbsleben	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren																7980																		
						Erwerbstätige																																		
						davon waren nach der Stellung in Beruf																																		
						Erwerbspersonen (ohne Soldaten) insgesamt	Selbständige	Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister	Hilfführende Familienangehörige	Beamte	Angestellte	Arbeiter (ohne Heilf. arbeiter)	Helferarbeiter	Lehrkräfte usw.		ohne Angabe																								
														insgesamt			davon		davon		davon																			
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

54	Geschlecht	Altersjahr	Familienstand	Vertr. Lebens- u. Gr.	Bet. am Erwerbsleben	Von den Erwerbspersonen (ohne Soldaten) waren																7980																		
						Erwerbstätige																																		
						davon waren nach der Stellung in Beruf																																		
						Erwerbspersonen (ohne Soldaten) insgesamt	Selbständige	Hilfführende Familienangehörige	Abhängige	Schüler und Studierende	Rente u. dgl.	Angeworbene		ohne Angabe																										
												insgesamt			davon		davon		davon																					
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

Davon hatten einen überwiegenden Lebensunterhalt durch											
davon waren											
Erwerbstätige											
davon waren nach der Stellung im Beruf											
Rente u. dgl.			Hausgewerbetreibende u. Zwischenmeister			Mithelfende Familienangehörige			Beamt.		
Insgesamt			Selbständige			Insgesamt			Angestellte		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47
49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71
73	75	77	79	80							

Davon hatten einen überwiegenden Lebensunterhalt durch											
davon waren											
Erwerbstätige											
davon waren nach der Stellung im Beruf											
Rente u. dgl.			Hausgewerbetreibende u. Zwischenmeister			Mithelfende Familienangehörige			Beamt.		
Insgesamt			Selbständige			Insgesamt			Angestellte		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47
49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71
73	75	77	79	80							

Davon mit überwiegenden Lebensunterhalt durch											
davon											
von Erwerbspersonen mit überwiegenden Lebensunterhalt durch											
Rente u. dgl.			sonstige Unterhaltsquellen			Angehörige			Insgesamt		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47
49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71
73	75	77	79	80							

Davon hatten einen überwiegenden Lebensunterhalt durch											
davon											
von Erwerbspersonen mit überwiegenden Lebensunterhalt durch											
Rente u. dgl.			sonstige Unterhaltsquellen			Angehörige			Insgesamt		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47
49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71
73	75	77	79	80							

Davon hatten einen überwiegenden Lebensunterhalt durch											
davon											
von Erwerbspersonen mit überwiegenden Lebensunterhalt durch											
Rente u. dgl.			sonstige Unterhaltsquellen			Angehörige			Insgesamt		
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23
25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47
49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71
73	75	77	79	80							

67	Gesundheit	überwiegend Landwirtschafts- unternehmungen	des Erwerbers	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80
Davon gehörten zur Wirtschaftszugehörigkeit																																							

67 = Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige insgesamt
77 = verheiratete Frauen unter den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige

68	davon waren nach der Stellung im Beruf																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
	Erwerbs- personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige	Selbständige	Hausgewer- betreibende und Zwischen- meister	Mittelstän- dige Familien- angehörige	Beamte	Angestellte	Arbeiter (ohne Heimarbeiter)	Heimarbeiter	Lehrlinge usw.	ohne Angabe																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
78																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														</

68 = Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige insgesamt
78 = verheiratete Frauen unter den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige

80	Gemeinde				Mehrwertbevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen insgesamt	Nichtverwerbspersonen insgesamt	Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u. dgl.	Nichtverwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u. dgl.	Zu den Erwerbspersonen gehörende Schüler und Studierende	Zu den Nichtverwerbspersonen gehörende Schüler und Studierende	Soldaten insgesamt	Mehrwertbevölkerung im Auslandsbereich	Erwerbslose	Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt nicht durch Erwerbslosigkeit oder Arbeitslosigkeit u. dgl. (ohne Mith. Fam.-Angeh., Lehrlinge usw. u. dgl. Angabe)	Landwirtschaftliche Bevölkerung a)	Anteil der Landwirtschaftl. Bevölkerung a)																							
	1	3	5	7														9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53

a) Die Landwirtschaftliche Bevölkerung und der Anteil der Landwirtschaftlichen Bevölkerung wird jeweils in die letzte Spalte einer Gesamtdarstellung.

81	Gemeinde	Gesamtheit	Vertriebene mit Ausweis A oder B unter den Erwerbs- personen (ohne Soldaten)	Deutsche aus der SZ unter den Erwerbs- personen (ohne Soldaten)	Erwerbs- personen (ohne Soldaten)	Pfleger																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																
83																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																						

81 = Erwerbspersonen (ohne Soldaten) und Schüler und Studierende
83 = Erwerbspersonen und Schüler und Studierende mit überwiegendem Lebensunterhalt nicht durch Erwerbslosigkeitsgeld/-hilfe (ohne Mith.Fam.-Angeh., Lehrlinge usw. und ohne Angabe)

88	Kreis	Geschlecht	Anzahl	Zahl der Anstaltler	Vorbewährung in Anstaltbereich										Vorbewährung in Anstaltsbereich gehörten zum Personal (einschl. ihrer Haushaltsangehörigen)																									
					insgesamt					darunter					insgesamt					darunter																				
					Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SZ2 zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SZ2 zugezogen	Sojiet-zonen-flüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SZ2 A, B oder C	insgesamt	Vertriebene mit Ausweis A oder B nicht aus der SZ2 zugezogen	Vertriebene mit Ausweis A oder B aus der SZ2 zugezogen	Sojiet-zonen-flüchtlinge mit Ausweis C	Deutsche aus der SZ2 A, B oder C	insgesamt	Ein-personen-haushalten	Haushalts-insgesamt	darunter	sonstige																						
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

[illegible]

Seite 91	Kreis	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Vertriebsart usw. (4 Gr.)	verheiratete Frauen	Stellung zum Erwerbsleben	Personen mit abgeschlossener Ausbildung												davon																				
								Insgesamt												starben im Alter von Jahren																				
1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23	25	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49	51	53	55	57	59	61	63	65	67	69	71	73	75	77	79	80

[illegible]

Sula 93		Kreis	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Vertriebene usw. (4 Gr.)	Verheiratete Frauen	Stellung zum Erwerbsleben	Personen mit abgeschlossener Ausbildung im Alter von																																																																						
									unter 30 Jahren																																																																						
									davon standen im Alter von ... Jahren																																																																						
									insgesamt	unter 18	bis unter 18	bis unter 19	bis unter 20	bis unter 21	bis unter 22	bis unter 23	bis unter 24	bis unter 25	bis unter 26	bis unter 27	bis unter 28	bis unter 29	bis unter 30																																																								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

Sula 94		Kreis	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Vertriebene usw. (4 Gr.)	Verheiratete Frauen	Stellung zum Erwerbsleben	Personen mit abgeschlossener Ausbildung im Alter von																																																																						
									55 bis unter 65 Jahren																																																																						
									davon standen im Alter von ... Jahren																																																																						
									insgesamt	55	bis unter 56	bis unter 57	bis unter 58	bis unter 59	bis unter 60	bis unter 61	bis unter 62	bis unter 63	bis unter 64	bis unter 65																																																											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

Sula 95		Kreis	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Berufsklasse	Wirtschaftsunterabteilung	Stellung im Beruf	Ausländer	Vertriebene usw. (4 Gr.)	Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit abgeschlossener Ausbildung																																																																				
											davon																																																																				
											standen im Alter von ... Jahren																																																																				
											insgesamt	unter 20	bis unter 20	bis unter 25	bis unter 26	bis unter 27	bis unter 28	bis unter 29	bis unter 30	bis unter 31	bis unter 32	bis unter 33	bis unter 34	bis unter 35	bis unter 36	bis unter 37	bis unter 38	bis unter 39	bis unter 40	bis unter 41	bis unter 42	bis unter 43	bis unter 44	bis unter 45	bis unter 46	bis unter 47	bis unter 48	bis unter 49	bis unter 50	bis unter 51	bis unter 52	bis unter 53	bis unter 54	bis unter 55	bis unter 56	bis unter 57	bis unter 58	bis unter 59	bis unter 60	bis unter 61	bis unter 62	bis unter 63	bis unter 64	bis unter 65	bis unter 66	bis unter 67	bis unter 68	bis unter 69	bis unter 70	bis unter 71	bis unter 72	bis unter 73	bis unter 74	bis unter 75	bis unter 76	bis unter 77	bis unter 78	bis unter 79	bis unter 80										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

Sula 96		Kreis	Geschlecht	Schulart	Fachrichtung	Berufsklasse	Wirtschaftsunterabteilung	Stellung im Beruf	Ausländer	Vertriebene usw. (4 Gr.)	Erwerbspersonen (ohne Soldaten) mit abgeschlossener Ausbildung																																																																				
											davon																																																																				
											waren nach der Religionszugehörigkeit																																																																				
											evangelisch	röm.-kath.	Sonstige																																																																		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80

Signierblatt
für die Betriebsbogen A und B
der Landwirtschaftszählung 1960
Abschnitt Personalverhältnisse

A		B	
2 x		5 x	
Stichprobenserie			
2-4		5-7	
Kreis		Betriebs-Nr.	
14 x		18-19	
Unternehmen		Landw. Nutzfl.	

8-10		11-12		13
Bo.-syst.		Hpt. prod.		

A. Betriebsinhaber und Familienangehörige

Lfd. Nr.	Verwandschafts- verhältnis	Altershilfe für Landwirte	Vertriebener oder Sowjetzonenf.	Nebenberuf. Landwirt	Geschlecht bzw. Jurist. Person	Altersklasse	Beschäftigungs- dauer	Arbeitsstunden bzw. Arbeitstage	Rentner	1. bzw keine Erwerbs- tätigkeit zu- sammen	Altenteiler	2. Erwerbs- tätigkeit	Unterhalts- quelle	KA 3/6
	1	2x	2	3x	3	4	5	6	x	7	x	8	9	
1	B													20—29
2	E													30—38
3	1													39—47
4	2													48—56
5	3													57—65
6	4													39—47
7	5													48—56
8	6													57—65
9	7													39—47
10	8													48—56
11	9													57—65

C. Summenkästchen		KA 3/6
a) landw. Nutzfläche		
ha	a	
66—70		
b) Vollversorgungs-personen		71
nur HPR 1 u. 3		
c) Vollversorgungs-personen ohne Zuerwerb		72
nur HPR 1 u. 3		
d) ständige familien-eigene Arbeitskräfte insgesamt		73
nur HPR 1—3; 5—10		
e) ständige Arbeitskräfte insgesamt*)		74 75
nur HPR 1—3; 5—10		
f) ständige familien-fremde Arbeitskräfte der Forstwirtschaft		76 77
nur HPR 4		

*) ohne ständige familienfremde Arbeitskräfte der Forstwirtschaft

B. I. Ständige familienfremde Arbeitskräfte

Lfd. Nr.	Land- oder Forst- wirtschaft	Beruf	Ge- schlecht	Alter	Ver- heiratet	Kost und Wohnung	Leistungs- gruppe	Pflicht- ver- sicherung	KA 4/8
	1	2	3	4	5	6	7	8	
1									20—27
2									28—35
3									36—43
4									44—51
5									20—27
6									28—35
7									36—43
8									44—51

B. II. Nichtständige Arbeitskräfte

KA 4/8

Personen		Arbeitstage (mit einer Dezimalstelle)				Krankenversicherung	
		Landwirtschaft		Forstwirtschaft			
männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
52—53	54—55	56—59	60—63	64—67	68—71	72—73	74—75

BB „A“ Frage 33

Land- u. Forstarbeiterwohnungen (Werkwohnungen)	
a) insgesamt	b) davon ohne Arbeitskräfte
76—77	78—79

für Betriebe bis unter 100 ha LN

)) Bei Gemeinschaftsschleppem jeweils nur mit dem Besitzanteil des Betriebes

— 359 —

Name		Ort		Strasse			
WB	Lfd. Nr.	Gew. Kennziff.		Neue System.	Ums. Gr. Kl.	Besch. Gr. Kl.	Zweig-stellen
0	0	0	0	0	0	0	0
1	1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9	9
1	2	3	4	5	6	7	8
9	9	9	9	9	9	9	9
Neue System.	Ums. Gr. Kl.	Z. W. N. B.	Lfd. Nr.	Gew. Kennziff.	Name		Ort
					Strasse		

[illegible]

Paginier-Nr.	H. A. 2	Umsatz																										Preis	Ge-meinde	Wirtsch.-klasse	W. R.	W. R. 2	W. R. 3	W. R. 4	W. R. 5	W. R. 6	W. R. 7	W. R. 8	W. R. 9	W. R. 10	W. R. 11	W. R. 12	W. R. 13	W. R. 14	W. R. 15	W. R. 16	W. R. 17	W. R. 18	W. R. 19	W. R. 20	W. R. 21	W. R. 22	W. R. 23	W. R. 24	W. R. 25	W. R. 26	W. R. 27	W. R. 28	W. R. 29	W. R. 30	W. R. 31	W. R. 32	W. R. 33	W. R. 34	W. R. 35	W. R. 36	W. R. 37	W. R. 38	W. R. 39	W. R. 40	W. R. 41	W. R. 42	W. R. 43	W. R. 44	W. R. 45	W. R. 46	W. R. 47	W. R. 48	W. R. 49	W. R. 50	W. R. 51	W. R. 52	W. R. 53	W. R. 54	W. R. 55	W. R. 56	W. R. 57	W. R. 58	W. R. 59	W. R. 60	W. R. 61	W. R. 62	W. R. 63	W. R. 64	W. R. 65	W. R. 66	W. R. 67	W. R. 68	W. R. 69	W. R. 70	W. R. 71	W. R. 72	W. R. 73	W. R. 74	W. R. 75	W. R. 76	W. R. 77	W. R. 78	W. R. 79	W. R. 80	W. R. 81	W. R. 82	W. R. 83	W. R. 84	W. R. 85	W. R. 86	W. R. 87	W. R. 88	W. R. 89	W. R. 90	W. R. 91	W. R. 92	W. R. 93	W. R. 94	W. R. 95	W. R. 96	W. R. 97	W. R. 98	W. R. 99	W. R. 100	W. R. 101	W. R. 102	W. R. 103	W. R. 104	W. R. 105	W. R. 106	W. R. 107	W. R. 108	W. R. 109	W. R. 110	W. R. 111	W. R. 112	W. R. 113	W. R. 114	W. R. 115	W. R. 116	W. R. 117	W. R. 118	W. R. 119	W. R. 120	W. R. 121	W. R. 122	W. R. 123	W. R. 124	W. R. 125	W. R. 126	W. R. 127	W. R. 128	W. R. 129	W. R. 130	W. R. 131	W. R. 132	W. R. 133	W. R. 134	W. R. 135	W. R. 136	W. R. 137	W. R. 138	W. R. 139	W. R. 140	W. R. 141	W. R. 142	W. R. 143	W. R. 144	W. R. 145	W. R. 146	W. R. 147	W. R. 148	W. R. 149	W. R. 150	W. R. 151	W. R. 152	W. R. 153	W. R. 154	W. R. 155	W. R. 156	W. R. 157	W. R. 158	W. R. 159	W. R. 160	W. R. 161	W. R. 162	W. R. 163	W. R. 164	W. R. 165	W. R. 166	W. R. 167	W. R. 168
--------------	---------	--------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	-------	-----------	-----------------	-------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

[illegible][illegible][illegible]

66																																																																															
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

[illegible][illegible]

IBM DEUTSCHLAND 1535 55 133-Z

KA	1	Bereich	Beleg-Nr.	Ausland	AZ/LZ	Reg. Bezirk	Kreis	Gemeinde	EHZ	Wirtschaft	Schwerpunkt	Verkehrswirt. Schwerpunkt	A	K	Besch.-Gr.-Kl.	Besch.-Gr.-Kl.	Besch.-Gr.-Kl.	Ges. Personal sowie Fahr- und Begleitpersonal																Verkehrsart
																		Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36

IBM DEUTSCHLAND 1535 55 132-Z

6	Bereich	Beleg-Nr.	Reg. Bezirk	Kreis	Gemeinde	EHZ	Schwerpunkt	A	K	Besch.-Gr.-Kl.	Ums. - Gr. - Kl.	Gleis-länge		T	R	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert	Schl.	Wert
---	---------	-----------	-------------	-------	----------	-----	-------------	---	---	----------------	------------------	-------------	--	---	---	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	------

